

Außenpolitischer Bericht

1984

Außenpolitischer Bericht

1984

Bericht des Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.
Für den Inhalt verantwortlich:
Dr. Thomas Nowotny, 1014 Wien, Ballhausplatz 2.

**Der Satz erfolgte mittels von BM für Auswärtige Angelegenheiten
beigestellten Datenträgern.**

**Kommissionsverlag: MANZsche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung
1014 Wien**

Gedruckt bei MANZ, 1050 Wien

ISBN 3 214 08200-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
I Außenpolitik 1984	1
Ost-West-Beziehungen	3
Rüstungskontrolle und Abrüstung	6
KSZE und KVAE	15
Sicherheits- und Neutralitätspolitik	20
Nachbarschaftspolitik	22
Südtirol	26
Östliches Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa	28
West-West-Beziehungen	30
Europapolitik	32
Europarat	35
Zypern	39
Naher und Mittlerer Osten	39
Afrika südlich der Sahara	46
Süd- und Südostasien	49
Ostasien — Pazifischer Raum	51
Lateinamerika und Karibik	55
OAS	60
Blockfreien-Bewegung	62
Universelle Zusammenarbeit — Vereinte Nationen	62
II Fragen der Außenwirtschaft	67
Internationale Wirtschaftsentwicklung	67
Schwellenländer als Herausforderung	68
Hochtechnologie — Bleibt Westeuropa zurück?	72
Schuldenprobleme der Entwicklungsländer	75
Multilaterale Wirtschaftspolitik	80
OECD	80
Österreich und die OECD	82
Ministerkonferenzen	84
Komitees	85
Wirtschaftsgipfel — Attali-Gruppe	89
Handelspolitik	89
GATT	90
Internationale Handelszentren	94
Währungs- und Finanzpolitik	95
IMF	96
Internationale Rohstoffpolitik	97
Integriertes Rohstoffprogramm	97

Rohstoffübereinkommen	98
Energiepolitik	100
Energieversorgung Österreichs	100
OPEC	102
IEA	107
IAEO	109
ECE	112
Europäische wirtschaftliche Kooperation und Integration	115
Luxemburg-Gipfel	115
Visby	115
Follow-up	116
EFTA	117
EG	122
Österreich-EG	126
Forschung und Entwicklung	134
COST	134
Europäische Patentorganisation	135
Außenwirtschaftsinteressen	136
Struktur der österreichischen Exporte im internationalen Vergleich	136
Förderung der österreichischen Wirtschaftsinteressen	144
Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	156
Internationale Umweltpolitik	160
Multilaterale Zusammenarbeit	160
Bilaterale Zusammenarbeit	166
UNEP	168
HABITAT	169
Verkehrs- und Transitprobleme	170
Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern	176
Nord-Süd-Dialog	176
UNCTAD	181
UNIDO	186
UNDP	189
Weltbankgruppe	191
Regionale Entwicklungsbanken	193
IFAD	194
Nahrungsmittelhilfe	195
UNICEF	196
OFID	197
Österreichische Entwicklungshilfe	198

III	Internationale Präsenz in Österreich	207
	Internationale Konferenzen	207
	Vorbereitungstagung für Weltfrauenkonferenz	209
	Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich	209
	Internationale Organisationen in Österreich	212
	UN-Einheiten in Wien (DND, INCB, FDAC)	215
	CSDHA	218
	UNCITRAL	220
	UNRWA	220
	IIASA	221
	Internationale Schule	222
	Wien International	223
IV	Spezialorganisationen der Vereinten Nationen	224
	FAO	224
	ILO	225
	WHO	226
	WMO	227
	ICAO	227
	WIPO	228
V	Humanitäre Außenpolitik	231
	Menschenrechte	232
	Humanitäre Härtefälle	236
	Flüchtlinge und Asylpolitik	238
	Katastrophenhilfe	238
	UNHCR	240
	ICM	241
	UNDRO	242
	IKRK	243
VI	Konsular- und Rechtsfragen	245
	Schutz und Hilfe für Österreicher	245
	Visaerteilung	247
	Konsularische Zusammenarbeit	247
	Schutzmachtstätigkeit	247
	Sicherung österreichischen Vermögens	247
	Schutzmaßnahmen in Krisengebieten	248
	Betreuung der Auslandsösterreicher	248
VII	Auslandskulturpolitik	252
	Kunst	254
	Bildende Kunst	254
	Literatur und Theater	255

Musik	256
Film und audiovisuelle Mittel	258
Wissenschaft	261
Buchaktion	261
Austauschprogrsamme	262
Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen	262
Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	264
Bildung	265
Deutschkurse	265
Fortbildung von Deutschlehrern	266
Austauschprogramme	267
Jugend	268
Sport	269
Kulturelle vertragliche Vereinbarungen	268
UNESCO	271
UN-Universität	273
CERN	273
ESA	274
EMBC/EMBL	275
VIII Information	277
Öffentlichkeitsarbeit im Inland	277
Öffentlichkeitsarbeit im Ausland	277
Information des Parlaments	286
Volksanwaltschaft	288
Kabel- und Satelliten-TV	288
Außenpolitik und öffentliche Meinung	279
Diplomatenseminar Klessheim	289
Dokumentation	290
Außenpolitische Bibliothek	292
Archiv	292
IX Auswärtiger Dienst	294
Organisation	296
Budget	297
Personal	297
Aufnahme	298
Aus- und Fortbildung	299
Diplomatische Akademie	300
Unterbringung der Vertretungen	301
Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit	304
Kommunikation	302
Generalinspektorat	303

X	Vertragsübersicht	306
	Bilateral	306
	Multilateral	312
XI	Grundsatzserklärungen	314
	Neujahrsansprache des Bundespräsidenten	314
	Bericht der Bundesregierung „Friede in Freiheit“	316
	Tischrede von Bundeskanzler Sinowatz in Moskau	324
	Vortrag von BM Lanc „Ansätze zur Friedenssicherung“	328
	Erklärung von BM Gratz vor den Vereinten Nationen	335
	Vortrag von BM Gratz „Internationale Gegebenheiten“	340
	Erklärung von Generalsekretär Hinteregger vor ECOSOC	348
	Gemeinsame Erklärung EG-EFTA	353
XII	Tätigkeitsbericht Vereinte Nationen	355
	Generalversammlung	355
	Sicherheitsrat	377
	Treuhandschaftratsrat	378
	ECOSOC	378
	IGH	381
	Seerechtskonferenz	382
	Mitgliedschaft Österreichs in Organen der Vereinten Nationen	383
XIII	Tätigkeitsbericht Europarat	386
XIV	Kulturelle Veranstaltungen im Ausland	400
	Bildende Kunst	400
	Museumsausstellungen	400
	Einzel- und Kollektivausstellungen	400
	Beteiligung an Ausstellungen	404
	Wanderausstellungen	405
	Literatur und Theater	406
	Förderung von Publikationen	406
	Lesungen	406
	Theater	408
	Musik	409
	Filmwochen	420
	Wissenschaft	421
	Symposien	421
	Vorträge	426
XV	Länderinformationen (Afghanistan — Zypern)	440
XVI	Anhang	
	Österreich und die Staatenwelt	594

Österreich in internationalen Organisationen	599
Offizielle Besuche in Österreich	601
Offizielle Besuche im Ausland	602
Chronik der in Wien akkreditierten Botschafter	604
Österreich in Zahlen	607
Wirtschafts- und Sozialstatistik — Internationaler Vergleich	608
XVII Abkürzungsverzeichnis	613
XVIII Stichwortverzeichnis	619

VORWORT

Der Außenpolitische Bericht ist primär ein Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der — nunmehr schon einer Tradition folgend — alljährlich dem Parlament vorgelegt wird. Gleichzeitig ist der Außenpolitische Bericht als umfassende Informationsquelle für die Öffentlichkeit gedacht und somit für jedermann erhältlich.

Das Berichtsjahr 1984, — in dessen Verlauf ich die Leitung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten übernommen habe — war weltpolitisch gesehen ein Jahr, in dem neuerlich starke politische Spannungen, sowie wirtschaftliche Probleme und Ungleichgewichte festgestellt werden mußten. Dennoch möchte ich gleich vorweg auch sagen, daß es am Ende des Jahres nicht nur Anlaß zu Besorgnis, sondern auch da und dort Grund für Optimismus gab.

Wesentlich für die österreichische Außenpolitik war und ist das Prinzip der Kontinuität, d. h. unsere Außenpolitik muß im höchstmöglichen Ausmaße berechenbar sein. Nur auf dieser Basis werden wir auch weiterhin unseren Beitrag für Frieden und Sicherheit leisten können.

Der geographische Schwerpunkt unserer Außenpolitik liegt selbstverständlich in Europa und hier in erster Linie bei der Nachbarschaftspolitik. Ich habe einmal gesagt, daß es sehr leicht ist, mit unseren Antipoden auf der Erdkugel gute und friktionsfreie Beziehungen zu haben. Die Bewährungsprobe für die Qualität jeder Außenpolitik liegt aber in der unmittelbaren Umgebung.

Selbstverständlich kann unser Horizont nicht an den Grenzen Europas aufhören. Das besondere Gewicht der Nachbarschafts- und Europapolitik schmälert in keiner Weise die Bedeutung unserer Beziehungen zu allen anderen Staaten, die Wichtigkeit unserer Mitarbeit in den internationalen Organisationen sowie die Notwendigkeit, unsere Stimme überall dort, wo wir es für notwendig und richtig halten, zu erheben. Dabei ist wichtig, daß unsere Meinung der bereits eingangs erwähnten Prinzipientreue und Berechenbarkeit entspricht. Mit anderen Worten heißt das, daß wir in Kauf nehmen müssen, daß unsere Position dem einen oder anderen zuweilen unangenehm sein kann, wesentlich aber ist für uns, daß niemand überrascht sein soll.

Ich habe wiederholt die Außenpolitik eines kleinen Staates als „Gratwanderung“ zwischen 2 Versuchungen bezeichnet, denen es zu widerstehen gilt: einerseits zu allem und überall etwas sagen zu wollen und den anderen sozusagen Zensuren zu erteilen und andererseits sich in eine Position des „nichts sehen, nichts hören, nichts sprechen“ zurückzuziehen. Beides wäre falsch und würde unserem Land über kurz oder lange Schaden bringen.

Kontinuität und Berechenbarkeit gelten für die österreichische Außenpolitik nicht nur in bezug auf unsere Position im Ost-West-Konflikt, sondern auch in allen anderen aktuellen Bereichen der Weltpolitik, von Zentralamerika nach Fernost und vom Nahen Osten zum südlichen Afrika. Ich möchte besonders noch auf die Bedeutung eines ehrlichen Engagements in den Nord-Südfragen hinweisen

und in diesem Zusammenhang konkret die Überlebensproblematik in den Dürregebieten Afrikas ins Bewußtsein bringen. Hier müssen gerade wir, die wir in den schweren Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die großzügige Hilfe anderer schätzen gelernt haben, auch unsererseits alle Kräfte mobilisieren! Unserer Mitarbeit in den zuständigen internationalen Organisationen kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Der Außenpolitische Bericht für das Jahr 1984 folgt im Großen und Ganzen dem traditionellen Aufbau. In einigen Bereichen — wie z. B. im Wirtschaftsteil — haben wir gewisse Neugliederungen vorgenommen. Darüber hinaus sind einige Kapitel neu, wie z. B. Beiträge über „Außenpolitik und die öffentliche Meinung“.

Abschließend möchte ich den Stellen danken, die Beiträge für den Außenpolitischen Bericht geleistet haben, u. a. dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, der Nationalbank, dem Institut für Internationale Politik, dem Statistischen Zentralamt und selbstverständlich auch allen anderen Ressorts, die in ihren jeweiligen Fachbereichen mit Außenpolitik zu tun haben. Dennoch ist der Bericht in erster Linie die Arbeit der Bediensteten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, mit der sie ihre Tätigkeit und die Fragen, die sie zu bewältigen haben, der Öffentlichkeit vorstellen. Es ist eine Tätigkeit, die immer wieder neue Anforderungen an den Einzelnen stellt, Anpassungsfähigkeit und einen hohen persönlichen Einsatz verlangt. Ich möchte daher an dieser Stelle ausdrücklich den Beamten meines Ressorts für Ihre Arbeit meine Anerkennung aussprechen. Meine Mitarbeiter und ich selbst freuen uns über Ihr Interesse, denn nur umfassende Information kann zu jenem Konsens führen, der gerade im Bereich der Außenpolitik besonders wichtig ist.

*Außenpolitik 1984***Außenpolitik 1984**

Einige der bedrohlichen Entwicklungen des Jahres 1983 haben sich auch 1984 fortgesetzt, aber nicht weiter verschärft. Das gilt insbesondere für die Ost-West-Beziehungen. Ab Jahresmitte wurde von beiden Seiten versucht, eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung zu vermeiden und den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen.

In diesen Gesprächen sind jene über Rüstungsfragen von besonderer Bedeutung. Der Ost-West-Konflikt liegt ja nicht nur darin begründet, dass sich gegenläufige, einander ausschliessende Ideologien und politische Organisationsprinzipien gegenüberstehen – sondern auch gegenläufige Sicherheitsinteressen. Das erschwert eine gemeinsame Suche nach einer gemeinsamen Sicherheit und nährt die Ängste und Unsicherheiten, die den Rüstungswettlauf vorantreiben. Überdies wird von beiden Teilen eine starke Rüstung als Garant für den Status als Supermacht angesehen und beide befürchten, durch unverhältnismässig hohe Rüstungen des Gegners in den zweiten Rang gestellt zu werden. Der Beschluss zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Atomwaffen ist demnach die Voraussetzung für eine Verbesserung des Klimas zwischen Ost und West.

Auch die Weltwirtschaftskrise hat sich nicht weiter vertieft. Die hohen amerikanischen Budget- und Aussenhandelsdefizite haben Kaufkraft geschaffen. Das brachte eine Belebung der Konjunktur nicht nur in den USA, sondern auch bei einigen ihrer Handelspartner. So wurde etwas wirtschafts- und aussenwirtschaftspolitischer Spielraum geschaffen. Dieser Aufschwung verdeckt aber die weiterhin ungelösten, zum Teil wichtigen Probleme und Konflikte. So hat zum Beispiel die amerikanische Hochzinspolitik dazu geführt, dass die USA zu Importeuren von Kapital geworden sind, wodurch sich die Kosten für Kapital weltweit, auch gegen die wirtschaftspolitischen Absichten der europäischen Staaten, erhöht haben.

Fast völlig zum Stillstand gekommen sind die Nord-Süd-Verhandlungen. Die Konzessionsbereitschaft der Industriestaaten hat sich gewiss auch als Folge der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verringert. Mit der Schwächung der OPEC ist auch eine Verhandlungswaffe des Südens stumpf geworden. Dazu kommt, dass die Länder der Dritten Welt zunehmend verschiedene Wege gehen und es schwer finden, in diesen Verhandlungen eine einheitliche Front zu bilden. Es herrscht eine gewisse Ratlosigkeit. Man ist sich zwar bewusst, dass man den Nord-Süd-Dialog wieder aufnehmen müsste, über den einzuschlagenden Weg besteht allerdings keine Klarheit. Zu den Problemen, die dabei zur Lösung drängen, zählt vordringlich die Überschuldung einiger Entwicklungsländer. Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat ihr zwar die akute Bedrohlichkeit genommen. Doch haben die bisherigen Massnahmen, wie kurzfristige Umschuldungen, das Problem nicht beseitigt, sondern nur vor sich hergeschoben.

Außenpolitik 1984

Österreich ging es vor allem darum, unter den schwierigsten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Umständen das zu sichern, was an internationaler Zusammenarbeit und vermehrter internationaler Sicherheit in vergangenen und günstigeren Perioden aufgebaut werden konnte. Es war naheliegend, dass man das zunächst in der eigenen Nachbarschaft und durch eine Betonung der Nachbarschaftspolitik versuchte. Darin ist man auch erfolgreich gewesen. Die Beziehungen zu den Nachbarn sowohl im Westen als auch im Osten konnten – mit einer Ausnahme – weiter ausgebaut werden. Die Verschlechterung des politischen Klimas hat sich also nicht auf das Verhältnis Österreichs zu den umliegenden Staaten übertragen.

Die verschärften Ost-West-Spannungen und die Krise in der Weltwirtschaft haben auch zum Zusammenrücken der europäischen Staaten geführt und den politischen Willen zur Fortführung der europäischen Integration gestärkt. Bisher offene Fragen, die dem entgegenstanden, wie die der Finanzierung und der Agrarpolitik, konnten von den Europäischen Gemeinschaften gelöst werden. Es bestehen nunmehr auch gute Chancen für den Beitritt Spaniens und Portugals. Zur Neubesinnung auf Europa hat auch die Erkenntnis beigetragen, dass dessen wirtschaftliche Dynamik zu erlahmen beginnt. Bei hochtechnologischen Produkten und jenen, die für die zukünftige Wirtschaft entscheidend sein werden, ist Europa gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen geraten. Auch stellt sich das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit in Europa in noch höherem Masse als in den anderen entwickelten Industriestaaten. Diesen Herausforderungen wird man nur mit gemeinsamen Anstrengungen entgegentreten können. Österreich, das der EG nicht angehören kann, wünscht an diesen Bemühungen grösstmöglichen Anteil zu haben. Es hat sich daher besonders um den Ausbau seiner Beziehungen zu den Gemeinschaften bemüht. Dem kam von Seiten der Gemeinschaft das Bestreben entgegen, auch von ihrer Seite her eine weitere Spaltung Europas so gut wie möglich zu verhindern und den Abstand zu den Nicht-EG-Ländern nicht zu vergrössern. Zu den für Österreich erfreulichsten Entwicklungen des Jahres 1984 zählen daher jene Initiativen, die darauf abzielen, die europäische Zusammenarbeit auch ausserhalb der EG voranzutreiben und die Zusammenarbeit der EG mit anderen europäischen Institutionen zu stärken. Das führte unter anderem zu einer, fast könnte man sagen, unerwarteten Stärkung des Europarates und zu dem EG-EFTA-Gipfeltreffen in Luxemburg, das mit seinen Beschlüssen die politische Basis für eine engere Kooperation zwischen EG und EFTA gelegt hat.

Nahezu alle grossen aussereuropäischen Konflikte schwären fort. Der Eindruck, dass die Staatengemeinschaft sich an sie gewöhnt und sozusagen mit ihnen zu leben gelernt hätte, ist dennoch trügerisch. Alle diese Konflikte berühren Zonen von strategischer Bedeutung. Die Möglichkeit, dass

Außenpolitik 1984

sie in ihrer Wirkung über die Region hinausgreifen, ist daher immer vorhanden.

Dies gilt insbesondere für die drei grossen Konflikte im Nahen Osten, nämlich den arabisch-israelischen, den Krieg in Afghanistan und den Krieg zwischen Iran und Irak.

Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea hat dort den Status quo keineswegs gefestigt. Es wäre denkbar, dass die Gewalttätigkeiten bis hinauf zu einem Stellvertreter-Krieg eskalieren. Bis jetzt erfolglos waren auch die Bemühungen der Contadora-Gruppe, für die Konflikte in Zentralamerika eine Lösung im regionalen Rahmen zu finden. Auch hier sind ausserregionale Interessen betroffen, die den in ihren Wurzeln lokalen Ereignissen eine überregionale Dimension geben. Lediglich im südlichen Afrika kam es zu einem Abbau der Spannungen, vor allem zwischen Mozambique und Südafrika und zu weiteren Gesprächen über die Lösung des Konfliktes in Namibia.

Der internationalen Staatengemeinschaft stellen sich also grosse Aufgaben: Die Eindämmung und schliesslich die Beseitigung dieser regionalen Konflikte, die grundsätzliche Sanierung der wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen, das Einbremsen des Rüstungswettlaufs und der Abbau der Ost-West-Spannungen. Ein geeignetes Instrument zur Bewältigung dieser Aufgaben wären die internationalen Organisationen. Aber gerade sie haben unter den Spannungen und den weltweiten Interessenskonflikten besonders gelitten. Sie haben sich an ihnen nicht bewährt, sondern wurden durch sie vielmehr in ihrer Wirksamkeit gehemmt. Symbolisch für den schwindenden Stellenwert der internationalen Organisationen ist der Austritt der USA (und wahrscheinlich auch Grossbritanniens) aus der UNESCO, das Stagnieren der UNCTAD, die wachsenden Schwierigkeiten im GATT und schliesslich eine gewisse „Absetzbewegung“ von der Seerechtskonferenz.

Österreich ist von diesen Entwicklungen deshalb besonders betroffen, weil es als relativ kleiner Staat ja vor allem über diese Organisationen an der Gestaltung der internationalen Beziehungen Teil hat; und weil deren Verfall seinen Aktionsradius beschränkt. Österreich bemüht sich daher, einerseits Fehlentwicklungen zu bekämpfen, andererseits diese Organisationen durch eine grösstmögliche politische Unterstützung wirksam zu erhalten. Sichtbarer Ausdruck dieser Haltung ist die fortdauernde Teilnahme an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen in Zypern und auf den Golanhöhen.

Ost – West – Beziehungen

Die Ost-West-Beziehungen waren 1984 weiterhin von einem Tiefstand im Verhältnis zwischen den beiden Führungsmächten, den Vereinigten Staa-

Ost – West – Beziehung

ten und der Sowjetunion, negativ geprägt. Das politisch bestimmte gegenseitige Mißtrauen erhielt durch den aus der Dynamik technologischer Entwicklung bestimmten Rüstungswettlauf neuen Auftrieb. Im Mittelpunkt des Interesses stand neben der NATO-Nachrüstung, der Aufstellung von Pershing-II-Raketen in Westeuropa und von SS 20-Raketen in Osteuropa, ohne Zweifel die von den USA angekündigte Entwicklung von Weltraumverteidigungswaffen (Strategic Defense Initiative), die an der Stelle der bisherigen Abschreckungsdoktrin die Grundlage eines neuen Verteidigungskonzeptes der USA bilden sollten.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte haben jedoch sowohl die Vereinigten Staaten wie auch die Sowjetunion wiederholt ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Gesprächen erklärt, in deren Mittelpunkt Fragen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung stehen würden. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Rede Präsident Reagans vor den Vereinten Nationen, die Reise von Außenminister Gromyko nach New York und Washington und seine Gespräche mit Präsident Reagan und das „Washington Post“-Interview von Staatschef Tschernenko, in dem der Wille zur Wiederanknüpfung des Dialogs bekundet wurde. Konkreten Ausdruck fand dieser Dialogwille beider Supermächte letztlich im Treffen ihrer Außenminister vom 7./8. Jänner 1985 in Genf, wo sie sich nach einem umfassenden Meinungsaustausch auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche betreffend Weltraumwaffen sowie atomare Mittel- und Langstreckenraketen einigten.

Der fortdauernde Spannungszustand zwischen den beiden Supermächten während des Jahres 1984 kontrastiert allerdings mit der Tatsache, daß im innereuropäischen Ost-West-Beziehungsfeld die Errungenschaften der Entspannung weitgehend erhalten, ja zum Teil, wie im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten, sogar ausgebaut werden konnten.

Aufgrund der mangelnden Kongruenz der innereuropäischen Beziehungen zum Spannungsfeld zwischen den Supermächten war ein zunehmender Druck der Supermächte auf die Bündnispartner festzustellen. So forderten die USA von ihren Verbündeten in Europa eine verstärkte Beteiligung an den gemeinsamen Rüstungs- und Verteidigungsanstrengungen wie auch eine Einschränkung in all jenen Beziehungen zum Warschauer Pakt, die das militärisch-strategische Gleichgewicht beeinflussen könnten. Dies gilt vor allem für den Transfer von Technologie an die Staaten des Warschauer Paktes. Die westlichen Bündnispartner begegneten den US-Initiativen zur Verwirklichung der Strategic Defense Initiative mit Zurückhaltung bis Ablehnung, da in ihr die Gefahr einer Destabilisierung des strategischen Gleichgewichts und eine Abkoppelung Westeuropas von den Vereinigten Staaten befürchtet wird. Die Bestrebungen zur Wiederbelebung der WEU (eines Beistandspaktes von Frankreich, Großbritannien, der BRD, Italien, Belgien, der Niederlande und Luxemburg) suchen eine Stärkung bzw. selbständigere Rolle des europäischen Pfeilers der NATO.

Ost – West – Beziehung

Doch auch innerhalb des Warschauer Paktes sind Zeichen des Zögerns, die Sicherheits- und Militärpolitik der Supermächte nachzuvollziehen, festzustellen, wie wenn der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker davon spricht, dass die WP-Nachrüstung „keine Freude ausgelöst“ habe und daß „Schadensbegrenzung“ nötig sei. Primär von sowjetischer Seite wurde der Ruf nach verminderter wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Westen und größere Autonomie im Rahmen des RGW erhoben. Die Außenhandelsbeziehungen der osteuropäischen Staaten zeigen, nicht zuletzt infolge der akkumulierten Auslandsverschuldung tatsächlich eine stark rückläufige Tendenz, während die Sowjetunion selbst ihren Warenaustausch mit Westeuropa seit Anfang der 80er Jahre wesentlich steigern konnte. Die Absage des Besuches von Staatsratsvorsitzendem Honecker und des bulgarischen Präsidenten Schivkov in der BRD zeigt jedoch, daß der Spielraum der osteuropäischen Staaten in der Gestaltung ihrer Politik dem Westen gegenüber enger geworden ist.

Die Volksrepublik China hat nach dem offiziellen Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR Archipov in Peking ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessert, wenn auch die ideologische Distanz zur UdSSR infolge der jüngsten Entwicklungen der parteitheoretischen Linie und der wirtschaftlich-sozialen Praxis in China eher größer geworden ist. Dem Besuch Archipovs in Peking war der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyong in den Vereinigten Staaten vorausgegangen. Im Mittelpunkt der Beziehungen der VR China zu den Supermächten stehen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

In außereuropäischen Bereichen haben sich für die Ost-West-Auseinandersetzung 1984 keine wesentlichen neuen Akzente ergeben. Dies mag einerseits auf eine verringerte Relevanz der Staaten der Dritten Welt für das globale und militärisch-strategisch verstandene Ost-West-Gleichgewicht wie auch auf eine akzentuierte Politik des Containments durch die Vereinigten Staaten auch im außereuropäischen Bereich zurückzuführen sein.

Der Umstand, daß die Entspannung im innereuropäischen Verhältnis noch weitgehend funktioniert und daß die europäischen Verbündeten der beiden Supermächte ihr Interesse an einer Ausgestaltung dieser Entspannung nach wie vor manifestieren, gibt den neutralen Staaten in Europa die Möglichkeit, in beiden Allianzen Gesprächs- und Interessenspartner zu finden. Sollte es nunmehr zu einer nüchterneren Phase der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion kommen, so könnten die kleineren europäischen Staaten eine entscheidende Rolle für den Entspannungsprozeß in Europa spielen. Den Neutralen und Blockfreien könnte dabei eine Art Katalysatorrolle zufallen. Die Entwicklung könnte, wenn Anzeichen aus dem Folgeprogramm nicht trügen, insbesondere im und durch den KSZE-Prozeß zum Tragen kommen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Atomrüstung ist 1984 eskaliert. Da bei den amerikanisch-sowjetischen Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen (seit November 1981) keine Einigung erzielt werden konnte, begann Mitte November 1983 in Westeuropa, in Entsprechung des „NATO-Doppelbeschlusses“ vom 12. 12. 1979, die Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen. Die Bezeichnung leitet sich davon ab, dass der Beschluss die Stationierung von 108 Startanlagen für Pershing II Raketen in der BRD und 464 Marschflugkörpern (Cruise Missiles), nämlich 160 in Grossbritannien, 112 in Italien, 96 in der BRD und je 48 in Belgien und den Niederlanden, vorsieht bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot, auf das Stationierungsprogramm zu verzichten, falls rüstungskontrollpolitische Ergebnisse die möglich machen. Mit Jahresende 1984 waren sowohl Pershing II Raketen in der BRD, sowie Cruise Missiles in Grossbritannien und Italien aufgestellt worden.

Am 23. November 1983 brach die Sowjetunion die Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF-Verhandlungen) unter dem Hinweis auf den Beginn der NATO-Stationierungen ab. Die Sowjetunion kündigte gleichzeitig die Stationierung operativ-taktischer Raketen in der DDR und der CSSR, die verstärkte Präsenz von mit Nuklearraketen bestückten U-Booten in der Nähe der amerikanischen Küste sowie die Aufhebung des von Generalsekretär Breschnjew am 16. 3. 1982 bekanntgegebenen einseitigen Stationierungsmoratoriums für sowjetische Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion an. Als „Gegenmassnahmen“ zur NATO-„Nachrüstung“ wurden im Jahre 1984 Raketen der Typen SS 21, SS 23 und SS 22 in der DDR und in der CSSR aufgestellt. Diese neuen sowjetischen Atomwaffen sind im Vergleich zu ihren Vorgängertypen durch grössere Treffgenauigkeit, grössere Reichweite und kürzere Nachladezeiten sowie effektivere Gefechtsköpfe gekennzeichnet.

Nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen teilte die Sowjetunion bei der Schlußsitzung der 5. Verhandlungsrunde über strategische Atomwaffen (START) am 8. Dezember 1983 die Unterbrechung auch dieser Verhandlungen mit der Begründung mit, dass die durch die NATO-Aufstellungen eingetretene Änderung der strategischen Lage einer Überprüfung bedürfe. Die Vereinbarung eines Datums für den Beginn von neuen Verhandlungen wurde abgelehnt.

Seit dem Abbruch der INF-Gespräche und von START machte die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme dieser Verhandlungen von der Vorbedingung abhängig, dass die NATO die bereits getätigten Stationierungen von Pershing II und Cruise Missiles rückgängig macht. Die NATO erklärte sich zu Verhandlungen ohne Vorbedingung bereit, lehnte aber einen Stationierungsstopp oder gar die Rücknahme der Stationierungen als dem Zweck des „NATO-Doppelbeschlusses“, nämlich der Herstellung eines Gleichgewichts auf dem Gebiet der INF-Waffen widersprechend, ab.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Im Jahre 1984 schob sich die Frage der Rüstung im Weltraum vermehrt in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West und auch in das Bewusstsein einer grossen Öffentlichkeit. Insbesondere die von Präsident Reagan am 25. März 1983 angekündigte „Strategische Verteidigungsinitiative“ (Strategic Defense Initiative – SDI) führte zu einer andauernden internationalen Diskussion. Die SDI stellt im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Forschungsprogramm dar, das Möglichkeiten des Aufbaues von Systemen zur Zerstörung ballistischer Raketen (Ballistic Missile Defense – BMD) prüfen soll. Insbesondere ihre Stationierung im Weltraum soll Gegenstand dieser Forschung sein. Fachleute diskutieren, ob es technisch überhaupt möglich ist, solche Systeme zu entwickeln. Auch vom Standpunkt der enormen Kosten für ein solches System werden kritische Meinungen geäussert. Sollte sich ein SDI-System als möglich erweisen und in der Folge auch stationiert werden, würde dies eine wesentliche Änderung in den Strukturen und Elementen des globalen strategischen Gleichgewichtes bewirken. Während die Regierung der USA die Möglichkeit einer Stabilisierung des herrschenden Kräftegleichgewichtes in den Vordergrund ihrer Argumentation stellt, weist die Sowjetunion darauf hin, dass neben erheblichen zusätzlichen Rüstungskosten auf beiden Seiten dieses Gleichgewicht mit zusätzlichen Unsicherheitsfaktoren belastet würde.

Befürworter der Weltraumrüstung führen das Argument ins Treffen, dass die SDI zu einem völligen Schutz vor nuklearen Offensivsystemen führen könnte und somit diese besonders bedrohliche Waffenkategorie obsolet machen würde. Andere stellen den Schutz der eigenen für die Erhaltung einer Zweitschlagfähigkeit notwendigen nuklearstrategischen Raketen in den Vordergrund.

Gegner der SDI weisen auf die Gefahren hin, die im Falle eines funktionsfähigen strategischen Verteidigungsschildes daraus erwachsen könnten, dass ein potentieller Angreifer nicht mehr seine Vernichtung durch einen strategischen Zweitschlag befürchten müsste und daher besonders in sich zuspitzenden Krisenzeiten die Option eines Erstschlages denkbar und realisierbar werden könnte.

Die Problematik der SDI für die bestehende Rüstungskontrollphilosophie ist auch daraus ersichtlich, dass die Aufstellung von Anti-Raketensystemen wegen ihrer potentiell destabilisierenden Wirkung im ABM (Anti Ballistic Missile)-Vertrag aus 1972 verboten ist. Die Verwirklichung der SDI würde mit diesem Vertrag, der eines der wenigen bisher unbestrittenen Elemente des Rüstungskontrollregimes darstellt, in Widerspruch stehen und seine Kündigung bzw. Revision notwendig machen.

Es ist zu befürchten, dass die zusätzlichen Verteidigungsanstrengungen bei SDI-Systemen zu einer Vermehrung von offensiven Nuklearwaffen auf beiden Seiten führen werden. In diesem Zusammenhang kommt daher der

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Tatsache, dass bei den wiederaufgenommenen Gesprächen in Genf sowohl über Weltraum- wie auch nukleare Offensivwaffen verhandelt wird, besondere Bedeutung zu.

Sollte es zur Stationierung von BMD-Systemen kommen, muss alles getan werden, dass beim Übergang von rein offensiver Abschreckung zu einer Kombination von Offensiv- und Defensivsystemen die Stabilität der strategischen Balance nicht gefährdet wird.

Eine weitere potentiell destabilisierende Wirkung der Weltraumwaffen besteht darin, dass sie nicht nur zur Abwehr feindlicher Raketen, sondern auch zur Zerstörung feindlicher Satelliten eingesetzt werden können. Diese Satelliten spielen im Frieden eine für das strategische Gleichgewicht wichtige Rolle. Das von ihnen gebildete weltweite Überwachungsnetz gibt jeder der beiden Supermächte die Sicherheit, über mögliche Aktionen des anderen rechtzeitig vorgewarnt zu sein. Ohne sie könnte ein wesentlicher Teil der bekannten Rüstungskontrollabkommen nicht verifiziert werden. Die Möglichkeit ihrer Vernichtung hätte einen destabilisierenden Effekt, da der potentielle Aggressor für den Fall ihrer Zerstörung mit einer wesentlich verminderten Reaktionsfähigkeit des Angegriffenen rechnen könnte. Solche Antisatellitenwaffen (ASAT) werden von beiden Supermächten entwickelt. Der gegenwärtige Stand dieser Entwicklung wird verschieden eingeschätzt.

Ende Juni 1984 schlug die UdSSR den Vereinigten Staaten Verhandlungen zur „Verhinderung der Militarisierung des Weltraums“ vor. Diese Gespräche sollten in Wien stattfinden und es sollte bei ihnen, nach sowjetischer Ansicht, die Möglichkeit erörtert werden, auf Weltraumwaffen völlig zu verzichten. Die Sowjetunion schlug einen beiderseitigen Test- und Stationierungsstopp dieser Waffen zu Verhandlungsbeginn vor. Die USA erklärten sich zu solchen Gesprächen bereit, wollten jedoch bei diesen Verhandlungen auch die Möglichkeiten für eine überprüfbare und wirksame Beschränkung von Weltraumwaffen und die Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Gesprächen über nukleare Offensivsysteme (Mittelstreckenwaffen und strategische Waffen) diskutieren. Ein Moratorium auf Tests und Stationierung von Weltraumwaffen als Vorbedingung für Gespräche lehnten die USA ab.

Wegen dieser Meinungsverschiedenheiten zwischen USA und UdSSR kamen die für September 1984 geplanten Wiener Gespräche nicht zustande. Im Herbst 1984 wurde jedoch deutlich, dass beide Supermächte eine Wiederaufnahme bilateraler Rüstungsgespräche ernstlich erwogen. Die UdSSR wiederholte nicht mehr ihre Forderung nach Abbau aller neu stationierten US-Mittelstreckenwaffen in Europa vor neuen Verhandlungen; die USA unterstrichen auf höchster Ebene (UN-Rede von Präsident Reagan) ihr starkes Interesse an Rüstungskontrollvereinbarungen. Ein Treffen des sowjetischen Aussenministers Gromyko mit Präsident Reagan

Rüstungskontrolle und Abrüstung

aus Anlass der UN-Generalversammlung markierte die Wiederaufnahme des politischen Dialogs zwischen USA und UdSSR.

Mitte Dezember wurde zwischen den USA und der UdSSR schliesslich vereinbart, dass am 7. 1. 1985, auf Aussenministerebene Gespräche in Genf über die Wiederaufnahme der bilateralen Abrüstungsverhandlungen durchgeführt werden. Der Wiederbeginn dieses Dialogs auf hoher Ebene stand im Zeichen der unterschiedlichen Akzente über Inhalt und Ziel künftiger Verhandlungen.

Das primäre Ziel der USA für neue Rüstungskontrollgespräche ist eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der schweren landgestützten Interkontinentalraketen; die Sowjetunion hingegen hat ein vordringliches Interesse an der Verhinderung eines „Wettrüstens im Weltraum“.

Nach amerikanischer Vorstellung sollten die kommenden Verhandlungen in einer alle relevanten Abrüstungsthemen umfassenden Form, in sogenannten „umbrella talks“ geführt werden. Dabei sollte die parallele Behandlung unterschiedlicher Verhandlungskomplexe möglich sein. Die grundsätzliche Idee solcher umfassender Gespräche konnte schliesslich von beiden Supermächten akzeptiert werden, da im Rahmen dieses Konzepts das sowjetische Hauptinteresse an der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum gleichwertig mit dem amerikanischen Interessensschwerpunkt eines Abbaus offensiver strategischer Nuklearwaffen behandelt wird.

Das Ergebnis der Genfer Gespräche am 7./8. 1. 1985 war die Vereinbarung umfassender Rüstungskontrollverhandlungen, die ein nukleares Wettrüsten im Weltraum verhindern und den Rüstungswettlauf auf der Erde beenden sollen. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen in drei Gruppen für die drei Waffenbereiche

– strategische Nuklearwaffen, Mittelstreckenraketen und Weltraumwaffen – zu führen. Die Verhandlungen sollen am 12. 3. 1985 in Genf beginnen. Es ist zu begrüssen, dass neben den nuklearen Raketenwaffen auch die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum als Gegenstand bei den Genfer Verhandlungen vereinbart wurde.

Im Jahre 1983 hatte sich eine artikulierte politische Bewegung gegen die Weiterführung des atomaren Rüstungswettlaufes gerichtet. Diese Bewegung ist im Jahre 1984 weniger stark in Erscheinung getreten. Die tiefsitzenden Ängste bleiben aber bestehen und es ist daher damit zu rechnen, dass sie sich wieder stärker betätigen wird. Einen konkreten Ansatzpunkt für die Wiederbelebung der öffentlichen Diskussion könnte die Frage bilden, ob die Androhung des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen zur Abwehr eines konventionellen Angriffs militärisch weiterhin glaubwürdig und politisch und moralisch vertretbar wäre. Sollten die Abrüstungsverhandlungen keinen Erfolg zeigen, könnte diese Frage im Laufe der kommenden Jahre mit wachsendem Nachdruck gestellt werden.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Österreich stehen nicht jene Informationen zur Verfügung, über die die beiden Supermächte verfügen. Es muss sich schon aus diesem Grund vor vorschnellen Urteilen in einer sehr komplexen Materie hüten. Auch kann das Argument nicht ohne weiteres missachtet werden, dass die gegenseitige nukleare Abschreckung der beiden Supermächte einen Krieg zwischen ihnen verhindert und damit auch den Frieden in Europa gefestigt hat. Dennoch kann daraus nicht der Schluss abgeleitet werden, dass dieser Zustand immer weiter bestehen wird, und dass eine Fortsetzung des atomaren Wettrüstens das dem Frieden zugrunde liegende Gleichgewicht nicht wesentlich stören wird.

Der Rüstungswettlauf führt zu einer immer grösseren Vergeudung von Ressourcen, die für andere Zwecke besser eingesetzt werden könnten; er hat eine zunehmende „Militarisierung“ der Aussenpolitik zur Folge – militärische Kalküle und Szenarios bestimmen immer stärker das politische Handeln der Allianzen.

Einer der beunruhigendsten Aspekte des Rüstungswettlaufes ist der Umstand, dass die Nuklearsysteme der beiden Supermächte wegen ihrer wachsenden Komplexität nicht als Elemente der Stabilität betrachtet werden können, sondern in steigendem Masse zu Risikofaktoren werden. Die Steigerung der Treffsicherheit von US-Systemen und die starke Sprengkraft der sowjetischen Raketensysteme bei gleichzeitiger Steigerung der Anzahl der nuklearen Mittelstreckenwaffen hat bei beiden Seiten Befürchtungen genährt, der Gegner strebe nach der Fähigkeit, mit einem nuklearen Erstschlag den Grossteil der strategischen Systeme des anderen zerstören zu können (Erstschlagfähigkeit). Wenngleich keine der beiden Supermächte von der Annahme ausgeht, dass eine solche Erstschlagfähigkeit in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann, schliesst dies nicht aus, dass die technische Entwicklung über einen längeren Zeitraum die Vorstellung hervorruft, dass die andere Seite eine solche Fähigkeit mit Aussicht auf Erfolg anstrebt.

In einer Situation, in der beide Supermächte die Erstschlagfähigkeit zu besitzen glauben und sie auch der anderen Seite zutrauen, wäre die Stabilität des Gleichgewichts durch die Überlegung gefährdet, dass der Verzicht auf die Ausübung der eigenen Erstschlagfähigkeit den Verlust der Zweitschlagfähigkeit, d. h. der Reaktionsfähigkeit nach einem Angriff der anderen Seite, bedeuten würde. Insbesondere im Krisenfall könnte ein rasches nukleares Zuschlagen von der Überlegung diktiert werden, die eigenen Waffen und Kommandozentralen zu nutzen, bevor sie von den präzisen Atomraketen des Gegners getroffen werden.

Nach den derzeitigen Doktrinen der Supermächte sollen Atomwaffen nicht eingesetzt werden. Mit ihnen sollen Kriege nicht geführt sondern verhindert werden. Die Supermächte argumentieren, dass Atomwaffen kriegsverhindernd wirken können, wenn ihr Einsatz auch glaubhaft ist. Der Gegner

Rüstungskontrolle und Abrüstung

muss damit rechnen, dass er bei einem atomaren Schlagabtausch selbst Schäden grössten Ausmasses erleiden würde. Der Abschreckungsdoktrin zufolge soll diese Furcht vor dem Einsatz von Atomwaffen kriegerische Handlungen verhindern. Die technische Verfeinerung, die immer grössere Präzision von Nuklearwaffen, hat allerdings dazu geführt, dass im Bemühen, die nukleare Drohung glaubhaft zu erhalten, die Distanz zwischen Kriegsverhinderung und Kriegsführung verringert wird. Technische Komplexität bringt grössere Störanfälligkeit mit sich und der zunehmende Einsatz von Computern birgt zusätzliche Risiken. Der Primat der politischen Führung wird dadurch in Frage gestellt und die Gefahr, die von automatisierten Handlungsketten ausgeht, wird dadurch grösser.

Österreich vertritt den Standpunkt, dass die gegenwärtige Abschreckungsdoktrin, in der das „Gleichgewicht des Schreckens“ einen wesentlichen Platz einnimmt, im Lichte der neuen Entwicklungen überprüft werden soll. Das Ziel der Rüstungskontrollpolitik sollte sein, ein konfliktverhinderndes militärisches Kräfteverhältnis durch kooperative Abrüstungsschritte zu erreichen. Dort, wo Österreich aktiv an Rüstungskontrollverhandlungen teilnimmt (insbesondere bei der KVAE) versucht es, diese Zielvorstellungen in konkrete Verhandlungsergebnisse umzusetzen. In Gremien, in denen abrüstungspolitische Ziele diskutiert werden, insbesondere in den Vereinten Nationen, bezieht Österreich Stellung zu allen wichtigen Fragen der internationalen Rüstungsdiskussion.

Die umseitige Übersicht (aus Scientific American, Oktober 1983) gibt einen schematischen Überblick über die Rüstungskontrollabkommen auf dem Sektor der Nuklearrüstung. Jedes einzelne Abkommen ist ab seinem Verhandlungsbeginn eingezeichnet; falls es ratifiziert wurde, ist auch der Ratifizierungszeitpunkt markiert.

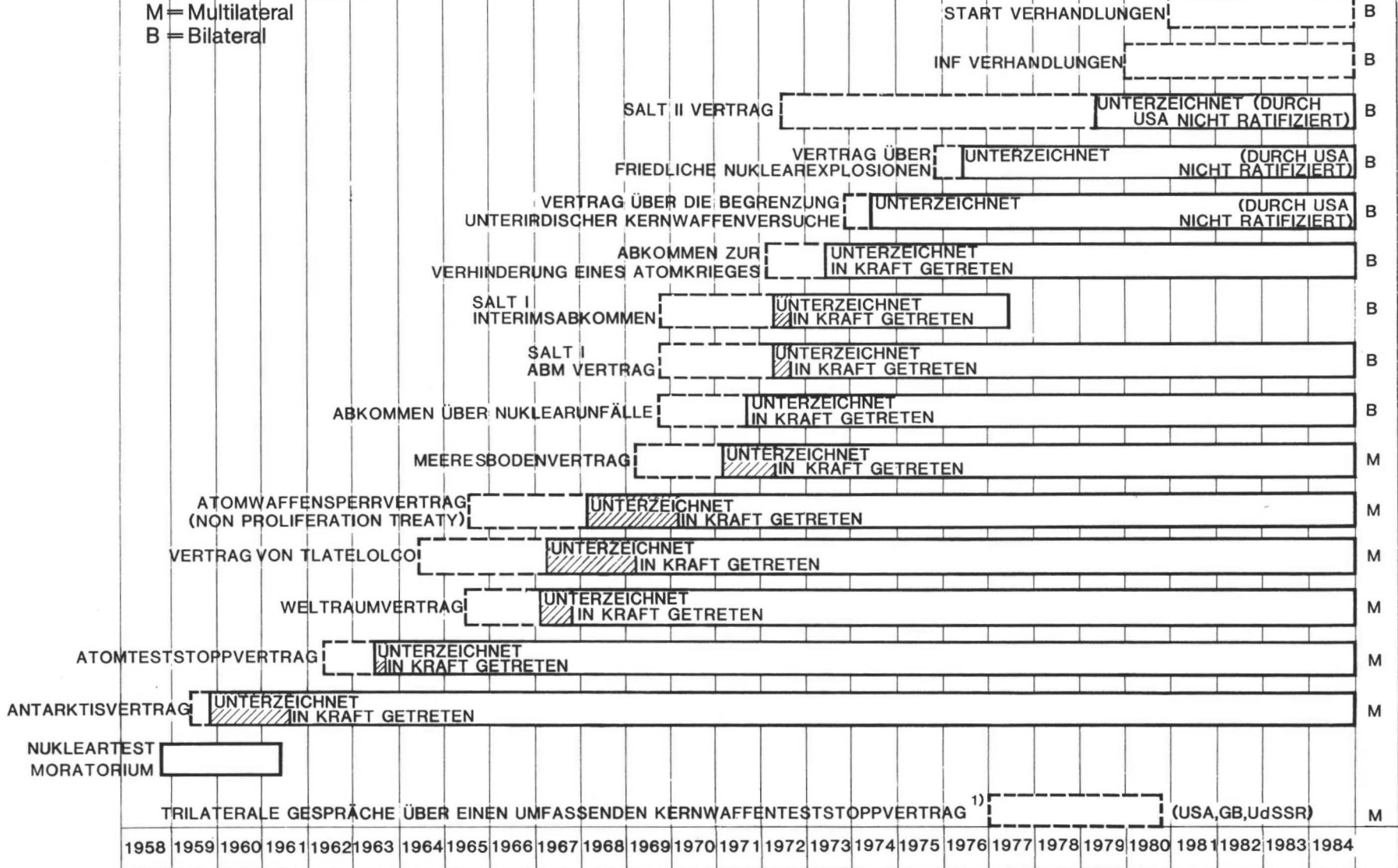
Weiters ist aus der Übersicht zu entnehmen, dass durch multilaterale Verhandlungen bis Ende der 60er Jahre wesentlich mehr Rüstungskontrollverträge auf dem Gebiet der Nuklearrüstung ausgehandelt und auch ratifiziert wurden, als seit Beginn der 70er Jahre, dem Zeitpunkt, ab dem Gespräche über nukleare Rüstungskontrolle praktisch ausschliesslich zwischen USA und UdSSR geführt wurden. Natürlich ist der Umstand, dass mit Ausnahme von SALT I alle grossen erfolgreichen Rüstungskontrollgespräche am Sektor der Atomrüstung multilateral geführt wurden, nicht alleine ausschlaggebend dafür, dass die Verhandlungen von Erfolg gekrönt waren. Doch ist hierin ein starkes Indiz dafür zu sehen, dass nukleare Rüstungskontrolle auch multilateral sinnvoll verhandelt werden kann.

Die Frage des atomaren Wettrüstens zwischen den USA und der UdSSR dominiert die Diskussion über die Möglichkeiten von Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung. Das verstellt aber den Blick darauf, dass auch die

Quelle: Scientific American, October 1983

1) 1980 vertagt ohne Vereinbarung eines Datums der Wiederaufnahme

M = Multilateral
B = Bilateral



Rüstungskontrolle und Abrüstung

konventionelle Rüstung eskaliert und zwar weltweit. Die gesamten Weltrüstungsausgaben betragen 1984 schätzungsweise 800 Mrd. US-Dollar. Das ist eine Summe, die grösser ist als die gesamte Schuldenlast der Entwicklungsländer. Letztere werden auch besonders schnell in den Strudel wachsender Militärausgaben gezogen: Während sich die Rüstungskosten der westlichen Industrie- und der COMECON-Länder in den letzten zehn Jahren um 22% erhöhten, stiegen sie in den Entwicklungsländern um 71% – wobei diese trotz solch hoher Steigerungsraten mit ihren absoluten Ausgaben freilich nach wie vor weit hinter den Militärausgaben der Industriestaaten zurückblieben.

Dem Ziel eines Abbaus der Truppenstärke der Militärpakte in Europa dienen die MBFR-Verhandlungen in Wien. Als es zum Abbruch der INF-Gespräche und START kam, waren auch sie tangiert; die Festsetzung des Verhandlungsbeginns der nächsten Runde war zunächst nicht möglich. Sie wurden jedoch im März 1984 wieder aufgenommen.

Am 19. 4. 1984 legte der Westen einen Vorschlag vor, in dem er seine Forderung modifizierte, dass man vor Vertragsabschluss die genaue Zahl der Personalstärke von Land- und Luftstreitkräften beider Seiten im Reduzierungsraum feststellen müsse („Datenfrage“). Statt dessen müssten Angaben über die Truppenstärken lediglich innerhalb einer angemessenen Bandbreite liegen. Der Austausch von Daten über die Truppenstärken soll nach NATO-Vorstellungen dadurch erleichtert werden, dass vor Vorlage neuer Zahlen zunächst Einigung über Truppenkategorien, Zählmodalitäten und das Schema eines neuen Datenaustausches erzielt wird und dass der Datenvergleich vor Vertragsabschluss nur für die militärisch bedrohlichsten Kategorien, nämlich die Kampf- und Kampfunterstützungstruppen stattfindet. Wenngleich die „Datenfrage“ durch den neuen NATO-Vorschlag nach westlicher Ansicht entschärft wurde, bleibt sie für die NATO Voraussetzung für die Reduzierung von Truppen im Reduzierungsraum.

Die MBFR-Verhandlungen sind nach österreichischer Auffassung wesentlich für eine der zentralen Fragen der Rüstungsdebatte zwischen Ost und West – die Frage des konventionellen Gleichgewichts. Die Gewährleistung eines konfliktverhindernden Kräfteverhältnisses auf konventionellem Gebiet würde auch die Lösung mancher Probleme im nuklearen Bereich erleichtern. Insbesondere auch das Problem des Ersteinsatzes von taktischen Nuklearwaffen. Innerhalb einer insgesamt stabilen strategischen Situation könnten partielle Über- und Unterlegenheiten hingenommen werden.

Gemeinsam mit den KVAE-Verhandlungen in Stockholm könnten die MBFR-Gespräche dazu beitragen, die militärische Komponente der Ost-West-Spannungen zu reduzieren und die Sicherheit von Gesamteuropa zu fördern.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Fortschritte sind zur Zeit allerdings sehr gering. Am 13. 12. 1984 ging die 34. Verhandlungsrunde der MBFR ohne substantielle Ergebnisse zu Ende. Der weitere Fortschritt der am 31. 1. 1985 wiederbeginnenden Verhandlungen hängt vor allem vom politischen Willen der beteiligten Staaten, insbesondere vom Willen der Supermächte ab. Im Verhältnis dazu treten die technischen Probleme in den Hintergrund und erscheinen – entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – überwindbar.

Die Genfer Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament – CD) ist das einzige, auf Permanenz angelegte multilaterale und weltweite Forum für Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle. In der CD kam es im Jahr 1984 bedauerlicherweise ausser im Tagesordnungspunkt Chemische Waffen zu keinen nennenswerten Fortschritten. Zu dieser Frage gab es im Februar 1984 eine sowjetische Erklärung, wonach die Sowjetunion unter gewissen Bedingungen die Vor-Ort-Beobachtung der Vernichtung von Beständen chemischer Waffen zulassen könnte. Im April unterbreitete die US-Delegation den Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Stationierung Chemischer Waffen. Trotz dieser hoffnungsvollen Ansätze blieben die Fortschritte in engen Grenzen: das Ad-hoc-Komitee für Chemische Waffen einigte sich auf einige vorläufige Formulierungen im Vorentwurf eines Vertrages. Wesentliche Fragen (Anwendungsbereich, Definition, Verifikation) bleiben aber weiterhin ungelöst.

Eine weitere wichtige Aufgabe der CD wäre die Erarbeitung eines Vertrages über die völlige Einstellung der Kernwaffentests (Comprehensive Test Ban Treaty – CTBT). Ein solcher Vertrag wäre aus mehreren Gründen bedeutsam: Zum einen würde er ein Hindernis dafür darstellen, dass Staaten, die heute noch keine Kernwaffen besitzen, solche entwickeln (horizontale Proliferation). Zum zweiten würde aber ein derartiger Vertrag auch die weitere Entwicklung und Verfeinerung der schon bestehenden Nukleararsenale (vertikale Proliferation) hemmen, wodurch die technische Weiterentwicklung von Kernwaffen erheblich erschwert würde.

Da unterirdische Tests erdbebenähnliche Wellen verursachen, kann die Überprüfung des Vertrages mit Mitteln der Seismik erfolgen. Deshalb nahm Österreich 1984 an einer Testreihe zur Übermittlung seismologischer Daten teil. Es wird dabei von Experten der „Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik“ unterstützt.

Eine bemerkenswert hohe Zahl von Nichtmitgliedstaaten (21) nahm 1984 an Plenartagungen der CD als Beobachter teil. Schon im Jahr 1983 bestand die grundsätzliche Absicht, die Mitgliedschaft der Konferenz von derzeit 40 auf 44 zu erhöhen. Bis jetzt ist es jedoch noch zu keiner konkreten Entscheidung über die Aufstockung der Mitgliedschaft gekommen. Österreich ist kein Mitglied der CD, hat aber in Genf Beobachterstatus. Es ist Kandidat für die Vollmitgliedschaft.

KSZE und KVAE

Der Rüstungswettlauf nährt sich nicht nur aus sich selbst. Er ist nicht nur als eine rein mechanische Eskalation, als Kette von militärtechnischer Aktion und Reaktion zu verstehen. Ihm zugrunde liegen eben nicht nur Sicherheiten sondern auch Unsicherheiten über die Absichten des Gegners ; und Misstrauen über dessen politische Ziele.

Die Abrüstung kann daher ebenfalls nicht rein mechanisch – militärtechnisch konzipiert werden. Sie muss begleitet sein von Massnahmen, die Unsicherheiten vermindern und Misstrauen abbauen. Der Schaffung von Vorhersehbarkeit und Vertrauen kommt demnach – und gerade auch für das strategisch wichtige Europa – besondere Bedeutung zu.

KSZE und KVAE

Für den Zeitraum von der Beendigung des Madrider KSZE-Folgetreffens (September 1983) bis zum Beginn des Wiener Folgetreffens (November 1986) wurde ein umfangreiches und breitgefächertes Programm vereinbart. An diesem Programm, das in verschiedenen Einzelkonferenzen thematisch unterschiedliche Bereiche der KSZE-Schlussakte aufgreift, beteiligen sich alle 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. 1984 wurden folgende Treffen durchgeführt :

- Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa (Stockholm, seit 19. 1. 1984)
- Expertentreffen über friedliche Streitregelung (Athen, 21. 3. bis 30. 4. 1984)
- Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (Venedig, 16. bis 26. 10. 1984)
- Vorbereitungstreffen für das KSZE-Kulturforum (Budapest, 21. 11. bis 4. 12. 1984)

Trotz des frostigen Klimas zwischen den Supermächten verliefen diese Treffen in sachlicher, größtenteils konfrontationsfreier Atmosphäre. Darin kann ein Zeichen für die grundsätzliche Bereitschaft gesehen werden, den KSZE-Prozeß fortzuführen. Wenngleich dieser Prozeß also mittlerweile zu einem aus der außenpolitischen Praxis schwer wegzudenkenden Instrument der Zusammenarbeit geworden ist, macht sich in ihm nun doch deutlich ein Mangel an politischen Impulsen bemerkbar. Die inhaltlichen Ergebnisse der „kleineren“ KSZE-Treffen zeigen, daß es derzeit mehr um Wiederbekräftigung und Wiederholung als um ausgreifende, gestaltende neue Initiativen geht. Man wird sich daher bei den verschiedenen KSZE-Treffen bald mit der Frage befassen müssen, wie man im Rahmen einer Gesamtstrategie vermehrt Zukunftsorientiertes zur Diskussion stellen und gemeinsam anstreben kann.

KSZE und KVAE

Auch gilt es zu vermeiden, daß sich die Diskussion zu Lasten aller anderer Themen allzusehr auf Sicherheitsfragen konzentriert. Bei aller Wichtigkeit der militärisch-sicherheitspolitischen Komponente darf die humanitäre und menschenrechtliche Dimension nicht in den Hintergrund treten. Auch im Bereich der wirtschaftlichen und wissenschaftliche-technischen Zusammenarbeit (Korb II), die im laufenden Folgeprogramm relativ vernachlässigt wird, werden neue Initiativen und Schwerpunkte (z. B. in der Energiepolitik und im Umweltschutz) zu setzen sein. Österreich wird sehr aktiv für eine Sanierung dieser Schwachstellen eintreten. Auch die bevorstehenden Expertentreffen über Menschenrechte (im Frühjahr 1985); über Kultur (im Herbst 1985) und menschliche Kontakte (im Frühjahr 1986) werden Gelegenheit dazu bieten.

In allen bisherigen Treffen des Folgeprogramms hat Österreich aktiv mitgearbeitet. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der neutralen und nichtpaktgebundenen Teilnehmerstaaten („N+N-Gruppe“) hat sich dabei bewährt. In Ost-West-Verhandlungen kommt dieser Staaten-Gruppe oft die Aufgabe zu, mehr als bloß die gebündelten nationalen Interessen der einzelnen Mitglieder zu vertreten. Die N+N-Staaten kommen oft in die Lage, die Gesamtinteressen aller Konferenzteilnehmer zu artikulieren und zu vertreten. Diese ihre Funktion wird auch in der KSZE zunehmend anerkannt und die N+N-Staaten sind damit in gewisser Weise zum Träger des politischen „Gemeinschaftswillens“ geworden. Dies entspricht nicht nur dem Selbstverständnis dieser Staaten, das wesentlich von der Suche nach dem für ganz Europa Machbaren geprägt ist, sondern deckt sich auch mit den Erwartungen der übrigen europäischen Mittel- und Kleinststaaten und immer öfter sogar der Supermächte. Der den N+N mit dieser Funktion zugestandene Gestaltungsraum verlangt ein hohes Maß an politischem Verantwortungsgefühl, kontinuierliches Engagement und großen Arbeitsaufwand.

Die in der KSZE übernommene gemeinsame Funktion wie auch die gruppendynamischen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß die N+N-interne Zusammenarbeit wachsende Intensität und größere Bandbreite erlangt hat. So werden innerhalb der verschiedenen KSZE-Treffen die Haltungen auf Arbeitsebene laufend koordiniert. Darüber hinaus finden zur Vorbereitung neuer Konferenzen bzw. Konferenzphasen separate N+N-Treffen statt. Eines der vier N+N-Treffen wurde 1984 in Wien abgehalten. Als logische Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit zeichnen sich für 1985 Kontakte der N+N-Staaten auf Ministerebene ab. Eine besondere Verantwortung und gleichzeitig auch Chance zur politischen Gestaltung erwächst Österreich auch aus der Tatsache, daß es ab Spätherbst 1984 Gastgeber des nächsten KSZE-Folgetreffens sein wird.

KSZE und KVAE

KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitregelung (Athen, 21. März bis 30. April 1984)

Aufgabe des Athener Expertentreffen – wie auch die des ersten derartigen Treffens von Montreux 1978 – war „die Prüfung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen mit dem Ziel, bestehende Methoden zu ergänzen“.

Während die westlichen Staaten besonders stark die Schiedsgerichtsbarkeit und sonstige Verfahren mit Einschluß von Drittinstanzen (Vergleichsverfahren, Vermittlung) als Mittel der Streitbeilegung hervorhoben, ging die Sowjetunion von einer Beilegung von Streitigkeiten durch obligatorische Verhandlungen und Konsultationen aus. Österreich setzte sich für eine Betonung von Drittparteienverfahren (vor allem Schiedsgerichtsbarkeit) und die Ablehnung von obligatorischen Verhandlungen oder Konsultationen ein (bei solchen wäre zu befürchten, daß sich machtmäßige Ungleichheiten der kleineren und schwächeren Staaten besonder stark zu deren Nachteil auswirken).

Trotz des von Österreich mitgetragenen Versuchs der N + N-Staaten, einen Kompromiß vorzuschlagen, konnten die großen Meinungsunterschiede nicht überbrückt werden. Das Ergebnis der Athener Tagung besteht daher lediglich in der Empfehlung an das Wiener Folgetreffen, „die Diskussionen in geeignetem Rahmen weiterzuführen“.

KSZE-Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (Venedig, 16. bis 26. 10. 1984)

Das Venediger Seminar war als Folgeveranstaltung des Expertentreffens von La Valetta 1978 den spezifischen Problemen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum gewidmet. Diskussionsschwerpunkte waren die wachsenden Probleme in den Bereichen des Umweltschutzes, Verkehrsfragen, Bekämpfung von besonders im Mittelmeerraum auftretenden Krankheiten, Schutz des Kulturerbes sowie Kulturaustausch und Telekommunikation im Mittelmeerraum.

Der Schlußbericht, der von den N + N-Staaten gemeinsam vorgeschlagen worden ist, enthält eine Reihe praktischer Empfehlungen an die Regierungen der Teilnehmerstaaten zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Das Ergebnis wurde von den in der Sache am stärksten engagierten Staaten (Italien, Jugoslawien, Malta) als zufriedenstellend bezeichnet. Für Österreich war das Seminar primär politisch und in seinem Zusammenhang mit dem gesamten KSZE-Prozeß von Bedeutung.

KSZE-KULTURFORUM, Vorbereitungstreffen (Budapest, 21.11. bis 4.12.1984)

In Ausführung der Bestimmungen des Madrider Schlußdokumentes fand vom 21. November bis 4. Dezember 1984 ein Expertentreffen zur Vorbereitung des KSZE-Kulturforums in Budapest statt.

KSZE-Kulturforum

An dem im Oktober/November 1985 zusammentretenden Kulturforum sollen Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten aus dem Bereich der Kultur „zusammenhängende Probleme des Schaffens, der Verbreitung und der Zusammenarbeit einschließlich der Förderung und Ausweitung der Kontakte und des Austausches in den verschiedenen Bereichen der Kultur“ erörtern.

Wie schon bei anderen KSZE-Konferenzen kam auch bei dieser Tagung der österreichischen Delegation in Zusammenarbeit mit anderen Delegationen der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten eine bedeutende Rolle in der Erarbeitung von allseits akzeptablen Beschlüssen über Tagesordnung, Struktur und übrigen Konferenzmodalitäten des „Kulturforums“ zu. Gemäß diesen Beschlüssen wird das Kulturforum in vier Untergruppen arbeiten, und zwar :

„Bildende und angewandte Kunst“, „Darstellende Kunst“, „Literatur“ und „Gegenseitige kulturelle Kenntnis“.

In jeder Arbeitsgruppe sollen die im Madrider Schlußdokument erwähnten Mandatsthemen (Schaffen, Verbreitung, Zusammenarbeit) in ausgewogener Weise und gegliederter Form zur Behandlung gelangen. Österreich war an dem Vorbereitungstreffen durch eine Delegation vertreten, die sich aus Beamten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst zusammensetzte.

KVAE

Ein Rückblick auf die 1984 durchgeführten 29 Verhandlungswochen der „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (KVAE) bestätigt die Vorhersage im vorangegangenen Außenpolitischen Bericht, daß keine raschen Ergebnisse erwartet werden könnten. Es ist aber positiv zu werten, daß trotzdem und trotz der darniederliegenden Ost-West-Beziehungen die ersten vier Verhandlungsrunden der Stockholmer Konferenz in sachlicher Atmosphäre und nicht ohne gewisse Fortschritte verlaufen sind. Zu diesen ist zu rechnen, daß insgesamt fünf Vorschlagspakete (stammend von NATO, Rumänien, N+N-Staaten, Sowjetunion und Malta) formell eingebracht und die dahinterstehenden sachlichen und politischen Positionen eingehend erläutert worden sind. Schließlich konnte gegen Jahresende auch Einigung über die Einsetzung von Konferenzunterorganen erzielt werden. Trotz Schaffung der für konkrete Verhandlungen erforderlichen Arbeitsstruktur sind diese konkreten Verhandlungen selbst noch immer nicht in unmittelbarer Reichweite. Der Auffassungsgegensatz zwischen Ost und West (mit nuanciertem Einschluß der N+N-Staaten) über die

KVAE

Mandatserfüllung scheint nach wie vor nur sehr schwer überbrückbar. Der Gegensatz besteht, grob gesprochen, darin, daß auf der einen Seite konkrete militärische und auf der anderen Seite militärpolitische Maßnahmen gefordert werden.

Aber selbst in diesem Konflikt kam es zu einer, wenn auch bisher noch geringfügigen Annäherung der Standpunkte; insbesondere in der Frage einer Wiederbekräftigung des Gewaltverzichts und auch bei bestimmten, konkreten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), namentlich bei Verbesserungen in der Manöर्वorankündigung und Manöverbeobachtung ist dies feststellbar.

Österreich hat zusammen mit den anderen N+N-Staaten im März 1984 ein umfangreiches Dokument (SC.3) eingebracht, das das politische Konzept dieser Staatengruppierung zur Frage militärischer Vertrauensbildung und Abrüstung sowie zwölf konkrete Vorschläge für VSBM enthält. Letztere betreffen die qualitative Verbesserung der schon in der Schlußakte vereinbarten Maßnahmen und neue Arten von VSBM, darunter auch militärische Beschränkungen. Die N+N-Staaten haben im gemeinsamen Vorschlag ihre Überzeugung ausgedrückt, dass die Vereinbarung militärisch signifikanter VSBM dem (u. a. schon in der Satzung der Vereinten Nationen verankerten) generellen Gewaltverbot Wirkung und Ausdruck verleihen und die Bedingung für eine sinnvolle Wiederbekräftigung dieses Prinzips schaffen würden. Derart haben diese Staaten schon sehr früh die Richtung aufgezeigt, in der eine mögliche Paketlösung für den positiven Abschluß der ersten KVAE-Phase liegen könnte. Auch im prozeduralen Abschluß konnten die N+N-Staaten erfolgreich wirken. Ein gemeinsamer N+N-Vorschlag, der auf einem früheren, schwedischen Vorschlag aufbaute, sah die Schaffung zweier Arbeitsgruppen und eines bestimmten, der Substanz angepaßten Tagungsrythmus vor. Dieser Vorschlag konnte dann die Zustimmung aller Konferenzteilnehmer finden.

In diese Verhandlungen war die österreichische KVAE-Delegation intensiv eingeschaltet. Sie hat den sogenannten „SC.3-Vorschlag“ mitgestaltet, ihn in mehrere Plenarerklärungen und zahlreichen informellen Gesprächen erläutert und gegen Kritik verteidigt. Da die Wiederbekräftigung des Gewaltverzichtsgebotes zu einer Schlüsselfrage der Konferenz geworden ist, hat sich Österreich in diesem Thema besonders engagiert. So hat Außenminister Lanc anfangs Juni v. J. in einer Presseerklärung zur Aufnahme umfassender Expertengespräche über den Gesamtkomplex des Gewaltverzichts aufgerufen. Wenn dieser Initiative auch kein unmittelbarer Erfolg beschieden war, so übte sie doch einen beachtlichen Einfluß auf die Intensivierung der informellen Diskussion über den Gewaltverzicht aus. Die Einsetzung der Arbeitsgruppen bot dann der österreichischen Delegation Gelegenheit, in der ersten, den militärpolitischen Vorschlägen gewidmeten Sitzung in einer ausführlichen Erklärung die österreichische Linie zur

KVAE

Bekräftigung des Gewaltverzichtsgebots unter den 35 KSZE-Staaten darzulegen.

Für 1985 wurden gleichfalls 29 Arbeitswochen, unterteilt in vier Sitzungsperioden vereinbart. Mit raschen Fortschritten kann aber auch jetzt noch nicht gerechnet werden. Dazu ist das sachliche und politische Problem militärischer Vertrauensbildung zu schwierig und das aufgestaute Mißtrauen zu groß. Sollten sich aber die Dialogansätze der Großmächte im Laufe des Jahres 1985 konkretisieren und entwickeln, dann würde dies die KVAE-Atmosphäre sehr positiv beeinflussen. Die bisher erfolgte Aufbereitung der Materie könnte dann mit Hilfe der nunmehr vereinbarten Arbeitsstruktur relativ rasch in konkrete Verhandlungen umgeformt werden. Sollte es nicht zum erhofften Durchbruch in den Rüstungskontrollverhandlungen der Supermächte kommen, dann wäre zwar Stockholm um einen wertvollen Impuls ärmer, aber nicht zum Scheitern verurteilt. Man kann annehmen, daß sich selbst geringfügige Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen zunächst auf jenen Gebieten auswirken, die für die Supermächte sozusagen „Nebenkriegsschauplätze“ sind. Die KVAE, die MBFR-Gespräche und Teile der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) berühren nicht unmittelbar die sensibelsten Sicherheitsinteressen der Führungsmächte; gewisse Konzessionen könnten daher hier leichter gemacht werden.

Sicherheits- und Neutralitätspolitik

Ziel der Sicherheitspolitik Österreichs ist der Schutz der Bevölkerung und der Grundwerte des Staates gegen mögliche Bedrohungen. Dazu müssen insbesondere Aussenpolitik, Verteidigungspolitik und Massnahmen zur Erhaltung der inneren Stabilität zusammenwirken. Je nach Art und Intensität einer möglichen Bedrohung wird jeweils die eine oder andere Komponente der Sicherheitspolitik im Vordergrund stehen. Es ist nur begrenzt möglich, Schwächen auf einem Gebiet durch Massnahmen auf anderen Gebieten wettzumachen.

Um die Sicherheit Österreichs auch in Zeiten erhöhter Spannungen zu gewährleisten, muss sich die österreichische Aussenpolitik auf eine wirksame – und von der gesamten Bevölkerung getragene – militärische Verteidigung stützen können. Es ist daher auch im aussenpolitischen Interesse, dass der militärischen Landesverteidigung jene Mittel zur Verfügung stehen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Dabei wird die fortschreitende technische Entwicklung bei den Waffen möglicher Aggressoren zu berücksichtigen sein.

Der andere Pfeiler der österreichischen Sicherheitspolitik ist die Außenpolitik. Sie bemüht sich um den Abbau von Misstrauen und Spannungen. Sie fördert gegenseitiges Verständnis und Vertrauen und dient der Anbahnung von Verhandlungen und Ausgleich. Sie profiliert gemeinsame Interessen.

Sicherheits- und Neutralitätspolitik

Aktive Aussenpolitik soll mithelfen, schon im Frieden, und insbesondere bei sich abzeichnenden Konflikten eine weitere Eskalation der Gegensätze hintanzuhalten. Der Sicherheitspolitik eines kleinen neutralen Staates in der geographischen Lage Österreichs sind natürlich Grenzen gesetzt.

Unsere Sicherheit ist noch mehr als jene anderer Staaten mit dem allgemeinen Respekt vor dem Völkerrecht verknüpft. Es liegt in Österreichs ureigenstem Interesse, nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Einhaltung der völkerrechtlichen Normen hinzuweisen und alle Bestrebungen zu fördern, die dem Ausbau der Festigung der internationalen Rechtsordnung dienen.

Zum Zwecke der Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität hat sich Österreich in voller Übereinstimmung mit seiner Interessenslage für die dauernde Neutralität entschieden, die eben keine ideologische Neutralität einschließt. Aus seinem völkerrechtlichen Status als dauernd neutraler Staat ergeben sich für Österreich Rechte und Pflichten. Im Vordergrund steht die Verpflichtung, in allen Kriegen neutral zu bleiben und selbst in Friedenszeiten keine Bindung einzugehen, die uns in einem Krieg zwischen dritten Staaten hindern würde, die Normen des Neutralitätsrechts zu beobachten.

Die österreichische Neutralität ist bewaffnet. Eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft, getragen vom Willen der Staatsbürger zu Erhaltung und zum Schutz der Werte und verfassungsmässigen Institutionen dieses Staates ist in einer Welt, die weiterhin von der Austragung von Konflikten durch den Einsatz militärischer Macht geprägt ist, ein unerlässliches Element der Friedenssicherung. Dies gilt auch für den Schutz der österreichischen Souveränität und insbesondere der Neutralität im Luftraum, die es jedenfalls mit ihm zumutbaren Mitteln und in einem ihm zumutbaren Ausmass schützen muss. Dafür wurden im Jahr 1984 einige entscheidende Beschlüsse gefasst. Durch die Bundesregierung wurde die Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen eingeleitet, nachdem im Juli 1984 durch den Landesverteidigungsrat neuerlich und einstimmig der grundsätzliche Beschluss zum Ankauf bekräftigt worden war. Die Entscheidung über den Flugzeugkauf wird davon abhängig gemacht, dass Österreich beim Ankauf Gelegenheit erhält, durch solche Gegengeschäfte auch hochwertige Technologie für seine Industrie zu erwerben.

Österreichs Neutralitätspolitik erschöpft sich aber nicht in der Erfüllung, der für einen dauernd neutralen Staat sich ergebenden Vorwirkungen der Neutralität; Österreich betreibt eine „aktive Neutralitätspolitik“. In einer interdependenten Welt, in der jeder internationale Konflikt das Risiko einer Eskalation zu einer Konfrontation der Supermächte, und damit die Gefahr einer weltweiten Katastrophe in sich birgt, ist das intensive Interesse Österreichs an der präventiven Lösung internationaler, auch weit entfernter aussereuropäischer Konflikte natürlich und legitim. So hat sich

Sicherheits- und Neutralitätspolitik

die österreichische Neutralitätspolitik zunehmend dafür verstanden, jene Voraussetzungen, unter denen wir in Sicherheit leben können, durch unsere Außenpolitik auch in anderen Teilen der Welt zu fördern und uns für die Minderung der Spannungen in Konfliktzonen zu engagieren. Es wäre nun wenig sinnvoll, die gesamte österreichische Aussenpolitik unter diesem einen Aspekt abzuhandeln. Aber gewiss ist das Bemühen um Erhöhung der eigenen Sicherheit, um vorschauende Beseitigung der potentiellen Bedrohung zumindest mit ein Motiv für viele aussenpolitische Aktivitäten: für eine fruchtbare Nachbarschaftspolitik; für das Eintreten zur Stärkung Europas, für das Bemühen um internationale Präsenz, und das Bestreben um Lösung von besonders bedrohlichen internationalen Konflikten.

Um seine eigene und die Sicherheit der umliegenden Staaten zu fördern, muss Österreich, ausgehend von seiner Interessenlage, eine von Kontinuität gekennzeichnete Politik betreiben. Über Österreichs Absichten als immerwährend neutraler Staat dürfen keine Unklarheiten herrschen. Das österreichische Verhalten in Frieden, in Krisen und Konfliktfällen muss in seinen Maximen berechenbar und vorhersehbar sein.

Gerade in Zeiten vermehrter internationaler Spannungen werden die Konfliktparteien bemüht sein, Österreich jeweils ihre Position aufzunötigen. Besonders dann muss ein neutraler Staat damit rechnen, dass man seinen Handlungsspielraum einzuengen trachtet. Subtile Druckausübung oder direkte diplomatische Einflussnahme könnten zunehmen. Obwohl nun, zumindest in der ersten Jahreshälfte 1984 diese Spannungen in der Tat gestiegen sind, ist Österreichs Neutralität nie in Zweifel gezogen worden. Man hat ihr im Gegenteil von allen Seiten, offiziell Nützlichkeit und Respekt versichert. Dennoch gilt es, Fehleinschätzungen dieser österreichischen Neutralität zu verhindern und Missdeutungen zu korrigieren. Die Neutralität ist eine freiwillig eingegangene und keine auferlegte Verpflichtung. In der besonderen geographischen Situation und den gegebenen Machtverhältnissen ist sie die optimale Grundlage für Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Österreichs.

In Anbetracht der gespannten internationalen Lage kommt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik der Zusammenarbeit aller im Nationalrat vertretenen politischen Parteien besonders große Bedeutung zu. Die Bundesregierung ist bemüht, diese Zusammenarbeit zu suchen und zu fördern, damit über die Grundzüge österreichischer Neutralitäts- und Sicherheitspolitik weiterhin weitestgehender Konsens besteht.

Nachbarschaftspolitik

Das Feld aussenpolitischen Bemühens wird oft mit dem Bild konzentrischer Kreise umschrieben; wobei dem jeweils engeren Kreis die jeweils

Nachbarschaftspolitik

grössere Bedeutung zugemessen wird. Aussenpolitik hätte sich demnach vordringlich um die Gestaltung der Beziehungen zu den nächsten Nachbarn zu bemühen ; in zweiter Linie um die Region, dann um den Kontinent und erst zum Schluss um die transkontinentalen Fragen.

Diese Weltsicht ist schematisch – denn immerhin gibt es viele grosse Probleme, die uns auch sehr direkt und tief betreffen und die keineswegs nur aus dem Verhältnis zwischen Nachbarstaaten, sondern die fernab entstehen, und mit denen wir uns aber nichtsdestoweniger konstruktiv und in Verfolgung unserer ureigensten Interessen auseinandersetzen müssen.

Dennoch hat dieses Bild der konzentrischen Kreise einen praktisch-politischen Nutzen. Es sind eben meistens die aussenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten gerade im Verhältnis zu den Nachbarstaaten besonders gross, und entsprechend gross sind auch die aussenpolitischen Risiken in Konflikten zwischen Nachbarn.

Für Österreich erhält diese Maxime durch die geographische Lage und Geschichte eine besondere Dimension. Österreich liegt in einer Region, die in der Vergangenheit oft Unrast in die Welt ausgestrahlt hat ; es liegt in einer Region, in der heute die Machtsphären aneinanderprallen. Mit einer Politik der guten Nachbarschaft leistet Österreich einen Beitrag zur Beseitigung jener Labilität, die frühere Perioden der europäischen Geschichte gekennzeichnet hat. Da es sich über die ideologischen Grenzen hinweg um gute Beziehungen zu den kommunistischen Nachbarstaaten bemüht, trägt es zum Abbau von Spannung in jener kritischen Zone bei, die in Europa Ost und West teilt. Österreich dient damit nicht nur den eigenen Interessen und der eigenen Sicherheit, sondern auch den Interessen und der Sicherheit Europas.

Jugoslawien : Da nicht nur Österreich, sondern auch Jugoslawien eine aktive Nachbarschaftspolitik zu führen bemüht ist, haben sich die Beziehungen 1984 gut weiterentwickelt. Für deren Qualität und Intensität spricht der lebhafteste Besuchsaustausch auf politischer Ebene. Im Jänner 1984 führte Bundeskanzler Dr. Sinowatz seine zweite offizielle Auslandsreise nach Belgrad und Agram. Im März stattete das jugoslawische Staatsoberhaupt Österreich einen Besuch ab. Noch in seiner Eigenschaft als Wiener Bürgermeister, jedoch bereits designierter Aussenminister, traf Leopold Gratz Anfang September mit dem ebenfalls erst seit wenigen Monaten amtierenden Aussenminister Dizdarevic in Belgrad zu einer Unterredung zusammen, der sich nur wenige Monate später ein offizieller Besuch Dizdarevics in Österreich (Mitte Jänner 1985) anschloss.

Kennzeichnend für die Dichte und Qualität der Beziehungen war im Mai 1984 die Unterzeichnung eines Abkommens, durch das sieben weitere Ortschaften auf jugoslawischem Gebiet in den Geltungsbereich der Regelung über den Kleinen Grenzverkehr einbezogen wurden. Wie schon im vorangegangenen Jahr war Österreich auch im Jahre 1984 bemüht, eine

Nachbarschaftspolitik

Abschaffung des jugoslawischen Ausreisedepots zu erwirken. Dieses Anliegen wurde bei zahlreichen Gelegenheiten an die jugoslawischen Stellen herangetragen; und erfreulicherweise hat die Belgrader Regierung beschlossen, den Depoterlag für Reisen in das Ausland mit Wirkung vom 1. Jänner 1985 gänzlich aufzuheben.

Ungarn : Die positive Entwicklung der österreichisch-ungarischen Beziehungen hat sich 1984 fortgesetzt. Dies konnte auch im Verlauf des offiziellen Besuches von Aussenminister Várkonyi in Österreich (im Mai) und der inoffiziellen Begegnung Bundespräsident Kirchschräger mit Staatspräsident Losonczy in Sopron und Eisenstadt (im Oktober) immer wieder festgestellt werden. Von beiden Seiten wurde hervorgehoben, dass gerade in einer Zeit gespannter internationaler Beziehungen einem solchen gutnachbarlichen Verhältnis grosse Bedeutung zukomme. Dr. Kirchschräger wies darauf hin, dass die Grenze zwischen beiden Staaten eine „sehr menschliche“ geworden sei.

Tschechoslowakei : Trotz gelegentlich scharfer tschechoslowakischer Presseangriffe liessen der im März stattgefundene offizielle Besuch Aussenminister Lanc' und andere politische Kontakte auf Regierungsebene bis Oktober eine kontinuierliche und positive Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen erwarten. Am 30. Oktober kam es zu einer schweren Grenzverletzung durch CSSR-Organen, die auf österreichischem Hoheitsgebiet einen tschechoslowakischen Flüchtling beschossen und töteten. Die sodann auf Antrag Österreichs zusammengetretene österreichisch-tschechoslowakische Kommission zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze konnte keine Übereinstimmung über den Tathergang erzielen. Diese Haltung erzwang einen österreichischen Protest, der von der CSSR jedoch zurückgewiesen wurde. In einer gemeinsamen Entschliessung aller Fraktionen verurteilte der österreichische Nationalrat die Verletzung der territorialen Souveränität Österreichs, während der tschechoslowakische Botschafter als Reaktion auf kritische österreichische Medienstimmen vorübergehend aus Wien abberufen wurde. Als die CSSR schliesslich „Garantien“ für ein störungsfreies Ablaufen der für Dezember geplant gewesenen „Tage der tschechoslowakischen Kultur in Österreich“ verlangte, musste Österreich der tschechoslowakischen Seite nahelegen, die Kulturtag, in deren Verlauf auch einige tschechoslowakische Politiker nach Österreich gekommen wären, auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Trotz dieser Entwicklungen hat Österreich aber wiederholt klargestellt, dass es an guten Beziehungen zur CSSR interessiert ist und dass es keinesfalls beabsichtigt, Zwistigkeiten zu eskalieren. Es erwartet aber wohl zu Recht, dass die CSSR Massnahmen trifft, um einerseits eine Bereinigung der Situation herbeizuführen und andererseits die Wiederholung derartiger Zwischenfälle zu vermeiden. Eine friedliche Grenze ist nach österreichi-

Nachbarschaftspolitik

scher Ansicht Voraussetzung gedeihlicher nachbarschaftlicher Beziehungen.

Mit unseren westlichen Nachbarländern, mit denen uns das gemeinsame Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verbindet, ist die Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet besonders eng.

Die hohe Qualität der gutnachbarlichen Beziehungen zur Schweiz wurde durch die enge Kooperation im bilateralen Bereich, besonders bei Bekämpfung von Umweltproblemen, neuerlich unter Beweis gestellt. Der intensive Besuchsaustausch erreichte mit dem Besuch von Bundeskanzler Sinowatz im März 1984 einen Höhepunkt. Auch auf Ressortminister- und Beamtenebene wurde der intensive Meinungs- und Informationsaustausch fortgesetzt.

Der Status der immerwährenden Neutralität, den wir mit der Schweiz gemeinsam haben, führte zu einem politischen Zusammenwirken der beiden Neutralen auch in weltpolitischen Fragen. Hervorzuheben sind die gemeinsamen Bemühungen im Rahmen der KVAE sowie im Europarat.

Die in den letzten Jahren intensiver gewordene Zusammenarbeit zwischen Österreich und Liechtenstein spiegelt sich nicht zuletzt in der Dichte der gegenseitigen offiziellen Besuche wider. Im Juli 1984 weilte Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein zu einem Staatsbesuch in Österreich. Im Jänner traf der Regierungschef von Liechtenstein, Hans Brunhart, mit Bundesminister Lanc zu Arbeitsgesprächen zusammen.

Die intensiven nachbarschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland sind ebenfalls durch mannigfache Kontakte auf Regierungs- und Beamtenebene gekennzeichnet. Anfang Dezember folgte Bundespräsident von Weizsäcker einer Einladung von Bundespräsident Kirchschläger zu einem Besuch nach Igls. Bundeskanzler Sinowatz und Bundeskanzler Kohl trafen im Sommer in St. Gilgen zusammen. Bundeskanzler Kohl stattete im November Österreich einen offiziellen Besuch ab. Vizekanzler und Handelsminister Steger besuchte die Hannover-Messe. Landesverteidigungsminister Frischenschlager stattete der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch ab, Bundesjustizminister Engelhard Österreich. Die beiden Landwirtschaftsminister trafen in Wien zusammen.

Der verstärkten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit dienen auch die trilateralen Treffen (Österreich–Bundesrepublik Deutschland–Schweiz) von Fachministern. Die Wirtschaftsminister kamen im Juli in Pörschach, die für Umweltfragen zuständigen Ressortchefs in Luzern und Köln zusammen. Die Verkehrsminister in Wien.

Die gutnachbarlichen Beziehungen zu Italien sind weiter gefestigt worden. Dies zeigte auch der Besuch, den Ministerpräsident Craxi in Begleitung von Aussenminister Andreotti im Feber 1984 in Wien abstattete. Es

Nachbarschaftspolitik

war das der erste Besuch eines italienischen Ministerpräsidenten in Österreich seit mehr als hundert Jahren. (Der Besuch war auch für die Südtirol-Frage von grosser Bedeutung, die ja in den italienisch-österreichischen Beziehungen einen besonderen Platz einnimmt. Diesbezüglich wird auf die Darstellung im folgenden, gesonderten Kapitel verwiesen.)

Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde durch die 7. Tagung der Österreichisch-Italienischen Gemischten Kommission vom 5. bis 7. Juni 1984 in Rom vorangeholfen. Im Sinne der von den Aussenministern Lenc und Andreotti am 19. Mai 1984 in Venedig getroffenen Vereinbarung wurde von der Kommission eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Lösungen für die mit dem Hafen Triest verbundenen Fragen zu erarbeiten. Bundesminister Gratz wurde im Oktober anlässlich eines Aufenthaltes in Rom von Ministerpräsident Craxi und Aussenminister Andreotti zu Gesprächen empfangen.

Südtirol

Die Erhaltung der deutschsprachigen Volksgruppe in Südtirol und die Durchführung und Sicherung der erweiterten Autonomie für die Provinz Bozen ist eine besondere Aufgabe der österreichischen Aussenpolitik. Seitdem sich die Aussenminister beider Länder 1969 in Kopenhagen über die Gewährung einer erweiterten Autonomie für Südtirol geeinigt haben, sind bedeutende Fortschritte bei der Durchführung der im Rahmen der sogenannten Paketvereinbarung zugesicherten Massnahmen erfolgt. Doch einige Fragen sind weiterhin offen. Vereinzelt werden auch bereits erlassene Durchführungsbestimmungen zum neuen Autonomiestatut nicht voll oder nur in ungenügender Weise durchgeführt.

Am 16. 4. 1984 konnte Landeshauptmann Magnago nach monatelangen Verhandlungen mit der DC und der Sozialistischen Partei Italiens ein Koalitionsabkommen für die Bildung der neuen Landesregierung abschliessen. Da in den Jahren 1978 bis 1983 die italienischen Parteien nur aufgrund der vom Autonomiestatut verlangten ethnischen Präsenz in der Landesregierung vertreten waren, ist die Verabschiedung des Koalitionsprogramms ein wichtiges Element für die Stabilisierung der politischen Situation in der Provinz Bozen.

Die Ereignisse um den Landesfestzug in Innsbruck am 9. September 1984 aus Anlass des 175. Jahrestages der Erhebung Tirols von 1809 bewirkte eine vorübergehende Verschlechterung des politischen Klimas in Südtirol. Landeshauptmann Magnago ist es in einer Pressekonferenz Anfang November in Rom gelungen, das durch die Pressekampagne entstandene negative Bild Südtirols in der italienischen Öffentlichkeit zu korrigieren. Ein wichtiger Beitrag zur Entspannung der politischen Situation war der Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Craxi am 12. November 1984

Südtirol

in Bozen, bei dem er sich eingehend in Gesprächen mit allen politischen Parteien und Interessenvertretungen über die Situation der Provinz informiert hat. Am 20. Dezember wurde Landeshauptmann Magnago von Ministerpräsident Craxi zu einem Gespräch empfangen, bei dem es in einer Reihe von Fragen betreffend die Durchführungsbestimmung über die Gleichstellung der deutschen Sprache mit der italienischen bei Gericht, den Polizeibehörden und den staatlichen Behörden in der Provinz Bozen zu einer Annäherung der Standpunkte kam.

Österreich ist auch im Berichtsjahr bei allen sich bietenden Gelegenheiten konsequent für einen baldigen Abschluss der Paketdurchführung im Einvernehmen mit den Vertretern Südtirols eingetreten. Eine günstige Gelegenheit hiezu bot der Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi in Begleitung von Aussenminister Andreotti vom 15. bis 16. Feber in Österreich, bei dem der italienische Ministerpräsident ausdrücklich das „natürliche Interesse“ Österreichs an der Südtirol-Frage anerkannte. Auch bei den Treffen zwischen Bundesminister Lanc und Aussenminister Andreotti im Feber in Wien und am 19. 5. in Venedig sowie zwischen Bundesminister Gratz und Aussenminister Andreotti am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September in New York sowie bei seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Craxi und Aussenminister Andreotti am 25. bzw. 26. Oktober in Rom wurde die Südtirol-Frage erörtert. In seiner Rede vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1984 forderte Bundesminister Gratz eine baldige Verabschiedung der offenen Durchführungsbestimmungen des Autonomiestatuts.

Ein wichtiger Fortschritt war die Erlassung der Durchführungsbestimmung über die Errichtung der Autonomen Sektion Bozen des Verwaltungsgerechtshofes. Sie ist am 8. August 1984 in Kraft getreten. Mit der Errichtung eines lokalen Verwaltungsgerichtshofes wird den Südtirolern ein wichtiges Instrument zu ihrem Schutz gegeben. Für die Erlassung dieser Durchführungsbestimmung hatte sich Ministerpräsident Craxi persönlich eingesetzt. Als positiv ist auch die Tatsache zu werten, dass im Jahre 1984 zahlreiche Stellenausschreibungen für die Staatsverwaltung in Südtirol gemäss dem ethnischen Proporz erfolgt sind.

Über die Durchführungsbestimmung betreffend das Kommunikations- und Transportwesen konnte in der „Zwölferkommission“ – die die Textvorschläge der Durchführungsbestimmungen für die gesamte Region Trentino-Südtirol ausarbeitet – bisher kein Einvernehmen mit den Südtirolern gefunden werden, die auch die primäre Kompetenz für das Telekommunikationswesen gefordert hatten. Unter den noch offenen Massnahmen ist aber die Durchführungsbestimmung betreffend die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache bei Gericht, den Polizeibehörden und den staatlichen Behörden von besonderer Bedeutung. Ihre Realisie-

Östliches Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa

zung ist eine Voraussetzung für einen wirksamen Schutz der deutschsprachigen Volksgruppe in Südtirol. Der Text dieser Durchführungsbestimmung wurde im Mai 1983 in der „Sechserkommission“ – die die Textvorschläge der Durchführungsbestimmungen mit Geltung nur für Südtirol (Provinz Bozen) ausarbeitet – einvernehmlich verabschiedet. In der Zwischenzeit sind jedoch auf italienischer Seite Bedenken aufgetreten. Bei den Gesprächen Landeshauptmann Magnagos mit Ministerpräsident Craxi bzw. den zuständigen Regierungsvertretern am 19. und 20. Dezember 1984 in Rom wurden Expertengespräche vereinbart, um eine Kompromisslösung zu finden.

Östliches Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa

Unter dieser geographischen Bezeichnung werden in diesem Bericht die sieben Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes (Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn) sowie Jugoslawien und Albanien zusammengefasst. Die jeweilige Staats- und Parteiführung in diesen Ländern war im Jahre 1984 – ausser in der Sowjetunion – durch Kontinuität gekennzeichnet. Aber auch der Führungswechsel an der Spitze der UdSSR – nach dem Ableben Jurij Andropows im Februar wurde Konstantin Tschernenko zunächst zum Parteichef und im April auch zum Staatsoberhaupt gewählt – brachte keine unmittelbare Änderung der sowjetischen Innen- und Aussenpolitik mit sich, da Tschernenko schon zuvor dem Politbüro als dem höchsten Führungsgremium der KPdSU angehört hatte und die darin massgeblichen Politiker auch nach dem Wechsel ihre Funktionen beibehielten. Eine weitere Veränderung im Politbüro ergab sich im Dezember durch das Ableben des zum engsten Führungskreis gezählten Verteidigungsministers Ustinow.

In Polen führte ein sehr weit gefasstes Amnestiegesetz vom 21. Juli zu einer vorübergehenden Entspannung der innenpolitischen Lage, ohne dass jedoch ein von der Regierung angestrebter Dialog der nationalen Aussöhnung in Gang gekommen wäre. Die Entführung und Ermordung des regimekritischen Priesters Jerzy Popieluszko durch Angehörige des staatlichen Sicherheitsdienstes bzw. des Innenministeriums im Oktober hat die innenpolitischen Lage neuerlich einer grossen Spannung ausgesetzt, die jedoch durch ein indirektes Zusammenwirken von Regierung, Kirche und Teilen der ehemaligen „Solidarität“ abgebaut werden konnte. Die Regierung hat sich für eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens ausgesprochen. Die Forderung nach Gewerkschaftspluralismus wurde von seiten der Kirche und der Opposition wiederholt vorgebracht, wobei auch die Idee der Bildung christlicher Arbeiterorganisationen ventiliert wurde. Eine von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingesetzte Sonderkommission verurteilte die Verletzungen der Gewerkschaftsfreiheiten in Polen. Die

Östliches Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa

Behandlung des diesbezüglichen Berichtes führte schliesslich im November zur Ankündigung des Austrittes Polens aus der ILO.

Das Amnestiegesetz erleichterte beträchtlich die Wiederaufnahme des seit der Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981 von den westlichen Staaten gegenüber Polen ausgesetzten Besuchs austausches. Von der Überzeugung ausgehend, dass eine dauerhafte Ost-West-Entspannung in Europa bei Aufrechterhaltung der Isolierung Polens nicht erzielbar ist, statete Bundesminister Gratz im Oktober einen offiziellen Besuch in Warschau ab. Ihm folgte eine Reihe anderer hochrangiger Regierungsmitglieder aus westlichen Staaten. Im Anschluss an die Entlassung zweier prominenter „Solidarität“-Funktionäre aus der Haft haben die USA Mitte Dezember ihren Widerstand gegen die Aufnahme Polens in den Internationalen Währungsfonds aufgegeben. Bis zum 31. Dezember, dem Ende der im Amnestiegesetz enthaltenen Begünstigungsfrist, wurden nach offiziellen Angaben die Untersuchungen und Anklagen gegen 70.240 Personen fallengelassen und 4.002 Personen aus der Haft entlassen. 398 Personen sollen die vom Amnestiegesetz vorgesehenen Möglichkeiten genützt haben.

In mehreren Ländern der Region wurde betont, dass sich trotz der zwischen Moskau und Washington bestehenden Gegensätze west- und osteuropäische Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemühen müssten, über Allianz- und ideologische Grenzen hinweg so viel wie möglich vom Entspannungsprozess der 70er Jahre zu bewahren. Als praktisches Beispiel hiefür kann auf die grosszügige Handhabung von Ausreiseansuchen in der DDR und auf einen intensiven Besuchs austausch zwischen den Hauptstädten von NATO- und Warschauer Pakt-Staaten hingewiesen werden. Andererseits erhoben einzelne Warschauer Pakt-Staaten Vorwürfe an die Bundesrepublik Deutschland, bestehende Grenzen in Europa nicht anerkennen und einer Revision unterziehen zu wollen.

Die Gremien des Warschauer Paktes waren im Berichtszeitraum insbesondere mit den Folgen der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und -Marschflugkörpern in Europa und dem Abbruch der Genfer INF- und START-Verhandlung sowie der als Gegenmassnahme beschlossenen Aufstellung neuer sowjetischer Gefechtsfeldwaffen in der CSSR und der DDR befasst. Im April und im Dezember tagten parallel zueinander die politischen und die militärischen Gremien des Paktes. Bei der April-Tagung der Aussenminister in Budapest wurde ein Appell an die Mitgliedstaaten der NATO zum Abschluss eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen gerichtet. Nach den Gesprächen des sowjetischen Aussenministers Gromyko mit US-Präsident Reagan und Aussenminister Shultz im September zeichnete sich auch in den Warschauer Pakt-Hauptstädten die vorsichtige Hoffnung ab, dass die geplanten sowjetisch-amerikanischen Gespräche zu einer merkbaren Entspannung beitragen würden. (Näheres

Östliches Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa

zu diesem Fragenkomplex in den Abschnitten „Ost-West-Beziehungen“ und „Rüstungskontrolle und Abrüstung“.)

In der Gestaltung seines Verhältnisses zu den kommunistischen Staaten Europas – mit einem etwas verallgemeinernden Ausdruck als „österreichische Ostpolitik“ bezeichnet – ist Österreich von dem Bestreben geleitet, auch zu diesen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gute und möglichst intensive Beziehungen zu unterhalten. Dabei soll eine konsequente Entspannungspolitik, wie sie von Österreich für die Gestaltung aller zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen gefordert wird, auch und gerade im bilateralen Bereich gegenüber den Staaten dieser Region zur Anwendung kommen. Voraussetzung hierfür ist freilich das klare und unmissverständliche Bekenntnis Österreichs zum politischen System der Demokratie westlicher Prägung, wobei in einem Klima toleranter Koexistenz trotz dieser ideologischen Unterschiede eine vielseitige Kooperation mit den kommunistischen Staaten möglich ist.

Der schon im Jahre 1983 verstärkte Besuchsaustausch auf politischer Ebene mit nahezu allen Ländern dieser Region wurde auch 1984 weitergeführt: Neben den Nachbarstaaten (siehe Abschnitt „Nachbarschaftspolitik“) nahmen sie einen prominenten Platz in der Besuchsdiplomatie des österreichischen Regierungschefs und des Aussenministers ein. Bundeskanzler Sinowatz besuchte Bulgarien, die DDR und die Sowjetunion; Aussenminister Gratz – wie erwähnt – Polen sowie – als Mitglied der Delegation des Bundeskanzlers – ebenfalls die Sowjetunion. Andererseits haben die Aussenminister der DDR und Bulgariens Österreich offizielle Besuche abgestattet.

West-West-Beziehungen

Die Beziehungen zwischen den westlichen Industriestaaten waren 1984 nicht durch spektakuläre Höhepunkte gekennzeichnet. Einem Zusammenwirken auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik standen Spannungen im außen- und wirtschaftspolitischen Bereich gegenüber. Die kämpferische Sprache der USA gegenüber der UdSSR hat Dialogangeboten Platz gemacht. Ein Abklingen der Anti-Atomwaffen-Demonstration in Europa war zu verzeichnen. Sie haben die Stationierung von Mittelstreckenraketen gemäss NATO-Doppelbeschluss nicht verhindern können, allerdings mit dem Vorbehalt eines sich abzeichnenden Aufschubs der Dislozierung in Belgien und vielleicht den Niederlanden.

Trotz dieses Zusammenrückens in Sicherheitsfragen ist ein gewisses Unbehagen nicht zu übersehen. Viele Europäer zweifeln an der absoluten Verlässlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie. Das amerikanische Weltraumforschungsprogramm (Strategic Defence Initiative) nährt solche Befürchtungen. Schließlich setzt die Abschreckungswirkung der britischen

West-West-Beziehungen

und französischen Nuklearsysteme, die zusammen über ein Atomwaffenarsenal verfügen, das nur 3% von dem der beiden Supermächte beträgt, eine Befähigung zum Zweitschlag voraus. Würden solche Weltraumwaffensysteme wirklich wirksam, dann müssten sich wohl auch die europäischen Staaten mit ihnen ausstatten, wenn sie den Status als vollwertige Atom-mächte beibehalten wollen. Es ist zu bezweifeln, ob die Europäer wirtschaftlich und technologisch zu einem solchen Wettlauf mit den Super-mächten gerüstet wären.

Diese Befürchtungen führen zu einer stärkeren Betonung der „europäischen Komponente“ der NATO-Sicherheitspolitik. Aus dieser Sicht werden die tastenden Versuche zur Wiederbelebung der westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft (WEU), die von der WEU verfügte Aufhebung gewisser Rüstungsproduktionsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland, die Abmachung über Konstruktion eines deutsch-französi-schen Kampfhubschraubers und eines europäischen Kampfflugzeuges sowie Vorüberlegungen zu einem europäischen Militärsatelliten als beinahe selbstverständlich hingenommen.

Trotz dieser langfristigen und erst ansatzweise sichtbaren Entwicklungen haben sich, wie erwähnt, im Jahre 1984 unter den westlichen Staaten die Standpunkte in Sicherheitsfragen angeglichen.

Zu einer gewissen Angleichung kam es auch in den wirtschaftspolitischen Fragen. Die USA haben zum Beispiel beim Weltwirtschaftsgipfel in London konzidiert, dass sie ihre Budgetdefizite zu reduzieren hätten; und dass schliesslich auch die Überschuldung einiger Entwicklungsländer nicht nur ein Problem der Banken ist, sondern eines, das auch durch staatliche Massnahmen gelöst werden müsste. Andererseits haben sich die europäischen Staaten trotz hoher Arbeitslosigkeit vermehrt dazu entschieden, ihre Wirtschaften nicht durch Kaufkraftschöpfung anzukurbeln, sondern im Wege über Rationalisierung, Modernisierung und Kostensenkungen.

Dennoch scheint der Konflikt über die Wirtschaftspolitik nicht ausgeräumt, sondern oft bloss unter die Oberfläche gedrückt.

Europa fühlt sich vor allem von der amerikanischen Hochzinspolitik betroffen und neigt dazu, für die Investitionsunlust seiner Unternehmer die hohen Zinsen verantwortlich zu machen, die ihm von den US-Märkten diktiert werden. Auch die hohen japanischen Leistungsbilanzüberschüsse sind Quellen der Irritation. Sie werden manchmal auf eine künstliche Unterbewertung des Yen zurückgeführt, der den japanischen Produzenten einen ebenso künstlichen Wettbewerbsvorteil verschaffen soll. Diese europäischen Vorwürfe gegen die USA und Japan stehen vordergründig vor einer grundsätzlicheren Furcht. Der Furcht nämlich, gegenüber der amerikani-schen, aber auch der ostasiatischen Konkurrenz den Anschluss an die modernen Technologien zu verlieren. Die Europäer sind sich über die Notwendigkeit einig, sich industriell zu modernisieren und zur Bewahrung und

West-West-Beziehungen

Erringung internationaler Wettbewerbsfähigkeit vor allem die Spitzentechnologie zu stärken. Unklar ist aber, wie nun in Europa diese Modernisierung, die sogenannte „Dritte industrielle Revolution“, vorangetrieben werden könnte. (Näheres dazu sowie statistisches Material finden sich im Wirtschaftsteil).

Da kein europäisches Land für sich allein die technologische Herausforderung meistern kann, ist einerseits ein Streben nach einem technologisch vereinten Europa feststellbar, andererseits eine Orientierung auf japanische und amerikanische Partner. Sicher ist jedenfalls, dass mit einer weiteren Verstärkung des wirtschaftlichen und damit auch politischen Potentials des pazifischen Raumes zu rechnen ist (siehe dazu Abschnitt Ostasien – Pazifischer Raum).

Die Entwicklung zeigt eine wachsende wirtschaftliche Dimension in Aussen- und Sicherheitspolitik der westlichen Industriestaaten: Wirtschaftspolitik wird im Zeitalter internationaler Wirtschaftsverflechtung bis zu einem gewissen Grad verstärkt Aussenpolitik und umgekehrt. Zwischen Wirtschaftswachstum – also Handel, Währungsfragen, Zinssätzen und Sicherheitspolitik sowie Verteidigungskraft besteht ein direkter Zusammenhang. So kommt Japan nun über den wirtschaftlichen Bereich hinaus wachsende Bedeutung in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen zu. Japan ist mit Ermunterung der USA auch bereit, die ihm zuwachsende Rolle wahrzunehmen. Es setzt vor allem auf eine verstärkte „pazifische Zusammenarbeit“. Für Europa wird aufgrund der latenten Möglichkeiten grosser Gleichgewichtsveränderungen im und hin zum pazifischen Raum jedenfalls deutlich, dass die West-West-Beziehungen, aber auch die Ost-West-Dimension neue Inhalte annehmen könnten, die sich nicht so wie in der Vergangenheit am direktesten in Europa konzentrieren müssten.

Europapolitik

Westeuropa könnte seine Sicherheit nicht durch eine unabhängige Politik zwischen den Blöcken gewährleisten. Als Alternative wurde daher teils der Weg einer verstärkten atlantischen Partnerschaft, teils der einer verstärkten Kooperation innerhalb Europas beschritten. Beide Tendenzen traten 1984 deutlich hervor. Auf der einen Seite hat sich – wie erwähnt – in Sicherheitsfragen die Zusammenarbeit mit den USA verstärkt; andererseits kam es zu einer Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozesses. 1984 war demnach ein Jahr der Chancen für Europa. Die europäische wirtschaftliche und politische Integration ist vorangekommen.

Die EG-Gipfeltreffen von Fontainebleau (25./26. Juni) und Dublin (3./4. 12.) haben sich deutlich von den drei vorangegangenen ähnlichen Tagungen unterschieden. Dem mässigen Erfolg von Stuttgart im Juni 1983 war der Misserfolg von Athen im Dezember 1983 und das An-Ort-und-Stelle-Treten

Europapolitik

von Brüssel im März 1984 gefolgt. In Fontainebleau konnte nun der hemmende Streit um den britischen Budgetbeitrag durch einen Finanzausgleichsentscheid zugunsten Grossbritanniens beigelegt werden. In Dublin wurde Einigung über die Bedingungen des EG-Beitritts von Spanien und Portugal, der mit 1. Jänner 1986 erfolgen soll, erzielt. Frankreich, das im ersten Halbjahr 1984 den EG Vorsitz innehatte, konnte, vor allem durch den persönlichen Einsatz von Staatspräsident Mitterrand, Entscheidungen im Rat bzw. am EG-Gipfel Fontainebleau durchsetzen, die nunmehr zumindest die Chance für eine Weiterentwicklung der EG bieten. Bedeutsam war vor allem der Beschluss über eine Neuordnung der Agrarpolitik, mit dem einer echten, kostendämpfenden Reform der Weg geebnet wurde.

Die Verfolgung von engen nationalen Sonderinteressen, die ja schon bisher die europäische Einigung immer wieder gehemmt haben, verstellt aber auch weiterhin ein zügiges Voranschreiten zum geeinten Europa. Infolge der oftmaligen Enttäuschungen hat sich in der Öffentlichkeit auch eine gewisse „Europamüdigkeit“ breit gemacht, sodass der ganze Einigungsprozess nicht mehr im selben Ausmass wie früher vom politischen Impuls der Basis getragen scheint. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni sind in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft zum Teil auf geringeres Interesse gestossen, als die erste Direktwahl vor fünf Jahren. Dennoch mangelt es nicht an Entwürfen und konkreten Projekten für ein noch engeres Zusammenwirken der europäischen Staaten. Die Bemühungen zur Errichtung einer Europäischen Union wurden fortgesetzt. Im Februar 1984 verabschiedete das Europäische Parlament auf der Grundlage eines Berichtes des Abgeordneten Spinelli den „Entwurf eines Vertrages zur Schaffung der Europäischen Union“. Frankreichs Präsident Mitterrand hat im Mai neuerlich in einem bewegten Appell einen neuen Anlauf zur Verwirklichung der Europäischen Union gefordert.

Weniger weit gesteckt ist das Ziel des „Ad hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen“, der vom Europäischen Rat in Fontainebleau eingesetzt wurde. Er soll sich mit Vorschlägen zum besseren Funktionieren der bestehenden Institutionen befassen. Der Ausschuss (der sogenannte Spaak II-Ausschuss) hat mittlerweile einen ersten Zwischenbericht mit weitreichenden institutionellen und materiellen Reformvorschlägen vorgelegt. In Fontainebleau schuf der Europäische Rat einen weiteren ad hoc-Ausschuss, der Massnahmen zur Verwirklichung eines „Europa der Bürger“ vorbereiten und koordinieren soll. Dieses Komitee will sich u. a. mit Möglichkeiten zur Erleichterung der Polizei- und Zollformalitäten an den innergemeinschaftlichen Grenzen, mit der Schaffung eines Systems der Gleichwertigkeit von Hochschuldiplomen sowie mit verschiedenen „symbolischen Massnahmen“ befassen.

Das Bemühen, den europäischen Pfeiler der atlantischen Allianz zu stärken, führte zu dem – schon erwähnten – Versuch, die WEU (= Westeuro-

Europapolitik

päische Union : Mitgliedstaaten : Grossbritannien, Frankreich, Italien, BRD, Belgien, Niederlande, Luxemburg) zu beleben. Dabei wird vor allem eine verbesserte europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung gesucht. Eine solche engere militärische Zusammenarbeit wurde von den Aussen- und Verteidigungsministern der WEU auf der Römer Jubiläumskonferenz (30 Jahre WEU) angekündigt.

Die Aussenpolitik der EG-Staaten wird in der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) koordiniert. Im Rahmen der EPZ wurden im Berichtsjahr gemeinsame Erklärungen u. a. zu den Ost-West-Beziehungen, zu Polen, Südafrika, Zentralamerika, zum Nahen Osten sowie zum Terrorismus und Missbrauch diplomatischer Immunitäten abgegeben. Österreich hat grosses Interesse, seine eigenen Interessen und Auffassungen in den Meinungsbildungsprozess der Zehn einbringen zu können. Ein intensiver Meinungsaustausch mit der jeweiligen Präsidiälmacht ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Es verdient Erwähnung, dass sich insbesondere Frankreich, als es den Vorsitz innehatte, diesem Wunsch gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt hat.

Gelegenheit zur Darstellung des österreichischen Standpunktes bietet auch der über österreichische Initiative institutionalisierte Meinungsaustausch im Rahmen des Europarates. Den europäischen Nicht-EG-Mitgliedern wird so die Möglichkeit gegeben, an der Meinungsbildung in der EPZ teilzunehmen (siehe auch folgendes Kapitel „Europarat“).

Österreich ist vor allem und in erster Linie an seiner Sicherheit, und daher an Stabilität in Europa interessiert. Für diese Sicherheit ist ein andauerndes Gleichgewicht – oder präziser ausgedrückt ein konfliktverhinderndes Kräfteverhältnis – in Europa Voraussetzung. Kurz- und mittelfristig wird dieses Kräfteverhältnis durch die US-europäische Verbindung gesichert. In der längeren Perspektive wird aber eine Stärkung Europas unerlässlich sein. Aus diesem politischen Interesse an einem starken Europa begrüsst Österreich die deutlich erkennbare Verdichtung der europäischen Zusammenarbeit. Es ist ihm verständlich, dass diese Zusammenarbeit vor allem von der EG vorangetragen wird, und dass innerhalb der EG wiederum eine „Kerngruppe“ die politische Energie für diesen Prozess liefert. Für Österreich, das aufgrund seiner dauernden Neutralität an diesem Bemühen keinen Anteil haben kann, entstehen dadurch Probleme.

Als relativ weit im Osten gelegener, demokratischer Staat und als Staat mit verhältnismässig dichten Beziehungen auch zu seinen östlichen Nachbarn, müsste er natürlich bedauern, wenn die sich verdichtende westeuropäische Zusammenarbeit dazu führt, dass sich Ost und West in Europa einander entfremden ; dass sich auf der einen Seite in Staaten Westeuropas und deren Einwohnern das Gefühl der Gemeinsamkeit und kulturellen Zusammengehörigkeit verstärkt ; sie sich aber andererseits dadurch Osteuropa und seinen europäischen Menschen entfernen. Dem versucht Österreich

Europapolitik

durch seine Nachbarschaftspolitik, sein aktives Mitwirken am „Helsinki-Prozess“ und durch sein Bemühen um einen Ost-West-Dialog entgegenzuwirken.

Als Nicht-EG-Staat wäre es aber auch davon betroffen, wenn sich nun innerhalb Westeuropas der Abstand zwischen den EG- und den Nicht-EG-Staaten vergrößerte. Um das zu verhindern, fördert und bemüht sich Österreich um eine möglichst enge Zusammenarbeit der EG mit dem Kollektiv der EFTA-Staaten. Auf beiden Seiten besteht Bereitschaft, dieses Zusammenwirken zu vertiefen. Sichtbaren Ausdruck hat dieser politische Wille im Jahre 1984 in Luxemburg im gemeinsamen Treffen der EG- und EFTA-Minister gefunden. Diesem Treffen kommt deshalb grosse Bedeutung zu, weil durch die dabei beschlossene Erklärung die besondere Qualität der Beziehungen im europäischen Freihandelssystem und die Bereitschaft zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf hoher politischer Ebene zum Ausdruck gebracht wurde. Die Frage der künftigen Gestaltung der westeuropäischen Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten stand auch im Mittelpunkt der Tagung der Regierungschefs der EFTA-Länder im Mai in Visby/Schweden.

Das Kollektiv der EFTA-Staaten als solches wird aber sehr oft nicht jenes hohe Mass an Zusammenarbeit mit der EG anstreben können, das für Österreich schon aus wirtschaftlichen Gründen unerlässlich ist. Für Österreich langt es daher nicht aus, sein Verhältnis zur EG nur im Weg über seine EFTA-Mitgliedschaft zu gestalten. Es muss sich daneben auch auf bilateralem Weg bei den EG um Wahrung seiner Interessen bemühen.

Schliesslich muss Österreich immer wieder darauf bestehen, dass in allen Fragen, die nicht im engeren Sinne wirtschaftlich sind, und in allen Fragen, die nicht im engeren Sinn sicherheitspolitisch sind, die Zusammenarbeit aller demokratischen Staaten Europas auf breitester Ebene gesucht wird. Als Instrument für die Gestaltung einer solchen Zusammenarbeit bietet sich in erster Linie der Europarat an.

Europarat

Trotz Hemmung durch periodische Krisen läuft also der durch die und in den Europäischen Gemeinschaften bewirkte Einigungsprozess. Die Zahl ihrer Mitglieder wird wachsen, ebenso wie die Zahl der Aufgaben, deren sich die EG annimmt. Demgegenüber droht die grössere europäische Gemeinschaft, nämlich der Europarat, politisch in den Hintergrund zu treten. Umso beachtlicher ist es, dass er doch immer wieder seine Nützlichkeit unter Beweis stellen kann; ja, dass sich im Jahre 1984 in gewisser Hinsicht eine Renaissance dieser Institution angekündigt hat. An ihr hat Österreich einen – wahrscheinlich gar nicht so unerheblichen – Anteil:

Europarat

Ein Anliegen Österreichs ist es z. B. gewesen, den Europarat als Forum des aussenpolitischen Dialogs zu stärken. Unter den EG-Ländern bietet die EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) den Rahmen für einen solchen Dialog. Über Vorschlag des damaligen Aussenministers Pahr konnte erwirkt werden, dass sich die EPZ zweimal jährlich und anlässlich der Ministertreffen in Strassburg jenen Ländern des Europarates öffnet, die nicht Mitglieder der EG sind, indem ein Meinungsaustausch der Politischen Direktoren erfolgt. Diese Zusammenkünfte haben inzwischen allen Teilnehmern ihre Nützlichkeit unter Beweis gestellt.

Der politische Dialog sollte nach österreichischer Ansicht auch auf Ministerebene erweitert und vertieft werden. Er sollte Gelegenheit geben, nicht nur aussereuropäische Fragen zu erörtern, sondern auch innereuropäische. Eine schweizerisch-österreichische Resolution, die dies vorsieht, wurde vom Ministerkomitee am 22. 11. 1984 beschlossen. Zwei ihrer Bestimmungen sind von besonderem Interesse. Die eine sieht vor, dass die Europapolitik der Mitgliedstaaten in ihren Zielen, Mitteln und Konsequenzen auf politischem Niveau koordiniert werden soll. Das enthält etwa auch den Auftrag zur Koordinierung von Vorschlägen zur Verbesserung der Zusammenarbeit bereits ab dem Planungsstadium. Darüber hinaus ist vorgesehen, durch Konsultationen zu internationalen Fragen nach Möglichkeit „Orientierungspunkte“ für die nationalen aussenpolitischen Entscheidungen zu erarbeiten.

Die Bundesrepublik Deutschland, die den Vorsitz des Ministerkomitees Ende 1984 übernahm, hat diese Resolution dann auch als konkreten Auftrag verstanden. Ihr Aussenminister Genscher hat für den 29. 1. 1985 eine Sondertagung der Aussenminister der Mitgliedstaaten des Europarates einberufen. Bei ihr werden in informellem Rahmen die Themen: Ost-West-Beziehungen, Lateinamerika und der Mittlere Osten behandelt werden. Österreich kann es mit Genugtuung erfüllen, dass die politische Bewegung, die schliesslich zu diesem wichtigen Treffen geführt hat, durch seine Initiative ausgelöst wurde.

Beeindruckend und unanzweifelbar sind die Errungenschaften des Europarates auf dem Gebiet der Menschenrechte. Es schien daher wichtig, sie einerseits wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken; und andererseits der weiteren Menschenrechtstätigkeit des Europarates politische Impulse zu geben. Österreich schlug dazu die Abhaltung einer Europarats-Menschenrechtsministerkonferenz vor. Dagegen gab es ursprünglich einigen Widerstand. Nun wird die Konferenz aber doch, und zwar im März 1985, in Wien stattfinden. Die Aktivitäten des Europarates auf dem Gebiet der Menschenrechte werden in diesem Buch unter dem Kapitel „Humanitäre Außenpolitik“ dargestellt.

Von der Umsetzung in konkrete politische Handlungen weiter entfernt ist der zweite Teil der schweizerisch-österreichischen Initiative zur Stärkung

Europarat

des Europarates. Er zielt auf eine verbesserte und intensiviertere Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den EG ab. Der Generalsekretär des Europarates soll ermächtigt werden, zu diesem Zweck mit den EG zu verhandeln.

Ziel dieser Verhandlungen müsste es sein, einen Mechanismus zu schaffen, der in pragmatischer Weise einen wirksamen Informationsaustausch über die laufenden und die geplanten Massnahmen, sowie die gegenseitige Abstimmung ermöglicht, die notwendig ist, um sicherzustellen, dass die Fortschritte der europäischen Zusammenarbeit – unter Rücksicht auf die verschiedene Struktur der Organisationen – im jeweils grösstmöglichen europäischen Rahmen erfolgen. Dies gilt insbesondere für alle Bereiche, in denen der Europarat geeignete Erfahrung besitzt, oder die ihrer Natur nach alle Mitgliedstaaten des Europarates interessieren. Es ist zu hoffen, dass die Mitgliedstaaten den politischen Willen dazu aufbringen, durch den Beschluss einer substantiellen Resolution die Zusammenarbeit zwischen Europarat und EG auf eine stärkere und zukunftsorientierte Basis zu stellen.

Über diese beiden Resolutionen hinaus reicht das Konzept der von der Parlamentarischen Versammlung in der Resolution 994 „Über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit“ vom 3. Oktober 1984 vorgeschlagenen „Kommission Eminenten Europäischer Persönlichkeiten“. Unter dem Vorsitz des früheren italienischen Aussenministers, Emilio Colombo, sollen die neun Mitglieder – darunter als österreichischer Vertreter der Präsident der Internationalen Demokratischen Union, Abgeordneter Dr. Alois Mock – ab Jänner 1985 einerseits Vorschläge unterbreiten, die zur wirksamen Stärkung der europäischen Zusammenarbeit beitragen und andererseits die vorhandenen europäischen Institutionen auf ihre Angemessenheit gegenüber den Anforderungen der Zukunft überprüfen.

Jedes dieser beiden Themen findet seine Parallele in den schon erwähnten, vom Gipfel von Fontainebleau geschaffenen zwei Ad-hoc-Ausschüssen von Vertretern der Staats- und Regierungschefs der EG, (dem sogenannten „Spaak-2-Ausschuss“, der sich mit institutionellen Fragen beschäftigt, und dem Ausschuss für die Schaffung eines „Europa der Bürger“).

Eine enge Zusammenarbeit dieser drei „Weisenräte“ erscheint erforderlich, um das „Europa der Bürger“ der EG soweit als möglich auch für die anderen Mitgliedstaaten des Europarates Wirklichkeit werden zu lassen und zugleich im Rahmen der institutionellen Überlegungen dafür zu sorgen, dass der Europarat bei der Förderung gemeinsamer „europäischer Wertvorstellungen“ voll zum Tragen kommt und im Bereich der Stärkung der „europäischen Identität“ zumindest nicht ganz vergessen wird. Bei der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes für die Europäische Union sollte den anderen Europaratsstaaten ein privilegiertes Zugang zu den Errungenschaften der Gemeinschaft gesichert werden.

Europarat

Bei den zwei Tagungen des ER-Ministerkomitees am 10. Mai und am 21./22. November 1984 standen unter anderem die europäische Zusammenarbeit, die Ost-West-Beziehungen, die Entwicklung in Zypern und in der Türkei, Menschenrechtsfragen und der Stand und die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen zur Diskussion.

Traditionsgemäss befasst sich auch die Parlamentarische Versammlung mit aussenpolitischen Themen, und zwar zum Teil mit denselben wie das Ministerkomitee. In sehr weitausgreifender und gründlicher Weise wurde etwa das Thema der Zukunft der Europäischen Zusammenarbeit in der Empfehlung 994 aufgegriffen. Bezüglich der Ost-West-Beziehungen wurden die Resolutionen 826 „Über die allgemeine Politik des Europarates in den Ost-West-Beziehungen“ und 827 „Über wissenschaftliche und technologische Beziehungen zwischen Ost und West“ sowie die Empfehlung 988 „Über die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen“ verabschiedet. Der Situation in Zypern galten die Empfehlung 974 und die Resolution 816, während die Lage in der Türkei in der Resolution 822 behandelt wurde. Lateinamerika wurde im Hinblick auf die kulturellen Beziehungen zu Europa (Empfehlung 976 und Resolution 814) und der Nord-Süd-Dialog in der Empfehlung 992 behandelt. Hervorzuheben sind ferner die der Frage der kulturellen Zusammenarbeit in Europa gewidmete Empfehlung 995 und die über den Terrorismus (Empfehlung 982).

An Konferenzen europäischer Fachminister fanden 1984 statt :

Die 4. Konferenz der Umweltminister (Athen, 25. bis 27. 4. 1984, Bundesminister Dr. Steyrer), die 4. Konferenz der Sportminister (La Valetta, 14. bis 16. 5. 1984), die 4. Konferenz der Kulturminister (Berlin, 23. bis 25. 5. 1984, Frau Bundesminister Karl), die 14. Konferenz der Justizminister (Madrid, 29. bis 31. 5. 1984, Bundesminister Dr. Ofner), die 1. Konferenz der Forschungsminister (Paris, 17. 9. 1984, Bundesminister Dr. Fischer) und die 6. Konferenz der Gemeindeminister (Rom, 6. bis 8. 11. 1984).

Um die wenig spektakuläre, aber überaus wichtige Arbeit in den zahlreichen Ausschüssen und Expertengruppen zu erleichtern, finden laufend Beratungen der „Arbeitsgruppe der Ministerdelegierten über Arbeitsmethoden“ statt, während gleichzeitig der Versuch unternommen wird, das umfangreiche Arbeitsprogramm durch Setzen von Schwerpunkten zu straffen, was nicht nur aus Gründen der Verbesserung der Effektivität der Arbeit des Europarates, sondern auch im Hinblick auf die zum Teil sehr restriktive Budgetpolitik verschiedener Mitgliedstaaten notwendig ist.

Der langjährige Generalsekretär des Europarates, der Österreicher Dr. Franz Karasek, hat mit Ende September 1984 seine Tätigkeit beim Europarat beendet. Zu seinen Verdiensten zählt es, dem politischen Dialog neue Impulse gegeben und die Zusammenarbeit zwischen den Organen des Europarates sowie im Sekretariat selbst nachhaltig verbessert zu haben. Dem neuen Generalsekretär, der nach seiner Wahl durch die Parla-

Europarat

mentarische Versammlung am 9. Mai mit 1. Oktober 1984 seine Funktion übernahm, wird es obliegen, die begonnenen Reformen zu Ende zu führen und den Europarat auf seine Rolle gegenüber der geplanten Europäischen Union vorzubereiten.

Ein ausführlicher Bericht der österreichischen Vertretung in Strassburg befindet sich im Anhang.

Zypern

Österreich nimmt seit Jahren am Schicksal Zyperns besonderen Anteil, weil es sich hier um ein Krisengebiet in einem geopolitisch ausserordentlich neuralgischen Raum handelt und Österreich an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen durch Entsendung österreichischer Einheiten seit 1964 teilnimmt. Österreichischerseits werden die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt, durch die u. a. der Generalsekretär der Vereinten Nationen beauftragt wird, bei der Lösung des Konflikts Vermittlungsdienste zu leisten. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich Österreich für eine Fortführung der Volksgruppengespräche ausgesprochen. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der „Türkischen Republik Nordzypern“ vom 15. 11. 1983 wird von Österreich nicht anerkannt.

Auf seine Initiative führte Generalsekretär Pérez de Cuellár am 6. und 7. August in Wien mit Vertretern der beiden Volksgruppen Sondierungsgespräche, die in der Folge zu drei Runden indirekter Gespräche, den sogenannten „proximity talks“, in New York führten. Im Verlauf dieser Gespräche wurde ein Vertragsentwurf für eine Lösung des Zypernkonflikts ausgearbeitet. Dieser Vertragsentwurf enthält territoriale und verfassungsrechtliche Vereinbarungen für einen künftigen Bundesstaat. Im Jänner 1985 hat ein Gipfeltreffen der beiden Volksgruppenführer in New York stattgefunden, bei dem es jedoch zu keiner Einigung kam.

Naher und Mittlerer Osten

Im arabisch-israelischen Konflikt sind die Grundvoraussetzungen sowie die beiderseitigen Positionen trotz einer Fülle äusserer Ereignisse im wesentlichen unverändert geblieben.

Das Herannahen von Wahlen in Israel (23. Juli 1984) und in den USA (4. November 1984) hatten einen faktischen Stillstand der Bemühungen um die Lösung der palästinensischen Frage, welche das Kernproblem des Nahost-Konfliktes ist, bewirkt. Es bestand die Hoffnung, dass nach einem Labour-Sieg in Israel günstigere Voraussetzungen für die Anbahnung einer Regelung entstehen würden.

Naher und Mittlerer Osten

Die aus dem Wahlergebnis in Israel hervorgegangene Koalition hat zwar die Absicht, sich aus dem Libanon zurückzuziehen, durch diesbezügliche Verhandlungen mit dem Libanon und in der Folge durch die Ankündigung eines phasenweisen Rückzuges seiner Truppen bekräftigt. Auch kam es zu einer wirtschaftlich bedingten Verlangsamung der Siedlungspolitik auf der Westbank. Im wesentlichen kann sich aber auch die neue Regierung nicht von der Aussenpolitik ihrer Vorgängerin lösen, auch wenn sie zu einer vergleichsweisen flexibleren Haltung bereit zu sein scheint.

Die USA scheinen, vor allem unter dem Eindruck ihres verlustreichen Engagements im Libanon, mit grösserer Zurückhaltung zu agieren und auf eine Gelegenheit zu warten, den derzeit ruhenden Reagan-Plan vom 1. September 1982 wieder zu aktualisieren.

Die Sowjetunion agiert zurückhaltend und sucht nunmehr auch vermehrt Kontakt zu den gemässigten arabischen Staaten. Ihr Vorschlag vom 29. Juni 1984, unter dem Schirm der Vereinten Nationen eine umfassende Nahost-Friedenskonferenz abzuhalten, findet nicht nur in der arabischen Welt wachsende Zustimmung.

Die USA meinen demgegenüber, dass zur Zeit nur schrittweise Fortschritte (z. B. Verbesserungen der Verhältnisse in den besetzten arabischen Gebieten, Abzug Israels aus dem Libanon) möglich sein werden. Sie sind der Ansicht, dass eine internationale Nahost-Konferenz nicht nur keinen Erfolg verspräche, sondern eine Regelung erschweren würde.

Auf der arabischen Seite ist eine Bewegung entstanden, seit König Hussein die PLO beim Palästinensischen Nationalkongress in Amman am 22. November aufgefordert hat, sich mit ihm auf ein Verhandlungsangebot, nämlich die Rückgabe der Westbank an Jordanien (und spätere Definition des Verhältnisses zwischen Westbank und Jordanien) gegen Frieden mit Israel auf der Basis der Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu einigen.

Die PLO, deren Konsolidierung von der Entwicklung nach dem umstrittenen 17. Palästinensischen Nationalkongress abhängt, hat auf diesen Vorschlag ausweichend reagiert. Sie hat jedoch zumindest indirekt erkennen lassen, dass sie die Existenz des Staates Israel als Bestandteil einer Regelung akzeptieren würde.

Ägypten ist, ohne den Friedensvertrag mit Israel in Frage zu stellen, enger an das gemässigte arabische Lager herangerückt und nimmt die ihm schon auf Grund seiner grossen Bevölkerungszahl zufallende Rolle in der arabischen Welt mit grösserem Selbstbewusstsein als bisher wahr. Die Suspendierung Ägyptens in der Organisation der Islamischen Konferenz wurde nach deren Gipfeltreffen in Casablanca (Marokko) im Jänner 1984 aufgehoben. Die diplomatischen Beziehungen mit Jordanien wurden im September 1984 wieder aufgenommen. Seine ursprüngliche Skepsis

Naher und Mittlerer Osten

gegen eine Nahost-Friedenskonferenz der Vereinten Nationen hat Ägypten – allerdings nur in allgemeinen Fragen – aufgegeben.

Syrien beansprucht ein Mitspracherecht bei der Neuordnung der inneren Verhältnisse im Libanon. In diesem Sinn hat es sich sehr nachdrücklich für eine nationale Versöhnung der verschiedenen Gruppen im Libanon eingesetzt. Die Versuche Israels, die Probleme auf bilateraler Basis zu lösen, werden als mit der Souveränität und territorialen Integrität des Libanon unvereinbar abgelehnt. Syrien versteht sich als regionale Macht, die die Vertretung gesamtarabischer Interessen in die eigene Verantwortung übernommen hat, nachdem Sadat syrischer Meinung nach durch seine Friedensinitiative aus der gemeinsamen arabischen Front ausgeschert ist.

Im Sinne der diese Kompromisse als unzeitig ablehnenden Politik suchte Syrien auch das Zusammentreffen des palästinensischen Nationalkongresses in Amman zu verhindern.

Im Jahre 1984 war die PLO bemüht, die nach ihrem Exodus aus dem Libanon und der Reise Arafats nach Kairo im Dezember 1983 verstärkt aufgebrochenen internen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Das ist ihr trotz verschiedener Versuche (z. B. das Aden-Algier Abkommen zwischen dem Zentralkomitee der FATAH und der Demokratischen Allianz vom 13. Juli 1984) und trotz der Vermittlungsbemühungen einzelner arabischer Staaten nicht gelungen. Der aus diesen Gründen mehrfach verschobene Palästinensische Nationalkongress ist dann aber dennoch, und trotz des syrischen Widerstandes und der Abwesenheit der zur Demokratischen und einiger zur Nationalen Allianz zählenden Fraktionen im November 1984 in Amman abgehalten worden. Die zur Demokratischen Allianz zählende DFLP (Hawatmeh) hat den Kongress nachträglich als legitim anerkannt.

Angesichts der nach wie vor bestehenden internen Probleme der PLO bleibt ihre politische Marschrichtung ungewiss. Insbesondere ist abzuwarten, ob die PLO entscheidend der neuerlichen Aufforderung König Husseins die im April 1983 ergebnislos unterbrochenen Verhandlungen mit ihm wieder aufnehmen und Jordanien ein Mandat zur Mitvertretung der palästinensischen Interessen in zukünftigen Gesprächen mit den USA und Israel geben wird. Trotz dieser inneren und äusseren Schwierigkeiten, denen sich die PLO gegenüber sieht, bleibt sie jedenfalls weiterhin Symbol des palästinensischen Nationalgefühls.

Im Libanon wurde der Versuch einer nationalen Versöhnung weitergeführt. Die aus amerikanischen, französischen, britischen und italienischen Truppeneinheiten zusammengesetzte multinationale Friedenstruppe hatte sich bis Ende März 1984 zur Gänze aus dem Libanon zurückgezogen. Am 5. März 1984 wurde das (im Mai 1983 geschlossene) israelisch-libanesisches Abkommen durch den Libanon aufgekündigt. Diese beiden Ereignisse hätten an sich den internen Kompromiss zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen erleichtern sollen. In der

Naher und Mittlerer Osten

Folge kam es am 12.–20. März 1984 zur zweiten „Versöhnungskonferenz“. In ihr wurden die Grundsätze für das zukünftige politische Programm des Landes (Verfassungs- und parlamentarische Reform usw.) erarbeitet. Im April 1984 wurde dann eine Regierung der „Nationalen Einheit“ gebildet. Sie plante, die Armee zu reorganisieren und in einzelnen Teilen Beiruts sowie auf wichtigen Verbindungsstrassen und an strategischen Punkten die Militäreinheiten durch Regierungstruppen zu ersetzen. Diese Pläne konnten aber wegen des Widerstandes einiger dieser Milizen bisher nur teilweise in die Tat umgesetzt werden. Bei der Durchsetzung solcher Pläne wurde die libanesisische Regierung bisher von Syrien unterstützt. Syrien hat wiederholt Vermittlungsdienste zwischen den einzelnen libanesischen Fraktionen geleistet. Aber auch Syriens Möglichkeiten für solche Dienste sind, wenn zwar bedeutend, so doch nicht unbeschränkt.

Nach der israelischen Ankündigung eines stufenweisen Rückzuges bestehen nicht nur Befürchtungen über neuerliche Unruhen in den von Israel geräumten Gebieten; es ist auch die künftige Rolle von UNIFIL ungeklärt, da der Libanon seine Nationalarmee in alle Regionen, aus denen sich die Israelis zurückziehen werden, nachrücken will, was Israel ablehnt. Der Libanon ist schliesslich nicht bereit, der von Israel unterstützten Armee des Südlibanon Ordnungsfunktionen zuzuerkennen.

Zu den Prinzipien, auf denen eine Regelung des Nahostproblems beruhen muss, gehören nach Auffassung der österreichischen Bundesregierung das Recht aller Staaten in der Region, innerhalb sichererer und anerkannter Grenzen zu leben, die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, die auch das Recht auf einen eigenen Staat einschliesst, und das Recht der PLO, als Vertreterin des palästinensischen Volkes an allen Friedensbemühungen teilzunehmen. Gewalt jeder Art muss abgelehnt und die Lösung auf friedlichem Weg gesucht werden.

Dazu würden exploratorische Vorgespräche und in der Folge direkte Verhandlungen der Parteien notwendig sein. Solche direkten Verhandlungen würden die gegenseitige Anerkennung implizieren.

Da eine Nahost-Regelung von allen in der Region massgeblichen Staaten getragen werden sollte, unterstützt Österreich auch grundsätzlich die Abhaltung einer Nahost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Dieser Vorschlag gewinnt an Boden, wenngleich das Haupthindernis, nämlich die Weigerung einiger Staaten daran teilzunehmen, nach wie vor aufrecht ist.

Obwohl Österreich den arabischen Staaten gegenüber stets das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit vertreten hat und vertritt, steht Österreich der Nahostpolitik Israels, insbesondere in den besetzten arabischen und libanesischen Gebieten sehr kritisch gegenüber und sieht in dieser israelischen Politik auch Verstösse gegen das geltende internationale Recht.

Naher und Mittlerer Osten

Neben der Aufrechterhaltung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu den Staaten des Nahen Ostens hat sich die Bundesregierung zur Aufgabe gesetzt, durch Aktionen im humanitären Bereich einen Beitrag zur Linderung der durch den Konflikt unmittelbar betroffenen Bevölkerung zu leisten :

Dank österreichischer Vermittlung kam es Ende 1983 zu einem Austausch von 4.500 PLO-Häftlingen gegen sechs israelische Soldaten und am 28. Juni 1984 zu einem weiteren Austausch von 291 syrischen Militärpersonen gegen sechs Israelis.

Seit Dezember 1982 betreibt die österreichische Bundesregierung in einem gemeinsamen Projekt mit der Volkshilfe und der Caritas in Schatila bei Beirut eine Tagesklinik, einen Kindergarten und eine Schule ; im April 1984 wurde das Projekt durch eine Ambulanz im Beirut Vorort Bourj El Barajneh erweitert.

Die Islamische Republik Iran scheint sich im Inneren weiter zu festigen, auch wenn es vereinzelt zu Widerstand gegen die geistliche Führung des Landes kommt. Das Gedankengut der schiitischen Revolution dürfte vor allem in den ärmeren Bevölkerungsschichten stark verankert sein. Zumindest in diesen Schichten hat sich der Führungsanspruch des schiitischen Klerus durchgesetzt. Die Frage der Nachfolge nach dem Ayatollah Khomeini scheint nunmehr durch eine Entscheidung des „Expertenrates“ geregelt.

Der Iran führt eine Politik der radikalen Blockfreiheit ; er sucht aber auch unter dem Druck der hauptsächlich auf die Kriegswirkungen, aber auch auf innere Faktoren zurückgehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Ausweitung seiner Beziehungen insbesondere zu Europa.

Der Irak hat sich dem gemässigten arabischen Lager angenähert und seine Beziehungen zum Westen, in auffallendem Masse mit den USA, verbessert.

Der fortdauernde Krieg zwischen dem Iran und dem Irak ist seit Monaten durch ein militärisches Patt gekennzeichnet. Die beiden Seiten stehen sich an befestigten Verteidigungslinien gegenüber. Grössere Militäraktionen sind selten geworden.

Der Irak hält kein iranisches Territorium nennenswerter Grösse mehr, Reparationsforderungen des Iran scheinen kein unüberwindbares Hindernis für die Einstellung der Feindseligkeiten darzustellen. Die iranische Forderung, dass ein Friede nur nach dem Sturz der Regierung Sadam Husseins in Bagdad möglich wäre, zeigt jedoch, dass eine baldige Beendigung dieses von personenbezogenen Elementen und von religiös motivierter Unversöhnlichkeit geprägten Konfliktes kaum zu erwarten ist. Angesichts der militärischen und politischen Situation in den beiden Ländern sind keine raschen Änderungen der derzeitigen Situation zu erwarten.

Naher und Mittlerer Osten

Österreich ist um kontinuierliche Beziehungen zu beiden Streitparteien bemüht und enthält sich dabei einer Parteinahme. Es unterstützt aber alle Friedensbemühungen sowie alle Bestrebungen, die Leiden des Krieges einzudämmen. So haben der Bundeskanzler und der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Erklärungen abgegeben, in denen der Einsatz von Giftgas verurteilt bzw. eine baldige Beendigung des Krieges gefordert wird.

Die unter der Ägide von UN-Generalsekretär Pérez de Cuellár zustandekommene Vereinbarung über die Nichtbeschiessung ziviler Ziele vom Juni 1984 wurde begrüßt. Im Einvernehmen mit den beiden Kriegsparteien wurde ein österreichischer Offizier zur Leitung eines jener beiden Beobachtungsteams bereitgestellt, die diese Vereinbarung überwachen sollen. Die wachsenden Schwierigkeiten, denen sich das IKRK bei der Erfüllung seiner Aufgaben in diesem Krieg gegenüber sieht, verfolgt die Bundesregierung mit Besorgnis.

Während die afghanische Regierung mit aktiver sowjetischer Unterstützung die Hauptstadt, andere Zentren und wichtige Verkehrsverbindungen hält, beherrscht der afghanische Widerstand – wenn auch unkoordiniert – weiterhin bedeutende Teile des Landes. Gegen Jahresende hat die Sowjetunion ihre militärischen Operationen insbesondere im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet verstärkt.

Die seit 1982 unter Vermittlung des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, Diego Cordovez, zwischen Pakistan und Afghanistan geführten „indirekten“ Gespräche, bei denen Grundsätze und Modalitäten einer umfassenden Lösung und damit die Voraussetzungen für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan erarbeitet werden sollen, wurden im August 1984 in Genf fortgesetzt. Sie haben bisher keine greifbaren Ergebnisse gebracht.

Der Konflikt in Afghanistan berührt und beeinflusst das Ost-West-Verhältnis. Ob und wie der Konflikt in Afghanistan gelöst werden kann, ist daher auch von der weiteren Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses abhängig. Wahrscheinlich müsste eine solche Lösung des Konflikts Teil eines größeren Pakets von Ost-West-Abmachungen sein.

Österreich ist nach wie vor der Auffassung, dass die fortdauernde Besetzung des blockfreien Afghanistan gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt und die Entspannungspolitik nachhaltig negativ beeinflusst. In den Vereinten Nationen hat Österreich folglich für eine Resolution gestimmt, die ähnlich wie in den vergangenen Jahren die Souveränität und politische Unabhängigkeit Afghanistans betont, das Recht des afghanischen Volkes bekräftigt, seine Regierung frei zu bestimmen, und einen Abzug aller ausländischer Truppen aus Afghanistan fordert.

Naher und Mittlerer Osten

Das österreichische Hilfskomitee für Afghanistan widmet sich der Betreuung afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. 1984 hat es seine Tätigkeit ausgebaut und führt nun neben der medizinischen Betreuung der Flüchtlinge auch diverse Schulungen, insbesondere im gewerblichen Bereich, durch. Für die Tätigkeit des Komitees wurde 1984 insgesamt 1 Mio. S aus Mitteln der österreichischen Technischen Hilfe aufgewendet.

Die Liga der arabischen Staaten soll nach dem Wunsch ihrer Gründerstaaten die arabischen Interessen im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich koordinieren. So wie auch andere internationale Organisationen, ist sie ein Spiegelbild ihrer Mitglieder, deren oft gegensätzliche Standpunkte nicht immer und oft nur unter grössten Anstrengungen in einen gewissen Einklang gebracht werden können.

Über Einladung des Bundeskanzlers stattete der Generalsekretär der Liga, Chadli Klibi, in der Zeit vom 22. bis 23. Oktober 1984 Österreich einen offiziellen Besuch ab und führte mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Außenminister politische Gespräche, insbesondere über die Lage im Nahen Osten.

Die Liga der arabischen Staaten ist seit Juni 1983 durch ein Büro in Wien vertreten.

Der am 25. Mai 1981 gegründete Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten, dem Saudi Arabien, Kuwait, Bahrain, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman angehören, hat 1984 mehrere Treffen auf Ministerebene und im November ein Gipfeltreffen in Kuwait abgehalten.

Hauptpunkte der diesjährigen Beratungen waren Fragen der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern. Die im Vorjahr angekündigte Initiative der Golfstaaten für eine Beendigung der Feindseligkeiten im Krieg zwischen Iran und Irak durch einen Stufenplan wurde bekräftigt, mangels Bereitschaft eines der beiden kriegsführenden Staaten ist dieser Stufenplan bisher jedoch nicht in ein konkretes Durchführungsstadium getreten.

Anlässlich einer Reise in die Staaten der arabischen Halbinsel hat Bundesminister Lanc im April 1984 mit dem Generalsekretär des Kooperationsrates Gespräche über die die Region unmittelbar betreffenden Fragen geführt. Der Generalsekretär wurde zu einem Besuch nach Österreich eingeladen.

Die Organisation der Islamischen Konferenz hielt vom 16. bis 19. Jänner 1984 ihre vierte Gipfelkonferenz in Casablanca (Marokko) ab, die 15. Aussenministerkonferenz fand im Dezember in San'a (DVR Jemen) statt. Zu den politischen Schwerpunkten der Gipfelkonferenz zählte wie in den letzten Jahren neben der Afghanistan-Frage (Ministerkomitee für Afghanistan), die palästinensische Frage (Indorsierung des Fez-Planes vom September 1982), der Krieg zwischen Iran und Irak (islamisches Gute-

Afrika südlich der Sahara

Dienste-Komitee), der Libanon (Aufruf zur nationalen Versöhnung und zum Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon) und die Wiederzulassung Ägyptens zur Organisation.

Afrika südlich der Sahara

Mit der Unabhängigkeit Simbabwe im Jahre 1980 wurde – abgesehen von Namibia – der Prozess der Dekolonisierung abgeschlossen. Die Genugtuung über die Befreiung des Schwarzen Kontinents ist mittlerweile dem Bewußtsein der drängenden Probleme Afrikas gewichen: Hungersnöte, Wirtschaftskrise, Schuldenproblem, Übervölkerung, ethnische Spannungen stellen die Regierungen der afrikanischen Länder vor fast unlösbare Schwierigkeiten und sind auch eine Herausforderung an die Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft.

Eine besondere Belastung für die Sahel-Zone, aber auch für die Länder des südlichen Afrika, ist die seit Monaten in diesen Regionen herrschende Dürre. Die sich daraus ergebenden Probleme waren eine der Hauptpunkte der OAU-Gipfelkonferenz 1984 in Addis Abeba.

Im Tschad, wo die französische Truppenpräsenz die Stellung des von der OAU anerkannten Hissène Habré im Süden etwas gefestigt zu haben schien, während in dem von libyschen Truppen besetzten Nordteil nach wie vor Goukuni und andere Fraktionsführer die Herrschaft beanspruchen, kam es im September 1984 zu einer französisch-libyschen Übereinkunft über einen gleichzeitigen und vollständigen Truppenabzug. Während die französischen Truppen tatsächlich den Tschad verließen, stellte sich Ende November heraus, dass nach wie vor libysche Verbände im Nordtschad verblieben waren.

Die Situation im Tschad ist somit weiter labil. Die Gefahr einer faktischen Teilung des Landes dauert an. Bemühungen, zu einer nationalen Versöhnung zu kommen, wie die Konferenz in Brazzaville im November 1984, sind vorerst gescheitert.

Österreich unterstützt jede Initiative, die zu einer Beilegung des Konfliktes führen könnte, glaubt aber, dass die Lösung in erster Linie von den unmittelbar Beteiligten, oder durch Vermittlung der zuständigen Regionalorganisation (OAU) gefunden werden muß.

Im südlichen Afrika kamen Anfang 1984 die erstarrten Fronten in Bewegung. Mosambik sah sich hauptsächlich aufgrund seiner schwierigen Sicherheits- und katastrophalen Wirtschaftslage genötigt, im März mit Südafrika ein Abkommen über Sicherheit und Zusammenarbeit abzuschließen und insbesondere die Unterstützung der gegen die südafrikanische Regierung gerichteten Guerillabewegung ANC einzustellen. Durch dieses Abkommen hat der ANC seine Basen in Mosambik weitgehend verloren,

Afrika südlich der Sahara

während hingegen in Mosambik die Tätigkeit der Rebellenbewegung Renamo kaum abgenommen hat. Aus diesem Grund kam es auch über südafrikanische Initiative zu Gesprächen zwischen der mosambikanischen Regierung und der Renamo, die zu vorläufigen Vereinbarungen geführt haben.

Angola schloß im Februar mit Südafrika ein Abkommen über den Abzug der in Südangola stationierten südafrikanischen Truppen, welches allerdings entgegen der ursprünglichen Absicht der Vertragsparteien noch nicht vollständig durchgeführt werden konnte. Angola und Südafrika traten weiters in indirekte, von den USA vermittelte meritorische Verhandlungen über Namibia ein, in deren bisherigen Verlauf Angola faktisch den Linkage zwischen der Präsenz kubanischer Truppen in Angola und der Lösung des Namibiaproblems anerkannte.

Die Situation ist somit derzeit im Fluß ; es gibt Anzeichen (nicht zuletzt das in letzter Zeit entschiedener geäußerte Engagement der Vereinigten Staaten) für eine günstigere Entwicklung als bisher.

In Südafrika selbst fanden im September 1984 gemäß der neuen Verfassung Wahlen in die Kammern der Farbigen und Inder statt (die schwarze Mehrheit bleibt weiterhin von der politischen Willensbildung ausgeschlossen). Die Wahlbeteiligung war mit ca. 18% der Mischlinge und 10% der Asiaten (bezogen auf die Zahl der insgesamt Wahlberechtigten) sehr gering.

In zeitlichem Zusammenhang mit den Wahlen, aber zumindest mitbedingt durch eine deutliche Lebenshaltungskostenerhöhung kam es in einigen schwarzen „Townships“ zu blutigen Ausschreitungen, Streiks und Schulboykotten.

Österreich verurteilt die Apartheid und Bantustanpolitik der südafrikanischen Regierung und glaubt, daß nur eine faire Beteiligung aller Südafrikaner an der politischen Willensbildung dem Land eine Entwicklung in Frieden und Wohlstand gewährleisten kann. Jede Gesprächsmöglichkeit sollte genützt werden, um Südafrika von der Notwendigkeit innerer Reformen zu überzeugen. In diesem Sinne wurde auch die Europareise von Premierminister Botha zur Darstellung des österreichischen Standpunktes genützt. Die Verfassungsreform und die Veränderungen in den Beziehungen Südafrikas zu seinen Nachbarn könnten entwicklungsfähige Ansätze werden, wenn die weitere Zukunft erweist, dass der eingeschlagene Weg der Reformen tatsächlich auch zu grundlegenden politischen Neugestaltungen führen kann.

Die Westsahara-Frage , nämlich das zukünftige Schicksal der ehemaligen Spanischen Westsahara und ihrer Bevölkerung, die seit mehreren Jahren die OAU beschäftigt, ist mit der Aufnahme der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara“ (DARS) als Vollmitglied der OAU bei deren

Afrika südlich der Sahara

20. Gipfelkonferenz (12. bis 15. November 1984) in eine neue Phase getreten.

Nach den Vorstellungen insbesondere der OAU soll die Westsahara-Frage durch eine Volksabstimmung entschieden werden. Die Einzelheiten dieser Volksabstimmung wären zwischen Marokko und der Befreiungsbewegung für die Westsahara, Polisario, in direkten Gesprächen auszuhandeln. Auch die Vereinten Nationen haben am 28. November 1984 Marokko und den Polisario zu Direktverhandlungen aufgefordert.

Da beide Streitparteien das Ergebnis einer Volksabstimmung bereits vorwegnehmen (Marokko hat das Gebiet der Westsahara 1979 annektiert, der Polisario hat 1976 einen „unabhängigen Staat DARS“ ausgerufen), sind beide Teile bestrebt, die Volksabstimmung, zu der sie sich grundsätzlich bereit erklärt haben, unter solchen Bedingungen durchzuführen, dass das selbstgesetzte und vorweggenommene Ziel nicht verfehlt wird.

Marokko ist zu Direktverhandlungen mit dem Polisario nicht bereit, da solche seiner Meinung nach einer Anerkennung des Polisario gleichkämen. Als Antwort auf die Zulassung der DARS als Mitglied in der OAU ist Marokko aus dieser Organisation ausgetreten.

Ein gangbarer Weg zur politischen Bereinigung der Westsahara-Frage ist derzeit nicht in Sicht. Österreich tritt aus grundsätzlichen Überlegungen für das Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Dekolonisierungsresolution der Vereinten Nationen ein und hat daher in der Vergangenheit im Rahmen der Vereinten Nationen für Resolutionstexte gestimmt, die von diesem Grundsatz getragen waren. Der in der Westsahara lebenden Bevölkerung sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, ihren Willen über die politische Zukunft ihres Gebietes in demokratischer Weise zum Ausdruck zu bringen.

Während in den vergangenen Jahren die Tätigkeit und die Initiative der Organisation für Afrikanische Einheit durch die Konflikte im Tschad und um die Westsahara ernstlich beeinträchtigt waren, haben die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kontinents, die zum Teil auf natürliche Faktoren zurückgehen, ein Ausmaß angenommen, welches zu einer Neuordnung der politischen Prioritäten innerhalb der Organisation geführt hat. Die Fragen der Westsahara und des Tschad sind dadurch, ohne dass sie gelöst wären, in den Hintergrund gedrängt worden.

Auf der 20. Gipfelkonferenz der OAU, die vom 12. bis 15. November 1984 in Addis Abeba stattfand, wurden unter ihrem neuen Präsidenten Nyerere hauptsächlich die Entwicklung im südlichen Afrika und wirtschaftliche Fragen erörtert. Die Konferenz verabschiedete u. a. eine Deklaration, in der sofortige wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Afrika und die Mobilisierung aller nationalen Ressourcen gefordert werden. Sie rief zur Schaffung eines Sonderfonds für Afrika im Rahmen der Weltbank auf und beschloß die Errichtung eines Notfonds zur Hilfe gegen Dürre und Hunger in Afrika.

Süd- und Südostasien

Weiters wurde die Abhaltung einer afrikanischen Gipfelkonferenz zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen im Jahre 1985 beschlossen.

Süd- und Südostasien

In die n stand im Berichtszeitraum im Zeichen der Vorbereitung auf die am 24. und 27. Dezember abgehaltenen Wahlen und unter dem Schock der Ermordung Indira Gandhis.

Starke Zentralisierungsbestrebungen des Ministerpräsidenten riefen Zentrifugalkräfte auf den Plan, die insbesondere in den Gliedstaaten Pandschab, Kashmir, Andhra Pradesh und Tamil Nadu zu Unruhen, Protesten und Streiks grösseren Ausmasses führten.

Der Konflikt mit den Sikh-Separatisten im Pandschab wurde durch die Erstürmung des Goldenen Tempels von Amritsar, des Heiligtums der Sikhs, durch indische Armee-Einheiten Anfang Juni 1984 verschärft. Die Ermordung Indira Gandhis Anfang November durch Sikhs ihrer eigenen Leibwache wurde von ihren Mördern als Rache für die Vorfälle in Amritsar angesehen.

Nach blutigen Zusammenstössen zwischen Sikhs und Hindus im Gefolge der Ermordung Indira Gandhis, versucht ihr Sohn und Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Rajiv Gandhi, das Land vor Destabilisierung zu bewahren. Die Wahlen zum Unterhaus führten zu einem triumphalen Sieg seiner „Kongress-I“-Partei, die 80% der Mandate errang. Aussenpolitisch könnte sich – bei Beibehaltung der bisherigen grossen Linie – eine Entspannung des Verhältnisses zu den USA und zu Pakistan anbahnen.

Die auch 1984 immer wieder aufflammenden Unruhen zwischen der singhalesisch-buddhistischen Mehrheit und der tamilisch-hinduistischen Minderheit im Norden der ceylonischen Insel belasten das Verhältnis zwischen Sri Lanka und Indien, aus dessen Südteil die Tamilen stammen.

In Pakistan wurde Staatschef Zia-ul-Haq durch ein Referendum für eine Funktionsperiode von fünf Jahren, welche ab Zusammentritt eines im Februar 1985 zu wählenden Parlaments zu laufen beginnt, als Präsident gewählt. Gleichzeitig sprachen sich die Wähler mit grosser Mehrheit für die weitere Islamisierung in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens aus.

Die Anwesenheit von mehr als 3 Mio. afghanischen Flüchtlingen in Pakistan belastet das Land wirtschaftlich und politisch und hat im letzten Jahr zu einer Verschärfung der Spannungen mit Afghanistan geführt.

Die Organisation Südostasiatischer Staaten (ASEAN), der neben Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand nunmehr auch Brunei angehört, hat im vergangenen Jahr neben der Behandlung der Kambodschafrage, die naturgemäss von vitalem Interesse für alle Mitgliedstaaten ist, vor allem auf die Erschliessung neuer Formen der regionalen Koopera-

Süd- und Südostasien

tion hingearbeitet. In der Zukunft soll ein wirtschaftliches „Frühwarnsystem“ eingeführt werden, welches es ASEAN ermöglichen soll, auf neue Tendenzen möglichst schnell und richtig zu reagieren. Ausserdem soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des pazifischen Raumes intensiviert werden.

Nach inzwischen 5-jähriger Besetzung ist die Lage in Kampuchea auch weiterhin durch die Präsenz vietnamesischer Truppen und die Aufrechterhaltung des pro-vietnamesischen Heng-Samrin-Regimes geprägt. Dieses Regime ist bisher nur von der Sowjetunion, den COMECON-Staaten, Indien, Albanien und einigen Entwicklungsländern, nicht aber von der Mehrzahl der anderen Staaten und auch nicht von Österreich, anerkannt worden. Aber Österreich verweigert ebenso eine Anerkennung der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea, da in ihr prominente Mitglieder des früheren unmenschlichen Roten-Khmer-Regimes vertreten sind.

Diese seit 1982 bestehende „Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea“ umfaßt die „Bewegung für die nationale Befreiung Kambodschas“ unter Prinz Norodom Sinhanouk, die „Roten Khmer“ unter Khieu Samphan sowie die „Nationale Befreiungsfront der Khmer-Völker“ unter Son Sann. Sie genießt beträchtliche internationale Unterstützung. Dennoch ist es ihr auch 1984 nicht gelungen, eine entscheidende militärische Wende herbeizuführen. Um die Jahreswende 1984/85 mußte sie im Gegenteil schwere militärische Niederlagen hinnehmen. Innerhalb dieser Dreier-Koalition besteht auch nur darin Übereinstimmung, den militärischen Kampf gegen Vietnam weiterzuführen. Kein vergleichbarer Konsens besteht in politischen Fragen, und gegen Ende 1984 schien es sogar möglich, daß die Koalition auseinanderbricht.

Die Situation in Kampuchea wird von den historischen bilateralen Konflikten der Region überlagert, wie zum Beispiel dem chinesisch-vietnamesischen, der in gegenläufigen und unvereinbaren Forderungen zum Ausdruck kommt. China verlangt als ersten Schritt zur Lösung des Konflikts den Abzug der vietnamesischen Truppen. Als Vorbedingung für einen solchen Truppenabzug verlangt Vietnam demgegenüber ein Ende der „chinesischen Bedrohung“ Indochinas.

Die 17. jährliche Außenminister-Konferenz der ASEAN-Staaten (Jakarta, 9./10. Juli 1984) hat keine neuen Ansätze zur Lösung der Kampuchea-Frage gebracht. Das gemeinsame Schlußkommuniqué beschränkte sich vielmehr im wesentlichen auf die Wiederholung der bisherigen ASEAN-Standpunkte: Abzug der vietnamesischen Truppen, Selbstbestimmungsrecht der Khmer, nationale Aussöhnung, Verurteilung der Verletzung thailändischen Territoriums und Bekräftigung des Rechts Thailands auf Selbstverteidigung, Unterstützung der Koalitionsregierung Sihanouks.

Süd- und Südostasien

Im Jänner sowie im Juli 1984 hielten die Außenminister der drei indochinesischen Staaten Vietnam, Laos und Kampuchea (Heng Samrin) in Vientiane Konferenzen ab. Sie wiederholten dabei ebenfalls ihren früheren Vorschlag, Verhandlungen über die Lage in Südostasien zwischen ihren drei Ländern und ASEAN zu führen. Für die ASEAN-Staaten allerdings sind solche Gespräche nicht akzeptabel, jedoch könnten sie geneigt sein, die Heng Samrin-Leute als eine der politischen Bewegungen Kampuchreas zu akzeptieren. Das jedenfalls scheint das Ergebnis einer Tagung der ASEAN mit ihren „Dialogstaaten“ (USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und Staaten der EG) zu sein.

Österreich vertritt nach wie vor die Auffassung, daß nur eine umfassende Lösung des Kampuchea-Problems eine friedliche Zukunft dieses Landes und die Stabilität der gesamten Region gewährleisten kann. Der Präsident der Internationalen Kampuchea-Konferenz (IKK), Außenminister a. D. Botschafter Dr. Pahr, setzt über Ersuchen aller interessierten Parteien auch nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung seine Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts fort. Im September reiste er zu Konsultationen nach Malaysia, Indonesien, Thailand sowie Singapur und stellte hierbei zwei neue Initiativen vor, die wenigstens eine minimale Bewegung in der Frage bringen und einen kleinsten gemeinsamen Nenner definieren sollten: Botschafter Pahr schlug die Veranstaltung eines wissenschaftlichen Forums vor, in dem unter der Ägide der IKK neue Modelle und Mechanismen zur Lösung der Kampuchea-Frage erarbeitet werden sollten, und er forderte die Konfliktparteien auf, Kontakte zur Rettung des Angkor-Vat-Tempels aufzunehmen. Aber auch dieser Initiative, mit ihren sehr beschränkten Zielen, blieb bislang der Erfolg versagt.

Ostasien – Pazifischer Raum

Da nach Ansicht Pekings die Sowjetunion für die Sicherheit Chinas die potentiell direktere und schwerer wiegende Bedrohung darstellt, bewegt sich Chinas Außenpolitik nicht im gleichen Abstand zu der UdSSR und den USA. In der Folge des erfolgreichen Besuches von Präsident Reagan in China, kam es zu einer Verschiebung des Besuches des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow, und damit zu einer weiteren Abkühlung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses, was sich auch in einer Verschärfung der publizistischen Auseinandersetzung ausdrückte. Seit dem Sommer zeichnete sich nun wieder eine Verbesserung der Atmosphäre ab. Anders als die 4. Gesprächsrunde in Moskau fand die 5. Gesprächsrunde der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsgespräche in Peking im Oktober in einem freundlichen Klima statt. Man beschloß vermehrte Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet. Der dann Ende Dezember doch stattge-

Ostasien – Pazifischer Raum

fundene Besuch des Ersten Stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow in China, brachte eine weitere Verbesserung der Bemühungen. Ein entscheidender Durchbruch zur Sanierung des Verhältnisses zwischen den beiden großen kommunistischen Staaten konnte aber auch bei diesem Besuch nicht erreicht werden. Nach chinesischer Auffassung stehen einer solchen grundsätzlichen Sanierung des Verhältnisses zur Sowjetunion weiterhin drei Haupthindernisse entgegen: die sowjetische Präsenz in Afghanistan, die sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea sowie die militärische Bedrohung der nordchinesischen Grenze.

Demgegenüber wurden die Beziehungen zu den USA mit den Besuchen Ministerpräsident Zhao Ziyangs in Washington im Jänner und Präsident Reagans in China im April 1984 weiter ausgebaut. Für die chinesische Führung war es dabei wichtig, den Anspruch auf Anerkennung als Großmacht zu verankern, ihren Kurs der Öffnung abzusichern und die Unabhängigkeit ihrer Außenpolitik zu betonen. Ferner erhoffte sich China von den USA einen Beitrag zur Verwirklichung der „Vier Modernisierungen“ (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie, Verteidigung). Im politischen Bereich bestehen in einer Reihe von Fragen ähnliche Ansichten. Gegensätzliche Auffassungen sollen die Entwicklung des Gesamtverhältnisses nicht stören. Dies gilt – mit einigen Einschränkungen – auch für das Taiwan-Problem, das nach chinesischer Darstellung weiterhin ein Störfaktor in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen ist. Insbesondere werden von der VR China die US-Waffenlieferungen an Taiwan mißbilligt.

Die Frage der Wiedereingliederung Taiwans in den chinesischen Staatsverband zählt nach wie vor zu den wichtigsten außenpolitischen Anliegen. Für den Fall der Wiedervereinigung sieht Peking für die Insel einen weit gefaßten Sonderstatus vor. Er könnte dem künftigen Status Hongkongs gleichen, der am 19. Dezember 1984 von der Volksrepublik China und Großbritannien in einer „Gemeinsamen Erklärung“ definiert wurde.

Im Verhältnis zwischen den beiden koreanischen Staaten begann sich – trotz Weiterbestandes der gespannten Atmosphäre – ein gewisses Mass an Verhandlungsbereitschaft zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen abzuzeichnen.

Anfang September kam es im Gefolge von Überschwemmungen in Südkorea zu einem nordkoreanischen Hilfsangebot, welches schliesslich von Südkorea angenommen wurde.

Die im Herbst begonnenen, in der Folge allerdings von Nordkorea zweimal abgebrochenen Verhandlungen zwischen den beiden koreanischen Staaten über Handelsfragen und humanitäre Angelegenheiten können als ein Test für den beiderseitigen Willen zu einer Verbesserung des politischen Klimas auf der Halbinsel angesehen werden.

Ostasien – Pazifischer Raum

Die unruhige politische Lage in den Philippinen hat auch 1984 weiter angehalten und belastet die weitere Entwicklung des Landes. Das Ausmass der inneren Opposition ist schwer abzuschätzen. An der strategischen Bedeutung der Philippinen als Partner der USA hat sich nichts geändert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten stellen sich nach erfolgreichen Umschuldungsverhandlungen und einem neuen mit dem Internationalen Währungsfond abgesprochenen Gesamtplan der wirtschaftlichen Erholung in einem etwas besseren Licht dar.

Japan nimmt nach seinen Erfolgen im wirtschaftlichen Bereich in stärkerem Mass als bisher den seinem Gewicht entsprechenden politischen Platz in der internationalen Staatengemeinschaft ein. Eine der Voraussetzungen dafür ist allerdings der Abbau von historisch bedingten Ressentiments und Spannungen im Verhältnis zu anderen Staaten der Region. Marksteine auf diesem Weg waren der Besuch Ministerpräsident Nakasones in der Volksrepublik China im März 1984 und der Besuch des Präsidenten der Republik Korea in Japan im September 1984. Beide Besuche eröffneten die Möglichkeit langfristig bedeutsamer und intensiver Beziehungen Japans mit diesen Ländern.

Trotz gewisser Konflikte in Wirtschaftsfragen steht das Verhältnis zu den USA auf einer soliden, politisch und strategisch abgesicherten Basis, was durch ein für Jänner 1985 anberaumtes japanisch-amerikanisches Treffen in Los Angeles bekräftigt wird.

Die Beziehungen Japans zur anderen pazifischen Grossmacht, der Sowjetunion, sind wegen der Kurilen-Frage und der sowjetischen Raketenaufrüstung in Sibirien nach wie vor getrübt.

Mit der mit Konsequenz verfolgten Idee einer grosspazifischen Kooperation strebt Japan eine intensivere Zusammenarbeit mit den Staaten Süd-Ost-Asiens an. Seitdem sich Japan durch die Ölkrise und den Krieg zwischen Iran und Irak der Verwundbarkeit seiner Rohstoffversorgung besonders bewusst geworden ist, hat es seine politische und diplomatische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten und in jüngster Zeit auch auf dem afrikanischen Kontinent deutlich ausgebaut.

Die Mitgliedschaft Australiens und Neuseelands beim ANZUS-Pakt hat nach wie vor wesentlichen Einfluss auf die Situation im Pazifik und bestimmt weitgehend ihre Aussenpolitik. Freilich finden in diesen beiden Staaten auch innenpolitische Entwicklungen statt, die die volle Identifizierung mit der ANZUS erschweren. In Neuseeland hat bei den letzten Wahlen die Labour-Partei den Sieg davongetragen, deren Programm u. a. die Sperre neuseeländischer Häfen für nuklear bewaffnete oder angetriebene Schiffe vorsieht, was zu Meinungsverschiedenheiten mit den USA geführt hat. Australien hingegen hat sein klares Bekenntnis für ANZUS bekräftigt, unterstützt andererseits aber, motiviert durch die Ablehnung von französischen Atomwaffentests im Südpazifik, die Idee einer atomwaffenfreien Zone in diesem Raum.

Ostasien – Pazifischer Raum

Australien bemüht sich seit längerer Zeit um intensivere Kontakte zu den Staaten Südostasiens.

Die Frage der Dekolonisierung im südpazifischen Raum ist durch die Ereignisse in Neukaledonien neuerlich virulent geworden.

Die Frage des gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen und politischen Gewichtes des pazifischen Raumes wird in letzter Zeit viel diskutiert. Außer Streit steht jedenfalls, daß sich einige Länder am östlichen Rand Asiens wirtschaftlich schnell entwickeln. Das wird in diesem Buch an anderer Stelle auch dargestellt und statistisch belegt (siehe Abschnitt „Weltwirtschaft – Schwellenländer“). Dieses Wachstum ist exportorientiert und bedingt eine starke Verflechtung mit dem Weltmarkt. Dennoch ist der Anteil der Staatengruppe am Welthandel noch relativ gering; vor allem wenn man ihm den europäischen Anteil am Welthandel gegenüberstellt.

Anteil am Welthandel in Prozent¹⁾

Region	unter Einschluß des intra-regionalen Handels	ohne intra-regionalen Handel
Westeuropa	39,3	13,5
Süd- und Ostasien Pazifischer Raum ²⁾	19,6	11,8
Japan ³⁾	8,1	
Lateinamerika	5,9	4,8
USA und Kanada	14,8	9,9
Planwirtschaftsländer (ohne Kuba) ⁴⁾	11,1	5,5

1) Quelle: Datenbank des WIFO

2) Umfaßt: Asien mit Ausnahme des Nahen Ostens, Japan, Australien und Neuseeland, kommunistische Staaten Asiens. Der Außenhandelsanteil der nicht-pazifischen Staaten Asiens (wie etwa Indiens oder Pakistan) ist eher gering.

3) Japan ist damit doppelt ausgewiesen; es ist auch in der oben stehenden Gruppe „pazifische Staaten“.

4) China u. a. kommunistische Staaten Asiens finden sich sowohl in dieser Gruppe als auch unter des „pazifischen Staaten“.

Ostasien – Pazifischer Raum

Die Relationen verschieben sich allerdings, wenn man in dieser Gegenüberstellung den intra-regionalen Handel berücksichtigt; also für Europa nur das zählt, was über die Grenzen Europas hinaus exportiert und importiert wird. Dann sinkt der Anteil Europas am Welthandel auf 13,5%; der Anteil Süd- und Ostasiens und des pazifischen Raums aber nur auf 11,8%.

Der intra-regionale Handel in der pazifischen Region ist demnach nicht besonders stark entwickelt, während der intra-europäische Handel für fast alle europäischen Länder bedeutsamer ist als der Handel mit außereuropäischen Staaten.

Diese Statistik zeigt, daß die pazifische Region wirtschaftlich noch nicht sehr stark integriert ist und diesen wirtschaftlichen Tatsachen entsprechen auch die politischen. In der Region finden sich gesellschaftlich und politisch noch sehr heterogene Staaten zusammen, von denen einige – wie Japan – hoch industrialisiert und andere – wie Indonesien – fast noch reine Entwicklungsländer sind. Einige wie China und Vietnam sind kommunistische Planwirtschaften; andere wie Hongkong folgen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik. Diese mangelnde Homogenität schwächt zur Zeit noch das politische Gewicht der Region. Die Tendenz zur Verstärkung der wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenarbeit ist dennoch unübersehbar. Sie hat sich gerade im Jahre 1984 deutlich manifestiert und wird sich sicher fortsetzen.

Diesem langfristigen Trend entsprechend hat Österreich versucht, seine diplomatische Präsenz im pazifischen Raum zu verstärken: Eine österreichische Botschaft in Kuala Lumpur wurde 1973 errichtet; in Manila 1980. Im Jahre 1985 öffnet die Botschaft in Seoul. Österreich erhofft sich davon auch eine Förderung seiner Exportinteressen, sein Anteil am dortigen Markt ist nämlich noch disproportional gering.

Lateinamerika und Karibik

Die krisenhafte Situation in Zentralamerika hielt auch 1984 an. Wahlvorgänge in El Salvador, Guatemala und Nicaragua erbrachten jedoch eine Bestätigung des Wunsches breiter Bevölkerungsschichten nach demokratischer Mitbestimmung und Fortschritte in Richtung Pluralismus.

Die Contadora-Gruppe schloss im Juni die Arbeiten zum Entwurf eines umfassenden regionalen Friedens- und Entspannungsvertrages, der sogenannten „Contadora-Akte über Frieden und Zusammenarbeit in Zentralamerika“, ab und übergab den Entwurf im September an die Außenminister der fünf zentralamerikanischen Länder sowie auch an UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar.

Die Akte, der auch ein Zusatzprotokoll mit internationaler Beitrittsmöglichkeit angeschlossen ist, sieht vor, dass die präsumptiven Vertragsparteien

Lateinamerika und Karibik

Kostarika, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nikaragua u. a. keine internationalen militärischen Manöver auf ihren Staatsgebieten zulassen, allen Formen des Wettrüstens Einhalt gebieten und umgehend Verhandlungen zur Rüstungs- und Truppenkontrolle bzw. -reduzierung aufnehmen. Binnen sechs Monaten nach Unterzeichnung der Akte sollen ausländische Militärstützpunkte und -schulen geschlossen und darüber hinaus nach einem Phasenplan ausländische Militärberater heimgeschickt werden, solche mit Operations- und Trainingsaufgaben sogar sofort nach Unterzeichnung. Die Akte würde nach Ratifizierung durch die fünf zentralamerikanischen Staaten in Kraft treten. Bereits ab Unterzeichnung sollten dem Geist der Akte zuwiderlaufende Handlungen unterlassen werden.

Während Nikaragua sich überraschend zur sofortigen Unterzeichnung der Akte bereit erklärte, scheiterte der Vertragsabschluss vornehmlich am Widerstand von El Salvador, Honduras und Kostarika, wobei vor allem das Fehlen bindender Verifikationsmöglichkeiten und einer Verpflichtung zu demokratischer Entwicklung als Ablehnungsgründe vorgebracht wurden. Ein Treffen der zentralamerikanischen Staaten ohne Nikaragua im Oktober in Honduras formulierte Änderungswünsche, deutete aber auch die Rückkehr zur früher geübten, unbefriedigenden Lösungsstrategie an. Andererseits kam es im November im Zusammenhang mit sowjetischen Direktlieferungen von Kriegsmaterial an Nikaragua zu einer beachtlichen Eskalation der Konfrontation USA-Nikaragua. Neben die entwicklungspolitische Dimension der Krise trat drohend die sicherheitspolitische Dimension und machte die Gefährlichkeit der Situation für die gesamte Region und darüber hinaus deutlich.

Ende September fand in San José de Costa Rica ein Aussenministertreffen der EG-Staaten, Spaniens, Portugals, der fünf zentralamerikanischen und der Contadora-Staaten statt. Mit dieser Konferenz wurde ein institutioneller Dialog zwischen Westeuropa und Lateinamerika begonnen. Angesichts der Konfrontation in und um Zentralamerika setzte das demokratische Europa einen Akt demonstrativer Solidarität im Interesse des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes aber auch zur Ruhigstellung der Region.

Österreich hielt an seiner bisherigen Auffassung betreffend die Zentralamerikakrise (primär sozioökonomische Kausalität der Krise, Notwendigkeit einer politischen Lösung im regionalen Rahmen durch umfassenden Dialog zwischen sämtlichen politischen Gruppierungen und unter Ausschluss extraregionaler Einmischung; Vorrang wirtschaftlicher und politischer Massnahmen) fest und unterstützte weiterhin nachhaltig bilateral und multilateral die Bemühungen der Contadora-Gruppe, was von dieser und anderer lateinamerikanischer Seite mehrfach dankbar anerkannt wurde.

Überhaupt ergibt sich im zentralamerikanischen Raum die politische Notwendigkeit, breiten Volksschichten nach Jahrhunderten der Ausbeutung, Niederhaltung und Manipulation durch die verschiedenen politischen, mili-

Lateinamerika und Karibik

tärischen und wirtschaftlichen Establishments ein Recht auf ein Leben in Freiheit, Würde und materiellem Wohlstand zu eröffnen. Die demokratischen Staaten können diesem Bemühen nach österreichischer Auffassung, durch eine teils solidarische, teils kritisch-mässigende Einflussnahme, durch Entwicklungshilfe und Wirtschaftskooperation dienen. Die politische und wirtschaftliche Solidarität der einen Seite muss langfristig aber auch durch nachweisbare Anstrengungen und Fortschritte in Demokratisierung und Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte der anderen Seite honoriert und gerechtfertigt werden. Die Ergebnisse einer solchen Politik können jedoch nur dann von Dauer sein, wenn die geopolitische Realität bei ihrer Gestaltung angemessene Berücksichtigung findet.

Im Interesse einer demokratischen Legitimierung und Absicherung wurden in Nikaragua am 4. November Wahlen (Präsident, Vizepräsident, 90-köpfige Volksversammlung, die gleichzeitig Konstituente ist) durchgeführt. Trotz aller ungünstigen Begleiterscheinungen dieser Wahl (Aufrechterhaltung von Zensur, Ausnahmezustand und Repression, Rückzug der Coordinadora Democrática aus dem Wahlprozess, teilweise sehr negative Vorwegverurteilung der Wahlen von amerikanischer und anderer ausländischer Seite, Weiterführung antisandinistischer Sabotage- und Kampffaktionen, etc.) hat die Wahl eine hohe Wahlbeteiligung von über 80%, einen gewissen Pluralismus der Parteien und eine weitgehend korrekte Wahldurchführung gezeigt. Dies lässt interessante Rückschlüsse auf die Demokratie-sehnsucht des nikaraguanischen Volkes nach immerhin über 40 Jahren diktatorischer bzw. autoritärer Verhältnisse zu. Andererseits hatten die mit etwa 67% der abgegebenen Stimmen siegreichen Sandinisten (FSLN – Frente Sandinista de Liberación Nacional) durch mehrfache Äusserungen von Führungspersonlichkeiten deutlich zu erkennen gegeben, dass sie die Wahlen vornehmlich als Bestätigung und Mandat zur Fortführung ihrer bisherigen Politik und Regierungstätigkeit ansehen. Analog der Vorgangsweise bei den Wahlen in El Salvador hat Österreich zu den Wahlen in Nikaragua zwar keinen offiziellen Wahlbeobachter entsandt, jedoch durch qualifizierte politische Berichterstattung die Vorgänge verfolgt.

El Salvador war auch 1984 Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts bzw. zwischen der organisierten Insurgenz und der Armee, wobei allerdings durch die beiden Wahlgänge im März und Mai und den vom gewählten Präsidenten, dem Christdemokraten Napoleón Duarte, eingeleiteten nationalen Versöhnungsdialog (La Palma-Prozess) eine Beruhigung eintrat. Auch die Tätigkeit der sogenannten Todesschwadronen nahm ab. Nach kolumbianischem Vorbild begann mit dem Treffen von La Palma zwischen der Regierung und der salvadorianischen organisierten Insurgenz FMLN bzw. deren demokratischer Dachorganisation FDR und deren Exponenten Dr. Guillermo Ungo ein Dialog ohne Vorbedingungen unter Einschaltung der katholischen Kirche als vermittelndem Element.

Lateinamerika und Karibik

Die Präsidentschaftswahlen wurden in zwei Wahlgängen abgehalten. Sie waren durch hohe Wahlbeteiligung, zahlreiche organisatorische Mängel aber auch Störmanöver der Aufständischen gekennzeichnet. Der im zweiten Wahlgang mit 54% gewählte Duarte sieht sich im Parlament in der Minderheit, was ihm die Lösung der anstehenden Probleme wie Beseitigung der Polarisierung und violencia sowie Besserung der Wirtschaftslage erschwert.

Die Wahlen in Guatemala im Juli brachten noch keinen bedeutenden Liberalisierungsfortschritt, führten jedoch zu einer gewissen Lockerung der politischen Verhältnisse.

Die Politik Honduras' ist einerseits durch die Teilnahme an regionalen Manövern von US-Truppen, andererseits durch Massnahmen zur Verbesserung des Verhältnisses zu Nicaragua – wie die Ausweisung des von Honduras aus operierenden militanten Flügels der Miskito-Organisation, wodurch dessen Aktionsmöglichkeiten gegenüber den Sandinisten eingeschränkt wurden, – gekennzeichnet.

Im Rahmen einer Europareise des kostarikanischen Staatspräsidenten Luis Alberto Monge, die ihn auch nach Österreich führte, versuchte Kostarika, eine Anerkennung seiner im November 1983 proklamierten dauernden Neutralität sowie wirtschaftlichen Sukkurs zu erlangen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der kostarikanischen Neutralität war Österreich wegen der andersgearteten Neutralitätskonzeption Kostarikas nicht möglich. Österreichischerseits wurde aber die kostarikanische Neutralitätspolitik als eine den geopolitischen Umständen Kostarikas angepasste Politik im Interesse der Souveränität und territorialen Integrität Kostarikas sowie der Bewahrung seiner demokratischen Traditionen und Institutionen und als Beitrag zu einer friedlichen Lösung der Zentralamerikakrise bezeichnet.

Dr. Nicolás Ardito Barletta ging aus den Wahlen in Panama vom 6. Mai mit knappem Vorsprung als Sieger hervor. Der Wirtschaftsfachmann Ardito Barletta kündigte eine Stärkung der Demokratie in Panama an.

Die Parlamentswahlen in Belize erbrachten einen Erdrutschsieg der bisher in Opposition stehenden eher konservativen Vereinigten Demokratischen Partei unter Führung von Manuel Esquivel.

Die Wahlen in Grenada vom 3. Dezember verliefen demokratisch und in völliger Ruhe. Bei einer Wahlbeteiligung von 85% erzielte die gemässigte Neue Nationale Partei unter der Führung von Herbert Blaize mit 58,6% der Wählerstimmen einen überwältigenden Erfolg, während das nach dem im Oktober 1983 ermordeten Premierminister benannte Maurice Bishop Patriotic Movement lediglich 7% der Stimmen erreichte.

Die Beziehungen Kubas zu den USA, die mit der Invasion Grenadas im Oktober 1983 einen neuerlichen Tiefstand erreicht hatten, wurden durch Bemühungen zur gemeinsamen Lösung der anstehenden Sachprobleme

Lateinamerika und Karibik

allmählich wieder verstärkt. Am 14. Dezember kam es zu einem weitreichenden Abkommen zwischen Kuba und den USA, in dem sich Kuba verpflichtete, 3.000 politische Häftlinge freizulassen und ihnen die Auswanderung zu gestatten sowie 2.746 Kubaner wieder aufzunehmen, die 1980 mit Booten nach Florida gekommen waren (Verbrecher, Geisteskranke). Die USA verpflichteten sich, die 1981 suspendierte normale Einwanderung aus Kuba wieder zuzulassen.

Im Gefolge des Ringens der politischen Kräfte Brasiliens um die Wahl des ersten zivilen brasilianischen Präsidenten seit 1964 am 15. 1. 1985 kam es im Dezember aufgrund der Ablehnung Paulo Malufs, des Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PDS, zu einer Spaltung der PDS. Damit verfügte der gemeinsame Präsidentschaftskandidat der Oppositionsparteien, der 74jährige Dr. Tancredo de Almeida Neves, im Wahlmännerkollegium über eine sichere Mehrheit (480 zu 180 Stimmen). Der feierliche Amtsantritt wurde für den 14./15. März 1985 angesetzt. Nachdem Brasilien aufgrund seiner kritischen Währungssituation 1982 den Internationalen Währungsfonds anrufen und seine gesamte Wirtschaftspolitik einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik unterwerfen musste, gab es 1984 Signale für eine wirtschaftliche Erholung. Diese Tendenzumkehr schlug sich in einem Handelsbilanzüberschuss von etwa 9 Mrd. US\$ nieder.

In Mexiko waren deutliche Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung zu erkennen. Es gelang Mexiko deshalb, mit seinen wichtigsten Gläubigerländern ein äusserst günstiges Umschuldungsabkommen abzuschliessen. Infolge der Austeritätspolitik kam es allerdings zu einem weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Es zeigte sich somit auch in diesem Fall, dass die Verschuldungsproblematik nicht einseitig durch Massnahmen der Wirtschaftssanierung gelöst werden kann, sondern dass es aufeinander abgestimmter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Massnahmen bedarf. Auf Gläubigerseite wäre auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer Rücksicht zu nehmen, um die politische Entwicklung nicht negativ zu beeinflussen, auf Schuldnerseite müsste durch Herstellung gerechter politischer, sozialer und ökonomischer Partizipation ein wesentlicher Entstehungsgrund der Überschuldung beseitigt werden.

Bei den Konferenzen der lateinamerikanischen Schuldnerländer in Quito, Cartagena und Mar del Plata trat Mexiko als Vertreter einer moderaten Linie auf und widersetzte sich dem Vorschlag der Bildung eines Schuldnerkartells.

Zu Jahresbeginn schien sich die chilenische Innenpolitik zu einer gewissen Öffnung hin zu bewegen. Der Wunsch nach einer Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse äusserte sich durch Protestveranstaltungen, Streiks, etc. In der Folge kam es aber zur Wiederverhängung des Ausnahmezustandes und zu einer Verstärkung der Repression.

Lateinamerika und Karibik

Trotz dieser Tatsachen und trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Situation gab es auch weiterhin Bestrebungen, in absehbarer Zeit eine Rückkehr zur Demokratie zu bewerkstelligen. Angesichts der historischen demokratischen Tradition Chiles kann die derzeitige Regierungsform langfristig nur als ein Zwischenstadium betrachtet werden.

Argentinien setzte 1984 seine Bemühungen um wirtschaftliche, politische und soziale Stabilisierung fort (Staatsverschuldung, Verschwundenenfrage) und brachte im Rahmen einer Besuchsdiplomatie, die auch Österreich berührte (offizieller Besuch des argentinischen Aussenministers Caputo im Mai) einerseits seine Dankbarkeit für solidarische Unterstützung und andererseits seinen Wunsch nach enger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Über Vermittlung der Schweiz (Schutzmacht Grossbritanniens gegenüber Argentinien) und Brasiliens (Schutzmacht Argentiniens gegenüber Grossbritannien) fanden im Juni in Bern direkte Gespräche zwischen Grossbritannien und Argentinien über die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen statt. Diese fanden aber ein rasches Ende, da die bestehenden Auffassungsunterschiede bezüglich der Frage der Souveränität über die Falkland/Malvinas-Inseln nicht überbrückt werden konnte. Eine schrittweise Problemlösung unter Vorziehung anderer Fragen wie z. B. Wiederaufnahme der Wirtschafts-, Verkehrs- und diplomatischen Beziehungen erschien somit vorerst nicht gangbar.

Zu Jahresende schloss Argentinien auf Basis des päpstlichen Vermittlungsvorschlages einen Vertrag mit Chile, durch den das Beagle-Kanal-Problem einer Lösung zugeführt wurde. Die im Vertrag vorgesehene Volksbefragung ergab eine überwältigende Zustimmung der argentinischen Bevölkerung zu diesem aussenpolitischen Schritt und festigte dadurch auch die Regierung Alfonsín.

Die vom Militärregime zugesicherten freien Wahlen wurden in Uruguay Ende November abgehalten und erbrachten einen Sieg der gemässigten Colorado-Partei von Dr. Julio María Sanguinetti. Der Wahlsieger hat die Bildung einer Konzentrationsregierung sowie eine Generalamnestie versprochen.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Auf der am 12. März 1984 in Washington abgehaltenen Ausserordentlichen Tagung der OAS-Generalversammlung wurde der Brasilianer Joao Clemente Baena Soares zum neuen Generalsekretär dieser Organisation gewählt. Gleichzeitig wurde auch der anglophone Karibikstaat Saint Kitts and Nevis als 32. Mitglied in die OAS aufgenommen.

Bei der 14. Ordentlichen Tagung der Generalversammlung der OAS (12. bis 17. November 1984, Brasilia) stand die Lage in Zentralamerika, und

Die Organisation Amerikanischer Staaten 1983

zwar insbesondere die Situation in Nikaragua, im Mittelpunkt. Eine einstimmige Resolution der Generalversammlung forderte die beteiligten Staaten auf, alles einer Unterzeichnung des Contadora-Abkommens dienliche zu unternehmen. Zweitwichtigster Gesprächspunkt war die Verschuldung Lateinamerikas. Während die meisten lateinamerikanischen Sprecher für eine politische Lösung dieses Problems eintraten, wurde seitens US-Aussenminister Shultz neuerlich die Forderung nach einer adäquaten Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer erhoben.

Wie auch im Vorjahr befassten sich Resolutionen mit der Frage eines Zuganges Boliviens zum Ozean, mit der von Kolumbien vorgeschlagenen Schaffung eines Mechanismus zur Kontrolle der Rüstungs- und Truppenstärken in der westlichen Hemisphäre und mit der Falkland/Malvinas-Frage. Zahlreiche Delegationen verwiesen auch auf die zunehmende Bedrohlichkeit des Drogenproblems in Lateinamerika, und zwar nicht nur wegen der davon ausgehenden Gesundheitsgefährdung, sondern auch wegen der zunehmenden Verquickung des Drogenhandels mit dem Terrorismus gegen bestehende demokratische Regierungen und Einrichtungen. Im ersten Trimester 1986 soll daher eine eigene interamerikanische Konferenz sich mit dem Problem des Drogenhandels befassen.

Wesentlichen Raum in allen Erklärungen nahmen die Beteuerungen der Mitgliedstaaten ein, man müsse die OAS als Organisation revitalisieren, wobei vielfach als Voraussetzung für die Realisierung dieser Zielsetzung eine entsprechende Satzungsänderung, insbesondere hinsichtlich einer Stärkung der Stellung des Generalsekretärs, gefordert wurde. Die Forderung nach einer Stärkung der OAS wurde schliesslich in die zum Abschluss der Generalversammlung durch Akklamationen angenommene „Deklaration von Brasilia“ aufgenommen.

Im Verlauf der Tagung trat Brasilien zunehmend als Sammelpunkt der die Konferenz majorisierenden lateinamerikanischen Staaten neben die bislang allein herausragende Supermacht USA. Die unter dem Vorsitz des brasilianischen Aussenministers stehende Tagung war die erste Generalversammlung der OAS, die in Brasilia stattfand, und gleichzeitig die erste unter ihrem neuen brasilianischen Generalsekretär. Sein Vorgänger, der Argentinier Alejandro Orfila, dem finanzielle Verfehlungen vorgeworfen worden waren, war zu Jahresbeginn zurückgetreten.

Die ursprünglich noch für 1984 vorgesehene ausserordentliche Generalversammlung zum Studium der interamerikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde bis auf weiteres verschoben, um Zeit für noch nicht abgeschlossene Vorbereitungsarbeiten zu gewinnen.

Österreich besitzt seit 1978 Beobachterstatus bei der OAS und ist bei wichtigen Tagungen dieser Organisation durch seinen Botschafter in Washington vertreten.

Die Bewegung der Blockfreien

Die Bewegung der Blockfreien

Als politisches Sammelbecken für 101 Staaten der Dritten Welt und als Gegenkraft gegen die Aufteilung der Welt in Einflußsphären der grossen Machtblöcke spielt die blockfreie Bewegung eine wertvolle und stabilisierende Rolle im internationalen Geschehen. Wie u. a. die Konferenz der blockfreien Informationsminister im Jänner 1984 in Jakarta und das Aussenministertreffen im Oktober 1984 am Rande der 39. UN-Generalversammlung gezeigt haben, bestimmte der seit Anfang der 80er Jahre feststellbar Prozess der Rückbesinnung auf ihre ursprünglichen Werte auch 1984 den politischen Kurs der Bewegung. Andererseits blieben die schwerwiegenden inneren Probleme der Bewegung auch im vergangenen Jahr ungelöst. Die katastrophale wirtschaftliche Situation in vielen Entwicklungsländern, tiefgehende Konflikte zwischen einzelnen blockfreien Staaten, das zunehmende Auseinanderfallen der „Dritten Welt“ in Staatengruppen mit unterschiedlichen Interessen und die allgemeine Krise der multilateralen Diplomatie hemmen die Wirksamkeit der blockfreien Bewegung als politischer Handlungsfaktor und erzwingen ein Zurückschrauben der Ambitionen in vielen Bereichen.

Als ständig neutraler Staat unterhält Österreich ein besonderes Vertrauensverhältnis zur blockfreien Bewegung und begrüsst daher die Bemühungen, diese Probleme zu überwinden und der Bewegung neue Dynamik und grösseres politisches Gewicht zu verleihen. Die Zusammenarbeit mit den blockfreien Staaten auf regionaler und überregionaler Ebene ist für Österreich überaus wertvoll. Engste Kooperation besteht naturgemäss in der N + N-Gruppe (Neutrale und Blockfreie) im Rahmen des KSZE-Prozesses, aber auch bei den Vereinten Nationen pflegt Österreich einen ständigen Meinungsaustausch mit blockfreien Delegationen. Die nunmehr schon traditionelle Einladung der Blockfreien an Österreich, als Gast an ihren Gipfeltreffen und Aussenministerkonferenzen teilzunehmen, eröffnet wichtige Einblicke in die Politik eines wesentlichen Teils der heutigen Staatengemeinschaft. Sie ist gleichzeitig sichtbarer Ausdruck der Wertschätzung, die Österreich in den Ländern der Dritten Welt genießt.

Universelle Zusammenarbeit – Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen bilden ein einzigartiges Instrumentarium für die gemeinsame Bewältigung der in Zahl und Ausmass ständig zunehmenden Probleme, die nationale und regionale Grenzen überschreiten und sind damit der sichtbarste Ausdruck der wachsenden globalen Interdependenz. Die Sicherung des Weltfriedens, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten und die Förderung internationaler Kooperation auf wirtschaftlich-sozialem, kulturellem und humanitärem Gebiet sind die zentralen Ziele der Zusammenarbeit

Universelle Zusammenarbeit – Vereinten Nationen

im UN-System, die heute fast alle Bereiche des menschlichen Lebens umspannt.

Vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung sind die historischen Leistungen der Weltorganisation unbestritten. Als einzige Organisation mit umfassender Zuständigkeit, der fast alle Staaten der Welt angehören, wurden die Vereinten Nationen zu einem unersetzlichen Forum der internationalen Gemeinschaft für die Diskussion und Meinungsbildung über globale aber auch regionale und bilaterale Fragen. Wenn sich auch die Hoffnung auf Errichtung eines wirklich effektiven Systems kollektiver Sicherheit nicht erfüllt hat, haben die Vereinten Nationen doch zur Verhinderung und Beilegung zahlreicher bewaffneter Auseinandersetzungen beigetragen und durch die Entsendung von UN-Friedenstruppen die Eindämmung gefährlicher Konfliktherde ermöglicht. Die Entwicklungshilfeaktivitäten der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen wurden zu wichtigen Quellen wirtschaftlicher und technischer Hilfe für die Dritte Welt. Im Bereich der Menschenrechte und des Völkerrechts haben die Vereinten Nationen durch die Schaffung anerkannter Standards und durch Kodifikationsarbeit Wesentliches für die Wahrung der Menschenwürde und die Verbesserung der Rechtssicherheit geleistet.

Die eindrucksvolle Erfolgsbilanz der Vereinten Nationen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Organisation gegenwärtig in einer Krise befindet. Den gefährlichsten Konflikten der Gegenwart stehen die Vereinten Nationen oft machtlos gegenüber, da ihr zentrales politisches Organ – der Sicherheitsrat – durch die Gegensätze zwischen den Grossmächten blockiert ist. Immer wieder dominiert sterile Polemik die Debatte und erschwert das gemeinsame Bemühen um konstruktive Lösungsmöglichkeiten. Das Stocken des Nord-Süd-Dialogs, das Auseinanderklaffen von Rhetorik und Realität im Menschenrechtsbereich, Bürokratisierung und Finanzierungsprobleme sind weitere Krisensymptome, die heute nicht nur von den Gegnern der Vereinten Nationen angeprangert, sondern auch von den Freunden der Organisation eingestanden werden. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem Jahresbericht mit eindringlichen Worten auf diese Situation hingewiesen.

Die Ursachen für die krisenhafte Entwicklung der Vereinten Nationen liegen nicht in strukturellen Schwächen der Organisation oder in Mängeln ihrer Satzung, sondern vielmehr im Fehlen des politischen Willens der Mitgliedstaaten, sich ihrer Institutionen als Friedensinstrumente zu bedienen und partikuläre Interessen dem Allgemeinwohl der Staatengemeinschaft unterzuordnen. Erfolg und Misserfolg der Vereinten Nationen hängen in erster Linie von der Kooperationsbereitschaft der souveränen Mitgliedstaaten ab, die in den Jahren der akuten Ost-West-Konfrontation und der schweren Krise der Weltwirtschaft leider nur in geringem Masse vorhanden ist.

Universelle Zusammenarbeit – Vereinten Nationen

Erfreulicherweise brachte das vergangene Jahr neben Zeichen der Krise – wie dem von Österreich bedauerten Ausscheiden der USA aus der UNESCO – auch Indizien einer Verbesserung der Situation. Das Treffen zwischen Präsident Reagan und Aussenminister Gromyko zu Beginn der 39. Generalversammlung bewies erneut die zentrale Rolle der Generalversammlung als Gesprächsforum und führte zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Supermächten. Die polemische Auseinandersetzung sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen Nord und Süd hat sich während der 39. Generalversammlung spürbar beruhigt. Die Tendenz, Maximalforderungen im Abstimmungsweg in UN-Resolutionen festzuschreiben, die dann ausserhalb der Vereinten Nationen völlig unberücksichtigt bleiben, scheint einer nüchterneren und realistischeren Einstellung Platz zu machen. Die einstimmige Annahme der „Afrika-Deklaration“ durch die 39. Generalversammlung, die ein Rahmenprogramm für die internationalen Bemühungen zur Linderung der Not in Afrika darstellt, die Verabschiedung einer UN-Konvention gegen die Folter und die unter österreichischem Vorsitz erzielte Einigung über das künftige Mandat der Weltraumkommission der Vereinten Nationen sind Beispiele dafür, dass eine grössere Kooperationsbereitschaft auf allen Seiten zu positiven Ergebnissen führt.

Für Österreich sind diese Zeichen einer günstigeren Entwicklung in den Vereinten Nationen ermutigend. Denn für einen kleinen und keinem Bündnis angehörenden Staat ist die Weltorganisation trotz mancher Unzulänglichkeiten ein essentielles Forum der Meinungsäusserung, des Dialogs und der gemeinsamen Anstrengung für eine friedliche und gerechte Welt. Mehr als irgendeine andere internationale Organisation bieten die Vereinten Nationen für Österreich einen geeigneten Rahmen, um sich weltweit Anerkennung und Wertschätzung als nützliches Mitglied der Völkergemeinschaft zu verschaffen. Denn gerade ein neutraler Staat kann bei den Vereinten Nationen durch aktiven Einsatz für die Überwindung der Gegensätze zwischen den Staatenblöcken einen massgeblichen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Organisation leisten.

Diese spezifischen Möglichkeiten eines neutralen UN-Mitglieds führten dazu, dass zahlreiche verantwortungsvolle Leitungsfunktionen im UN-Sekretariat sowie in verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen mit Österreichern besetzt waren und sind. Durch eine aktive Mitarbeit und konstruktive Vermittlungsbemühungen hat sich Österreich in allen Arbeitsbereichen der Vereinten Nationen einen guten Namen gemacht.

Aus der ständigen Neutralität Österreichs ergibt sich auch eine besondere Eignung zur Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen. Österreich hat 1960 mit der Beistellung eines Sanitätskontingentes im Rahmen des Kongo-Einsatzes begonnen, einen aktiven Beitrag zu friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen zu leisten. Seit-

Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen

Derzeitige Einsätze

UNDOF
(UN-Disengagement
Observer Force)

UNFICYP
(UN-Force in Cyprus)

UNTSO
(UN-Truce-Supervision
Organization)

UNIFIL
(UN-Interim Force in
Lebanon)

Frühere Einsätze

ONUC
(Organisation des Nations
Unies au Congo)

UNEF II
(United Nations Emergency
Force II)

Kontingente bzw. Funktionen

Teilnahme seit 1974 (4 Nationen, ca. 1.290 Mann)

- AUSBATT (Austrian Battalion)
Nordabschnitt GOLAN VOM Mt. HERMON (2.800 m) bis
KUNEITRA (ca. 40 km): 18 Stützpunkte, 7 Außenposten.
15 Patrouillen täglich.
Bataillonslager: Camp FAUAR (Syrien)
- Personal für Hauptquartier in DAMASKUS: Österreich
stellt abwechselnd den Chief of Staff, den Chief Personnel
Officer bzw. den Chief Operation Officer.

Teilnahme seit 1964 (7 Nationen, ca. 2.500 Mann)

- AUSCON (Austrian Contingent) seit 1972; vorher mit
einem Feldlazarett (55 Mann)
Ostteil der Insel, insbes. DHERINIA-ATHNA-Linie (ca. 20
km) 9 Beobachtungsposten, 2 Verbindungsposten im
KARPAS-Gebirge. Bataillonslager: Camp Duke Leopold
V (türkisch-cypriotische Zone).
- Personal für Hauptquartier in NICOSIA: Österreich stellt
den Force Commander, Generalmajor Dipl.-Ing.
GREINDL

Teilnahme seit 1968 (17 Nationen, ca. 300 Mann)

- Überwachungsaufgaben in den Grenzgebieten zu den
Nachbarstaaten Israels, Personalabstellungen zu UNDOF
und UNIFIL.
- 10 Offiziere und 3 Sanitätsoffiziere (Medical Assistants).
Hauptquartier: JERUSALEM.
- 1 Offizier als Team-leader von UNIT (T) (UN Inspection
Team/Teheran) seit Juni 1984

Keine Teilnahme

- Teilnahme vom Nov. 1960 bis Sept. 1963 mit einem Feld-
lazarett (55 Mann).

- Teilnahme vom Okt. 1973 bis Juni 1974 mit einem Batail-
lon (ca. 500 Mann) und noch bis Aug. 1975 mit Personal
für Hauptquartier.

Mit dem Stand 1. 1. 1985 kamen insgesamt 20.253 österreichische UN-Soldaten zum Einsatz
(ONUC: 166; UNFICYP: 8.619; UNTSO: 150; UNEF II: 720; UNDOF: 10.598)



Universelle Zusammenarbeit – Vereinten Nationen

her ist das österreichische Engagement zur Erhaltung des Friedens in Krisengebieten zu einer der wichtigsten Aufgaben Österreichs im Rahmen der Vereinten Nationen geworden. Bisher standen über 20.000 österreichische Soldaten im UN-Einsatz. Gegenwärtig stellt Österreich ca. 850 Mann; jeder zwölfte UN-Soldat ist ein Österreicher. Österreich ist derzeit an insgesamt drei friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen in Zypern und im Nahen Osten beteiligt, wobei es sowohl bei UNDOF als auch bei UNFICYP jeweils ein Bataillon und für die Hauptquartiere dieser Einheiten Stabspersonal stellt. Bei UNTSO werden Offiziere als Beobachter sowie Sanitätsunteroffiziere im medizinischen Dienst eingesetzt. Weiters stellt Österreich seit 1975 jeweils einen der Befehlshaber der friedenserhaltenden Operationen.

Auch seine Rolle als Gastland für internationale Organisationen und Konferenzen ist ein Spezifikum der Stellung Österreichs in den Vereinten Nationen. Die IAEA ist seit 1958, die UNIDO seit 1967 in Wien angesiedelt. Seit 1979 sind ferner eine Reihe von UN-Sekretariatseinheiten in Wien vertreten, insbesondere die UNRWA (Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge), das CSDHA (Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten), die Suchtgifteinheiten und die Abteilung für Internationales Handelsrecht. Hiezu kommt die Abhaltung einer ständig steigenden Zahl von UN-Konferenzen und Tagungen in der österreichischen Bundeshauptstadt. Die kontinuierliche Stärkung und Konsolidierung der Präsenz der Vereinten Nationen in Österreich führte dazu, dass Wien heute neben New York und Genf als eines der drei Zentren der Vereinten Nationen gilt.

Als Gastland der Vereinten Nationen erbringt Österreich eine bedeutende Leistung für die Weltorganisation, die mit wesentlichen finanziellen Aufwendungen und besonderer Verantwortung verbunden ist. Gleichzeitig tragen die Präsenz internationaler Organisationen und die Durchführung von UN-Konferenzen jedoch auch wesentlich dazu bei, Österreich als neutralen Staat und als Ort der Begegnung im internationalen Bewusstsein zu verankern. Abgesehen von den beträchtlichen positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Anwesenheit von über 4.200 UN-Bediensteten und des Aufenthaltes von jährlich tausenden Konferenzteilnehmern ist die Präsenz der Vereinten Nationen in Wien auch aus sicherheits- und ausserpolitischen Erwägungen äusserst wertvoll.

Die geschilderten besonderen Charakteristika der Rolle Österreichs in den Vereinten Nationen bedingen dessen aktive Mitarbeit in sämtlichen wichtigen Bereichen der Weltorganisation. So gab die österreichische Delegation im Rahmen der 39. Generalversammlung 89 Erklärungen ab und brachte, meist gemeinsam mit anderen Staaten, 46 Resolutionsentwürfe ein. Schwerpunkte bildeten vor allem die Teilnahme an der Debatte über die grossen politischen Weltprobleme, Erklärungen zu wichtigen Fragen des Abrüstungsbereichs, die Vorbereitung und Einführung von Resolutio-

Universelle Zusammenarbeit – Vereinten Nationen

nen betreffend Weltraumfragen und Fragen des internationalen Handelsrechts, die Unterstützung von Massnahmen zur Förderung der Menschenrechte und die Behandlung völkerrechtlicher Fragen. Mit der Einladung der UN-Konferenz über das Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen (Feb./März 1986) setzt Österreich die Tradition fort, völkerrechtliche Kodifikationskonferenzen in Wien abzuhalten.

*Internationale Wirtschaftsentwicklung***Fragen der Außenwirtschaft****Internationale Wirtschaftsentwicklung *)**

Die Weltwirtschaft hat sich 1984 spürbar belebt: Die westlichen Industriestaaten (OECD-Länder) haben ein reales Wirtschaftswachstum von 4,5% erreicht, nach nur 2,6% im Jahr 1983. Die Industrieproduktion wurde um 7,5% ausgeweitet. Trotz dieses beachtlichen Aufschwungs hat sich die Inflation kaum beschleunigt (5,5%).

Dieses grundsätzlich positive Bild der internationalen Konjunktur muß allerdings in mancher Hinsicht relativiert werden. Ein kräftiges Wirtschaftswachstum haben nur die USA und die anderen Industriestaaten in Übersee erreicht. In den USA stieg das BIP um 6,5%, die Industrieproduktion um 12,5%; Japan, Kanada, Australien blieben nicht allzuweit hinter diesen Ergebnissen zurück. Ganz anders in Westeuropa: Hier gab es ein Wirtschaftswachstum von nur 2,5%, (nach 1,3% im Jahre 1983). In Westeuropa ist bisher vor allem ein Investitionsboom ausgeblieben, der 1984 in den USA außergewöhnlich stark gewesen ist. Die amerikanischen Investitionen gehen zu einem erheblichen Teil in den Hochtechnologiebereich, sie werden den technologischen Vorsprung der USA und Japans gegenüber Westeuropa (vergleiche hierzu Abschnitt Hochtechnologie) weiter festigen.

Eine wichtige Ursache der nur schleppenden Konjunkturbelebung in Westeuropa ist die vorsichtige bis restriktive Fiskalpolitik, die in den meisten Ländern eine Budgetsanierung zum Ziel hat; in den USA hingegen ist die Fiskalpolitik seit 1982 expansiv. Die Investitionstätigkeit in Westeuropa wurde auch durch das hohe Zinsniveau beeinträchtigt. Negativ auf das Wirtschaftswachstum haben sich auch die Arbeitskämpfe in Großbritannien und der BRD ausgewirkt.

Wenig erfolgreich waren 1984 die Industriestaaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Trotz Konjunkturaufschwungs ist die Anzahl der Arbeitslosen nur geringfügig (von 32 Mill. im Jahr 1983 auf 31 Mill. im Jahr 1984) zurückgegangen, die Arbeitslosenrate von 9,0% auf 8,5%. Bedeutende Erfolge haben nur die USA erreicht. In Westeuropa war der Aufschwung zu gering, um einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Die Arbeitslosenrate stieg sogar von 10,5% auf 11%.

Der Welthandel hat 1984 expandiert. Das Welthandelsvolumen stieg real um 9%, wobei die Importe der Industriestaaten um 12%, die Exporte um 9%

*) Dieses, die beiden folgenden Kapitel sowie der Abschnitt „Struktur des österreichischen Exports im internationalen Vergleich“ sind ein über Ersuchen des BMAA erstellter Beitrag des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, das damit konkrete Unterlagen zur Diskussion einiger sehr vordringlicher aussenwirtschaftlicher Fragen liefert.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

zugenommen haben. Besonders stark haben die USA ihren Import ausgeweitet (+27%). Dazu hat – neben dem Wirtschaftswachstum – auch die Aufwertung des US-Dollars gegenüber den anderen Währungen beigetragen. Der amerikanische Importsog – auf die USA entfallen 16% des Weltimports – hat den Export und somit auch die gesamte Wirtschaftsentwicklung der Industriestaaten und der Entwicklungsländer gestützt. Vor allem Länder mit hohen US-Exporten (Kanada, Japan, Lateinamerika) wurden begünstigt. Westeuropäische Exporteure – auch Österreich – konnten Vorteile aus der wechselkursbedingten Schwächung der amerikanischen Wettbewerbsposition auf Drittmärkten erzielen.

Die zum Teil tiefgreifenden Änderungen der Welthandelsströme spiegeln sich in der Entwicklung der Leistungsbilanzen. Das Leistungsbilanzdefizit der Industriestaaten ist von 25 Mrd. \$ 1983 auf 71 Mrd. \$ 1984 angestiegen. Verschlechtert hat sich aber nur die Leistungsbilanz der USA (um 60 Mrd. \$), fast alle anderen Industriestaaten konnten ihre außerwirtschaftliche Position verbessern. Auch die Leistungsbilanzen der OPEC-Staaten und der anderen Entwicklungsländer haben sich 1984 verbessert.

Für 1985 wird eine Abschwächung der Konjunktur in den USA sowie eine Fortsetzung des flachen Konjunkturpfades in Westeuropa erwartet. Zu den wichtigsten Unsicherheitsfaktoren zählt der Kurs des US-Dollars gegenüber anderen Währungen, der nach übereinstimmenden Meinungen hoch überbewertet ist. Allgemein wird ein allmählicher Rückgang des Dollarkurses angenommen, doch sind auch andere Entwicklungen nicht auszuschließen.

Die Schwellenländer als Herausforderung und Chance für den Österreichischen Außenhandel

Die wirtschaftliche Entwicklung fällt in der Regel mit der Industrialisierung zusammen. Der Aufbau der Industrie geht in den weniger entwickelten Ländern mit recht unterschiedlichem Tempo voran. In den sechziger und siebziger Jahren war eine Gruppe von etwa zehn Entwicklungsländern in diesem Aufholprozeß besonders erfolgreich. Sie werden zumeist als NICs (newly industrializing countries) bzw. als Schwellenländer – da sie sich an der Schwelle des Übergangs zu den Industriestaaten befinden – bezeichnet. Das gemeinsame Charakteristikum der Schwellenländer ist ein hohes Wirtschaftswachstum sowie ein überdurchschnittliches Wachstum der Produktion und des Exports von Fertigwaren. Die meisten dieser Länder verfolgen eine offene, d. h. eher auf den Export als auf die Importsubstitution ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Die Schwellenländer bedeuten zwar für die alten Industriestaaten – auch für Österreich – eine ernste Herausforderung im internationalen Wettbewerb; sie stellen aber zugleich einen außerordentlich aufnahmefähigen, expandierenden Markt für hochwertige Inves-

Schwellenländer als Herausforderung und Chance

titions- und Konsumgüter – und somit eine bedeutende Chance für die österreichische Exportwirtschaft dar.

Die Schwellenländer werden in verschiedenen Studien unterschiedlich abgegrenzt. Im folgenden wird die Definition der OECD, welche zehn Länder (davon vier in Europa) umfaßt, herangezogen. *) Die vier asiatischen Schwellenländer, welche den „harten“, besonders expandierenden Kern dieser Ländergruppe darstellen, werden auch separat ausgewiesen. Internationale Studien zeigen aber, daß daneben in den siebziger Jahren auch eine „zweite Generation“ von Fertigwarenexporteuren unter den Entwicklungsländern entstanden ist, welche dem Pfad der Schwellenländer mit einem zeitlichen Abstand von 5–10 Jahren folgen. Sie werden als neue Exportländer (NEC, new exporting countries) bezeichnet. *)

Die Exporte der Schwellenländer lassen sich an der Entwicklung des Anteil dieser Ländern an den Importen der Industriestaaten ablesen. Innerhalb von zehn Jahren, zwischen 1973 und 1983, ist der Marktanteil der Schwellenländer in den Industriestaaten von 6,8% auf 10,0% gestiegen, (jener der asiatischen Schwellenländer allein von 4,6% auf 7,8%), jener der neuen Exportländer von 2,7% auf 3,7%. Diese Wettbewerbserfolge mußten gegen einen zunehmenden Protektionismus der Industriestaaten erreicht werden. In Österreich lag 1983 der Importanteil der Schwellenländer mit 5,0% (davon asiatische Schwellenländer 2,8%) und der NEC mit 1,1% unter dem westeuropäischen Durchschnitt.

Der Anteil der Schwellenländer am Export der Industriestaaten ist zwischen 1973 und 1983 geringfügig (von 9,4% auf 9,1%) zurückgegangen. Als Folge von Zahlungsproblemen waren mehrere Schwellenländer Anfang der achtziger Jahre zu starken Importdrosselungen gezwungen. Zum Teil ist der Rückgang des Exportanteils eine (statistische) Folge einer Verlagerung der Exporte in die OPEC-Staaten. Die asiatischen Schwellenländer haben sich – trotz aller Probleme – als besonders aufnahmefähiger Markt erwiesen, ihr Anteil am Export der Industriestaaten nahm von 5,4% auf 6,0% zu. Auch die NEC haben als Exportmarkt an Bedeutung gewonnen.

Von den österreichischen Exporten entfielen 1983 6,0% auf die Schwellenländer. Dieser Anteil entsprach etwa dem westeuropäischen Durchschnitt. Österreich exportiert relativ viel nach den südeuropäischen Schwellenländern. Auf die Exporte nach den besonders expansiven asiatischen Schwellenländern entfielen hingegen 1983 nur 0,8% der österreichischen Ausfuhr-

*) Griechenland, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Brasilien, Mexiko, Hongkong, Südkorea, Singapur, Taiwan. Vergleiche OECD, *The Impact of the Newly Industrializing Countries on Production and Trade in Manufactures*, Paris 1979 und Paris 1981.

*) Auch bei dieser Ländergruppe ist die Abgrenzung notwendigerweise willkürlich. Zu den neuen Exportländern werden hier folgende Länder gezählt: Sri Lanka, Zypern, Thailand, Indonesien, Peru, Jordanien, Uruguay, Malaysia, Tunesien, Philippinen, Kolumbien, Marokko.

Anteil der Schwellenländer und der neuen Exportländer am Import Österreichs und anderer Industriestaaten, 1973 bis 1983

	Schwellenländer			Asiatische Schwellenländer			Neue Exportländer		
	1973 in %	1983 in %	1973—1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973—1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973—1983 Veränderung in % ¹⁾
Österreich	3,9	5,0	+2,5	1,5	2,8	+6,2	0,7	1,1	+4,1
Schweiz	3,0	4,2	+1,5	1,5	2,3	+4,7	0,8	1,0	+1,8
Schweden	5,1	4,9	+0,4	2,3	3,0	+2,7	0,9	1,2	+2,7
Belgien	2,6	3,3	+2,4	1,3	1,5	+1,5	1,0	1,2	+2,4
Niederlande	4,7	6,1	+3,5	2,5	3,8	+4,4	1,8	2,4	+3,0
BRD	6,8	7,3	+0,6	3,1	3,7	+1,9	1,8	2,0	+1,3
Großbritannien	6,6	7,3	+1,0	3,7	4,4	+1,7	1,5	1,7	+1,0
Italien	5,6	6,9	+2,2	2,1	3,0	+3,7	1,6	1,7	+0,5
Frankreich	4,5	7,7	+5,4	1,3	3,0	+8,4	2,4	1,9	-2,3
USA	13,5	20,4	+4,2	11,0	19,4	+5,1	3,0	5,1	+3,0
Japan	8,1	8,7	+0,7	8,7	9,3	+0,7	9,8	13,4	+3,1
Westeuropa	5,2	6,3	+2,0	2,4	3,8	+3,0	1,6	1,7	+0,7
OECD	6,5	10,0	+3,9	4,6	7,8	+5,4	2,7	3,7	+3,4

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Anteil der Schwellenländer und der neuen Exportländer am Export Österreichs und anderer Industriestaaten, 1973 bis 1983

	Schwellenländer			Asiatische Schwellenländer			Neue Exportländer		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Österreich	7,7	6,0	–2,4	1,0	0,8	–1,6	0,8	1,3	+5,2
Schweiz	11,7	7,8	–3,8	5,2	4,3	–2,0	1,7	2,0	+1,6
Schweden	6,4	4,6	–3,3	2,4	2,0	–1,7	1,4	2,0	+3,5
Belgien	3,8	3,5	–0,7	1,4	1,3	–0,4	0,8	1,6	+7,3
Niederlande	4,3	3,9	–1,0	1,4	1,2	–1,4	1,3	1,3	–0,1
BRD	8,2	6,6	–2,1	2,8	2,0	–3,1	1,5	2,0	+3,1
Großbritannien	7,5	6,3	–1,7	3,3	2,9	–1,3	2,3	2,3	+0,1
Italien	9,5	7,3	–2,0	2,0	1,9	–0,2	1,4	2,3	+4,6
Frankreich	6,0	7,5	+1,2	1,7	2,5	+4,0	2,6	3,5	+3,0
USA	15,4	16,6	—	12,2	14,0	+1,4	3,6	4,7	+2,7
Japan	19,4	16,8	–1,7	17,0	15,0	–1,2	6,9	8,3	+1,3
Westeuropa	7,1	5,9	–1,7	3,3	2,8	–1,1	1,8	2,1	+2,5
OECD	9,4	9,1	–0,3	5,4	6,0	+1,0	2,5	3,3	+2,8

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Schwellenländer als Herausforderung und Chance

ren, nach 1,0% 1983. Die schwache Stellung Österreichs in den Schwellenländern wird besonders an Hand des Marktanteiles ersichtlich.

Von den Gesamtexporten der Industriestaaten entfielen 1983 auf Österreich 1,4%, von den Exporten in die Schwellenländer hingegen nur 0,9%. In der Periode 1973/1983 mußte Österreich überdies Marktanteilsverluste in dieser Region hinnehmen (-1,4% p. a.). Der österreichische Marktanteil in den asiatischen Schwellenländern ist mit 0,2% besonders niedrig. Im Vergleich dazu verfügt z. B. Schweden in dieser Region über einen Marktanteil von 0,9%, die Schweiz von 1,7%. Schwach ist Österreich auch in den neuen Exportländern vertreten. Der österreichische Marktanteil belief sich 1983 auf 0,6%, im Vergleich zu 1,5% von Schweden bzw. 1,4% von der Schweiz. Immerhin konnte Österreich 1973/1983 seine Marktstellung hier verbessern.

Hochtechnologie: Bleibt Westeuropa gegenüber den USA und Japan zurück ?

In letzter Zeit wird besonders häufig die Frage diskutiert, ob bzw. in welchem Maß Westeuropa gegenüber den USA – und auch Japan – im Bereich der Hochtechnologie zurückbleibt. Unmittelbarer Anlaß ist der große und augenscheinliche Vorsprung der USA bei Computern und Japans bei Robotern. Besonders intensive – oft auch sehr emotionell geführte („Eurosklерose“) – Auseinandersetzungen über dieses Problem werden in der BRD geführt, wo auch zahlreiche interessante Studien vorgelegt worden sind. Die Ergebnisse sind nicht in jeder Hinsicht schlüssig, sie lassen aber doch einen recht großen technologischen Vorsprung der überseeischen Industriestaaten gegenüber Westeuropa erkennen. Eine andere Frage ist, ob dieser Vorsprung einholbar ist. Die Europäischen Gemeinschaften (Projekt Esprit) sowie führende europäische Großunternehmen haben seit einiger Zeit ihre Anstrengungen im Hochtechnologiebereich wesentlich intensiviert.

Für Österreich ist eine unbehinderte Versorgung mit Technologiegütern von zentraler Bedeutung. Die in diesem Zusammenhang deutlich erkennbare große Auslandsabhängigkeit Österreichs im Hochtechnologiebereich könnte aber auch Anlaß sein – in Zusammenarbeit mit anderen Industriestaaten – die eigene technologische Basis zu verstärken und auszubauen.

Nach einer vor kurzem publizierten Studie des HWWA *) belief sich das Volumen des Welthandels mit Gütern hoher Technologie im Jahr 1981 auf

*) H. H. Härtel, Ch. Langer: Internationale Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Anpassungserfordernisse, Ergänzungsband 2 zum HWWA-Strukturbericht 1983, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1984, sowie D. Keller, Ch. Langer: Internationale Wettbewerbsfähigkeit bei technologieintensiven Gütern, Wirtschaftsdienst X/1984.

Marktanteil Österreichs und anderer Industriestaaten am Export der OECD in die Schwellenländer und die neuen Exportländer, 1973 bis 1983

	Schwellenländer			Asiatische Schwellenländer			Neue Exportländer		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Österreich	1,1	0,9	–1,4	0,2	0,2	–2,0	0,4	0,6	+2,9
Schweiz	3,0	2,0	–3,8	2,3	1,7	–3,2	1,7	1,4	–1,5
Schweden	2,1	1,3	–4,9	1,4	0,9	–4,5	1,8	1,5	–1,3
Belgien	2,3	1,9	–2,1	1,4	1,0	–3,0	1,8	2,3	+2,6
Niederlande	2,7	2,6	–0,6	1,5	1,3	–2,4	3,1	2,3	–2,6
BRD	14,7	11,3	–2,6	8,6	5,3	–4,9	10,0	9,3	–0,6
Großbritannien	6,1	5,8	–0,5	4,6	4,0	–1,4	6,9	5,7	–1,8
Italien	5,6	5,4	–0,5	2,0	2,1	+0,6	3,2	4,5	+3,7
Frankreich	6,6	7,2	+0,8	2,8	3,5	+2,3	9,4	8,9	–0,5
USA	28,9	32,7	+1,3	39,6	41,6	+0,5	25,2	25,1	–
Japan	18,1	24,3	+2,4	28,9	33,7	+1,6	25,6	33,5	+2,7
Westeuropa	48,2	40,2	–1,8	27,0	20,9	–2,5	41,8	38,5	–0,8
OECD	100,0	100,0	–	100,0	100,0	–	100,0	100,0	–

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Hochtechnologie

37 Mrd. DM. Davon entfiel auf Lieferungen der USA 40,0%, auf jene Japans 9,0%, auf jene der BRD aber nur 7,1% (Großbritannien 6,9%, Frankreich 6,7%). Im Vergleich dazu verfügten die USA bei allen Industriegütern über einen Weltmarktanteil von nur 14,6%, die BRD von 12,4%.

Die USA und Japan haben in den vergangenen zehn Jahren bei hochtechnologischen Gütern Marktanteile gewonnen (1972: 30,1% bzw. 7,3%), die BRD (1972: 12,4%), Frankreich und Großbritannien verloren. Im Jahr 1981 waren die USA und Japan Netto-Exporteure, alle westeuropäischen Länder Netto-Importeure; 1972 waren die BRD und einige andere westeuropäische Länder in diesem Bereich noch Netto-Exporteure.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Warenbereich auf Güter gehobener Technologien erweitert wird. Hier ist der Vorsprung der USA nicht mehr so deutlich, der Abstand Westeuropas geringer.

Eigene, aktualisierte Berechnungen bestätigen die Ergebnisse des HWWA. Der Anteil Westeuropas an den Exporten der Industriestaaten hochtechnologischer Waren ist zwischen 1973 und 1983 von 55,3% auf 46,7% zurückgegangen, jener der USA stieg von 30,4% auf 35,5%, jener Japans von 9,3% auf 17,2%. Bei Maschinen und Verkehrsmitteln läßt sich eine ähnliche, wenn auch nicht so deutlich ausgeprägte Tendenz feststellen.

Die Frage des technologischen Abstands kann anschaulich auch mit Hilfe bilateraler Handelsbilanzen Westeuropas gegenüber den USA und Japan dargestellt werden. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch die starke Dollaraufwertung der letzten Jahre zu berücksichtigen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegenüber Westeuropa sehr eingeschränkt hat; zu Vergleichszwecken wird daher auch das Jahr 1981 herangezogen.

Das Defizit Westeuropas gegenüber den USA im Handel mit hochtechnologischen Waren hat sich in der Vergangenheit alle drei Jahre etwa verdoppelt: es stieg von 0,8 Mrd. \$ auf 1,7 Mrd. \$ 1973 und weiter auf 7 Mrd. \$ 1981; bis 1983 ist es auf 6,4 Mrd. \$ zurückgegangen. Im Handel mit Rechen- und Datenverarbeitungsmaschinen belief sich das Defizit Westeuropas 1983 allein auf 3,8 Mrd. \$. Die Auswirkung der Wechselkursänderungen läßt sich deutlich am Handel mit industriellen Fertigwaren bzw. Maschinen erkennen.

Der Technologiehandel Westeuropas mit Japan ergibt zwar etwas geringere Defizite, dafür aber eine steilere Tendenz: Das Passivum stieg von 0,1 Mrd. \$ 1970 auf 0,2 Mrd. \$ 1973 bzw. 1,2 Mrd. \$ 1981 und 1,6 Mrd. \$ 1983; davon entfielen 1983 auf Büro- und Datenverarbeitungsanlagen 1 Mrd. \$ (Tabelle 7).

*Hochtechnologie***Handelsbilanz Westeuropas mit den USA, mit Japan
und der Welt**

	1970	1973	1981	1983
	Mrd. \$			
USA				
Hochtechnologische Waren ¹⁾	- 0,8	- 1,7	- 6,9	- 6,4
davon: Rechenmaschinen, Datenverarbeitungs- maschinen	- 0,3	- 0,7	- 3,6	- 3,8
Maschinen, Verkehrsmittel	- 1,2	- 0,3	- 8,3	- 3,2
Fertigwaren	- 1,0	+ 1,9	- 7,5	+ 1,6
Japan				
Hochtechnologische Waren ¹⁾	- 0,1	- 0,2	- 1,2	- 1,6
davon: Rechenmaschinen, Datenverarbeitungs- maschinen	0,0	- 0,1	- 0,6	- 1,0
Maschinen, Verkehrsmittel	- 0,4	- 2,1	- 11,8	-11,4
Fertigwaren	- 0,9	+ 2,8	- 17,1	+15,9
Welt				
Hochtechnologische Waren ¹⁾	- 0,5	- 1,5	- 6,7	- 5,5
davon: Rechenmaschinen, Datenverarbeitungs- maschinen	- 0,2	- 0,7	- 3,3	- 3,7
Maschinen, Verkehrsmittel	+11,6	+20,4	+ 58,9	+53,2
Fertigwaren	+16,4	+32,0	+101,4	+90,3

1) Zu den hochtechnologischen Waren zählen folgende Produkte: Enzyme; radioaktive und ähnliche Stoffe; Antibiotika; Hormone; Algensäure und andere Kunststoffe; Flugzeugmotoren; Rechenmaschinen; automatische Datenverarbeitungsmaschinen; Kristalle; Halbleiter; elektrische Meß- und Prüfgeräte; Elektronen- und Protonenbeschleuniger; Ferngläser, Mikroskope. — Abgrenzung nach H. H. Härtel, Ch. Langer: Internationale Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Anpassungserfordernisse, Ergänzungsband 2 zum HWWA-Strukturbericht 1983, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1984.

Schuldenprobleme der Entwicklungsländer

Der internationale Konjunkturaufschwung, die Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer, umfangreiche Umschuldungsaktionen und die Bereitstellung neuer Kredite haben dazu beigetragen, daß es 1984 wenigstens zu keiner weiteren Verschärfung der internationalen Schuldenkrise gekommen ist. Unter maßgeblicher Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds wurde in Zusammenarbeit aller Betroffenen (Schuldnerländer, Gläubigerstaaten, Kommerzbanken) für jedes in Zahlungsschwierigkeiten

Schuldenprobleme der Entwicklungsländer

gekommenes Land ein eigenes anpassungspolitisches Programm entworfen und die dafür erforderlichen Kredite bereitgestellt.

Die Belebung der Weltwirtschaft ermöglichte es einer Reihe von Schuldnerländern, rascher als erwartet das wichtigste Ziel der Anpassungsprogramme, nämlich die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und der Kreditwürdigkeit des Landes zu erreichen. Das Weltschuldenproblem, das noch 1983 das internationale Finanzsystem ernstlich gefährdete, hat sich so etwas entschärft. Die durch die Sanierungsprogramme erzwungenen, zum Teil massiven Importrestriktionen haben die Einfuhren der Schuldnerländer stark reduziert. Andererseits profitieren ihre Exporte von einer steigenden Nachfrage in einigen Industriestaaten und vor allem in den USA. Die Exporte der Nicht-Öl-Entwicklungsländer stiegen um 9%, die Importe um 6%.

Dadurch konnten die Entwicklungsländer ihre Leistungsbilanzdefizite verringern.

Das Leistungsbilanzdefizit der Nichtöl-Entwicklungsländer wird im Jahre 1984 auf 45 Mrd. US-\$ geschätzt (1983: 53 Mrd.; 1981: 109 Mrd.) Ein Defizit dieser Größenordnung entspricht rund 9% ihrer Exporte von Gütern und Dienstleistungen (1981: 24 ½%), d. i. der niedrigste Prozentsatz seit mindestens 20 Jahren. Aber nicht in allen Weltregionen haben die Nichtöl-Entwicklungsländer ihre Leistungsbilanzen in dem selben Ausmaß verbessern können. Es gibt grosse regionale Unterschiede. Die asiatischen Länder hatten in den Jahren 1983 und 1984 das günstigste Verhältnis von Leistungsbilanzdefizit zu Gesamtexporten. Das Gegenteil gilt für Afrika und den Nahen Osten, wo die Aufrechterhaltung der Importe entscheidend vom ständigen Zustrom öffentlicher Transfers abhängig ist. In Lateinamerika und in Europa wurden die Leistungsbilanzdefizite in den Jahren 1983 und 1984 im Vergleich zu den Jahren 1982 und 1981 zwar ebenfalls kräftig verringert, die starke Schuldenakkumulation der Jahre 1973 bis 1981 stellt jedoch weiterhin eine grosse Belastung dar.

Die Gesamtverschuldung (kurz- und langfristig) der Nichtöl-Entwicklungsländer, die vom IMF für 1984 auf rund 729 Mrd. US-\$ (1983: rund 685 Mrd.) geschätzt wird, dürfte 1985 um 6% zunehmen. Angesichts des starken Exportwachstums dürfte die Verschuldung, gemessen an den Waren- und Dienstleistungsexporten eines Jahres, von einem Spitzenwert in Höhe von rd. 154% (1983) auf rd. 147% (1984) gesunken sein; dieser Wert liegt jedoch noch immer entscheidend über dem Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 mit rd. 124%.

Der Schuldenberg der öllosen Entwicklungsländer wächst also nicht mehr so schnell wie früher. Infolge der neuerlichen Erhöhung der Zinsen am amerikanischen Markt haben sich aber auch die Zinsen für die den Entwicklungsländern eingeräumten Kredite wieder erhöht. Es kam daher 1984

*Schuldenprobleme der Entwicklungsländer***Leistungsbilanz, Auslandsverschuldung und Schuldendienst
der Nichtöl-Entwicklungsländer (NOEL) und der wichtigsten
Schuldnerländer (WS)¹⁾**

	1977	1982	1983	1984	1985
	(in Mrd, US \$)				
Leistungsbilanz					
NOEL	-30,4	-85,9	-52,6	-45,0	-45,0
WS	- 9,5	-39,8	-11,0	-11,5	- 9,7
	(in Prozent der Waren- und Dienstleistungsexporte)				
NOEL	-13,7	-19,6	-11,9	- 9,1	- 8,2
WS	-13,9	-28,5	- 8,0	- 7,4	- 5,6
	(in Mrd, US \$)				
Auslandsverschuldung (kurz- und langfristig)					
NOEL	288,0	649,7	685,5	728,9	764,6
WS	127,2	337,7	350,1	370,2	384,5
	(in Prozent der Waren- und Dienstleistungsexporte)				
Schuldenquotient					
NOEL	129,5	148,3	154,5	147,4	139,8
WS	185,8	241,9	254,5	238,6	222,0
Schuldendienstquotient					
NOEL	16,1	25,1	21,9	21,4	22,3
WS	25,4	44,8	38,0	35,0	37,3
Zinsenzahlungsquotient					
NOEL	6,2	14,6	12,9	12,8	12,7
WS	10,4	28,4	24,6	24,1	23,7
Tilgungsquotient					
NOEL	9,9	10,5	9,0	8,6	9,6
WS	15,0	16,4	13,4	10,9	13,7

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Washington D.C. 1984

1) Argentinien, Brasilien, Indonesien, Korea, Mexiko, Philippinen, Venezuela

Schuldenprobleme der Entwicklungsländer

zu einem starken Anstieg des Schuldendienstes (d. s. Zinsen und Tilgungen) um schätzungsweise 8% auf ca. 107 Mrd. US\$; das entspricht ungefähr der Zunahme der Exporterträge. Ohne Umschuldungen wäre der Schuldendienst 1984 aber wahrscheinlich noch um ca. 24 Mrd. US\$ höher gewesen. Der Schuldendienst dürfte 1984 knapp unter 22% (1982: 25%) der Waren- und Dienstleistungsexporte betragen haben.

Die Liquidität der betroffenen Länder wurde auch durch eine Neuordnung der Fälligkeiten der Schulden verbessert: Der Prozentsatz der kurzfristigen Schulden dürfte, gemessen an den Waren- und Dienstleistungsexporten, von 30 im Jahr 1982 auf weniger als 20 (1984) gesunken sein. Das Verhältnis des Zinsendienstes zum Gesamtexport dürfte bei steigenden Zinsen und gleichzeitiger Zunahme der Exporte 1984 beim Wert von 1983 (rd. 13%) verharren.

Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Weltregionen: Die Länder Lateinamerikas mußten 1984 rund 32% der Exporterlöse für den Zinsendienst aufwenden, jene Asiens jedoch nur rund 5%. Dieser Unterschied erklärt, warum der größte Teil der durch Umschuldungsabkommen herbeigeführten Verringerung des Schuldendienstes der Nichtöl-Entwicklungsländer zugunsten Lateinamerikas stattfand. Diese Übereinkommen dürften den Schuldendienst der südamerikanischen Staaten 1983 schätzungsweise um ein Drittel verringert haben, was auch für 1984 gelten dürfte.

Angesichts der Anpassungsfortschritte, aber auch der Möglichkeit, daß sich aus den von lateinamerikanischen Staaten abgehaltenen Konferenzen ein Schuldnerkartell entwickelt, begann 1984 eine zweite Phase bei der Lösung des Weltschuldenproblems, die die Phase der jeweils nur kurzfristigen Umschuldungen ablösen soll: Erstmals wurde zwischen einem Schuldnerland, nämlich Mexiko, und seinen Gläubigerbanken ein langfristiges (14 Jahre) und zinsenmäßig begünstigtes Umschuldungsabkommen geschlossen, und zwar über einen Betrag von 48,7 Mrd. US\$. Damit wurde dem Prinzip, das internationale Schuldenproblem nicht durch globale, sondern durch länderspezifische Lösungen einzudämmen, ein zweites hinzugefügt, nämlich den Schuldnerländern nach Maßgabe ihrer Anpassungsbereitschaft und -erfolge Schritt für Schritt Erleichterungen beim Schuldendienst einzuräumen und ihnen damit eine langfristige finanzielle und wirtschaftliche Stabilisierung zu ermöglichen. Auch mit Venezuela wurde ein solches langfristiges Umschuldungsabkommen geschlossen. Die Auslandsschulden des öffentlichen Sektors dieses Landes in Höhe von 20,8 Mrd. US\$ wurden auf 12 ½ Jahre umgeschuldet.

In einer Analyse der jüngsten Entwicklungen und der zukünftigen Aussichten kommt der IMF zur Ansicht, daß die Situation der verschuldeten Länder mittelfristig kontrollierbar wäre: Bei den sieben am stärksten verschuldeten Ländern könnte bis 1990 das Verhältnis der Auslandsschulden zum

Schuldenprobleme der Entwicklungsländer

Dienstleistungsexport um $\frac{2}{5}$ gesenkt werden, während sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts deren Wirtschaftswachstum auf etwa 5% pro Jahr erhöhen könnte. Eine solche Entwicklung, in der sich die Lage wenigstens mittelfristig entspannt, ist allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen möglich. Die Schuldnerländer müssten die Sanierungsprogramme weiterführen.

Nachdem sie die Leistungsbilanzdefizite auf ein vertretbares Mass reduziert haben, müssten sie die internen Wachstumshindernisse beseitigen. Der Erfolg solcher Sanierungsmassnahmen in den Entwicklungsländern ist aber auch entscheidend von der fortdauernden Unterstützung durch die Industrieländer abhängig. Diese tragen die hauptsächliche Verantwortung für die Gestaltung des weltwirtschaftlichen Klimas und damit auch des wirtschaftlichen Umfelds, in dem die verschuldeten Entwicklungsländer agieren müssen.

Zur mittelfristigen Stabilisierung des Weltschuldenproblems wäre es nach Ansicht des IMF notwendig, daß die Wirtschaft in den Industriestaaten mit jährlich mindestens 3% wächst. Die Industriestaaten müssten darüber hinaus für eine Senkung der Zinssätze sorgen und ihre Märkte für Importe aus den Entwicklungsländern öffnen. Eine ständige Zusammenarbeit aller am internationalen Währungs- und Finanzsystem beteiligten Instanzen, einschliesslich der Kommerzbanken, wäre weiterhin erforderlich, um den finanziellen Rahmen für solche mittelfristigen Anpassungsprogramme sicherzustellen. Auf allen diesen Gebieten fällt dem IMF eine bedeutende Rolle zu.

Um längerfristige Ansätze zur Lösung des internationalen Schuldenproblems zu erarbeiten, wurde anlässlich der Tagung des IMF-Interimskomitees im September 1984 vereinbart, daß dieses und das Gemeinsame Entwicklungskomitee der Weltbank und des IMF auf ihren Tagungen im Frühjahr 1985 Fragen im Zusammenhang mit den Anpassungsbemühungen und den Aussichten auf eine Verbesserung der Zahlungsbilanzen erörtern sollen. Die Thematik dieses geplanten „erweiterten Dialogs“, nämlich: externe Verschuldung, internationale Kapitalströme, Handelspolitiken und die darauf bezogene Rolle der Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken durch den IMF, zeigt aber, daß die Probleme, die für eine dauerhafte Lösung des internationalen Schuldenproblems Berücksichtigung finden müssen, einen Komplex darstellen, der die Grenzen der Finanz- und Währungsinstitutionen überschreitet. Hiezu wird auch auf die diesbezüglichen Ausführungen im Kapitel „Nord/Süd-Dialog“ verwiesen.

*OECD***Multilaterale Wirtschaftspolitik**

Angesichts der wachsenden Interdependenz der Volkswirtschaften kommt den Arbeiten der sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassenden internationalen Organisationen und multilateralen Abkommen eine wesentliche Bedeutung für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Staaten und der Entwicklung der Weltwirtschaft zu. Hauptforen der multilateralen Beratungen in Wirtschaftsangelegenheiten sind die Vereinten Nationen mit ihren wirtschaftlichen Unterorganen sowie Spezialorganisationen. Handelspolitische Fragen werden primär im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sowie der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) behandelt, Fragen der Währungspolitik im Internationalen Währungsfonds (IMF), Fragen der Entwicklungsfinanzierung in der Weltbankgruppe (IBRD, IDA, IFC), den regionalen Entwicklungsbanken und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung. Zu den wichtigsten von den Vereinten Nationen unabhängigen Zusammenschlüssen, die teils nach regionalen, systemmäßigen oder sektoriellen Gesichtspunkten zusammengesetzt sind, zählen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die Europäische Gemeinschaft (EG), die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die Assoziation südostasiatischer Staaten (ASEAN), die Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC), die Internationale Energieagentur (IEA) etc.

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Sitz in Paris dient 24 demokratischen Industriestaaten als Forum zur Abstimmung ihrer grundsätzlichen makro-ökonomischen Zielvorstellungen und als Instrument der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Obwohl aus dem Zusammenschluß der europäischen Empfängerländer der Marshallplan-Hilfe (OEEC) hervorgegangen, ist sie keine Regionalorganisation, da ihr auch die USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland angehören. Was ihre Mitgliedstaaten verbindet, ist die Ähnlichkeit der Wirtschaftsstrukturen sowie ihres industriellen Entwicklungsstandes und damit eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen und – bedingt durch das wirtschaftliche Gewicht dieser Ländergruppe – ihre gemeinsame Verantwortung in der Weltwirtschaft und gegenüber den Ländern der Dritten Welt.

Die OECD und ihre Vorgängerin, die OEEC, hatten maßgeblichen Anteil an der Schaffung der ökonomischen und kommerziellen Rahmenbedingungen unseres gegenwärtigen, auf dem internationalen Freihandel und einem frei-

OECD

zügigen Zahlungsverkehr aufgebauten Weltwirtschaftssysteme. Auf dieser Grundlage hat sich ein gewisses gegenseitiges Verständnis und eine multilaterale Zusammenarbeit entwickelt, die sich gerade in den Perioden wirtschaftlicher Schwierigkeiten als nützlich erwies, selbst wenn es nicht immer gelang, Übereinstimmung bezüglich der Ziele der kurzfristigen Wirtschaftssteuerung zu erreichen oder protektionistischen Bestrebungen Einhalt zu gebieten.

Im Sinne ihres weitgespannten Mandats – das neben der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik auch andere Bereiche der Gesellschaftspolitik umfaßt – gingen von ihr 1984 wieder wichtige Impulse für die Gestaltung des wirtschafts- und sozialpolitischen Umfeldes in den westlichen Industriestaaten aus.

Da in der Wirtschaftskrise der beginnenden Achtzigerjahre mit ihren beschäftigungspolitischen Schwierigkeiten einzelne Regierungen der Mitgliedstaaten in verschiedenen Fällen zu Handelsrestriktionen gegriffen haben, hat sich die Organisation seither in verstärktem Maße mit dem Protektionismus befaßt. Als ersten Schritt auf dem Weg zur Zurückdrängung protektionistischer Maßnahmen hat der OECD-Ministerrat im Mai 1984 beschlossen, die aufgrund der multilateralen Handelsverhandlungen (Tokio-Runde) im Rahmen des GATT ursprünglich für 1986 vorgesehenen Zollsenkungen um ein Jahr auf Anfang 1985 vorzuziehen. Verstärkte politische Anstrengungen werden sich aber auch zum schrittweisen Abbau nichttarifärer Handelsschranken erforderlich erweisen. Dies umso mehr, als sie sich selbst in geschützten Bereichen für die Beschäftigungslage längerfristig als nicht zielführend erwiesen haben, und der Wirtschaftsaufschwung in Europa und in den Vereinigten Staaten aus verschiedenen Gründen bisher nicht die erwarteten günstigeren Bedingungen für den Abbau von Beschränkungen im internationalen Warenverkehr gebracht hat.

Die im Jahre 1984 im OECD-Raum feststellbare positive Wirtschaftsentwicklung reichte nicht aus, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der sich durch die Wirtschaftserholung abzeichnende Wachstumsspielraum soll daher vor allem auch zur Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze genützt werden.

Die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer und die ihnen nicht zuletzt durch das hohe Realzinsniveau und den steigenden Dollarkurs entstandenen Schwierigkeiten, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, ist ein anderes weltwirtschaftliches Problem, das die OECD mit Aufmerksamkeit verfolgt. Diese Entwicklungen würden eine Intensivierung des Konsultations- und Prüfungsverfahrens im Rahmen der OECD angezeigt erscheinen lassen, da ja ein beträchtlicher Teil des gegenwärtig auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit bestehenden Unbehagens darauf zurückzuführen ist, daß Handlungen einzelner Staaten

OECD

oder ihrer Parlamente im offenen Widerspruch zu erklärten Zielen und den auch in der OECD eingegangenen Verpflichtungen stehen.

Die im September 1984 erfolgte Ablöse des Holländers Emile van Lennep als Generalsekretär der OECD durch den Franzosen Jean-Claude Paye hat Anlaß zu Diskussionen über eine gewisse Neuorientierung der Aufgabenstellung dieser Organisation geführt. So werden im Zuge einer Neufestlegung der Arbeitsprioritäten der Organisation unter ihrem neuen Generalsekretär auch Überlegungen angestellt, in welcher Form die OECD wieder stärker und effizienter in den Meinungsbildungsprozeß und die Abstimmung zentraler Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik der demokratischen, marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten eingeschaltet werden könnte.

Mitarbeit Österreichs in der OECD

Österreich ist Gründungsmitglied der OECD und arbeitet in den meisten Bereichen der Organisation mit. Soweit es sich dabei um technische Materien handelt, liegt diese Arbeit bei den zuständigen österreichischen Fachressorts bzw. bei den von diesen betrauten Institutionen. Die Federführung für OECD-Angelegenheiten obliegt dem Bundeskanzleramt. Viele OECD-Aktivitäten haben aber auch aussenpolitische Aspekte, weshalb es eine enge Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Bundeskanzleramt und der österreichischen OECD-Vertretung gibt.

Ausser der Teilnahme am jährlichen OECD-Ministerrat und anderen Ministerkonferenzen erfordert die Mitarbeit Österreichs die Entsendung österreichischer Experten zu etwa 140 von insgesamt über 200 im Rahmen der OECD bestehenden Komitees, Arbeitsausschüssen und Expertengruppen. Österreich ist durch elf Akademiker im Personalstand der OECD vertreten. Sein Mitgliedsbeitrag, der etwa 1,1% des OECD-Budgets darstellt, belief sich (ohne den Beitrag zur Internationalen Energieagentur) im Berichtsjahr auf rund 15,1 Millionen Schilling. Besondere Schwerpunkte der Mitarbeit bildeten dabei jene Komitees, deren Arbeit wichtige österreichische Interessen direkt berührt.

Im Fremdenverkehrskomitee und im Komitee für Unsichtbare Transaktionen waren die österreichischen Bemühungen um weitere Liberalisierung des Fremdenverkehrs insofern erfolgreich, als nunmehr an den internationalen Reiseverkehr ähnliche Maßstäbe der Freizügigkeit gelegt werden sollen, wie dies auf dem Gebiete des Handels schon lange der Fall ist. Über österreichischen Vorschlag wird nun ein neues Instrument mit einem zwingenden Notifikations- und Prüfverfahren erarbeitet, das protektionistische Maßnahmen auf diesem Gebiet eindämmen soll.

Mitarbeit Österreichs in der OECD

Die volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs war im Jänner 1984 Gegenstand der jährlichen Prüfung durch das Komitee für Volkswirtschaft und Entwicklung. Die Wirtschaft Österreichs wurde dabei im Vergleich zu vielen Mitgliedsländern weiterhin günstig eingeschätzt. Die Aufrechterhaltung einer relativ hohen Beschäftigung über einen langen Zeitraum hinweg sei zum Großteil der aktiven Rolle der Fiskalpolitik zuzuschreiben. Eine antizyklische Nachfragepolitik sei konsequent eingeschlagen worden, um die Wachstumsschwankungen auszugleichen. Damit sei ein stärkeres Wachstum als in vielen anderen Ländern gesichert worden, was auch durch das System der Sozialpartnerschaft ermöglicht worden sei, durch die im Einklang mit der Hartwährungspolitik Lohn- und Preissteigerungen niedrig gehalten werden konnten. Längerfristig gesehen haben das langsamere Wachstum seit der Mitte der siebziger Jahre und die jüngste andauernde Rezession zu einem beschleunigten Ansteigen der Staatsschuld und des Schuldendienstes geführt, die zu einem Hindernis für die Nachfragesteuerung werden können. Das Budget für 1984 wurde als ein erster Schritt zur Reform der Staatsfinanzen angesehen. Weitere Maßnahmen seien jedoch erforderlich. Eine einheitlichere steuerliche Behandlung von Einkommen aus verschiedenen Quellen könnte zusätzliche Einnahmen schaffen und bei der Verringerung der weiten Kluft zwischen Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen helfen. Eine umfassende Prüfung von Subventionen und Transferleistungen sei ebenfalls notwendig, da sie mehr als 5% des BIP ausmachen und geplant ist, sie in den nächsten Jahren beträchtlich zu erhöhen.

Im Entwicklungshilfekomitee (DAC) fand im Februar 1984 die (für alle Mitgliedsstaaten in 2-jährigen Abständen durchgeführte) Prüfung der Entwicklungshilfeleistungen Österreichs statt. Hierbei stieß sowohl die nicht den DAC-Kriterien entsprechende Qualität und Zusammensetzung der österreichischen Hilfe, als auch ihr (zu geringer) Umfang auf Kritik. Auch eine rasche Ausweitung der Leistungen für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder, auf die 1982 nur 3,15 Prozent der österreichischen bilateralen Hilfe entfallen war, wurde dringend empfohlen. Der Schwerpunkt der Kritik lag jedoch – vor allem aufgrund der intensiven Diskussion der Verbindung Exportkredite/Entwicklungshilfemittel – auf Umfang und Praxis der Exportkredite im Rahmen der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe Österreichs. Eine stärkere Entwicklungsorientierung der Entwicklungshilfekredite, u. a. durch Trennung von Entwicklungshilfeverwaltung und Exportförderung, wurde daher ebenfalls nachdrücklich empfohlen. So wie schon seit Jahren die allgemeine Wirtschaftspolitik wird nun auch die Landwirtschaftspolitik der OECD-Mitgliedsstaaten geprüft. Dies geschieht im Landwirtschaftskomitee. Österreich hat sich nach Kanada und Australien bereit erklärt, schon zu Beginn 1985 für eine solche Prüfung zur Verfügung zu stehen. Im laufenden Jahr waren dafür intensive Vorbereitungen notwendig.

Mitarbeiter Österreichs in der OECD

Die unter österreichischem Vorsitz stehende Arbeitsgruppe für industrielle Anpassung hat sich insbesondere auch mit den Umstellungsschwierigkeiten sog. „alter“ Industrien in der Periode des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs befasst.

Der Missionschef bei der OECD wurde zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe des Rates für die Probleme der Schiffbauindustrie gewählt, die sich angesichts des Ungleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage mit der schwierigen Strukturanpassung und Kapazitätsverringern in diesem Bereich befasst.

Österreich führt ausserdem den Vorsitz in der Expertengruppe für Radon-Dosimetrie des Strahlenschutzkomitees der Kernenergieagentur und stellt den Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe des Industriekomitees sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Untergruppe für Steuerstatistik des Steuerkomitees. Staatssekretär a. D. Dr. Bobleter, der lange Jahre die österreichische Vertretung bei der OECD geleitet hatte, war bis zu seinem unerwarteten Tod im Oktober 1984 Vorsitzender des Energiepolitischen Komitees.

OECD-Ministerkonferenzen

Bei der Tagung des OECD-Ministerrates am 17. und 18. Mai 1984, die unter finnischem Vorsitz stand (Aussenminister Väyrynen und Aussenhandelsminister Laine), war Österreich durch Bundesminister Dkfm. Ferdinand Lacina in seiner damaligen Eigenschaft als Staatssekretär im Bundeskanzleramt vertreten. Diese Ministertagung stand im Zeichen des Wirtschaftsaufschwunges vor allem in den Vereinigten Staaten und war daher trotz des großen Wachstumsdifferentials zwischen den USA und Japan einerseits sowie Europa andererseits von einem gewissen, wenn auch diesseits des Atlantiks deutlich gedämpften, Optimismus geprägt. Als Ergebnis der Debatten, in denen die Vertreter der europäischen Länder sehr deutlich auf die von den hohen amerikanischen Budget- und Leistungsbilanzdefiziten sowie von der gesamten US-Entwicklung ausgehenden Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf verwiesen hatten, wurden die Grundzüge eines Programmes zur Stärkung des internationalen Handels- und Finanzsystems sowie zur Verwirklichung eines dauerhaften, arbeitsplatzschaffenden Wachstums im Zuge des Wirtschaftsaufschwunges verabschiedet. Zum Nachfolger des nach 15 Jahren Amtstätigkeit scheidenden Generalsekretärs der OECD, Emile van Lennep, wurde mit Konsens der bisherige Generaldirektor für Wirtschafts- und Finanzfragen im französischen Aussenministerium, Jean-Claude Paye, gewählt.

Über Vorschlag des französischen Finanzministers Jaques Delors war am 13. und 14. Februar 1984 eine Sonderministerkonferenz über längerfristige Wirtschaftsprobleme abgehalten worden, an der Österreich durch Finanzminister Dr. Herbert Salcher vertreten war. Die Ministertagung war

OECD-Ministerkonferenzen

bewusst als offener Meinungs austausch konzipiert, wobei konkrete Lösungsvorschläge für bestehende internationale Probleme auf ökonomischem Gebiet weder vorgesehen waren noch ins Auge gefasst wurden. Eine Ausnahme bildete der konkrete Vorschlag des französischen Finanzministers, daß die OECD – von der bisherigen Praxis eher kurzfristiger Konjunkturuntersuchungen abgehend – nunmehr eine umfassende mittelfristige Analyse über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Massnahmen in die Wege leiten sollte, wobei die Handels- und Finanzprobleme wegen ihrer Wechselwirkungen als einheitliches Begriffspaar anzusehen wären.

Im Februar 1984 nahmen an einer zwischenstaatlichen Konferenz über Beschäftigungswachstum und strukturellen Wandel insgesamt 20 Minister oder politische Staatssekretäre teil. Schon damit wurde unterstrichen, wie sehr es den Regierungen inzwischen bewusst ist, daß der konjunkturelle Aufschwung allein die Beschäftigungsprobleme in den Industriestaaten (vor allem Europa) nicht lösen kann. Von besonderem Interesse für Österreich war die Diskussion der Frage der Arbeitszeitanpassung. Ihr widmete sich ein Arbeitsausschuss unter dem Vorsitz von Bundesminister Dallinger. Dabei kam zum Ausdruck, daß offensive Massnahmen, wie arbeitsplatzschaffende Investitionen und Innovationen einerseits und Arbeitszeitanpassungen andererseits komplementär sind. Übereinstimmung gab es auch über die Bedeutung der zentralen Rolle der Sozialpartner und der Tarifverhandlungen für künftige Arbeitszeitregelungen. Das Faktum der sozialpartnerschaftlichen Vereinbarung und die Regierungsbeteiligung daran sei dabei wichtiger als das erzielte Ergebnis.

1984 tagte auch das Bildungskomitee auf Ministerebene unter Teilnahme von Bundesminister Moritz. Die Diskussion konzentrierte sich auf eine künftige verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der OECD, in den Bereichen:

Aktive Rolle der Ausbildung in einer Welt des sozialen und wirtschaftlichen Wandels, Verbesserung der Qualität der Schule sowie des Überganges in das Berufsleben.

Österreich trat dafür ein, daß der Umweltschutz in den Schulen verstärkt Beachtung findet.

Arbeit einzelner Komitees

Das Wirtschaftspolitische Komitee hat sich auch im Berichtsjahr mit der Konjunkturentwicklung und der Wirtschaftspolitik der OECD-Staaten befasst und angesichts der Interdependenz der Volkswirtschaften und der internationalen Wechselwirkungen der Politik einzelner Mitgliedsländer versucht, die verschiedenen makro-ökonomischen Zielsetzungen miteinander in Einklang zu bringen. Im Rahmen dieses Komitees wurde im Sinne des diesbezüglichen Auftrages des Ministerrates 1982 (Untersu-

Arbeit einzelner Komitees

chung der Handelsprobleme der Achtzigerjahre) die Analyse der volkswirtschaftlichen Kosten und des ökonomischen Nutzens protektionistischer Massnahmen erstellt. Die Studie befasst sich vornehmlich mit protektionistischen Massnahmen auf dem Gebiet der Fertigwaren, wobei sie auch alle nicht-tarifarischen Handelshindernisse, insbesondere bilaterale Vereinbarungen (Exportquoten, freiwillige Ausfuhrbeschränkungen, Festlegung von Marktanteilen etc.), nicht aber Industriesubventionen miteinschliesst. Sie wird nun in den einschlägigen OECD-Gremien erörtert und soll dem Ministerrat im April 1985 vorgelegt werden, der die entsprechenden politischen Schlussfolgerungen zu ziehen haben wird.

Zur Hauptaufgabe des Handelskomitees gehört die Sicherstellung des möglichst uneingeschränkten Freihandels, weshalb es sich insbesondere in den letzten zwei Jahren mit der Möglichkeit eines multilateral vereinbarten Abbaues gewisser Handelsrestriktionen befasst hat („Roll-back“ des Protektionismus). Weiters befaßt sich das Komitee mit verschiedenen aktuellen Problemen, wie dem Handel mit Produkten der Spitzentechnologie sowie den Problemen auf dem Gebiet der Dienstleistungen, wo im Gegensatz zum Warenverkehr die Freizügigkeit bisher nicht durch entsprechende internationale Vereinbarungen gewährleistet erscheint. Das Komitee unternimmt auch fortlaufend Analysen der Entwicklung der Handels- und Finanzbeziehungen mit den RGW-Staaten und befasst sich eingehend mit den Problemen des Nord-Südhandels. Auf dem Gebiet der Exportfinanzierung besteht seit 1978 eine fortlaufend den sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasste Vereinbarung (Consensus) über die Kreditkonditionen (Zinsen, Laufzeit, Höhe der Anzahlung). Im Sinne einer deutlicheren Trennung von Ausfuhrförderung und Entwicklungshilfe hatte sich der OECD-Ministerrat 1984 für eine verstärkte Transparenz und Disziplin ausgesprochen. Keine Einigung konnte allerdings in der Frage der allfälligen Erhöhung des Mindestzuschusselementes bei Krediten der öffentlichen Entwicklungshilfe erzielt werden.

Das Komitee für Internationale Investitionen und multinationale Unternehmungen widmete sich der periodischen Revision des OECD-Instruments betreffend Verhandlungsrichtlinien und den Gleichbehandlungsgrundsatz für multinationale Unternehmen sowie Investitionsanreize und Hindernisse. Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die bisherige Erfahrung der Mitgliedsländer mit den Texten. Überdies war auch den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen unter denen multinationale Unternehmen heute arbeiten, Rechnung zu tragen. Die Revision wurde vom Ministerrat beschlossen.

Vor dem Hintergrund der in anderen Gremien laufenden Diskussionen um Zielsetzungen der Kooperation mit Entwicklungsländern befasste sich das Entwicklungshilfekomitee (DAC) vor allem mit entwicklungspolitischen Problemen im engeren, technischen Sinn. Lag bereits 1983 der

Arbeit einzelner Komitees

Schwerpunkt im Ressourcentransfer an die ärmsten Entwicklungsländer, so konzentrierten sich 1984 die Arbeiten auf die besondere Notsituation der afrikanischen Entwicklungsländer südlich der Sahara. Die DAC-Haupttagung im Dezember 1984 war Forum für erste konstruktive Beratungen über die vom UN-Generalsekretär initiierte Katastrophenhilfsaktion zugunsten dieser Länder; für die mittel- und längerfristige Hilfe wurde der Ansatz der Aktionsprogramme der Weltbank für diese Region gutgeheißen. Entsprechend breiten Raum nahmen in diesem Zusammenhang die Arbeiten über Nahrungsmittelhilfe und landwirtschaftliche Produktion ein, die 1984 auch im Mittelpunkt der jährlichen gemeinsamen Tagung des DAC mit arabischen Geberinstitutionen standen. Zunehmend praktische Bedeutung gewinnt die Hilfskoordination sowohl der bilateralen Geber untereinander als auch die Kooperation mit multilateralen Institutionen. Der Einsatz von Entwicklungshilfemitteln in Verbindung mit Exportkrediten und anderen Kapitalmarktmitteln wurde in den Arbeitsgruppen für Finanzaspekte und Statistik bei weiterhin stark divergierenden Auffassungen diskutiert. Im Rahmen dieser Arbeiten, die auch in den Bereich des Handelsdirektorates (Exportkredit-Konsensgruppe) übergreifen, wurde in Zusammenarbeit mit der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich eine Übersicht über die Außenverschuldung der Entwicklungsländer erstellt, die periodisch fortgesetzt werden soll. Die seit dem Vorjahr laufenden Arbeiten der Gruppe der Bewertungsexperten fanden ihren Abschluß in einem Bericht, der die Berücksichtigung von Bewertungsergebnissen bei der Gestaltung neuer Projekte empfiehlt. Die vom DAC entwickelten Kriterien finden ihren Niederschlag auch bei der Prüfung der entwicklungspolitischen Leistungen der einzelnen westlichen Geberstaaten, die eine der Hauptaufgabe des DAC ist.

Die Nord/Süd-Gruppe dient der globalen Zusammenschau der die Nord/Süd-Beziehungen beeinflussenden Faktoren und Aspekte der Arbeiten verschiedener OECD-Gremien. Sie widmet sich der Erarbeitung konzeptueller Studien (1984 über den Stand und die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern) und stellt darüber hinaus ein nützliches Beratungsforum bei der Vorbereitung und informellen Konsensförderung unter den Mitgliedstaaten für wichtige Konferenzen und aktuelle Fragen dar; diesbezügliche Schwerpunkte bildeten 1984 die Vorbereitung der 4. Generalkonferenz der UNIDO und die Frage der prozeduralen Verbesserung des Nord/Süd-Dialoges.

Das Stahlkomitee trägt durch einen verbesserten Informationsaustausch dazu bei, eine rationale Basis für die längerfristige Planung der Stahlpolitik zu schaffen und rechtzeitig vor Fehlentwicklungen (z. B. Überkapazitäten) zu warnen. Einen besonderen Schwerpunkt in der Diskussion bilden die insbesondere in europäischen Ländern üblichen staatlichen Subventionen sowie mengenmäßige Beschränkungen und Mindestpreisbestimmungen.

Arbeit einzelner Komitees

Das Umweltkomitee behandelt u. a. die Rückwirkungen des Energieverbrauches auf die Umwelt (Emissionen und deren Kontrolle), die makroökonomischen Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Kontrollmaßnahmen auf dem Gebiet von toxischen Substanzen und der Abfallbeseitigung. Auf der Basis seiner Arbeiten verabschiedete der OECD-Rat im Februar 1984 eine Empfehlung auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Verkehrs von Sonderabfällen. Eine Konferenz im Juni 1984 untersuchte den Interessenausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie und forderte, daß Umweltpolitik ein integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik sein müsse.

Das Komitee für Arbeitskräfte und soziale Angelegenheiten konzentrierte sich auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen, wobei auch ein eigenes Programm zur Bewertung von selektiven Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt eingerichtet wurde. Eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe für Sozialpolitik behandelte u. a. Fragen der Lastenverteilung von sozialpolitischen Maßnahmen und der Verbesserung der Integration zwischen Sozialpolitik, Ökonomie und den Arbeitsmärkten.

Das Komitee für Konsumentenpolitik veranstaltete unter dem Ehrenschutz des französischen Ministers, Frau Lalumiere, in der Zeit vom 27. bis 29. November 1984 ein Symposium zum Thema „Konsumentenpolitik und der internationale Handel“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage der Gefährdung der Interessen der Konsumenten durch protektionistische Entwicklungen im internationalen Handel. Die Teilnehmer (hohe Beamte, Vertreter der Sozialpartner und von Konsumentenschutzorganisationen) diskutierten insbesondere Möglichkeiten der Verbesserung der Transparenz konsumentenpolitischer Anliegen und ihrer verstärkten Berücksichtigung bei der Formulierung handelspolitischer Ziele.

Das Landwirtschaftskomitee konzentrierte sich auch 1984 überwiegend auf Fragen betreffend die wachsende Interdependenz des Agrarhandels, Angebots- und Nachfrageprobleme der Agrarmärkte, die strukturelle Anpassungspolitik, sowie die Welternährungssicherheit, vor allem angesichts der schwierigen Situation vieler Länder der Dritten Welt. Studien über die Entwicklungen der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion in Osteuropa und China wurden fortgesetzt und die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die landwirtschaftlichen Exporte der OECD-Staaten untersucht. Die Sorgen um die zunehmenden Überschüsse bei verschiedenen Warengruppen, verbunden mit Lagerbildung und schrumpfender Nachfrage, bildeten den Hintergrund zahlreicher Untersuchungen, in deren Rahmen versucht wurde, die Ursachen für die strukturellen Marktungleichgewichte zu verdeutlichen und entsprechende Lösungsvorschläge für Stabilisierungsmaßnahmen zu erarbeiten. In Umsetzung des im Rahmen der Ministerratssitzung 1982 beschlossenen „landwirtschaftlichen

Wirtschaftsgipfeltreffen

Handelsmandates“ wurden die 1983 begonnenen Arbeiten fortgesetzt und vertieft. Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Möglichkeiten für eine Verbesserung der Funktion der landwirtschaftlichen Märkte wurden erstmals vor einem unabhängigen Expertengremium Prüfungen der Landwirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern in ähnlicher Weise vorgenommen, wie dies seit Jahren auf allgemeinem wirtschaftlichen Gebiet der Fall ist.

Wirtschaftsgipfeltreffen – Programm für Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (ATTALI-Gruppe)

Die jährlich stattfindende Konferenz von Staats- und Regierungschefs der sieben größten OECD-Staaten (USA, Japan, Kanada, BRD, GB, Frankreich und Italien) wurde im Juni 1984 in London abgehalten. Dem hierbei erzielten wirtschaftspolitischen Konsens (u. a. Maßnahmen zur Gewährleistung eines dauerhaften Wachstums, zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit, betreffend die Verschuldensprobleme der Entwicklungsländer) kommt maßgebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft zu.

Die beim Versailles-Gipfel (1982) eingesetzte Arbeitsgruppe „Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ unter dem Vorsitz des Sonderberaters des französischen Präsidenten, J. Attali, wurde mit der Weiterführung ihrer Arbeiten betraut. Ihr ursprüngliches Mandat, nämlich die Erarbeitung eines Kooperationsprogrammes für die Entwicklung neuer Technologien zwecks Wachstumsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung wurde um solche zur Verhütung von Umweltschäden erweitert. Österreich hat an den drei im Jahre 1984 abgehaltenen Arbeitstagen für Projekte betreffend die fortgeschrittene Robotertechnik als Beobachter teilgenommen. Im Rahmen dieses Projektes ist es im Herbst 1984 zum Besuch einer japanischen Expertendelegation in Österreich gekommen, die sich an Ort und Stelle über die einschlägigen österreichischen Erfahrungen und Tätigkeiten informierte. Österreich ist auch an einer aktiven Mitarbeit beim Bio-Technologie-Projekt interessiert.

Handelspolitik

Obwohl sich der Welthandel 1984 zunehmend erholt hat, sind Fortschritte auf dem Weg zu einem freieren Welthandelssystem weitestgehend ausgeblieben. Die Diskrepanz zwischen den erklärten Absichten in Richtung einer liberalen Handels- und Wirtschaftspolitik, wie sie etwa in den multilateralen Gremien (GATT, UNCTAD, OECD, EFTA) oder anlässlich der Londoner Gipfelkonferenz der sieben Staats- und Regierungschefs (Juni 1984) propagiert und bekräftigt worden waren, und dem tatsächlich Erreichten, hat sich eher vergrößert.

Den bereits eingegangenen Verpflichtungen (GATT-Ministerkonferenz 1982, OECD-Ministerratserklärung von 1983), keine zusätzlichen handelsbe-

Handelspolitik

schränkenden Maßnahmen zu setzen („stand-still“) und bestehende Handelshemmnisse allmählich abzubauen („roll-back“), ist nur in sehr beschränktem Maße nachgekommen worden. Im Bereich der vom OECD-Ministerrat beschlossenen „Sofortaktion“, die das zeitliche Vorziehen der noch von der Tokio-Runde ausstehenden Zollsenkungen vorsieht (siehe auch Kapitel GATT), sind bedauerlicherweise nicht alle großen Handelsnationen dem Beispiel etwa der EFTA-Länder gefolgt. Zu konzertierten Aktionen zur Reduzierung von Handelsbeschränkungen auch nicht-tarifarischer Natur ist es nicht gekommen.

Im Bereich der handelspolitischen Sonderbehandlung der Entwicklungsländer, die außer im GATT vor allem in der UNCTAD zur Diskussion steht, kam es ebenfalls zu keinen nennenswerten Fortschritten. Der verbesserte Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industriestaaten wird zwar als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine Überwindung der Schuldenkrise allgemein anerkannt, doch sind aus dieser Erkenntnis noch keine ausreichenden konkreten Folgen in der Handelspolitik gezogen worden.

GATT

Zwei Jahre nach der GATT-Ministertagung 1982 sahen sich die GATT-Vertragsparteien auf ihrer 40. Tagung Ende November 1984 mit der Tatsache konfrontiert, daß zahlreiche Punkte des seinerzeit beschlossenen Arbeitsprogramms noch nicht erfüllt und die vorgesehenen Fristen nicht eingehalten werden konnten. Den Bekenntnissen zur Stärkung des freien multilateralen Handelssystems, zum Widerstand gegen protektionistische Tendenzen und zum Verzicht auf GATT-widrige handelsbeschränkende oder handelsstörende Maßnahmen sind kaum handelsliberalisierende Taten gefolgt. Vielmehr haben manche Regierungen protektionistischen Tendenzen nachgegeben.

Die Folgen zeigten sich in einer restriktiveren Anwendung des „Abkommens über den internationalen Handel mit Textilien“, Handelsbeschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen durch zahlreiche Entwicklungsländer, in einer Zunahme von Untersuchungen über Subventionen, in vermehrten bilateralen „freiwilligen Selbstbeschränkungsübereinkommen“ und in einem Anwachsen des Handels mit gefälschten Gütern. Dazu kommt noch, daß durch manche dieser protektionistischen Maßnahmen veraltete Strukturen gestützt worden und notwendige Strukturanpassungen weitgehend unterblieben sind.

Diese Entwicklung hat das GATT im Berichtsjahr zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Einerseits fühlen sich die Entwicklungsländer durch die eingetretene Erosion des bestehenden multilateralen Systems, das ihrer Ansicht nach auf ihre Schwierigkeiten nicht ausreichend Rücksicht nimmt, zusätzlich benachteiligt. Andererseits hat sich die Haltung der USA nicht zuletzt

GATT

wegen der Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz zusehend verhärtet. So gaben die USA unmissverständlich zu erkennen, daß die Behandlung der Probleme des Dienstleistungssektors, des Handels mit gefälschten Gütern und des Handels mit Erzeugnissen der Spitzentechnologie im Rahmen des GATT für sie von vorrangiger Bedeutung sei. Ihrem Verlangen nach Einsetzung von Arbeitsgruppen setzten die Entwicklungsländer energischen Widerstand entgegen. Dies führte dazu, daß die USA Fortschritte auf anderen Gebieten, z. B. auf dem für die Entwicklungsländer interessanten Textilsektor, vom Fortschritt auf diesen Sektoren abhängig machten und noch während der Tagung der Vertragsparteien mit der Verweigerung der Zustimmung zum GATT-Budget 1985 drohten. In intensiven Konsultationen konnte schließlich ein für alle Vertragsparteien tragbarer Kompromiß erzielt werden, der zwar nicht die Einsetzung von Arbeitsgruppen, aber immerhin verstärkte Arbeiten an einer Lösung vorsieht. Damit wurde eine spannungsgeladene Situation entschärft, die zeitweise Züge einer Konfrontation zwischen den USA und den Entwicklungsländern angenommen hatte.

Die Lösung hatte nicht nur die Zustimmung der USA zum Budget zur Folge, sondern dürfte sich insgesamt auf die weitere Durchführung des Arbeitsprogramms wie die künftige Tätigkeit des GATT allgemein positiv auswirken. So konnten in den sensiblen Bereichen Dienstleistungen, Handel mit gefälschten Waren und Währungsschwankungen Kompromisse erzielt werden, die Frage des Handels mit Erzeugnissen der Spitzentechnologie wird ebenfalls weiter behandelt werden. Schon anlässlich der Vorbereitungsarbeiten zur Tagung konnte etwa das Agrarhandelskomitee Kompromißlösungen in der Frage der Agrarsubventionen erarbeiten, Fortschritte wurden weiters in den Bereichen der mengenmässigen Beschränkungen und nicht-tarifären Handelshemmnisse erzielt. Insgesamt hat sich offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das GATT – dessen im Jahre 1947 festgelegte Zielsetzungen auch heute noch unverändert Geltung haben – den neuen Herausforderungen im Rahmen des Welthandels gerecht und gegebenenfalls angepaßt werden muß. Daß diese Entwicklung möglicherweise in eine neue Verhandlungsrunde, die vor allem von Japan und den USA angestrebt wird, münden könnte, ist auch von den Entwicklungsländern als ursprünglich erklärten Gegnern einer solchen Runde kaum mehr ernsthaft in Frage gestellt worden.

Trotz dieses versöhnlichen Ausgangs der 40. Tagung der Vertragsparteien hat sich gegen Ende 1984 die Situation im GATT wieder verschärft. Die USA hatten zunächst ein Importverbot für Stahlröhren aus der EG erlassen, das seitens der EG mit einer Kündigung des aus dem Jahre 1982 stammenden Briefwechsels betreffend den Export von EG-Stahlröhren in die USA beantwortet wurde. Dieser Konflikt konnte vorläufig durch die Einigung über die Aufnahme von Konsultationen zwischen EG und USA im

GATT

GATT-Rahmen beigelegt werden. Ob bzw. welche Auswirkungen die Kündigung des Internationalen Übereinkommens über Milchprodukte durch die USA am 14. 12. 1984 haben wird, kann noch nicht abgeschätzt werden.

Das insbesondere für kleinere Vertragsparteien wichtige Problem eines Schutzklausel -Übereinkommens konnte auch im Jahre 1984 nicht gelöst werden. In intensiven Konsultationen wurden zwar Elemente für ein Schutzklauselsystem (Notifikation an das GATT; vorzugsweise Zollmaßnahmen statt mengenmässigen Beschränkungen; zeitliche Beschränkungen mit Abbauplan; schrittweise Liberalisierung während der Anwendung der Schutzmaßnahme; multilaterale Konsultationen und Überwachung der Anwendung im GATT) ausgearbeitet, doch war eine Einigung trotz wiederholt von verschiedenen Vertragsparteien geäußerter Bereitschaft nicht zu erzielen.

Hinsichtlich der im Rahmen der Tokio-Runde vereinbarten Zolllenkungen wurde in Österreich auf dem Verordnungswege eine Vorziehung des Inkrafttretens der 7. und 8. Zolllenkungsstufe vorgenommen. Demnach werden die ursprünglich für den 1. Jänner 1986 vorgesehenen Zolllenkungen am 1. Jänner 1985 zugleich mit der 6. Zolllenkungsstufe in Kraft gesetzt. Weiters werden die für den 1. Jänner 1987 (8. Zolllenkungsstufe) vorgesehenen, noch ausstehenden Zolllenkungen am 1. Jänner 1986 wirksam und somit auch die letzte Zolllenkungsstufe um ein Jahr vorgezogen. Die Vorziehung der 7. Zolllenkungsstufe entspricht der OECD-Ministerratsvereinbarung vom Mai 1984, die Vorziehung der 8. Zolllenkungsstufe der von den EFTA-Regierungschefs beschlossenen Erklärung anlässlich des EFTA-Gipfels in Visby (Mai 1984).

An den Arbeiten der Komitees der im Rahmen der Tokio-Runde abgeschlossenen Übereinkommen (über technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen, Antidumping, Zollwert, Importlizenzen, Zivilluftfahrzeuge, Rindfleisch, Milchprodukte) hat Österreich auch im Jahre 1984 aktiv teilgenommen. Dabei wurde wiederholt allgemein auf Probleme für eine Teilnahme der Entwicklungsländer an diesen Übereinkommen hingewiesen, wobei beschlossen wurde, diese eingehend zu prüfen und Schlußfolgerungen bis zum Juli 1985 vorzulegen. Bei den Arbeiten betreffend technische Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen, Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen und Zivilluftfahrzeuge zeigte sich ein deutlicher Nachteil für die kleineren Signatarstaaten, deren Verwaltung zwangsläufig nicht in der Lage sein könne, die Vorgänge in den anderen, insbesondere in den größeren Signatarstaaten entsprechend zu verfolgen.

Im Rahmen des Komitees für Handel und Entwicklung wurden die Konsultationen über Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer fortgesetzt. Dabei wurden von mehreren Vertragsparteien, insbesondere der EG und den USA, gewisse Erleichterungen angekündigt. Österreich hatte die Kon-

GATT

sultationen bereits im Jahre 1983 geführt. Im Berichtsjahr konnte Österreich mehrere Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer ankündigen. Die oberwähnte vorzeitige Inkraftsetzung von Zollsenkungsstufen der Tokio-Runde bringt eine weitere Verbesserung des Marktzutrites für Waren aus Entwicklungsländern, da die jeweiligen GATT-Zollsätze bei allen gewerblich-industriellen Erzeugnissen die Ausgangsbasis für die Anwendung des Zollpräferenzschemas bilden. Mit Wirkung vom 1. September 1984 wurde das Sonderregime für handwerkliche Erzeugnisse erweitert. Es wurde Zollfreiheit für jene handwerklich hergestellten Textilien vorgesehen, die ihren Ursprung in den am wenigsten entwickelten Ländern haben (bisher 50%-ige Zollsenkung). Mit Wirkung vom 1. Jänner 1985 treten wesentliche Verbesserungen der Präferenzmargen bei einer Reihe von Gewürzen und bei Extrakten aus Kaffee in Kraft.

Von österreichischer Seite wurde wiederholt die Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen des Multifaserabkommens hervorgehoben. Das Multifaserabkommen (MFA) war 1973 im Rahmen des GATT zum Schutz vor Billigimporten aus Entwicklungsländern etabliert worden und stellt eine Ausnahmeregelung von den allgemeinen GATT-Bestimmungen dar. Das gegenwärtige Abkommen (MFA III) läuft 1986 aus. Bei einer Neuausrichtung des Abkommens wären die Interessen der Entwicklungsländer entsprechend zu berücksichtigen; Schutzmaßnahmen zugunsten der heimischen Industrie sollten sich innerhalb des international anerkannten Rahmens bewegen.

Im Rahmen des MFA III wurden von Österreich bilaterale Abkommen mit Brasilien, Hongkong, Indien, Korea, Macao, den Philippinen, Thailand, Singapur und Ägypten abgeschlossen. Die österreichische Multifaserpolitik ist im übrigen liberal und maßvoll ausgerichtet, wie das starke Anwachsen der Verkäufe ausländischer Anbieter auf dem österreichischen Markt bestätigt. Die Volksrepublik China ist am 18. Jänner 1984 dem MFA beigetreten.

In der Frage der Liberalisierung der Dienstleistungen und ihrer Einbeziehung in das GATT-System, der 1984 eine zentrale Rolle innerhalb des GATT zukam, wird Österreich künftighin verstärkt aktiv werden müssen. Österreich gehört zu den weltweit größten Exporteuren von Dienstleistungen, der Anteil des tertiären Sektors am Bruttonationalprodukt beläuft sich auf über 50%. Das GATT ist trotz verschiedener Widerstände in eine Phase der grundsätzlichen Evaluation der mit dem Dienstleistungsbereich verknüpften Probleme eingetreten, über zehn nationale Studien liegen zur Zeit bereits vor. Mit dem Informationsaustausch bzw. der Vereinheitlichung dieser Studien ist der Vorsitzende der Vertragsparteien beauftragt worden.

Das Profil einer neuen Verhandlungsrunde ist auch nach Abschluß der 40. Tagung der Vertragsparteien weitgehend unklar geblieben. 1985 könnte allerdings dazu dienen, die Vorbereitungen für eine solche Runde substantiell weiter zu betreiben. Österreich steht – ebenso wie

Internationales Handelszentrum (ITC)

die meisten übrigen OECD-Länder – einer weiteren Liberalisierung grundsätzlich positiv gegenüber, hält es aber für notwendig, daß zunächst wesentliche Fortschritte in der Verwirklichung des von der Ministerratstagung 1982 vorgegebenen Arbeitsprogramms erzielt werden. Eine neue Runde sollte überdies von der Mehrheit der Vertragsparteien getragen sein, d. h. über Ziele, Modalitäten und Zeitpunkt der Verhandlungen sollte ein Konsens mit den Entwicklungsländern herbeigeführt werden.

Die Zahl der Vollmitglieder des GATT ist 1984 mit 90 unverändert geblieben. Die Volksrepublik China wurde als Beobachter im GATT-Rat und den dem Rat untergeordneten Organen zugelassen. Die Frage der Zulassung von Beobachtern im allgemeinen ist Gegenstand einer noch nicht abgeschlossenen grundsätzlichen Prüfung. Unter den Vertragsparteien herrscht überwiegend die auch von Österreich geteilte Auffassung, daß der Status als Beobachter als erster Schritt zur Vollmitgliedschaft im GATT verstanden werden soll.

Internationales Handelszentrum (ITC)

Zentrale Aufgabe des vom GATT und der UNCTAD gemeinsam betreuten und in Genf ansässigen ITC ist es, interessierte Entwicklungsländer über potentielle Exportmärkte für ihre Produkte zu informieren und sie in moderne Marketing-Techniken einzuweisen. Angesichts der großen Bedeutung steigender Exporterlöse für die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer kommt der Tätigkeit des ITC eine nicht unbeträchtliche Rolle zu.

Die finanzielle Basis der Tätigkeit des ITC stellen freiwillige Beiträge dar. Österreich hat in den vergangenen Jahren durch die Einschaltung der Bundeswirtschaftskammer wiederholt die Tätigkeit des ITC auf dem Gebiet des Aufbaues von Handelskammern in Entwicklungsländern unterstützt. Die Kosten der dabei abgehaltenen Fachkurse wurden gemeinsam von der Bundeswirtschaftskammer und dem Bundeskanzleramt getragen.

In Entsprechung einschlägiger Resolutionen des GATT und der UNCTAD, denen auch Österreich zugestimmt hat, haben die zuständigen österreichischen Stellen mit dem Sekretariat dieser Organisation erneut Kontakt aufgenommen, um die Modalitäten eines allfälligen Beitrages der österreichischen Regierung zum Programmbudget des ITC abzuklären. In diesem Zusammenhang konnte die grundsätzliche Bereitschaft zur Bereitstellung eines finanziellen Beitrages bis zu 100000 Dollar für die Durchführung einer Angebots- und Nachfragestudie in der Präferenzzone für Staaten des östlichen und südlichen Afrika zugesagt werden.

Währungs- und Finanzpolitik

Währungs- und Finanzpolitik

Das derzeitige Währungs- und Finanzsystem beruht auf den bei der Bretton Woods-Konferenz im Jahre 1944 beschlossenen Vereinbarungen und Institutionen, das in der Zwischenzeit schrittweise geändert wurde. Eine zentrale Rolle in diesem System spielt nach wie vor der Internationale Währungsfonds (IMF). Seine Hauptaufgaben sind die periodische Konsultation mit den Mitgliedsstaaten zwecks Überprüfung ihrer Wirtschaftspolitik, insbesondere ihrer Zahlungsbilanz- und Währungspolitik; die Aufrechterhaltung möglichst stabiler Wechselkurse; die Sicherung einer grösstmöglichen Freiheit im Zahlungsverkehr; und die finanzielle Unterstützung bei der Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zur Förderung des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses.

Verschiedene, auch informelle Gruppen, die teils innerhalb und teils ausserhalb des IMF stehen, haben ein grosses – und vielleicht wachsendes – Gewicht: die als IMF-Gläubigerkonsortium im Jahr 1962 entstandene sogenannte „Zehner-Gruppe“ (der die USA, Japan, die BRD, Grossbritannien, Frankreich, Kanada, Italien, Holland, Belgien, Schweden und seit dem Vorjahr auch die Schweiz angehören) dokumentiert ihren Einfluss auf relevante währungs- bzw. wirtschaftspolitische Entscheidungen in den verschiedenen internationalen Organisationen. Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre gehen wichtige politische Impulse auch von den Wirtschaftsgipfeltreffen der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten aus. Daneben ist auch die sogenannte „Fünfer-Gruppe“, die sich aus den USA, Japan, BRD, Grossbritannien und Frankreich zusammensetzt, eine massgebliche wirtschaftspolitische Instanz. Die Entwicklungsländer beraten ihre Positionen in internationalen Währungs- und Finanzfragen im Rahmen der „Gruppe der 24“ und der „Gruppe der 77“. Seit dem Jahr 1974 werden die vordringlichsten Währungs- und Finanzprobleme auf dem Niveau der Finanzminister bzw. Notenbankpräsidenten und Entwicklungsminister auch im „Interimskomitee“ des IMF und im „Entwicklungskomitee“ von Weltbank und Währungsfonds behandelt.

Während der IMF im Zuge der steigenden Verschuldung der Entwicklungsländer auch in zunehmendem Masse von diesen Ländern in Anspruch genommen wird, dienen die ebenfalls in Bretton Woods gegründete Weltbank (IBRD) und die mit ihr assoziierte, 1956 bzw. 1960 konstituierte Internationale Finanzkooperation (IFC) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) praktisch ausschliesslich der Deckung des Finanzbedarfs von Entwicklungsländern.

Angesichts der eingetretenen tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen fordern die Entwicklungsländer verstärktes Mitspracherecht in sowie eine Anpassung der Bretton Woods-Institutionen. Das und die künftige Rolle dieser Einrichtungen ist seit Jahren ein wichtiges

Währungs- und Finanzpolitik

Thema der internationalen Politik. Viele Entwicklungsländer haben die Einberufung einer Internationalen Währungs- und Finanzkonferenz zur Überprüfung der gegenwärtigen Weltwährungsordnung gefordert. Derzeit prüfen die Finanzminister der sieben grössten westlichen Industriestaaten die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems und die Rolle, welche eine „Internationale Währungskonferenz“ dabei zu gegebener Zeit spielen könnte. Österreich befürwortet eine Überprüfung des Internationalen Währungs- und Finanzsystems. Es steht dem Wunsch der Entwicklungsländer nach stärkerer Einbeziehung in die diesbezüglichen Konsultationen verständnisvoll gegenüber. So ist zu hoffen, daß die derzeit laufenden vorbereitenden Beratungen zu konkreten Ergebnissen führen und die politischen und technischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Abhaltung einer „Internationalen Währungs- und Finanzkonferenz“ geschaffen werden.

Internationaler Währungsfonds (IMF)

Die anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite vieler Mitgliedsstaaten und insbesondere vieler Entwicklungsländer haben bewirkt, daß auch im Jahre 1984 die Mittel des IMF stark in Anspruch genommen wurden. Als Folge davon standen Fragen des erweiterten Zugangs zu den Fondsfazilitäten und der weiteren Zuteilung von Sonderziehungsrechten im Vordergrund der Beratungen des Währungsfonds.

Der „erweiterte Zugang“ war ursprünglich als Übergangslösung bis zum Inkrafttreten der 8. Quotenerhöhung des Fonds gedacht und sollte Ende 1984 zu Ende gehen. In Anbetracht der Zahlungsbilanzprobleme vieler Mitgliedstaaten und der Unsicherheiten über die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten wurde beschlossen, die erweiterte Fazilität während des Jahres 1985 weiterzuführen. Die bisherigen Limits von 102% und in besonderen Fällen 125% der eigenen Quoten wurden auf 95% bzw. 115% pro Jahr herabgesetzt. Das ergibt insgesamt einen erweiterten Zugang von nunmehr 285%, in Sonderfällen von 345% gegenüber bisher 306% bzw. 375%. Als Gegenleistung konnten im Rahmen der Sonderfazilitäten die bestehenden Ziehungsgrenzen beibehalten werden.

Keine Einigung konnte aber weiterhin in der Frage der Zuteilung von neuen Sonderziehungsrechten erzielt werden. Die Entwicklungsländer und die meisten Industriestaaten (darunter Österreich) haben sich für eine Zuteilung neuer Ziehungsrechte ausgesprochen. Einige maßgebliche westliche Industriestaaten widersetzten sich aber einer solchen Maßnahme. Sie halten sie für nicht notwendig und befürchten, daß durch sie die Inflation angeheizt würde. Die Bemühungen um eine Einigung in dieser Frage werden im Exekutivdirektorium des Fonds fortgesetzt.

Im IMF gehört Österreich zusammen mit Belgien, der Türkei, Luxemburg und Ungarn einer Stimmrechtsgruppe an. Belgien stellt den Exekutivdirek-

Internationaler Währungsfonds (IMF)

tor, Österreich und die Türkei abwechselnd den stellvertretenden Exekutivdirektor der Gruppe.

Die österreichische Delegation zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (Washington, D. C. 24. bis 27. September 1984), die regelmäßig zusammen mit jener der Weltbankgruppe abgehalten wird, stand wiederum unter der Leitung von Nationalbankpräsident Univ. Prof. Dr. Stephan Koren.

Internationale Rohstoffpolitik

Probleme der internationalen Rohstoffpolitik werden in erster Linie im Rahmen der UNCTAD, der FAO und des GATT sowie in den internationalen Rohstofforganisationen behandelt. Während letztere bestehende Übereinkommen und Vereinbarungen durchführen und dabei auch wertvolle Arbeit im Bereich der Sammlung und Auswertung statistischer Informationen leisten, liegt die Bedeutung der UNCTAD auf dem Gebiet der Initiierung rohstoffpolitisch relevanter Studien und Diskussionen sowie der Verhandlung von konkreten Rohstoffübereinkommen.

Die österreichische Haltung zu Fragen der internationalen Rohstoffpolitik wird von dem Umstand bestimmt, daß Österreich auf vielen Gebieten im hohen Maße von Rohstoffimporten abhängig ist. Eine regelmäßige Versorgung zu möglichst stabilen Preisen ist daher für die österreichische Wirtschaft von größtem Interesse. Andererseits stellen stabilere Preise und Erlöse für die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer eine wichtige Voraussetzung für eine solide wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar. Aus eigenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Überlegungen unterstützt Österreich daher seit vielen Jahren alle jene multilateralen Bemühungen, die darauf abzielen, gemeinsame, den Interessen der Rohstoffproduzenten und -konsumenten in gleicher Weise dienende Lösungen für die Probleme der Preis- und Erlösstabilität sowie der Sicherheit der Versorgung mit Rohstoffen zu finden.

Integriertes Rohstoffprogramm

Ziel des auf der 4. Welthandelskonferenz (Nairobi 1976) beschlossenen „Integrierten Rohstoffprogramms“ ist es, durch gemeinsame Maßnahmen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie zwischen Rohstoffproduzenten und -konsumenten für die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer günstigere Marktverhältnisse und vermehrte Produktionsanreize zu schaffen, die sich ihrerseits auf die Versorgungssicherheit der rohstoffimportierenden Industriestaaten positiv auswirken sollen. Zu diesem Zweck sind im wesentlichen folgende Maßnahmen vorgesehen: Schaffung eines Gemeinsamen Rohstoff-Fonds, Abschluß neuer Rohstoffabkommen, Verbesserung der Systeme zur Stabilisierung der Exporterlöse

Integriertes Rohstoffprogramm

sowie Erhöhung des Zuganges für Erzeugnisse aus Entwicklungsländern zu den Absatzmärkten und Verbesserung ihrer Qualität und Verteilung.

Das 1980 ausgehandelte Abkommen über die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds sucht mittels des sogenannten „1. Fensters“ eine Stabilisierung der Preise wichtiger Rohstoffe durch Finanzierung von Ausgleichslagern zu erreichen. Bei anderen Rohstoffen, die sich für die Lagerung weniger eignen, soll der Fonds mittels des sogenannten „2. Fensters“ finanzielle Unterstützung für absatzfördernde Maßnahmen (inklusive Forschung, Produktivitätssteigerung, Marktstudien usw.) gewähren. Das Anfangskapital beträgt 750 Mio. US\$, wovon 400 Mio. auf das 1. Fenster und 350 Mio. auf das 2. Fenster entfallen.

Zum Inkrafttreten des Abkommens ist die Ratifizierung durch mindestens 90 Staaten erforderlich, die $\frac{2}{3}$ der direkten Fondsbeiträge von 470 Mio. US\$ repräsentieren. Bis Ende 1984 haben zwar 112 Staaten unterzeichnet, aber nur 82 Staaten, die zusammen jedoch nur knapp weniger als die Hälfte der Fondsbeiträge leisten, ratifiziert. Die Erfordernisse für das Inkrafttreten des Abkommens sind somit bisher nicht erfüllt worden.

Österreichischerseits wurde das Übereinkommen bereits 1983 ratifiziert. Der österreichische Beitrag zum Fonds wird 3,160.000 US-Dollar (0,67%) betragen, wovon 85% für das „1. Fenster“ und die restlichen 15% für das „2. Fenster“ bestimmt sind. Für letzteres hat Österreich darüber hinaus bei der 5. Welthandelskonferenz (1979) eine zusätzliche freiwillige Beitragsleistung von 2 Mio. US-Dollar zugesagt.

Im Rahmen der weiteren Durchführung des Integrierten Rohstoffprogramms fanden im Berichtsjahr Tagungen des UNCTAD-Wolframkomitees und über Eisenerz statt. Auch die in London angesiedelte Internationale Blei- und Zinkstudiengruppe hielt eine weitere Tagung ab. Zweck dieser Tagungen war es, einen Meinungs- und Informationsaustausch abzuhalten und insbesondere die statistischen Unterlagen zu verbessern.

In Entsprechung eines Beschlusses der 6. Welthandelskonferenz prüfte im Berichtsjahr eine kleine Expertengruppe die Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit der Schaffung einer neuen, bereits bestehende Instrumente ergänzenden Exporterlösausfallsfinanzierungs-Fazität zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer. Diese Frage wird auf einer im Juni 1985 abzuhaltenden Sondertagung des UNCTAD-Rates weiter beraten werden.

Rohstoffübereinkommen

Außerhalb und innerhalb des Integrierten Rohstoffprogrammes der UNCTAD bestehen derzeit für folgende Rohstoffe Übereinkommen: Kaffee, Kakao, Zucker, Olivenöl, Weizen, Kautschuk, Jute sowie für tropische Höl-

Rohstoffübereinkommen

zer (letzteres ist allerdings noch nicht in Kraft getreten). Bemerkenswert ist hiebei, daß sich in letzter Zeit eine Tendenz abzuzeichnen beginnt, Abkommen zu schließen, mit deren Hilfe das Problem der schwankenden Rohstoffpreise durch andere als die klassischen Preisstabilisierungsmaßnahmen (Lagerhaltung und Exportquoten) gelöst werden soll. So konzentrieren sich die Übereinkommen über Jute und tropische Hölzer auf Forschung und Entwicklung, Produktverbesserung und effizientere Vermarktung.

Österreich gehörte dem Ende 1984 ausgelaufenen Zucker-Übereinkommen als Exportland an und ist zur Zeit Mitglied des Internationalen Weizen-Übereinkommens sowie des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1983, dessen Ratifizierung bereits vorgenommen worden ist. Die geringe Zahl von Mitgliedschaften in internationalen Rohstoffübereinkommen ist darauf zurückzuführen, daß infolge der österreichischen Importpraxis – Bezug der Rohstoffe in der Regel über Handelshäuser und nicht direkt im Produzentenland – seitens der Wirtschaft oft kein unmittelbares Interesse an einer Mitgliedschaft Österreichs gegeben ist oder der Rohstoff für die österreichische Wirtschaft keine Bedeutung hat. Es wird jedoch geprüft, ob nicht in einzelnen Fällen ein Beitritt aus vornehmlich außen- und entwicklungspolitischen Gründen zweckmäßig wäre. So ist – vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung – im Jahre 1985 der Beitritt zu den Übereinkommen über Jute und tropische Hölzer in Aussicht genommen.

Bei den 1983 und 1984 in insgesamt drei Sessionen intensiv geführten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Zuckerabkommens erwies es sich als unmöglich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den großen Zuckerexportländern zu überbrücken. Die an den Verhandlungen teilnehmenden Staaten konnten sich lediglich auf den Text eines Administrativabkommens (ohne Wirtschaftsklauseln) einigen, das den Weiterbestand der Internationalen Zucker-Organisation in London als Konsultativforum gewährleisten wird. Der Internationale Zuckerrat wird jedoch seine Bemühungen um eine Verbesserung der Verhandlungsgrundlagen zur Erreichung eines umfassenden Abkommens fortsetzen. Österreich hat an allen drei Verhandlungsrunden aktiv teilgenommen und das neue Zuckerübereinkommen am 20. 12. 1984 unterzeichnet.

In Entsprechung eines Beschlusses des Internationalen Kakaorates wurde 1984 die Neuverhandlung des derzeit bestehenden Kakao-Übereinkommens eingeleitet. Die zu diesem Zweck vom UNCTAD-Sekretariat einberufene UN-Kakaokonferenz 1984 hielt im Frühjahr und Herbst 1984 je eine Session ab, ohne daß es dabei gelungen wäre, die Meinungsverschiedenheiten der Produzenten- und Konsumentenländer in wichtigen Fragen zu überbrücken. Eine weitere Verhandlungsrunde war für Anfang 1985 vorgesehen. Österreich nahm an dieser Konferenz in beobachtender Weise teil.

Die Energieversorgung Österreichs

Mit der Internationalen Kakao-Organisation und dem Internationalen Olivenölrat besteht eine freiwillige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Übermittlung von statistischen Unterlagen.

Für die innerstaatliche Durchführung internationaler Rohstoffübereinkommen ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie federführend zuständig.

Internationale Energiepolitik

Die Energieversorgung Österreichs

Auf dem internationalen Energiemarkt, und zwar insbesondere auf dem Erdölmarkt, gab es auch 1984 trotz eines seit fünf Jahren erstmals wieder steigenden Verbrauchs weiterhin ein Überangebot. Seit dem Sommer 1984 gerieten vor allem die Erdölpreise wieder unter Druck. Der OPEC, die über fast zwei Drittel der nachgewiesenen weltweiten Erdölreserven verfügt, gelang es trotz zweimaliger Senkung ihrer Förderungsquoten nicht, den Erdölmarkt zu stabilisieren. Der Verbrauch außerhalb der Staatshandelsländer stieg 1984 nach Angaben der Internationalen Energieagentur auf 46,3 Mio. Barrel an. Er blieb damit jedoch weiterhin erheblich unter den 52,4 Mio. Barrel des Jahres 1979. Die im Vergleich zu den letzten Jahren erfolgte Erhöhung des Absatzes kam jedoch fast ausschließlich den nicht der OPEC angehörenden Erdölförderländern zugute. Die OPEC, die noch 1979 die Hälfte der Erdölförderung sicherstellte, hat heute nur noch einen Marktanteil von rund einem Drittel.

Gleichzeitig gingen die Nettoeinnahmen der Mitgliedsländer stark zurück. Sie fielen nach den Statistiken des Internationalen Währungsfonds von 281 Mrd. US\$ im Jahr 1980 auf 158 Mrd. US\$ im Jahr 1984.

Ein kräftiger Preisverfall beim Erdöl, der den weiteren Zusammenhalt der OPEC ernstlich gefährden könnte, würde sich kurzfristig auf die Konsumentenländer sicherlich günstig auswirken. Langfristig würde eine derartige Entwicklung jedoch nach weit verbreiteter Auffassung eine neue Welle von Preissprüngen heraufbeschwören.

Der gegenwärtige ausgesprochene Käufermarkt sollte daher nicht zu einer allzu optimistischen Einschätzung der langfristigen Entwicklung verleiten. An der Begrenztheit der Ressourcen hat sich nichts geändert. Auch ist zu berücksichtigen, daß die labile politische Lage vor allem in einigen Ländern des Nahen und des Mittleren Ostens, wo rund 56% der nachgewiesenen weltweiten Erdölreserven liegen, zu kurzfristigen Versorgungsstörungen der Industriestaaten führen könnte. Die Abhängigkeit der Energieversorgung der Industriestaaten vom Erdöl, die in Westeuropa ggw. ca. 50% beträgt, wird mittelfristig nur langsam abnehmen. Trotz einer erfolgreichen Entkoppelung des Energieverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum muß

Die Energieversorgung Österreichs

langfristig wieder mit einer wachsenden Zunahme der Energienachfrage gerechnet werden. Die Wachstumsraten werden allerdings in den Industriestaaten viel niedriger ausfallen als in den Entwicklungsländern, die einen großen Nachholbedarf haben. Auf die in der Dritten Welt lebende eine Hälfte der Weltbevölkerung entfallen derzeit nur rund 15% des weltweiten Energieverbrauchs.

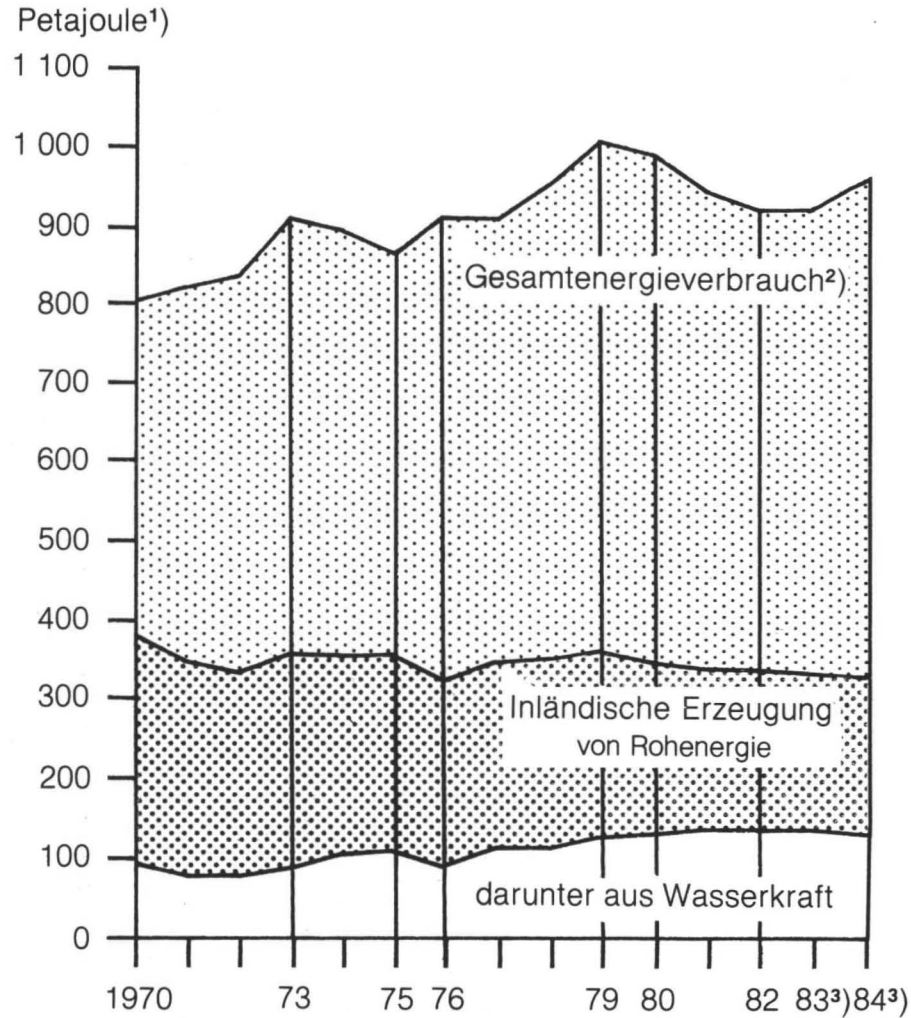
Aus der derzeitigen Situation ergibt sich deutlich die große Bedeutung einer möglichst umfassenden und vielschichtigen internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich. Dies gilt in besonderem Maße für Österreich, das als kleines exportorientiertes Binnenland seine gegenwärtig zu zwei Drittel vom Ausland abhängige Energieversorgung nur durch intensive internationale Beziehungen sicherstellen kann. Dazu kommt, daß die Abhängigkeit der Energieversorgung von Importen infolge der stetig abnehmenden heimischen Vorkommen an flüssigen, gasförmigen und auch festen Brennstoffen voraussichtlich weiterhin zunehmen wird. Ein besonders hoher Grad an Auslandsabhängigkeit erfordert eine entsprechende Diversifizierung der Bezugsquellen, wobei aber stets eine Ausgewogenheit zwischen Bezugskosten und größtmöglicher Versorgungssicherheit im Auge zu behalten ist. Österreich begrüßt daher neben dem Ausbau bilateraler Kontakte mit den wichtigsten Produzentenländern alle Ansätze zu einer multilateralen Kooperation zwischen den Konsumenten- und Produzentenländern, wie sie in den Zielsetzungen der Internationalen Energieagentur und anderer internationaler Organisationen enthalten sind.

Energieverteuerung und gesamtwirtschaftliche Rezession führten am Beginn der 80er Jahre auch in Österreich zu einem spürbaren Rückgang der Energienachfrage, der erst in der ersten Hälfte 1983 zum Stillstand kam. Als sich die internationale Konjunktur erholte und ungünstige Witterungsverhältnisse im Winter 1983/84 den Bedarf erhöhten, kam es zu einem starken Anstieg des Energieverbrauchs.

Seit Sommer 1984, als das gesamtwirtschaftliche Wachstum wieder nachließ und die Energiepreise infolge des hohen Dollarkurses anstiegen, begann der Verbrauchszuwachs rasch wieder zu verflachen. Der österreichische Energieverbrauch ist im Jahre 1984 nach Berechnungen des WIFO voraussichtlich um 3 ½% gestiegen, bei einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5%. Ein Vergleich der Jahre 1973 und 1982 zeigt jedoch, daß der Bruttoenergieverbrauch nur um 0,4% angestiegen und der effektive Endenergieverbrauch sogar um 2,2% gesunken ist. Angesichts eines Anstieges des realen BIP in diesem Zeitraum um 26,2% bedeutet dies, daß auch in Österreich eine starke Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stattgefunden hat.

Der Rückzug aus dem Erdöl setzte sich auch 1984 fort. Der Verbrauch von Erdöl und Erdölprodukten schrumpfte, der Verbrauch von Kohle und Erdgas nahm zu, und dank größerer Kraftwerkskapazität und günstiger Witte-

Energieverbrauch und inländische Erzeugung 1970 bis 1984

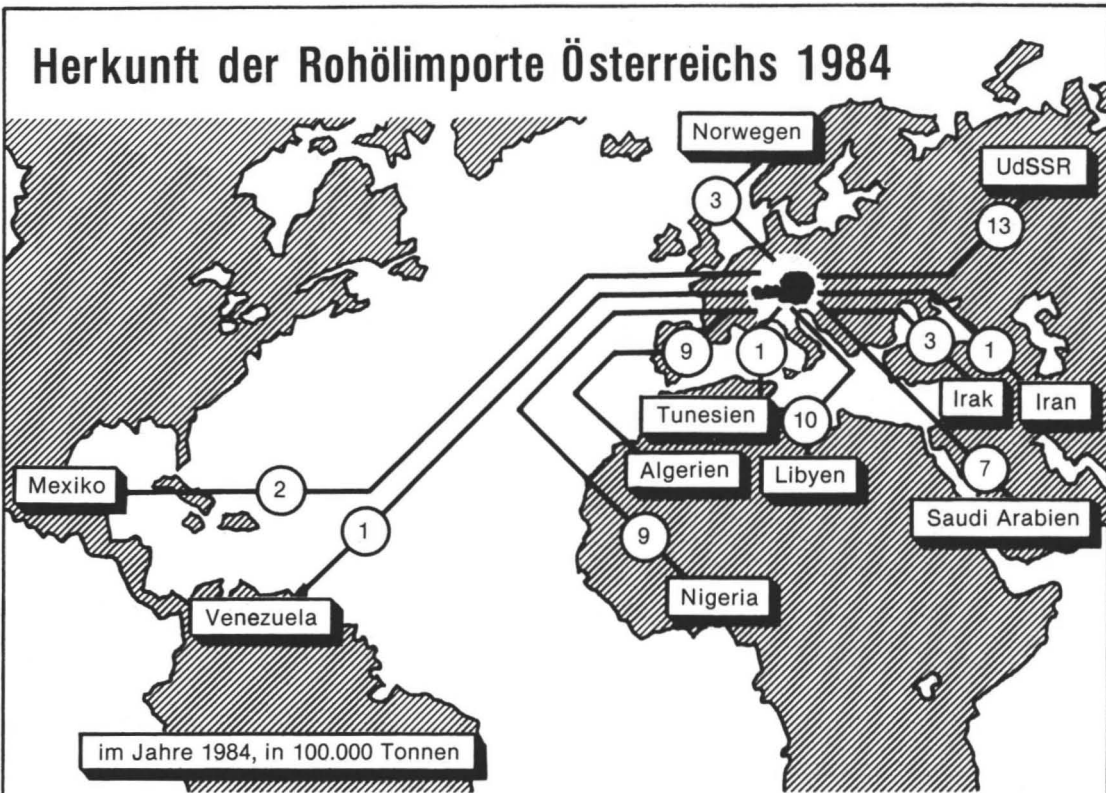


1) 1 PJ = ca. 35 000 Tonnen Steinkohle. — 2) Gesamtenergieverbrauch = inländische Erzeugung von Rohenergie + Einfuhr – Ausfuhr (von Roh- und abgeleiteter Energie) ± Lagerveränderung. — 3) Vorläufige Werte.

Quelle: WIFO, Österreichisches Statistisches Zentralamt

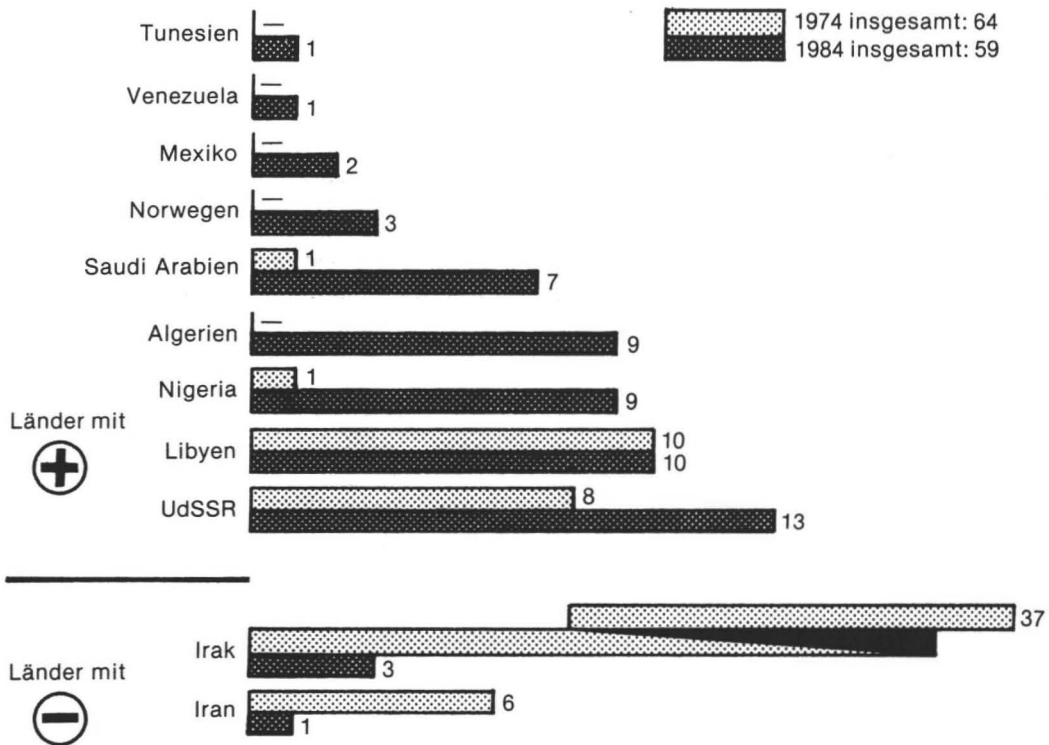


Organisation der Erdölexportierender Länder (OPEC)



Rohölmengen nach Herkunftsländern 1974 und 1984

in 100.000 Tonnen



Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Organisation der erdölexportierender Länder (OPEC)

Energieimporte 1982 bis 1984

Energieträger	1982		1983		1984	
	Menge	in Mio. S	Menge	in Mio. S	Menge	in Mio. S
Erdöl und Erdölerzeugnisse, in 1.000 t						
insgesamt:	8.773	37.164	8.397	34.588	8.946	40.039
darunter aus: UdSSR	1.428	5.819	1.481	5.856	1.280	5.449
Libyen	1.149	5.089	651	2.690	996	4.373
Algerien	290	1.421	659	3.161	865	4.196
BRD	957	4.521	915	4.045	828	4.055
Nigeria	204	888	400	1.601	901	3.858
Ungarn	269	974	463	1.956	646	3.113
Saudi-Arabien	1.928	8.064	1.249	4.821	752	2.979
Italien	459	2.198	401	2.065	374	2.065
CSSR	371	1.414	423	1.572	449	1.762
Norwegen	—	—	—	—	270	1.283
Irak	102	474	—	—	281	1.240
zum Vergleich:						
Inländische Förderung	1.290		1.269		1.205	
Erdgas, in Mio. m³						
insgesamt:	3.026	8.371	2.495	6.117	4.077	10.421
darunter aus: UdSSR	2.961	8.166	2.451	5.977	4.009	10.205
zum Vergleich:						
Inländische Förderung	1.324		1.213		1.272	
Kohle, Koks, Briketts, in 1.000 t						
insgesamt:	4.863	7.054	4.729	6.169	5.573	7.154
darunter aus: Polen	963	1.441	1.223	1.536	1.939	2.263
BRD	519	1.079	703	1.280	908	1.625
CSSR	1.138	1.566	1.157	1.400	1.124	1.308
zum Vergleich:						
Inländische Förderung	4.960		4.766		4.755	

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Die Energieversorgung Österreichs

rungsverhältnisse trug auch die Wasserkraft mehr zur Bedarfsdeckung bei. Vor allem der jüngste Konjunkturaufschwung in der Eisen- und Stahlindustrie, die Substitution des teuren Heizöls durch billigere Kohle und die Auswirkungen energiepolitischer Maßnahmen zu Gunsten der Kohle führten im Berichtsjahr zu einer kräftigen Zunahme der Kohlekäufe aus dem Ausland. Die zunehmende Substitution des Heizöls durch andere Energieträger wirkte sich 1984 auch auf den Erdgasverbrauch entsprechend aus.

Im Jahre 1983 mußten 67,9% des Gesamtenergieaufkommens importiert werden. Von den Energieimporten entfielen auf das COMECON 51,6%, auf die OPEC 22% und auf die OECD 17,3%. Aus diesen Zahlen ergeben sich folgende Anteile am österreichischen Gesamtenergieaufkommen: Inland 32,1%, COMECON 35,1%, OPEC 15% und OECD 11,8%.

Die in den letzten Jahren weltweit geänderte Energiesituation und das vor allem in den Industriestaaten stark gestiegene Umweltbewußtsein haben in jüngster Zeit auch in Österreich zu neuen energiepolitischen Zielvorstellungen geführt. Neben den drei bisherigen „klassischen“ Zielen der Bedarfsdeckung, der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit, hat sich die Verfolgung zweier weiterer grundsätzlicher Ziele als energiepolitisch notwendig erwiesen: Umweltverträglichkeit und soziale Verträglichkeit.

Diese beiden „neuen“ energiepolitischen Ziele mit den bisherigen „klassischen“ in Einklang zu bringen, war die Aufgabe des neuen österreichischen Energiekonzepts, das im November 1984 dem Parlament zugeleitet wurde.

Die zentrale Aufgabe der künftigen österreichischen Energiepolitik wird demnach darin bestehen, zwischen den grundsätzlichen energiepolitischen Zielen einen tragfähigen Kompromiß zu finden und die im Energiekonzept 1984 der Bundesregierung enthaltenen diesbezüglichen Leitlinien zu befolgen. Daß dies in Koordination mit anderen wirtschaftlichen und auch außenpolitischen Zielen erfolgen muß, liegt auf der Hand.

Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC)

Bereits im Jahre 1949 fanden zwischen Venezuela, Iran, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien erste Kontakte zwecks Erarbeitung einer gemeinsamen Politik gegenüber den internationalen Ölgesellschaften statt. Nachdem sich solche Kontakte in den folgenden Jahren intensivierten, kam es im September 1960 anläßlich einer Konferenz in Bagdad zur Gründung der Organisation erdölexportierender Länder (Organization of Petroleum Exporting Countries). Der Gründungsvertrag zwischen den fünf bereits erwähnten Staaten wurde im November 1962 bei den Vereinten Nationen registriert. Hauptziel der Organisation ist es, die Erdölpolitik der Mitglieder zu koordinieren, ihre individuellen und kollektiven Interessen als Erdölproduzenten wahrzunehmen und für eine Stabilisierung der Weltmarktpreise im Interesse der Produzenten- und Konsumentenländer Sorge zu tragen.

Organisation der erdölexportierender Länder (OPEC)

Neben den fünf Gründungsmitgliedern, denen bei der Entscheidung über Anträge zur Aufnahme in die Organisation ein Vetorecht zusteht, sind der OPEC beigetreten: Katar (1961), Indonesien, Libyen (1962), VAE, Algerien (1971), Ekuador (1973), Nigeria (1971) und Gabun (1974).

Oberstes politisches Organ der OPEC ist die Konferenz der Erdöl- bzw. Finanzminister, die jährlich zweimal zusammentritt. Der Gouverneursrat ist für die Durchführung ihrer Beschlüsse verantwortlich und wird in seinen Aufgaben vom Sekretariat und dessen Abteilungen für Verwaltung, Wirtschaft, Rechtsfragen, Information, Technik und Statistik unterstützt. Das Sekretariat (dzt. kein Generalsekretär bestellt) wurde 1961 in Genf errichtet und übersiedelte 1965 nach Wien.

Ein weiteres wichtiges Organ ist der Ministerausschuß für langfristige Strategie und Planung, in dem die Grundlinien für die Beziehungen der OPEC zu den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sowie die Preisbildungsmechanismen erarbeitet werden.

Bis 1981 förderten die OPEC-Länder zusammen knapp 50% der Welterdölproduktion. Sie waren am Welthandel mit Öl zu mehr als $\frac{4}{5}$ und an der Erdölversorgung der westlichen Länder zu rund $\frac{3}{5}$ beteiligt. Auf dieser Basis gelang es der OPEC, in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens trotz teilweise unterschiedlicher Interessen ihrer Mitglieder eine bestimmende Stellung am Weltenergiemarkt einzunehmen. Heute sind die OPEC-Staaten nur mehr zu etwa einem Drittel an der gesamten Welt-Erdölproduktion beteiligt.

Dessen ungeachtet ist die OPEC systematisch bestrebt, ihrem Kartellmodell für rohstoffexportierende Entwicklungsländer und ihrer Rolle als Anwalt für die Anliegen der Dritten Welt und im Nord-Süd-Dialog Geltung zu verschaffen. Sie stellt über den OPEC-Fonds sowie andere internationale Organisationen und Finanzinstitutionen beträchtliche Mittel für die Entwicklungsaufgaben bereit.

Der Status der OPEC in Österreich ist durch das Amtssitzabkommen 1974 festgelegt.

Die Aktivitäten der OPEC im Berichtsjahr waren vor allem vom intensiven Bemühen charakterisiert, den Ölpreis gegenüber einem möglichen weiteren Verfall zu festigen.

Die 70. Ministerkonferenz fand am 10. und 11. Juli 1984 in Wien unter Vorsitz des libyschen Ölministers Kamel Maghur statt. Wie schon 1983 vertagte die Konferenz die Diskussion über die Ernennung eines neuen Generalsekretärs, um weitere Konsultationen zwischen den Mitgliedern zu ermöglichen, und verlängerte, beginnend mit Oktober 1984, die Amtsperiode des stellvertretenden Generalsekretärs Dr. Al-Chalabi um weitere drei Jahre.

Organisation der erdölexportierender Länder (OPEC)

Unter Vorsitz des indonesischen Energieministers Dr. Subroto fand vom 29. bis 31. 10. 1984 in Genf die 71. Außerordentliche Ministertagung statt, wo u. a. beschlossen wurde, die Produktion bis auf weiteres von 17,5 Mio. b/d auf 16 Mio. b/d zu reduzieren. Weiters wurde unter Vorsitz des saudischen Ölministers Yamani eine Kommission zur Lösung der Probleme der OPEC-Preisbandbreite bzw. der Preisstaffelung nach Qualitäten (differentials) eingesetzt.

Vom 19. bis 29. Dezember 1984 fand in Genf, wiederum unter Vorsitz des indonesischen Ölministers Dr. Sabroto, die 72. Ministerkonferenz statt.

Zur Verstärkung der Disziplin der Mitglieder wurde (unter Vorsitz des saudischen Ölministers Yamani) ein Exekutivrat für Kartelldisziplin geschaffen, dem auch die Energieminister Indonesiens, Nigerias, der VAE und Venezuelas angehören. Die nächste (außerordentliche) Ministerkonferenz ist für den 28. Jänner 1985 in Genf anberaumt worden.

Internationale Energieagentur (IEA)

Die seit zehn Jahren bestehende IEA kann auf beachtliche Erfolge zurückblicken. Im Jahre 1973 importierten die Mitgliedsländer der IEA 23,5% Mio. Faß Erdöl pro Tag. Im Berichtsjahr 1984 wurden um etwa 10 Mio Faß pro Tag weniger importiert. Diese entscheidende Verringerung der Abhängigkeit von importiertem Erdöl geht auf die Marktreaktionen auf die Preisschübe in den Jahren 1973/74 und 1979/80 sowie auf zielbewußte unterstützende energiepolitische Maßnahmen der Industrieländer zurück.

Die Energiekonsumenten haben in den letzten zehn Jahren Fortschritte beim wirksameren Einsatz von Energie erzielt („Energiesparen“). Der Ölverbrauch der Industriestaaten liegt heute etwa 18% unter dem von 1979, wenn sich auch wieder ein leicht steigender Trend bemerkbar macht.

Die zur Erzeugung einer Einheit des BNP erforderliche Energiemenge (Öl oder andere Energieträger) hat sich seit 1973 um 17% verringert. Die Energieproduktion der OECD-Länder aus heimischen Quellen konnte seit 1973 um 18% erhöht werden (Kohle, Kernkraft, Erdöl aus der Nordsee und aus Alaska). Die verbleibenden, immer noch sehr bedeutenden Erdöleinfuhren wurden regional breiter gestreut.

Der im Internationalen Energie-Programm vom November 1974 vereinbarte Aufbau von Krisenvorräten wurde in praktisch allen IEA-Ländern durchgeführt. Das Vorratsziel wurde nach und nach auf 90 Tage Importbedarf angehoben und ist IEA-weit erreicht und überschritten. Im Juli 1984 wurden Vereinbarungen getroffen, die den „flexiblen Einsatz“ dieser Vorräte, vor allem der in staatlichem Eigentum befindlichen Ölmengen auch schon bei den ersten Anzeichen krisenhafter Entwicklungen, erleichtern sollen.

In regelmäßigen Abständen wird das gesamte Krisensystem der IEA (Zusammenarbeit der Ölgesellschaften bei der Aufteilung vorhandener

Internationale Energieagentur (IEA)

Ölmengen nach dem Verbrauch in einer Referenzperiode, Nachfragedrosselung) so wirklichkeitsnah wie möglich getestet.

Heute – etwa zehn Jahre nach dem ersten „Ölschock“ – herrscht in der IEA die Meinung vor, daß – wenn auch unter erheblichen Kosten – ein beachtliches Maß an Versorgungssicherheit am Energiesektor erreicht werden konnte.

Für die zukünftige Arbeit der IEA sieht Frau Helga Steeg (BRD), die im Berichtsjahr dem langjährigen Exekutivdirektor Dr. Lantzke an der Spitze des IEA-Sekretariates nachfolgte, folgende Hauptaufgaben :

Die Energiepolitik muß so flexibel bleiben, daß die Regierungen stets in der Lage sind, mit unerwarteten Ereignissen fertig zu werden. Sie müssen weiterhin ihre Abhängigkeit von importiertem Öl reduzieren und andere Energiequellen entwickeln.

Das bedeutet, daß Kohle und Kernenergie Wachstumsenergien bleiben müssen und daß auch dem Erdgas – das den Vorteil der Verfügbarkeit aus einer Vielfalt von Versorgungsquellen hat – die volle Entfaltung seiner Möglichkeiten erlaubt werden muß.

Neben der Aufrechterhaltung eines wirtschaftlich vernünftigen Maßes an Eigenvorsorge – wozu auch das gesamte Krisensystem zählt – wäre als langfristiges Ziel eine größere Stabilität und Berechenbarkeit der Beziehungen mit den Ländern mit großen Ölreserven und Erzeugungskapazitäten anzustreben. Diese im Internationalen Energieprogramm an sich vorgesehene und von Österreich stets betonte Komponente der IEA-Politik wird allerdings nicht von allen Mitgliedsländern der IEA in gleicher Weise interpretiert. Aus diesem Grund beschränkten sich die Kontakte zu den Produzentenländern im großen und ganzen auf die bilaterale Ebene.

Im Dezember 1984 stattete Exekutivdirektor Steeg Herrn Vizekanzler Dr. Steger einen Besuch ab, bei dem Fragen der internationalen Energiesituation und Probleme der österreichischen Energiepolitik erörtert wurden. Kurz davor weilte eine Delegation der IEA in Wien, um anhand des eben fertiggestellten Energiekonzeptes der Bundesregierung eine in der IEA seit Jahren übliche „Tiefenprüfung“ der österreichischen Energiepolitik durchzuführen. Hierbei kamen auch zahlreiche außenpolitisch relevante Fragen wie z. B. die Gewährleistung der Versorgungssicherheit trotz hoher Energieimporte zur Erörterung. Der Prüfungsbericht samt Empfehlungen wird Mitte 1985 in gedruckter Form vorliegen.

Um hinreichende Fortschritte in der Energie-Diversifikation und in der weiteren Verbesserung ihrer Energieeffizienz machen zu können, müssen die Mitgliedstaaten verstärkt in verbesserte Technologien investieren. Abgesehen von den damit erreichbaren energiepolitischen Vorteilen wird dies auch dazu beitragen, dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen.

Für Mitte 1985 ist eine Tagung der IEA-Energieminister vorgesehen.

Internationale Energieagentur (IEA)

Forschung und Entwicklung (CRD) : Obwohl seit dem Amtsantritt des neuen IEA-Exekutivdirektors, Frau H. Steeg, ein verstärktes Eintreten für Forschung und Entwicklung auf politischer Ebene im Verwaltungsrat zu vermerken ist, ist die Zusammenarbeit auf Projektebene weiterhin eher rückläufig. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energiequellen hat die Entspannung auf dem Ölmarkt zu einem deutlichen Nachlassen bei den Forschungs- und Entwicklungsbemühungen geführt.

In den letzten Jahren erstellte die IEA mit Hilfe von Expertenausschüssen Einzeluntersuchungen zu ausgewählten Technologiebereichen (z. B. Kohleverflüssigung, Wärmepumpensysteme, Fernheizung), die nun zu einem umfassenden Energie-Technologiebericht ausgebaut wurden. Dieser Bericht, der Anfang 1985 veröffentlicht werden wird, soll den politischen Entscheidungsträgern bei der Gestaltung einer langfristigen Energiepolitik behilflich sein.

Auf Einladung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung hat der zuständige IEA-Direktor für Forschung und Entwicklung, E. Willis, den mit der Erstellung des österreichischen Energieberichtes 1984 befaßten leitenden Beamten im Mai 1984 den Vorentwurf dieses Energie-Technologieberichtes vorgestellt und über seine Erfahrung mit dem auch von Österreich benutzten Rechnermodell Markal berichtet.

Die intensive österreichische Mitarbeit im Bereich der Endverbrauchstechnologien wurde durch die erfolgreiche Veranstaltung der IEA-Wärmepumpen-Konferenz in Graz vom 22. bis 25. Mai 1984 gekrönt. Diese IEA-Konferenz, an der mehr als 300 Fachleute aus allen IEA-Mitgliedsländern sowie aus Frankreich teilnahmen, wurde nach Graz vergeben, da dort das IEA-Wärmepumpenzentrum seinen Sitz hat.

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

Die traditionellen Schwerpunkte der Arbeit der IAEO, die die weltweite friedliche Nutzung der Atomenergie zum Ziel hat, sind die Ausweitung, Verbesserung und Durchführung der IAEO-Sicherheitskontrolle (Safeguards), die Bereitstellung nukleartechnischer Hilfe für Mitgliedsländer (Technical Assistance and Cooperation) und die Förderung der nuklearen Sicherheit. Die Aktivitäten der Organisation erstrecken sich beispielsweise auf den Austausch und die Ausbildung von Experten, die Förderung des internationalen wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches, die Nutzbarmachung der Atomenergie für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft, Biologie und Medizin und den Betrieb von Forschungslaboratorien.

Das Budget der Organisation für 1985 wurde von der 28. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz im September 1984 beschlossen und beträgt 95 025 000 US-Dollar. Dieser Betrag liegt um etwa 1,9% unter dem des Vorjahres. Infolge der Inflation ist die reale Verminderung des Budgets sogar noch grösser.

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

Österreichs Beitrag zu diesem regulären Budget 1984 betrug 688 501 US-Dollar. Sein Beitrag zum Budget des Jahres 1985 beläuft sich auf 669 239 US-Dollar. Freiwillig leistete Österreich 1984 darüber hinaus einen Beitrag von 168 750 US-Dollar zum IAEO-Fonds für Technische Hilfe und Zusammenarbeit. 1985 wird sich dieser Betrag, vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung, auf 192.400 US-Dollar erhöhen. Die Dotierung dieses Fonds wurde gegenüber dem Vorjahr deutlich angehoben und für 1985 ein Zielwert von 26 Millionen US-Dollar festgesetzt (1984: 22,5 Millionen US-Dollar).

Die Aufwendungen für das IAEO-Sicherheitskontrollsystem, den grössten Posten im regulären Budget der Organisation, sind mit 32 547 000 US-Dollar annähernd gleich geblieben.

Generalkonferenz

Die in der Zeit vom 24. bis 28. September 1984 in der Wiener Hofburg abgehaltene 28. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEO entsprach hinsichtlich der dort behandelten Themen im wesentlichen der Tagung des Vorjahres.

Die Tagesordnung enthielt wieder Punkte betreffend die nuklearen Fähigkeiten Südafrikas und betreffend die Konsequenzen des im Jahre 1981 erfolgten israelischen Angriffs auf eine irakische Nuklearanlage. Im ersten Gegenstand verabschiedete die Generalkonferenz mit 57 Pro-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen eine im Namen der afrikanischen Staatengruppe eingebrachte Resolution, die u. a. Südafrika auffordert, seine gesamten Nukleareinrichtungen der IAEO-Sicherheitskontrolle zu unterwerfen und an alle Mitgliedsstaaten appelliert, ihre technische Kooperation mit Südafrika einzustellen. Ferner wird der Generaldirektor der IAEO aufgefordert, die laufenden Verhandlungen mit Vertretern der südafrikanischen Regierung mit dem Ziel der Vereinbarung von IAEO-Inspektionen in südafrikanischen Kernanlagen weiterzuführen. Österreich enthielt sich gemeinsam mit Schweden, Finnland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Norwegen, Spanien und anderen westlichen und mehreren lateinamerikanischen Staaten der Stimme. Das österreichische Stimmverhalten – Stimmenthaltung als Zwischenposition zwischen negativer und positiver Stimmabgabe – gründete sich darauf, einerseits Verständnis für die Haltung der afrikanischen Staaten zum Ausdruck zu bringen und andererseits für die Sicherheitskontrollen der IAEO in Südafrika ein positives Klima aufrecht zu erhalten.

Im Hinblick auf den irakisch-israelischen Konflikt hatten auch dieses Jahr die Vereinigten Staaten von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß die Implementierung und Verabschiedung einer die Mitgliedschaftsrechte Israels beschneidenden Resolution den Auszug der USA und die Einstellung der amerikanischen Beitragszahlungen zur Folge haben würde. Die

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

vom Irak und mehreren arabischen Staaten eingebrachte Resolution wurde mit 53 Pro-Stimmen bei 17 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen angenommen. Sie bedeutet, daß der Streitgegenstand bei der Tagung der Generalkonferenz im Jahre 1985 neuerlich behandelt werden wird.

Österreich enthielt sich bei der genannten Resolution wie im Vorjahr der Stimme. Das österreichische Abstimmungsverhalten – Stimmenthaltung als Zwischenposition zwischen negativer und positiver Stimmabgabe – gründet sich einerseits auf die uneingeschränkte Anerkennung des Prinzips der Universalität in UN-Organisationen, das nicht nur durch den Ausschluss sondern auch durch die Aberkennung von Mitgliedschaftsrechten verletzt würde, und bringt andererseits zum Ausdruck, daß der im Jahre 1981 gegen den unter IAEO-Sicherheitskontrolle stehenden irakischen Reaktor geführte israelische Angriff eine unzulässige Selbstjustiz darstellt.

Von den 22 Mitgliedern des Gouverneursrates der IAEO, die von der Generalkonferenz gewählt sind, werden jährlich elf bei der Tagung der Generalkonferenz neu bestellt. Die diesjährigen Wahlen für die Funktionsperiode 1984 bis 1986 erbrachten folgendes Ergebnis: Argentinien, DDR, Ecuador, Elfenbeinküste, Griechenland, Indonesien, Jordanien, Malaysia, Marokko, Norwegen, Peru. Österreich ist seit 1983 im Gouverneursrat vertreten. Seine Funktionsperiode endet mit der bevorstehenden 29. Tagung der Generalkonferenz der IAEO im September 1985.

Atomsperrvertrag

Dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT, Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons) gehören bereits 127 Staaten an (Stand Ende 1984). Der Zweck des Vertrages besteht darin, die Zahl der Atomwaffenstaaten einzufrieren, das nukleare Wettrüsten zu beenden, eine allgemeine nukleare Abrüstung anzustreben und die Anwendungen der Kernenergie für friedliche Zwecke weltweit zu fördern. Er sieht zum Zwecke der Verifikation der ausschliesslich friedlichen Verwendung von Nuklearmaterial in Nichtatomwaffenstaaten ein IAEO-Sicherheitskontrollsystem vor. Indem der Vertrag die nukleare Rüstung in der Welt mit dem Ziel ihrer vollständigen Beseitigung einer Beschränkung unterwirft, stellt er ein wichtiges Rüstungskontrollinstrument dar.

Der Vertrag verpflichtet jeden Nichtatomwaffenstaat, der dem Vertrag angehört, zur Annahme der IAEO-Sicherheitskontrollen gemäss einem mit dieser Organisation zu schliessenden Sicherheitskontrollabkommen. Ebenso verpflichten sich alle Vertragsstaaten, Verhandlungen bezüglich der nuklearen Abrüstung und über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu führen.

Indem der Vertrag dem Ziele dient, daß seitens der IAEO bereitgestelltes nukleartechnisches Wissen und Material nur friedlichen Verwendungen zugeführt wird, schafft er den Rahmen, innerhalb dessen ein effizienter

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

internationaler Informationsfluss stattfinden und die IAEO ihrer Aufgabe der Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie gerecht werden kann. Die dritte der im Abstand von fünf Jahren stattfindenden NPT-Revisionskonferenzen wird in der zweiten Hälfte des Jahres 1985 in Genf abgehalten werden.

Grenznahe Kernanlagen

Österreich beabsichtigt, mit allen Nachbarstaaten Gespräche und zum geeigneten Zeitpunkt Verhandlungen aufzunehmen, um Fragen im Zusammenhang mit grenznahen Kernanlagen zu regeln. Diese Verhandlungen haben im Falle der CSSR zu einem Abkommen geführt, das am 1. Juni 1984 in Kraft getreten ist. Es sieht eine wechselseitige Informationspflicht über Kernenergieprogramme, Rechtsvorschriften, den Betrieb von Kernanlagen, Umweltdaten und eventuelle Störfälle bei gleichzeitiger Koordination der Schutzmassnahmen vor.

Anfang Juni 1984 wurde ein Umweltschutzabkommen mit Ungarn unterzeichnet, das den Abschluss eines eigenen Abkommens über Kernanlagen vorsieht.

Im Zuge von Verhandlungen mit Jugoslawien wurde im Juni 1983 eine Expertenrunde abgehalten. Jugoslawischerseits wird eine Erweiterung des Verhandlungsgegenstandes von Kernanlagen auf grenzüberschreitende Umweltschutzangelegenheiten im allgemeinen vorgeschlagen. Die Verhandlungen werden fortgeführt werden, sobald prozedurale Fragen der Behandlung beider Themenbereiche geklärt sind.

Mit der Bundesrepublik Deutschland hat im März 1984 in Wien die erste Verhandlungsrunde über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen stattgefunden. Auf Grundlage dieser Gespräche wurde österreichischerseits vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit den interessierten Bundesbehörden und den Vertretern der an die Bundesrepublik Deutschland angrenzenden Bundesländer ein detailliertes Arbeitspapier für die nächste Verhandlungsrunde ausgearbeitet, das der Delegation der Bundesrepublik Deutschland übermittelt worden ist. Die Abhaltung einer zweiten Verhandlungsrunde ist für das Frühjahr 1985 in Aussicht genommen.

ECE

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, welcher alle Staaten West- und Osteuropas sowie die USA und Kanada angehören, ist das einzige institutionalisierte Forum multilateraler Begegnung zwischen West- und Osteuropa auf dem Wirtschaftssektor. Sie ist daher den Schwankungen der allgemeinen weltpolitischen Lage ausgesetzt. Obwohl im Abschlußdokument der KSZE-Folgekonferenz von Madrid die Zusam-

ECE

menarbeit in der ECE empfohlen wurde, stagnieren die Arbeiten auf vielen Gebieten – wie z. B. auf dem Gebiet der Energie und des Handels.

Der von ECE-Generalsekretär Sahlgren eingeleitete Prozeß der Evaluierung des Arbeitsprogrammes und der Überprüfung des Eliminierens veralteter Programmelemente wurde jedoch weitergeführt. Die praktische Zusammenarbeit in den technischen Unterkomitees konnte ebenfalls fortgesetzt werden, was insbesondere in einigen Teilbereichen zu nennenswerten Fortschritten geführt hat.

Die vorrangige Bedeutung des Umweltschutzsektors wird von der überwiegenden Mehrzahl der Mitgliedsstaaten anerkannt. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Umweltschutzaktivitäten der wichtigsten Industriestaaten der Region heute auf die ECE konzentrieren. Die im April d. J. stattgefundene 39. ECE-Jahresversammlung zeigte, daß der Hauptakzent der ECE-Arbeit nunmehr beim Umweltschutz liegt.

Auf dem Handelssektor konnte während der im Dezember 1984 stattgefundenen Tagung des ECE-Handelskomitees in den Bereichen der Kompensationsgeschäfte und Handelshemmnisse kein Fortschritt erzielt werden, da sowohl die westlichen Staaten als auch der Osten darin übereinstimmten, wegen der grundlegenden Meinungsunterschiede diese kontroversiellen Themen nicht zu behandeln, um mögliche Einigungen auf anderen Gebieten nicht zu gefährden. Das Handelskomitee beschloß jedoch die Einberufung eines speziellen Expertentreffens über industrielle Kooperation während der ersten Jahreshälfte 1985 mit dem Mandat, Möglichkeiten für die Schaffung günstigerer Bedingungen auf diesem Sektor zu prüfen, wobei auch die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt- und Energietechnologie berücksichtigt werden soll. Einigung konnte auch über die Abhaltung einer Expertentagung über „Prospects for East-West Trade“ in der zweiten Jahreshälfte 1985 erzielt werden. Als Grundlage für diese Tagung ist eine vom Sekretariat auf der Basis von Beiträgen der Mitgliedsstaaten und internationalen Organisationen zu erstellende Studie vorgesehen. Sie soll Informationen sowohl über östliche Wirtschaftspläne als auch über die westlichen Wirtschaftsprognosen beinhalten.

Im Oktober 1984 wurde auf Einladung der österreichischen Bundesregierung in Wien das Seminar über die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE-Region durchgeführt, welches einen wesentlichen Beitrag zu der 1985 in Nairobi stattfindenden Weltkonferenz über die Bewertung der UN-Frauentendekade darstellt. Das Seminar, welches unter dem Vorsitz von Frau Staatssekretär Dohnal stand, verabschiedete eine Reihe von Entschliessungen und Empfehlungen über notwendige Veränderungen zur allgemeinen Verbesserung der gegenwärtigen Situation der Frau sowie die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt und die verstärkte Einbeziehung von Frauen in den Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung.

ECE

Im Verkehrsbereich hat die zuständige Expertengruppe die umfangreichen Arbeiten für die Revision des Europäischen Übereinkommens über den internationalen Transport gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) beendet. Die zahlreichen substantiellen Änderungen des Abkommenstextes sollen am 1. Mai 1985 in Kraft treten.

Der Leitungsausschuß des TEM (Trans-European North-South Motorway)-Projektes, dem zehn europäische Staaten – darunter auch Österreich – angehören, faßte im Dezember d. J. einen formellen Beschluß über die Verlängerung der Projektsdauer für den Zeitraum 1985/1986.

Gipfeltreffen der Regierungschefs der EFTA-Staaten in Visby

Europäische Wirtschaftliche Kooperation und Integration

Gemeinsame Ministertagung der EG- und EFTA-Staaten in Luxemburg

Das wichtigste Ereignis in den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten im Jahre 1984 war die gemeinsame Ministertagung von Luxemburg (9. 4. 1984). Es war dies das erste, Integrationsfragen gewidmete Zusammentreffen der zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten, der EFTA-Staaten und der EG-Kommission seit der Unterzeichnung der Freihandelsabkommen im Jahre 1972. Die bei dieser Tagung verabschiedete „Gemeinsame Erklärung“ (siehe Abschnitt „Grundsatzserklärungen“) enthält insbesondere ein politisches Engagement für eine verstärkte, über die bereits bestehenden vertraglichen Regelungen hinausgehende Zusammenarbeit. Eine Kernaussage stellt das Bekenntnis zu einem – alle EG- und EFTA-Staaten umfassenden – gemeinsamen „europäischen Wirtschaftsraum“ dar.

Diesem Treffen kommt große politische Bedeutung zu, weil durch die dabei geschlossene Erklärung die besondere Qualität der Beziehungen im europäischen Freihandelssystem und die Bereitschaft zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf hoher politischer Ebene zum Ausdruck gebracht wurde.

Eine der wichtigsten Aufgaben im Zuge der Realisierung der Luxemburger Erklärung wird nun die Herstellung eines homogenen westeuropäischen Wirtschafts- und Industrieraumes sein, von dem die EFTA-Länder nicht ausgeschlossen sein sollen. Dies soll durch eine Intensivierung und durch einen Ausbau der Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, wie etwa Forschung und Entwicklung, Verkehr, Umweltschutz, Landwirtschaft, Energie, Fremdenverkehr und Konsumentenschutz erreicht werden.

Gipfeltreffen der Regierungschefs der EFTA-Staaten in Visby

Die künftige Gestaltung der westeuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit war auch das Thema der Tagung der Regierungschefs der EFTA-Länder, die am 23. Mai 1984 in Visby/Schweden stattfand. Es war das zweite Treffen dieser Art. Das erste hatte über österreichische Einladung 1977 in Wien stattgefunden. Die Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung der Deklaration von Luxemburg und erklärten sich bereit, auf die Beseitigung jener Hindernisse hinzuwirken, die dem freien Handel mit industriell-gewerblichen Gütern im europäischen Raum noch entgegenstehen, sie bekräftigten den Wunsch, die Zusammenarbeit mit der „Europäischen Gemeinschaft“ auf anderen in der Deklaration von Luxemburg genannten Gebieten fortzusetzen, zu intensivieren oder neu aufzunehmen.

Gipfeltreffen der Regierungschefs der EFTA-Staaten in Visby

Darüberhinaus befaßten sich die Regierungschefs mit Fragen der internationalen Wirtschaft und des Welthandels: Sie unterstrichen die Notwendigkeit, den im Gang befindlichen Wirtschaftsaufschwung zu verstärken, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und betonten, daß die Aufrechterhaltung eines offenen Welthandelssystems besonders wichtig sei. Die Rolle des GATT wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Als Beitrag zum Abbau protektionistischer Maßnahmen kamen sie überein, die von der Tokio-Runde des GATT vereinbarten, noch ausstehenden Zollsenkungsstufen vorzuziehen, um damit insbesondere eine Maßnahme zur Förderung des Exports der Entwicklungsländer zu leisten.

Für Österreich ist auch das Eintreten für die Aufrechterhaltung des internationalen Fremdenverkehrs ohne Restriktionen von Interesse. Die EFTA-Minister würdigten überdies die Rolle und Bedeutung der EFTA für die Wirtschaft der Mitgliedstaaten und betonten, daß man diese Organisation in Zukunft noch verstärkt als Forum für einen Informationsaustausch bzw. für Konsultationen über gemeinsam interessierende Handels- und Wirtschaftsfragen benützen würde.

Im Zuge der Vorbereitung dieser Tagung haben das Beratende Komitee sowie das Parlamentarierkomitee der EFTA ihre Standpunkte zu den zur Diskussion stehenden Fragen in eingehenden Stellungnahmen deponiert.

Follow-up

In Kontakten zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Kommission wurden nun im Anschluß an das Treffen von Luxemburg Bereiche diskutiert, in denen die Zusammenarbeit vertieft und ausgebaut werden soll.

Bei einem Treffen hoher Beamter zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Kommission hat man sich am 21. 9. 1984 in Brüssel geeinigt, daß folgende Bereiche der Luxemburger Erklärung mit Priorität zu behandeln wären: Vereinfachung der Ursprungsregeln, Abbau der technischen Handelshemmnisse (vor allem Normen) und Einführung von Grenzerleichterungen bzw. Vereinfachung der Handelsdokumentation. Gleichzeitig wurde als erster konkreter Schritt die Einsetzung von gemeinsamen Expertengruppen für diese Bereiche beschlossen.

Eine erste Sitzung der Experten über technische Handelshemmnisse bzw. Grenzformalitäten und Handelsdokumente fand noch im Laufe des Oktober 1984, über Ursprungsregeln im November 1984 statt. Neben prozeduralen Fragen wurde eine erste Bestandsaufnahme durchgeführt, um das Arbeitsgebiet abzugrenzen. Daneben wurden aber auch substantielle Aspekte angesprochen.

Ein weiteres Treffen hoher Beamter zur Erörterung der Durchführung der Luxemburger Erklärung ist für Ende 1985 geplant. Es wird jedoch nun hauptsächlich an den EFTA-Staaten liegen, weitere konkrete Initiativen zur

Follow-up

Realisierung der Luxemburger Beschlüsse zu ergreifen, um so die Dynamik der gesamteuropäischen Integration zu erhalten.

Im Lichte der Luxemburger Erklärung hat Österreich gegenüber der EG folgende Hauptinteressen :

- Maßnahmen gegen ein technologisches Zurückbleiben Europas. Österreichischerseits besteht daher besonderes Interesse an einer Mitwirkung am EG-Hochtechnologieprogramm ESPRIT sowie an ähnlichen Projekten.
- Mitwirkung an einer europäischen Normenharmonisierung.
- Abbau von Grenzhindernissen im Personen- und Güterverkehr (Österreich hat im August ein Abkommen mit der BRD bezüglich der Erleichterung des Grenzverkehrs von Personen geschlossen und ist bereit, mit anderen europäischen Staaten ähnliche Abkommen zu schließen).
- Vereinfachung der in ihrer gegenwärtigen Form handelshemmenden Ursprungsregeln.
- Herstellung eines Naheverhältnisses zur EG, das die Aufrechterhaltung bzw. den Ausbau unseres Agrarhandels mit der Gemeinschaft zu vernünftigen Wettbewerbsbedingungen gewährleistet.

Am 30. Jänner 1985 stattete Bundesminister Gratz in Brüssel dem EG-Kommissionsmitglied für Auswärtige Beziehungen, Minister Willy de Clercq, einen Besuch ab. Hierbei nahm das Follow-up der Luxemburger Erklärung breitesten Raum ein. Bundesminister Gratz betonte die Bedeutung der Luxemburger Erklärung für Österreich und brachte die einzelnen österreichischen Anliegen vor.

Beide Minister waren sich einig, daß nunmehr ein Jahr nach der Gemeinsamen Erklärung von Luxemburg ehestbald konkrete Ergebnisse, vor allem in den prioritären Bereichen wie Ursprungsregeln, Grenzerleichterungen und technische Handelshemmnisse, erzielt werden müssen. Die Notwendigkeit, über das Prozedurale hinaus Fortschritte in der Substanz zu erzielen, zog sich wie ein roter Faden durch die gemeinsamen Gespräche.

Bei den bevorstehenden Besuchen von Bundeskanzler Dr. Sinowatz (Mitte März 1985) und Vizekanzler Dr. Steger (Mitte Februar 1985) bei der EG-Kommission in Brüssel werden gleichfalls die österreichischen Anliegen im Zusammenhang mit der Luxemburger Erklärung im Mittelpunkt der Gespräche stehen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die Aktivitäten der EFTA-Länder waren im Berichtsjahr durch das Treffen der EG- und EFTA-Staaten auf Ministerebene am 9. April 1984 in Luxemburg und das Gipfeltreffen der Regierungschefs der EFTA-Länder am 23. Mai 1984 in Visby/Schweden gekennzeichnet.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die Arbeiten in den verschiedenen EFTA-Komitees sowie in den sonstigen Gremien konzentrierten sich im wesentlichen auf die materielle und organisatorische Vorbereitung dieser Treffen bzw. auf die Aufarbeitung ihrer Resultate. Dadurch wurde gleichzeitig die Haltung der EFTA-Länder zu den relevanten Fragen des internationalen und europäischen Handels sowie des wirtschaftlichen Umfeldes präzisiert.

Beim halbjährlich stattfindenden EFTA-Ministerrat am 22. Mai 1984 in Visby/Schweden haben die für Fragen der wirtschaftlichen Integration zuständigen Minister der EFTA-Länder ein EFTA-Arbeitsprogramm beschlossen. Dieses enthält Richtlinien für mögliche künftige Vorgangsweisen in verschiedenen Bereichen, die auch in der Gemeinsamen Erklärung von Luxemburg angeführt sind. Die Ausarbeitung dieses Programmes erfolgte nicht zuletzt auch aufgrund substantieller Beiträge der EFTA-Komitees der Handelsexperten bzw. der Ursprungs- und Zollexperten sowie des EFTA-Wirtschaftskomitees.

Dem EFTA-Ministerrat konnten am 5./6. November 1984 in Genf bereits erste Fortschrittsberichte über das Follow-up der Luxemburger Erklärung erstattet werden :

Im Hinblick auf eine Stärkung des technologischen Potentials Westeuropas sprachen sich die Minister der EFTA-Länder dafür aus, die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft auch im Bereich Forschung und Entwicklung zu intensivieren. Zur Abklärung aller damit zusammenhängenden Aspekte fand Anfang Dezember 1984 eine interne Sitzung von mit diesen Fragen befaßten Vertretern der EFTA-Länder in Genf statt.

Der EFTA-Ministerrat behandelte des weiteren die internationale Wirtschaftslage, insbesondere die Arbeitslosigkeit und die Schuldensituation; er unterstrich die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Protektionismus fortzusetzen und betonte, daß die Erweiterung der Gemeinschaft zu keiner, auch nur temporären, Diskriminierung der EFTA-Länder führen dürfe.

Unmittelbar nach diesem EFTA-Ministerrat trafen die Minister in Genf mit dem Präsidenten der EG-Kommission Thorn und mit Vizepräsident Haferkamp zusammen. Dabei wurden der Stand der Realisierung der Gemeinsamen Erklärung von Luxemburg besprochen sowie Forschungs- und Entwicklungsfragen als nächstes Gebiet für eine Intensivierung der Zusammenarbeit festgelegt.

Österreich wird im ersten Halbjahr 1985 in den EFTA-Gremien den turnusmäßigen Vorsitz innehaben. Dem österreichischen Vorsitz wird insofern eine besondere Bedeutung zukommen, da in den kommenden Monaten in der EFTA Entscheidungen von großer Tragweite zu fällen sein werden (v. a. im Rahmen des Follow-up-Prozesses und im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals). Höhepunkt des österreichischen EFTA-Vorsitzes wird die am 9. 5. 1985 in Wien stattfindende EFTA-Jubiläums-Ministerratstagung anlässlich des 25-jährigen Bestandes der EFTA sein.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Der Warenaustausch zwischen Österreich und seinen EFTA-Partnern hat sich 1984 im großen und ganzen befriedigend entwickelt. Die österreichischen Exporte in die EFTA beliefen sich auf 34,0 Mrd. S und die Importe aus diesem Raum auf 31,1 Mrd. S und erreichten sohin einen Anteil von 10,8% bzw. 7,9% an den gesamten Aus- und Einfuhren. Der Handel mit den EFTA-Ländern wies daher einen Überschuß von 2,9 Mrd. S zugunsten Österreichs auf.

Handelskomitee

Das Komitee beschäftigte sich 1984 hauptsächlich mit dem Problem technischer Handelshemmnisse; und hier insbesondere mit dem im Rahmen der europäischen Normungskomitees CEN und CENELEC vorgesehenen Informationsverfahren über Normen. Im Hinblick auf den sehr technischen Charakter dieser Fragen hat der EFTA-Rat dann im Sommer 1984 beschlossen, diese Agenden des Handelskomitees auf ein neugeschaffenes „Komitee für technische Handelshemmnisse“ zu übertragen.

Das Handelskomitee hat auch Vorschläge für eine Verbesserung des EFTA-internen Verfahrens zur Information über von einzelnen Mitgliedstaaten geplante Vorhaben auf dem Gebiet der nichttarifarischen Handelshemmnisse (sogenanntes INST-Verfahren) vorgelegt. Sie wurden vom Rat im Frühjahr in Form einer Empfehlung an die Mitgliedsländer beschlossen.

In Vorbereitung der Tagung von Visby hat sich das Komitee darüberhinaus vor allem noch mit Fischerei- und Landwirtschaftsfragen beschäftigt.

Komitee für technische Handelshemmnisse

Dieses, wie erwähnt, neu geschaffene Komitee hat im Herbst 1984 seine Arbeiten aufgenommen und war für die Vorbereitung der ersten Runde von Expertengesprächen mit Vertretern der EG-Kommission verantwortlich.

Ursprungs- und Zollexpertenkomitee

Auch dieses Komitee hat neben der routinemäßigen Behandlung von Fragen der Ursprungsregeln des EFTA-Übereinkommens geholfen, die Tagung in Visby vorzubereiten. Dieser Arbeit kam besondere Bedeutung zu, da die Vereinfachung der Ursprungsregeln und der Handelsdokumente sowie die Erleichterung von Grenzformalitäten zu den Bereichen zählen, die in der Luxemburger Erklärung enthalten sind und die prioritär behandelt werden. Die Ursprungsregeln des EFTA-Übereinkommens sind jedenfalls zwingend mit den Ursprungsregeln ident, die den Freihandelsabkommen der einzelnen EFTA-Staaten mit der EG zugrunde liegen.

Wirtschaftskomitee

Das Komitee, dem hauptsächlich Beamte der Finanzministerien und der Notenbanken der EFTA-Mitgliedstaaten angehören, befaßte sich auf seiner

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Frühjahrstagung in Sion (Schweiz) mit internationalen Wirtschaftsfragen, insbesondere mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in Europa, und leistete dabei auch einen Beitrag für die Diskussion in Visby. Anlässlich seiner Tagung im Oktober in Genf behandelte es neben Berichten über die wirtschaftliche Lage Österreichs und der Schweiz die Frage staatlicher Beihilfen und beschloß, zur Prüfung damit zusammenhängender Aspekte eine Expertengruppe einzusetzen.

Beratendes Komitee

Das Komitee, dem Vertreter der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und der Agrarverbände der EFTA-Länder angehören, verabschiedete auf seiner Tagung im April in Genf eine Stellungnahme aus Anlaß des gemeinsamen EG-EFTA-Ministertreffens in Luxemburg, in der insbesondere die Notwendigkeit der Beseitigung aller nicht-tarifarischen Handelshemmnisse im europäischen Freihandelsraum unterstrichen worden ist. Dieser Punkt wurde auch in der Stellungnahme des Komitees zum Gipfel in Visby besonders hervorgehoben. Darüber hinaus befaßte sich diese Stellungnahme noch mit den Handelsbeziehungen der EFTA-Länder zu den Entwicklungsländern. Neben einer Diskussion der internationalen Wirtschaftslage im Lichte der OECD-Ministertagung im Mai bildete diese Frage den Hauptinhalt des schon zur Tradition gewordenen Gedankenaustausches dieses Komitees mit den zuständigen Ministern der EFTA-Länder (21. Mai 1984 in Visby).

Auf der Herbsttagung in St. Gallen diskutierte das Komitee die Lage der EFTA-Länder im europäischen sowie internationalen wirtschaftlichen Umfeld sowie den Stand ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den EG nach den Konferenzen von Luxemburg und Visby.

Das Unterkomitee für Wirtschafts- und Sozialfragen wurde im Hinblick auf die im Laufe des Berichtsjahres in Gang gekommene Behandlung des Verhältnisses zwischen den EFTA-Ländern und den Europäischen Gemeinschaften nach Vorlage von Länderberichten über wechselseitige Abhängigkeiten zwischen EFTA-Staaten und der Gemeinschaft von seinem diesbezüglichen Mandat entbunden.

Parlamentarierkomitee

In einer Botschaft an die Regierungschefs der EFTA-Länder, welche anlässlich der Sitzung am 3./4. Mai 1984 in Wien unter dem Vorsitz des österreichischen Abgeordneten zum Nationalrat, A. Teschl, beschlossen wurde, betonte das Komitee die Notwendigkeit, alle Anstrengungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen, protektionistischen Tendenzen Widerstand zu leisten und die Märkte für Lieferungen aus den Entwicklungsländern offenzuhalten. Das Komitee unterstrich auch die Bedeutung des Freihandelsraumes für Europa. Weitere Diskussionsthemen waren die

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

wirtschaftliche Situation in Österreich sowie der Arbeitsmodus des Komitees selbst.

Spanien

Das Übereinkommen der EFTA-Länder mit Spanien wurde in der Absicht geschlossen, das europäische Freihandelssystem zu ergänzen. Sein unmittelbares Ziel war es, im Handel zwischen den Vertragsparteien den gleichen Liberalisierungsstand zu erreichen, der bereits im Warenaustausch zwischen Spanien und den EG bestand. Um der besonderen Natur des Handels zwischen Portugal und Spanien Rechnung zu tragen, wurden dafür Sonderbestimmungen getroffen.

Der durch dieses Übereinkommen eingesetzte Gemischte Ausschuß behandelte auf seiner Tagung im Juni in Genf Fragen der Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches, insbesondere die Möglichkeiten für eine weitere Liberalisierung. Im Rahmen der Diskussion über den Stand der Beitrittsverhandlungen Spaniens zu den EG bekräftigten die EFTA-Staaten ihre mehrfach abgegebene grundsätzliche Stellungnahme, wonach die Gleichbehandlung der EFTA-Länder mit den EG auf dem spanischen Markt in den von den Freihandelsabkommen EG-EFTA-Länder erfaßten Bereichen bereits ab Inkrafttreten des EG-Beitritts Spaniens sichergestellt sein müsse.

Die im Übereinkommen zwischen Portugal und Spanien vorgesehene zweite Liberalisierungsphase wurde im Hinblick auf den Stand der Beitrittsverhandlungen beider Staaten mit den EG vorerst ausgesetzt und durch eine bis Ende 1985 geltende Interimsperiode ersetzt. Während dieser wird das bisher geltende Regime fortgesetzt werden.

Jugoslawien

Nachdem es bereits vorher auf informeller Ebene Kontakte zwischen den EFTA-Ländern und Jugoslawien gegeben hatte, wurde 1977 ein Gemischter Ausschuß geschaffen, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und die jugoslawischen Exporte zu fördern.

Der von jugoslawischer Seite 1981 dort geäußerte Wunsch nach Abschluß eines multilateralen Übereinkommens mit den EFTA-Ländern konnte nicht realisiert werden, doch wurde am 3. Juni 1983 in Bergen/Norwegen auf Ministerebene eine Gemeinsame Erklärung der EFTA-Länder und Jugoslawiens angenommen. Diese Erklärung dient als Richtschnur für die künftige Arbeit des Gemischten Ausschusses und betrifft die Bereiche Handel, industrielle Zusammenarbeit, Fremdenverkehr und Transportwesen.

Ähnlich wie in Zagreb im Jahre 1983 wurde im Mai 1984 anläßlich der Messe in Novi Sad ein Seminar über konkrete Möglichkeiten zur Förderung der jugoslawischen Exporte abgehalten. Dieses Seminar konzentrierte sich in erster Linie auf landwirtschaftliche Produkte.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Auf seiner Sitzung im Herbst 1984 in Lugano/Schweiz beschloß der Gemischte Ausschuß, eine Evaluierung der Ergebnisse dieser Seminare vorzunehmen und eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für weitere Aktivitäten erstatten soll. Eine ebenfalls neu eingesetzte Arbeitsgruppe soll, nach dem Studium der neuen jugoslawischen Gesetze über „joint ventures“, die Möglichkeiten zu verstärkter industrieller Kooperation prüfen. Im Bereich Fremdenverkehr wird die Abhaltung eines Seminars in Dubrovnik in Erwägung gezogen. Auf dem Verkehrssektor wurden Treffen von Experten der EFTA-Länder und Jugoslawiens anlässlich von Sitzungen anderer internationaler Organisationen, die sich mit Verkehrsfragen beschäftigen (wie CEMT oder ECE), vorgesehen.

Europäische Gemeinschaften (EG)

Trotz der andauernden weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten die EG auch 1984 den erreichten Integrationsstand halten und in einigen Bereichen weiter ausbauen. Bedeutsame Reformen, insbesondere in der Agrarpolitik, wurden vorgenommen und Entscheidungen über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft getroffen sowie die Bemühungen um ihren weiteren Ausbau intensiviert. Die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal sind in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern wurde mit dem Abschluß des Abkommens von Lomé III ein politisch bedeutsamer Schritt gesetzt.

Die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hat sich zwar leicht gebessert. Die Inflationsrate konnte weiter vermindert werden. Das Hauptproblem, die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, blieb ungelöst. Die Unterschiede in den wirtschaftspolitisch bedeutsamen Parametern sind kleiner geworden. Insbesondere haben sich die Unterschiede in den Inflationsraten der einzelnen Mitgliedstaaten verringert, was zu einer größeren Stabilität der Währungen und Wechselkurse beiträgt. Das „Europäische Währungssystem“ hat diese Entwicklung gestützt und damit einen wirtschaftspolitisch wertvollen Beitrag geleistet. So mußten keine Paritätsänderungen an den Währungen der teilnehmenden Mitgliedstaaten vorgenommen werden. Die Zusammensetzung der ECU wurde durch Einbeziehung der Drachme geändert und die Gewichtung der beteiligten Währungen allgemein revidiert.

Das 1983 eingeleitete umfassende Reformwerk wurde durch Beschlüsse über die künftige Finanzierung, den Budgetausgleich, die Bekämpfung der Agrarüberschüsse sowie über bedeutsame Programme für vermehrte Forschung, Innovation und Anwendung neuer Technologien in konkrete Maßnahmen umgesetzt. Weiters wurde über die im Zusammenhang mit der vorgesehenen Erweiterung der Gemeinschaft erforderlichen Anpassungen, insbesondere hinsichtlich der künftigen Finanzierungs- und Agrarpolitik,

Europäische Gemeinschaften (EG)

Einigung erzielt. Damit konnten wesentliche Schwierigkeiten für die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal ausgeräumt werden.

Im abgelaufenen Jahr wurden auch grundsätzliche Regelungen über die Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft beschlossen. Sie sind von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die vorgesehene dritte Erweiterung der Gemeinschaften und im Hinblick auf die Finanzierung der bestehenden und neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Der Anteil der Gemeinschaft am Mehrwertsteuer-Aufkommen der Mitgliedstaaten kann damit von bisher 1% sukzessive auf 1,4% bzw. 1,6% angehoben werden. Ferner wurde die mehrere Jahre hindurch umstrittene Frage des britischen Budgetbeitrages geregelt und eine strengere Budgetdisziplin vereinbart, von der eine Eindämmung des Ausgabenwachstums erhofft wird. Am Regional- und am Sozialfonds wurden Reformen zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit vorgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Stärkung des Binnenmarktes gewidmet, insbesondere der Hintanhaltung und Beseitigung von technischen Handelshemmnissen. Dabei wurden einige Fortschritte erzielt. Beschlossen wurde die Einführung eines gemeinsamen Zolldokumentes sowie ein Informationsverfahren zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse.

Auf dem Gebiete der gemeinsamen Handelspolitik hat sich die Gemeinschaft ein neues handelspolitisches Instrument geschaffen, das einem zweifachen Ziel dient. Es soll der Gemeinschaft die Möglichkeit geben, wirksamer als bisher gegen alle jene Handelspraktiken von Drittländern vorzugehen, die mit dem internationalen Recht oder den „allgemein anerkannten Regeln“ unvereinbar sind; und es soll gewährleisten, daß die Gemeinschaft angesichts dieser Handelspraktiken ihre Befugnisse gegenüber solchen Drittländern auch voll ausübt. Neu an den damit geschaffenen Verfahren ist u. a. das direkte Antragsrecht von Unternehmen. Sie können die EG-Kommission auffordern, gegen von ihnen als illegal empfundene Praktiken einzuschreiten. Ferner wurden die Grundinstrumente der Gemeinschaft zum Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus Drittländern geändert und konsolidiert.

Auf Anregung von Wirtschaftskreisen wurden in der EG-Kommission die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Exportförderung und gemeinsame Aktionen auf Gemeinschaftsebene zugunsten von europäischen Ausfuhren erörtert. Im Rahmen des Haushaltsplanes für 1984 konnte die EG-Kommission solche „europäische“ Exportförderungsanstrengungen zum ersten Mal finanziell unterstützen.

Wie in den vorhergehenden Jahren hat die EG-Kommission nicht nur der Anwendung der Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages auf Unternehmen (Kartelle, Kontrolle von Zusammenschlüssen, mißbräuchliche Ausnützung einer marktbeherrschenden Stellung etc.), sondern auch den staatlichen

Europäische Gemeinschaften (EG)

Interventionen (Beihilfen) besonderes Augenmerk zugewandt. Sie mußte sich immer häufiger zu Fragen staatlicher Beihilfen äußern, die sich aus Beteiligungen der öffentlichen Hand am Kapital von Unternehmen ergeben. Sie widmete ihre besondere Aufmerksamkeit den Beihilfen an gefährdete Industriezweige bzw. den Beihilfen zur Rettung von Unternehmen und verstärkte ihre Kontrolle der Beihilfen an die Textil- und Bekleidungsindustrie, um sicherzustellen, daß diese Beihilfen nicht dazu führen, daß Beschäftigungsprobleme und strukturelle Schwierigkeiten von einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft auf den anderen abgewälzt werden.

Die Bemühungen um die Umstrukturierung der Industrie wurden insbesondere in den Bereichen Eisen, Stahl, Schiffsbau und Textilien fortgeführt und zu diesem Zwecke handelspolitische Vereinbarungen mit Drittstaaten verlängert sowie die Binnenmaßnahmen auf dem Stahlsektor ergänzt.

Die gemeinsame Agrarpolitik der EG stand im Zeichen der Reformbeschlüsse und einer vorsichtigen Preispolitik zur Bewältigung der Agrarüberschüsse und ihrer Finanzierung. Von ihnen, insbesondere von der Einschränkung der Preisgarantien wird eine produktionsdämpfende Wirkung erwartet. Die Mengenregulierung wurde erweitert und verschärft. Auf dem Milchsektor wurden Produktionsquoten und eine Zusatzabgabe auf Überlieferungen eingeführt sowie die Anwendung von Garantieschwellen auf weitere Produkte ausgedehnt. Produktionsbeschränkende Maßnahmen wurden zur Verminderung der Tafelweinproduktion getroffen.

Die in ECU festgelegten gemeinsamen Agrarpreise wurden 1983 um durchschnittlich 0,5% gesenkt, in Landeswährung jedoch infolge Anwendung unterschiedlicher („grüner“) Umrechnungskurse und Währungsausgleichsbeträge um 3,3% (gegenüber 6,9% im Vorjahr) angehoben. Daher wurde mit dem Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge begonnen. Der Abbau wird in drei Stufen erfolgen, und es wurde festgelegt, daß künftige Paritätsänderungen im Rahmen des europäischen Währungssystems keine positiven Währungsausgleichsbeträge zur Folge haben dürfen.

Das Europäische Parlament hatte bereits 1983 die aus seiner Sicht ungenügenden Fortschritte im Bereich der EG-Verkehrspolitik zum Anlaß genommen, gegen den Rat der EG vor dem Europäischen Gerichtshof eine „Untätigkeitsklage“ zu erheben. Dieses Gerichtsverfahren wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt, konnte aber noch nicht abgeschlossen werden. Der EG-Verkehrsministerrat verabschiedete nun im Dezember erstmals seit längerem ein „Paket“ verkehrspolitischer Entscheidungen. Er beschloß insbesondere eine Anhebung des höchstzulässigen Gesamtgewichts für fünf- und sechsachsige LKW-Züge und Sattelschlepper von derzeit 38 t auf 40 t (ab 1. 7. 1986 – für Großbritannien und Irland sollen längere Übergangsfristen gelten). Andere Entscheidungen betrafen u. a. EG-Finanzbeiträge für innergemeinschaftliche Verkehrsinfrastrukturen; eine Anhebung des Gemeinschaftskontingents für den Güterverkehr; und eine Zusammenarbeit der nationalen Eisenbahnunternehmen.

Europäische Gemeinschaften (EG)

Im Gefolge der im Februar eingetretenen schweren Behinderungen an den europäischen Grenzen des Alpenraumes spielten im Jahre 1984 Fragen der Erleichterung der Grenzkontrollen sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr in allen Beratungen der EG eine wichtige Rolle.

In der Umweltpolitik konzentrierten sich die Arbeiten der Gemeinschaft auf die Bekämpfung des „sauren Regens“. Zu diesem Zweck ergingen Kommissionsvorschläge betreffend Großfeuerungsanlagen, bleifreies Benzin und die Senkung der Schadstoffemissionen von Kraftfahrzeugen. Diese Initiativen wurden vom Europäischen Parlament nicht nur begrüßt; es forderte sogar vielfach eine beschleunigte Einführung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Der EG-Ministerrat konnte sich jedoch nur auf die Einführung von bleifreiem Benzin einigen.

Das Europäische Parlament wurde in diesem Jahr neu gewählt. Es hat im Rahmen seiner begrenzten Befugnisse, insbesondere über die Budgetmitbestimmung, wirksamen Einfluß auf das Integrationsgeschehen genommen.

Die seit 1970 institutionalisierte Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die über die in den EG-Verträgen normierten Gemeinschaftskompetenzen hinausgeht, erwies sich auch 1983 als nützliches Instrument zur Abstimmung und zum gemeinsamen Auftreten in wichtigen internationalen Fragen.

Auch die Bemühungen zur Schaffung einer „Europäischen Union“ wurden festgesetzt. Näheres darüber befindet sich im Kapitel „Europapolitik“.

In den Außenbeziehungen der Gemeinschaft hat sich das zwischen der Gemeinschaft und den USA etablierte Krisenmanagement zur Verhinderung protektionistischer Maßnahmen im wesentlichen gut bewährt. Es konnte jedoch nicht verhindern, daß es zum Jahresende zwischen der Gemeinschaft und den USA zu Friktionen bezüglich der GATT-Vereinbarkeit bestimmter Maßnahmen gekommen ist, die jedoch zwischenzeitig weitgehend beigelegt werden konnten (siehe Abschnitt Handelspolitik – GATT).

Die Beziehungen zu den EFTA-Staaten wurden mit dem Ziel der Schaffung eines echten europäischen Industrieraumes enger gestaltet. Mit dem Gemeinsamen Ministertreffen am 9. April 1984 in Luxemburg wurden dazu neue Akzente gesetzt sowie eine umfangreiche Zusammenarbeit vereinbart (siehe Abschnitt EFTA).

In den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan konnten ungeachtet des bestehenden hohen Handelsbilanzdefizits der Gemeinschaft gegenüber diesem Staat die in der Vergangenheit entstandenen Spannungen abgebaut werden.

Zwischen der Gemeinschaft und der Volksrepublik China konnte ein Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit paraphiert werden.

Europäische Gemeinschaften (EG)

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat bei der EG-Kommission die Wiederaufnahme der vor Jahren unterbrochenen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der Gemeinschaft angeregt. Die EG steht diesen Bestrebungen eher zurückhaltend gegenüber.

In den Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern stand der Abschluß der Verhandlungen über eine globale Konvention mit den AKP-Staaten (Atlantik, Karibik, Pazifik) im Vordergrund. Die gegen Jahresende unterzeichnete Lomé III-Konvention sieht eine Fortführung der vorherigen Konvention und eine Reihe qualitativer Verbesserungen vor.

Österreich – EG

Besuchsaustausch

Die Bundesregierung hat auch 1984 ihre Bemühungen fortgesetzt, die Zusammenarbeit mit den EG im Rahmen der gut funktionierenden Freihandelsabkommen und einer Reihe anderer bilateraler Abkommen zu vervollkommen und zu vertiefen und auf weitere, von diesem Abkommen nicht erfaßte Bereiche auszudehnen. Dieser weiteren Entwicklung der Beziehungen und der Regelung konkreter Probleme diente eine Vielzahl von Kontakten zwischen Österreich und den EG bzw. ihren Mitgliedstaaten.

In der Zeit vom 5. bis 7. Februar weilte Vizekanzler Steger zu einem offiziellen Besuch in Brüssel, in dessen Rahmen ein umfassender Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG gepflogen wurde. Bundesminister Haiden setzte seine Konsultationen mit dem für Agrarfragen zuständigen Kommissionsmitglied Dalsager anläßlich eines offiziellen Besuchs am 16. Mai 1984 in Brüssel fort. Staatssekretär Lacina nützte seine Anwesenheit in Brüssel anläßlich einer Konferenz der Industrienationen zur Koordinierung der Entwicklungshilfepolitik, um mit Mitgliedern der EG-Kommission Kontakt aufzunehmen. Am 28./29. Mai besuchte der stellvertretende Klubobmann der ÖVP, König, die EG-Kommission. Kommissionspräsident Thorn hielt sich vom 17. bis 20. November in Graz auf, wo ihm die Ehrensénatorwürde der Universität Graz verliehen wurde und er einen vielbeachteten Vortrag hielt. Vom 2. bis 4. Mai besuchte Kommissionsvizepräsident Haferkamp Wien und Kommissionsvizepräsident Davignon hielt sich am 18./19. Oktober zu einem offiziellen Besuch in Wien auf. Vom 3. bis 5. Oktober führte das für Verkehrsfragen zuständige Kommissionsmitglied Contogeorgis in Wien Gespräche mit den Bundesministern Sekanina und Lacina, wobei insbesondere der aktuelle Stand der Verkehrsgespräche zwischen Österreich und der Gemeinschaft sowie der österreichische Antrag auf einen EG-Finanzbeitrag zum beschleunigten Ausbau der Innkreis-Phyrn-Autobahn erörtert wurden. Diesem Gespräch waren Kontakte des Direktors der Generaldirektion Verkehr vom 20. 1. in Wien vorausgegangen.

Österreich – EG

Die im Oktober 1980 vereinbarten direkten Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem Europäischen Parlament wurden mit einem weiteren Zusammentreffen der beiderseitigen Kontaktgruppen am 20./22. Februar in Wien fortgesetzt. Diese direkten Kontakte dienen der Pflege der gegenseitigen Beziehungen durch den interparlamentarischen Dialog, dem wegen des zunehmenden Einflusses des Europäischen Parlaments (EP) auf die Gestaltung der Gemeinschaftspolitik besondere Bedeutung zukommt. Die österreichische Gruppe stand unter dem Vorsitz des Abgeordneten DDr. Hesele, jene des Europäischen Parlaments unter dem Vorsitz von Ministerpräsident a. d. Goppel. In den Gesprächen wurden Verkehrsprobleme, die Konsequenzen der dritten EG-Erweiterung, die Anpassung der Ursprungsregeln, der Stahl- und der Agrarsektor behandelt. Auch traf die EP-Delegation mit NR-Präsident Benya, Bundeskanzler Sinowatz und den Bundesministern Lanc, Lausecker und Steyrer zusammen.

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen

Die EWG bleibt weiterhin mit Abstand bedeutendster Wirtschafts- und Handelspartner Österreichs. In die zehn Mitgliedstaaten der Gemeinschaft wurden Waren im Werte von 167,6 Mrd. öS, d. s. 60,4% der österreichischen Ausfuhren (1983: 53,7%) geliefert und im Werte von 236,9 Mrd. öS, d. s. 53,3% der österreichischen Einfuhren (1983: 63%) von dorthin bezogen. Darüberhinaus entfällt auch der überwiegende Teil des österreichischen Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland auf die EWG. Auf den aus EG- und EFTA-Staaten bestehenden grösseren Freihandelsraum entfielen exportseitig 71,2% (1983: 64%) und importseitig 61,2% (1983: 71%).

Das Außenhandelsdefizit im Warenverkehr mit der Gemeinschaft hat sich 1984 um 0,7% verringert und erreichte 69,3 Mrd. öS. Österreich hat daher sowohl im Rahmen der Tagungen der Gemischten Ausschüsse und in Demarchen als auch in bilateralen Gesprächen mit der EG darauf gedrängt, handelsbehindernde Vorschriften bzw. nicht-tarifarisches Hemmnisse abzubauen und im Agrarhandel durch bessere Zutrittsbedingungen eine Ausgewogenheit herbeizuführen.

Im abgelaufenen Jahr haben die Freihandelsabkommen Österreich-EG im allgemeinen zufriedenstellend funktioniert. Dies gilt allerdings mit der Einschränkung, daß die vertraglich geforderte „harmonische Entwicklung des Handels mit Agrarprodukten“ weiterhin nicht gegeben ist. Die durch die Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschüsse haben in ihren Tagungen vom Juli und Dezember über aufgetretene Schwierigkeiten beraten und waren um deren Lösung bemüht. Die beiden Tagungen der Gemischten Ausschüsse vom Juni und Dezember boten auch die Gelegenheit zu einem allgemeinen Meinungsaustausch über Fragen des follow-up der gemeinsamen Ministertagung von Luxemburg.

Österreich – EG

Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungsfragen

Am 22./23. Oktober wurden in Wien die seit 1978 alljährlich stattfindenden Expertengespräche mit der EG-Kommission über Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungsfragen abgehalten. Auch diesmal hat der pragmatische und flexible Charakter der Gespräche zu einem ergiebigen und konstruktiven Meinungsaustausch geführt. Behandelt wurden insbesondere die Weltwirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Verschuldungsproblematik und der Weltwährungssituation, der Konjunkturverlauf in Österreich und der Gemeinschaft sowie die Finanz- und Währungspolitik.

Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal

Österreich hat unter Hinweis darauf, daß Spanien und Portugal mit ihrem Beitritt zur Gemeinschaft voll in die Rechte und Pflichten aus den Freihandelsabkommen Österreich-EG eintreten werden, mehrmals darauf hingewiesen, daß aus dieser, auch von der Gemeinschaft anerkannten Rechtslage bereits mit Beginn der Übergangszeit die Gleichbehandlung Österreichs mit den EG-Staaten auf den Märkten der Beitrittsländer in den von den Freihandelsabkommen Österreich-EG erfaßten Bereichen sichergestellt werden muß. Dieser Grundsatz der Nichtdiskriminierung gilt auch für den Bereich mengenmäßiger Beschränkungen und sonstiger administrativer Regelungen. Sollte die Gemeinschaft während der Übergangszeit gegenüber den Beitrittsländern mengenmäßige Restriktionen oder administrative Maßnahmen gleicher Wirkung anmelden, behält sich Österreich grundsätzlich das Recht vor, analoge Maßnahmen zu ergreifen.

Freihandel

Stahlbriefwechsel

Der aufgrund der internationalen Stahlkrise seit 1978 zwischen Österreich und der Gemeinschaft jährlich abgeschlossene „Stahlbriefwechsel“ wurde auch für 1984 verlängert. In bezug auf die Regelung der Export- und Importvolumen wurde im wesentlichen das Konzept des für 1983 geschlossenen Briefwechsels beibehalten. Österreich verpflichtete sich, bei seinen Stahlexporten in die Gemeinschaft „die für 1984 vorhergesehene Entwicklung des Verbrauchs in der Gemeinschaft“ zu berücksichtigen. Die EG verpflichteten sich ihrerseits, bei ihren Stahlexporten nach Österreich ebenfalls die Entwicklung des Verbrauches und der Produktion in Österreich im Jahre 1984 zu berücksichtigen. Was nun die Preise seiner Exporte betrifft, so hat sich Österreich im Briefwechsel verpflichtet, bei seinen Ausfuhren in die EG die von der Kommission für eine Reihe von Stahlerzeugnissen mit 1. Jänner 1984 wiedereingeführten Mindestpreise einzuhalten.

Grenzerleichterungen

Der EG-Ministerrat war bemüht, mit 1. 1. 1985 eine EG-weite Inkraftsetzung der im Dezember 1983 verabschiedeten Richtlinie „über die Erleichterung

Österreich – EG

der Kontrollen und Verwaltungsformalitäten im Güterverkehr zwischen den Mitgliedstaaten“ sicherzustellen. (Diese sieht insbesondere auch eine Harmonisierung der Öffnungszeiten an den innergemeinschaftlichen Grenzübergangsstellen vor.)

Angesichts der großen Bedeutung Österreichs, der Schweiz und Jugoslawiens für den innergemeinschaftlichen Transitverkehr bekundete die Kommission aber auch mehrfach ihr Interesse an bilateralen Vereinbarungen mit diesen Ländern nach dem Muster der EG-internen Regelungen. Mit Österreich haben diesbezüglich am 10. 7. in Wien bereits erste exploratorische Gespräche stattgefunden. Auf multilateraler Ebene kam es im Rahmen des „follow-up von Luxemburg“ am 26. 10. auch zu einem Expertengespräch zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Kommission.

Für den Bereich des Personenverkehrs verabschiedeten der EG-Minister rat und die EG-Mitgliedstaaten eine EntschlieÙung „über geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Wartezeiten und der Dauer der Kontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen“. Diese sieht insbesondere vor, daß Kontrollen von Staatsbürgern aus EG-Mitgliedstaaten auf Stichproben beschränkt werden sollen, sofern keine Gründe der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen. Im Sinne dieser EntschlieÙung haben einzelne EG-Mitgliedstaaten seither konkrete bilaterale Vereinbarungen getroffen (insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland).

Im Sinne der Luxemburger Erklärung war auch Österreich bemüht, die Grenzabfertigung im Personenverkehr mit seinen Nachbarstaaten zu vereinfachen. Es kam am 21. 8. 1984 zu einer diesbezüglichen Vereinbarung mit der BRD. Seither werden österreichische und deutsche Staatsangehörige bei Überschreiten der Grenze grundsätzlich nur mehr durch eine einfache Sichtkontrolle überprüft.

Ähnliche Vereinbarungen über Erleichterungen bei der Grenzabfertigung im Personenverkehr werden mit den Nachbarländern Schweiz und Italien angestrebt. Entsprechende Verhandlungen wurden aufgenommen.

Der Erleichterung der innergemeinschaftlichen Personenkontrolle dient auch die Einführung des „Europäischen Reisepasses“. Es handelt sich hierbei um jeweils nationale Reisedokumente der EG-Mitgliedstaaten, die aber nach einem einheitlichen Muster hergestellt werden sollen. Entsprechend einer Absichtserklärung aus 1981 sollte der Europäische Reisepaß in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft mit 1. 1. 1985 eingeführt werden. Die entsprechenden Vorarbeiten konnten allerdings nur in fünf EG-Staaten termingerecht abgeschlossen werden.

Ursprungsregeln und Zollfragen

Beim Aufbau der Zollunion hat die Gemeinschaft erhebliche Fortschritte erzielt. Der wichtigste, von der Wirtschaft besonders begrüßte Fortschritt

Österreich – EG

ist in der Einigung über die Anwendungsmodalitäten des sogenannten „Einheitsdokuments“ zu sehen. Dieses Einheitsdokument soll mehr als 100, bisher im innergemeinschaftlichen Warenverkehr verwendete Dokumente bzw. Formulare ersetzen. Mit der Einführung dieses Einheitsdokuments wird es nicht nur zu einer Verringerung der administrativen Belastung und zu einer wesentlichen Beschleunigung des Warenaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sondern in der Folge damit zu einer erheblichen Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsunternehmen kommen. Im Hinblick auf die bei den Verwaltungen und in der Wirtschaft vorzunehmenden umfangreichen Anpassungsmaßnahmen wurde der Zeitpunkt für die Einführung des Einheitsdokuments mit 1. Jänner 1987 festgesetzt.

Die EFTA-Staaten haben im Rahmen des „follow-up von Luxemburg“ ihr Interesse bekundet, mit der Gemeinschaft in Gespräche über die Einführung dieses Einheitsdokuments auch im Verhältnis zu den EFTA-Staaten einzutreten.

In den Beziehungen zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft ist die Herstellung eines konsolidierten Textes des Protokolls 3 des Freihandelsabkommens (Ursprungsregeln) zu erwähnen. Dieser berücksichtigt nicht nur die seit 1972 am Protokoll 3 vorgenommenen Änderungen, er räumt auch dem Organ des Freihandelsabkommens, dem Gemischten Ausschuß, das Recht ein, diese Regelung künftighin in ihrer Gesamtheit zu ändern, womit eine flexiblere Handhabung des Protokolls 3 ermöglicht wird. Der konsolidierte Text bedarf noch der parlamentarischen Genehmigung in Österreich.

Technische Handelshemmnisse und Normen

Die Gemeinschaft hat unter dem Sammelbegriff „Stärkung und Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes“ einige neue Initiativen ergriffen und damit zum Teil eine Stagnation überwunden, die auf dem Gebiete der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse bereits seit Jahren zu beobachten war. Dieser neue Elan entstammt der Besorgnis, daß die Gemeinschaft Gefahr laufen könnte, gegenüber den USA und Japan in einen vielleicht nicht mehr aufzuhaltenden technologischen Rückstand zu geraten. Denn gerade für hochtechnologische Produkte wäre ein wirklicher „Gemeinsamer Markt“ oft nicht vorhanden. Es soll nun aber auch für Geräte mit neuen Technologien ein echter Gemeinschaftsmarkt geschaffen werden, und zwar insbesondere durch die Förderung europäischer Normen.

Die innergemeinschaftlichen Beratungen konzentrierten sich auf ein Informationsverfahren auf dem Gebiete der Normen und technischen Vorschriften. Hiezu schloß die EG-Kommission mit dem Europäischen Komitee für Normen (CEN) und dem Europäischen Komitee für elektrotechnische Nor-

Österreich – EG

mung (CENELEC) Verträge ab, die eine uneingeschränkte Anwendung dieses Informationsverfahrens gewährleisten. Den beiden Normenorganisationen gehören die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, der EFTA und Spanien an. Über Einladung der Gemeinschaft werden ab 1985 auch die EFTA-Staaten an dem Informationssystem für Normen teilnehmen (siehe Abschnitt „EFTA“). Das Informationssystem ist eine Voraussetzung für die zu einem späteren Zeitpunkt geplante verstärkte Harmonisierung der bestehenden verschiedenen nationalen Normen bzw. die Schaffung gemeinsamer Normen für neue Produkte:

Hiezu legte der EG-Ministerrat Mitte 1984 die Grundlagen fest. Die in der Vergangenheit immer wieder feststellbaren Schwierigkeiten bei der Anpassung technischer Rechtsvorschriften an den technischen Fortschritt sollen überwunden werden. Bei der Festlegung neuer Normen soll in Zukunft soweit wie möglich auf Normen verwiesen werden, die von den vorerwähnten europäischen Normungsorganisationen auszuarbeiten sind. Diese neue europäische Normungspolitik setzt einen sehr zügigen Ausbau der Normungskapazität auf europäischer Ebene voraus. Die EG-Kommission prüft zur Zeit die Bedingungen, unter denen die bisher auf Expertenebene vorbereiteten Grundsätze praktisch verwirklicht werden können. Außerdem will sie allgemeine Leitlinien für die europäischen Normungsorganisationen festlegen, um die europäische Normungskapazität rasch auszuweiten. Um auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit zu verstärken, sind die EFTA-Staaten mit der EG-Kommission im Rahmen des Follow-up der Luxemburger Erklärung in Expertengespräche eingetreten.

Die im Rahmen der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse bei gewerblichen Erzeugnissen unternommenen Bemühungen ermöglichten es der Gemeinschaft nach langwierigen Verhandlungen, 15 Richtlinien zur Angleichung der technischen Rechtsvorschriften der EG-Mitgliedstaaten zu erlassen. Die Gesamtzahl der bisher in der Gemeinschaft diesbezüglich erlassenen Richtlinien ist damit auf 177 angewachsen. Die EFTA-Staaten streben auch hier eine enge Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft an.

Österreich verfolgt all diese Arbeiten naturgemäß mit großem Interesse; denn es wäre ja auch besonders davon betroffen, wenn bei hochtechnologischen Produkten der Freihandel nur bruchstückhaft verwirklicht würde und entweder die EG insgesamt oder einige ihrer größeren Mitgliedstaaten die Grenzen gegen österreichische Exporte abschotten könnten. Als europäischer Staat ist Österreich darüber hinaus auch bemüht zu verhindern, daß nationale Interessen die Entwicklung von zukunftssträchtigen europäischen Produkten verhindern.

Österreich – EG

Landwirtschaft

Das österreichische Defizit im Agrarhandel mit der EG stieg im Jahre 1984 weiter und zwar auf 6,06 Mrd öS an. Die österreichischen Agrarexporte in die EG erhöhten sich um 16%, die Agrar-Importe aus den EG um 10%. Im Hinblick auf diese unausgewogene Entwicklung wurden, im Sinne von Art. 15 des Freihandelsabkommens, Konsultationen vereinbart, in denen die Möglichkeiten für eine harmonische Entwicklung geprüft werden sollen.

Die österreichische Bundesregierung war jedenfalls weiterhin bemüht, für österreichische Agrarprodukte bessere Zutrittsbedingungen auf den gemeinsamen Markt zu erwirken. Dieses Anliegen war Gegenstand der Gespräche, die Bundesminister Haiden mit dem für die Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglied Dalsager bei ihrem Zusammentreffen im Mai in Brüssel geführt hat.

Im Verlaufe des Jahres wurde von Österreich auch mehrmals auf die sich im Zusammenhang mit den Beitritten Spaniens und Portugals zu den EG ergebenden Fragen und auf die Notwendigkeit gewisser Neuregelungen hingewiesen. Die österreichischen Bemühungen um eine Zolllsenkung für Qualitätswein in Flaschen wurden fortgeführt. Die diesbezüglichen exploratorischen Gespräche wurden abgeschlossen. Die EG-Kommission hat dem EG-Ministerrat nunmehr vorgeschlagen, ihr ein Mandat für Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen zu erteilen.

Das 1981 abgeschlossene Abkommen über den gegenseitigen Handel mit Käse, das eine Quotenregelung enthält und sich positiv auf den Käseexport ausgewirkt hat, wurde bis Ende 1985 verlängert und Änderungen zur besseren Ausnützung der Exportquoten vereinbart.

Das Abkommen über den Handel mit Schaffleisch wurde durch eine Vereinbarung über die Berücksichtigung der empfindlichen EG-Märkte in Frankreich und Irland ergänzt.

Die Gemeinschaft hatte im Sommer eine Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Kirschen aus Österreich angewandt. Diese Maßnahme wurde aber nach nachdrücklichen Interventionen Österreichs nach wenigen Tagen wieder aufgehoben.

Forschung und Entwicklung

Im Jahre 1984 hat die Gemeinschaft bedeutende forschungspolitische Initiativen gesetzt. Ihr Ziel ist es zu verhindern, daß Europa auf einigen, für seine zukünftige wirtschaftliche Entwicklung strategisch wichtigen Gebieten vor allem gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen gerät. Dabei wurde folgenden Projekten Priorität eingeräumt :

Forschung und Entwicklung

ESPRIT

Nach einer fünfjährigen Vorbereitungs- und Planungsphase wurde im Februar d. J. das ESPRIT-Gesamtprogramm (*European Strategic Programm for Research and Development in Information Technology*) verabschiedet, das sich insgesamt auf zehn Jahre erstreckt. Für die ersten fünf Jahre sollen 1,5 Mrd. ECU (fast 24 Mrd. ös) bereitgestellt werden, die jeweils zur Hälfte von den EG und von der Industrie aufgebracht werden. Das Programm verfolgt das allgemeine Ziel, der europäischen Industrie zu der erforderlichen technologischen Grundlage zu verhelfen, um in den 90er Jahren wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben. Ein allen Interessenten zugängliches Informationsmaterial soll eine möglichst weitgehende Verbreitung der Forschungsergebnisse sicherstellen.

Das Programm umfaßt folgende Schwerpunkte :

- Fortgeschrittene Mikroelektronik
- Fortgeschrittene Informationsverarbeitung
- Software-Technologie
- Büroautomation
- Computergesteuerte Fertigung

In jedem dieser Bereiche wählt die EG-Kommission von den Vorhaben, die von Forschungsstellen oder Unternehmen auf Ausschreibungen hin eingereicht worden sind, die interessantesten aus. In der 1. Ausschreibungsrunde wurden nicht weniger als 441 Offerte eingereicht, aus denen 90 Projekte ausgewählt wurden. Die Ausgaben dafür belaufen sich auf 400 Mio. ECU. Die 2. Ausschreibungsrunde wird voraussichtlich von Jänner bis März 1985 dauern.

Eine Teilnahme an ESPRIT-Projekten ist u. a. nur bei Vorliegen nachstehender Bedingungen möglich :

- die einzelnen Vorhaben sollen in fachlicher Hinsicht den im ESPRIT-Programm festgelegten Zielen und gesetzten Kriterien entsprechen ;
- an den Vorhaben haben sich in der Regel mindestens zwei unabhängige Industriepartner zu beteiligen, die nicht in demselben Mitgliedstaat ansässig sein sollen ;
- die Beteiligung an den Vorhaben ist für alle Unternehmungen unabhängig von ihrer Größe, für Universitäten und andere Unterrichtsanstalten, Forschungsanstalten und interessierte Privatpersonen mit Sitz in der EG möglich.

Biotechnologie

Hier konzentriert sich derzeit die Forschung insbesondere auf Bioreaktionen, Impfstoffe für die Tierzucht und Gen-Technik.

Forschung und Entwicklung

Materialwissenschaften und Werkstoffkunde

Dieser Bereich soll 1986 in Angriff genommen werden.

Trotz intensivster Bemühungen, vor allem von österreichischer Seite (z. B. bei den am 30. Jänner 1985 erfolgten Besuch von Bundesminister Gratz in Brüssel), war eine Beteiligung von Nicht-EG-Staaten an diesen Forschungsprojekten bisher nicht möglich. Allerdings hat die EG-Kommission ihre grundsätzliche Bereitschaft, österreichischen Unternehmen bzw. Forschungsinstituten eine Teilnahme am ESPRIT-Projekt zu ermöglichen, zu erkennen gegeben. Überdies ist die EG-Kommission bemüht, bei anderen Forschungsprojekten (z. B. Biosprit) Österreich miteinzubeziehen.

COST

Die im Jahre 1971 von den Europäischen Gemeinschaften initiierte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, der Gemeinschaft selbst und europäischen Nicht-EG-Staaten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (Coopération européenne dans le Domaine de la Recherche Scientifique et Technique – COST) wurde auch 1984 erfolgreich weitergeführt.

Der Ausschuß Hoher Beamter, das höchste und alle Aspekte der Zusammenarbeit erfassende Gremium der COST, hielt im Berichtsjahr insgesamt fünf Sitzungen ab; vier dieser Tagungen haben in Brüssel stattgefunden, bei denen Österreich durch einen Angehörigen der Österreichischen Mission Brüssel, bei der März-Tagung auch durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vertreten war. An der Sitzung in Helsinki (7. und 8. Juni 1984) nahm je ein Vertreter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung teil.

Österreich mißt der Zusammenarbeit im COST-Rahmen große Bedeutung bei und beteiligt sich derzeit an über 50% aller in Kraft stehenden COST-Aktionen und hat im Berichtsjahr fünf neue Aktionen unterzeichnet.

Einer der Schwerpunkte der österreichischen Mitarbeit im COST-Rahmen ist das Gebiet der Werkstoffkunde. Österreich hat 1984 alle vier neuen Aktionen in diesem Bereich – Korrosion in der Bauindustrie (Aktion 502), Pulvermetallurgie (Aktion 503), Gießereitechnologie (Aktion 504) und Werkstoffe für Dampfturbinen (Aktion 505) – unterzeichnet; die Vorbereitungen für eine Beteiligung an der verlängerten Aktion 501 (Hochtemperaturwerkstoffe für durch fossile Brennstoffe gespeiste Energieerzeugungs- und Energieumwandlungssysteme) wurden eingeleitet.

COST

Auf dem Verkehrssektor beteiligt sich Österreich an der COST-Aktion 302 (Untersuchung der technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Elektrostraßenfahrzeugen) und hat die verlängerte Aktion 30 (Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen) ratifiziert.

Im Bereich der Meteorologie hat Österreich die COST-Aktion 72 (Niederschlagsmessung mit Radar) unterzeichnet und beteiligt sich weiterhin am Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (Aktion 70).

Die Vorbereitungsarbeiten für die Unterzeichnung der Gemeinsamen Absichtserklärung zur Durchführung eines europäischen Forschungsvorhabens über den Einfluß der Atmosphäre auf die Interferenz zwischen Funkverbindungssystemen bei Frequenzen über 1 GHz (Aktion 210) wurden eingeleitet; eine Beteiligung Österreichs an drei weiteren COST-Aktionen im Bereich des Fernmeldewesens – Digitale bewegliche Landfunkdienste (Aktion 207), Antennen der 90er Jahre (Aktion 213) und Bewertung polyvalenter Telekommunikationsnetze (Aktion 214) – wird derzeit noch geprüft.

Europäische Patentorganisation

In dieser 1978 ins Leben gerufenen Organisation sind derzeit elf westeuropäische Staaten, darunter auch Österreich vertreten. Der Präsident des österreichischen Patentamtes, Prof. Dr. Leberl, wurde im Berichtszeitraum zum Präsidenten des Verwaltungsrates, des höchsten Gremiums der Europäischen Patentorganisation, gewählt. Über österreichische Initiative wurde ferner das internationale Patentedokumentationszentrum in Wien (INPADOC) zum Verteiler von vier bedeutenden technischen Datenbanken des Europäischen Patentamtes bestimmt. Die Zusammenarbeit des Österreichischen Patentamtes mit dem Europäischen Patentamt wurde auch dadurch intensiviert, daß dem Österreichischen Patentamt in Entsprechung eines Abkommens aus dem Jahre 1979 ab 1985 jährlich 3.500 Recherchen für europäische Patentanmeldungen übertragen wurden.

*Struktur der österreichischen Exporte***Außenwirtschaftsinteressen****Die Struktur der österreichischen Exporte im internationalen Vergleich**

Die warenmäßige Zusammensetzung der Exporte eines Landes spiegelt in hohem Maß dessen Leistungsfähigkeit wider. Das Exportangebot einer Volkswirtschaft hängt zum Teil von der natürlichen Ausstattung (Rohstofflager, klimatische Bedingungen usw.) ab. Die wichtigsten Bestimmungsgründe für die Warenstruktur eines Landes sind aber in den von den Menschen geschaffenen Verhältnissen und Bedingungen zu suchen. Dazu zählt vor allem das technische und auch kommerzielle Bildungsniveau sowie die wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Hochentwickelte Länder – welche über gut ausgebildete und hoch entlohnte Arbeitskräfte verfügen – müssen sich im internationalen Wettbewerb auf hochwertige Güter spezialisieren, zu deren Herstellung vor allem qualifizierte Arbeit („human capital“) sowie die Anwendung moderner Techniken erforderlich ist. Nur in diesem Bereich können sich die Industriestaaten der wachsenden Konkurrenz der Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer entziehen.

Die österreichische Exportstruktur ist unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen. Dabei ist sowohl die Entwicklung im Zeitverlauf als auch der Vergleich mit anderen Industrieländern von Interesse. In einer weiten Abgrenzung können hochwertige Güter mit Maschinen und Verkehrsmitteln gleichgesetzt werden. Zahlreiche Produkte dieser Warengruppe werden zwar heute schon von den Entwicklungsländern angeboten, doch zählen Maschinen weiterhin zur Domäne der Industriestaaten. Chemische Erzeugnisse können großteils zu hochwertigen Gütern gezählt werden, auch wenn hier das Angebot der Entwicklungsländer besonders stark spürbar wird. Die wichtigsten Repräsentanten moderner Industriegüter werden in der Gruppe „Hochtechnologische Waren“ *) zusammengefaßt. Den Kern dieser Warengruppe bilden Rechner- und Datenverarbeitungs-maschinen. Einfache, im allgemeinen wenig veredelte Industriegüter gehören großteils zur Gruppe „bearbeitete Waren“. Hiezu zählt unter anderem Stahl, Papier, Textilien, Holz- und Metallwaren usw. Eine Sonderkategorie bilden die „konsumnahen Fertigwaren“, zu welchen vor allem traditionelle

*) Zu den hochtechnologischen Waren zählen folgende Produkte :Enzyme; radioaktive und ähnliche Stoffe; Antibiotika; Hormone; Algensäure und andere Kunststoffe; Flugzeugmotoren; Rechenmaschinen; automatische Datenverarbeitungs-maschinen; Kristalle, Halbleiter; elektrische Meß- und Prüfgeräte; Elektronen- und Protonenbeschleuniger; Ferngläser, Mikroskope. – Abgrenzung nach H.H. Härtel, Ch. Langer: Internationale Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Anpassungserfordernisse, Ergänzungsband 2 zum HWWA-Strukturbericht 1983, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1984.

*Struktur der österreichischen Exporte***Warenstruktur des Exports 1973 und 1983 im internationalen Vergleich**

	Anteil am Gesamtexport			Marktanteil am OECD-Export		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Maschinen und Verkehrsmittel (SITC 7)						
Österreich	25,2	29,3	+1,5	0,9	1,1	+1,4
Schweiz	32,6	33,7	+0,3	2,2	2,1	-0,6
Schweden	40,7	41,4	+0,2	3,5	2,7	-2,5
Belgien	21,5	22,4	+0,4	3,4	2,8	-2,0
Niederlande	18,7	15,9	-1,6	3,2	2,5	-2,3
BRD	46,7	46,1	-0,1	22,3	18,7	-1,7
Großbritannien	38,3	30,8	-2,2	8,3	6,8	-2,0
Italien	34,7	32,4	-0,7	5,5	5,7	+0,4
Frankreich	32,3	34,7	+0,7	8,2	7,6	-0,7
USA	39,7	44,0	+1,0	19,7	20,6	+0,4
Japan	49,3	58,0	+1,6	12,9	20,5	+4,7
Westeuropa	33,8	32,8	-0,3	51,2	52,8	-1,5
OECD	35,3	38,2	+0,8	100,0	100,0	-
Chemische Erzeugnisse (SITC 5)						
Österreich	6,5	9,4	+3,8	1,0	1,3	+2,8
Schweiz	21,5	21,9	+0,2	5,8	4,9	-1,6
Schweden	4,1	6,5	+4,6	1,4	1,6	+0,9
Belgien	10,4	12,3	+1,7	6,6	5,6	-1,6
Niederlande	14,3	16,6	+1,5	9,8	9,6	-0,1
BRD	11,8	13,3	+1,2	22,6	19,9	-1,3
Großbritannien	10,2	11,6	+1,3	8,9	9,4	+0,6
Italien	7,4	8,5	+1,4	4,7	5,5	+1,6
Frankreich	9,2	13,2	+3,7	9,4	10,6	+1,3
USA	8,2	10,3	+2,3	16,3	17,7	+0,8
Japan	5,8	4,7	-2,0	6,1	6,1	+0,1
Westeuropa	10,2	12,2	+1,9	74,0	72,4	-0,2
OECD	8,8	10,4	+1,7	100,0	100,0	-

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

*Struktur der österreichischen Exporte***Warenstruktur des Exports 1973 und 1983 im internationalen Vergleich**

	Anteil am Gesamtexport			Marktanteil am OECD-Export		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Hochtechnologische Waren²⁾						
Österreich	1,3	2,2	+ 5,7	0,5	0,7	+1,9
Schweiz	2,4	4,4	+ 6,2	1,9	2,2	+1,5
Schweden	1,5	3,1	+ 7,4	1,5	1,7	+0,9
Belgien	1,0	1,2	+ 1,5	1,9	1,2	-4,3
Niederlande	3,0	3,0	+ 0,1	6,0	3,9	-4,1
BRD	2,6	3,3	+ 2,5	14,2	10,9	-2,7
Großbritannien	5,2	6,0	+ 1,6	13,0	10,9	-1,8
Italien	2,8	2,8	—	5,1	4,0	-2,5
Frankreich	2,9	4,3	+ 4,0	8,6	7,7	-1,0
USA	5,3	9,3	+ 5,8	30,4	35,5	+1,6
Japan	3,0	5,9	+ 6,9	9,3	17,2	+6,4
Westeuropa	2,6	3,5	+ 3,1	55,3	46,7	-1,7
OECD	3,0	4,7	+ 4,4	100,0	100,0	—
Rechenmaschinen, Datenverarbeitungsanlagen³⁾						
Österreich	0,3	0,4	+ 2,0	0,5	0,3	-3,3
Schweiz	0,4	0,4	- 0,8	1,2	0,6	-6,8
Schweden	1,3	2,0	+ 4,2	4,6	3,1	-3,8
Belgien	0,3	0,5	+ 5,6	1,7	1,4	-2,3
Niederlande	0,2	0,9	+14,5	1,6	3,3	+7,8
BRD	0,9	1,1	+ 2,0	18,1	11,1	-4,8
Großbritannien	1,4	1,6	+ 1,5	12,1	8,5	-3,5
Italien	1,1	1,1	+ 0,2	6,9	4,7	-3,9
Frankreich	0,9	1,2	+ 3,2	9,0	6,3	-3,5
USA	1,0	2,9	+11,1	20,8	33,1	+4,7
Japan	1,5	2,5	+ 5,7	15,5	21,5	+3,3
Westeuropa	0,8	1,2	+ 4,3	57,0	45,3	-2,3
OECD	0,9	1,6	+ 6,3	100,0	100,0	—

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

2) Laut Anlage

3) SITC rev. 1 7142 + 7143

*Struktur der österreichischen Exporte***Warenstruktur des Exports 1973 und 1983 im internationalen Vergleich**

	Anteil am Gesamtexport			Marktanteil am OECD-Export		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Konsumnahe Waren (SITC 8)						
Österreich	14,6	14,7	+0,1	2,2	2,2	–0,2
Schweiz	21,2	19,6	–0,8	5,8	4,8	–1,9
Schweden	5,8	6,2	+0,7	2,0	1,6	–2,1
Belgien	8,4	7,3	–1,4	5,4	3,6	–3,9
Niederlande	7,2	6,3	–1,3	5,0	4,0	–2,2
BRD	9,0	9,0	–0,1	17,5	14,5	–1,8
Großbritannien	9,2	9,0	–0,3	8,1	7,9	–0,3
Italien	18,9	21,9	+1,5	12,1	15,3	+2,4
Frankreich	9,6	8,4	–1,3	9,8	7,4	–2,9
USA	5,6	6,0	–0,7	11,4	11,2	–0,1
Japan	10,5	14,4	+3,2	11,2	20,4	+6,2
Westeuropa	10,3	10,3	–	75,6	66,0	–1,3
OECD	8,7	9,6	+1,0	100,0	100,0	–
Bearbeitete Waren (SITC 6)						
Österreich	37,1	34,0	–0,9	2,3	2,8	+2,0
Schweiz	16,9	19,4	+1,4	1,9	2,6	+3,5
Schweden	26,8	25,4	–0,5	3,8	3,7	–0,2
Belgien	41,9	30,7	–3,0	10,9	8,4	–2,5
Niederlande	17,4	12,2	–3,5	4,8	4,3	+1,3
BRD	21,9	18,4	–1,7	17,1	16,6	–0,3
Großbritannien	26,2	14,6	–5,7	9,3	7,1	–2,7
Italien	22,7	23,0	+0,2	5,8	8,9	+4,3
Frankreich	21,9	19,0	–1,4	9,1	9,2	+0,2
USA	10,2	8,0	–2,4	8,3	8,3	–
Japan	28,9	19,7	–3,7	12,4	15,4	+2,2
Westeuropa	24,4	19,6	–2,2	72,6	69,9	–0,4
OECD	21,5	17,3	–2,2	100,0	100,0	–

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Struktur der österreichischen Exporte

Warenstruktur des Exports 1973 und 1983 im internationalen Vergleich

	Anteil am Gesamtexport			Marktanteil am OECD-Export		
	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾	1973 in %	1983 in %	1973–1983 Veränderung in % ¹⁾
Industriewaren (SITC 5–9)						
Österreich	83,5	87,5	+0,5	1,5	1,4	+1,0
Schweiz	93,0	94,7	+0,2	2,9	2,9	–0,2
Schweden	77,7	80,1	+0,3	3,1	2,6	–1,5
Belgien	83,9	78,8	–0,6	6,2	4,9	–2,4
Niederlande	57,9	51,1	–1,3	4,6	4,0	–1,4
BRD	90,6	89,4	–0,1	20,2	18,0	–1,2
Großbritannien	86,5	68,6	–2,3	8,7	7,5	–1,6
Italien	83,9	86,3	+0,3	6,2	7,5	+1,9
Frankreich	73,8	75,8	+0,3	8,7	8,2	–0,6
USA	66,3	71,2	+0,7	15,4	16,5	+0,7
Japan	95,5	97,8	+0,2	11,7	17,1	+3,9
Westeuropa	79,7	76,7	–0,4	67,5	61,1	–1,0
OECD	75,6	77,2	+0,2	100,0	100,0	–

Quelle: UNO-Welthandelsdatenbank

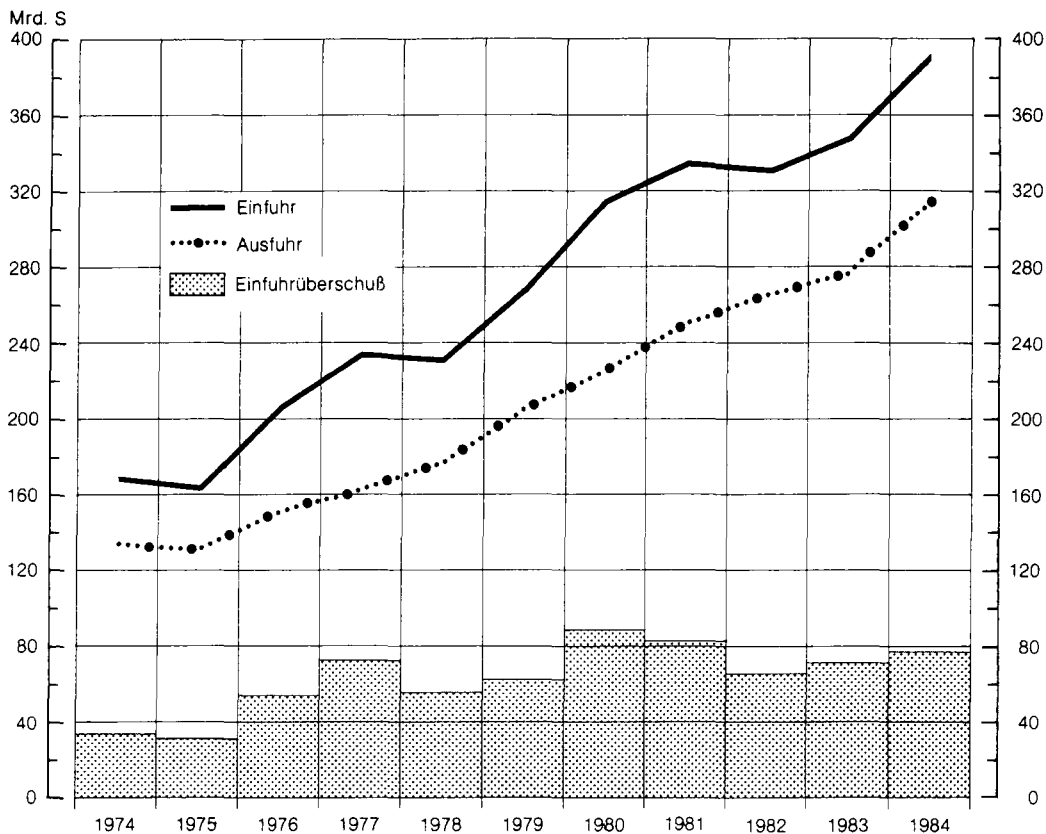
1) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Wichtigste Außenhandelspartner Österreichs 1984

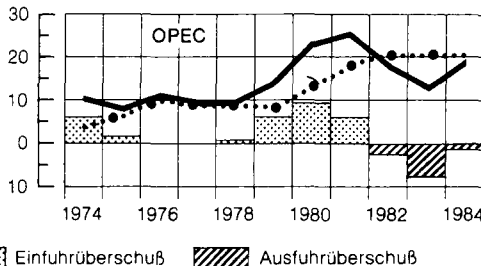
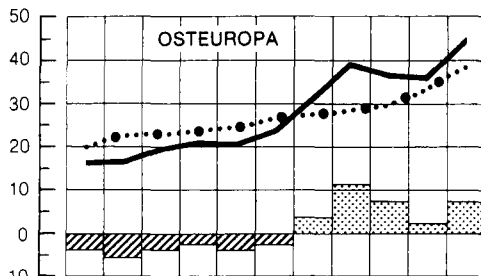
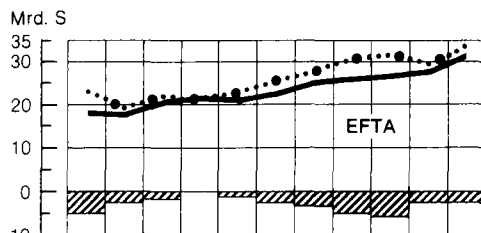
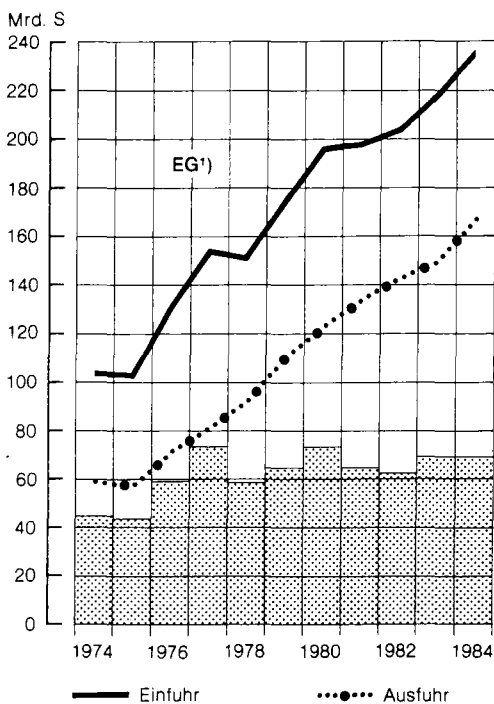
	Einfuhr		Ausfuhr		
	in Mio. S	in %	in Mio. S	in %	
Insgesamt	392.094	100,0	314.504	100,0	
darunter					
BRD	156.535	39,9	BRD	93.147	29,6
Italien	33.790	8,6	Italien	29.507	9,4
UdSSR	19.625	5,0	Schweiz	21.731	6,9
Schweiz	17.409	4,4	UdSSR	14.073	4,5
Frankreich	14.536	3,7	Großbritannien	13.790	4,4
USA	13.721	3,5	USA	12.911	4,1
Japan	12.793	3,3	Frankreich	12.185	3,9
Niederlande	10.211	2,6	Jugoslawien	7.668	2,4
Großbritannien	8.392	2,1	Niederlande	7.598	2,4
Ungarn	8.111	2,1	Ungarn	6.960	2,2

Struktur der österreichischen Exporte

Gesamtentwicklung des Außenhandels 1974 bis 1984



Außenhandel mit verschiedenen Wirtschaftsräumen 1974 bis 1984



Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

1) 9er-Gemeinschaft, ab 1981 10er-Gemeinschaft



Struktur der österreichischen Exporte

Konsumgüter (Bekleidung, Schuhe), aber auch optische Instrumente u. ä. gezählt werden.

Im internationalen Vergleich stellt der Marktanteil (bzw. dessen Veränderung) einen besonders nützlichen Indikator dar, da er auch die warenspezifische Nachfragedynamik auf dem Weltmarkt (Wachstumsprodukte bzw. strukturschwache Waren) mitberücksichtigt.

Fremdenverkehr 1980 bis 1984

Auslandsgäste in Österreich

Herkunftsländer	1980	1981	1982	1983	1984
Nächtigungen insgesamt, in Mio.	119	121	118	116	115
Inländer, in Mio.	29	29	28	28	28
Ausländer, in Mio.	90	92	90	88	87
davon in % aus:					
BRD	72,7	71,3	69,7	69,1	66,2
Niederlande	10,8	11,2	10,8	10,3	10,8
Großbritannien	2,4	2,9	4,0	4,6	5,0
Belgien, Luxemburg	3,1	3,2	2,9	2,7	2,7
Frankreich	1,8	2,1	2,4	2,1	2,7
USA	1,5	1,3	1,6	2,0	2,5
Schweiz	1,5	1,5	1,6	1,8	2,0
Italien	0,8	0,9	1,0	1,2	1,4
Schweden	1,2	1,3	1,4	1,3	1,3
Dänemark	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Ungarn	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5
Israel	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4
Jugoslawien	0,5	0,5	0,5	0,2	0,3
Griechenland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Japan	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Kanada	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Spanien	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
CSSR	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Polen	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1
übrige Länder	1,4	1,3	1,7	2,0	2,3

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Von den österreichischen Exporten entfielen 1983 87,5% auf industrielle Fertigwaren. Dieser Anteil war wesentlich höher als der Durchschnitt der Industriestaaten, er spiegelt die geringe Rohstoffausstattung Österreichs wider. Höhere Fertigwarenanteile als Österreich haben von den Vergleichs-

Struktur der österreichischen Exporte

ländern nur Japan, die Schweiz und Deutschland erreicht. Im Vergleich zu 1973 (83,5%) ist der Exportanteil von Fertigwaren gestiegen. Der österreichische Marktanteil an den Exporten der Industriestaaten – der als ein allgemeiner Maßstab für die Bedeutung Österreichs als Exportnation herangezogen werden kann – belief sich 1983 auf 1,6%. Im internationalen Wettbewerb auf dem Fertigwarenmarkt war Österreich erfolgreich, es hat zwischen 1973 und 1983 Marktanteile gewonnen (+ 1,0% p. a.).

Eine Analyse der Bedeutung von Maschinen und Verkehrsmitteln im österreichischen Export – diese Warengruppe wird vereinfachend mit hochwertigen Gütern gleichgesetzt – liefert einen gemischten Befund: Der Maschinenanteil am österreichischen Export ist zwischen 1973 (25,2%) und 1983 (29,3%) gestiegen, was den Weg Österreichs zu einer hochentwickelten Industrienation anzeigt; wichtiger noch, Österreich befindet sich in diesem Bereich auch auf der Überholspur: Der österreichische Marktanteil ist in den vergangenen zehn Jahren beachtlich gestiegen (um 1,5% p. a.). Erfolgreicher ist von den Vergleichsländern nur Japan gewesen. Der Anteil von Maschinen und Verkehrsmitteln am österreichischen Export – und das ist die Kehrseite der Medaille – ist aber im internationalen Vergleich noch immer sehr niedrig. Im OECD-Durchschnitt entfallen auf Maschinenexporte fast 10 Prozentpunkte mehr als in Österreich. Österreich wird nicht nur von den führenden Nationen (Japan, Deutschland, USA), sondern auch von Italien, Großbritannien und Frankreich überholt. Geringere Exportanteile haben von den Vergleichsländern nur die Niederlande (hoher Exportanteil von Erdgas) und Belgien aufzuweisen.

Ein ähnliches Ergebnis – aber noch deutlicher akzentuiert – zeigt die Entwicklung bei den hochtechnologischen Waren: von den österreichischen Exporten entfielen 1973 1,3%, 1983 2,2% auf diese Warengruppe. Im internationalen Vergleich schneidet Österreich nicht gut ab. Von den Exporten der Industriestaaten entfielen auf Technologiegüter 4,7% (Westeuropa 3,5%). Der österreichische Marktanteil war 1983 mit 0,7% sehr niedrig, er ist aber immerhin 1973/1983 um 1,9% p. a. gestiegen. Erfolgreicher war wieder nur Japan.

Rechen- und Datenverarbeitungsmaschinen sind im österreichischen Export nur sehr wenig vertreten, zwischen 1973 und 1983 hat Österreich in diesem Bereich Marktanteile verloren.

Recht günstig schnitt Österreich im Chemiebereich ab, zu welchem aber – neben hochentwickelten Produkten – auch Massengüter zählen. Der Anteil chemischer Erzeugnisse am österreichischen Export ist von 6,5% auf 9,4% gestiegen. 1973 lag dieser Anteil noch weit unter dem Durchschnitt der Industriestaaten (8,8%), 1983 nur mehr knapp (10,4%). Der österreichische Marktanteilsgewinn in diesem Bereich war beachtlich (+ 2,8% p. a.).

Konsumnahe Fertigwaren stellen traditionell eine wichtige Position im österreichischen Export dar. Ihr Exportanteil war mit 14,7% (1983) in Öster-

Struktur der österreichischen Exporte

reich wesentlich höher als im Durchschnitt der Industriestaaten. Relativ mehr Konsumwaren als Österreich exportierten Italien und die Schweiz. Im internationalen Wettbewerb auf dem Konsumgütermarkt hat Österreich „durchschnittlich“ abgeschnitten. Der österreichische Marktanteil blieb zwischen 1973 und 1983 nahezu unverändert (2,2⁰/4).

Die Strukturschwäche der österreichischen Industrie und des österreichischen Exports kommt in dem hohen Anteil der – großteils wenig veredelten – bearbeiteten Waren zum Ausdruck: Mit 34,0⁰ war der Exportanteil in Österreich 1983 größer als in allen Vergleichsländern und doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Industriestaaten (17,3⁰). Zwischen 1973 und 1983 konnte Österreich seinen Marktanteil am Export der Industriestaaten beachtlich (von 2,3⁰ auf 2,8⁰) ausweiten. So erfreulich dieser Wettbewerbserfolg – ohne den sicherlich zahlreiche Arbeitsplätze in den betroffenen Industriezweigen verloren gegangen wären – auch sein mag, er ist auch ein deutliches Zeichen für die Strukturkonservierung der österreichischen Wirtschaft, für die zu langsame Anpassung an die Tendenzen der Weltnachfrage. Die österreichische Wirtschaftspolitik hat offensichtlich den kurzfristigen Zielsetzungen – Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionen – Vorrang vor der – erst langfristig wirksamen – Schaffung neuer, moderner Industriezweige gegeben.

Förderung der österreichischen Wirtschaftsinteressen

Im vergangenen Bericht war das einschlägige Kapitel mit „Aussenhandel“ umschrieben. Die folgende Darstellung zeigt jedoch, daß die beschriebenen Aktivitäten weit über die Förderung der österreichischen Exportinteressen hinausreichen. Exporte und Importe stehen sowohl in einem faktisch wirtschaftlichen Zusammenhang wie auch in einem politischen. In einem stark aussenhandelsabhängigen Land wie Österreich stimuliert eine Förderung der Exporte immer auch die Nachfrage nach Importen.

Der politische Zusammenhang ergibt sich aus der österreichischen Grundhaltung, nämlich einer Befürwortung eines möglichst freien internationalen Warenaustausches. Diese Haltung und das im Kapitel „multilaterale Wirtschaftspolitik“ beschriebene konstruktive Engagement für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen ist aber auch für Erfolge im Aussenhandel wichtig. In vielen Fällen ist es Grundlage für die positive Gestaltung der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen. Ein Land, das so wie Österreich im hohen Masse auf Aussenhandel angewiesen ist, muß jedenfalls dafür Verständnis haben, daß man seinen eigenen Export langfristig nur dann nützen kann, wenn man auch anderen Ländern die Möglichkeit gibt, ihre Produkte abzusetzen.

Der Aussenhandel ist für Österreich weiterhin von wachsender Bedeutung. Der Anteil der Exporte (ohne Dienstleistungen), der 1980 noch bei 22,5⁰

Förderung der österreichischen Wirtschaftsinteressen

des BNP lag, ist 1984 auf 24,5% angestiegen. Die österreichische Aussenhandelspolitik hat also große Anstrengungen unternommen, um den internationalen Konjunkturaufschwung zu Beginn des Jahres zu nützen. Die Warenexporte sind gegenüber 1985 um real fast 10% gewachsen, wenngleich sich der Zuwachs im Laufe des Jahres wieder verlangsamt hat. Erwartungsgemäss hat die Konjunkturbelebung im Inland aber auch zu einem starken Anstieg der Importe geführt. Die österreichische Handelsbilanz weist daher in allen Quartalen des Berichtsjahres höhere Defizite auf als in der vergleichbaren Vorjahresperiode.

Dessen ungeachtet hat Österreich seine traditionell liberale Handelspolitik keiner Überprüfung unterzogen. Österreich hat im Gegenteil, wie oben dargestellt, in den zuständigen internationalen Gremien weiterhin seinen Einfluss für einen freieren Welthandel geltend gemacht. Es hat sich darüber hinaus besonders dafür verwendet, daß die Industriestaaten in konzertierter Aktion ihre Märkte mehr als bisher den Erzeugnissen aus den Entwicklungsländern öffnen.

Auf dem Gebiet der den Außenhandel erschwerenden protektionistischen Massnahmen zur Abwehr ausländischer Konkurrenz sind uneinheitliche Tendenzen zu registrieren.

Die zunächst starke Konjunkturbelebung in den USA und die folgenden Aufschwungstendenzen in den anderen Industriestaaten haben zu einer gewissen Erleichterung hinsichtlich der im Vorjahr verfüigten oft rigorosen Einfuhrbeschränkungen geführt. Dies gilt sowohl für Staaten des RGW-Raumes als auch für einige lateinamerikanische Länder. Mit Befriedigung ist festzustellen, daß Jugoslawien die Depotpflicht bei Auslandsreisen mit Jahresende 1984 abgeschafft hat.

Auch ist es gelungen, im Verhältnis zu Frankreich einige der im Jahre zuvor getroffenen Schutzmaßnahmen zu beseitigen. Leider haben sich die USA, abermals auf dem Stahlsektor, veranlaßt gesehen, gegen Jahresende importbeschränkende Maßnahmen zum Schutze der amerikanischen Stahlindustrie in Aussicht zu nehmen, bzw. um Verhandlungen von Selbstbeschränkungsmaßnahmen im Verhältnis zu einer Reihe von stahlerzeugenden Ländern zu ersuchen.

Die Finanzkrisen, denen sich eine Reihe von Staaten im Jahre 1983 gegenübersehen, haben sich natürlich auch hemmend auf den Aussenhandel ausgewirkt. Hier ist es im Jahre 1984 zu einer gewissen Entspannung gekommen. Dies gilt vor allem für die lateinamerikanischen Staaten Mexiko, Brasilien und Argentinien. Die verbesserten internationalen Bemühungen zur Sanierung der Finanzen dieser Länder und die wachsenden Anstrengungen dieser Länder selbst haben der Finanzkrise zunächst die Spitze gebrochen. Freilich bleibt die Frage, ob das Problem damit dauerhaft gelöst ist .

Außenwirtschaftsförderung als gemeinsame österreichische Aufgabe

Für Österreich besonders bedeutsam ist, daß es im Laufe des Jahres 1984 gelungen ist, nach Erzielung des Einverständnisses zwischen den Gläubigerstaaten auch mit Polen die Umschuldungsverhandlungen über den Zeitraum 1982 – 1984 aufzunehmen und einem Abschluss näherzubringen.

Außenwirtschaftsförderung als gemeinsame österreichische Aufgabe

Die Ergebnisse in den Aussenwirtschaftsbeziehungen sind das Produkt des kontinuierlichen Zusammenwirkens mehrerer Bereiche: der im Außenhandel tätigen österreichischen Unternehmungen selbst, der Banken, der Interessensvertretungen, der Bundesdienststellen und schließlich, als verlängertem Arm der beiden zuletzt genannten Institutionen, der österreichischen Vertretungen im Ausland.

Schon im Vorjahresbericht war darauf hingewiesen worden, daß die österreichischen Unternehmen vermehrt den Weg in den Export finden. Es ist andererseits statistisch erwiesen, daß noch immer rund 80% der österreichischen Exporte in einem Umkreis von 400 km jenseits der österreichischen Grenzen getätigt werden. Einige Unternehmen, insbesondere im Anlagenbau und solche, die neue Technologien anzubieten haben, haben aber begonnen, über diese traditionellen Märkte hinaus neue, zum Teil auch Überseemärkte zu erschließen. Im Vergleich zu anderen mit Österreich vergleichbaren Staaten muß die österreichische Präsenz in Übersee aber nach wie vor als verhältnismäßig bescheiden bezeichnet werden. Trotzdem ist zu beobachten, daß die Exportgesinnung der österreichischen Wirtschaft insgesamt im Zunehmen begriffen ist. *) Mittelfristig könnte Ost- und Südostasien zu einem zunehmend interessanten Markt für den österreichischen Export werden; langfristig sollte der lateinamerikanische Markt, der in den letzten Jahren infolge schwerer Finanzkrisen überaus schwierig geworden ist, nicht aus dem Auge verloren werden.

Unternehmergeist, eine technisch hochwertige Produktion und der Wille zu zäher Kleinarbeit sind Voraussetzungen für Außenhandelserfolge auf Ebene der Unternehmen. Sie erfahren aber wichtige Unterstützung, des öfteren auch den notwendigen Anstoß, durch die Tätigkeit der anderen oben genannten Institutionen.

Hier sind zunächst die Banken zu nennen. Diejenigen unter ihnen, die im Exportgeschäft langjährige Erfahrung haben, sind längst nicht mehr nur Finanzinstitute, sondern haben auch Beratungsdienste eingerichtet, die über die Finanzfragen hinaus den österreichischen Unternehmungen helfen, Märkte für ihre Produkte zu erschließen und sich mit den Bedingungen an Ort und Stelle vertraut zu machen. Auch veranstalten sie Seminare, die den Außenhandelsfirmen Kenntnisse über bestimmte Märkte vermitteln.

*) Die Zahl der bei der Bundeskammer registrierten österreichischen Exportfirmen ist von 4800 im Jahr 1980 auf 6100 im Jahre 1984 angewachsen.

Außenwirtschaftsförderung als gemeinsame österreichische Aufgabe

Die österreichischen Außenhandelserfolge wären undenkbar ohne die weit gespannte Tätigkeit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Sie hat im Laufe der Jahrzehnte einen modernen Informations-, Schulungs- und Betreuungsapparat aufgebaut, der sowohl im Inland wie auch im Ausland gezielt zum Einsatz kommt.

Die Exportförderung im Inland hat ihren Schwerpunkt in der Information und in der Beratung österreichischer Unternehmen über die Möglichkeiten der Bearbeitung von Auslandsmärkten. Hiefür stehen in der Bundeskammer Länder- und Fachreferate zur Verfügung. Seit 1980 wird Exportberatung auch am Firmensitz durch den Einsatz von besonders geschulten Exportberatern betrieben. *) Die „Exportakademie der Bundeswirtschaftskammer“ organisiert in Zusammenarbeit mit Universitäten, Instituten und Handelsakademien Kurse zur Außenhandelsschulung.

Besondere Bedeutung wird der raschen Sammlung und Weitergabe von relevanten Informationen, Daten, Ausschreibungen etc. an potentiell interessierte österreichische Unternehmungen beigelegt. Diesem Zweck dient die Herausgabe einer wöchentlichen Zeitschrift „Internationale Wirtschaft“, die Publikation „HA-Nachrichtendienst“ u. ä. Informationsblätter, sowie die Herausgabe von Informationsbroschüren über Handelspartner in Österreich, ferner über Exportförderung, Exportberatung, Exportgarantien und Exportfinanzierung.

Seit 1982 betreibt die Bundeskammer dazu eine „Welthandels-Datenbank“. Sie arbeitet auf EDV-Basis und ist in der Lage, Auskünfte über alle relevanten Entwicklungen in einem betreffenden Land zu geben, Märkte aufzuzeigen und Marktanteile sowie Wachstumsraten für Abnehmerländer und für Lieferländer darzustellen.

Die Bundeskammer hat darüber hinaus ein Informationssystem geschaffen, mit dem wichtige Meldungen über ausländische Projekte, insbesondere Ausschreibungen, von den Außenhandelsstellen über Telex an die Bundeskammer gemeldet werden können, wo über Computer eine Benachrichtigung interessierter österreichischer Firmen erfolgt („Jet-Nachrichten“-System).

Die Außenhandelsförderung der Bundeskammer im Ausland wird in erster Linie über das weitgespannte Netz der österreichischen Außenhandelsstellen durchgeführt. Die dort eingesetzten Kammerfunktionäre üben eine Tätigkeit aus, die in anderen Staaten den sogenannten Handelsattachés zufällt. Sie beobachten die wirtschaftliche Entwicklung im Empfangsstaat, betreiben Marktbeobachtung und helfen österreichischen Firmen bei der Anbahnung und der Abwicklung von Auslandsgeschäften. Gleichzeitig die-

*) Insgesamt konnten bisher 2000 solcher Beratungen durchgeführt werden.

Außenwirtschaftsförderung als gemeinsame österreichische Aufgabe

nen sie auch als Auskunftsstellen für ausländische Geschäftsleute, die an Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich Interesse haben.

Die Bundeskammer organisiert darüber hinaus je nach Bedarf und Zweckmäßigkeit Reisen von Wirtschaftsmissionen ins Ausland und veranstaltet branchenspezifisch organisierte Interessentenmeetings. Auch betreut sie ausländische Besuchermissionen, die sich in Österreich über Import- und Exportmöglichkeiten orientieren wollen.

Eine intensive Förderungstätigkeit entwickelt die Bundeskammer auch im Bereich des Messe- und Ausstellungswesens. Im Jahre 1984 gab es 131 Beteiligungen an derartigen Veranstaltungen, wobei die weitaus größte Anzahl (72) in Form von Gruppenausstellungen abgehalten wurde. Darüber hinaus organisiert die Bundeskammer bei anderen Messen Informationsstände und fördert auch Einzelaussteller durch teilweise Refundierung von Beteiligungskosten an internationalen Messen und Ausstellungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Förderungstätigkeit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ein aus der österreichischen Außenhandelsförderung nicht mehr wegzudenkendes Instrumentarium darstellt. Es ist breit angelegt, arbeitet sehr effizient und hat es wegen seiner besonderen Wirtschaftsnähe verstanden, sich modernen Entwicklungen in kurzer Zeit anzupassen.

Bundесdienststellen haben in der Außenwirtschaftsförderung einerseits den Auftrag, durch eine möglichst umsichtige und vorausschauende Politik, d. h. durch die notwendigen Abkommensinstrumente und durch das kontinuierliche Bemühen um gute und möglichst reibungslose Beziehungen zu den einzelnen Staaten eine Grundlage dafür zu schaffen, daß die spezifischen Maßnahmen der Firmen, Banken und Interessensvertretungen in einer politischen Umwelt gesetzt werden können, die erfolgversprechendes Agieren ermöglicht. Sie haben zum anderen die Aufgabe, die genannten Firmen und Organisationen im Einzelfall bei der Durchsetzung ihrer Bemühungen zu unterstützen. Dabei müssen sie auch eine Interessenabwägung vornehmen, weil es gerade auf der offiziellen Ebene Aufgabe der Förderung von Wirtschaftsinteressen sein muß, auf die berechtigten Anliegen der Wirtschaftspartner Rücksicht zu nehmen.

Die hier geschilderten Aufgaben teilen sich vor allen Dingen die Bundesministerien für Handel, Gewerbe und Industrie, für Land- und Forstwirtschaft, für Finanzen, für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sowie das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Da das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Kompetenzgesetz 1973 eine weitgehende Zuständigkeit in Wirtschaftsfragen eingeräumt bekommen hat, fällt ein bedeutender Anteil der fördernden Tätigkeit im Bereich der Außenwirtschaft auf dieses Ressort. Hierzu gehören im multilateralen Bereich sowohl die Administrierung der Freihandelsabkommen, denen Österreich angehört, als auch die Wahrnehmung der Beziehungen zum GATT und im bila-

Außenwirtschaftsförderung als gemeinsame österreichische Aufgabe

teralen Bereich die Wahrnehmung wirtschafts- und handelspolitischer Belange gegenüber dem Ausland. Das Bundesministerium für Finanzen betreut den Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen, der internationalen Finanzinstitute und der regionalen Entwicklungsbanken sowie das weite Gebiet der finanziellen Außenhandelsförderung.

Die für die Belange der verstaatlichten Industrie zuständige Sektion des Bundeskanzleramtes (ab 1985 des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr) hat die Außenhandelsbemühungen dieses für Österreich so wichtigen Industriebereiches in vielfältiger Weise unterstützt.

Die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erstreckt sich auf die Gestaltung neuer integrationspolitischer Maßnahmen, auf die Vertretung Österreichs in den wirtschaftlichen Organisationen im Rahmen der Vereinten Nationen, auf die Verhandlung verschiedener Verträge, z. B. in den Bereichen Verkehr und Investitionsschutz und, ganz allgemein, auf die begleitende Beobachtung der gesamten österreichischen Außenwirtschaftstätigkeit unter dem Blickwinkel der außenpolitischen Vertretbarkeit. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat darüber hinaus allen österreichischen Unternehmungen, die sich an dieses Ressort mit der Bitte um Unterstützung gewendet haben, durch Einschaltung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland rasch und unbürokratisch zur Seite gestanden.

Als verlängerter Arm der zuständigen österreichischen Zentralstellen haben die diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden sowie die Aussenhandelsstellen ihre wichtige Rolle vor Ort auch im vergangenen Jahre in den meisten Fällen mit großem Einsatz wahrgenommen. Österreichs Unternehmungen nehmen ihre Dienste insbesondere in Ländern mit gelenkter Wirtschaft in Anspruch, sowie in Ländern, wo die Einflußnahme der Regierungsstellen auf Anlagen- und Kooperationsobjekte von maßgeblicher Bedeutung ist. Die sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft einerseits sowie zwischen ihren Vertretungsbehörden im Auslande andererseits trägt maßgeblich zu den erzielten Erfolgen im Außenwirtschaftsbereich bei.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist weiterhin bemüht gewesen, die österreichischen Vertretungsbehörden auf ihre wichtige Beobachtungsfunktion betreffend die Entwicklung der Wirtschaft der Empfangsländer hinzuorientieren. Das Thema der wirtschaftlichen Berichterstattung insgesamt war daher auch ein Gegenstand der Botschafterkonferenz 1984. Im Sinne der Ergebnisse dieser Konferenz nimmt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Aussicht, den Informationsfluß von den Vertretungsbehörden zu den Zentralstellen auf noch größere Effizienz hin auszurichten.

Formen der Förderungstätigkeit

Formen der Förderungstätigkeit

Abkommen

Im Verhältnis zu seinen Haupthandelspartnern vollzieht sich Österreichs Außenhandel im Rahmen von Abkommen (eine Ausnahme hievon bilden die USA). Grundlage für den Handelsverkehr mit den westeuropäischen Staaten bilden die beiden Freihandelsabkommen mit den EFTA-Staaten und mit den EG-Staaten. Über das Funktionieren dieser Freihandelsabkommen gibt das vorangegangene Kapitel ausführlich Auskunft.

Im Verhältnis zu den Staaten des RGW-Raumes und zu Jugoslawien vollzieht sich der Außenhandel aufgrund von Abkommen, die im allgemeinen die wirtschaftliche, industrielle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln. In einigen Relationen bestehen noch klassische Handelsabkommen, doch legen unsere östlichen Partner schon seit vielen Jahren Wert darauf, daß sich der Wirtschaftsaustausch nicht auf den bloßen Handelsaustausch beschränkt, sondern daß „modernere Formen der Zusammenarbeit“ in den Vordergrund treten. Hiezu gehören insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Industriebetrieben beider Vertragspartner mit dem Ziel der Errichtung gemeinsamer Projekte im jeweils anderen Vertragsstaat wie auch in Drittländern. Im Verhältnis zu einigen RGW-Staaten erlangt auch die Errichtung von „Joint Ventures“ eine gewisse Bedeutung.

Ähnliche Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technisch-wissenschaftliche Kooperation bestehen auch im Verhältnis zu einigen nicht-europäischen Staaten, insbesondere im arabischen Raum, aber auch vereinzelt im Verhältnis zu Lateinamerika, sowie zur Volksrepublik China. Da alle diese Abkommen eine Gemischte Kommission vorsehen, deren Abhaltung mit regelmäßiger Sitzungstätigkeit verbunden ist, verhält sich Österreich Wünschen auf Abschluß neuer derartiger Abkommen gegenüber im allgemeinen eher zurückhaltend. Die Erfahrung zeigt, daß der Abschluß solcher Abkommen nur dort sinnvoll erscheint, wo das Wirtschaftsgeschehen eine gewisse Intensität erreicht hat. Die Rolle solcher Abkommen zur Ingangsetzung von wirtschaftlichen Beziehungen ist eher gering anzusetzen.

Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen zum Abschluß von Abkommen mit Saudiarabien und mit Zaire im wesentlichen abgeschlossen, sodaß damit gerechnet werden kann, daß diese Abkommen im Jahre 1985 zur Unterzeichnung kommen.

Gemischte Kommissionen

Ein bedeutendes Ausführungsinstrument zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen stellen die Gemischten Kommissionen gemäß den im Vorabschnitt behandelten Abkommen dar. Sie tagen meist einmal im Jahr, abwechselnd in einem der beiden Vertragsstaaten. Die Verhandlungslei-

Formen der Förderungstätigkeit

tung liegt auf österreichischer Seite beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, die anderen mit Wirtschaftsfragen befaßten österreichischen Ministerien und die Kammern sind in der Delegation vertreten. Die Gemischten Kommissionen überprüfen das Funktionieren der Abkommen, insbesondere die Entwicklung des Handelsaustausches, sowie die Möglichkeiten der Durchführung neuer Projekte. Sie untersuchen darüber hinaus die Ergebnisse der Kooperation zwischen den Firmen der Vertragsstaaten und dienen zur Bereinigung von aufgetretenen Problemen. In den meisten Fällen obliegt die Leitung der österreichischen Delegation dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie bzw. dem Staatssekretär in diesem Ministerium.

Die Einrichtung der Gemischten Kommission (Gemischter Ausschuß) gibt es auch im Verhältnis zu den EG. Über ihr Wirken gibt ebenfalls der Abschnitt „Österreich – EG“ Auskunft.

Im Jahre 1984 fanden Tagungen von sogenannten „Großen Gemischten Kommissionen“, die unter der Leitung des Außenministeriums stehen, mit Spanien, Frankreich und Italien statt, bei denen im Rahmen einer Unterkommission für Wirtschaftsfragen auch wirtschaftliche Belange erörtert wurden.

Besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß die Gemischte Kommission mit Italien sich mit dem seit Jahren schwelenden Konflikt zwischen den beiden Staaten über die Belastung des Transits österreichischen Mineralöls über den Hafen von Triest beschäftigt hat. Eine von der Gemischten Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe konnte in der Folge einen gemeinsamen Bericht ausarbeiten, der zum ersten Mal Möglichkeiten eröffnet, den Konflikt im Rahmen von Vertragsverhandlungen beizulegen. Diese unter der Leitung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten stehenden Verhandlungen werden im Jahre 1985 durchzuführen sein.

Finanzierungen

Neben der normalen Kreditgewährung für Exportzwecke durch den Bankenapparat stehen dem Exporteur mannigfaltige Instrumente zur Exportfinanzierung zur Verfügung. Die Exportfonds-GesmbH stellt derartige Kredite für jene Firmen bereit, deren Exportvolumen 100 Mio. öS pro Jahr nicht überschreitet. Für Unternehmen, deren Exportvolumen zwischen 100 und 800 Mio. öS liegt, bietet das Refinanzierungsverfahren der Österreichischen Nationalbank entsprechende Kreditmöglichkeiten. Für Unternehmen, deren Exportvolumen im allgemeinen darüber liegt, stehen Kredite der Österreichischen Kontrollbank AG zur Verfügung.

Zur Absicherung der verschiedenen Exportkredite sieht das Ausfuhrförderungsgesetz die Möglichkeit der Übernahme einer Bundeshaftung vor. Der Rahmen, innerhalb dessen der Bundesminister für Finanzen zur Zeit Haf-

Formen der Förderungstätigkeit

tungen übernehmen kann, ist mit öS 290 Mrd. begrenzt. Die Ausnützung dieses Haftungsrahmens liegt derzeit bei 250 Mrd. öS

Die Überwachung dieser Garantietätigkeit obliegt dem Exportförderungsbeirat, in dem das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten dann vertreten ist, wenn Projekte über der 10 Mio. öS-Grenze liegen („erweiterter Beirat“).

Die österreichischen Exporterfolge sind ohne Bereitstellung dieser Kredit- und Garantieverfahren undenkbar. Die Erfahrung zeigt, daß ca. 35% der österreichischen Exporte unter Inanspruchnahme dieser Verfahren durchgeführt werden.

Nicht alle Anträge auf Übernahme der Bundesgarantie konnten positiv erledigt werden. Die Frage der Bonität des betreffenden Landes kann dabei ebenso eine Rolle spielen wie diejenige des Käufers. Die auch im Berichtsjahr fortgesetzte vorsichtige Garantiepolitik der österreichischen Stellen hat insofern Früchte gezeigt, als die Schadensfälle, insgesamt gesehen, zurückgegangen sind. Die im einzelnen manchmal vielleicht als erschwerend empfundene Ablehnung findet durch diese Entwicklung ihre Rechtfertigung.

Wenn trotzdem gelegentlich im Ausland der Vorwurf laut wird, das österreichische Kreditengagement in gewissen Regionen sei größer als das Exportvolumen in dieselbe, so ist darauf hinzuweisen, daß Österreich gelegentlich die Bundesgarantie auch dann übernimmt, wenn ein Geschäft bei ansonsten vorwiegend österreichischer Wertschöpfung von begrenzten Zulieferungen aus dem Auslande abhängig ist und ohne eine derartige Garantieübernahme nicht zustande kommen könnte.

Federführend für sämtliche Finanzierungsfragen im Exportgeschäft ist das Bundesministerium für Finanzen.

Investitionsförderung

Dem Charakter dieses Tätigkeitsberichtes entsprechend ist das Thema Investitionsförderung auf diejenigen Bemühungen einzugrenzen, die gegenüber dem Ausland Platz ergreifen. In dieser Hinsicht ist Österreich an einer Förderung in zwei Richtungen interessiert: zum einen besteht Interesse daran, neue Betriebe in Österreich anzusiedeln, die zu einer Modernisierung des heimischen Industriepotentials führen, die also innovative Wirkungen erzeugen. Dies ist nicht nur unter dem Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen interessant, sondern auch unter dem Blickwinkel der Bemühungen, auf den Gebieten, in denen Österreich einen technologischen Nachholbedarf hat, entsprechende Initiativen zu setzen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Mikroelektronik und Computerwesen. An dieser Stelle ist anzumerken, daß Österreich in vielen anderen Bereichen über erstklassige eigene Technologie verfügt, die durchaus, wie die Exporterfolge zeigen, in der ganzen Welt Anerkennung findet.

Formen der Förderungstätigkeit

Dem Ziel der Ansiedlung innovativer Industrien in Österreich dienen verschiedene Maßnahmen. So hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Innovationsagentur geschaffen, die den an technologischer Zusammenarbeit interessierten Firmen im In- und Ausland zur Verfügung steht und entsprechende Publikationen vorbereitet, welche die Standortvorteile Österreichs für Industrieansiedlungen unterstreichen. Staatssekretär Schmidt hat darüber hinaus mehrere Investitions-Seminare im Ausland abgehalten. Die IDC (Industrial Development and Cooperation Company), eine Tochtergesellschaft der ÖIAG, die zu dem gleichen Zweck geschaffen wurde, bemüht sich durch eigene Büros in New York und in Tokio, amerikanische und japanische Investoren für Österreich zu interessieren. Auch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und die Außenhandelsstellen bemühen sich, in diese Richtung zu wirken.

Zum anderen besteht ein Interesse daran, österreichischen Industrien, die daran interessiert sind, im Ausland Zweigunternehmungen zu gründen, das Terrain vorzubereiten und ein möglichst günstiges Investitionsklima für sie zu schaffen. Einen Anreiz hiefür bietet der Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten. Im Berichtsjahr 1984 wurden solche Abkommen im Verhältnis zu Thailand, zur Republik Korea, Neuseeland und Indien paraphiert.

Darüber hinaus gilt es, derartigen Investitionen im Ausland einen möglichst wirksamen staatlichen Schutz angedeihen zu lassen. Diesem Zweck dient der Abschluß von Investitionsschutzabkommen. Die im Vorjahr eingeleiteten Verhandlungen im Verhältnis zu den Philippinen, Malaysia und Thailand konnten im Berichtsjahr auf schriftlichem Wege soweit fortgesetzt werden, daß begründete Hoffnung besteht, diese Abkommen im nächsten Jahr zum Abschluß zu bringen. Eine Fortsetzung fanden auch die Verhandlungen mit der Volksrepublik Bulgarien, die ebenfalls im nächsten Jahr zum Abschluß kommen dürften. Neu aufgenommen wurden Verhandlungen mit der Volksrepublik China. Dieser große, sich rasch gegenüber dem Ausland öffnende Markt verdient erhöhte Aufmerksamkeit und das Investitionsschutzabkommen, welches ebenfalls im Jahre 1985 zum Abschluß gebracht werden wird, sollte österreichische Industrien ermutigen, dort Investitionen zu tätigen. Schließlich sind die vor Jahren mit Jugoslawien eingeleiteten Verhandlungen, die in der Folge durch die jugoslawische Haltung eine Unterbrechung erfahren haben, durch Übergabe eines neuen österreichischen Vertragsentwurfes wieder in Gang gesetzt worden.

Technologietransfer

Österreich unternimmt intensive Bemühungen, um seiner Industrie nach Möglichkeit den Zugang zu ausländischer Hochtechnologie sicherzustellen. Wie schon erwähnt, ist Österreich in den Bereichen Mikroelektronik und Computertechnik in sehr hohem Maße von Zulieferung aus dem Aus-

Formen der Förderungstätigkeit

land abhängig. Es hat sich nun gezeigt, daß westliche Lieferländer, allen voran die USA, mit Nachdruck dafür eintreten, daß österreichische Firmen jene bei ihren Einkäufen übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft einhalten, demzufolge bestimmte hochsensible Technologie nur dann wiederausgeführt werden darf, wenn das ursprüngliche Lieferland einem solchen Reexport zustimmt. Im übergeordneten volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse Österreichs muß eine derartige Einhaltung übernommener Verpflichtung auch den Intentionen der Bundesregierung entsprechen. Die zuständigen Ministerien sind daher nach reiflicher Überlegung und im Einklang mit den Interessensvertretungen zum Schluß gekommen, daß die Einhaltung dieser Bedingungen durch österreichische Firmen nur durch eine entsprechende Novelle zum Außenhandelsgesetz gewährleistet werden kann. Die Novelle führt die sogenannte internationale Einfuhrbescheinigung ein. Dies ist eine amtliche Bestätigung darüber, daß eine bestimmte Ware zum Endverbleib in Österreich bestimmt ist, bzw. daß sie nur mit Genehmigung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie reexportiert wird. Verstöße gegen die Auflagen, unter denen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine solche Bescheinigung ausgestellt hat, sind gerichtlich strafbar. Die Novelle ist vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zu administrieren; die Koordination ihrer innerösterreichischen Vorbereitung und der hiezu notwendigen Kontakte mit dem Ausland oblag, im übergeordneten außenpolitischen Interesse, dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Hauptsächlich aussenwirtschaftlichen Aufgaben wird sich auch der Wissenschaftsattaché in Washington zu widmen haben. In der Entwicklung neuer Technologien und in wirtschaftsrelevanter Forschung sind die USA nach wie vor führend. Will die österreichische Industrie ihren Modernisierungsprozeß fortsetzen, dann muß sie in Zukunft verstärkt an diese Entwicklungen in den USA anknüpfen. Es gilt, die Zusammenarbeit mit den Forschungsinstituten und Universitäten zu verdichten. Diese Aufgabe hat sich schon bei Erstellung des sogenannten USA-Konzepts profiliert und man kam zur Überzeugung, daß sich ihr ein wirtschaftsnaher, speziell dafür abgestellter Referent widmen sollte. Dementsprechend wurde nun ein Wissenschaftsattaché nach Washington entsandt. Er hat seine Tätigkeit im November 1984 aufgenommen.

Besuchertätigkeit

Der Besucheraustausch auf hoher Ebene hat besondere Bedeutung für die Förderung der österreichischen Wirtschaftsinteressen im Ausland. Es hat sich die Praxis herausgebildet, daß sowohl Bundeskanzler als auch Handels- und Außenminister österreichischen Firmen Gelegenheit geben, an ihren offiziellen Besuchsreisen teilzunehmen und ihre Interessen bei dieser Gelegenheit im entsprechenden Rahmen darzulegen. Derartige Reisen unternahm der Herr Bundeskanzler nach Bulgarien, in die DDR, nach

Formen der Förderungstätigkeit

Indien, Jugoslawien, die UdSSR und die Vereinigten Arabischen Emirate; der Herr Vizekanzler, abgesehen von zahlreichen Reisen im Zusammenhang mit Gemischten Kommissionen, nach Ost- und Südostasien (Republik Korea, Malaysia, Indonesien) sowie nach Saudi-Arabien.

Außenminister Lanc besuchte Saudi-Arabien und einige Golfstaaten sowie den Iran. Staatssekretär Schmidt stattete Besuche ab in der BRD, Burma, Thailand, Ägypten, Kolumbien, Argentinien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Libyen und Iran.

Wirtschaftsfördernde Tätigkeiten der Vertretungsbehörden

Die Förderungstätigkeit der österreichischen Vertretungsbehörden ist mannigfaltig. Sie reicht von der Beratung von Unternehmensvertretern über ihre Begleitung zu Regierungsstellen bis zur Intervention auf höchster Ebene. Sie beinhaltet die Einmahnung von Außenständen ebenso wie den Schutz österreichischen Unternehmenspersonals in Krisengebieten.

Abgesehen von dieser konkreten Tätigkeit im Einzelfall schaffen die Vertretungsbehörden mit ihrer periodischen Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Empfangsstaates eine wichtige Basis für die Beurteilung der Außenwirtschaftsinteressen Österreichs in diesem Staat durch die österreichischen Zentralstellen. Ihre diesbezügliche Berichtstätigkeit ist daher von besonderer Bedeutung, weil von der aufgewendeten Aufmerksamkeit und vom Sachverständnis der österreichischen Diplomaten und Außenhandelsstellenleiter in hohem Maße das Bild abhängt, das man sich in Österreich von der Wirtschaft des betreffenden Staates macht.

Die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen diplomatischen Vertretungsbehörden und Außenhandelsstellen sei an dieser Stelle ebenso hervorgehoben wie das verständnisvolle Zusammenwirken zwischen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft im Inland.

*Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit***Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Seit Jahren steigt weltweit die Arbeitslosigkeit. In den westlichen Industriestaaten gibt es dazu präzisere statistische Daten. Die einschlägigen Untersuchungen vermitteln aber nur ein sehr ungenaues Bild von der Situation in den Entwicklungsländern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich Fluktuationen im Beschäftigungsgrad in diesen Ländern überwiegend in Unterbeschäftigung manifestieren. Entsprechende Zahlen dazu sind nicht vorhanden. Es kann jedoch keinen Zweifel geben, daß die ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktlage in den Entwicklungsländern verschlechtert haben.

Die wirtschaftlichen Aufschwungstendenzen in den westlichen Industriestaaten waren 1984 nicht stark genug, um die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken. In den europäischen OECD-Staaten ist es sogar zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenrate auf 11% gekommen. Diese Zahl wird sich weiter erhöhen, obwohl die Produktion nun wieder wächst. Bis Mitte 1986 werden nach den Schätzungen der OECD mehr als 20 Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter keine Beschäftigung haben und 25% von ihnen werden jünger als 25 Jahre sein.

Die Frage, wie durch konzertierte wirtschaftspolitische Maßnahmen die Arbeitslosigkeit abgebaut und ein befriedigendes Beschäftigungsniveau erreicht werden könnte, bildet daher weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungen im Rahmen der OECD. Die Minister der Mitgliedstaaten kamen anlässlich ihrer Tagung im Mai 1984 zu der übereinstimmenden Auffassung, daß die Sicherung eines nachhaltigen, möglichst inflationsfreien Wirtschaftswachstums eine wesentliche Voraussetzung für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist, wenn parallel dazu ein besseres Funktionieren der Arbeitsmärkte sichergestellt werden kann. Letztere bedarf einerseits der Beseitigung von Hemmnissen, die dem Strukturwandel und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen entgegenstehen. Andererseits muß die Mobilität der Arbeitskräfte gefördert werden. Dazu bedarf es gezielter Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und zur Vermittlung von neuen beruflichen Qualifikationen. Wie hiezu aber vom damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dkfm. Lacina, festgestellt wurde, setzt die Bekämpfung der Inelastizitäten am Arbeitsmarkt voraus, daß gleichzeitig die konjunkturellen Auftriebskräfte gestärkt werden, da ansonsten soziale Errungenschaften gefährdet werden, ohne daß die wirtschaftliche Stagnation überwunden wird. Die Schwäche des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs vor allem in den europäischen OECD-Staaten geht nicht zuletzt auf tiefgreifende Divergenzen über die zu führende Finanzpolitik zurück. Hohe Zinssätze, reduzierte Masseneinkommen und eine restriktive Fiskalpolitik können keinen anhaltenden Aufschwung herbeiführen. Ohne entsprechende Finanzpolitik insbesondere jener Länder, die den vorhandenen Wachstumsspielraum

*Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit***Arbeitslosenraten innerhalb der OECD**

	1981	1982	1983	1984	1985
OECD, insgesamt	6,9	8,4	9,0	8,5	8,5
OECD, Europa	9,2	10,7	12,2	12,75	13,25
Österreich	2,4	3,4	4,1	4,25	4,0
Belgien	10,2	11,9	13,2	13,25	13,75
Dänemark	9,2	9,9	10,5	10,25	9,75
Finnland	5,2	5,9	6,1	6,0	5,5
Griechenland	4,1	5,8	7,2	7,75	8,0
Island	0,4	0,7	1,1	1,25	...
Irland	9,9	11,4	14,1	15,75	16,5
Luxemburg	1,0	1,2	3,2	1,5	1,5
Niederlande	9,2	12,4	15,0	15,75	15,5
Norwegen	2,0	2,6	3,3	3,25	3,0
Portugal	7,6	7,6	10,8	11,5	12,0
Spanien	14,4	16,3	17,8	20,0	21,5
Schweden	2,5	3,2	3,4	3,25	3,25
Schweiz	0,2	0,4	0,9	1,0	0,75
Türkei	12,4	14,1	15,8	16,25	16,5
USA	7,6	9,7	9,6	7,5	7,0
Japan	2,2	2,4	2,6	2,75	2,5
Kanada	7,5	11,1	11,9	11,5	11,5
Australien	5,7	7,1	9,9	9,25	8,75
Neuseeland	3,5	4,7	6,4	6,0	7,5

Quelle: OECD, Economic Outlook, No. 36, Dezember 1984

nicht nützen, wird der strukturelle Anpassungsprozeß sehr langsam fortschreiten. Infolge restriktiver Nachfragepolitik und ungenügender Öffnung der Absatzmärkte in den Industriestaaten werden auch die Entwicklungsländer aus dem gegenwärtigen Aufschwung nur geringen Nutzen ziehen können.

Einen großen Stellenwert in der innereuropäischen Diskussion nimmt auch die Frage der Arbeitszeitanpassung als Mittel zur Bekämpfung der hohen Sockelarbeitslosigkeit ein. Hierbei setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine Komplementarität zwischen Arbeitszeitanpassung als beschäftigungspolitischem Instrument – etwa Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsplatzflexibilität – einerseits, und arbeitsplatzschaffenden Investitionen und Innovationen andererseits besteht. Auch herrscht Übereinstimmung, daß weitere Maßnahmen notwendig sind, die eigens darauf abzielen, den Jugendlichen und den Dauerarbeitslosen eine praktische Berufserfah-

Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

zung zu ermöglichen und eine Ausbildung bzw. Umschulung zu vermitteln. In Anbetracht des Beitrages, den die Tarifpolitik und die Konsensbildung leisten können, steht auch der Wert und die Bedeutung sozialpartnerschaftlicher Vereinbarungen nicht in Zweifel.

Angesichts der verbreiteten Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten bilden auch im Europarat Fragen der Beschäftigung ein zentrales Diskussions-thema. So verabschiedete die Parlamentarische Versammlung im Mai 1984 nach eingehender Beratung eine Empfehlung betreffend die Beschäftigungslage in Europa, in deren operativem Teil ein umfangreicher Katalog von Maßnahmen enthalten ist, die auf nationaler Ebene einerseits und im zwischenstaatlichen Bereich andererseits zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden sollen. Weiters wurde dem Ministerdelegiertenkomitee eine Empfehlung zur Ergreifung von Maßnahmen zur Behandlung vorgelegt, die dem Umweltschutz dienen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen.

Schließlich beschäftigt sich auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit Problemen der Beschäftigungspolitik. Auf der 70. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde eine diesbezügliche Resolution dem Beschäftigungsausschuß zugewiesen.

Die hohe konjunkturelle Flexibilität des Arbeitskräfteangebotes hat in Österreich in der Rezession dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dämpfen, sie verhindert aber auch einen stärkeren Abbau von Arbeitslosigkeit im Aufschwung. Dennoch ist die österreichische Arbeitslosenrate mit weniger als 5% eine der niedrigsten im internationalen Vergleich. Auf die Verbesserung des Konjunkturklimas reagierte das Arbeitskräfteangebot in Österreich besonders stark. Obgleich die Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung, die dem Steigen von Arbeitslosigkeit durch angebotsseitige Maßnahmen entgegentrat, eine derartige Entwicklung der Richtung nach erwarten ließen, ist das Ausmaß doch unerwartet groß.

Bezogen auf die Wirtschaftssektoren geht die Beschäftigung in der Landwirtschaft – folgend dem langjährigen Trend – weiterhin zurück. In der Industrie nimmt die Zahl der Arbeitskräfte geringfügig zu, während die Absorptionsfähigkeit des Dienstleistungssektors, der in der jüngsten Rezession lange Zeit Pufferfunktion ausgeübt hat, nahezu erschöpft ist. Die Arbeitslosigkeit verteilt sich nicht auf alle Bevölkerungsschichten gleich. Besonders betroffen sind davon Jugendliche, wenig qualifizierte Arbeitskräfte, ältere Personen und Angehörige bestimmter Branchen (insbes. in den Basisindustrien).

So wie in einigen anderen europäischen Staaten wurden auch in Österreich erste Schritte in Richtung Arbeitszeitverkürzung unternommen. So wurde mit 1. 1. 1985 der Mindesturlaub erhöht. In einigen Branchen wird mittels Betriebsvereinbarung die Wochenarbeitszeit reduziert. Daneben gibt es branchenweise auch Möglichkeiten der Frühpensionierung. Öster-

Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

reich ist bereits 1982 hinsichtlich der Erstellung von Jugendbeschäftigungsprogrammen aktiv geworden. Zur Sicherung der Beschäftigung werden auch finanzielle Hilfen an Unternehmungen gewährt. Sie dienen der Überwindung temporärer Beschäftigungsprobleme in Form von Haftungen, Darlehen und Zuschüssen. Im österreichischen Bundesvoranschlag 1985 sind dafür rund 3,2 Mrd. S vorgesehen.

Multilaterale Zusammenarbeit

Internationale Massnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Umweltschäden lassen sich zu einem Gutteil nur in internationaler Zusammenarbeit bekämpfen. Die Schadstoffbelastungen durch Emissionen haben in den letzten Jahrzehnten rasch zugenommen. Völlig neue Gefahren entstehen durch komplexe und hochgiftige Chemikalien, durch Schwermetalle und Sondermüll. Die Aufgabe, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, hat zu einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet geführt. Österreich hat nun in den letzten Jahren beachtliche Massnahmen, vor allem zur Reinhaltung der Luft und der Gewässer, gesetzt. Es bemüht sich daher mit besonderem Nachdruck und durch vermehrte multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit, einen wirksamen Umweltschutz auch international abzustützen.

Multilaterale Zusammenarbeit

Das „Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)“ ist das einzige internationale Forum, in dem weltweite Umweltfragen auch unter Teilnahme aller Staaten der Welt behandelt werden. Diesem UN-Organ kommt also große Bedeutung zu. Österreich arbeitet insbesondere an Programmen zum Studium des Kohlendioxid-Problems mit, ebenso wie an der Erstellung eines Umweltvölkerrechts und dem weiteren Ausbau eines weltweiten Umweltbeobachtungssystems.

In Österreich wurden bereits zwei UNEP-Tagungen abgehalten, in denen versucht wurde zu bewerten, welche Auswirkungen die steigende CO₂-Belastung der Atmosphäre auf die Umwelt haben wird; und insbesondere ob aus ihr eine drastische und weltweite Klimaveränderung entstehen muß. Eine weitere solche Tagung ist für Oktober 1985 vorgesehen. Sie wird in Villach stattfinden und an ihr sollen neben wissenschaftlichen Experten auch erstmals Staatenvertreter teilnehmen. Ziel der Veranstaltung ist die Erstattung eines „globalen CO₂-Aktionsplans“.

Die Atmosphäre ist nicht nur durch die Anreicherung mit Kohlendioxid bedroht, sondern auch durch die Zerstörung der über ihr liegenden Ozonschicht. Diese Ozonschicht filtert und bremst die kosmischen Strahlen. Würde sie vernichtet, dann würde die Strahlenbelastung auf der Erdoberfläche in gefährlicher Weise ansteigen. Auch diesem wichtigen Problem hat sich die UNEP gewidmet.

Über Einladung Österreichs hat im Jänner 1984 (16.–20. 1.) in Wien eine Tagung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Konvention zum Schutz der Ozonschicht stattgefunden. Eine diplomatische Konferenz, die der Finalisierung und Annahme eines Konventionstextes dienen soll, wird im März 1985 (18.–22. 3.), ebenfalls in Wien, stattfinden.

Multilaterale Zusammenarbeit

In Anerkennung seiner aktiven Mitarbeit in der Organisation wurde Österreich für die Jahre 1984 – 1986 wieder in den UNEP-Verwaltungsrat gewählt und hat bei der 12. Verwaltungsratsstagung (15.–29. 5. 1984) in der Person des österreichischen Botschafters in Nairobi den zweiten Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Committee of the Whole gestellt.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) ist das einzige permanente Ost-West-Forum. Ihr kommt daher für die Behandlung von europaweiten Umweltproblemen große Bedeutung zu. Österreich ist im Osten von Staaten umgeben, die nicht den westeuropäischen Wirtschaftsorganisationen angehören; und es hat ein Interesse, daß auch diese Staaten in die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Umweltschäden eingebunden werden. Die im Rahmen der ECE ausgearbeitete Konvention über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverschmutzung ist ein wesentliches Instrument für ein solches gesamteuropäisches Zusammenwirken in Umweltfragen. Die Konvention ist am 16. März 1983 in Kraft getreten. Sie wurde bisher von 30 Signatarstaaten, darunter Österreich, ratifiziert. Ihr Ziel ist es, internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung zu fördern und Maßnahmen der einzelnen Staaten zur Bekämpfung der Luftverschmutzung zu koordinieren. Im Vordergrund steht derzeit eine Verminderung von Schwefeldioxid und Stickoxiden. Eine Ausweitung dieser Aktivitäten auf andere Luftschadstoffe ist in Aussicht genommen. Das Hauptinstrument zur praktischen Verwirklichung der Konventionsziele ist das Programm zur Überwachung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von Schadstoffen in der Luft (EMEP), in dem gegenwärtig der Bekämpfung von Schwefeldioxid und Stickoxiden die größte Priorität eingeräumt wird.

Österreich tritt für eine rasche und wirksame Implementierung der ECE-Konvention ein. So hat Österreich sowohl bei der 38. Plenartagung (April 1983) als auch bei der 39. Plenartagung (April 1984) der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa die Initiative für Beschlüsse über die Herabsetzung der Luftverunreinigung ergriffen.

Anlässlich einer Umweltministerkonferenz in Ottawa im März 1984 hatten sich zunächst zehn „gleichgesinnte“ westliche Staaten (Österreich, Kanada, Dänemark, BRD, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Schweden und die Schweiz) bereit erklärt, bis spätestens 1993 ihre nationale Schwefeldioxidemissionen gegenüber 1980 um 30% zu senken. Im Juni 1984 fand in München auf Einladung der BRD eine in Zusammenarbeit mit der ECE veranstaltete multilaterale Konferenz über Ursachen und Verhinderung von Wald- und Gewässerschäden durch Luftverschmutzung in Europa statt. Hierbei erklärten sich insgesamt 18 Signatarstaaten der ECE-Konvention bereit, die Gesamtemission oder zumindest die grenzüberschreitenden Ströme von Schwefeldioxid bis 1993 um 30% gegenüber dem Niveau von 1980 zu senken.

Multilaterale Zusammenarbeit

Von westlicher Seite sind es neben den „Ottawastaaten“ Belgien, Luxemburg und Liechtenstein, die ihre Gesamtemissionen, und von östlicher Seite die UdSSR, Weißrußland, die Ukraine, Bulgarien und die DDR, die ihre grenzüberschreitenden Ströme um 30% vermindern wollen. Seither sind auch die CSSR und Italien dem sogenannten 30%-Club beigetreten. Auf der Basis dieser sehr breiten Willensübereinstimmung ist derzeit eine Arbeitsgruppe der Vertragsstaaten der ECE-Konvention beauftragt, ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll zur Konvention auszuarbeiten, das den Signatarstaaten innerhalb Jahresfrist zur Annahme vorgelegt werden soll.

Anlässlich der 2. Tagung des Leitungsausschusses der ECE-Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (25. bis 28. September 1984) wurde ein von Österreich und der Schweiz eingebrachter Entscheidungsentwurf über die Verminderung von Stickoxidemissionen in modifizierter Form angenommen. Der Leitungsausschuß anerkennt somit die Notwendigkeit, die jährlichen Emissionen von Stickoxiden aus mobilen und stationären Quellen und deren grenzüberschreitende Ströme bis 1995 wirksam zu verringern. Der Leitungsausschuß billigte ferner ein Protokoll über die Finanzierung des gemeinsamen Programms zur Überwachung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von Schadstoffen in der Luft (EMEP).

Auf Initiative des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft hat die FAO im November 1984 beschlossen, 1985 zum Internationalen Jahr des Waldes zu erklären.

Das Umweltkomitee der OECD beschäftigt sich in erster Linie mit der zunehmenden Interdependenz zwischen den Umweltproblemen und der Industrie-, Energie- und Verkehrspolitik der westlichen Industrieländer. Ein Sonderprogramm der OECD befaßt sich mit Umweltchemikalien. Im Rahmen dieses Programmes werden u. a. einheitliche Testrichtlinien sowie Kriterien für die Kontrolle bereits auf dem Markt befindlicher Chemikalien erarbeitet. Diese international akkordierten Grundlagen stellen eine notwendige Basis für das in Ausarbeitung befindliche österreichische Chemikaliengesetz dar.

Österreichischerseits besteht besonderes Interesse am Chemikalienprogramm sowie an den Arbeiten über die umweltfreundliche Energienutzung, die Lärmbekämpfung und den gefährlichen Sonderabfall. Im März 1985 wird über Einladung der Schweiz in Basel eine OECD-Konferenz über grenzüberschreitenden Transport von gefährlichem Sonderabfall abgehalten, an der auch Österreich vertreten sein wird.

Die umweltbezogenen Aktivitäten des Europarates konzentrieren sich im wesentlichen auf Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes. Ein Schwerpunkt des österreichischen Interesses besteht in den Arbeiten des

Multilaterale Zusammenarbeit

Komitees für Naturschutz, der vorwiegend in die Kompetenz der Bundesländer fällt.

Die 4. europäische Umweltministerkonferenz im Rahmen des Europarates fand vom 24. bis 27. April 1984 in Athen statt. Das Generalthema dieser Konferenz, an der Österreich durch Bundesminister Steyrer vertreten war, war dem Schutz von Ufern und Küsten gewidmet. Schwerpunkt dieser Diskussion bildeten die in den Europarat-Mitgliedstaaten bestehenden Instrumentarien bzw. Möglichkeiten zur verstärkten Bedachtnahme von ökologischen Überlegungen in den jeweiligen Planungs- und Nutzungsabläufen von Ufern und Küsten unter besonderer Berücksichtigung des Biotopschutzes.

Österreich konnte bei der Gelegenheit auf die im Bereich der Seenreinhaltung erzielten Fortschritte hinweisen, sowie das in Aussicht genommene Flußsanierungsprogramm und das bereits beschlossene Programm zur Luftreinhaltung vorstellen.

Im Sinne einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene beschloß die Ministerkonferenz Resolutionen über Gesetzgebung und Verwaltung sowie den Schutz von Flora und Fauna in Küstengebieten, Fluß- und Seeufern. Eine weitere Resolution hatte die Entwicklung seit der 3. europäischen Umweltministerkonferenz (Bern 1979) zum Inhalt, wobei insbesondere auf die Implementierung und weitere Ausgestaltung der Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume Bedacht genommen wurde.

Die bisherige Durchführung der Berner Konvention war Gegenstand der vom 4. bis 6. 12. 1984 im Rahmen des Europarates stattgefundenen Tagung des Ständigen Ausschusses der Berner Konvention, der sich diesmal auch mit der Errichtung eines Wasserkraftwerkes bei Hainburg befaßte. Dabei ergriff die österreichische Delegation die Gelegenheit, den Standpunkt der österreichischen Bundesregierung entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Die nächste Tagung dieses Gremiums ist für November oder Dezember 1985 anberaumt.

Im Europarat wurde im Berichtsjahr das Übereinkommen zum Schutz internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung finalisiert, dessen endgültige Fassung von der für Jänner 1985 vorgesehenen Ministerdelegiertentagung beschlossen und zur Unterzeichnung aufgelegt werden soll. Die Konvention, der von österreichischer Seite große Bedeutung beigemessen wird, sieht vor allem Frühwarn- und Streitbeilegungsmechanismen vor.

Im Zusammenhang mit umweltbezogenen Aktivitäten des Europarates verdienen auch zwei im Februar 1984 von der Vollversammlung verabschiedete Resolutionen Beachtung. In der Resolution über Luftverschmutzung und den sauren Regen wird u. a. die Vorbereitung einer europäischen Kon-

Multilaterale Zusammenarbeit

vention zur Begrenzung der Luftverschmutzung, die Einführung schadstoffverringender Maßnahmen, insbesondere bei Kraftfahrzeugen, sowie ein verstärkter Informationsaustausch und gezieltere öffentliche Aufklärungsarbeit vorgeschlagen. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll der Europarat die Arbeiten im Rahmen der ECE-Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung auf subregionaler Ebene ergänzen.

In der Resolution über den Waldzustand in Europa und auf der Welt wird angeregt, im Rahmen der forstwirtschaftlichen Entwicklungshilfe an die Dritte Welt verstärkt die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes zu berücksichtigen. Weiters wird empfohlen, den europäischen Holzbedarf zur Gänze durch die europäische Forstwirtschaft zu decken, vermehrte Anstrengungen zur Aufforstung zu unternehmen sowie eine bessere Nutzung von forstwirtschaftlichen Neben- und Abfallprodukten anzustreben.

Ein weiteres österreichisches Anliegen ist die Befassung des Europarates mit Fragen der Lagerung und des Transports von Giftstoffen. Vor einer weiteren Erörterung dieses Themas will der Europarat jedoch das Ergebnis der OECD-Konferenz über internationale Zusammenarbeit betreffend den grenzüberschreitenden Transport von Sonderabfall abwarten, die im März 1985 in der Schweiz stattfinden wird.

Mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) finden auf Grund eines entsprechenden Briefwechsels aus dem Jahre 1978 in (grundsätzlich) jährlichen Abständen Informationstreffen über Umweltschutzfragen auf Beamten- und Expertenebene statt. Die letzte Gesprächsrunde hat am 6. November 1984 in Brüssel stattgefunden. Dabei wurden u. a. Fragen der Luftverschmutzung („Waldsterben“), der Autoabgase, der Chemikalien und der Sonderabfälle erörtert. Neben dem jährlichen Informationsaustausch besteht auch im Rahmen diverser wissenschaftlicher Kooperationsabkommen eine intensive Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG.

Österreichische Bemühungen zur baldigen Reduzierung der Schadstoffemissionen von Kraftfahrzeugen wurden anlässlich eines Treffens der Umweltschutzminister der Schweiz, der BRD und Österreichs im August 1984 in Luzern mit diesen beiden Nachbarländern abgesprochen und dabei weitestgehende Übereinstimmung erzielt.

Weiters haben auf niederländische und schwedische Initiative vier Expertentreffen über KFZ-Abgase in Den Haag (Mai 1984) und in Stockholm (August, Oktober, Dezember 1984) stattgefunden, zu dem alle Mitgliedstaaten der ECE eingeladen waren. Es handelte sich hierbei um Folgetreffen der Umweltschutzkonferenz von Ottawa im März 1984, deren Abschlußdeklaration auch Maßnahmen gegen KFZ-Abgase vorsah.

Multilaterale Zusammenarbeit

Österreich hat an zwei Tagungen teilgenommen, an denen ein informelles Beamtenpapier ausgearbeitet wurde. In dem Papier wird vorgeschlagen, bleifreies Benzin so bald wie möglich, aber jedenfalls noch vor 1989 anzubieten sowie die Entwicklung abgasarmer Techniken (Katalysatoren) fortzusetzen. Zur Erleichterung des internationalen Verkehrs sollte ein ausreichendes Tankstellennetz für bleifreies Benzin bereits ab 1986 zur Verfügung stehen.

Bis zur weiteren Erarbeitung einschlägiger Richtlinien über KFZ-Schadstoffemissionen sollten die in den Vereinigten Staaten geltenden Bestimmungen als Richtwerte herangezogen werden.

Die Behandlung und Annahme dieses Vorschlages durch interessierte Mitgliedstaaten der ECE ist anlässlich eines Umweltschutzministertreffens im April 1985 vorgesehen, zu dem Schweden sämtliche Mitgliedstaaten der ECE einladen wird.

Die möglichst baldige Einführung der US-Abgasnormen wurde in letzter Zeit nicht nur in Österreich, sondern vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz eingehend diskutiert. Eine vom Bundeskanzler entsandte Mission hat daher in diesen beiden Ländern genaue Erkundigungen über die dort in diesem Zusammenhang angestellten umweltpolitischen, technischen und steuerlichen Überlegungen eingebracht. Das Ergebnis dieser Informationsreise wurde auch bei dem Beschluß der Bundesregierung, die US-Abgasnorm 1983 sukzessive bis 1. Jänner 1988 für in Österreich neu zugelassene Kraftfahrzeuge einzuführen, entsprechend berücksichtigt. Durch diesen im Jänner 1985 gefaßten Beschluß hat Österreich bei der Herabsetzung schädlicher Kraftfahrzeugabgase die führende Rolle in Europa übernommen. Im Interesse einer europaweiten Lösung der KFZ-Abgasprobleme wird sich die österreichische Bundesregierung sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene weiterhin intensiv dafür einsetzen, daß auch von anderen europäischen Staaten möglichst rasch analoge Maßnahmen ergriffen werden.

Auch im Bereich der Wasserwirtschaft konnte die multilaterale Zusammenarbeit intensiviert werden. Im Donaauraum ist die österreichische Mitwirkung an den Arbeiten der Donaukommission zu nennen, in deren Sekretariat u. a. ein hydrographischer Dienst für Wasserstandsnachrichten eingerichtet ist. Im übrigen zeigen aber die Erfahrungen im multilateralen Bereich, daß unterschiedliche Situationen, Interessen und Positionen der zusammenarbeitenden Länder die Erzielung konkreter Ergebnisse erschweren. Ein Beispiel für solche Schwierigkeiten bildeten lange Zeit hindurch die Vorarbeiten im Rahmen des Europarates für eine Konvention zum Schutz internationaler Wasserläufe vor Verunreinigung. Obwohl die beteiligten Staaten durchaus von vergleichbaren politischen und wirtschaftlichen Kriterien, auf bestimmten Gebieten sogar von gemeinsamen, innerhalb der Europäischen Gemeinschaften geltenden Grundlagen ausge-

Multilaterale Zusammenarbeit

hen konnten, erstreckten sich diese Vorarbeiten über vierzehn Jahre und gelangten, wie erwähnt, erst 1984 zu einem vorläufigen Abschluß. Österreich würde es begrüßen, wenn die Konvention, die u. a. bestimmte Erfordernisse für die Wasserqualität grenzüberschreitender Flüsse und deren Kontrolle vorsieht, möglichst bald und für ein möglichst großes Geltungsgebiet in Kraft treten würde.

Die Erfahrungen im Europarat bestärken die Auffassung, daß die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vorwiegend die Ergebnisse der bilateralen Zusammenarbeit erfassen und unter dem Aspekt weiterreichender Auswirkungen ergänzen soll, so z. B. in der Aufgabenstellung, einen bestimmten Grad von Vergleichbarkeit bzw. Harmonisierung der auf bilateraler Ebene wirksamen Instrumente anzustreben, insbesondere was die Methode der Erfassung und Auswertung der Wassergüte und Wassermenge betrifft. Allerdings wäre es aus österreichischer Sicht nicht zweckmäßig, solche Aktivitäten über die Grenzen großer Flußeinzugsgebiete hinaus auszudehnen, weil diese (wie z. B. Donau und Rhein) sich zu sehr von einander unterscheiden. Österreich unterstützt daher auch im ECE-Bereich vor allem jene Aktivitäten betreffend die grenzüberschreitende Wasserwirtschaft, die im Rahmen konkreter Flußeinzugsgebiete und der dort zu erfolgenden bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit verbleiben. Dazu gehört die „Aufgabenstellung für ein Programm zur Erfassung und Auswertung der grenzüberschreitenden Gewässerverschmutzung“, die von der 37. ECE-Plenartagung beschlossen wurde. Dieses Programm sieht im wesentlichen den Erfahrungsaustausch und Pilot-Projekte über konkrete multilaterale Systeme vor.

Bilaterale Zusammenarbeit

Mit Ungarn finden seit einigen Jahren informelle Kontakte zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und den zuständigen ungarischen Stellen auf Minister- und Beamtenebene statt. Diese Kontakte wurden am 7. Juni 1984 durch die Unterzeichnung eines Umweltschutzabkommens durch Bundesminister Steyrer in Budapest formalisiert. Die wesentlichsten Schwerpunkte dieses Vertrages, dessen Ratifizierung unmittelbar bevorsteht, sind

- der Informationsaustausch über Planung und Organisation des Schutzes der Umwelt ;
- der Informationsaustausch über die Planung, die Errichtung, die Standortwahl und die relevanten Schutzmaßnahmen von nuklearen Anlagen ;
- der Informationsaustausch über grenznahe Anlagen, die geeignet sind, im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu einem wesentlichen Ansteigen der Umweltbelastung zu führen und

Bilaterale Zusammenarbeit

- die wechselseitige Information über das Bestehen von die Umwelt des Vertragspartners bedrohenden Situationen und die getroffenen bzw. geplanten Abwehrmaßnahmen.

Darüber hinaus besteht mit Ungarn ein 1959 in Kraft getretener Vertrag über die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen im Grenzgebiet, worin sich die Vertragsparteien u. a. verpflichten, ohne Zustimmung der anderen Seite keine Maßnahmen durchzuführen, die die Wasserverhältnisse auf dem Gebiet des anderen Staates nachteilig beeinflussen würden, wobei die Zustimmung nur aus triftigen Gründen verweigert werden darf; wasserwirtschaftliche Fragen von gemeinsamem Interesse werden von der österreichisch-ungarischen Grenzgewässerkommission behandelt.

Mit Jugoslawien werden zur Zeit Gespräche über die Frage einer Institutionalisierung des bilateralen Informationsaustausches über allgemeine Umweltfragen einschließlich der Probleme der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung und der Waldschäden geführt.

Wasserwirtschaftliche Fragen, Maßnahmen und Arbeiten an den Grenzstrecken der Mur oder an den Zuflüssen der Mur, welche die Staatsgrenze bilden, werden zur Zeit gemäß dem seit 1956 in Kraft stehenden Abkommen über die Mur-Grenzstrecke und die Mur-Grenzgewässer in einer gemeinsamen Kommission behandelt.

Mit der CSSR wurde im Berichtsjahr vereinbart, Anfang 1985 Gespräche über die künftige Gestaltung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches im Bereich des Umweltschutzes mit besonderer Bedachtnahme auf die Probleme der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung und des Waldsterbens aufzunehmen. Im Berichtsjahr fanden auch Expertengespräche über den Abschluß eines Pflanzenschutzabkommens statt.

Wasserwirtschaftliche Fragen werden gemäß dem 1970 in Kraft getretenen Vertrag über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern wie mit den anderen östlichen Nachbarstaaten in einer gemeinsamen Grenzgewässerkommission behandelt.

Mit der DDR haben bereits Expertengespräche über Umweltfragen stattgefunden. Vom 18. bis 21. September 1984 hat sich der stellvertretende Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Guido Thoms, über Einladung von Bundesminister Steyrer zu Informationsgesprächen in Wien aufgehalten.

In der Zeit vom 15. bis 20. Oktober 1984 stattete der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR, Bruno Lietz, Österreich einen offiziellen Besuch ab. Zu den wesentlichsten Gesprächsthemen gehörten auch Fragen der Erhaltung der Wälder.

Mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz pflegt Österreich einen laufenden, wenn auch informellen Informationsaustausch über alle Umweltprobleme von gemeinsamem Interesse. Die Umwelt-

Bilaterale Zusammenarbeit

schutzminister der BRD, Österreichs und der Schweiz haben sich am 29. und 30. August 1984 in Luzern zu einer Aussprache über umweltpolitische Fragen getroffen. Ziel des Dreiertreffens war es, die Umweltschutzpolitik der drei Nachbarstaaten auf einander abzustimmen. Im Vordergrund standen Bestrebungen, die Luftverschmutzung durch gemeinsames Vorgehen wirksam und dauerhaft zu vermindern. Das Treffen zeigte eine weitestgehende Übereinstimmung in der Haltung der drei Staaten hinsichtlich der Reduzierung der Schadstoffemissionen an Kraftfahrzeugen, der Umweltbelastung des Bodens und des grenzüberschreitenden Verkehrs mit gefährlichen Sonderabfällen. Die Umweltminister beschlossen, ihre Dreiergespräche im kommenden Jahr fortzusetzen.

Auch innerhalb der Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission (ÖDROK) werden Fragen des Umweltschutzes eingehend erörtert. Anlässlich ihrer 7. Sitzung im Oktober 1983 in Bonn hat die Kommission eine „Empfehlung für die Zusammenarbeit beim Umweltschutz in Gebieten nahe der gemeinsamen Staatsgrenze“ verabschiedet. Im Mittelpunkt der Empfehlung zum Umweltschutz steht der Grundsatz der Umweltvorsorge bei Maßnahmen der Abfallbeseitigung, bei Maßnahmen zur Verringerung der Luftschadstoffe sowie gegen Lärmeinwirkungen. Vorhandene Umweltbeeinträchtigungen sollen vermindert werden. Schließlich wird im Rahmen der ÖDROK zur Zeit eine „Empfehlung für die Zusammenarbeit beim Gewässerschutz in Gebieten nahe der gemeinsamen Staatsgrenze“ beraten. Ein Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau befindet sich noch im Verhandlungsstadium. Eine unmittelbare Zusammenarbeit im wasserwirtschaftlichen Bereich auf vertraglicher Grundlage besteht auch mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz hinsichtlich des Bodensees. Mit dem am 10. November 1961 in Kraft getretenen Übereinkommen über den Schutz des Bodensees vor Verunreinigung wurde eine Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee ins Leben gerufen, die sich periodisch mit der Wasserbeschaffenheit des Bodensees und dessen Schutz vor Verunreinigung befaßt. Das am 27. November 1967 in Kraft getretene Übereinkommen über die Regelung der Wasserentnahme aus dem Bodensee sieht eine Interessensabwägung bei größeren Wasserentnahmen im Einzugsgebiet des Bodensees sowie begleitende Kontrollmaßnahmen (Unterrichtungs- und Konsultationspflichten, Schiedsgericht) vor.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Die 12. Verwaltungsratsstagung des UNEP wurde vom 16. bis 29. Mai 1984 in dem bei dieser Gelegenheit eröffneten neuen UN-Konferenzzentrum in Nairobi durchgeführt. Österreich wurde für die Periode 1984 – 1986 in den Verwaltungsrat gewählt. In Befolgung früherer Verwaltungsratsbeschlüsse vereinfachte UNEP das Konferenzschema. Durch die Teilung in Plenarsit-

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

zung und Gesamtkomitee (Committee of the Whole) wurde auch kleineren Delegationen die Abdeckung der Konferenz erleichtert. Der österreichische Botschafter in Nairobi führte als zweiter Vizepräsident der Ratstagung den Vorsitz im Gesamtkomitee.

Auch bei dieser Tagung wurde deutlich, daß in Umweltschutzfragen sowohl im Nord-Süd- als auch im Ost-West-Verhältnis eine weitgehend konfliktfreie Gesprächsbasis besteht. Die Entwicklungsländer engagierten sich insbesondere zugunsten des Wüstenbekämpfungsprogramms, aber auch für globale Umweltprojekte, wie etwa jenen im Zusammenhang mit der Gefährdung der Atmosphäre, an denen sich auch Österreich aktiv beteiligt. Die österreichischen Umweltschutzmaßnahmen, wie die Schaffung des Umweltfonds, fanden eine sehr positive Resonanz. Aufgrund eines österreichischen Entschließungsentwurfes beschloß der Verwaltungsrat auch eine Reform des UNEP-Informationswesens.

Auf Antrag des UNEP vor der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen konstituierte sich die „Weltkommission für Umweltschutz und Entwicklung“ mit 22 Mitgliedern unter dem Vorsitz der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Frau Dr. Gro Harlem Brundtland und dem ehemaligen sudanesischen Außenminister Mansur Khalil als stellvertretendem Vorsitzenden. Diese Kommission soll in zwei Jahren einen umfassenden Bericht über die Aussichten für eine umweltfreundliche Entwicklung der Welt bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus ausarbeiten.

UN-Zentrum für menschliches Siedlungswesen (HABITAT)

Das 1978 in Nairobi errichtete Zentrum der Vereinten Nationen für das menschliche Siedlungswesen (HABITAT) analysiert die weltweiten Probleme der Verstädterung, insbesondere in den Entwicklungsländern, da dort wegen des starken Bevölkerungswachstums die größten und gleichzeitig am schwersten zu bewältigenden Urbanisierungsprobleme auftreten. HABITAT sucht nach Methoden zur Eindämmung der damit verbundenen negativen Folgen – von der Slumbildung bis zu den Abfall- und sanitären Problemen – und will den Entwicklungsländern technologische Fortschritte im Hausbau sowie billigere Baukonzepte zugänglich machen.

Die 7. Tagung der Kommission für das menschliche Siedlungswesen fand vom 30. April bis 11. Mai 1984 in Libreville, Gabun, statt und erörterte u. a. die Fortschritte der nationalen Projekte für das „Internationale Jahr der Obdachlosen“ im Jahre 1987.

Die 8. Tagung der Kommission wird im Mai 1985 in Jamaica stattfinden. Österreich ist derzeit nicht Mitglied dieser Kommission. Sein Beitrag zu HABITAT besteht derzeit in der Finanzierung und Entsendung von zwei Raumplanungsexperten nach Burundi.

*Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme***Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme**

Die Dynamik der europäischen Integration und die zunehmende internationale Arbeitsteilung haben Warenaustausch und Verkehrsströme in Europa anwachsen lassen. Da sich in Österreich die großen europäischen Verkehrsachsen schneiden, betrug der Gütertransit im Jahre 1983 bereits insgesamt 58,4 Mio. t. Davon entfielen fast 30 Mio. t auf den von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkten Transit durch Rohrleitungen. Auf der Schiene wurden 9,4 Mio. t transportiert. Im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion steht freilich der auf 18,5 Mio. t angeschwollene Straßentransitverkehr. An jedem Werktag rollen rund 3.600 Transit-LKW durch Österreich. *)

Transitverkehr durch Österreich¹⁾

Transportierte Güter (t) im Zeitraum 1970 bis 1983 (1984: Schätzungen)

Jahr	Verkehrsträger			
	Straße	Schiene	Wasser (Schifffahrt)	Rohrleitung
1970	3,258.255	7,957.785	1,041.100	25,750.739
1971	4,065.000	8,114.597	901.600	28,995.672
1972	—	8,518.374	810.900	30,015.945
1973	6,605.877	8,790.124	1,201.200	30,822.262
1974	8,539.187	9,817.897	1,309.800	25,667.376
1975	10,397.767	8,402.625	914.900	26,948.077
1976	12,642.884	8,842.839	957.200	31,590.370
1977	14,012.350	8,908.400	1,125.400	32,779.660
1978	14,702.700	8,879.878	1,024.200	33,944.148
1979	14,771.983	9,143.283	1,047.500	37,427.330
1980	15,316.895	8,798.500	1,027.500	33,495.401
1981	17,293.624	8,943.509	1,059.300	30,564.200
1982	17,331.915	9,154.150	1,091.100	30,542.444
1983	18,531.044	9,380.175	872.042	29,610.569
1984	18,000.000	10,300.000	1,100.000	27,400.000

1) Quelle der Daten: „Straßenbau und Technik“, Heft Nr. 9/84 des Bundesministeriums für Bauten und Technik

Nicht nur der Gütertransit, sondern auch der Personentransit ist recht beachtlich: So fuhr immerhin rund 7 Mio. Pkws durch Österreich. *)

*) Nach den für die Monate I – IV/1984 bereits vorliegenden statistischen Zahlen hat sich der Trend der Transitverkehrsentwicklung im abgelaufenen Jahr fortgesetzt: Im genannten Zeitraum wurde ein Gesamtgütertransit von 18,6 Mio. t registriert, wovon 9,0 Mio. t auf Rohrleitungen, 3,5 Mio. t auf Schienen, 0,4 Mio. t auf Schiffs- und 5,7 Mio. t auf Straßentransporte entfielen.

*) Wegen Reiseerleichterungen im Verkehr mit PKW's siehe Abschnitt „Grenzerleichterungen“ im Kapitel „Europäische Gemeinschaften (EG)“

Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme

Es stellt sich natürlich die Frage, warum gerade Österreich die Hauptlast des zentraleuropäischen Transitverkehrs zu tragen hat, während die benachbarte Schweiz von ihm bisher nur wenig belastet wurde :

Die Schweiz kann sich durch eine Reihe von rechtlichen und tatsächlichen Beschränkungen weiterhin vor einem Überborden des Transitverkehrs schützen. Wirksam ist vor allem eine Beschränkung des Gewichts von Schwerlastzügen auf 28 t. Sie hält die in der EG üblichen Schwerlastzüge mit einem Gesamtgewicht von 38 t fern. Hemmend wirken darüber hinaus das Sonntags- und Nachtfahrverbot, die beschränkten Öffnungszeiten der Zollämter sowie die Tatsache, daß in der Schweiz noch keine durchgehende Autobahn-Alpentransversale fertiggestellt wurde. All das hat dazu beigetragen, daß die Schweiz von der europäischen Straßenverkehrslawine im weitaus geringerem Ausmaß getroffen wurde.

Somit verbleibt Österreich nahezu allein die Bürde, den gesamten Straßen- transitverkehr zwischen dem nördlichen und dem südlichen EG-Raum (Italien, Griechenland) bzw. dem Balkan zu übernehmen. Selbst für den Nahen und Mittleren Osten bestimmte Warensendungen werden über Österreichs Straßen zu italienischen oder jugoslawischen Adria Häfen oder direkt am Landweg per LKW transportiert.

Durch das starke Anschwellen dieses Straßengütertransits – er verzeichnete zwischen 1970 und 1983 eine Steigerung um 469 % – kam es zu einer völligen Umkehrung der österreichischen Transitverkehrsstruktur. Während 1970 noch die 2,4-fache Gütermenge auf dem umweltfreundlichen und verkehrssicheren Bahnweg durch Österreich transportiert wurde, lagen die Verhältnisse im Jahr 1983 1 :2 zu Ungunsten der Bahn.

Auf die Größe der Staatsgebiete der Nachbarstaaten Schweiz und BRD bezogen betrug der im Jahre 1983 über Österreichs Straßen rollende Straßen-Güter-Transit mit nahezu 1 Mio. LKW und 18,5 Mio. t das 10-fache der Schweiz und das 4 ½-fache der BRD. Der starke Transitverkehr hat bereits zu weithin unzumutbaren Belastungen, insbesondere der Umwelt geführt. Eine Trendwende zur Entlastung von Österreichs Straßen ist geboten. Es müssten vermehrt alternative Transportformen angeboten werden. Insbesondere gilt es, die Haupttransitlast wieder von der Straße weg auf die Schiene zu verlagern (siehe unten).

Österreich bemüht sich schon seit vielen Jahren, die von außen an seine Grenzen herangeführten Verkehrsströme zu bewältigen: Bereits 1964 wurde mit dem Bau der ersten und heute noch einzigen durchgehenden alpenquerenden Autobahn, der Brennerroute, begonnen. Ende der Sechzigerjahre wurde der Bau der Tauern-Autobahn begonnen.

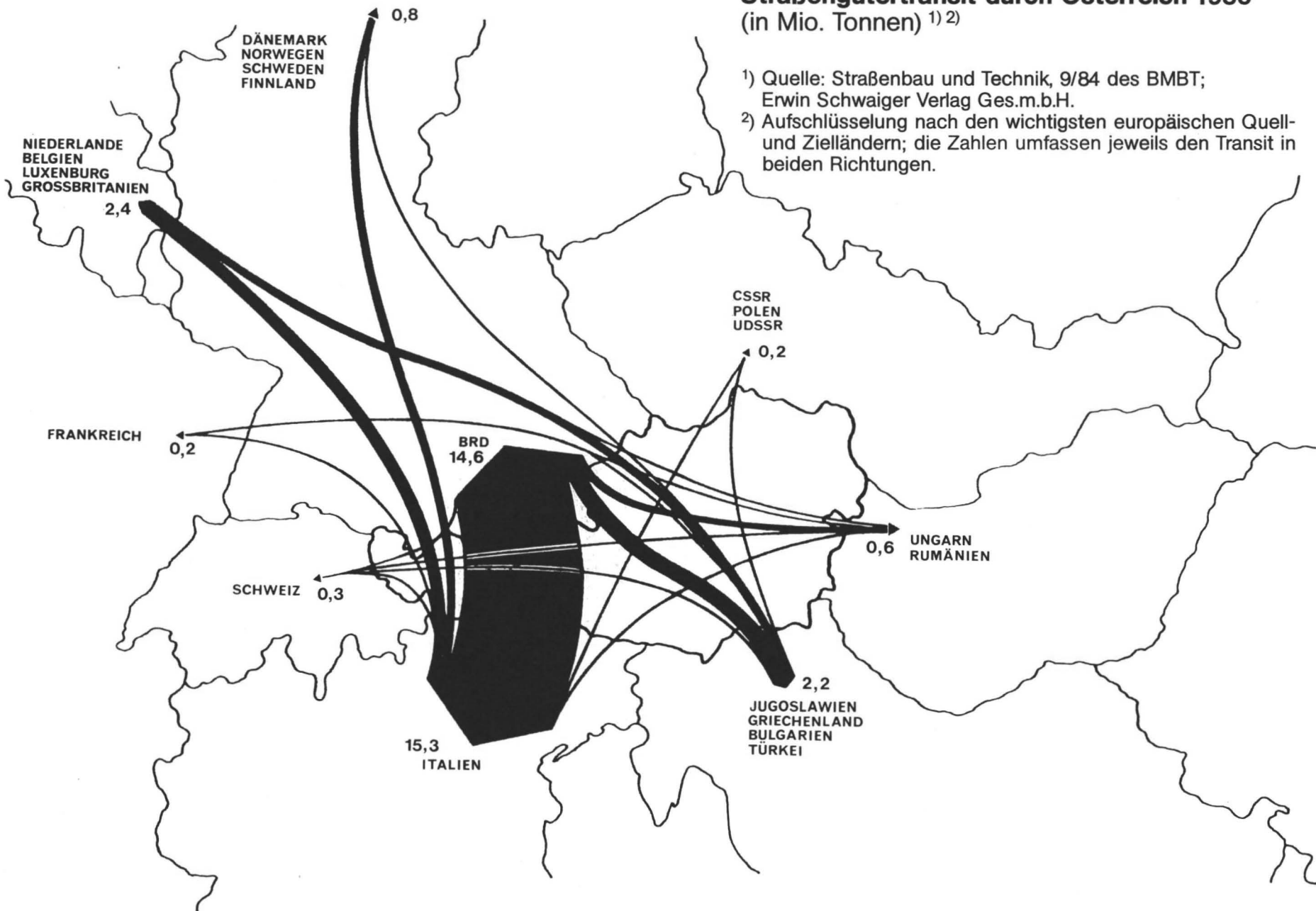
Sie wird noch vor 1990 fertig gestellt sein. In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre sah sich Österreich veranlaßt, infolge verstärkten Verkehrsdruckes im Nord/West-Süd/Ost-Transit auch den autobahnmäßigen Ausbau

Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme

Straßengütertransit durch Österreich 1983 (in Mio. Tonnen) ^{1) 2)}

1) Quelle: Straßenbau und Technik, 9/84 des BMBT;
Erwin Schwaiger Verlag Ges.m.b.H.

2) Aufschlüsselung nach den wichtigsten europäischen Quell-
und Zielländern; die Zahlen umfassen jeweils den Transit in
beiden Richtungen.



Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme

der Strecke über den Pyhrn- und Schoberpaß nach Graz und weiter zur jugoslawischen Grenze bei Spielfeld zu beschließen, um die an dieser Strecke liegenden Siedlungsgebiete vom Transitverkehr zu entlasten. (Innkreis-Pyhrn-Autobahn „IKPA“). Berechnet auf der Preisbasis 1981 hat Österreich bisher über 50 Mrd. öS in den Ausbau dieser drei Haupttrouten des Transitverkehrs investiert.

Durch die hohen Investitionen für den Bau dieser Autobahnen, die durch die innerösterreichischen Verkehrserfordernisse vielfach nicht oder zumindest noch nicht gerechtfertigt gewesen wären, mußten zugunsten des Transitverkehrs zahlreiche, für den innerösterreichischen Verkehr weit wichtigere Bauvorhaben zurückgestellt werden.

Im Jahre 1983 waren 99% des Straßengütertransits EG-bezogen (Transport zwischen EG-Staaten oder zwischen einem EG-Staat und einem Drittstaat). Der Güterverkehr zwischen der BRD und Italien lag hierbei mit 83% (davon rund 75% allein über den Brenner) an der Spitze.

Angesichts dieser Tatsache und der Erkenntnis, daß mit dem Bau der IKPA die Grenzen der Finanzierbarkeit durch Österreich allein erreicht waren, stellte Österreich im Jahre 1977 an die EG den Antrag, den Bau jener Streckenabschnitte der IKPA mitzufinanzieren, die in erster Linie dem EG-Transitverkehr dienen. Der EG-Beitrag könnte die Form von verlorenen Zuschüssen und einer teilweisen Übernahme der Kreditkosten haben.

Nach fast fünf Jahren informeller Gespräche faßte der EG-Verkehrsministerrat am 15. Dezember 1981 den Beschluß, Österreich die Aufnahme von Verhandlungen über Verkehrsfragen betreffend Verkehrsinfrastrukturen, Abgaben auf Straßenfahrzeuge, mengenmäßige Beschränkungen für den Güterverkehr, die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs sowie im kombinierten Verkehr Schiene/Straße vorzuschlagen.

Österreich gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß dieses Mandat nicht die Frage des von Österreich beantragten EG-Finanzierungsbeitrages einschloß, sondern Österreich vielmehr noch zusätzliche Lasten im Straßentransit zumutete.

Die folgenden Gesprächsrunden mit der EG gaben zwar Anlaß für eine Neuinterpretation des Verhandlungsmandats im Dezember 1983 durch den EG-Verkehrsministerrat, der die EG Kommission ermächtigte, auch finanzielle Aspekte zu behandeln. Eine Erörterung konkreter Finanzbeiträge der EG ist aber nach wie vor ausgeschlossen.

Eine weitere Gesprächsrunde mit der EG im Mai 1984 verlief nicht zuletzt deswegen unbefriedigend, weil die EG immer wieder versuchte, durch nicht zu rechtfertigende Argumente und Studien die Behandlung des österreichischen Hauptanliegens, nämlich die Leistung eines Finanzbeitrages, hinauszuzögern.

Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme

Österreich übermittelte daher der EG am 10. September 1984 ein „non-paper“, in dem einerseits die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wurde, die Gespräche mit der EG weiterzuführen, der EG-Seite jedoch gleichzeitig die österreichische Haltung noch einmal mit Nachdruck auseinandergesetzt wurde.

Insbesondere wurde die EG erneut darauf hingewiesen, daß die kostspielige Transit-Infrastruktur, die Österreich seit Jahrzehnten zum Vorteil der EG anbietet und ständig weiter verbessert, keine Selbstverständlichkeit ist, sondern vielmehr durch die Gemeinschaft in Form einer finanziellen Beteiligung endlich so honoriert werden sollte, wie dies von Österreich im Zusammenhang mit dem Bau der IKPA beantragt wurde. Ferner wurde die EG-Seite auf die sonstige Palette von Kooperationsmöglichkeiten mit Österreich zur Verbesserung der Nord-Süd- und Nord/West-Süd/Ost-Verkehrsverbindungen hingewiesen: Die Möglichkeiten reichen von Erleichterungen bei den Grenzformalitäten bis zur Abstimmung und Durchführung von Infrastrukturplänen. Österreich hat ferner die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß es bei der Fortsetzung der Gespräche nunmehr zu substantiellen Fortschritten kommt. Schließlich wurden die von der EG immer wieder vorgebrachten und für Österreich negativen Studienergebnisse erneut sachlich entkräftet bzw. richtiggestellt.

Anfang Oktober 1984 kam dann der „Verkehrsminister“ der EG, d. h. das für Verkehrsfragen zuständige Mitglied der EG-Kommission, Kontogeorgis, zu einem offiziellen Besuch nach Wien. Bei dieser Gelegenheit teilte er mit, daß die Kommission hinsichtlich des österreichischen Antrages um einen EG-Finanzbeitrag die erforderlichen Informationen für einen Bericht an den EG-Verkehrsministerrat besitze. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der EG-Verkehrsministerrat bei dieser Gelegenheit die Interpretation des bestehenden Verhandlungsmandats der Kommission auf Gespräche über konkrete Finanzierungsmöglichkeiten ausweiten könnte.

Der Mitte Dezember zusammengetretene Verkehrsministerrat hat allerdings diesbezüglich keine Entscheidung getroffen, sondern diese auf die nächste, im Mai stattfindende Tagung, verschoben.

Unabhängig davon, wie nun über den von Österreich beantragten EG-Finanzbeitrag entschieden wird, soll die IKPA jedenfalls um 1990 fertiggestellt sein.

Zur Herstellung umweltfreundlicher und verkehrssicherer Transitverbindungen durch Österreich hat die Bundesregierung am 3. Juli 1984 ein Zehnjahresprogramm zum schrittweisen Ausbau von Eisenbahnstrecken zu Nord-Süd-Korridoren vorgestellt und gleichzeitig bekanntgegeben, daß sie beabsichtigt, in diesem Zusammenhang insgesamt 22 Mrd. öS zu investieren.

Diese Transitkorridore sollen eine zeitgemäße Verkehrsalternative zum alpenquerenden Straßen-Güter-Schwerverkehr sein. Die angesichts der

Verkehrs-, insbesondere Transitprobleme

Umweltschäden und sonstigen Beeinträchtigungen durch den Straßen- transit dringend gebotene Trendwende zurück zur Schiene soll durch das Angebot eines kombinierten Straßen-Schienen-Verkehrs eingeleitet werden.

In einer ersten Programmphase soll die Frequenz der bereits bestehenden Kombiverkehrsmöglichkeiten wesentlich erhöht und die schon vorhandenen Kapazitäten sollen voll ausgenützt werden. So ist etwa auf der Strecke zwischen München und Ala bzw. Verona eine Vervielfachung dieser Verkehrsform vorgesehen.

Später werden dann Investitionen und Baumaßnahmen durchzuführen sein, wie etwa die Erweiterung der Profile der Eisenbahntunnels, die Ausrüstung der Transitstrecken mit elektronischen Achszähleinrichtungen und die Beschaffung weiterer Niederflurwagen. Schließlich müssen auch die grenznahen Terminals, etwa bei Villach und Graz, ausgebaut werden.

Derzeit sind drei solcher Transitkorridore vorgesehen, und zwar die Strecken Kufstein-Brenner-Italien, Salzburg-Villach-Jugoslawien und Passau-Graz-Jugoslawien. Diese gezielten Investitionen für den kombinierten Straße-Schiene-Verkehr sollen sich in den laufenden Ausbau der Eisenbahnen einfügen, bei denen eine weitere Verbesserung der Infrastruktur in Form von Großverschubbahnhöfen, zweigleisigen Streckenausbauten und zusätzlicher Elektrifizierung die Grundlage für eine Leistungssteigerung bilden soll. Österreich wird alles daran setzen, um diese Transportalternative auch für die Transportunternehmungen wirtschaftlich interessant und attraktiv zu machen. Nur als letztes Mittel sind auch Zwangsmaßnahmen denkbar, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen.

Die Transportalternative kann ihren Zweck nur dann voll erfüllen, wenn sie transnational, europaweit funktioniert. Deshalb beteiligt sich Österreich einerseits an Drittstaatenverhandlungen mit der EG über den Abschluß eines Abkommens über den kombinierten Verkehr; andererseits hat Österreich dazu auch unmittelbaren Kontakt mit den Bahnverwaltungen der Nachbarstaaten BRD, Italien und Jugoslawien (DB, FS und JZ) aufgenommen. Eine einschlägige Besprechung der Generaldirektoren dieser Bahnverwaltungen fand Anfang September 1984 in Wien statt.

.

Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

Nord-Süd-Dialog

Der Nord-Süd-Dialog umfaßt die Gesamtheit der zwischenstaatlichen Diskussionen und Verhandlungen über all jene Maßnahmen, die auf die Überwindung der Armut, die Förderung des Entwicklungsprozesses in den Entwicklungsländern sowie auf die Verbesserung der internationalen, insbesondere weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzielen. Es ist dies ein kontinuierlicher Prozeß, der in der Vielfalt von internationalen Gremien abläuft, die sich mit entwicklungspolitisch relevanten Fragen befassen.

Angesichts der wechselseitigen Sachzusammenhänge einerseits und der teilweise unterschiedlichen Mitgliedschaft und Entscheidungsprozeduren der verschiedenen internationalen Gremien andererseits spielt die Frage der Arbeitsaufteilung und Kompetenzabgrenzung insbesondere zwischen den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen eine zentrale Rolle. Der von der Blockfreien-Bewegung im Jahre 1979 lancierte Vorschlag zur Abhaltung einer „Globalen Verhandlungsrunde“ über alle kritischen Bereiche der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern sieht für die Vereinten Nationen eine zentrale Koordinationsfunktion für die in den einzelnen Spezialgremien abzuhaltenden Verhandlungen vor. Einige maßgebliche westliche Industriestaaten halten aber daran fest, daß die wichtigsten Nord-Süd-Themen in den zuständigen Spezialorganisationen behandelt werden sollen, wobei die volle Autonomie dieser Spezialorganisationen zu beachten wäre. Darüber hinaus haben Zweifel, auch in den Reihen der Entwicklungsländer, an der Durchführbarkeit globaler Lösungskonzepte dazu beigetragen, daß auch im Jahre 1984 eine „Globale Verhandlungsrunde“ nicht begonnen hat. Die 39. Generalversammlung beauftragte ihren Präsidenten, Konsultationen über die Weiterbehandlung dieser Frage durchzuführen. Generell ist im Nord-Süd-Dialog eine Tendenz zu sektoriellen Diskussionen in den verschiedenen Foren festzustellen.

Die Rahmeninstrumente für die internationale Entwicklungszusammenarbeit stellen die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Internationalen Entwicklungsstrategien (IDS) dar, welche Zielvorgaben und Maßnahmenkataloge auf allen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder der Dritten Welt wichtigen Gebiete enthalten. Der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1980 für die 80-er Jahre ausgerufenen 3. Entwicklungsdekade liegt ein Strategiedokument zugrunde, das im einzelnen folgende Bereiche umfaßt: Internationaler Handel, Industrialisierung, Landwirtschaft, Entwicklungsfinanzierung, Finanz- und Währungsfragen, Technische Zusammenarbeit, Wissenschaft und Technik, Energie, Verkehrswesen,

Nord-Süd-Dialog

wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander, am wenigsten entwickelte Länder, Insel- und Binnen-Entwicklungsländer, Umwelt, Siedlungswesen, Katastrophenhilfe, soziale Entwicklung.

Dieses Strategiedokument sieht die Durchführung eines Überprüfungs- und Bewertungsprozesses vor, der die Stärkung der IDS als ein Instrument der internationalen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit zum Ziel hat. Der 3. IDS zufolge war eine erste derartige Überprüfung im Jahre 1984 durch ein eigens zu diesem Zweck eingesetztes und allen Staaten offenes Komitee der Generalversammlung vorzunehmen. Die Vorbereitung hiezu erfolgte sowohl auf nationaler als auch regionaler Ebene sowie im Rahmen der Spezialorganisationen der Vereinten Nationen. Trotz intensiver, sich über mehrere Phasen erstreckender Konsultationen und Verhandlungen im IDS-Komitee erwies es sich vorläufig als unmöglich, zu gemeinsamen Auffassungen über die Notwendigkeit und das Ausmaß von Anpassungen des Maßnahmenkataloges an die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gelangen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde schließlich beauftragt, Konsultationen bezüglich der Weiterführung des Überprüfungsprozesses abzuhalten.

Die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs; derzeit insgesamt 36) sind Gegenstand des „Substantiellen Neuen Aktionsprogramms“, das im Jahre 1981 von der UN-Sonderkonferenz für LDCs verabschiedet wurde. Dieses von der 6. Welthandelskonferenz bekräftigte Programm enthält einen Rahmenplan für Maßnahmen individueller und globaler Art bis zum Ende der laufenden Dekade und sieht vor, daß die Geberländer ihre öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen an diese besonders bedürftigen Länder bis 1985 oder zu einem ehestmöglich danach gelegenen Zeitpunkt entweder verdoppeln oder auf 0,15% ihres Bruttonationalproduktes anheben sollen. Dementsprechend wird auch den österreichischen Entwicklungshilfe-Projekten für diese Länder in den nächsten Jahren besonderes Gewicht zugeordnet werden. Neben einer weiteren Erhöhung seines Beitrages zum UNDP hat Österreich bei der im November 1984 abgehaltenen Beitragskonferenz für die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen neuerlich die Leistung eines Beitrages von S 300.000,— an den UN-Capital Development Fund angekündigt. Österreich nimmt auch weiterhin an den zwischen Geber- und Empfängerländern von der Weltbank und vom UNDP organisierten Konsultationen bezüglich solcher Regionen und Länder teil, in denen österreichische Projekte durchgeführt werden könnten. Im Rahmen einer eigens zu diesem Zweck einzuberufenden UNCTAD-Konferenz wird im Herbst 1985 auf globaler Ebene eine Überprüfung und Bewertung der bisherigen Durchführung des Aktionsprogrammes vorgenommen werden.

Nord-Süd-Dialog

Ein spezifisches Programm besteht auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung. Es handelt sich dabei um das 1979 verabschiedete „Wiener Aktionsprogramm“, das unter anderem auch die Durchführung verschiedener institutioneller Maßnahmen auf diesem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit vorsah. Von diesen wurde bisher die Schaffung eines „Zentrums für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung“ und eines „Zwischenstaatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik“ in die Tat umgesetzt. Keine entscheidenden Fortschritte konnten hingegen bisher in der Frage der definitiven Errichtung eines eigenen „Finanzierungssystems für Wissenschaft und Technik“ erzielt werden. Trotz mehrerer Verhandlungs- und Konsultationsrunden ist es infolge der ausweichenden Haltung wichtiger potentieller Geberländer bisher nicht gelungen, die Erfüllung der finanziellen Mindestvoraussetzungen für die Errichtung eines solchen Systems sicherzustellen. Als Gastland dieser in Wien abgehaltenen UN-Konferenz für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung hat Österreich der wirkungsvollen Durchführung der Konferenzbeschlüsse stets ein besonderes Interesse beigemessen. Österreich ist zwar auch weiterhin von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der internationalen Zusammenarbeit beim Aufbau von entsprechenden Einrichtungen in den Entwicklungsländern überzeugt, sieht sich jedoch aufgrund der bisherigen Entwicklung vorerst nicht mehr in der Lage, weitere freiwillige Beitragsleistungen (1980–1982 insgesamt US\$ 3 Mio.) für diesen Zweck an die Vereinten Nationen zu erbringen. Das Engagement Österreichs für Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung fand auch durch die bis Ende 1984 bestehende Mitgliedschaft im „Beratenden Komitee der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technik“ besonderen Ausdruck, wo Österreich durch den Vorsitzenden der Kommission für Entwicklungsfragen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. L. Schmetterer, vertreten war. Diese Kommission hielt im Jahre 1984 vier Sitzungen ab, bei denen u. a. Projekte zur Förderung der wissenschaftlich-technischen Kapazität der Entwicklungsländer, für die seitens eines Ressorts oder einer anderen fördernden Stelle eine prinzipielle Finanzierungsbereitschaft vorliegt, begutachtet wurden. Ein erfolgreiches Symposium wurde im Mai 1984 vom „Beratenden Komitee“ in Zusammenarbeit mit der österreichischen Bundesregierung und der steiermärkischen Landesregierung in Graz zum Thema „Indicators for Measurement of Impact of Science and Technology on Socio-Economic Development Objectives“ durchgeführt.

Ein eigenes Rahmenprogramm besteht auch auf dem Gebiet der Nutzung und Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen. Die effektive Durchführung dieses 1981 in Nairobi beschlossenen Programmes hängt nicht zuletzt von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung potentieller Geberländer ab, da die Aktivitäten auf diesem Gebiet durch

Nord-Süd-Dialog

freiwillige Beitragsleistungen finanziert werden sollen. Österreichischerseits besteht die grundsätzliche Bereitschaft, sich an einzelnen Projekten unter Berücksichtigung der Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfeaktivitäten und der gegebenen finanziellen Möglichkeiten zu beteiligen.

Einen weiteren wichtigen Themenkreis stellt die Industrialisierung der Entwicklungsländer dar, mit der man sich im Bereich der Vereinten Nationen schon seit vielen Jahren befaßt. 1961 wurde im Generalsekretariat ein Zentrum für Industrielle Entwicklung eingerichtet. 1967 wurde aus ihm die autonome Organisation der UNIDO. Bei der 2. Generalkonferenz der UNIDO in Lima 1975 wurden die einschlägigen Wünsche der Entwicklungsländer in besonders prägnanter Form artikuliert. Zu den Entwicklungen im Berichtsjahr wird auf den nachstehenden Abschnitt „UNIDO“ verwiesen.

Das zentrale Thema der Diskussionen zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten im Jahre 1984 bildete jedoch die anhaltende Überschuldung der Dritten Welt und die sich daraus für die Entwicklungsländer und das internationale Währungs- und Finanzsystem ergebenden Probleme. Neue Entwicklungen erbrachten dabei insbesondere die wirtschaftspolitischen Beratungen der sieben großen westlichen Industriestaaten anlässlich des Londoner Gipfeltreffens im Juni 1984 und die Konferenzen der Außen- und Finanzminister von elf lateinamerikanischen Schuldnerstaaten in Cartagena und Mar del Plata. Die von diesen Konferenzen angenommenen Erklärungen lassen auf der Seite der Gläubigerländer eine etwas flexiblere Haltung und erweiterte Betrachtungsweise der Probleme, auf der Seite der Schuldnerländer das Bemühen um Vermeidung von Konfrontationen (keine kartellartigen Zusammenschlüsse) erkennen. Eine Weichenstellung könnte auch der auf der gemeinsamen Jahrestagung des Währungsfonds und der Weltbank im September 1984 beschlossene „erweiterte Dialog“ im Rahmen einer im Frühjahr 1985 abzuhaltenden Sondertagung des Interims- und des Entwicklungskomitees von Währungsfonds und Weltbank bringen. Österreich hat in den zuständigen internationalen Gremien wiederholt seine Besorgnis über die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zum Ausdruck gebracht, die sich aus der enormen Schuldenlast vieler Entwicklungsländer ergeben. Auf der erwähnten Jahrestagung des Währungsfonds und der Weltbank warnte der Leiter der österreichischen Delegation, Finanzminister Dr. Vranitzky, davor, die bisher erzielten Erfolge bei der Bewältigung der Schuldenprobleme als endgültige Lösung anzusehen; er sprach sich dafür aus, bei Wahrung des Prinzips der Lösung von Fall zu Fall eine längerfristige und umfassendere Strategie anzuwenden. Als Gläubigerland besteht für Österreich ein natürliches Interesse daran, daß die offenen Verbindlichkeiten von den Schuldnerländern möglichst uneingeschränkt beglichen werden. Aller-

Nord-Süd-Dialog

dings wird es notwendig sein, bei den erforderlichen wirtschaftspolitischen Auflagen, die den Entwicklungsländern von den zuständigen internationalen Institutionen erteilt werden und bei Umschuldungen in vermehrtem Ausmaß auf die sozialen und politischen Folgen dieser Maßnahmen in den Schuldnerländern Rücksicht zu nehmen, um deren erhoffte demokratische Entwicklung nicht zu gefährden.

Trotz des steigenden Bewußtwerdens der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten und der Verknüpfung der Probleme der Handels-, Finanz- und Entwicklungspolitik und trotz wirtschaftlicher Aufschwungstendenzen in einigen Industriestaaten waren auch im Jahre 1984 die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für fruchtbare Nord-Süd-Verhandlungen kaum günstiger als in den früheren Jahren. Die Weltwirtschaft und der Entwicklungsprozeß sind nach wie vor durch Arbeitslosigkeit, hohe Zinsen, Budgetdefizite sowie das Fortbestehen der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer gefährdet. Dazu kommt die mangelnde Bereitschaft sowohl des Nordens als auch des Südens, aus den anerkannten Interdependenzen praktische Schlußfolgerungen zu ziehen und realistische Kompromißlösungen zu finden. Auch erschweren ein Mangel an klaren Prioritäten, der Trend zum Regionalismus und Bilateralismus sowie das Fortbestehen erheblicher Auffassungsunterschiede auch innerhalb der westlichen Industriestaaten über Grundsätze und Ziele der Entwicklungspolitik das Erreichen entscheidender Fortschritte. Weiters ist das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden durch das Beharren auf systembedingt unerfüllbaren Forderungen belastet. Das Gewicht, das die westlichen Industriestaaten der auch von den Entwicklungsländern anerkannten primären Eigenverantwortlichkeit für den Entwicklungsprozeß und der Unantastbarkeit der Autonomie der Spezialorganisationen beimessen, wird von den Entwicklungsländern vielfach nur als Vorwand für mangelnden politischen Willen zu materiellen Zugeständnissen der Industriestaaten gesehen und als Versuch zur Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie. Die Nord-Süd-Verhandlungen sind in Folge dieser Polarisierung weitgehend zum Stillstand gekommen. Österreich ist über den mangelnden Fortschritt im Nord-Süd-Dialog besorgt. Angesichts der akuten Not in den ärmsten Ländern der Dritten Welt, insbesondere in Afrika, und der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die sich aus der enormen Schuldenlast vieler Entwicklungsländer ergeben, erscheint ein pragmatisches Vorgehen in einzelnen Bereichen derzeit vorrangiger als die Weiterverfolgung globaler Lösungen.

Wenngleich auch informelle Zusammentreffen maßgeblicher Staatsmänner des Nordens und des Südens ein geeignetes Instrument sein könnten, Mißverständnisse auszuräumen und allen Seiten die Notwendigkeit eines pragmatischen Herangehens an die anstehenden Probleme bewußt zu machen, so erscheinen vorläufig noch keine ausreichenden Voraussetzun-

UNCTAD

gen für eine erfolgreiche neue Nord-Süd-Initiative gegeben zu sein. Österreichischerseits werden aber alle Überlegungen über Möglichkeiten zur Deblockierung des Nord-Süd-Dialoges mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der Gruppe der „Gleichgesinnten Länder“ stellt eine wertvolle Hilfe für die Formulierung und Abstimmung der Haltung zu den in den verschiedenen internationalen Gremien zur Diskussion stehenden nord/süd-politischen Fragen dar. Dieser Gruppe von westlichen Industriestaaten, die den vielfältigen Anliegen der Entwicklungsländer besonders aufgeschlossen gegenüberstehen, gehören neben Österreich auch Australien, Kanada, Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Frankreich, Italien, Irland und die Niederlande an. An der am 12. und 13. April 1984 in Brüssel abgehaltenen Tagung war Österreich durch den damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dkfm. Lacina, vertreten. Ein weiteres Treffen fand am 24. und 25. Oktober 1984 auf Beamtenebene in Rom statt. Die nächste Tagung der „Gleichgesinnten Länder“ soll im ersten Halbjahr 1985, nunmehr bereits zum zweiten Mal, in Wien abgehalten werden.

Nähere Einzelheiten über nord/süd-politisch relevante Aktivitäten Österreichs in den verschiedenen Sachbereichen können den einschlägigen Ausführungen in den Abschnitten, OECD, UNCTAD, Handelspolitik und Rohstoffpolitik entnommen werden.

UNCTAD

Eine besondere Bedeutung für die Gestaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern kommt der 1964 als Organ der UN-Generalversammlung geschaffenen „Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung“ (UNCTAD) zu. Es handelt sich dabei um jenes Forum, in dem in einem kontinuierlichen Prozeß die verschiedensten Aspekte der internationalen Handelsbeziehungen und der Entwicklungspolitik unter globaler Beteiligung erörtert werden, auch wenn vielfach die konkreten Verhandlungen und Entscheidungen je nach der Natur des Sachgebietes in den Zuständigkeitsbereich bestehender Spezialorganisationen der Vereinten Nationen fallen. Die Diskussionen in den UNCTAD-Gremien tragen entscheidend zur Bewußtseinsbildung über die Probleme und Bedürfnisse der Entwicklungsländer bei.

Die Arbeiten des in der Regel zweimal jährlich zusammentretenden „Rates für Handel und Entwicklung“ sowie der verschiedenen Komitees der UNCTAD standen im Berichtsjahr vor allem im Zeichen der Durchführung der 1983 von der 6. Welthandelskonferenz (UNCTAD VI) getroffenen Beschlüsse. Andere thematische Schwerpunkte betrafen die Frage der allfälligen Abhaltung einer Tagung des UNCTAD-Rates auf Ministerebene –

UNCTAD

ein seit mehreren Jahren verfolgtes Anliegen der Gruppe der 77 – sowie die Mitwirkung am Prozeß der Überprüfung und Bewertung der bisherigen Durchführung der Entwicklungsstrategie für die 3. Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Dieser Thematik war auch die 13. Sondertagung des UNCTAD-Rates (April 1984) gewidmet. Im Rahmen einer Festsitzung am 17. 9. 1984 gedachten die Mitgliedsstaaten des 20. Jahrestages der Gründung der UNCTAD.

Österreich arbeitet im Rat sowie in allen Hauptkomitees mit Ausnahme des Schifffahrtskomitees aktiv mit. Die im Frühjahr 1984 abgehaltene 28. Ratstagung war für Österreich insofern von besonderer Bedeutung, als zum ersten Mal in der nunmehr 20-jährigen Geschichte der UNCTAD ein Vertreter Österreichs (Botschafter Reisch) zum Präsidenten des Rates gewählt wurde. Seiner allgemein anerkannten umsichtigen und geschickten Verhandlungsführung war es zu verdanken, daß in einer Reihe von wichtigen und bisher strittigen Fragen entweder Konsenslösungen erzielt oder durch prozedurale Kompromißentscheidungen Konfrontationen zumindest vermieden werden konnten. Die österreichische Präsidentschaft hat nicht nur eine Anerkennung der österreichischen Nord/Süd-Politik gebracht, die von zahlreichen Delegationen gewürdigt worden ist, sondern auch eine Aufwertung der Rolle Österreichs in der Organisation selbst.

Botschafter Reisch wurde auch zum Vorsitzenden eines Beratenden Ausschusses gewählt, dessen Aufgabe es war, zwischen der Frühjahrs- und Herbsttagung des Rates die Möglichkeit zur Abhaltung einer Ratstagung auf Ministerebene im Herbst 1985 zu prüfen. Bei den in diesem Ausschuß geführten Beratungen konnte allerdings noch keine Einigung über die Art eines solchen Treffens, seine Tagesordnung und das dabei zu verabschiedende Schlußdokument erzielt werden. Nach Auffassung der meisten westlichen Industriestaaten soll eine solche Tagung einem freien Gedankenaustausch mit dem Zweck dienen, der Organisation einen neuen politischen Impuls zu verleihen. Die Entwicklungsländer sehen den Hauptzweck eines solchen Treffens u. a. darin, neue Schwerpunktsetzungen im Arbeitsprogramm der UNCTAD vorzunehmen, zumindest aber seitens der Industriestaaten bereits eingegangene Verpflichtungen zu bekräftigen und deren Verwirklichung zu beschleunigen. Nachdem der Beratende Ausschuß seine Arbeit mit der Vorlage eines Berichtes abgeschlossen hatte, wurde von der Herbsttagung des Rates ein Interimskomitee mit der Weiterführung der Verhandlungen betraut. Die Frage, ob es 1985 tatsächlich zu einer UNCTAD-Ratstagung auf Ministerebene kommen wird, ist wegen der noch offenen Probleme weiterhin ungewiß.

Rohstoffpolitik :

Fragen der internationalen Rohstoffpolitik stellen einen wesentlichen Aspekt des Arbeitsprogrammes der UNCTAD dar. Im Berichtsjahr fanden neben den Neuverhandlungen der Übereinkommen über Zucker und

UNCTAD

Kakao Beratungen über Wolfram, Eisenerz sowie über Fragen der Exporterlösausfallsfinanzierung statt. Diesbezüglich wird auf den Abschnitt über internationale Rohstoffpolitik verwiesen.

Handelspolitische Fragen :

Wichtigstes Ergebnis der 28. Ratstagung war eine nach fast zwei Jahre dauernden Verhandlungen zustandegekommene Resolution über Protektionismus und Strukturanpassung , die das zukünftige Arbeitsprogramm für die Organisation in diesem Bereich enthält. Es sieht in erster Linie eine alljährliche Überprüfung, den Informationsaustausch und die Formulierung von Empfehlungen für den Abbau auch nichttarifari-scher Handelsschranken sowie für Strukturanpassungsmaßnahmen vor.

Keine Einigung konnte hingegen in der erstmals bei der 29. Ratstagung behandelten Frage der Rolle des Handels mit Dienstleistungen für den Entwicklungsprozeß erzielt werden. Während die Entwicklungsländer auf dem Konzept der „self-reliance“ auf dem Dienstleistungssektor und der uneingeschränkten Gewährung technischer Hilfe bestehen, fordern die westlichen Industriestaaten die Anerkennung der Rolle auch anderer internationaler Organisationen (GATT) in diesem Bereich.

Ebenso ergebnislos verliefen die Beratungen betreffend die Überprüfung der Entwicklungen im internationalen Handelssystem. Die Entwicklungsländer betrachten diese Prüfung als einen kontinuierlichen Prozeß, in den die Regierungen ihre Vorstellungen einzubringen hätten, und fordern seine Intensivierung und Beschleunigung sowie die Festlegung entsprechender Verfahrensregeln. Darüber hinaus streben sie die Erarbeitung neuer, zusätzlicher Prinzipien an, auf denen das internationale Handelssystem aufgebaut werden sollte. Dem gegenüber vertreten die westlichen Industriestaaten die Auffassung, daß das seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Rahmen des GATT aufgebaute, auf beiderseitigen Rechten und Pflichten bestehende System eine beispiellose Entwicklung des Welthandels ermöglicht hätte. Sie sind zwar bereit, dieses System zu verbessern, es besteht ihrer Ansicht nach jedoch keine Notwendigkeit, neuartige handelspolitische Grundsätze zu schaffen.

Im Komitee für Zollpräferenzen wurde der Meinungs-austausch über mögliche Verbesserungen der von den Industriestaaten zugunsten der Entwicklungsländer autonom geschaffenen Zollpräferenzsysteme (GSP) weitergeführt. Das bisher von der UNCTAD zusammen mit dem UNDP durchgeführte technische Hilfsprogramm zur besseren Nutzung dieser Schemata wird nunmehr von der UNCTAD allein betreut und in erster Linie durch freiwillige Beiträge aus Industrie- und Entwicklungsländern finanziert. Die in diesem Bereich bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem UNCTAD-Sekretariat wird weitergeführt und findet

UNCTAD

ihren Ausdruck unter anderem in der Entsendung österreichischer Zollexperten zu Informations- und Ausbildungsseminaren in Entwicklungsländern.

Im Rahmen einer weiteren Tagung der Expertengruppe für restriktive Geschäftspraktiken wurde das UNCTAD-Sekretariat beauftragt, Studien über eine Reihe von spezifischen Problemen (gebundene Käufe, Absprachen bei Ausschreibungen u. ä.) auszuarbeiten. Im Jahre 1985 wird eine UN-Konferenz zur Überprüfung des 1980 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Prinzipienkatalogs über restriktive Geschäftspraktiken stattfinden.

Im Rahmen der Bemühungen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern selbst auszubauen, standen 1984 Beratungen über die Schaffung eines Allgemeinen Systems von Handelspräferenzen (GSTP) der Entwicklungsländer untereinander im Vordergrund. Ab 1985 sollen in weiteren Gesprächen zwischen interessierten Entwicklungsländern die Details eines solchen Systems ausgehandelt werden. Die OECD-Staaten stehen diesen Bemühungen grundsätzlich positiv gegenüber, soferne die Teilnahme aller daran interessierter Entwicklungsländer, die Transparenz der Verhandlungsvorgänge und die GATT-Konformität der Ergebnisse gewährleistet sind.

Finanzfragen:

Im Rahmen der bei allen Ratstagungen abgehaltenen Debatte über den Zusammenhang von Finanz-, Handels- und Entwicklungsfragen bildeten die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer weiterhin das zentrale Thema. Auf der 28. Ratstagung konnte nach einem sachlichen Gedankenaustausch eine Einigung über gemeinsame Schlußfolgerungen betreffend die bestehenden Rahmenleitlinien für Umschuldungsverhandlungen erzielt werden. Sie betreffen ebenso den langfristigen und auf individuelle Fälle abgestimmten Charakter von Lösungsansätzen wie die Notwendigkeit von Effizienz, Zügigkeit und Flexibilität bei solchen Verhandlungen.

Technologietransfer:

Die im Dezember 1984 abgehaltene 5. Tagung des Komitees für Technologietransfer stand im Zeichen weiterer Bemühungen um die Erarbeitung einer „Strategie für die technologische Transformation der Entwicklungsländer“. Infolge grundlegender Meinungsverschiedenheiten zwischen den OECD-Staaten und den Entwicklungsländern über die Ziele und die einzusetzenden Mittel konnte im Verlaufe der Tagung eine Annäherung der Standpunkte noch nicht erreicht werden.

Als äußerst kontroversiell erwies sich auch der von der Gruppe der 77 im Rat verfolgte Wunsch, der UNCTAD zwecks Erleichterung der Versorgung

UNCTAD

der Entwicklungsländer mit Pharmazeutika ein Mandat zur Ausarbeitung von internationalen Pharmakodices zu verschaffen. Ein solches wird von einigen westlichen Industriestaaten strikt abgelehnt, welche auf der führenden Rolle der WHO in diesem Bereich bestehen. Bei der 29. Tagung des Rates kam schließlich ein prozeduraler Kompromiß dahingehend zustande, daß sich der Rat erst nach Vorliegen der Ergebnisse eines WHO-Expertentreffens wiederum mit dieser Frage beschäftigen wird.

Schiffahrtsfragen :

Im Sommer 1984 fand die erste Session der Konferenz der Vereinten Nationen über die Ausarbeitung eines multilateralen Instrumentes betreffend die Bedingungen zur Registrierung von Seeschiffen statt. Ziel der großen Mehrheit der Entwicklungsländer ist es, das Recht zur Flaggenverleihung von nationaler Bemannung, nationaler Kapitalbeteiligung und Verwaltung abhängig zu machen. Dadurch sollten die Flotten der Staaten mit offenen Registern eingeschränkt und der Anteil der Entwicklungsländer am internationalen Seetransportwesen erweitert werden. Wesentliche Fortschritte konnten hierbei noch nicht erzielt werden, weshalb für Anfang 1985 eine weitere Verhandlungsrunde vorgesehen ist. Österreich verfolgt diese Konferenz mit Interesse, da durch das geplante Instrument auch die Interessen der für die im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung als erforderlich erachteten österreichischen Hochseeschifffahrt berührt werden und Österreich hierbei als Binnenstaat ohne permanente maritime Tradition mit großen Problemen konfrontiert wird (z. B. Erfordernis weitgehend nationaler Schiffsbesatzungen). Da die Interessen der Schweiz ähnlich gelagert sind, besteht in dieser Frage eine enge bilaterale Zusammenarbeit.

Der insgesamt geringe Fortschritt bei den Beratungen und Verhandlungen in der UNCTAD ist charakteristisch für die schon seit längerem zu beobachtende Stagnation in allen Nord/Süd-Verhandlungen. Die Entwicklungsländer erscheinen durch zunehmende interne Interessensgegensätze geschwächt und nur zum Festhalten an seit Jahren vertretenen Positionen fähig. Sie halten an Forderungen fest, die aus westlicher Sicht oft systembedingt unerfüllbar sind. Andererseits stehen die OECD-Staaten, und insbesondere die USA, vielen UNCTAD-Aktivitäten mit wachsender Zurückhaltung gegenüber. Dies deshalb, weil die Mehrheit der Entwicklungsländer zur Durchsetzung und Verwirklichung ihrer Forderungen immer wieder versucht, dank ihrer numerischen Überlegenheit in der UNCTAD auch Beschlüsse in Bereichen durchzusetzen, die in die Zuständigkeit anderer Spezialorganisationen der Vereinten Nationen fallen. Die westlichen Staaten haben bisher mit wenig Erfolg eine Kontrolle über die finanzielle Gebahrung und Evaluierung der Arbeitsweise der UNCTAD gefordert. Die USA vertreten die Ansicht, daß tiefgreifende Reformen im administrativen Bereich Platz greifen müßten, bevor es zu Fortschritten in Substanzfragen

UNIDO

kommen könne. Demgegenüber werfen die Entwicklungsländer den führenden westlichen Industriestaaten das Fehlen des notwendigen politischen Willens zu Kompromissen in substantiellen Fragen vor und betrachten die amerikanischen Bestrebungen hinsichtlich einer Reform der UNCTAD mit größtem Mißtrauen. Ausgehend von der amerikanischen Kritik an der Funktionsweise der Organisation hat sich innerhalb der OECD-Staaten eine Arbeitsgruppe gebildet, in der auch Österreich mitarbeitet. Ihr Ziel ist es, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweise der UNCTAD auszuarbeiten.

Auch Österreich hält weitgehende Verbesserungen im Bereich der Administration und der Verhandlungsprozeduren der UNCTAD für notwendig, vertritt aber gleichzeitig die Ansicht, daß derartige Bemühungen und Überlegungen die Bereitschaft, zu Fortschritten in substantiellen Fragen gelangen zu wollen, nicht ersetzen können.

Die Verbesserung der Effizienz der Organisation und die Frage der Abhaltung eines Ministertreffens sind eng mit der Zukunft der personellen Führung des UNCTAD-Sekretariats verknüpft. Ihre Lösung wird für die Rolle und den Stellenwert dieser Organisation auf dem Gebiet der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wesentlich sein: Der Jahreswechsel 1984/85 brachte eine Ablösung an der Spitze des UNCTAD-Sekretariates. Da es bis Ende 1984 nicht gelungen war, einen für alle Seiten akzeptablen Kandidaten auszuwählen, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Ablauf des Mandats des langjährigen Generalsekretärs Gamani Corea (Sri Lanka) den stellvertretenden Generalsekretär Alister McIntyre (Grenada) ab 1. Jänner 1985 mit der interimistischen Leitung des Sekretariates betraut.

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Aufgabe der in Wien ansässigen UNIDO ist es, die Entwicklungsländer in ihren Bemühungen um eine möglichst rasche Industrialisierung zu unterstützen.

Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der UNIDO sind:

- operationelle Aktivitäten; von der Ausarbeitung bis zur Durchführung von Industrialisierungsprojekten und Ausbildung von Fachkräften in allen industriellen Bereichen;
- Durchführung von Konsultationen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern über künftige Industriestrukturen auf weltweiter, regionaler und sektorieller Ebene;
- Ausarbeitung von Studien über die vielfältigen Aspekte des Industrialisierungsprozesses;

UNIDO

- Förderung des Transfers industrieller Technologien zugunsten der Entwicklungsländer.

Die von Abd-El Rahman Khane (Algerien) geleitete Organisation verfügt über ein jährliches Budget von rund 60 Mio. US\$ für die Verwaltung und laufende Aktivitäten im Bereich der industriellen Entwicklungszusammenarbeit (davon werden u. a. die Verwaltungsleistungen im Vienna International Centre und das Konferenzservice der UNIDO in Wien finanziert). Hiezu kamen 1983 ca. 80 Mio. US\$ (das waren 15% weniger als im vorangegangenen Jahr) für die Finanzierung von konkreten Projekten in den Entwicklungsländern. Die Mittel für Projektfinanzierungen kommen zum überwiegenden Teil (mehr als 60%) aus dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und von anderen internationalen Finanzinstitutionen, zu einem kleineren Teil (etwa 12 Mio. US\$) aus dem von der UNIDO verwalteten UN-Fonds für industrielle Entwicklung (UNIDF), der aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten gespeist wird. Der österreichische Beitrag zum UNIDF, der sich aus Teilbeträgen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Bundeskanzleramtes und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zusammensetzt, betrug im Jahre 1984 12 Mio. öS.

UNIDO-Rat

Der Verwaltungsrat der UNIDO, der sich aus Vertretern von 45 Staaten (darunter Österreich) zusammensetzt, trat vom 2. bis 18. 5. 1984 in Wien zu seiner 18. Tagung zusammen, deren wichtigste Themen die Vorbereitung der 4. UNIDO-Generalkonferenz, das System der Industriekonsultationen, der Technologietransfer sowie Evaluierungsfragen waren.

Das Ständige Komitee des UNIDO-Rates hielt vom 19. bis 23. 11. 1984 seine 21. Tagung in Wien ab, bei der u. a. das Arbeitsprogramm 1986/87, die Koordination der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung, die Evaluierung der Programme der technischen Zusammenarbeit und das Netz der Auslandsvertreter der UNIDO (SIDFA) behandelt wurden. Während der Tagung kritisierte die USA in ungewohnter Schärfe die Arbeitsweise der UNIDO und forderte deren rasche Umwandlung, widrigenfalls mit finanziellen Konsequenzen gedroht wurde.

UNIDO IV

Die 4. Generalkonferenz der UNIDO hat unter dem Vorsitz des Botschafters der Niederlande, van Barneveld Kooy, in der Zeit vom 2. bis 20. August in Wien stattgefunden.

UNIDO IV hat zu neun wichtigen Problemkreisen der industriellen Entwicklung in der 3. Welt sachbezogene Resolutionen mit Konsens angenommen (Ausbildung, Technologietransfer, Energie, Rohstoffe, Landwirtschaft, LDCs, Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, Industrialisierung in Afrika, Koordinationsrolle der UNIDO). Die Beratungen betreffend zwei

UNIDO

Tagesordnungspunkte (Finanzierungsfragen, Fragen der Umstrukturierung und der Verlagerung von Industriekapazitäten) konnten nicht abgeschlossen werden. (Die 39. Generalversammlung der UN konnte dann Ende Dezember über die Frage der „Umstrukturierung“ doch Einigung erzielen. Die Behandlung der „Finanzierungsfragen“ wurde bis zur 40. Generalversammlung der UN vertagt.) Drei Resolutionen betreffend die Rolle der Frau, die Stärkung des UNIDO-Fonds und den Wiederaufbau im Libanon wurden von der Konferenz ebenfalls mit Konsens angenommen.

Nach teilweise heftigen Debatten wurden in der letzten Plenarsitzung der Konferenz auch drei Resolutionen politischen Charakters mit unterschiedlichen Mehrheiten beschlossen (Technische Hilfe für Palästina, Technische Hilfe für südafrikanische Befreiungsbewegungen, Golfkrieg). Österreich hat der bisherigen Linie folgend für die Palästina-Resolution gestimmt, sich aber bei den beiden anderen Resolutionen der Stimme enthalten.

Über Wunsch der Entwicklungsländer, aber auch der Ostblockstaaten, wurde eine Präambel zu den insgesamt 15 Resolutionen, der sogenannte „Chapeau“ ausgearbeitet, in dem weltwirtschaftliche Probleme (Verschuldung der Entwicklungsländer, Handelsfragen etc.) und allgemeine industriepolitische Grundsätze für Entwicklungsländer sowie die Rolle der UNIDO dargestellt werden. Trotz langwieriger Verhandlungen war es aber nicht möglich, einen Konsens zu erzielen. Die dadurch notwendige Abstimmung ergab folgendes Resultat: 79 Ja-Stimmen (darunter Österreich, sechs EG-Staaten und Skandinavien), 12 Enthaltungen (Grossbritannien, Belgien, Schweiz, Liechtenstein, BRD, Japan, Australien, Neuseeland, Portugal, Israel, Luxemburg, Kanada) und 1 Nein-Stimme (USA).

Österreich und andere vergleichbare Staaten beurteilen das Ergebnis von UNIDO IV angesichts der gegebenen Weltwirtschaftslage und der komplexen Sachfragen als durchaus positiv. Die Konferenz hat eine Reihe konkreter Beschlüsse in Sachbereichen erbracht und damit positive Akzente im Rahmen des seit einiger Zeit ins Stocken geratenen Nord-Süd-Dialoges gesetzt. Die Entwicklungsländer haben das Konferenzergebnis vor allem wegen des Fehlens einer Einigung über den „Chapeau“ und die „Finanzierungsfragen“ nicht so positiv beurteilt.

Die österreichische Vertretung bei der UNIDO, die federführend vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen wird, ist bemüht, zu konstruktiven und auf einem Grundkonsens der Vertreter der Industrieländer und Entwicklungsländer basierenden Beschlüssen beizutragen. Für Österreich als Sitzstaat besteht darüber hinaus auch ein generelles Interesse an einer effizienten Tätigkeit der UNIDO.

Umwandlung in eine Sonderorganisation

Die UNIDO, deren Gründung auf die Resolution 2152 (XXI) der UN-Generalversammlung vom 17. 11. 1966 zurückgeht, ist in ihrer gegenwärtigen

UNDP

Rechtsform ein Organ der UN-Generalversammlung und damit von dieser abhängig. Dies wird von den Entwicklungsländern seit Bestehen der Organisation als Nachteil empfunden. In mehrjährigen Verhandlungen, die im April 1979 erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wurde daher eine Satzung für die Umwandlung der Organisation in eine selbständige UN-Spezialorganisation ausgearbeitet. Nach Vorliegen von mehr als 80 Ratifikationen soll sie durch einen gemeinsamen Beschluß der ratifizierenden Staaten in Kraft gesetzt werden. Seit Frühjahr 1983 liegt die erforderliche Zahl an Ratifikationen (Österreich ratifizierte am 14. 5. 1981) vor. Die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten haben bisher noch nicht ratifiziert, da sie vor einer Ratifizierung Zusagen hinsichtlich der Personalstruktur der neuen Organisation fordern. Zur Vorbereitung der Umwandlung der UNIDO in eine Sonderorganisation fanden im Jahre 1984 mehrere Konsultationssitzungen in Wien statt, bei denen Einigung darüber erzielt wurde, daß die neue Organisation von einem Generaldirektor und mehreren Stellvertretern (bisher nur einer) geleitet werden soll. Das Ergebnis dieser Konsultationen wurde Ende Dezember von der Generalversammlung der UN bestätigt, womit der Ratifizierung der Satzung durch die osteuropäischen Staaten kein Hindernis mehr im Wege stehen sollte.

UNIDO-Investitionsförderungsbüro Wien

Seit dem Jahre 1979 besteht aufgrund eines Abkommens zwischen Österreich und der UNIDO ein Investitionsförderungsbüro in Wien, das der Stärkung der industriellen Kooperation mit und der Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern dient. Dieses Büro kommt in hohem Maße auch der österreichischen Volkswirtschaft durch Aufzeigen von Kooperations- bzw. Investitionsmöglichkeiten im Ausland und Herstellung entsprechender Kontakte zugute.

Ausser in Wien existieren derartige UNIDO-Investitionsbüros in Köln, New York, Paris, Tokio, Zürich und Warschau. Das österreichische Büro wird von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Die Entwicklungshilfe im Rahmen der Vereinten Nationen wird durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) finanziert und koordiniert. Ab dem Jahre 1979 stagnierten die freiwilligen Beiträge der Geberstaaten zum UNDP bei etwa 675 Mio. US\$ und blieben damit weit hinter den Schätzungen des UNDP-Sekretariats, die auf einer jährlichen Beitragssteigerung von 14% basierten, zurück. Daraus folgte, daß die vom UNDP finanzierten operationellen Entwicklungsaktivitäten eingeschränkt werden mußten und für den Programmzyklus 1982–1986 nur 55% des ursprünglich geplanten Niveaus erreichen werden. Grund für diese Ent-

UNDP

wicklung waren einerseits die wirtschaftliche Rezession in den Industriestaaten, andererseits die nur zögernde Verwirklichung der Forderung der westlichen Industriestaaten nach effektiverer Verwendung der vorhandenen finanziellen Mittel und besserer Koordination bei den durchgeführten Projekten.

Die leichte Besserung der finanziellen Lage des UNDP, die sich bereits 1983 angedeutet hatte, setzte sich im Jahre 1984 fort. So erreichten die freiwilligen Beiträge für 1984 eine Höhe von 695,2 Mio. US\$ und lagen damit um 20 Mio. US\$ über der Beitragsleistung für 1983. Die dem UNDP für 1984 zur Verfügung stehenden Mittel wurden darüber hinaus durch eine stärkere Kostenbeteiligung der Entwicklungsländer und durch größere Beiträge zu den vom UNDP verwalteten Fonds erhöht. Auch durch den Kaufkraftzuwachs des US-Dollars konnte der durch die finanzielle Unsicherheit der vergangenen Jahre erzwungene Rückgang bei den Ausgaben für Entwicklungsprogramme teilweise wettgemacht werden. Mitverantwortlich für die Bereitschaft der Geberstaaten zu gesteigerten Beitragsleistungen waren unter anderem die Einführung eines verbesserten Systems des Programmmanagements und der Projektevaluierung sowie eine Neuregelung des Verhältnisses von UNDP zur Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und anderen Entwicklungsagenturen.

Österreich identifiziert sich weitgehend mit den Zielen der Unterstützungskriterien des UNDP und hat einer allgemeinen jährlichen Beitragssteigerung von 14% grundsätzlich zugestimmt. Der österreichische Beitrag zum UNDP betrug 1984 135,6 Mio. öS. Für 1985 wurde bei der Beitragskonferenz der Vereinten Nationen im November 1984 ein Betrag von 156,3 Mio. öS in Aussicht gestellt. Diese Zahlungen fließen zu einem großen Teil – in den vergangenen Jahren war es bis zu 85% – in die österreichische Wirtschaft zurück. So wurden im Jahre 1984 seitens des UNDP in Österreich Einkäufe in der Höhe von 3,3 Mio. US\$ getätigt und Verträge über die Mitarbeit österreichischer Firmen im Wert von 79.000 US\$ geschlossen. Weiters hat das UNDP 42 Einsätze österreichischer Experten und die Ausbildung von 202 Stipendiaten in Österreich finanziert.

Im Mittelpunkt der 31. Ratstagung des UNDP, die vom 4. bis 29. 6. 1984 in Genf stattfand, standen die Entwicklung menschlicher Ressourcen und die Überwindung der Mittelaufbringungskrise. Obwohl die Ratstagung von einer Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR hinsichtlich des Länderprogramms für Afghanistan überschattet war, konnte schließlich ein Kompromiß gefunden und damit verhindert werden, daß der positive Trend in der Entwicklung des UNDP gebrochen wird. Österreich, das bereits von 1968–1970 und von 1972–1984 Mitglied des UNDP-Rates war, wurde bei der Frühjahrstagung des ECOSOC für weitere drei Jahre, also bis Ende 1987, in den Rat gewählt.

Weltbankgruppe

Der UNDP-Verwaltungsrat befaßte sich im Rahmen seiner Tagung auch mit den Aktivitäten des UN-Fonds für Bevölkerungsaktivitäten (UNFPA) und einer Reihe von Sonderprogrammen und -Fonds, die ebenfalls vom UNDP verwaltet werden, wie der UN-Kapitalentwicklungsfonds (UNDF), der UN-Freiwilligenfonds (UNV), der UN-Fonds für die Sahelzone und das UNDP-Energieprogramm.

Dem UNFPA standen 1984 ca. 140 Mio. US\$ an freiwilligen Beiträgen zur Verfügung, die nicht nur für Ausgaben im Bereich der Familienplanung, sondern auch für flankierende Maßnahmen für die ärmsten Bevölkerungsschichten der Welt eingesetzt wurden. Der österreichische Beitrag zum UNFPA betrug 1984 634.000 öS, für 1985 wurde eine Beitragsleistung von 2 Mio. öS zugesagt.

In der Zeit vom 10. bis 12. 9. 1984 wurde in Wien über Einladung Österreichs vom UNDP ein Nord-Süd-Roundtable Gespräch über Weltwährungs- und Entwicklungsprobleme durchgeführt, an dem 40 hochrangige Finanz- und Entwicklungsexperten aus Entwicklungsländern und Industriestaaten teilnahmen. Als Mitveranstalter fungierte das Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Österreich hatte zur Finanzierung dieser Tagung einen Betrag von 50.000,— \$ zulasten des UNDP-Beitrages bereitgestellt.

Weltbankgruppe

Die Weltbank (IBRD) hat im Geschäftsjahr 1984 in verschiedener Weise versucht, die Entwicklungsdynamik neu zu beleben und auf neue Herausforderungen zu reagieren. Die dramatisch schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage vieler Länder der Dritten Welt erforderte von der Weltbank eine zumindest vorübergehende Änderung der traditionellen Politik der Projektfinanzierung zugunsten verstärkter Strukturverbesserungskredite sowie Programm- und Sektorfinanzierungen. Für die wirtschaftlich am stärksten bedrohten Entwicklungsländer wurden unmittelbar wirksame Hilfsprogramme ausgearbeitet, in deren Rahmen durch geänderte Kostenteilungsvereinbarungen mehr Finanzierungsmittel in Landeswährung bereitgestellt wurden. Angesichts der besonders kritischen Wirtschaftslage in den Ländern Afrikas südlich der Sahara hat die Weltbank ein eigenes Aktionsprogramm beschlossen, durch das ihre Tätigkeit zugunsten dieser Region intensiviert werden soll. Darüber hinaus war die Bank um eine verstärkte Koordinierung der Entwicklungshilfe sowie um eine erhöhte Mittelzuführung von ihren Mitgliedsländern bemüht. Im Geschäftsjahr 1984 haben sich die von der Weltbank gewährten Darlehen um 7,3% auf 11,9 Mrd. US\$ erhöht. Im August 1984 genehmigte der Gouverneursrat der Bank eine spezielle Kapitalerhöhung, wodurch das Bankkapital um 7 Mrd. US\$ aufgestockt werden soll.

Weltbankgruppe

Für Österreich ist im Rahmen dieser Kapitalerhöhung die Zeichnung von 740 zusätzlichen Kapitalanteilen vorgesehen. Darüber hinaus verhandelt Österreich seit November 1983 über den Abschluß eines Kofinanzierungsabkommens, mit dessen Hilfe verstärkt Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe, Exportfinanzierungsgelder sowie Kredite österreichischer Kommerzbanken in das Projektförderungsprogramm der Weltbank eingebunden werden sollen. Aus österreichischer Sicht erscheint ein solches Rahmenabkommen geeignet, die Beteiligung österreichischer Firmen an Weltbankprojekten zu erhöhen. Ende Dezember 1984 hat die Weltbank auf dem österreichischen Kapitalmarkt eine Anleihe mit dem Nominale von 900 Mio. Schilling zur Zeichnung aufgelegt.

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die Kredite an Entwicklungsländer zu besonders begünstigten Bedingungen vergibt, konnte im Geschäftsjahr 1984 ihre Kreditzusagen gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 3,575 Mrd. US\$ erhöhen.

Die Verhandlungen über die 7. Wiederauffüllung, bei denen Österreich für eine Realerhöhung der Kreditvergabemittel eintrat, wurden im Jänner 1984 mit einer Einigung über einen Gesamtbetrag von 9 Mrd. US\$ abgeschlossen. Im Gegensatz dazu hatte das Management der Weltbank ursprünglich eine Wiederauffüllung um 16 Mrd. US\$ angestrebt. Alle weiteren Bemühungen der Bank um eine Aufstockung dieses enttäuschenden Ergebnisses der Wiederauffüllungsverhandlungen zumindest auf das Volumen von IDA 6 (= 12 Mrd. US\$) waren bisher ohne Erfolg. Die Kreditvergabe im Rahmen von IDA 7 hätte schon 1984 anlaufen sollen; dies konnte jedoch wegen der Erstreckung des amerikanischen Beitrages zu IDA 6 nicht verwirklicht werden. Zur Überbrückung leisteten 20 Geberländer (darunter auch Österreich) Sonderbeiträge in der Höhe von ca. 1,9 Mrd. SZR.

Österreich wird sich an der 7. Wiederauffüllung mit seiner bisherigen Quote von 0,68%, das sind S 1.187,280.000,— beteiligen.

Die Aufgabe der Internationalen Finanzkorporation (IFC) ist es, die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates durch Förderung leistungsfähiger Privatunternehmen zu unterstützen. Im Geschäftsjahr 1984 gingen ihre Investitionszusagen um 149 Mio. US\$ oder um 17,6% auf 696 Mi. US\$ zurück. Dieser Rückgang spiegelt das durch die schwierige Wirtschaftslage bedingte schlechte Investitionsklima in den Entwicklungsländern wider.

Im Juni 1984 genehmigte das Direktorium der IFC eine Verdoppelung des Kapitals von derzeit 650 Mio. US\$ auf 1,3 Mrd. US\$. Im Falle der Annahme der Resolution durch den Gouverneursrat ist von Seiten Österreichs die Zeichnung von 6.073 Kapitalanteilen in Höhe von je 1.000 US\$ beabsichtigt.

Regionale Entwicklungsbanken

In den Institutionen der Weltbankgruppe ist Österreich zusammen mit Belgien, der Türkei, Luxemburg und Ungarn in einer Stimmrechtsgruppe vertreten. Belgien stellt den Exekutivdirektor, Österreich (zuletzt bis Ende Oktober 1984) und die Türkei abwechselnd den stellvertretenden Exekutivdirektor der Gruppe. Auf der gemeinsamen Jahrestagung der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds, die vom 24. bis 27. September 1984 in Washington abgehalten wurde, war Österreich mit Delegationen unter der Führung von Finanzminister Dr. Vranitzky und von Nationalbank-Präsident Prof. Dr. Koren vertreten.

Regionale Entwicklungsbanken

In Lateinamerika, Asien und Afrika bestehen regionale Entwicklungsbanken, die der Entwicklungsfinanzierung dienen und die Tätigkeit der Weltbank auf diesem Gebiet ergänzen. Um neue Finanzquellen zu erschließen, haben die Inter-Amerikanische und die Afrikanische Entwicklungsbank auch nichtregionalen Staaten die Mitgliedschaft eröffnet. An der Asiatischen Entwicklungsbank waren nichtregionale Staaten von Anfang an beteiligt.

Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfEB) ist seit Mai 1982 für den Beitritt nichtregionaler Staaten geöffnet. Österreich wurde am 30. März 1983 Mitglied dieser regionalen Entwicklungsbank und hat sich am Kapital mit 19,96 Mio. Bankrechnungseinheiten im Gegenwert von 338,246.184 S beteiligt. Dieser Betrag entspricht 1,14 v. H. des nichtregionalen Kapitals. Dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF) war Österreich schon am 30. Dezember 1981 beigetreten. Der ursprüngliche Beitrag betrug 15 Mio. Fondsrechnungseinheiten im Gegenwert von 264,75 Mio. S. 1983 hat sich Österreich an der 3. allgemeinen Wiederauffüllung der Mittel des Afrikanischen Entwicklungsfonds mit 12,5 Mio. Fondsrechnungseinheiten im Gegenwert von 215,105 Mio. S beteiligt, sodaß zum 31. 12. 1983 die Gesamtbeteiligung 27,5 Mio. Fondsrechnungseinheiten betrug. An der allgemeinen 4. Wiederauffüllung wird sich Österreich voraussichtlich mit 18,75 Mio. Fondsrechnungseinheiten im Gegenwert von 344,687 Mio. S beteiligen. Die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen befinden sich in Vorbereitung.

In der Afrikanischen Entwicklungsbank hat Österreich sich mit Japan und Brasilien zu einer Stimmrechtsgruppe zusammengeschlossen, im Afrikanischen Entwicklungsfonds gehören dieser Gruppe außerdem Argentinien und Saudiarabien an.

In der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, der Österreich seit 1977 angehört, bildet Österreich mit den nichtregionalen Mitgliedern Japan, Spanien, Portugal, Schweiz, Jugoslawien, Frankreich und Israel eine Stimmrechtsgruppe und war durch einen stellvertretenden Exekutivdirek-

IFAD

tor zum ersten Mal Mitte 1981 bis Mitte 1983 im Direktorium der Bank vertreten. In der bis 1986 laufenden Wiederauffüllungsperiode erhöht Österreich seinen Kapitalanteil um 11,773 Mio. US\$ auf 27,300 Mio. US\$ und hält damit einen Kapitalanteil von 0,079%. In der genannten Periode stockt Österreich außerdem seine Leistungen zum Fonds für Sondergeschäfte um 1,995 Mio. US\$ auf insgesamt 12,950 Mio. US\$ auf.

In der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) bildet Österreich mit der BRD und Großbritannien eine Stimmrechtsgruppe. Im März 1984 hat Österreich im Rahmen der 3. allgemeinen Kapitalerhöhung der ADB durch die volle Ausnutzung des Rechtes zur Zeichnung zusätzlicher Kapitalanteile den österreichischen Kapitalanteil um 105% auf 6.020 Kapitalanteile erhöht. Per 30. September 1984 betrug der österreichische Anteil am Stammkapital der Bank 60,140 Mio. US\$ oder 0,423%. Im April 1982 konnten die Verhandlungen über die 3. Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF IV) abgeschlossen werden. In diesen Verhandlungen wurde eine Aufstockung der Fondsmittel um 3,2 Mrd. US\$ vereinbart. Österreich hat sich im Rahmen dieser Verhandlungen zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 494,382.600 S verpflichtet, was einem Anteil von 0,94% entspricht.

Österreichs bisherige Beitragsleistungen zum Asiatischen Entwicklungsfonds betragen 113,974.200 S (ADF II) und 268,107.810 S (ADF III). An der ursprünglichen Dotierung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF I) hat sich Österreich nicht beteiligt.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Diese Organisation dient der Förderung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe; ihr Gründungsvertrag trat Ende 1977 in Kraft.

Dem Fonds gehören drei Kategorien von Mitgliedern an: Gruppe I: 20 OECD-Länder (darunter Österreich als Gründerstaat), Gruppe II: 12 OPEC-Länder und Gruppe III: 107 Entwicklungsländer. Die Mittel des Fonds wurden bisher zu 57% von den Gruppe-I-Ländern und zu 43% von den Gruppe-II-Ländern aufgebracht.

Österreichs ursprüngliche Beitragsleistung zum Fonds betrug 4,8 Mio. US\$. An der 1. Wiederauffüllung hat sich Österreich mit einem Betrag von 5,2 Mio. US\$ beteiligt. Für den im Juni 1982 wirksam gewordenen Beschluß zur 1. Aufstockung der Fondsmittel um 1,07 Mrd. US\$ konnte sich der Gouverneursrat auf folgenden Beitragsschlüssel einigen: OECD-Staaten 620 Mio. US\$ und OPEC-Staaten 450 Mio. US\$. Darüber hinaus haben die Gruppe III-Länder den Gegenwert von 30 Mio. US\$ zur 1. Wiederauffüllung beigetragen. Aufgrund verspäteter Leistung einer Reihe wichtiger Industrie- und OPEC-Staaten der unter der 1. Wiederauffül-

Nahrungsmittelhilfe

lung gemachten Zusagen betrug das Ausleiheprogramm des Fonds im Jahre 1983 lediglich 266 Mio. SZR gegenüber einem solchen von 307 Mio. SZR im Jahr 1982. Darüber hinaus hatte diese schleppende Zahlungsweise eine faktische Erstreckung der 1. Wiederauffüllungsperiode auf das Jahr 1984 zur Folge. Im Jahr 1984 werden die Finanzierungszusagen des Fonds voraussichtlich ein Volumen von 287 Mio. SZR erreichen.

Über die 2. Wiederauffüllung, für welche seit Mitte 1983 Verhandlungen laufen, konnte bis zum Jahresende 1984 kein abschließendes Ergebnis erzielt werden. Insbesondere konnten sich die Geberländer noch nicht über den Verteilungsschlüssel zwischen Industrie- und OPEC-Staaten einigen. Während die Industriestaaten auf zumindest dem gleichen Verteilungsschlüssel wie in der Vergangenheit (57 : 43%) beharren, lehnen die OPEC-Staaten eine solche Kostenteilung mit dem Argument einer zu ihrem Nachteil eingetretenen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Das Gesamtvolumen der 2. Wiederauffüllung wird voraussichtlich unter jenem der 1. Wiederauffüllung liegen (um 700 bis 800 Mio. US\$). Eine Einigung über die 2. Wiederauffüllung erscheint dringendst geboten, da dem Fonds für 1985 lediglich 100 Mio. SZR für Finanzierungszusagen zur Verfügung stehen. Aufgrund der erwarteten Schwierigkeiten bei der 2. Wiederauffüllung unterstützten über Ersuchen des Fondspräsidenten Altbundeskanzler Dr. Kreisky und Staatssekretär a. D. Dkfm. Seidel diesen bei den Verhandlungen als Berater.

Im Oktober 1984 wurde der bisherige IFAD-Präsident Al-Sudeary (Saudi-Arabien) durch Idriss Jazairi (Algerien) abgelöst.

Im Gouverneursrat des Fonds ist Österreich durch den Leiter der Kreditsektion im Bundesministerium für Finanzen, Sektionschef Dr. Heller (Gouverneur) und durch Gesandten Dr. Lutterotti von der österreichischen Botschaft in Rom (stellvertretender Gouverneur) vertreten. Im Exekutivrat bildet Österreich mit Frankreich, Italien und Spanien eine Stimmrechtsgruppe und wird derzeit von Italien als Mitglied des Exekutivrats und von Frankreich als stellvertretendem Mitglied vertreten.

Nahrungsmittelhilfe :

Österreich ist Mitglied des Nahrungsmittelhilfeübereinkommens, in dessen Rahmen es sich zu einer jährlichen Leistung von 20.000 t Getreide (Weizen oder Äquivalent) verpflichtet hat. 1984 wurden Lieferungen an Tanzania, Mosambik, Kap Verde, Mali und Äthiopien durchgeführt. Durch die Einschaltung des Welternährungsprogrammes als Durchführungsinstitution wird eine optimale Anpassung an den Bedarf erreicht, der Aufwand gesenkt, sodaß die Seefrachtkosten von Österreich mit übernommen werden können und vielfach – durch Ankauf des Getreides in einem anderen Entwicklungsland mit Getreideüberschuß – ein zusätzlicher Förderungseffekt erzielt wird.

UN-Kinderhilfswerk (UNICEF)

Die Gewährung von Nahrungsmittelhilfe wird mit Maßnahmen zur Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion verknüpft.

Österreich hat 1983 dem Protokoll zur Verlängerung der Gültigkeit des Nahrungsmittelübereinkommens zugestimmt ; die Ratifizierung erfolgte am 6. März 1984.

Gemeinsam mit den Vereinten Nationen wickelt die FAO das Welternährungsprogramm ab, das 1963 ins Leben gerufen wurde. Österreichs Beitrag zum Welternährungsprogramm beträgt für die Periode 1983/84 den Gegenwert von 6 Mio. US\$, wobei 600.000 US\$ in Form von Bargeld, der Rest in Form von Waren (Milchpulver und Käse) bereitgestellt wird, dieser Betrag wurde je zur Hälfte in den Jahren 1983 und 1984 überwiesen. Für die Jahre 1985/1986 wurden ebenfalls 6 Mio. US\$ zugesagt.

Österreich trägt seit 1981 auch zu den Aktivitäten der Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve (IEFR) der FAO aktiv bei und stellte 1984 5.000 t Getreide zur Verfügung.

UN-Kinderhilfswerk (UNICEF)

UNICEF gilt nach wie vor als eine der effizientesten und erfolgreichsten UN-Entwicklungshilfeagenturen und kann mit steigenden Beiträgen seitens der Mitgliedstaaten rechnen. 1983 sind die Beiträge zwar gegenüber dem Vorjahr von 378 Mio. \$ auf 342 Mio. \$ gefallen, was hauptsächlich auf die 1982 durchgeführte Sonderaktion für den Libanon zurückzuführen ist, für die etwa 41 Mio \$ aufgebracht wurden. 1984 rechnet man jedoch wieder mit einem Beitragsanstieg auf rund 350 Mio. \$, wovon etwa $\frac{3}{4}$ von den Regierungen der Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen geleistet werden und $\frac{1}{4}$ aus privaten Quellen stammt. Die Zielsetzungen des UNICEF – Beschränkung auf basisnahe Programme, auf besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen und Konzentration auf Aktivitäten in den LDCs – entsprechen sehr weitgehend dem österreichischen Dreijahresprogramm für Entwicklungshilfe, weshalb Österreich 1984 nicht nur einen ungebundenen Beitrag in Höhe von 14 Mio. S (Budget des Bundesministeriums für soziale Verwaltung) leistete, sondern auch die Finanzierung von ausgewählten Projekten (in Äthiopien, Sudan und Djibuti) fortgeführt hat. Dazu kommen noch die sehr erheblichen Beträge, die durch die Aktivitäten des Österreichischen Komitees für UNICEF (etwa die Weihnachtskartenaktion) aufgebracht werden. Von Interesse erscheint auch, daß das UNICEF für die Abwicklung seiner Projekte in Entwicklungsländern in Österreich 1983 Einkäufe im Werte von etwa 1,7 Mio. \$ getätigt hat.

Die alljährliche Tagung des Exekutivrates des UNICEF hat über Einladung der italienischen Regierung in der Zeit vom 22. 4. bis 4. 5. 1984 in Rom stattgefunden und hat sich wie im Vorjahr mit der vom UNICEF propagierten „Revolution zugunsten der Kinder“, mit der Notstandssituation in

OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung

Afrika, mit dem mittelfristigen Arbeitsplan sowie Programm- und Evaluierungsfragen auseinandergesetzt. UNICEF konnte dabei auf eine Reihe von Erfolgen seiner 4-Maßnahmen-Strategie (Wachstumskontrolle, Schutzimpfungen, orale Zufuhr einer Wasser-Zucker-Salz-Lösung bei Darmkrankheiten und Förderung des Stillens) hinweisen. Österreich, das dem Exekutivrat für die Funktionsperiode 1982–1984 als Vollmitglied angehörte, war bei der Tagung durch die zuständigen Ministerien und das Österreichische Komitee vertreten.

OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung (OFID)

Der OPEC-Fonds wurde 1976 gegründet und hat seinen Sitz in Wien. Er steht seit 1. August 1983 unter der Leitung von Generaldirektor Dr. Yesufo Seyyid Abdulai (Nigeria), dessen Amtsperiode bis 1988 währt. Am 21. April 1981 hat Österreich mit dem OPEC-Fonds ein Amtssitzabkommen abgeschlossen, in dem diesem ein der OPEC ähnlicher Status eingeräumt wird.

Die Zielsetzungen des 1976 geschaffenen Fonds entspringen dem Bedürfnis einer verstärkten Süd- Süd Solidarität. So soll durch die Unterstützung der Bemühungen der nicht der OPEC angehörenden Entwicklungsländer dem gemeinsamen Ziel der Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung nähergekommen werden, die besser an die Bedürfnisse der Dritten Welt angepaßt ist. Unter diesem Blickwinkel wird nicht nur direkte Hilfeleistung an Regierungen gewährt, sondern werden auch internationale Organisationen unterstützt, die Direkthilfe an Entwicklungsländer leisten (International Fund for Agricultural Development, International Development Law Institute, Trust Fund des Internationalen Währungsfonds, World Food Program). Die Leistungen des OPEC-Fonds verstehen sich einerseits als komplementäre Bemühungen zu den bilateralen Entwicklungsprogrammen der einzelnen Mitgliedstaaten, andererseits soll der Fonds eine bessere Koordinierung der Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten ermöglichen.

Direkte Zuwendungen an Regierungen werden entweder als Projektfinanzierung, als Zahlungsbilanzhilfe oder als Programmhilfe gewährt. In der Regel wird das Empfängerland verpflichtet, einen äquivalenten Beitrag in Landeswährung zur Finanzierung lokaler Kosten zu leisten.

Der OPEC-Fonds hielt am 22. Mai 1984 seine fünfte Ministerratssitzung ab, wobei Dr. Radius Prawiro (Finanzminister von Indonesien) als Präsident und Dr. Hussein Namazi (Wirtschafts- und Finanzminister von Iran) als Vizepräsident wiedergewählt wurden.

Die Aktivitäten des OPEC-Fonds im Jahre 1984 wurden durch die weiterhin zurückgehenden Einnahmen der OPEC-Länder negativ beeinflußt; trotz intensiver Bemühungen des Fonds, die nachteiligen Auswirkungen auf seine geleistete Entwicklungshilfe möglichst gering zu halten, verstärkte sich im Berichtsjahr der im Jahre 1983 eingesetzte rückläufige Trend.

Österreichische Entwicklungshilfe

Dieser rückläufige Trend zeigte sich am stärksten bei der Gewährung von Krediten, deren Volumen von 95 Mio. Dollar nicht ganz 50% der im Jahre 1983 eingegangenen Verpflichtungen darstellt. Die Zuerkennung von Projektkrediten ging um 44% zurück (91 Mio. Dollar), die Gewährung von Zahlungsbilanzkrediten in der Höhe von 4 Mio. Dollar entspricht nur zu 15% der Vorjahresverpflichtung. Programmkredite wurden im Berichtsjahr keine gewährt.

Ein weitaus positiveres Bild zeigt sich im Bereich der kostenlosen Zuwendungen oder „Grants“ dank einer Vervierfachung der geleisteten technischen Hilfe gegenüber dem Vorjahr (28,9 Mio. Dollar) sowie der Unterstützung des World Food Program mit 5 Mio. Dollar.

Im Berichtsjahr war der OPEC-Fonds weiter bemüht, die Unterstützung von Entwicklungsländern mit niedrigstem Einkommen (LDC) besonders zu betonen.

Österreichische Entwicklungshilfe

Mit der ständig wachsenden weltweiten Verflechtung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet kommt der Entwicklungszusammenarbeit ein zunehmend bedeutender Stellenwert im Rahmen der Außenbeziehungen eines Landes zu.

Dabei hat die Einsicht in diesen weltumspannenden Integrationsprozeß und in die damit verbundenen wechselseitigen Abhängigkeiten das moralische Argument für die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit an Bedeutung überholt.

Aus diesem Bewußtsein der Interdependenz und der Erkenntnis, daß die Förderung von Wachstum und Wohlfahrt die Voraussetzung für die Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt bildet, hat sich die Entwicklungszusammenarbeit von kurzfristigen Einzelmaßnahmen hin zu einer komplexen politischen Aufgabe entwickelt.

Diesem Prozeß wurde in Österreich 1973 mit der Ausgliederung verstreuter Entwicklungshilfearbeiten aus verschiedenen Bundesressorts und ihrer Zusammenfassung in einer zentralen Verwaltungseinheit Rechnung getragen.

Aufgrund der Novellierung (BGBl.Nr.439/84) des Bundesministeriengesetzes 1973 (BGBl.Nr.389/73) fallen die Angelegenheiten der Entwicklungskooperation im Sinne des Entwicklungshilfegesetzes (BGBl.Nr.474/74) und des Entwicklungshelfergesetzes (BGBl.Nr.574/83) ab 1. Jänner 1985 in die Kompetenz des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten obliegt damit in allen Fragen der Entwicklungshilfe nicht nur, wie bisher, der Verkehr mit dem Ausland, die Verhandlung von Staatsverträgen, die Vertretung öster-

Österreichische Entwicklungshilfe

reichischer Interessen in internationalen Organisationen im UN-System und der Verkehr mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, denen bei der Vorbereitung und Überwachung der einzelnen Projekte eine wichtige Rolle zukommt, sondern nunmehr auch die jährliche Fortschreibung des Dreijahresprogrammes der österreichischen Entwicklungshilfe, das der mittelfristigen Planung der Entwicklungszusammenarbeit dient, die Formulierung der österreichischen Haltung in multilateralen und internationalen entwicklungshilfe- und entwicklungspolitischen Angelegenheiten, die Auswahl, Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von österreichischen und Multi-bi-Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, alle drei Jahre die Ausarbeitung des Entwicklungshilfeberichtes an den Nationalrat sowie die Betreuung des beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten errichteten Entwicklungshilfebeirates, dessen Vorsitz der österreichische Außenminister innehat.

Weiters stellt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten den Vorsitzenden des Starthilfekomitees und ist im Exportfinanzierungskomitee vertreten. Für die Weltbank (IBRD) und die ihr angeschlossenen Organisationen IDA und IFC sowie für die regionalen Entwicklungsbanken ist weiterhin das Bundesministerium für Finanzen federführend.

Dem eigenständigen Charakter und der Bedeutung der Entwicklungskooperation wurde durch die Errichtung einer eigenen Entwicklungshilfesektion im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Rechnung getragen. Diese neue Sektion VII des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten setzt sich aus den drei Abteilungen der ehemaligen Gruppe Entwicklungshilfe des Bundeskanzleramtes und der früheren Abteilung III.4 (Entwicklungshilfe) des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem dieser Abteilung angegliederten Expertenbüro zusammen.

Grundsätze

Österreich versteht Entwicklungshilfe als Kooperation auf partnerschaftlicher Grundlage, die dazu beitragen soll, die Ursachen von Hunger, sozialem Unrecht und Unwissenheit zu bekämpfen und auf wirtschaftlichem Gebiet die Eigenversorgung der Entwicklungsländer mit den notwendigen Konsumgütern zu sichern. Nicht Wirtschaftswachstum schlechthin, sondern

- die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse
- die Entwicklung der geistigen und materiellen Infrastruktur
- die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
- verstärkte Förderung der ärmsten Entwicklungsländer
- prioritäre Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung
- Erhöhung der Produktivität einkommensschwacher Kleinbetriebe
- die Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede

Österreichische Entwicklungshilfe

sind die Ziele der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wobei es aber Sache der Entwicklungsländer selbst ist, ihre Entwicklungsziele festzulegen.

Auf der Basis dieser Grundsätze ist Österreich bemüht, durch eine Konzentration auf sachliche und regionale Schwerpunkte seine Entwicklungsmittel möglichst effektiv einzusetzen. Die sachliche Konzentration hat sich aufgrund der Gegebenheiten der österreichischen Wirtschaft herausgebildet, die in bestimmten Bereichen für Entwicklungsländer interessante Technologien anzubieten vermag.

Diese sachlichen Schwerpunkte sind :

- a) Ländliche Entwicklung ;
- b) Entwicklungsorientierte Ausbildung und Technologientwicklung ;
- c) Gesundheit und Soziales ;
- d) Erschließung und Nutzung von natürlichen Rohstoffen und Energiequellen ;
- e) Entwicklung einer materiellen Infrastruktur ;
- f) Förderung der Produktionskapazitäten des modernen Sektors.

Die regionalen Schwerpunkte ergeben sich aus den Bemühungen, die Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) zu verstärken. Die Leistungen für diese Länder sollen weiterhin absolut und anteilmäßig erhöht, die Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen dieser Entwicklungsländer erweitert werden. Auch ist beabsichtigt, mit weiteren Ländern Rahmenabkommen und langfristige Programme zu vereinbaren. Schon in den vergangenen Jahren wurde getrachtet, die Entwicklungshilfeleistungen stärker auf die Sahelzone, den ostafrikanischen Raum und ausgewählte Staaten des südlichen Afrika zu konzentrieren.

Diese Bemühungen sollen fortgesetzt werden. Daneben sind auch einzelne asiatische und lateinamerikanische Länder als Schwerpunkte zu bezeichnen.

Österreichs Leistungen für die Entwicklungsländer

Im Sinne der Entwicklungshilfekriterien und der Kalkulationsrichtlinien der OECD, dessen Entwicklungshilfekomitee (DAC) *) Österreich gemeinsam mit fast allen westlichen Geberländern angehört, fallen nicht nur die Projekte der technischen Hilfe im engeren Sinn unter die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, sondern auch entwicklungswirksame Beiträge zu multilateralen und internationalen Agenturen und Organisationen sowie die Aufwendungen für staatlich subventionierte Kredite mit entwicklungsförderndem Charakter, die es Entwicklungsländern ermöglichen, trotz Devisenknappheit die für die Entwicklung notwendigen Lieferungen und Leistungen aus den Industriestaaten zu beziehen. Ebenso werden in die Ent-

*) siehe auch im Kapitel OECD

Österreichische Entwicklungshilfe

wicklungshilfe die Ausgaben für diejenigen Studenten aus Entwicklungsländern einbezogen, die in Österreich zwar keine Stipendien beziehen, die aber aus dem Budget finanzierte Einrichtungen der Universitäten und Hochschulen mitbenützen sowie der direkte Verwaltungsaufwand für die Durchführung der Entwicklungshilfe.

Österreichische Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe

Im Sinne der erwähnten Richtlinien der OECD beliefen sich 1983 die öffentlichen österreichischen Entwicklungshilfeleistungen (international als ODA = Official Development Assistance bezeichnet) auf 2,83 Mrd. öS, was 0,23% des BIP entsprach. 44% der Gesamtleistung wurden in Form von Exportkrediten (1,25 Mrd. öS) erbracht. Die bilaterale Entwicklungshilfe ohne Exportkredite umfaßte 36% der ODA (etwa 1 Mrd. öS), während auf die Leistungen an multilaterale Organisationen 20% der ODA (etwa 570 Mio. öS) entfielen (11% multilaterale technische Hilfe und 9% multilaterale Finanzhilfe).

Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit den Statistiken für 1982 und frühere Jahre muß berücksichtigt werden, daß hinsichtlich der Berechnungsmethoden seitens der OECD im abgelaufenen Jahr eine Veränderung vorgenommen wurde. Die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen 1981 und 1982 betrug nach den früher geltenden Berechnungsmethoden 0,48% bzw. 0,53% des BIP. Diese verhältnismässig hohen Werte haben sich ergeben, da Österreich bis 1982 Kreditzusagen und nicht Kreditauszahlungen gemeldet hatte. Bei der Prüfung der österreichischen Entwicklungshilfeleistungen für 1981 und 1982 im Februar 1984 hat das Entwicklungshilfekomitee der OECD eine Umstellung der Meldepraxis auf Auszahlungen angeregt, um die Vergleichbarkeit mit den Meldungen der anderen Geberstaaten sicherzustellen. Eine Revision der ODA-Angaben für die beiden Jahre ergab für 1981 einen Wert von 0,34% und für 1982 von 0,35% des BIP.

Neben den Beiträgen zu multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen wird vor allem das Volumen der bilateralen Technischen Hilfe, also die nicht rückzahlbaren Leistungen eines Landes, als Gradmesser für seine Aufgeschlossenheit gegenüber der Nord-Süd-Problematik im allgemeinen und für die Qualität der bilateralen Beziehungen im besonderen herangezogen.

In der folgenden Tabelle wird darzustellen versucht, welche Länder im Rahmen der bilateralen Technischen Hilfe 1983 Schwerpunkte darstellten.

Die Gesamtleistungen der bilateralen Technischen Hilfe beliefen sich 1983 auf 863 Mio. öS und dürften sich 1984 in derselben Größenordnung bewegen.

Über die Empfänger der Entwicklungshilfekredite und der bilateralen technischen Hilfe (Grants) gibt die nachstehende Tabelle Auskunft.

*Österreichische Entwicklungshilfe***Bilaterale technische Hilfe (= grants) im Jahre 1983**

	in Mio. öS	
Europa	171,38	19,86%
davon: Türkei	81,42	
Griechenland	44,88	
Jugoslawien	37,18	
 Afrika	 222,42	 25,78%
davon: a) nördlich der Sahara	43,52	
Ägypten	24,06	
Algerien	9,49	
b) südlich der Sahara	178,42	
Kap Verde	22,77	
Äthiopien	21,78	
Tansania	21,43	
Senegal	11,34	
Simbabwe	8,80	
 Lateinamerika	 99,57	 11,54%
davon: a) Zentralamerika	67,50	
Nikaragua	30,68	
Guatemala	24,70	
Mexiko	8,88	
b) Südamerika	31,80	
Brasilien	8,14	
Kolumbien	6,09	
 Asien	 229,22	 26,56%
davon: a) Mittlerer Osten	131,82	
Iran	97,30	
Irak	10,69	
b) übriges Asien	97,40	
Korea, Rep.	16,37	
Nepal	15,88	
Taiwan	15,49	
Afghanistan	12,95	
Vietnam	8,32	
Indien	7,22	
 Ozeanien	 6,15	 0,71%
Papua Neuguinea	6,12	
 Übrige, ohne geographische Zuordnung	 134,14	 15,55%
<hr/> Insgesamt	<hr/> 862,89	<hr/> 100,00%

Österreichische Entwicklungshilfe

Wichtigste Empfängerländer 1983 (in Mio. öS)

	grants (techn. Hilfe)	Kredite (netto)	Summe	in % der bilat. EH
1. Inklusive Exportkredite				
Algerien	9,492.827	367,264.800	376,757.627	16,19
Malaysia	1,717.146	322,664.500	324,381.646	14,28
Ägypten	24,063.402	259,554.950	283,618.352	12,48
Tunesien	6,958.006	146,369.500	153,327.506	6,75
Nikaragua	30,676.632	114,000.000	144,676.632	6,37
Türkei	81,416.706	25,245.708	106,662.414	4,69
Iran	97,296.167	— 500.000	96,796.167	4,26
Indien	7,219.054	87,308.500	94,527.554	4,16
Libanon	5,683.162	48,417.800	54,100.962	2,38
Indonesien	4,377.523	49,238.700	53,616.223	2,36
Griechenland	44,883.962	— 2,291.000	42,592.962	1,87
Jugoslawien	37,182.991	— 1,650.000	35,532.991	1,56
Philippinen	591.587	24,730.300	25,321.887	1,11
Guatemala	24,699.280	—	24,699.280	1,09
Kap Verde	22,773.871	—	22,773.871	1,00
2. Ohne Exportkredite				
Nikaragua	30,676.632	114,000.000	144,676.632	6,37
Indien	7,219.054	98,370.000	105,589.054	4,65
Iran	97,296.167	—	97,296.167	4,28
Türkei	81,416.706	— 4,021.392	77,395.314	3,41
Griechenland	44,883.962	—	44,883.962	1,98
Jugoslawien	37,182.991	—	37,182.991	1,64
Guatemala	24,699.280	—	24,699.280	1,09
Ägypten	24,063.402	—	24,063.402	1,06
Kap Verde	22,773.871	—	22,773.871	1,00
Äthiopien	21,775.549	—	21,775.549	0,96
Tansania	21,432.803	—	21,432.803	0,94
Korea	16,366.232	—	16,366.232	0,72
Nepal	15,878.582	—	15,878.582	0,70
Taiwan	15,489.292	—	15,489.292	0,68
Afghanistan	12,945.002	—	12,945.002	0,57

Die Beiträge zu multilateralen Organisationen umfaßten 1983 316,3 Mio . öS ; für 1984 war ein Betrag von 312,2 Mio. öS vorgesehen. Die folgende Tabelle enthält eine detaillierte Aufgliederung :

*Österreichische Entwicklungshilfe***Beiträge zu multilateralen Organisationen (in Mio. öS)**

	1983	Voranschlag 1984
UNICEF	14,0	14,0
UNDP	124,7	135,6
WHO	20,6	22,6
UNESCO	1,4	1,5
FAO	7,7	10,4
FAO-WFP	65,0	53,0
IEFR	49,3	27,0
UNIDO	5,5	3,8
Sonstige	24,1	44,3
Summe	316,3	312,2

Die Höhe der Beiträge zu internationalen Finanzinstitutionen in einem Kalenderjahr sind außer von den österreichischen Beitragszusagen auch von den internationalen Wiederauffüllungsverhandlungen abhängig, die sich im Falle der 7. Wiederauffüllung für die Internationale Entwicklungshilfeorganisation IDA besonders schwierig gestalteten und bei der 2. Wiederauffüllung für den Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung noch immer nicht abgeschlossen sind.

Dadurch ergeben sich Schwankungen des Beitragsvolumens von Jahr zu Jahr, die lediglich auf internationale Einwirkungen zurückzuführen sind und mit der sehr kontinuierlichen Beitragsbereitschaft Österreichs nichts zu tun haben.

Im folgenden werden die österreichischen Beiträge zu den internationalen Finanzinstitutionen im Jahre 1983 und die für 1984 veranschlagten Leistungen dargestellt :

Die Neuberechnung der Entwicklungshilfe durch die OECD hat wie erwähnt dazu geführt, daß die öffentliche Hilfe Österreichs nunmehr mit nur 0,23 Prozent des BIP ausgewiesen wird. Damit ist Österreich an der letzten Stelle unter den Geberstaaten gereiht. Dazu kommt noch, daß auch die Struktur der Hilfe auf Kritik stösst, weil sie einen vergleichsweise sehr hohen Prozentsatz von Exportkrediten beinhaltet und in ihr auch unverhältnismässig hohe bloss indirekte Leistungen verrechnet sind.

Österreich wird sich daher verstärkt darum bemühen müssen, das Volumen und die Qualität seiner Leistungen dem internationalen Durchschnitt anzunähern. Es hat sich bereits vor einiger Zeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber verpflichtet, seine öffentliche Entwicklungshilfe bis 1990 auf 0,7% des BIP anzuheben. Diese Verpflichtung wurde in der Regierungserklärung vom 31. 5. 1983 bestätigt. Wenn auch zu berücksich-

*Österreichische Entwicklungshilfe***Beiträge zu internationalen Finanzinstitutionen (in Mio. öS)**

	1983	Voranschlag 1984
IBRD Intern. Bank f. Wiederaufbau u. Entwicklung	—	—
IDA Internationale Entwicklungsorganisation	—	344,73
IFC Internationale Finanzkorporation	—	—
AfDB Afrikanische Entwicklungsbank	16,91	16,91
AfDF Afrikanischer Entwicklungsfond	159,98	231,78
AsDB Asiatische Entwicklungsbank + Fonds	123,60	133,72
IDB Interamerikanische Entwicklungsbank + Fonds	30,33	14,56
EFTA-Fonds Portugal	16,64	20,00
Finanzierungssystem für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	—	—
IFAD Intern. Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	—	—
Brutto	347,46	627,98
Rückflüsse und Rückerstattungen (aus „Weltbankmilliarde“)	91,57	
Netto	255,89	

tigen ist, daß diese Zusage unter wesentlich günstigeren internationalen und nationalen Wirtschaftsbedingungen abgegeben wurde, so bleibt es daher wohl unerlässlich, daß in Zukunft die Budget- und ERP-Mittel für Entwicklungshilfe in wesentlich stärkerem Ausmass als bisher aufgestockt werden, wodurch gleichzeitig auch eine Qualitätsverbesserung erzielt würde.

Expertenbüro

Ein Expertenbüro im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten fungiert als Vermittlungsstelle für Einsätze österreichischer Fachleute im Rahmen der Programme der technischen Zusammenarbeit der Vereinten Nationen, soweit die Projekte durch die Vereinten Nationen in New York selbst, die UNIDO, die ILO und HABITAT durchgeführt werden. Die Vermittlung für andere UN-Spezialorganisationen wie z. B. FAO und UNESCO fällt in die Kompetenz anderer Ressorts.

Ausschreibungen werden in Kurzfassung in mehreren Medien veröffentlicht sowie je nach Fachgebiet Interessenten, die bereits im Expertenbüro vorgemerkt sind (derzeit ca. 650) und entsprechenden Institutionen zugesandt. Bewerbungen geeigneter Fachleute werden nach einer Vorprüfung an die zuständigen UNO-Stellen weitergeleitet. Das Expertenbüro bearbeitet auch Anfragen dieser Stellen, die von sich aus eine Kon-

Österreichische Entwicklungshilfe

taktaufnahme mit österreichischen Fachleuten zur Durchführung von Einsätzen wünschen.

Infolge der derzeit ungünstigen Finanzlage der Vereinten Nationen ist allerdings die Anzahl der Projekte und damit der Umfang der Ausschreibungen, Bewerbungen und Experteneinsätze rückläufig. Im Rahmen des UN-Systems waren im Jahre 1983 109 österreichische Experten tätig. Die entsprechenden Zahlen für 1984 liegen derzeit noch nicht vor.

Österreich finanziert aufgrund des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Österreich über die Beistellung von Hilfsexperten, BGBl.Nr.80/80, nach Maßgabe der im Budget des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung stehenden Mittel Einsätze junger österreichischer Fachleute im Rahmen der vorerwähnten Programme (im Jahre 1984 ein Hilfsexperte auf dem Gebiet der Raumplanung in Bolivien).

*Internationale Konferenzen***Internationale Präsenz in Österreich – Konferenzen, diplomatisches und konsularisches Korps, Organisationen****Internationale Konferenzen**

Österreich und im besonderen die Bundeshauptstadt Wien besitzt eine lange Tradition als Ort der Begegnung und des Gespräches.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und seit der Abschluß des Staatsvertrages Österreich die Möglichkeit bot, als freier Staat wieder einen aktiven Beitrag zur internationalen Entspannung und Zusammenarbeit zu leisten, ist Wien zu einem der bedeutendsten internationalen Tagungsorte und zum Amtssitz mehrerer großer internationaler Organisationen geworden.

Die Präsenz internationaler Konferenzen trägt nicht nur dazu bei, Österreich im internationalen Bewußtsein zu verankern. Diese internationale Präsenz ist auch von sicherheitspolitischer Bedeutung.

In den letzten Jahren ist es erfreulicherweise möglich gewesen, die Stellung Österreichs als Ort der internationalen Begegnung zunehmend auszubauen und zu konsolidieren, und vor allem die Anzahl der Konferenzen und Tagungen der Internationalen Organisationen stark zu erhöhen. Für den Fall, daß die Tagungen der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen wegen ihrer Größe nicht im V.I.C. untergebracht werden können, werden von österreichischer Seite, dem Beispiel der Schweiz folgend, die erforderlichen Konferenzräumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Österreich dadurch erwachsenden Kosten in der Regel durch die Ausgaben der nach Österreich anreisenden Delegierten mehr als wettgemacht werden. Eine diesbezügliche Studie über die Umwegrentabilität wurde seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Auftrag gegeben, wobei eine im Sommer 1984 stattgefundene Großkonferenz als Modellfall untersucht wurde. Das Ergebnis der Studie wird in Kürze vorliegen.

Österreich ist weiterhin bemüht, noch mehr wie bisher in die Konferenztätigkeit der Vereinten Nationen eingebunden zu werden. Ein prinzipieller Beschluß der Vereinten Nationen über die Stärkung der Konferenzdienste in Wien wurde 1983 gefaßt. Erste Auswirkungen in personeller Hinsicht waren bereits heuer zu vermerken. Der Personalstand der Konferenzdienste der Vereinten Nationen in Wien wurde aufgestockt.

Die im Frühjahr 1987 zu erwartende Betriebsaufnahme des neuen Österreichischen Konferenzentrums in Wien wird die Abhaltung von Tagungen, insbesondere von Großkonferenzen, wesentlich erleichtern. Das ÖKZ, das in unmittelbarer Nähe neben dem Internationalen Zentrum liegt, wird auch

Internationale Konferenzen

baulich mit dem Internationalen Zentrum, den Bürogebäuden der Vereinten Nationen in Wien, verbunden sein.

Nach Belgrad und Madrid wird die nächste Tagung der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)“, in Wien stattfinden. Die Konferenz, die am 4. November 1986 im Kongresszentrum Hofburg eröffnet wird, soll nach Fertigstellung des Gebäudes in das ÖKZ übersiedeln. Die Vorbereitungsarbeiten für die Tagung sind bereits voll im Gange.

Aber nicht nur Wien, sondern zahlreiche Städte in den Bundesländern verfügen über hervorragende Konferenzeinrichtungen. Die Bundesregierung ist bemüht, daß sich die internationale Konferenztätigkeit nicht nur auf Wien konzentriert; sie sucht zu erwirken, daß Tagungen im verstärkten Maße auch in den Bundesländern stattfinden.

Abgesehen von den laufenden Tagungen der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen war Österreich auch 1984 Tagungsort zahlreicher bedeutender internationaler Konferenzen.

- a) Eine Großkonferenz der UNIDO über Fragen der industriellen Entwicklung (UNIDO IV) wurde vom 2. bis 20. August im Konferenzzentrum Hofburg und in der Winterreitschule abgehalten. Über 1.500 Delegierte nahmen an dieser Tagung teil.
- b) Die UNIDO hat weiters im Kongreßhaus Innsbruck vom 16. bis 20. April die 3. Internationale Tagung über Probleme der Lederindustrie organisiert.
- c) Die Generalkonferenz der IAEO fand wie alljährlich im Konferenzzentrum Hofburg (24. bis 28. September) statt.
- d) Die 27. Tagung der UN-Weltraumkommission wurde über Einladung der österreichischen Bundesregierung vom 11. bis 22. Juni im V.I.C. abgehalten und organisatorisch vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt.
- e) Eine Konferenz über Rüstungskontrolle in Europa wurde vom 23. bis 25. März vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem New Yorker „Institute for East-West-Security Studies“ im Kongreßzentrum Igls durchgeführt.
- f) Seit über zehn Jahren finden in Wien in den Redoutensälen die Truppenabbaugespräche zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO (MFR) statt. 1984 waren es die 32., 33. und 34. Gesprächsrunde. Seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten werden diese Verhandlungen seit 1974 organisatorisch und durch Zurverfügungstellung der Konferenzräumlichkeiten unterstützt.
- g) Internationale Aufmerksamkeit fanden auch 1984 die in Wien durchgeführten Tagungen der OPEC auf Ministerebene, für die von den österreichischen Behörden organisatorische Unterstützung geleistet und Sicherheitsaspekte wahrgenommen wurden.

Europäische Vorbereitungstagung für Weltfrauenkonferenz

Europäische regionale Vorbereitungstagung für die Weltfrauenkonferenz, Wien

Auf Einladung der österreichischen Bundesregierung fand in der Zeit vom 15. bis 19. Oktober 1984 ein von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) veranstaltetes Seminar über die wirtschaftliche Rolle der Frau in der ECE-Region statt.

Das Seminar wählte Frau Staatssekretär Dohnal zur Vorsitzenden. Obwohl die Veranstaltung als Seminar deklariert war, folgte es ECE-Verfahrensregeln und war in seinem Ablauf einer Staatenkonferenz gleichwertig. Die Form als Seminar musste deshalb gewählt werden, weil die ECE zum Unterschied von anderen regionalen Kommissionen der Vereinten Nationen keine Zuständigkeit für die Behandlung von Sozialfragen besitzt. Das Seminar war damit der Beitrag der europäischen Region zur 3. Weltfrauenkonferenz und entsprach damit der Generalversammlungs-Resolution 38/108, welche die Einberufung regionaler Vorbereitungskonferenzen zur gründlichen Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz verlangte.

Dem Seminar lagen vom ECE-Seminar erstellte „Draft Conclusions and Recommendations“ vor, die eine Wertung der Wirtschaftssituation in Ost und West vornahmen, daraus Schlüsse zogen und Empfehlungen darlegten. Der europäische Osten bestand mit Nachdruck darauf, daß Fragen des Friedens, des Wettrüstens, der atomaren Bedrohung in die Seminarempfehlungen aufgenommen werden. Der europäische Westen lehnte auch nur eine Erörterung diesbezüglicher Vorschläge mit dem Hinweis ab, daß sich die Zuständigkeit des Seminars auf die Erörterung wirtschaftlicher Fragen zu beschränken hätte. Das Seminar nahm schliesslich einen von der Vorsitzenden initiierten Prozeduralvorschlag an, demzufolge Fragen des Friedens, der Abrüstung etc. in einer Präambel zu den Empfehlungen zusammengefasst wurden, und zwar unter der Bedingung, daß diese Probleme von den Schlussempfehlungen und Konklusionen ferngehalten werden. Die eigentlichen Sachempfehlungen, die weitestgehend das Berufs- und Familienleben der Frau tangieren, wurden in der Folge in einer Kontaktgruppe, die unter österreichischem Vorsitz stand, ausgearbeitet und vom Seminarplenum ohne Abstimmung angenommen.

Diplomatisches und Konsularisches Korps in Österreich

In Österreich waren 1984 130 Staaten durch Botschaften vertreten. Davon haben 73 ihren Sitz in Wien, 34 in Bonn und Umgebung, 10 in Bern oder Genf, 5 in Brüssel, 3 in Paris, 2 in Budapest, 2 in London und 1 in Rom.

66 Vertretungsbehörden in Wien waren Ende 1984 mit bei der Republik Österreich akkreditierten Botschaftern besetzt, sieben ausländische Missionen mit Geschäftsträgern.

Diplomatisches und Konsularisches Korps in Österreich

Von den Vertretungsbehörden mit Sitz im Ausland sind derzeit 45 mit Botschaftern, die bei der Republik Österreich akkreditiert sind, und 12 mit Geschäftsträgern besetzt.

12 weitere Botschafter sind ausschließlich bei den Internationalen Organisationen in Wien akkreditiert.

Diplomatische Missionen	
a) mit Sitz in Wien	73
b) mit Sitz im Ausland	57
davon:	
Bonn	34
Genf	6
Brüssel	5
Bern	4
Paris	3
London	2
Budapest	2
Rom	1

Bei den diplomatischen Missionen mit Sitz in Wien sind:	
Mitglieder des diplomatischen Personals	1.128
Familienmitglieder	2.158
Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsangehörigkeit	1.342
Familienmitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsangehörigkeit	2.380
Sur-place-Personal (Österreichische Staatsbürger)	642
Bei den diplomatischen Missionen mit Sitz im Ausland sind 324 Mitglieder an diplomatischem Personal gemeldet.	

Von den 73 in Wien residierenden diplomatischen Vertretungsbehörden repräsentieren 27 europäische, 18 asiatische, 13 lateinamerikanische und neun afrikanische Länder. Die restlichen entfallen auf die USA, Kanada, Australien und Neuseeland; völkerrechtliche Sonderfälle (keine Vertretungen von Territorialstaaten) stellen die Nuntiatur (= diplomatische Vertretung des Heiligen Stuhls) und die Botschaft des Souveränen Malteser Ritterordens dar.

Bei den internationalen Organisationen in Wien sind 74 Ständige Vertretungen mit Sitz in Wien und 42 mit Sitz im Ausland akkreditiert. Überwiegend sind diese Vertretungen mit der Botschaft des jeweiligen Landes identisch. 14 Staaten unterhalten jedoch von ihrer Botschaft organisatorisch und personell getrennte Ständige Vertretungen.

Diplomatisches und Konsularisches Korps in Österreich

Die Delegationen zu den multilateralen Abrüstungsverhandlungen in Wien setzen sich aus elf eigenen Delegationsleitern im Botschafterrang (Belgien, Bulgarien, Kanada, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Niederlande, Polen, UdSSR, Großbritannien und USA), sechs in Österreich akkreditierten Botschaftern und zwei Ständigen Vertretern bei den Internationalen Organisationen (CSSR und Ungarn) zusammen.

Ständige Vertretungen. Beobachter und Verbindungsbüros bei den internationalen Organisationen	
Anzahl der Vertretungen	116
Leitende Beamte	620
davon österreichische Staatsbürger	10
Familienangehörige des diplomatischen Personals	1.711
Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals, ausländische Staatsbürger	3.624
Familienangehörige des Verwaltungs- und technischen Personals, ausländische Staatsbürger	6.080
Sur-place-Personal (österr. Staatsbürger)	2.012

Ständige Vertretungen bei den Internationalen Organisationen, die nicht mit den bei der Republik Österreich akkreditierten diplomatischen Missionen identisch sind	
Anzahl der Vertretungen	14
Leitende Beamte	92
Familienangehörige mit diplomatischem Status	121
Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsbürgerschaft	22

Delegationen zu den Wiener Truppenabbaugesprächen	
Anzahl der Delegationen	19
Mitglieder des diplomatischen Personals	104
Familienangehörige des diplomatischen Personals	60
Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsbürgerschaft	46
Familienangehörige des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsangehörigkeit	12

Neben den Konsularämtern der Botschaften nehmen 20 Berufskonsulate (fünf in Wien, fünf in Salzburg, drei in Triol, drei in Vorarlberg, zwei in der

Diplomatisches und Konsularisches Korps in Österreich

Steiermark und zwei in Kärnten) und 137 Honorarämter (48 in Wien, 22 in Salzburg, 18 in Oberösterreich, 18 in Tirol, 11 in der Steiermark, 9 in Vorarlberg, 6 in Kärnten, 4 im Burgenland und 1 in Niederösterreich) konsularische Aufgaben in Österreich wahr.

Konsularische Vertretungen in Österreich:

a) Honorarämter	137
davon in:	
Wien	48
Salzburg	22
Oberösterreich	18
Tirol	18
Steiermark	11
Vorarlberg	9
Kärnten	6
Burgenland	4
Niederösterreich	1
b) Berufskonsulate	20
davon in:	
Wien	5
Salzburg	5
Tirol	3
Vorarlberg	3
Steiermark	2
Kärnten	2

Von Berufskonsulen geleitete Vertretungen	
Mitglieder des konsularischen Personals	52
Familienangehörige des konsularischen Personals	98
Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsangehörigkeit	74
Familienangehörige des Verwaltungs- und technischen Personals ausländischer Staatsangehörigkeit	82
Sur-place-Personal (österreichische Staatsbürger)	30

Internationale Organisationen in Österreich

Die Tätigkeit der Internationalen Organisationen in Österreich hat neben positiven politischen und sicherheitspolitischen auch positive Effekte in der Schaffung von Arbeitsplätzen

- die Zahl der Bediensteten der in Österreich angesiedelten Internationalen Organisationen hat sich im Vergleich zu den Vorjahren weiter

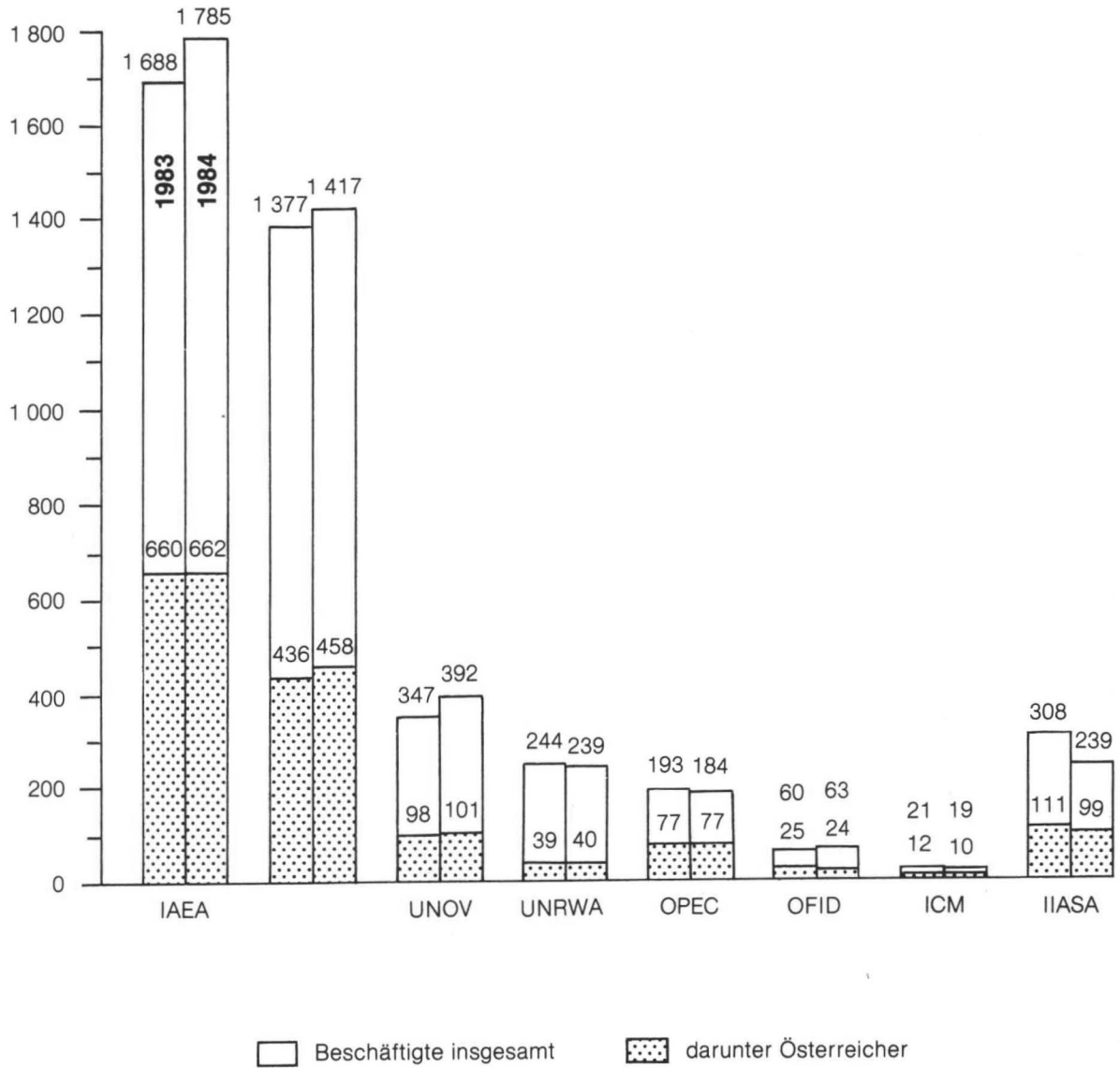
Budget und Ausgaben der internationalen Organisationen (1983)

Organisation	Budget (regulär)	Budget für Österreich	davon An- teil der Löhne und Gehälter	Ausgaben in Öster- reich (ohne Löhne und Gehälter)	davon Dienst- leistungen	Durchschnittlicher Anteil der in Österr- reich getätigten Aus- gaben vom Gesamt- bezug der Beschäftigten	
						in 1.000 US \$ ¹⁾	in %
IAEA	84.000	71.000	54.000	17.000	2.000	45.900	85
UNIDO	137.007	59.007	44.858	13.107	4.899	39.924	89
UN-OFFICE	26.091	23.160	19.420	3.740	—	17.284	89
OPEC	13.369	10.832	4.047	8.381	2.500	3.238	80
OPEC-FONDS	5.700	5.700	1.878	1.966	590	1.596	85
ICM	15.350	626	421	204	41	400	95
IIASA	6.961	6.961	5.186	1.775	53	4.667	90
UNRWA	210.918	12.815	8.842	3.950	2.866	7.074	80
Zusammen	—	190.101	138.652	50.123	12.949	120.083	—
in 1.000 öS	—	3,684.157	2,687.076	971.384	250.952	2,327.209	—
Auf 1 Beschäftigten entfallen öS	—	—	—	230.787	—	552.913	—

1) von den Organisationen geschätzt

Internationale Organisationen in Österreich

**Internationale Organisationen in Österreich
Beschäftigte 1983 und 1984**



Quelle: Magistrat der Stadt Wien



DND, INCB, UNFDAC

erhöht: Ende 1983 waren in Österreich 4.214 Personen bei den Internationalen Organisationen beschäftigt gewesen, darunter 1.415 Österreicher, Ende 1984 waren es 4.338, darunter 1.471 Österreicher

- eine mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien im Juni 1984 durchgeführte Erhebung hat ergeben, daß 1983 die Ausgaben der in Österreich niedergelassenen Internationalen Organisationen in Österreich mit etwa 971 Mio. S (ohne Löhne und Gehälter) und die ihrer Bediensteten mit etwa 2,3 Mrd. S angenommen werden können.

UN-Einheiten für die Suchtgiftkontrolle und Bekämpfung des Drogenmissbrauchs (DND, INCB, UNFDAC)

Die Suchtgiftkommission der Vereinten Nationen, der Österreich seit 1984 erneut angehört, trat in der Zeit vom 6. bis 10. Februar 1984 in Wien zu ihrer 8. Sondertagung zusammen und beriet insbesondere darüber, welche chemischen Zubereitungen dem Kontrollsystem der Konvention über psychotrope Substanzen 1971 unterworfen werden sollen. Die Konvention sieht je nach der Gefährlichkeit abgestufte Kontrollmechanismen für narkotische und psychotrope Substanzen vor. Angesichts des immer weiter um sich greifenden Suchtgiftmissbrauches wurden bei dieser Tagung über 30 Zubereitungen in den Annex der Konvention aufgenommen und damit strengen internationalen Kontrollen unterworfen. Die Suchtgiftkommission vermehrte damit die Zahl von Drogen, die der Konvention unterworfen sind, um über 80%.

Die österreichische Delegation ist in der Kommission auch für die weitere Durchführung der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1981 ausgerufenen internationalen Drogenkontrollstrategie eingetreten und hat eine wirksame Durchführung dieser Strategie für das Biennium 1984/85 verlangt.

Die in Wien ansässige Suchtgiftabteilung der Vereinten Nationen war auch 1984 bestrebt, praktische Methoden zu entwickeln, mit denen der illegale Transport von Suchtgiften aufgedeckt werden kann. So wurde der mit österreichischer Hilfe entwickelte „Identifizierungskoffer“, mit dem auch Behörden von Entwicklungsländern leicht Suchtgifte ausmachen und feststellen und damit zur Verhinderung illegaler Suchtgifttransporte beitragen können, an eine Reihe von Entwicklungsländern, aber auch an Nachbarstaaten Österreichs (Jugoslawien) versendet. Besonderes Gewicht wurde auch weiterhin auf die Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden Europas mit denen des Mittleren Ostens gelegt. Zu diesem Zwecke wurden von der Suchtgiftabteilung bei mehreren Gelegenheiten ein Erfahrungsaustausch der internationalen Behörden organisiert.

CSDHA

Der ebenfalls in Wien ansässige Internationale Suchtgiftkontrollrat (INCB) hat auch 1984 die Einhaltung der Suchtgiftkonvention der Vereinten Nationen überwacht und dafür Sorge getragen, daß sich Angebot und Nachfrage narkotischer und psychotroper Substanzen die Waage halten und die jeweils erforderlichen Mengen für den Gebrauch in der Medizin und in der Wissenschaft zur Verfügung stehen. Mit dieser Tätigkeit trägt der Rat zu einer wirksamen weltweiten Kontrolle des Suchtgiftmissbrauchs bei, weil er eine Überproduktion dieser Gifte hintanzuhalten bestrebt ist. Österreich hat im Berichtszeitraum dem Rat in regelmässigen Abständen Angaben über die Erzeugung, die Haltung sowie den Import und Export von Suchtgiften zugeleitet; dies, obwohl Österreich nicht Vertragsstaat der Konvention über psychotrope Substanzen von 1971 ist.

Der in Wien ansässige Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs hat auch 1984 alle Anstrengungen unternommen, seine Einlagen, die sich aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zusammensetzen, zu erhöhen. Mit diesen Geldern werden eine Reihe von Programmen durchgeführt, mit deren Hilfe es der Landwirtschaft ermöglicht werden soll, vom Anbau von Pflanzen, aus denen Suchtgifte gewonnen werden können, auf andere landwirtschaftliche Kulturen überzugehen; damit will der Fonds dem Suchtgiftmissbrauch bereits an der Quelle Einhalt gebieten. 1984 konzentrierte sich die Tätigkeit des Fonds auf die Gewinnung von Kokain, in regionaler Hinsicht insbesondere auf die Andenregion. Der Fonds finanzierte ferner eine Reihe von Projekten in Pakistan und Südostasien, wobei es in diesen Regionen um die Unterbindung der Heroingewinnung geht. Österreich hat 1984 einen Beitrag von S 1.5 Mio. an den Fonds überwiesen und eine gleich grosse Summe für 1985 in Aussicht gestellt.

Zentrum der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (CSDHA)

Das zu den in Wien ansässigen UN-Einheiten gehörige Zentrum war für die Vorbereitung mehrerer Tagungen und Konferenzen verantwortlich, die auch für Österreich von Bedeutung sind. Am Wiener Amtssitz des UN-Zentrums trat in der Zeit vom 15. bis 24. Februar 1984 die Kommission über den Status der Frau zusammen, in der Österreich durch eine starke Beobachterdelegation vertreten war.

Die Kommission überprüfte zunächst den Fortschritt, der bei der Durchführung des für die Frauendekade der Vereinten Nationen deklarierten Zieles erreicht werden konnte und befasste sich in der Folge mit Beschwerden, welche an die Kommission von einzelnen Personen aus allen Teilen der Welt wegen Diskriminierung von Frauen gerichtet werden können. Nachdem die Zuständigkeit zur Entgegennahme von derartigen Beschwer-

CSDHA

den im Einvernehmen mit der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einer Lösung zugeführt werden konnte, prüfte die von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe eine Vielzahl von Hinweisen und Eingaben und leitete einige von diesen an die Menschenrechtskommission weiter und gab Empfehlungen ab, wie diese Menschenrechtsverletzungen im weiteren Sinne in Hinkunft unterbunden werden können. In nicht öffentlichen Sitzungen wurde dem Vernehmen nach ein zunehmender Trend zur Anwendung physischer Gewalt gegen Frauen und insbesondere gegen solche, die in ihrer Freiheit beschränkt sind (Gefangene), festgestellt.

Im Hinblick darauf, daß der „Wiener Internationale Aktionsplan über das Altern“ sich auch mit den Problemen älterer Frauen auseinandersetzt, hat die österreichische Delegation einen Resolutionsentwurf zugunsten dieser Gruppe von Frauen ausgearbeitet. Die Resolution wurde von einer überwältigenden Mehrheit miteingebracht und mit Konsens angenommen. Österreich hat ferner als Kosponsor an der Ausarbeitung einer Resolution mitgewirkt, in der bessere Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für heranwachsende Frauen getroffen werden. Schliesslich trat Österreich auch dafür ein, daß Frauen im System der Vereinten Nationen bessere Aufstiegschancen gewährt werden.

Im Anschluss an ihre 30. Tagung trat die Kommission über den Status der Frau in ihrer Eigenschaft als vorbereitendes Gremium für die 3. Weltfrauenkonferenz am Sitz der Vereinten Nationen in Wien zu ihrer 2. Tagung in der Zeit vom 27. bis 7. 3. 1984 zusammen. Um die Bedeutung, die Österreich Frauenfragen im allgemeinen beimißt zu unterstreichen, war Österreich durch eine Beobachterdelegation unter der Leitung von Frau Staatssekretär Dohnal vertreten, die in ihrer Erklärung entschieden dafür eintrat, daß die bevorstehende Weltfrauenkonferenz sich auf die Probleme und Forderungen von Frauen konzentrierte. Die Tagung beschloß eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen, die für die Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz ergriffen werden müssen.

Österreich hat an den aus Anlass der Ausrufung der Frauendekade eingerichteten Freiwilligen Fonds auch 1984 wieder einen Beitrag von US\$ 21.000,— sowie an den UN-Fonds für das Internationale Fraueninstitut abermals US\$ 7.000,— geleistet.

Das UN-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten war ferner für die Vorbereitung und Durchführung des 7. Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger (1985) verantwortlich. Hiefür wurden eine Reihe von Fragebogen ausgesendet, die auch vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beantwortet wurden. In die diesbezüglichen Stellungnahmen kann beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Abteilung I.6) Einsicht genommen werden.

UNRWA

Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL)

Die aufgrund eines Beschlusses der 21. Generalversammlung der Vereinten Nationen geschaffene Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationalen Handels (UNCITRAL) ist das zentrale Organ der Weltorganisation für die Vereinheitlichung dieses Rechtsbereichs. Der Kommission gehören 36 Staaten, darunter Österreich, an. Als ihr Sekretariat fungiert die seit 1979 im Wiener Internationalen Zentrum angesiedelte UN-Abteilung für Internationales Handelsrecht. Diese Sekretariatseinheit hat mit den zunehmenden Aufgaben der UNCITRAL in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Sie erfüllt ihre Aufgaben anerkanntermassen in effizienter Weise. Die 39. Generalversammlung nahm den Bericht der UNCITRAL über ihre 17. Tagung mit dem Ausdruck der Wertschätzung an und würdigte die jüngsten Fortschritte bei der Arbeit dieses Gremiums in verschiedenen Bereichen. Im besonderen ist hierbei die Vorbereitung eines Abkommensentwurfes betreffend internationale Wechsel, ein Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtbarkeit und die Ausarbeitung eines juristischen Handbuchs betreffend die Errichtung industrieller Großprojekte in Entwicklungsländern hervorzuheben.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Die Aufgabe dieser Organisation ist die Bereitstellung von Erziehungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtsdiensten für die im Nahen Osten registrierten palästinensischen Flüchtlinge.

Das Amt des Generalkommissärs der Organisation bekleidet seit 1979 Olof Rydbeck (Schweden). Das UNRWA-Sekretariat, welches seinen provisorischen Sitz wegen der Lage im Libanon in Wien hat, umfasst 239 Beschäftigte (195 Ausländer, 35 Österreicher) und ist im Vienna International Center untergebracht. Ein Teil des Sekretariats befindet sich in Amman und ist für die Koordination des umfassenden Sozialprogrammes der Organisation im Einsatzgebiet zuständig. Zum 31. Dezember 1984 waren rund 2,100.000 palästinensische Flüchtlinge beim Hilfswerk registriert.

1984 finanzierte UNRWA 653 Schulen mit einer Schülerzahl von 343.000 und beschäftigte 17.100 Angestellte, wovon 10.853 Lehrer waren.

Trotz der aus budgetären Gründen erfolgten Suspendierung der allgemeinen monatlichen Lebensmittelrationen erhielten 98.000 extrem betroffene Flüchtlinge weiterhin solche Rationen. UNRWA betrieb 98 Gesundheitszentren und Ambulatorien, in denen über 4,5 Mio. Behandlungen durchgeführt wurden.

IIASA

Das prognostizierte Budget, welches über freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gespeist wird, betrug 1984 235 Mio. US\$. Da die Einnahmen nur einen Stand von 181 Mio. US\$ erreichten, und die UNRWA nur auf 20 Mio. US\$ aus eigenen Mitteln zurückgreifen konnte, mussten die geplanten Ausgaben entsprechend reduziert werden.

Österreich leistete 1984, wie im Vorjahr, einen Beitrag von 132.000 US\$. Weiters wurden für das sozialmedizinische Zentrum im palästinensischen Flüchtlingslager Chatila (Libanon) 1,470.000 Schilling zur Verfügung gestellt.

Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt

Das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt hat am 3. Dezember 1984 seinen 10jährigen Bestand mit einer Festsitzung in der Akademie der Wissenschaften in Anwesenheit von Bundesminister Dallinger und zahlreichen internationalen Wissenschaftlern gefeiert. Das Europäische Zentrum wurde 1974 aufgrund eines Übereinkommens zwischen den Vereinten Nationen und der Österreichischen Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Resolution 1406 (XLVI) des Wirtschafts- und Sozialrates gegründet.

Es dient der Förderung der Kooperation zwischen den Regierungen, Organisationen und Agenturen, die sich in Europa auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt betätigen, wobei der Schwerpunkt auf der Ausbildung und Forschung liegt.

IIASA (International Institute for Applied Systems Analysis)

Die Aufgabe des im Oktober 1972 gegründeten und seit 1973 in Laxenburg bei Wien angesiedelten Instituts ist eine zweifache: Einerseits sollen Wissenschaftler verschiedener Nationalitäten und verschiedener Disziplinen zur gemeinsamen Erforschung von Sachfragen, die für den Fortschritt der Menschheit relevant sind, zusammengebracht werden. Dadurch soll das Institut sich zu einem Kristallisationspunkt bzw. zur Plattform für eine breite internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit – auch über die Heimatstaaten der IIASA-Mitgliedsorganisationen hinausgehend – entwickeln und einen Beitrag zu konkreten Problemlösungen bei Fragen internationaler Bedeutung leisten. Andererseits soll die Forschungsarbeit des Instituts aber auch die Entwicklung der Systemanalyse, ihrer Methodik sowie ihres Einsatzes als Entscheidungshilfe bei der Bewältigung komplexer Probleme fördern.

IIASA

Das Arbeitsprogramm der IIASA enthält Themen wie Energieversorgung, Fragen des Umweltschutzes und der Land- und Forstwirtschaft; neben angewandten Projekten beschäftigt sich das IIASA auch weiterhin mit methodologischer Grundlagenforschung im Bereich der Systemanalyse.

Am Institut sind Staaten nicht direkt beteiligt, sondern durch wissenschaftliche Institute – wie z. B. die Österreichische Akademie der Wissenschaften – vertreten. Derzeit gehören dem IIASA nationale Mitgliedsorganisationen aus 16 Staaten (USA, UdSSR, BRD, Bulgarien, DDR, Frankreich, Italien, Japan, Canada, Polen, CSSR, Ungarn, Finnland, Niederlande, Schweden und Österreich) an.

Im Jahr 1982 hat die Regierung der Vereinigten Staaten, die bis dahin durch die „National Academy of Sciences“ im IIASA vertreten war, ihre Beitragsleistung eingestellt. Da das IIASA weiterhin bedeutende Unterstützung in Kreisen der amerikanischen Wissenschaften genießt, ist es in der Folge gelungen, die private „American Academy of Arts and Sciences“, die von Stiftungen und Industrie gefördert wird, als neue amerikanische National Member Organisation zu gewinnen. Durch ein Schreiben des amerikanischen Außenministers George Shultz an Bundesminister Lanc vom August 1984 wurde klargestellt, daß die amerikanische Regierung ursprünglich gehegte Bedenken gegenüber dem IIASA ausgeräumt hat und der Beteiligung öffentlicher amerikanischer Stellen an IIASA-Projekten kein Hindernis in den Weg stellen würde bzw. es der amerikanischen Mitgliedsorganisation freistünde, dem IIASA weiterhin anzugehören, ohne in Widerspruch zur Regierungspolitik zu geraten.

Die bisherige britische Mitgliedsorganisation „Royal Society“ ist 1983 aus dem IIASA ausgeschieden. Versuche, eine neue britische Mitgliedsorganisation zu gründen, sind gescheitert.

Die Volksrepublik China hat ihre Absicht kundgetan, dem IIASA beitreten zu wollen.

Bei der Juni-Ratstagung des IIASA wurde der US-Wissenschaftler Prof. Thomas Lee zum neuen Direktor des Institutes gewählt. Prof. Lee hat seine dreijährige Amtsperiode am 1. September 1984 angetreten.

Das IIASA ist ein Verein nach österreichischem Recht und eine internationale Organisation im Sinn des Privilegiengesetzes (BGBl.Nr. 677/1977). Sein Status ist durch Verordnung BGBl.Nr.441/1979 und durch Gesetz BGBl.Nr.219/1981 geregelt.

Internationale Schule Wien

Für die schulpflichtigen Kinder der internationalen Beamten in Wien wurde 1978 die Wiener Internationale Schule (ISW) gegründet, die den Kindern eine entsprechende fremdsprachige Schulversorgung bietet. Die der

//ASA

Schule anfangs zur Verfügung gestellten Gebäude konnten bei weitem nicht den Bedarf an den erforderlichen Schulplätzen decken. Der Bund und die Gemeinde Wien haben daher in unmittelbarer Nähe des Internationalen Zentrums ein Schulgebäude errichtet, das nach zweijähriger Bauzeit termingerecht zu Schulbeginn 1984 in Betrieb genommen werden konnte. Die feierliche Eröffnung des Gebäudes nahm der Herr Bundespräsident am 15. November vor.

Im 7. Jahr ihres Bestehens wird die Schule von mehr als 1.150 Schülern frequentiert. Die Schüler kommen aus 73 Ländern und werden von einem 120köpfigen Lehrkörper, der aus 18 Staaten rekrutiert wurde, unterrichtet. Die Eltern sind zu 45% UN-Funktionäre, 23% gehören dem Diplomatischen Corps an, 22% kommen aus der internationalen Wirtschaft und 10% der Eltern sind Österreicher.

Wien International

Zur Verbesserung der Kontakte zwischen den internationalen Beamten und der Wiener Bevölkerung trugen auch 1984 wieder die vielfältigen Veranstaltungen von „Wien International“ bei. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt diese wertvolle Initiative der Stadt Wien.

*Spezialorganisationen der Vereinten Nationen***Spezialorganisationen der Vereinten Nationen *) und Sonderkonferenzen**

Viele Aufgaben lassen sich heute nicht mehr befriedigend im engen, einzelstaatlichen Rahmen lösen. Die Entwicklung der Technik, der Wirtschaft, der Kommunikation und des Verkehrs verlangt, daß Staaten Probleme gemeinsam, und zwar durch organisierte internationale Zusammenarbeit lösen. Dazu dienen die internationalen „Spezialorganisationen“ der Vereinten Nationen.

FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)

Österreich ist seit 1947 Mitglied dieser Spezialorganisation der Vereinten Nationen. Soweit nicht aussenpolitische Gründe eine Vertretung durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten erforderlich machen, erfolgt diese durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Oberstes Organ der derzeit 157 Mitgliedstaaten umfassenden FAO ist die „Konferenz“, die alle zwei Jahre zusammentritt. Zwischen den Tagungen dieser Vollversammlung überwacht der FAO-Rat, dem derzeit 49 Mitgliedstaaten angehören, die Tätigkeit der Organisation.

Österreich wurde auf der 22. FAO-Konferenz im Vorjahr in den FAO-Rat gewählt und ist dort erstmals seit 1964 für die laufende Funktionsperiode (1984–1986) vertreten. Die 86. Ratstagung fand in der Zeit vom 17. bis 30. November 1984 in Rom statt. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Tagung können wie folgt zusammengefasst werden: Obwohl die Gesamtlandwirtschaftsproduktion zwischen 1983/84 einen Anstieg von 5% verzeichnete, ist die Welternährungssituation in vielen Teilen der Erde kritisch. Dies gilt insbesondere für die Ernährungssituation in Afrika und hier vor allem in Äthiopien. Die Mitgliedstaaten der FAO wurden gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusätzliche technische und finanzielle Hilfestellung zu leisten. Österreich hat im Rahmen des Welternährungsprogrammes im Jahre 1984 eine Bargeldspende in der Höhe von US\$ 300.000,— geleistet und Waren im Gesamtwert von US\$ 2,7 Mio. bereitgestellt.

Aufgrund einer bereits auf die 22. FAO-Konferenz zurückgehenden Initiative des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Dipl. Ing. Haiden, hat der FAO-Rat 1985 zum „Internationalen Jahre des Waldes“ erklärt, um durch nationale und internationale Maßnahmen der besorgniserregenden Schädigung der Waldbestände entgegenzuwirken. Die Erhaltung und der

*) Die österreichische Mitarbeit in der UNESCO wird im Kapitel „Auslandskulturpolitik“ dargestellt; die Zusammenarbeit mit dem IMF im Abschnitt „Währungs- und Finanzpolitik“; Weltbankgruppe und IFAD werden im Kapitel „Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“, die IAEO im Abschnitt „Energiepolitik“ behandelt

ILO

Schutz der Wälder waren auch Gegenstand einer auf österreichischen Vorschlag von der 14. FAO-Regionalkonferenz für Europa verabschiedeten Resolution, durch welche die Zusammenarbeit der FAO und der ECE auf diesem Gebiet gestärkt werden soll.

Die 14. FAO-Regionalkonferenz für Europa (Rejkjavik, September 1984), an der Österreich durch eine Delegation unter der Leitung von Bundesminister Haiden stand, behandelte neben den erwähnten Maßnahmen zum Schutz der Wälder u. a. auch Fragen der Forschung als Unterstützung der Agrarpolitik und Folgemaßnahmen der Weltkonferenz für Agrarreform und ländliche Entwicklung.

Im Berichtsjahr fand auch die 24. Tagung der Europäischen Landwirtschaftskommission der FAO (ECA) in Innsbruck statt. Im Vordergrund der Beratungen stand die Beurteilung der Arbeiten der zehn wissenschaftlichen Verbundsysteme, an denen sich derzeit mehr als 400 nationale Institutionen in 50 Ländern beteiligen.

Auf der im Juni/Juli 1984 in Rom abgehaltenen FAO-Weltkonferenz für Fischereiwirtschaft und -entwicklung wurden eine weltweite Strategie und fünf Sonderaktionsprogramme für die Förderung der rationalen Entwicklung der Fischerei und Aquakultur verabschiedet.

ILO (Internationale Arbeitsorganisation)

Auch im abgelaufenen Jahr hat Österreich seine aktive Mitarbeit in der internationalen Arbeitsorganisation fortgesetzt.

Die österreichische Delegation zur 70. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (d. i. die Jahresversammlung der ILO) stand unter der Leitung von Bundesminister Alfred Dallinger. Bei dieser Tagung wurde Österreich für drei Jahre als stellvertretendes Regierungsmitglied in den Verwaltungsrat der ILO gewählt.

Auf der 70. Jahrestagung standen 20 Resolutionen zur Behandlung. Von diesen wurden je zwei betreffend landwirtschaftliche Entwicklung bzw. neue Technologien zusammengelegt und weiters eine Resolution betreffend Beschäftigungspolitik dem Beschäftigungsausschuss und eine Resolution betreffend Apartheid dem Apartheidausschuss zugewiesen. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren wurde von der arabischen Gruppe keine Israel verurteilende Resolution eingebracht.

Der Bereich der Überwachung der internationalen Arbeitsnormen hat Anlaß zu Debatten gegeben, da insbesondere die Oststaaten, aber auch einige Entwicklungsländer der Auffassung sind, daß das etablierte Überwachungsverfahren die Besonderheiten der sozialistischen Gesellschaftsordnung bzw. den verschiedenen Entwicklungsstand der Mitglieder der internationalen ILO-Abkommen zu wenig berücksichtigt. Polen, das die Einset-

WHO

zung einer Untersuchungskommission betreffend seine Einhaltung der Normen über die Vereinigungsfreiheit und den diesbezüglichen Bericht der Untersuchungskommission nicht anerkennt, hat im November 1984 für November 1986 seinen Austritt aus der ILO angekündigt. Mit 24. Juni 1983 hatte Polen bereits die Suspendierung seiner Zusammenarbeit mit der ILO erklärt.

Im Bereich der technischen Zusammenarbeit beteiligt sich Österreich insbesondere an Spezialprogrammen für öffentliche Arbeiten in Entwicklungsländern, die vornehmlich der Beschäftigungsförderung in Gebieten mit besonders hoher struktureller Arbeitslosigkeit dienen.

Das 1981 zwischen Österreich und der ILO abgeschlossene Abkommen zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung in Kap Verde, an welchem sich Österreich mit einem Betrag von US\$ 567.232,- beteiligt, wird weiterhin zufriedenstellend abgewickelt. Durch diesen Beitrag hat Österreich im Zeitraum 1982 – 1985 mehrere hundert Arbeitsplätze auf verschiedenen Baustellen der Insel Sao Vicente mitgeschaffen. Durch Wasserrückhalteanlagen und Aufforstung soll die Bodenerosion eingedämmt, die strukturellen Grundlagen für eine landwirtschaftliche Produktion geschaffen und damit Beschäftigung und Ernährung für die lokale Bevölkerung auf lange Sicht sichergestellt werden.

Es besteht eine grundsätzliche Zusage hinsichtlich einer österreichischen Beteiligung an einem Straßenbauprojekt in Burundi in Zusammenarbeit mit der ILO. Die genauen Modalitäten stehen jedoch noch nicht fest.

Österreich prüft derzeit die Beteiligung an weiteren Projekten im Bereich der technischen Zusammenarbeit.

Der österreichische Beitrag an das ILO-Budget betrug 1984 US\$ 942.553,-.

W H O

Österreich nahm im Mai 1984 an der 37. Tagung der Weltgesundheitsversammlung, dem höchsten Entscheidungsgremium der WHO teil. Auch während dieser Tagung setzte sich der bereits in den vorangegangenen Jahren begonnene Trend fort, in die Arbeit der Weltgesundheitsversammlung politische Themen wie Nahost-, Apartheid- oder Abrüstungsfragen hineinzutragen

Schwerpunkte dieser politischen Debatten bildeten im Rahmen der 37. Weltgesundheitsversammlung schliesslich angenommene Resolutionen über die Gesundheitssituation der arabischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten einschliesslich Palästina sowie über Freiheitsbestrebungen im südlichen Afrika (Unterstützung der front-line States, Lesotho und Swaziland).

Abgesehen davon blieben die Sachprogramme der WHO jedoch von politischen Fragen nach wie vor weitgehend unberührt.

WMO

Da Österreich der europäischen Regionalgruppe angehört, konzentrierte sich auch 1984 seine Mitarbeit naturgemäß in erster Linie auf die Aktivitäten im Rahmen des WHO Regionalbüros für Europa.

Österreich leistete überdies freiwillige Beiträge in der Höhe von mehr als 2,1 Mio. öS zu Programmen des „WHO-Fonds für Gesundheitsförderung“ wie z. B. „biochemische Forschung“, „Chemikaliensicherheit“ und „Forschung und Ausbildung in Tropenkrankheiten“, (für letzteres mehr als 1 Mio. öS).

Der reguläre Beitrag zum allgemeinen Budget der WHO betrug 1984 US\$ 1.739.890.

WMO (Internationale meteorologische Organisation)

Es ist das Ziel der WMO, die weltweite Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Errichtung meteorologischer Stationen, der Standardisierung meteorologischer Beobachtung sowie der Anwendung der Meteorologie in der Luft- und Schifffahrt und in der Landwirtschaft zu fördern. Für Österreich ist in erster Linie die meteorologische Kooperation in Europa von Bedeutung.

An den verschiedenen Fachtagungen der WMO nehmen regelmässig österreichische Experten teil.

Der Beitrag Österreichs zum Budget der WMO beläuft sich auf 1,8 Mio. öS.

Österreich hat im Berichtsjahr einer Änderung der Artikel 3 und 34 der WMO-Satzung zugestimmt, um dem Namibia-Rat eine Aufnahme in die Organisation zu ermöglichen.

Nachdem mit Dr. G. O. P. Obasi anlässlich des 9. Weltkongresses 1983 erstmals ein Afrikaner zum Generalsekretär der WMO gewählt worden war, wurde am 18. Juni 1984 der Kanadier Dr. D. Smith zum Stellvertretenden Generalsekretär bestellt.

Der 29. WMO-Preis, der für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Meteorologie oder anderer die Tätigkeit der WMO betreffenden Bereiche verliehen wird, ging 1984 an den Amerikaner Dr. T. F. Malone.

ICAO (Internationale Zivilluftfahrtsorganisation)

Die vom 24. April bis 10. Mai 1984 in Montreal tagende 25. (a. o.) Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) hat auf der Grundlage eines österreichisch-französischen Vorschlages einstimmig ein Protokoll betreffend eine Änderung des Abkommens von Chicago über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1947 (BGBl.Nr.97/1949 i.d.g.F.) durch die Einfügung eines neuen Artikels „3bis“ angenommen. Kernstück dieser Bestimmung ist die ausdrückliche Aner-

WIPO

kennung der Verpflichtung durch die Mitgliedstaaten der ICAO, daß sich jeder Staat des Waffengebrauchs gegen im Flug befindliche Zivilluftfahrzeuge enthalten muß und im Falle des Abfangens von Zivilluftfahrzeugen das Leben der an Bord befindlichen Personen sowie die Sicherheit des Flugzeuges nicht gefährden darf. Festgehalten wird auch, daß jeder Staat berechtigt ist, die Landung eines Zivilluftfahrzeuges zu verlangen, das unbefugt in seinen Luftraum eingedrungen ist oder dort konventionswidrig verwendet wird; hiebei dürfen jedoch keine im Widerspruch zum Gewaltverbot stehenden Maßnahmen ergriffen werden. Die Vertragsstaaten übernehmen zugleich die Verpflichtung, die Nichtbefolgung von Instruktionen des überflogenen Staates durch ein bei ihnen registriertes Flugzeug entsprechend zu ahnden. Der Registerstaat hat überdies geeignete Maßnahmen betreffend ein Verbot der vorsätzlichen konventionswidrigen Verwendung von Zivilluftfahrzeugen zu erlassen – selbst eine Nichtbeachtung dieser Verpflichtung läßt jedoch das Verbot der Gewaltanwendung gegen Zivilluftfahrzeuge unberührt.

Durch diese Ergänzung zum Abkommen von Chicago, dessen erste substantielle Änderung in den 40 Jahren seines Bestehens, ist eine völkerrechtsrechtliche Festschreibung des Verbots der Gewaltanwendung gegen Zivilluftfahrzeuge erfolgt. Österreich hat somit mit seiner, nach dem am 1. September 1983 erfolgten Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch ein sowjetisches Jagdflugzeug gemeinsam mit Frankreich unternommenen Initiative einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer Grundlage für die weitere Erhöhung der Sicherheit der Internationalen Zivilluftfahrt geleistet. Dieser Erfolg, der nicht zuletzt auf intensive diplomatische Bemühungen zurückzuführen ist, kann auch als Beweis dafür angesehen werden, daß selbst in einer angespannten internationalen Lage, wie im Jahre 1984, ein konstruktiver Dialog möglich ist und zu positiven Ergebnissen führen kann.

Das Protokoll wurde von Österreich als einem der ersten Staaten am 29. Dezember 1984 ratifiziert. Für sein Inkrafttreten ist eine Ratifikation durch 102 Mitgliedstaaten der ICAO erforderlich. Die einstimmige Annahme der neuen Konventionsbestimmung durch die Versammlung zeigt, daß – insbesondere das Verbot der Anwendung von Waffengewalt gegen Zivilluftfahrzeuge – bereits jetzt und unabhängig von einer Ratifikation von der Staatengemeinschaft als eine bestehende Regel des Völkerrechts anerkannt wird.

Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)

Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), die auf die Pariser Konvention für den Schutz des industriellen Eigentums von 1883 und auf die Berner Konvention für den Schutz von Werken der Literatur und der

Weltbevölkerungskonferenz in Mexico City

Kunst von 1886 zurückgeht, zielt darauf ab, das geistiges Eigentum durch weltweite Zusammenarbeit zwischen den Staaten und auch mit anderen internationalen Organisationen zu schützen, sowie die Kooperation zwischen den verschiedenen Unionen der WIPO zu sichern. Österreich wird in den verschiedenen Organen dieser Organisation regelmässig durch Experten aus dem Patentamt, dem Bundesministerium für Justiz und der Patentanwaltschaft vertreten. Die intensive österreichische Mitarbeit wird von der WIPO anerkannt und geschätzt.

Dr. Arpad Bogsch (USA) wurde im September des Jahres vom WIPO-Koordinationskomitee einhellig für eine Wiederwahl als Generaldirektor der WIPO für eine weitere Amtsperiode von sechs Jahres (ab Dezember 1985) vorgeschlagen. Die Wahl selbst als Formalakt wird im September 1985 durch die Generalversammlung der WIPO erfolgen.

Im Patentrecherchenprogramm der WIPO zugunste der Entwicklungsländer, das für den konkreten Technologietransfer von wesentlicher Bedeutung ist, nimmt Österreich eine besondere Stellung ein: Von den bisher etwa 1.300 seit 1975 durchgeführten Patentrecherchen wurden über 1000 von Österreich erstellt.

Die im Frühjahr 1984 in Genf abgehaltene 4. Diplomatische Konferenz über eine Revision der Pariser Konvention über gewerblichen Rechtsschutz konnte aufgrund der Inkompatibilität von Forderungen der Entwicklungsländer und des Ostens mit den Vorstellungen der Gruppe westlicher Industriestaaten zu keinem substantiellen Ergebnis gelangen.

Die von Österreich an die von der WIPO verwalteten Verbände zu zahlenden Beiträge (etwa 330.000,— sfr) werden durch die Einnahmen aus der internationalen Registrierung von Marken (etwa 440.000,— sfr) mehr als wettgemacht.

Weltbevölkerungskonferenz in Mexico City

Auf der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen, die vom 6. bis 13. August 1984 in Mexico City tagte, war Österreich mit einer Delegation unter der Führung von Frau Bundesminister Elfriede Karl vertreten. Die Konferenz ist mit der Annahme der „Deklaration von Mexiko“ und des Konferenzberichtes mit 88 Empfehlungen für die weitere Durchführung des Weltbevölkerungs-Aktionsplanes abgeschlossen worden.

Frau Bundesminister Elfriede Karl wurde zum Vizepräsidenten der Konferenz gewählt; sie unterstrich in ihrer Erklärung besonders das auch in mehreren internationalen Deklarationen festgelegte Recht der Paare, über die Zahl und den zeitlichen Abstand ihrer Kinder in eigener Verantwortung frei zu entscheiden, und betonte, daß bevölkerungspolitische Zielsetzungen durch wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Massnahmen

Weltbevölkerungskonferenz in Mexico City

erreicht werden müssen. In diesem Zusammenhang erscheine es auch wesentlich, die Stellung der Frau zu verbessern und ihre Teilnahme an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Männern sicherzustellen.

Die österreichische Delegation hat sich bei der Ausarbeitung der „Deklaration von Mexiko“ sowie in kritischen Phasen der Konferenz vermittelnd eingeschaltet. Trotz der zeitraubenden Debatte über prozedurale Fragen und oft unwesentliche Details ist das Ergebnis der Konferenz als erfolgreich zu werten. Als besonderer Fortschritt gegenüber der letzten Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest (1974) wird allgemein der Umstand angesehen, daß das Thema Familienplanung in relativ sachlicher Atmosphäre ausführlich behandelt und sogar als ein „grundsätzliches Menschenrecht“ bezeichnet werden konnte.

Das Gleiche gilt für das Thema „volle Teilnahme und Status der Frauen“, für das ein eigenes Kapitel geschaffen wurde. Darin werden u. a. die Regierungen aufgefordert, den Status der Frau zu verbessern und ihre Teilnahme an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf der Basis der Gleichberechtigung mit den Männern zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten gewidmet werden.

Das Kapitel Bevölkerungsstruktur mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den „Wiener Internationalen Aktionsplan über das Altern“ behandelt in sechs Paragraphen u. a. auch die wesentlichsten Empfehlungen des Wiener Aktionsplanes.

*Humanitäre Aussenpolitik***Humanitäre Aussenpolitik**

Das Engagement im menschenrechtlichen und humanitären Bereich ist ein bedeutsames Element der österreichischen Aussenpolitik. Dennoch sollen dadurch nicht aussenpolitische Ziele im engeren Sinne verfolgt werden. Das Engagement für Menschenrechte ist demnach nicht der Aussenpolitik untergeordnet; es dient nicht den Zwecken des Staates – es soll den Menschen nützen.

Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht die Sorge um den Einzelmenschen. Oft ist es notwendig, gegen Menschenrechtsverletzungen offen aufzutreten. Das wird vor allem dort der Fall sein, wo die Menschenrechte massiv und systematisch verletzt werden. In seiner offenen Kritik solcher Zustände kann sich Österreich nicht von Überlegungen der aussenpolitischen Nützlichkeit leiten lassen und Misstände nur dort anprangern, wo dies im Interesse seiner auswärtigen Beziehungen gelegen ist; und so wird es seine Stimme gegen Tötung, Folter, entmenschlichende Diskriminierung erheben, egal ob nun davon Staaten in Südost-Asien, in Afrika, kommunistischen Staaten oder jene in Zentral- und Südamerika betroffen sind.

Österreich tut das nicht, um sich und der Welt einen höheren ethischen und politischen Standard zu dokumentieren. Eine Welt, in der systematisch Menschenrechte verletzt werden, ist eine unsichere. Gewalt, Terror und Gegenterror machen nicht an Staatsgrenzen halt; und schliesslich würde das Prinzip von Menschenwürde und menschlicher Freiheit auch in demokratischen Staaten unterhöhlt, wenn es nicht immer wieder auch weltweit dargestellt und bekräftigt wird. Das öffentliche Eintreten für die Anwendung der Menschenrechte dient also nicht unmittelbar und direkt Zielen der Außenpolitik; es dient aber den langfristigen Bemühungen zur Absicherung unseres demokratischen Gemeinwesens.

Um freilich in konkreten Fällen einzelnen Menschen und Gruppen zu helfen, bedient sich Österreich nicht plakativer und öffentlicher Darstellungen. Bei der Lösung menschenrechtlicher und humanitärer Einzelfälle hat sich zumeist die „stille“ Diplomatie als am zielführendsten erwiesen. Die hiebei erzielten Erfolge sind die beste Rechtfertigung für eine Fortführung dieser Politik.

Das nachdrückliche Eintreten Österreichs für die Durchsetzung der Menschenrechte und deren weiteren Ausbau und die Interventionen in humanitären Härtefällen finden ihre Ergänzung in der traditionellen Flüchtlings- und Asylpolitik und der Solidarität mit jenen, die von natürlichen oder von Menschen verursachten Katastrophen betroffen sind.

Menschenrechte

Menschenrechte

Die wirksame Durchsetzung der Menschenrechte erfordert intensive Anstrengungen auf regionaler und globaler Ebene sowie auch seitens der Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Trotz intensiver Bemühungen insbesondere der Vereinten Nationen, des Europarates, anderer internationaler Organisationen, auch solcher privaten Charakters, sowie von Einzelpersonen konnte auch im Jahre 1984 der von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geforderte Standard weltweit nicht erreicht werden.

Zum Teil ist dies Ausfluss der Tatsache, daß sich die weltpolitischen Krisen des abgelaufenen Jahres eben auch in Menschenrechtsverletzungen manifestiert haben. Österreich hat sich mit Nachdruck für die Beachtung und Förderung der Menschenrechte eingesetzt. Es hat einerseits die gravierendsten Verletzungen von Menschenrechten aufgezeigt und andererseits in den zuständigen internationalen Gremien aktiv an einem weiteren Ausbau des Menschenrechtsschutzes mitgewirkt. Hierbei vertritt es die Auffassung, daß alle Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind. Die Würde des Menschen kann nicht gewahrt werden, wenn die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen fehlen. Widrige soziale und wirtschaftliche Verhältnisse können aber niemals die Verweigerung individueller Grund- und Freiheitsrechte rechtfertigen.

Es gibt immer wieder Bestrebungen, die Durchsetzung der Menschenrechte zur ausschließlich innerstaatlichen Angelegenheit zu erklären, auf die Aussenstehende keinen Einfluss nehmen dürfen. So wie Österreich bekennt sich aber demgegenüber der überwiegende Teil der Staatengemeinschaft zu dem Grundsatz, daß die Durchsetzung der Menschenrechte sowie deren Heranführung an neue wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gegebenheiten nicht mehr länger lediglich und exklusiv einzelnen Staaten überlassen ist. Derartige Bemühungen müssen, wenn ihnen Erfolg beschieden sein soll, in einen zwischenstaatlichen Prozeß einfließen, in dem die für Menschenrechtsfragen zuständigen internationalen Organisationen eine besondere Rolle spielen; Österreich nimmt daher an ihren Arbeiten regen Anteil.

Besondere Bedeutung auf dem Gebiet der Menschenrechte kommt seit seiner Gründung dem Europarat zu. Er hat in dieser Hinsicht Vorbildliches geleistet. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß der Prozeß der weiteren Verwirklichung der Menschenrechte auch im Rahmen dieser Organisation neuer Anstöße bedarf. Auf Grund einer österreichischen Initiative beschloß daher das Ministerkomitee des Europarates bei seiner 74. Tagung am 10. Mai 1984 einstimmig die Abhaltung einer Europäischen Ministerkonferenz über Menschenrechte in Wien (19./20. März 1985). Österreich erwartet sich von dieser Konferenz die notwendigen politischen Impulse für eine Weiterentwicklung der Menschenrechte.

Menschenrechte

Die erste Menschenrechtsministerkonferenz in der Geschichte des Europarates wird folgende Themen behandeln :

- „Das Funktionieren der Organe der Europäischen Menschenrechtskonvention (einschließlich der Verstärkung und Verbesserung des Durchsetzungsmechanismus der Konvention)“ (Berichterstatter : Schweiz).
- „Die Rolle des Europarates bei der weiteren Verwirklichung der Menschenrechte“ (Berichterstatter : Österreich).
- „Schutz der Menschen und ihrer physischen und psychischen Integrität im Hinblick auf den Fortschritt auf den Gebieten der Biologie, der Medizin und der Biochemie“ (Berichterstatter : Frankreich).

Darüber hinaus ist vorgesehen, daß die Menschenrechtsminister die Lage der Menschenrechte in der Welt erörtern und eine diesbezügliche Erklärung verabschieden.

In seinem für diese Konferenz erstellten Bericht befürwortet Österreich insbesondere die Einsetzung eines Europäischen Hochkommissars für Menschenrechte. Er soll unter anderem als Vermittlungsinstanz auf dem Gebiet der Menschenrechte fungieren. Ferner wird eine Zusammenlegung der Organe der Europäischen Menschenrechtskonvention zu einem einzigen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgeschlagen, zu dem der Einzelnen Zugang hat; und schließlich ein verstärkter Schutz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Am 22. November 1984 wurde das 7. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zur Unterzeichnung aufgelegt (Österreich beabsichtigt, dieses anlässlich der Europäischen Ministerkonferenz über Menschenrechte zu unterzeichnen). Diese Zusatzprotokoll ergänzt die Menschenrechtskonvention um bürgerliche und politische Rechte, die auf universeller Ebene bereits durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 eingeräumt sind.

Die Arbeiten zur Neuordnung und vor allem einer Beschleunigung des Verfahrens vor der Europäischen Menschenrechtskommission konnte abgeschlossen werden.

Das diesbezügliche 8. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird bei der Menschenrechts-Ministerkonferenz in Wien im Jahre 1985 zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten aufliegen.

Der Europarat hat sich im Jahre 1984 u. a. mit den Problemen befaßt, die sich aus der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ergeben, sowie seine Arbeiten an einer Anti-Folter-Konvention fortgesetzt. Diese sieht die Einsetzung einer Kommission vor, die unangemeldet an Ort und Stelle Untersuchungen anstellen darf; und sie geht damit über die unten erwähnte Konvention der Vereinten Nationen gleichen Gegenstands hinaus.

Menschenrechte

Die 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm nach langjährigen Vorarbeiten im Rahmen der UN-Menschenrechtskommission ohne Abstimmung den Text einer weltweiten Konvention gegen Folter an. Österreich hat sich um das Zustandekommen dieser Konvention von allem Anfang an und durch seine intensive Anteilnahme an deren Ausarbeitung besonders bemüht. Es hat auch die entsprechende Resolution in die Generalversammlung miteingebracht.

Sie war eines der bedeutsamsten Ergebnisse der letzten VN-Generalversammlung. Die „Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“ verpflichtet die Vertragsstaaten, die Folter auf ihrem Gebiet durch effektive Maßnahmen unter allen Umständen zu verhindern und unter Strafsanktion zu stellen. Ein System universeller Jurisdiktion soll sicherstellen, daß Personen, die der Folter beschuldigt werden, entweder einem Strafverfahren unterzogen oder ausgeliefert werden. Die Konvention sieht auch die Errichtung eines aus unabhängigen Experten bestehenden „Komitees gegen Folter“ vor, dem bestimmte Befugnisse zur Überwachung der Einhaltung der Konventionsbestimmungen durch die Vertragsstaaten zustehen. Zum Unterschied von den bisherigen von den Vereinten Nationen angenommenen Menschenrechtsinstrumenten bedarf es der ausdrücklichen Erklärung eines Staates, um die Zuständigkeit dieses Komitees zur Untersuchung von Foltervorwürfen auszuschließen.

Österreich hat im Jahre 1984 neuerlich alle Maßnahmen unterstützt, die darauf abzielen, die Lage der Menschenrechte in einzelnen Ländern zu verbessern. In diesem Sinne wurden alle jene Resolutionen der Generalversammlung sowie des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, die die Achtung der Menschenrechte der Mitgliedstaaten zum Gegenstand hatten, unterstützt. Bei der 1. regulären Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats bzw. bei der 39. Generalversammlung betrafen diese Resolutionen Chile, El Salvador, Guatemala, Afghanistan und den Iran.

Das österreichische Engagement auf dem Gebiet der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen ist mit der Wahl in die UN-Menschenrechtskommission honoriert worden. Ab 1. 1. 1985 ist Österreich nach einer mehrjährigen Unterbrechung in diesem Gremium wieder für die Dauer von drei Jahren vertreten. Die aus 43 Mitgliedern bestehende Kommission stellt das zentrale mit Menschenrechtsfragen befaßte Organ im System der Vereinten Nationen dar und bereitet u. a. die Entscheidung des Wirtschafts- und Sozialrates sowie der Generalversammlung auf diesem Gebiet vor. Zum österreichischen Vertreter in diesem Gremium wurde wiederum Abgeordneter zum Nationalrat Univ. Prof. Dr. Felix Ermacora bestellt.

Österreich trat auch 1984 für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe durch ein 2. Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über die bürgerli-

Menschenrechte

chen und politischen Rechte ein. Derzeit ist in diesem Zusammenhang die Minderheitenschutzkommission, ein Unterorgan der UN-Menschenrechtskommission damit beauftragt, einschlägige Unterlagen zu sammeln und einen analytischen Bericht zu erstellen. In der Erkenntnis, daß eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe nur ein Fernziel ist, hat Österreich sein Augenmerk auf sofortige Maßnahmen der Staatengemeinschaft betreffend willkürliche Masseneinrichtungen gerichtet und ferner verlangt, daß im Falle der Verhängung der Todesstrafe zumindest bestimmte Mindestgarantien eingehalten werden. In einer von Österreich miteingebrachten Resolution der 39. Generalversammlung wird u. a. eine Mindestgarantie für die Vollstreckung der Todesstrafe (kein Vollzug an Kindern, schwangeren Frauen oder in jenen Fällen, in denen der Rechtsmittelweg nicht ausgeschöpft ist, etc.) verlangt und der Generalsekretär aufgefordert, seine guten Dienste überall dort einzusetzen, wo die Gefahr besteht, daß die Todesstrafe unter Umgehung dieser Mindestgarantien vollstreckt wird.

Für die Bewertung des österreichischen Beitrags zur weltweiten Beachtung und Förderung der Menschenrechte sind auch die Berichte heranzuziehen, die auf Grund der einschlägigen Menschenrechtsinstrumente vorzulegen waren; ferner auch Stellungnahmen, die in Entsprechung von Empfehlungen der Generalversammlung und anderen mit Menschenrechtsfragen befaßten Gremien der Weltorganisation abgegeben worden sind. Der nach der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl.Nr.443/82) vorzulegende Bericht über die zu deren Durchführung getroffenen innerstaatlichen Maßnahmen wurde dem von der Konvention vorgesehenen Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vorgelegt. Dieses wird den Bericht (der im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zur Einsichtnahme aufliegt) im Jahre 1985 behandeln.

Österreich hat gegenüber den Vereinten Nationen im Jahre 1984 folgende schriftliche Stellungnahmen abgegeben :

- Vorschläge betreffend eine baldige Annahme der Anti-Folter-Konvention
- Stellungnahme zu regionalen Einrichtungen für den Schutz der Menschenrechte
- Vorschläge zum Katalog medizinischer Ethik
- Vorschläge betreffend Hilfe an Uganda auf menschenrechtlichem Gebiet
- Maßnahmen betreffend die Verhinderung willkürlicher Massenhinrichtungen
- Durchführung der Deklaration der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und auf religiöser Überzeugung beruhender Diskriminierung
- Lösungsvorschläge betreffend Menschenrechte von Personen, die Freiheitsbeschränkungen unterworfen sind

Humanitäre Härtefälle

- Stellungnahme zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und zur Förderung der Menschenrechte
- Stellungnahme zum Verhältnis der Justizverwaltung zu den in ihrer Freiheit beschränkten Personen
- Vorschlag betreffend eine verbesserte Anwendung der „Standard Minimum Rules“ betreffend die Behandlung von Gefangenen
- Stellungnahme zu einer Studie betreffend die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Humanitäre Härtefälle

Auch im Jahre 1984 ersuchte eine große Zahl von Personen, die sich bei den Behörden osteuropäischer Staaten um die Bewilligung von Familienzusammenführungen, Eheschließungen und Besuchsreisen bemühten, um offizielle Unterstützung ihrer Anliegen. Offizielle Interventionen erfolgten nicht nur laufend durch die betreffenden Vertretungsbehörden, sondern auch auf hoher politischer Ebene im Rahmen offizieller Besuche.

Die Gesamtzahl der humanitären Härtefälle ist im Jahre 1984 im Vergleich zum vorhergegangenen Jahr deutlich zurückgegangen (1983 : 648, 1984 : 422); gleichzeitig ist der Prozentsatz der positiv gelösten Fälle gestiegen (1983 : 202, d. s. 31%; 1984 : 159, d. s. 37%). Länderweise sind jedoch starke Unterschiede zu verzeichnen.

Die bei weitem höchste Zahl von humanitären Fällen wurde gegenüber der DDR registriert, wobei besonders viele Anliegen an den Herrn Bundeskanzler aus Anlaß seines offiziellen Besuches in der DDR (5. bis 8. 11. 1984) herangetragen wurden. Gleichzeitig ist aber die hohe Zahl von positiv gelösten Anliegen durch die DDR-Behörden hervorzuheben.

Gegenüber Polen ist die Zahl der noch unerledigten Familienzusammenführungen mit polnischen Asylwerbern in Österreich so wie im Vorjahr weiter stark zurückgegangen. Einerseits ist dies auf positive Erledigungen durch die polnischen Behörden zurückzuführen, andererseits sind auch viele Anliegen durch freiwillige Rückkehr der betroffenen Personen nach Polen bzw. durch Weiterreise von Österreich in Drittländer gegenstandslos geworden.

Die Zahl der humanitären Anliegen gegenüber Bulgarien, der CSSR, Rumänien und der UdSSR ist mit kleinen Unterschieden in etwa konstant geblieben. Gegenüber Ungarn besteht nach wie vor die geringste Zahl von humanitären Härtefällen.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Interventionstätigkeit in humanitären Härtefällen :

*Humanitäre Härtefälle***Humanitäre Härtefälle**
(1. Jänner bis 31. Dezember 1984)

		Interventions- fälle	positiv erledigt	anhängig per 31. 12. 1984
Bulgarien	FZF	5	—	3
	BR	19	11	7
	ES	—	—	—
VR China	FZF	1	1	—
	BR	—	—	—
	ES	—	—	—
CSSR	FZF	8	1	6
	BR	19	1	18
	ES	—	—	—
DDR	FZF	56	34	20
	BR	73	14	54
	ES	73	46	26
Polen	FZF	67	26	20
	BR	—	—	—
	ES	—	—	—
Rumänien	FZF	45	13	31
	BR	10	—	10
	ES	9	6	3
UdSSR	FZF	12	1	9
	BR	15	1	12
	ES	1	—	—
Ungarn	FZF	5	3	2
	BR	4	1	3
	ES	—	—	—
		422	159	224

FZF = Familienzusammenführung

BR = Besuchsreise

ES = Eheschließung

Katastrophenhilfe

Flüchtlings- und Asylpolitik

Die Zahl der Asylansuchen in Österreich ist im Jahre 1984 mit 7.208 gegenüber 5.868 im Jahre 1983 wieder deutlich angestiegen. Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum 2.053 Asylansuchen positiv entschieden. Von diesen positiven Fällen kamen 753 aus Polen, 711 aus der CSSR, 143 aus Rumänien, 92 aus dem Iran und 88 aus Vietnam.

1984 sind insgesamt 4.180 Flüchtlinge von Österreich in Drittländer weitergereist. Hauptaufnahmeländer waren wie in der Vergangenheit die USA mit 1.904 (1983 : 2.862), Kanada mit 1.380 (1983 : 1.657) und Australien mit 593 (1983 : 1.073).

Mit Stichtag 31. Dezember 1984 waren 4.486 Flüchtlinge bei den österreichischen Behörden registriert. Ihre Unterbringung erfolgte in den fünf Flüchtlingslagern (1.848 Personen) und in 49 Gasthöfen (2.638 Personen). Für die Betreuung der Flüchtlinge wurden 1984 rund 330 Mio. öS aufgewendet.

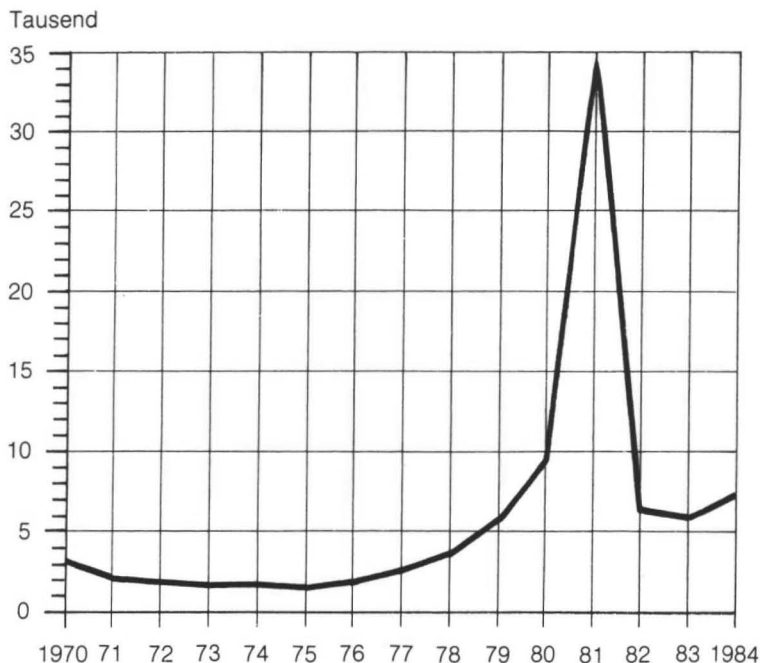
Weltweit hat das Flüchtlingsproblem im Berichtsjahr mit geschätzten 11 Mio. Flüchtlingen nichts von seiner Tragik und Schärfe verloren. Besonders betroffen sind Afrika, wo zuletzt durch die Hungersnot in Äthiopien ein neuer Flüchtlingsstrom, insbesondere in den Sudan dramatische Ausmaße angenommen hat (Ende 1984 ca. 150.000 bei einem wöchentlichen Zuwachs von ca. 10.000 Personen). Auch in Asien halten sich im Gefolge des Krieges in Afghanistan sowie der kriegerischen Ereignisse in Südostasien weiterhin Millionen Flüchtlinge in den diesen Krisenherden unmittelbar benachbarten Ländern auf.

Katastrophenhilfe

Die österreichische Katastrophenhilfe war 1984 überwiegend den von Dürre und anderen Naturkatastrophen betroffenen afrikanischen Staaten gewidmet. Für Äthiopien wurde eine Hilfsaktion im Gegenwert von 1 Mio. US\$ beschlossen, die die Lieferung von 4.000 t Weizen sowie einer Anzahl LKWs vorsieht. Djibouti und Gambia wurde aus Anlaß der Dürre ein österreichischer Beitrag von je öS 500.000,— zugesagt; Gambia erhielt weiters eine Düngemittelspende im Gegenwert von 3,6 Mio. öS. Als Hilfe für die Erdbebenopfer in Guinea spendete die österreichische Bundesregierung öS 500.000,—. Für den Ankauf von Medikamenten wurden Mauretanien öS 250.000,— zur Verfügung gestellt. Je 1 Mio. öS wurden für Moçambique zur Instandsetzung von Bewässerungspumpen und für Tansania zur Lieferung von Reis aufgewendet. Niger und Sambia erhielten eine Düngemittelspende im Werte von 3,5 bzw. 3,7 Mio. öS.

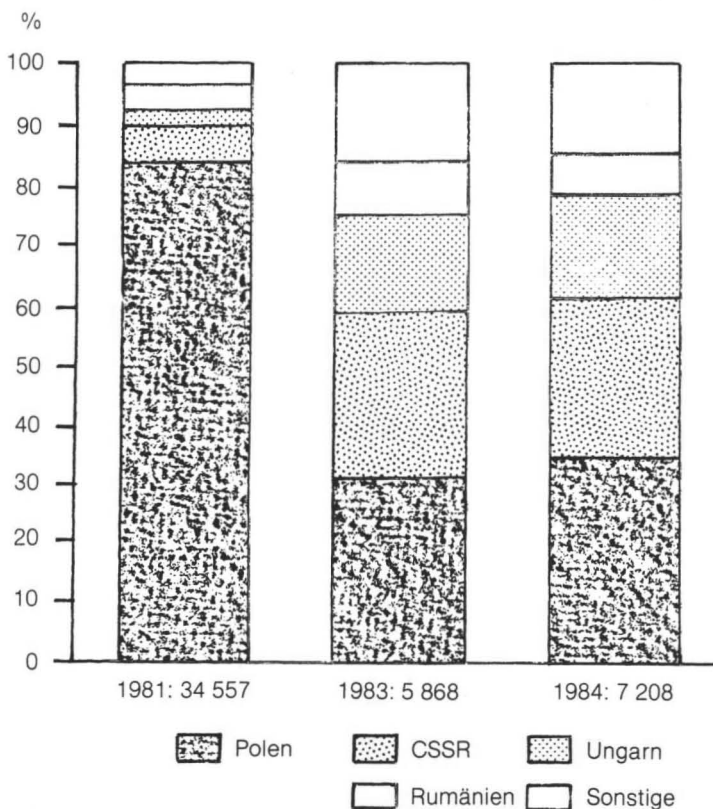
Katastrophenhilfe

Asylwerber¹⁾ in Österreich 1970 bis 1984



1) Diese Statistik berücksichtigt nicht die Zahl der jüdischen Durchwanderer aus der UdSSR

Herkunft der Asylwerber 1981, 1983 und 1984



Quelle: Bundesministerium für Inneres



UNHCR

Die Libanon-Hilfe wurde auch 1984 fortgesetzt und für die Betreuung des medizinischen Zentrums Chatila ein Betrag von öS 1,1 Mio. und für die Expositur in Bourj-el Barajné 370.000,— öS zur Verfügung gestellt.

Der Herr Bundeskanzler übergab bei seinem Besuch in Indien Mutter Theresa eine Medikamentenspende im Werte von öS 500.000,—.

Zur Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Grenzgebiet von Thailand zu Kampuchea wurde ein Beitrag von öS 500.000,— geleistet.

Flüchtlingshochkommissär der Vereinten Nationen (UNHCR)

Die enge und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem UNHCR und Österreich wurde auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Österreich beteiligt sich im Exekutivkomitee des UNHCR an allen Bestrebungen zur Verbesserung des Flüchtlingsschutzes.

Angesichts der immensen Zahl von Flüchtlingen in aller Welt genügt es nicht, diese lediglich in Lagern zu betreuen. Es müssen vielmehr dauerhafte Lösungen für ihre Probleme angestrebt werden. Die Aufnahme durch Drittländer kommt hiebei immer weniger in Betracht, da wirtschaftliche und soziale Probleme auch die traditionellen Aufnahmeländer zunehmend dazu veranlassen, die Aufnahmezahlen einzuschränken. Es gilt daher, Massnahmen zu treffen, um die Flüchtlinge im Asylland so weit wie möglich zu integrieren bzw. die freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland anzustreben. Die Suche nach diesen Lösungen stösst dabei insbesondere auf dem Kontinent mit den grössten Flüchtlingszahlen, Afrika, auf die oft gravierenden Entwicklungsprobleme der Asyl- und Ursprungsländer und erfordert daher in zunehmenden Masse gleichzeitig flüchtlings- und entwicklungsorientierte, humanitäre Hilfe.

Die im Juli 1984 in Genf abgehaltene 2. Afrikaflüchtlingskonferenz (ICARA II) stand im Zeichen der Verwobenheit des Flüchtlings- und Entwicklungsproblems in Afrika. Weder bei den Geberländern noch bei den betroffenen Asylländern waren jedoch bisher die Entscheidungsträger und die administrativen Strukturen hinreichend auf die Verschränkung der Flüchtlingshilfe mit der Entwicklungshilfe eingestellt.

Diesem Problem sollte durch das Vorliegen von über 100 konkreten Flüchtlingshilfeprojekten, die infrastrukturelle Entwicklungshilfe einschliessen, begegnet werden.

Die Konferenz erörterte Möglichkeiten und geeignete Methoden für die effiziente Behandlung der spezifisch afrikanischen Flüchtlingsprobleme und nahm eine Deklaration und ein Aktionsprogramm an.

Die in den letzten Monaten drastisch um sich greifende Hungersnot in Afrika verstärkte einerseits die Flüchtlingsströme (u. a. durch sogenannte

ICM

„Hungerflüchtlinge“) und verschärfte die Situation in den meisten afrikanischen Asylländern. Daher treten derzeit längerfristige Entwicklungsprojekte gegenüber der Leistung von Nothilfe sowohl an Flüchtlinge und Rückkehrer als auch an die durch die Anwesenheit von Flüchtlingen zusätzlich betroffene lokale Bevölkerung in den Hintergrund.

Österreich sagte auf der 2. Afrikaflüchtlingkonferenz die Leistung eines weiteren Beitrages in der Höhe von 2.5 Mio. öS für die Wiederansiedlung aus Dschibuti nach Äthiopien zurückkehrender Flüchtlinge zu. Weiters prüft Österreich derzeit eine Beteiligung an einem umfangreichen Projekt zur Schaffung von Gesundheitseinrichtungen in Flüchtlings- und Wiederansiedlungsgebieten in Äthiopien.

Österreich wirkte weiters aktiv an den Massnahmen des UNHCR zur Verbesserung des internationalen Flüchtlingsschutzes mit, u. a. an der Erarbeitung eines Konzeptes von Massnahmen zur Verhinderung der in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen militärischen Angriffe auf Flüchtlingslager und -siedlungen.

Österreichs allgemeiner Beitrag an den UNHCR betrug 1984 US\$ 110.000,—.

Zwischenstaatliches Komitee für Wanderungsfragen (ICM)

Seit über 30 Jahren ist diese Organisation, die nicht der UN-Familie angehört, auf dem Gebiet des internationalen Wanderungswesen tätig. Die Mitgliedschaft ICM's umfaßt bisher nur westliche und lateinamerikanische Staaten. Mit einer baldigen Mitgliedschaft auch afrikanischer und asiatischer Staaten ist jedoch zu rechnen. Obwohl die Tätigkeit dieser bekannt effizienten Organisation, insbesondere in der Nachkriegszeit, sich auf Europa konzentrierte (Vertriebenen- und Flüchtlingsströme des Zweiten Weltkriegs, Ungarn-, CSSR-Flüchtlinge), erstrecken sich nunmehr ihre Tätigkeiten auf Programme in aller Welt. Sie betreut zum Beispiel eine große Zahl von Flüchtlingen aus Indochina.

Neuerdings ist ein Teil der Tätigkeiten ICM's auf die Förderung der Entwicklung lateinamerikanischer und auch bereits vereinzelter afrikanischer Staaten durch selektive Wanderungs- bzw. Rückwanderungsprogramme gerichtet. Zweck dieser Tätigkeit ist die Förderung des Technologietransfers durch Übertragung bzw. Rückübertragung qualifizierter menschlicher Ressourcen in Staaten, in denen ein Mangel an Fachkräften herrscht. Obwohl diese Tätigkeiten, die vornehmlich aus Spezialbeiträgen finanziert werden, nicht direkt auf die Flüchtlingsbetreuung gerichtet sind, sind sie im österreichischen Interesse. Neben sehr spezifischen entwicklungsfördernden Wirkungen tragen diese Tätigkeiten dazu bei, den aus Spezialisten bestehenden Personalstand ICM's und somit dessen Fähigkeiten zu erhalten, prompt auf akute Flüchtlingslagen zu reagieren.

UNDRO

In den vergangenen Jahren erwies sich wiederum die immense Bedeutung ICM's für die Erleichterung der Flüchtlingssituation in Österreich. Österreich kam hierbei die im Verhältnis zum Hochkommissär für Flüchtlinge wesentlich höhere Flexibilität ICM's zugute, da sich ICM praktisch aller Asylwerber in Österreich, die weiterzuwandern beabsichtigen – unabhängig von ihrem Flüchtlingsstatus – annimmt. Auch im Jahre 1984 unterstützte ICM die Weiterwanderung von mehreren Tausend Asylsuchenden aus Österreich nach Übersee. Da im Jahre 1984 wiederum ein Ansteigen der Flüchtlingszahlen in Österreich zu verzeichnen war, erhöht sich naturgemäß auch wiederum die Bedeutung ICM's für unser Land.

ICM unterstützte Österreich aber auch auf anderen Gebieten, etwa durch Organisation von verbilligten Flügen für österreichische Entwicklungshelfer.

Österreichs finanzieller Beitrag zum Budget ICM's im Jahre 1984 unterteilte sich in US\$ 105.690,— für das administrative und in US\$ 41.410,— für das operative Budget.

Koordinationsstelle der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (UNDRO)

Diese relativ kleine Dienststelle der Vereinten Nationen hat zur Aufgabe, im Rahmen des UN-Systems sowie zwischen den Organen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen Katastrophenhilfsmaßnahmen zu koordinieren. Die Tätigkeit UNDRO's, die bisher von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb, schließt u. a. die Wahrnehmung folgender Aufgaben ein :

Sicherstellung eines raschen Informationsflusses über Katastrophen und erforderliche und bereits geleistete Hilfsmaßnahmen, insbesondere um eine Verschwendung von Hilfsgütern zu vermeiden;

Koordination bei der Ausarbeitung von Hilfsprogrammen;

Erstellung von Studien über Hilfeleistungen;

Vorbeugemaßnahmen und die Vorhersehbarkeit von Katastrophen;

Koordination der Hilfstätigkeiten auf der Ebene der Vereinten Nationen und der Spezialorganisationen und

Sicherstellung des Transports und der Verteilung von Hilfsgütern vor Ort.

In einer 1983 erschienenen Studie des Generalsekretärs der Vereinten Nationen wurde überlegt, das Katastrophenhilfssystem der Vereinten Nationen zu verstärken. Dies erfordert u. a. eine Verstärkung der Rolle UNDRO's in diesem Bereich und gleichzeitig eine verbesserte finanzielle Ausstattung dieser Organisation im Wege freiwilliger Beiträge an deren Trust Fund. Die internationale Gemeinschaft unterstützte in Resolutionen im Wirtschafts- und Sozialrat, und auf der 39. Tagung der Generalversamm-

IKRK

lung verschiedene Anregungen und Vorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Erhöhung der Effizienz des Katastrophenhilfssystems der Vereinten Nationen und einer Verstärkung der nützlichen Rolle, die UNDR0 hierin übernehmen kann. Österreich brachte die diesbezügliche Resolution sowohl im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als auch auf der 39. Generalversammlung mit ein. Beide Resolutionen wurden mit Konsens angenommen.

Anlässlich eines Besuchs des Katastrophenhilfskoordinators in Österreich im September 1984 konnten mit den zuständigen österreichischen Stellen Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit Österreichs mit dem Katastrophenhilfssystem der Vereinten Nationen erörtert werden.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

In den letzten Jahren ist der Aufgabenbereich des IKRK stetig gewachsen. Er umfasst heute nicht nur die Betreuung und den Schutz von Kriegsgefangenen, Zivilpersonen und Opfern von zwischenstaatlichen Konflikten und Bürgerkriegen, sondern auch die Betreuung von politischen Gefangenen, vor allem in Afrika, Lateinamerika und Asien. Ganz besondere Bedeutung kommt dem IKRK dort zu, wo zwischenstaatliche internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen oder private Hilfsorganisationen, keinen Zugang haben, was in unmittelbaren Konfliktgebieten oft der Fall ist. In den von Hunger betroffenen Konfliktgebieten Afrikas kommt daher der Einschaltung des IKRK für die wenigstens notdürftige Versorgung der Zivilbevölkerung grösste Bedeutung zu. Die umfangreichsten diesbezüglichen Einsätze führte das IKRK im Jahre 1984 in Äthiopien und Angola durch.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeiten des IKRK im Jahre 1984 bildeten u. a. die Konfliktsituationen im Libanon, zwischen Iran und Irak, in Afghanistan, in Südostasien – insbesondere Kambodscha und Thailand – und in Zentralamerika.

Grösste Sorge bereitete dem IKRK im Jahre 1984 die mangelnde Einhaltung bzw. die Nichteinhaltung der Genfer Konventionen im Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak. Das IKRK, das seine Tätigkeit normalerweise unter strikter Einhaltung der Neutralität diskret und ohne Einschaltung der Öffentlichkeit durchführt, sah sich daher zu in seiner über 100-jährigen Geschichte ungewöhnlichen Äusserungen in der Öffentlichkeit gezwungen, in der die Verletzung der Genfer Konventionen angeprangert und zu einer Respektierung der Rolle des IKRK aufgerufen wurde.

Anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Dr. Sinowatz in der Schweiz im März 1984 beim Schweizer Bundespräsidenten Leon Schlumpf verabschiedeten die beiden Persönlichkeiten eine gemeinsame Erklärung, in der der Irak und Iran zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und Respektierung der Rolle des IKRK aufgerufen werden. Österreich und die

IKRK

Schweiz handelten dabei im Einklang mit den Genfer Konventionen 1949, in denen sich die Vertragsparteien nicht nur verpflichtet haben, diese Konventionen einzuhalten, sondern sich auch für deren Beachtung unter allen Umständen einzusetzen.

Der Präsident des IKRK, Alexandre Hay, hielt sich im November 1984 zu einem Besuch in Österreich auf, wobei er mit Bundespräsident Dr. Kirchschläger, Bundeskanzler Dr. Sinowatz und mit den Bundesministern Mag. Gratz, Dr. Steyrer und Dr. Frischenschlager zusammentraf. Bei diesen Gesprächen wurden Möglichkeiten einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem IKRK u. a. auch einer Erhöhung des österreichischen Beitrags für das IKRK erörtert.

Österreich leistete im Jahre 1984 einen allgemeinen Beitrag an das IKRK in der Höhe von 1,7 Mio. öS sowie einen speziellen Beitrag in der Höhe von 500.000,— öS zu den Aktivitäten des IKRK zur Linderung des Flüchtlingselends in Thailand und Kambodscha.

Konsular- und Rechtsfragen

Konsular- und Rechtsfragen

Die rege Reisetätigkeit österreichischer Staatsbürger zu Urlaubs- oder Geschäftszwecken ins Ausland bringt es mit sich, daß viele von ihnen in Situationen geraten, in welchen sie Hilfe und Unterstützung benötigen. Dies ist vor allem in jenen Ländern der Fall, in welchen sie mit der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Situation nicht vertraut sind. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland erbringen für in Not geratene Österreicher umfangreiche „Serviceleistungen“, wobei als Grundsatz gilt, die Hilfeleistungen schnell, unbürokratisch und wirksam zu gewähren. Das gilt in ganz besonderer Weise für die Maßnahmen zum Schutz von Österreichern in Krisengebieten.

Schutz und Hilfe für Österreicher

Die Betreuung österreichischer Staatsbürger im Ausland zählt zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaften und Konsulate. Dieser Tätigkeitsbereich umfaßt sowohl Hilfeleistungen in Notfällen als auch Verwaltungsaufgaben und reicht von Beratung und Hilfe bei Erkrankung, Unfall oder sonstiger Notlage über den konsularischen und diplomatischen Rechtsschutz, den Besuch und die Betreuung von Häftlingen, die Veranlassung von Überführungen nach Todesfällen im Ausland, Nachlaßsicherung und Todfallsaufnahmen, die Tätigkeit in Pensions-, Renten-, Adoptions-, Vaterschafts- und Vormundschaftsangelegenheiten, die Abwicklung von Rechtshilfe- und Verwaltungshilfeersuchen bis zur Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen, Pässen und Sichtvermerken, Lebensbestätigungen und Waffenbescheinigungen, der Einhebung von Gebühren für österreichische Behörden und der Weiterleitung von Personenstandsurkunden, Strafregisterauszügen, KFZ-Dokumenten und Fundsachen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Betreuung österreichischer Staatsbürger gewidmet, die sich im Ausland in Haft befinden. Von den Vertretungsbehörden waren 1984 rund 650 Haftfälle erfaßt. Die Haftgründe sind regional unterschiedlich: während im Mittelmeerraum und in Asien Rauschgiftdelikte vorherrschen, überwiegen in den Ländern des Ostblock Schmuggeldelikte. Unvermindert häufig waren Verkehrsunfälle von Österreichern im Ausland, die nicht selten Haftstrafen zur Folge hatten. In vielen Ländern umfaßt die Betreuung der Häftlinge nicht nur die Vermittlung von Anwälten und regelmäßige Gefängnisbesuche, sondern auch finanzielle Unterstützung und die Übersendung von Hilfspaketen. In verschiedenen Ländern wurden eigene Merkblätter ausgearbeitet, die Häftlinge über Rechtsmittel, Besuchsregelung und Kontaktanschriften informieren. In

Schutz und Hilfe für Österreicher

mehreren besonders schwierigen Haftfällen konnte 1984 die Freilassung österreichischer Staatsbürger – zum Teil nach längerem Freiheitsentzug – erwirkt werden. So wurden vier österreichische Staatsbürger aus Anlaß des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Sinowatz in der UdSSR begnadigt und aus der Haft entlassen.

Für Reisende, die im Ausland unverschuldet in finanzielle Not geraten, leisten die Vertretungsbehörden Hilfe bei der Beschaffung von Eigenmitteln. Ferner können sie Unterstützungsdarlehen oder Unterstützungen aus lokalen Hilfsfonds gewähren. Am häufigsten wird aber von der Möglichkeit der Vergabe von Heimsendungsdarlehen Gebrauch gemacht. Zwecks Vermeidung einer mißbräuchlichen Verwendung zur Verlängerung des Auslandsaufenthaltes werden solche Darlehen bei Jugendlichen in Form unübertragbarer Fahr- oder Flugkarten gewährt.

Im Jahre 1984 war bei den von den österreichischen Vertretungsbehörden gewährten Heimsendungs- und Unterstützungsdarlehen gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Von den insgesamt 797 (1983: 915) Heimsendungsdarlehen wurden die meisten in Europa gewährt, wobei Griechenland (149) und Frankreich (99) an der Spitze liegen. Aus Asien erfolgten 101 Heimsendungen, davon 27 von der österreichischen Botschaft New Delhi. Insgesamt wurden für Heimsendungen aus dem Ausland 2.456.184,— S als Darlehen an österreichische Staatsbürger aufgewendet. Während die Zahl der gewährten Unterstützungsdarlehen auf 705 (1983: 795) zurückging, ist bei Zahl und Gesamtbetrag der als uneinbringlich auf Etat übernommenen Unterstützungsdarlehen bedauerlicherweise wiederum ein Anstieg zu verzeichnen (1983: 136 uneinbringliche Unterstützungsdarlehen im Gesamtbetrag von 180.140 S, 1984: 146 uneinbringliche Unterstützungsdarlehen im Gesamtbetrag von 250.000,— S).

Weiterhin bewährt sich die Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden mit den beiden Automobilklubs ÖAMTC und ARBÖ sowie mit der Ärzteflugambulanz. Allerdings kommt es immer wieder vor, daß eine Heimsendung mit einem Ambulanzflugzeug deshalb nicht durchgeführt werden kann, weil von der kostengünstigen Möglichkeit einer entsprechenden Versicherung oder Mitgliedschaft nicht Gebrauch gemacht wurde.

Der Gesamtumfang der konsularischen Tätigkeit war auch im Jahre 1984 wieder überaus gross. Da aufgrund der finanziellen und personellen Ausstattung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten die Betreuung der Österreicher im Ausland nicht überall durch Berufsvertretungsbehörden erfolgen kann, kommt der Mithilfe der Honorarkonsuln große Bedeutung zu. Der Einsatz dieser weitgehend unentgeltlich wirkenden Vertreter Österreichs verdient daher gerade auf diesem Gebiet besondere Anerkennung.

Visaerteilung

Visaerteilung

Im Jahre 1984 wurden ca. 375.000 Sichtvermerke durch die österr. Vertretungsbehörden erteilt (1983 zirka 365.000). Hievon entfielen auf Prag 71.386, Warschau 41.152, Preßburg 26.900, Berlin 18.958, München 18.381, Bukarest 16.616, Moskau 11.511, Kairo 10.049, Düsseldorf 8.424 und London 8.068.

Konsularische Zusammenarbeit mit anderen Staaten

Schweiz : Das am 1. Jänner 1980 in Kraft getretene österreichisch-schweizerische Abkommen über die Zusammenarbeit auf konsularischem Gebiet sieht eine begrenzte Zusammenarbeit in jenen Staaten vor, in welchen einer der Vertragsstaaten über keine Vertretung verfügt. Die Schweiz nimmt den konsularischen Schutz für österreichische Staatsbürger in Guinea, Bangladesch, Liberia und Rwanda wahr, Österreich für schweizerische und liechtensteinische Staatsangehörige in Afghanistan, Sambia und den französischen Niederlassungen Ozeaniens und auf Kreta.

Schweden : Seit Oktober 1979 nimmt die Österreichische Botschaft in Kabul den konsularischen Schutz und Beistand für schwedische Staatsangehörige in Afghanistan wahr.

Schutzmachtstätigkeit

Österreich übt in einigen Fällen die Funktionen einer Schutzmacht aus, d. h. es nimmt gegenüber einigen Staaten neben den eigenen Interessen auch die diplomatischen und konsularischen Interessen dritter Staaten und deren Staatsangehörigen wahr. Hiezu bedarf es eines Ersuchens des vertretenen Staates sowie der Zustimmung des Empfangsstaates. Die Notwendigkeit einer solchen Interessenvertretung kann sich bei Abbruch bzw. Nichtbestehen diplomatischer und konsularischer Beziehungen ergeben.

So übte Österreich auch 1984 weiterhin die Schutzmachtfunktionen für die Volksrepublik Bulgarien, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik in Israel sowie für die Volksrepublik Bulgarien und die Ungarische Volksrepublik in Chile aus. Der Schutz der diplomatischen Interessen der Arabischen Republik Ägypten in Bulgarien wurde gleichfalls wahrgenommen.

Sicherung österreichischen Vermögens

Zu den wesentlichen Aufgaben der Vertretungsbehörden gehört der Schutz vermögensrechtlicher Interessen österreichischer Staatsbürger im Ausland. Darunter fällt unter anderem der Rechtsschutz im Falle der

Ausserordentliche Schutzmassnahmen

Beschlagnahme oder Verstaatlichung von Vermögen und die Einschaltung lokaler Vertrauensanwälte zur Wahrung erbrechtlicher Ansprüche besonders in Staaten, die kein amtswegiges Nachlaßverfahren kennen.

Die Durchführung der im Gefolge des Zweiten Weltkriegs von Österreich geschlossenen Vermögensverträge mit anderen Staaten ist im wesentlichen abgeschlossen. Im Jahre 1984 konnte die Freigabe der letzten Guthaben auf Grund des Vermögensvertrages mit Ägypten (BGBl.Nr.433/1973) erreicht werden. Offen ist weiterhin ein Vermögensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik; in dieser Frage fanden 1984 weitere Verhandlungen auf Regierungs- und Expertenebene statt, deren Fortsetzung für 1985 vorgesehen ist.

Ausserordentliche Schutzmassnahmen für Österreicher in Krisengebieten

Der möglichst rasche und wirksame Schutz österreichischer Staatsbürger in Situationen, die eine allgemeine Bedrohung, ja Gefährdung des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums im Empfangsstaat mit sich bringen können (Kriege, Bürgerkriege, Aufstände, schwere Unruhen, Naturkatastrophen, Seuchen) fällt ebenfalls in den Aufgabenkreis der Vertretungsbehörden und verlangt von ihnen mitunter das Ergreifen außerordentlicher Maßnahmen. Diese können die Ausstellung besonderer (fremdsprachiger) Schutzbriefe, die provisorische Unterbringung auf Botschaftsgelände oder in Sammellagern oder notfalls die Mithilfe bei der Evakuierung von Österreichern aus den Krisengebieten auf dem Luftwege umfassen. Wichtigste Voraussetzung für die Durchführung von Schutz- oder Evakuierungsmaßnahmen ist die möglichst lückenlose Erfassung der jeweiligen Österreicher Kolonien und die laufende Kontaktnahme zwischen den Botschaften (Konsulanten, Handelsdelegierten oder sonstigen lokalen österreichischen Büros) und den Landsleuten des Amtsbereichs.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten verfügt derzeit über Schutzbriefformulare in englisch-arabischer und in spanischer Version sowie über Klebplaketten mit dem Aufdruck „Austria“ in arabischer und in persischer Sprache zur Kennzeichnung persönlichen österreichischen Eigentums. Selbst in den latenten Krisengebieten wie etwa im Libanon, im Iran, Irak oder in Nicaragua gab es aber 1984 keine Entwicklungen, die außerordentliche Schutz- oder Evakuierungsmaßnahmen erforderlich gemacht hätten.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Als „Auslandsösterreicher“ werden Personen österreichischer Staatsbürgerschaft bezeichnet, die dauernd oder auf unbestimmte Zeit im Ausland

Betreuung der Auslandsösterreicher

ansässig sind und dort ihren Lebensunterhalt bestreiten. Obwohl Österreich nicht zu den typischen Auswandererländern zählt, leben doch rund 1,2 Mio. aus Österreich stammende Menschen, von denen ca. 360.000 noch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, über die ganze Welt verstreut. Man muß zwischen echten Auslandsösterreichern, die auch „Paßösterreicher“ genannt werden, und Menschen österreichischer Herkunft, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht mehr besitzen, sogenannten „Herzensösterreichern“, unterscheiden. Die Festigung der Verbindungen zwischen der Heimat und den Auslandsösterreichern ist ebenso ein besonderes Anliegen der Bundesregierung wie die Pflege der Beziehungen zwischen Österreich und den „Herzensösterreichern“.

Die größte Zahl der Auslandsösterreicher lebt in der Bundesrepublik Deutschland (über 170.000 österreichische Staatsbürger) und in der Schweiz (etwa 30.000 österreichische Staatsbürger). Ein weiteres wichtiges Zentrum des Auslandsösterreichertums ist Nordamerika, wo in den USA rund 12.000, in Kanada rund 10.000 Österreicher ansässig sind. Die Zahl der ehemaligen Österreicher wird in den Vereinigten Staaten auf über 200.000, in Kanada auf über 60.000 geschätzt. Ca. 22.000 Auslandsösterreicher leben in Südafrika, umgeben von fast 50.000 ehemaligen Österreichern. In Brasilien ist das Verhältnis zwischen Auslandsösterreichern und ehemaligen Österreichern etwa 20.000 zu 20.000 und auch Australien, Argentinien, Italien und Großbritannien können zu jenen Ländern gezählt werden, in denen jeweils rund 20.000 bis 30.000 Menschen leben, die entweder Auslands- oder „Herzensösterreicher“ sind.

Unter den osteuropäischen Staaten steht die DDR mit rund 2.700 Auslandsösterreichern, von denen mehr als die Hälfte Doppelbürger sind, an erster Stelle, gefolgt von der CSSR (1.141) und Ungarn (185). In diesen Staaten haben die Österreicher nach wie vor keine Möglichkeit, sich in Österreicher-Vereinen zusammenzuschließen, während in der übrigen Welt etwa 200 österreichische Vereinigungen, Clubs oder sonstige Assoziationen existieren.

Als Service-Organisation für alle Auslandsösterreicher und Herzensösterreicher dient das Auslandsösterreicherwerk in Wien, das durch den Bund und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft sowie durch einige der österreichischen Länder und durch diverse Institutionen (ÖGB, Industriellenvereinigung, Bankenverband, etc.) subventioniert wird. Durch das Auslandsösterreicherwerk wurde auch im Berichtsjahr das Magazin für Auslandsösterreicher (ROT WEISS ROT) herausgegeben, das zweimonatlich in einer Auflagenhöhe von 15.000 Exemplaren erscheint. Daneben unterstützt das Auslandsösterreicherwerk die Publikationen von Auslandsösterreicher-Zeitschriften und Nachrichtenblättern, die in verschiedenen Ländern der Welt erscheinen.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Das Auslandsösterreicherwerk betreut sowohl Österreichervereine in aller Welt als auch Einzelpersonen. Im Berichtsjahr wurde der Aufbau einer Auslandsösterreicher-Regionalorganisation in fünf Regionen der Vereinigten Staaten durch die Schaffung von „Austro-American Councils“ in New York, Chicago, Los Angeles, Houston und Washington abgeschlossen. Ähnliche regionale Organisationsformen sind zur Aktivierung der Auslandsösterreicher und ihrer Verbindung mit der Heimat auch in anderen Regionen der Welt geplant.

Seit einigen Jahren führt das Auslandsösterreicherwerk für betagte und bedürftige österreichische Auswanderer die Aktion „Wiedersehen mit Österreich“ durch, wobei die – zuweilen auch durch das Los bestimmten – Bewerber zu einem Besuch der alten Heimat eingeladen werden.

Das traditionelle Treffen der Auslandsösterreicher, das vom „Weltbund der Österreicher im Ausland“, der Dachorganisation aller Österreichervereine, jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem AÖW veranstaltet wird, hat im September 1984 in Eisenstadt stattgefunden. Nahezu 400 Vertreter des „Zehnten Bundeslandes“ waren zu diesem Anlaß nach Österreich gekommen, um als Delegierte der Österreichervereine in aller Welt an den Beratungen der Hauptversammlung des Weltbundes teilzunehmen, und einen neuen Weltbundvorstand zu wählen.

Dabei wurde auch eine Erklärung über die Zusammenarbeit des Weltbundes der Österreicher im Ausland, der Burgenländischen Gemeinschaft und des Auslandsösterreicherwerkes von den drei Präsidenten unterzeichnet.

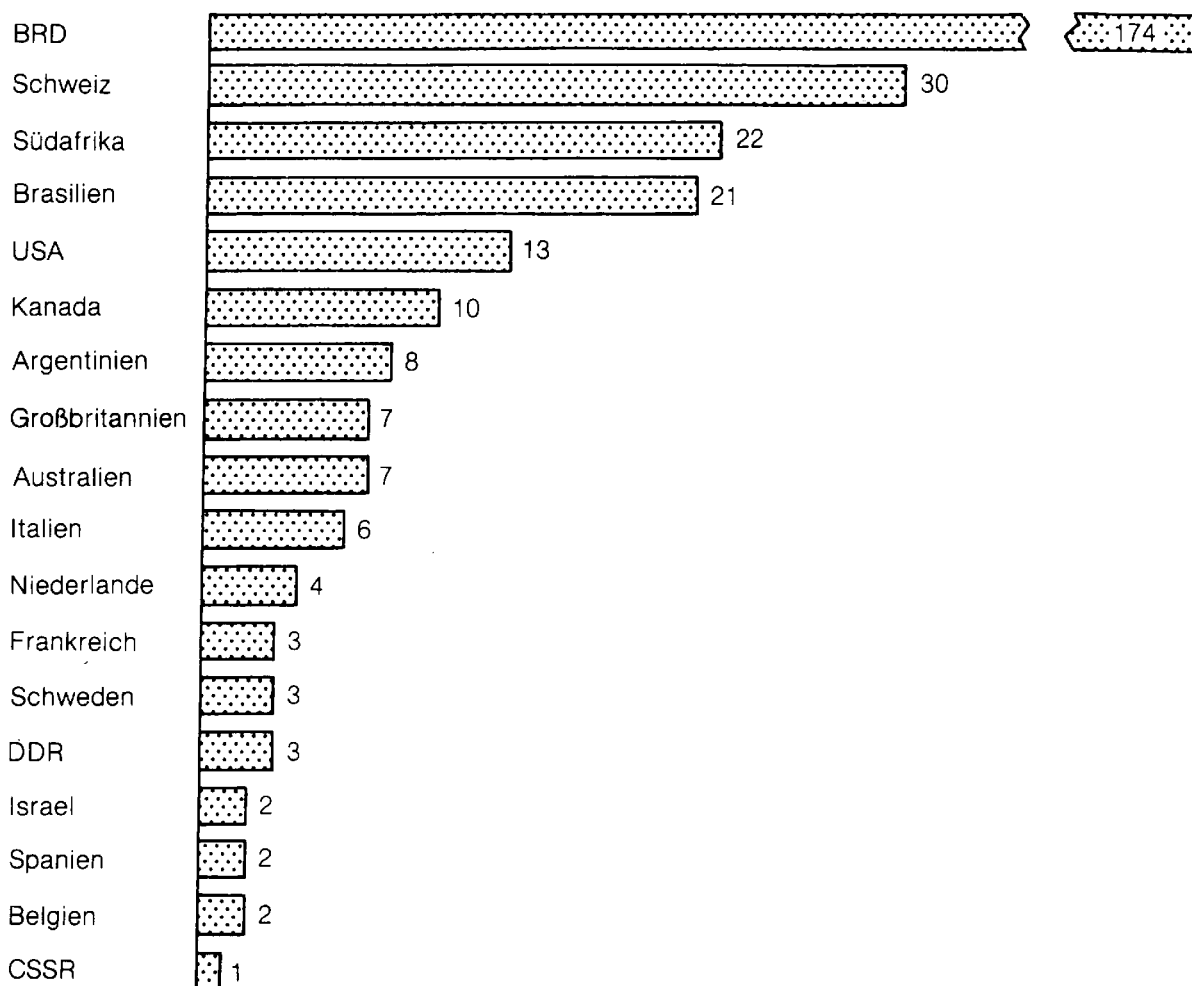
Die soziale Betreuung der Auslandsösterreicher wurde wie in den Vorjahren von dem eigens hierfür geschaffenen „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen. Der Fonds wird durch den Bund und die Bundesländer subventioniert. Bedauerlicherweise wurden diese Subventionen auch 1984, wie schon im Vorjahr, nicht erhöht, wodurch eine Ausweitung bzw. Erhöhung der Zuwendungen verhindert wurde. Im Jahre 1984 konnten (bis Ende November) insgesamt öS 7.356.334,— an 1.161 bedürftige Auslandsösterreicher in 42 Staaten der Welt in Form von periodischen Zuwendungen mit Hilfe der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland zur Auszahlung gebracht werden.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat daneben aus eigenen Budgetmitteln wieder eine Weihnachtsaktion für besonders bedürftige Auslandsösterreicher durchgeführt, in deren Rahmen Geld- und Sachspenden an über 800 hochbetagte, hilflose und kranke Personen im Wege der Vertretungsbehörden verteilt wurden. Darüber hinaus konnten an 13 Auslandsösterreicher noch Operations-, Krankenhaus- und Begräbniskostenbeiträge geleistet werden.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Auslandsösterreicher 1984

Paßösterreicher in Tausend



Quelle: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten



*Auslandskulturpolitik***Auslandskulturpolitik**

Im abgelaufenen Berichtsjahr war es ein Jahrzehnt, seitdem die Auslandskulturangelegenheiten vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten übertragen worden sind. Insoferne die Auslandskulturpolitik auf die Grundentscheidungen der Außenpolitik abgestimmt werden soll, stellt diese Maßnahme ohne Zweifel eine wichtige und wesentliche Erweiterung des außenpolitischen Instrumentariums. In Erfüllung dieser Aufgabe ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auf die Mithilfe und Unterstützung von Kulturschaffenden und einschlägigen Institutionen angewiesen, vor allem aber auf die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, denen die Durchführung von Vereinbarungen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet obliegt.

Auslandskulturpolitik geschieht im wesentlichen auf dreifache Weise:

- durch Selbstdarstellung des eigenen kulturellen Schaffens, des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens mit dem Ziel, ein eigenständiges und zeitgemäßes Österreich-Bild zu vermitteln;
- durch den Austausch von Personen und Personengruppen aber auch von Ideen und geistigen Gütern;
- durch Mitarbeit in internationalen Organisationen, die die kulturelle Zusammenarbeit als ihre Aufgabe ansehen.

Allen diesen Bereichen der Auslandskulturarbeit ist gemeinsam, daß Österreich sie nicht als Instrumente einer Kulturpropaganda sondern des Dialoges und der Partnerschaft versteht.

Auf diese Weise erfüllt die Auslandskulturpolitik ihr wichtige Funktion: das Ansehen Österreichs in der Welt zu mehren und zu seiner Sicherheit beizutragen.

Träger der kulturellen Aktivitäten im Ausland sind nicht nur die 10 Kulturinstitute, sondern auch über 80 österreichische Vertretungsbehörden, davon 13 mit einem eigenen Kulturrat, der meist auch die Presseangelegenheiten betreut. Trotz der schwierigen Budgetlage ist es gelungen, den hohen Stand der Kulturarbeit aufrecht zu erhalten und in einigen Bereichen sogar auszubauen.

Neben immer wieder sehr spektakulären Großveranstaltungen wird ein besonderes Augenmerk auf die Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und die ständige Zusammenarbeit der Kulturinstitute und der diplomatischen sowie konsularischen Vertretungsbehörden mit ausgesuchten Institutionen und Zielgruppen im Ausland, von denen eine Weitergabe des Erfahrenen, eine sogenannte Multiplikatorwirkung, erwartet werden kann, gerichtet. Der Zusammenarbeit mit germanistischen und histori-

Auslandskulturpolitik

schen Instituten an ausländischen Universitäten, mit Deutschlehrern, Deutschlehrerverbänden und mit Institutionen, die sich mit Österreich-Forschung beschäftigen sowie dem Einsatz österreichischer Lektoren kommt besondere Bedeutung zu.

1984 wurden 63 Symposien, Workshops und Round-table-Diskussionen, über 300 Vorträge bzw. Vortragstourneen durchgeführt. 150 Ausstellungen wurden an über 400 Orten gezeigt. Zur Erneuerung der Filmbestände für den Einsatz durch die Österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden 104 Filmkopien für insgesamt 1,9 Mio. S angeschafft. Für den Ankauf von Büchern, und zwar vorwiegend Werke österreichischer Autoren, für ausländische Universitäten und andere wissenschaftliche und pädagogische Institutionen („Buchaktion“), wurden 1984 900.000 S aufgewendet. Wirkungsvoll erwiesen sich auch die Photogedenkausstellungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Sie gaben wiederholt Anstoß zu Folge- und Begleitveranstaltungen und eignen sich gut, um ausländische Hochschulen und andere Einrichtungen mit Informationen über kulturelle Ereignisse und Persönlichkeiten aus Österreich zu versorgen.

Um die kulturelle Präsenz in ausgewählten Ländern zu verstärken, wurde 1978 zum ersten Mal ein kulturelles Schwerpunktprogramm entworfen, das damals die kulturellen Aktivitäten Österreichs in Osteuropa, Skandinavien und auf der Iberischen Halbinsel beleben sollte. Für die Jahre 1983 bis 1986 wurden die Vereinigten Staaten im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen USA-Konzepts in den Mittelpunkt der Auslandsaktivitäten gerückt.

Der 50. Jahrestag der Februar-Ereignisse 1934 wurde zum Anlaß für einige bedeutende zeitgeschichtliche Veranstaltungen im Ausland genommen. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Symposium „Austrian Social Democracy 1918 – 1934“ an der Harvard-University, das vom Österreichischen Kulturinstitut Budapest veranstaltete Symposium „50 Jahre Februar 1934“ sowie das vom Österreichischen Kulturinstitut Rom veranstaltete Seminar „Februar 1934 – Geschichte und Literatur“.

In den Ländern der Dritten Welt wird die Kulturarbeit durch die oft schwierige wirtschaftliche und innenpolitische Lage, das erstarkende kulturelle Selbstbewußtsein und die manchmal geringe Rezeptionsbereitschaft gegenüber europäischen Kulturwerten erschwert. Eine Verbesserung dieser Situation ist nur langfristig und unter Bedachtnahme auf die besonderen Bedürfnisse und infrastrukturellen Voraussetzungen dieser Länder möglich. Der Zusammenarbeit im Bereich des Bildungswesens und der Wissenschaft muß dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Auch der Sport könnte hier eine wichtige Rolle spielen.

Die Zusammenarbeit mit den Bundesländern wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Das Kontaktkomitee zur Koordinierung der kulturellen Aktivitä-

Bildende Kunst

ten im Ausland zwischen Bund und Ländern tagte am 5. April 1984 auf Einladung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung in Graz und damit bereits zum zweiten Male außerhalb der Bundeshauptstadt. Die zweite Tagung des Kontaktkomitees im Berichtsjahr fand wie üblich anlässlich der Auslandskulturtagung am 3. September in Wien statt.

Vom 3. bis 6. September 1984 fand in Wien die alljährliche Auslandskulturtagung statt, bei der sich 58 Teilnehmer, darunter mehrere Botschafter, Vertreter fast aller Kulturinstitute sowie zahlreiche Kultur- und Presseräte und mit Kulturagenden betraute Mitarbeiter der Vertretungsbehörden auf eigene Kosten einfanden. Der Schwerpunkt der Tagung lag in der praxisbezogenen Diskussion der österreichischen Auslandskulturarbeit, ihrer Inhalte und ihrer organisatorischen Struktur. Es bot sich Gelegenheit zu wertvollem Erfahrungsaustausch und zur Erarbeitung einer Reihe von Richtlinien und praktischen Anregungen für die Tätigkeit des kommenden Jahres. Zum Abschluß der Tagung wurden Arbeitskreise über Deutschlehrerfortbildung im Ausland abgehalten und Fachgespräche mit Wissenschaftlern und Künstlern geführt.

Kunst

Bildende Kunst

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten setzt die Erstellung von Wanderausstellungen, denen der Wirtschaftlichkeit wegen besondere Bedeutung zukommt, weiter fort. Während des Berichtsjahres wurde eine kleine Photodokumentationsausstellung anlässlich des 100. Todestages von Gregor Mendel angefertigt und vorerst für Einsätze in Lateinamerika zur Verfügung gestellt. Eine Ausstellung „Wien – der neue Weg im Wohnungsbau“, die von der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland erstellt wurde, ist vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für Einsätze übernommen worden. Eine Dokumentationsausstellung über die „Wiener Werkstätte“ ist fertiggestellt worden und gelangt ab Februar 1985 zum Einsatz.

Museumsausstellungen werden vorwiegend im Rahmen bilateraler Vereinbarungen realisiert. Im Berichtsjahr sind jedoch auch einige Großvorhaben abgewickelt worden, die finanziell zur Gänze von den ausländischen Partnern getragen wurden, so die Secessionsausstellung in Venedig, die Albertina-Ausstellung in Washington und die Gemäldeausstellung des Kunsthistorischen Museums in Tokio.

Im Berichtsjahr wurden durch Eigeninitiativen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und seiner Dienststellen im Ausland bzw. durch deren Vermittlung und Unterstützung 150 Ausstellungen in über 400 Präsentationen (Übersicht siehe Anhang) ermöglicht.

Literatur und Theater

Literatur und Theater

Anders als 1982 (Robert Musil) und 1983 (Franz Kafka) standen die literarischen Veranstaltungen des Jahres 1984 nicht im Zeichen eines besonderen Gedenktages. Die vielen auch 1984 veranstalteten Vorträge über Kafka schlossen in der Regel an lokale Präsentationen einer vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zusammengestellten Kafka-Wanderausstellung an. Im übrigen orientierte sich das Programm einerseits an der Interessenlage im jeweiligen Gastland und andererseits an den von der Zentrale besonders unterstützten Bemühungen um eine verstärkte Pflege der österreichischen Gegenwartsliteratur und deren Rezeption durch Germanisten in nicht-deutschsprachigen Ländern.

Dementsprechend zeigt ein Überblick zwei deutlich feststellbare Schwerpunkte: Die Literatur um die Jahrhundertwende bis etwa 1930 und die Literatur nach 1970. Der erstgenannte Themenbereich darf dabei nicht isoliert gesehen werden. Die Vielfalt von Veranstaltungen aller Art, welche das Erbe des letzten Jahrzehnts der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zum allmählichen Versiegen der Kräfte, die in ihr wirksam waren, aufarbeiten und oft geradezu hyperstasieren, beweist eindrucksvoll die Faszination, die von dieser Epoche ausgeht, und hat die abschätzige Kritik, daß es sich da um eine Periode des nicht nur politischen, sondern auch kulturellen Verfalls gehandelt habe, längst widerlegt. Insbesondere Wien wird dabei als ein Zentrum erkannt, in dem sich die Kultur der Epoche in ihrer ganzen Vitalität darstellte, und es wäre sicher falsch, dies nicht auch bei der Gestaltung der Auslandskulturpolitik wahrzunehmen.

Daß demgegenüber die Literatur der Gegenwart nicht zu kurz kommen darf, ist ein Anliegen, zu dem sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auch 1984 bekannt hat. Im Berichtsjahr fanden nicht weniger als 123 Lesungen statt, wobei jene von lebenden Autoren mit eigenen Texten weitaus überwogen. Hervorzuheben wäre hier eine Veranstaltungsreihe „Österreichische Dichter der Gegenwart“ an der Universität Bern, die im November 1984 begann und über vier Monate lief. Auch sonst wurden regelmäßig ausländische Universitäten als Veranstaltungspartner herangezogen, im deutschsprachigen Raum allerdings zunehmend Partner auch außerhalb des akademischen Bereichs gesucht und gefunden, um auf diese Weise ein breiteres Publikum ansprechen zu können. Ergänzt werden diese Bemühungen durch wissenschaftliche Vorträge zu literarischen Themen, wobei sich etwa die Hälfte der insgesamt 113 Veranstaltungen mit Gegenwartsliteratur befaßte, da dies zweifellos der geeignetste Weg ist, um eine Rezeption auch der zeitgenössischen österreichischen Literatur zu unterstützen. Besondere Erwähnung verdienen überdies zwei Großveranstaltungen, die eine außerordentliche Breitenwirkung hatten: Das Peter Handke-Festival in Den Haag mit Inszenierungen von Handkes wichtigsten Bühnenwerken und einem Handke-Symposium, die mit der

Musik

dankenswerten Unterstützung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst zustande kamen, sowie ein einmonatiges Programm „Österreichische Avantgarde 1880 – 1980“ in Los Angeles mit starker Hervorkehrung der Literatur in Vorträgen, Lesungen und Theateraufführungen. Nicht übersehen werden sollte auch, daß 23 der im Berichtszeitraum veranstalteten Symposien und 6 Seminare sich mit österreichischer Literatur befaßten.

Die Finanzierung von Theatertournéen oder Gastspielen österreichischer Theater im Ausland ist dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten nur ausnahmsweise und nur mit Inszenierungen möglich, die keinen großen Personal- und Sachaufwand bedingen. Budgetmittel werden auf diesem Gebiet daher vor allem zur Unterstützung der Aufführung von Werken österreichischer Autoren durch lokale Ensembles eingesetzt, wobei die betreffende Auslandsvertretung als Mitveranstalter auftritt. Abgesehen von dem bereits erwähnten Peter Handke-Festival wurden auf diese Weise 52 Inszenierungen ermöglicht.

Musik

Die Kulturinstitute und Vertretungsbehörden haben im Berichtsjahr eine Vielzahl von musikalischen Veranstaltungen (Konzerte und Konzerttournéen) im eigenen Wirkungskreis oder in Zusammenarbeit mit Institutionen des Gastlandes durchgeführt (siehe Anhang: Tätigkeitsbericht Musik).

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten lag in der Präsentation zeitgenössischen österreichischen Musikschaffens. Neben Konzertreisen von österreichischen Ensembles und Solisten, die sich der Pflege zeitgenössischer Musik widmen, wurden in diesem Rahmen Uraufführungen von Komponisten lebender österreichischer Komponisten im Ausland durchgeführt (z. B. Leitermeyers „Mutationes in honorem Johann Sebastian Bach“ in Tokio). Viele solcher musikalischer Veranstaltungen wurden durch Vorträge ergänzt, welche einen Überblick über die allgemeine Situation der Musikentwicklung der Gegenwart gaben (z. B. Prof. Thomas Christian David in Paris).

Im allgemeinen zeichnet sich in vielen Ländern ein Interesse an Kultur und Kunst der Jahrhundertwende in Österreich ab, welche als beispielgebend für weitere Entwicklungen im 20. Jahrhundert angesehen werden. Diese Thematik tritt auch bei den musikalischen Veranstaltungen in Erscheinung, wo neben dem klassischen und zeitgenössischen Repertoire vermehrt eine eindrucksvolle Renaissance der Werke Gustav Mahlers und der Schlüsselfiguren der Musiksprache ab 1900 (Schönberg, Webern, Berg) zu beobachten ist. Damit im Zusammenhang wurden Veranstaltungen über Zemlinsky (CSSR) und Schreker (Italien) durchgeführt.

Ein Ereignis ersten Ranges war das im Dezember 1984 vom Kulturinstitut London mit Unterstützung der British Broadcasting Corporation abgehaltene Franz Schmidt-Festival mit seinen drei Konzerten, einem Symposium

Musik

und der Buchpremiere eines Werkes über die Symphonien Franz Schmidts. Die öffentlichen Konzerte erzielten zusätzlich durch ihre Rundfunkübertragung grosse Breitenwirkung, die noch durch den Umstand gesteigert wurde, dass die BBC seit Oktober 1984, gewissermassen zur Vorbereitung, in regelmässigen Abständen eine Serie von Aufnahmen mit Werken von Schmidt ausstrahlte. Damit wurde ein beachtlicher Beitrag zur besseren Bekantwerdung dieses bisher zu wenig beachteten österreichischen Komponisten geleistet.

Im Berichtsjahr ist es in einer Reihe von Fällen gelungen, neue Formen der Zusammenarbeit auf musikalischem Gebiet zu finden, indem österreichische Musiker für sogenannte „workshops“ gewonnen wurden, die sie neben oder im Anschluss an ihre künstlerischen Auftritte gaben. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist eine derartige Lehrtätigkeit tiefer und nachhaltiger als eine blossе Konzerttätigkeit.

In anderen, besonders in weit entfernten Ländern (z. B. Argentinien) hat sich die Idee sehr bewährt, österreichische zeitgenössische Musik durch am Ort lebende österreichische Künstler interpretieren zu lassen.

Auch im Jahre 1984 wurde eine Reihe von Auslandsgastspielen österreichischer Grossorchester (Wiener Philharmoniker, Wiener Symphoniker, etc.) bzw. international bekannter Solisten und Ensembles absolviert. Wenngleich solche Auslandsgastspiele fast durchwegs auf kommerzieller Basis durchgeführt werden, kommt dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bzw. den Vertretungsbehörden eine beträchtliche Rolle in der organisatorischen Hilfestellung und publizistischen Vorbereitung solcher Gastspiele zu.

Im Rahmen des USA-Konzepts der Bundesregierung war das Jahr 1984 besonders im musikalischen Bereich ausserordentlich erfolgreich. Neben musikalischen Grossereignissen wie die USA-Tourneen der Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein und der Wiener Volksoper führte das Österreichische Kulturinstitut New York 56 musikalische Veranstaltungen durch, wobei das zeitgenössische Musikschaffen und junge österreichische Talente im Vordergrund standen.

Ein signifikantes Beispiel für das Bemühen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, junge österreichische Interpreten auch international bekannt zu machen, war die erfolgreiche Tournee des Pianisten Norbert Frühwirth, der nach Washington D. C. in der vollbesetzten Carnegie Hall auftrat und von der „New York Times“ mit Superlativen bedacht wurde.

Zur Auffrischung des Österreich-Bildes in den USA trug auch die Tournee des Vienna Art Orchestra's bei, das als derzeit erste europäische Big Band durch ihr viel beachtetes Auftreten nunmehr auch in der „Heimat des Jazz“ den Durchbruch geschafft haben dürfte.

*Film und audiovisuelle Mittel***Film und audiovisuelle Mittel****Erneuerung der Filmbestände – Filmothek**

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat seit 1978 eine zentrale Filmothek für den nichtkommerziellen Verleih durch die österreichischen Dienststellen im Ausland aufgebaut. Außerdem wurden an den zehn österreichischen Kulturinstituten Filmotheken vorwiegend mit kulturellen Dokumentarfilmen für die kurzfristige Betreuung von Interessenten und insbesondere österreichischer Lehrer und Lektoren im jeweiligen Gastland eingerichtet.

Im Jahr 1984 stand für die Erneuerung bzw. die Ergänzung dieser Filmbestände ein Gesamtbetrag von ö. S. 1,9 Mio. zur Verfügung, mit dem 104 Kopien von 28 Titeln, davon 18 Titel Neuerwerbungen (wie beispielsweise „Moos auf den Steinen“, „Erinnerungen“, ein neuer Film über Kokoschka, oder der vierteilige Kurzfilm „Folklore in Österreich“), angekauft wurden. Von zehn Titeln wurden wegen der großen Nachfrage 29 Kopien nachbestellt.

Ende 1984 umfaßte die zentrale Filmothek des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten insgesamt 682 Filme mit 252 Titeln, dank derer im Berichtszeitraum 1598 Vorführungen zustande kamen, wobei neben den Beständen der zentralen Filmothek 77 Filme seitens des Bundeskanzleramtes und 95 Filme seitens anderer Verleihstellen zum Versand gebracht wurden. Insgesamt wurden laut eingegangenen Berichten über 160.000 Besucher gezählt. (In dieser Summe sind die Besucherzahlen von Vorführungen der Kulturinstitute aus ihren eigenen Filmbeständen sowie die Besucher von österreichischen Filmwochen nicht enthalten).

Die im Jahr 1983 vom BKA/BPD in Auftrag gegebene sechsteilige Serie „Austria Report“ mit Streifen von je 15 Minuten Dauer wurde auch im Berichtsjahr weiterhin erfolgreich eingesetzt (310 Vorführungen vor rund 28.000 Personen und insgesamt 61 Fernsehübertragungen, wobei „Österreich – Exportmeister“ neben „Neue Tendenzen in Literatur und Kunst“ sowie „Umweltschutz“ die gefragtesten Themen waren).

Tonbänder

Aus dem Tonbandprogramm des BKA/BPD wurden im abgelaufenen Jahr zwei Vertretungsbehörden mit insgesamt 79 Tonbändern neu beteiligt. Zur Zeit befinden sich 1564 Tonbänder mit 65 verschiedenen Programmen (in fünf Sprachversionen) bis auf weiteres bei den Vertretungsbehörden im Einsatz.

Die Breitenwirkung dieses Programmes kann nur schätzungsweise beurteilt werden, da diese Tonbänder auch von ausländischen Rundfunkanstalten und Universitäten, in erster Linie von germanistischen Instituten, kopiert und je nach Bedarf eingesetzt werden. Sie dürfte jedenfalls beträchtlich sein.

Film und audiovisuelle Mittel

Audiothek

Die auf Initiative der Niederösterreich-Gesellschaft für Kunst und Kultur zustandegekommene Veröffentlichung von Hörspielen zeitgenössischer österreichischer Autoren hat sich in Verbindung mit den vom Landesstudio Niederösterreich des ORF vorgenommenen Überspielungen dieser Produktion auf Tonbandkassetten auch im Berichtsjahr als überaus nützlich erwiesen. Diese umfassende Audiothek, die derzeit aus 20 Kurzgeschichten besteht, wurde seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in zahlreichen Exemplaren angekauft und findet insbesondere im Deutschunterricht an ausländischen Universitäten und Sekundarschulen nach wie vor sehr interessierte Aufnahme.

Diapositive

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat seinen Dienststellen im Ausland in den letzten Jahren insgesamt 18 verschiedene Diapositiv-Serien (über 12 der österreichischen Bundesmuseen ebenso wie über österreichische Kunst der letzten 100 Jahre oder die UNO-City) zur Verfügung gestellt. Diese Serien wurden im Berichtsjahr durch zwei weitere („Der kommunale Wohnbau in Wien“ und „Jugendstilbauten in Wien“) ergänzt.

Um einen problemlosen Einsatz dieser Diapositivbestände zu ermöglichen, wurden die österreichischen Dienststellen im Ausland in 16 geographische Bereiche gegliedert. Für jeden dieser Bereiche wurde sodann eine Vertretungsbehörde oder ein Kulturinstitut als sogenannte „Verwaltende Stelle“ bestimmt. Diese Stellen sind mit je einem kompletten Satz der vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten angekauften Diapositiv-Serien ausgestattet worden. Die den „Verwaltenden Stellen“ geographisch zugeordneten österreichischen Dienststellen haben dadurch die Möglichkeit erhalten, Diapositiv-Serien bei diesen direkt anzufordern.

Filmfestivals

Österreich hat im Laufe des Berichtsjahres an 63 Filmfestivals teilgenommen, von denen nachstehende als besonders erfolgreich bezeichnet werden können:

- Internationales Filmfestival für Kinoamateure in Mons (Belgien), bei dem Dr. Kurt Keil der Grand Prix für den Film „Salut für Lord Skanda“ verliehen wurde.
- 33. Internationale Filmwoche in Mannheim. Von den fünf teilnehmenden Filmen erhielt „Malambo“ von Milan Dor den „Großen Preis“.
- Beim 34. Internationalen Filmfestival in Berlin war mit 11 österreichischen Filmen, davon vier in der Wettbewerbssektion, vier im Rahmen des Forums des jungen Films, eine besonders rege Beteiligung zu vermerken.

Film und audiovisuelle Mittel

- Am Max Ophüls-Filmfestival in Saarbrücken nahmen im Berichtsjahr fünf österreichische Filme teil, darunter „Drinnen und draußen“ von Andreas Gruber, dem ein Förderpreis zuerkannt wurde.
- 24. Internationales Filmfestival in Karlsbad: „Karambolage“.
- Filmfestival über Alpinismus in Quito (Ecuador): Vier österreichische Filme wurden präsentiert, darunter „Die Wand“ von Dr. Lackner, der den ersten Preis in der Kategorie „Bergsteigen/Ski“ erhielt.
- Auch beim Internationalen Filmfestival in Cannes beteiligte sich Österreich mit den Filmen „Die Erben“ von Walter Bannert und „Raffl“ von Christian Berger. Der Werbefilm der Austria Tabakwerke für die Zigarettensorte „Casablanca“ von Peter Weibel erhielt den „Prix National 1984“. Damit gelang es einem österreichischen Film erstmalig in der 31-jährigen Geschichte dieses Festivals, in das Finale zu gelangen.
- Beim 41. Filmfestival in Venedig wurde der Film „Donauwalzer“ vorgestellt.
- Beim IV. Wettbewerb von Dokumentarfilmen über die Seefahrt in Mailand wurde der Film „Madeiracocktail“ von Rainer M. Hamerdingen durch Verleihung eines Pokals und eines Diplomes ausgezeichnet.
- Internationales Festival für den wissenschaftlichen Film in Oaxtepec (Mexiko): Sechs Filme des österreichischen Institutes für den wissenschaftlichen Film erzielten einen beachtlichen Erfolg und erlangten fünf Preise, wodurch sich ein zweiter Platz unter 27 teilnehmenden Nationen ergab.
- 13. Filmfestival in Figueira da Foz: Teilgenommen haben die Filme „Paspartout“, „Wien retour“ und „Atemnot“, wobei der letztgenannte Film, von Käthe Kratz, mit dem Preis der Stadt Figueira da Foz für Erstlingswerke ausgezeichnet wurde.
- Internationales Filmfestival in Cadix, bei dem der Film „Die Erben“ von Walter Bannert den zweiten Preis erringen konnte.
- Beim 23. Internationalen Filmfestival in San Sebastian erlangte der Film „Dicht hinter der Tür“ von Madavi den Großen Preis des Verbandes der internationalen Filmkritik (FIPRESCI) für den besten Film.
- Internationales Festival des Alpinfilmes in Les Diablerets (Schweiz): Von den zwei teilnehmenden österreichischen Filmen erhielt „Wirklich oben bist Du nie“ von Dr. Lackner den „Prix Cinegram“.
- 37. Internationales Filmfestival in Locarno (Schweiz): Der Film „Donauwalzer“ von Xaver Schwarzenberger wurde mit dem „bronzenen Leopard“ ausgezeichnet.
- Österreich beteiligte sich aus Anlaß der olympischen Sommerspiele in Los Angeles auch mit 12 Filmen von sechs österreichischen Filmemachern am Internationalen Animationswettbewerb in Beverly Hills/Kalifornien.

Wissenschaft

Wissenschaft

1984 konnte von den österreichischen Kulturinstituten und Vertretungsbehörden im Ausland wieder eine beachtliche Anzahl von wissenschaftlichen Veranstaltungen durchgeführt werden, die zumeist in Form von Symposien, Seminaren und Kolloquien in enger Zusammenarbeit mit lokalen wissenschaftlichen Institutionen veranstaltet wurden. Hierbei liegt der Hauptakzent der Veranstaltungen auf der Präsentation von österreichischem Kulturgut ab etwa 1900.

Bei der thematischen Streuung der wissenschaftlichen Veranstaltungen gelang es, neben der Berücksichtigung der Gebiete Geschichte, Philosophie, Literaturwissenschaft sowie Kunst- und Musikgeschichte, auf denen schon seit langem großes Interesse an österreichkundlichen Themen bei ausländischen Partnerinstitutionen besteht, auch vermehrtes Interesse an Vortragsthemen aus dem technischen, dem naturwissenschaftlichen und dem politologischen Bereich hervorzurufen. So veranstaltete z. B. das Österreichische Kulturinstitut Istanbul ein Blockseminar über „Neue österreichische Tunnelbaumethoden“, das Österreichische Kulturinstitut Budapest ein Architektursymposium über „Probleme des Wohnbaues“, das Österreichische Kulturinstitut London ein Symposium über „Probleme des alpinen Straßenbaues“ und das Österreichische Kulturinstitut Kairo Symposien über Tropenmedizin, Völkerrecht und organische Chemie. Somit konnte ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung eines zeitgemäßen Österreich-Bildes, das Österreich als einen modernen Staat mit hohem Entwicklungsstand und beachtlichem Anteil an den technologischen und naturwissenschaftlichen Leistungen der Gegenwart darstellen soll, geleistet werden.

Buchaktion

Die Buchaktion des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten besteht seit 1977. Im laufenden Budgetjahr wurden dafür rund öS 900.000,— ausgegeben.

Das Ziel ist dabei, die Österreich-Forschung in aller Welt zu fördern und Übersetzungen österreichischer Literatur in fremde Sprachen anzuregen. Wie die Erfahrung zeigt, ist die Buchaktion ein äusserst wertvolles Instrument der Kulturarbeit im Ausland, vor allem in jenen Ländern, in denen die Beschaffung ausländischer Literatur für Universitäten, Institutionen sowie Wissenschaftler auf Schwierigkeiten stösst.

Im Jahre 1984 wurden ausser den europäischen Ländern (insbesondere Türkei und osteuropäische Länder) vermehrt die Staaten der Dritten Welt mit Buchspenden bedacht, wobei besonders grosses Interesse an österreichischer Literatur und Landeskunde in südamerikanischen und afrikanischen Ländern, erstmals auch in Indonesien und Madagaskar zu verzeich-

Austauschprogramme

nen war. Ein weiter zunehmendes Interesse ist in der VR China festzustellen, das zum Teil auf die Tätigkeit österreichischer Lektoren an Sprachinstituten mehrerer chinesischer Universitäten zurückzuführen sein dürfte.

Im Jahre 1984 gingen umfangreiche Spenden u. a. an folgende Länder:

Im Wert von über öS 60.000,—:	Frankreich, Türkei, USA;
im Wert von 40.000,— bis 50.000,—:	Ungarn;
im Wert von 30.000,— bis 40.000,—:	Grossbritannien, Irland, Kanada, VR China, Polen, Australien/Neuseeland;
im Wert von 20.000,— bis 30.000,—:	Finnland, Japan, Spanien;
im Wert von 10.000,— bis 20.000,—:	Italien, Niederlande, CSSR, UdSSR, Chile, Mexiko, Venezuela, Elfenbeinküste

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, die Creditanstalt-Bankverein sowie verschiedene Verlagsanstalten haben die Buchaktion grosszügig unterstützt. Die überzeugenden Erfolge der Buchaktion ermuntern zu ihrer Fortsetzung im Jahre 1985.

Austauschprogramme

Moderne Wissenschaft ist ihrer Natur nach international. Der Austausch von Information und Personen, internationale Kontakte ergeben sich daher selbstverständlich und auf hoher Ebene. In einer pluralistischen Gesellschaft wie Österreich kann und soll dieser internationale Austausch nicht ausschliesslich über Veranlassung und durch das Dazwischentreten staatlicher Stellen erfolgen.

Diese können dabei freilich bedeutende Hilfe leisten, zumal dieser Austausch zugleich auch ein wesentlicher Faktor in der Verdichtung internationaler Beziehungen ist; und dementsprechend auch Gegenstand internationaler Abkommen.

Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen und sonstigen bilateralen Vereinbarungen (finanziert durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung)

Diese Austauschaktionen betreffen Wissenschaftler, Universitätslehrkräfte, Lektoren, Studierende und Experten auf dem Gebiet des Hochschul-, Bibliotheks- und Museumswesens sowie der Denkmalpflege. Für die innerstaatliche Durchführung ist das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zuständig.

Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen

Wissenschafteraustausch

Gemäß bilateralen Vereinbarungen mit Bulgarien, der BRD, der DDR, Norwegen, Finnland und der UdSSR wurden ausländische Wissenschaftler zur Durchführung konkreter Forschungsvorhaben in Österreich nominiert bzw. österreichische Wissenschaftler ins Ausland entsandt.

Universitätsprofessorenaustausch

Im Studienjahr 1984/85 wurden 72 ausländische Professoren aus 20 Ländern an österreichische Universitäten zu Kurzbesuchen eingeladen um Vorlesungen zu halten, während österreichische Universitätslehrer Einladungen ausländischer Universitäten Folge leisteten.

Lektorenaustausch

Im Studienjahr 1984/85 unterrichten 66 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nominierte österreichische Lektoren deutsche Sprache und österreichische Literatur an ausländischen Universitäten in 16 Ländern und werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zur Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten finanziell unterstützt.

Den Schwerpunkt der Tätigkeit österreichischer Deutschlektoren bilden nach wie vor französische und britische Universitäten – mit je 23 österreichischen, vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziell unterstützten Lektoren. In der Volksrepublik China sind neben einem vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nominierten österreichischen Lektor auch vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport entsandte Lehrer allgemeinbildender höherer Schulen als Lektoren an Universitäten und Sprachschulen tätig und haben im Rahmen ihrer Lektorentätigkeit massgeblichen Anteil an der Verbreitung österreichischen Kulturgutes in diesem Lande.

Abgesehen von den österreichischerseits finanziell unterstützten Lektoren sind junge österreichische Akademiker aus eigener Initiative als Lektoren bzw. Professoren an ausländischen Universitäten tätig und werden von den österreichischen Vertretungsbehörden betreut. Diese unterstützen durch Bereitstellung von Informations-, Lehr- und Dokumentationsmaterial die Bemühungen, über die Lehr- und Forschungstätigkeit hinaus auch Österreichkunde an ausländische Studierende zu vermitteln. Wie in den vergangenen Jahren wurden durch die Kulturinstitute London, Paris und Rom für österreichische Lektoren Einführungsseminare bzw. Tagungen abgehalten. Diese Seminare geben den Lektoren Gelegenheit, sich mit den Gegebenheiten des Gastlandes vertraut zu machen und erleichtern die wissenschaftliche und organisatorische Zusammenarbeit zwischen Lektoren, Universitäten und Kulturinstituten.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Stipendienaustausch

Mit fast allen europäischen Ländern sowie einigen außereuropäischen Ländern (wie Ägypten, Australien, Japan, Indien, Kolumbien, Mexiko, Tunesien und Venezuela) wurden die laufenden Stipendienaktionen fortgesetzt. Mit Kanada wurde die Aufnahme eines Stipendienaustausches ab 1984/85 vereinbart. Bei diesen Stipendienaustauschprogrammen wird postgraduierten Bewerbern generell der Vorzug gegeben.

Zusätzlich zu den Austauschstipendien gewährt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in dankenswerter Weise Kandidaten, die von österreichischen Kulturinstituten empfohlen werden, Kurzstipendien zum Besuch von Sprachkursen sowie für Archiv- und Bibliotheksstudien. Auch 1984 waren die österreichischen Vertretungsbehörden bei der Auswahl eines Teiles der ausländischen Stipendiaten und bei der Betreuung österreichischer Stipendiaten im Ausland eingeschaltet.

Expertenaustausch

Gemäß bilateraler Vereinbarungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Fachleute auf den Gebieten des Hochschul-, Bibliotheks- und Museumswesens sowie der Denkmalpflege zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch ins Ausland entsandt bzw. in Österreich empfangen.

Gastbesuche ausländischer Wissenschaftler

Auf Antrag österreichischer Vertretungsbehörden aus 7 Ländern wurden 1984 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung 11 ausländische Wissenschaftler, die sich um die österreichische Auslandskulturarbeit bereits verdient gemacht hatten, zu Studienaufenthalten nach Österreich eingeladen.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Rahmen von Abkommen, Übereinkommen und Vereinbarungen

Abkommen und Arbeitsprogramme über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bestehen mit Bulgarien, der DDR, Rumänien und Ungarn. Die Laufzeit der derzeit geltenden Vereinbarungen über konkrete Forschungsprojekte (Arbeitsprogramme) mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn erstreckt sich bis zum Ende des Jahres 1985; mit der DDR wurde im Mai 1984 ein Arbeitsprogramm für weitere zwei Jahre mit insgesamt 82 Projekten vereinbart. Mit Spanien wurde ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen; eine Vereinbarung konkreter Forschungsprojekte ist für 1985 vorgesehen.

Mit Italien und Frankreich sowie der BRD fand ein Wissenschaftleraus-tausch im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte statt, die im Rahmen

Deutschkurse an österreichischen Kulturinstituten

von Kulturabkommen bzw. im Falle der BRD direkten Vereinbarungen festgelegt wurden.

Der Wissenschafteraustausch mit Japan wurde im Rahmen der Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und der Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) fortgesetzt. Eine ähnlich geartete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem National Sciences and Engineering Research Council of Canada (NSERC) wurde 1984 verhandelt. Mit der Aufnahme des entsprechenden Wissenschafteraustausches kann 1985 gerechnet werden.

Anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Dr. Kirchschräger in den USA fand am 28. 2. 1984 zwischen dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Fischer, und dem Wissenschaftsberater von Präsident Reagan, George Heyworth, ein Briefwechsel über eine beabsichtigte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie statt. Ebenso wurde am 28. Februar 1984 ein Memorandum of Understanding zwischen dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der National Science Foundation (USA) unterzeichnet.

Bildung

Deutschkurse an österreichischen Kulturinstituten

An den österreichischen Kulturinstituten in Warschau, Budapest, Rom, Paris und Teheran werden Deutschkurse durchgeführt, die sich großer Nachfrage und Beliebtheit erfreuen. Die Zahl der Teilnehmer ist an den Kulturinstituten in Rom und Paris gleichbleibend, an den übrigen Kulturinstituten steigend. Den größten Zuwachs verzeichnete das Kulturinstitut Budapest, das im Wintersemester 1984/85 die Teilnehmerzahl auf über 400 Personen verdoppeln konnte. Wegen fehlender Raumkapazität kann am Kulturinstitut Warschau jedes Jahr nur ein Teil der Bewerber aufgenommen werden.

Die Deutschkurse bilden an den erwähnten fünf Kulturinstituten einen wesentlichen Bestandteil ihrer Tätigkeit. Auf diese Weise gelingt es, die Jugend des jeweiligen Gastlandes für längere Zeit mit österreichischem Kulturgut in Kontakt zu bringen und dadurch die Voraussetzungen für die Kenntnis und für das Verständnis österreichischer Belange zu schaffen. Die Kurse sind darüber hinaus insofern auch von wirtschaftlicher Bedeutung, als beispielsweise in Warschau und Paris auch Kurse für Handelsdeutsch geführt werden.

In den Kursen werden insgesamt 33 Lehrkräfte beschäftigt, die überwiegend aus dem jeweiligen Gastland stammen. In dem Bemühen, die mangels einer eigenen österreichischen Produktion aus der Bundesrepublik

Fortbildung ausländischer Deutschlehrer

Deutschland bezogenen Lehrbücher durch österreichische Lehrmittel zu ersetzen, wurde vom Kulturinstitut Budapest ein gemischtes österreichisch-ungarisches Team mit der Ausarbeitung von geeigneten Lehrbehelfen beauftragt. Aus der folgenden Übersicht sind die Zahl der Kurse und der Teilnehmer im Studienjahr 1983/84 ersichtlich:

Kulturinstitut	Kurse	Teilnehmer
Kulturinstitut Warschau	45	1010
Kulturinstitut Budapest	12	197
(im Studienjahr 84/85 erhöht auf)	19	450
Kulturinstitut Rom	15	229
Kulturinstitut Paris	27	365
Kulturinstitut Teheran	8	390

Am Kulturinstitut Budapest wird seit dem Schuljahr 84/85 außerdem ein Kindergarten mit Vorschul-Deutschunterricht geführt.

Fortbildung ausländischer Deutschlehrer

Es ist ein wichtiges Anliegen, daß Österreichs Landes- und Kulturkunde sowie auch die österreichische Literatur beim Deutschunterricht im Ausland berücksichtigt wird.

Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der unter der Leitung von Prof. Dr. Robert Saxer stehenden Arbeitsgruppe „Deutsch für Ausländer“ an der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt konnten im Berichtsjahr die in den Vorjahren begonnenen Aufbauarbeiten auf diesem Gebiet erweitert werden.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschickte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kulturinstituten und Vertretungsbehörden Seminare und Tagungen von lokalen Deutschlehrerorganisationen mit Fachreferenten in folgenden Ländern:

Finnland, Frankreich, Island, Japan, Jugoslawien, Korea, Norwegen, Portugal und Dänemark.

Außer dem Angebot landeskundlicher, didaktischer Vorträge und Seminare konnte auch die Erstellung österreichspezifischer Lehr- und Unterrichtsmaterialien in Angriff genommen werden. Die erwähnte Arbeitsgruppe der Universität Klagenfurt führt derzeit ein diesbezügliches Pilotprojekt durch, das vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt wird.

*Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen***Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen und sonstiger bilateraler Vereinbarungen auf dem Gebiet des Schulwesens (innerstaatliche Durchführung und Finanzierung durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport)****Sprachassistentenaustausch**

Der seit Jahren laufende Sprachassistentenaustausch zur Unterstützung des Fremdsprachenunterrichtes wurde fortgesetzt. Nach Großbritannien wurden im Rahmen dieses Austausches etwa 100 österreichische Sprachassistenten, nach Frankreich etwa 70 Sprachassistenten entsandt. Weitere österreichische Sprachassistenten sind in Belgien, Italien, Irland und Spanien tätig.

Sprachlehreraustausch

Der mit der UdSSR vorgesehene Austausch von Deutsch- bzw. Russischlehrern zum Besuch von Sommersprachkursen wurde fortgesetzt.

Expertenaustausch

Im Jahre 1984 wurden vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport Experten des Schulwesens, der außerschulischen Jugenderziehung, der Erwachsenenbildung sowie Kulturschaffende zu Studienaufenthalten ins Ausland entsandt und ausländische Experten in Österreich empfangen.

Ergänzt wurde dieser Expertenaustausch durch die Bereitstellung von Informations- und Dokumentationsmaterial.

Schulbuchvergleiche

Kulturabkommen mit einer Reihe von Staaten (UdSSR, CSSR, Ungarn) sehen den Austausch von Experten zum Zwecke von Schulbuchvergleichen vor, darüber hinaus ist eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, z. B. Austausch von Lehrbüchern, mit Polen, Jugoslawien und Norwegen vertraglich vorgesehen. Mit der Schweiz wurde auf österreichische Initiative ein Vergleich von Schulbüchern durch eine dafür eingerichtete österreichisch-schweizerische Schulbuchvergleichskommission eingerichtet, die im November 1984 in Vorarlberg ihre letzte Gesprächsrunde durchführte. Dabei wurde in Aussicht genommen, diese Arbeiten im Jahre 1985 in anderer Form, nämlich im Rahmen eines österreichisch-schweizerischen Lehrerbildungsseminars in Linz fortzusetzen. Im März 1984 fand die 3. Tagung der Expertenkommission für den Schulbuchvergleich mit Ungarn in Budapest und im Mai 1984 die 3. Gesprächsrunde der Schulbuchvergleichskommission mit der CSSR in Wien statt.

Unabhängig von vertraglichen Verpflichtungen wurden vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport in Zusammenarbeit mit dem Bun-

Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen

desministerium für Auswärtige Angelegenheiten folgende Aktionen fortgesetzt:

Deutschlehreraustausch mit Schweden

Die erfolgreiche Zusammenarbeit österreichischer und schwedischer Deutschlehrer wurde auch im Jahre 1984 fortgesetzt. Österreichische Gastlehrer besuchten Schweden und unterrichteten an dortigen Schulen, während für schwedische Deutschlehrer auch 1984 ein Fortbildungsseminar in Österreich abgehalten wurde.

Österreichische Lehrer an Schulen im Ausland

Im Schuljahr 1984/85 sind so wie bisher 91 österreichische Subventionslehrer im Ausland tätig. Der Großteil dieser vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport besoldeten Lehrer ist am St. Georgs Institut in Istanbul (44) und am Instituto Austriaco-Guatemalteco in Guatemala (24) tätig. Bei den etwa 2200 Schülern dieser beiden österreichischen Auslandsschulen handelt es sich fast ausschließlich um Angehörige des jeweiligen Gastlandes, sodaß diesen Schulen naturgemäß für die österreichische Auslandskulturpolitik besondere Bedeutung zukommt. Weiters sind 23 österreichische Lehrer, der überwiegende Teil davon an Deutschen Schulen im Ausland und einige an internationalen Schulen wie etwa in Genf oder Triest, tätig.

Jugend

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt die von den zuständigen österreichischen Stellen (BMfUKS, BMfJK, Landesjugendreferate- und sekretariate, Österr. Bundesjugendring) getragenen Jugend- und Schüleraustauschaktionen und vermittelt Kontakte und Informationen.

Besondere Vereinbarungen im Rahmen von Kulturabkommen mit Ungarn, Italien, Frankreich und Ägypten erleichtern Studienaufenthalte und den Erfahrungsaustausch von Experten und Jugendfunktionären. Der Jugendaustausch mit den USA erhielt im Jahre 1984 neue Impulse. Nach Expertengesprächen in Wien im Jänner 1984 und entsprechenden Beschlüssen der Bundesregierung gab der Herr Bundespräsident anlässlich seines offiziellen Besuches in den USA gemeinsam mit Präsident Reagan in Washington Erklärungen über die Intensivierung des Jugendaustausches zwischen beiden Ländern und die Teilnahme Österreichs an der International Youth Exchange Initiative ab. Bereits im Sommer 1984 besuchte eine erste Gruppe österreichischer Jugendlicher die USA und hatte Gelegenheit, Kontakte zu US-Jugendorganisationen im Bereich der außerschulischen Jugenderziehung anzuknüpfen, an Jugendprogrammen mitzuarbeiten und direkte Kontakte sowohl mit hochrangigen Politikern als auch Angehörigen

Sport

verschiedenster sozialer Schichten aufzunehmen. Für Sommer 1985 ist eine entsprechende Gruppe US-Jugendlicher nach Österreich eingeladen. Weitere Austauschprogramme, darunter ein Dreimonatsaustauschprogramm für Schüler und der Einfluß arbeitender Jugendlicher in dieses neue Jugendaustauschprogramm, das auf der Basis der Gegenseitigkeit und Unterbringung in Familien abgewickelt wird, steht in Vorbereitung bzw. wird angestrebt.

Sport

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die Österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland haben 1984 bei der Vorbereitung der Nordischen Ski-Weltmeisterschaften 1985 in Seefeld mitgewirkt. Auch bei der Einladung zum 11. Internationalen Skilehrerkurs 1985 auf dem Kitzsteinhorn leistete das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Hilfe.

Viele österreichische Sportler, Expeditionsteilnehmer und Alpinisten wurden durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die österreichischen Vertretungsbehörden unterstützt. Zwischen Österreich und der Volksrepublik China wurde der Austausch von Skilehrern, Bergsteigern und Tischtennistrainern fortgesetzt und die chinesische alpine Skinationalmannschaft ebenso wie das israelische Jugendskiteam trainiert. Im Berichtsjahr setzte das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten seine Teilnahme an der „Paritätischen Kommission für Sportbeziehungen mit dem Ausland“ fort. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat 7 Mal für internationale Sportwettbewerbe in Österreich den Ehrenschatz übernommen und 97 Ehrenpreise gewährt.

Kulturabkommen und vertragliche Vereinbarungen

Im Berichtsjahr sind folgende bilaterale Abkommen auf kulturellem und wissenschaftlich-technischem Gebiet in Kraft getreten:

- a) Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Portugiesischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (BGBl.Nr. 230/84);
- b) das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (BGBl.Nr. 240/84);
- c) das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (BGBl.Nr. 318/84).

Mit Belgien, Bulgarien, Grossbritannien, Italien, Spanien und der Sowjetunion wurden 1984 im Rahmen von Gemischten Kommissionen jeweils für

Kulturabkommen und vertragliche Vereinbarungen

die nächsten drei Jahre geltende Durchführungsprogramme zu den bestehenden Kulturabkommen verhandelt.

Ein Durchführungsprogramm gemäss dem wissenschaftlich-technischen Abkommen wurde im Berichtszeitraum mit der DDR beschlossen.

Am 31. 12. 1984 standen somit folgende bilaterale Vereinbarungen auf den Gebieten Kultur, Bildungswesen und Wissenschaften in Kraft:

- 20 Kulturabkommen: Ägypten, Belgien, Bulgarien, CSSR, DDR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indonesien (nicht durchgeführt), Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, UdSSR, Ungarn.

Die Durchführung dieser Abkommen wird geregelt durch acht Regierungsübereinkommen (Ägypten, Bulgarien, DDR, Jugoslawien, Norwegen, Polen, Rumänien, UdSSR) und elf Durchführungsprotokolle (Belgien, CSSR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Mexiko, Portugal (1. Protokoll wird erst Anfang 1985 beschlossen werden), Spanien, Ungarn);

- 8 Abkommen über die Gleichwertigkeit von Reifezeugnissen: Bulgarien, DDR, Finnland, Jugoslawien, Liechtenstein (samt Zusatzprotokoll), Rumänien, Ungarn;
- 11 Abkommen über Gleichwertigkeiten im universitären Bereich und von Facharzttiteln: Bulgarien (samt Zusatzprotokoll), Bundesrepublik Deutschland, Italien (7 Notenwechsel), Jugoslawien;
- 1 Abkommen über die Zusammenarbeit der Universtitäten: Italien
- 1 Regierungsübereinkommen über Erziehungs- und Kulturaustauschprogramme: USA
- 3 Wissenschaftlich-technische Abkommen: Bulgarien, Spanien, Ungarn;
- 4 Regierungsübereinkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit: DDR, Frankreich, Italien (als Zusatzprotokoll zum Kulturabkommen), Rumänien

Die Durchführung der wissenschaftlich-technischen Abkommen und Übereinkommen wird durch eigene Durchführungsprotokolle (Bulgarien, DDR, Rumänien, Spanien (1. Protokoll wird im März 1985 beschlossen werden), Ungarn) bzw. im Rahmen der Durchführungsprotokolle zu den Kulturabkommen (Frankreich, Italien) geregelt.

Folgende Abkommen wurden bereits unterzeichnet, sind aber noch nicht in Kraft getreten:

- Abkommen mit Ungarn über Gleichwertigkeiten im akademischen Bereich (unterzeichnet 1983)
- Abkommen mit Spanien über Gleichwertigkeiten im akademischen Bereich (unterzeichnet 1983)

UNESCO

- Abkommen mit der DDR über Gleichwertigkeiten im akademischen Bereich (unterzeichnet 1984)
- Abkommen mit Portugal über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (unterzeichnet 1984)
- Abkommen mit China über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (unterzeichnet 1984).

UNESCO

Die Krise der UNESCO hat sich 1984 vertieft. Mit 31. Dezember 1984 vollzogen die Vereinigten Staaten den angekündigten Austritt aus der Organisation, Großbritannien gab bekannt, daß es mit Ende 1985 ebenfalls austreten wird, wenn die UNESCO seiner Kritik nicht Rechnung trägt. Allein durch den amerikanischen Schritt entgehen der UNESCO 25% der Einnahmen. Im Falle eines britischen Austritts würden sie sich um weitere 4,6% vermindern. Das Ausscheiden von zwei wissenschaftlich und kulturell so aktiven Nationen hätte daneben aber auch noch andere, nicht materielle, schwere Folgen für diese Spezialorganisation. Als Begründung für diese ihre Entscheidung führen die USA an, daß die UNESCO sich ihrer Meinung nach in unstatthafter Weise „verpolitisiert“ hätte, daß es Mißwirtschaft insbesondere im finanziellen Bereich gäbe und daß durch die in der UNESCO vorangetriebenen Bemühungen zur Schaffung einer Neuen Weltinformati- ons- und Kommunikationsordnung eine Einschränkung der Medienfreiheit drohe.

In ihrer Kritik an der UNESCO blieben die USA und Großbritannien nicht allein. Von der Organisation und von deren Sekretariat selbst wurden daher Reformbemühungen unternommen. Auch die westlichen Mitgliedsstaaten haben Reformvorschläge ausgearbeitet – wobei Österreich im Bereich der Untergruppe Menschenrechte besonders aktiv mitgewirkt hat. Unter den Berichten von fünf vom Generaldirektor der UNESCO, M'Bow, ins Leben gerufenen Arbeitsgruppen enthielt in erster Linie der Bericht über die kritische Analyse von Programm und Budget brauchbare Impulse für eine Reform der Organisation. Das „Temporäre Komitee“ des Exekutivrates, das als dessen Reformkommission fungiert, soll bis zur 23. Generalkonferenz im Herbst 1985 über seine bereits vorgelegten Reformvorschläge für die UNESCO hinaus weitere ausarbeiten.

Österreich unterstützt alle Reformbestrebungen, welche die UNESCO in die Lage versetzen können, ihre Aufgabe mit optimaler Wirksamkeit zu erfüllen. Gerade weil es die an der UNESCO geübte Kritik zum Teil für berechtigt hält, meint Österreich, daß man sich in der Organisation verstärkt engagieren soll. Der Reform wird wohl besser durch Einflußnahme innerhalb der Organisation und nicht durch Austritt vorangeholfen. Solche Austritte schwächen selbstverständlich die Organisation. Sie widersprechen dem Universalitätsprinzip und sie schaden damit auch dem Konzept

UNESCO

des Multilateralismus in den auswärtigen Beziehungen. So bleibt zu hoffen, daß der amerikanische Austritt die internen Reformbemühungen nachhaltig intensivieren wird, damit die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Vereinigten Staaten und für ein Überdenken der britischen Austrittsankündigung sobald wie möglich geschaffen sind.

Österreich gehört dem Zwischenstaatlichen Rat des Internationalen Programms für die Entwicklung der Kommunikation (IPDC) an. Anlässlich der Mai-Tagung des Rates hat Österreich das Projekt „Dritte Welt Nachrichtenagentur (Wiener Büro)“ (IPS) mit einem Wert von etwa 2,5 Mio. öS als IPDC-Projekt eingebracht. Ferner ist Österreich Mitglied des Zwischenstaatlichen Rates des Internationalen Hydrologischen Programms (IHP). Außerdem nimmt Österreich an wissenschaftlichen Forschungsprogrammen wie „Mensch und Biosphäre“ (MAB) und „Internationales Geologisches Korrelationsprogramm“ (IGCP) teil.

Die 39. Internationale Erziehungskonferenz des der UNESCO eingegliederten Internationalen Erziehungsbüros fand in der Zeit vom 16. bis 25. Oktober 1984 in Genf statt. Österreich war bei dieser Konferenz durch eine Delegation des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vertreten.

Der diesjährige UNESCO-Preis für die Lehre der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1984 an Univ. Prof. Dr. Felix Ermacora verliehen.

Von Februar bis Oktober 1984 fand in Wien und Mondsee der jährliche Limnologiekurs der UNESCO statt, von Oktober 1983 bis Mai 1984 wurde die UNESCO-Ausstellung über die Alphabetisierungskampagne in Äthiopien in mehreren österreichischen Schulen gezeigt. Am 12. und 13. April 1984 wurde in Wien die Expertentagung über die Erhaltung des filmischen Erbes in Österreich abgehalten, bei der das Österreichische Filmarchiv als Organisator fungierte.

Vom 12. bis 15. Juni 1984 wurde in Klagenfurt im Rahmen der europäischen „Gemeinsamen Studien über Forschung in der Erziehung“ ein Treffen zweier Projektgruppen im Medien- und Informationsbereich abgehalten.

Mit finanzieller Unterstützung aus Mitteln des UNESCO-Partizipationsprogramms fanden vom 14. bis 17. Mai 1984 in Wien die Generalversammlung der Internationalen Buchhändlervereinigung, vom 17. bis 23. August 1984 der 10. Weltkongreß des Internationalen Übersetzerverbandes (FIT) sowie vom 11. bis 15. September 1984 die Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz statt.

Das Europäische Expertenseminar zum Thema „Vorbereitung auf den Ruhestand“ fand vom 5. bis 7. November 1984 in Wien statt und wurde von der UNESCO finanziell unterstützt. Am Seminar nahmen etwa 40 Experten aus zehn europäischen Ländern teil.

UN-Universität

In Graz veranstaltete die UNESCO vom 26. November bis 19. Dezember 1984 ein Workshop über die Datenverarbeitung für das Bibliothekswesen in Entwicklungsländern.

Aus Anlaß der 20-Jahr-Feier der Unterzeichnung der UNESCO-Konvention zum Schutz von Kulturgütern im Falle bewaffneter Konflikte durch Österreich fand auf Schloß Almegg bei Wels eine Ausstellung statt, die unter dem Ehrenschutz von Landeshauptmann Dr. Ratzenböck stand und an deren feierlicher Eröffnung im Mai 1984 Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger und der Stellvertretende Generaldirektor der UNESCO, M. Makagiansa, teilnahmen.

Die Österreichische UNESCO-Kommission hielt am 27. Juni 1984 in Wien ihre jährliche Vollversammlung ab, bei der auch der Leiter der Abteilung für Kommunikationspolitik der UNESCO, H. Kandil, anwesend war.

Die Unterzeichnung des „Übereinkommens über die Anerkennung von Studien, Diplomen und akademischen Graden im Hochschulbereich in den Staaten der Europäischen Region“ (1979) durch Österreich befindet sich in Vorbereitung.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag Österreichs zur UNESCO beträgt 0,74% des Budgets der Organisation, d. s. etwa öS 26,2 Mio.

UN-Universität

Die UN-Universität, eine autonome Institution im Rahmen der Vereinten Nationen mit Sitz in Tokio, besteht seit 1975.

Innerhalb der Programmbereiche, die im Mittelfristigen Plan (Medium-Term Perspective) festgelegt sind, plant die UN-Universität die Errichtung eines Institutes für Entwicklungswirtschaftsforschung (WIDER), das seinen Sitz in Helsinki haben soll.

Die Erforschung einer für die sozio-ökonomische Entwicklung Afrikas nutzbringenderen Ausbeutung der Rohstoffe dieses Kontinentes soll durch die Schaffung eines Institutes für natürliche Rohstoffe in Afrika mit Sitz in Yamoussoukro, Elfenbeinküste, gewährleistet werden.

Österreich leistet der UN-Universität jährlich einen freiwilligen Beitrag von 1,5 Mio. öS.

Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)

Zu den bedeutendsten wissenschaftlichen Erfolgen des CERN im Berichtsjahr zählt die Entdeckung des TOP-Quarks, des letzten noch ausstehenden Grundbausteines der Elementarteilchen. Das Protonen-Antiprotonen-Experiment und der Bau des LEP-Projekts (Large Electronpositron Sto-

Europäische Weltraumorganisation (ESA)

rage Ring) wurde fortgesetzt. Durch die Verleihung des Nobel-Preises für Physik für 1984 an die leitenden Mitarbeiter Prof. Carlo Rubbia und Prof. Simon van der Meer für die im Vorjahr erfolgte Entdeckung der W- und Z-Bosonen fand CERN als weltweit führendes Zentrum für Elementarteilchenphysik gebührende Anerkennung.

Am 12. 12. 1984 wurde Univ. Prof. Dr. Wolfgang Kummer, Institut für Theoretische Physik der Technischen Universität Wien, einstimmig mit Wirkung vom 1. 1. 1985 zum neuen Präsidenten des CERN-Rates gewählt.

Das CERN-Gesamtbudget betrug 1984 693 Mio SFR, wozu Österreich einen Beitrag von 16,178.805 SFR (2,37% des Gesamtbeitrages) leistete. Um die Förderung des Rückflusses des österreichischen Beitrages nach Österreich war auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bemüht, die durch einen Berater in der österreichischen Delegation zum CERN-Finanzkomitee vertreten ist.

Am 30. und 31. 3. 1984 hat Bundesminister Dr. Fischer über Einladung von CERN-Generaldirektor Schopper dem CERN einen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf Bundesminister Dr. Fischer die wichtigsten Forschungseinrichtungen besichtigte und zu einem Meinungsaustausch mit den im CERN beschäftigten Österreichern zusammentraf.

Dem CERN gehören 13 Staaten (Belgien, die BRD, Großbritannien, Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, die Schweiz, Italien, Frankreich, Österreich und Spanien) an. Österreich ist seit 1959 Mitglied der Organisation.

Europäische Weltraumorganisation (ESA)

Österreich ist assoziiertes Mitglied der 1975 gegründeten Europäischen Weltraumorganisation (ESA), deren Ziel die Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten auf dem Gebiet der Weltraumforschung zu ausschließlich friedlichen Zwecken ist. Der ESA gehören derzeit elf Länder (Belgien, die BRD, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Schweden, die Schweiz und Spanien) an. Norwegen ist ebenfalls assoziiertes Mitglied.

Das Assoziierungsabkommen zwischen Österreich und der ESA ist am 1. 4. 1981 in Kraft getreten und hat eine Geltungsdauer von fünf Jahren, wobei im Abkommen vorgesehen ist, daß nach dem dritten Jahr des Inkrafttretens die Vertragsparteien in offizielle Verhandlungen über ihre künftige Zusammenarbeit eintreten.

Das zur Abklärung der österreichischen Interessenslage vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einberufene Projektteam „Beziehungen Österreichs zur ESA“, dem Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, von Interessensvertretungen und der Verwaltung angehören, hat die Auf-

Europäische Weltraumorganisation (ESA)

fassung vertreten, daß eine Beteiligung Österreichs an ESA-Programmen sowohl für die wissenschaftliche Weltraumforschung als auch aufgrund der besonderen Innovationsimpulse für die österreichische Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Empfohlen wurde ein weitergehendes österreichisches Engagement bei der ESA. In diesem Sinne sprach sich auch der Österreichische Rat für Wissenschaft und Forschung aus.

Österreich zahlt als assoziiertes Mitglied derzeit ca. öS 40,5 Mio. jährlich (öS 5,5 Mio. als Beitrag zum Allgemeinen Haushalt, öS 35 Mio. für die Teilnahme an fakultativen Programmen). Bei einer Vollmitgliedschaft würden sich die Kosten auf insgesamt öS 99,3 Mio. jährlich erhöhen (öS 20,7 Mio. zum Allgemeinen Haushalt, öS 43,6 Mio. Pflichtbeitrag zum Wissenschaftsprogramm und öS 35 Mio. für die fakultativen Programme). Allerdings würden die höheren Verpflichtungen einer Vollmitgliedschaft auch mehr Rechte beinhalten, was bedeuten würde, daß Österreich einen Anspruch auf die diesen Mehrleistungen entsprechenden Industrieaufträge erwirbt.

Im Berichtsjahr konnten auch die für eine vertragliche Beteiligung Österreichs am Bau des ersten Europäischen Fernerkundungssatelliten ERS-1 der ESA erforderlichen Vorarbeiten abgeschlossen werden. Für Österreich sind die vom ERS-1 Satelliten zur Erde gesendeten Daten über Aufbau und Abschmelzungs Vorgänge der alpinen Gletscher- und Schneedecken von besonderem Interesse, da dadurch erstmals kurzfristige Prognosen über Wasserabflußmengen in Flüsse und Seen, die für die Elektrizitätswirtschaft von größter Bedeutung sind, ermöglicht werden.

Am 19. Jänner 1984 haben fünf der sechs Astronauten, die am Flug des ersten europäischen bemannten Weltraumlaboratoriums Spacelab-1 teilgenommen haben, Wien besucht. Die Astronauten wurden von Bundesminister Dr. Fischer empfangen und haben nach einer Pressekonferenz und einem Vortrag in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft auch Gespräche mit österreichischen Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft geführt.

Am 24. Juli 1984 stattete über Einladung von Bundesminister Dr. Fischer der damals designierte und nunmehrige Generaldirektor der ESA, Prof. Dr. Reimer Lüst (BRD), Österreich einen Besuch ab, in dessen Verlauf es neben wissenschaftlichen Kontakten auch zu Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft kam.

Europäische Konferenz (EMBC) und Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)

Univ. Prof. Dr. Hans Tuppy, Leiter des Institutes für Biochemie an der Universität Wien, wurde für eine weitere 3-jährige Funktionsperiode (1984 – 1986) zum Generalsekretär der Europäischen Konferenz für Molekularbio-

EMBC

logie (EMBC) gewähl. Ferner hat Univ. Prof. Dr. Hans Tuppy Österreich im Rat des Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (EMBL) vertreten. Österreichischer Delegierter in der EMBC war im Berichtsjahr ao. Univ. Prof. Dr. Günther Kreil, Institut für Molekularbiologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Salzburg.

Das im Rahmen der EMBC praktizierte System der Gewährung von kurz- und langfristigen Forschungsstipendien, die es europäischen Wissenschaftern ermöglichen, in anderen europäischen Ländern kooperative Forschungsarbeiten durchzuführen um mit den Experten dieser Länder methodische Erfahrungen auszutauschen, hat sich auch im vergangenen Jahr bestens bewährt. Auch im Rahmen des EMBL wurde die wissenschaftliche Tätigkeit, sowohl im Zentrallabor in Heidelberg als auch in den beiden dem Zentrallabor angeschlossenen auswärtigen Forschungsstätten in Hamburg und Grenoble, erfolgreich weitergeführt.

Öffentlichkeitsarbeit im Inland

Information

Öffentlichkeitsarbeit im Inland

Zur Unterstützung der außenpolitischen Anliegen Österreichs bemüht sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, seine Aktivitäten und vor allem die Grundlagen und Ziele der österreichischen Außenpolitik einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Die Informationstätigkeit konzentrierte sich auf österreichische Massenmedien, wobei den persönlichen Kontakten mit den Vertretern der Presse, den Nachrichtenagenturen, dem Rundfunk und dem Fernsehen die größte Bedeutung beigemessen wird.

Zur Verstärkung der Information über allgemeine Fragen sowie einzelne Aspekte der Außenpolitik dienen Vorträge des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in Wien und in den Bundesländern, Presse-, Rundfunk- und Fernsehinterviews sowie Kommuniqués.

Der „Außenpolitische Bericht“ ist zwar zunächst der jährliche Rechenschaftsbericht an das Parlament und bildet dort die Grundlage für eine umfassende Erörterung der österreichischen Außenpolitik; darüber hinaus dient er der direkten Information der Öffentlichkeit, was nicht zuletzt in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß er auch über den Buchhandel zu beziehen ist. Um einen breiteren Vertrieb sicherzustellen, wird er in diesem Jahr zum ersten Mal – sozusagen „halbkommerziell“ – durch einen privaten Verlag zum Kauf angeboten. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hofft, den „Außenpolitischen Bericht“ auf diese Weise einer größeren Zahl von potentiell interessierten Menschen und Institutionen zugänglich machen zu können.

Nicht als Öffentlichkeitsarbeit, sondern in erster Linie als Dienst am Staatsbürger versteht sich die *Auskunftsstelle*. Sie wurde gemäß den Empfehlungen der Verwaltungsreformkommission im Jahre 1981 errichtet und hilft, den direkten Kontakt mit dem einzelnen Staatsbürger zu verbessern. Im Jahr 1984 wurden rund 12.000 Anfragen beantwortet.

Die im Paßformat gehaltene Broschüre „Tips für Auslandsreisende“, die seit mehreren Jahren herausgegeben wird, wurde auch 1984, und zwar in einer Auflage von 250.000 Exemplaren, hergestellt. Sie informiert über die Möglichkeiten – und Grenzen – konsularischer Hilfe durch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und wird über Grenzkontrollstellen, Reisebüros, aber auch direkt an interessierte Personen verteilt.

Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

Die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland hat das Ziel, ein objektives Österreich-Bild zu vermitteln. Diese Öffentlichkeitsarbeit wird jedoch nicht vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten alleine geleistet, sondern

Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

es arbeitet dabei mit anderen Ministerien zusammen, speziell mit dem Bundespressdienst des Bundeskanzleramtes, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der „Industrial Cooperation and Development Company“ (die sich um die Förderung von Investitionen in Österreich bemüht) und der österreichischen Fremdenverkehrswerbung. Die Tätigkeit dieser Dienststellen wird laufend in der „Publizistischen Arbeitsgemeinschaft“ (PAG) koordiniert.

Beispiel für solch ein koordiniertes Zusammenwirken ist das „Amerika-Konzept“, das in den Rechenschaftsberichten der beiden vergangenen Jahre ausführlich vorgestellt wurde. Dieses „Amerika-Konzept“ wird nunmehr verwirklicht. Einige seiner wesentlichen Programmpunkte können bereits als erledigt gelten. So ist es z. B. zur Errichtung einer „US-Österreichischen Stiftung“ und zur Bestellung eines „Wissenschaftsattachés“ in Washington gekommen (siehe auch Abschnitt „Förderung der österreichischen Wirtschaftsinteressen“).

Auf rein publizistischem Gebiet reift ein weiteres Projekt des „Amerika-Konzepts“ heran: Der Plan einer sechsteiligen TV-Filmserie wurde so weit vorangetrieben, daß er Ende 1984 konkrete Formen annahm. Schon im Februar vor dem Besuch von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger in den USA wurde – sozusagen als Vorlauf zu diesem Projekt – ein 30-Minuten-Film („This is Austria, the festive Europe“) über Satelliten ausgestrahlt und von 950 Kabelhaushalten übernommen. Das bedeutet, daß potentiell etwa 85 Mio. Haushalte erreicht werden konnten. Eine TV-Dokumentation über die jüdische Gemeinde im heutigen Österreich wird ebenfalls vorbereitet. Die Präsentation soll im Rahmen von Begleitveranstaltungen erfolgen. Auch der Plan, eine speziell auf das amerikanische Publikum abgestimmte Broschüre zu verlegen, die Informationen und Wissenswertes über Österreich vermitteln soll, wurde inzwischen verwirklicht.

Wesentlich für die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland sind auch die Einladungen ausländischer Journalisten nach Österreich, denn Informationsreisen durch Österreich haben in der Regel einen bedeutenden publizistischen Niederschlag. Sie werden in Zusammenarbeit zwischen dem Bundespressdienst des Bundeskanzleramtes und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten organisiert. Den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland obliegt es, geeignete Teilnehmer vorzuschlagen. Im Jahr 1984 wurden auf diese Weise 196 ausländische Journalisten eingeladen und betreut. Weitere 2.547 ausländische Journalisten nahmen im Zuge ihrer Reisen nach Österreich entweder die Dienste der österreichischen Vertretungsbehörden, der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums oder des Bundespressdienstes in Anspruch, sei es zur Vermittlung von Interviews, Herstellung von Kontakten oder zur Bereitstellung von Informationsmaterial.

Aussenpolitik und öffentliche Meinung

Sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit im Ausland kann nicht ausschließlich vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und den anderen Dienststellen in Österreich gestaltet werden. Es gilt, auf sehr unterschiedliche Gegebenheiten in den einzelnen Staaten und Gesellschaften einzugehen. Das verlangt, daß man bei der Gestaltung der Programme und deren Inhalte auf die vorhandenen Gegebenheiten Rücksicht nimmt.

Durch den sogenannten „APA-Nachrichtenblock“ werden den Vertretungsbehörden im Ausland täglich die wichtigsten Österreich-Meldungen bereitgestellt. Der „Nachrichtenblock“ wird von der Abteilung Presse und Information aus den wichtigsten Tagesmeldungen zusammengestellt und aufgrund einer besonderen Vereinbarung von der APA über die bestehenden Agenturleitungen der österreichischen Vertretungsbehörden fernschriftlich übermittelt. Dieser „aktuelle“ Block ergänzt die weniger tagespolitisch orientierten Meldungen und Informationen, die den Vertretungsbehörden – in Zusammenarbeit mit dem Bundespressedient – vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für ihre Presse- und Informationsarbeit laufend zugesandt werden.

Aussenpolitik und öffentliche Meinung

Interesse an Aussenpolitik:

Das Interesse an Politik ist in Österreich generell gering. Umfragen zeigen, dass auch das Interesse an Aussenpolitik nicht sehr gross ist. Ein differenziertes Bild erhält man aber, wenn man nach der Betroffenheit durch Aussenpolitik fragt. Laut *Tabelle 1* fühlen sich zwar auch nur sehr wenige Österreicher von aussenpolitischen Entscheidungen persönlich in ihrem unmittelbaren Lebensbereich „im hohen Masse“ betroffen (Umfrage 1). Stellt man jedoch eine etwas einfacher formulierte Frage über die persönliche Bedeutung der Aussenpolitik, erhält man viel positivere Antworten (Umfrage 2). Andere Meinungsbefragungen zeigen auch, dass aussenpolitische Themen im weiteren Sinn im Gespräch mit Verwandten und Bekannten sehr wohl und sogar sehr häufig behandelt werden. So wurden Anfang der 80er Jahre die Ereignisse in Polen, die neuen Kriegsgefahren und das Ost-West-Verhältnis von ca. einem Drittel bis zur Hälfte der Befragten als Gesprächsthemen genannt. Über diese Themen wurde damit häufiger gesprochen als über das Fernsehprogramm, über Kinder und Wohnungsprobleme oder über das Sportgeschehen.

Wissen über Aussenpolitik:

Eine konstruktive Beschäftigung mit Aussenpolitik setzt natürlich eine gewisse Informiertheit voraus. Sie ist oft nicht vorhanden. So gibt z. B. *Tabelle 2* Aufschluss über die Antworten auf die Frage, welchen internationalen Organisationen Österreich angehört. Es herrscht hier offenbar einige

Aussenpolitik und öffentliche Meinung

Verwirrung. Insbesondere gab es anfangs 1980 grosse Unklarheit über die Zugehörigkeit zur EG und EFTA. Ein Viertel der Befragten zählte das neutrale Österreich zu den Blockfreien. Bei der Zugehörigkeit zur UNO lagen die meisten Österreicher jedoch richtig. Ausgenommen die Zugehörigkeit zur EWG wurde jedoch zumindestens von der (relativen) Mehrheit der Österreicher die richtigen Antworten gegeben.

Für die politische Bildung, auch in den Pflichtschulen, bliebe hier noch eine grosse Aufgabe. Ebenso müssten die Massenmedien vermehrt Informationen über Aussenpolitik und die internationalen Beziehungen bringen, wobei vor allem die österreichische Sicht der Probleme hervorzuheben wäre.

Die Rolle des neutralen Österreich in der Welt:

Die Neutralität wird von der grossen Mehrheit der Österreicher positiv bewertet. So meinten bei einer Umfrage im Jahre 1972 90% der Interviewten, dass die Neutralität eher Vorteile bringe, nur 4% waren der Meinung, dass sie eher Nachteile bringe. Die besonders positive Einschätzung der Neutralität ist auch aus späteren Umfragen (*Tabelle 4*) ersichtlich.

Aussenpolitik und Landesverteidigung:

Österreichs Unabhängigkeit wird durch die Aussenpolitik und die Landesverteidigung gesichert. Wie in *Tabelle 3* ersichtlich, misst die Bevölkerung jedoch der Aussenpolitik grösseren Wert bei. Im Jahre 1982 wird beiden „Säulen“ gemeinsam ein höherer Wert gegeben als 1978. Es scheint, dass die erhöhten Spannungen zwischen Ost und West in einem höheren Sicherheitsbedürfnis ihren Niederschlag gefunden haben.

Aussenpolitik und Nachbarstaaten:

Die Neutralität bindet nur den Staat, nicht die Staatsbürger. Deren freie Meinungsäusserung wird nicht eingeschränkt. Umfragen bestätigen auch, dass sich die Österreicher vor allem den westlichen Demokratien verbunden fühlen. Zur Förderung ihres aussenpolitischen Verständnisses wünschen sie freilich Informationen nicht nur aus den westlichen, sondern auch aus den östlichen Nachbarländern zu erhalten. Informationen von den südlichen Nachbarn finden sie hingegen nach einer Umfrage aus 1981 (*siehe Tabelle 5*) nicht so wichtig.

Entwicklungshilfe:

Überraschend viele Österreicher meinten im Jahre 1981, dass Österreich zu jenen Ländern gehört, die überdurchschnittlich viel Entwicklungshilfe leisten. *Tabelle 6* weist auf diese Fehlmeinung hin. In der Realität zählte Österreich damals und zählt auch heute noch zu den Industrieländern mit einer vergleichsweise geringen Entwicklungshilfe. Nur 9% der Österreicher

Aussenpolitik und öffentliche Meinung

gaben die richtige Antwort. Diese Überschätzung der eigenen Entwicklungshilfeleistung hängt mit der geringen Bereitschaft der Österreicher zur Entwicklungshilfe zusammen. In einer Ende 1984 durchgeführten Umfrage erklärten sich nur 21% bereit, 2.000 Schilling für die Entwicklungshilfe zu spenden. Mit steigendem Bildungsgrad und Einkommen erhöht sich jedoch diese Bereitschaft.

Bewertung der österreichischen Aussenpolitik:

Eine aktive Aussenpolitik findet bei der überwiegenden Mehrheit der Österreicher Zustimmung. So sprachen sich im Jahre 1982 nur 13% gegen eine aktive Aussenpolitik aus, die versucht, Österreichs internationale Bedeutung zu heben (*Tabelle 7*). Überraschend vermuteten die Befragten jedoch, dass die Mehrheit der Österreicher diese positive Einstellung nicht teilt. *)

Tabelle 1: Bedeutung der Außenpolitik für den Einzelnen

1.) Okt./Nov. 1981: „Glauben Sie, daß Sie von außenpolitischen Entscheidungen persönlich in Ihrem unmittelbaren Lebensbereich betroffen werden?“

ja, in hohem Maße	ja, aber nur in geringem Maße	nein, überhaupt nicht	weiß nicht, k. A.
7	35	36	22

2.) März 1984: Bedeutung der Österreichischen Außenpolitik?

ja, die Außenpolitik ist für einen persönlich bedeutsam	nein, die Außenpolitik ist für einen persönlich nicht bedeutsam	weiß nicht
65	22	12

Quellen:

1. Fessel + GfK, N = 1500; zitiert nach KICKER/KHOL/NEUHOLD, Außenpolitik und Demokratie in Österreich, Salzburg 1983, S.A 18.
2. IFES-Telefonumfrage, N = 420.

*) Die Darstellung fusst auf einer noch unveröffentlichten Studie des „Österreichischen Instituts für Internationale Politik“. Sie basiert auf einigen, in den letzten Jahren durchgeführten und zum Teil nicht publizierten Umfragen.

*Aussenpolitik und öffentliche Meinung***Tabelle 2: Wissen über Außenpolitik**

	Österreich							
	gehört an				gehört nicht an			
	Gesamt	Grund- schulen	Berufs-, Fachschulen	Matura Univers.	Gesamt	Grund- schulen	Berufs-, Fachschulen	Matura Univers.
UNO	79	70	87	95	8	9	7	3
EFTA	53	43	60	75	22	23	24	15
EWG	47	50	48	32	37	27	42	62
OPEC	27	27	30	14	49	39	55	80
Blockfreie Staaten	24	24	24	27	45	34	54	61
NATO	16	17	18	12	61	51	69	82
COMECON	3	3	4	2	61	49	70	86

Quelle: Fessel + GfK und IFES, Februar/März 1980, N = 2000;
zitiert nach: Das österreichische Nationalbewußtsein, Studie der Paul Lazarsfeld
Gesellschaft für Sozialforschung, Wien 1980, Berichtsband S. 21 und Tabellen-
band, S. 58—63.

Tabelle 3: Außenpolitik und Landesverteidigung

„Wodurch kann Österreich seine Freiheit,
Unabhängigkeit und Neutralität sichern?“

	1.) Okt. 1978	2.) März 1982
Außenpolitik	49	33
Außenpolitik und Landesverteidigung	41	52
Landesverteidigung	5	5
weiß nicht	5	10

Quellen:

1. IMAS-Umfrage Oktober 1978; zitiert nach KICKER/KHOL/NEUHOLD, S. 245.
2. SWS, DF 206/B 166, N = 2564; zitiert nach Journal für Sozialforschung, 22. Jg., 3/1982, S. 364.

*Aussenpolitik und öffentliche Meinung*Tabelle 4: **Österreichs Rolle in der Welt**

	1.) 1965	2.) 1979	3.) Feb./März 1980
Neutrale Friedenszone (zwischen den Machtblöcken)	26	38	28 (75)
Brücke zwischen Ost und West	31	25	21 (57)
Träger eines großen kulturellen Erbes	5	4	17 (47)
Schaufenster der Demokratie	10	10	14 (38)
Österreich soll nur für die Österreicher da sein	11	8	10 (26)
Vorhut des christlichen Abendlandes	5	3	6 (17)
Bollwerk gegen den Osten hat keine wirkliche Aufgabe	7	5	3 (7)
k. A.	2	2	nicht gefragt
	3	5	1 (2)
Summe	100	100	100 (269)

Anmerkung: Bei der Umfrage 3 waren, im Gegensatz zu den vorhergehenden Umfragen, Mehrfachnennungen möglich. Um sie mit den anderen direkt vergleichen zu können, wurden die Originalwerte auf 100 Prozent umgerechnet. Die Originalwerte wurden in Klammern gesetzt.

Quellen:

1. und 2.: SWS, 153. Bericht, März 1980, für 1979, N = 2112; zitiert nach Journal für angewandte Sozialforschung, 20 Jg., 3—4/1980, S. 58.

3.: Fessel + GfK und IFES, Februar/März 1980, N = 2000; zitiert nach: Das österreichische Nationalbewußtsein, a. a. O., Berichtband S. 17 und Tabellenband S 46.

*Aussenpolitik und öffentliche Meinung***Tabelle 5: Die Stellung der Bevölkerung zu den Nachbarstaaten**

„Über welche Länder und Regionen möchten Sie Informationen erhalten?
Welche Informationen erscheinen Ihnen für Ihr
außenpolitisches Verständnis richtig?“
(Auszug aus den Antwortmöglichkeiten)

Information über:	%
die westlichen Nachbarländer Österreichs (BRD, Schweiz, Frankreich, Liechtenstein)	47
die südlichen Nachbarländer Österreichs (Jugoslawien, Italien)	27
die benachbarten Ostblockländer (Ungarn, CSSR)	38

Quelle: Fessel + GfK, Okt./Nov. 1981, N=1500; zitiert nach KICKER/KHOL/NEUHOLD, S. A54.

**Tabelle 6: Einschätzung der Höhe der österreichischen
Entwicklungshilfeleistung**

„Gehört Ihrer Meinung nach Österreich zu jenen Ländern, die . . .
Entwicklungshilfe leisten?“

	überdurch- schnittlich viel	durch- schnittlich viel	eher wenig	weiß nicht
Gesamt	33	50	9	9
Schulbildung:				
Pflichtschule ohne Ausbildung	31	50	6	14
Pflichtschule mit Ausbildung	36	53	6	6
Matura/Universität	27	41	27	5

Quelle: Fessel + GfK und IFES, Februar/März 1981, N = 2000; Entwicklungshilfe im
Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung, durchgeführt im Auftrag der Paul
Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung, Tabellenband, Tab. 2.

*Aussenpolitik und öffentliche Meinung***Tabelle 7: Bewertung der österreichischen Außenpolitik**

	sehr dafür	etwas dafür	eher weniger dafür	voll- kommen dagegen	weiß nicht
1. „Was meinen Sie selbst zu einer aktiven Außenpolitik, die versucht, Österreichs internationale Bedeutung zu heben?“	56	28	10	3	3
2. „Und wie ist das Ihrer Meinung nach bei der Mehrheit der Österreicher?“	28	39	15	2	16

Quelle: SWS F206/B166, März 1982, N = 2564; zitiert nach Journal für Sozialforschung 3/1982, S. 366.

Information des Parlaments

Information des Parlaments

Der Nationalrat ist das wichtigste Forum für die ausserpolitische Meinungsbildung, für den ausserpolitischen Meinungsaustausch zwischen der Bundesregierung und der Opposition sowie zwischen dem Aussenminister und den Parlamentariern.

Im Jahre 1984 hielt der Aussenpolitische Ausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten Fritz Marsch am 5. Mai eine Sitzung ab, bei der folgende Themen zur Beratung standen:

- Bericht der Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit
- Aussenpolitischer Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1983 und
- Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeit von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (als Regierungsvorlage)

Diese Berichte bzw. die Regierungsvorlage wurden vom Plenum am 24. Mai bzw. am 14. Juni und 10. Mai behandelt.

Das Plenum des Nationalrates verabschiedete 1984 folgende Entschliessungen zu ausserpolitischen Themen:

Am 24. Mai 1984: Ersuchen an die Bundesregierung, der Sorge über das gegenwärtige Schicksal von Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seiner Frau Ausdruck zu geben und die Regierung der UdSSR zu ersuchen, ihm und seiner Frau den vollen Schutz der in der Schlusserklärung von Helsinki verbrieften Rechte angedeihen zu lassen.

Am 9. November 1984: Drei-Parteien-Antrag, in dem der Nationalrat die Verletzung der territorialen Souveränität Österreichs durch tschechoslowakische Grenzorgane auf das schärfste verurteilt und die volle Aufklärung der Vorfälle fordert. Er unterstützt alle Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen, auch mit der CSSR, und die vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten im Gegenstand unternommenen Schritte.

Am 11. Dezember 1984: Entschliessung betreffend den Bericht der österreichischen Bundesregierung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des 10. Jahrestages des Beginnes des KSZE-Prozesses (Drei-Parteien-Antrag).

Entschliessung betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile (Drei-Parteien-Antrag).

Abgesehen von besonderen Anlässen beschäftigt sich der Nationalrat mit ausserpolitischen Fragen regelmässig bei der Vorstellung des Aussenpolitischen Berichtes und im Rahmen der Debatte zum Budgetkapitel „Äusseres“.

Zur Verbesserung des Informationsflusses und zur Beratung der Bundesregierung und einzelner Bundesminister in Fragen der Aussenpolitik wurde durch Bundesgesetz vom 23. 6. 1976 der „Rat für Auswärtige Angelegen-

Information des Parlaments

heiten“ geschaffen und durch Verordnung vom 5. 10. 1976 seine Geschäftsordnung festgelegt.

Unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers fanden 1984 drei Sitzungen statt:

25. Tagung am 6. 4. 1984

Themen: 1. Die österreichische Haltung bei der Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE)
2. Information über die Position Österreichs bei der EFTA-EG-Gipfelkonferenz in Luxemburg

26. Tagung am 21. 9. 1984

Themen: 1. Resultate und österreichisches Stimmverhalten bei der UNIDO-Konferenz
2. Stand der Beziehungen zwischen EG und EFTA
3. Stand der KVAE in Stockholm
4. Stand der Abrüstungskonferenz in Genf
5. Vorschau auf die kommende Generalversammlung der Vereinten Nationen
6. Technologietransfer

27. Tagung am 14. 11. 1984

Themen: 1. Derzeitiger Stand der KVAE und der Genfer Abrüstungskonferenz
2. Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA
3. Aussenpolitische Fragen, die sich aus der Anschaffung von modernem militärischem Gerät ergeben könnten

Darüber hinaus besteht die Tradition informativer Gespräche zwischen dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und den Aussenpolitischen Sprechern der im Parlament vertretenen drei Parteien.

Besonders eng ist die Zusammenarbeit zwischen dem Aussenministerium und den Mitgliedern der Österreichischen Parlamentarischen Delegation beim Europarat, wobei jeweils vor den Tagungen des Ministerkomitees bzw. des Plenums der Parlamentarischen Versammlung Gespräche stattfinden. Im Berichtsjahr fanden drei derartige Kontakte statt:

Am 25. Jänner 1984 mit dem Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, wobei die Themen Wiederwahl von Generalsekretär Dr. Karasek, die Beziehungen zwischen dem Europarat und der Türkei sowie administrative Fragen behandelt wurden;

Am 18. Oktober 1984 mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, wobei in erster Linie die Frage der Übertragung der Zuständigkeit für das Büro der Parlamentarischen Delegation beim Europarat an

Information des Parlaments

die Parlamentsdirektion und die Durchführung des Meinungsaustausches mit der Parlamentarischen Delegation behandelt wurden;

Am 19. November 1984 mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten. Dabei wurden die beiden von der Schweiz und Österreich eingebrachten Resolutionsentwürfe über die Stärkung des politischen Dialogs bzw. über die Beziehungen zwischen EG und ER, die Empfehlung 994 der Parlamentarischen Versammlung vom 3. 10. 1984 über die Zukunft der Europäischen Zusammenarbeit, die Frage des türkischen Vorsitzes im Ministerkomitee, die Entwicklung der Lage in Malta und die Vorbereitung der Europäischen Ministerkonferenz für Menschenrechte behandelt.

Volksanwaltschaft

Seitens der Volksanwaltschaft waren 1984 insgesamt sieben Fälle beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten anhängig; in zwei Fällen war bereits eine frühere Befassung erfolgt.

In zwei der sieben Fälle richtete sich die Beschwerde gegen eine nicht-österreichische Stelle; das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten war dennoch um eine Lösung bemüht. Beschwerden in drei Fällen erwiesen sich nach Ansicht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bei genauer Prüfung als nicht stichhaltig und wurden zurückgewiesen. In zwei Fällen wurde der Beschwerde stattgegeben und der Beschwerdeführer nachträglich zufriedengestellt. Der Volksanwaltschaft wurde in diesem Sinne berichtet.

Die außenpolitische Dimension von Satelliten- und Kabelfernsehen

Die Fragen des grenzüberschreitenden Rundfunks (Satelliten- und Kabelfernsehen) werden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bereits seit geraumer Zeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Daß solche Fragen außenpolitische Dimensionen haben, zeigt allein schon die Tatsache, daß die beiden deutschsprachigen Nachbarländer (Schweiz und BRD) mit Österreich Konsultationen gepflogen und u. a. ein Projekt erörtert haben, das im Jahre 1984 verwirklicht wurde: Die Zusammenarbeit des ORF mit dem ZDF und der SRG beim Satellitenfernsehen.

Der ORF ist mit dem ZDF und der SRG übereingekommen, ein deutschsprachiges Gemeinschaftsprogramm zu erstellen, welches unter Nutzung

Information des Parlaments

des von der EUTELSAT betriebenen Fernmeldesatelliten ECS 1 abgestrahlt wird. Der Empfang der Signale ist nur über eine technisch aufwendige Bodenstation möglich, die in der Regel von der jeweiligen nationalen Fernmeldebehörde autorisiert sein muß, und die somit der nationalen Gesetzgebung unterliegt. Die Verbreitung an die einzelnen Teilnehmer erfolgt über terrestrische Sendernetze oder Kabelnetze. Die Form der Zusammenarbeit entspricht der bisher praktizierten Kooperation im Hörfunk und Fernsehen mit ausländischen Rundfunkanstalten wie z. B. bei Eurovisionssendungen.

Seit 23. Jänner 1984 ist die Einspeisung von „Sky Channel“ in die österreichischen Kabelnetze zugelassen. Bei der Zulassung des „Sky Channels“ handelt es sich um ein befristetes technisches Versuchsprogramm. Bei auftretenden technischen Schwierigkeiten kann es von der Seite der Post- und Telegraphenverwaltung beendet werden.

Diese Form des Satellitenfernsehens ist jedoch nur der erste Schritt in einer weiteren Evolution des Fernsehens, die nationale Grenzen immer durchlässiger und Monopolansprüche immer fraglicher machen wird. In nicht allzu ferner Zukunft werden die sogenannten „Direktsendesatelliten“ Impulse direkt an die Fernseher abstrahlen, ohne daß aufwendige Kabelnetze dazwischen geschaltet sind.

Übereinkommen zur Gründung von „EUTELSAT“

Bei einer Staatenkonferenz wurde 1982 in Paris ein Übereinkommen angenommen, mit dem eine neue zwischenstaatliche Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten (EUTELSAT) gegründet wird. Dieses Übereinkommen, das von Österreich am 10. Mai 1983 unterzeichnet wurde, ist objektiv noch nicht in Kraft getreten. Durch ein von allen Unterzeichnerstaaten angenommenes Änderungsprotokoll wurde die Annahmefrist, die sich als zu kurz herausgestellt hatte, auf 36 Monate erstreckt. Das Übereinkommen samt Betriebsvereinbarung liegt dem Nationalrat zur Genehmigung vor.

Diplomatenseminar Klessheim

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten veranstaltete im August 1984 mit dem Generalthema „Der Beitrag kleinerer Staaten zum Weltfrieden“ das 27. Internationale Diplomatenseminar auf Schloß Klessheim (Salzburg). Die Teilnehmer, 42 Diplomaten aus 37 Ländern, hatten Gelegenheit, mit Wissenschaftlern, Juristen und hochrangigen Politikern alle Aspekte dieses Fragenkomplexes zu erörtern. Vortragende waren der schwedische Verteidigungsminister Anders Thunborg; der indonesische Außenminister Prof. Dr. Mochtar Kusumaadmadja; der frühere Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Edem Kodjo; der Unterge-

Information des Parlaments

neralsekretär der UN für politische Fragen, Diego Cordovez; der Informationsberater des indischen Ministerpräsidenten, H. Y. Sharada Prasad; der venezolanische Universitätsprofessor Dr. Enrique Tejera-París und der Untersekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten des Heiligen Stuhls, Monsignore Audrys Backis.

Dokumentation

Die Informationsflut der heutigen Zeit hat auch vor dem Außenministerium nicht Halt gemacht. Um sie zu bändigen, zu kanalisieren und die Einzelinformation sinnvoll in Zusammenhänge einzuordnen, mußten neue Wege beschritten werden.

Die angestellten Überlegungen führten dazu, daß eine Organisationseinheit „Dokumentation“ geschaffen wurde, deren Aufgabe es ist, die außenpolitisch relevanten Informationen zu erfassen, zu speichern und im Bedarfsfall wiederzugeben. Die Frage nach dem „Wie“ wurde aufgrund des derzeitigen Standes der Technik und im Rahmen des zur Verfügung stehenden Personals folgendermaßen gelöst:

Die Dokumentation arbeitet EDV-unterstützt. Die Information wird auf einem speziell ausgearbeiteten Erfassungsblatt zusammen mit den nötigen Formalkriterien in Schlagwörtern wiedergegeben. Dann wird das Originaldokument mikroverfilmt, die Angaben auf dem Erfassungsblatt werden im on-line-Betrieb in das EDV-System eingegeben. Bei einer Anfrage werden die relevanten Dokumente über die Schlagwörter oder die Formalkriterien durch die Bildschirmsuche herausgefiltert. Das Ergebnis wird auf einem zugehörigen Drucker ausgegeben. Der Benutzer kann dann entscheiden, ob ihm diese Information bereits ausreicht oder ob er den Volltext vor sich haben möchte. Im zweiten Fall kann das ursprüngliche Dokument vom Mikrofilm her wieder vollständig wiedergegeben werden.

Natürlich könnte man sich die Frage stellen, warum nicht gleich der ganze Text in den Computer eingegeben wird. Dem steht entgegen, daß bei einem solchen System jedes Dokument neu geschrieben werden müßte – Geräte, die Schriftstücke direkt in das EDV-System einlesen, sind noch nicht ausgereift –, wozu eine unverhältnismäßig große Anzahl von Schreibkräften notwendig wäre. Außerdem würden die Volltexte ein Vielfaches der Speicherkapazität des Großrechners erfordern, die nach dem beschriebenen System notwendig ist.

Die gewählte Lösung stellt daher eine Maximierung des Nutzens bei gleichzeitiger Minimierung des Aufwandes dar.

Im Jahre 1984 konnte der Probetrieb der Dokumentation aufgenommen werden. Je zwei Abteilungen der Sektionen II, III und V sowie die Außenpolitische Bibliothek fungieren als Pilotabteilungen und beliefern die Doku-

Information des Parlaments

mentationsstelle mit den im jeweiligen Arbeitsbereich anfallenden für das gesamte Ministerium relevanten Informationen. Aufgrund der Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt wird dann 1985 der Vollbetrieb für alle Abteilungen des Hauses aufgenommen werden.

Schon im Zuge der Überlegungen für die Dokumentation hatte sich gezeigt, daß dieses Projekt nicht isoliert, sondern nur im Rahmen eines integrierten Daten- und Textverarbeitungssystems des Außenministeriums gesehen werden muss. Es wäre in Zukunft unwirtschaftlich, wenn einfache Informationsabfragen nur in der Dokumentationsstelle gemacht werden könnten. Es muß vielmehr danach getrachtet werden, zumindest in jeder Sektion des Hauses, im Kabinett des Bundesministers und im Generalsekretariat eine Abfragemöglichkeit zu schaffen. Nur dafür eigene Bildschirme aufzustellen, wäre im höchsten Maße unökonomisch. Es muß die Lösung vielmehr so konzipiert sein, daß auf denselben Geräten Texte ver- und bearbeitet wie auch Abfragen aus der Dokumentation durchgeführt werden können.

Nachdem die Dokumentation den Probebetrieb aufgenommen hatte, mußte daher stufenweise an die Realisierung der ADV-Gesamtlösung für das Ressort herangegangen werden.

Die Grundlage für das Konzept eines integrierten Daten- und Textverarbeitungssystems stellt immer eine Analyse des Schriftgutes nach Qualität und Quantität dar. Erst eine solche Analyse liefert die einzelnen Parameter für die zu treffenden Entscheidungen. Es wurde deshalb eine ADV-Gruppe geschaffen, welche die Aufgabe hatte, diese Analyse durchzuführen und in der Folge darauf basierend das ADV-Konzept für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu erstellen. Die Analyse wurde ab Mitte Juni 1984 durchgeführt, die Ergebnisse konnten Ende Oktober 1984 vorgelegt werden.

Die Untersuchungen gliedern sich in Referentenerhebung, Schreibkraftherhebung sowie Kanzleierhebung für den Monat März 1984 und erfolgten EDV-unterstützt.

Durch diese Untersuchungen wurde das gesamte Schriftgut des Ressorts in einem repräsentativen Zeitabschnitt nach Quantität und Qualität erfaßt und der für die Schreibebeiten nötige Zeitaufwand festgestellt. Außerdem wurden die im Hause verwendeten Formulare, Listen, Tabellen und Karteien erhoben und in Einzelgesprächen die Möglichkeiten für einen ADV-Einsatz durchleuchtet.

Die Ergebnisse der Analyse sind durchaus ermutigend, denn sie zeigen auf, daß gerade durch den Einsatz der ADV eine wesentliche Verbesserung und Beschleunigung des Schriftverkehrs und des Informationsflusses erreicht werden kann. Und mit dieser Zielsetzung wird in der nächsten Zeit das ADV-Konzept für das gesamte Ressort unter Einbeziehung der Vertre-

Information des Parlaments

tungsbehörden und Kulturinstitute erstellt. Es wird ein zukunftsorientiertes Konzept sein, das den Anforderungen, die an eine moderne Verwaltung und an ein modernes Informationssystem gestellt werden, entspricht.

Außenpolitische Bibliothek

Seit Beginn des Jahres 1984 verfügt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten über eine allen Anforderungen gerecht werdende Bibliothek. Durch die Vereinigung der Amtsbibliothek mit den Beständen der Diplomatischen Akademie und dem Ankauf der Bibliothek der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik wurde der Buchbestand auf ca. 25.000 Bände, Monographien und etwa 250 laufend geführte Zeitschriften aufgestockt. Damit ist auch eine effiziente und enge Zusammenarbeit mit der Dokumentation des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gewährleistet, da eine Erschließung der relevanten Literatur und eine Speicherung mittels EDV eine rasche bedarfsdeckende Versorgung der Dokumentation sichert.

Eine zentral gelegene Handbibliothek im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit ca. 1.700 Bänden dient zur raschen Erstinformation: Autoren- und Schlagwortkataloge – nach den modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen geführt und somit ADV gerecht aufgebaut – erleichtern das Auffinden von weiterführender Literatur zu einzelnen Themenstellungen, die durch „information retrieval“ und Anfrage an die Dokumentation ergänzt und abgerundet werden können.

Archive

Im Archivwesen besteht die Problematik darin, daß den verschiedensten, mitunter widerstreitenden, Interessen Rechnung getragen werden muß. Dem berechtigten Interesse der Wissenschaftler an einer Öffnung des gesamten Aktenmaterials für die Forschung steht das ebenfalls berechtigte Interesse des Staates und des Einzelnen gegenüber, gewisse in den Akten festgehaltene Vorgänge, Verhandlungsergebnisse und Personaldaten erst zu einem späteren Zeitpunkt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wird Sache des Gesetzgebers sein, für den ganzen Bundesbereich gültige Richtlinien auszuarbeiten und dann für verbindlich zu erklären. Vor einer solchen Regelung müssen sich die einzelnen Ressorts mit Richtlinien behelfen, die sich am internationalen Standard orientieren.

In diesem Sinne wurde die Behandlung aller Archivfragen an einer einzigen Stelle konzentriert. Mit der Sichtung der Altbestände an Akten wurde begonnen, wobei die Sektion V und die Abteilung I. 3 erfolgreich die Aufgabe von Piloteinheiten übernahmen. Durch diese Arbeiten können die Aktenmengen im Umfang reduziert und so aufbereitet werden, daß sie der

Information des Parlaments

Forschung leichter zugänglich sind. Die Erfahrungen, die bei diesen Arbeiten gemacht worden sind, können als Grundlage für die Entscheidungen hinsichtlich einer Gesamtlösung auf dem Archivsektor dienen.

Bei all diesen Arbeiten wurde enger Kontakt mit dem Österreichischen Staatsarchiv, und da insbesondere mit dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv gehalten, außerdem wurde auch immer wieder das Bundeskanzleramt als das für den Datenschutz zuständige Ressort konsultiert. Die bisher erzielten Teilergebnisse geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß in absehbarer Zeit Lösungen gefunden werden können, die alle Interessensgruppen zufriedenstellen.

*Auswärtiger Dienst***Auswärtiger Dienst**

Gerade ein kleines und dazu hochindustrialisiertes Land ist im höchsten Masse von seiner internationalen Umwelt abhängig. Gerade ein kleines Land muss höchsten Wert darauf legen, diese internationale Umwelt richtig zu erkennen und im Sinne seiner Interessen zu gestalten. Und gerade für ein kleines Land sind Kontakte mit dem Ausland eine alltägliche Selbstverständlichkeit, ist es förderlich, sich um diese Kontakte besonders zu bemühen und sie in planvoller Weise zu nützen. Das ist nicht nur Aufgabe eines Ressorts und seine Stabes. Es liegt ja im Wesen einer pluralistischen Gesellschaft, dass sie das Grenzüberschreitende zumeist nicht kontrollieren und regeln kann und will. In einem kleinen Land werden internationale Kontakte nie die exklusive Aufgabe einer sehr kleinen Gruppe von Berufsdiplomaten sein können. Sie werden sich vielmehr und mit vermehrter Selbstverständlichkeit für viele Körperschaften, Unternehmen, Kultureinrichtungen und nicht zuletzt für den Bürger selbst ergeben.

Aussenpolitik, die bewusste Gestaltung der auswärtigen Beziehungen wird daher nicht nur vom Auswärtigen Dienst besorgt, sondern daneben auch von vielen anderen Stellen. Das ist nur natürlich. Offensichtlich ist freilich, dass dieser breiten Auffächerung gelegentlich der Bedarf nach stärkerer Koordinierung gegenübersteht. Gelegentlich kann dem dadurch entsprochen werden, dass dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gewisse neue Verantwortlichkeiten übertragen werden: wie etwa die Auslandskulturpolitik, durch das Bundesministeriengesetz vom Jahre 1973; und mit Wirkung vom 1. 1. 1985 die Verantwortung für die Gestaltung der internationalen Entwicklungshilfe. Auf diesem Weg kann man aber nur beschränkt voranschreiten. Umso wichtiger wird es also, neue und flexible Instrumente für die Koordinierung der österreichischen Auslandsaktivitäten zu schaffen. Ein solches neues Instrument ist das „Ministerkomitee zur Koordinierung der Aktivitäten Österreichs im Ausland“.

Ihm gehören jene Bundesminister an, deren Tätigkeit einen besonders hohen Einfluss auf die internationalen Beziehungen Österreichs hat; nämlich der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, der Bundesminister für Landesverteidigung und der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport.

Das Komitee ist zum ersten Mal am 6. November 1984 zusammengetreten und es hat sich bei dieser Gelegenheit mit bevorstehenden Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern und mit Fragen der Auslandskulturpolitik befasst.

Der selbe Schluss kann auch aus den Beratungen der Botschafterkonferenzgezogen werden. Sie fand nun schon zum dritten Male und

Auswärtiger Dienst

zwar wieder im September statt. Reise- und Aufenthaltskosten wurden von den Botschaftern selbst getragen. Die Teilnahme muss demnach eine freiwillige sein. Dennoch haben 47 Missionschefs – und damit wieder mehr als im Vorjahr – an ihr teilgenommen. Auch in diesem Forum standen hauptsächlich solche Fragen zur Diskussion, die die Zuständigkeit eines Ressorts überschreiten: nämlich Fragen der Sicherheitspolitik, der Exportförderung und Exportfinanzierung.

Diese beiden Beispiele zeigen, wie sehr sich die Aufgaben des Auswärtigen Dienstes verbreitert haben und wie sehr er sich selbst seiner Natur nach geändert hat. Ihn hat ja früher einmal der Nimbus einer besonderen, exklusiven Unnahbarkeit umgeben. Den hat er inzwischen gewiss verloren. Die Zeitungen, das Fernsehen und nicht zuletzt die vielen persönlichen Kontakte haben Diplomaten alltäglich werden lassen. Sie haben die Diplomatie aus dem Bereich des Geheimnisvollen geholt und sie dem heutigen Menschen zu etwas ziemlich Selbstverständlichem gemacht. Dennoch sind gewisse tiefsitzende Vorurteile geblieben. Allzu leicht und vorschnell sieht man im Auswärtigen Dienst einen sich selbst lebenden bürokratischen Apparat und in seinen Angehörigen eine in sich selbst geschlossene Kaste.

Aber auch diese Vorurteile werden schwinden; nicht deshalb, weil man der Öffentlichkeit krampfhaft ein neues Image präsentieren möchte, sondern deshalb, weil die Wirklichkeit dem Vorurteil allzusehr widerspricht. Der Apparat des Auswärtigen Dienstes steht, wie alle staatlichen Bürokratien, unter demokratischer Kontrolle. Schon deshalb muss er seine Funktionstüchtigkeit und seine Funktionalität immer wieder erneut unter Beweis stellen. Er muss den Beweis erbringen, dass er dem Staat, dessen Bürgern, deren Kultur und Wirtschaft tatsächlich und konkret nützt. Diese demokratische Kontrolle ist für den Auswärtigen Dienst vielleicht noch unmittelbarer und strenger als für andere staatliche Apparate. Denn durch die Natur ihrer Tätigkeit stehen die Angehörigen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vermehrt im Schweinwerferlicht der Öffentlichkeit sowohl des Auslandes als auch des Inlandes; und diese Öffentlichkeit verlangt von ihnen nicht, dass sie exklusiv und geheimnisvoll sind, sondern dass sie die praktischen Aufgaben lösen, die sich in Österreichs Beziehungen mit dem Ausland ergeben.

Das verlangt oft einen sehr hohen persönlichen Einsatz, eine sehr hohe persönliche Motivation. Die „alten“ diplomatischen Tugenden der Verschwiegenheit, der Geduld und der Skepsis mögen da zwar weiterhin ihren Stellenwert haben. Neben diesen werden aber auch andere Charaktereigenschaften erforderlich: Initiative, Phantasie, Gestaltungswille, Artikulationsfähigkeit und nicht zuletzt psychische und auch rein physische Belastbarkeit. Der Auswahl, der Schulung und Motivation des Personals kommt daher besondere Bedeutung zu. Daneben muss aber auch die gesamte

Organisation

materielle Infrastruktur des Auswärtigen Dienstes den sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden.

Organisation

Das Ressort gliedert sich seit 1. Jänner 1985 in sieben Sektionen.

Die Vertretungsbehörden (diplomatische Missionen, das sind Botschaften; Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen; konsularische Vertretungen, das sind Generalkonsulate, Konsulate und Vizekonsulate; Vertretungsbehörden besonderer Art, z. B. Delegation in Berlin), die Kulturinstitute und die Diplomatische Akademie sind dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstellt. Im inneren Dienstbetrieb wird das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als „Zentrale“ bezeichnet, die Vertretungsbehörden und Kulturinstitute unter der Bezeichnung „Vertretungen“ zusammengefasst.

Es gibt 100 solche Vertretungen im Ausland, und zwar:

68 Botschaften, die in 135 Staaten akkreditiert sind (für 1985 ist die Eröffnung einer Botschaft in Seoul in Aussicht genommen),

5 Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen,

16 Generalkonsulate,

1 Delegation in Berlin,

10 Kulturinstitute,

1 Delegation bei der KVAE in Stockholm.

Diese Zahl von „Vertretungen“ mag hoch scheinen. Sie reicht jedoch bei weitem nicht aus, um Österreich überall dort, wo das in der Welt erforderlich ist, präsent zu machen.

Um seine Interessen im Ausland zu vertreten, muss daher Österreich auch auf die Tätigkeit von ehrenamtlichen Vertretern, auf die Tätigkeit der sogenannten Honorarkonsuln, zurückgreifen. Es gibt 181 solche „Honorarkonsulate“ (44 Honorargeneralkonsulate, 135 Honorarkonsulate i. e. S., 2 Honorarvizekonsulate). An diesen Honorarämtern waren insgesamt 236 Honorarkonsuln tätig, und zwar 64 Honorargeneralkonsuln, 121 Honorarkonsuln und 51 Honorarvizekonsuln. Es ist unumgänglich, dieses Netz durch Neuerrichtung von weiteren Honorarämtern noch weiter auszubauen.

Die „Honorarkonsuln“ müssen selbst für die manchmal nicht unerheblichen Kosten aufkommen, die ihnen aus dieser Tätigkeit für Österreich erwachsen; denn in nur sehr vereinzelt Ausnahmefällen kann ihnen ein Prozentsatz dieser Aufwendungen durch Kostenzuschüsse abgegolten werden.

Im Bemühen, ihnen für diese Tätigkeit zu danken und auch in der Absicht, die Verbindung zu Österreich zu stärken und den Meinungs austausch und

**Bundesminister
Mag. Leopold GRATZ**

**Kabinett
Dr. Dietrich
BUKOWSKI**

Generalspektorat
Dr. Heinz
WEINBERGER

**Generalsekretär
DDr. Gerald HINTEREGGER**

Generalsekretariat
Dr. Walter SIEGL

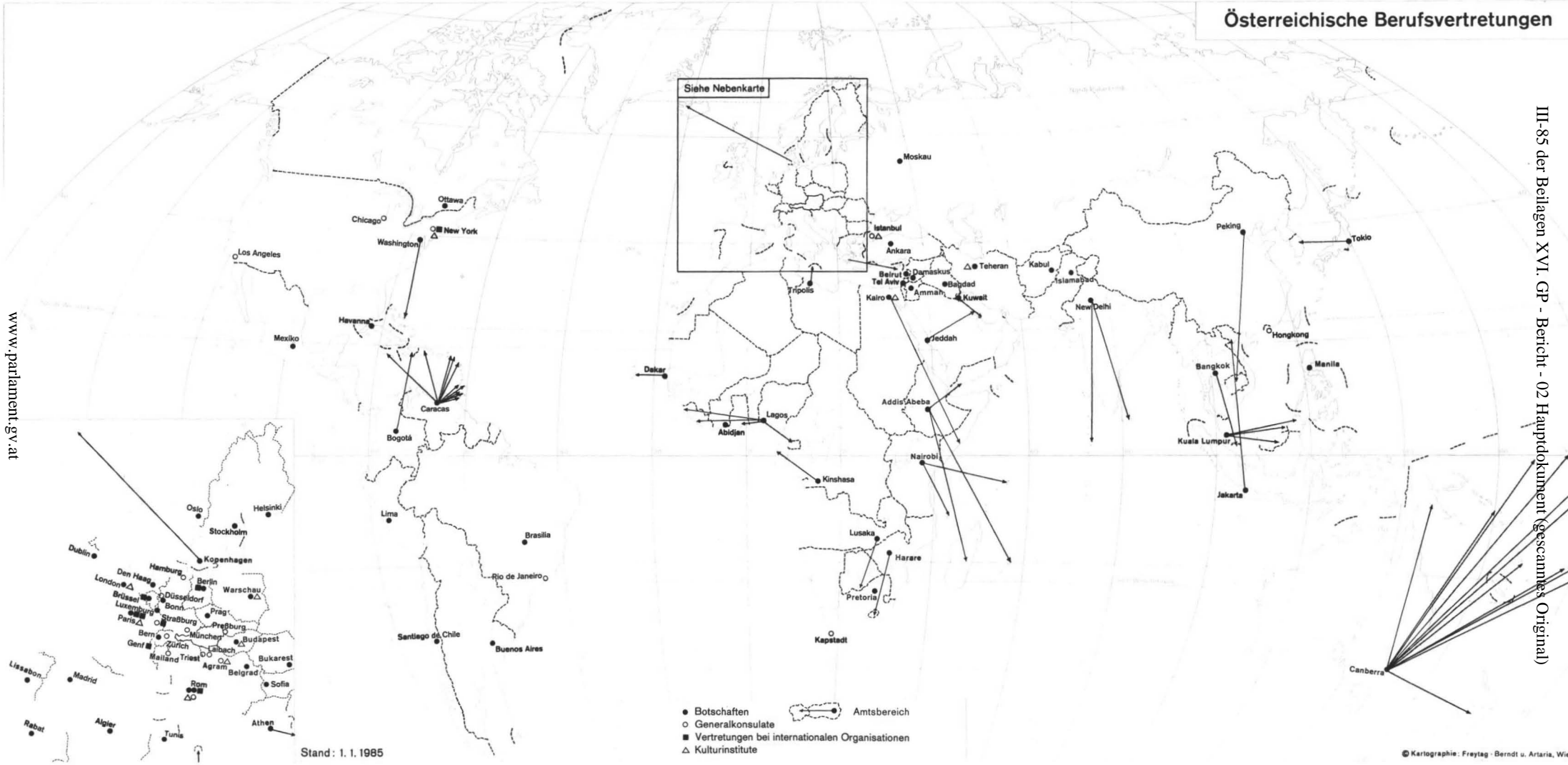
Koordinationsstelle
Dr. Herber KRÖLL

I Zentrale Angelegenheiten DDr. Gerald HINTEREGGER	II Politische Sektion Dr. Friedrich BAUER	III Wirtschaftspolitische Sektion Dr. Georg SEYFFERTITZ	IV Rechts- und Konsularsektion Dr. Walter MAGRUTSCH	V Kulturpolitische Sektion Dr. Wolfgang SCHALLENBERG	VI Administrative Sektion Dr. Friedrich ZANETTI	VII Entwicklungshilfesektion Dr. Franz SCHMID (provisorisch)
I.1 Protokoll Dr. Christoph CORNARO I.1.a Orden Ehrenzeichen Dr. Erika TEKUSCH I.1.b Privilegien Immunitäten ... I.1.c Veranstaltungen Stefan MARKOVICS	II.1 Westabteilung Dr. Ingo MUSSI II.1.a Lateinamerika Karibik Dr. Christoph PARISINI	III.1 Bilaterale und allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten Dr. Otto MASCHKE	IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe Dr. Maximilian PAMMER	V.1 Allgemeine bilaterale Auslandskulturangelegenheiten Dr. August TARTER	VI.1 Personalangelegenheiten Heinz BAAR VI.1.a Individuelle Dienstrechts- angelegenheiten Mag. Ilse MOKRY VI.1.b Personalmaßnahmen Emanuel HELIGE VI.1.c Honorarkonsulate Dr. Katharina LACHMAYER	VII.1 Allgemeine Angelegenheiten Dipl.-Ing. Josef PERNERSTORFER
I.2 Völkerrechtsbüro Dr. Helmut TÜRK I.2.a Allgemeines Völkerrecht Dr. Franz CEDE I.2.b Menschenrechte und allgemeine Volksgruppen- angelegenheiten ... I.2.c Internationales Wirtschaftsrecht Dr. Michael THALER I.2.d Staatsnotariat Dr. Georg POSCH	II.2 Südtirol- Südeuropaabteilung Dr. Klas DAUBLEBSKY	III.2 Wirtschaftliche Integration Dr. Michael FITZ	IV.2 Reise-Grenzverkehr Staatsbürgerschafts- angelegenheiten Dr. Walter HIETSCH IV.2.a Paß-Sichtvermerkwesen Alfred FELTZ	V.2 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur und Wissenscha- ftliche Kooperation Dr. Nikolaus HORN V.2.a Europarat EG Dr. Frieda GOLLNER	VI.2 Besoldungs- und sozial- versicherungsrechtliche An- gelegenheiten Dr. Franz WUNDERBALDINGER VI.2.a Sozialversicherungsrechtl. Angelegenheiten, Neben- gebühren und freiwillige Sozialleistungen Dr. Rosalia ISELSTÖGER	VII.2 Technische Entwicklungshilfe Dokm. Ulrich STACHER
I.3 Presse Information Dr. Karl PETERLIK	II.3 Ostabteilung Dr. Andreas SOMOGYI	III.3 Multilaterale Wirtschafts- angelegenheiten Dokm. Dr. Paul LEIFER	IV.3 Sozialpolitische und Vermögens- angelegenheiten, Beglaubigungs- angelegenheiten Dr. Franz PERNEGGER IV.3.a Sozialpolitische Ange- legenheiten Dr. Erika LIEBENWEIN	V.3 Administrative Angelegenheiten der Auslandskulturpolitik Dr. Markus SCHIMPL	VI.3 Budgetangelegenheiten Dr. Rudolf PRÄSSER VI.3.a Dienstreisen-Über- siedlungen Mag. Bruno WALDERT VI.3.b Voranschlag Kredit- gebarung Karl WOLF	VII.3 Finanzielle Angelegenheiten Dr. Marielles REHÖR
I.4 Informatik ADV ...	II.4 Afrika Asien Ozeanien Dr. Heribert TSCHOFEN II.4.a Naher Osten Dr. Norbert Peter PRAMBERGER	III.4 ECE; Energie; Umweltschutz, Raumordnung Dr. Georg CALICE	IV.4 Auslandsösterreich Schutzmachtangelegenheiten Dr. Georg HOHENBERG	V.4 Ausstellungswesen und Film- angelegenheiten Mag. Karl KOGLER V.4.a Vorbereitung und Durch- führung von Ausstellungen im Ausland Dr. Georg JANKOVIC	VI.4 Vermögensverwaltung, Unter- bringung und Ausstattung Dr. Helmut SCHURZ VI.4.a Beschaffungswesen Erich SCHWEITZER VI.4.b Kreditangelegenheiten Karl PAGLIARUCCI	VII.4 Multilaterale Entwicklungshilfe Dr. Franz SCHMID VII.4.a Expertenbüro Maria SCHLAGER
I.5 Internationale Konferenzen Angelegenheiten internat. Organisationen Dr. Robert MARSCHIK	II.5 Internat. Organisationen Dr. Albert ROHAN	III.5 Verkehrsangelegenheiten Dr. Erich BINDER		V.5 Angelegenheiten der Wissenschaft und Erziehung Dr. Maria GIRGIS	VI.5 Administration, Sicherheitsfragen, Kurierdienst Dr. Josef WIESINGER (interimistisch) VI.5.a Kurierdienst Karl SCHAUB	
I.6 Spezifische multilaterale soziale und humanitäre Angelegenheiten Dr. Walther BACKES	II.6 Grundsatzfragen; Europarat Dr. Thomas NOWOTNY			V.6 Allgemeine Programmplanung, Veranstaltungen auf den Gebieten Literatur, Theater, Musik und Wissenschaft Dr. Johann MARTE	VI.6 Telekommunikation Dr. Edgar SELZER VI.6.a Schulungswesen Alexander MEDL VI.6.b Technischer Dienst Ing. Reinhold PÖLSLER	
	II.7 Sicherheitspolitik Dr. Rudolf TOROVSKY					
	II.8 Rüstungskontrolle, Rüstungs- begrenzung, Abrüstung und IAEO Dr. Heinrich GLEISSNER					

Stand 15. 2. 1985

Organisationsplan des Außenministeriums

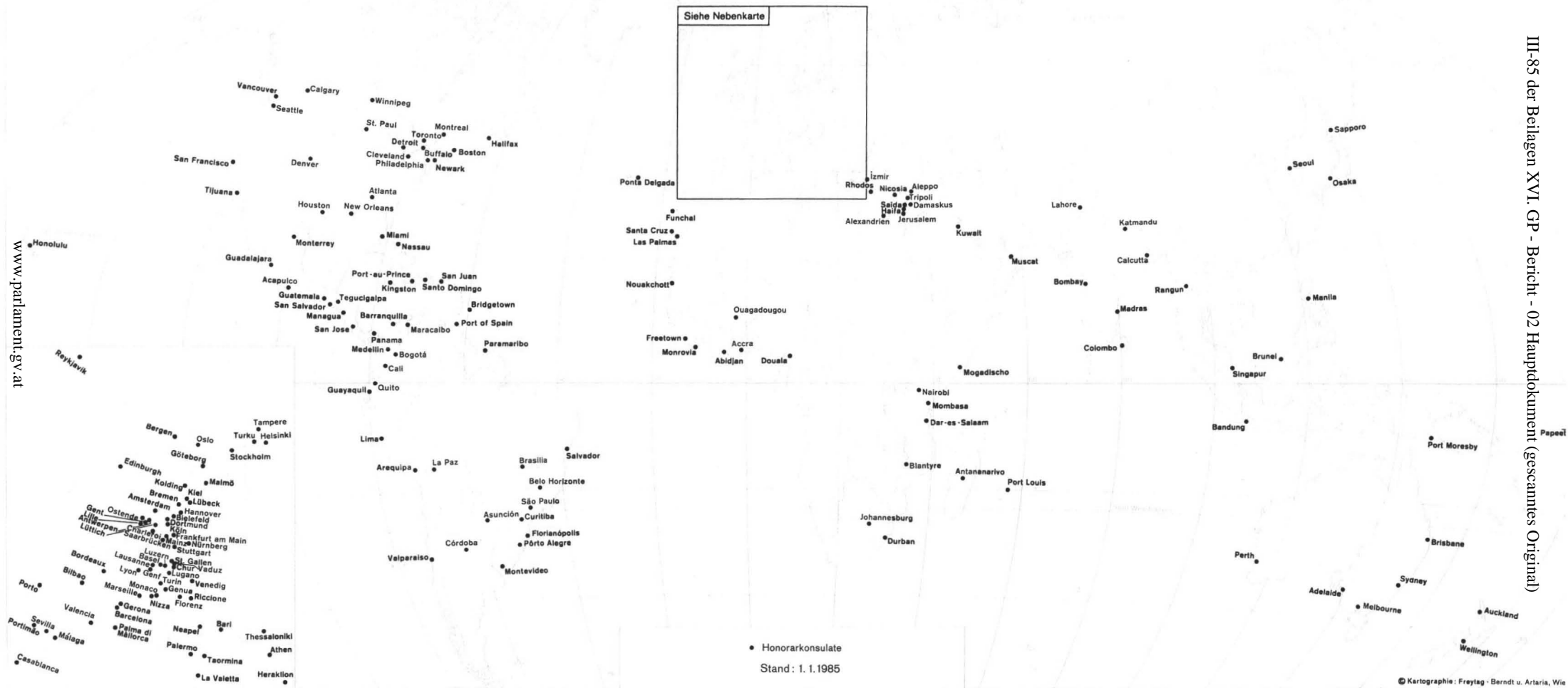
Österreichische Berufsvertretungen



AFGHANISTAN	ÖB Kabul	Adolf HETZL ¹⁾	JAPAN	ÖB Tokio	Dr. Georg HENNIG	SPANIEN	ÖB Madrid	Dr. Gerhard GMOSE
ÄGYPTEN	ÖB Kairo	Dr. Franz BOGEN	Republik Korea			SÜDAFRIKA	ÖB Pretoria	Dr. Johann PLATTNER
Somalia, Sudan	KI Kairo	Dr. Otto ZUNDRITSCH	JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Arnold MÖBIUS	SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Herbert GRUBMAYR
ALGERIEN	ÖB Algier	Dkfm. Dr. Gerfried BUCHAUER	JUGOSLAWIEN	ÖB Belgrad	Dr. Norbert LINHART	THAILAND	ÖB Bangkok	Dkfm. Dr. Rudolf BOGNER
ARGENTINIEN	ÖB Buenos Aires	Dr. Johann MATHE	Albanien	GK Agram	Dr. Peter NIESNER	Birma, Laos, Singapur		
Bolivien, Paraguay, Uruguay				KI Agram	...	TSCHECHOSLOWAKEI	ÖB Prag	Dr. Paul ULLMANN
ÄTHIOPIEN	ÖB Addis Abeba	Dr. Herbert TRAXL		GK Laibach	Dr. Georg WEISS		GK Preßburg	Mag. Otto ROCH
Madagaskar, Mauritius, DVR Jemen, Dschibuti			KANADA	ÖB Ottawa	Dr. Hedwig WOLFRAM	TUNESIEN	ÖB Tunis	Dkfm. Dr. Jörg SCHUBERT
AUSTRALIEN	ÖB Canberra	Dr. Heinrich BLECHNER	KENIA	ÖB Nairobi	Dr. Georg WOSCHNAGG	TÜRKEI	ÖB Ankara	Dr. Klaus Rudolf ZIEGLER
Nauru, Neuseeland, Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomon-Inseln, Tuvalu, Tonga, Kiribati, Vanuatu			Tansania, Uganda Seychellen, Komoren			UNGARN	GK Istanbul	Dr. Wolfgang DONAT
BELGIEN	ÖB Brüssel	Dr. Franz CESKA	KOLUMBIEN	ÖB Bogota	Dr. Manfred ORTNER		ÖB Budapest	Dr. Erwin LUCIUS
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Dr. Harald VAVRIK	Ecuador, Haiti, Panama	ÖB Havana	Dr. Elmar GAMPER	VENEZUELA	KI Budapest	Dr. Arthur AGSTNER
	GK Rio de Janeiro	Dr. Wolfgang KRIECHBAUM	KUBA	ÖB Kuwait	Dr. Wolfgang STEININGER	Dominikanische Republik, Jamaika, Trinidad und Tobago, Barbados, Grenada	KI Budapest	Dr. Karl SCHRAMEK
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Berta BRAUN	KUWAIT	ÖB Beirut	Dr. Georg ZNIDARIC	Suriname, Dominica, Sankt Lucia, Antigua und Barbuda, Sankt Vincent und die Grenadinen, Guyana, Saint Christopher und Nevis	ÖB Caracas	Dr. Alfred MISSONG
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Dr. Harald KREID	LIBANON	ÖB Tripolis	Dr. Erwin MATSCH	VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA	ÖB Washington	Dkfm. Dr. Thomas KLESTIL
CHINA	ÖB Peking	Dr. Wolfgang WOLTE	LIBYEN		Dr. Dietrich BUKOWSKI		GK Chicago	Dr. Hans SABADITSCH
Kampuchea, DVR Korea			LIECHTENSTEIN	ÖB Luxemburg	Dr. Gerhard HEIBLE		GK Los Angeles	Dr. Peter MOSER
DÄNEMARK	ÖB Kopenhagen	Dr. Hans Georg RUDOFISKY	LUXEMBURG	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Franz PALLA		GK New York	Dr. Helga WINKLER- CAMPAGNA
Island			MALAYSIA	ÖB Rabat	Dr. Emil STAFFELMAYR			Dr. Peter MARBOE
DEUTSCHE DEMO- KRATISCHE REPUBLIK	ÖB Berlin	Dr. Hellmuth STRASSER	BRUNEI	ÖB Mexiko	Dr. Heimo KELLNER		KI New York	Dr. Karl WEBER
DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK	ÖB Bonn	Dr. Willibald PAHR	MAROKKO				ÖB Kinshasa	
	GK Düsseldorf	Dr. Heinrich WINTER	MEXIKO					
	GK Hamburg	Dr. Wolfgang SEIFERT	Kostarika, Honduras, Guatemala, Nikaragua, El Salvador, Belize	ÖB Den Haag	Dkfm. Dr. Franz WEIDINGER	ZAIRE		
	GK München	Dr. Hans WALSER	NIEDERLANDE	ÖB Lagos	Dkfm. Dr. Erich KRISTEN	Kongo, Kamerun, Gabun, Tschad, Zentral- afrikanische Republik, Rwanda, Burundi, São Tomé und Príncipe		
	Del. Berlin	Dr. Alexander CHRISTIANI	NIGERIA					
ELFENBEINKÜSTE	ÖB Abidjan	Dr. Tassilo OGRINZ	Liberia, Ghana, Sierra Leone, Äquatorialguinea	ÖB Oslo	...			
Burkina, Niger, Togo, Benin			NORWEGEN	ÖB Islamabad	Dr. Paul HARTIG			
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Johann Josef DENGLER	PAKISTAN	ÖB Lima	Dkfm. Dr. Udo EHRlich-ADAM			
FRANKREICH	ÖB Paris	Dr. Erik NETTEL	PERU	ÖB Manila	Dr. Friedrich POSCH			
Andorra, Monaco	KI Paris	Dr. Rudolf ALTMÜLLER	PHILIPPINEN	ÖB Warschau	Dr. Richard WOTAVA			
GRIECHENLAND	GK Strassburg	Dr. Erich KUSSBACH	POLEN	KI Warschau	Dr. Richard SICKINGER	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York		Dr. Karl FISCHER
Zypern	ÖB Athen	Dr. Herbert AMRY	PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Erich HOCHLEITNER	Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen in Genf		
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND	ÖK London	Dr. Reginald THOMAS	RUMÄNIEN	ÖB Bukarest	Andreas BERLAKOVICH	Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dipl.-Ing. Dr. Georg REISCH
HEILIGER STUHL	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Bernhard STILLFRIED	SAMBIA	ÖB Lusaka	Dkfm. Dr. Horst MEZEI	Ständige Vertretung bei der FAO in Rom		
HONGKONG	GK Hongkong	Eduard ADLER	Botswana, Angola			Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Dr. Franz PEIN
INDIEN	ÖB New Delhi	Dr. Erich Maximilian SCHMID	Malawi			Ständige Vertretung bei der OECD in Paris		Dr. Heinz LAUBE
Sri Lanka, Nepal, Bangla- desh, Bhutan, Malediven			SAUDI-ARABIEN	ÖB Jeddah	Dr. Anton PROHASKA	Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg		Dr. Georg WOSCHNAGG ²⁾
INDONESIEN	ÖB Jakarta	Dr. Ernst ILLSINGER	Arabische Republik Jemen, Oman, Vereinigte Arabische Emirate			Ständige Vertretung bei der OECD in Paris		Dr. Georg LENNKH
Vietnam			SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Ferdinand STOLBERG	Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg		Dr. Hans KNITEL
IRAK	ÖB Bagdad	Dr. Georg POTYKA	SCHWEIZ	ÖB Bern	Dr. Werner SAUTTER	Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel		Dkfm. Dr. Manfred SCHEICH
IRAN	ÖB Teheran	Dr. Manfred KIEPACH	SENEGAL	GK Zürich	Franz BAUER	Ständige Vertretung bei der EFTA in Genf		Dipl.-Ing. Dr. Georg REISCH
	KI Teheran	Dr. Artur BABLOK	Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien	ÖB Dakar	Dr. Gerhard PFANZELTER	Ständige Vertretung beim GATT in Genf		Dipl.-Ing. Dr. Georg REISCH
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Gerhard RAINER	SIMBABWE	ÖB Harare	Dkfm. Dr. Alexander OTTO	Öst. Delegation KVAE in Stockholm		Dr. Wolfgang LOIBL
ISRAEL	ÖB Tel Aviv	Dr. Otto PLEINERT	Lesotho, Mosambik, Swasiland					
ITALIEN	ÖB Rom	Dr. Friedrich FRÖHLICHSTHAL	SOWJETUNION	ÖB Moskau	Dr. Helmuth LIEDERMANN			
San Marino	KI Rom	Dr. Markus LUTTEROTT ³⁾	Mongolei					
	GK Mailand	Dr. Bruno KUNZ						
	GK Triest	Dr. Michael BREISKY						
		Dr. Peter KLEIN						

1) Geschäftsträger
2) Generalkonsul mit Sitz in Rom
3) Die Botschaft Nairobi fungiert als Ständige Vertretung

Österreichische Honorarkonsulate



Budget

die gegenseitige Information zu fördern, hat im September 1984 in Wien über Einladung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten zum ersten Male nach zwölf Jahren wieder eine Begegnung der ehrenamtlichen Vertreter Österreichs stattgefunden.

Budget

Im Bundesvoranschlag 1984 waren 1.758.048.000 S, d. s. 0,40% des Gesamtbudgets, für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten präliminiert. Aus dieser Summe wurden auch die Beiträge Österreichs zu den internationalen Organisationen (341,950 Mill. S) und die Kosten für die Diplomatische Akademie (12,191 Mill. S) bestritten.

Personal

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte im Jahre 1984 durchschnittlich 1.468 Mitarbeiter (davon weiblich 708 = 48%), von denen rund ein Drittel in Wien und zwei Drittel an den Vertretungsbehörden und Kulturinstituten im Ausland tätig waren.

Dem Höheren Dienst im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gehören 369, darunter 40 weibliche Bedienstete (10,8%) an. Dem Gehobenen Dienst gehören 222, darunter 73 weibliche (32,9%) Bedienstete an. Die weiblichen Bediensteten des Höheren (und Gehobenen) Dienstes besetzen neun Leitungsfunktionen in der Zentrale, zwei Missionschefposten, einen Amtsleiterposten und elf Stellen von Spezialattachés.

Aufgrund des Frauenförderungsprogramms der Bundesregierung wurde von der Arbeitsgruppe für Fragen weiblicher Bediensteter im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein „Aktionsplan“ erstellt und vom Herrn Bundesminister genehmigt.

Aufgrund des Bundesgesetzes über die Ausschreibung bestimmter leitender Funktionen, BGBl.Nr. 700/1974, wurden drei Abteilungsleiterposten nach Durchführung des entsprechenden Verfahrens neu besetzt. Weiters wurden 75 Versetzungen von der Zentrale zu Vertretungen, 90 Versetzungen von einer Vertretung zu einer anderen Vertretung im Ausland und 80 Versetzungen von einer Vertretung in die Zentrale, somit insgesamt 275 Versetzungen, verfügt.

Dienstrecht im Auswärtigen Dienst

Dem Personalstand des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gehören Bedienstete mit österreichischer Staatsbürgerschaft (Beamte und Vertragsbedienstete) und Bedienstete ausländischer Staats-

Aufnahme

angehörigkeit an. Letztere werden nur an Vertretungen im Ausland, vorwiegend für Hilfsdienste, verwendet; auf sie ist das Arbeitsrecht des Empfangsstaates anzuwenden.

Für die österreichischen Bediensteten des Auswärtigen Dienstes gilt grundsätzlich das allgemeine Dienstrecht der öffentlich Bediensteten. Zum Teil sind in Verordnungen (Verordnung betreffend die Feststellung der Eignung für die Verwendung im Auswärtigen Dienst, Verordnung betreffend die Prüfung für den Höheren Auswärtigen Dienst, Heimaturlaubungsverordnung, Tropentauglichkeitsverordnung, Verordnung betreffend die Führung von Verwendungsbezeichnungen im Auswärtigen Dienst u. a.) besondere Vorschriften betreffend den Auswärtigen Dienst enthalten.

Aufnahme

Die Aufnahme in den Höheren Dienst des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der auch die Tätigkeit an den österreichischen Kulturinstituten im Ausland umfasst, erfolgt ebenso wie die Aufnahme in den Gehobenen Dienstaufgrund eines Auswahlverfahrens (Préalable), in welchem die Eignung für die Verwendung im Inland und Ausland festgestellt wird. Rechtliche Grundlage für beide Auswahlverfahren, die aus einem schriftlichen und mündlichen Teil sowie einem psychologischen Test bestehen, ist die Verordnung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vom 21. Dezember 1977, BGBl. Nr. 687. Da sich jedoch seit 1977 neue Aufgabenstellungen für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ergaben (z. B. Wissenschaftsattachés) ist eine Novellierung dieser Verordnung vorgenommen worden, die am 11. Jänner 1985 in Kraft getreten ist.

Ernennungserfordernis für die Verwendung im Höheren Dienst ist eine der Verwendung entsprechende abgeschlossene Hochschulbildung, nämlich der Abschluss der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien oder der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien, der volkswirtschaftlichen oder der handelswissenschaftlichen Studienrichtung. Ein anderer Studienabschluss erfüllt nur in Verbindung mit dem Diplom der Diplomatischen Akademie die Ernennungserfordernisse.

Durch den erfolgreichen Abschluss eines dreisemestrigen Aufstiegsurses an der Verwaltungsakademie ist Bediensteten des Gehobenen Dienstes (mit Reifeprüfung einer höheren Schule) mit mindestens zehnjähriger Bundesdienstzeit und ausgezeichnetem Arbeitserfolg die Möglichkeit geboten, das Anstellungserfordernis des Abschlusses eines Hochschulstudiums zu ersetzen.

Im Auswahlverfahren für den Höheren Dienst werden bewertet: das Verständnis für politische, wirtschaftspolitische, kulturelle und rechtliche Zusammenhänge im Bereich der internationalen Beziehungen (auf der

Ausbildung und Fortbildung

Grundlage einer Klausurarbeit); die Kenntnis von Fremdsprachen (auf der Grundlage der schriftlichen Übersetzung eines deutschen Textes ins Englische und Französische); das Gedächtnis (auf der Grundlage der schriftlichen Wiedergabe eines vorgelesenen Textes); die Allgemeinbildung und das historische, volkswirtschaftliche, völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Fachwissen, die Ausdrucksfähigkeit im Deutschen, Englischen und Französischen sowie allenfalls weitere Fremdsprachen, die als von besonderem Nutzen für den Auswärtigen Dienst angesehen werden; die allgemeine geistige, körperliche und charakterliche Eignung für eine Dienstleistung im In- und Ausland (auf der Grundlage eines Gespräches mit der Sachverständigenkommission).

1984 fand eine Eignungsfeststellung für den Höheren Dienst statt, der sich insgesamt 22 Kandidaten unterzogen haben, 14 wurden aufgenommen.

Ernennungserfordernis für den Gehobenen Dienst ist die abgelegte Reifeprüfung oder Beamtenmatura bzw. die erfolgreiche Ablegung der Beamten-Aufstiegsprüfung im Sinne der Ziffer 2.2 Anlage 1 zum Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl.Nr. 333 vom 26. Juni 1979.

Im Auswahlverfahren für den Gehobenen Dienst werden bewertet: das Verständnis für die Probleme des modernen Österreich (auf der Grundlage einer Klausurarbeit); die Kenntnis von Fremdsprachen (auf der Grundlage einer schriftlichen Übersetzung eines Textes aus dem Englischen oder Französischen oder aus beiden Fremdsprachen ins Deutsche); die Allgemeinbildung und das staatsbürgerliche Wissen, die Ausdrucksfähigkeit im Deutschen sowie im Englischen oder Französischen, die allgemeine geistige, körperliche und charakterliche Eignung für eine Dienstleistung im In- und Ausland (auf der Grundlage eines Gespräches mit der Sachverständigenkommission).

1984 haben zwei Eignungsfeststellungen für den Gehobenen Dienst im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten stattgefunden, der sich 80 Kandidaten unterzogen haben, 15 wurden aufgenommen.

Ausbildung und Fortbildung

Ausbildungsziel ist das systematische Vermitteln von Kenntnissen und Fähigkeiten, die der Bedienstete benötigt, um den spezifischen Anforderungen des Höheren Dienstes im In- und Ausland gerecht zu werden. Während einer zweijährigen Probezeit, in der auch die Möglichkeit einer kurzen Auslandsverwendung gegeben ist, wird im Rahmen eines Ausbildungsprogramms der Arbeits- und Ausbildungserfolg überprüft. Die zu diesem Zweck errichtete „Begleitende Kommission zur Feststellung des Ausbildungserfolges“ (BKFA), die unter dem Vorsitz des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten tagt und aus den Mitgliedern der Préalable-Kommission besteht, gibt am Ende der Probezeit

Diplomatische Akademie

eine Empfehlung darüber ab, ob der Bedienstete für den Dienst sowohl im Inland als auch im Ausland geeignet ist.

Diplomatische Akademie

Am 14. Juni 1984 beendete der 19. Lehrgang sein zweijähriges Studium. 13 Absolventen aus Österreich und 12 Absolventen aus dem Ausland (Algerien, Äthiopien, der Bundesrepublik Deutschland, Kamerun, Madagaskar, den Niederlanden, Polen, Senegal, Ungarn, den USA und Zaire) konnte das Diplom über die erfolgreiche Beendigung des Lehrganges überreicht werden. An elf Akademiker wurde eine Auszeichnung vergeben.

Am 2. Oktober trat der 21. Lehrgang in die Diplomatische Akademie ein. Er besteht aus 16 Österreichern und elf ausländischen Studenten. Somit studierten am Ende des Jahres 1984 der 20. und 21. Lehrgang mit insgesamt 50 Akademikern, 29 von ihnen kommen aus Österreich, 21 sind Ausländer (Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Irak, Italien, Luxemburg, Burkina-Faso, Polen, Senegal, Südafrika, Südkorea, der Türkei, den USA und der Volksrepublik China). Vom 20. Lehrgang haben elf Akademiker den Bildungszweig „Diplomatischer Dienst“ und 12 Akademiker den Bildungszweig „Internationale Wirtschaft und Internationales Finanzwesen“ gewählt.

Während des Studienjahres war die Diplomatische Akademie Veranstaltungsort von Gastvorträgen und Diskussionen. Ein eigenes Symposium befasste sich mit den Fragen der Dekolonisierung. An der Spitze der prominenten Gäste stand wieder Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger.

Unter den durchgeführten Exkursionen ist vor allem die Studienfahrt des 20. Lehrganges durch die österreichischen Bundesländer im Juni zu erwähnen sowie die Besuche von Studiengruppen in Berlin, Budapest und Moskau. Während der Sommermonate verbrachte der 20. Lehrgang im Rahmen des bewährten Austauschprogrammes vier Wochen an der Ecole Nationale d'Administration Paris, wo die Teilnehmer im Studentenheim des Österreichischen Kulturinstitutes Paris wohnten.

Als Gegenleistung beherbergte die Akademie im April und im September je eine Gruppe der Ecole Nationale d'Administration. Ebenso wurde das Austauschprogramm mit der spanischen Escuela Diplomática fortgeführt.

In Budapest fand im September 1984 die 12. Tagung der Direktoren Diplomatischer Akademien und Institute für Internationale Beziehungen statt. Gastgeber war der Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Karl Marx Universität. Die Veranstaltung wurde vom Co-Vorsitzenden Dean Peter Krogh (Dekan der Foreign Service School der Georgetown University Washington) und dem Direktor der österreichischen Diplomatischen Akademie, Botschafter Dr. Heinrich Pfusterschmid, geleitet. Sie bot den teil-

Unterbringung der Vertretungen

nehmenden Vertretern von 18 Instituten die Möglichkeit zu einem wertvollen Erfahrungsaustausch, der nun auch eine engere Zusammenarbeit einleiten könnte.

Im September 1984 waren es 20 Jahre, daß die Diplomatische Akademie durch den damaligen Außenminister Dr. Bruno Kreisky als Nachfolgerin der seinerzeit weltberühmten Konsularakademie gegründet wurde. Aus diesem Anlass veranstaltete der „Club der Absolventen und Freunde der Diplomatischen Akademie“ am 19. Oktober eine Feier im neuen Auditorium, zu der sich viele ehemalige Hörerinnen und Hörer der Konsularakademie und der Diplomatischen Akademie einfanden. Der Konsularakademiker und ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, hielt eine Festansprache. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger bekräftigte in einer Festadresse seine enge Verbundenheit mit der Institution. Im Anschluß daran fand unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Karl Zemanek eine Podiumsdiskussion über „Erfahrungen aus zwei Akademien und Ausblicke auf die Zukunft“ statt.

Unterbringung der Vertretungen

Die Unterbringung der österreichischen Berufsvertretungsbehörden im Ausland erfolgt zum Teil in Objekten, die im Eigentum der Republik Österreich stehen, zum Teil in Mietobjekten. Die Republik Österreich ist im Berichtsjahr Eigentümerin von 13 Liegenschaften, auf denen sowohl Residenz als auch Büroräume in einem Objekt untergebracht sind, fünf Liegenschaften, auf denen sich Residenz und Kanzleiräume in getrennten Gebäuden befinden, 44 Residenzen, 24 Bürogebäuden bzw. Büroetagen und 69 Amtswohnungen. Neu angekauft wurden eine Residenz in Algier und ein Amtsgebäude in Strassburg sowie ein Grundstück für den Neubau eines Kulturinstitutes in New York.

Angemietet wurden vier Liegenschaften, auf denen sowohl Residenz als auch Büroräume in einem Gebäude Unterbringung finden, 40 Residenzen, 56 Büros und 147 Amtswohnungen.

Im Berichtsjahr konnten die Adaptierungsarbeiten an den Amtsräumen und der Residenz der Botschaft Kairo sowie die Generalsanierung und Aufstockung des Gebäudes der Botschaft Rom abgeschlossen werden. Weiters wurden die Generalsanierungsarbeiten des Gebäudes der Botschaft Paris begonnen und die Sanierung des Residenzgebäudes in Helsinki durchgeführt. Ebenso erfolgte die Anmietung und Adaptierung eines Residenzgebäudes in Amman. Im Planungsstadium befindet sich der Umbau des Bürogebäudes in Washington und Ottawa. Fortgesetzt wurde die Planung für die Errichtung der Botschaftsgebäude in Riyadh und in Canberra.

Zusätzlich wurden im Berichtsjahr mehrere vorhandene Gebäude in einem unterschiedlichen Umfang saniert bzw. adaptiert.

Kommunikation

Inflation und von der Inflation unabhängige Erhöhungen haben in einer Vielzahl von Staaten zu einer erheblichen Steigerung der Aufwendungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für Mietzahlungen geführt. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten war daher im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen bestrebt, im Hinblick auf die Notwendigkeit der Unterbringung eines Grossteils der entsandten Bediensteten in privat angemieteten Wohnungen, dieser Situation durch die langfristige Anmietung von Amtswohnungen Rechnung zu tragen. Die Bemühungen zur zweckentsprechenden Einrichtung der Amtswohnungen wurden nach Massgabe der finanziellen Mittel fortgesetzt.

Kommunikation

Im Sinne einer raschen und möglichst sicheren Erreichbarkeit der Vertretungsbehörden wurde im Bereich des Gesamtressorts ein nunmehr zur Gänze komplettiertes Telex-Netz errichtet. Der rasche Ausbau dieses Netzes entsprach der besonderen Bedeutung der Kommunikation für die auswärtigen Beziehungen und ist daher vorrangig betrieben worden. Die Zentrale ist nunmehr durch 69 Fernschreibanschlüsse (inkl. Kapstadt) mit diplomatischen Vertretungsbehörden verbunden, mit Berufskonsulaten (der FS-Anschluss in Strassburg steht sowohl der Vertretung als auch dem Generalkonsulat zur Verfügung), mit neun Ständigen Vertretungen bei Internationalen Organisationen, mit der Delegation in Berlin, mit 100 Honorarkonsulaten, mit sieben Aussenhandelsstellen, die als Botschaften fungieren und deren Funktionäre als Diplomaten notifiziert sind, und überdies mit dem Kulturinstitut in New York. Alle Berufsvertretungsbehörden (ausgenommen die Vertretung bei der FAO, bei UNEP und HABITAT sowie bei der OECD) verfügen auch bereits über Geräte, mit denen die Fernschreiben verschlüsselt (chiffriert) werden können. Die Vermittlungsstelle für Fernschreiben im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde reorganisiert. Sie arbeitet teilweise automations-gestützt.

Durch den Einsatz einer prozessorgesteuerten Schlüsselerzeugungsanlage für die Fernschreib-Chiffriergeräte konnte auch die Herstellung des Schlüsselmaterials weitgehend rationalisiert werden.

Seit 1972 werden die Funkverbindungen zu den Botschaften ausgebaut. Die dadurch erreichte Beschleunigung des Nachrichtenverkehrs sichert eine Erreichbarkeit in Krisenzeiten und dient schliesslich auch einer Verbiligung des Depeschenverkehrs.

Zusätzlich zu den elf mit Funkanlagen für Fernschreibverkehr ausgestatteten diplomatischen Vertretungen (Bagdad, Kairo, Lagos, Lissabon, Moskau, New Delhi, Peking, Pretoria, Rom, Tel Aviv, Warschau) haben 1984 diejenigen in Belgrad, Brüssel und Damaskus Funkstellen erhalten. Im Planungsstadium befinden sich solche in Beirut, Teheran und Ankara. Ein zusätzliches Ausbauprogramm wurde bereits beschlossen.

Generalinspektorat

Zwischen der Zentrale und den Vertretungen in New York, Genf, Washington und Brüssel (Mission) bestehen darüber hinaus Verbindungen durch Fernkopiergeräte, die vor allem für die Durchgabe von Dokumenten und Resolutionstexten eingesetzt werden (eine weitere Telekopier-Verbindung mit der Delegation in Strassburg ist vorgesehen). Diese Kommunikationsform hat kosten- und personalmäßig erhebliche Einsparungen gebracht.

Zu den österreichischen Berufsvertretungsbehörden bestehen auch regelmässige Dienstpostverbindungen, die mindestens einmal pro Woche bedient werden.

In der Hauptsache erfolgt die Abfertigung der Dienstsendungen im Luftfrachtwege, wobei soweit wie möglich die Austrian Airlines eingeschaltet werden. Im Sinne einer weltweiten Werbung für die österreichische Fluggesellschaft werden für alle Dienstsendungen AUA-Frachtpapiere verwendet.

Soweit die AUA die Dienstorte der Vertretungsbehörden selbst anfliegt, wird der besonders schutzbedürftige Teil der Dienstsendungen in Form von Pilotensendungen (Artikel 27, Absatz 7, der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen) zum Versand gebracht. Die Vertretungsbehörden können diese Pilotensendungen direkt vom Flugkapitän übernehmen bzw. an diesen übergeben.

Zu näher gelegenen Vertretungsbehörden, wie z. B. Bonn, Düsseldorf, München, Zürich, Bern und Luxemburg sowie Strassburg werden Dienstsendungen auch per Bahnexpress abgefertigt.

Für den Versand schwererer Dienstsendungen werden auch österreichische Spediteure, soweit sie mit eigenen österreichischen LKW-Zügen den Dienstort der jeweiligen Vertretungsbehörde anfahren, herangezogen.

Honorarkonsulate werden, soweit sich ihr Dienstort im Empfangsstaat der vorgesetzten Berufsvertretungsbehörde befindet, im Wege dieser Vertretungsbehörde mit Dienstpost versorgt. Liegt der Dienstort ausserhalb des Empfangsstaates, erfolgt die Abfertigung der Dienstpost direkt durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Postwege.

Generalinspektorat

1984 wurde die Revision der Diplomatischen Akademie durchgeführt. Sie endete in einer Reihe von Empfehlungen, die eine weitere Modernisierung des Lehrbetriebes und eine grössere Autonomie dieser Institution gewährleisten sollen.

Auf dem Gebiet der ADV hat das Generalinspektorat nach umfangreichen Recherchen im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, in allen anderen Ministerien und zum Teil auch im Ausland ein Konzept erarbeitet, das zur Einsetzung einer Projektgruppe sowie zur Erstellung einer fundierten Bedarfsanalyse geführt und sohin beigetragen hat, die Arbeiten

Massnahmen zum Schutz der Sicherheit

auf diesem Gebiet wesentlich zu beschleunigen. Die Verwirklichung dieses Konzeptes wird sicher weitreichende Folgen auf die Arbeitsmethoden des Auswärtigen Dienstes haben (siehe auch Abschnitt „Dokumentation“).

Besonderes Augenmerk wurde der begleitenden Kontrolle im Bauwesen (einem besonderen Postulat des die Innere Revision begründenden Ministerratsbeschlusses vom 15. Mai 1981) gewidmet. Die vom Generalinspektorat geforderten verschiedenen strukturellen Reformen, wie insbesondere in dem für die Planung und Durchführung von Bauprojekten zuständigen Bereich, wurden bereits in Angriff genommen. Im Beschaffungswesen wurden während des ganzen Berichtsjahres fortlaufend zahlreiche Stichproben durchgeführt.

Neben diesen spezifischen Initiativen hat das Generalinspektorat entsprechend seiner Kompetenz für organisatorische Grundsatzfragen an zahlreichen administrativen Maßnahmen mitgewirkt.

Die systematische Revision der Vertretungen im Ausland, die im Berichtsjahr begonnen wurde, soll im kommenden Jahr verstärkt fortgeführt werden.

Massnahmen zum Schutz der Sicherheit österreichischer diplomatischer Einrichtungen

Seit Anfang der 70er Jahre ist es weltweit zu Gewaltmassnahmen und terroristischen Anschlägen gegen diplomatische Einrichtungen gekommen. In Reaktion auf diese wachsende Bedrohung begann das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, die Amtsgebäude und Residenzen (Wohnungen) seiner Bediensteten im Ausland abzusichern. Das erfolgte systematisch, nach Prioritäten und nach einem Konzept. Es ist nun möglich, dem Grossteil der österreichischen Ubikationen im Ausland jenen Schutz zu gewähren, wie ihn auch vergleichbare Staaten bieten.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass terroristische Gewaltmassnahmen gegen diplomatische Einrichtungen keineswegs zum Erliegen gekommen sind, sie nehmen im Gegenteil zu. Auch in Österreich selbst ist es zu solchen terroristischen Anschlägen gekommen; in jüngster Zeit zum Beispiel zu einem tödlichen Attentat auf einen türkischen Angehörigen der internationalen Organisationen in Wien. Einige der involvierten Terroristen konnten von den österreichischen Sicherheitsbehörden festgenommen und vor Gericht gestellt werden. Daraus erwächst erfahrungsgemäss eine erhöhte Gefährdung insbesondere der diplomatischen Vertretungsbehörden Österreichs im Ausland, da zu befürchten ist, dass man versucht sein könnte, die Freilassung dieser Terroristen mit Anschlägen gegen österreichische Einrichtungen im Ausland erpresserisch zu erzwingen.

Massnahmen zum Schutz der Sicherheit

Aus diesen Gründen hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten durch seine seit nunmehr beinahe 20 Jahren bestehende eigene Abteilung für Sicherheitsfragen seine Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheitssituation seiner Vertretungsbehörden zügig fortgesetzt und hierfür nicht unbeträchtliche Budgetmittel eingesetzt. Wo immer möglich, wurden im Jahre 1984 bei neuangekauften, aber auch bei angemieteten Büros und Residenzen unverzüglich jene Massnahmen getroffen, welche im Sicherheitskonzept für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland vorgesehen sind.

Sind in einem Staat zum Schutz der österreichischen Vertretungsbehörden aufgrund der dort gegebenen besonderen Situation darüber hinaus besondere Massnahmen notwendig – wie zum Beispiel bauliche Adaptierungen, Installation von Alarmanlagen, Organisation von Wachdiensten u. a. m. – so werden sie zügig durchgeführt.

In der Ausbildung junger Diplomaten wird nun den Sicherheitsfragen erhöhte Beachtung geschenkt.

Vertragsübersicht

Vertragsübersicht

Diese Übersicht wurde auf Grund der Vertragskartei des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erstellt und soll einen Überblick über die Entwicklung der vertraglichen Beziehungen Österreichs im Jahre 1984 geben. Sie enthält Verträge, Übereinkommen, Notenwechsel, Abkommen und Vereinbarungen, die im Jahre 1984 in Kraft getreten sind bzw. gekündigt wurden. Hinweise auf Verträge etc., die in Verhandlung stehen bzw. die unterzeichnet wurden und noch nicht in Kraft getreten sind, finden sich im jeweiligen Länderbeitrag.

I. BILATERAL

Ägypten

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Zusammenarbeit auf den Gebieten des Erziehungswesens, der Wissenschaft und der Kultur, Kairo 8. 12.1983
Inkraft 1. 3.1984, BGBl.Nr.92/1984

Abkommen in Form eines Notenwechsels zwischen Österreich und Ägypten auf Grund des Abkommens über den Internationalen Handel mit Textilien, Wien, 28. 9.1984
Inkraft 1. 1.1985, BGBl.Nr. 536/1984

Belgien

Widerruf der Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich; Genehmigung für Versuche gemäss Rn. 10602 des ADR betreffend die Zustimmung zur Beförderung gewisser Stoffe der Kl.6.1 (IVa) und 8 (V) in Tankfahrzeugen; Wien, 17. 11.1982, Brüssel, 23. 11.1983
Inkraft 23. 11.1983, BGBl.Nr. 70/1984

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäss Rn. 2010 und 10602 des ADR betreffend die Beförderung von Dicumylperoxid in Tankcontainern von 1740 l ; Brüssel, 27. 6.1983, Wien, 23. 3.1984
Inkraft 23. 3.1984, BGBl.Nr. 205/1984

Bulgarien

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung für die Jahre 1984 bis 1987 ; Wien, 19. 6.1984
Inkraft 1. 9.1984, BGBl.Nr. 343/1984

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ; Sofia, 20. 4.1983
Inkraft 1. 7.1984, BGBl.Nr. 425/1984

Vertragsübersicht

Burundi

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Burundi über technische Zusammenarbeit, Bujumbura, 2. 2.1984
Inkraft 1. 5.1984, BGBl.Nr. 325/1984

China

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermässigten Einfuhr nach Österreich, Peking, 26. 10.1983
Inkraft 4. 1.1984, BGBl.Nr. 603/1983

BRD

Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 4. 12.1980 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen am Grenzübergang Hörbranz—Autobahn/Lindau—Autobahn betreffend die Errichtung einer Viehabfertigungsanlage; Bonn, 12. 1.1984
Inkraft 1. 3.1984, BGBl.Nr. 103/1984

Vereinbarung zur Ergänzung des Abschnittes I der Anlage I zum Vertrag vom 31. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über zoll- und passrechtliche Fragen, die sich an der deutsch—österreichischen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben; Wien, 22. 3.1983, Wien, 25. 3.1983
Inkraft 6. 12.1983, BGBl.Nr. 72/1984

Vereinbarung gemäss Art. 1 Abs. 3 des Abkommens vom 14. 9.1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterung der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Strassen- und Schiffsverkehr in der Fassung der Änderungsabkommen vom 21. 1.1975 und 16. 9.1977 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen am Grenzübergang Grossgmain/Bayerisch Gmain; Bonn, 3. 5.1984, Bonn, 3. 5.1984
Inkraft 1. 7.1984, BGBl.Nr. 207/1984

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Titandisulfid als Stoff der Klasse 4. 2; Bonn, 11. 11.1983, Wien, 26. 4.1984
Inkraft 26. 4.1984, BGBl.Nr. 223/1984

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Peroxyessigsäure in bestimmter Konzentration als Stoff der Klasse 5. 2.; Bonn, 24. 2.1984, Wien, 27. 4.1984
Inkraft 27. 4.1984, BGBl.Nr. 224/1984

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Randnummer 2010 des ADR über die Beförderung von Di—(äthylhexyl)—peroxydicarbonat in einer Lösung mit mindestens 25% aliphatischen Kohlenwasserstoffen mit einem Siedepunkt über 160° C, Bonn, 22. 3.1984, Wien, 19. 6.1984
Inkraft 19. 6.1984, BGBl.Nr. 316/1984

Vertragsübersicht

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der BRD und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rd. 10602 des ADR über die Beförderung von Cyanurchlorid (kristallin) der Klasse 6. 1, Rn. 2601, Ziffer 61 assimiliert, in Tanks von Tankfahrzeugen, Bonn, 24. 8.1984, Wien, 19. 9.1984, Inkraft 19. 9.1984, BGBl.Nr. 421/1984

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der BRD und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Natronlauge mit höchstens 50% Natriumhydroxid und der dieser Konzentration zu assimilierenden Stoffe (Klasse 8, Ziffer 32) sowie von Lösungen von Hypochlorit mit höchstens 160g Chlor pro Liter (Klasse 8, Ziffer 37a) in freitragenden Kunststoffgefäßen mit einem Fassungsraum von höchstens 220 Litern; Bonn, 13. 7.1984, Wien, 4. 10.1984, Inkraft 4. 10.1984, BGBl.Nr. 461/1984

DDR

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit; Berlin, 5. 11.1984
Inkraft 4. 1.1985; BGBl.Nr. 497/1984

Dänemark

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Justizminister des Königreiches Dänemark nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Barium— und Bleiverbindungen der Klasse 6 1, Ziffern 71 und 72, in flexiblen Schüttgutbehältern, Wien, 20. 7.1983, Kopenhagen, 1. 6.1984
Inkraft 1. 6.1984, BGBl.Nr. 324/1984

Europäische Gemeinschaften

Abkommen in Form eines Notenwechsels zur Änderung des Befristeten Abkommens zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über eine gemeinsame Disziplin betreffend den gegenseitigen Handel mit Käse; Brüssel 20. 3.1984
Inkraft 1. 8.1984, BGBl.Nr. 363/1984

Frankreich

Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 1. 9.1972 zur Durchführung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über Soziale Sicherheit, Wien, 5. 7.1984
Inkraft 1. 11.1983, BGBl.Nr. 383/1984

Hongkong

Vereinbarung zwischen Österreich und Hongkong über Exporte bestimmter Textilerzeugnisse nach Österreich, Hongkong, 12. 1.1984, Wien, 24. 1.1984
Inkraft 1. 2.1984, BGBl.Nr. 94/1984

Vereinbarung zwischen Österreich und Hongkong über ein Exportautorisationssystem für Textilien, Hongkong, 12. 1.1984, Wien, 24. 1.1984
Inkraft 1. 2.1984, BGBl.Nr. 95/1984

Vertragsübersicht

Italien

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister der Republik Italien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäss Randnummern 2010 und 10602 des ADR betreffend die Beförderung von Dicumylperoxid in Tankcontainern mit einem Fassungsraum von 1740 l; Rom 24. 3.1984, Wien, 19. 6.1984
Inkraft 19. 6.1984, BGBl.Nr. 317/1984

Jugoslawien

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen; Belgrad, 1. 2.1982
Inkraft 1. 1.1984, BGBl.Nr. 542/1983

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung; Belgrad, 1. 2.1982
Inkraft 1. 1.1984, BGBl.Nr. 546/1983

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen; Belgrad, 1. 2.1982,
Inkraft 1. 1.1984, BGBl.Nr. 547/1983

OPEC—Fonds

Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung betreffend Abänderung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung betreffend die Umschreibung des Amtssitzes des Fonds; Wien, 18. 4.1984
Inkraft 1. 7.1984, BGBl.Nr. 231/1984

Oman

Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung des Sultanats Oman über den Fluglinienverkehr zwischen ihren beiden Gebieten und darüber hinaus Muscat, 3. 11.1982
Inkraft 3. 9.1984, BGBl.Nr. 344/1984

Polen

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen betreffend die Durchführung des am 14. Juni 1972 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft für die Jahre 1984 bis 1986, Warschau, 22. 12.1983
Inkraft 1. 3.1984, BGBl.Nr. 96/1984

Verlängerung der vorübergehenden Aussetzung der Anwendung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Aufhebung der Sichtvermerkpflcht vom 18. Juli 1972 durch Notenwechsel, Warschau, 25./27. 6.1984
Inkraft 1. 7.1984, BGBl.Nr. 321/1984

Vertragsübersicht

Philippinen

Vereinbarung zwischen den Philippinen und Österreich betreffend den Export bestimmter Kleidung von den Philippinen nach Österreich, Manila, 17. 11.1983
Inkraft 1. 1.1984, BGBl.Nr. 47/1984

Rumänien

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien betreffend die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Strasse ; Bukarest, 3. 12.1983
Inkraft 1. 12.1984, BGBl.Nr. 496/1984

Senegal

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Senegal über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen, Dakar, 24. 5.1984
Inkraft 1. 8.1984, BGBl.Nr. 279/1984

Seychellen

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Seychellen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht ; Victoria, 26. 7.1984
Inkraft 1. 10.1984, BGBl.Nr. 355/1984

Sowjetunion

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1984 bis 1987 ; Moskau, 14. 6.1984
Inkraft 1. 9.1984, BGBl.Nr. 336/1984

Spanien

Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Wien, am 22. März 1983
Inkraft 1. 8.1984, BGBl.Nr. 240/1984

Schweden

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen ; Stockholm, 16. 9.1982
Inkraft 1. 1.1984, BGBl.Nr. 555/1983

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen ; Stockholm, 16.9.1982
Inkraft 1. 1.1984 BGBl.Nr. 556/1983

Vertragsübersicht

Tschechoslowakei

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen, Wien, 18. 11.1982
Inkraft 1. 6.1984, BGBl.Nr. 208/1984

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiet des Zollwesens ; Wien, 18. 11.1982
Inkraft 1. 11.1984, BGBl.Nr. 410/1984

Thailand

Notenwechsel zwischen Österreich und Thailand betreffend die Abänderung und Verlängerung der Vereinbarung über ein Exportautorisationssystem ; Wien, 26. 3.1984, Wien, 26. 3.1984
Inkraft 1. 7.1984, BGBl.Nr. 204/1984

Tunesien

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik betreffend die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Strasse, Wien, 16. 11.1981
Inkraft 1. 5.1984, BGBl.Nr. 107/1984

Ungarn

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten, Budapest, 16. 7.1982
Inkraft 1. 9.1984, BGBl.Nr. 318/1984

Abkommen in Form eines Notenwechsels zur Änderung des Abkommens zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Schaffung eines Strassenüberganges an der gemeinsamen Staatsgrenze, Budapest, 28. 6.1984
Inkraft 30. 6.1984, BGBl.Nr. 364/1984

Vereinigtes Königreich

Vereinbarung zwischen dem Minister für Verkehr des Vereinigten Königreiches und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäss Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von wasserfreiem Aluminiumchlorid der Klasse 8, Rn. 2801, Ziffer 12, London, 31. 10.1983, Wien, 19. 1.1984
Inkraft 19. 1.1984, BGBl.Nr. 108/1984

Zypern

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Zypern über den internationalen Strassenverkehr ; Wien, 28. 9.1983
Inkraft 1. 11.1984, BGBl.Nr. 380/1984

Vertragsübersicht

II. MULTILATERAL

Annahme der Änderung des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation samt Anlage (Resolution A 400 X) ;
Inkraft 10. 11.1984, BGBl.Nr. 59/1984

Annahme der Änderung des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation samt Anlage (Resolution A 450 XI) ;
Inkraft 10. 11.1984, BGBl.Nr. 60/1984

Abänderung der Artikel 34 und 55 der Satzung der Weltgesundheitsorganisation, beschlossen von der 26. Weltgesundheitsversammlung am 22. Mai 1973 in Genf ;
Inkraft 3. 2.1977, BGBl.Nr. 71/1984

Budapester Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren unterzeichnet in Budapest am 28. April 1977 samt Ausführungsordnung ;
Inkraft 26. 4.1984, BGBl.Nr. 104/1984

Protokoll über den Beitritt Thailands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ;
Inkraft 19. 3.1984, BGBl.Nr. 189/1984

Vierzehnte Niederschrift (Proc"es-verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ;
Inkraft 27. 4.1984, BGBl.Nr. 227/1984

Änderungen des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Marken ;
Inkraft 23. 10.1983, BGBl.Nr. 123/1984

Änderungen des Abkommens von Nizza über die Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken ;
Inkraft 6. 9.1982, BGBl.Nr. 124/1984

Änderungen des Strassburger Abkommens über die internationale Patentklassifikation vom 24. März 1971 ;
Inkraft 25. 2.1982, BGBl.Nr. 125/1984

Änderung des Abkommens über internationale Ausstellungen unterzeichnet in Paris in der gemäss dem Protokoll vom 30. 11.1972 geänderten Fassung ;
Inkraft 14. 6.1983, BGBl.Nr. 179/1984

Änderungen der Anlage B zum Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (ADR) ;
Inkraft 20. 12.1983, BGBl.Nr. 190/1984

Anwendung der Regelung Nr. 43 gemäss dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung samt Änderung 1 ;
Inkraft 27. 5.1984, BGBl.Nr. 200/1984

Vertragsübersicht

Internationales Kaffee-Übereinkommen 1983 samt Anlagen ;
vorläufig Inkraft 1. 10.1983, BGBl.Nr. 251/1984

Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeit von Staaten auf dem Mond und anderen
Himmelskörpern ;
Inkraft 11. 7.1984, BGBl.Nr. 286/1984

Änderung des Budapester Vertrages über die internationale Anerkennung der Hin-
terlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, unterzeichnet
in Budapest am 28. April 1977 ;
Inkraft 24. 5.1984, BGBl.Nr. 315/1984

Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges
Eigentum, unterzeichnet in Stockholm am 14. Juli 1967 ;
Inkraft 25. 5.1984, BGBl.Nr. 381/1984

Änderungen der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigen-
tums, Genf, 28. 9.1979,
Inkraft 3. 6.1984, BGBl.Nr. 384/1984

Änderung der Anhänge I und II des Übereinkommens über den internationalen Han-
del mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Arten-
schutzübereinkommen) ;
Inkraft 6. 6.1981, BGBl.Nr. 422/1984

Änderung der Statuten der „EUROFIMA“, Europäische Gesellschaft für die Finanzie-
rung von Eisenbahnmaterial, Art.4 und 5 ;
Inkraft 13. 10.1984, BGBl.Nr. 423/1984

Erweiterung des Anhanges (Annex I) zum Übereinkommen über den Handel mit
Zivilluftfahrzeugen sowie Änderungen und Ergänzungen der GATT—Liste XXXII –
Österreich (Annex II) ;
Inkraft 1. 1.1985, BGBl.Nr. 523/1984

Änderung des Vertrages über die i84, BGBl.Nr. 380/1984

Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) ;
Inkraft 1. 1.1985, BGBl.Nr. 525/1984

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger an das Diplomatische Corps am 10. Jänner 1984

Für die guten Wünsche, die Sie, hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, für das Jahr 1984 an das österreichische Volk, an mich und an meine Familie gerichtet haben, danke ich Ihnen aufrichtig.

Gleichzeitig danke ich Ihnen auch für die Anerkennung, die Sie den österreichischen Bemühungen um die Bewahrung des Weltfriedens gezollt haben. Daß dieser österreichische Beitrag zur Verwirklichung des größten Anliegens der Menschheit nur gering sein kann, ist uns bewußt. Wir haben in unserer eigenen Geschichte manche Irrtümer begangen. Es steht uns daher nicht an, über andere Staaten, von denen wir meinen, daß sie heute einen Weg gehen, der die Gefahr eines regionalen oder mondialen Konfliktes in sich birgt, zu Gericht zu sitzen. Was wir können, ist der Versuch, am Beispiel unserer Republik zu zeigen, daß Friede möglich ist, möglich in der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens innerhalb des Staates und möglich auch in den internationalen Beziehungen und zwar auch dort, wo verschiedene gesellschaftliche Systeme aufeinander stoßen.

Wir Österreicher sind uns dessen bewußt, daß dieses Ziel immer von neuem große Anstrengungen verlangt und immer wieder einen Lernprozeß der Demokratie und des Friedens voraussetzt. Ich bin aber davon überzeugt, daß ohne diese Kontinuität in den Friedensbemühungen des Einzelnen und der Gesellschaft, nach innen und nach außen, also ohne individuelle und gesellschaftliche Hinwendung zu mehr Friedfertigkeit, kein Weltfriede erhalten oder – vielleicht müssen wir bereits sagen – wieder hergestellt werden kann.

Ich enthalte mich einer Darstellung des Ernstes der gegenwärtigen Weltlage. Sie, Exzellenzen, meine verehrten Damen und Herren, kennen die gegebene Situation sehr genau. Ich will, da es an pessimistischen Prognosen nicht mangelt, einmal auch auf die positiven Seiten der politischen Entwicklung hinweisen, etwa darauf, daß im abgelaufenen Jahr das Madrider KSZE-Treffen positiv abgeschlossen werden konnte oder daß die Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vor der Tür steht. Damit ist der für den Frieden so wichtige Dialog nicht völlig abgerissen, und wir hoffen, daß er im heurigen Jahr auch in den anderen, für das Wohl der Menschheit direkt und indirekt so wesentlichen Abrüstungsfragen wieder aufleben wird.

Sie haben, hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, Marc Aurel zitiert, jenen römischen Kaiser, der in Wien gestorben ist. Er mag in all der Bewegtheit seiner Zeit nach jenem inneren Gleichmut und nach jenem inneren Frieden gestrebt haben, der dort herrscht, wo das dem Menschen Wesentliche im Mittelpunkt steht.

Meine besondere Hoffnung für einen neuen Aufbruch in den Bemühungen um den Frieden setze ich in die Jugend, bei der sich vielleicht in größerem Maße jenes „neue Herz“ findet, aus dem der Friede entspringen kann. Ihr Einsatz und ihr Idealismus wird die Welt vielleicht schöner und gerechter machen, so wie auch wir sie schöner und gerechter machen wollten. Denn Hoffnungslosigkeit darf es nicht geben, wenn Menschen mit Menschen leben, sagte eins Carl Jaspers.

Unter dem Zeichen der Hoffnung hat auch der Besuch Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. in Österreich im abgelaufenen Jahr stattgefunden. Hier, auf dem Platz vor der Wiener Hofburg, hat er, der uns Katholiken Heiliger Vater ist, darauf

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger

hingewiesen, daß die Geschichte Europas nicht nur leuchtende, sondern auch dunkle, schreckliche Züge trägt, die Züge haßerfüllter und grausam geführter Kriege. Nach all diesen Kriegen allerdings hat es einen Wiederaufbau gegeben. Nach einem atomaren Krieg wäre ein solcher Neubeginn ausgeschlossen. Wir müssen also die Lehren aus der Geschichte nicht wie in der Vergangenheit erst nachher, sondern schon vor dem ziehen, was der österreichische Dichter Rudolf Henz „das große Menschenschlachtfest“ nannte.

Wir dürfen aber auch, und daran zu erinnern scheint mir gerade in Europa notwendig, nicht die ganze Gegenwart und die ganze Zukunft allein aus dem Blickwinkel dessen sehen, was wir gemeinlich als Ost-West-Konflikt bezeichnen. Die Gräben, die sich zwischen den armen und reichen Nationen auftun und von Jahr zu Jahr erweitern, tragen zwar nicht jenes unmittelbare Risiko in sich, das uns heute aus der Atomgefahr droht. Aber sie begründen eine Gesamtsituation, die einmal noch unendlich schwerer lösbar sein wird, als es der Ost-West-Konflikt ist. Es nicht zu dieser Unlösbarkeit kommen zu lassen, scheint mir ein Gebot einer nicht nur klugen, sondern auch ethisch gerechtfertigten Politik.

So wünsche ich Ihnen denn, hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, Ihnen, Exzellenzen, und allen Mitgliedern des Diplomatischen Corps, in aufrichtiger freundschaftlicher Gesinnung ein wahrhaft gutes und glückliches Jahr 1984 und bitte Sie, diese aufrichtigen Wünsche auch den Staatsoberhäuptern und Souveränen zu unterbreiten, die Sie, meine verehrten Damen und Herren Missionschefs, in der Republik Österreich vertreten.

Möge das Jahr 1984 ein Jahr des inneren und äußeren Friedens für alle Völker werden!

*Friedenssicherung als politische Aufgabe***Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit****Friedenssicherung als politische Aufgabe**

Die Sicherung des Friedens stellt ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik dar. Friedenspolitik wird dabei zunächst bedeuten, den Frieden in Freiheit für Österreich zu gewährleisten. Somit ist eine auf Friedenssicherung ausgerichtete Außenpolitik ein wichtiger Bestandteil österreichischer Sicherheitspolitik.

In einer interdependenten Welt, in der jeder internationale Konflikt das Risiko einer Eskalation zu einer Konfrontation der Supermächte, und damit die Gefahr einer nuklearen Katastrophe in sich birgt, sollte Friedenspolitik vom Postulat der Unteilbarkeit des Friedens geleitet sein, und davon, dass Sicherheit für die Staaten dieser Welt nur gemeinsame Sicherheit bedeuten kann. Der Wert regionaler Sicherheitsarrangements, die Ruhigstellung gewisser geographischer Zonen, wird als Vorstufe dieses Postulates keineswegs gemindert.

Bedrohungen des Friedens haben vielfältige politische, ökonomische, soziale und ideologische Wurzeln. Eine Politik, die dem Entstehen derartiger Bedrohungen vorbeugen will, wird dem gesamten Spektrum möglicher Ursachen für die Gefährdung des Friedens Rechnung tragen müssen. Friedenssicherung – im weitesten Sinn verstanden – ist somit über den ausserpolitischen Bereich hinaus eine Aufgabe aller Gebiete der Politik.

Dies gilt insbesondere auch für die Bereiche der Landesverteidigung und der inneren Politik Österreichs.

Die Notwendigkeit einer adäquaten Landesverteidigung erwächst Österreich zunächst aus der neutralitätsrechtlichen Verpflichtung, alles ihm Zumutbare zu unternehmen, um die dauernde Erhaltung seiner Unabhängigkeit und den Schutz seiner Neutralität im Falle eines Krieges zu gewährleisten. Darüber hinaus versteht Österreich sein System der umfassenden Landesverteidigung, wie es in Artikel 9a der Bundesverfassung verankert ist, schon in Zeiten relativen Friedens als einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Sicherheit Österreichs. Eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft, getragen vom Willen der Staatsbürger zur Erhaltung und zum Schutz der Werte und verfassungsmässigen Institutionen dieses Staates ist in einer Welt, die weiterhin von der Austragung von Konflikten durch den Einsatz militärischer Macht geprägt ist, ein unerlässliches Element der Friedenssicherung.

Im Bereich der inneren Politik müssen zunächst alle Bestrebungen darauf gerichtet sein, ausreichende Mechanismen zur friedlichen Konfliktbewältigung zu gewährleisten. Interessensgegensätze sind in jeder Gesellschaft unvermeidlich; ihr friedlicher Ausgleich ist ein wesentliches Prinzip einer pluralistischen Demokratie. Die österreichische Bundesverfassung mit ihren Institutionen und den durch sie garantierten Grundfreiheiten ist der Rahmen, in dem die aktive Teilnahme der Staatsbürger am politischen Leben die österreichische Demokratie lebendig gestalten soll. Darüber hinaus wird eine auf möglichst hohe Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit gerichtete innere Politik dazu beitragen, dem Entstehen schwerwiegender Konflikte in der österreichischen Gesellschaft vorzubeugen und ein Klima des Konsenses zu erhalten.

Assenpolitische Zielsetzungen der Friedenspolitik

Fragen der Friedenspolitik bewegen heute eine grosse Anzahl von Menschen ;davon zeugen der Zustrom zu den Friedensbewegungen und die grossen Friedensdemonstrationen der letzten Jahre. Der stärkste Impuls zu dieser Auseinandersetzung mit dem Problem der Friedenssicherung geht zweifelsohne von der tiefen Beunruhigung der Menschen angesichts einer unverminderten Eskalation der Rüstung in Ost und West aus – einer Eskalation, die in einem Klima verstärkter Konfrontationshaltung der Supermächte und stagnierender Rüstungskontrollbemühungen stattfindet. Eine Darlegung der aussenpolitischen Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Freiheit wird gerade unter solchen Umständen die Interessen und Anstrengungen Österreichs auf den Gebieten der Entspannungs- und Abrüstungspolitik besonders aufzeigen müssen.

Aussenpolitische Zielsetzungen der Friedenspolitik

Bei seinen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit wird Österreich folgende Grundgegebenheiten beachten müssen: Den völkerrechtlichen Status Österreichs als immerwährend neutraler Staat; das Bekenntnis Österreichs zur pluralistischen Demokratie; die spezifische Situation Europas, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Die österreichischen Bemühungen zur Friedenssicherung werden daher von den sich aus diesen Parametern ergebenden Verpflichtungen einerseits, von der durch sie vorgegebenen Situation Österreichs mit den daraus folgenden Möglichkeiten für die österreichische Aussenpolitik andererseits geprägt sein.

Eine wesentliche Basis der Friedenspolitik Österreichs besteht in einem entspannten Verhältnis zu den Nachbarstaaten, der Suche nach einvernehmlicher Lösung allenfalls auftretender bilateraler Probleme und der Gewährleistung einer Atmosphäre auf gegenseitiger Achtung beruhenden Vertrauens. Die besondere Pflege der Beziehungen Österreichs zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages stellt ein weiteres Element jener Grundlage dar, auf der sich die österreichischen Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Freiheit gestalten.

Im Ost-West-Verhältnis sind aus österreichischer Sicht folgende Zielsetzungen anzustreben: Beiden Seiten soll das neutrale Österreich als Faktor regionaler Stabilität unentbehrlich erscheinen.

Im militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West muss das Gleichgewicht regional und global gewährleistet sein. Doch darf es sich hierbei um kein „Gleichgewicht des Schreckens“ handeln; ein ausschliesslich auf Rüstung und gegenseitiger Bedrohung beruhendes Gleichgewicht ist instabil und birgt die Gefahr der Eskalation politischer Konfrontationen zu militärischen Auseinandersetzungen in sich. Anzustreben ist vielmehr im sicherheitspolitischen Bereich ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau, getragen von der Einsicht, dass Interessensgegensätze möglich sind bei gleichzeitiger Erhaltung eines gleichen Masses an Sicherheit für alle Staaten. Bei aller realistischer Einschätzung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Gegensätze zwischen Ost und West muss doch ein höchstmögliches Mass an Kooperation über die Blockgrenzen hinweg, an menschlichen und wirtschaftlichen Kontakten und freiem Meinungs- und Informationsaustausch angestrebt werden. Nur ein derartiges Gerüst vielfältiger und von allen Beteiligten als nützlich anerkannter Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme stellt einen tragfähigen Unterbau für die Erhaltung des Friedens dar. Aus österreichischer Sicht gibt es somit keine vernünftige Alternative zu einer Entspannungspolitik, die von der Respektierung aller Staaten als gleichberechtigter Partner geleitet wird.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Es darf nicht übersehen werden, dass die im aussereuropäischen Raum bestehenden Krisenherde neben ihren oft lokalen Wurzeln eine Ost-West-Komponente aufweisen, die zu Rückwirkungen dieser Krisen auf die Lage in Europa führen können. Dazu kommt, dass die Nord-Süd-Problematik ganz allgemein einen sicherheitspolitischen Aspekt hat (die Frage der Energieversorgung mag hier als Beispiel dienen). Daraus ergibt sich, dass Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Freiheit nicht ausschliesslich unter dem Aspekt der Ost-West-Beziehungen gesehen werden dürfen.

Der Sicherheitspolitik eines kleinen neutralen Staates in der geographischen Lage Österreichs sind natürlich Grenzen gesetzt. Weder ist es imstande, militärische Anstrengungen in jenem Ausmass zu treffen, das nötig wäre, um jeden potentiellen Aggressor im Konfliktfall abwehren zu können, noch darf es seinen Schutz einer Militärallianz anvertrauen. In einer solchen Situation ist die Sicherheit Österreichs noch mehr als jene anderer Staaten mit dem allgemeinen Respekt vor dem Völkerrecht verknüpft. Es liegt daher in Österreichs ureigenstem Interesse, nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Einhaltung dieser Normen hinzuweisen und alle Bestrebungen zu fördern, die dem Ausbau der Festigung der internationalen Rechtsordnung dienen. Darüber hinaus ist das in Artikel 2, Absatz 4 der UN-Charta verankerte Prinzip des Gewaltverbotes ein Eckpfeiler aller Bemühungen zur Friedessicherung.

Im Lichte der oben angeführten Überlegungen gestaltet sich die österreichische Aussenpolitik als aktive Neutralitätspolitik. Im europäischen Kontext wird Österreich danach trachten, seine Position als Ort der Begegnung zwischen Ost und West auszubauen und auf einen realistischen Entspannungsprozess in Europa hinzuwirken. Österreich verfolgt eine Politik guter Nachbarschaft und des Ausbaus der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen mit all seinen Nachbarstaaten, unabhängig von deren Gesellschaftssystem. Österreich spricht sich klar und deutlich für die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ein Mehr an sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit aus.

Bei bestehenden Konflikten wird Österreich – unter strikter Beachtung der ihm durch das Völkerrecht aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erwachsenden Pflichten – immer dann, wenn es ihm geboten erscheint, zu friedlicher Konfliktlösung und zu einer Abkehr von Konfrontationen aufrufen. Wenn die Konfliktparteien es wünschen, und es den spezifisch österreichischen Interessen entspricht, wird Österreich gerne bereit sein, bei der Findung von Kompromissen zu helfen. Im konkreten Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung betreibt Österreich eine Politik aktiver Beteiligung in allen ihm offenstehenden Foren.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Ein wesentliches Element der österreichischen Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Freiheit im europäischen Rahmen stellt die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) dar, an der alle europäischen Staaten (ausser Albanien) sowie die USA und Kanada teilnehmen. Dieses Forum erscheint Österreich umso wichtiger, als dort alle Aspekte der Entspannungspolitik, von militärisch-sicherheitspolitischen Fragen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte, kulturelle Kooperation bis hin zu humanitären Anliegen und Informationsaustausch gleichrangig behandelt werden. Damit wird dem österreichischen Grundkonzept von Entspannung als einer Kombination der militärisch-sicherheitspolitischen, der wirtschaftlichen und der Menschenrechtsdimension Rechnung getragen. Hier arbeitet Österreich eng mit den übrigen neutralen und blockfreien Staaten Europas zusammen. Die „N + N-Staaten“ haben auf dem im September 1983 zu

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Ende gegangenen Madrider Folgetreffen der KSZE wesentlich dazu beigetragen, dass trotz erhöhter Spannungen im Ost-West-Verhältnis ein Schlussdokument verabschiedet werden konnte, das in vielen Bereichen Präzisierungen und Weiterentwicklungen der Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki enthält. Österreichs Bestreben ist es, den KSZE-Prozess weiter auszubauen und dazu beizutragen, dass der durch die Dokumente von Helsinki und Madrid gesteckte Rahmen politischer und wirtschaftlicher Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten mit konkretem Inhalt erfüllt wird und somit in allen angesprochenen Bereichen ein tragfähiger Boden für die friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit in Europa entsteht. Das nächste KSZE-Folgetreffen wird 1986 in Wien stattfinden. Bis dahin werden im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich die „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa“, auf den übrigen Gebieten des KSZE-Prozesses eine Reihe von Expertentreffen abgehalten werden, die Österreich wie bisher zu aktivem Engagement nutzen wird.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Angesichts der enormen Rüstungspotentiale in Ost und West kommt den Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung vorrangige Bedeutung zu. Österreich ist an der Schnittlinie der beiden grossen Militärallianzen gelegen; es ist sich der von der Aufstellung immer neuer Waffensysteme in den Staaten der beiden Pakte ausgehenden Gefahren bewusst und sieht die Dringlichkeit einer Begrenzung des quantitativen und qualitativen Wettrüstens und von echten Reduktionen der Rüstungspotentiale beider Seiten.

Ein kleiner neutraler Staat wie Österreich hat keinen direkten Einfluss auf die Rüstungspolitik der beiden grossen Militärallianzen. Österreich kann aber stets dann, wenn es angebracht erscheint, eindringlich zur Vernunft mahnen. Von diesem Gedanken war die Bundesregierung geleitet, als sie noch in letzter Minute vor Beginn der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa an die Verhandlungspartner der Genfer Gespräche über Eurostrategische Rüstung den dringenden Appell richtete, eine Übereinkunft zumindest über die Grundzüge eines Abkommens auf diesem Gebiet zu erzielen und die Details später auszuhandeln.

Der Bereich nuklearer Rüstungsverhandlungen wird von den Supermächten im bilateralen Kontext gehalten. Die Ausarbeitung des konkreten Inhalts von Vereinbarungen in diesem Bereich muss somit ihnen überlassen bleiben. Auf ihnen ruht aber auch die ganze Verantwortung dafür, dass solche Akommen zustande kommen. Österreich wird stets deutlich auf diese Verantwortung angesichts der Bedrohung der Menschheit durch die Gefahr einer nuklearen Katastrophe hinweisen und die Notwendigkeit aufzeigen, dass Vereinbarungen getroffen werden, die zu einer Begrenzung der Rüstung gerade in diesem Bereich, und schliesslich zu echten und substantiellen Abrüstungsschritten führen.

Im Bereich multilateraler Abrüstungsverhandlungen ist zunächst die „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa“ zu nennen, die am 17. Jänner 1984 in Stockholm begonnen hat.

Diese im KSZE-Rahmen stattfindende Konferenz soll in ihrer ersten Phase vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen für ganz Europa aushandeln, die dazu beitragen sollen, die Gefahr von militärischen Konfrontationen in Europa zu vermindern. Eine geschlossene Kette solcher Massnahmen kann nach österreichischer Auffassung helfen, das Misstrauen aller 35 beteiligten Staaten über die militärischen

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Intentionen der anderen abzubauen und somit die Voraussetzungen für echte Abrüstungsschritte schaffen, die in einer zweiten Phase dieser Konferenz verhandelt werden sollen.

Bei der Genfer „Conference on Disarmament“ ist Österreich Beobachter und Kandidat für die Vollmitgliedschaft. Dieses Gremium befasst sich derzeit u. a. mit der Ausarbeitung einer Konvention über das Verbot der Produktion, Lagerung und Stationierung chemischer Waffen. In jüngster Zeit vorgelegte Vorschläge bzw. abgegebene Erklärungen der Warschauer-Pakt-Staaten und der USA zur Frage einer Konvention über chemische Waffen zeugen von der Aktualität dieser Problematik. Eine Arbeitsgruppe der „Conference on Disarmament“ prüft weiters die Frage eines umfassenden Kernwaffenteststopabkommens. Diesem Bereich wird österreichischerseits grosse Bedeutung zugemessen. Ein umfassender Teststop für Kernwaffen würde die Weiterentwicklung derartiger Waffen in Bezug auf Treffgenauigkeit und Miniaturisierung erheblich einschränken, da Nuklearwaffentests für die Perfektionierung dieser Systeme weiterhin unerlässlich sind. Ein umfassender Teststopvertrag würde somit einen Ansatzpunkt für die allmähliche Erstickung des technologischen Fortschrittes bei der Nuklearrüstung darstellen.

Weiters wurde diese Staatenkonferenz 1982 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beauftragt, sich mit Priorität mit der Frage der Verhinderung des Übergreifens des Wettrüstens auf den Weltraum zu beschäftigen. Österreich sieht in der Gefahr eines unkontrollierten Rüstens im Weltraum einen stark destabilisierenden Faktor; auch steht diese Art der Rüstung im Widerspruch zu den Bestrebungen, den Weltraum ausschliesslich friedlicher Nutzung vorzubehalten. Österreich bedauert daher, dass es bisher zu keinen Fortschritten bei der Begrenzung der Weltraumrüstung gekommen ist.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT) stellt nach österreichischer Auffassung ein wesentliches Instrument zur Verhinderung horizontaler Proliferation dar. Von Seiten beider Supermächte besteht weiterhin unvermindertes Interesse an der Erhaltung der Substanz des NPT; dies entspricht auch dem österreichischen Interesse. Die nächste Revisionskonferenz des NPT wird 1985 in Genf stattfinden.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen schliesslich ist das österreichische Abstimmungsverhalten in Abrüstungsfragen von dem Bestreben geprägt, die Möglichkeiten dieses Forums zu nützen, um zu den aktuellen Fragen des Abrüstungsbereiches aus der Sicht Österreichs Stellung zu beziehen. Die grundsätzliche Haltung Österreichs, für den Dialog, für umfassende Verhandlungen und bindende völkerrechtliche Regelungen im Abrüstungsbereich einzutreten, wird von zahlreichen anderen, insbesondere neutralen und blockfreien Staaten geteilt. Österreich konnte seinerseits der Mehrzahl der eingebrachten Resolutionsentwürfe zustimmen. So hat Österreich bei der 38. Sitzung der UN-Generalversammlung im Herbst 1984 für die auf ein Einfrieren der Kernwaffenarsenale in Ost und West zielenden Resolutionen votiert. Im Rahmen der personellen Möglichkeiten ist die österreichische Delegation um möglichst aktive Mitarbeit, also Mitverhandeln und Miteinbringung von Resolutionsentwürfen, bemüht. 1982 brachte Österreich einen eigenen Resolutionsentwurf ein, in welchem betont wird, dass das mangelnde Wissen um die realen militärischen Kräfteverhältnisse ein treibendes Element des Wettrüstens und ein Hemmnis für Abrüstungsverhandlungen ist, und die Staaten zur Ermöglichung von mehr objektiver Information aufgefordert werden. Diese Initiative wird von Österreich im Rahmen der Vereinten Nationen weiterverfolgt.

Menschenrechte

Menschenrechte

Die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte haben die Zusammenhänge klar erkennen lassen, die zwischen einer Politik der Achtung der Würde und des Wertes des Einzelnen und der Erhaltung des Friedens bestehen. Die Achtung der Menschenrechte und die Sicherung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entfaltung des Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in der Welt. Werden Menschenrechte konstant verletzt oder verweigert, so kann es auch keinen wirklichen Frieden geben.

Dieser Erkenntnis liegt auch die aktive Menschenrechtspolitik der Bundesregierung zugrunde. Ein nachdrückliches Eintreten Österreichs für die Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte zählt mit zu den vorrangigen Zielen der österreichischen Aussenpolitik. Dies entspricht auch der besonderen Verantwortung eines Staates mit einer weltweit anerkannten rechtsstaatlichen und humanitären Tradition.

Bei der Unterstützung aller internationalen Bestrebungen zur Durchsetzung der Menschenrechte lässt sich die Bundesregierung unbeirrbar und ohne Unterschied vom Grundsatz leiten, dass im Mittelpunkt der Bemühungen die Sorge um das Schicksal des Einzelmenschen, dessen Würde und Freiheit stehen muss. Die Geltendmachung von Menschenrechtsverletzungen als Instrument einer anderen Zielen dienenden Politik wird daher abgelehnt.

Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, dass es der Bundesregierung in den letzten Jahren gelungen ist, im Wege der stillen Diplomatie in vielen humanitären Einzelfällen befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Diese beachtlichen Ergebnisse ermutigen im Verfolg der österreichischen Menschenrechtspolitik und ganz allgemein der humanitären österreichischen Aussenpolitik fortzufahren und gezielten Aktionen zur Lösung konkreter Situationen auch in Zukunft den Vorrang vor spektakulären und medienwirksamen Massnahmen zu geben.

In den internationalen Gremien, sowohl auf regionaler als auch universeller Ebene, verfolgt die Bundesregierung die Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte mit all der gebührenden Aufmerksamkeit. Dabei zeigt sich, dass gegenwärtig die Kluft zwischen den international in völkerrechtlich verbindlichen Instrumenten verbürgten Menschenrechten und ihrer effektiven Verwirklichung in vielen Regionen eher zu- als abnimmt. Diese besorgniserregende Realität wird noch überlagert von einer weltweiten ideologischen Auseinandersetzung über den Stellenwert der individuellen Menschenrechte überhaupt, wobei als Rechtfertigung für Menschenrechtsverletzungen etwa der niedere Entwicklungsstand eines Landes oder die Priorität kollektiver Rechte vor den Grundrechten von Einzelmenschen angeführt werden. In dieser Debatte tritt Österreich in Entsprechung seiner rechtsstaatlichen Tradition grundsätzlich in allen internationalen Foren dafür ein, dass alle Menschenrechte, gleich ob bürgerliche und politische oder ob wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, unteilbar miteinander verbunden sind. Österreich vertritt auch mit Nachdruck den Standpunkt, dass widrige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in einem Staat oder einer Region nicht als Begründung für eine Vorenthaltung von Grund- und Freiheitsrechten herangezogen werden dürfen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen, im Prozess der KSZE-Verhandlungen und im Bereich des Europarates trägt Österreich, sei es durch eigene Initiativen, sei es durch die Unterstützung der Bestrebungen gleichgesinnter Staaten der friedensstiftenden Funktion der Menschenrechte Rechnung. Besondere Erwähnung in diesem Zusammenhang verdient das Engagement Österreichs für die weltweiten Bemühungen um die Abschaffung der Folter und der Todesstrafe. Im Rahmen des Europara-

Friedenspolitik und Internationale Organisationen

tes ist Österreich bestrebt, der ins Stocken geratenen Entwicklung des europäischen Menschenrechtssystems einen neuen politischen Impuls zu verleihen.

Friedenspolitik und Internationale Organisationen

Österreich sieht in internationalen Organisationen einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der internationalen Rechts- und Friedensordnung. Nach österreichischer Auffassung muss kooperative Konflikt- und Problemlösung zusehends die einseitige Verfolgung nationaler Eigeninteressen ersetzen. Österreich tritt daher für die Universalität internationaler Organisationen ein und strebt – unter Massgabe seiner ihm aus der immerwährenden Neutralität erwachsenden Pflichten – nach aktiver Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Im Sinne der gemeinsamen Verantwortung der Staatengemeinschaft für die Friedenswahrung steht Österreich der Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen grundsätzlich positiv gegenüber, wobei es jede einzelne derartige Operation im Lichte seiner sicherheits- und neutralitätspolitischen Interessen und Verpflichtungen prüfen wird. So haben österreichische UN-Truppen an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen auf der Sinai-Halbinsel teilgenommen und sind derzeit im Rahmen solcher Operationen auf Zypern und auf den Golan-Höhen im Einsatz. Ein Österreicher ist Kommandant der friedenserhaltenden Truppen der Vereinten Nationen auf Zypern.

Österreich sieht in dem Umstand, dass es Sitz mehrerer internationaler Organisationen ist, einen wichtigen Faktor für seine eigene Sicherheit. So hat Österreich der Ausgestaltung Wiens als Amtssitz der Vereinten Nationen und als internationale Konferenzstadt grosse Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Übernahme von Leitungsfunktionen in internationalen Organisationen durch Österreicher zeugt von der Wertschätzung, die das österreichische Engagement in internationalen Organisationen genießt. Zur Zeit werden etwa die Präsidentschaft im „Economic and Social Council“ der Vereinten Nationen (ECOSOC), der Vorsitz des UN-Weltraumkomitees und die Leitung des Menschenrechtszentrum im UN-Sekretariat von Österreichern ausgeübt. 10 Jahre lang stand ein Österreicher, Dr. Kurt Waldheim, als Generalsekretär an der Spitze der Vereinten Nationen.

Aussereuropäische Konflikte

Das intensive Interesse Österreichs an der Lösung internationaler Konflikte findet seinen Ausdruck in der Stellung, die Österreich in diesen Fragen in den Vereinten Nationen bezieht. Österreich betont hier stets die Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechtes und tritt für Verhandlungen zwischen den direkt betroffenen Parteien ein.

Bei seinem Engagement in aussereuropäischen Konfliktzonen ist Österreich von dem Gedanken geleitet, zu friedlicher Streitbeilegung beizutragen. Dabei stellt Österreich stets das Recht jedes Staates auf Unabhängigkeit und territoriale Integrität, aber auch Grundwerte wie pluralistische Demokratie, individuelle Freiheit, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den Vordergrund seiner Bemühungen. Aus diesen Überlegungen heraus unterstützt Österreich in Zentralamerika die Initiative der „Contadora-Gruppe“ und verfolgt im Nahen Osten eine Politik, die der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes ebenso Rechnung tragen soll wie dem Recht jedes Staates, also auch des Staates Israel, auf gesicherte Grenzen.

Der Nord-Süd-Konflikt

Der Nord-Süd-Konflikt

Österreich sieht in der Nord-Süd-Problematik ein hohes Konfliktpotential. Das österreichische Engagement für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist somit nicht nur ein Gebot internationaler Solidarität mit den ärmsten Staaten dieser Erde, sondern darüber hinaus ein Beitrag zur Friedenssicherung. Österreich ist sich bewusst, dass die Bemühungen in Richtung auf eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung aller Weltregionen noch im Anfangsstadium sind und grosse Schwierigkeiten auf dem Weg zu diesem Ziel liegen. Dennoch müssen die Bemühungen in diese Richtung verstärkt weitergeführt werden, soll eine Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes, mit all seinen friedensbedrohenden Konsequenzen, vermieden werden. In diesem Zusammenhang sieht Österreich auch im Interesse Initiativen, die eine Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung herstellen. Eine Umleitung von Ressourcen aus der Rüstung zu Zwecken der Entwicklung der Länder der Dritten Welt könnte ein Beitrag zur Entschärfung des Ost-West- und des Nord-Süd-Konfliktes sein.

Die Verpflichtung zur Friedenssicherung im militärischen Bereich liegt – darüber darf kein Zweifel bestehen – vor allem bei den Grossmächten. Darüber hinaus ist jedoch jedes Mitglied der Staatengemeinschaft aufgerufen, in den verschiedenen Bereichen im Rahmen seiner Möglichkeit den besten Beitrag dazu zu liefern. Österreich ist willens, all seine intellektuellen Kapazitäten zu mobilisieren, um mitzuhelfen, den Frieden in Freiheit zu erhalten.

Tischrede von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz

Tischrede von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz anlässlich des offiziellen Besuches in der Sowjetunion am 26. November 1984

Gestatten Sie mir, zunächst ein Wort des Dankes zu sagen – Dank für die Gastfreundschaft, mit der meine Frau und ich und die Mitglieder meiner Delegation hier aufgenommen wurden, und Dank auch für die warmen Worte, die Sie, Herr Vorsitzender, soeben für mich, für Österreich und das österreichische Volk gefunden haben. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß wir alle diesem Besuch bei Ihnen mit großer Freude entgegengesehen haben. Ich bin ja nicht zum ersten Mal Gast in Moskau, und ich sehe hier an dieser festlichen Tafel viele Bekannte, die ich zum Teil hier, zum Teil in Wien getroffen habe. Ich habe mich darauf gefreut, diese Kontakte zu erneuern und in den wertvollen Gesprächen die Beziehungen zwischen unseren Ländern zu vertiefen.

Schon lange beruhen die Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion auf einem soliden Fundament gegenseitigen Vertrauens. Und dieses Vertrauen ermöglicht uns trotz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in freundschaftlichem Geist und in einer für beide Staaten befriedigende Weise konstruktiv weiterzuentwickeln.

Alle österreichischen Regierungen seit der Wiedererlangung der vollen Unabhängigkeit unseres Landes waren bemüht, auf der Grundlage des Staatsvertrages und unter Respektierung des von der Republik Österreich selbst gewählten und in der Verfassung verankerten Status der immerwährenden Neutralität eine Politik zu führen, die der Aufrechterhaltung und Stärkung des Friedens und der Unabhängigkeit Österreichs dient. Nach österreichischer Auffassung wird diese Maxime am besten durch eine aktive Neutralitätspolitik verwirklicht. Diese Politik trägt der politischen, historischen und geographischen Situation Rechnung und ist im Interesse der Fortsetzung des Entspannungsprozesses, dem gerade in der Welt von heute mit all ihren Schwierigkeiten besonders große Bedeutung zukommt.

Österreich interpretiert seine Neutralität also nicht nur als ein Mittel zur Bewahrung der Unabhängigkeit Österreichs, sondern auch als ein stabilisierendes, friedenserhaltendes Element in der internationalen Staatengemeinschaft.

Angesichts der bunten Vielfalt der Staaten, Völker und Kulturen auf unserer Erde, angesichts der Achtung vor der Würde und Eigenart des anderen, welche die Völker einander schuldig sind, kann meiner Auffassung nach eine globale Friedensordnung nur eine pluralistische sein: Eine Friedensordnung der Toleranz zwischen den Staaten und allen Menschen dieser Welt, die uns alle verpflichtet; denn die Staaten sind doch keine abstrakten Gebilde, sondern eine organisierte Gemeinschaft von Menschen, und es sind Menschen, die Politik machen, miteinander leben und miteinander auskommen müssen.

Diese Leitlinien vor Augen, ist unsere Neutralitätspolitik, zu der sich einmütig das ganze Volk bekennt, kein variabler Faktor unserer Außenpolitik. Nein, sie ist eine von uns allen anerkannte Maxime, unabhängig von der Tagespolitik und auch für die nachfolgenden Generationen von entscheidender Bedeutung.

Unsere Neutralität liegt aber nicht nur im österreichischen Interesse, sondern auch im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens aller Staaten, und nicht zuletzt der Staaten im Donauraum, die alle an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert sind. Bei allen zutiefst bedauerlichen Rückschlägen, welche die Entspannungspolitik in den letzten Jahren erlitten hat, ist es doch ein unbestreitbarer Erfolg gerade in

Tischrede von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz

dieser Politik, daß uns in Europa der Friede länger erhalten blieb, als jemals zuvor in diesem Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent. Und war es nicht der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, welcher Österreich nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit gebracht hat, sondern auch den Beginn der Entspannungspolitik darstellt ?

Mit großer Befriedigung können wir immer wieder feststellen, daß diese unsere Politik das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere auch der Großmächte, gefunden hat. Auch in Zukunft werden unsere zwischenstaatlichen Beziehungen darauf abgestellt sein, durch unser Bekenntnis zu diesem unseren außenpolitischen Leitbild eine klare, kalkulierbare und vertrauensenerweckende Politik zu betreiben, die als solche von allen Staaten stets in Rechnung gestellt werden kann.

Die Erfolge unserer Neutralitätspolitik – vertrauensvolle Beziehungen zu unseren Nachbarn und den anderen Staaten in Ost und West – haben auch die Zuversicht der Österreicher in die Lebenskraft ihrer Heimat immer mehr gestärkt und ihren schöpferischen Leistungswillen, ihre Opfer- und Verantwortungsbereitschaft unter Beweis gestellt. Unsere Volkswirtschaft steht auf einer gesunden Basis, die uns einen vorher nie gekannten Wohlstand sichert. Auch unser kulturelles Ausstrahlungsvermögen wird in der ganzen Welt anerkannt, wobei wir ein harmonisches Verhältnis zwischen Fortschritt und Tradition gefunden haben.

Wenn man von der österreichischen Neutralität spricht, ist es unerläßlich zu betonen, daß diese Politik uns keineswegs in die Isolation führt. Wir sind uns dessen bewußt, daß heute kein Volk am Problem des Friedens vorbeisehen darf, weil die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt auch von den mittleren und kleineren Staaten mitgetragen wird. Ja, gerade den neutralen Staaten kommt unter Wahrung ihrer nationalen Interessen eine besondere Rolle des Ausgleichs zwischen divergierenden Bestrebungen in der Weltpolitik zu. Deshalb ist Österreich im Interesse des Friedens bemüht, trotz der ideologischen und sonstigen Gegensätze in der Welt alles zu unternehmen, was dem Abbau der Spannungen und der Begegnung der Völker und Menschen dient.

Zwei konkrete Hauptaufgaben sind es, die meiner Auffassung nach heute im Vordergrund stehen müssen: Es sind dies die für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens dringend gebotene Abrüstung und die Beseitigung der nicht wenigen Krisenherde in der Welt, welche dem Wunsch aller Völker nach Aufrechterhaltung des Weltfriedens und dem friedlichen Zusammenleben gleichermaßen abträglich und gefährlich sind.

In diesem Zusammenhang messen wir der Situation im Nahen Osten besonders große Bedeutung bei, weil wir davon überzeugt sind, daß die Sicherheit in Europa in engem Zusammenhang mit der Sicherheit im Mittelmeerraum steht.

Österreich war daher stets bemüht, einen aktiven Beitrag zur Lösung der Krise im Nahen Osten zu leisten, weil ohne die Beseitigung dieses Krisenherdes eine weltweite Entspannung nicht möglich ist.

Die österreichische Aussenpolitik ist in erster Linie darauf ausgerichtet, der Sicherung des Weltfriedens zu dienen. Deshalb unterstützen wir konstruktive Bestrebungen, die darauf abzielen, wirksame Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu fördern, die für die ganze Welt von essentieller Bedeutung und ein fundamentales Anliegen der ganzen Weltöffentlichkeit sind.

Österreich hat von Anbeginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa große Beachtung gewidmet.

Tischrede von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz

Bei dieser Konferenz durfte es und darf es keine Sieger und Besiegten geben. Es muß sich bei der KSZE um einen umfassenden Versuch aller Teilnehmerstaaten handeln, auf vielen Gebieten Voraussetzungen für weitere Schritte nach vorne zu schaffen, die nicht nur den Teilnehmerstaaten mehr Sicherheit bringen und ein größeres Maß an Zusammenarbeit ermöglichen, sondern auch die Völker und Menschen in allen Teilnehmerstaaten enger miteinander verbinden und damit der Entspannungspolitik neue Impulse verleihen.

Entspannungspolitik ist keine nur aus taktischen Erwägungen heraus konzipierte außenpolitische Verhaltensweise, sondern ein Gesamtprozeß, der politische, wirtschaftliche, soziale, humanitäre sowie viele andere Komponenten umfaßt und eine starke Eigendynamik entwickelt hat. Auch für Österreich ist die Weiterführung des Entspannungsprozesses von vitaler Bedeutung.

Es hat uns in Österreich mit besonderer Genugtuung erfüllt, daß das Prinzip der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt auch in die Schlußakte der KSZE Eingang gefunden hat. Wenn aber auf Gewalt oder Androhung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Streitfällen zwischen den Staaten verzichtet wird, bedarf es anderer, und zwar friedlicher Mittel, um eine Lösung für solche Streitfälle zu finden. Deshalb ist Österreich immer dafür eingetreten, die Inanspruchnahme solcher friedlicher Mittel auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Der dynamische Prozeß, den die Schlußakte der KSZE und die Folgetreffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz immer neu beleben sollen, bedingt aber auch den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost, neue konstruktive Formen dieser Kooperation, die über den bloßen bilateralen Waren- und Zahlungsverkehr hinausgehen, wobei ich nicht zuletzt an eine Zusammenarbeit auf dem Energiesektor denke.

Die Schlußakte der KSZE soll weiterhin als ein stabiler Wegweiser für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses dienen, sie soll den Frieden in Europa sicherer und das Leben der Menschen humaner machen. Je mehr Menschen die Entspannung mittragen, weil sie deren Vorteile im täglichen Leben zu spüren bekommen, umso stärker wird dieser Prozeß in der internationalen Politik verankert werden können. Die Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen sowie verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und die Schaffung besserer Bedingungen für Kontakte ihrer Bürger über die Grenzen hinweg, aber auch mehr Freizügigkeit, sollte ein kontinuierlicher Vorgang sein, der von einem immer wieder zu erneuernden Konsens getragen wird.

Ich darf erwähnen, daß die Teilnehmerstaaten der KSZE in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen. Ihre Achtung ist ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen und diese sind ihrerseits erforderlich, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten.

Die Durchsetzung der Menschenrechte erfordert intensive Anstrengungen aller Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen, aber auch auf regionaler und globaler Ebene. Vor allem in den einzelnen Regionen erscheinen konkrete Schritte zum Ausbau des Schutzes der Grund- und Freiheitsrechte besonders wichtig.

Österreich ist auch der Auffassung, daß alle Menschenrechte miteinander verbunden sind. Die Würde des Menschen kann nicht gewährt werden, wenn die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen fehlen. Andererseits kön-

Tischrede von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz

nen widrige soziale und wirtschaftliche Verhältnisse niemals die Verweigerung individueller Grund- und Freiheitsrechte rechtfertigen.

In Europa, unserer eigenen Region, trägt Österreich durch seine aktive Teilnahme am KSZE-Prozeß zur Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit bei. Dieser Prozeß ist für die kleineren europäischen Staaten von besonderer Bedeutung, da er ihnen eine einmalige Gelegenheit bietet, ihr Schicksal aktiv zu gestalten. Die Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ist daher von außerordentlicher Wichtigkeit.

Ein Weltforum, welchem Österreich besondere Bedeutung beimißt, ist die Organisation der Vereinten Nationen.

Gemeinsam sollten wir alle Möglichkeiten prüfen, wie wir uns besser der Vereinten Nationen bedienen können, um die heutigen Probleme der Menschheit und die Herausforderung der Zukunft zu meistern. Wir müssen der sozialen Dimension der Entwicklung und solchen wirtschaftlichen Maßnahmen größere Aufmerksamkeit schenken, die den sozialen Zusammenhalt und die demokratischen Strukturen stärken, statt sie zu schwächen. Wir sind überzeugt, daß die Vereinten Nationen eine höchst bedeutsame Rolle bei der Lösung dieser grundlegenden Fragen und bei der Förderung einer Politik spielen können, die insbesondere den schwächeren und weniger widerstandsfähigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zugute kommt.

Der 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen im Jahre 1985 bietet eine willkommene Gelegenheit, ernsthafte Überlegungen zur besseren Arbeitsweise der Weltorganisation anzustellen.

Die Vereinten Nationen müssen ein wirksames und überzeugendes Instrument zur Lösung internationaler Probleme und zur Sicherung des Weltfriedens bleiben.

Und so erhebe ich mein Glas und lade Sie ein zu einem Toast,

auf Ihr persönliches Wohlergehen, Herr Vorsitzender, und das Ihrer Frau Gemahlin, auf die weitere Entwicklung und die beständige Vertiefung der Freundschaft zwischen Österreich und der UdSSR,

und auf die Erhaltung des Friedens in der Welt, was uns allen das größte Anliegen ist.

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc über „Ansätze zur Friedenssicherung aus österreichischer Sicht“ *)

Zunächst möchte ich Ihnen für die lebenswürdige Einladung danken, bei dieser gemeinsamen Veranstaltung des Council on Foreign Relations und der Chicago Association of Commerce and Industry zu sprechen. Es ist mir wohlbekannt, daß Ihre beiden Institutionen zu den führenden Organisationen gehören, die sich mit dem Studium weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Fragen befassen. Das hohe Ansehen Ihrer Vereinigung kommt schon in der großen Zahl von Staatsmännern und anderer prominenter Persönlichkeiten zum Ausdruck, die hier Vorträge gehalten haben. Vor diesem distinguierten Publikum in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten sprechen zu dürfen, ist für mich eine Ehre und eine Auszeichnung, aber auch eine Herausforderung. Gleichzeitig freut es mich, Gelegenheit zu haben, Österreichs Auffassung zu den bestehenden Möglichkeiten für den Frieden darzustellen – ein Thema, das ganz im Zentrum unserer Außenpolitik steht.

Österreich ist ein Bestandteil Westeuropas und bekennt sich zur Demokratie, zur Freiheit und zum Pluralismus. Es ist ein immerwährend neutrales Land in der Mitte Europas, umgeben von sieben Nachbarstaaten, an der Grenzlinie zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.

Da Österreichs Status als immerwährend neutrales Land für das Verständnis unserer außenpolitischen Position wesentlich ist, möchte ich zunächst erläutern, was dieser Begriff bedeutet, und auch, was er nicht bedeutet. Die Einstellung Amerikas zur Neutralität hat nämlich im Laufe der Geschichte wesentliche Veränderungen durchlaufen. Der „ideale“ Neutrale, mit den besten Voraussetzungen, um im Interesse des Friedens aufzutreten, wurde von Präsident Woodrow Wilson in seinem Aufruf zur Neutralität im August 1914 folgendermaßen definiert (ich zitiere): „Eine Nation, die besser als andere imstande ist, das feinabgestimmte Gleichgewicht der ungetrübten Urteilskraft zur Geltung zu bringen, die Würde der Selbstbeherrschung, die Durchschlagskraft leidenschaftslosen Handelns; eine Nation, die weder über andere zu Gericht sitzt noch sich in ihren eigenen Erwägungen stören läßt und sich die Fähigkeit und Freiheit bewahrt, das zu tun, was ehrlich und uneigennützig und dem Weltfrieden wahrhaft dienlich ist.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einstellung Washingtons zur Neutralität weniger freundlich: John Foster Dulles verurteilte die Neutralität als eine „unmoralische und kurzsichtige Konzeption“. Diese Auffassung änderte sich in den folgenden Jahren dann aber wieder. Während seiner Europareise im Jahre 1983 unterstrich Vizepräsident Bush besonders die Achtung der Neutralität Österreichs durch die Vereinigten Staaten.

Österreich hat sich mit Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 zu einer Politik der immerwährenden Neutralität verpflichtet. Damit ist eine zweifache Verpflichtung gegeben: einerseits, keinem militärischen Bündnis beizutreten und keine Errichtung von fremden militärischen Stützpunkten auf österreichischem Staatsgebiet zuzulassen, und andererseits, die territoriale Integrität Österreichs mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen. Die immerwährende Neutralität wurde Österreich nicht aufer-

*) gehalten vor dem Chicago Council on Foreign Relations und der Chicago Association of Commerce and Industry anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger in den Vereinigten Staaten am 1. März 1984

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

legt, sondern von uns aus freien Stücken gewählt. Daher sind unserer Auffassung nach ausschließlich wir selbst berechtigt und verpflichtet, jene Politik festzulegen, die sich aus unserer Neutralität zu ergeben hat.

Österreich ist neutral, aber nicht „neutralistisch“. Unser Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie westlicher Prägung ist seit 1955 immer wieder deutlich bekräftigt worden und hat wiederholt Bewährungsproben bestanden: so z. B. dadurch, daß wir Hunderttausenden osteuropäischer Flüchtlinge eine erste Zufluchtstätte boten, vor allem in den Jahren 1956, 1968 und 1980/81, und Zehntausenden von ihnen die Niederlassung ermöglichten.

Die Tatsache, daß wir nicht ideologisch neutral sind, geht auch aus unserem Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen eindeutig hervor. Von einer unkritischen Meinungsneutralität hat weder der Osten noch der Westen etwas. Wir haben stets klargestellt, daß wir zur Gemeinschaft der pluralistisch-demokratischen Staaten gehören. Dies bedeutet die Anerkennung des Völkerrechts als Verhaltensnorm und die Verurteilung eines jeden Bruchs der UNO-Charta oder des Völkerrechts. Österreich hat diese Linie bei den Vereinten Nationen stets konsequent verfolgt.

Im Jahre 1982 traten Kuba, Nikaragua, die UdSSR und andere Staaten mit großem Nachdruck dafür ein, die Frage „Puerto Rico“ auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen zu setzen. Bekanntlich hat sich Ihr Land diesen Bemühungen als einem unzulässigen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten energisch widersetzt. Nach amerikanischer Auffassung brachten diese Bemühungen eine vollständige Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung von Puerto Rico zum Ausdruck. In Anerkennung der Richtigkeit der amerikanischen Argumentation stimmte Österreich gegen den kubanischen Antrag.

Ein anderes Beispiel ist die Afghanistandebatte im Rahmen der Vereinten Nationen. Nach sowjetischer Auffassung sind die sowjetischen Truppen von der rechtmäßigen Regierung Afghanistans ins Land gerufen worden, und daher könne diese Frage im Rahmen der Vereinten Nationen nicht erörtert werden. Wie alle westlichen und die meisten blockfreien Staaten verurteilt Österreich die Invasion und die fortgesetzte militärische Besetzung Afghanistans als ein wesentliches Hindernis für die Entspannung. Ebenso tritt Österreich gegen die Präsenz vietnamesischer Truppen in Kambodscha ein und hat Resolutionen der Generalversammlung, die ihren vollständigen Abzug verlangten, stets unterstützt.

Wir teilen auch nachhaltig die amerikanische Auffassung, daß Israel nicht aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen werden darf und haben bei der letztjährigen Generalversammlung gegen einen Antrag auf Nichtanerkennung der Teilnahmeberechtigung Israels gestimmt.

Unsere eindeutige Politik gegen Gewaltanwendung und für die Einhaltung des Völkerrechts gilt allerdings auch für Fälle, wo Freunde von uns involviert waren, wie z. B. die Landung fremder Truppen auf Grenada.

Die Beispiele, die ich Ihnen gegeben habe, zeigen, daß wir uns nicht in einer Art „Niemandland“ zwischen Ost und West befinden oder einen leichten Weg der Äquidistanz zu den Supermächten beschreiten. Auch praktizieren wir keine Politik des „ohne mich“ in Bezug auf die jeweiligen Tagesprobleme und die Bemühungen, sie zu lösen. Der Neutrale ist kein „Mann ohne Eigenschaften.“

Neutralität bedeutet für uns, immer wieder für Frieden und Stabilität einzutreten.

Die immerwährende Neutralität ist aber mit Notwendigkeit auch eine bewaffnete Neutralität. Das österreichische Verteidigungskonzept beruht auf dem Prinzip, jeden möglichen Aggressor dadurch zu entmutigen und abzuschrecken, daß der „Eintritts- und Aufenthaltspreis“ möglichst hoch angesetzt wird.

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

Österreichs Neutralitätspolitik sieht eine aktive Neutralität vor. Wir sind der festen Überzeugung, daß wir in Europa und in der Welt eine wesentliche Funktion erfüllen können. Wir wissen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte im Sinne einer ungefähren, annähernden militärischen Parität zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine wesentliche Voraussetzung für die globale, die europäische und daher auch die Sicherheit Österreichs ist. Ohne dieses Gleichgewicht – und dies schließt ein Nahverhältnis zwischen Westeuropa und den USA ein – gibt es keine Sicherheit: weder für Österreich noch für Europa noch für die Welt. Jede drastische Veränderung des militärischen Gleichgewichts zwischen den beiden Blöcken berührt auch unsere Sicherheit. Wir sind davon überzeugt, daß eine einseitige Abrüstung ebenso schädlich wäre wie eine einseitige militärische Aufrüstung. Wir haben ein permanentes Interesse am Abbau der Spannungen zwischen den beiden Blöcken. Nur dann hat Österreich die Möglichkeit zu einer weitestmöglichen friedlichen Zusammenarbeit und Entwicklungstätigkeit mit allen seinen Nachbarn, ganz gleich, welches ihr politisches und wirtschaftliches System ist. Wir brauchen diese Handlungsfreiheit, um die positive Rolle spielen zu können, für die Österreich besonders geeignet ist, nämlich für gute Dienste oder eine Vermittlertätigkeit zur Verfügung zu stehen, wenn wir darum ersucht werden, an friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen teilzunehmen, Gastgeber für internationale Konferenzen und Organisationen zu sein. Über 18.000 österreichische Soldaten haben bisher unter der Fahne der Vereinten Nationen gedient, angefangen vom Kongo im Jahre 1960 bis heute in Zypern und im Mittleren Osten. Gegenwärtig ist jeder zwölfte UNO-Soldat Österreicher.

Wien ist zu einem der drei Amtssitze der Vereinten Nationen geworden, und über 4.000 internationale Beamte arbeiten und leben in unserem Land. Österreich ist eine nun schon traditionelle Stätte der Begegnungen: Kennedy und Chruschtschow, Carter und Breschnew und viele andere trafen einander erstmals in Österreich.

Wir streben daher gute Ost-West-Beziehungen sowohl auf europäischer wie auch auf globaler Ebene an und sehen keine vernünftige Alternative zur Entspannung. Ich weiß, daß in den Vereinigten Staaten bezüglich der Ergebnisse der Entspannung eine weitverbreitete Desillusionierung herrscht. Ich meine, daß dies auf überzogene Erwartungen hinsichtlich dessen zurückzuführen ist, was die Entspannung bringen kann. Wir in Österreich, an der Grenze zu Osteuropa, mit unseren vielen persönlichen und sonstigen Verbindungen zu diesen Ländern, kennen aus eigener Erfahrung die Lage vor und dann während der Ära der Entspannung. Wir wissen um die Vorteile, die die Entspannung den Menschen auf beiden Seiten der Grenze gebracht hat. Zum Beispiel wäre ohne die Entspannung schon das Entstehen der Solidaritätsbewegung in Polen undenkbar gewesen.

Die Entwicklung unserer freundschaftlichen, gutnachbarlichen Beziehungen zu Ungarn ist ein anderes Beispiel dafür, was erreicht werden kann. Auch auf humanitärem Gebiet machen wir immer wieder die Erfahrung, um wieviel leichter und öfter heute die verschiedenen Problemfälle, bei denen es um die Zukunft ganzer Familien geht, gelöst werden können.

Andererseits haben wir bezüglich der Entspannung aber auch nie Illusionen gehabt. Die Entspannung war und bleibt für uns ein pragmatisches Konzept auf der Suche nach einem Modus vivendi im Sinne von Koexistenz und Kooperation. Sie bietet einen Rahmen für unsere Beziehungen zu Staaten, deren politische Systeme wir ablehnen, die aber buchstäblich oder in weiterem Sinne unsere Nachbarn sind.

Ständige Konfrontation kann nur zu internationalen Konflikten führen. Innenpolitisch stärkt sie in der Regel aggressive Diktaturen, ganz gleich, ob linker oder rechter Prägung. Kontakte und Verhandlungen können diese für die Demokratie und die

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

Achtung der Menschenrechte zugänglicher machen und damit das internationale politische Klima verbessern.

Es ist weit besser, wenn man mit jemandem eine Gesprächsbasis hat, als wenn man keine hat. Unsere Politik ist präventiv, d. h. wir bemühen uns, Spannungen abzubauen, bevor sie krisenhafte Ausmaße erreichen. Wir suchen Aggressionen abzuschrecken, bevor sie stattfinden. Was in Chicago oder Houston vielleicht als weit entfernt, unwichtig, ja als Kleinigkeit erscheint, kann in Wien oder Berlin als lebenswichtig empfunden werden. (Im übrigen hat Henry Kissinger Österreich nicht umsonst den Seismographen Europas genannt.) Diese unterschiedliche Sichtweise ist eine Tatsache, die man nicht leugnen kann und verstehen muß.

Eine Nation, die inmitten Europas liegt, kann Sicherheit nur in einer Welt finden, in der Verhandlungen die normale Umgangsform zwischen den Staaten sind. Ich begrüße daher Präsident Reagans jüngstes Angebot an die Sowjetunion, ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen und ein stabileres und konstruktiveres Verhältnis herzustellen.

Ständige Kontakte und ein ständiger Dialog sind nicht nur in Europa von wesentlicher Bedeutung, sondern auch im Mittleren Osten. Österreich hat an alle Konfliktparteien immer wieder dringende Appelle gerichtet, die Voraussetzungen für einen Dialog zu verbessern. Das war auch der tiefere Grund für unseren Beschluß, die PLO anzuerkennen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die PLO ein realer politischer Faktor ist und in alle Bemühungen um einen fairen Kompromiß eingeschaltet werden muß. Nur auf diese Weise kann man verifizieren, ob die PLO tatsächlich die Rolle eines echten Vertreters des palästinensischen Volkes und Wählers seiner legitimen Rechte spielen kann. Natürlich wird sie dadurch international aufgewertet, erhält zugleich aber einen Ansporn, sich – schon um der eigenen Glaubwürdigkeit willen – gemäßigt zu verhalten.

Wir halten dies für eine bei weitem realistischere Vorgangsweise. Eine solche Vorgangsweise setzt, wie wir auch eindeutig festgehalten haben, einerseits die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und andererseits die Anerkennung des Staates Israel innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen voraus.

Österreich unterstützt die Bemühungen regionaler Gruppierungen wie ASEAN in Südostasien oder der Contadora-Gruppe in Zentralamerika, eine mäßigende Rolle im Sinne einer Förderung friedlicher Lösungen regionaler Konflikte zu spielen. Für Ost-West-Rivalitäten sollte in regionalen Konflikten kein Platz sein. Durch diese Rivalitäten besteht nur die Gefahr, daß solche Konflikte auf gefährlichere Ebenen eskalieren.

Spannungen resultieren nicht nur aus den Ost-West-Beziehungen oder aus politischen und militärischen Konfrontationen. Gegenwärtig macht uns die Entwicklung der Weltwirtschaft große Sorgen. Hinter uns liegen gerade mehrere Jahre weltweiter Rezession. Der Welthandel ging infolgedessen 1981 um 1% zurück, schrumpfte 1982 erneut um 6% und ist 1983 nur um 1% gewachsen.

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der wichtigste wirtschaftliche Motor der Welt. Der Dollar ist nicht nur die Leitwährung für den internationalen Handel und die internationalen Investitionen, sondern auch die wichtigste Reservewährung der Zentralbanken. Die Vereinigten Staaten genießen daher eine Reihe bedeutender Vorteile, haben aber auch besondere Verpflichtungen gegenüber der Weltwirtschaft. Dies bedeutet, daß die Vereinigten Staaten bei ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch deren Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften berücksichtigen müs-

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

sen. Viele Leute, mich selbst eingeschlossen, sind der Ansicht, daß sich die Kombination von expansiver Fiskalpolitik und straffer Geldpolitik auf das nach wie vor hohe reale Zinsniveau ausgewirkt hat. Auch bleibt die Frage offen, ob es möglich sein wird, bei der gegenwärtigen Dollarparität eine anhaltende Konjunkturbelebung zu erreichen.

Freilich hängt die wirtschaftliche Prosperität Europas auch von vielen anderen Faktoren ab, die nicht mit den Vereinigten Staaten zusammenhängen. Weil Österreich ein kleines, stark exportorientiertes Land ist, sind wir besonders abhängig vom internationalen Geld- und Finanzsystem wie auch von einem offenen, gegen protektionistische Tendenzen resistenten Welthandelssystem. Bei 35 Millionen Arbeitslosen in den westlichen Industriestaaten, deren Zahl sich laut den Prognosen noch stark vermehren wird, droht uns tatsächlich eine schwere Wirtschaftskrise. Wobei wir die letztlich ungünstigen politischen Konsequenzen einer größeren und längeren Wirtschaftskrise noch gar nicht absehen können. Jedenfalls stellen aber Handels-, Finanz- und Wirtschaftsfragen eine wesentliche Komponente des Friedens und der Sicherheit dar.

Präsident Eisenhower hat immer seine grundlegende Überzeugung von der Notwendigkeit einer gesunden Wirtschaft in den Ländern des Westens betont und dabei wiederholt die Warnung ausgesprochen (ich zitiere): „Wir dürfen nicht das zerstören, was wir zu verteidigen suchen.“ Was wir gegenwärtig brauchen, sind außerordentliche Anstrengungen, um das Weltwirtschafts- und Finanzsystem wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Erforderlich ist eine weltweite Politik der strukturellen Anpassung. Angesichts der globalen Verflechtungen kann kein Staat, selbst der größte nicht, einen wirtschaftlichen Alleingang unternehmen.

Im Jahre 1983 haben wir aus Anlaß des fünfunddreißigjährigen Jubiläums des Marshallplans eine Überprüfung des Gesamtbereichs der österreichisch-amerikanischen Beziehungen eingeleitet. Diese Überprüfung hat zur Ausarbeitung eines Programms für die weitere Vertiefung der österreichisch-amerikanischen Beziehungen geführt. So wie die Beziehungen zwischen Individuen ständige Aufmerksamkeit verlangen, dürfen auch die guten Beziehungen zwischen Nationen nicht für selbstverständlich genommen werden. Dieses sogenannte „USA-Konzept“ wurde von der österreichischen Bundesregierung im Hinblick auf eine bessere Koordinierung der Aktionen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlich-technologischem Gebiet sowie bezüglich der Rolle der Massenmedien beschlossen.

Unser Ziel ist es, die Wirklichkeit des heutigen Österreich unseren amerikanischen Freunden näherzubringen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern fördern. Wir meinen, daß insbesondere Umfang und Intensität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Amerika gesteigert werden könnten. Im Jahre 1982 sind nur etwa 150 Millionen Dollar an Investitionen im Erzeugungsbereich aus den USA nach Österreich geflossen – weniger als 1% des Gesamtbetrages, der im gleichen Jahr von amerikanischen Investoren in Westeuropa in Erzeugungsbetrieben veranlagt wurde. Ich bin davon überzeugt, daß angesichts der Vorteile, die Österreich den amerikanischen Wirtschaftstreibenden heute bietet, ein wesentlich größerer Anteil abgebracht wäre.

Lassen Sie mich dies erläutern:

Österreich hat ein Freihandelsabkommen mit den Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften für industrielle und gewerbliche Produkte. Wir gehören der Europäischen Freihandelsassoziation an und haben traditionelle Handelsverbindungen zu Osteuropa. Dies versetzt uns in eine einzigartige Position. Unsere wirtschaftlichen Leistungen stehen hinter keinem anderen Land Europas zurück – was niedrige Inflati-

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

onsraten, Währungsstabilität, soziale Einrichtungen und die allgemeine Lebensqualität betrifft. Wie Sie wissen, ist Österreich ein Land mit einer langen und ununterbrochenen Tradition der sozialen Stabilität und Kontinuität, was zum Großteil unserem System der Sozialpartnerschaft zu verdanken ist. Wirtschaftliche Probleme, vor allem Lohn- und Preisfragen, werden an die Sozialpartner verwiesen, wo sie in offenen Aussprachen von den Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Regierung diskutiert werden. Diese Methode hat sich ausgezeichnet bewährt und Streiks aus unserem Wirtschaftsleben praktisch eliminiert. In meinem Land wird die durch Streiks verlorengegangene Arbeitszeit in Sekunden pro Arbeitskraft und Jahr gemessen.

In unserer hohen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt spiegelt sich ein Wirtschaftswachstum wider, das im Vorjahr nur von Japan übertroffen wurde. Ferner ist das österreichische Arbeitskräftepotential gut ausgebildet und stark motiviert. Dies führt zu niedrigen Lohnkosten je Produktionseinheit. Zusätzlich zu diesen leistungsfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen bietet die öffentliche Hand in Österreich potentiellen Investoren Steuervorteile und andere besondere Anreize, die im Vergleich zu jedem anderen Land der Welt sehr günstig sind.

Innerhalb Europas zählt Österreich zu den Ländern mit der geringsten effektiven Steuerbelastung. Ein Doppelbesteuerungsabkommen mit den Vereinigten Staaten stellt sicher, daß Einkünfte nur einmal besteuert werden, und reichlich bemessene Abschreibungen sind vom steuerpflichtigen Einkommen absetzbar.

Es gibt bereits eine ganze Reihe ermutigender Beispiele, wo österreichische Firmen mit interessanten wissenschaftlichen oder kommerziellen Projekten erfolgreiche Kooperationen mit führenden ausländischen Forschungsinstitutionen oder Unternehmungen auf der Basis des gegenseitigen Nutzens aufgenommen haben. So kooperiert die VOEST-ALPINE mit AMI in Graz, wo auch neue Technologien entwickelt werden sollen. Die amerikanische Firma HEAD-AMF kooperiert mit TYROLIA bei der Herstellung von Skibindungen. AMERICAN OPTICAL produziert Spezialmikroskope und -mikrotome mit REICHERT in Wien, wo die erforderliche Technologie und das Know-how entwickelt wird. Vor nicht allzu langer Zeit investierte GENERAL MOTORS etwa 500 Millionen Dollar in einen neuen Betrieb bei Wien, und erst vor vier Wochen kündigte CINCINNATI MILACRON die Aufnahme der Fertigung von Industrierobotern in Österreich an – eine europäische Premiere. Zu den ausländischen Investoren in Österreich gehören u. a. auch BMW, MITSUBISHI, PHILIPS und SIEMENS.

Erst im vergangenen September nahmen Finanzminister Dr. Salcher und ich an der Gründungsfeier der INDUSTRIAL COOPERATION AND DEVELOPMENT COMPANY (ICD) in New York teil. Zielsetzung der ICD ist es, Investitionen und Betriebsanleitungen seitens amerikanischer Firmen in Österreich sowie Kooperationen zwischen amerikanischen und österreichischen Unternehmungen zu fördern. Die ICD bietet Informationen und Beratung über die Kapazität der österreichischen Wirtschaft und über die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten des Bundes und der Länder an.

Auch die Eröffnung einer Zweigstelle der CREDITANSTALT-BANKVEREIN, Österreichs größter Bank, in New York im Mai 1983 signalisiert Österreichs Bestreben, seine Präsenz in den Vereinigten Staaten zu verstärken.

Gestern wurde in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger in New York die AMERICAN-AUSTRIAN FOUNDATION gegründet. Als nichtgewinnstrebige (nichtparteigebundene und nichtpolitische) Körperschaft im Sinne des amerikanischen Rechts will diese neue Stiftung die kulturellen, wissenschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiterentwickeln und

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc

fördern und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Österreichern und den Amerikanern vertiefen.

Durch Mobilisierung privater Unterstützung und durch Aufgreifen neuer und vielleicht unkonventioneller Ideen hofft man, daß die Arbeit der Stiftung in weiterer Folge zu einem noch viel breiteren und leichter zugänglichen kulturellen und intellektuellen Austausch zwischen Österreichern und Amerikanern führen wird.

Dieser Umriss hat Ihnen, so hoffe ich, einen Einblick in die Auffassung Österreichs hinsichtlich der Möglichkeiten für den Frieden, in unseren Beitrag als immerwährend neutrales Land zur internationalen Politik und in unsere Bestrebungen zur Förderung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gegeben. Ich hoffe, daß wir unsere Zielsetzung gemeinsam zu unser aller gegenseitigem Nutzen verwirklichen werden.

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1984

Mit grosser Freude übermittle ich Ihnen die Glückwünsche Österreichs zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der diesjährigen Generalversammlung. Wir begrüssen Sie als hervorragenden Vertreter Afrikas und eines Landes, mit dem Österreich durch enge und freundschaftliche Beziehungen verbunden ist. Ihre reiche diplomatische Erfahrung und Ihr bekanntes Engagement für die Vereinten Nationen bieten Gewähr für eine sachliche und konstruktive Arbeit der Generalversammlung.

Auch Ihrem Vorgänger, Hern Jorge Illueca, der die Generalversammlung mit Umsicht und Geschick gelenkt hat, sprechen wir unseren aufrichtigen Dank aus. Wir sind ihm für seinen Beitrag zur Arbeit der Organisation sehr verbunden.

Besonders herzlich begrüsse ich die Delegation des neuen Mitgliedsstaates Brunei Darussalam. Wir sehen einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit Freude entgegen.

Zu Beginn dieser Generalversammlung waren die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von verstärkter Konfrontation, Misstrauen, gegenseitigen Anschuldigungen und vor allem der Fortsetzung des furchtbaren Wettrüstens geprägt. Die Begegnungen der letzten Woche lassen uns hoffen, dass der Dialog wiederaufgenommen werden wird. Die Welt erwartet, dass die Spannungen vermindert und die gigantischen Waffenarsenale abgebaut werden.

In Europa, unserer eigenen Region, trägt Österreich durch seine aktive Teilnahme am KSZE-Prozess zur Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit bei. Dieser Prozess ist für die kleineren europäischen Staaten von besonderer Bedeutung, da er ihnen eine einmalige Möglichkeit bietet, ihr Schicksal aktiv zu gestalten. Die Stockholmer Konferenz sowie die bevorstehenden Treffen in Budapest und Ottawa sind daher von ausserordentlicher Wichtigkeit.

Die Lage der Weltwirtschaft erfordert entschlossene Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zur Linderung der Not der Entwicklungsländer. Die Schuldenlast, die viele Entwicklungsländer zu tragen haben, senkt ihren Lebensstandard noch weiter. Dieses Problem kann nicht allein durch banktechnische Massnahmen gelöst werden; auch die Regierungen der Gläubigerländer müssen diese Verantwortung teilen.

Menschenrechte und Grundfreiheiten werden noch immer in weiten Teilen der Welt grob missachtet. Unterdrückung, politische Verfolgung und wirtschaftliche Ausbeutung werfen einen dunklen Schatten über das Leben von Millionen Menschen.

Der Friede ist durch eine grosse Zahl regionaler Konflikte und Krisen im Nahen Osten, in Zentralamerika, Kambodscha, Afghanistan, Zypern und im südlichen Afrika bedroht.

Generalsekretär Perez de Cuellar hat in seinem Jahresbericht über die Arbeit der Organisation in klarer und mutiger Weise die Hindernisse aufgezeigt, die einem wirksamen Funktionieren der Vereinten Nationen entgegenstehen. Wir unterstützen seine Anregungen zur Verbesserung der Wirkungsweise der Vereinten Nationen. Wir schliessen uns seinem Appell an alle Mitgliedstaaten an, politische Auseinandersetzungen nicht in die Sonderorganisationen hineinzutragen. Österreich unterstützt die Anstrengungen des Generalsekretärs zur Stärkung der Organisation als Instru-

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

ment der Friedenssicherung und der Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Wir rufen alle Mitgliedstaaten dringend auf, zur Finanzierung dieser Operation beizutragen.

Der 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen im Jahre 1985 bietet eine willkommene Gelegenheit, ernsthafte Überlegungen zur besseren Arbeitsweise der Weltorganisation anzustellen.

Gemeinsam sollten wir alle Möglichkeiten prüfen, wie wir uns besser der Vereinten Nationen bedienen können, um die heutigen Probleme der Menschheit und die Herausforderung der Zukunft zu meistern. Wir müssen der sozialen Dimension der Entwicklung und solchen wirtschaftlichen Massnahmen grössere Aufmerksamkeit schenken, die den sozialen Zusammenhalt und die demokratischen Strukturen stärken, statt sie zu schwächen. Wir sind überzeugt, dass die Vereinten Nationen eine höchst bedeutsame Rolle bei der Lösung dieser grundlegenden Fragen und bei der Förderung einer Politik spielen können, die insbesondere den schwächeren und weniger widerstandsfähigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zugute kommt.

Österreich hat schon bei früheren Tagungen der Generalversammlung seine Haltung zu vielen wichtigen Tagesordnungspunkten dargelegt. Diese Stellungnahmen bleiben weiterhin aufrecht. Heute konzentriere ich mich auf vier Probleme.

Ich will mit den Menschenrechten beginnen, denn der Einzelne und sein Wohlergehen sind das grundlegende Motiv allen politischen Handelns.

Es gibt genug Beweise dafür, dass sich die Kluft zwischen den allgemein anerkannten Menschenrechtsnormen und der düsteren Wirklichkeit in vielen Ländern weiter vergrössert. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen sind verpflichtet, diesen Zustand, der die Menschenwürde verletzt, zu ändern.

In zwei Bereichen sind Fortschritte überfällig; bei der Beseitigung der Folter und der Eindämmung oder Abschaffung der Todesstrafe. Wir sind zuversichtlich, dass die Generalversammlung die Arbeit an den erforderlichen völkerrechtlichen Instrumenten mit Erfolg abschliessen wird. Wir werden zur Erreichung dieses Ziels weiterhin aktiv beitragen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte erfordert intensive Anstrengungen aller Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen, aber auch auf regionaler und globaler Ebene. Vor allem in den einzelnen Regionen erscheinen konkrete Schritte zum Ausbau des Schutzes der Grund- und Freiheitsrechte besonders erfolgversprechend. In diesem Zusammenhang werden die Mitgliedstaaten des Europarates im März 1985 in Wien eine Konferenz über Menschenrechte abhalten.

Ich versichere Ihnen, Herr Präsident, dass Österreich, wenn immer es für die Menschenrechte in einer bestimmten Region oder einem Land eintritt, ausschliesslich von der Sorge um den Einzelnen und seine Freiheit und Würde geleitet wird.

Österreich ist auch der Auffassung, dass alle Menschenrechte miteinander verbunden sind. Die Würde des Menschen kann nicht gewahrt werden, wenn die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen fehlen. Andererseits können widrige soziale und wirtschaftliche Verhältnisse niemals die Verweigerung individueller Grund- und Freiheitsrechte rechtfertigen.

Zentralamerika ist eine jener Regionen, in denen die Missachtung der Menschenrechte zu einem Kreislauf von Gewalt, Blutvergiessen und menschlichem Leid führt. Gleichzeitig sind wir Zeugen einer wachsenden Neigung zur Einmischung von aussen. Die Ost-West-Auseinandersetzung wirft ihren Schatten über Zentralamerika.

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Es war stets Österreichs Haltung, dass eine Lösung der Krise Zentralamerikas nur von den Staaten der Region selbst gefunden werden kann. Bemühungen um nationale Aussöhnung und Wiederherstellung der Demokratie in einzelnen Ländern müssen von einem Dialog zwischen allen Staaten und politischen Kräften Zentralamerikas begleitet sein. Der politische Friedensprozess muss, um erfolgreich zu sein, von Massnahmen zur Sicherung des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit unterstützt werden. Diese Notwendigkeit wird in zunehmenden Masse anerkannt. Ein ermutigendes Zeichen hiefür ist das Treffen der EG-Mitgliedstaaten mit der Contadora-Gruppe und den zentralamerikanischen Ländern in San José.

Österreich wird den Contadora-Prozess als eine eigenständige lateinamerikanische Initiative für Frieden und Fortschritt weiterhin unterstützen. Wir begrüßen es, dass die Contadora-Akte über Frieden und Zusammenarbeit von zentralamerikanischen Staaten und vor allem von Nikaragua angenommen wurde. Wir sind überzeugt, dass alle Parteien ihre Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in der Region fortsetzen werden.

Die andauernde Krise in Afrika ist Grund zu besonderer Sorge. Afrika sieht sich heute mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: kurzfristig das Überleben und langfristig die Entwicklung zu gewährleisten. Es spricht für die Weitsicht der führenden Staatsmänner Afrikas, dass sie beschlossen haben, die eigenen Anstrengungen an die Spitze zu stellen. Die Krise Afrikas kann jedoch von seinen Völkern allein nicht bewältigt werden. Verstärkte Hilfeleistungen werden erforderlich sein. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Wiederauffüllung der International Development Association ergeben haben sowie die Probleme, denen sich derzeit der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung gegenüber sieht, erfüllen uns mit Besorgnis. In erster Linie ist eine höhere Leistungsbereitschaft von allen Seiten notwendig, und zwar unabhängig vom sozialen System und geschichtlichen Hintergrund. Dies erfordert ein grösseres Verständnis für die Verschuldungsproblematik, mit der viele Entwicklungsländer konfrontiert sind. Überdies ist ein besseres Verständnis für die sozialen und politischen Schwierigkeiten, die sich aus schmerzhaften Anpassungsprogrammen ergeben und die Armen mehr als alle anderen treffen, erforderlich.

Österreich begrüsst die Afrika-Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Wir haben uns aktiv an den einschlägigen Beratungen des Wirtschafts- und Sozialrates beteiligt. Wir bedauern, dass keine Einigung über einen Aktionsrahmen erzielt werden konnte.

Mein Land wird seine eigenen Bemühungen, Afrika Hilfe zu leisten, verstärken. Dieser Kontinent, vor allem aber seine am wenigsten entwickelten Länder, stellen bereits jetzt einen Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungshilfe dar.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass eine friedliche und harmonische Entwicklung in Afrika ohne die Eliminierung des verabscheuungswürdigen Systems der Apartheid, das eine sehr ernste Verletzung der Menschenrechte und menschlichen Würde darstellt, nicht erfolgreich sein kann.

Die Palästinafrage beschäftigt die Vereinten Nationen seit vielen Jahren. Ihre Lösung wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Der Nahe Osten ist daher ein andauernder Konflikttherd und eine ernste Bedrohung des Weltfriedens.

Viele Pläne für die Lösung des Konfliktes wurden vorgeschlagen. Ich möchte die Beschlüsse der Arabischen Gipfelkonferenz von Fez und den Reagan-Plan vom September 1982, der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten vor dieser Generalversammlung bekräftigt wurde, erwähnen. Die ägyptisch-französische Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen enthält ebenfalls wertvolle Vorschläge.

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Österreichs Haltung ist klar: Wir verwerfen eine Politik, die auf militärische Überlegenheit und die Besetzung fremder Gebiete gegründet ist. Jede Lösung muss auf dem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, der Anerkennung des Existenzrechtes Israels als souveränem, unabhängigem Staat innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen sowie der Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschliesslich des Rechtes zur Errichtung eines eigenen Staates, beruhen.

Gemeinsam mit der Mehrheit der Mitglieder dieser Versammlung anerkennen wir weiterhin die PLO als die Vertreterin und Sprecherin des palästinensischen Volkes. Die PLO muss deshalb in alle Bemühungen um eine gerechte und friedliche Lösung einbezogen werden.

Israels Politik der de facto-Annexion verletzt das Völkerrecht. Wir verurteilen entschieden seine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten.

Alle Konfliktparteien, Israelis und Palästinenser sowie die arabischen Staaten, müssen neue Friedensbemühungen unternehmen.

Mit dem Beginn eines solchen Friedensprozesses kann nicht länger zugewartet werden. Die sofortige Einstellung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, die Beendigung der Anschläge in Israel und der vollständige Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon sind für die Schaffung des für erfolgreiche Verhandlungen erforderlichen Klimas notwendig.

Gestatten Sie mir nun einige Worte zum Südtirol-Problem, ein Österreich direkt berührendes Thema. Mit Italien, einem unserer wichtigsten Nachbarn, verbinden uns gute und freundschaftliche Beziehungen. Diese Beziehungen sind durch den offiziellen Besuch von Ministerpräsident Craxi und Aussenminister Andreotti in Wien im Februar d. J. weiter vertieft worden.

Aufgrund der Resolution der Generalversammlung von 1960 und 1961 kam es 1969 zu einer Einigung über die Neuordnung der Autonomie für Südtirol. 15 Jahre danach sind jedoch immer noch einige der damals vereinbarten Autonomiebestimmungen offen. Dies gilt insbesondere für die Bestimmung über den Gebrauch der deutschen Sprache. Trotz einer bereits im Mai 1983 erfolgten grundsätzlichen Einigung zwischen der italienischen Regierung und der betroffenen Minderheit ist es bisher bedauerlicherweise noch nicht zu einer Verabschiedung dieser wichtigen Bestimmung gekommen. Dieser Umstand hat die Besorgnis unter der Südtiroler Bevölkerung bedeutend verstärkt. Wir vertrauen nunmehr darauf, dass die Zusage Ministerpräsident Craxis, diese Bestimmung zu verabschieden, bald erfüllt werden wird.

Österreich hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die vom italienischen Regierungschef erteilte Zusage, bald eine Autonome Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtshofes zu errichten, durch die Erlassung der diesbezüglichen Bestimmung inzwischen honoriert worden ist. Die von Ministerpräsident Craxi in Wien und Aussenminister Andreotti in Venedig gegebenen Zusicherungen nähren unsere Zuversicht, dass die italienische Regierung die weiteren Schritte für eine baldige einvernehmliche und volle Verwirklichung der Autonomie Südtirols schaffen wird.

Die von mir behandelten Themen haben mehr gemeinsam als man auf den ersten Blick annehmen mag. Der Schlüssel zu ihrer friedlichen Lösung liegt immer in der Bereitschaft zum Dialog, in der Achtung der Rechte des Anderen und im Willen zum Ausgleich. Österreichs eigene Erfahrung ermutigt uns, enge und freundschaftliche Beziehungen mit allen unseren Nachbarn zu fördern. Diese Erfahrung prägt unsere Einstellung zur Lösung regionaler Konflikte und bestimmt unsere Mitwirkung in den internationalen Organisationen.

Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Ich möchte meine Rede mit einer persönlichen Erinnerung abschliessen : Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges traf ich mit vielen jungen Leuten aus ganz Europa zusammen. Wir kamen aus zerstörten Städten und Dörfern eines vom Kriege verwüsteten Kontinents. Reichtümer besaßen wir keine, kaum persönliche Habseligkeiten ; unsere Heimat lag in Trümmern – aber wir besaßen Hoffnung, Optimismus und einen unerschütterlichen Glauben an unsere Kraft, die Heimat wieder aufzubauen, Hass und Misstrauen zu überwinden und eine neue Welt zu gestalten.

Seither ist viel erreicht worden. Und jetzt, in reiferem Alter und verantwortungsvollen Positionen, sind wir unsicher und pessimistischer gegenüber unserer Fähigkeit, die Probleme von heute zu lösen. Wir wollen mit Optimismus, Hoffnung und Glauben an die Zukunft der Menschheit an diese Probleme herangehen. Wir wollen den Geist unserer Jugend wiedergewinnen. Dies sind wir den jungen Leuten von heute, deren Welt wir gestalten, schuldig.

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz über „Internationale Gegebenheiten – müssen wir sie hinnehmen oder können wir sie gestalten?“ *)

Ich danke der Österreichischen Gesellschaft für Aussenpolitik und Internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen für die Möglichkeit, hier einige Gedanken zur österreichischen Aussenpolitik vorzutragen.

Ich möchte allerdings offen sagen, dass ich nicht über das Thema der Beeinflussbarkeit des Schicksals philosophieren möchte, sondern versuchen will, die Frage sehr praktisch zu beantworten: Ist ein kleiner Staat wie Österreich nur ein Spielball der Weltgeschichte oder ein – wenn auch in bescheidenem Rahmen – aktiver Mitgestalter der Weltgeschichte? In diesem Sinne spreche ich hier nicht als philosophischer Beobachter, sondern als einer, der im Auftrag der Republik Österreich berufen ist, wenn es geht, bei dieser Gestaltung der internationalen Politik mitzuwirken. Wenn man so will: ich spreche nicht als Politologe, sondern als Politiker.

Ich will versuchen, keinen allgemeinen Spaziergang durch die Weltpolitik zu unternehmen. Ich sage das einleitend, weil ich sicher viele Themen, die interessant sind, nicht erwähnen werde. Das bedeutet nicht, dass sie etwa unwichtig wären; es ist eben der Versuch, sich auf das mir gestellte Thema zu konzentrieren.

Müssen wir internationale Gegebenheiten hinnehmen oder können wir sie gestalten? – Diese Frage ist insofern rhetorisch, als ohne Bejahung der Gestaltungsmöglichkeit die Instrumente der Aussenpolitik ohne Schaden für die Republik Österreich abschaffbar wären. Das heisst, die Frage nach der Gestaltungsmöglichkeit ist an und für sich mit ja zu beantworten; sonst wäre die Aussenpolitik entweder ein sinnloses Hobby oder die Frage eines Chronisten. Und wenn ich diese Frage mit ja beantworte, dann geht es darum, zu beweisen, dass es so ist, denn man sollte gerade in der Aussenpolitik nicht nach Wunschdenken vorgehen, sondern versuchen, die Realitäten zu erkennen.

Die objektiven Zahlen der Statistiken würden gegen jegliche Gestaltungsmöglichkeit oder Mitgestaltungsmöglichkeit Österreichs sprechen. Ich nenne hier nur wenige Zahlen: das österreichische Bruttoinlandsprodukt beträgt 77 Milliarden Dollar, das Weltprodukt 11.790 Milliarden Dollar. Das bedeutet, nur 0,65% aller Güter, Waren und Dienstleistungen dieser Welt werden in Österreich erarbeitet. Bei der Bevölkerung ist der Promillsatz noch geringer: die Weltbevölkerung hat nach den letzten mir zur Verfügung stehenden Zahlen einen Umfang von 4,681 Milliarden Menschen. In Österreich leben 7,5 Millionen Einwohner, d. h. Österreich stellt 0,16% der Weltbevölkerung. Wären also die Länder Billardkugeln, deren Bewegung sich nach ihrer Masse und nach der Bewegungsenergie des Anstosses richtet, dann wäre Österreich ein passives Opfer der Bewegung vieler grösserer Kugeln auf dem Billardtisch der Geschichte.

Ich bin froh, dass die Veranstaltung heute gemeinsam mit der Liga für die Vereinten Nationen stattfindet, denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass in der Welt von heute eine sinnvolle Mitgestaltungsmöglichkeit für einen Staat von der Grösse

*) gehalten vor der Österreichischen Gesellschaft für Aussenpolitik und Internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen am 29. November 1984

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Österreichs überhaupt nur im Rahmen der politisch gewollten Ordnungen, deren höchste und weitumfassendste die Vereinten Nationen sind, möglich ist. Alle Länder haben natürlich legitime nationale, manchmal sogar kollidierende Interessen. Aber diese Interessensgegensätze werden – oder werden grösstenteils – im Rahmen dieser vor fast 40 Jahren geschaffenen Organisation ausgetragen, die ja nicht zufällig entstanden ist, sondern gerade aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges heraus: wie gesagt, eine politisch gewollte sinnvolle internationale Ordnung. Und gerade weil wir im nächsten Jahr das Jubiläum „40 Jahre Vereinte Nationen“ feiern werden – im übrigen auch schon fast dreieinhalb Jahrzehnte Europarat –, so möchte ich sagen: bei allen Mängeln und bei aller Unvollständigkeit dieser Organisation muss man feststellen, dass die Vereinten Nationen gerade für ein Land von der Grösse Österreichs die Möglichkeit schlechthin bieten, in der internationalen Politik aufzutreten und mitzuwirken. Diese Ordnung – das ist beinahe eine Banalität – entspricht natürlich auch der Erkenntnis der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit: die Abhängigkeit ist wirtschaftlich und politisch, die Konjunkturen sind verflochten, und daher besteht geradezu der Zwang, Probleme, die alle verbinden, auch gemeinsam zu lösen. Denn es ist eine Tatsache, eine Realität in der Politik, dass nicht nur gemeinsame Ziele, sondern auch gemeinsame Probleme eine verbindende Kraft ausüben. Ich habe früher, als ich noch nicht Aussenminister war, oft bei Vorträgen darauf hingewiesen, dass sich niemand diesen internationalen Verflechtungen der Probleme entziehen kann. Ich habe immer ein Beispiel gebracht: Wenn ich eine kleine niederösterreichische Gemeinde nehme, sagen wir Strasshof, so soll sich niemand einbilden, dass währungspolitische Entscheidungen in anderen Kontinenten keine Rückwirkungen auf diese Gemeinde haben: wenn in den Vereinigten Staaten die Zinsen steigen, dann wird die Rückzahlungsrate für das Einfamilienhaus in Strasshof für den Österreicher teurer. Das ist nur ein Beispiel von vielen, an dem man den Menschen klarmachen muss und klarmachen kann, wie stark die internationalen Verflechtungen sind und wie notwendig es daher ist, sich auch echt zu engagieren.

Nun möchte ich anhand einiger Prinzipien zeigen, dass ein Land wie Österreich international mitwirken und aktiv auftreten kann, weil es diese kontinuierlich – über Jahrzehnte kontinuierlich – verfolgt hat. Es hat daher für mich Symbolcharakter, zwei Aussenminister der Republik Österreich hier im Vorsitz zu sehen. Denn ich glaube, im Rahmen der internationalen Organisationen, in der internationalen Staatengemeinschaft kann ein Staat anerkannt und respektiert werden, wenn seine Politik gewissen Voraussetzungen entspricht. Die Politik muss geradlinig, von erkennbaren Prinzipien getragen, daher verständlich und im Vorhinein abschätzbar und berechenbar für die anderen Partner in der internationalen Gemeinschaft sein. Ich möchte nun, ohne taxative Aufzählung, einige dieser erkennbaren Prinzipien der österreichischen Politik in der Vergangenheit und in der Gegenwart darlegen, denen Österreich über alle Ministerwechsel und alle Regierungsumbildungen hinweg gefolgt ist, was dazu beigetragen hat, unsere Politik respektiert und anerkannt zu machen, eben weil sie berechenbar und verständlich war, ist und bleiben soll.

Das erste, wonach sich die Aussenpolitik eines Landes zu richten hat, ist eine nationale Selbstverständlichkeit; das ist die Sicherung der Souveränität und der Unabhängigkeit unseres Landes. Zu den Grundlagen dieser Souveränität und unabhängigen Politik unseres Landes gehören vor allem drei Dinge: das erste ist der Staatsvertrag, dessen Unterzeichnung und Inkrafttreten wir im nächsten Jahr wieder feierlich begehen wollen. Und ich möchte, gerade weil zu diesem Staatsvertrag in letzter Zeit Fragen gestellt wurde – auch wie manche meiner Äusserungen dazu gemeint waren – noch einmal wiederholen: ich habe überall erklärt, dass kein Zweifel daran

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

bestehen soll, dass dieser Staatsvertrag als die Basis unserer unabhängigen Politik von Österreich Wort für Wort, ja geradezu Punkt für Punkt und auch Beistrich für Beistrich zu erfüllen ist. Der Staatsvertrag enthält Rechte für unseren Staat, er enthält Verpflichtungen für uns, er enthält auch Verpflichtungen anderer Staaten. Als ich sagte, dass die Zeit fortschreitet, habe ich damit nicht gemeint, dass das Vertragswerk in Frage gestellt ist, sondern – und das sage ich jetzt in aller Offenheit –, dass die Tatsache der Vertragsunterzeichnung allein nicht schon eine besonders innige Beziehung zwischen einem Staat und Österreich bedeutet, sondern dass die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen diesem Staat und Österreich, dass die Frage, wie sich ein Staat auch heute Österreich gegenüber verhält, selbstverständlich in die Beurteilung der Beziehungen Österreichs zu anderen Staaten, einschliesslich der Signatarstaaten des Staatsvertrages, einfließen muss. Also noch einmal: keine Zweifel an der Vertragstreue, keine Zweifel an der Dankbarkeit dafür, dass durch die Unterzeichnung dieses Vertrages vor 30 Jahren Österreich seine Unabhängigkeit und Souveränität wiedergegeben wurde, aber individuelle Gestaltung der Beziehungen zu den Unterzeichnerstaaten sowie zu allen anderen Staaten der internationalen Staatengemeinschaft nach dem Stand und nach der Art, dem Umfang und dem Inhalt der heutigen Beziehungen. Ich bin sehr froh, diesen Punkt heute vor Ihnen klarstellen zu können.

Als zweite Basis der Politik der Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit gehört selbstverständlich die Neutralität erwähnt, als eine nach Abzug der Besatzungsmächte, nach Inkrafttreten des Staatsvertrages vom österreichischen Nationalrat durch Verfassungsgesetz frei gefällte Entscheidung. Und ich möchte auch hier keinen Zweifel daran lassen, dass wir diese Neutralität ihrem ganzen Inhalt und Umfang nach sehr ernst nehmen und dass sie – so wie es in den letzten 30 Jahren immer geschehen ist – nach zwei Grundsätzen gestaltet wird: Erstens von Österreich selbst, autonom; die Neutralität Österreichs und der Inhalt unserer Neutralitätspolitischen Entscheidungen sind kein Verhandlungsgegenstand. Wobei wir uns zweitens darüber klar sind, dass die Neutralitätspolitik nach allen Seiten glaubwürdig sein muss. Und es ist eine Binsenweisheit, dass Glaubwürdigkeit nicht allein dann besteht, wenn man selbst, sondern wenn die anderen daran glauben. In diesem Sinne wollen wir echte Glaubwürdigkeit nach allen Seiten.

Und ich möchte als dritten Pfeiler dieses Prinzips der Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit – zu dem natürlich, von der Verteidigungspolitik bis zu anderen Dingen, viel gehört – doch die Wirtschaftspolitik nennen, die gemeinsam mit den in der Wirtschaft Tätigen – denn wir sind eben ein Land des freien Wirtschaftens – dafür sorgen muss, dass unser Land nicht wirtschaftlich von irgendeiner Seite abhängig wird, oder so in Not gerät, dass es sich in Abhängigkeiten begeben muss. Dabei möchte ich als Nebenbemerkung eines sagen: Ich spreche Wirtschaftstreibenden aufgrund der Leistungen in der Vergangenheit oft Mut zu. Ich bitte Sie, zu betrachten, was in diesem Land innerhalb von vier Jahrzehnten möglich war. Wenn Sie sehen, dass 1945 mit dem Herauslösen Österreichs aus der deutschen Kriegswirtschaft begonnen werden musste, in die es komplett integriert war, und dass es nicht möglich war, an die Handelsströme der Vorkriegszeit anzuknüpfen, weil diese Handelsströme traditionell in Gegenden gingen, die zumindest in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für uns nicht erreichbar waren, dann erkennt man erst, welche Leistung eigentlich nicht nur die staatliche Wirtschaftspolitik – die konnte helfen – sondern auch die einzelnen in der Wirtschaft Tätigen erzielt haben. Wenn 40 Jahre später die österreichischen Handelsströme in gänzlich andere Richtungen gehen – oder in fast gänzlich andere Richtungen als 50 Jahre vorher – und wenn es gelungen ist, mit Gebieten aktiv Handel zu treiben und dort Interesse für

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Österreich zu erwecken, die vor 50 Jahren, in der Zwischenkriegszeit nicht einmal den Namen Österreich gekannt haben, dann ist das eigentlich ein sehr ermutigendes Zeichen, trotz aller manchmal unberechtigten Selbstkritik und Kleinmütigkeit derer, die im österreichischen Wirtschaftsleben gestaltend als Unternehmen oder Manager tätig sind.

Ich möchte zum zweiten Prinzip kommen, von dem wir uns erkennbar leiten lassen. Das bedeutet aktive Arbeit und Mitarbeit zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. Und hier habe ich mir wieder drei grosse Gruppen aufgeschrieben: Frieden bedeutet zuerst einmal den Beweis, dass man ihn in seiner eigenen Umgebung erreichen kann. Es ist relativ leicht, mit seinen Antipoden auf der Erdkugel gute, freundschaftliche und problemfreie Beziehungen zu haben. Es ist meistens viel schwerer, diese mit den Nachbarn zu haben, da selbstverständlich bei Nachbarn nicht nur Grenzen, sondern auch Probleme aufeinanderstossen. Und daher ist der wirkliche Test für den Frieden nicht das Mitstimmen bei einer Resolution der Vereinten Nationen, sondern die Beantwortung der Frage: hat man alles getan, um zu seinen Nachbarn friedliche, gute und wenn es geht, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten?

Hier möchte ich eines deutlich sagen, weil wir ja an der Schnittlinie zwischen – wie es jetzt modern heisst – verschiedenen Gesellschaftssystemen liegen: Eine Politik der guten Nachbarschaft bedeutet für Österreich nicht, als Lehrmeister unseres Systems, an das wir glauben und dem wir verbunden sind, aufzutreten, nämlich das der pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsform. Wenn wir etwas tun können, dann ist das, die Demokratie in der Praxis vorzuleben.

Die Politik der guten Nachbarschaft kann weiters nicht bedeuten, die Augen zu schliessen vor den Unterschieden und so zu tun, als wäre ohnedies alles gleichartig. Es kann auch nicht bedeuten, – ich möchte das sehr deutlich sagen – dass man Nachbarschaftspolitik als ein Infragestellen der Loyalitäten des Nachbarlandes zu wirtschaftlichen, politischen oder militären Paktsystemen auffasst. Das kann es nicht bedeuten, und das ist auch nicht das Ziel unserer Nachbarschaftspolitik! Dieses kann – über das geographische Beisammensein hinaus, das man als historische Zufälligkeit betrachten kann – nur ein breiter Fächer der Zusammenarbeit im Interesse der Staaten, aber auch im Interesse der Menschen in den Nachbarländern sein. Ich lege sehr grossen Wert auf das Interesse der Menschen. Ich werde später dann noch beim Kapitel Menschenrechte dazu kommen, dass es uns nicht nur um abstrakte Verträge und formale Kultur- oder Wirtschaftsbeziehungen geht, sondern darum, dass die Menschen einander verstehen und einander näherkommen.

Deswegen haben wir auch so grossen Wert darauf gelegt, dass bereits in Helsinki die Frage der Kontakte der Einzelmenschen und nicht nur der organisierten Gruppen aufgenommen wurde. Es gilt zu beweisen, dass das alles, trotz verschiedener Gesellschaftssysteme, möglich ist – vielleicht weil die Systeme unterschiedlich, aber die Menschen im Grunde genommen gleich sind –, dass man diese Politik der guten Nachbarschaft machen kann. Ich möchte hier nicht auf aktuelle Ereignisse eingehen. Ich möchte nur sagen, dass wir nach dem Prinzip der Anteilnahme ohne Einmischung vorgehen, aber auch nach dem Prinzip der Freundschaft ohne Anbiederung, weil ich grundsätzlich der Meinung bin, dass freundschaftliche Beziehungen, die über Formalkontakte hinausgehen – bei aller Achtung der Souveränität der Nachbarn – eben auch die Grundvoraussetzung haben, dass Frieden an unseren Grenzen herrscht. Denn auch das ist eine Voraussetzung der Friedenspolitik.

Der zweite Bereich, in dem wir über die Nachbarschaftspolitik hinaus unsere Aufgabe, für den Frieden einzutreten, zu erfüllen haben, ist insbesondere die im näch-

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

sten Jahr zehn Jahre alte Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dass zehn Jahre nach Helsinki dieser Prozess nicht abgeschlossen wurde – auch wenn es sehr mühsam, auch wenn manches noch nicht erfüllt ist –, dass er weitergeht, erfüllt uns mit Optimismus, gerade weil wir wissen, dass man dort, auch bei den Nachfolgekonferenzen, den Zwischenkonferenzen wie etwa jetzt in Stockholm, mit grosser Geduld gewappnet sein und mit grossem Realismus vorgehen muss. Helsinki war erfolgreich und jede der einzelnen Nachfolge- oder Zwischenkonferenz wird dann erfolgreich sein, wenn es am Ende keine Sieger und keine Besiegten gibt. Das war die Grundvoraussetzung für ein Zusammenkommen in Helsinki, und das ist in Wirklichkeit die Grundvoraussetzung auch bei den Nachfolgekonferenzen. Darf ich nun aus aktuellem Anlass sagen, dass mich in diesem Zusammenhang zwei Antworten sehr gefreut haben. Ich bin ganz kurz nach der Rede des amerikanischen Präsidenten Reagan vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, nach der Rede von Aussenminister Gromyko und dem nachfolgenden ersten Zusammentreffen nach Washington gekommen und habe dort, weil ich gefühlt habe, das als österreichischer Aussenminister tun zu sollen, meine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass vielleicht doch Grund zu Optimismus besteht, dass die Gesprächskanäle zwischen den beiden Grossmächten wieder geöffnet werden. Und ich habe zweitens, wenn auch nur ganz leicht, meiner Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, dass man das Gefühl hatte, jede der beiden Grossmächte spricht sozusagen zwar vor dem Forum der Vereinten Nationen, aber ausschliesslich zum anderen Partner. Und hier habe ich in Washington gefragt, wie man das aktive Engagement der europäischen Staaten, wenn auch mit dem begrenzten Aufgabenbereich der Stockholmer Konferenz, einschätzt und ob diese Rolle auch weiterhin anerkannt und akzeptiert wird.

Ich habe dort eine sehr positive Antwort bekommen. Ich habe das gleiche vor wenigen Tagen in Moskau gefragt, und ich habe mich auch dort sehr gefreut, zu hören, dass zwar die Verantwortung der Grossmächte eine überragende ist und auch als solche eingeschätzt wird, aber dennoch die europäischen Staaten gerade bei der Konferenz in Stockholm weiter aktiv tätig sein sollen, und dass auch die Rolle der neutralen und blockfreien Staaten, die ja gerade bei KSZE und deren Nachfolge sehr aktiv wirkten, positiv eingeschätzt wird. Ich halte das deswegen für so bedeutsam, weil es für die kleineren und mittleren europäischen Staaten genauso unsere Welt ist, die von der Rüstung bedroht ist, wie die der beiden Grossmächte, und dass wir daher einfach nicht nur den Willen, sondern auch die Verantwortung haben, alles beizutragen und alles Mögliche zu tun, damit es zu einem Erfolg kommt. Heute ist nicht die Zeit, um hier ins Detail zu gehen. Ich möchte nur sagen, dass die europäischen Staaten – ich habe das mit Freude bei der Ministerkonferenz des Europarates gesehen – unabhängig ob paktgebunden oder neutral, bereit sind, engagiert mitzutun. Ich kann nur sagen, dass die Gruppe der Neutralen und Blockfreien jederzeit bereit ist, bei einem Anzeichen des Auftauens der blockierten Gesprächsbereitschaft der Grossmächte auch ihrerseits wieder aktiv zu werden.

Ich möchte noch sagen: Das Eintreten für den Frieden in der Welt drückt sich seitens Österreichs nicht nur beim Mitstimmen über Resolutionen bei den Vereinten Nationen aus, sondern auch durch die österreichische Beteiligung an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen. Und es drückt sich darin aus, dass wir eindeutig Stellung beziehen.

Dieses Beziehen einer eindeutigen Stellung ist deshalb so wichtig, weil ich die Politik der Äquidistanz als Politik eines neutralen Staates für falsch halte. Das mag jetzt wie eine Spielerei ausschauen. Äquidistanz heisst immer genau in der Mitte zwischen den Meinungen etwa zweier Paktsysteme. Und die Mitte ist ja nichts Fixes.

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

Die Mitte verändert sich je nachdem wie sich die Position eines der beiden Extreme verändert. Und da ist es meiner Ansicht nach besser, nicht ununterbrochen mathematisch oder geometrisch in der Mitte bleiben zu wollen, sondern selbst nach einer geraden Linie vorzugehen, auch wenn sich die Mitte manchmal durch das Verschieben der beiden Seiten etwas verändern kann. Ich glaube, das Wesentlichste ist die gerade Linie, auch vor den Vereinten Nationen.

Ich möchte, weil ich erst relativ kurz im Amt bin und die Dinge von aussen verfolgen konnte, eines sagen: Es ist einfach nicht wahr, wenn man Meinungsäusserungen der Vereinten Nationen abtut als etwas, das ohnedies nicht sinnvoll ist. Sie alle kennen die Kritik von der Abstimmungsmaschinerie, von der Sinnlosigkeit. Ich kann gerade als einer, der vorher aussen gestanden ist, sagen, dass es für mich, wenn ich als Bürgermeister irgendwo in fremden Staaten war, immer wieder verblüffend war zu sehen, wie sensibel Staaten, von denen man das noch vor 10 oder 20 Jahren sicher nicht geglaubt hätte, auf Meinungsäusserungen oder Resolutionen der Vereinten Nationen reagieren. Diese haben einen grossen moralischen Wert über rein praktische Massnahmen hinaus.

Jetzt komme ich dadurch zum nächsten Prinzip, nämlich Stärkung der internationalen Organisationen. Davon möchte ich nur einige wenige Beispiele herausheben. Der Europarat ist jenes europäische Forum, dem Österreich angehört, in dem es aktiv mitwirkt und dessen Rolle wir nicht verkleinern lassen sollen. Ich muss ein offenes Wort sagen, weil immer behauptet wird, das wäre eine Konkurrenz, das wäre eine Bremse für die Europäische Gemeinschaft. Ich bin persönlich einer, der nicht nur kurz nach dem Krieg mit Begeisterung gemeinsam mit anderen Studenten Schlagbäume verbrannt hat und später daraufgekommen ist, dass es nicht so einfach geht, ein einheitliches Europa zu schaffen. Ich bin auch einer, der für die Staaten, die den Europäischen Gemeinschaften angehören wollen und können, nur Sympathie empfindet, der die ungeheure Dynamik sieht, die darin steckt, dass ein Kontinent, der an sich von seiner Bevölkerung, von seiner Wirtschaftskraft, von seinem Wissen anderen Kontinenten und Großstaaten sicher nicht unterlegen ist, daran geht, die Beschränkungen, die ihn gehindert haben, diese geballte Kraft auszuspielen, Schritt für Schritt und Jahr für Jahr zu beseitigen. Und ich habe als leidenschaftlicher Parlamentarier ungeheure Sympathie für die Rolle des Europäischen Parlaments. Denn es wird oft übersehen, dass dieses Europäische Parlament der Europäischen Gemeinschaften jetzt den Kampf führt, den die nationalen Parlamente vor ziemlich genau hundert Jahren geführt haben, nämlich um echte parlamentarische Rechte. Staatsrechtlich gesehen hat eine Übertragung der Rechte von nationalen Parlamenten an eine internationale Administration stattgefunden. Und jetzt muss sich das Europäische Parlament von der europäischen Administration jene Rechte zurückholen, die die nationalen Parlamente im Gesetzgebungsbereich aufgegeben haben.

Österreich bemüht sich bilateral, so weit wie möglich an diesem Prozess teilzunehmen, soweit es nicht die Schranken der Neutralität gibt, die wir auch hier selbst zu beachten haben und beachten müssen. Aber wir können eines nicht ändern: dass wir zwar später bilateral verhandeln, ob wir an Regelungen teilhaben können, dass wir aber nicht beim Gestaltungsprozess dabei sein können. Und daher sind wir der Ansicht, dass in Bereichen, die nicht ausschliesslich von den Europäischen Gemeinschaften erfasst sind, der Europarat tätig werden soll, damit nicht dieses Europa der 21 in vielen Bereichen dann auch noch geteilt wird in die Zehn und in die Elf, vielleicht später dann in die Zwölf und in die Neun, wenn die Beitrittsverhandlungen erfolgreich sind. Ich halte das deshalb für wichtig, weil es so viele Bereiche gibt, die ruhig für alle 21 Staaten gelten können. Das geht vom Kulturbereich bis zum Stras

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

senverkehrszeichen : Das betrifft viele Bereiche wo wir in Kooperation mit den Europäischen Gemeinschaften sagen wollen, hier kann und soll der Europarat tätig werden. Darf ich als einer, der vor 20 Jahren ins Parlament eingezogen ist, sagen : es ist ein hohes Ruhmesblatt dieser angeblich nur beratenden Versammlung des Europarates, dass das einzige internationale Menschenrechtsinstrument, bei dem Individualrechte gegen einen Staat durchsetzbar sind, von den Parlamentariern der beratenden Versammlung geboren wurde. Man sieht daher, welche Kraft in dieser Organisation steckt, und ich möchte, ohne in Details einzugehen, sagen, dass wir diese Kraft auch weiterhin nützen sollten. Nicht nur im Interesse Österreichs, sondern im Interesse aller Staaten in Europa.

Ich möchte, was die Stärkung der internationalen Organisationen betrifft, noch einmal zu den Vereinten Nationen kommen :

Ich weiss, wieviel Kritik es gibt. Es ist jetzt keine Zeit, auf die Geschichte der UNO einzugehen. Man müsste sonst aufzählen, was alles – abgesehen von den grossen politischen Fragen – auf dem Nebenbereich vom Weltpostverein bis zur Gesundheitsorganisation, bis zur Vereinheitlichung der Pockenimpfung geschehen ist. Ich sage ganz etwas anderes, politisches : Ich bitte, sich einmal nach dem berühmten Fragespiel „Was wäre, wenn“ ... vorzustellen, wie die Welt in den letzten 40 Jahren ausgesehen hätte, wenn es die Vereinten Nationen nicht gegeben hätte. Um wieviel mehr Konflikte wären direkt ausgetragen worden, wenn dort nicht hätte gesprochen werden können ? Um wieviel schlechter würde es vielen Menschen in manchen Erdteilen gehen, wenn nicht internationale Organisationen einsprängen – ich weiss, das geschieht manchmal zu wenig und zu spät –, schliesslich doch einspringen, weil es ein Gremium gibt, in dem auch das internationale Gewissen wachgerüttelt werden kann. Und ich glaube daher, dass wir dazu beitragen werden, diese Organisation der Vereinten Nationen nicht nur zu loben, sondern, wo es geht, zu stärken und anhand auch der Vorschläge ihres Generalsekretärs ihre Arbeitseffizienz zu verbessern.

Viertes Prinzip : Menschenrechte : Ich habe schon gesagt, der Europarat ist hier vorangegangen. Wir werden im kommenden März in Wien ein Ministerkomitee des Europarates zur Frage der Menschenrechte haben. Und ich möchte hier noch einmal betonen : wir können sehr stolz darauf sein, der einzigen Menschenrechtsvereinbarung anzugehören, bei dem ein Staatsbürger jeder der Mitgliedstaaten gegen seinen eigenen Staat zu einem Europäischen Gerichtshof gehen kann. Und das ist etwas, was es ansonsten, zumindest in dieser Breite, in dieser Grössenordnung, nirgends gibt. Ich möchte zweitens noch eines sagen : Bei Menschenrechtsfragen, und das hat Österreich bewiesen, muss man ohne Hintergedanken und ohne politische Motive auftreten. Wenn nachgewiesen werden könnte, dass man aus politischen Rücksichten einmal in Menschenrechtsfragen schweigt oder einmal Menschenrechtsfragen vorschiebt, weil man gegen ein Land etwas vorbringen will, dann ist die moralische Einschätzung für lange Zeit, wenn nicht für alle Zeiten beeinträchtigt und jedenfalls negativ. Das heisst, wir müssen hier ohne Hintergedanken das Wohl des Einzelmenschen in den Vordergrund stellen, und zwar den Menschen mit seinem Menschenrecht. Ich glaube, das Teuflische ist, das eine und unteilbare Menschenrecht in 35 oder 40 Menschenrechte aufzugliedern. Dann kann man nämlich plötzlich zu diskutieren beginnen, wie viele Prozent der Menschenrechte zugestanden werden oder nicht. Ich bin persönlich eher für das einzige und unteilbare Recht und nicht für viele kleine abgeleitete Rechte. Wie ich schon Gelegenheit hatte, in New York zu erklären, wird es bei diesem Eintreten immer wieder vorkommen, dass einmal der eine oder andere Staat nicht glücklich ist über unsere Auffassung. Das muss man akzeptieren. Nur eines darf nicht vorkommen, dass er über

Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz

unser Auftreten überrascht ist. Er darf nicht überrascht sein, wenn man, wie gesagt, einer kontinuierlichen Linie folgt, und für die Menschenrechte eintritt, zu denen unserer Ansicht nach auch das Selbstbestimmungsrecht gehört. Das geht vom Leid und den nicht zugestandenen Rechten der Palästinenser über Guatemala bis Afghanistan. Denn man muss sich auch trauen, Dinge beim Namen zu nennen, mit denen man, einmal auf der einen und einmal auf der anderen Seite, kein Wohlwollen erweckt, aber zumindest keine Überraschung auslöst.

Als fünftes komme ich zur internationalen Solidarität. Auch hier möchte ich nur andeutungsweise sagen, was ich meine. Ich glaube, dass heute – abgesehen von der notwendigen Hilfe bei Hungerkatastrophen, die nur Überlebenshilfe ist und nicht schon Hilfe zum Aufbau der Länder – das Kernproblem darin besteht, dass fälschlich viele Regierungen reicher Staaten das Problem allein den Banken in die Schuhe schieben oder auf den Schreibtisch legen. Ich sage so wie viele andere: Die Banken sind beim Problem der Überschuldung der Entwicklungsländer überfordert, weil es erstens nicht ihre Aufgabe sein kann und zweitens – das ist kein Angriff –, Banken keine karitativen Organisationen sind. Sie sind überfordert, weil man ihnen ein Problem auf den Tisch legt, das sie nicht lösen können, weil es zu einem Kreislauf kommt, der für die Entwicklungsländer unlösbar ist. Ich möchte nochmals deponieren, dass wir der Ansicht sind: Wenn sich nicht die Regierungen zur Mitverantwortung bekennen, und Mitverantwortung heisst auch finanzielle Mitverantwortung – dann wird das Problem unlösbar sein. Ich habe das vor den Vereinten Nationen gesagt, österreichische Vertreter sagen das überall, weil es noch dazu helfen könnte, eine unglaubliche Grotteske zu beseitigen, nämlich dass 35 Mio. Menschen im Norden arbeitslos sind und Hunderte Millionen im Süden Konsumgüter brauchen würden, die diese 35 Millionen nicht produzieren können, weil sie eben ohne Arbeit sind. Das kann keine Bankenverantwortlichkeit sein, das muss eine Verantwortlichkeit der Staaten sein. Und an der Lösung dieses Problems wird sich in absehbarer Zeit die Frage, ob internationale Solidarität ernst gemeint ist, beantworten lassen.

Ich möchte sechstens nur noch kurz sagen, dass wir immer für die Achtung der Souveränität der Staaten eintreten müssen, einfach weil wir auch ein Staat sind, der will, dass man seine Souveränität beachtet. Dass wir auftreten müssen gegen jede Intervention von aussen, von wem immer sie erfolgt, weil auch wir daran interessiert sind, dass nicht irgendwann einmal einer kommt, der von sich aus entscheidet, ob die Souveränität eines Landes etwas ist, das beachtenswert ist oder nicht. Wir sind hier kompromisslos und ich brauche hier, glaube ich, auf keine Details einzugehen.

Ich habe versucht, mit diesen wenigen Prinzipien beispielhaft aufzuzeigen, dass ein kleines Land nicht nur grundsätzlich und philosophisch, sondern beweisbar durch die Politik der letzten Jahrzehnte sein Schicksal, in einem kleinen Umfang auch das Schicksal der Welt mitgestalten kann. Ich wollte zeigen, dass Österreich mit Selbstvertrauen mitgestalten kann, ohne Überheblichkeit, ohne Zaghaftigkeit, aber mit Augenmass; ohne Illusion, aber aufgrund von festen Idealen. Wir tun das im Interesse der Menschen in Österreich, aber auch mit Verantwortungsgefühl für die Menschen in der ganzen Welt.

Erklärung von Botschafter Gerald Hinteregger

Erklärung von Botschafter DDr. Gerald Hinteregger, Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen am 9. Juli 1984

Es ist für mich eine große Freude, unter Ihrem Vorsitz das Wort zu ergreifen und den Mitgliedern des Rates die Ansichten Österreichs zur internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik darzulegen. Ehe ich damit beginne, möchte ich dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Perez de Cuellar, für seine einleitende Erklärung danken, in der er die dringenden Fragen, denen sich die internationale Gemeinschaft gegenüber sieht, umfassend geschildert hat.

Wir sind diesmal zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, in dem die Weltwirtschaftslage es uns gestattet, in einigen Regionen der Welt im Vergleich zum Vorjahr vermehrte Anzeichen eines Aufschwungs festzustellen. Dieser Hoffungsstrahl verbirgt jedoch Aspekte, die uns keinen Anlaß zu Selbstgefälligkeit geben. Der Wirtschaftsaufschwung bleibt in den meisten Industrieländern schwach, in denen die Arbeitslosigkeit eine Höhe erreicht hat, mit der man sich nicht abfinden kann und die eine der Hauptsorgen der Regierungen darstellt. Es bleibt daher viel zu tun, um ein dauerhaftes, nichtinflationäres Wachstum sicherzustellen, das es erlaubt, den Entwicklungsprozess in den Ländern der Dritten Welt wieder in Gang zu setzen. Die schädlichen Auswirkungen der jüngsten Krise auf die wirtschaftliche und soziale Lage in den meisten dieser Länder und die Mittel zu ihrer Beseitigung müssen weiterhin im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit stehen. In diesem Zusammenhang müssen unserer Ansicht nach die Schlußfolgerungen des Ausschusses für Entwicklungsplanung sorgfältig geprüft und bei den Arbeiten zuständigen Organe berücksichtigt werden.

Österreich hat mit großer Sorge verfolgt, wie sich die Behandlung der Verschuldungskrise entwickelt. Zwar hat eine bemerkenswerte Flexibilität der betroffenen Stellen es gestattet, bisher eine Krise zu vermeiden, die das internationale Finanz- und Handelssystem in Gefahr bringen würde. Die getroffenen Maßnahmen waren jedoch unserer Ansicht nach kaum geeignet, die grundlegenden Probleme zu lösen. Die österreichische Regierung teilt die wachsende Besorgnis über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Schuldenlast zahlreicher Entwicklungsländer, die durch die exzessive Höhe der Zinssätze erschwert wird. In diesem Zusammenhang vermerkt meine Regierung mit Befriedigung, daß beim letzten Gipfeltreffen in London von den Teilnehmerstaaten die Notwendigkeit anerkannt wurde, Politiken zu verfolgen, die zu niedrigeren Zinssätzen führen und die Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik auf andere Staaten berücksichtigen. Wir haben auch mit Erleichterung ihre Entschlossenheit begrüßt, die Strategie betreffend die Verschuldung umfassender zu gestalten. Wir hoffen, daß diese neuen Orientierungen es den in Schwierigkeiten befindlichen Ländern erleichtern werden, die erforderlichen Maßnahmen für ihre wirtschaftliche Erholung zu ergreifen, ohne ihre mittel- und langfristigen Entwicklungsprogramme zu gefährden und dabei auch den sozial schwächsten Schichten einen annehmbaren Lebensstandard zu sichern.

Die Verschuldungskrise hat die Verbindungen aufgezeigt, die zwischen den Finanzierungsfragen, dem Warenaustausch und der Entwicklung bestehen. Die Öffnung der Märkte wird allgemein als eine der Vorbedingungen dafür anerkannt, daß die Schuldnerländer sich durch ihre Ausfuhren die nötigen Devisen für die Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit und für ihre Entwicklung beschaffen können. Um

Erklärung von Botschafter Gerald Hinteregger

vom Aufschwung in den Industrieländern zu profitieren, müssen die Entwicklungsländer einen breiteren Zugang zu den Märkten in den Industrieländern haben. In diesem Sinne ist Österreich bereit, die Termine für die im Rahmen der Tokio-Runde vorgesehenen Zollsenkungen vorzuverlegen und die Möglichkeiten zusätzlicher Verbesserungen seines Präferenzsystems zu prüfen. Wir glauben, daß die rasche Verwirklichung des 1982 beschlossenen Arbeitsprogramms des GATT, das zu einer weitergehenden Beseitigung internationaler Handesschranken führen soll, die Voraussetzung für die Eingliederung der Entwicklungsländer in ein Welthandelssystem darstellt, das den Interessen aller Beteiligten dient.

Gleichzeitig mit den Maßnahmen zur Erleichterung der Handelsströme ist es notwendig, auch die Finanzströme zu verstärken. Gemeinsame Bemühungen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer zur Verbesserung der Bedingungen für Direktinvestitionen wären umso wünschenswerter, als diese ein Mittel zum Transfer von Ressourcen und Technologien darstellen, das keine Verschuldung bewirkt. Die Liberalisierung der Investitionen müßte jedoch in einem Rahmen erfolgen, der sowohl den Interessen der Investoren wie den Prioritäten und Bedürfnissen der Empfängerländer gerecht wird.

Gleichzeitig erscheint es uns unerläßlich, die öffentliche Entwicklungshilfe vor allem zugunsten der ärmsten Länder aufrechtzuerhalten und im Rahmen des Möglichen zu erhöhen. Angesichts der entscheidenden Bedeutung der von den internationalen Finanzinstitutionen den Ländern mit niedrigem Einkommen gewährten Kredite bedauert meine Regierung die prekäre Lage, in der sich sowohl die IDA wie der IFAD befinden. Österreich ist bereit, sich an jeder Vereinbarung zu beteiligen, die darauf abzielt, die Wiederauffüllung der Mittel der IDA auf 12 Mrd. Dollar zu erhöhen. Hinsichtlich einer entsprechenden Dotierung des IFAD hat sich Österreich mehrmals zugunsten der Erhaltung des realen Wertes der dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel ausgesprochen. Die Verlängerung der Debatte über das „burden sharing“ käme einer ernststen Bedrohung der Aktivitäten des Fonds gleich, dessen erfolgreiche und wesentliche Rolle für die landwirtschaftliche Entwicklung vor allem in den ärmsten Ländern uns offenkundig erscheint.

Die nationalen/internationalen Maßnahmen, die ergriffen werden, um dem Ernährungsproblem in den Entwicklungsländern zu begegnen, bleiben zu Recht eine besonders wichtige Aufgabe. Eine Verbesserung der Koordinationsverfahren zwischen den Gebern erscheint uns ebenso erforderlich wie die Verstärkung der Bemühungen der Entwicklungsländer, ihre Selbstversorgung bei den Grundnahrungsmitteln zu steigern. Für die von der Trockenheit schwer betroffenen afrikanischen Ländern obliegt es der internationalen Gemeinschaft, zum Überleben dieser Völker beizutragen. In diesem Sinne hat Österreich vor, heuer die gesamte bilaterale Lebensmittelhilfe den Ländern Afrikas und insbesondere der Sahelzone zukommen zu lassen.

Angesichts der alarmierenden Wirtschaftslage in Afrika begrüßt Österreich die vom Generalsekretär ausgehende Initiative sowie den Beschluß, die „Wirtschaftslage in Afrika“ zum vorrangigen Gegenstand dieser Ratstagung zu wählen. Wir haben das Memorandum der Wirtschaftskommission für Afrika sorgfältig geprüft, das sich nicht mit einer Untersuchung der Ursachen der gegenwärtigen Krise und der Prüfung der unmittelbaren Bedürfnisse begnügt. Dieses Dokument verdient umso mehr unsere Aufmerksamkeit, als es eine Grundlage für die Entwicklung langfristiger Strategien zur Beseitigung der Ursachen der Krise in Afrika darstellt. Wir hoffen, daß es dieses Memorandum ermöglicht, einen Solidaritätsprozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf die internationale Gemeinschaft zu einem substantiellen und noch aktiveren

Erklärung von Botschafter Gerald Hinteregger

Engagement zugunsten der Völker Afrikas gelangen wird. Meine Delegation wird noch Gelegenheit haben, ihren Standpunkt hinsichtlich der schwierigen Lage der afrikanischen Wirtschaft später eingehender darzulegen.

Viele Länder haben sich an die internationale Gemeinschaft mit der Bitte um Beistand gewendet, vor allem auf dem Gebiet der Ernährung, der Wasserversorgung, der medizinischen Versorgung, des Transports, der Verteilung der Hilfslieferungen usw. Die jüngsten Erfahrungen haben deutlich die Notwendigkeit eines Koordinators und eines Informationszentrums auf internationaler Ebene gezeigt. Genau in Fällen dieser Art haben bisher UNDRÖ, d. h. der Katastrophenhilfskoordinator und sein Büro erfolgreich eingegriffen. Eine echte Stärkung von UNDRÖ würde die bessere Dotierung seines Fonds (Trust Fund) durch freiwillige Beiträge voraussetzen. Ein Bar- und Reservevermögen, das dem Koordinator zur Verfügung stünde, würde es erlauben, im Falle einer unvorhergesehenen Katastrophe unverzüglich Geldmittel für internationale Hilfsaktionen einzusetzen. In diesem Zusammenhang wird meine Regierung die Möglichkeit eines freiwilligen Beitrags nach Maßgabe der vorhandenen Mittel prüfen. Ich hoffe, daß die Diskussionen dieses Rates zu konkreten Aktionen führen, die Wirksamkeit des internationalen Systems für Katastrophenhilfe durch eine Stärkung von UNDRÖ zu erhöhen.

Meine Regierung ist sich der äußersten Wichtigkeit bewußt, die dem industriellen Sektor und der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer zukommt. Die vierte Generalkonferenz der UNIDO, die sich Österreich freuen wird, nächsten Monat an ihrem Sitz in Wien zu beherbergen, findet unter Umständen statt, die einen bescheidenen Optimismus rechtfertigen.

Diese Tagung wird eine sehr bedeutende Auswirkung auf die UNIDO selbst haben, die sich darauf vorbereitet, eine Sonderorganisation zu werden. Nach Auffassung meiner Delegation sollten von ihr auch politische Impulse für den Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern ausgehen, wodurch sie zu einem bedeutenden Ereignis im Nord-Süd-Dialog würde.

Die vorhergehenden Bemerkungen zeigen, welche Sorge meine Regierung über die wenig ermutigende Situation im Nord-Süd-Dialog empfindet. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die Verhandlungen über die internationale Entwicklungsstrategie für die dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Österreich betrachtet dieses Vorhaben als einen besonders nützlichen Rahmen für jene individuellen wie kollektiven Anstrengungen, die wir unternehmen sollten, wenn wir eine dauerhafte Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in den Entwicklungsländern erreichen wollen. Dieser Prozeß, der zur Zeit im Rahmen des Ausschusses für Prüfung und Bewertung abläuft, bietet uns eine wichtige Gelegenheit die Grundlagen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erneuern. Wir hoffen, daß es durch informelle Konsultationen möglich sein wird, die Sackgasse zu überwinden, in der sich dieser Ausschuß befindet, damit die Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft ihren Mitgliedern zur Erreichung der Ziele dieser Strategie empfiehlt, auf zugleich realistische und ausgewogene Weise verstärkt werden.

Unserer Auffassung nach sind die Ursachen für die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft offensichtlich sowohl wirtschaftlicher wie auch politischer und psychologischer Art. Wir glauben jedoch, daß es nötiger denn je ist, die Überzeugung wiederherzustellen und zu verstärken, daß die multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit unentbehrlich ist und daß sie wieder eine festere und realistischere Grundlage erhalten muß. Das Ausmaß an Realismus und Ausgewogenheit in den von uns in Zukunft zu beschließenden Texten wird bestimmend dafür sein, in welchem Ausmaß sie

Erklärung von Botschafter Gerald Hinteregger

angenommen und verwirklicht werden. Es ist aber auch wichtig und notwendig, so klar wie möglich zu unterstreichen, daß die internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Anstrengungen der Entwicklungsländer Sache aller Industriestaaten gleich welchen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems ist.

Ein weiteres Gebiet, in dem die internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle zu spielen haben, stellt der Umweltschutz dar. Die Luftverschmutzung, der saure Regen und die Gewässerverschmutzung, die bereits eine ungeheure Gefahr für die ökologischen Systeme unserer Welt darstellen, kennen keine Grenzen. Sie können daher nur durch eine gemeinsame Anstrengung der internationalen Gemeinschaft bekämpft werden, durch eine Anstrengung, die auf die Grundsätze der Verantwortlichkeit und der internationalen Solidarität gegründet sein und sowohl auf regionaler wie auf weltweiter Ebene erfolgen muß. Es ist in der Tat dieses neue Bewußtsein, das uns dazu geführt hat, eine bilaterale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern auf diesem Gebiet zu suchen und dem Übereinkommen über die grenzüberschreitende Luftverschmutzung beizutreten, die im Rahmen der Wirtschaftskommission für Europa ausgearbeitet wurde, wobei wir bereit sind, den Umfang und die Qualität der Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung auszuweiten und zu vertiefen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir an den Arbeiten des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen aktiv beteiligt sind.

Hinsichtlich der regionalen Zusammenarbeit in Europa mißt Österreich der Rolle der Wirtschaftskommission für Europa als permanentem Zentrum des Ost-West-Dialogs eine besondere Bedeutung bei. Anlässlich der letzten Tagung der Kommission haben wir neuerlich unterstrichen, welche hohen Vorrang wir den Aktivitäten der Kommission insbesondere auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Entwicklung des Handels einräumen. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, die eindrucksvollen Ergebnisse dieser Arbeiten zu bewahren und in der Zukunft noch mehr zu erreichen. Das von der KSZE in Madrid angenommene Schlußdokument ist unserer Ansicht nach ein ausgewogenes Dokument, das geeignet ist, den Aktivitäten der Wirtschaftskommission für Europa neue Impulse zu geben.

Ehe ich schließe, gestatten Sie mir, Herr Präsident, einige Überlegungen über die Rolle und den Stand der Arbeiten des Rates selbst. Wir glauben, daß es nützlich wäre, unsere Anstrengungen auf die Verbesserung der Arbeitsweise des Rates zu konzentrieren und über die Möglichkeiten nachzudenken, sein Tätigkeitsfeld auf sozialem Gebiet auszuweiten. Natürlich kann ein Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeitsweise substantielle Ergebnisse nicht ersetzen, die einzig und allein durch eine Konvergenz der politischen Absichten erreicht werden können. Insbesondere das Problem der Information und der Dokumentation ist für viele Delegationen ein Hindernis für ihre wirksame Beteiligung an den Arbeiten des Rates geworden. Wir begrüßen daher mit Interesse die Untersuchung der Inspektionseinheit mit dem Titel „Die Berichte an den Wirtschafts- und Sozialrat“ und hoffen, daß die Empfehlungen dieses Berichtes im Rat gründlich diskutiert werden.

Eine zweite Anstrengung sollte die schrittweise Einführung eines zweijährigen Arbeitsprogramms des Rates betreffen. Auf diese Weise könnte es zu einer weiteren Arbeitsteilung zwischen dem Rat und der Generalversammlung kommen, zu einer Umverteilung der jeweiligen Aufgaben, wodurch Routineübungen und weniger nützliche Wiederholungen wegfallen würden.

Abschließend, sehr geehrter Herr Präsident, möchte ich nochmals auf die sozialen Fragen und auf die Tätigkeit des Rates auf diesem Sektor zu sprechen kommen. Da diese Probleme nicht mehr ausschließlich interne Angelegenheiten der Staaten sind, glauben wir, daß die Vereinten Nationen und insbesondere dieser Rat sich ihrer

Erklärung von Botschafter Gerald Hinteregger

verstärkt annehmen sollte. Der Rat sollte zu diesem Zweck entweder eine besondere Frage zum vorrangigen Gegenstand einer seiner Tagungen machen oder Tagungen veranstalten, deren Tagesordnung auf die Fragen eines einzigen Gebietes beschränkt wäre. Maßnahmen, die geeignet wären, zu einer Konzentration der Debatten zu führen, könnten auch die Verbindungen zu den anderen einschlägig befaßten internationalen Organisationen und Organen enger gestalten. Damit würde der Rat einmal mehr seine Aufgabe als Koordinations- und Verbindungsorgan der internationalen Gemeinschaft erfüllen.

*Gemeinsame Erklärung***Gemeinsame Erklärung****der Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Staaten der Europäischen Freihandelszone sowie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 9. April 1984**

1. Unter Hinweis auf die besondere Bedeutung, die sie den durch die Freihandelsabkommen geschaffenen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern beimessen, sind die Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Staaten der Europäischen Freihandelszone sowie die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu einer Bestandsaufnahme der mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit im Rahmen des Freihandels und zur Erarbeitung weiterer Orientierungen zur Fortsetzung, Vertiefung und Ausdehnung der Zusammenarbeit im Rahmen des Freihandelsabkommens und darüber hinaus zusammengekommen.

2. Mit der Abschaffung der letzten verbleibenden Zollschränken und mengenmässigen Beschränkungen in ihrem bilateralen Warenverkehr für gewerbliche Erzeugnisse Anfang 1984 haben die Gemeinschaft und die EFTA-Länder das vor über zehn Jahren gesteckte Ziel erreicht.

Damit wurde das grösste Freihandelssystem der Welt mit über 300 Millionen Verbrauchern geschaffen, innerhalb dessen ein Viertel des Welthandels abgewickelt wird und das durch die künftige Erweiterung der Gemeinschaft noch weiter ausgedehnt wird. Die Schaffung dieser Freihandelszone hat das starke Wachstum im Handel zwischen den betreffenden europäischen Ländern zum grossen Teil mitbestimmt. Dieses Ergebnis ist ein bemerkenswerter Erfolg der europäischen Zusammenarbeit, vor allem, wenn man die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und protektionistischen Tendenzen bedenkt, denen wir seit Anfang der siebziger Jahre gegenüberstehen.

Diese Entwicklung hat zu den Fortschritten in der wirtschaftlichen Erholung wesentlich beigetragen und dürfte zu einer neuen Ausweitung des Handels führen. Die Minister sind daher überzeugt, dass es wichtig ist, weitere Schritte auf dem Wege zur Konsolidierung und Stärkung der Zusammenarbeit zu tun, mit dem Ziel, einen dynamischen europäischen Wirtschaftsraum zum Wohle ihrer Länder zu schaffen.

3. Ausgehend davon halten es die Minister für wesentlich, weiterhin protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken und ihre Bemühungen um grössere Freizügigkeit für gewerbliche Waren der betreffenden Länder fortzusetzen, insbesondere in folgenden Bereichen: Harmonisierung der Normen, Beseitigung technischer Hemmnisse, Vereinfachung der Grenzabfertigung und der Ursprungsregeln, Beseitigung unlauterer Handelspraktiken und der den Freihandelsabkommen zuwiderlaufenden staatlichen Hilfen sowie Zugang zu öffentlichen Aufträgen. In dieser Hinsicht sind die Bemühungen der Gemeinschaft um eine Stärkung ihres Binnenmarktes von besonderer Bedeutung. Die Minister sind überzeugt, dass es wie bisher möglich sein wird, zu ausgewogenen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Lösungen im Sinne der Freihandelsabkommen zu gelangen.

4. Die Minister haben die Bedeutung einer fortgesetzten pragmatischen und flexiblen Zusammenarbeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit den EFTA-Ländern über den Rahmen der Abkommen hinaus unterstrichen. Eine solche Zusammenarbeit hat sich im Laufe der Jahre als natürliche Erweiterung ständig wachsender Handelsbeziehungen auf zahlreichen Gebieten gegenseitigen Interesses herausgebildet.

Gemeinsame Erklärung

Die Minister sind übereingekommen, diese Zusammenarbeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit den EFTA-Ländern zu erweitern und zu vertiefen. Die zunehmende wirtschaftliche Interdependenz zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern rechtfertigt insbesondere eine Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung. Die Minister betonen die Notwendigkeit, diese Bemühungen zum Beispiel im Rahmen der COST und in den Organisationen, in denen einige der betreffenden Länder vertreten sind, zu intensivieren, um insbesondere die Mobilität der europäischen Forscher zu fördern. Sie wünschen, dass bestimmten, für die Zukunft wichtigen industriellen und technologischen Bereichen, wie Fernmeldewesen, Informationssysteme oder die neuen audio-visuellen Medien, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

5. Die Zusammenarbeit bzw. die Konsultationen in Bereichen wie Verkehr, Landwirtschaft, Fischerei und Energie sollten intensiviert werden.

In Aussicht genommen sind ferner Konsultationen, Kontakte oder Informationsaustausch über Arbeitsbedingungen, sozialen Schutz, Kultur, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Fremdenverkehr und geistiges Eigentum unter Berücksichtigung der Arbeit in anderen internationalen Gremien, insbesondere dem Europarat und unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten.

6. Die Minister bekräftigen, dass es notwendig ist, die erforderlichen Bemühungen zur Stützung und Festigung der wirtschaftlichen Erholung und zum Abbau der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit fortzusetzen, von der insbesondere die Jugendlichen betroffen sind und die ein grosses wirtschaftliches und gesellschaftspolitisches Problem in ihren Ländern schafft, und dabei nicht die Inflation von neuem anzufachen. Man wird sich um eine Abstimmung der Politik auf diesem Gebiet bemühen. Die aktive Mitwirkung der Sozialpartner an diesem Prozess ist unerlässlich.

7. Schliesslich wird Europa durch eine engere Zusammenarbeit eher in der Lage sein, Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen und eine bedeutendere Rolle in der Welt zu spielen, insbesondere durch Verstärkung der Kontakte im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Dementsprechend sind die Minister übereingekommen, ihre Konsultationen und den Informationsaustausch über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme und handelspolitischen Schwierigkeiten zu verstärken, um insbesondere mit ihren wichtigsten Handelspartnern zu gerechten Lösungen zu kommen, mit dem Ziel, das offene multilaterale Handelssystem zu verstärken. Sie erinnern in diesem Zusammenhang an die Zusagen, die in der OECD, im GATT und in anderen internationalen Gremien gemacht worden sind.

Sie kommen ferner überein, ihre Konsultationen in Entwicklungsfragen insbesondere im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs zu verstärken, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Sie betonen insbesondere, dass die Dritte Welt stärker in das multilaterale Handelssystem integriert werden müsste und dass die Verschuldungsprobleme systematisch in Angriff genommen werden müssten.

Die Minister sind übereingekommen, sowohl in internationalen Gremien wie der OECD, dem GATT, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als auch bilateral diese Ziele gemeinsam zu verfolgen.

8. Die Minister haben ihren politischen Willen bekräftigt, auf die Verwirklichung der vereinbarten Ziele hinzuwirken.

*Generalversammlung***Vereinte Nationen****1. Generalversammlung****1. 1. Organisatorische Fragen**

Die 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 24. September 1984 eröffnet und am 18. Dezember vertagt. Die österreichische Delegation wurde in der Zeit vom 24. September bis 4. Oktober vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Leopold GRATZ, und während der übrigen Zeit vom Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Karl FISCHER, geleitet.

Als Delegierte fungierten auch die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Leopold HELBICH, Kurt MÜHLBACHER, Alois RECHBERGER, Dr. Wendelin ETTMAYER, Dr. Ludwig STEINER, Albrecht KONECNY, Dr. Norbert GUGERBAUER und Helmut HAIGERMOSER. Als stellvertretende Delegierte gehörten der österreichischen Delegation die Gesandten Dr. Walter BACKES, Dr. Heinrich GLEISSNER, Dr. Franz SCHMID, Dr. Paul LEIFER, Dr. Albert ROHAN, Botschafter Dr. Helmut TÜRK, Gesandter Dr. Franz CEDE, Legationsrat DDR. Harald WIESNER und Legationssekretär Dr. Stefan LEHNE an.

Als Sonderberater nahmen die Gesandten Dr. Adolf KUEN, Dr. Peter HOHENFELLNER, Legationsrat Dr. Ernst SUCHARIPA und Honorargeneralkonsul John E. LESLIE teil, als Berater Generalkonsul Dr. Helga WINKLER-CAMPAGNA, Direktor Dr. Peter MARBOE, Gesandter-Botschaftsrat Dr. Wilfried ALMOSLECHNER, Gesandter-Botschaftsrat Dr. Karl DIEM, die Botschaftssekretäre Dr. Otto DITZ, Mag. Franz CERMAK, Dr. Rudolf AGSTNER, Dr. Maria GOETSCH, ObstdG Hans Dieter STRAKA und Dr. Alfred LANDAU. Als Presseberater fungierten Presserat Dr. Wolfgang PETRITSCH, Presseattaché Eugen FREUND und Herr Robert WIESNER.

Bundesminister GRATZ führte anlässlich der Teilnahme an der 39. Generalversammlung Gespräche mit den Aussenministern folgender Staaten: Ägypten, Albanien, Argentinien, Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien, Chile, Deutsche Demokratische Republik, Finnland, Grossbritannien, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Korea, Libyen, Mexiko, Mongolei, Nicaragua, Rumänien, Saudi Arabien, Schweden, Spanien, Syrien, Ungarn sowie mit dem Vertreter der PLO.

Zum Präsidenten der 39. Generalversammlung wurde der Ständige Vertreter Sambias bei den Vereinten Nationen, Botschafter Paul J.F. LUSAKA, gewählt.

Anstelle der fünf mit Ende 1984 aus dem Sicherheitsrat ausgeschiedenen nichtständigen Mitglieder wählte die 39. Generalversammlung Australien, Dänemark, Madagaskar, Thailand und Trinidad und Tobago. Neben diesen neugewählten und den fünf Ständigen Mitgliedern gehören dem Sicherheitsrat 1985 noch folgende Staaten an: Ägypten, Burkina Faso, Indien, Peru, Ukraine.

In den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) wurden anstelle der 18 mit Jahresende 1984 ausgeschiedenen Mitglieder für eine Funktionsperiode von drei Jahren gewählt: Bangladesch, Brasilien, Kolumbien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Guinea, Haiti, Island, Indien, Japan, Marokko, Nigerien, Rumänien, Senegal, Simbabwe, Spanien, Türkei und Venezuela. Neben diesen neugewählten Staaten gehören dem ECOSOC noch folgende Staaten an: Algerien, Argentinien, Botswana, Bulgarien, Kanada, China, Kongo, Costa Rica, Dschibuti, Ekuador, Finnland, Guyana,

Generalversammlung

Deutsche Demokratische Republik, Indonesien, Libanon, Luxemburg, Malaysien, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Papua Neuguinea, Polen, Rwanda, Saudi Arabien, Sierra Leone, Somalien, Sri Lanka, Suriname, Schweden, Thailand, Uganda, UdSSR, Grossbritannien, USA, Jugoslawien und Zaire.

1. 2. 40-Jahrfeier der Vereinten Nationen

Zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen, der 1985 begangen wird, hat die Generalversammlung bereits 1983 ein eigenes, allen Mitgliedstaaten zur Teilnahme offenstehendes Komitee eingesetzt, welches bisher fünf Sitzungen durchgeführt hat.

Nach intensiven Konsultationen, an denen sich auch die österreichische Delegation aktiv beteiligte, verabschiedete die Generalversammlung drei Beschlüsse zu diesem Thema. Der erste als GV-Resolution formulierte Entwurf sieht die Wahl des Mottos „Vereinte Nationen für eine bessere Welt“ für die 40-Jahrfeier, die Abhaltung einer kurzen kommemorativen Session der Generalversammlung unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs, die Annahme eines vom Vorbereitungskomitee auszuarbeitenden Schlussdokumentes sowie die Proklamierung des Internationalen Friedensjahres am 24. Oktober 1985 und die Bestimmung des Jahres 1985 zum Jahr der Vereinten Nationen vor. In einem zweiten Entscheidungstext lädt die Generalversammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten ein, den 40. Jahrestag der Vereinten Nationen in entsprechender Weise zu begehen, die Schaffung nationaler Komitees zu erwägen, und im Rahmen des Unterrichts und durch die Medien die Öffentlichkeit über die Arbeit der Vereinten Nationen zu informieren.

Während die beiden genannten Texte im Konsensweg angenommen wurden, konnte keine Einigung über den Wunsch der blockfreien Delegationen erzielt werden, im Zusammenhang mit der 40-Jahrfeier auch des 25. Jahrestages der Verabschiedung der Dekolonisierungsdeklaration zu gedenken. Ein diesbezüglicher indischer Resolutionsentwurf wurde gegen die Stimme der USA und bei Enthaltungen Grossbritanniens und Frankreichs verabschiedet.

Im Zuge der Behandlung der gegenständlichen Thematik durch die 39. Generalversammlung wurde wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, die 40-Jahrfeier der Vereinten Nationen zum Anlass für Initiativen zur Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen als Instrument der multilateralen Zusammenarbeit zu nehmen.

1. 3. Politische Fragen

1. 3. 1. Mittlerer Osten, palästinensische Frage

Bedingt durch den Regierungswechsel in Israel, den Wahlkampf in den USA und Gegensätze unter den arabischen Staaten war 1984 für den Mittleren Osten ein Jahr des Übergangs, in dem sich zwar Änderungen in der Konstellation der Kräfte in der Region abzeichneten, aber noch keine konkreten Perspektiven für neue Friedensinitiativen zu erkennen waren. Diese Situation spiegelte sich auch in der Behandlung der Mittelostproblematik durch die Vereinten Nationen wieder.

Generalsekretär Perez de Cuellar erörterte im Zuge einer Nahostreise im Juni 1984 die Möglichkeit, im Rahmen des Sicherheitsrates die gemeinsamen Elemente in den Friedensvorschlägen der letzten Jahre zu identifizieren und dadurch Ansätze für ein umfassendes Lösungspaket zu gewinnen. In Weiterverfolgung eines von der Internationalen Palästina-Konferenz 1983 vorgebrachten und von der 38. Generalversamm-

Generalversammlung

lung indorsierten Vorschlags prüfte der Generalsekretär auch die Aussichten auf Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz für den Mittleren Osten. Angesichts der eindeutig negativen Stellungnahmen Israels und der USA musste er der 39. Generalversammlung mitteilen, dass die Voraussetzungen für eine Einberufung dieser Konferenz derzeit nicht vorliegen.

Bemühungen der Vereinten Nationen, einen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon zu erreichen, führten im November 1984 zu israelisch-libanesischen Verhandlungen unter der Ägide der Vereinten Nationen in Nakura. Wegen gravierender Meinungsverschiedenheiten vor allem über den zukünftigen Einsatzbereich der UN-Friedenstruppe (UNIFIL) konnten allerdings bis Jahresende nur geringe Fortschritte erzielt werden.

Die Debatte der 39. Generalversammlung über die Mittelostfrage brachte kaum neue Gesichtspunkte, da die jüngsten Ereignisse in der Region insbesondere die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien und die Abhaltung des Palästinensischen Nationalkongresses in Amman noch keine Auswirkungen zeigten. Auch die insgesamt 34 von der Generalversammlung zu diesem Thema verabschiedeten Resolutionen entsprachen weitestgehend den Vorjahrestexten. Die Resolutionen behandelten die verschiedensten Aspekte des Mittelostkonflikts, wobei die Lage in den besetzten Gebieten, die Tätigkeit des Palästinenserhilfswerks (UNRWA) und die Bekräftigung der Rechte der Palästinenser wieder die Schwerpunkte darstellten. In einer mit grosser Mehrheit angenommenen Resolution erneuerte die Generalversammlung auch die Forderung nach Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz. Aus grundsätzlichen Erwägungen unterstützte auch die österreichische Delegation diesen Vorschlag, wies jedoch in einer Votumserklärung darauf hin, dass vor einer Einberufung der Konferenz die Zustimmung aller Streitparteien zur Teilnahme vorliegen müsse.

Der Verzicht auf eine Resolution betreffend die Verurteilung der strategischen Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA ist als Stärkung der Position des gemässigten Flügels der arabischen Staaten zu sehen.

Auch bei der 39. Generalversammlung wies die Generalversammlung einen iranischen Antrag auf Ablehnung der Vollmachten der israelischen Delegation mit deutlicher Mehrheit zurück und bekräftigte damit das auch von Österreich unterstützte Prinzip der Universalität.

Die österreichische Delegation stellte in ihrem Debattenbeitrag fest, dass der Beginn eines neuen Friedensprozesses nicht länger verzögert werden dürfe. Die Gleichung: Rückzug aus den besetzten Gebieten gegen Frieden und Sicherheit für alle Staaten in der Region sei der gemeinsame Kern der meisten in den letzten Jahren vorgelegten Verhandlungsvorschläge. An beide Seiten wurde appelliert, in einen echten Dialog über die Umsetzung dieses Prinzips in die Realität einzutreten.

Hinsichtlich des Iran-Irak-Konfliktes führte der Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Vermittlungsbemühungen weiter und konnte als wichtigsten Teilerfolg im Juni 1984 eine Vereinbarung über die Einstellung der Bombardierung von Zivilobjekten erreichen. Wie schon im Vorjahr verzichtete die Generalversammlung auch bei ihrer 39. Tagung auf eine Debatte über den Golfkrieg, liess jedoch die Möglichkeit einer Behandlung der Angelegenheit im Zuge der wiederaufgenommenen Tagung im Frühjahr 1985 offen.

Generalversammlung

1. 3. 2. Afghanistan

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen und sein Sonderbeauftragter für Afghanistan, UGS Diego Cordovez haben auch im Jahr 1984 ihre Vermittlungstätigkeit fortgesetzt. Angesichts der gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich veränderten Situation in und um Afghanistan (Fortdauer der Präsenz sowjetischer Truppen, Anhalten der Kampf­tätigkeit, Flüchtlingsproblem) gelang jedoch kein entscheidender Fortschritt in Richtung einer Lösung des Konflikts auf der Basis der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen.

UGS Cordovez unternahm vom 3. bis 15. April Reisen nach Islamabad, Kabul und Teheran. Bei dieser Gelegenheit wurden der afghanischen und pakistanischen Seite Vorschläge für ein „package of understanding“ übergeben. Diese Vorschläge konzentrierten sich auf die Frage des sowjetischen Truppenrückzugs und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans. Die Erörterung des Problems der Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan und der Garantien für die Einhaltung künftiger Vereinbarungen war im Rahmen früherer Missionen von UGS Cordovez bereits im wesentlichen abgeschlossen worden.

Vom 11. bis 13. Juli absolvierte Generalsekretär Perez de Cuellar einen Besuch in der Sowjetunion, der Gelegenheit für einen Gedankenaustausch mit Präsident Tschernenko und Aussenminister Gromyko bot.

Vom 24. bis 30. August 1984 wurde unter Leitung von UGS Cordovez in Genf eine weitere Gesprächsrunde abgehalten, an der die Aussenminister Yaqub-Khan (Pakistan) und Shah Mohammad Dost (Afghanistan) teilnahmen. Die iranische Seite wurde, der bisherigen Übung entsprechend, über den Verlauf der Gespräche informiert. Die nächste Runde von „proximity talks“ ist für Februar 1985 in Aussicht genommen.

Von der 39. Generalversammlung wurde eine Resolution verabschiedet, die mit jener des Vorjahres identisch war. Erneut wurden die für eine politische Lösung als unerlässlich angesehenen Elemente aufgezählt. Dazu gehören die Souveränität und politische Unabhängigkeit Afghanistans, das Recht des afghanischen Volkes, seine Regierung frei zu bestimmen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, internationale Garantien, sowie der Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird aufgefordert, seine Vermittlungsbemühungen fortzusetzen. Die Resolution erhielt 119 positive Stimmen, bei 20 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen (Vorjahr : 116 :20 :17).

Österreich stimmte für diese Resolution und gab erneut eine Erklärung ab, in der an das Gewaltverbot des Art. II der Satzung der Vereinten Nationen erinnert und der tiefen Sorge über die ausländische Intervention in Afghanistan Ausdruck gegeben wurde.

Österreich appellierte an alle Beteiligten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die noch offenen Fragen zu klären und eine politische Lösung herbeizuführen.

Auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen befasste sich 1984 wieder mit dem Afghanistan-Problem und bestellte den österreichischen Menschenrechtsexperten Professor Dr. Felix Ermacora zu ihrem Spezialberichterstatter für Afghanistan.

Generalversammlung

1. 3. 3. Westsahara

Beim 20. Gipfeltreffen der OAU im November 1984 in Addis Abeba wurden die Vertreter der sog. „Republique Arabe Saharoui Démocratique“ (RASD) eingeladen, ihren Platz in der Konferenz einzunehmen. Die Teilnahme der RASD an der Tagung veranlasste Marokko, aus der OAU auszutreten. Die Gipfelkonferenz, die sich über Wunsch ihres Vorsitzenden, des Präsidenten von Tansania, Julius Nyerere vorwiegend mit den grossen Wirtschaftsproblemen Afrikas befasste, verabschiedete keine Resolution zur Westsaharafrage.

Im Hinblick auf die Entwicklung bei OAU-Gipfeltreffen verfolgt Marokko nunmehr die Tendenz, die primäre Rolle für die Lösung der Westsaharafrage den Vereinten Nationen zu übertragen. Algerien beharrt demgegenüber nach wie vor auf einer Lösung des Problems auf der Basis der Beschlüsse der OAU (direkte Verhandlungen zwischen Marokko und dem Polisario zwecks Herbeiführung eines Waffenstillstandes, Durchführung eines Referendums), wobei eine entsprechende Hilfeleistung durch die Vereinten Nationen begrüsst werden würde.

Diese Auffassung kamen in getrennten Resolutionsentwürfen der beiden Staaten, die der 39. Generalversammlung vorgelegt wurden, zum Ausdruck. Da für den marokkanischen Resolutionsentwurf keine breite Unterstützung zu erwarten war, wurde er vor der Abstimmung zurückgezogen. Der algerische Resolutionsentwurf wurde hierauf mit 90 : 0 : 42 Stimmen angenommen.

Österreich gab eine positive Stimme ab und betonte in einer Votumserklärung sein grundsätzliches Eintreten für die Lösung von Konflikten durch Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien.

1. 3. 4. Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung

Die Behandlung des Apartheidproblems stand 1984 im Zeichen der Ablehnung der südafrikanischen Verfassungsänderung und der Empörung über neue Repressionsmassnahmen gegen die schwarze Bevölkerung. Die Verfassungsänderung, die den asiatischen und gemischtrassigen Südafrikanern eine beschränkte Teilnahme am politischen Prozess zugestand, die schwarze Mehrheit aber weiterhin von jeder Mitwirkung ausschloss, wurde vom SR in Res. 544 als gegen die Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen gerichtet verurteilt. Auch die Generalversammlung lehnte die Verfassungsreform in einer mit 133 Stimmen (darunter Österreich) ohne Gegenstimme bei nur zwei Enthaltungen angenommenen Resolution ab.

Die Generalversammlung verabschiedete im übrigen sieben weitere Resolutionen zur Apartheidfrage. Vier dieser Texte, die sich mit dem Arbeitsprogramm des Sonderausschusses über Apartheid, der Apartheid im Sport, der öffentlichen Information über Apartheid und umfassenden internationalen Aktionen gegen das Apartheidregime befassten, konnte auch Österreich unterstützen. Eine von Österreich mitgebrachte Resolution betreffend den Treuhandschaftsfonds für Südafrika wurde im Konsensweg verabschiedet. Bei einer scharf formulierten Resolution, in der neben der Verurteilung der Apartheidpolitik auch der Abbruch aller Beziehungen mit Südafrika, die Unterstützung des bewaffneten Kampfs und die Forderung nach umfassenden Sanktionen gegen Südafrika enthalten waren, enthielt sich die österreichische Delegation der Stimme. Ein Resolutionstext, der die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika verurteilte, wurde von Österreich abgelehnt.

Signifikant für die Stärkung der Position der USA in der Generalversammlung waren die erfolgreichen Bemühungen der amerikanischen Delegation, die die Vereinigten Staaten namentlich kritisierenden Passagen durch Separatabstimmungen aus den

Generalversammlung

Resolutionstexten zu eliminieren. Diese Anträge der USA wurden auch von Österreich unterstützt.

In der österreichischen Erklärung zur Apartheidfrage wurde der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung nicht auf Dauer vom politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen bleiben könne. Um eine weitere Eskalation der Gewalttätigkeit in Südafrika zu verhindern, müsse die südafrikanische Regierung dringend entscheidende Schritte zur Beendigung des Apartheidsystems und zur Schaffung einer freien und demokratischen Gesellschaftsordnung setzen.

1. 3. 5. Namibia

Da Südafrika nach wie vor die Unabhängigkeit Namibias mit dem Rückzug kubanischer Truppen aus Angola verknüpft, waren die Bemühungen, im Rahmen der Vereinten Nationen die Durchführung des 1978 vom Sicherheitsrat angenommenen UN-Plans für Namibia voranzutreiben, auch 1984 blockiert. Dafür versuchte die amerikanische Regierung, in direkten Kontakten mit Angola und Südafrika einen Durchbruch in der Namibiafrage herbeizuführen. Diese Vermittlungsaktivitäten führten zwar am 16. 2. 1984 zu einem südafrikanisch-angolanischen Waffenstillstandsabkommen sowie zu weiteren Gesprächen über eine Namibialösung, die allerdings ohne Ergebnis blieben. Im November 1984 veröffentlichten beiden Seiten ihre Verhandlungspositionen als Dokumente der Generalversammlung.

Die Debatte der Generalversammlung stand im Zeichen der Enttäuschung über die Verzögerung der Unabhängigkeit Namibias, wobei die „Linkage“-Politik Südafrikas scharf kritisiert wurde. Auch die österreichische Delegation gab eine Erklärung ab, in der sie für einen ehestmöglichen friedlichen Übergang Namibias in die Unabhängigkeit auf der Basis des in SR-Res. 435 (1978) vorgesehenen Namibia-Plans eintrat.

Die 39. Generalversammlung verabschiedete zur Namibia-Frage fünf Resolutionen, die weitgehend auf Texten des Vorjahres beruhten. Während zwei Resolutionen von Österreich unterstützt wurden, wurde bei den drei anderen, die sehr weitgehende Massnahmen gegen Südafrika verlangten, Stimmhaltung geübt. Österreich stimmte auch für amerikanische Prozeduralanträge auf Streichung der namentlichen Kritik an den USA, die aber in diesem Fall nicht die erforderliche Mehrheit fanden.

1. 3. 6. Kampuchea

Auf der Basis der einschlägigen Resolution der 38. Generalversammlung wurden die Bemühungen um eine politische Lösung der Kampucheafrage im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv fortgesetzt.

Generalsekretär Perez de Cuellar führte im Laufe des Jahres Konsultationen mit führenden Regierungsmitgliedern der ASEAN-Staaten, der VR China, Vietnams sowie mit dem Präsidenten der kampucheanischen Koalitionsregierung, Prinz Sihanouk. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Südostasien, UGS R. Ahmed, begab sich im Mai 1984 zu Konsultationen nach Indonesien, Malaysia, Vietnam und Thailand und nahm an der 17. Aussenministerkonferenz der ASEAN-Staaten in Jakarta teil.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Internationalen Kampuchea-Konferenz besuchte Bundesminister a. D. Botschafter Dr. Pahr Südostasien, um die Möglichkeit neuer Mechanismen zu erörtern, durch die Bewegung in die festgefahrenen Fronten gebracht werden könnten. Seine Vorschläge zur Rettung des Tempelbezirks von Angkor-Wat fanden internationale Beachtung. Anlässlich der Generalversammlung traf Dr. Pahr neuerlich mit den Aussenministern der ASEAN-Staaten zusammen.

Generalversammlung

Das ad hoc-Komitee der Internationalen Kampuchea-Konferenz unternahm Reisen nach Lagos, Dakar und Belgrad, sowie nach Wellington, Canberra, Bangkok und Jakarta und berichtete hierauf Bundesminister a. D. Botschafter Dr. Pahr über die Ergebnisse der bei diesen Reisen geführten Gespräche.

Die 39. Generalversammlung nahm zur Kampucheafrage eine Resolution an, die im wesentlichen den Resolutionen früherer Jahre entspricht. Es werden die schon von der Internationalen Kampuchea-Konferenz beschlossenen Grundzüge einer politischen Lösung neuerlich indorsiert, insbesondere der Abzug aller fremden Truppen und die unbehinderte Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Kampuchea. Die Resolution wurde mit 110 positiven Stimmen bei 22 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen angenommen (Vorjahrsergebnis : 105 :23 :19).

Österreich gab eine positive Stimme ab und appellierte an alle am Konflikt beteiligten Parteien, das Wohl des kampucheanischen Volkes allen anderen Überlegungen voranzustellen und sich zu echten Verhandlungen bereitzufinden. Vorkehrungen zur Erhaltung Angkor-Wats könnten als vertrauensbildende Massnahme einen wichtigen Beitrag hierzu leisten.

Vietnam verzichtete auch bei der 39. Generalversammlung auf eine Anfechtung der Vollmacht der Vertreter von Demokratisch-Kampuchea und beteiligte sich erstmals nicht an der Debatte.

Auch im Jahr 1984 setzten die United Nations Border Relief Operation (UNBRO) und der UNHCR ihre Programme zugunsten der Flüchtlinge und der betroffenen Bevölkerung an der kampucheanisch-thailändischen Grenze und in Thailand fort, wobei die bewaffneten Zwischenfälle im Grenzgebiet diese Tätigkeit erschwerten.

1. 3. 7. Die Lage in Zentralamerika

Die Debatte der 39. Generalversammlung über die Lage in Zentralamerika stand im Zeichen der jüngsten Entwicklungen in der Region. Die Fertigstellung der „Contadora-Akte über Frieden und Kooperation in Zentralamerika“, die Bemühungen um eine nationale Versöhnung in El Salvador und die Wahlen in Nikaragua bildeten die Schwerpunkte der Erklärungen der Mitgliedstaaten.

Die Contadora-Akte wurden Ende September 1984 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übergeben und waren Gegenstand von Konsultationen des Sicherheitsrates.

Der Staatspräsident von El Salvador, Napoleon Duarte, benützte seine Rede vor dem Plenum der Generalversammlung, um den Oppositionsgruppen seines Landes die Aufnahme eines Dialogs vorzuschlagen.

Die Contadora-Gruppe legte der 39. Generalversammlung einen Resolutionsentwurf vor, in dem alle Staaten und insbesondere jene mit spezifischen Interessen in Zentralamerika aufgefordert werden, die Prinzipien und Ziele der Contadora-Akte zu respektieren. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird eingeladen, dem Sicherheitsrat regelmässig über Entwicklungen in der Region zu berichten. Dieser Resolutionsentwurf wurde mit Konsens angenommen.

Nikaragua arbeitete einen eigenen Resolutionsentwurf aus, in dem in scharfer Form die Beendigung der Bedrohung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit Nikaraguas gefordert wird. Dieser Resolutionsentwurf fand jedoch keine breite Unterstützung, weshalb sich Nikaragua veranlasst sah, ihn nicht zur Abstimmung zu bringen.

Generalversammlung

Die österreichische Delegation wies in ihrer Erklärung auf die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Krise in Zentralamerika hin, die nur durch die betroffenen Staaten selbst gelöst werden könne. Österreich habe den von der Contadora-Gruppe in Gang gesetzten Prozess von Anfang an unterstützt und trete für nationale Verständigung sowie für einen echten Demokratisierungsprozess in den Staaten der Region ein.

1. 3. 8. Falklandinseln (Malvinas)

Aufgrund der im Vorjahr beschlossenen Resolution 38/12 setzte der Generalsekretär im Jahre 1984 seine guten Dienste in der Frage der Falklandinseln (Malvinas) fort und führte Gespräche mit Staatspräsident Alfonsín und Premierminister Thatcher. Beide Seiten ließen zwar Interesse an einem Dialog und der Normalisierung der Beziehungen erkennen, beharrten jedoch im übrigen auf ihren gegensätzlichen Standpunkten.

Während künftige Gespräche nach argentinischer Auffassung in erster Linie die Frage der Souveränität über die Falklandinseln (Malvinas) zum Gegenstand haben sollten, weigert sich Großbritannien, über die Frage zu verhandeln und bekräftigt die Geltung des Rechts auf Selbstbestimmung für die Bevölkerung der Inseln.

Auch das für 18. und 19. Juli 1984 in Bern anberaumte Treffen zwischen britischen und argentinischen Vertretern scheiterte an der Frage der Einbeziehung des Souveränitätsproblems und mußte abgebrochen werden.

Die 39. Generalversammlung verabschiedete neuerlich eine von Argentinien vorgelegte Resolution zur Frage der Falklandinseln (Malvinas), in der die von der Generalversammlung in den Vorjahren angenommenen Grundsätze und Forderungen (Auftrag zu Verhandlungen, Bestätigung des Satzungsprinzips des Gewaltverbots, Anerkennung der Notwendigkeit, die Interessen der Bevölkerung gebührend zu berücksichtigen, Vermittlungsbemühungen des Generalsekretärs) wiederholt werden, die im Ton jedoch etwas weniger scharf gehalten ist, als jene des Vorjahres. Die Resolution wurde mit 89 positiven Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 54 Enthaltungen angenommen (Ergebnis 1983 lautete 87 :9 :54).

Österreich gab wie in den vergangenen Jahren eine positive Stimme ab. In einer Votumserklärung wurde das österreichische Interesse an einer gerechten und friedlichen Lösung des Konfliktes im Verhandlungsweg, unter angemessener Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung der Falklandinseln in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta hervorgehoben.

1. 3. 9. Antarktis

Der Antarktisvertrag 1959 sieht eine Denuklearisierung und Demilitarisierung der Antarktis, ein Einfrieren geltend gemachter Gebietsansprüche sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung vor. Im Jahre 1983 befaßte sich die Generalversammlung über Antrag Malaysias und anderer Staaten der Dritten Welt erstmals mit Fragen der Antarktis. Die Mehrheit der 32 Vertragsstaaten des Antarktisvertrages steht dieser Initiative, der der Gedanke zugrundeliegt, die Nutzung der mineralischen Ressourcen allen Staaten zugänglich zu machen, jedoch kritisch gegenüber, da darin die Gefahr der Unterminierung dieses bewährten Vertragswerkes gesehen wird.

Der 39. Generalversammlung lag die 1983 in Auftrag gegebene Studie über alle Aspekte der Antarktis vor, die u. a. Stellungnahmen von 54 Staaten enthält. Die von der Generalversammlung schließlich nach längeren Verhandlungen einstimmig angenommene Resolution (39/66), in der dem Generalsekretär für die Studie gedankt

Generalversammlung

und die weitere Behandlung der Antarktisfrage bei der 40. Generalversammlung beschlossen wurde, stellt einen Kompromiß zwischen dem Bestreben Malaysias, das auf Einrichtung eines UN-Spezialkomitees für die Antarktis gerichtet war, und der Absicht der Vertragsstaaten des Antarktisvertrages, die Debatte hierüber bei der 39. Generalversammlung endgültig zu beenden, dar. Österreich hat Interesse an der Erhaltung der Errungenschaften des bestehenden Antarktisregimes, steht aber gleichzeitig einer Weiterentwicklung des Vertragssystems im Sinne einer Anpassung an die seit 1959 wesentlich geänderten Verhältnisse aufgeschlossen gegenüber.

1. 3. 10. Dekolonisierung

Der Prozess der friedlichen Dekolonisierung, der zu Recht als einer der grössten Erfolge der Tätigkeit der Vereinten Nationen gilt, und dem ungefähr zwei Drittel der bestehenden internationalen Staatengemeinschaft ihre Existenz verdanken, ist nahezu abgeschlossen. Abgesehen von wenigen noch anstehenden grösseren Dekolonisierungsproblemen, wie der Frage der Westsahara und dem Namibia-Problem, umfasst die Liste der Kolonialgebiete nur mehr einige Inseln im karibischen und pazifischen Raum.

Auch die 39. Generalversammlung verabschiedete eine Reihe von Konsensentscheidungen, die auf die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der verbleibenden Kolonialgebiete abzielten. Lediglich zum Text betreffend die Insel St. Helena erfolgte eine Abstimmung, da er einen kritischen Hinweis auf einen britischen Militärstützpunkt enthielt.

Bei der Behandlung der Frage wirtschaftlicher Interessen der Verwaltungsmächte in nichtselbständigen Gebieten wurde von blockfreien und von osteuropäischen Delegationen Kritik am wirtschaftlichen Engagement westlicher Staaten und transnationaler Unternehmungen in diesen Gebieten geübt. Mit einer Resolution und einer Entscheidung wurden die Auswirkungen ausländischer Wirtschaftsinteressen und die militärischen Aktivitäten der Verwaltungsmächte in Kolonialgebieten sowie die Kooperation westlicher Staaten mit Südafrika verurteilt. Hierbei gelang es erstmals der Delegation der USA, durch Abänderungsanträge die namentliche Kritik an USA und Israel zu eliminieren. Österreich stimmte für die amerikanischen Änderungsanträge und enthielt sich, wie die meisten übrigen westlichen Staaten, zur Gesamtresolution der Stimme. Weitere Resolutionstexte betrafen die Durchführung und die Feier des 25. Jahrestages der 1960 verabschiedeten Dekolonisierungsdeklaration und die Verbreitung von Information über den Dekolonisierungsprozess.

1. 3. 11. Abrüstung

Insgesamt verabschiedete die 39. Tagung der Generalversammlung in Abrüstungsfragen 63 Resolutionen und 1 Entscheidung (1983 : 62 Resolutionen), davon 19 einstimmig (1983 : 16). Das Steigen des Anteiles an einstimmigen Entscheidungen entspricht der Tatsache, dass die Abrüstungsdiskussion der 39. Generalversammlung in einer ruhigeren Atmosphäre als jene des Vorjahres stattfand; es sollte aber nicht mit der Erzielung substantieller Fortschritte im Abrüstungsprozess gleichgesetzt werden. Die Debatte fand vor dem Hintergrund des einerseits verschärften Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West, und andererseits den bereits ansatzweise erkennbaren Bestrebungen zu einer Wiederaufnahme des Dialoges zwischen den Supermächten statt; anders als bei der 38. Generalversammlung wies sie keine durch spezifische Aktualität bedingten Schwerpunkte auf.

Ost und West und den neutralen und paktunabhängigen Staaten diene die Generalversammlung zur Darlegung des eigenen Standpunktes zu Fragen der nuklearen

Generalversammlung

und konventionellen Abrüstung. Die Beschleunigung des nuklearen Rüstungswettlaufs und das Fehlen von Abrüstungsverhandlungen bewirkten, dass sich die Debatte auf die nukleare Abrüstung konzentrierte, wobei das Schwergewicht auf dem Umfassenden Teststoppverbot, dem Einfrieren der Nuklearwaffenarsenale und dem Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen lag. Wie in den Vorjahren lagen ein mexikanisch-schwedischer Resolutionsentwurf zum ersten dieser Problemkreise vor, der von der Generalversammlung mit 122:3:23 Stimmen angenommen wurde, sowie ein australischer, der mit 124 positiven Stimmen bei 24 Enthaltungen, und ein ungarischer, der mit 123:2 Stimmen bei 24 Enthaltungen verabschiedet wurde. In allen Resolutionen bedauert die Generalversammlung den Mangel an Fortschritt, ein Ende aller Nukleartests herbeizuführen, und beauftragt die Abrüstungskonferenz, der zur Behandlung des nuklearen Teststopps eingesetzten Arbeitsgruppe ein Verhandlungsmandat zu erteilen. Österreich, das den baldigen Abschluss eines umfassenden Teststoppvertrages als wesentlichen Schritt zur Einschränkung des qualitativen Wettrüstens und zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen betrachtet und eine diesbezügliche Erklärung abgab, stimmte für alle drei Resolutionstexte.

Der aus der amerikanischen Abrüstungsbewegung stammende Vorschlag eines „Einfrierens“ der Kernwaffenarsenale war Gegenstand je eines indischen, eines mexikanisch-schwedischen sowie eines sowjetischen Resolutionsentwurfes, die allesamt wie im Vorjahr jeweils mit Unterstützung der Blockfreien, Neutralen und Ostblockdelegationen gegen die Stimmen der meisten Staaten der westlichen Bündnisse verabschiedet wurden. Österreich stimmte für alle „Freeze“ Resolutionen, um die Dringlichkeit einer Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu unterstreichen.

Die entgegengesetzten Auffassungen des Ostblocks und der NATO-Staaten hinsichtlich des Nichtersteinsatzes nuklearer Waffen kamen auch bei der 39. Generalversammlung zum Ausdruck. Wie in den vergangenen Jahren legte die DDR einen Resolutionsentwurf vor, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, dass die übrigen Kernwaffenstaaten Erklärungen wie die Sowjetunion und China abgeben würden, ihre Nuklearwaffen nicht als erste einzusetzen. Zu dieser Resolution sowie zu einer Resolution betreffend das Verbot der Neutronenwaffen, die vorwiegend im Kontext der Ost-West-Konfrontation zu sehen sind, enthielt sich die österreichische Delegation der Stimme.

Die im Herbst 1985 stattfindende 3. Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Nonproliferationsvertrages wurde von vielen Delegationen zum Anlass genommen, die Erfolge und Mängel dieses Vertragswerkes einer kritischen Wertung zu unterziehen.

Die Frage der Wiederaufnahme sowjetisch-amerikanischer bilateraler Nuklearwaffenverhandlungen bildete den Gegenstand von zwei Resolutionen. Ein mexikanisch-schwedischer Resolutionstext, der die USA und die Sowjetunion auffordert, die INF- und START-Verhandlungen zusammenzulegen und auf taktische Waffen auszudehnen und in einem Unterorgan der Abrüstungskonferenz zu führen, wurde mit 100 (Neutrale) :12 (NATO) bei 26 Enthaltungen (sozialistische Staaten) angenommen. Ein von Grossbritannien im Namen einiger NATO-Länder eingebrachter Resolutionsentwurf, der die USA und die Sowjetunion auffordert, ihre Verhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen, wurde von der Generalversammlung mit 98 :16 bei 24 Enthaltungen verabschiedet.

Der Weltraumrüstung kam bei der 39. Generalversammlung besondere Bedeutung zu, nachdem der sowjetische Aussenminister Gromyko in seiner Erklärung vor der

Generalversammlung

Generalversammlung einen neuen Tagesordnungspunkt „Nutzung des Weltraums ausschliesslich für friedliche Zwecke und zum Nutzen der Menschheit“ vorgeschlagen hatte. Von vier Resolutionsentwürfen ausgehend konnte man sich auch heuer in Verhandlungen auf die Vorlage eines einzigen Textes auf Grundlage des Entwurfes der Gruppe der 77 einigen. In dem von Österreich miteingebrachten Resolutionsentwurf wird die Genfer Abrüstungskonferenz beauftragt, eine Arbeitsgruppe für die Verhandlung von Abkommen zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum einzusetzen. Die Abstimmung ergab 150 positive Stimmen bei Stimmenthaltung der USA.

Auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung wurde angesichts der bei der Genfer Abrüstungskonferenz erzielten Fortschritte bei den Verhandlungen über eine Konvention über ein umfassendes Verbot chemischer Waffen diesem Bereich besonderes Augenmerk zuteil. Österreich brachte in einer Erklärung sein besonderes Interesse am ehestmöglichen Abschluss der Konvention zum Ausdruck. Unter den fünf Resolutionsentwürfen, die der Generalversammlung vorlagen, befand sich ein Text der USA. Der Text ruft zur strikten Einhaltung bestehender internationaler Verpflichtungen hinsichtlich der Verbote von chemischen und biologischen Waffen auf und fordert die Abrüstungskonferenz zur Beschleunigung ihrer diesbezüglichen Verhandlungen auf. Die Resolution wurde von der Generalversammlung mit 118 Stimmen – darunter Österreich und andere Neutrale – gegen 16 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen. Ein Resolutionsentwurf der DDR, der auf ein Verbot der Produktion von binaeren chemischen Waffen und deren Stationierung auf dem Gebiet anderer Staaten zielt, wurde mit 75 positiven Stimmen bei einer Gegenstimme (USA) und 51 Enthaltungen (Neutrale) angenommen. Ein polnischer Resolutionsentwurf, in dem die Abrüstungskonferenz aufgefordert wird, den Verhandlungen über eine Konvention für chemische Waffen mehr Zeit einzuräumen, wurde mit Konsens verabschiedet. Die von Frankreich 1982 begonnene Initiative, die auf Einrichtung eines Verifikationsverfahrens für das im Genfer Protokoll 1925 stipulierte Einsatzverbot für chemische Waffen abzielte, fand mit der Annahme einer Resolution, die mit 87 :18 bei 30 Enthaltungen angenommen wurde, ihren Abschluss. Die Resolution nimmt den Bericht der 1983 eingesetzten Expertenkommission, der auch der österreichische Universitätsprofessor Dr. G. MACHATA angehörte, zur Kenntnis. Die Generalversammlung verabschiedete mit Konsens eine von Österreich miteingebrachte Resolution, in der die Abhaltung der 2. Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen für 1986 festgelegt wird. Die Behandlung eines mehrfach revidierten iranischen Resolutionsentwurfes, der die Verwendung chemischer Waffen im Golf-Krieg zum Gegenstand hatte und zu welchem der Irak Änderungsvorschläge vorlegte, wurde von der 1. Kommission vertagt.

Der Generalversammlung lag auch eine Studie über konventionelle Abrüstung vor, zu der von der österreichischen Delegation eine Erklärung abgegeben wurde, sowie eine Studie über unilaterale nukleare Abrüstung.

An neuen UN-Studien im Abrüstungsbereich wurde über indische Initiative eine Studie über das Konzept der Abschreckung beschlossen. Das UN-Institut für Abrüstungsstudien (UNIDIR), dessen Statut von der Generalversammlung verabschiedet wurde, erhielt den Auftrag, in Zusammenarbeit mit der Arabischen Liga und der Organisation für Afrikanische Einheit einen Bericht über die israelische Nuklearrüstung zu erstellen. Unter dem Eindruck wissenschaftlicher Studien, wonach selbst ein beschränkter Nuklearkrieg neben den durch Explosion, Hitze und Strahlung hervorgerufenen Schäden durch Aufwirbelung von Rauch und Staub bis in hohe Schichten zu einem Sinken der Temperaturen und dadurch zu schwersten Folgen für die Landwirtschaft und das Überleben der Menschheit führen könnte, wurde der

Generalversammlung

Generalsekretär in einem mexikanischen Resolutionstext ersucht, eine Zusammenstellung aller wissenschaftlicher Studien über die klimatischen Auswirkungen des Nuklearkrieges („Nuklearer Winter“) zu veranlassen. Das Mandat der Expertengruppen betreffend militärische Forschung und Entwicklung, Vergleichbarkeit der Militärbudgets und nuklearwaffenfreie Zonen wurde verlängert. Die von der 2. Sondergeneralversammlung für Abrüstung initiierte Weltabrüstungskampagne zur Mobilisierung der Öffentlichkeit für Abrüstung, für die Österreich bei der am 24. 10. 1984 in New York abgehaltenen 2. Beitragskonferenz einen Beitrag von 10.000 US-Dollar zusagte, wird auch 1985 fortgesetzt werden. Weiters wurde beschlossen, den Termin für die 3. Sondergeneralversammlung über Abrüstungsfragen bei der 40. Generalversammlung festzulegen. Mit Konsens verabschiedete die Generalversammlung einen französischen Resolutionstext, in dem die Abhaltung einer internationalen Konferenz, welche die Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung untersuchen soll, und die Einsetzung eines 54-Mitglieder umfassenden Vorbereitungskomitees beschlossen wurde. Österreich hat seine Kandidatur für eine Mitgliedschaft in diesem Komitee angemeldet.

1. 3. 12. Weltraum

Österreich, das seit 1959 den Vorsitz in der Weltraumkommission (WRK) innehat, übernimmt traditionell die Ausarbeitung der Resolution, die das Arbeitsprogramm der WRK festlegt und die in der Regel von der Generalversammlung mit Konsens angenommen wird.

Bei der vorjährigen 38. Generalversammlung war das Konsensprinzip allerdings gebrochen worden, als über das Betreiben der Gruppe der 77 und des Ostblocks durch Abstimmung der WRK das Mandat zur Behandlung von Fragen der Militarisierung des Weltraums auferlegt und eine kontroverielle Arbeitsgruppe zum Fragenkreis der geostationären Umlaufbahn eingesetzt wurde. Diese Entwicklung veranlasste die USA, ihren Rückzug aus der WRK für den Fall anzukündigen, dass der Konsens nicht wiederhergestellt und die Frage der Weltraumrüstung nicht aus dem Mandat der WRK herausgenommen würde. Die USA und andere westliche Staaten sehen allein die Genfer Abrüstungskonferenz als zuständiges Organ zur Behandlung von Fragen der Militarisierung des Weltraumes an. Bei der im Juni 1984 in Wien abgehaltenen 27. Tagung der WRK wurde die Rüstungsproblematik ergebnislos und ohne Beteiligung der USA erörtert. Es konnte kein Ausweg aus der Krise gefunden werden, und es bestand Grund zur Befürchtung, dass die WRK im Falle des angekündigten Auszuges der USA ihre Bedeutung als bisher erfolgreiches, gut funktionierendes Organ der Vereinten Nationen rasch verlieren würde.

Vor diesem Hintergrund gestalteten sich die in einer Arbeitsgruppe unter österreichischem Vorsitz durchgeführten Verhandlungen bei der 39. Generalversammlung äusserst schwierig. Die Positionen der massgeblichen Staaten, insbesondere zum politisch brisanten Problem der Militarisierung des Weltraums, waren weiterhin völlig entgegengesetzt und festgefahren, sodass ein Kompromiss lange Zeit unmöglich schien.

Schliesslich konnte jedoch mit dem österreichischen Resolutionstext eine für alle Seiten, das heisst vor allem auch für die USA akzeptable, sehr flexible Formel für die Behandlung der Militarisierungsproblematik durch die WRK gefunden werden: Die WRK erhielt das Mandat, mit Priorität Mittel und Wege zur Erhaltung des Weltraumes für friedliche Zwecke zu erörtern und hierüber der 40. Generalversammlung zu berichten. Auch in der strittigen Frage der Umschreibung des Mandates der Arbeitsgruppe über die geostationäre Umlaufbahn wurde zuletzt eine allseits annehmbare Lösung gefunden.

Generalversammlung

Die Konsensannahme der Weltraumresolution stellt für die österreichische Diplomatie einen beachtlichen Erfolg dar und bekräftigt das Vertrauen, das die Weltraum-mächte USA und Sowjetunion, aber auch die Staaten der Dritten Welt in die traditionelle österreichische Vermittlerrolle setzen. Freilich war für diesen Erfolg letztlich die erneute Dialogbereitschaft der Supermächte im Abrüstungsbereich (amerikanisch-sowjetische Gespräche in Genf) entscheidend. Für die WRK bedeutet der wiederhergestellte Konsens die Überwindung einer der schwersten Krisen seit ihrem Bestehen und die Gewähr für eine aktive weitere Mitarbeit der USA in diesem Gremium.

1. 3. 13. Mondvertrag

Österreich hat am 11. Juni 1984 das Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern („Mondvertrag“) als fünfter Staat (nach Chile, den Niederlanden, den Philippinen und Uruguay) ratifiziert (BGBl. Nr. 286/1984), sodass dieses aufgrund seiner diesbezüglichen Inkrafttretensbestimmung nunmehr völkerrechtlich in Geltung steht. Österreich hat bei der Ausarbeitung des Vertrages im Rahmen der – unter österreichischem Vorsitz stehenden – Weltraumkommission der Vereinten Nationen eine wesentliche Rolle gespielt.

Zu den wichtigsten Bestimmungen des Mondvertrages, der weitgehend Regelungen des Weltraumvertrags (BGBl. Nr. 103/1968) präzisiert, gehört, dass der Mond ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden darf. Auf dem Mond dürfen weder Kernwaffen noch andere Massenvernichtungswaffen gelagert oder verwendet werden, und die Errichtung militärischer Stützpunkte ist verboten. Er unterliegt auch keiner nationalen Aneignung und wird so wie seine Naturschätze zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärt. Die Bestimmungen des Mondvertrages gelten auch für die anderen Himmelskörper unseres Sonnensystems.

1. 3. 14. Informationsfragen

Die Frage einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung stand während der 39. Generalversammlung im Mittelpunkt der Beratungen über Informationsfragen. Aus Sicht der westlichen Staaten kann eine derartige Neuordnung nur in einem kontinuierlichen und evolutionären Prozess verwirklicht werden, bei dem das Prinzip der Pressefreiheit und des freien Informationsflusses voll berücksichtigt werden muss. Die Länder der Dritten Welt drängen hingegen auf raschestmögliche Veränderungen, wobei die Brechung des von den Entwicklungsländern behaupteten Informationsmonopols westlicher Nachrichtenagenturen durch den Aufbau eines Netzes von eigenen Agenturen der Dritten Welt im Vordergrund steht.

Zum Tagesordnungspunkt Informationsfragen lagen der Generalversammlung zwei Resolutionsentwürfe vor. Der erste betraf die Arbeit der UNESCO, die mit Fragen im Zusammenhang mit einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung in besonderem Masse befasst ist. Da sich die Dritte Welt weigerte, einen Passus in den Resolutionstext aufzunehmen, der im Sinne der westlichen Staaten gelegen gewesen wäre (Weltinformationsneuordnung als kontinuierlicher und evolutionärer Prozess), konnte dieser Resolutionsentwurf von den westlichen Staaten nicht unterstützt werden. Der Entwurf wurde mit 122 : 6 : 17 Stimmen angenommen, wobei sich Österreich der Stimme enthielt.

Gegenstand des zweiten Resolutionsentwurfes war die Tätigkeit des Informationskomitees der Vereinten Nationen sowie die Arbeiten der Vereinten Nationen auf dem Informations- und Kommunikationssektor. Diese Resolution wurde mit 132 : 6 : 7 Stimmen verabschiedet. Österreich gab eine positive Stimme ab.

Generalversammlung

In ihrem Beitrag zur Debatte über Informationsfragen begrüßte die österreichische Delegation die zunehmend zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen und betonte, dass hierbei nach österreichischer Ansicht noch grösseres Gewicht auf wirtschaftliche und soziale Aspekte der Tätigkeit der Vereinten Nationen gelegt werden sollte. Österreich habe Verständnis für berechnigte Wünsche der Dritten Welt, allerdings müsse jede Neuordnung unverrückbar auf den Fundamenten der Freiheit des Informationsflusses und der Pressefreiheit aufgebaut sein.

In einer Votumserklärung wurde das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass es nicht möglich war, allseits akzeptable Resolutionstexte zu diesem Tagesordnungspunkt auszuarbeiten.

1. 4. Wirtschafts- und Entwicklungsfragen

Die Beratungen der 39. Generalversammlung über Wirtschafts- und Entwicklungsfragen waren einerseits durch eine verstärkte politische und ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West, andererseits durch eine sich gegenüber der fortgesetzt scharfen Kritik der Entwicklungsländer an den entwickelten Staaten verhärtende Haltung der USA und ihrer engsten Verbündeten geprägt. Dies führte zusammen mit erhöhten Meinungsdivergenzen innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer und der unnachgiebigen Haltung der grössten Beitragszahler in der Frage der Genehmigung zusätzlicher Ausgaben für neue Programme zu einem Rückgang der Anzahl der Konsensbeschlüsse. Ein im Vergleich zum Vorjahr grösserer Teil der ca. 70 Resolutionen zu wirtschafts- und entwicklungspolitischen Fragen konnte nur durch Abstimmung verabschiedet werden.

Als wichtigstes Ergebnis der Beratungen der 39. Generalversammlung ist die am 3. Dezember 1984 mit Konsens angenommene „Afrika-Deklaration“ anzusehen, die ein politisches Rahmenprogramm für die Bemühungen der Staatengemeinschaft zur Linderung von Hunger und Not in dem von einer Wirtschaftskrise und Dürrekatastrophen heimgesuchten afrikanischen Kontinent darstellt. Der Annahme dieser Deklaration gingen monatelange Verhandlungen, insbesondere auch im ECOSOC voraus, in deren Verlauf grundlegende Auffassungsunterschiede sowohl über die Ursachen der Krise als auch über die Art und Weise ihrer Bewältigung überbrückt werden mußten. Während von westlicher, insbesondere amerikanischer Seite, vor allem auf die internen Ursachen, bzw. Mängel der nationalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der betroffenen Staaten verwiesen wurde, betonten die Entwicklungsländer bei aller Anerkennung der Eigenverantwortung für ihre Entwicklung in erster Linie aussenwirtschaftliche Faktoren wie den Verfall der Rohstoffpreise, unzureichende Entwicklungshilfe, Schulden- und Zahlungsprobleme u. a. Darüber hinaus zeigten sich auch erhebliche Spannungen innerhalb der Gruppe der 77, da von den nicht-afrikanischen Entwicklungsländern eine Benachteiligung ihrer Interessen bei Monopolisierung der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch afrikanische Probleme befürchtet wird. Wenn diese Deklaration auch keine rechtsverbindliche Wirkung hat, so kommt ihr als Bekräftigung der Solidarität der Staatengemeinschaft mit Afrika großes moralisch-politisches Gewicht zu.

Einen gewissen Fortschritt stellt auch der nach intensiven Verhandlungen erzielte vorläufige Konsens (Vorbehalt der USA) bei der Formulierung von Richtlinien für den Konsumentenschutz dar, die vor allem den Entwicklungsländern die Einführung von Konsumentenschutzmaßnahmen erleichtern sollen. Eine Resolution über gesundheits- und umweltschädliche Produkte wurde mit einer einzigen Gegenstimme (USA) angenommen. Zu Konsensresolutionen kam es auch über die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern, über das Ergebnis der Internationalen Bevölke-

Generalversammlung

rungskonferenz, das Problem der Versteppung in Afrika, über neue und erneuerbare Energiequellen, über Sofortmaßnahmen für Entwicklungsländer, über den Bericht des UNCTAD-Rates, über die Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, über operationelle Entwicklungshilfeaktivitäten der Vereinten Nationen, über UNICEF und über eine Reihe von Hilfsprogrammen für einzelne Entwicklungsländer.

Für Österreich als Sitzstaat sind die die UNIDO betreffenden Resolutionen von besonderer Bedeutung. Die Resolution über die Umwandlung der UNIDO in eine Spezialorganisation der Vereinten Nationen konnte – nach zähen Verhandlungen über Dauer und Kosten der Tagungen der alten und neuen UNIDO – mit Konsens verabschiedet werden. Die Resolutionen über die Arbeit der UNIDO und über die Industrieentwicklungsdekade für Afrika waren dagegen infolge der finanziellen Implikationen (mehrere Millionen US-Dollar) höchst kontroversiell. Bis zum letzten Augenblick wurde von westlicher Seite versucht, bezüglich der Kosten einen Kompromiß zu finden; das letzte Angebot betrug 3,4 Mio. US\$ für beide Resolutionen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, sodaß bei der Abstimmung fast alle westlichen Staaten dagegen stimmten, bzw. sich der Stimme enthielten (Österreich). Daneben wurden noch zwei weitere Resolutionsentwürfe behandelt, die von UNIDO IV an die Generalversammlung weitergeleitet worden waren: Der Resolutionsentwurf über industrielle Strukturanpassung konnte mit Konsens verabschiedet werden; der andere Entwurf über die Mobilisierung finanzieller Mittel für die industrielle Entwicklung wurde an die 40. Generalversammlung verwiesen.

Weitere Konsensresolutionen, an deren Zustandekommen die österreichische Delegation mitwirkte, bzw. die Österreich miteinbrachte, betrafen die Universität der Vereinten Nationen, das Büro des Katastrophenhilfe-Koordinators in Genf und die Probleme der Trockenheit und Versteppung in der Sahel-Zone.

In einigen wichtigen Fragen kam es aufgrund des kontroversiellen politischen Hintergrundes zu Mehrheitsentscheidungen. So mußte z. B. wie in den Vorjahren über die Resolution über wirtschaftliche Fragen betreffend die besetzten palästinensischen Gebiete abgestimmt werden. Das Projekt der Gruppe der 77, eine Konferenz einzuberufen, um die Durchführung der vor 10 Jahren angenommenen Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten zu überprüfen, wurde nur von dieser Gruppe und den Oststaaten akzeptiert. Ähnliches gilt für die von Polen seit dem Vorjahr verfolgte Initiative betreffend vertrauensbildende Maßnahmen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, gegen die diesmal die Mehrheit der OECD-Staaten stimmte, nachdem sie sich noch im Vorjahr gemeinsam der Stimme enthalten hatten. Auf mehrheitliche Ablehnung der westlichen Staaten stieß auch wieder die libysche Initiative betreffend Kriegsmaterialreste und der Resolutionsentwurf der G 77 über den „umgekehrten Technologietransfer“. Ein Entscheidungsentwurf der Gruppe der 77, der UN-Generalsekretär möge dringend Konsultationen im Hinblick auf die Einberufung einer Konferenz über Währungs- und Finanzfragen unter universeller Beteiligung durchführen, in der ihr langjähriges Anliegen nach Reform der Bretton-Woods-Institutionen (Währungsfonds, Weltbank) zum Ausdruck kommt, wurde an die nächste Generalversammlung verwiesen; der Generalsekretär wurde jedoch in einer von den meisten OECD-Staaten abgelehnten Resolution aufgefordert, über diesen Fragenkreis bis März 1985 einen Bericht auszuarbeiten.

Ein nur prozeduraler Konsens konnte über die Fortsetzung der Prüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie gefunden werden. Ein allen Staaten offenstehendes Komitee hatte sich in zwei Tagungen im Frühjahr und Herbst 1984 mit dieser Aufgabe befaßt, doch war es nicht in der Lage, seine Arbeit erfolgreich abzuschließen. Ähnlich erging es der mit der Fertigstellung eines Verhaltenskodex

Generalversammlung

für Transnationale Unternehmen befaßten Kommission: da 1984 kein Fortschritt erzielt wurde, soll die Kommission im Sommer 1985 zur Überprüfung der Situation kurz zusammentreten.

Die Arbeit der 2. Kommission der Generalversammlung konnte auch in diesem Jahr in der ursprünglich vorgesehenen Zeit nicht abgeschlossen werden. Hiefür waren sowohl die erwähnten politischen Kontroversen, die innere Uneinigkeit der Gruppe der 77 als auch die allgemeine Überladung der Tagesordnung maßgebend. Da es jedoch gelang, ein von Österreich initiiertes zweijähriges Arbeitsprogramm mit Konsens zu beschließen, das zu einer rationelleren Arbeitsteilung mit dem ECOSOC führen soll, besteht eine Chance, daß die 2. Kommission in Zukunft weniger überlastet sein wird.

Auch die am Rande der 39. Generalversammlung geführten informellen Gespräche betreffend das weitere Schicksal der „globalen Verhandlungsrunde“ endeten nur mit dem prozeduralen Kompromiß, diesen TOP nicht abzuschließen und die Konsultationen fortzusetzen.

Am Rande der Generalversammlung fand schließlich wie jedes Jahr die Beitragskonferenz für Entwicklungsaktivitäten statt. Zahlreiche Staaten, darunter auch Österreich, erhöhten ihre Zusagen für Entwicklungshilfeleistungen, die jedoch durch den weiterhin steigenden Dollarkurs nur beschränkt wirksam werden können. Das Gesamtergebnis wird jedoch zumindest die Weiterführung der operationellen Entwicklungsaktivitäten im bisherigen Ausmaß erlauben.

1. 5. Menschenrechtliche, soziale und humanitäre Fragen

1. 5. 1. Verabschiedung der Konvention gegen die Folter

Das wichtigste Ergebnis der 39. Generalversammlung im Bereich der Menschenrechte war die Verabschiedung einer Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung. Sie fußt auf einer von Österreich miteingebrachten und mit Konsens angenommenen Resolution.

Die schon Ende der Siebzigerjahre begonnenen Verhandlungen über diese Konvention konnten erst nach massivem Betreiben mehrerer westlicher Staaten, insbesondere der Niederlande und Schwedens, von Erfolg gekrönt werden.

Vor allem bei der Frage eines möglichst effektiven Durchführungsmechanismus kamen Auffassungsunterschiede zwischen totalitären Staaten und Staaten, die sich zur westlichen Demokratie bekennen, klar zu Tage. Der schließlich erzielte Kompromiss gibt den Staaten die Möglichkeit, anlässlich der Unterzeichnung oder Ratifikation die Kompetenz des mit der Überprüfung der Einhaltung der Konventionsbestimmungen beauftragten Expertenkomitees durch Erklärung einzuschränken.

1. 5. 2. Menschenrechtspakte

Eine Resolution zum Stand der Ratifikation der internationalen Pakte über bürgerliche und politische sowie über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte forderte jene Staaten, die den Pakten noch nicht angehören – etwa die Hälfte der UN-Mitgliedsstaaten – zum Beitritt auf. Mehrere westliche Delegationen, darunter Österreich, setzten sich für eine Standardisierung und Vereinfachung der den Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Pakte übertragenen Berichtsverpflichtungen an die Vereinten Nationen ein.

Generalversammlung

1. 5. .3. Abschaffung der Todesstrafe

Österreich sprach sich in einer Erklärung entschieden für die Abschaffung der Todesstrafe aus und brachte eine Resolution, die eine Fortsetzung der Arbeiten zur Erstellung eines zweiten Zusatzprotokolls zum Pakt über bürgerliche und politische Rechte in den betreffenden UN-Gremien sicherstellt, mit ein. Der entsprechende Text wurde im Plenum mit 64 zu 19 Stimmen bei 55 Enthaltungen angenommen. Die arabischen Staaten stehen allen Versuchen der Vereinten Nationen, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen, deutlich ablehnend gegenüber.

1. 5. 4. Situation der Menschenrechte in einzelnen Staaten

Bei der Erarbeitung von Resolutionen, die sich mit der Situation der Menschenrechte in einzelnen Staaten auseinandersetzen, stand die Lage in El Salvador im Vordergrund. Intensive Verhandlungen, an denen sich insbesondere Staaten der Contadora-Gruppe sowie einige westeuropäische Kosponsoren beteiligten, führten schliesslich zur Einigung auf Basis eines von Mexiko entworfenen Textes. Der mit 93 Ja-Stimmen (11 Gegenstimmen, 40 Enthaltungen) verabschiedete Resolutions-text ist gegenüber dem vorjährigen „milder“ formuliert und erwähnt eine Verbesserung der Menschenrechtssituation sowie den Verhandlungsausschuss an die Opposition von Präsident Duarte vor der 39. Generalversammlung.

Ein von Österreich wie in den Vorjahren miteingebrachter Resolutionsentwurf über die Menschenrechte in Guatemala wurde von der Generalversammlung wieder mit grosser Stimmenmehrheit (85:11:47) bei Stimmenthaltung einer Reihe von Staaten der Dritten Welt angenommen. Die Regierung Guatemalas wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Behörden die Menschenrechte uneingeschränkt beachten und Aufklärung über das Schicksal entführter Personen geben.

In ihrer Entscheidung über die Menschenrechte in Chile folgte die Generalversammlung gleichartigen Resolutionen der letzten Jahre. Der mit grosser Mehrheit (90:13:40) verabschiedete Text trägt der seit Verhängung des Ausnahmezustandes im November 1984 verschlechterten Situation Rechnung. Die UN-Menschenrechtskommission wurde erneut eingeladen, geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Menschenrechte in diesem Land wieder respektiert werden. Das Mandat des Sonderberichterstatters für Chile wurde weiter verlängert. Entsprechend seiner bisher vertretenen Politik gegen Menschenrechtsverletzungen aufzutreten, wo immer sie vorkommen, stimmte Österreich auch dieser Resolution zu. Beachtlich scheint, dass eine Reihe westlicher Staaten von der bisher geübten Stimmenthaltung abgegangen sind und die eingebrachten Resolutionen unterstützt haben.

1. 5. 5. Rassismus und Apartheid

Bei der Frage der Durchführung des bei der 2. Weltrassismuskonferenz (Genf 1983) beschlossenen Aktionsprogramms waren mehreren afrikanischen Staaten die vom UN-Generalsekretär zunächst dem Frühjahrs-ECOSOC unterbreiteten Vorschläge bei weitem nicht ausreichend. Sich über Wochen erstreckende – zum Grossteil innerhalb der afrikanischen Gruppe geführte – Verhandlungen erbrachten schliesslich einen Kompromisstext, der die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Vereinten Nationen während der zweiten Rassismusedekade (1983–1993) zum verstärkten Kampf gegen Rassismus und Apartheid auffordert. Er wurde ohne Abstimmung angenommen.

Die zunehmende Enttäuschung afrikanischer Staaten über den wenig wirkungsvollen Druck westlicher Staaten auf die südafrikanische Regierung ist nicht zu übersehen. Dies fand u. a. darin seinen Ausdruck, dass die Generalversammlung das Mandat

Generalversammlung

des mit der Untersuchung der negativen Auswirkungen einer Zusammenarbeit mit Südafrika beauftragten UN-Sonderberichterstatters nicht nur verlängerte, sondern auch erweiterte und genauer umschrieb. Westliche Staaten übten an der Form des zu diesem Thema vorgelegten Berichts zum Teil heftige Kritik und lehnten vor allem einen im Resolutionstext geforderten Beschluss des UN-Sicherheitsrates ab, jeglichen Handel mit Südafrika einzustellen. Bei der Abstimmung über den entsprechenden Text enthielt sich Österreich zusammen mit mehreren westlichen Staaten der Stimme. Die Unzufriedenheit afrikanischer Staaten mit der bisherigen Entwicklung findet weiters in der Verurteilung der Apartheidpolitik Südafrikas als „Verbrechen gegen die Menschheit“ ihren Niederschlag. Dieser Text, der den Bericht des Komitees für die Beseitigung der Rassendiskriminierung zum Inhalt hat, wurde von der Generalversammlung beinahe einstimmig angenommen.

1. 5. 6. Flüchtlinge

Das Ergebnis der 2. Genfer Konferenz über Flüchtlinge in Afrika wurde überwiegend positiv bewertet; der internationalen Staatengemeinschaft wurde für die zugesagte Hilfe gedankt. Es ginge jetzt darum, das in Genf geschaffene Momentum aufrechtzuerhalten und die Projekte zu verwirklichen. Österreich hat bei dieser Konferenz Flüchtlingshilfe für Projekte in Djibouti und Äthiopien zugesagt und auch die entsprechenden Resolutionsentwürfe miteingebracht. Die Generalversammlung würdigte weiters die Arbeit des UN-Flüchtlingshochkommissärs und forderte alle Staaten erneut zur Zusammenarbeit mit ihm auf.

Die auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland geschaffene Expertengruppe zur Behandlung des Problems von Massenflüchtlingsströmen setzte 1984 ihre Arbeiten mit einer Detailprüfung der politischen und sozio-ökonomischen Ursachen von Flüchtlingsströmen fort. Auf Anregung des österreichischen Experten Botschafter Dr. Walter Magrutsch sollen die Mitgliedstaaten in dem zu erwartenden Deklarationsentwurf daran erinnert werden, ihre aus der UN-Satzung und den Menschenrechtsinstrumenten erfließenden Verpflichtungen zur Vermeidung von Flüchtlingsströmen zu erfüllen.

1. 5. 7. Kontrolle des Suchtgiftmissbrauchs

Das wichtigste Ereignis der Generalversammlung auf dem sozialen Sektor war die Annahme eines Deklarationsentwurfs über den illegalen Suchtgifthandel. Die von lateinamerikanischen Staaten ausgegangene und vom UN-Generalsekretär unterstützte Initiative sah weiters die Ausarbeitung einer Konvention gegen den Suchtgiftverkehr vor, die neuen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung tragen soll. Der Entwurf dieser Konvention wird im Februar 1985 in Wien von der UN-Suchtgiftkommission, der auch Österreich angehört, behandelt werden. Österreich und andere westliche Staaten standen der lateinamerikanischen Initiative durchaus positiv gegenüber, lehnten jedoch die Schaffung neuer Institutionen mit dem Hinweis auf eine zu befürchtende Doppelgeleisigkeit bei der Bekämpfung des Suchtgiftverkehrs ab. Österreich verwies in einer Erklärung auf die Möglichkeit, bereits bestehende Instrumente zur Bekämpfung des Suchtgiftmissbrauchs entsprechend zu ändern und drückte weiters seine Befriedigung darüber aus, dass dem Problem der Transitstaaten nun verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt würde. Alle Resolutionen zu diesem Thema wurden mit Konsens angenommen.

1. 5. 8. Verbrechenverhütung und Strafvollzug

Ein von Österreich als Autor eingebrachter Text befasst sich mit den Mindestanforderungen für die Behandlung von Gefangenen sowie den Rechten jener Menschen,

Generalversammlung

die zum Tod verurteilt wurden und forderte UN-Organe, darunter den UN-Generalsekretär auf, sich verstärkt für die bessere Durchsetzung dieser Rechte einzusetzen. Österreich wollte damit auch eine entsprechende Behandlung dieser Problemkreise in anderen UN-Gremien, wie dem Komitee für Verbrechensverhütung und -kontrolle und dem 7. Verbrechenverhütungskongress (Mailand 1985) sicherstellen. Die österreichische Initiative wurde von mehreren Delegationen aktiv unterstützt, sodass die Resolution nach intensiven Verhandlungen schliesslich ohne Abstimmung angenommen werden konnte.

Ein weiterer von der Generalversammlung mit Konsens verabschiedeter Text über den 7. Verbrechenverhütungskongress unterstrich die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit in diesem Bereich und forderte Regierungen sowie UN-Organe zu einer intensiven technischen und wissenschaftlichen Vorbereitung für diesen Kongress auf.

1. 5. 9. UN-Frauendekade

Die Resolution zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi wurde von der Generalversammlung – im Gegensatz zum Vorjahr – mit Konsens angenommen, nachdem politisch umstrittene Themen in den Text nicht aufgenommen worden waren.

In Anbetracht der bevorstehenden Konferenz in Nairobi wurden zahlreiche andere Initiativen gesetzt – Österreich hat sich besonders an den Beratungen über den künftigen Status des freiwilligen UN-Frauenfonds beteiligt. Während mehrere westliche Staaten und Staaten der Dritten Welt für eine stärkere Bindung des Fonds an das UNDP eintraten, setzte sich Österreich für enge Arbeitsbeziehungen des Fonds zum Wiener Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten ein, zumal dieses Zentrum politische Entscheidungen zu Frauenthemen trifft und die zentrale Anlaufstelle im Rahmen der UN-Frauendekade darstellt. Nach längeren Verhandlungen konnte Österreich einem Kompromisstext, der diesen Forderungen einigermaßen Rechnung trägt, zustimmen.

Österreich hat die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegen die Frau 1982 ratifiziert; österreichischerseits wurde darauf hingewiesen, dass der erste Implementierungsbericht dem Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau anlässlich seiner Tagung im Jänner 1985 vorliegen wird.

Eine Resolution, die sich mit der Erweiterung der Aufgaben dieses Ausschusses sowie einer verbesserten Dokumentation über dessen Tagungen auseinandersetzt, wurde von Österreich miteingebracht.

1. 5. 10. Ältere Menschen

Der Resolutionsentwurf über die Durchführung des „Wiener Aktionsprogrammes“ der Weltversammlung über Probleme des Alterns wurde heuer von Österreich als Autor eingebracht. Das österreichische Anliegen war, ein anlässlich der Wiener Weltversammlung geschaffenes Momentum im Rahmen der Gegebenheiten aufrecht zu erhalten. Regierungen wurden zu verstärkten Beitragsleistungen zum Fonds für alte Menschen aufgerufen, damit Projekte – insbesondere in Entwicklungsländern – zugunsten alter Menschen fortgeführt werden können. Die von Staaten aus allen Regionalgruppen miteingebrachte Resolution wurde ohne Abstimmung angenommen.

Generalversammlung

1. 5. 11. Internationales Jugendjahr

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das Internationale Jugendjahr (IYY) 1985 herrschte weitgehendes Einvernehmen darüber, dass sich die Vereinten Nationen auf eine koordinierende Tätigkeit beschränken und das Schwergewicht der Veranstaltungen auf nationaler Ebene liegen soll. Die 4. Tagung des Beratungsausschusses für das IYY soll im Frühjahr 1985 in Wien stattfinden. Der Text sieht weiters vor, dass die 40. Generalversammlung dem IYY einige Plenarsitzungen widmet. Die Resolution wurde von mehr als 100 Staaten, darunter Österreich, miteingebracht und nach längeren Debatten über Finanzierungsfragen und Tagungstermine des Beratungsausschusses mit Konsens angenommen.

1. 5. 12. UN-Behindertendekade

Im Rahmen der sich von 1983 – 1992 erstreckenden Dekade für Behinderte wurden UN-Organe und Mitgliedstaaten zu verstärkten Anstrengungen in diesem Bereich aufgerufen. Die betreffende Wiener Sekretariatseinheit soll verstärkt werden und die Ziele des Weltaktionsprogramms einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. 1987 soll ein Expertentreffen, bei dem zu einem grossen Teil behinderte Menschen vertreten sein sollen, den bis dahin erzielten Fortschritt bewerten.

1. 6. Budget- und Verwaltungsfragen

1. 6. 1. Programmbudget 1984/1985

Die Generalversammlung hatte dieses Jahr keinen Budgetvoranschlag zu behandeln, sodass der Schwerpunkt der Beratungen in der 5. Kommission auf Personal- und Gehaltsfragen lag.

Im Zuge der Behandlung des Nachtragsbudgets 1984/1985 genehmigte die Generalversammlung die Errichtung bzw. Ausweitung von UN-Konferenzfazilitäten in Addis Abeba und Bangkok, den Amtssitzen der Regionalen Wirtschaftskommissionen für Afrika bzw. Asien und den Pazifik.

1. 6. 2. Besoldungs- und pensionsrechtliche Fragen

Um die Diskrepanz zwischen europäischen Dienstorten und dem Amtssitz New York bei den Ortszulagen auszugleichen hat die Internationale Beamtenkommission (ICSC) eine Anhebung der New Yorker Ortszulage im Ausmass von 9.6 % beschlossen. Diese Entscheidung wurde von den grossen Beitragsgebern (insbesondere USA, Sowjetunion, Japan und EG), welche eine weitere Eskalation der ihrer Ansicht nach ohnehin bereits überhöhten Personalausgaben befürchteten, kategorisch abgelehnt. Die USA hatten bereits vor Beginn der Generalversammlung beschlossen, den auf sie entfallenden Kostenanteil an dieser Gehaltserhöhung nicht zu leisten. Einer unter österreichischem Vorsitz stehenden Arbeitsgruppe gelang es schliesslich, nach schwierigen Verhandlungen eine Konsensregelung dahingehend zu finden, dass ein Teil dieser Gehaltserhöhung suspendiert wird, bis das Ergebnis einer von der Generalversammlung geforderten Überprüfung des UN-Gehaltsniveaus vorliegt.

Über Vorschlag einer ebenfalls unter österreichischem Vorsitz stehenden Arbeitsgruppe verabschiedete die 5. Kommission darüber hinaus einstimmig eine Reihe von Einsparungsmassnahmen auf dem Pensionssektor mit dem Ziel, das Defizit des UN-Pensionsfonds zu reduzieren.

Generalversammlung

1. 6. 3. Finanzierung der UN-Friedenstruppen im Nahen Osten und auf Zypern

Die Kosten von UNDOF (Einsatzbereich Golan), deren Mandat bis 31. Mai 1985 verlängert wurde, betragen für die laufende Mandatsperiode US\$ 17,852.500,—. Gemäss dem geltenden Beitragsschlüssel entfallen davon auf Österreich US\$ 131.883,—, die zugunsten der Einsatzkosten des österreichischen Kontingents kompensiert werden.

Zur Finanzierung von UNIFIL (Einsatzbereich Süd-Libanon) für die am 19. 4. 1985 ablaufende Mandatsperiode werden US\$ 70,446.000,— aufgewendet. Davon wird auf Österreich ein Betrag von US\$ 520.668,— entfallen, der zugunsten der Einsatzkosten des österreichischen Kontingents bei UNDOF kompensiert wird.

Im Gegensatz zu den o. a. friedenserhaltenden Operationen wird UNFICYP (Einsatzbereich Zypern) nur aus freiwilligen Beiträgen finanziert. Die bisherigen Eingänge konnten die tatsächlichen Kosten von UNFICYP bei weitem nicht abdecken, sodass mit Dezember 1984 ein Defizit von ca. 127,7 Mio. US\$ besteht. Die für das vom Sicherheitsrat bis 15. Juni 1985 verlängerte UNFICYP-Mandat veranschlagten Einsatzkosten betragen 13,9 Mio. US\$. Österreichs freiwilliger Beitrag hierfür von 125.000 US\$ wird zugunsten der Einsatzkosten des österreichischen Kontingents kompensiert.

Im Hinblick auf das ständig ansteigende Defizit der UN-Truppen auf Zypern (UNFICYP) und die dadurch verursachten Zahlungsrückstände der Vereinten Nationen gegenüber den truppenstellenden Staaten ergriff Österreich die Initiative zu einer gemeinsamen Aktion der truppenstellenden Staaten, die im Sommer 1984 durchgeführt wurde. Diese Aktion umfasste einen schriftlichen Appell an alle Mitgliedstaaten, freiwillige Beiträge für UNFICYP zu leisten bzw. ihre Beitragszahlungen zu erhöhen, ein Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates, persönliche Versprechen bei den Ständigen Vertretern von etwa 50 Staaten in New York, sowie Interventionen in den Hauptstädten von acht besonders finanzkräftigen Ländern. Bei allen diesen Aktionen trat Österreich als Sprecher auf. Ob die gegenständliche Initiative tatsächlich zu einer Erhöhung der Beitragsleistungen führen wird, kann naturgemäss erst bei Einlangen der künftigen Zahlungen beurteilt werden.

1. 6. 4. Stärkung der Rolle Wiens als Amtssitz und Konferenzstadt

Im Zusammenhang mit der durch die bevorstehende Umwandlung der UNIDO in eine Sonderorganisation erforderlichen Neuorganisation der „Gemeinsamen Dienste“ im VIC hat die Generalversammlung den Beschluss gefasst, den Generalsekretär aufzufordern, der 40. Generalversammlung Vorschläge für die Schaffung eines gemeinsamen, unter UN-Management stehenden Konferenzdienstes für alle im VIC untergebrachten internationalen Organisationen zu unterbreiten.

Die österreichische Delegation hat darüber hinaus durch ihr Eintreten für eine vermehrte UN-Konferenzstätigkeit in Wien sowie für den weiteren Ausbau der Wiener Konferenzdienste die Grundlage für entsprechende Beschlüsse der 40. Generalversammlung gelegt, welche das Budget 1986/1987 zu genehmigen haben wird.

Generalversammlung

1. 7. Völkerrechtliche Fragen

1. 7. 1. Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen

Die 37. Generalversammlung hat den Abschluss einer Konvention auf der Grundlage der von der Völkerrechtskommission ausgearbeiteten Artikelentwürfe über das Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen beschlossen. Eine solche Konvention soll das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (BGBl. Nr. 40/1980), das bei einer in den Jahren 1968/69 in Wien abgehaltenen Kodifikationskonferenz ausgearbeitet wurde, ergänzen. Bei der 39. Generalversammlung wurde die Einladung der österreichischen Bundesregierung ausgesprochen, auch die bevorstehende Staatenkonferenz in Wien abzuhalten, und zwar vom 18. 2. bis 21. 3. 1986. In Entsprechung dieser Einladung beschloss die Generalversammlung mit Konsens (Res. 39/86) die Abhaltung dieser Kodifikationskonferenz in Wien während des genannten Zeitraumes. Durch diesen für Österreich bedeutsamen Beschluss wird erneut die Tradition Wiens als Ort der Kodifikationskonferenzen der Vereinten Nationen bestätigt. Bis zur Abhaltung der Konferenz werden unter der Ägide der Vereinten Nationen noch intensive Konsultationen stattfinden, um eine bestmögliche Vorbereitung für deren erfolgreichen Abschluss zu gewährleisten.

1. 7. 2. Völkerrechtskommission

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen, die das zentrale Organ des UN-Systems für die Fortentwicklung und Kodifikation des Völkerrechts darstellt, setzte bei ihrer 36. Tagung (7. Mai bis 27. Juli 1984) die Beratungen über die ihr vorliegenden Kodifikationsvorhaben fort. Sie behandelte hierbei den Entwurf eines „Kodex über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit“ sowie Artikelentwürfe über Staatenimmunität, die Staatenverantwortlichkeit, den Status des diplomatischen Kuriers, die Nutzung internationaler Wasserläufe zu anderen als Schifffahrtzwecken und betreffend die völkerrechtliche Haftung für nichtrechtswidrige Schadenszufügung.

Die 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen hat wiederum einstimmig eine von Österreich miteingebrachte Resolution über den Bericht der Völkerrechtskommission angenommen. Im österreichischen Beitrag zur Debatte über diesen Bericht, die den Höhepunkt der völkerrechtlichen Erörterungen der Generalversammlung darstellt, wurde bezüglich des „Kodex über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit“ Genugtuung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Völkerrechtskommission nunmehr den auch von österreichischer Seite empfohlenen Weg beschritten hat, „den Kodex“ auf die kriminelle Verantwortlichkeit von Einzelpersonen zu beschränken und hiebei das Problem der Verantwortlichkeit von Staaten auszuklammern. In Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Regelungen betreffend den Status des diplomatischen Kuriers wurde von einer Ausweitung des Privilegienrahmens über das bisher übliche Maß hinaus gewarnt. Zur nicht-schiffahrtsmäßigen Nutzung internationaler Wasserläufe wurde darauf hingewiesen, daß die damit zusammenhängenden Probleme über den rechtlichen Bereich hinausgehen und auch wichtige politische und wirtschaftliche Fragen umfassen. Ferner wurde betont, daß die Nutzung solcher Wasserläufe in den Bereich der Souveränität des Territorialstaates fällt, wobei jedoch das Prinzip der guten Nachbarschaft auf die Verhinderung von Mißbräuchen abzielt.

Sicherheitsrat

1. 7. 3. Sonderausschuß betreffend die Satzung der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation

Der im Jahre 1975 als Unterorgan der Generalversammlung geschaffene, aus 47 Staaten zusammengesetzte Ausschuß, dem Österreich nicht angehört, hat das Mandat, die Stellungnahmen der Staaten zum Fragenkreis „Satzung der Vereinten Nationen und die Stärkung der Organisation im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ zu erörtern und Reformvorschläge zu erstellen. Der Satzungsausschuß war bisher wegen unüberbrückbarer Auffassungsunterschiede vor allem bezüglich einer Verbesserung des Systems der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen (Frage der Rolle des Sicherheitsrates) nicht in der Lage, allgemein annehmbare Vorschläge zu erstatten. Im abgelaufenen Jahr war aber insofern ein Fortschritt in der Arbeit des Ausschusses zu verzeichnen, als sich dieser nunmehr vermehrt den für Kompromißlösungen besser geeigneten Fragen der Konfliktverhütung zuwendet. Hiezu liegt eine Reihe konstruktiver Vorschläge vor, die insgesamt eine Stärkung der Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen bezwecken.

2. Sicherheitsrat

Dem Sicherheitsrat gehörten im Jahre 1984 neben den Ständigen Mitgliedern China, Frankreich, UdSSR, USA und Vereinigtes Königreich als nichtständige Mitglieder Burkina Faso, Ägypten, Indien, Malta, Niederlande, Nikaragua, Pakistan, Peru, Ukraine und Simbabwe an. Am 1. Jänner 1985 ersetzten Australien, Dänemark, Madagaskar, Thailand sowie Trinidad und Tobago die nichtständigen Mitglieder Malta, Niederlande, Nikaragua, Pakistan und Simbabwe.

Der Rat trat 1984 zu 57 Sitzungen zusammen (gegenüber 98 im Jahr 1983). 14 Sitzungen hatten die Lage im Nahen Osten und verwandte Fragen zum Gegenstand, wobei die Lage im Libanon und in Beirut, die Mandatserneuerungen für die United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) und die United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) sowie eine Beschwerde der arabischen Gruppe gegen Israel behandelt wurden. Neun Sitzungen betrafen die Zypernfrage, sieben Sitzungen waren Beschwerden Nikaraguas gewidmet, sechs der Frage der Apartheid, fünf einer Beschwerde der sechs Golf-Staaten gegen Iran, je drei einer Beschwerde Angolas gegen Südafrika und einer Beschwerde Libyens gegen die USA, je zwei einer Beschwerde des Sudan gegen Libyen, dem Antrag von Brunei-Darussalam auf Zulassung als Mitglied der Vereinten Nationen und der Verlängerung des Mandats für die United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP) und in je einer Sitzung befasste sich der Sicherheitsrat mit dem Appell an die südafrikanischen Stellen, die Todesstrafe gegen ein Mitglied des African National Congress of South Africa in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln, mit dem Vorwurf gegen den Irak, chemische Waffen gegen Iran eingesetzt zu haben, mit der Wahl von fünf Mitgliedern des Internationalen Gerichtshofs sowie mit einer Beschwerde von Laos gegen Thailand.

Der starke Rückgang in der Zahl der Sitzungen gegenüber dem Vorjahr reflektiert eine gewisse Beruhigung der internationalen Lage. Allerdings gelang es dem Sicherheitsrat auch 1984 nicht, einen wirklich effektiven Beitrag zur Bewältigung des zahlreichen regionalen Konflikte zu leisten. Ursache dafür war die in Zeiten angespannter Beziehungen zwischen Ost und West besonders geringe Kooperationsbereitschaft der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Beide Supermächte machten 1984 von ihrem Vetorecht Gebrauch. Die Sowjetunion vetierte einen die Lage in Beirut betreffenden Resolutionsentwurf. Die USA setzten ihr Vetorecht gegen einen

Treuhandschaftratsrat

nikaraguanischen Resolutionsentwurf und einen israelkritischen Text zur Lage im Südlibanon ein.

3. Treuhandschaftratsrat

Der Treuhandschaftratsrat der Vereinten Nationen hat im Jahre 1984 seine Aktivitäten hinsichtlich des letzten Treuhandschaftratsgebiets, der mikronesischen Inseln im Pazifik, fortgeführt.

Zu der im Juni 1984 abgehaltenen 51. Tagung des Treuhandschaftrats lag der Jahresbericht der USA als Mandatsmacht für die Pazifischen Inseln für 1983 vor. Danach konnten in der Berichtsperiode Fortschritte auf allen Gebieten auf dem Weg zu einer schliesslichen Beendigung des Treuhandschaftratsabkommens erzielt werden. In den Föderierten Staaten von Mikronesien und auf den Marshall-Inseln sei der Assoziationsvertrag bereits verfassungsmässig ratifiziert worden, in Palau habe dieser Prozess wegen ungelöster interner Verfassungsfragen noch nicht abgeschlossen werden können. Die USA beabsichtigen die Frage der Beendigung des Treuhandschaftratsabkommens zu gegebener Zeit mit Treuhandschaftratsrat und Sicherheitsrat zu erörtern und wünschen, das Abkommen sobald wie möglich zu beenden. Auch nach Beendigung des Abkommens werde ausreichende, langfristige Wirtschaftshilfe an die Inseln geleistet werden.

In den Konklusionen zur 51. Tagung stellte der Treuhandschaftratsrat fest, dass das Treuhandschaftratsgebiet seine internationalen Beziehungen weiter ausgebaut habe. Der Rat forderte die Inseln auf, prioritär engere wirtschaftliche, politische, erzieherische und kulturelle Kontakte mit Ländern der Region anzustreben.

4. Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)

Dem Wirtschafts- und Sozialrat kommt vor allem im Hinblick auf seine Koordinationsfunktionen im Rahmen des UN-Systems besondere Bedeutung zu. Das Arbeitsprogramm des ECOSOC umfasste 1984 etwa 40 Punkte, wobei die kritische Wirtschaftslage Afrikas, Menschenrechtsfragen, die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen, aber auch die Erhöhung der Wirksamkeit und Verbesserung seiner Arbeitsweise im Vordergrund standen.

Österreich war bis zum Ende des Jahres 1984 Mitglied des ECOSOC und stellte in diesem Jahr mit Botschafter Dr. Karl Fischer erstmals den Präsidenten des Rates. Für Österreich ergaben sich daraus zusätzliche Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Lösung internationaler Probleme im wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und menschenrechtlichen Bereich. Bedingt durch die Präsidentschaft war die österreichische Delegation intensiv in den Verhandlungsprozess zu den einzelnen Punkten eingeschaltet.

Die Bemühungen um eine Revitalisierung des Wirtschafts- und Sozialrates wurden, nicht zuletzt dank des Einsatzes der österreichischen Delegation, aktiv fortgesetzt und endeten mit der Konsensannahme eines Zweijahresprogrammes für die Tätigkeit des Rates. Damit ist es gelungen, eine Verbesserung der Arbeitsteilung zwischen Generalversammlung, ECOSOC und untergeordneten Organen in die Wege zu leiten. Im Rahmen der Revitalisierungsbestrebungen fand auch eine Diskussion über die Dokumentation der Ratstagungen statt, ausgelöst durch einen Bericht der Inspektionseinheit der Vereinten Nationen. Eine organisatorische Neuerung bedeuteten die vom österreichischen Ratspräsidenten angeregten Treffen zwischen ECO-

ECOSOC

SOC-Delegierten und Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungsplanung sowie mit den Spitzenfunktionären verschiedener Sonderorganisationen.

Das für Wirtschaftsfragen zuständige Komitee des Rates befasste sich vor allem mit Fragen der regionalen Zusammenarbeit und der Koordination zwischen untergeordneten Organen und Sonderorganisationen des UN-Systems, mit dem Umweltschutz, dem Siedlungswesen, der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Industrialisierung. Weitere wichtige Aspekte der Arbeit des Komitees betrafen den Stand der Verhandlungen über einen Verhaltenskodex für Transnationale Unternehmen und die Internationale Bevölkerungskonferenz.

In den Beratungen des Programm- und Koordinationskomitees wurden insbesondere verwaltungstechnische und budgetäre Fragen behandelt. Besondere Aufmerksamkeit widmete die österreichische Delegation wie in der Vergangenheit der Ausarbeitung von Richtlinien für den Konsumentenschutz sowie der Stärkung des Katastrophenhilfssystems der Vereinten Nationen. Österreich führte einen Resolutionsentwurf betreffend die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Amtes des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe ein, der vom Rat mit Konsens angenommen wurde.

Am Rande des Wirtschafts- und Sozialrates wurden die im Juni 1984 in New York begonnenen Beratungen über die Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre fortgeführt. Es gelang jedoch nicht, in diesem Bereich wesentliche Fortschritte zu erzielen.

4. 1. Frühjahrstagung

Soziale, humanitäre und menschenrechtliche Fragen bildeten bei der Frühjahrstagung (New York, 1. –25. Mai 1984) traditionsgemäss die Schwerpunkte.

In der Debatte traten die unterschiedlichen Ansichten von Ost und West sowie von Nord und Süd klar zu Tage; so forderten westliche Delegationen vor allem den Schutz der individuellen Menschenrechte, während Vertreter osteuropäischer Staaten und einzelner Entwicklungsländer die der Gemeinschaft zustehenden Rechte und die Bedeutung der sozialen Umwelt für die Gewährleistung der Menschenrechte betonten. Der Ost-West Gegensatz zeigte sich bei der Beurteilung der Menschenrechtssituation in Polen und Afghanistan sowie in einzelnen lateinamerikanischen Staaten.

Besonders die Einsetzung eines Sonderbeauftragten zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan führte zu heftigen Auseinandersetzungen. Staaten der osteuropäischen Gruppe vertraten die Meinung, dass ein derartiger Schritt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates darstelle und politisch motiviert sei. Westliche Delegationen wiesen darauf hin, dass dieselben Argumente dann aber auch für lateinamerikanische Staaten zu gelten hätten. Der Resolutionsentwurf wurde schliesslich mit 33 zu 4 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen; Österreich, das entsprechend seiner Politik, Menschenrechtsverletzungen generell und unabhängig davon, wo sie auftreten, verurteilt, hat für die Resolution gestimmt. Weiters wurde an die Regierungen von Chile, El Salvador, Guatemala und Iran eindringlich appelliert, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu respektieren.

In einer Erklärung bedauerte Österreich die zunehmende Politisierung der Menschenrechtsdiskussion und erklärte, dass Österreich in den bilateralen Beziehungen mit der stillen Diplomatie eine Reihe von Erfolgen erzielen konnte. Bei den anlässlich der Frühjahrstagung stattgefundenen Wahlen wurde Österreich mit grosser Mehr-

ECOSOC

heit in die UN-Menschenrechtskommission gewählt und gehört diesem Gremium ab 1. Jänner 1985 wieder an.

Eines der Hauptanliegen Österreichs war die Stärkung des Implementierungsgremiums, das die Einhaltung der im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthaltenen Bestimmungen prüfen soll. Österreich unterbreitete in der Generaldebatte dazu eine Reihe von Vorschlägen; so etwa den Vorschlag auf Einsetzung eines Spezialberichterstatters, der dem ECOSOC 1985 eine entsprechende Studie vorlegen sollte. Mit einem weiteren Vorschlag wurde ein Seminar zur Vertiefung des Verständnisses der mit der Durchführung des Paktes verbundenen Probleme angeregt. Mehrere Mitgliedstaaten der Arbeitsgruppe, die sich mit der Prüfung der Staatenberichte auseinandersetzt, vertraten aber die Auffassung, dass der für die Frühjahrstagung 1985 anberaumte Überprüfungsprozess nicht durch vorzeitige Initiativen gestört werden sollte. Nach längeren Konsultationen gelang es, einen wesentlichen Teil der österreichischen Vorstellungen in die Resolution aufzunehmen.

Im Bereich der Verbrechensverhütung und -bekämpfung befasste sich der Rat mit der Vorbereitung des 7. Verbrechensverhütungskongresses und nahm die Einladung der italienischen Regierung an, den Kongress 1985 in Mailand abzuhalten. Bei der Diskussion über Fragen des Strafvollzugs forderte die österreichische Delegation die Annahme eines Modellabkommens zur Überstellung von Strafgefangenen in den Strafvollzug ihrer Heimatländer. Dieses Modell soll den Mitgliedern der Vereinten Nationen als Grundlage für Verhandlungen über solche Transferabkommen dienen.

Die österreichische Delegation hat sich bei der Frühjahrstagung weiters aktiv für die Rechte der zum Tod verurteilten Menschen eingesetzt und diese Initiative bei der 39. Generalversammlung erfolgreich weitergeführt.

Im Bereich der Suchtgiftproblematik blieb der Interessenskonflikt zwischen Produzentenstaaten und Hauptabnehmerländern offenkundig. Die österreichische Delegation bedauerte die geringen finanziellen Mittel für die Durchführung des 5-Jahresplanes der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und verwies auf Österreichs Beitrag zur Suchtgiftbekämpfung. So habe Österreich mit Hilfe der Vereinten Nationen einen Koffer zur Identifizierung von Suchtgiften entwickelt, mit dessen Hilfe auch nicht speziell ausgebildete Organe Untersuchungen relativ leicht durchführen könnten.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi setzte sich Österreich für eine fundierte Vorbereitung ein und sprach sich gegen die Einbeziehung politischer Themen aus, die von den eigentlichen Problemen der Frau ablenken würden. Mehrere Staaten, die einen Grossteil des UN-Budgets bestreiten, drängten auf Sparsamkeit bei der Durchführung der Konferenz. In den Diskussionen zum Thema „Diskriminierung der Frau“ setzte sich Österreich für eine Erweiterung der Kompetenzen des Komitees für die Beseitigung der Frauendiskriminierung ein und unterstützte die entsprechende Resolution.

Im Mittelpunkt der Diskussion zur Rassismusedekade standen die Vorschläge des UN-Generalsekretärs über Aktivitäten in der Periode von 1985 – 1989. Während westliche Staaten diesem 5-Jahresplan trotz gewisser Bedenken zustimmten, übten einige afrikanische und osteuropäische Staaten heftige Kritik und wiesen diese Vorschläge als völlig unzureichend zurück. Der Rat forderte schliesslich eine Revision der geplanten Aktivitäten wobei u. a. dem Aktionsprogramm für die 2. Rassismusedekade besser Rechnung getragen werden soll. Österreich stimmte zusammen mit einigen anderen westlichen Staaten für die Resolution und bedauerte das Nichtzustandekommen einer Einigung.

Internationaler Gerichtshof (IGH)

Im wirtschaftlichen Bereich wurde ein Bericht des UN-Generalsekretärs über den Fortschritt der ad hoc-Expertengruppe für die Ausarbeitung von Richtlinien zur Vermeidung internationaler Steuerhinterziehung vom Rat zur Kenntnis genommen. Diese Richtlinien sollen schon in nächster Zeit erscheinen. Der Rat rief weiters die internationale Staatengemeinschaft sowie alle in Frage kommenden Organisationen einstimmig zur Leistung von Katastrophenhilfe an Äthiopien, Djibouti, Madagaskar und Somalia auf.

4. 2. Sommertagung

Schwerpunktthema der vornehmlich Wirtschaftsfragen gewidmeten Sommertagung (4. –28. Juli 1984, Genf) war die kritische Wirtschaftslage der meisten Staaten Afrikas. Weiters wurden die gegenwärtige Weltwirtschaftslage, die Revitalisierung des ECOSOC und verschiedene sektorielle Fragen im Zusammenhang mit den Entwicklungshilfeaktivitäten der Vereinten Nationen behandelt.

Die Konsultationen über die Behandlung des Schwerpunktthemas Afrika hatten bereits vor der Sommertagung in New York begonnen und wurden in Genf während der gesamten Tagung intensiv fortgesetzt. In der eingehenden und substantiellen Debatte im Plenum des Rates traten allerdings bereits zunehmend Divergenzen in der Beurteilung der Ursachen der afrikanischen Krise und der zu ihrer Überwindung notwendigen Schritte hervor, sodaß die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines gemeinsamen Erklärungsentwurfs ungünstig erschienen. Die diesbezüglichen Verhandlungen gestalteten sich in der Folge äußerst schwierig; trotz weitgehender Einigung über den Text gelang es nicht, einen vollen Konsens über eine gemeinsame Erklärung zur kritischen Wirtschaftslage in Afrika zu erzielen. Der Entwurf wurde daher schließlich an die 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen verwiesen und nach weiteren Verhandlungen von dieser angenommen.

Die nach wie vor kritische Situation der Entwicklungsländer und der Mangel an Fortschritten im Nord-Süd-Dialog standen im Mittelpunkt der Generaldebatte. Bei den Industriestaaten war bezüglich der Weltwirtschaft ein vorsichtiger Optimismus festzustellen, aufbauend auf der günstigen Entwicklung des Welthandels und der Konjunktur. Es wurde jedoch von den meisten Rednern Besorgnis über die Lage der Entwicklungsländer ausgedrückt und zugestanden, daß konkrete Maßnahmen zur Belebung ihrer Wirtschaft erforderlich wären. Über Art und Ausmaß dieser Maßnahmen gab es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Die Industriestaaten verlangten, daß die Entwicklungsländer ihre Wirtschaftspolitik überprüfen und auf realistischere Grundlagen stellen. Die Entwicklungsländer betonten die besondere Verantwortlichkeit der Industriestaaten und wiederholten ihre Überzeugung, daß die Vereinten Nationen das zur Überwindung der Wirtschaftskrise berufene Forum seien; sie riefen zur ehestmöglichen Aufnahme globaler Verhandlungen, Senkung der Zinssätze, angemessenen Ausstattung der Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, Beendigung des umgekehrten Ressourcentransfers und Herbeiführung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf.

5. Internationaler Gerichtshof (IGH)

Am 7. 11. 1984 fanden in gleichzeitig abgehaltenen geheimen Wahlgängen in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat Wahlen betreffend 5 freiwerdende Richtersitze im Internationalen Gerichtshof statt. Bei diesen Wahlen wurden die folgenden Persönlichkeiten als Richter am IGH für eine neunjährige Amtsperiode gewählt :

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

T. O.Elias, Nigerien, (Wiederwahl)
 NI Zhengyu, VR China, (diese ist zum ersten Mal im IGH vertreten)
 Manfred Lachs, Polen, (Wiederwahl)
 S. Oda, Japan,(E1(Wiederwahl)
 J. Evensen, Norwegen.

In einer vielbeachteten Entscheidung vom 26. 11. 1984 hat der IGH die von Nikaragua am 9. 4. 1984 gegen die Vereinigten Staaten wegen deren behaupteter militärischer und paramilitärischer Aktivitäten in und gegen Nikaragua eingebrachte Beschwerde als zulässig erklärt und seine Zuständigkeit festgestellt, diese Beschwerde zu behandeln. Dieser Zulässigkeitsentscheidung ist eine Verfügung des IGH vom 10. 5. 1984 über vorläufige Maßnahmen vorausgegangen, mit welcher die Vereinigten Staaten aufgefordert wurden, weitere Maßnahmen gegen nikaraguanische Häfen zu unterlassen. Weiters betonte der IGH das Recht auf Souveränität und politische Unabhängigkeit von Nikaragua und forderte beide Staaten auf, die Situation nicht zu verschärfen, sowie die Rechte des jeweils anderen Staates nicht zu präjudizieren.

Gleichfalls stieß der Spruch einer Kammer des IGH vom 12. 10. 1984 auf großes Interesse, mit dem die maritime Grenzziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada im Golf von Maine festgelegt wurde. Diese Entscheidung, die den Kontinentalsockel und die ausschließlichen Fischereizonen zwischen den beiden Staaten im erwähnten Gebiet aufteilt, erging in Entsprechung eines gemeinsamen diesbezüglichen Ersuchens der Vereinigten Staaten und Kanadas an den IGH.

Es kann generell festgestellt werden, daß der IGH gegenwärtig mit mehr Fällen als früher befaßt ist. Diese Entwicklung zeigt, daß dem IGH wieder zunehmend die zentrale Rolle als Hauptorgan der Rechtsprechung im Rahmen der Vereinten Nationen zukommt. Österreichischerseits wird darin auch eine begrüßenswerte Stärkung des Konzepts der Beilegung internationaler Streitigkeiten im Rahmen rechtlicher Verfahren gesehen.

6. Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

Das von der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen ausgearbeitete UN-Seerechtsübereinkommen weist derzeit (Stand: 1. 1. 1985) 159 Unterzeichner, darunter Österreich, auf. Das Übereinkommen, das bisher von 14 Staaten ratifiziert wurde, wird 12 Monate nach Hinterlegung der 60. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft treten. Nicht unterzeichnet haben unter anderem die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Italien wegen der als zu dirigistisch angesehenen Regelungen betreffend den Tiefseebergbau.

Das UN-Seerechtsübereinkommen sieht u. a. die Schaffung einer Internationalen Meeresbodenbehörde – in Jamaika – und eines Internationalen Seegerichtshofes – in Hamburg – vor. Die zur Vorbereitung dieser Institutionen eingerichtete „Vorbereitungskommission“ hielt ihre 2. Tagung vom 14. 3. – 13. 4. 1984 in Kingston (Jamaika) und vom 15. 8. – 5. 9. 1984 in Genf ab. Die einzelnen Tätigkeitsbereiche der Kommission umfassen die möglichen Auswirkungen des Tiefseebergbaus auf den Bergbau zu Land, die Ausarbeitung eingehender Regelungen für den Tiefseebergbau, die Vorbereitung des „Unternehmens“, des operativen Arms der Meeresbodenbehörde, sowie des Internationalen Seegerichtshofs.

Im Jahre 1984 wurden von der Sowjetunion und Indien die ersten Ansprüche auf Ausbeutungsgebiete am Tiefseeboden in der „Vorbereitungskommission“ angemel-

Mitgliedschaft in Organen der Vereinten Nationen

det. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan, die Niederlande, Belgien und Italien schlossen ein „Provisorisches Abkommen“ über die gegenseitige Anerkennung der in diesen Staaten angemeldeten Ausbeutungsgebiete auf dem Meeresboden. Dieses Abkommen stieß insbesondere bei den kommunistischen Staaten sowie auch einem Teil der Entwicklungsländer auf heftigen Widerspruch als konträr zu dem im Seerechtsübereinkommen bezüglich des Tiefseebodens verankerten Grundsatz des „Gemeinsamen Erbes der Menschheit“.

Österreich beteiligt sich an einer Gruppe von 10 mittleren Industriestaaten, die zwischen den Parteien des „Provisorischen Abkommens“ und den anderen Unterzeichnerstaaten des Seerechtsübereinkommens zu vermitteln suchen, um diesem eine möglichst breite Beteiligung zu sichern. Österreichischerseits werden auch weiterhin die Funktionen des Vorsitzenden des Beglaubigungsausschusses sowie des Vizepräsidenten der ersten Spezialkommission der „Vorbereitungskommission“ ausgeübt.

In der von der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen i. G. angenommenen Resolution haben sich 138 Staaten, darunter Österreich, für eine zügige Weiterführung der Arbeiten der „Vorbereitungskommission“ ausgesprochen.

Vom 15. 10. – 19. 10. 1984 fand in Wien die erste Runde einer Konferenz zur Herstellung einer Übersetzung des Seerechtsübereinkommens ins Deutsche statt, an der Österreich, die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik und die Schweiz teilnahmen.

7. Mitgliedschaft Österreichs in Organen der Vereinten Nationen (Stand 1. Jänner 1985)

Generalversammlung – (seit 1955)

General Assembly

- Komitee für die friedliche Nutzung des Weltraums
Committee on the Peaceful Uses of Outer Space
- Sonderkomitee für friedenserhaltende Massnahmen
Special Committee on Peacekeeping Operations
- UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (1978–1989)
United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)
- Ad-Hoc-Komitee für die Weltabrüstungskonferenz
Ad-Hoc-Committee on the World Disarmament Conference
- Konferenzkomitee (1984–86)
Committee on Conferences
- Vorbereitungskomitee für die 3. Überprüfungskonferenz der Mitgliedstaaten des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen
Preparatory Committee for the Third Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons
- Vorbereitungskomitee für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie
Preparatory Committee for the United Nations Conference for the Promotion of International Cooperation in the Peaceful Uses of Nuclear Energy (UNPICPUNE)

Mitgliedschaft in Organen der Vereinten Nationen

- Zwischenstaatliches Komitee für Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung *)
Intergovernmental Committee on Science and Technology for Development
 - Zwischenstaatliches Komitee für die Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen
Intergovernmental Committee on the Development and Utilization of New and Renewable Sources of Energy
 - Vorbereitungskomitee für die 40. Jahrestagung der Vereinten Nationen
Preparatory Committee for the 40th Anniversary of the United Nations
 - UN-Seerechtskonvention
United Nations Convention on the Law of the Sea
 - Vorbereitungskomitee für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof
Preparatory Commission for the International Sea Bed Authority and for the Tribunal of the Law of the Sea
 - Abrüstungskommission*)
 - Disarmament Commission
- Expertenkomitees
Committees of Experts
- Abrüstungskonferenz – Ad hoc-Gruppe Seismologischer Experten
Conference on Disarmament – Ad hoc-Group of Seismological Experts
- Expertengruppe für geographische Bezeichnungen
Group of Experts on Geographical Names
- ECOSOC – Wirtschafts- und Sozialrat 1963–65 ; 1976–78 ; 1982–85
Economic and Social Council
- Menschenrechtskommission (1985 – 1987)
Commission on Human Rights
 - Suchtgiftkommission (1984 – 1985)
Commission on Narcotic Drugs
 - Kommission für Soziale Entwicklung (1983 – 1986)
Commission for Social Development
 - Wirtschaftskommission für Europa
Economic Commission for Europe (ECE)
- Expertenkomitee :
- Komitee für Verbrechensverhütung (1982 – 1986)
Committee on Crime Prevention and Control
- UNHCR – Büro des UN-Hochkommissärs für Flüchtlinge
Office of the United Nations High Commissioner for Refugees
- Exekutivkomitee
Executive Committee
- UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen
United Nations Environment Programme

*) Teilnahme steht allen Mitgliedstaaten offen

Mitgliedschaft in Organen der Vereinten Nationen

- Verwaltungsrat (1984 – 1986)
Governing Council

UNCTAD – Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
United Nations Conference on Trade and Development

- Handels- und Entwicklungsrat
Trade and Development Board
- Grundstoffkomitee *)
Committee on Commodities
- Halb- und Fertigwarenkomitee *)
Committee on Manufacturers
- Komitee für Finanzfragen und unsichtbare Transaktionen *)
Committee on Invisibles and Financing Related to Trade (CIFT)
- Komitee für Technologietransfer *)
Committee on Transfer of Technology
- Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern *)
Committee on Economic Cooperation among Developing Countries
- Spezialkomitee für Zollpräferenzen
Special Committee on Preferences
- Wolfram-Komitee des Rohstoffkomitees
Committee on Tungsten of the Committee on Commodities

UNIDO – Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung
United Nations Industrial Development Organization

- Rat für Industrielle Entwicklung (1967 – 1985)
Industrial Development Board

UNDP – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
United Nations Development Programme

- Verwaltungsrat (1982 – 1987)
Governing Council

*) Teilnahme steht allen Mitgliedstaaten offen, bedarf aber eines Ratsbeschlusses

Organisatorisches

Europarat

1. Organisatorisches

1. 1. Ministerkomitee :

Das Ministerkomitee des Europarates hielt 1984 am 10. Mai seine 74. und am 21. – 22. November seine 25. Tagung ab, die unter dem Vorsitz des dänischen Außenministers Ellemann Jensen bzw. des französischen Europaministers Dumas standen, auf den turnusmässig der Aussenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher im Vorsitz folgte. Auf beiden Tagungen stand die Diskussion über die Rolle des Europarates im europäischen Einigungsprozess sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem ER und den EG im Vordergrund. Als Ergebnis konnte von den Ministern auf der Herbsttagung eine Resolution über das Wirken des Europarates im politischen Bereich beschlossen werden, die zu einer Intensivierung des politischen Dialoges der Mitgliedsstaaten führen soll.

Die Minister erörterten auch das Ost-West-Verhältnis (insbesondere die Stockholmer Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa, KVAE), die Nord-Süd-Beziehungen und die Situation in Zentralamerika. Auch die Fortschritte bei der Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei sowie die Lage im Nahen Osten wurden besprochen.

Parallel zu den MK-Tagungen traten die Politischen Direktoren der Mitgliedstaaten zu einem bereits zur Regel gewordenen Meinungsaustausch über aktuelle politische Probleme zusammen.

Am 21. November fand – wie bereits in den vergangenen Jahren – ein Kolloquium zwischen den Außenministern und Vertretern der Parlamentarischen Versammlung statt, bei dem ebenfalls die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit sowie Nord-Süd-Fragen behandelt wurden.

Auf der Ebene der Ministerdelegierten hielt das Ministerkomitee 1984 13 Tagungen ab (366. bis 378.).

1. 2. Beratende (Parlamentarische) Versammlung

Auf den Bericht der Parlamentarischen Delegation beim Europarat darf verwiesen werden.

1. 3. Generalsekretär

Am 9. Mai 1984 wurde der spanische Abgeordnete und frühere Außenminister Marcelino Oreja Aguirre von der Parlamentarischen Versammlung zum neuen Generalsekretär des Europarates gewählt. Seine Amtszeit begann am 1. Oktober.

Dem nach fünfjähriger Amtszeit scheidenden bisherigen österreichischen Generalsekretär, Dr. Franz Karasek, wurde von der Parlamentarischen Versammlung und vom Ministerkomitee hohe Anerkennung für sein erfolgreiches Wirken gezollt.

Politische Fragen

1. 4. Fachministerkonferenzen

Im Jahre 1984 fanden folgende Fachministerkonferenzen statt :

- 1) 4. Konferenz der europäischen Umweltminister, Athen, 25. – 27. April 1984, an der Bundesminister Dr. Steyrer teilnahm,
- 2) 4. Konferenz der europäischen Sportminister, La Valetta, 14. – 16. Mai 1984,
- 3) 4. Konferenz der europäischen Kulturminister, Berlin, 23. – 25. Mai 1984, an der Frau Bundesminister Karl teilnahm,
- 4) 14. Konferenz der europäischen Justizminister, Madrid, 29. – 31. Mai 1984, an der Bundesminister Dr. Ofner teilnahm,
- 5) 1. Konferenz der europäischen Forschungsminister, Paris, 17. September 1984, an der Bundesminister Dr. Fischer teilnahm,
- 6) 6. Konferenz der für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Minister Europas, Rom, 6. – 8. November 1984, an der Bundesminister Blecha teilnahm.

1. 5. Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas

Vom 16. bis 18. Oktober 1984 fand in Straßburg die 19. Tagung der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas statt. Von österreichischer Seite nahmen daran Landeshauptmann Dr. Wagner, Altbürgermeister Dr. Lugger und Landtagsabgeordneter Kofler, Landtagspräsident i. R. Tillian und Bundesrat Suttner teil

Die Konferenz verabschiedete eine Reihe von Resolutionen, so u. a. über den Beitrag der Gemeinden und Regionen zu Fragen der europäischen Einigung, des Umweltschutzes, der Flüchtlinge sowie zur Problematik der lokalen Radio- und Fernsehsender.

1. 6. Rechnungsprüfungskommission

Der Sektionschef des österreichischen Rechnungshofs, Dr. Helmut Fehrer, wurde von den Ministerdelegierten für die Periode 1985 – 1990 zum Mitglied der Rechnungsprüfungskommission des Europarates gewählt.

2. Politische Fragen

2. 1. Beziehungen zu den Mitgliedstaaten :

2. 1. 1. Österreich

Der Europarat ist für Österreich jenes Forum, in dem es an der europäischen Zusammenarbeit gleichberechtigt teilnehmen kann. Österreich misst der Arbeit des Europarates daher grosse Bedeutung bei und ist um die Sicherung und Aufwertung seiner Rolle bemüht.

Dieses Bestreben kam u. a. in der gemeinsam mit der Schweiz vorgeschlagenen Resolution über das Wirken des Europarates im politischen Bereich zum Ausdruck, die auf der 75. Ministerkomitee-Tagung verabschiedet wurde.

Ausgehend von den im Bericht des damaligen Aussenministers über die „Mission de reflexion“ vom November 1982 enthaltenen Anregungen wurden vom Ministerkomitee vier Arbeitsgruppen (für die Rolle des Europarates in der europäischen Einigung, für Menschenrechte, für Arbeitsmethoden und für kulturelle Zusammenarbeit) zur Ausarbeitung konkreter Folgemaßnahmen eingesetzt, wovon drei ihren Abschlussbericht vorgelegt haben.

Politische Fragen

Aufgrund des Berichtes der Arbeitsgruppe über die Rolle des Europarates in der Europäischen Einigung wurde ein Resolutionsentwurf über die Tätigkeit des Europarates im politischen Bereich ausgearbeitet, der gemeinsam von der Schweiz und Österreich eingebracht und vom Ministerkomitee auf der 75. Tagung verabschiedet wurde.

Dem Meinungs austausch der Politischen Direktoren und dem Expertentreffen über Fragen der Vereinten Nationen und des Nord-Süd-Dialogs wurden von Österreich große Beachtung geschenkt.

Der österreichische Vorschlag, eine Konferenz der für die Menschenrechte zuständigen Minister der Mitgliedstaaten abzuhalten, um auf dem Gebiet der Menschenrechte einen neuen politischen Impuls zu setzen, wurde vom Ministerkomitee auf seiner Mai-Tagung angenommen. Die Konferenz findet am 19. und 20. März 1985 in Wien statt. Die Vorbereitung erfolgt durch ein eigenes Komitee hoher Beamter.

2. 1. 2. Frankreich

Der offizielle Besuch von Präsident Mitterrand beim Europarat am 30. 9. 1982 markierte eine positive Wandlung der Einstellung Frankreichs zum Europarat, die vor allem während der sehr aktiven Präsidentschaft von Europaminister Dumas im Ministerkomitee (Mai bis November 1984) zum Tragen kam. Über französische Initiative kam es am 17. September 1984 in Paris zu einer Konferenz der europäischen Forschungsminister. Sie sollte einer engeren Zusammenarbeit auf dem zukunftswirksamen Gebiet der Forschung den Weg ebnen.

2. 1. 3. Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Übergang des Vorsitzes im Ministerkomitee auf die BRD legte Staatssekretär Möllemann ein sehr attraktives Aktionsprogramm für die sechs Monate des deutschen Vorsitzes vor. Als erste Massnahme berief Aussenminister Genscher, ganz im Sinn der Resolution zur Stärkung des politischen Dialogs im Europarat, die Aussenminister der Mitgliedstaaten für 29. 1. 1985 zu einem Sondertreffen in Strassburg ein.

2. 1. 4. Spanien

Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez besuchte am 31. Jänner 1984 den Europarat und hielt eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung, in der er energische und solidarische Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die Abhaltung einer europäischen Konferenz über das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und einen konkreten Beitrag Europas zur Contadora-Friedensinitiative für Mittelamerika anregte.

2. 1. 5. Portugal

Am 9. Mai 1984 stattete der portugiesische Staatspräsident Eanes dem Europarat einen offiziellen Besuch ab und hielt eine Ansprache vor der PV, in der er die Verbundenheit seines Landes mit Europa zum Ausdruck brachte und insbesondere auf die Bedeutung des Nord/Süd-Dialogs mit den Entwicklungsländern hinwies.

2. 1. 6. Irland

Am 2. Oktober 1984 besuchte der Präsident der Republik Irland, Dr. Hillery, den Europarat. In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung bekannte er sich nachdrücklich zum Schutz der Menschenrechte und zu den verschiedenen Aktivitäten des Europarates.

Politische Fragen

2. 1. 7. Türkei

Wie in den Vorjahren nahm auch 1984 die Lage in der Türkei in den Diskussionen des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung großen Raum ein. Die Parlamentarische Versammlung verabschiedete im Mai eine Resolution, in der die Fortschritte bei der Wiederherstellung der Demokratie zwar anerkannt, aber auch die Aufhebung des Kriegsrechts im ganzen Lande, die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und eine Amnestie für politisch Verfolgte verlangt wurden.

Der Wunsch der Türkei, angesichts der erfolgten Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie bereits nach der BRD den 1981 „verschobenen“ Vorsitz im Ministerkomitee zu übernehmen, fand keine breite Unterstützung, weshalb die Türkei erklärte, vorerst im Ministerkomitee statt durch den Aussenminister nur noch durch den Ständigen Vertreter teilzunehmen.

Die am 6. 12. 1983 für zulässig erklärte Staatenbeschwerde von fünf Mitgliedstaaten (Dänemark, Frankreich, Niederlande, Norwegen und Schweden) gegen die Türkei wurde von der Europäischen Kommission für Menschenrechte weiterbehandelt.

In der zweiten Staatenbeschwerde Zyperns gegen die Türkei (Nr. 8007/77) wird der türkischen Besatzungsmacht eine Reihe gravierender Menschenrechtsverletzungen im Nordteil der Insel vorgeworfen. Die Behandlung des Berichtes der Europäischen Kommission für Menschenrechte vom Februar 1984 wurde aber noch im Vorstadium einvernehmlich mit den Streitparteien ausgesetzt, um die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Beilegung des Zypernkonfliktes nicht zu beeinträchtigen.

2. 2. Beziehungen, die über den Rahmen der Mitgliedstaaten hinausgehen

2. 2. 1. Beziehungen zwischen dem Europarat und den Europäischen Gemeinschaften

Die für die Zukunft des Europarates grundlegende Frage seiner Beziehungen zu den zu neuer Dynamik erwachten Europäischen Gemeinschaften stand im Vordergrund der Erörterungen sowohl des Ministerkomitees als auch der Ministerdelegierten und der Parlamentarischen Versammlung.

Aufgrund des Berichtes der Arbeitsgruppe über die europäische Zusammenarbeit wurde von der Schweiz und von Österreich ein Resolutionsentwurf über die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den EG eingebracht, der laut Beschluss des Ministerkomitees vom November 1984 bis zu seiner nächsten Tagung im April 1985 von einer Redaktionsgruppe beschlussreif gemacht werden soll.

Im Bereich der Parlamentarischen Versammlung folgte auf die Resolution 805 (1983) am 3. Oktober 1984 die Empfehlung 994 über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit, in der neben einer Reihe konkreter Vorschläge, die zum Teil parallel mit denen der beiden österreichisch-schweizerischen Resolutionsentwürfe laufen, unter anderem die Einrichtung einer Kommission Eminenten Europäischer Persönlichkeiten vorgeschlagen wurde, die langfristige Perspektiven für den Europarat erarbeiten soll.

Weiters wiesen die Minister auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen europäischen Gremien, die sich mit Kulturaktivitäten befassen, hin und unterstrichen die vorrangige Rolle des Europarates auf diesem Gebiet.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Am 18. Juni nahm der Generalsekretär der Europäischen Gemeinschaften Emile Noël – wie in den Vorjahren – an einer Tagung der Ministerdelegierten teil und berichtete über die Tätigkeit und die Ziele der Gemeinschaften. Darüber hinaus wurden die laufenden Kontakte zwischen den Sekretariaten beider Organisationen fortgesetzt.

2. 2. 2. KSZE

Der KSZE-Prozess bildete wiederum ein zentrales Thema der Beratungen sowohl im Ministerkomitee als auch beim Meinungsaustausch der Politischen Direktoren, wobei die auf der Stockholmer KVAE zu behandelnden Fragen im Mittelpunkt standen.

Ein Meinungsaustausch der Ministerdelegierten mit KSZE-Experten fand am 5. April 1984 statt.

2. 2. 3. Vereinte Nationen

Am 27. Jänner und am 19. Juni erfolgte – wie in früheren Jahren – im Rahmen der Tagungen der Ministerdelegierten ein Gedankenaustausch über Fragen der Vereinten Nationen unter Beiziehung von Experten der einzelnen Mitgliedstaaten, bei dem aktuelle politische Fragen sowie Probleme der Menschenrechte erörtert wurden.

2. 2. 4. Nord-Süd-Fragen

Die Parlamentarische Versammlung veranstaltete vom 9. bis 11. April 1984 in Lissabon ein Konferenz über „Nord-Süd: Die Rolle Europas“, an der Abgeordnete und Regierungsvertreter von allen Mitgliedstaaten, darunter aus Österreich, sowie Vertreter der Entwicklungsländer teilnahmen. Dabei wurde eine Erklärung mit einer Reihe von Vorschlägen zu prioritären Bereichen der Nord-Süd-Zusammenarbeit verabschiedet.

Im Herbst wurden in der Parlamentarischen Versammlung, im Ministerkomitee und in einem Expertentreffen im Rahmen einer Ministerdelegiertentagung Folgemaßnahmen zu der Lissabonner Erklärung erörtert, die nunmehr in die Tat umgesetzt werden sollen.

2. 2. 5. Orwell-Kolloquium „1984“

Am 2. bis 4. April 1984 fand in Straßburg ein Kolloquium mit dem Titel „Mythos und Wirklichkeit – Mensch, Staat und Gesellschaft auf dem Prüfstand – 1984“ statt. Ähnlich wie bei der Straßburger Demokratie-Konferenz 1983 nahmen daran neben Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern teil. Die Themenkreise von George Orwells Buch „1984“ wurden unter Gesichtspunkten wie Politik und Strategie, Abhängigkeit und Freiheit sowie Wissen und Gewissen durch Referenten zusammengefaßt und danach im Plenum diskutiert.

3. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

3. 1. Menschenrechte

3. 1. 1. Schutz der Menschenrechte

Auf der 75. Tagung des Ministerkomitees am 22. November 1984 wurde das 7. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Unterzeichnung aufgelegt, das die Übernahme zusätzlicher Rechte im zivilen und politi-

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

schen Bereich (Verfahrensgarantien für Ausländer bei Ausweisung, Recht auf Berufung gegen Strafurteile, Recht auf Entschädigung ungerechtfertigter Verurteilung, „ne bis in idem“, gleiche Rechte für Ehegatten) vorsieht. Es wurde bereits von elf Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Das Leitungskomitee für Menschenrechte bzw. die ihm unterstehenden Expertenkomitees arbeiteten den Entwurf eines weiteren Zusatzprotokolls zur EMRK über die Verbesserung des Verfahrens vor der Kommission und dem Gerichtshof für Menschenrechte aus, das nunmehr dem Ministerkomitee vorliegt, und berieten die Ausweitung der Menschenrechte im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Ferner wird im zuständigen Expertenkomitee an einem Europäischen Übereinkommen gegen Folter gearbeitet.

Der österreichische Vorschlag auf Abhaltung einer Konferenz der für die Menschenrechte zuständigen Minister Europas, der dazu dienen soll, der Behandlung von Menschenrechtsfragen einen neuen politischen Impuls zu geben, wurde vom Ministerkomitee im Mai angenommen. Auf österreichische Einladung wird die Konferenz am 19. und 20. März 1985 in Wien stattfinden, wobei folgende Hauptthemen vorgesehen sind:

Das Funktionieren der Organe der Europäischen Menschenrechtskonvention
Die Rolle des Europarates bei der weiteren Verwirklichung der Menschenrechte
Der Schutz des Menschen im Hinblick auf den Fortschritt im Bereich der Biologie, Medizin und Biochemie.

Für das erste Thema wurde die Schweiz, für das zweite Österreich und für das dritte Frankreich als Berichtersteller bestimmt.

3. 1. 2. Menschenrechtsverfahren

Bei der Europäischen Menschenrechtskommission, der als Österreichischer Vertreter bis 1990 der Abgeordnete zum Nationalrat Univ. Prof. Dr. F. Ermacora angehört, wurden 1984 insgesamt 3.007 Anträge eingebracht, davon 125 gegen Österreich. 586 Beschwerden wurden registriert, davon 36 gegen Österreich.

Die Kommission tagte in sechs Sitzungsperioden, wobei sie 23 mündliche Verhandlungen in Individualbeschwerden abhielt, von denen 3 Österreich betrafen.

Im Jahre 1984 wurden 54 Individualbeschwerden für zulässig erklärt, davon 7 gegen Österreich, während 489 Beschwerden (davon 40 gegen Österreich) für unzulässig erklärt und 51 (davon ein österreichischer Fall) von der Liste gestrichen wurden. 115 Beschwerden wurden den betroffenen Regierungen zur Stellungnahme übermittelt, davon 9 an Österreich.

Die Kommission nahm vier Berichte gemäß Art. 30 (gütliche Regelung) und 19 gemäß Art. 31 EMRK (Stellungnahme zur Frage der Konventionsverletzung) an, sowie elf weitere Berichte gemäß Art. 54 der Verfahrensordnung (Einstellung des Verfahrens nach Zulässigkeitsklärung der Beschwerde). Vier der Berichte gemäß Art. 31 betrafen gegen Österreich gerichtete Beschwerden:

- Nr. 8658/79 (Bönisch) betreffend Stellung von Sachverständigen im Lebensmittelprozeß (Bericht vom 12. 3. 1984)
- Nr. 9120/80 (Unterpertinger) betreffend Zeugnisentschlagung in einem Strafprozeß (Bericht vom 11. 10. 1984)
- Nr. 9300/81 (Can) betreffend Dauer der U-Haft und Überwachung von Verteidigergesprächen (Bericht vom 12. 7. 1984)
- E1Nr. 9815/82 (Lingens) betreffend Pressefreiheit (Bericht vom 11. 10. 1984)

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Drei dieser Fälle (Böhnisch, Can und Lingens) wurden inzwischen von der Kommission vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht (die Kommission hat darüber hinaus elf weitere Fälle vor den Gerichtshof gebracht).

Gegen Österreich waren zum 31. 12. 1984 insgesamt 47 Fälle vor der Kommission anhängig, davon

- zulässige Beschwerden
 - Nr. 8695/79 (Diskriminierung des unehelichen Kindes im Anerbenrecht)
 - Nr. 9273/81, 9616/81, 9816/82 (Organisation bzw. Dauer von Agrarverfahren)
 - Nr. 9315/81 (Dauer eines Strafverfahrens)
 - Nr. 9316/81 (Dauer eines zivilgerichtlichen Verfahrens)
 - Nr. 10498/83 (Stellung von Sachverständigen in Lebensmittelstraßprozeß),
 - 10 zugestellte Beschwerden
 - Nr. 9783/82 (Umfang der Verdolmetschung in einem Strafprozeß)
 - Nr. 9973/82 (Dauer eines Strafverfahrens)
 - Nr. 10126/82 (Polizeischutz einer Demonstration)
 - Nr. 10153/82 (Mietrecht – Nichtanerkennung des Eigenbedarfs des Vermieters)
 - Nr. 10215/82 (Aufenthaltsverbot)
 - Nr. 10522/83, 11011/84, 11070/84 (Mietrechtsgesetz – Ermäßigung des frei vereinbarten Mietzinses)
 - Nr. 10668/83, 10803/84 (Verhaftung von Zeugen während der Hauptverhandlung),
- eine Beschwerde (Nr. 10979/83), bezüglich derer die Kommission ein Auskunftsersuchen an die Regierung gerichtet hat, sowie

28 Beschwerden, die von der Kommission noch nicht geprüft worden sind (7 aus 1983 und 21 aus 1984). In zwei dieser Beschwerdefälle hat das zum Berichterstatter bestellte Mitglied der Kommission die Regierung um bestimmte Auskünfte ersucht.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dem als Österreicher Univ. Prof. Dr. Franz Matscher angehört, hat im Berichtszeitraum 18 Urteile gefällt, davon eines in dem österreichischen Fall Sramek betreffend die Organisation der Grundverkehrsbehörden in Tirol. Dies wurde wegen der dienstrechtlichen Unterordnung des Berichterstatters der Landesgrundverkehrsbehörde unter den im Verfahren als Parteienvertreter fungierenden Landesgrundverkehrsreferenten für unvereinbar mit Art. 6 Abs. 1 der Konvention befunden und der Beschwerdeführerin wurde gemäß Art. 50 EMRK ein Schadenersatz in Höhe von S 100.000,— zugesprochen.

3. 2. Sozio-ökonomische Fragen

3. 2. 1. Beschäftigungspolitik

Angesichts der verbreiteten Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Mitgliedstaaten befaßten sich verschiedene Gremien des Europarates mit Fragen der Beschäftigungspolitik. Die Parlamentarische Versammlung beschloß eine Empfehlung betreffend die Beschäftigungslage in Europa (Nr. 981(1984)), welche sodann im Ministerdelegiertenkomitee beraten wurde.

Die 3. Konferenz der europäischen Arbeitsminister, die auf Einladung der spanischen Regierung im Jänner 1986 in Madrid stattfinden wird, ist den Themen allgemeine Beschäftigungslage, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Auswirkungen neuer Technologien auf den Arbeitsmarkt gewidmet.

3. 2. 2. Gastarbeiterfragen

Wanderungs- und Gastarbeiterfragen bildeten wie in den Vorjahren einen Schwer-

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

punkt der Arbeit des Europarates. Das Ministerdelegiertenkomitee verabschiedete Empfehlungen über die Aufrechterhaltung der kulturellen Bindungen der Gastarbeiter zu ihren Herkunftsländern (R(84)7) und über die Gastarbeiter der zweiten Generation (R('849).

Zur Förderung der Toleranz gegenüber den Gastarbeitern und des Verständnisses für ihre Probleme veranstaltete die Parlamentarische Versammlung am 21. und 22. März in Straßburg ein Symposium über „Die Ausländer: Gefahr oder Bereicherung“. In diesem Sinne fand weiters von 7. bis 9. November ebenfalls in Straßburg ein Seminar über „Die Gesellschaft mit verschiedenen ethnischen Gruppen“ statt.

3. 2. 3. Soziale Fragen

Die Ministerdelegierten beschlossen im Februar 1984 die Einrichtung eines Verbindungskomitees des Europarates zu den europäischen Verbänden der Sozialpartner. Sie entsprachen damit insbesondere einem Wunsch des Europäischen Gewerkschaftsbundes nach stärkerer Beteiligung an den Arbeiten des Europarates im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Das Komitee tagte erstmals am 12. und 13. März 1984.

Das Leitungskomitee für Sozialangelegenheiten (CDSO) arbeitete einen Vorentwurf für ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Sozialcharta aus, durch das einige neue Rechte verankert werden sollen (Recht auf Gleichbehandlung bei der Beschäftigung ohne Unterschied und Anhörung, Recht auf Mitbestimmung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt, Recht der Älteren auf sozialen Schutz). Es soll vorerst im Verbindungskomitee ER-Sozialpartnerverbände und von der Parlamentarischen Versammlung begutachtet werden.

3. 2. 4. Europäischer Wiederansiedlungsfonds

Der Wiederansiedlungsfonds, dem alle ER-Staaten mit Ausnahme Österreichs, Großbritanniens und Irlands angehören, konnte seine Tätigkeit 1984 auf ein Darlehensvolumen von 595 Millionen Dollar ausweiten. Auch im Berichtsjahr finanzierte der Fonds zum Teil in Form zinsgünstiger Sozialdarlehen eine bedeutende Anzahl von Projekten, insbesondere des sozialen Wohnbaus in den Mittelmeerländern, wodurch der Fonds zu der vom Europarat verfolgten Politik des allmählichen Ausgleichs der sozio-ökonomischen Ungleichgewichte in Europa beiträgt.

Die exploratorischen Gespräche über einen Beitritt Österreichs zum Wiederansiedlungsfonds wurden im Berichtsjahr weitergeführt.

3. 3. Kultur, Bildung, Forschung und Sport

3. 3. 1. Kunst und Kultur

Vom 23. bis 25. Mai 1984 fand in Berlin die 4. Konferenz der europäischen Kulturminister statt. Das Hauptthema der Konferenz war „Kultur und Kommunikationstechnologien“. Weiters wurden die Themen kulturelle Zusammenarbeit in Europa, die kulturelle Situation der Gastarbeiter sowie die Verbreitung von Videokassetten mit gewaltverherrlichenden und brutalen Inhalten diskutiert. Die Minister verabschiedeten u. a. eine Europäische Deklaration über die kulturellen Zielsetzungen, die als Bezugsrahmen für die künftige Programmausrichtung des Europarates im Kulturbereich dienen soll.

Die Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Musik 1985, das vom Europarat und den Europäischen Gemeinschaften gemeinsam veranstaltet wird, wurden wei-

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

tergeführt. Die 25 Nationalen Komitees für das Jahr der Musik 1985, darunter das österreichische, haben zahlreiche Projekte vorgelegt, von denen vom Europäischen Organisationskomitee 32 für finanzielle Unterstützungen ausgewählt wurden, u. a. den Internationalen Violinwettbewerb (Europäischer Preis „Junger Musiker des Jahres“) in Wien, 24. – 26. Oktober 1985.

Das Europäische Jahr der Musik wurde vom Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker am 1. 1. 1985 offiziell eingeleitet. Weitere Veranstaltungen in Österreich im Rahmen des Programms des Musikjahres sind u. a. der Kongreß „Die Rolle der Musik in der Welt“, Wien, 22. – 25. März 1985, und das Symposium „Das Werk Carl Orffs für Schulen in der Welt von morgen“, Salzburg, 28. 6. – 2. 7. 1985.

Der Museumspreis des Europarates für das Jahr 1983 wurde am 7. Mai 1984 dem Steirischen Landesmuseum Joanneum in Graz überreicht. Dieser angesehene Preis wird seit 1977 alljährlich einem europäischen Museum verliehen, das einen hervorragenden Beitrag zum Verständnis des europäischen Kulturerbes leistet. 1983 hatten sich 62 Museen aus 16 europäischen Staaten darum beworben. Eine internationale Jury wählte das Joanneum als „ein wahrhaft europäisches Museum“ aus und würdigte insbesondere die zeitgemäße Vermittlung seiner Sammlungen.

3. 3. 2. Bildung

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Diskussionen im Rahmen des Rates für Kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) bildete dessen Projekt Nr. 7 „Bildung und kulturelle Entwicklung der Gastarbeiter“. Als ein Ergebnis davon verabschiedete das MD-Komitee eine Empfehlung über die Ausbildung von Lehrern im Unterricht zu interkulturellem Verstehen im Zusammenhang mit Gastarbeitern(R(84)18).

Im Rahmen des Projekts Nr. 10 „Kulturelle Dynamik in der regionalen Entwicklung“ wird eine Fallstudie betreffend das Land Steiermark durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde in Graz vom 1. bis 4. Oktober 1984 eine Anhörung über die Kulturpolitik der Steiermark abgehalten.

Die Vorbereitungen für die 14. Konferenz der europäischen Erziehungsminister (Brüssel, Mai 1985), die dem Thema der Bildung der 16- bis 19-jährigen gewidmet sein wird, sind angelaufen. In diesem Zusammenhang wurde am 14. und 15. Mai 1984 in Belfast ein Seminar über Ausbildungsangebote für Schulabgänger veranstaltet.

3. 3. 3. Wissenschaft und Forschung

Auf französischen Vorschlag, der auf eine Anregung von Frau Bundesminister Dr. Firnberg zurückgeht, fand am 17. September 1984 in Paris die schon erwähnte erste Konferenz europäischer Forschungsminister statt, an der Österreich durch eine von Bundesminister Dr. Heinz Fischer geleitete Delegation vertreten war. Ziel der Konferenz war es, eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Forschern der Mitgliedstaaten sowie eine grössere Mobilität der Wissenschaftler innerhalb Europas zu erreichen. Neben einer allgemeinen politischen Erklärung wurden Resolutionen verabschiedet, die einerseits die Verstärkung bestehender und die Vorbereitung neuer Netze wissenschaftlicher Zusammenarbeit in Europa in den Bereichen Erdwissenschaften, Gesundheit, Biologie, Landwirtschaft, soziale Entwicklung und fortgeschrittene Technologie sowie andererseits die Verbesserung der akademischen Mobilität zum Gegenstand haben.

Das Ministerdelegiertenkomitee verabschiedete eine Empfehlung über ausländische Studenten (R(84)13).

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Die Ständige Konferenz des Europarates für Hochschulfragen (CC-PU) veranstaltete vom 23. bis 26. Oktober in Rom die 3. Konferenz über akademische Mobilität in Europa, die sich mit der Verbesserung der Mobilität des akademischen Personals, Auslandsstudien graduerter Studenten und der Mobilität von Lehrern zum Zwecke der Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern befaßte.

3. 3. 4. Sport

Die 4. Europäische Sportministerkonferenz fand vom 14. – 16. Mai in La Valetta, Malta, statt. Die Minister verabschiedeten eine Europäische Charta gegen Doping im Sport und bekräftigten in neun weiteren Resolutionen, u. a. zu Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Sports, der Beschäftigung im Sport, des Behindertensports, der Zuschauerausschreitungen bei Sportveranstaltungen sowie der Diskriminierung im Sport, ihren Willen, die Zusammenarbeit weiter zu verstärken.

Der Inhalt der Antidoping-Charta wurde in eine Empfehlung des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten aufgenommen (R(84)19). Die Ministerdelegierten verabschiedeten auch eine Empfehlung zur Verminderung der Gewaltanwendung durch Zuschauer bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fussballspielen (R(84)8).

3. 4. Jugendfragen

3. 4. 1. Ad hoc-Komitee für Jugendfragen

Seine Aufgabe ist es, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch über Jugendprobleme zwischen den Regierungen und innerhalb des Europarates zu intensivieren. Es befasste sich 1984 mit der Vorbereitung der ersten Konferenz europäischer Jugendminister, die im November 1985 in Strassburg stattfinden soll.

3. 4. 2. Europäisches Jugendzentrum

Das Europäische Jugendzentrum in Strassburg, in dessen Verwaltungsrat Österreich zur Zeit vertreten ist, veranstaltete 1984 34 Seminare 2 Symposien – über Jugendaustausch bzw. über das Recht auf Wehrdienstverweigerung, zwei Lehrgänge für Jugendleiter und insgesamt sechs Sprachkurse für Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch. An den Veranstaltungen des Jugendzentrums nahmen insgesamt ca. 1250 Personen, darunter 47 Österreicher, teil. Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit der Vorbereitung der Internationalen Jugendwoche des Europarates, die Anfang Juli 1985 anlässlich des Internationalen Jahres der Jugend in Strassburg stattfinden wird.

3. 4. 3. Europäisches Jugendwerk

Das Europäische Jugendwerk – ein Fonds, zu dem die Mitgliedstaaten gesonderte Beiträge leisten – unterstützte 1984 insgesamt 116 Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten mit rund 3800 jugendlichen Teilnehmern. 27% der Fondsmittel wurden zur Subventionierung der Verwaltungsausgaben von 37 internationalen Jugendorganisationen aufgewendet. Veranstaltungen folgender Organisationen wurden in Österreich abgehalten:

- Europäische Union Junger Christdemokraten (EUCYD), Wien, 15.–18. 11. 1984 (37 Teilnehmer);
- Internationale Bewegung der Katholischen Landjugend (MIJARC), Linz, 27. 5.–11. 6. 1984 (33 Teilnehmer);
- Gemeinschaft der Demokratischen Jugend Europas (DEMYC), Wien, 23.–27. 8. 1984 (24 Teilnehmer);

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

- Internationale Naturfreunde-Jugend (IYNF), Villach, 5.–14. 6. 1984 (48 Teilnehmer) ;
- Internationaler Verband Freier Gewerkschaften (ICFTU), Wien, 23.–26. 5. 1984 (ca. 50 Teilnehmer) ;
- Internationale Amateurtheatervereinigung (IATA), Graz, 15.–29. 7. 1984 (55 Teilnehmer).

3. 5. Gesundheitswesen

Die Ministerdelegierten verabschiedeten folgende vom Leitungskomitee für Gesundheit bzw. dessen Expertenkomitees ausgearbeitete Empfehlungen an die Mitgliedstaaten :

- Empfehlung R(84)6 über die Verhinderung der Übertragung von Malaria bei Bluttransfusionen,
- Empfehlung R(84)20 über die Verhütung von Infektionen in Spitälern.

Das genannte Leitungskomitee stellte im Berichtsjahr auch eine Durchführbarkeitsstudie für zwölf Pilotprojekte der Gesundheitserziehung zum Zwecke der Vorbeugung gegen Drogenabhängigkeit fertig. Diese Pilotprojekte sollen 1985 in Angriff genommen werden.

Weiters beschloß das Ministerdelegiertenkomitee die Empfehlung R(84)24 über den Beitrag der Sozialversicherung zu vorbeugenden Maßnahmen, die das Leitungskomitee für Sozialversicherung vorbereitet hatte.

Im Bereich des Teilabkommens für öffentliches Gesundheitswesen, dem Österreich zwar nicht angehört, an dessen Arbeiten die österreichischen Behörden aber teilnehmen, beschlossen die Ministerdelegierten Resolutionen über Antibiotika in Tierfuttermitteln (AP(84)1) und über den Inhalt von Verpackungszetteln bei Medikamenten (AP(84)2). In diesem Zusammenhang ist auch die Veröffentlichung der Broschüren „Kosmetische Produkte“ (2. Ausgabe) und „Pestizide“ (6. Ausgabe) erwähnenswert.

Im Rahmen des Übereinkommens zur Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs wurden die Arbeiten an der 2. überarbeiteten Ausgabe des Europäischen Arzneibuchs fortgesetzt und bereits acht Teilbände davon veröffentlicht.

3. 6. Natur- und Umweltschutz, Raumordnung und Denkmalschutz

3. 6. 1. Natur- und Umweltschutz

Die 4. Konferenz der europäischen Umweltminister fand vom 24. bis 27. April in Athen statt, die in Übereinstimmung mit der Eruoparatskampagne 1984 dem Schutz der Küsten-, Fluß- und Seeufer gewidmet war. Österreich war dabei durch Bundesminister Dr. Steyrer vertreten. Die Minister nahmen u. a. Resolutionen über politische Richtlinien und Gesetzgebung betreffend die Planung und das Management in Küstengebieten, Fluß- und Seeufer sowie die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt in diesen Gebieten an.

Das Ministerdelegiertenkomitee verabschiedete eine Empfehlung über die Einführung nichtheimischer Spezies (R(18)14) und schloß die Arbeiten an einem Europäischen Übereinkommen über den Schutz von Wasserläufen vor Verschmutzung ab, das in Kürze zur Unterzeichnung aufgelegt werden sollte.

Im Ständigen Komitee des Europäischen (Berner) Übereinkommens zum Schutz des Wildlebens und der natürlichen Lebensräume, dessen Aufgabe es ist, die Durchführung dieses Übereinkommens zu überwachen, wurde die österreichische Delegation um Auskünfte zum Donaukraftwerksprojekt Hainburg ersucht.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Vom 1. bis 3. März 1984 veranstaltete die Parlamentarische Versammlung ein Kolloquium über „Umweltschutz und Beschäftigung“, das zu einer Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung zu diesem Thema führte (Nr. 998 (1984)).

3. 6. 2. Raumordnung

Auf der 3. Konferenz der Grenzregionen in Borken (Westfalen) wurden Perspektiven der institutionellen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erörtert. Weiters wurden Probleme der Grenzgänger, der wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzräume, der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung und der Kooperation auf kulturellem Gebiet behandelt.

Im Leitungskomitee für Raumordnung wurden u. a. Überlegungen zur thematischen Ausgestaltung einer europäischen Kampagne zur Förderung des ländlichen Raums angestellt. Die definitive Entscheidung über die Durchführung der Kampagne steht noch aus.

3. 6. 3. Denkmalschutz

Das Leitungskomitee für Städtebau und Denkmalschutz (CDUP) arbeitete u. a. an einem Entwurf für ein Europäisches Übereinkommen über den Schutz des architektonischen Erbes.

Vom 28. bis 30. Mai fand in Würzburg ein Kolloquium über „Handwerk und Denkmalpflege“ statt. Ein weiteres Kolloquium über Archäologie und Raumordnung wurde vom 23. bis 26. Oktober in Florenz veranstaltet.

3. 6. 4. Stadterneuerung

Im Leitungskomitee CDUP wurde der laufende Gedankenaustausch über Probleme des Städtebaus und der Stadterneuerung fortgesetzt. Das Komitee organisierte folgende einschlägige Veranstaltungen:

- Konferenz über „Die Rolle der Architekten in der Entwicklung der Städte“ in Straßburg, 6.–8. Juni 1984,
- Seminar über „Stadterneuerung in amerikanischen und europäischen Großstädten im Vergleich“, in Straßburg, 14.–16. Oktober 1984,
- Round-table-Diskussion über „Städteplanung und Stadterhaltung“, in Nikosia (Zypern), 30. Oktober bis 2. November 1984.

3. 7. Gemeinde- und Regionalangelegenheiten

Die Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas (Gemeindekonferenz), an der Vertreter der lokalen und regionalen Behörden der Mitgliedstaaten teilnehmen, hielt vom 16. bis 18. Oktober in Straßburg ihre 19. Tagung ab und nahm dabei zehn Resolutionen an, von denen die über die Fortschritte der europäischen Einigung, das Waldsterben, die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylwerbern sowie die lokalen Radio- und Fernsehanstalten besonders hervorzuheben sind.

Österreich ist in der Ständigen Kommission der Konferenz durch den Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Suttner, und den ehemaligen Innsbrucker Bürgermeister Lugger vertreten. Bundesrat Suttner ist auch Vizepräsident der Kommission für Umweltschutz und Städtebau, der Tiroler Landesrat Dr. Partl Vizepräsident der Kommission für Regionalpolitik und Raumordnung.

Die Gemeindekonferenz veranstaltete am 15. und 16. Mai 1984 in Straßburg eine öffentliche Anhörung über europäische Regional- und Minderheitensprachen

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

zwecks Ausarbeitung einer diesbezüglichen Charta. Die 250 Repräsentanten von Regionalbehörden und ca. 40 sprachlicher Minderheiten der Mitgliedstaaten, die daran teilnahmen, verabschiedeten eine Erklärung, in der sie sich für eine Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen aussprachen. Aus Österreich nahmen Vertreter des Bundeskanzleramts, der Burgenländischen und der Kärntner Landesregierung sowie der slowenischen, kroatischen und ungarischen Volksgruppen daran teil.

Der Europapreis der Parlamentarischen Versammlung – die höchste Auszeichnung, die einer Gemeinde für ihre Verdienste um den Europagedanken, insbesondere auf dem Gebiete der Städtepartnerschaften verliehen werden kann – wurde 1984 an Royal Leamington Spa (England) und die Europafahne an 31 Städte und Gemeinden in Belgien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Portugal, der Schweiz und Spanien vergeben. Aus Österreich hatte sich keine Gemeinde darum beworben.

3. 8. Rechtsfragen

3. 8. 1. Justizministerkonferenz

Die Justizminister der Mitgliedstaaten hielten vom 29. bis 31. Mai ihre 14. Konferenz ab. Dabei verabschiedeten sie Resolutionen zur Harmonisierung der Grundprinzipien des Insolvenzrechts, über die Wirksamkeit der Justiz in Zeiten wachsender Kriminalität, über besondere Verfahren zur raschen Durchsetzung von Forderungen und über Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und das international organisierte Verbrechen.

Im Anschluß an die letztgenannte Resolution wurde eine multidisziplinäre Arbeitsgruppe Hoher Beamter eingesetzt, die Vorschläge für gemeinsame und solidarische Maßnahmen für Terrorismusbekämpfung erstatten soll. Zum Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe wurde Botschafter Dr. Helmut Türk, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, gewählt. Sie erstattete dem Ministerkomitee auf dessen November-Tagung bereits einen Zwischenbericht.

3. 8. 2. Zivil- und Öffentliches Recht

Die Ministerdelegierten beschlossen folgende vom Leitungskomitee für Juridische Zusammenarbeit (CDCJ) vorbereitete Empfehlungen an die Mitgliedstaaten :

- Empfehlung R (84)4 über die elterliche Verantwortung,
- Empfehlung R(84)5 über Grundsätze des Zivilverfahrens zur Verbesserung des Funktionierens des Rechtswesens,
- Empfehlung R(84)15 über Amtshaftung,
- Empfehlung R(84)16 über die Notifizierung von Arbeiten mit Invitro- Neukombinierten Nukleinsäuren.

Der vom CDCJ ausgearbeitete Entwurf eines Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der internationalen nichtstaatlichen Organisationen liegt derzeit der Parlamentarischen Versammlung zur Stellungnahme vor.

Das 14. Kolloquium über Europäisches Recht fand vom 26. bis 28. September 1984 in Lissabon statt und war dem Thema „Neue Technologien und Datenschutz“ gewidmet.

Vom 11. bis 13. Juni 1984 fand in Madrid eine vom Expertenkomitee für Datenschutz organisierte Konferenz über Probleme der Gesetzgebung auf dem Gebiet des

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Datenschutzes statt. Die dienen einem Erfahrungsaustausch zwischen den Staaten, die bereits über einschlägige Gesetzgebungen verfügen, mit denjenigen Staaten, die noch keine Datenschutzgesetze kennen.

3. 8. 3. Strafrecht

Im Bereich des Strafrechts verabschiedeten die Ministerdelegierten folgende vom Leitungskomitee für Strafrechtsfragen (CDPC) vorbereitete Empfehlungen :

Empfehlung R(84)10 über das Strafregister und die Rehabilitierung von Strafgefangenen,

Empfehlung R(84)11 über Information über das Übereinkommen über die Überstellung von verurteilten Personen,

Empfehlung R(84)12 über ausländische Häftlinge,

Empfehlung R(84)23 über die Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung betreffend Feuerwaffen.

Das CDPC legte dem Ministerdelegiertenkomitee weiters einen Entwurf für ein Europäisches Übereinkommen über Vergehen gegen Kulturgüter vor.

Vom 26. bis 29. November wurde in Straßburg die 16. Konferenz über kriminologische Forschungen abgehalten, die sich mit der Situation der Verbrechenopfer befaßte.

3. 8. 4. Tierschutz

Aus dem Bereich Tierschutz liegt dem Ministerdelegiertenkomitee ein Entwurf für ein Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Wirbeltieren, die zu Versuchs- und sonstigen wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden, zur Beratung vor. Da dagegen von mehreren Delegationen schwerwiegende Bedenken geltend gemacht wurden, ist eine Beschlußfassung darüber nicht abzusehen.

3. 8. 5. Territoriales Asyl und Flüchtlinge

Die Ministerdelegierten beschlossen die vom einschlägigen Expertenkomitee ausgearbeiteten Empfehlungen über den Schutz von Personen, welche die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, aber formell nicht als Flüchtlinge anerkannt werden (R(84)1), sowie über den Erwerb der Staatsbürgerschaft des Gastlandes durch Flüchtlinge (R(84)21).

3. 8. 6. Massenmedien

Aufgrund des Auftrages des Ministerkomitees vom November 1982, die Regelung des Satellitenfernsehens vorrangig zu betreiben, legte das Leitungskomitee für Massenmedien (CDMM) Empfehlungen an die Regierungen über Grundsätze der Fernsehwerbung (R(84)3) und betreffend die Benützung von Satellitenkapazitäten für Fernsehen und Rundfunk (R(84)22) vor, die vom Ministerdelegiertenkomitee verabschiedet wurden.

Ferner nahmen die Ministerdelegierten eine vom Komitee für die Gleichstellung von Frauen und Männern (CAHFM) vorbereitete Empfehlung über die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Medien an (R(84)17).

*Bildende Kunst***Kulturelle Veranstaltungen im Ausland *)****1. Bildende Kunst****1.1 Museumsausstellungen (5)**

„Europäisches Kunsthandwerk des Mittelalters und der Renaissance“ in Leningrad und Tiflis (im Rahmen des Kulturübereinkommens zwischen Österreich und der UdSSR ; BMWF)

„Meisterwerke europäischer Druckgraphik der Albertina“ in Mexico City (im Rahmen des Kulturübereinkommens zwischen Österreich und Mexiko ; BMWF)

„Gemälde aus der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums“ in Tokio und Kyoto (Privatinitiative)

„Le Arti a Vienna. Dalla Secessione alla caduta dell'Impero asburgico“ in Venedig (Privatinitiative der Biennale Venedig)

„Meisterzeichnungen der Graphischen Sammlung Albertina“ in Washington (Privatinitiative).

Bereitstellung von Museumsleihgaben durch Unterstützung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten: „Meisterwerke der Museen der Welt“, Mexico City.

1.2 Einzel- und Kollektivausstellungen (133)

Eva Afuhs : Tokio

Siegfried Anzinger : Mailand

Atanaska : New York

Max Aufischer : Agram

Franz S. Beer : Hamburg

Egon Biel-Bienne : Caracas

Peter Bischoff : New York

Arik Brauer : Bonn, Oslo

Günther Brus : Paris

Georg Chaimowicz : Park

Ernst Degasperi : Bangkok, Bursa, Eskisehir, Istanbul (2x), Krakau, Rom

Manfred Ebster : Balikesir, Edirne, Eskisehir, Istanbul (2x)

Tone Fink : Köln

Trude Fleischmann : New York

Paul Flora : Bozen, Hamburg

Michael Freund : „Vienna – Wien“ : New York (2x)

*) Sofern nicht das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Kostenträger ist, wird dies gesondert vermerkt

Bildende Kunst

Adolf Frohner : Wiesbaden, Düsseldorf
Hans Fronius : „Kunst zu Kafka“ : Paris, Rom
Ernst Fuchs : Uelzen, Rom, Venedig, Mainz
Gilda Fucker : Palm Springs
Brunnhilde Grasser : London
Kitty Goldmann : Santiago
Robert Haas : New York
Robert Hammerstiel : Epinal, Paris, Straßburg
Robert F.Hammerstiel : Paris
Silke Haupt : Buenos Aires
Rudolf Hausner : Istanbul
Fritz Hirsch : Berlin
Matthias Hietz : Tokio
Inge Hochhäusler : Santiago
Felić Hofer : Washington
Sebastian Holzhuber : Den Haag
Alfred Hrdlicka : Berlin, Hamburg, Mexico City, Monterrey
Hundertwasser : Bern, Goslar
Gustav Jellin : Buenos Aires
Dieter Josef : Sapporo
Friederike Kodric : Bozen
Stefan Köhler : London
Königstein : New York
Karl Korab : Bydgoszcz, Krakau, Lodz, Pila, Przemysl, Tarnow. Tschenstochau, N. Sącz
Peter Krawagna : Istanbul, Izmir, Mannheim
Eduard Krell : Neukirch-Egnach
Gertrud J.Kriebel : Paris
Danka Kubin : Rom
Gottfried Kumpf : Breslau, Gliwice, Plock, Thorn, Wloclawek
Michael Lechner : Paris
Anton Lehmden : Kairo
Gottfried Leitner : Genf
Erich Malina : Mailand
Dolf Mayern : Köping
Amrei Meyer-Helbeck : London
Josef Mikl : Paris, Rom
Wolf Peter Miksch : Istanbul
Dora Maurer : Budapest

Bildende Kunst

Hermann Nitsch : Mailand

Oswald Oberhuber : Düsseldorf

Richard Oberhuber : Paris

Viktor Plankh : New York

Arnulf Rainer : Eindhoven, Paris, Zürich, Düsseldorf

Lucie Rie : London

Gottfried Salzmann : Washington, Paris

Karl Sandner : London

Heinz Satzinger : Masan, Tokio

Herbert Schügerl : Krakau, N.Sacz, Posen Putawy

Herwig Seeböck : Lüttich

Alfred Seiland : Carmel

Horst Michael Seyfarth : Espoo, Lahti, Turku, Helsinki

Mischa Sijasov : Paris

Erich Steininger : Sofia

Curt Stenvert : Düren, Padua

August Stimpfl : Zürich

Monika Stix : Heilbronn

Bernd Sventink : Berlin

Ida Szighety : London

Wolfgang Tielsch : Amman

Verlon : Berlin, Bonn, Osnabrück, Bremen

Anton Watzl : Paris

Pierre Weiss : Paris

Manfred Willmann : Agram

Gunther Wolfsberger : Milwaukee

Franz Zadrazil : Osijek

Robert Zielasco : Paris

Leo Zogmayer : Paris

Franziska Ablinger – Susanne Schermann : Paris

Helga und Othmar Eiterer : Berlin (DDR) Anzinger – Mosbacher – Schmalix : Paris

Willi Bernhard – Arnulf Gautsch : Bern

Ernst Caramelle – Ingeborg Strobl – Martin Walde : Brüssel

Diana Gengel-Ehrenwert und Fritz Zettl : Peking

Renate Kessler – Christof Seiz : Bonn

Hermann Rastorfer – Alois Riedl : London

Windbichler – Maschner (Olympic Gateway–Preisträger) : Los Angeles, Chicago

Bildende Kunst

Gustav Klimt : (S.Sabarsky) : Hannover

Gustav Klimt/Oskar Kokoschka (S.Sabarsky) : Mailand

Gustav Klimt/Oskar Kokoschka/Egon Schiele (S.Sabarsky) : Bozen, Kaiserslautern, Paris, Turin

Alfred Kubin : Bergamo, Rom

Oskar Kokoschka : Vevey

Egon Schiele (S.Sabarsky) : Mailand, Rom, Venedig

„Ars Sacra aus Österreich“ : Rom

Autonome Photographie – Signale der unsichtbaren Wirklichkeit : Sofia

Beispiele zeitgenössischer österreichischer Kunst : Istanbul

Geschenke österreichischer Künstler für das Museum Porto: Lissabon

Gesellschaft bildender Künstler Österreichs Künstlerhaus : Aachen

Glaskunst aus Österreich : Luzern

Historische Kostüme aus 2 Jahrhunderten : Budapest

36 Künstler aus Künstlerhaus und Secession : Berlin (DDR)

Künstlerinnengruppe INTAKT : New York

Meisterklasse Hutter : Koblenz

Meisterklasse Unger : Istanbul

Moderner Schmuck : Venedig

Österreichische Aquarellisten der Gegenwart : Hamburg

Österreichische Kunst 1960-1984 : Bologna

36 österreichische Künstler : München

Fünf österreichische Künstler der Transs-Avantgarde : Rom

Österreichische Künstler (Bestände des Kulturinstitutes) : New York

Österreichische Künstler der Wiener Secession und der Gegenwart : Rom

Österreichische Plakate : Buenos Aires, Cordoba, Tres Aroyos

„Présence Autrichienne“ : Paris

Postkarten der Wiener Werkstätte : Rom

Secession Graz : Oberfrick

Trésors sur Table : Brüssel

Vorarlberger Künstler : St. Gallen

Gruppenausstellung österreichischer, bundesdeutscher und luxemburgischer Künstler : Limpertsberg

Fanny Eißler : New York

Sigmund Freud-Dokumentation : Rio de Janeiro, Santiago

Josef Hoffmann : Venedig

Ödön von Horvath-Dokumentation : Mexiko

Olga Granner-Milles : Lidingö

Bildende Kunst

Joseph Matthias Hauer-Dokumentation : Berlin

Adolf Loos : Basel, Genf

Gregor Mendel-Dokumentation : Rom, Heidelberg

Kolo Moser : Mailand

Max Reinhardt : Winterthur

Rudolf Schindler : Madrid

Jura Soyfer-Dokumentation : Hamburg

Franz Schubert : Tokio

Architektonische Phantasien : Projekte der Rom-Stipendiaten aus der Otto Wagner-Schule : Rom

Die städtebauliche Entwicklung Wiens : Basel

Versuche zur Baukunst : Budapest, Győr, Pecs, Szeged

Dokumentation Februar 1934 : London

Die Türken vor Wien : Berlin-Spandau

1.3 Beteiligung an internationalen Veranstaltungen (22)

Biennale Venedig

5. Biennale Sydney

39. Internationale Ausstellung photographischer Kunst : Buenos Aires

9. Internationale Ausstellung der Gegenwartskunst : New Delhi

30. Internationale Kalenderausstellung Kalkutta

14. Internationale NTV-Kinderkunstaussstellung :Tokio

7. Internationale Graphikbiennale Frederikstad

7. Internationale Triennale Novi Sad (Theaterszenographie) und Kostümdesign

9. Internationaler Wettbewerb für Aquarellmalerei „Sinaide Ghi“ : Rom

World Exhibition of the Visual Arts of the 1980 : Kopenhagen

Frauen in der Architektur der Gegenwart : Berlin

Spandau und die europäische Geschichte : Berlin

Idiomi della scultura contemproanea : Sommacampagna

Triennale Europea dell'incisione : Grado

Segni di pace e di amicizia fra i popoli : Ravenna

International Arts Fair : Chicago

Viennese Impressions : Cleveland, Minneapolis

Christmass arround the World : Chicago

International Folk Fair : Chicago

Internationales Kunstfestival : Mouscron

Intergrafik 84 : Berlin (DDR)

14. Salon der „Academie Européenne des Arts“ Charleroi

6. Internationale Kleinplastikausstellung : Budapest

Bildende Kunst

1.4 Wanderausstellungen (17)

Faksimile der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt (6): Amman, Havanna, Peking, Nagoya, Yamaguchi, Tokio

Joseph Haydn (19): Piestany, Twente, Den Haag, Rotterdam, Spijkenisse, Vlaardingen, Udine, Triest, Bologna, Los Angeles, Santa Barbara, Berea, St. Louis, Kuovola, Manila, New Delhi, Madras, Mexiko, Kattowitz

Junge Künstler aus der Steiermark (6): Kopenhagen, Lüttich, Leverkusen, Kiel, Duisburg, Toulouse

Franz Kafka (41): Kopenhagen, Reykjavik, Manila, Sydney, Melbourne, Nagoya, Osaka (2x), Miyazaki, Tokio, Lissabon, Coimbra, Bukarest, Linköping, Amsterdam, Groningen, Utrecht, Bogotà, Sao Paulo, Salvador, Genf, Arau, Glarus, Lausanne, Fetan, Basel, Neuchâtel, Eskisehir, Erzurum, Balikesir, Natal, Dublin, Cork, Mexiko, Baltimore, Park, Madrid, Bergen, Trondheim, Oslo.

Klimt/Schiele Facsimilia (7): Madrid, Salamanca, Granada, Valencia, Galway, Carpi, Trient

Adolf Loos (39): Zürich, St. Gallen, Basel, Fribourg, Dublin, Sacarya, Yildiz, Istanbul, Izmir, Agram, Belgrad, Breslau, Posen, Bukarest, Delft, Eindhoven, Brasilia, Rio de Janeiro, Belo Horizonte, Salvador, Mannheim, Hildesheim, Holzminden, Dortmund, Nürnberg, Karlsruhe, Gelsenkirchen, Siegen, Bremen, Toblach, Bozen, Genua, Venedig, Bologna, Tokio (2x), Fukuoka, Kyoto, Kanazawa

Gustav Mahler (5): San Marino, Hamburg, Halifax, Charlottetown, Boulder,

Meisterwerke der Albertina (Facsimilia) (10): Hamburg, Hannover, Porto, Coimbra, Punta Delgada, Villa Real, Funchal, Evora, Lissabon, Guimaraes

Gregor Mendel (2): Bogota (2x)

Robert Musil (2): Linköping, Umeå

Österreich – gestern und heute (18): Bogotà, Cali, Panama, Providencia, Edirne, Istanbul, Bursa, Balikesir, Eskisehir, Damaskus, Cork, Hongkong, Peking, Xian, Chengdu, Ouagadougou, Abidjan, Bouaké

Österreichische Architektur 1860 – 1930 (3): Shawinigan, Montreal, Drummondville

Österreichische Holzschneider – heute (5): Evora, Santarem, Setubal, Coimbra, Chamusca

Arthur Schnitzler (8): Madrid, Porto, Winnipeg, Ottawa, Thorn, Lodz, Umeå, Linköping

Schönberg Webern Berg (32): Mexiko, Concepcion, Santiago, La Serena, Wagga-Wagga, Albury, Adelaide, Sydney, Canberra, Manila (2x) London, Hilversum, Den Haag (2x), Laren, Twente, Frankfurt, Düsseldorf, Regensburg, München, Berlin, Hannover, Paris, Bagneux, Radenci, Laibach, Sarajevo, Dublin, Kopenhagen, Mailand, Bologna

Three Viennese Architects (5): Washington, New York (2x) Philadelphia, Los Angeles

Wien – der neue Weg im Wohnungsbau (7): Budapest, Debrecen, Szeged, Sofia, Agram, Laibach, Belgrad

*Literatur und Theater***2. Literatur und Theater****2.1 Förderung von Publikationen (20)**

Im Berichtszeitraum hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten durch Ankäufe, Veranstaltungen von Buchpräsentationen sowie die Übernahme von Übersetzungskosten das Erscheinen folgender Publikationen gefördert :

Ägypten:	Publikation der Referate des György Sebestyén-Symposiums 1982
Australien:	„Heritage of Vienna“ (F. Raubitschek) (Ankauf)
Belgien:	Festschrift „Henry Plard“ (Ankauf)
BRD:	Sonderheft der Literaturzeitung „LITFASS“ (Ankauf)
Finnland:	Festschrift „Alfred Meinong“ (Ankauf)
Frankreich:	Arthur Schnitzler-Programmheft (Ankauf)
	Österreich-Sondernummer der Zeitschrift „Documents“
	Referate eines Kafka-Symposiums (Ankauf)
Grossbritannien:	Referate eines Robert Musil-Symposiums (Ankauf)
	Loos-Sonderheft der Architekturzeitschrift „4 H“ (Ankauf)
Italien:	G. Saiko „Der Mann im Schilf“ (Buchpräsentation)
Japan:	„Adolf Loos“ (Ankauf)
Jugoslawien:	„Wiener Slawistischer Almanach“ (Ankauf)
Portugal:	Referate eines Kafka-Symposiums (Ankauf)
Schweiz:	Österreich-Sondernummer der Zeitschrift „Blauer Berg“ (Ankauf)
Spanien:	Thomas Bernhard „El Origen“ („Die Ursache“) (Ankauf)
	Thomas Bernhard „Der Keller“ (Übersetzerkosten)
	Franz Werfel „Erzählungen“ (Ankauf)
Türkei:	Kafka-Sonderheft (Ankauf)
	Anthologie zeitgenössischer österreichischer Erzähler (Ankauf)

2.2 Lesungen (123)

Ägypten	Dr. Wolfgang Boesch (Kairo)
Argentinien	Dr. Carmen Balzer mit Rilke-Texten (Buenos Aires)
Belgien	Herwig Seeböck und Erika Mottl (Lüttich)
BRD	Wolfgang Bauer (Bonn)
	Ilse Aichinger (Bonn und Köln)
	Martin Krusche (Buxtehude)
	Gerhard Rühm (Bonn)
	Dorothea Zeemann (2 Lesungen im Raum Hamburg)
	Jeannie Ebner (Mainz)
	Erich Ledersberger (Hamburg)
	Peter Marginter (Marburg und Loccum)

Literatur und Theater

	Konrad Beikircher (Bonn) Helmut Qualtinger (Bonn) Alfred Zellinger (Frankfurt) Jura Soyfer-Lesung (Bonn) Hermann Broch-Lesung (Bonn) Karl Kraus-Lesung (Bonn)
Berlin-West	Gerald Szyszkowitz
Chile	Heinrich Starhemberg (Santiago)
CSSR :	Hans Weigel und Elfriede Ott (Prag)
DDR :	Friederike Mayröcker (Berlin) Michael Scharang (Schwerin, Güstrow und Berlin) Manfred Chobot (Hoyerswerda und Berlin) Elisabeth Reichart (Berlin) Dr. Wolfgang Hemel (Berlin und Rostock) Walter Reyer – „Autoren der Zwischenkriegszeit“ (2 Lesungen Berlin) Fritz Mular – „Kaffeehausgeschichten (2 Lesungen Berlin)
Frankreich	Martin Kubaczek (Nancy und Bordeaux) Franz Pichler (Paris) Erich Fried (2x Paris und Fontenay-aux-Roses) H. C. Artmann (Paris) Wolfgang Bauer (Paris) P. D. Wolfkind, Matthias Mander, R. P. Gruber, H. C. Artmann und Wolfgang Bauer (Paris) Alexander Giese (Paris) Martin Ploderer – „Schnitzler-Texte“ (Paris) France Farnel – „Rilke-Gedichte“ (Paris) Veronika Tina Rabe – „Kaffeehausliteratur“ (Paris)
Grossbritannien	Dr. Herwig Kaiser (12 Lesungen an Universitäten in GB und Irland) Herbert Kuhner (5 Lesungen)
Italien	Josef Winkler (Rom)
Jugoslawien	Peter Handke (Osijek, Agram u. Split) H. C. Artmann (Agram) Rilke-Lesung (Osijek)
Kanada	Franz Innerhofer (7 Lesungen an kanad. Universitäten)
Luxemburg	A. Picha, Prof. Dr. H. Zeman u. W. Reyer – „Österr. literarische Welt von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg“
Niederlande	Peter Rosei (2 Lesungen) Folke Tegetthoff (2 Lesungen)
Portugal	Folke Tegetthoff (6 Lesungen)
Schweden	Dr. Max Löwenthal (Umea und Stockholm)
Schweiz	Alfred Kolleritsch (Bern) Gerd Jonke (Bern, Genf u. Burgdorf) Marie-Therèse Kerschbaumer (Bern) Klaus Hoffer (Bern und Neuchâtel) Jeannie Ebner (Bern) H. C. Artmann (Bern)

Literatur und Theater

Türkei	Alfred Kolleritsch (2x Istanbul) Friedl Jary – „Österr. Frauenliteratur in Vergangenheit und Gegenwart“ (6 Lesungen)
Ungarn	Klaus Behrendt (Budapest) Barbara Frischmuth (2x Budapest) Alois Brandstetter (2x Budapest) Ernst Nowak (2x Budapest) H. C. Artmann (Budapest) Fritz Muliari – „300 Jahre Wiener Kaffeehaus“ (Budapest)
USA	Jelena Kohout (Los Angeles) Hilde Spiel (Los Angeles) Peter Turrini (Los Angeles) Pavel Kohout (Los Angeles) Herwig Seeböck – „Österr. Avantgarde-Schriftsteller 1880 – 1980“

2.3 Theater

Argentinien	Peter Turrini „Josef und Maria“ (Buenos Aires) Peter Handke „Kaspar“ (Buenos Aires)
Belgien	Herwig Seeböck und Erika Mottl – Theater-Workshop in Lüttich, Schauspiel-Abende in Lüttich und Eupen Ernst Jandl „Aus der Fremde“ (Tielt) Jean Gyory „Le dernier procès de Franz Kafka“ (Brüssel)
BRD	Teilnahme der „Gruppe 80“ am Theaterfestival „Duisburger Akzente 1984“ (Duisburg) Jura Soyfer „Gehn ma halt a bisserl unter“ (Hamburg) Jura Soyfer „Der Weltuntergang“ (Bonn)
DDR	Tournee der Studiobühne Villach mit Brecht „Die 7 Todsünden des Kleinbürgers“ (Jena, Halle, Berlin)
Frankreich	Peter Handke „Sourire oblique“ (Paris) Michael Heltau „Statt zu singen“ (Paris) Arthur Schnitzler „Terre Estrangère“ (Paris) Ingeborg Bachmann (B. Antonius) „Undine geht“ und „Der Tod wird kommen“, (Nantes, Reims und Nancy) N. Schubert „Freunde Salamanca“ (Paris) nach Musil „Un homme véritablement sans qualité“ (Paris) nach Kafka „Le Chasseur Gracchus“ (Paris) nach Kafka „Rêves de Kafka“
Grossbritannien	Herwig Kaiser „Ein-Tritt ins Leben“ (Maynooth) Peter Turrini „Der tollste Tage“ (Nottingham und London) Jura Soyfer „Der Lechner-Edi schaut ins Paradies“ (Bangor) Nestroy- und Raimund-Quodlibet des TEAM 65 (London)
Griechenland	Gabriel Barilly „Die Parasiten“ (Athen)
Italien	Arthur Schnitzler „Der Reigen“ (Rom) Thomas Bernhard „Der Ignorant und der Wahnsinnige“ (Rom) nach Musil „Der Mann ohne Eigenschaften“ (Rom) Thomas Bernhard „Minetti“ (Rom)

Musik

	nach Peter Handke „Das wunschlose Unglück“ (Rom) Arthur Schnitzler „Abendspaziergang“ und „Literatur“ (Rom) Serapionstheater „Double & Paradise“ (Mailand) Arthur Schnitzler „Der Schleier der Pierrette“ (Venedig) Textcollage von R.Urbach „Anmut des Abschieds“ (Venedig)
Jugoslawien	Sokolovic-Justus Neumann „Hamlet und so“ (Nova Gorica) H. Eisendle „Billard“ (Agram) J. Nestroy „Zettelträger Papp“ und „Frühere Verhältnisse“ (Agram)
Mexiko	Ödön von Horváth „Die Bergbahn“ (lateinamerik. Erstaufführung in Mexiko City)
Niederlande	Internationales Peter Handke-Festival Den Haag
Philippinen	nach Kafka „Bericht an eine Akademie“ (Manila)
Schweiz	F. Herzmanovsky-Orlando „Baby Wallenstein“ (Zürich) Heinz Peschina „Du wirst schon sehen“ (Bern)
Spanien	Ödön von Horváth „Geschichten aus dem Wienerwald“ (Madrid) Arthur Schnitzler „Der Reigen“ (Madrid)
Thailand	nach Kafka „Bericht für eine Akademie“ (Bankgkok)
Türkei	nach Peter Handke „Wunschloses Unglück“ (Istanbul)
Ungarn	Szenische Texte „Das geistige Leben Wiens in Doderers Romanen“ (Budapest) Collage „Fin de Siècle in Wien – 1920“ (Budapest) J. Nestroy „Zettelträger Papp“ und „Frühere Verhältnisse“ (Budapest und Pecs) Peter Hacks (Brigitte Antonius) „Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe“ (Budapest) Ingeborg Bachmann (Brigitte Antonius) „Undine geht“ und „Der Tod wird kommen“ (Debrecen und Szeged) lit.-mus. Collage „Wien 1900 – 1925“ (Budapest)
USA	Steven Fechter „Schiele“ (New York City) nach Kafka „Die Verwandlung“ (Storrs/Conn.) Peter Turrini „Kindsmord“ und 2 Einakter von W. Bauer (Los Angeles) Tom Stoppard/Nestroy „On the Razzle“ (Boston) Arthur Schnitzler „Bacchusfest“ und „Die große Szene“ (New York City) Pantomimen von Nika Bretschneider, Walter Bartussek und Justus Neumann (Washington)

3. Musik

In der folgenden Übersicht sind auch jene Veranstaltungen angeführt, die zwar auf kommerzieller Basis zustandekamen, bei denen jedoch von den Vertretungsbehörden, Kulturinstituten oder dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten namhafte organisatorische Hilfestellung geleistet wurde. Darüber hinaus haben diese Institutionen maßgeblich an der publizistischen Vorbereitung einer Reihe weiterer Veranstaltungen mitgewirkt.

Musik

- Ägypten:** Felizitas Keil, 2 Klavierabende
Miklin-Trio Graz (Jazzensemble)
2 Konzerte Oberösterreichisches Bläserquintett, 3 Konzerte Jazzensemble „Neighbours“ (Graz)
2 Konzerte Barbara Ronte-Herrmann, Cello, Soloabend und Konzert mit dem Kairener Symphonieorchester
- Albanien :** Auftritt eines österr. Kammertrios
- Argentinien :** Konzerte zeitgenössischer österr. Musik durch Alicia Weingarten, eine in Argentinien lebende österreichische Pianistin
Intern. Jazz-Festival „Mar del Jazz“, Teilnahme Prof. Heinz Miklin, Klavier, und Bot. Mathé
Klavierduo Edith Valerie und Mario Montrul, Werke österr. zeitgen. Musik
Österr. Nationalfeiertag, 1-stündiges Programm österr. Musik im staatlichen Rundfunk Vortrag
- Australien :** Posaunen-Seminar, Canberra
School of Music, Lehrveranstaltungen und Konzerte, Rudolf Josel
Prof. Florian Kitt, Cello, Gastvorlesungen am Victorian College of the Arts, Melbourne und am New South Wales State Conservatorium of Music, Konzerte in Canberra
- Belgien :** Ingrid Haebler-Ludwig Hofmann, Piano-Duo, Konzert
Ingrid Haebler mit dem Stuttgarter Kammerorchester, Mozart-Konzert
Tournée der Wiener Sängerknaben
13 Konzerte Robert Stolz-Club : Gala-Konzert „Grüsse auch Wien“
Renate Holm, Liederabend Kläring-Quartett, Wien, Konzerttournee (6 Konzerte)
Salzburger Solisten, Konzerttournee
Jörg Demus, Klavierabende
Wiener Philharmoniker, Konzert im Rahmen des Festivals von Flandern
Tanztheater Wien, Teilnahme am Internationalen Ballett Festival Brüssel
Konzerte anlässlich der Österreich-Wochen: Lüttich: Claudine Granger; Beersel: Mozart-Abend, Matinee mit Musik und Tanz (österr. Komponisten)
- Berlin-West :** Pianistin Käte Wittlich, Veranstaltung „Der Hang zum Gesamtkunstwerk“, Querschnitt des Schaffens von Joseph Matthias Hauer
Brandis-Quartett und Klarinettenist Karl Leister : Aufführung des Klarinettenquintetts von Helmut Eder
Kammerkonzert zu Ehren von Grete von Zieritz mit eigenen Werken

Musik

- Brasilien :** IX. Internationaler Musiksommerkurs in Brasilia ; Lehrveranstaltungen und Konzerte der Grazer Musikprofessoren M. Glantschnigg und Walther
Neumann Konzertabend Kammermusik bei Kerzenlicht, Sao Paulo
Konzert des Orchesters der Universität Sao Paulo
Haydn-Klavierwettbewerb Sao Paulo
Wettbewerb für junge Musiker (Violine, Klavier, Cello), Sao Paulo
Konzert „Coral Universitario da Catolica“, Sao Paulo
- BRD :** Carmen Daniela, Klavierkonzert
Rainer Keuschnig, Klavierkonzerte
Mozarteum-Orchester, BRD Tournee
Wettbewerb „Jugend musiziert“, österreichische Beteiligung
Oberösterreichisches Bläserquintett, Konzert
Marion Lambriks, Liederabend Residenz Missionschef
Arik Brauer, Konzerte in Verbindung mit Ausstellung
Werner A. Ruttinger, Avantgarde-Konzerte in Braunschweig
Norman Shetler, Konzert
Wiener Sängerknaben, BRD Tournee
Konzertreihe Wiener Klassik in Bonn, Dirigent Gustav Kuhn
Arnold Schönberg Chor Wien : Auszeichnung im Rahmen des Internationalen Chorwettbewerbs 1984 Köln
Konzerte anlässlich der Niederösterreich-Wochen in Bonn mit : Niederösterr. Jugendsymphonieorchester, Gottfried von Einem, Lotte Ingrisch, Marjana Lipovscek, Prof. Erik Werba, Orgelkonzert Thomas Daniel Schlee, Klavierkonzert Roland Batik, Pop-Funk-Konzert, Rasumofsky-Quartett, Niederösterreichisches Bläserquintett, Zwettler Blasmusik
- Bulgarien :** Wolfgang Riedl (Pianist), Konzert
Schüler des Sofioter Musikgymnasiums : Aufführung von Werken österreichischer Komponisten anlässlich des Nationalfeiertages
- Chile :** Eröffnungskonzert der Ausstellung „Berg, Webern, Schönberg“, Kammermusikorchester der Katholischen Universität Santiago
Konzert Rudolf Buchbinder
Alban Berg Quartett, Konzert
Klavierabend Susana Espinoza
- VR China :** Grazer Kammertrio (Prof. Walter Klasinc, Prof. Marga Bäuml, Prof. Werner Tripp), Meisterklassen und Workshops sowie Konzerte
- CSSR :** Prag, Festfeier aus Anlaß des 100. Geburtstages des österr. Komponisten Anton von Webern
Feier zum Gedenken von Alexander Zemlinsky

Musik

- Prager Mädchenchor, Konzert bei Staatsvertragsfeier
Bratislava, Preßburger Musikfestspiele, Konzert der Wiener Philharmoniker
- Dänemark : Kirchenkonzert im Tivoli, Auftreten des Wiener Lehrer a Capella Chores
Konzertante Aufführung von „Don Giovanni“ durch Schüler der MHS Wien
Symposion Konzerthaus Odense über die Frage der Authentizität der 1982 in Odense aufgefundenen und Mozart zugeschriebenen Symphonie KV 16A ; Teilnahme von Frau Prof. Eva Badura-Skoda
- DDR : DDR-Reise einer Jugendvolkskunstgruppe aus Gmunden unter Leitung von Leopold Gföllner
II. Internationales Chorfestival des revolutionären Arbeitsliedes Hanns Eisler unter Mitwirkung des österreichischen Chores „Neues Wiener Vokalensemble“
Tournée der Chorvereinigung Jung Wien
Konzert der Wiener Philharmoniker im Schauspielhaus Berlin
Internationales Musikseminar Weimar : Teilnahme von Prof. Paul Badura-Skoda und Tobias Kühne
- Finnland : Konzert Wiener Kammerensemble
Konzerttournee Sängervereinigung Mühlau (Tirol)
Gastkonzert Studenten der Wiener Hochschule für Musik
- Frankreich : Österreichisches Ensemble für Neue Musik, Konzert
Aufführung von Haydns „Die Schöpfung“ durch das Orchester der Universität Paris/Sorbonne
Schlußkonzert des Liedinterpretationskurses von Paul Schilhawsky
Konzerte Maeve Auer und Martijn van den Hoek Prof. Rubin : Vortrag – Konzert mit Eliane Magnon (Cello) und Jeanine Laroche (Klavier)
Gedenkkonzert Ralf Benatzky mit Patrice Fontanarosa und Johann Strauß-Gesellschaft
Konzert Trio Boismortier Christiane Schmidt-Karajeva (Klavier) anlässlich Symposion über „Die Wiener Schule“
Elisabeth Weiss (Violine) und Ulrich Koella (Klavier) : Konzert
Konzert Alban Berg-Quartett
„Soirée Viennoise Exceptionelle“ mit E. Wächter und Anita Ammersfeld
Auf Vermittlung des Kl wurden zwei bekannte französische Musikkritiker vom „Steirischen Herbst 1984“ eingeladen
György Ligeti, Verleihung des „Maurice Ravel-Preises 1984“
- Grossbritannien : Ernst Kovacic, Violine, 9 Konzerte
Österreichisches Barocktrio, 8 Konzerte
Alban Berg-Quartett, 5 Konzerte

Musik

Salzburger Residenz-Solisten, 11 Konzerte
 Klavierduo Rainer Keuschnig/Mari Nomura, 3 Konzerte
 Dagmar Bella-Sturli, Klavier, 3 Konzerte
 Maeve Auer (Violine), Günter Auer (Klavier), 4 Konzerte
 Chor der HBL Baden, 3 Konzerte
 Wiener Horn-Quartett, 2 Konzerte
 Erstaufführung im Ausland eines wiederentdeckten Requiems
 von Franz von Suppe (BBC)
 Ensemble des 20. Jahrhunderts, 2 Konzerte bei Edinburgh-
 Festival
 Andreas Reiner (Violine) und Roger Vignoles (Klavier), 2 Kon-
 zerte
 Jess-Trio, 6 Konzerte
 Franz Schmidt-Festival in Zusammenarbeit mit BBC

- Hongkong : Austrian Arts Ensemble Aufführung von Strawinskys
 „Geschichte des Soldaten
 Wiener Instrumentalsolisten, Konzert
 Maeve Auer (Violine), Konzerte
 Novemberprogramm 1984 des Hongkong Radio unter dem
 Motto „Three Centuries of Music from Vienna“
- Indien : Madras Chamber Orchestra, Konzert anlässlich der Haydn-
 Woche Madras Prof. Paul Badura-Skoda (Klavier), Konzer-
 tournee und Workshop
- Iran : Liederabend Saadat Sadeghi (Tenor), Behbood Farman (Kla-
 vier)
 Lieder- und Opernabend Loren Davis (Sopran), Daneschpiu
 Minoo (Sopran), Carmen Osorio (Klavier)
 Konzerte Mohammadi-Trio (Klarinette, Viola, Klavier)
 Konzert Anzari-Quartett Konzerte
 Teheran Quartett
- Irland : Österreichisches Barocktrio,
 Konzert Klavierabend Walter Klien
 Konzert Hagen-Streichquartett
 Konzerte Ernst Kovacic (Violine) und John O’Conor (Klavier)
 Orgelkonzert Martin Haselböck
 Violinsolokonzert Ernst Kovacic
- Italien : Salzburger Marionettentheater, Aufführungen
 Johann Strauß-Damenkapelle, Konzerte, Alban Berg-Quartett,
 Konzerte
 Rudolf Buchbinder, Konzert
 Duo Maeve und Günter Auer (Violine und Klavier), Konzert
 Paul Badura-Skoda, Konzert,
 International Chamber Ensemble, Konzerte,
 Wiener Instrumentalsolisten, Konzerte,
 Musikvereinsquartett, Konzerte,
 Erik Werba, Konzert,
 Wiener Nonett, Konzert,

Musik

Gastspiel der Wiener Volksoper,
 Ensemble Musica Antiqua, Konzert,
 Wiener Octett, Konzert,
 Wiener Strauß-Capelle, Konzert,
 Wiener Jeunesse Chor, Konzerte,
 Concentus Musicus, Konzert,
 Konzertzyklus „Ludwig van Beethoven“ mit Eduard Melkus
 und dem Ensemble „Musica da Camera“, Konzerte,
 Johann Strauß-Ensemble, Konzerte,
 Heinz Zednik (Tenor), Konrad Leitner (Klavier), Konzert anläß-
 lich der Klimt-Kokoschka-Ausstellung, Mailand
 Marjory Wright (Mezzo), Rainer Keuschnig (Klavier), Konzert
 mit Werken von Alma Mahler, Gustav Mahler, Berg, Schön-
 berg anläßlich der Eröffnung der Klimt-Kokoschka-Ausstel-
 lung,
 Vokal- und Instrumentalmusik von Schönberg, Webern, Berg
 mit Studenten des Konservatoriums anläßlich der Eröffnung
 der den drei Komponisten gewidmeten Ausstellung, Mailand
 Ulrike Finder (Mezzo), Johann Werner Prein (Baß), Prof. Otto
 Kolleritsch (Klavier) (Graz), Konzert,
 Tassilo-Quartett, Konzerte,
 Jess-Trio, Konzert,
 Johannes Kropfisch (Klavier), Konzert, Mailand
 Ensemble Bella Musica (Wien), Konzert, Mailand
 Musikwoche in Memoriam Gustav Mahler, Toblach: Österrei-
 chisches Jugendsymphonieorchester, Neue Wiener Solisten,
 Auftreten des Orchesterforums Graz in Bozen
 Antaris Tanztheater (Wien): „Totentanz“; Aufführung in
 Bozen

Japan :

Wolfgang Schulz, Flöte, Helmut Deutsch, Klavier – 5 Konzerte
 Prof. Josef Molnar, Harfe und Holzbläserquartett, Urauffüh-
 rung einer Komposition von Kurt Rapf, 1 Konzert
 Prof. Fritz Leitermeyer, Uraufführung „Mutationes in honorem
 J.S. Bach“ in Tokio
 Chor der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, 5
 Konzerte
 Ballett der Wiener Staatsoper, 13 Aufführungen
 Elisabeth Weiss, Geige, 5 Konzerte
 Duo Maeve Auer und Martinj van den Hoek, Geige/Klavier,
 Soirée musicale Residenz Missionschef
 Jörg Demus, Klavier, 18 Konzerte, darunter Welturaufführung
 der „Sonate oubliée“ von Schubert in Tokio
 Folgende Künstler übten im Jahre 1984 über ihre Konzerttä-
 tigkeit hinaus eine Lehrtätigkeit in kleinerem oder größerem
 Umfange aus :
 Prof. Witt (Regie), Prof. Hans Kann (Klavier), Prof. Roman Ort-
 ner (Klavier), Prof. Jörg Demus (Klavier), Ernst Seiler (ständ-
 ige Musikerziehung in Tokio), Prof. Josef Molnar (ständige
 Musikerziehung in Tokio), Prof. Heinz Medjimorec (Klavier),
 Prof. Walther Schulz (Cello), Prof. Herwig Reiter (Chordirigie-
 ren)

Musik

Musikwettbewerbe in Japan mit österr. Teilnahme :
 IFCM (Asia Cantat 1984) – Prof. Günther Theuring
 III International Piano Concert – österr. Pianist Pavel Gililov
 Unterstützung von Musikern und musikal. Veranstaltungen
 des Gastlandes :

Veranstaltung der Nagano Bunka Kenmin Halle im Zusammen-
 hang mit dem Partnerschaftsbündnis mit der „Gesellschaft
 der Musikfreunde Wien“ (Teilnahme von Prof. A. Moser)
 Kulturelle Partnerschaft zwischen MA 7 Wien (Prof. Kurt Rapf)
 und der Stadtverwaltung von Tokio

Jugoslawien :

Wiener Symphoniker, ein Konzert,
 Prof. Leo Witoszinskyj, Konzerte und Fortbildungskurs,
 Leonid Brumberg, Klavier, ein Konzert,
 Dr. O. Kolleritsch, ein Konzert,
 Karlheinz Miklin-Trio, Graz, Konzerte,
 Fidelio E Blasius, 4 Konzerte,
 O. Kolleritsch (Klavier) und Finder (Mezzo), J.W. Prein (Baß),
 Konzert, Zagreb
 Musikseminar Groznjan, Music Camp der musikalischen
 Jugend Kroatiens, Teilnahme Karlheinz Miklin
 Workshop-Konzerte im Rahmen der internationalen Dirigen-
 ten- und Orchesterkurse Groznjan – Ad Hoc-Kammerensem-
 ble (9 Absolventen der Wiener Musikakademie)
 Gespräche und zwei Konzerte im Rahmen des internationalen
 Kammermusikfestival – Kolloquium: Begegnung mit György
 Ligeti, Zagreb
 Ensemble „Contraste“, Wien, Konzert anlässlich der Ausstel-
 lungseröffnung „Schönberg, Webern, Berg“, Zagreb
 Österreichische Beteiligung am Internationalen Jazz-Fair
 Zagreb 1984: Christine Jones, Karlheinz Miklin, Trio Dejan
 Pecenko – Studio 84 (Graz), Jones Mobile, „Fats Edwards“
 Schallplattenpräsentation Kammersänger Tugomir Franc zum
 Gedächtnis, Zagreb
 Ensemble Belvedere Wien, Konzert anlässlich des österrei-
 chischen Nationalfeiertages, Zagreb
 Prof. Kurt Rapf, Orgelkonzert in der Slowenischen Philharmo-
 nie,
 Vortragsabend „Aspekte graphischer Notationen“ : Hartmut
 Krones und Harald Ossberger unter Anwesenheit des Kompo-
 nisten Anestis Logothetis
 Camerata Pannoica, 3 Konzerte,
 Trio Belic, Kecman, Arskin, Biedermeierkonzert,
 Belgrader Musikfestival BEMUS 84 – Konzert Alexander Jen-
 ner, Klavier und Belgrader Philharmonie
 Jazz Quartett – Studio 84 (MHS Graz), Teilnahme Jazzfestival
 Niš und Belgrad

Kanada :

Wiener Haydn-Trio, Konzerte Montreal und Toronto
 Tournée der Wiener Sängerknaben

Korea (Republik) :

Salzburger Kammerorchester, 3 Konzerte
 Wiener Staatsopernballet, 4 Aufführungen

Musik

- Koreanisches Kammerorchester : koreanische Erstaufführung eines Stückes von Prof. Heinrich Gattermeyer
- Luxemburg : Tournee der Wiener Sängerknaben
Klavierabend Käte Wittlich
Hauskonzert Residenz (Prof. Schollum sowie Vokalsolisten)
Eurythmie-Aufführung der Abschlußklasse der Bildungsstätte für Eurythmie Wien, 2 Aufführungen
Liederabend Walter Raninger, Betina Cosack
- Mexiko : Prof. Gerhard Wimberger, Leitung des Orquesta Sinfonica Nacional, Konzerte mit Werken von Mozart und Wimberger
Pianist Avedis Kouyoumdjian, Konzerte
- Niederlande : Ernst Vogel, Aufführung von „Spiel und Zwischenspiele“ Konservatorium Groningen
Innviertler Schulspatzen (Ried), Konzerte und Volkstanzdarbietungen
Konzert (Sigrun Quetes)
- Nigeria : BR Dr. Walter Hagg : Mitwirkung bei öffentlichen Wohltätigkeitskonzerten als Gesangssolist, u. a. Solokonzert Liederzyklus „Die schöne Müllerin“ von Schubert (Aufzeichnung durch nigerianisches Fernsehen)
- Norwegen : Gastspiel der Wiener Sängerknaben
Aufführung von „Cosi fan Tutte“ durch die Osloer Sommeroper
Konzert des Jugendblasorchesters Gleisdorf
Wiener Festabend „Lieben Sie Wien“ mit Sigrun Quetes
Mithilfe bei Vorbereitung der Aufführung von Georg Kreisler „Heute Abend Lola Blau“
Planung eines Abkommens über Aufführungen moderner Musik zwischen dem Österreichischen Musikrat und dem Kunstzentrum Hovikodden
- Philippinen : Prof. Thomas Christian David, Workshops und Konzerte
Prof. Wolfgang Poduschka, Wiener Philharmoniker, Workshop, Konzerte und Kammermusikabend
Bambusorgel-Festival Las Pinas : Prof. Trummer, Adelheid Schmid, Jovita Dermota
Austrian Art Ensemble, Tournee
Wiener Flöte/Posaune/Klavier-Trio (Helmut Ascherl), Konzerttournee und Workshop
Ernst Hötzl, Workshop für Sänger sowie Gestaltung des Wiener Balls
Maeve Auer und Meinhard Prinz (Violine und Klavier), Konzerttournee
o. Prof. Scholz, Rektor der Musikhochschule Wien, Herstellung von Kontakten mit philippinischen Musikorganisationen für zukünftige Zusammenarbeit
- Polen : Jazzensemble AIRMAIL, 2 Konzerte
- Portugal : Gastspiel Wiener Kammermusiker
Gastspiel Clemencic Consort
Konzerttournee Neue Wiener Solisten

Musik

- Rumänien : Dirigent Dr. Wolfgang Scheidt, Konzert
Nationalfeiertag : Konzert rumänischer Sänger mit Ausschnitten aus österr. Operetten und Lieder
- Schweden : Internationales Kammermusikfestival in Umea, Leitung von Bidjan Khadem Missagh, Teilnahme von Alexander Arenkov (Violine), Erich Schagerl (Violine), Siegfried Führlinger (Viola), Josef Luitz (Cello) und Harald Ossberger (Klavier)
Orgelkonzerte und Vorträge von Prof. Alois Forer (Mozarteum Salzburg)
Meisterkurse für Klavier von Prof. Noel Flores (MHS Wien)
- Schweiz : Klavierduo Annie Alt und Gerald Stofsky
Klavierabend Tomas Kramreiter
Milena Rudiferia und Haralds Serafin, Wiener Operettenlieder
Oetztaler Adventabend m.d. Musikgruppe „d'Auensteiner“
- Spanien : Duo Rainer Keuschnig/Mari Nomura, Madrid
Clemencic-Consort, Madrid
Wiener Philharmoniker, unter Leonard Bernstein, in Madrid und Barcelona
Prof. Federico Sopena y Banez erhält im Rahmen eines Empfanges die Gustav Mahler Medaille
Prof. Eduardo Storni, Sendereihen im spanischen Rundfunk über Salzburger Festspiele, W.A. und Leopold Mozart, sowie Joseph Haydn
- Thailand : Gastspiel des „Austrian Art Ensemble“ (Graz), mehrere Konzerte
Gastspiel des „Vienna Art Orchestra“, mehrere Konzerte, ein Workshop
Gastspiel des Wiener Staatsopernballetts
Tanzdarbietungen und Chorkonzert des Singkreises Klagenfurt-Seltenheim
- Türkei : Klaviersolokonzert Wolfgang Riedel (erstes Konzert im neu eröffneten Ankaraner Konservatorium)
Peter Guth (Klavier), Igo Koch (Violine) – Konzerte, Ankara, Istanbul
Volksgruppe (Tanz) der Naturfreunde Klagenfurt – Teilnahme am Ankaraner Kinderfest
Prof. Otto Kolleritsch (Klavier), Gerda Hassler (Sopran), Jutta Geister (Alt) – 2 Liederabende,
Jazzensemble „Neighbours“ (John Preininger, Ewald Oberleitner, Dieter Glawischnig) – Jazzkonzerte, Ankara, Istanbul
Prof. Gottfried Hechtl (Flöte), Prof. Leo Witoszynskyj (Gitarre) – Konzertabende und Vortragsreihe am Konservatorium Ankara, Istanbul
Konzerte Duo Markus Wolf (Geige), Christiane Schmidt-Karajeva (Klavier), Wolfgang Riedel (Klavier),
Schülerchor des Österreichischen St.Georgs Kollegs, Konzerte
Istanbuler Festspiele, Gastdirigent Dr. Wolfgang Scheidt, Wien

Musik

- Istanbuler Festspiele, Gastdirigent Dr. Robert Wagner, Salzburg
 Topkapi Saray-Museum Istanbul, Aufführung von „Entführung aus dem Serail“
 Alban Berg-Quartett, Konzert,
 Martin Haselböck (Orgel), Konzert,
 Renate Holm, Sopran, Margarete Hintermeier, Mezzo, Fritz Bruckner (Klavier), Konzerte,
 Gerda Hassler, Sopran, Jutta Geister, Alt, Otto Kolleritsch, Klavier, Konzerte,
 Konzertreihe „Türkische Talente stellen sich vor“, 23 Konzerte im Kulturinstitut, Istanbul
- UdSSR : Litauische Philharmonie Vilnius : Aufführung Werk von Helmut Eder
 II. Internationales Moskauer Musikfestival, Werke von Thomas Christian David, Helmut Eder, Fritz Leitermayer, Alfred Uhl – Teilnahme der Komponisten
 Tage zeitgenössischer Musik Moskau : Werke von Rainer Bischof, Thomas Christian David, Helmut Eder, Grete von Zieritz – Teilnahme der Komponisten
 Konzerte in Zusammenarbeit mit Goskonzert : Leo Witoszynskij (Gitarre), Christian Altenburger (Violine), Helmut Deutsch (Klavier), Duo Keuschnig-Nomura (an 2 Klavieren), Wiener Instrumentalsolisten
- Ungarn : „Wiener Melodien“ mit dem „Wiener Konzertanten Schrammelquartett“ und dem Sänger Walter Heider
 „Johannes Brahms und seine Freundschaft zu Ungarn“ ; Vortrag Prof. Wolfgang Ebert (MHS Wien) und Konzert des Stadlmayer-Trios
 Nelson Messe von Joseph Haydn, „Cantorei Deutschlandsberg“
 A Capella Chormusik mit Motetten und Madrigalen aus fünf Jahrhunderten (Cantorei Deutschlandsberg)
 Liederabend Ulrike FINDER (Mezzo), Johann-Werner Prein (Bassbariton), Prof. Kolleritsch (Klavier)
 Bruckner-Abend : Vortrag Prof. Wessely (Österr. Akademie der Wissenschaften), Aufführung des F-Dur Quintetts unter Leitung von Prof. Vilmos Tatrai
 Brahms-Abend : Streichtrio Mozarteum, mit Einführungsvortrag von Prof. Heller (MHS Wien)
 „Wiener Hornquartett“ – Konzert
 Chorvereinigung Jung-Wien : Konzerte
- USA : Konzert Paul Badura-Skoda mit Beethoven Society in Alice Tully Hall, New York City
 Konzert Prof. Ludwig Streicher, Bassgeige, Town Hall, New York City
 Schubert-Festival „Schubert, Schubert A Schubert“ mit Teilnahme des Melkus Trios – 3 Kammermusikabende, (Prof. Eduard Melkus, Violine, Claus-Christian Schulz, Klavier, Hubert Koller, Cello), Georgetown University, Washington D. C.

Musik

Konzert des Mozarteum-Quartetts Salzburg, Carnegie Recital Hall, New York City

Konzerttournee der Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein in den USA (Ann Arbor, Michigan; Pasadena California; San Francisco, California; Salt Lake City, Utah; Chicago, Illinois; Pittsburgh Pennsylvania; Washington, D. C. und New York City)

Konzert Eduard Eichwalder, Viola, (Innsbruck); Sylvia Gomon, Klavier, in Zusammenarbeit mit American Landmark Festival in Theodore Roosevelts Geburtshaus in New York

Aufführung von fünf Beethoven Klavierkonzerten, Carnegie Hall, New York City

Tournee der Wiener Volksoper in den USA mit „Die lustige Witwe“, „Die Fledermaus“ und „Die Czardasfürstin“, Pasadena, California und Washington D. C., Chicago

Wiener Gitarrenduo (Jürgen Kammermann, Heinz Wallisch) in Cami Hall, New York City

Konzert des „Laurentius von Schnifis Brass Ensemble“, Kathedrale St. John the Divine in Harlem, New York, nach einer Tournee mit 8 Konzerten durch die USA im Rahmen des Blue Lake Interchage Programmes

Konzerttournee Norbert Frühwirth (Klavier) in Wilmington, Delaware; Annapolis, Maryland; Washington D. C. (Eröffnung der ALBERTINA Ausstellung); Bloomington, Indiana; New York City (Carnegie Recital Hall)

Liederabend Steven Kimbrough mit US Premiere von Liedern Erich Wolfgang Korngold in Merkin Hall, New York

Konzerttournee des „Vienna Art Orchestra“ mit 13 Konzerten in der Provinz, Teilnahme am „Arts Dialogue“ in Washington, D. C. und 2 Konzerten im Public Theatre, New York City

Konzert Thomas Riebl (Viola) und Deborah Sobol (Klavier) in New York, Alice Tully Hall

Konzerte Christian Altenburger (Geige) mit New York Philharmonic unter Zubin Mehta in Avery Fisher Hall, Chicago

„Mozart Birthday-Festival“, Konzert und Empfang Music Department der University of Maryland

Konzert Paul Badura-Skoda im Kennedy Center, Washington

Konzerte der „Smithsonian Chamber Players“ zum Thema „Austrian Music from the Age of Leopold I.“, Washington

Wiener Philharmonisches Octett im Kennedy Center, Washington

Bratschist Thomas Riebl, Konzert in der Library of Congress
Auftritt von Teilen des Ensembles der Wiener Volksoper in der Georgetown University

Thomas Pernes und Vienna Art Orchestra im Theater Lab. des Kennedy Center

„Steirische Tanzgeiger“ im National Museum of Natural History

Wiener Johann Strauß-Orchester im Kennedy Center

Konzert Walter Klien (Klavier) im Kennedy Center

In der Radiosendung „World of Music“ des Senders WGMS wurde österreichische Musik zwei Mal je eine Stunde mit ein-

Österreichische Filmwochen

führenden Bemerkungen des Missionschefs gebracht.

Aufzeichnung einer Sendung über Marschmusik aus Österreich: Erläuterung verschiedener Aspekte österreichischer Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur durch Angehörige der ÖB Washington

Gesangsauftritt des Missionschefs gemeinsam mit dem französischen und dem britischen Botschafter bei Wohltätigkeitsveranstaltung in Washingtoner Oper

„National Very Special Arts Festival“ des amerikanischen „National Committee Arts of the Handicapped“; Auftritt der österreichischen Behindertengruppe „Ich bin o. k.“

„Viennese Ball Evening“ veranstaltet vom Women's Committee der Washington Opera, Ehrenschutz und Anwesenheit des Missionschefs.

Klavierabend mit Werken von Schönberg, Berg und Webern, Chicago

Eröffnungskonzert der Minnesota Orchestral Association

„A classical Viennese Christmas“ – Liderabend Chicago

Wiener Musikwochen in Minneapolis

Neueröffnung des Opernhauses Cleveland mit „Fledermaus“

Spanische Hofreitschule, Chicago u. a.

Mozartfestspiele in Pueblo/Colorado

Mozartfestspiele in San Luis Obispo/Kalifornien

Venezuela: Konzerttournee Mozarteumquartett Salzburg

4. Österreichische Filmwochen

Im Zusammenwirken mit dem BMUK sind im Berichtsjahr folgende österreichische Filmwochen im Ausland veranstaltet worden:

Bulgarien (Sofia): „Der Schüler Gerber“, „Den Tüchtigen gehört die Welt“, „Kopfstand“, „Anima“, „She Dances Alone“, „Der Bockerer“ und „Strawanzer“.

DDR (Berlin): „Artischocke“, „Die Erben“, „Karambolage“, „Kassbach“ und „Atemnot“.

Italien (Rom): 13 Produktionen neuen Datums, kombiniert mit einer Retrospektive und 6 älteren Filmen, darunter „Café Elektric“, „Maskerade“ und „Die letzte Brücke“.

Italien (Bozen): Programm aus 12 Filmen, darunter „G'schichten aus dem Wiener Wald“, „Kassbach“, „Der Schüler Gerber“, „Ein wenig Sterben“ und „Anima“ als Überblick über das derzeitige Filmschaffen in Österreich.

Italien (Reggio Emilia): 14 Filme eines Retrospektiveprogrammes, u. a. „Café Elektric“, „Maskerade“ und „Der junge Medardus“.

Jugoslawien (Laibach, Agram und Belgrad): „G'schichten aus dem Wiener Wald“, „Der Schüler Gerber“, „Kieselsteine“, „Artischocke“, „Gehversuche“ und „Ein wenig Sterben“.

Dominikanische Republik (Santo Domingo): In zahlreichen spanischsprachigen Ländern vorgeführte österreichische Filmretrospektive mit Produktionen von 1927–1980.

Ungarn (Budapest): 12 Filme, insbesondere „Die Erben“, „Strawanzer“, „Morgengrauen“, „Malambo“, „Was kostet der Sieg“ und „Abenteuer eines Sommers“.

UdSSR (Moskau, Minsk und Charkow): „Der Schüler Gerber“, „Die Schieber“, „Die Erben“, „Der Bockerer“ und auf ausdrücklichen sowjetischen Wunsch eine Produktion aus dem Jahre 1955, „Bel Ami“.

Österreich–Wochen

5. Österreich–Wochen :

Von verschiedenen Organisationen durchgeführte Veranstaltungen mit dem Charakter von Österreich-Wochen bzw. Österreich-Tagen, deren Hauptgewicht auf kulturellem Gebiet lag, fanden in Jyväskylä, Finnland, (31. 1. bis 2. 2.), Hongkong (20.–24. 2.), Lüttich, Belgien (8.–31. 3.), Madras, Indien (23.–30. 4.), Thiais, Frankreich (17.–27. 5.) und Amman, Jordanien (5. 7.–11. 9.) statt.

Eine von der Niederösterreich-Gesellschaft für Kunst und Kultur durchgeführte Großveranstaltungsreihe wurde unter dem Titel „Niederösterreich in Bonn“ abgehalten.

Im Rahmen der Werbeaktion der Stadt Wien hat der Wiener Fremdenverkehrsverband in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Wien und mit tatkräftiger Unterstützung der ÖB Canberra große Wien-Präsentationen in Australien durchgeführt.

Eine von der Stadt Wien unter dem Titel „Wien grüßt Belgrad“ veranstaltete Großausstellung wurde von über 100.000 Personen besucht.

6. Wissenschaft

6. 1. Symposien, Seminare und Andere Lehveranstaltungen

Ägypten	<p>Symposium über Tropenmedizin (in Zusammenarbeit mit der Kairo Universität und dem Theodor Bilharz-Institut, Kairo und Univ. Doz. Dr. Otto Scheiner, Univ. Doz. Dr. Herwig Kollaritsch, Univ. Wien)</p> <p>Völkerrechtsseminar in Zusammenarbeit mit dem Diplomatischen Institut des ägyptischen Außenministeriums (mit Vorträgen von Univ. Prof. Dr. Hanspeter Neuhold)</p> <p>Chemieseminar mit Univ. Prof. Dr. Hans Junek (Univ. Graz) mit Round-Table-Diskussion zu fachspezifischen Themen der organischen Chemie</p>
Argentinien	<p>Österreich-Symposium an der Universität Belgrano; mit Teilnahme von Univ. Prof. DDr. Waldemar Hummer (Univ. Innsbruck) und Univ. Ass. DDr. Michael Rösner (Univ. Wien) über Nationalökonomie, Völkerrecht, internationale Beziehungen und zeitgenössische österreichische Literatur</p>
Berlin-West	<p>Symposium „Wiener Positionen“ (zu Kunst u. Mäzenatentum im Spannungsfeld von Kultur, Politik und Wirtschaft) in Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Künste Berlin und der Freunde der bildenden Künste Wien (mit Teilnahme von Prof. Hans Hollein, Prof. Gustav Peichl, Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek, Dr. Helmut Haschek und Gen. Dir. Dr. Hannes Androsch)</p>
Chile	<p>Freud-Symposium an der chilenischen Nationalbibliothek (mit Teilnahme von Univ. Doz. Dr. Harald Leupold-Löwenthal)</p>
Dänemark	<p>Österreich-Symposium an der Universität Kopenhagen über die gesellschaftliche und politische Entwicklung Österreichs nach 1945 (mit Teilnahme von Bundesminister Dr. Heinz</p>

Wissenschaft

- Fischer und den Universitätsprofessoren Dr. Erika Weinzierl, Dr. Alois Mosser, Dr. Helmut Rumpler, Dr. Karl R. Stadler, Dr. Anton Pelinka und Univ. Doz. Dr. Gerhard Jagschitz)
- DDR Symposium: „Eigenständigkeit der österreichischen Literatur“ an der Universität Leipzig mit fünf Germanisten aus Österreich und sechs Germanisten aus der DDR (Univ. Leipzig, Rostock, Halle und Jena)
- Frankreich Symposien am Centre Pompidou: „Le Siècle de Kafka“ und: „Vienne 1880–1938, Fin de Siècle et Modernité“ (repräsentative Großveranstaltung mit Teilnahme prominenter österreichischer und französischer Wissenschaftler sowie Parallelveranstaltungen in Form von Ausstellungen, Filmabenden, Diskussionen, etc.)
- Symposium: „Les Relations Franco-Autrichiennes 1870–1970“ (in Zusammenarbeit mit der Universität Rouen)
- Wittgenstein-Symposium (in Zusammenarbeit mit dem Centre Culturel International de Cerisy la-Salle)
- Symposium: „Doderers Aktualität“ an der Universität Metz
- Fachseminar für Psychiatrie: „Les Ecoles de Vienne“ am Hôpital Necker
- Grossbritannien Karl Kraus-Symposium (ÖKI London und Universität London) mit Univ. Doz. A. Pfabigan, Doz. Dr. S. Scheichl (Univ. Innsbruck) und Doz. Dr. E. Früh (Univ. Wien) sowie britischen Germanisten
- Seminarreihe: „The Habsburg Monarchy in Transition 1890–1914“ (mit Beiträgen über Egon Schiele, die Wiener Secession, Gustav Klimt, Wittgenstein u. a.) an der Universität London
- Symposium: „Das Wiener Volkstheater“ (Zusammenarbeit zwischen KI London und Universität London) mit Teilnahme von Dr. Reinhard Urbach, Prof. Dr. W. Obermaier und Dr. J. Hüttner.
- Symposium: „Probleme des alpinen Straßenbaues“ (in Zusammenarbeit mit dem Institute of Structural Engineering, London)
- Symposium über Franz Schmidt (im Rahmen des Franz Schmidt-Festivals am KI London)
- Griechenland Symposium: „Archäologie in Arkadien“ (in Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Archäologischen Institut in Athen und dem Kanadischen Archäologischen Institut Athen (mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Peter Siewert und Univ. Ass. Dr. Hans Toiber, Univ. Wien)
- Israel Symposium: „Das Judentum im Habsburger Reich“ in Zusammenarbeit mit der Hebräischen Universität Jerusalem; mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Grete Klingenstein, Univ. Prof. Dr. Norbert Leser, Dr. Herwig Schmidl und Sr. Dr. Anna Hedwig Wahle;

Wissenschaft

- Philosophiekongreß der Israelischen Philosophischen Gesellschaft über Brentano (mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Rudolf Haller (Univ. Graz) und Dr. Werner Leinfellner (derzeit University of Nebraska/USA))
- Italien**
- Seminar: „Februar 1934 – Geschichte und Literatur; die Krise der 1. Republik und der Aufstand der Arbeiter“ (mit Teilnahme von Univ. Doz. Dr. Gerhard Jagschitz und namhaften italienischen Wissenschaftlern)
- Symposion: „Urzidil und der Prager Kreis“ mit namhaften Wissenschaftlern österreichischer und italienischer Universitäten
- Österreichisch-Italienisches Seminar: „Vienna-Roma: Österreichische Literatur und italienische Kultur in den letzten Jahren“ in Zusammenarbeit mit dem Instituto Italiano di Studi Germanici, Rom
- Symposion: „Kafka a Teatro“ (am Piccolo Teatro Mailand)
- Symposion: „La Crisi del Soggetto nella Cultura Austriaca del Novecento“ (mit Univ. Prof. Dr. Friedbert Aspetsberger, Univ. Prof. Dr. Fritz Wallner und italienischen Wissenschaftlern in Reggio Emilia)
- Symposion: „Felix Austria? Konsens und Sozialpakt in Österreich“ (mit Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl, Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka, Univ. Prof. Dr. Egon Matzner, Dr. Thomas Nowotny und Dr. Adolf Klose an der Universität Trient)
- Kenya**
- Musikwissenschaftliches Blockseminar („African Musicology“) gehalten von Univ. Doz. Dr. Gerhard Kubik (Univ. Wien) am Institute of African Studies der Universität Nairobi
- Kolumbien**
- Gregor-Mendel-Symposion an der Universidad Javeriana, Bogotá
- Mexiko**
- Ödön von Horváth-Symposion (anl. Uraufführung des Horváth-Dramas „Die Bergbahn“) mit Teilnahme von Wolfgang Bauer, Wilhelm Pevny, Univ. Doz. Dr. Ulf Birbaumer und Frank Debray
- Gregor-Mendel-Seminar an der Universidad Autonoma de Chapingo, mit Teilnahme von Rektor Univ. Prof. Dr. Walter Schleger (Veterinärmedizinische Universität Wien)
- Seminar über angewandte Gefügekunde in Zusammenarbeit mit der Universidad de Guanajuato und dem mexikanischen Unterrichtsministerium
- Niederlande**
- Peter-Handke-Symposion im Rahmen des internationalen Peter Handke-Festivals in Den Haag (mit Teilnahme von Hans Gratzner, Manfred Mixner, Horst Zankl und niederländischen Germanisten)
- Kafka-Kolloquium an der Universität Utrecht
- Polen**
- Symposion: „Traditionssuche des Faschismus“ (mit Univ. Prof. Dr. Friedbert Aspetsberger und Univ. Ass. Dr. Klaus Amann sowie namhaften polnischen Germanisten) an der Universität Poznan

Wissenschaft

- Symposion : „Vergleiche ökonomischer und politischer Strukturen in Österreich und Polen“ (in Zusammenarbeit mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften ; mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka, Dr. Peter Gerlich, Dr. Helmut Kramer, Univ. Doz. Dr. Hans-Georg Heinrich u. a. sowie 17 polnischen Fachgelehrten)
- Symposion : „Tradition und Sinnlichkeit in der Literatur der Jahrhundertwende“ (in Zusammenarbeit mit der Universität Torun)
- Symposion : „Galizien – eine literarische Heimat“ (in Zusammenarbeit mit der Universität Poznan)
- Senegal Germanistisches Blockseminar an der Universität Dakar ; gehalten von Univ. Prof. Dr. Uwe Baur (Univ. Graz)
- Spanien Österreich-Symposion über die Wiener Jahrhundertwende anl. der Klimt/Schiele-Ausstellung im Madrider Museum für zeitgenössische Kunst (in Zusammenarbeit mit der Stiftung Pablo Iglesias) mit Teilnahme von Dr. Franz Schuh (Kulturkritiker Wien) und Univ. Prof. Dr. Friedbert Aspetsberger (Univ. Klagenfurt)
- Türkei Symposion über österreichische Literatur der Jahrhundertwende an der Universität Madrid Complutense (ebenfalls im Zusammenhang mit der Klimt/Schiele-Ausstellung)
- Türkei Symposion : „Mensch, Kunst und Umwelt“ (in Zusammenarbeit mit der Marmara-Universität Istanbul ; mit Teilnahme von Prof. Helmuth Gsöllpointner/Linz)
- Türkei Symposion : „Neue Wege zur Therapie von Leberkrankheiten“ (in Zusammenarbeit mit der Med. Fak. der Univ. Istanbul ; mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Wolfgang Horak/Wien und Univ. Doz. Dr. Walter Petek/Graz)
- Türkei Symposion : „Fremdenverkehrserziehung“ (in Zusammenarbeit mit der Bosphorus-Universität Istanbul und Teilnahme von Prof. Helmut Strondl, Direktor der Fremdenverkehrsschule Salzburg-Klesheim und Rudolf Schaffer, BKA)
- Türkei Symposion : „Exportmarketing“ (in Zusammenarbeit mit der Bosphorus-Universität Istanbul und Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Ernst Kulhavy/Linz)
- Türkei Blockseminar : „Neue österreichische Tunnelbaumethoden“ (in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Istanbul und Teilnahme österreichischer und türkischer Wissenschaftler)
- Türkei Seminar : „Theaterwissenschaft als Medienwissenschaft – Bildmedienforschung in Österreich“ am Theaterwissenschaftlichen Institut der Universität Izmir ; mit Teilnahme von Univ. Doz. Dr. Ulf Birbaumer
- Türkei Handke-Woche im ÖKI Istanbul ; mit Teilnahme von Dr. Werner Thuswaldner, Dr. Rüdiger Wischenbart/Graz, Dr. Alfred Kolleritsch/Graz und Dr. Heinz Hartwig/Graz sowie Univ. Ass. Dr. Gerhard Melzer/Graz

Wissenschaft

Blockseminar: „Die Dichtung des Mittelalters mit besonderer Berücksichtigung Österreichs“ (in Zusammenarbeit mit der Marmara-Universität Istanbul); mit Teilnahme von Univ. Prof. Dr. Ulrich Müller/Univ.Salzburg, Univ. Prof. Dr. Anton Schwob/Univ.Graz, Univ. Prof. Dr. Alfred Ebenbauer/Univ. Wien sowie Univ. Prof. Dr. Helmut Birkhan/Univ. Wien

Seminar: „Stimmbildung und Atemerziehung bei Sängern“ am Staatskonservatorium Istanbul, gehalten von Prof. Margareta Sparber

Ungarn

Symposion: „50 Jahre Februar 1934“ im Kossuth-Klub Budapest

Architektursymposion in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Architektenverband „Probleme des Wohnbaues in Österreich und Ungarn“

Symposion: „Ausbildungswege an österreichischen und ungarischen Kunsthochschulen“ (Hochschule für angewandte Kunst Budapest)

Arbeitstreffen österr. und ungarischer Kunsthistoriker: „Isolation oder Integration – die Situation ungarischer Künstler im Wien der Zwanzigerjahre“ (KI Budapest)

Architektursymposion anl. der Ausstellung: „Versuche zur Baukunst“ mit Teilnahme von fünf namhaften österreichischen Architekten

Symposion: „Tradition und Perspektiven der geistigen Verbindungen zwischen Österreich und Ungarn – ein Beitrag zur regionalen Zusammenarbeit im Donauraum“ (KI Budapest)

USA

Symposion: „Vienna and its Music“ im National Press Club (unter Mitwirkung von Teilen des Ensembles der Wiener Volksooper)

„Arts Dialogue“: bilaterales österreichisch-amerikanisches Symposion über Kunsterziehung, Kunstmanagement und kulturelle Entwicklung (repräsentative Großveranstaltungsreihe in Washington mit Teilnahme namhafter amerikanischer und österreichischer Persönlichkeiten, wie H. C. Artmann, Prof. Wilhelm Holzbauer, Univ. Prof. Dr. Giselher Guttman, Kulturstadtrat Franz Mrkvicka, Direktor Dr. Dieter Ronte, Matthias Rüegg und das Vienna Art Orchestra sowie Videokünstler Peter Weibel und Richard Kriesche)

Symposion: „The City in the Arts“ (Folgeveranstaltung zum „Arts Dialogue“) an der School of Architecture, University of Virginia mit Teilnahme von Architekt Prof. Wilhelm Holzbauer und Kulturstadtrat Franz Mrkvicka.

Symposion: „Austrian Social Democracy 1918–1934 – The Socialist Experiment and its Collapse“ (in Zusammenarbeit mit dem Center for European Studies an der Harvard Universität; mit Teilnahme zahlreicher namhafter österreichischer und amerikanischer Fachgelehrter, u. a. Univ. Prof. Dr. Gerhard Botz/Salzburg, Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka/Innsbruck, Univ.

Wissenschaft

Prof. Dr. Alfred Pfabigan/Wien und Univ. Prof. Dr. Karl R. Stadler/Linz, Univ. Prof. Dr. John Rath/Minnesota

Symposion: „Vienna 1880–1980 – Hundred Years of Avantgarde“ (in Zusammenarbeit mit der University of Southern California, Los Angeles); mit Teilnahme von Prof. Hilde Spiel, Peter Turrini, Käthe Kratz, Friedrich Hacker, Hans Kann, Kurt Schwertsik, William Johnston, Herwig Seeböck u. a.

Symposion: „Austria – the United States and Global Communications“ (in Zusammenarbeit mit dem Center for Austrian Studies, University of Minnesoty) mit namhaften Publizisten aus österreichischen und amerikanischen Medien

Seminar über österreichische Literatur, gehalten von Prof. Donald Daviau mit Vorträgen von Prof. Friedrich und Karin Achberger im Rahmen der Deutschen Sommerschule Taos, New Mexico.

6.2. Vorträge

Ägypten

Dr. Irene Montjoye-Uhlenhut: „Das Bild des Propheten Mohammed in der europäischen Literatur“

Univ. Prof. Dr. Charlotte Hussein-Pawlowitsch: Vortrag über Peter Rosegger am KI, Kairo

Lektor Dr. Alfred Huber: „Theater in Österreich“

Univ. Prof. Dr. Mustafa Maher (Germanistikinstitut der Ain Shams Universität): „Österreichische Literatur in arabischen Übersetzungen“

Prof. Anton Lehmden: Vortrag anl. Ausstellungspräsentation an der Heluan Universität

Univ. Prof. Dr. Manfred Bietak: „Dark Ages in the Nile Delta“ (KI Kairo)

Univ. Prof. Dr. Friedrich Steininger (Inst. für Paläontologie, Univ. Wien): „The History of the Mediterranean and the Red Sea...“

Dr. Dieter Ronte (Museum für moderne Kunst Wien): „Modern Art from Austria“ (KI Kairo)

Univ. Prof. Dr. F. Sauter (TU Wien): Vorträge an der Ain Shams University (Chemie)

Argentinien

Dr. Marcel Prawy: „Die Wiener Staatsoper – gestern und heute“ (Teatro Colon; Buenos Aires)

Dr. Carmen Balzer: Rilke-Vortrag, Buenos Aires

Australien

Univ. Prof. Dr. August Obermayer (Germanistik): Vorträge über die österreichische Volkskomödie und „Pioniere des österreichischen Erzählens“ in Adelaide, Melbourne, Canberra, Sydney, Newcastle und Brisbane

Belgien

Dr. Hilde Spiel: Vortrag an der Universität Brüssel: „Gibt es eine österreichische Literatur?“

Wissenschaft

- Dr. Eva Glück: „Aktuelle Probleme der österreichischen Hochschulen“ (Universität Lüttich)
- KR Dr. Alwin Westerhof: „Kulturaustausch zwischen Österreich und Belgien“ (Univ.Brüssel)
- Prof. Dr. Helma Westerhof: Vortrag zum Rilke-Abend in Rixensart
- Brasilien
- Prof. Jose Veiga de Oliveira: Vortragszyklus an der Stadtbibliothek Sao Paulo „Die Wiener Schule der Musik“ und „Joseph Haydn“
- Prof. Josef Bahn (Univ.Wien) : Laser in der Chirurgie (Universitätsklinik Salvador)
- Prof. Dr. Viktor Frankl (Univ.Wien) : Hauptvortrag anlässlich des 1. brasil.Logotherapiekongresses, Kath.Univ.Porto Alegre
- Prof. Wolfgang Dressler (Institut für Sprachwissenschaft Univ. Wien) : Fachvorträge an den Universitäten São Paulo, Campinas, Brasilia, Florianopolis, Bahia, Rio de Janeiro
- Univ. Prof. Dr. Wolfgang Roed : Vorträge über Karl Popper an den Universitäten Cuiaba, Manaus, São Louis, Porto Alegre, Florianopolis, Santos, Brasilia
- Vortragszyklus mit lokalen Vortragenden über „Moderne Kunst“ in São Paulo
- BRD
- Dr. Hilde Spiel: Vortrag anl. Jakob Wassermann-Tagung in Bonn
- Willfried Skreiner (Graz) : Vortrag über neue österreichische Kunst in Mannheim
- Prof. F. Friedl: Vortrag anl. Ausstellung „Textile Kunst“ in Bonn
- Prof. Heinrich Harrer : Vortrag über Tibet in Bonn
- Univ. Doz. Dr. Rudolf Burger: Vortrag anl. der Römerberg-Gespräche in Frankfurt
- Die Univ. Professoren Dr. Kurz (Univ.Graz), Dr. Aspöck (Univ. Wien), Dr. Petsche sowie Dr. Gausch (Univ. Innsbruck) hielten Fachvorträge anl. ihrer Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen in der BRD
- Berlin (West)
- GK Dr. Alexander Christiani : „Aktuelle Fragen der österr. Politik“
- Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock: „Österreichs Innenpolitik 1934 – das Experiment des Ständestaates“ (anl.Seminar „Der österreichische Ständestaat zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus“)
- Prof. Dr. Friedrich Langer (BMWF): Diavortrag über Festspiele in Österreich sowie „Theaterstadt Wien – von den Anfängen bis zum Biedermeier“
- Detlef Rora : Kafka-Vortrag

Wissenschaft

- Prof. Carl Auböck (TU Wien) : Vortrag über Wohnungsbau im innerstädtischen Bereich (anl. Architekturwoche der Union of Internationale Architects)
- Chile Univ. Ass. Dr. Michael Rösner : „Das Versagen der Vernunft bei Musil und Kafka“, (Kath.Universität Santiago) und : „Die zeitgenössische österreichische Literatur“ (Institut für Bildungswissenschaften Santiago)
- Vorträge im Rahmen der Ausstellung „Österreich – gestern und heute“
- Univ. Prof. DDDr. Waldemar Hummer (Univ.Innsbruck) „Wirtschaftspolitik im heutigen Österreich“ und : „Die immerwährende Neutralität Österreichs – internationales Recht und Politik“
- Univ. Prof. Dr. Ricardo Krebs (Kath.Univ.Santiago) : „Österreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ; Metternich – der Lenker Europas“
- Univ. Prof. Dr. Bernardino Bravo (Univ. Chile) : „Historischer Vergleich : „Das Ende der spanischen Monarchie in Amerika und das Ende der Donaumonarchie in Mitteleuropa“
- Univ. Doz. Dr. Harald Leupold-Löwenthal : „Österreichs Beitrag zur modernen Kunst – Wien und die Jahrhundertwende“
- Univ. Prof. Dr. Grete Mostny (Univ.Chile) : „Die Ursprünge Österreichs – Römer und Kelten“
- Vortragsreise Univ. Prof. DDDr. Waldemar Hummer ; 12 Vorträge zu den Themen : „Österreichische Neutralität“, „Politische Parteien in Österreich“, „Fragen der Wirtschaftlichen Integration“, „Wirtschaftspolitik in Mitteleuropa“ an den Universitäten von Tarapaca, Valdivia, Valparaiso und verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen Santiagos
- VR China Univ. Doz. Dr. Dipl. Ing. Josef Fidler (TU Wien) : Vorträge und Seminare über magnetische Materialien an den Instituten für Metallurgie in Peking, Nanking, Shanghai und Xian
- Univ. Prof. Dr. Helmut Stachel (TU Wien) : Vorträge über konstruktive Differenzialgeometrie am South China Institute of Technology Guanzhou
- Univ. Prof. Dr. Hansjörg Stetter (TU Wien) : Mathematik-Vorträge über Einladung der Academia Sinica (Shanghai) und der Universität Xian
- Univ. Prof. Dr. Hans Kolmer (Univ.Graz) : Vorlesungen über „Angewandte Tonmineralogie“ am College of Geology in Chengdu
- CSSR Dr. Pavel Eckstein : Vorträge anl. 100. Geburtstag von Anton von Webern und Alexander Zemlinsky (Prager Nationaltheater)
- Univ. Prof. Dr. Hugo Rokyta : Vortrag anl. des 110. Geburtstages des Begründers der Wiener kunsthistorischen Schule, Max Dvorak

Wissenschaft

Univ. Prof. Dr. Emanuel Poche : Vortrag anl. des 300. Geburtstages des Bildhauers Matthias Bernhard Braun

Dr. Wolfgang Kraus (Ges. für Literatur Wien) : Vortrag über Franz Kafka

Johann Christoph Allmayer-Beck : Vortrag über das Heeresgeschichtliche Museum Wien

Univ. Prof. Dr. Hermann Filitz (1. Direktor des Kunsthistorischen Museums Wien) : Vortrag über „Die Wiener Kunst zur Zeit Karl IV.“

Dänemark

Univ. Doz. Dr. Bernd Marin (Institut für Konfliktforschung Wien) : Vortragsserie an der Universität Roskilde über das sozio-ökonomische Steuerungssystem Österreichs im internationalen Vergleich

DDR

Univ. Prof. Dr. Alfred Doppler (Univ.Innsbruck) : Vorträge zur „Interpretation der österreichischen Lyrik – Hofmannsthal – Trakl – Ingeborg Bachmann Wiener Gruppe“ an der Karl Marx Universität Leipzig sowie Vortrag über „Sprache – Herrschafts- oder Kommunikationsmittel anhand von Beispielen aus dem Werk von Elias Canetti“, Humboldt-Universität Berlin

Dr. Reinhard Urbach (Dramaturg am Wiener Burgtheater) : Vortrag : „Arthur Schnitzler – Der Wandel seines Frauenbildes“. Hochschule für Schauspielkunst in Berlin

o. Prof. Dr. Helmut Schwarz (HS für Musik Wien) : Vortrag über „Max Reinhardt und seine Zeit“ an der Hochschule für Schauspielkunst in Berlin

Dr. Helmut Mittermayer (Linz) : Vorträge am Institut für Medizin, Mikrobiologie und Epidemiologie der Universität Rostok

Univ. Doz. Dr. Sigurd Höllinger (Univ.Wien) : Vortrag : „Das österreichische Hochschulwesen seit 1945“ (Humboldt-Universität Berlin)

Univ. Prof. Dr. Ernst Waldhart (Univ.Innsbruck) : medizinische Gastvorträge an der Charité, Berlin

Univ. Prof. Dr. August Florian (Naturwissenschaftliche Fakultät der Univ.Salzburg) : Vortragsserie an den Universitäten Jena und Dresden

Univ. Prof. Dr. Alfred Doppler (Univ.Innsbruck) : Vortrag anl. des 70. Todestages von Georg Trakl an der Humboldt-Universität Berlin

Univ. Prof. Dr. Erhard Oeser (1. Philosophisches Institut der Universität Wien) : Gastvorträge an der Humboldt-Universität Berlin

Univ. Prof. Dr. Peter Kampits (Univ.Wien) : Vortrag über Wittgenstein sowie „Die österreichische Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts“ sowie Colloquium zum Thema „Logik und Sprachphilosophie“ an der Humboldt-Universität Berlin

Univ. Prof. Dr. Peter Kampits : Vorlesung über „Beziehungen zwischen Sprachphilosophie und Literatur in Österreich im 20. Jahrhundert“ an der Karl Marx Universität Leipzig

Wissenschaft

- Dominikanische Republik Vortrag Botschafter Dr. Missong: „Die österreichische Neutralität“ an der Akademie der Wissenschaften in Santo Domingo
- Finnland Univ. Prof. Dr. Walter Weiss (Univ.Salzburg): Gastvorträge und Colloquia über österreichische Literatur an finnischen Universitäten
BS Dr. Kloss: Vortrag über österreichische Politik, Geschichte und aktuelle Kulturaspekte anl. der Sommertagung des finnischen Deutschlehrerverbandes in Helsinki
- Frankreich Univ. Prof. Dieter Bäuerle (Linz): „Laser Induced Chemical Vapour Deposition“, Univ.Curie Paris
Prof. Friedrich Cerha: „Zu meinem Musiktheater“ Kulturinstitut Paris
Mendel – Round-table-Gespräch, Centre Georges Pompidou
Etienne Coche de la Ferté „Hofmannsthal et la Révolution“ Kulturinstitut Paris
Dr. Dieter Ronte (Wien) „L'art contemporain à Vienne depuis 1945“ Centre Georges Pompidou
Paul-Gilbert Langevin und Univ. Prof. Newboud „Vollendung der unvollendeten 10. Schubert-Symphonie“
Prof. Clemens-August Andreae (Innsbruck) „Le modele autrichien est-il applicable en France?“ Universität Paris IV-Sorbonne
Prof. Dr. Kurt Jungwirth (Graz): „Peter Rosegger – ce grand inconnu“, Kulturinstitut Paris
Prof. Werner Leinfellner (Wien): „2 Vorträge über Schlick“, Collège de France
Prof. Marcel Rubin: „La musique moderne – est elle forcément incompréhensible?“ Kulturinstitut Paris
Michel Duchamp (Paris): „Reflexions historiques autour d'un portrait inconnu de Léopold Ier“ Kulturinstitut Paris
Prof. Dr. Dagmar Lorenz (Univ.Ohio) „Das Kriegsende aus der Perspektive jüdisch-österreichischer Dichter und Intellektueller“ Kulturinstitut Paris
Univ. Prof. Dr.Wendelin Schmidt-Dengler (Univ.Wien) „Kafka und Canetti als Interpreten der Macht“ Kulturintitut Paris
Univ. Prof. Dr. Albert Berger (Klagenfurt) „Die Diskussion um die Eigenständigkeit der österreichischen Literatur“ Kulturinstitut Paris
Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka (Innsbruck) „Besonderheiten der Friedensbewegung in Österreich“ Kulturinstitut Paris
Univ. Prof. Dr. Helmut Konrad (Graz) „Das Interesse an der Geschichte und das Geschichtsbewußtsein in Österreich 1945 – 1984“ Kulturinstitut Paris
Dietmar Grieser (Wien) „Schauplätze der Literatur im heutigen Österreich“ Kulturinstitut Paris

Wissenschaft

Univ. Prof. Dr. Karl Stadler „Entwicklung der Sozialdemokratie 1875 – 1914“ Vortragsreise zu den Universitäten Rouen, Orléans, Metz, Nantes, Rennes und Fontenay-aux-Roses

Prof. Thomas Christian David „Die österreichischen Komponisten in der Entwicklung der letzten 30 Jahre“ Kulturinstitut Paris

Univ. Prof. Dr. Wolfgang U. Dressler „Soziolinguistische Variation der deutschen Hoch- und Umgangssprache in Österreich“

Guatemala

Vortragsreise Prof. Dr. Manfred Schilder (Wien) über Musikerziehung und Musikgeschichte am Instituto Austriaco Guatemalteco

Grossbritannien

Vortragsserie von Univ. Prof. Dr. F. Aspetsberger, (Univ.Klagenfurt) über Elias Canetti und „Literatur und Gewalt im 20. Jahrhundert“ an den Universitäten Liverpool, Manchester, Leeds, Hull, Cardiff, Swansea, London, Oxford

Vortragsreise von Univ. Prof. Dr. Werner Welzig (Univ.Wien) über Kafka und Schnitzler an den Universitäten Cambridge, Dublin, Galway, St. Patrick's College, Stirling, St. Andrews, Edinburgh, Birmingham und Nottingham

Vorträge Dr. Christian Witt-Döring (Österr.Museum für Angewandte Kunst, Wien) „The British Influence of Viennese furniture at the Turn of the Century“ bei Tagung der Association of Art Historians, Edinburgh und über Möbelkunst der Wiener Jahrhundertwende am Victoria and Albert Museum, London

A. Blyth (Musikkritiker, London) „Slezak and other Great Austrian Tenors“ am KI London

Vortragsreihe Univ. Prof. Dr. U. Müller (Salzburg) „Walther v. d. Vogelweide, Neidhardt von Reuenthal und moderne Liedermacher“ an den Universitäten Oxford, Bristol, Lampeter, Liverpool, Manchester, Durham, Nottingham, London

Vortragsserie von Univ. Prof. Dr. Gerhard Botz (Univ.Salzburg) „The Social Basis of Fascism in Austria“ und „The February 1934-Rising of the Austrian Socialists“ an den Universitäten Essex, Bradford, Manchester, Hull, Leeds, Exeter, Sussex, Oxford, London

Festvortrag von Kardinal Franz König „Insights into Eastern Europe“ Westminster Theatre London

2 Vorträge Dr. Barbara Lee-Störck „Women in Austria“ in Woodford (Essex) und „Austria's Political System“ an Universität Oxford

Vortragsserie Univ. Prof. Dr. W. Wiesinger (Wien) über den österreichischen Dialekt an Universitäten Manchester, York, Sheffield, Oxford, London

Vortrag Mag. B. Seidlhofer (Wien) „Foreign Language Teaching at Austrian Universities“, an Universität Sussex

Vortrag Univ. Prof. Dr. H. Birkhan (Wien) über Themen der Altgermanistik, Univ. London

Wissenschaft

- Griechenland**
- Vortrag Univ. Prof. Dr. Erna Diez (Univ. Graz) am Österr. Archäologischen Institut Athen „Griechische Mythen auf provinzialrömischen Reliefs“
- Dr. Veronika Mitsopoulos-Leon, Öster. Archäolog. Institut Athen, Jahresbericht über die österr. Grabungen in Griechenland 1983/84
- Univ. Prof. Dr. Gerhard Botz (Univ. Salzburg) „Österreich 1934 – 1984“ (Institut für Politikwissenschaften der Universität Athen und „Österreich 1934“ Vortrag am Nationalen Forschungsinstitut Athen
- Univ. Prof. Dr. Franz Pacher (TU Graz) „Die neue österreichische Tunnelbaumethode“ Vortrag mit 1-tägigem Seminar in Zusammenarbeit mit dem griechischen Ministerium für öffentl. Arbeit Athen
- Irland**
- Univ. Prof. Dr. F. Aspetsberger, Vorträge über Elias Canetti und „Literatur und Gewalt“ an den Universitäten Cork und Dublin sowie am St. Patrick's College Maynooth
- Vortragsserie Univ. Prof. Dr. Werner Welzig (Univ. Wien) über Kafka und die Funktion des Tagebuchschreibens an den Universitäten Dublin und Galway und am St. Patrick's College Maynooth
- Vorträge von Univ. Prof. Dr. Helmut Birkhan (Univ. Wien) über altgermanische und keltische Sprachwissenschaft in Dublin, Galway und Maynooth
- Israel**
- Univ. Prof. Dr. Rudolf Haller, (Univ. Graz) Vortrag am Van-Leer-Institut in Jerusalem über „The Philosophy of Hugo Bergmann and the Brentano School“
- Univ. Prof. Dr. Werner Leinfellner (dzt. Univ. of Nebraska, USA) Vortrag am Van-Leer-Institut in Jerusalem über „Brentano's Intentionality and Intentionality in Modern Science“
- Univ. Prof. Dr. Grete Klingenstein (Univ. Graz) : „Joseph II and the Edict of Tolerance“ an der Hebräischen Universität Jerusalem
- Dr. Herwig Schmidl (Heeresgeschichtliches Museum Wien, „The Role of the Jews in the Imperial Austrian Army“ an der Hebräischen Universität Jerusalem
- Schwester Dr. Anna Hedwig Wahle : „The Relationship of the Church to Jews in Austria from the Baroque until the Twentieth Century“ an der Hebräischen Universität Jerusalem
- Univ. Prof. Dr. Norbert Leser (Univ. Wien) „The Historical Background of Fin-de-siècle Vienna“ an der Hebräischen Universität Jerusalem
- Botschafter DDr. Otto Pleinert, Vortrag über den österr. Staatsvertrag und die österr. Neutralität vor der Vereinigung Bnai Brith in Haifa
- Italien**
- Univ. Prof. Dr. Marisa Volpi Orlandini, Rom „Alfred Kubin“, Dr. Alessandro Nigri, Rom „Alfred Kubin – profeta del tramonto“ ÖKI Rom

Wissenschaft

Prof. Quirino Principe, Mailand „Gustav Mahler“ Palazzo dei Congressi, San Marino

Präsentation der Gustav Mahler-Biographie von Quirino Principe, Vorträge von Dr. Luigi Bellingardi, Rom, Prof. Ettore Paratore, Rom und Quirino Principe, Mailand

Podiumsgespräch über „Hugo von Hofmannsthal: Gabriele D'Annunzio ed Eleonora Duse“ mit Vorträgen von Univ. Prof. Dr. Massimo Cacciari, Venedig, Dr. Claudio Marchesi, Brescia, Univ. Prof. Dr. Arturo Mazzarella, Neapel, Univ. Prof. Dr. Friedbert Aspetsberger, Klagenfurt und Univ. Prof. Dr. Marino Freschi, Neapel Bibliothekssaal des ÖKI Rom
Univ. Prof. Dr. Herbert Zeman: „Der Aufstieg der österreichischen Literatur zu europäischem Rang“ Bibliothekssaal des ÖKI Rom

Dr. Franco Ceccopieri Maruffi, Rom: „Austria Barocco“ mit Diapositiven Bibliothekssaal des ÖKI Rom

Podiumsgespräch über österreichische Literatur Vorträge von Prof. Claudio Magris, Triest, Prof. Guiseppe Bevilacqua, Florenz, Prof. Augusto del Noce, Rom, Prof. Marino Freschi, Neapel und Prof. Zoran Konstantinovic, Innsbruck, Instituto Universitario Neapel

Vortrag von Prof. V. Orel (Direktor des Mendelianums in Brünn) „Mendel's role in the foundation of genetics“ Italien. Akademie der Wissenschaften Rom; Prof. Rosalia Chladek (Wien): Vorträge über Tanz und rhythmische Erziehung, Mailand

Prof. Horst Knapp (Wien): „Die Sozialpartnerschaft in Österreich – ein Modell der sozialen Zusammenarbeit“ (gem. mit Johns Hopkins University Bologna)

Dr. Rita Koch (Wien): „Die Folgen des Toleranzpatents Josephs II. für die Emanzipation des Judentums“, Mailand

Die Gemeinde Mailand widmete im Rahmen ihrer ständigen Vortragszyklen eine Serie dem Thema „Mitteleuropa“; Dr. Nerio de Carlo (Mailand) hielt hierbei folgende österreichkundliche Vorträge: „Der Einfluß Gustav Mahlers auf Thomas Mann“, „Das Tier als Sinnbild bei Franz Kafka“, „Robert Musil – unser Nachbar“

Im Rahmen der Veranstaltung „Il Trentino nel Settecento.....“ hielten die österreichischen Historiker Univ. Prof. Wilhelm Brauneder (Wien), Univ. Prof. Grete Klingenstein (Graz), Univ. Prof. Werner Ogris (Wien) Fachvorträge

Japan

Prof. Hans Hollein (Wien): Vorträge über sein architektonisches Schaffen in Tokio und Kyoto

Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner (Wien): Vortragsserie an den Universitäten Tokio, Osaka, Kuushu, Hokaido, Kyoto und Chiba über „Faschismus und Widerstand in Österreich“, „Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“ und „Die österreichische Neutralität“, „50 Jahre Februar 1934 in Österreich“

Wissenschaft

- Dr. Manfred Ringhofer (österr.Deutschlektor in Japan): Begleitvortrag „Franz Kafka“ anl. Ausstellungseröffnung in Osaka
- Vorträge Univ. Prof. Dr. Thomas Immoos und Univ. Prof. Dr. Heinz Hamm sowie Univ. Prof. Dr. Gerhard Schepers über Kafka-Themen anl. der Eröffnung der Kafka-Ausstellung an der Sophia Universität Tokio
- Vortragsserie über Adolf Loos anl. der „Adolf Loos“ Wanderausstellung in Tokio (gehalten von japanischen Loos-Spezialisten)
- Univ. Prof. Matthias Hietz: „Die zukünftige kulturelle Entwicklung der Menschheit“
- Jugoslawien Prof. Hartmut Krones, Wien: Vortragsabend „Aspekte graphischer Notationen“
- Prof. Dr. Gerhard Neweklowsky, Klagenfurt: Vortrag „Die Sprache der Burgenländer-Kroaten“, Agram
- Rektor Dr. Otto Kolleritsch, Graz: Vortrag „Aspekte und Arbeitserfahrungen des Instituts für Wertungsforschung der Musikhochschule Graz“, Agram
- Univ. Prof. Dr. Erich Heintel, Wien: Vortrag „Transzendentaler Idealismus und empirischer Realismus bei Kant“, Universität Agram, Abt. f. Geschichts-Philosophie d. Zentrums f. Wissenschaftsgeschichte
- Prof. Herbert Steiner, Wien: Vortrag: „12. Februar 1934“ Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Agram und Laibach
- Kanada Univ. Prof. Dr. Fritz Fellner (Univ.Salzburg): Vorträge über österreichische Geschichte an der University of Regina und der University of Alberta (Edmonton)
- Architekt Mag. Dietmar Steiner (Wien): Vortragsreise an die Universitäten Montreal, Ottawa über „Geschichte der österreichischen Architektur“
- Univ. Prof. Dr. Wolfdieter Bihl (Wien): Vortragsreise über Themen der neueren österr. Geschichte, an der University of Toronto, University of Ottawa, Halifax und Alberta
- Prof. Kurt Klinger (Wien): Vortrag über „Die österreichische Dramatik heute“ an der Universität von Winnipeg
- Kolumbien Vortragsreihe der Phil.Fak.d.Universidad Javeriana über Ludwig Wittgenstein
- Univ. Doz. Dr. Gerhard Drekonja: Politikwissenschaftliche Vortragsreihe an der Universidad de los Andes (Bogotá)
- Univ. Prof. Dr. Eduardo Gómez: „Aktualität und Tendenzen des Werkes Kafkas“ anl. der Franz Kafka-Ausstellung in Bogotá
- Univ. Prof. Dr. Montserrat Ordonez (Universidad de los Andes, Bogotá): „Die Verwandlung als monderner Text“, anl. Kafka-Ausstellung

Wissenschaft

- Dr. Eduardo Mora (Präs. der Kol. Akad. d. Wiss.): „Gregor Mendel“, anl. Gregor Mendel-Ausstellung
- Korea**
 Univ. Prof. Dr. Herbert Steiner (Wien): Vorträge über „Der österreichische Widerstand“, „Die österreichische Arbeiterbewegung“
 Prof. Dr. Heinrich Gattermeyer über zeitgenössische österreichische Musik an der Hanyang-Univ. und Seoul Univ.
- Luxemburg**
 Prof. Dr. Christian Nebehay: „Secession, Jugendstil, Expressionismus – Malerei und Architektur in Wien nach der Jahrhundertwende“
 Botschafter Dr. Gerhart Heible: „Die fröhliche Apokalypse – Politik, Gesellschaft und Kultur in den letzten 20 Jahren der Monarchie“
 Botschafter Dr. Manfred Scheich: „Österreich und der Prozeß der europäischen Integration“
 Prof. Robert Schollum (MHS Wien): Vortrag über Anton von Webern (mit Workshop)
 Dr. Gerbert Frodl: „Hans Makart – 100. Todestag“
 RR Gerstenecker: „Maria Theresia und ihre Zeit“
 Univ. Prof. Dr. Herbert Zeman (Wien): „Österreichische Literatur“ am Centre Universitaire
- Mexiko**
 Univ. Prof. Dr. Walter Schleger (Rektor der Veterinärmedizinischen Universität Wien): Festvortrag über Gregor Mendel (Mexico City)
 Conny Hannes Meyer: Vortragsserie über „Modernes Theater in Österreich“ in Mexico City und Queretaro
 Univ. Prof. Dr. Erwin Führer (Univ. für Bodenkultur Wien): Vorträge über „Forstentomologie und Forstschutz“ an der Universidad Autonoma de Nuevo Leon
 Univ. Doz. Dipl. Ing. Dr. Siegfried Hermann (Bundesinstitut für Wissenschaftlichen Film): Vortragsserie über den österreichischen wissenschaftlichen Film in Mexico City, Chapingo und Puebla
 Mag. Erich Plaim (Österreichische Galerie): Vortrag über Materialtechnologie und Restaurierungstechnik (Palacio de Bellas Artes, Mexico City)
- Niederlande**
 Hofrat Dr. Allmayer-Beck: Vorträge an den Universitäten Utrecht, Leiden, Den Haag über „Die kaiserliche Armee und die Türkenkriege“
 Architekt Dr. Burkhard Rukschoio: Vorträge über Adolf Loos in Delft und Eindhoven
- Philippinen**
 Prof. Harry Sichrovsky: Vortrag über Ferdinand Blumentritt (University of the Philippines, Manila)
 Dr. Gerhard Sailer (Präs. des Bundesdenkmalamtes Wien): Vortrag über Denkmalschutz in Österreich

Wissenschaft

- Polen
- Dir. Dr. Richard Sickinger „Österreich im 20. Jahrhundert“ Zielona Góra
- Prof. Dr. Martin Stern „Hofmannsthal und das Ende der Habsburger Monarchie“ (Univ.Krakau, Torun, Poznan, Warschau) und „Die jüdische Identität bei Kafka“ (Univ.Warschau)
- Univ. Prof. Dr. Gerhard Schmidt Vortragsreihe über österr. kunsthistorische Themen an der Universität Warschau, Krakau und Wroclaw
- Univ. Prof. Dr. Karlheinz Rossbacher (Univ.Salzburg) Vortragsreihe über Musil, Stifter und „Österr. Erzählliteratur im 19 Jh.“ (Univ.Warschau, Poznan, Krakau und Wroclaw)
- Univ. Prof. Dr. Franz Wolkinger (Univ.Graz) : „Probleme des Natur- und Umweltschutzes in Österreich“, Krakau und „Ökologisch-vegetationskundliche Moorforschungen“, Warschau
- Univ. Prof. Dr. Uwe Baur (Univ.Graz) „Die Problematik der Agrarwirtschaft in Österreich nach 1945 und die literarischen Reaktionen“ Univ.Warschau, Krakau und Rzeszów
- Prof. Dr. Gotthart Wunberg (Univ.Tübingen) „Die Wiener Moderne“, Univ. Warschau und Univ.Wroclaw
- Prof. Dr. Renate Göpfert von Heydebrandt (Univ.München) : „Zur literarischen Bewertung Schnitzlers“, Univ.Warschau
- Prof. Dr. Herbert Göpfert (Univ.München) „Zu Elias Canettis Lebenserinnerungen“ Univ. Warschau
- Univ. Prof. Dr. Peter Kampits (Univ.Wien) „Die Bedeutung des Todes innerhalb der Phänomenologie“ und „Gibt es eine wissenschaftsimmanente Ethik?“ Univ.Poznan sowie „Geschichte der österreichischen Philosophie“ Univ. Warschau
- Univ. Doz. Dr. Kurt Bartsch (Univ.Graz) Vortragsreihe über zeitgenössische österr.Literatur an den Univ. Torún, Poznan, Warschau, Krakau, Rzeszow
- Portugal
- Univ. Prof. Dr. Ludwig Scheidl : Vortrag über Arthur Schnitzler (anl. Schnitzler-Ausstellung in Porto) und über Franz Kafka anl. der Kafka-Ausstellung in Coimbra und Lissabon
- Prof. Helga Knava über : „Grundlegende Methodologie des Violinunterrichtes“ am Conservatorio Nacional in Lissabon
- Dr. Rene Clemencic : Vorträge über Operninszenierungen in der Gulbenkian Stiftung
- Saudiarabien
- Univ. Prof. Dr. Pauser (Univ.Wien) Univ. Prof. Dr. Margreiter (Univ.Innsbruck) Univ. Prof. Dr. Helmut Lechner (Univ.Graz) hielten im Rahmen von medizinischen Fachtagungen und Symposien Vorträge aus ihren Fachgebieten
- Schweden
- Prof. Alois Forer (Mozarteum Salzburg) : Vortrag über „Orgeln in Österreich“
- Karin Lindegren (Leiterin der Kunstakademie Stockholm) : Vortrag über Adolf Loos

Wissenschaft

- Schweiz Univ. Prof. Dr. Wendelin Schmidt-Dengler (Wien) : Vorträge in Bern und Lausanne über österreichische Gegenwartsliteratur (im Rahmen des Zyklus „Österreichische Autoren der Gegenwart“)
- Spanien Botschafter Dr. Gerhard Gmoser : „Die österreichische Neutralität“ (an verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen in Madrid) „Der österreichische Handel“ (Handelskammer Malaga) „Die pluralistische Gesellschaft“ (Universität Salamanca) „Der österreichische Außenhandel“ (Handelskammer Barcelona) und „Die moderne Diplomatie“ (Rotary Club Madrid)
- Türkei Dr. Wolfgang Kraus (Ges. für Literatur Wien) : „Besonderheiten der österreichischen Literatur“ (Ankara)
- Prof. Leo Witoszynskij und Prof. Gottfried Hechtl : Vorträge über Gitarre, Flöte und Kammermusik am Konservatorium Ankara
- Dr. Willy Weisz : „Gestaltung von Computerprogrammen“ an der Middle East Technical University Ankara
- Univ. Prof. Dr. Manfred Wehdorn (Wien) : „Altstadterhaltung in Österreich“, „Geschichte, Methoden und Werte der Industriearchäologie als neue Aufgabe der Denkmalpflege“ Sinan Universität Istanbul, Yıldiz Universität Istanbul und Universität Izmir
- Univ. Prof. Dr. Ulf Birbaumer (Wien) : „Österreichische Theaterlandschaft seit 1945“, „Sprache der Kritik und Theatervorstellung“ Kulturzentrum Izmir und Istanbul
- Prof. Mag. Werner Krems (Wien) : „Moderner Sportstättenbau am Beispiel in Österreich“, „Planung und Betrieb von Sporthallen in Österreich“ Architekturfakultät Izmir, Architekturfakultät Yıldiz Istanbul, Architekturfakultät Sinan Istanbul
- Dr. Wolfgang Kraus (Wien) : „Sigmund Freuds Wirkung auf die Weltliteratur“ Istanbul, Izmir und Eskisehir
- Univ. Ass. Dr. Willy Weisz (EDV-Zentrum der Univ. Wien) „Design und realization of reliable, maintainable and portable software for scientific and commercial applications“, Bosporus-Universität Istanbul, Technische Universität Istanbul
- Dr. Adolf Hübner (NÖ), Präsident der österreichischen Ludwig Wittgenstein-Gesellschaft : „Ludwig Wittgenstein – Zivilisation und Kultur“, „Die Bedeutung des begriffslogischen Denkens für Wissenschaft und Welterkenntnis“, Geisteswissenschaftliche Fak. Izmir, Philosoph. Institut Istanbul
- Univ. Prof. Dr. Ernst Ch. Suttner (Wien) : „Die Rolle der Phanarioten in Konstantinopel/Istanbul in Kirche, Staat und Kultur“
- Ungarn Prof. Dr. Wolfgang Ebert, Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien „Johannes Brahms und seine Freundschaft zu Ungarn“, Franz Liszt-Musikhochschule Budapest

Wissenschaft

o. HSProf. Dr. Otto Kolleritsch, Rektor d. Hochschule für Musik und darst. Kunst, Graz „Wirkungsgeschichte der österr. Musik seit 1900“ Franz Liszt Musikhochschule Budapest

Dr. Dieter Ronte, Direktor des Museums für Moderne Kunst, Wien „Hang zum Gesamtkunstwerk – Erfahrungen einer Ausstellung in Wien“, Budapest

Univ. Prof. Dr. Othmar Wessely, Österr. Akademie der Wissenschaften „Anton Bruckner“, Franz Liszt-Musikhochschule Budapest

Prof. Dr. Friedrich C. Heller, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Wien „Die Geistige Welt von Johannes Brahms“ Pester Redoute

Dozent Dr. Oskar Pausch, Leiter der Theatersammlung der Österreichischen Nationalbibliothek und des Österr. Theatermuseums über die Sammlungen dieser Institutionen sowie Frau Stefanie Winkelbauer über „Broadway-Kostümzeichnungen in der Theatersammlung der Österr. Nationalbibliothek“

USA

Vortragsreihe: „Vienna at the Turn of the Century“ (in Zusammenarbeit mit der Smithsonian Institution)

Univ. Prof. Dr. Viktor Frankl: Vortrag vor der St. Francis Society in Washington

Prof. Wilhelm Holzbauer: „Moderne österreichische Architektur“ (im Rahmen von „Arts Dialogue“ im Hirshhorn Museum Washington)

Prof. Konrad Oberhuber: Vortrag anl. der Albertina-Ausstellung an der National Gallery of Arts, Washington

Vorträge Prof. Kurt Klinger: „Österreichische Demokratie heute“ und „Kafka auf dem Theater“ (Universität Minnesota, Kalifornien und New Mexico)

Univ. Prof. Dr. Fritz Fellner: Vortrag über Neuere Geschichte am Franklin Marshal College, Lancaster

Jarmila Weissenboeck (Österreichisches Theatermuseum Wien): Vortrag über Fanny Eißler

Prof. Harry Zohn: Vortrag über Johann Nestroy (anl. der Theateraufführung „On the Razzle“)

Vortragsserie über Josef Roth (in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute New York)

Univ. Doz. Dr. Siegfried Hermann: Vortrag über den österreichischen wissenschaftlichen Film (Harvard University)

Prof. Dr. Jürgen Koppensteiner (University of Northern Iowa: „An Austrian in America – An American in Austria – too many languages and cultures?“)

Prof. Dr. Kolleritsch: Wirkungsgeschichte der österreichischen Musik seit 1900

UdSSR

Univ. Prof. Dr. Herbert Steiner: Vorträge am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Moskau

Wissenschaft

Venezuela

Univ. Prof. Dr. Viktor Frankl (Univ.Wien) : hielt anl. der Verleihung des Ehrendoktorates der Universität Andres Bello in Caracas mehrere Vorträge über seine Forschungen

*Afghanistan***Länderinformation****Afghanistan****(Demokratische Republik Afghanistan), Kabul**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Babrak Karmal	Sultan Ali Keshtmand	Shah Mohammad Dost

ÖB Kabul: Adolf Hetzl (Geschäftsträger a. i.), Zarghouna Wat, Kabul, P. O. B. 24, Tel. 32720

Die Situation in Afghanistan war weiterhin durch die sowjetische Militärpräsenz gekennzeichnet, die nunmehr schon über fünf Jahre andauert. Die von der Sowjetunion gestützte Regierung beherrschte die Hauptstadt und bestimmte Verkehrswege, während der afghanische Widerstand einzelne Regionen des Landes kontrollierte. Wesentliche Ansätze für eine Lösung der Afghanistan-Frage waren nicht zu verzeichnen. Die Situation hat zu grossen Flüchtlingsströmen, insbesondere ins benachbarte Pakistan, geführt.

Als Folge dieser Situation kam es zu keiner Intensivierung der bilateralen Beziehungen.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 4,43 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 22,55 Mio. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 408,2% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 45,1 Mio. öS 1983 auf 46,85 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 3,9%.

Unter anderem konnte ein Auftrag für eine österreichische Firma (Papier) in der Höhe von 20 Mio öS – mit guten Aussichten auf weitere Anschlußgeschäfte – abgeschlossen werden.

Auch im Jahre 1984 haben sich keine neuen Ansatzmöglichkeiten für eine allfällige Verbesserung der seit Jahren stagnierenden kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Afghanistan ergeben.

Für die im Wege der Österreichischen Botschaft Kabul angebotenen Stipendien im Entwicklungsbereich besteht nach wie vor besonderes Interesse seitens der afghanischen Stellen.

Die im Rahmen des Österreichisch-Schweizerischen Abkommens über die Zusammenarbeit auf konsularischem Gebiet und der Schutzmachtigkeit für schwedische Staatsangehörige durchgeführten Betreuungen, Interventionen etc. waren im Berichtsjahr durch das Anwachsen der Kolonie umfangreicher als im Vorjahr.

*) Abkürzungen :AHSt = Außenhandelsstelle, AUA-B = AUA-Büro, GK = Generalkonsulat, HGK = Honorargeneralkonsulat, HK = Honorarkonsulat, KI = Kulturinstitut, ÖB = Österreichische Botschaft

Ägypten

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mohamed Hosni Mubarak	Kamal Hassan Ali	A. Esmat Abdel Megid

ÖB Kairo : Dr. Franz Bogen, Riyadh Tower, El Nile Street, Giza, Kairo, Tel. 737640 ;
KI ; HGK Alexandria ; AHSt

Die Bemühungen der ägyptischen Aussenpolitik, das natürliche Gewicht des Landes in der arabischen Welt wieder stärker zur Geltung zu bringen, haben Erfolge gebracht : Ägypten wurde wieder Vollmitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (Jänner 1984) und nahm die diplomatischen Beziehungen mit Jordanien im September 1984 wieder auf. Die Beziehungen zu Israel sind kühl, auch wenn Ägypten stets betont, dass der Friedensvertrag mit Israel verbindlich bleibt. Ägypten hat seine aktiven Bemühungen um eine Verbesserung der Voraussetzungen für eine Friedensregelung, insbesondere durch Kontakte mit den gemässigten arabischen Staaten, fortgesetzt.

Die Parlamentswahlen im Mai 1984 brachten Präsident Mubarak in seinen Bemühungen um die Demokratisierung des politischen Lebens weitere Erfolge.

Aussenminister Erwin Lanc hat Ägypten in der Zeit vom 12. bis 15. Mai 1984 besucht. Die dabei geführten Gespräche bestätigten die hohe Qualität der gegenseitigen Beziehungen und die Wertschätzung für das österreichische Engagement in der Nahostfrage. Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hat Ägypten in der Zeit vom 31. März bis 7. April 1984 einen Besuch abgestattet. Im November war eine österreichische Delegation unter dem Armeekommandanten General Philipp zu Besuch in Kairo.

Die österreichischen Ausfuhren nach Ägypten konnten 1984 in allen Bereichen stark ausgeweitet werden und erreichten 2,70 Mrd. öS. Dieses Ergebnis stellt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 61,7% dar und macht Ägypten zu einem der wichtigsten Käufer österreichischer Waren in Afrika. Die österreichischen Lieferungen nach Ägypten weisen einen hohen Anteil an Maschinen und Verkehrsmitteln auf.

Viele Einzelprojekte führten zu dieser erfreulichen Entwicklung : Österreichische Firmen beteiligten sich u. a. am Ausbau des Telefonnetzes, an der Errichtung von Pumpstationen, an Wasseraufbereitungsanlagen und Abwasserkläranlagen, an der elektrischen Ausrüstung von Kraftwerken und an Umspannwerken. Österreichische Unternehmer errichteten ferner Ziegeleien und Brücken und lieferten über 200 Feuerwehrfahrzeuge.

Mehrere Projekte, die bereits geplant sind, deren Durchführung aber noch aussteht, lassen ein Anhalten des hohen österreichischen Exportniveaus erwarten.

Die ägyptischen Exporte nach Österreich gingen 1984 mangels Rohölkäufen um 30,7% auf 614,17 Mio. öS zurück.

Dagegen konnten die Exporte von Baumwollgarnen und von Spinnstoffen aus Baumwolle erheblich ausgeweitet und ägyptische Lieferungen von Gemüse mehr als verdoppelt werden.

Staatssekretär Dr. Schmidt, der anlässlich der Eröffnung der Messe von Kairo vom 9. bis 12. März 1984 nach Ägypten kam und auch am traditionellen österreichischen

Ägypten – Albanien

Empfang aus Anlass dieser Veranstaltung teilnahm, hatte Gelegenheit, mit einer Reihe für Wirtschaftsfragen zuständiger Minister bilaterale Wirtschaftsfragen zu erörtern.

Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe wurden das österreichische Entwicklunghilfefprojekt einer Rinderfarm in West-Noubaria mit der Verlängerung des Einsatzes eines österreichischen Mechanikers sowie die österreichische Beteiligung an dem multilateralen Projekt zur Bekämpfung der Mittelmeerfruchtfliege fortgesetzt.

Der Schwerpunkt der bilateralen kulturellen Beziehungen lag, wie bereits in der Vergangenheit, bei der Abhaltung wissenschaftlicher Symposien. Zu erwähnen wären ein medizinisches Symposium über Amöbenbehandlung, ein Chemieseminar, die Rote-Meer-Feldstudie des Wiener Instituts für Paläontologie sowie ein Völkerrechtseminar am ägyptischen Diplomatischen Institut.

Auf dem Gebiet der Literatur sind Vorträge hervorzuheben, in denen Peter Rosegger, österreichische Literatur in arabischen Übersetzungen, Kafka und Theater in Österreich behandelt wurden.

Höhepunkte im Musikprogramm waren die Konzerte des Oberösterreichischen Bläserquintetts, Barbara Rontes Cellokonzert mit der Kairener Symphonie sowie die Darbietungen der Jazz-Ensembles „Miklin-Trio“ und „Neighbours“. Die Ausstellung Anton Lehmdens im Mahmoud Khalil Museum fand vor allem durch die ägyptenbezogenen Sujets großen Widerhall.

Das österreichische Archäologische Institut, Zweigstelle Kairo, hat seine Grabungskampagne in Tell el-Dab'a mit neuen Funden erfolgreich fortgesetzt.

Es bestehen sehr gute Kontakte zu den ägyptischen Fachressorts Erziehung und Kultur, zum Supreme Council for Youth and Sports und vor allem zur ägyptischen Antikenverwaltung und zu den Universitäten.

Albanien

(Sozialistische Volksrepublik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
R. Alia	A.Carçani	R. Malile

ÖB siehe Jugoslawien

Die Aussenpolitik der Sozialistischen Volksrepublik Albanien war weiterhin geprägt von dem Bemühen, gute Beziehungen zu den kleineren Staaten Europas zu pflegen, sich aber von den Grossmächten und Blöcken, aber auch von vielen multilateralen Arbeitsgebieten deutlich zu distanzieren.

Im Rahmen der Grenzen, die der Zusammenarbeit mit Albanien durch die herrschende Gesellschaftsordnung gesetzt sind, gehört Österreich zu den Ländern, die auf ein positives Echo in Albanien stossen.

Bundesminister Gratz und sein albanischer Amtskollege Malile trafen in New York – anlässlich der Generalversammlung der UN – zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

Der Umfang des bilateralen Warenaustausches hat sich import- und exportseitig erhöht. Die österreichischen Importe stiegen gegenüber 1983 um 45% auf 167 Mio. öS, die österreichischen Ausfuhren um 2,1% auf 94,2 Mio. öS.

Albanien – Algerien

Die kulturellen Beziehungen zu Albanien entwickelten sich auch im Berichtsjahr vor allem auf wissenschaftlichem und universitärem Bereich.

Algerien (Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Chadli Bendjedid	Abdelhamid Brahimi	Dr. Ahmed Taleb Ibrahimi

ÖB Algier : Dr. Gerfried Buchauer, Les Vergers, rue 2, lot 9, Birmandreis/Algier, Tel. 562909 ; AHSt

Präsident Chadli Bendjedid hat im Gefolge des 5. Parteikongresses Anfang 1984 nach direkter Wahl seine zweite fünfjährige Amtsperiode angetreten und kurz darauf eine neue Regierung gebildet. Kommunal- und Provinzwahlen im Dezember 1984 haben zu einer deutlichen Verjüngung des administrativen Apparates auf Provinz-, insbesondere jedoch auf der in der Entwicklungsstrategie des Landes zunehmend bedeutsamen Gemeindeebene geführt. Die 30. Wiederkehr des Jahrestages des Ausbruchs des algerischen Befreiungskampfes am 1. November gab der Führung Gelegenheit zu einer eindrucksvollen Selbstdarstellung des Landes.

Die Aussenpolitik war durch ein starkes Engagement zur Förderung der innerpalästinensischen Aussöhnung sowie durch eine Aktivierung der Nachbarschafts- und Afrikapolitik gekennzeichnet. Der marokkanisch-libysche Unionsvertrag vom 1. September 1984 stellt für die Region im allgemeinen ein neues Element dar.

Eine Delegation unter der Leitung Bundesminister Blechas hat an den Feierlichkeiten des 1. November teilgenommen. Kontakte mit Regierungsmitgliedern wurden zur Erörterung der Ausbaufähigkeit der bilateralen Beziehungen sowie internationaler Fragen genutzt. Die für 1984 vorgesehen gewesene 2. Tagung der Gemischten Kommission konnte aus terminlichen Gründen noch nicht stattfinden.

Der beiderseitige Warenaustausch nahm neuerlich zu – die österreichischen Exporte stiegen um 45,5% auf 2,82 Mrd. öS, die österreichischen Importe um 30% auf 4,27 Mrd. öS. Die Handelsbilanz ist somit für Österreich passiv. Die österreichischen Lieferungen umfaßten – u. a. in Verbindung mit zwei Grossprojekten im Eisenbahn- und Kraftwerksbau – Eisen und Stahl, Fahrzeuge, (elektrische) Maschinen, aber auch Käse, Holz, Papier, Gummi- und Metallwaren. Die österreichischen Importe bestanden nahezu ausschliesslich aus Erdöl und Kondensaten.

Im ersten Grossprojekt der Eisenbahnkooperation konnte Staatspräsident Chadli Bendjedid am 17. Oktober 1984 symbolisch die erste Schiene verlegen.

Die kulturelle Zusammenarbeit beschränkte sich mit der Teilnahme an den internationalen Filmwochen in Algier sowie der Vorbereitung der algerischen Filmwoche in Wien auf den Filmsektor. Der Besuch des Prorektors der Wirtschaftsuniversität Wien hat zu ersten Kontakten auf dem Gebiet der bilateralen wissenschaftlichen Zusammenarbeit geführt.

Der von der Österreichischen Volkshilfe gemeinsam mit der belgischen Schwesterorganisation gestiftete – bereits dritte – Schulkomplex für sahraouische Flüchtlinge wurde errichtet und im Oktober im Beisein einer umfangreichen österreichischen Delegation feierlich übergeben.

Algerien – Angola – Äquatorial-Guinea

Die von der Gesellschaft „Rettet das Kind“ in El-Asnam errichtete sechsklassige Volksschule hat ihren Betrieb aufgenommen.

Angola

(Volksrepublik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo Dos Santos	José Eduardo Dos Santos	José Eduardo Dos Santos

ÖB Luanda : Dr. Horst Mezei (residiert in Lusaka), Rua Reverendo Agostinho Pedro Nêto No. 20 (Prédio Cristalia), Luanda ; C. P. 6859, Luanda, Tel. 31338 ; AHSt

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und UNITA stellen sowohl innen- als auch aussenpolitisch eine schwere Belastung dar. Das im Februar mit Südafrika geschlossene Truppenentflechtungsabkommen hat bisher noch zu keinem vollständigen Rückzug der südafrikanischen Truppen aus dem Land geführt.

Der Guerillakrieg der UNITA hat vorallem die Landwirtschaft und das Verkehrswesen schwer beeinträchtigt. In letzter Zeit waren auch Angriffe bzw. Sabotageakte gegen Diamantenminen und Erdölfelder zu verzeichnen. Da Luanda gezwungen ist, einen erheblichen Teil seiner Deviseneinnahmen für Importe von Kriegsmaterial und für die Bezahlung des kubanischen Truppenkontingents aufzuwenden, stehen auch der Industrie nicht genügend Devisen zur Verfügung, um an eine Aufwärtsentwicklung denken zu können.

Ein Lichtblick ist die steigende Erdölproduktion. Nach unabhängigen Schätzungen sollte sich diese von 215.000 Faß/Tag im Jahr 1984 auf rund 550.000 Faß/Tag im Jahr 1991 erhöhen.

Trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten bleibt Angola ein Hoffnungsmarkt der Zukunft.

Österreich finanziert den Einsatz eines Agrarexperten in Luanda. Mehrere Entwicklungshilfeprojekte auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden derzeit geprüft.

Äquatorial-Guinea

(Republik Äquatorial-Guinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Colonel Obiang Nguema Mbasogo	Don Cristino Seriche Bioko Malabo	Don Marcelino Nguema Onguene
ÖB siehe Nigeria		

Allfällige im Rahmen der äusserst bescheidenen bilateralen Beziehungen mit Äquatorial-Guinea anfallende Kontakte werden über die jeweiligen Missionen bei den Vereinten Nationen in New York abgewickelt.

Die bilateralen Handelsbeziehungen blieben 1984 sehr bescheiden, konnten aber in beiden Richtungen gesteigert werden.

Argentinien

Argentinien (Republik Argentinien), Buenos Aires

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Raúl Alfonsín	Dr. Raúl Alfonsín	Dante Caputo

ÖB Buenos Aires: Dr. Johann Mathé, Calle French 3671, 1425 Buenos Aires, Tel. 8027195; HK (Córdoba); AHSt

Die wiedererstandene argentinische Demokratie hatte im abgelaufenen Jahr eine schwierige Bewährungsprobe zu bestehen, was ihr in entscheidenden – vor allem aussenpolitischen – Bereichen gelang. Die Regierung musste zwar Popularitätseinbussen hinnehmen, konnte aber ihr internationales Ansehen aufrechterhalten. Voll erreicht wurde das Ziel einer innen- und aussenpolitischen Normalisierung. Die Wiedereingliederung Argentiniens in die demokratische Staatengemeinschaft vollzog sich im Zeichen einer regen Besuchsdiplomatie auf hoher und höchster Ebene.

Zu Jahresende wurde aufgrund des päpstlichen Vermittlungsvorschlages ein Vertrag mit Chile zur Lösung des Beagle-Kanal-Problems abgeschlossen. Eine Volksbefragung ergab überwältigende Zustimmung der argentinischen Bevölkerung und festigte so weiter das Ansehen der Regierung Alfonsin. Die Position Argentiniens innerhalb der Blockfreien-Bewegung sowie der lateinamerikanischen Staatengruppe konnte gefestigt werden. Aussenpolitisch ungelöst blieb die Falkland/Malvinas-Frage, die vorläufig im Rahmen der Vereinten Nationen behandelt wird.

Die Ahndung der unter dem früheren Regime begangenen Menschenrechtsverletzungen wurde mutig und realistisch in Angriff genommen.

Der offizielle Besuch, den der argentinische Aussenminister im Mai Österreich als einem der ersten Staaten in Europa abstattete, bot Gelegenheit zu einem ausführlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch und erbrachte weitgehende Übereinstimmung der beiden Länder in der Beurteilung aktueller aussenpolitischen Fragen. Ein weiterer österreichisch-argentinischer Gedankenaustausch fand anlässlich der 39. Generalversammlung der UNO zwischen Aussenminister Gratz und seinem Amtskollegen Caputo in New York statt.

Hyperinflation, eine Auslandsverschuldung von über 45 Mrd. US\$ und der Beginn einer neuen Stagflations- wenn nicht Rezessionsphase kennzeichneten die wirtschaftliche Situation Argentiniens Ende 1984.

Da sich die Regierung aus innenpolitischen Gründen nicht zu einem Austeritätskurs entschliessen konnte, übertraf die Inflationsrate bis November mit 675% im Jahresabstand das hohe Vorjahresniveau (434%). Der Arbeitsmarkt hat in der zweiten Jahreshälfte infolge zahlreicher Streikaktionen an Stabilität verloren.

Die Investitionsschwäche des staatlichen wie des privaten Sektors und das niedrige Reallohniveau haben auch 1984 eine wirtschaftliche Belebung verhindert.

Während des gesamten Jahres 1984 wurde nach einer Lösung für die Bedienung der hohen internationalen Verschuldung Argentiniens gesucht (45 Milliarden US-Dollar bei einem BNP von ca. 75 Milliarden US-Dollar).

Nach schwierigsten und langwierigen Verhandlungen konnte als Vorbedingung für eine von Argentinien angestrebte erneute Umschuldung eine Vereinbarung mit dem IWF mit Schwergewicht auf Inflationsbekämpfung als Grundlage für eine Lösung

Argentinien

dieses vordringlichsten Problems gefunden werden. Durch weitere Kreditzusagen hat die internationale Finanzwelt mit Ablauf des Jahres 1984 auch die Basis für eine Umschuldung gelegt. Das Land konnte im vergangenen Jahr nur unter Anwendung größten politischen Geschickes verhältnismässig geringe Summen aufnehmen – und Argentinien hat sich seinerseits verpflichtet, seine überfälligen Zinsrückstände aus Auslandsschulden bis zum September 1985 zu begleichen.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 673,525 Mio. S konnten im Berichtsjahr Exporte von 669,307 Mio. S getätigt werden, was einer Veränderung von – 0,6% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 182,639 Mio. S 1983 auf 213,279 Mio. S 1984. Das entspricht einer Veränderung von plus 16,8%.

Hauptexportgüter Österreichs waren nach wie vor chemische Erzeugnisse (vor allem Pharmazeutika), bearbeitete Waren (Magnesitsteine, Edelstahl, Werkzeuge), Maschinen aller Art, insbesondere aber Wälzlager und Rohstoffe wie Spinnfasern und Rohmagnesit.

Importiert wird aus Argentinien Fleisch, Mais, Früchte und Futtermittel, Tabak, pflanzliche Öle und Ölsaaten sowie Schafwolle und Leder und Teile für EDV-Maschinen.

Im September trat in Buenos Aires die österreichisch-argentinische Gemischte Kommission zusammen, die auf österreichischer Seite unter Leitung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Erich Schmidt, stand.

Die 1983 begonnene verstärkte kulturelle Tätigkeit wurde auch im Jahre 1984 fortgesetzt ; es konnte eine bedeutsame österreichische Präsenz angeboten werden. Auf dem Gebiet der Musik hat die in Argentinien lebende österreichische Pianistin Alicia Weingarten durch mehrere Konzerte österreichischer zeitgenössischer Musik grosse Erfolge erzielen können. Österreichische zeitgenössische Komponisten wurden auch durch das Klavier-Duo Valerie-Montrul vorgetragen. Eine österreichische Beteiligung beim Internationalen Jazz-Festival „Mar del Jazz“ erfolgte während der ersten Märzhälfte. Über Initiative der Botschaft fand in Buenos Aires eine österreichische Plakatausstellung statt, die von 12.000 Besuchern besucht wurde. In Argentinien lebende österreichische Maler und Bildhauer stellten unter dem Ehrenschutz der Botschaft ihre Werke aus. Neben einer im April veranstalteten Caféhauswoche fand im August in Buenos Aires eine österreichische kulinarische Woche statt. Zwei österreichische zeitgenössische Theaterstücke, „Jesus Maria“ von Turrini und „Kaspar“ von Peter Handke, wurden in spanischer Sprache über Initiative der Botschaft in Theatern der argentinischen Hauptstadt aufgeführt. Vom 13. bis 16. August fand an der Universität Belgrano in Buenos Aires ein Österreich-Symposium statt, zu welchem österreichische Universitätsprofessoren entsendet wurden. Ein starkes Echo hatte eine größere Bücherspende des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung an die Nationaluniversität von Buenos Aires zu verzeichnen. Sieben österreichische Fotografen wurden anlässlich der 39. Internationalen Ausstellung von Buenos Aires prämiert.

Äthiopien

Äthiopien (Sozialistisches Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mengistu Haile Mariam	Mengistu Haile Mariam	Goshu Wolde

ÖB Addis Abeba : Dr. Herbert Traxl, Old Airport, P. O. Box 137, Addis Abeba, Tel. 202144

Die innenpolitische Szene Äthiopiens war durch die im September erfolgte Gründung der äthiopischen Arbeiterpartei geprägt. Mengistu Haile Mariam wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt.

In dem Parteiprogramm werden die Erreichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie die Schaffung einer Volksrepublik Äthiopien zum Ziele gesetzt.

Bis zur 20. OAU-Gipfelkonferenz hatte das äthiopische Staatsoberhaupt den Vorsitz der afrikanischen Organisation inne. Die Lösung der Probleme Afrikas (insbesondere Westsahara und Tschad) standen daher im Vordergrund des Interesses der äthiopischen Aussenpolitik.

Die Nachbarschaftspolitik zu Somalia und zum Sudan gestaltete sich weiterhin schwierig, während die äthiopischen Beziehungen zu Kenia und Djibouti problemlos sind.

Ein am Parteikongress verabschiedeter 10-Jahresplan sieht grosse Investitionen vor und gibt der Landwirtschaft den Vorrang. Zu seiner Durchführung wird eine verstärkte internationale Kooperation notwendig sein.

Nach dem Ausbleiben bzw. der Verminderung der Regenfälle im Frühjahr und Sommer ist es im Lande zu einer Katastrophensituation gekommen, von der mehr als ein Sechstel der Bevölkerung betroffen ist. Nachhaltige Appelle Äthiopiens haben schliesslich im Oktober zum Anlaufen einer internationalen Hilfsaktion grossen Ausmasses geführt. Die äthiopische Regierung versucht, sowohl die unmittelbare Not der Betroffenen zu lindern, als auch langfristige Lösungen zu suchen, um eine Wiederholung solcher Hungersnöte zu verhindern. Österreich hat sich an der internationalen Hilfsaktion durch eine Nahrungsmittelspende im Ausmass von 4.000 t Reis sowie durch Zurverfügungstellung von LKWs zum Nahrungsmitteltransport beteiligt. (Gesamtwert ca. 1 Mio. US\$).

Die österreichischen Exporte nach Äthiopien waren weiterhin rückläufig und beliefen sich auf 70,48 Mio. öS. Auch die Importe aus Äthiopien sind auf 54,98 Mio. öS gesunken.

Im kulturellen Bereich unterhält die Stiftung Pro Oriente weiterhin enge Kontakte zur äthiopischen orthodoxen Kirche. Eine Gruppe von jungen Theologiestudenten und einigen Theologen unter der Leitung von Prof. Dr. Sutter (Universität Wien) besuchte im Jänner 1984 Äthiopien und konnte sich ein Bild über die Lage der äthiopischen Kirche verschaffen.

Australien

Australien (Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II, vertreten durch Generalgouverneur Sir Ninian Stephen	Ministerpräsident Bob Hawke	Bill Hayden

ÖB Canberra : Dr. Heinrich Blechner, 107 Endeavour Street, Red Hill, A. C. T. 2603, Tel. 951376 ;HGK Melbourne, Sidney ; HK Adelaide, Brisbane, Perth ; AHSt

Die seit März 1983 im Amt befindliche Labor-Regierung unter Bob Hawke wurde bei Wahlen im Dezember bestätigt.

Aussenpolitisch ist Australien an engen Beziehungen zu den Staaten der asiatisch-pazifischen Region interessiert. So wurde z. B. ein Angebot erneuert, Verhandlungen über Kampuchea in Australien zu führen. Ausserdem tritt Australien für ein Festhalten am ANZUS-Pakt ein. Es zeigt allerdings auch starkes Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung und steht daher den französischen Atomtests im Pazifik sehr kritisch gegenüber. Abbau und Export von Uran sind innenpolitisch umstritten.

Im Hinblick auf die räumliche Distanz erreichten die bilateralen Beziehungen nicht die gleiche Intensität wie zu anderen pluralistisch-demokratischen Staaten. Auf multilateraler Ebene bestand vielfach enge Zusammenarbeit. Auf Österreichs Einkommens- und Wirtschaftspolitik wird wiederholt positiv Bezug genommen. Im August weilte eine Delegation des Bundesministeriums für Finanzen zu Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen in Canberra.

Australiens Wirtschaft, in der dem Primärsektor (Agrarprodukte, Bodenschätze) sehr wesentliche Bedeutung zukommt, zeigte bei gesunkener Inflationsrate (dzt. 5–6%) und Arbeitslosigkeit (noch 8–9%) 1984 eine günstige Entwicklung mit beachtlicher Wachstumsrate ; auch die Prognosen für 1985 sind günstig, obwohl das Defizit der Leistungsbilanz und die Stagnation im Bergbau Schwachstellen darstellen. Die Regierung Hawke wird weiterhin um Konsenspolitik auch im Lohnbereich bemüht bleiben. Österreich konnte jedenfalls 1984 die gute Konjunktur der australischen Wirtschaft überdurchschnittlich für seine Ausfuhren nützen. (Hauptexporte : Maschinen und Industriebedarf).

Nach Exporten im Jahre 1983 von 854,7 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 1,27 Mrd. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 49% entspricht. Importseitig (vorwiegend Erze und Schafwolle) veränderten sich die Werte von 312 Mio. öS 1983 auf 418,1 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 33,7%.

Das traditionelle Aktivum zu Gunsten Österreichs in der bilateralen Handelsbilanz stieg dadurch beträchtlich an.

Die konsequenten Bemühungen der Bundeswirtschaftskammer und ihrer Aussenhandelsstelle Sydney, Österreich in Australien als leistungsfähigen Wirtschaftspartner zu profilieren, beginnen allmählich Früchte zu tragen. Es sind bereits an die 300 österreichische Firmen im Australiengeschäft aktiv und die Zahl der österreichischen Firmenniederlassungen bzw. Beteiligungen sowie Lizenzabkommen ist in stetigem Zunehmen.

Australien – Bahamas – Bahrein

Über den englischen Text eines Doppelbesteuerungsabkommens wurde Einigung erzielt, die gleichfalls authentische deutsche Abkommensfassung befindet sich in Ausarbeitung.

Die kulturellen Beziehungen beschränkten sich auf Einzelaktionen. Im April 1984 nahm Rudolf Josel an einem von der Canberra School of Music veranstalteten Posaunenseminar als Lehrer teil und wirkte an Konzerten mit. Im September 1984 führte der Cellist Prof. Florian Kitt eine Konzertreise durch, die ihn nach Canberra, Melbourne und Sydney führte, wobei er als Gastprofessor auch an Musikhochschulen wirkte. Die Stadt Wien zeigte in Sydney, Melbourne und Adelaide eine grosse Wien-Ausstellung, die in den Medien erhebliche Beachtung fand. Weiters wurde eine Ausstellung über die Zweite Wiener Schule (Schönberg, Webern, Berg) in einer Reihe australischer Städte mit Erfolg gezeigt; ebenso fand die in Sydney und Melbourne gezeigte Kafka-Gedenkausstellung erheblichen Anklang.

Bahamas

(Commonwealth of Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II vertreten durch Generalgouverneur Sir Gerald C. Cash	The Honourable Lyndon Oscar Pindling	The Honourable Paul L. Adderley

ÖB siehe Vereinigte Staaten von Amerika; HK Nassau (vorübergehend geschlossen)

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1973 verfolgen die Bahamas einen aussenpolitisch und wirtschaftlich prowestlichen Kurs.

Die Beziehungen zwischen Österreich und den Bahamas sind problemlos. Im Warenaustausch mit den Bahamas sind 1984 österreichische Exporte von 21,117 Mio. öS und Importe von 1,649 Mio. öS zu verzeichnen.

Bahrein

(Staat Bahrein), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Scheich Isa Bin-Sulman Al-Khalifa	Ministerpräsident Scheich Khalifa Bin-Sulman Al-Khalifa	Scheich Mohammed Bin-Mubarak Al-Khalifa

ÖB siehe Kuwait

Die politisch und wirtschaftlich angespannte Situation im Golf hatte auf den Staat Bahrein nur bemerkenswert geringe Auswirkungen. Die Arbeiten an dem sogenannten Causeway, einer 25 km langen Autobahn-Brücke, die den Inselstaat ab Dezember 1985 mit dem saudiarabischen Festland verbinden soll, schritten planmässig voran.

Die Handelsbeziehungen Österreichs mit Bahrein konnten weiter ausgebaut werden (Exportwert: 83,68 Mio. öS, d. s. +13,6%). In Anbetracht verstärkter österreichischer Bemühungen um diesen Markt ist in Zukunft mit der Fortsetzung dieses erfreulichen Umstandes zu rechnen.

*Bangladesh – Barbados – Belgien***Bangladesh****(Volksrepublik Bangladesh), Dacca**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gen. Lt. H. M. Ershad	Ataur Rahmon Khan	A. R. Shamsuol Doha

ÖB siehe Indien

Die angekündigten Wahlen kamen trotz einer Reihe von Konzessionen an die Opposition nicht zustande, da der Regierungschef, der Ende des Vorjahres auch die Präsidentschaft übernommen hatte, darauf bestand, erst nach Konstituierung des neu gewählten Parlamentes das Kriegsrecht aufzuheben. Bei Massendemonstrationen der Oppositionspartei kam es zu vereinzelt Zwischenfällen, grössere Unruhen konnten vermieden werden. Die auswärtigen Beziehungen waren weiterhin von Konflikten mit Indien über die Wassernutzung und Grenzfragen belastet.

Die wirtschaftliche Lage hat sich geringfügig verbessert, da die Ernte trotz einer Überschwemmungskatastrophe etwas etwas besser als erwartet ausfiel; dennoch ist Bangladesh nach wie vor stark auf internationale Finanz- und Wirtschaftshilfe angewiesen.

Im Jahre 1984 konnten Exporte von 67,62 Mio. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 0,2% gegenüber 1983 entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte auf 7,8 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 38,8%.

Barbados**(Barbados), Bridgetown**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II vertreten durch Generalgouverneur Sir Hugh Springer	J. M. G. M. Adams	L. R. Tull

ÖB siehe Venezuela; HK

Im ersten Halbjahr 1984 expandierte die Wirtschaft von Barbados vor allem aufgrund verstärkter Produktion von Zucker und von Bauteilen für die Elektronikindustrie real um 3,5%. Ein von der VOEST-ALPINE errichtetes Zementwerk wurde fertiggestellt und hat seinen Betrieb zur vollen Zufriedenheit aller Seiten aufgenommen.

Die österreichischen Ausfuhren gingen infolge der Fertigstellung dieses Zementwerkes um 83,6% auf 9,999 Mio. S zurück, während die österreichischen Einfuhren durch verstärkten Bezug von Zulieferungen für die Elektronikindustrie um 205,9% auf 2,940 Mio S anstiegen.

Belgien**(Königreich Belgien), Brüssel**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Baudouin I.	Wilfried Martens	Leo Tindemans

Belgien

ÖB Brüssel Dr. Franz Ceska, rue de l'Abbaye 47 B-1050 Brüssel, Tel. (02) 6499170 ;
HK Antwerpen, Gent, Ostende, Lüttich, Charleroi ; AHSt

Obwohl Belgien als Mitglied der EG und der NATO voll in die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft und das militärische Verteidigungsbündnis eingebunden ist, verfolgt das Land doch eine aktive eigenständige Aussenpolitik. Aussenminister Tindemans hat im Rahmen der NATO eine Studie über die Ost-West-Beziehungen angeregt, die als „Tindemans-Bericht“ in die „Washingtoner Erklärung“ der NATO vom 31. Mai 1984 Eingang gefunden hat. Zugleich entwickelte der belgische Aussenminister eine rege Besuchsdiplomatie und hat auch gegenüber Osteuropa Dialogbereitschaft demonstriert und für die Wiederherstellung einer gemeinsamen Vertrauensbasis plädiert.

Im Bereich der Innenpolitik hat die Regierungskoalition aus Christlichsozialen und Liberalen unter Ministerpräsident Martens ihr Stabilisierungsprogramm fortgesetzt, um die Konkurrenzfähigkeit der belgischen Industrie auf den internationalen Märkten wiederherzustellen und Zahlungs- und Budgetdefizit zu reduzieren. In diesen Bereichen hatte die Regierung im Jahre 1984 auch Erfolge erzielt, wenngleich die Arbeitslosenrate in Belgien mit 13% noch weit über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Die Installierung von cruise missiles, die gemäss NATO-Nachrüstungsbeschluss in Belgien im März 1985 beginnen soll, sorgte für innenpolitischen Zündstoff, da die flämischen und wallonischen Sozialisten, in jüngster Zeit aber auch die christlichsoziale Partei Flanderns dagegen Stellung genommen haben. Eine Verschiebung des Aufstellungsbeginns erscheint möglich.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Belgien haben sich auch im Jahre 1984 weiter vertieft, da zwischen Belgien, das voll in die EG und NATO integriert ist, und dem immerwährend neutralen Österreich trotz dieser unterschiedlichen Ausgangslage mehr gemeinsame Interessen bestehen, als dies auf den ersten Blick scheinen mag. Beide Länder sind infolge ihrer Grösse und geographischen Lage an stabilen Ost-West-Beziehungen wesentlich interessiert. Die Regierungen beider Staaten haben daher – jede auf ihre Weise – versucht, eine spezifische Aussenpolitik zu führen, die ihren Sicherheitsinteressen Rechnung trägt. Österreich und Belgien haben in den verschiedensten internationalen Gremien zusammengewirkt, um den Frieden zu erhalten, den Dialog zwischen Ost und West zu fördern sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Abrüstung beizutragen. Diese Fragen bildeten auch Gegenstand einer Begegnung zwischen dem damaligen österreichischen Aussenminister Lanc und seinem belgischen Kollegen Tindemans anlässlich des Beginns der KVAE in Stockholm.

Belgien hat auch österreichische Initiativen wie z. B. im Europarat unterstützt bzw. sich für konkrete österreichische Anliegen eingesetzt, wie z. B. in der Frage eines EG-Finanzbeitrages zum Ausbau gewisser Autobahnen in Österreich, die von LKWs aus dem EG-Raum besonders stark benützt werden.

Der zwischen Österreich und Belgien zur Tradition gewordene bilaterale Meinungsaustausch wurde im Jahre 1984 mit einem Besuch des stellvertretenden Generalsekretärs und politischen Direktors im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel fortgesetzt (20. bis 21. 9. 1984). Botschafter Dr. F. Bauer und der politische Direktor im belgischen Aussenministerium, Botschafter A. Cahen, führten eingehende Gespräche.

Belgien

Eine Reihe weiterer Besuche haben die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Belgien vertieft, wobei insbesondere der offizielle Besuch des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Dipl. Ing. Günther Haiden, erwähnt werden soll (13. bis 18. 5. 1984).

Der für September 1984 geplante offizielle Besuch von Bundeskanzler Sinowatz in Belgien musste aufgrund der österreichischen Regierungsumbildung verschoben werden, soll aber im Frühjahr 1985 nachgeholt werden.

Trotz der internationalen Wirtschaftskrise, von der auch Belgien spürbar betroffen ist, entwickelte sich der bilaterale Handelsverkehr mit Österreich im Jahre 1984 im wesentlichen stabil, wenn auch mit abnehmenden Zuwachsraten. Die österreichischen Exporte nach Belgien sind 1984 um 15,1% auf 5,37 Mrd. öS angestiegen, dem auf der Importseite ein Zuwachs von 15,5% gegenübersteht. Durch den stärkeren Anstieg der belgisch (luxemburgischen) Exporte nach Österreich vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit Österreichs mit diesem Wirtschaftsraum auf ca. 2,51 Mrd. öS.

Am 10. Jänner 1984 wurde in Charleroi in einem Stahlwerk des Konzerns Cockrill-Sambre eine grosse, von der VOEST gebaute Stranggussanlage in Betrieb genommen. Die VOEST ist auch am Ausbau der Seehäfen Antwerpen und Zeebrugge beteiligt.

Die Sparmassnahmen der belgischen Regierung und die allgemeine wirtschaftliche Lage haben allerdings negative Auswirkungen auf den belgischen Tourismus nach Österreich gehabt, so dass Belgien nunmehr hinter der BRD, den Niederlanden, Grossbritannien und Frankreich in der österreichischen Statistik an 5. Stelle liegt (Ende Oktober 1984).

Den intensiven Bemühungen der österreichischen Dienststellen in Brüssel ist es aber auch in diesem Jahr wieder gelungen, die Aktion „Schneeklassen in Österreich“ aufrechtzuerhalten, in deren Rahmen pro Jahr ca. 10.000 belgische Kinder nach Österreich, insbesondere in die steirische Ramsau, kommen.

Nach der nunmehr in Belgien durchgeführten Autonomie der Flämischen und Französischen Sprachgemeinschaft in kulturellen Angelegenheiten zeigen beide ein verstärktes Interesse am Kulturaustausch mit Österreich.

Die Flämische Gemeinschaft zeigt sich besonders für österreichische Literatur aufgeschlossen, z. B. für das durchgeführte Kolloquium „Die Welt Arthur Schnitzlers“, für Autorenlesungen (Seeböck-Mottl) und für die Theateraufführung „Aus der Fremde“ von Ernst Jandl, in niederländischer Sprache. In der Französischen Gemeinschaft Belgiens war Österreich im Jahre 1984 kulturell vor allem durch Ausstellungen junger österreichischer Maler (Erwin Bonatsch, Herbert Brandl, Alfred Klinkan, Alois Mosbacher, Alois Neuhold, Hannes Priesch, Hubert Schmalix, Wolfgang Wiedner, Erwin Wurd, Herwig Seeböck), weiters durch Österreich-Wochen (Malerei, Literatur, Schauspiel, Musik, Wissenschaft) sowie durch Konzerte österreichischer Ensembles (Kläring-Quartett Wien, Salzburger Solisten, Jörg Demus) vertreten.

Höhepunkt kultureller Repräsentanz Österreichs im Jahre 1984 war das Gala-Konzert der Wiener Philharmoniker im Rahmen des Flandern-Festivals (Mozart, Bruckner).

Auch gab es im Jahre 1984 einen regen Austausch von Wissenschaftlern und Experten.

Belgien – Benin – Birma

Im Mai wurde im Rahmen einer Tagung der Gemischten Kommission gemäss Kulturabkommen ein weiteres dreijähriges Kulturaustauschprogramm vereinbart.

Die Österreichische Vereinigung in Brüssel hat ihre Aktivitäten zur Betreuung der ca. 1500 in Belgien lebenden Österreicher und Altösterreicher auch im Jahre 1984 fortgeführt und sogar intensiviert. Dieses Programm umfasst sowohl finanzielle Hilfeleistungen an in Not geratene Mitglieder der Kolonie als auch kulturelle Veranstaltungen, wobei insbesondere der jedes Jahr veranstaltete „Wiener Ball“ zu erwähnen wäre.

Um auch diesen Personenkreis besser betreuen zu können, wurde an der österreichischen Botschaft Brüssel eine eigene Konsularabteilung eingerichtet.

Benin**(Volksrepublik Benin), Porto Novo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
-----------------	----------------	---------------

General Mathieu Kerekou	General Mathieu Kerekou	F. Affo
-------------------------	-------------------------	---------

ÖB siehe Elfenbeinküste

General Mathieu Kerekou wurde am 31. Juli als einziger Kandidat von der Revolutionären Nationalversammlung für eine weitere Funktionsperiode als Staatspräsident wiedergewählt. Die Freilassung politischer Gefangener kann als Ausdruck der Konsolidierung der innenpolitischen Situation angesehen werden.

Das Verhältnis zum Nachbarland Nigeria, das Tausende von beninischen Gastarbeitern auswies, war Belastungen ausgesetzt.

Benin trat als 7. Mitglied der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEAO bei.

Die Wirtschaft Benins sah sich weiterhin mit bedeutenden Schwierigkeiten konfrontiert, die u. a. mit der langandauernden Trockenheit im Norden des Landes, der Erhöhung der Auslandsschuld und der verbreiteten Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Der traditionelle Transithandel des Landes wurde durch die Schliessung der Grenzen zu Nigeria stark in Mitleidenschaft gezogen. Diese von dem Nachbarland verfügte Massnahme blieb nicht ohne negative Auswirkungen auf die österreichischen Exporte. Nach dem 1982 erreichten Spitzenergebnis von 2,86 Mrd. öS sanken die österreichischen Ausfuhren 1983 auf 1.51 Mrd. öS und gingen im Berichtszeitraum auf 570,92 Mio. öS zurück. Die Importe aus Benin waren minimal.

Ein Abkommen über technische und finanzielle Zusammenarbeit steht in Verhandlung.

Birma**(Sozialistische Republik der Birmanischen Union), Rangun**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
-----------------	----------------	---------------

U San Yu	U Ma Ung Maung Kha	U Chit Hlaing
----------	--------------------	---------------

ÖB siehe Thailand ; HK Rangun

Birma – Bolivien

Birma hat 1984 seine seit zwei Jahrzehnten eingeschlagene Politik des Aufbaus eines „birmanischen Sozialismus“ – Wahrung buddhistischer Werte und feste Abstützung auf die Streitkräfte – fortgesetzt. In der jahrelangen Auseinandersetzung mit dissidenten Bergstämmen kam es zu teils sehr heftiger Kampfätigkeit.

Die wirtschaftliche Erschliessung des Landes schreitet programmgemäss fort, wobei allerdings deren Tempo durch die weltweite Wirtschaftsflaute etwas gebremst wurde.

Österreich konnte in Birma in letzter Zeit mit der Lieferung einer Düngemittelfabrik in Mittelbirma und Kleinwasserkraftwerken wirtschaftlich Fuß fassen. Eine Methanolanlage nördlich von Rangun ist im Bau.

Die Besuche des Staatssekretärs im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Erich Schmidt, (Februar) und von Bundeswirtschaftskammerpräsident Ing. Rudolf Sallinger (Oktober) unterstreichen das österreichische Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Birma. Der birmanische Planungs- und Finanzminister, Vizeministerpräsident Thura U Tun Tin, war im September in Österreich.

Der Außenhandel mit Birma unterliegt größeren Schwankungen. Nach Exporten im Jahre 1983 von 91,6 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 228 Mio. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 148,8% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte auf 2,1 Mio. öS 1984. Das entspricht einem Rückgang von 36,8%.

Dem neuen Honorartitular des österreichischen Konsulats Rangun, Honorargeneralkonsul U Chit Khine, wurde am 5. Dezember 1984 das Exequatur erteilt.

Bolivien

(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Hernán Siles Zuazo	Dr. Hernán Siles Zuazo	Dr. Gustavo Fernández Saavedra

ÖB siehe Argentinien ; HGK ; AHSt

Das demokratische Bolivien musste 1984 eine äusserst krisenhafte politische Entwicklung mit Machtkämpfen innerhalb und ausserhalb der Regierung, mehreren Regierungsumbildungen und sieben Generalstreiks, die jeweils das ganze Land lahmlegten, durchmachen. Zum Jahresende kündigte Staatspräsident Siles Zuazo vorzeitige Wahlen für Mitte Juni 1985 an, zumal auch der Vizepräsident der Republik kurz vor Jahresende zurückgetreten war. Unter dem Druck der Gegebenheiten zersplittern sich die demokratischen Kräfte und Parteien immer mehr und wenden sich zunehmend wieder den traditionellen Machtfaktoren des Landes zu.

Die aussenpolitische Artikulation litt unter der destabilisierten innenpolitischen und sozioökonomischen Szene Boliviens, welche auch eine Gefahr für den Bestand der Demokratie an sich darstellt.

Die Wirtschaftslage war 1984 äusserst schwierig, wenn sich auch im zweiten Halbjahr eine Verlangsamung der Rezession abzeichnete und für das Gesamtjahr nur noch ein geringfügiger Rückgang des Bruttoinlandsproduktes erwartet wurde. Die Industrieproduktion ist einer Berechnung der Zentralbank zufolge von 1978 – 1983

Bolivien – Botswana

um 22% geschrumpft. Bei jüngst entdeckten Erdöl- und Erdgasvorkommen sind Probebohrungen im Projektstadium. Die Inflationsrate erreichte im Jahresabstand September 1983 bis September 1984 rund 1.085% (Prognose 1984 über 3000%).

Eine günstigere Entwicklung zeigte die Handelsbilanz. Insgesamt rechnete die bolivianische Regierung 1984 mit Exporten im Wert von über 900 Mio. US\$. Die Auslandsschuld Boliviens betrug ca. 3,65 Mrd. US\$, wobei ca. 3,2 Mrd. US\$ auf den öffentlichen Sektor entfielen.

Hohe österreichische Einfuhren von Zinn, NE-Metallen und Kaffee in der Höhe von 71,85 Mio. S führten jedoch zu einem Handelsbilanzdefizit im Ausmass von 52,565 Mio. S. Österreich lieferte vor allem Baumaterialien aus mineralischen Stoffen, Stabstahl und Profile, chemische Erzeugnisse, Glaswaren, Kupfer sowie Maschinen.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 32,46 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 21,458 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von – 33,9% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 155,52 Mio. öS 1983 auf 96,094 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von – 38,2% (Hauptimportgüter Zinn, NE-Metalle, Kaffee).

Naturgemäss hatten die inneren Schwierigkeiten des Landes auch ihre Auswirkungen auf das Kulturleben. Ausländische Kulturarbeit fand relativ wenig Interesse, mit bolivianischen Mitveranstaltern konnte kaum gerechnet werden. Der in La Paz eingerichtete Deutsche Kulturverein vermittelte im Rahmen seiner eingeschränkten Tätigkeit gelegentlich auch österreichisches Kulturgut.

Botswana

(Republik Botswana), Gaborone

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Quett K. J. Masire	Dr. Quett K. J. Masize	Frau Gaositwa Chiepe

ÖB siehe Sambia

Die Aussenpolitik Botswanas wird bestimmt durch die Ablehnung von Rassendiskriminierung, Gewaltanwendung in der internationalen Politik und durch das Bekenntnis zur Selbstbestimmung. Sie findet ihren Ausdruck in der Zugehörigkeit Botswanas zur OAU, zu den Vereinten Nationen und zur Bewegung der Blockfreien.

Die derzeitige Regierung betreibt eine gemässigte Politik und tritt für eine multirassische Entwicklung ein.

Die Wirtschaft Botswanas entwickelt sich dank der Erschliessung neuer Diamantenminen zügig. Reale Wachstumsraten von über 10% sind die Regel.

Da Botswana der südafrikanischen Zollunion angehört und statistische Angaben mehrheitlich unter der Republik Südafrika aufscheinen, sind Angaben über den österreichischen Aussenhandel mit Botswana wenig verlässlich.

Brasilien

Brasilien (Föderative Republik Brasilien), Brasilia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
J. B. de Oliveira Figueiredo	J. B. de Oliveira Figueiredo	R. E. Saraiva Guerreiro

ÖB Brasilia : Dr. Harald Vavrik, Av. das Nações, lote 40, Tel. 2433111 ; GK Rio de Janeiro : Dr. Wolfgang Kriechbaum, Avenida Atlantica 3804, Rio de Janeiro, Tel. 2270040 ; HGK Sao Paulo ; HK Porto Alegre, Belo Horizonte, Brasilia, Curitiba, Florianopolis, Salvador ; AHSt Sao Paulo, Rio de Janeiro

Innenpolitisch kam es im Vorwahljahr 1984 zu einem weitreichenden Zerfall der seit 20 Jahren an der Macht befindlichen Regierungspartei und zu zahlreichen Übertritten in das Lager der Opposition. Diese Entwicklung liess mit Sicherheit darauf schliessen, dass das Präsidentenwahlkollegium, in dem die Regierungspartei noch vor Jahresfrist über eine völlig sicher scheinende Mehrheit verfügt hatte, am 15. Jänner 1985 mit grosser Mehrheit den Kandidaten der Opposition Dr. Tancredo de Almeida Neves zum neuen Staatsoberhaupt und Regierungschef Brasiliens wählen würde. Damit hat Brasilien auch zum ersten Mal seit dem Militärputsch 1964 wieder einen Zivilisten zum Präsidenten.

Im März 1984 erfolgte einstimmig die Wahl des Brasilianers Baena Soares zum neuen Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Diese erste Kandidatur eines Brasilianers für einen hohen internationalen Posten unterstreicht sowohl das zunehmende Engagement Brasiliens in internationalen Fragen als auch die steigende Bedeutung Brasiliens in der Region.

Die aussenwirtschaftliche Lage Brasiliens war von einem weiteren Ansteigen der Auslandsverschuldung auf rund 100 Milliarden US\$ gekennzeichnet, wobei sich das Ansteigen der Auslandsverschuldung allerdings durch die Erzielung hoher Exportüberschüsse wesentlich verflachte. Die multilateralen und bilateralen Umschuldungsverhandlungen wurden zwar fortgesetzt, im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungswechsel kam es jedoch allseits vermehrt zu einer abwartenden Haltung.

Im September 1984 fand ein Arbeitsbesuch des brasilianischen Transportministers Cloraldino Severo in Österreich statt.

Das gegenüber dem Vorjahr verdoppelte Handelsbilanzaktivum Brasiliens hat auch im Verhältnis zu Österreich zu einer weiteren Verschlechterung des für Österreich schon seit Jahren negativen Austauschverhältnisses (1984 : ca. 10:1) geführt. Nach Exporten im Jahre 1983 von 380,98 Mio. öS (hauptsächlich Maschinen) konnten im Berichtsjahr Exporte von 387,933 Mio. öS (hauptsächlich Rohstoffe) getätigt werden, was einer Veränderung von plus 1,8% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 2887,70 Mio. öS 1983 auf 3514,309 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von plus 21,7%.

Das wissenschaftliche Österreich war 1984 insbesondere durch Vorträge der Univ. Prof. Wolfgang Roed (Werk des Philosophen Karl Popper), Wolfgang Dressler (Sprachwissenschaften) und Viktor Frankl (Logotherapie) in Brasilien präsent. Werk und Leben von Adolf Loos und Franz Kafka wurden in Photoausstellungen bekanntgemacht. Österreichische Musikprofessoren leiteten Klavierklassen beim IX. Internationalen Musiksommerkurs von Brasilia.

Brasilien – Brunei – Bulgarien

Die Tätigkeit österreichischer Vertragslehrer an deutschsprachigen Mittelschulen in Sao Paolo, die Förderung des Deutschunterrichtes in den altösterreichischen Siedlungen, die Gewährung von Bücher- und Schallplattenspenden sowie der Einsatz von Filmen und Dia-Serien wurden fortgesetzt.

Brunei**(Negara Brunei Damssalam), Bandar Seri Begawan**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sultan Muda Hassanal Bolkiah	Sultan Muda Hassanal Bolkiah	Prinz Mohamed Bolkiah

ÖB siehe Malaysia

Brunei hat mit 1. Jänner 1984 nach Beendigung des britischen Protektorats die volle Unabhängigkeit wiedererlangt. An den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten am 23. Februar 1984 war Österreich durch den Österreichischen Botschafter in Kuala Lumpur vertreten.

Die diplomatischen Beziehungen Österreichs mit Brunei wurden im Jänner 1985 aufgenommen.

Die Einnahmen Bruneis stammen praktisch ausschliesslich aus Erdöl- und Erdgasgewinnung.

Im Berichtsjahr konnten Exporte von 5,67 Mio. öS getätigt werden, was einem Rückgang von 66,1% entspricht.

Bulgarien**(Volksrepublik Bulgarien), Sofia**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Todor Schiwkov	Grischa Filipov	Petar Mladenov

ÖB Sofia : Dr. Berta Braun, Boulevard Ruski 13, Sofia, Tel. 803572 ; AHSt ; AUA-B

An der außenpolitischen Orientierung Bulgariens hat sich auch 1984 nichts geändert ; Bulgarien ist Mitglied des Warschauer Paktes und wirtschaftlich im RGW fest verankert. Trotzdem ist Bulgarien bestrebt, intensive Kontakte auch zu Ländern mit anderen politischen Regimen zu unterhalten, wobei im Sinne der Befriedung des Balkans der Nachbarschaftspolitik besondere Bedeutung zukommt. Das neutrale Österreich, „Nachbar durch die Donau“, genießt historisch und geopolitisch bedingt uneingeschränkte Sympathien. Bulgarien hat auf seinem Territorium keine ausländischen Stützpunkte, Truppen oder Atomwaffen. Der Balkan soll in eine atomwaffenfreie Zone umgewandelt, zwischen den einzelnen Ländern ein Kodex des Wohlverhaltens vertraglich festgelegt werden. Am 3. Jänner 1984 hat das ZK-Plenum personelle Änderungen in den Spitzengremien der BKP, die Volksversammlung eine die Wirtschaftsressorts betreffende Regierungsumbildung beschlossen.

Bilateral war das zentrale Ereignis der offizielle Besuch, den Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz über Einladung des Staatsratsvorsitzenden Schiwkov und des Ministeratsvorsitzenden Grischa Filipov vom 27. bis 29. September abstattete. In seiner

Brasilien – Brunei – Bulgarien

Begleitung befanden sich Innenminister Karl Blecha und der Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Erich Schmidt. Zur Vorbereitung dieses Besuches war Außenminister Petar Mladenov am 18./19. Juni offiziell in Wien.

Die österreichischen Lieferungen nach Bulgarien erreichten einen Gesamtwert von 2,3 Mrd. S und lagen somit um 12,1% unter dem Vorjahresvolumen. Die Einfuhren haben um 42,4% zugenommen und erreichten einen Wert von 665,9 Mio. S. Die wichtigsten österreichischen Lieferpositionen waren bearbeitete Waren, Maschinen und Verkehrsmittel, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren. Österreich bezog aus Bulgarien vor allem Ernährungsmittel (Obst, Gemüse, Molkereierzeugnisse), Maschinen und Verkehrsmittel, bearbeitete Waren, Rohstoffe und chemische Erzeugnisse. 1984 wurden drei größere Aufträge an österreichische Firmen vergeben, und zwar die Renovierung eines Großhotels in Sofia, der Ausbau einer Brauerei in Burgas und die Lieferung von Maschinen für die Kunststoffverarbeitung. Von 26. bis 30. November wurde in Wien die 15. Tagung der Gemischten Kommission für wirtschaftliche, technische und industrielle Zusammenarbeit abgehalten. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Vizekanzler Dr. Steger, die bulgarische Delegation wurde vom Vorsitzenden des Komitees für Wissenschaft und technischen Fortschritt, Todoriev, angeführt. Im September tagte die Arbeitsgruppe für Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik in Wien. Im April stattete Finanzminister Beltshev Österreich einen offiziellen Besuch ab. Im Juli hielt sich Maschinenbauminister Doinov zu einem Arbeitsbesuch in Österreich auf. Im November besuchte der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Energie und Rohstoffe, Boschinov, Österreich. Im Juni wurde in Sofia von der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft ein technisch-wissenschaftliches Symposium organisiert, bei dem Vertreter zahlreicher österreichischer Firmen Vorträge über neueste Entwicklungen hielten. Österreichische Firmen beteiligten sich an der im Mai veranstalteten Internationalen Konsumgütermesse und an der im September stattgefundenen Internationalen technischen Herbstmesse in Plovdiv.

Auch 1984 fanden die zahlreichen kulturellen Aktivitäten Österreichs in Bulgarien große Beachtung und starken Widerhall. Der Wissenschaftsaustausch wurde ebenfalls erfolgreich fortgesetzt. Bedeutendstes Ereignis war die sehr erfolgreiche erste österreichische Filmwoche in Sofia und Plovdiv. Eine Kafka-Gedenkausstellung in der Sofioter Nationalbibliothek und eine Architektenausstellung über Wiener Wohnungsbau fanden nicht nur in Fachkreisen großes Interesse. Der Präsident des Wiener Künstlerhauses, Prof. Hans Mayr, zeigte im bulgarischen Künstlerverband die Ausstellung „Autonome Fotografie – Signale der unsichtbaren Wirklichkeit“ und machte die Exponate der Ljudmila Schiwkova-Stiftung zum Geschenk. Der österreichische Pianist Wolfgang Riedl gastierte mit einem Konzert in Vratza. Eine österreichische Lektorin ist an der Universität Sofia tätig. Prof. Dr. Stefan Hiller von der Universität Salzburg konnte mit finanzieller Unterstützung der österreichisch-bulgarischen Gesellschaft am „Tell von Karanovo“ Ausgrabungen durchführen. Heimito von Doderers „Die Strudelhofstiege“ erschien in bulgarischer Sprache. In der Zeit vom 13. bis 15. März 1984 fanden in Wien Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Kulturübereinkommens für die Jahre 1984–1987 in Durchführung des österreichisch-bulgarischen Kulturabkommens statt, das am 19. Juni in Wien von Außenminister Lanc und Außenminister Mladenov unterzeichnet wurde.

Bulgarien – Burkina Faso

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung des versuchten Schmuggels von 29 kg Heroin an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze wurde Beamten des Bundesministeriums für Inneres bulgarischerseits Amtshilfe zur Vernehmung eines in Bulgarien inhaftierten österreichischen Staatsbürgers gewährt. Zwei österreichische Staatsbürgerinnen, die wegen schweren Devisen- und Zollvergehen verurteilt waren, wurden nach Verbüßung der halben Haftstrafe und bedeutender Herabsetzung der hohen Geldstrafe begnadigt. Im humanitären Bereich verwendete sich die österreichische Botschaft regelmäßig bei den bulgarischen Behörden für eine positive Erledigung der vorgebrachten Anliegen, insbesondere von Familienzusammenführungen und Besuchsreisen.

Der Schutz der diplomatischen Interessen der Arabischen Republik Ägypten in der Volksrepublik Bulgarien wurde von 1978 bis 31. Dezember 1984 von Österreich wahrgenommen. (Mit diesem Datum wurden die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Ägypten wiederhergestellt.)

Das am 20. April 1983 in Sofia unterzeichnete Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ist am 1. Juli 1984 in Kraft getreten.

Burkina Faso oder Demokratische Volksrepublik Burkina Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Th. Sankara	Th. Sankara	B. Guissou

ÖB siehe Elfenbeinküste ; HK Ouagadougou

Zum ersten Jahrestag der Machtergreifung durch Hauptmann Sankara wurde die bisherige Staatsbezeichnung Republik Obervolta in Burkina Faso geändert.

Das neue Regime ist entschlossen, mit bisherigen Traditionen von Grund auf zu brechen und zu einer durchgreifenden Neuerung zu gelangen. Ein Umsturzversuch im Sommer 1984 ist gescheitert. Gegen zahlreiche Persönlichkeiten des früheren Regimes wurden vor revolutionären Volksgerichtshöfen Prozesse angestrengt. Burkina hat im März die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt.

Das Land sieht sich im wirtschaftlichen Bereich nach wie vor grossen Schwierigkeiten gegenüber. Hohe Schulden und ein permanentes Zahlungsbilanzdefizit kennzeichnen die Situation, wobei die anhaltende Trockenheit mit den daraus erwachsenden Versorgungsproblemen die Lage noch verschärfte. Verstaatlichung des Landbesitzes und des Bergbaus sowie die vorläufige Abschaffung der Wohnungsmieten können die krisenhafte Entwicklung nicht ändern, finden in der breiten Bevölkerung jedoch ein positives Echo. Proklamiertes Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades mit Nahrungsmitteln, doch bleibt das Land bis auf weiteres auf ausländische Hilfe angewiesen. Die österreichischen Exporte nach Burkina sind stark gefallen, der bilaterale Handelsverkehr ist minimal.

In Ouagadougou wurde im Oktober 1984 die Ausstellung „Österreich – gestern und heute“ präsentiert. Es handelte sich um die erste österreichische Ausstellung in Burkina.

Das Stipendium eines in Österreich studierenden burkinabeischen Studenten wurde um ein Jahr verlängert; zwei burkinabeische Bewerber wurden an der Diplomatischen Akademie aufgenommen.

Burkina Faso – Burundi

Die Universität Ouagadougou, an der eine eigene Deutschabteilung eingerichtet wurde, erhielt eine umfangreiche österreichische Bücherspende; einer burkinabeschen Mittelschule wurden 200 Bücher für den Deutschunterricht zur Verfügung gestellt.

Eine gemeinsam mit dem OPEC-Fund durchgeführte österreichische Erhebungsmision prüfte die Möglichkeiten einer Rehabilitierung der Spitäler von Ouagadougou und Bobo-Dioulasso. Die Bauarbeiten am Rot-Kreuz-Zentrum, das aus Spendengeldern des ÖRK finanziert wurde, wurden fortgeführt und stehen vor dem Abschluss.

Für die seit 1966 von Österreich geförderte technisch-gewerbliche Ausbildungsstätte in Ouagadougou wurden im Schuljahr 1984/85 aus Mitteln der bilateralen technischen Hilfe 5,1 Mio. öS zur Verfügung gestellt.

Außenminister Diallo wurde am 29. Mai 1984 in Wien zu Gesprächen über Entwicklungszusammenarbeit empfangen.

Burundi

(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jean-Baptiste Bagaza	Jean-Baptiste Bagaza	Laurent Nzeyimana

ÖB siehe Zaire

Burundi ist weiterhin bemüht, seine Auslandskontakte insbesondere zu westlichen Industriestaaten auszuweiten und damit die Voraussetzung für eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse, die u. a. durch Dürrefolgen beeinträchtigt werden, zu schaffen.

Das bedeutendste aussenpolitische Ereignis war der 11. französisch-afrikanische „Gipfel“, der im Dezember in Bujumbura stattfand.

Staatssekretär Dkfm. Lacina hat bei einem Besuch im Februar 1984 ein Kooperationsabkommen unterzeichnet.

Der Warenverkehr mit Österreich entwickelte sich exportseitig günstig, weil erstmals Maschinenlieferungen stattfanden. Österreich bezieht aus Burundi geringe Mengen von Kaffee.

Zwei österreichische Experten für Energieplanung waren während des Berichtsjahres im Energieministerium als Berater tätig. Ihr Einsatz wurde aus österreichischen Entwicklungshilfemitteln finanziert. Mehrere Entwicklungshilfeprojekte, vor allem zur Verbesserung der Energieversorgung und der landwirtschaftlichen Produkte sind in Vorbereitung.

Chile

(Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General Augusto Pinochet Ugarte	General Augusto Pinochet Ugarte	Jaime Del Valle Alliende

ÖB Santiago : Dr. Harald Kreid, Barros Errázuriz 1968, Casilla 16.196, Santiago 9, Tel. 2234774 ; HK Valparaiso ; AHSt

Chile

Wichtigstes aussenpolitisches Ereignis im Jahre 1984 war die über päpstliche Vermittlung zustandegekommene Einigung mit Argentinien im Beagle-Kanal-Konflikt, womit diese ins vergangene Jahrhundert zurückreichende Auseinandersetzung eine vertragliche Regelung gefunden hat, die auch den Ausbau der bilateralen Beziehungen zur Argentinien einschliesst. Hinsichtlich des Wunsches Boliviens, auf dem Verhandlungsweg einen Zugang zum Pazifik eingeräumt zu erhalten, hat Chile seine Gesprächsbereitschaft neuerlich betont, ohne dass es bisher zu konkreten Schritten gekommen wäre.

Innenpolitisch fand der 1983 eingeleitete Prozess einer gewissen demokratischen Öffnung im Gefolge aufflammender, zum Teil gewaltsamer Protestbewegungen gegen das Regime Anfang November 1984 ein Ende. Es kam zur Dekretierung des Ausnahmezustandes und Repression (Zensur) unter Berufung auf terroristische Aktion und Infiltration. Die oppositionelle Hoffnung, die Regierung zum Rücktritt zwingen zu können, hat sich nicht erfüllt.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung haben verschiedene westliche Regierungen ihre Besorgnis über die Lage in Chile bekundet. Der österreichische Nationalrat hat am 11. Dezember einen Entschliessungsantrag über die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile angenommen. Die offiziellen österreichisch-chilenischen Kontakte beschränkten sich auf ein Informationsgespräch Aussenminister Gratzs mit seinem chilenischen Amtskollegen Del Valle am Rande der 29. UN-Generalversammlung.

Der „Vicaría de la Solidaridad“ der Erzdiözese Santiago wurde aufgrund ihrer Verdienste im Bereiche der Menschenrechte ein Preis der „Bruno Kreisky-Stiftung“ zuerkannt, der dem Erzbischof von Santiago vom österreichischen Botschafter am 6. Dezember 1984 überreicht wurde.

Trotz des über 5%igen Wirtschaftswachstums ist es Chile – hauptsächlich aufgrund des niedrigen Weltmarktpreises für Kupfer, das nach wie vor fast 50% des chilenischen Gesamtexportes darstellt – nicht gelungen, ein Handelsbilanzaktivum in der projektierten Grössenordnung zu erzielen. Zwecks Drosselung der Importe wurde daher der allgemeine Zollsatz von 20% auf 35% angehoben und der Peso im Verhältnis zum UD-Dollar um 23% abgewertet. Chile hat die ihm im Gefolge der Umschuldungsverhandlungen vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Bedingungen gewissenhaft eingehalten, was die Gewährung von neuen zur Deckung seiner Zahlungsverpflichtungen unerlässlichen Krediten ermöglichte.

Das steigende Bedürfnis der chilenischen Industrie nach Investitionsgütern und Betriebsmitteln hat zu einer beträchtlichen Erhöhung der Importe geführt, was auch Österreich zugutekam.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 184,69 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 228,423 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von plus 23,7% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 276,61 Mio. öS 1983 auf 410,338 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von plus 48,3%.

Auf der Internationalen Messe Santiago war Österreich wiederum mit einem eigenen Ausstellungspavillon vertreten, in dem 52 Firmen ihre Produkte zeigten.

In der Berichtsperiode wurden zwei österreichische Wanderausstellungen (2. Wiener Schule – „Schönberg, Webern, Berg“ und „Österreich – gestern und heute“ in insgesamt sechs chilenischen Städten präsentiert sowie ein Klavierabend und ein Kammermusikkonzert durchgeführt.

China

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Li Xiannian	Zhao Ziyang	Wu Xueqian

ÖB Peking : Dr. Wolfgang Wolte, Jian Guo Men Wai, Xiu Shui Nan Jie 5, Peking, Tel. 522061 ; AHSt

Die Volksrepublik China kann auf ein sowohl innen- als auch aussenpolitisch erfolgreiches Jahr 1984 zurückblicken. Die von der Persönlichkeit Deng Xiaopings dominierte Reformpolitik konnte mit grosser Dynamik weitergeführt werden. Ergänzt durch die Öffnungspolitik gegenüber dem Ausland und die vermehrte Heranziehung moderner Technologie haben die seit nunmehr rund fünf Jahren laufenden Reformen mit ihrer schrittweisen Einführung marktwirtschaftlicher Elemente zu einer beachtlichen Erhöhung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und des Lebensstandards der Bevölkerung geführt. Die Reformen im wirtschaftlichen Bereich und ihre Übertragung von der ländlichen auf die städtische Wirtschaft wurden im Rahmen der beiden grossen innenpolitischen Ereignisse des Jahres, der Tagung des Nationalen Volkskongresses und der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh, verankert und die Politik für die kommenden Jahre abgesteckt. In diesem Klima des allgemeinen Aufbruches konnte der 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober mit neuem Selbstbewusstsein feierlich begangen werden. Zu den wirtschaftlichen Erfolgen kam das über alle Erwartungen gute Abschneiden der chinesischen Teilnehmer an den Olympischen Spielen in Los Angeles.

Im aussenpolitischen Bereich konnte Peking mit dem Abschluss der Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs und der Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ in Peking am 18. Dezember einen grossen Erfolg verbuchen. Man kann davon ausgehen, dass mit der Bewältigung dieses Problems auch die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Vereinigten Königreich in eine neue Phase eintreten werden. Die Beziehungen zu den USA erreichten mit den Besuchen Ministerpräsident Zhao Ziyangs in Washington im Jänner und Präsident Reagans in China im April 1984 einen neuen äusseren Höhepunkt. Die Beziehungen zu Japan erreichten mit dem Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone im April 1984 ihr bisher höchstes Niveau; beiderseits wird eine weitere Intensivierung der Beziehungen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, in Aussicht genommen. Die Normalisierungsgespräche mit der Sowjetunion wurden im März in Moskau bzw. im Oktober in Peking fortgesetzt. Der Besuch des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow im Dezember fand in guter Atmosphäre statt und brachte die Unterzeichnung von drei wirtschaftlich-technischen Abkommen. Hingegen waren im politischen Bereich, nämlich in der Frage der Beseitigung der drei von China hervorgehobenen Haupthindernisse für eine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses – sowjetische Intervention in Afghanistan, sowjetische Unterstützung für Vietnam bei dessen militärischen Engagement in Kambodscha und Stationierung sowjetischer Streitkräfte entlang der chinesischen Nordgrenze und in der Mongolei – keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern haben sich im Berichtszeitraum zufriedenstellend weiterentwickelt.

China

Die politischen Beziehungen zu Österreich konnten durch einen hochrangigen gegenseitigen Besuchsaustausch weiter vertieft werden. Aussenminister Wu Xueqian stattete Österreich als erster chinesischer Aussenminister vom 2. bis 4. April 1984 einen offiziellen Besuch ab. Im Mai besuchte die Ministerin für Wasserbau und Elektrizitätswesen, Qian Zhenying, Österreich. Bundesminister Dr. Heinz Fischer hielt sich vom 21. bis 27. April zu einem offiziellen Besuch in China auf.

Die österreichisch-chinesischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet intensivierte sich 1984 weiter, und im bilateralen Warenaustausch konnte mit einem Gesamthandelsvolumen von rund 2,5 Mrd. S ein neues Rekordergebnis erzielt werden. Besonders stark entwickelten sich die österreichischen Ausfuhren, die um 140% auf 1,755 Mrd S anstiegen. Auch die österreichischen Importe aus China nahmen um 32,6% zu und erreichten einen Wert von 756,2 Mio. S. Die österreichischen Ausfuhren stützten sich im wesentlichen auf die traditionellen Warengruppen Maschinen, Viskosefasern, Chemikalien, Papier und Papierwaren. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die stark zunehmende Diversifizierung der österreichischen Maschinenexporte. Die österreichischen Einfuhren aus China verteilen sich auf eine ziemlich breitgestreute Warenpalette, wobei die wichtigsten Importwaren chemische Erzeugnisse, Garne und Gewebe, Mineralien und tierische Rohstoffe, Bekleidung, Gemüse, Tee und Fleisch sind. In der Zeit vom 10. bis 15. September 1984 fand in Wien die 4. Tagung der Gemischten Kommission aufgrund des Handels- und Zahlungsabkommens sowie des Abkommens über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit statt. Die starke Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen fand auch in der gegenseitigen Besuchstätigkeit ihren Niederschlag. Im Mai besuchte – wie erwähnt – der Minister für Wasserbau- und Elektrizitätswesen, Frau Qian Zhenying, Österreich. Bundeskammerpräsident Ing. Sallinger und eine hochrangige Wirtschaftsdelegation unter Leitung von CA-BV-Generaldirektor Androsch hielten sich zu Besuchen in der Volksrepublik China auf. Der Generaldirektor der ÖEAG, Dr. Fremuth, konnte bei seinem Besuch für eine mögliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf chinesischer Seite grundsätzliches Einverständnis finden.

Die kulturellen Beziehungen gestalteten sich vielschichtig. An Einzelveranstaltungen sind die Konzerte des österreichischen Trios Prof. Walter Klasinc, Prof. Marga Bäuml, Prof. Werner Tripp in Peking, Shanghai, Kanton, Chengdu und in der Wirtschaftszone Shenzhen im Rahmen einer Vortrags- und Konzerttournee zu erwähnen. Besondere Publizität in den chinesischen Medien fand auch das hervorragende Abschneiden von chinesischen Sängern beim Belvedere-Wettbewerb der Wiener Kammeroper. Zur kulturellen Präsenz Österreichs trugen auch die Präsentationen von zwei Ausstellungen („Österreich – Gestern und Heute“ und Faksimile-Drucke der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz) bei.

Das Jahr 1984 stand im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die durch den China-Besuch des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung und die Unterzeichnung eines Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit neue Impulse erhielt. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat ihre Beziehungen sowohl auf dem Gebiet der Naturwissenschaften mit der Academia Sinica als auch auf dem geisteswissenschaftlichen Sektor mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften intensiviert. Im Rahmen des mit der Academia Sinica 1983 abgeschlossenen Abkommens hielten sich zwei Österreicher zu Forschungsaufenthalten in China auf; zwei Delegationen der Academia Sinica

Dänemark

besuchten Österreich. Eine Delegation der Akademie für Gesellschaftswissenschaften unterzeichnete am 29. Juni im Rahmen eines Österreich-Besuches ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen. Daneben bestehen zahlreiche Kontakte – vor allem in den Bereichen Mathematik, Geologie, Geodäsie und Medizin – zwischen Universitäten und Forschungsinstituten beider Länder. Im Rahmen des offiziellen Studentenaustausches halten sich 15 chinesische Studenten in Österreich und derzeit sieben österreichische Studenten (davon zwei Selbstzahler) in der Volksrepublik China auf. Neun österreichische Deutsch-Lektoren waren an Deutschabteilungen chinesischer Universitäten und Sprachinstitute tätig.

Außer den bereits erwähnten Besuchen fanden noch folgende wichtige Begegnungen statt: Im April stattete eine Bundesländerdelegation unter Leitung von Landeshauptmann Kery einen Besuch ab. Zu einer mehrwöchigen Studienreise hielt sich im August über Einladung der Chinesischen Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland eine Parlamentarierdelegation unter Leitung von Bundesminister Dr. Herbert Salcher in China auf. Der Präsident von SOS-Kinderdorf International, Prof. Hermann Gmeiner, besuchte im November die Volksrepublik China und unterzeichnete mit dem Ministerium für zivile Angelegenheiten eine Vereinbarung über die Errichtung von SOS-Kinderdörfern in China, zu deren Finanzierung er einen Betrag von 1,6 Mio. US-Dollar stiftete.

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margarethe II	Poul Schlüter	Uffe Ellemann-Jensen

ÖB Kopenhagen: Dr. Hans Georg Rudofsky, Gronningen 5/1, 1270 Kopenhagen K., Tel. 01-124623; AHSt

Die bürgerliche Koalitionsregierung unter Premierminister Schlüter fand sich durch die Neuwahlen im Jänner 1984 bestätigt und konnte ihr Programm, dessen zentraler Aspekt ein rigoroses wirtschaftliches Sparprogramm ist, fortsetzen.

Dänemarks Aussenpolitik ist durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, EG und NATO sowie die Teilnahme an der skandinavischen Kooperation massgeblich bestimmt. Fragen der EG und der Sicherheitspolitik standen 1984 im Vordergrund der Debatte. In der Frage der Intensivierung der EG-Zusammenarbeit neigt Dänemark einer mehr pragmatischen Vorgangsweise zu, die weitmöglich auf der Basis der gegebenen Verträge aufbauen soll. In der zuweilen heftig geführten sicherheitspolitischen Debatte betreffend die Nachrüstung, eine kernwaffenfreie Zone in Nord-europa und Dänemarks Position innerhalb der NATO bzw. eine NATO-Politik wird versucht, eine der Regierung und grossen Oppositionspartei gemeinsame Basis zu finden. Zu Jahresende wurde ein ad-hoc-Ausschuß des Folketings zur Diskussion von Sicherheitsfragen bestellt. In der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde Dänemark für die Periode 1985/86 als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates gewählt.

Zwischen Dänemark und Österreich bestehen, trotz verschiedener Ausgangspositionen zwischen einem paktgebundenen und einem neutralen Staat, mehrfache aus-

Dänemark

senpolitische Interessensparallelitäten im besonderen durch die in beiden Staaten betonte Bedeutung der Schaffung kooperativer, von Vertrauen getragener und entspannter Beziehungen.

Die Stabilisierungs- und Sanierungsmassnahmen der Regierung Schlüter lassen positive Resultate erkennen. Das Zinsniveau (gemessen an den Renditen der Staatsanleihen) konnte von rund 20% auf ca. 13%, die Inflation von rund 10% auf ca. 6,5% gesenkt werden. Die Industrie meldet die beste Beschäftigungslage seit langer Zeit und der Export entwickelt sich sehr gut. Mit rund 10% der arbeitsfähigen Bevölkerung ist die Arbeitslosenrate dennoch unverändert hoch, besorgniserregend ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die Sanierung des Staatshaushaltes macht bescheidene Fortschritte. Als Problem erscheint weiterhin das Defizit in der Leistungsbilanz, weil der Zinsendienst für die Auslandsschulden höher ist als das Gesamtdefizit der Leistungsbilanz.

Die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Dänemark sind durch eine ausserordentlich enge Aussenhandelsverflechtung gekennzeichnet. Im langjährigen Durchschnitt lag das Volumen des Warenaustausches zumeist über öS 5 Mrd., wobei die österreichischen Exporte üblicherweise bei öS 3 Mrd. und die Importe zumeist bei öS 2 Mrd. lagen. Nach einem geringfügigen Rückgang der österreichischen Exporte im Jahre 1983 wird für 1984 eine neuerliche Verbesserung erwartet, weil schon nach den ersten zehn Monaten das Ergebnis des Gesamtjahres 1983 fast erreicht werden konnte (öS 2,69 Mrd., + 17%). Noch günstiger entwickelten sich (dem Trend der dänischen Gesamtexporte folgend) die dänischen Lieferungen nach Österreich (öS 2,2 Mrd., + 22,6%). Auf Grund der Struktur der dänischen Industrie als Veredelungsindustrie bezieht Dänemark einen hohen Anteil an Halbfertigwaren und Vormaterialien, darüber hinaus aber auch Maschinen und Verkehrsmittel und liefert seinerseits einen hohen Anteil an Spezialmaschinen, verschiedenen Fertigwaren und chemisch-pharmazeutischen Produkten.

Nationalratspräsident Benya und Bundesratsvorsitzender Josef Knoll weilten vom 15. bis 16. Juni 1984 zu einer Konferenz europäischer Parlamentspräsidenten in Kopenhagen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik des Wiener Gemeinderates unter Leitung von Amtsführenden Stadtrat Hans Mayr hielt sich vom 1. bis 3. Juli 1984 zu einem Studienaufenthalt in Kopenhagen auf.

Über Einladung des dänischen Landwirtschaftsministers hielt sich Bundesminister Haiden vom 13. bis 15. September 1984 zu einem offiziellen Besuch in Dänemark auf.

In Dänemark ist ein kulturell interessiertes Publikum gegeben und das kulturelle Geschehen in Österreich wird aufmerksam verfolgt. Die im Jahr 1984 hervorragende österreichische kulturelle Darbietung war die Veranstaltung eines Österreich-Symposiums an der Universität Kopenhagen (15.–17. Oktober 1984), bei welcher der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Heinz Fischer, den Eröffnungsvortrag hielt. Anzumerken ist auch, daß erstmals österreichische Referenten an einer Fortbildungstagung dänischer Deutschlehrer teilgenommen haben.

*DDR***DDR****(Deutsche Demokratische Republik), Berlin**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Erich Honecker	Willi Stoph	Oskar Fischer

ÖB Berlin : Dr. Hellmuth Straßer, Otto-Grotewohl-Straße 5, 1080 Berlin, Tel. 2291031 ; AHSt ; AUA-B

Aufgrund der von Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und der SED beim 7. Plenum des ZK (November 1983) angesichts der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, vor allem in der BRD, propagierten Politik der Schadensbegrenzung und des Dialogs kam es 1984 zu ersten offiziellen Besuchen von NATO-Regierungschefs in der DDR (Ministerpräsident Papandreou und Ministerpräsident Craxi), denen Arbeitsbesuche der Ministerpräsidenten Trudeau und Palme vorausgegangen waren. Fortgesetzt wurde diese Politik auch durch den Besuch Erich Honeckers in Finnland und den offiziellen Besuch Bundeskanzler Dr. Sinowatz' in der DDR. Der bereits seit längerem erwartete Besuch Erich Honeckers in der BRD wurde hingegen verschoben.

Zentrales innenpolitisches Ereignis waren die am 6. Mai stattgefundenen Kommunalwahlen, die eine 99,98%ige Zustimmung zu den Einheitslisten der Nationalen Front erbrachten, sowie vor allem die Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober (Teilnahme des sowjetischen Aussenministers A. Gromyko). Im übrigen wurde die Innenpolitik weiter vom Grundsatz der Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR haben sich 1984 weiter verstärkt, wobei der offizielle Besuch von Bundeskanzler Dr. Sinowatz am 5. und 6. November einen Höhepunkt darstellte. Dieser Besuch läßt weitere Impulse auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlich-technischem und rechtlich-humanitärem Gebiet erwarten. Auch der Besuch Aussenminister Oskar Fischers in Österreich (26. und 27. April) ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen ist 1984 eine weitere Intensivierung zu verzeichnen gewesen. Die österreichischen Exporte konnten gegenüber 1983 einen weiteren Zuwachs um 7,6% verzeichnen und erreichten einen Gesamtwert von 6,8 Mrd. S. Die Importe gingen um 6,8% auf 2,54 Mrd. S zurück. Zu den wichtigsten österreichischen Ausfuhrgütern zählten Eisen und Stahl, Chemieprodukte, Konsumgüter aller Art, Maschinen und Industrieanlagen sowie Agrarprodukte. Die wichtigsten Einfuhrgüter Österreichs aus der DDR waren Brennstoffe und Energie, Rohstoffe, chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren sowie Maschinen und Verkehrsmittel. Das von der VOEST-Alpine-AG erbaute Konverterstahlwerk Eisenhüttenstadt wurde am 6. November in Gegenwart von Bundeskanzler Dr. Sinowatz und des Staatsratsvorsitzenden Honecker offiziell in Betrieb genommen. Im Jänner besuchte der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl. Ing. Haiden und im Oktober der Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky die DDR. Im Oktober statteten der Minister für Post- und Fernmeldewesen Schulze und der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Lietz Österreich Besuche ab. Im Jänner hielt sich der Stellvertreter des Ministers für Finanzen, Frau Dr. König, und im März bzw. September der Stellvertreter des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Thoms, in Österreich auf. Die Bedeutung, die der Wirtschaftsbereich in den bilateralen

DDR

Beziehungen hat, wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass Österreich nach der BRD das zweitgrösste Ausstellerkontingent an der Leipziger Messe (Frühjahr und Herbst) stellt. An der Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse nahmen Vizekanzler Dr. Steger und Bundeskammerpräsident Ing. Sallinger teil. In Anwesenheit von Bundesminister Dipl. Ing. Haiden fanden im Rahmen der Leipziger Frühjahrsmesse die österreichischen Landwirtschaftstage statt. Staatssekretär Dr. Schmidt und Bundeskammerpräsident Ing. Sallinger waren bei der Leipziger Herbstmesse anwesend.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik, die schon während der letzten Jahre einen hohen Grad der Intensität erreicht hatten, haben sich im Berichtsjahr durch eine beachtliche Steigerung der österreichischen kulturellen Präsenz in der DDR, aber auch der DDR in Österreich, in erfreulicher Weise weiter vertieft. Anlässlich des offiziellen Besuches des Herrn Bundeskanzlers wurde der hohe Stand der Kulturbeziehungen unterstrichen. Auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Zusammenarbeit stellt das anlässlich dieses Besuches unterzeichnete Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Universitätszeugnissen, Studienzeiten und akademischen Graden einen wesentlichen Fortschritt dar. Dies gilt auch für das im Sommer unterzeichnete Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der Universität Wien und der Humboldt-Universität zu Berlin. Die hervorragendsten Ereignisse österreichischer kultureller Präsenz in der Deutschen Demokratischen Republik im Berichtsjahr waren sicherlich das Gastkonzert der Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein im nach mehrjährigem Wiederaufbau im Oktober neu eröffneten Schinkelschen Schauspielhaus in Berlin und die Ausstellung „Bildende Kunst aus Österreich, Malerei – Graphik – Plastik“ im Ausstellungszentrum am Fernsehturm in Berlin im September/Oktober, gemeinsam zusammengestellt von der Gesellschaft Bildender Künstler Österreichs, Künstlerhaus, und der Wiener Secession, die Werke von 55 zeitgenössischen österreichischen Künstlern zeigte.

Die Botschaft ihrerseits hat ihre kulturelle Veranstaltungstätigkeit im Jahre 1984 mit Lesungen österreichischer Autoren, zahlreichen Vorträgen österreichischer Wissenschaftler an DDR-Universitäten und dem Symposium „Eigenständigkeit der österreichischen Literatur“ mit fünf österreichischen und sechs DDR-Germanisten an der Universität Leipzig weiter intensivieren können. Daneben gab es eine Vielfalt wissenschaftlicher Vorträge im Rahmen der direkten Kontakte zwischen den Universitäten und viele künstlerische Veranstaltungen auf kommerzieller Ebene.

Im Rahmen des „kulturellen Besuchs austausches“ auf Regierungsebene besuchten im Berichtsjahr der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Heinz Fischer, die DDR, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Minister für Wissenschaft und Technik der DDR, Dr. Herbert Weiz, und der für das Filmwesen zuständige stellvertretende Kulturminister Horst Pehnert Österreich.

Auch 1984 gestaltete sich die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich reibungslos, obwohl der weiter zunehmende Reiseverkehr und die immer noch beträchtliche Zahl österreichischer Arbeitnehmer auf DDR-Baustellen häufig konsularische Probleme aufwarfen. Auf dem humanitären Sektor konnte die überwiegende Zahl der anhängigen Fälle sowohl im Anschluss an den Staatsbesuch Bundespräsident Dr. Kirchschrägers (Oktober 1983) als auch im Zuge des oben genannten Besuches von Bundeskanzler Dr. Sinowatz gelöst werden. In der DDR lebt eine große Anzahl österreichischer Staatsbürger, von denen jedoch lediglich ein kleiner Teil, rund 3.000, an der Botschaft als Paßinhaber registriert ist.

DDR – Deutschland

Ausser den bereits erwähnten bilateralen Besuchen sind noch folgende zu nennen :

Aus Österreich : Parlamentarierdelegation unter Leitung des Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Dr. Roland Minkowitsch (17.–21. September) ; SPÖ-Klubobmann Josef Wille bei der Volkskammer (6.–9. September) ; Universitätsprofessor Dr. Alois Stacher, Amtsführender Stadtrat für Gesundheit und Soziales der Gemeinde Wien (19. April 1984).

Aus der DDR : Hans-Joachim Hoffmann, Minister für Kultur (anlässlich der Eröffnung der DDR-Ausstellung auf der Schallaburg am 4. Mai), Dr. Günter Mittag, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Beil (16. August) ; Armeegeneral Dr. Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung (15.–20. Oktober), Klaus Höpcke, Stellvertreter des Ministers für Kultur (22.–26. Oktober).

Der Ausbau der vertraglichen Beziehungen wurde fortgesetzt : Am 10. Oktober erfolgte die Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens. Die Ratifikationsurkunden zu dem am 11. November unterzeichneten Vertrag über den Rechtsschutz von Erfindungen, industriellen Mustern und Modellen sowie von Warenzeichen wurden am 14. Dezember ausgetauscht. Auf dem Handelssektor sind insbesondere die am 2. Mai unterzeichnete Vereinbarung hinsichtlich österreichischer Lieferungen von landwirtschaftlichen Produkten, die am 16. August unterzeichnete Vereinbarung über österreichische Lieferungen für 1985, darunter auch Konsumgüter, sowie das am 6. November unterzeichnete Protokoll über den Kauf von Ausrüstungen und Rationalisierungsmitteln zu erwähnen.

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Bonn

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
DDr. h. c. Richard von Weizsäcker	Dr. Helmut Kohl	Dr. h. c. Hans-Dietrich Genscher

ÖB Bonn : Dr. Willibald Pahr, 5300 Bonn, Johanniterstrasse 2, Tel. (0228) 230051 ; ÖGK Düsseldorf, Dr. Heinrich Winter, 4000 Düsseldorf 10, Cecilienallee 43a, Tel. 434141, Hamburg, Dr. Wolfgang Seifert, 2000 Hamburg 13, Mittelweg 141, Tel. 446004, München, Dr. Hans Walser, 8000 München 80, Ismaninger Strasse 136, Tel. 987272 ; HK Bielefeld, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main, Hannover, Kiel, Köln, Lübeck, Mainz, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart ; 4 AHSt

In der Außenpolitik der Bundesrepublik sind keine wesentlichen Änderungen festzustellen. Die Prioritäten-Liste beginnt bei der festen Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und die EG sowie bei den Bemühungen um eine Entkrampfung des West-Ost-Verhältnisses, wobei den deutsch-deutschen Beziehungen eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. An weiteren Stellen folgen Abrüstungs- und Rüstungskontrollbestrebungen und, regional gesehen, Südostasien, Mittelamerika und der Vordere Orient in dieser Reihenfolge. Die Konferenz von San José/Kostarika ist über deutsche Initiative zustande gekommen.

Das deutsch-deutsche Verhältnis war durch einige Hoffnung und die Enttäuschung des schließlich verschobenen Honecker-Besuches gekennzeichnet, auch wenn man

Deutschland

zumindest primär für diese Absage nicht Berlin-Ost sondern Moskau verantwortlich macht.

Zur Überwindung der Stagnation innerhalb der EG wird dem Versuch einer Wiederbelebung der WEU besondere Bedeutung beigemessen.

Die rege Reisetätigkeit Bundeskanzler Kohls zeigt eine vermehrte Einschaltung des Regierungschefs in Belange der Außenpolitik an.

Die deutsche Innenpolitik 1984 war vordergründig durch einige Zwischenfälle, Pannen und Friktionen innerhalb der Koalitionsparteien gekennzeichnet. Die wenigen bedeutsameren Wahlgänge, Kommunalwahlen in zwei Bundesländern, zeigen Veränderungen in der Parteienlandschaft an. Neben deutlichen Warnsignalen an die etablierten Parteien, einem weiteren Rückgang der FDP, wird der definitive Aufstieg der Grünen bestätigt, mit denen jedenfalls in den nächsten Jahren gerechnet werden muß.

Der bilaterale Gedankenaustausch wurde bei zahlreichen Treffen auf hoher Ebene fortgesetzt. Als offizielle Besuche waren eingestuft :

- 27.–28. 2. 1984 Bundesjustizminister Engelhard in Wien
- 22.–24. 5. 1984 Frau Franziska Fast, Vorsitzende der Volksanwaltschaft, in Bonn und Düsseldorf
- 9.–12. 7. 1984 Bundesminister Dr. Frischenschlager in der BRD
- 1.–6. 10. 1984 Österreichische Parlamentarierdelegation in der BRD
- 21. 11. 1984 Bundeskanzler Kohl in Wien.

Umweltschutz und kaum nachlassende Arbeitslosigkeit sind weiterhin die Problemkreise, die den Bürger der Bundesrepublik am nachhaltigsten beschäftigen. Im Gegensatz zum größeren Teil der Medien scheint der Bürger bereit zu sein, insbesondere dem Bundeskanzler angesichts der trotz langer Streiks bemerkenswert positiven Wirtschaftslage vieles nachzusehen. Der „Normalverbraucher“ schätzt vor allem die im gegenwärtigen Maß seit mehr als 15 Jahren nicht mehr gekannte Geldwertstabilität sehr hoch ein. Die minimale Teuerung und insbesondere eine spürbare Reduzierung der Neuverschuldung machen Bundesfinanzminister Stoltenberg zur bei weitem unumstrittensten Persönlichkeit des Bundeskabinetts.

Die österreichischen Ausfuhren auf den bundesdeutschen Markt stiegen um 9,1% auf ein Gesamtvolumen von 93,14 Mrd. S. Die österreichischen Importe aus der BRD wuchsen um 8,3% auf 156,5 Mrd. S an.

Die Bewährung der in bilateralen Verhandlungen zustandegekommenen Vereinfachung bei der Grenzabfertigung im Personenstraßenverkehr zwischen Österreich und der BRD auch in Zeiten des Spitzenverkehrs steht noch aus.

Andere Fragen wurden in zahlreichen Treffen auf hohem Niveau einer Regelung nähergebracht. Erwähnt seien die trilateralen Treffen (Österreich – BRD – Schweiz) der Wirtschaftsminister in Pörschach im Juli und der für Umweltfragen zuständigen Ressortchefs in Luzern (August 1984) und Köln (Oktober 1984) sowie der Verkehrsminister in Wien (März 1984). Bilateral trafen sich die beiden Landwirtschaftsminister im Juli 1984 in Wien.

Die alljährlichen Wirtschafts-Kontaktgespräche auf Beamtenebene fanden im Oktober 1984 in Goslar statt.

Deutschland

Eine erste Gesprächsrunde über grenznahe Kernanlagen fand am 13. und 14. März 1984 in Wien statt. Mit ihrer Fortsetzung im kommenden Jahr ist zu rechnen.

Neben den oberwähnten offiziellen Besuchen und Treffen offizieller Art kennzeichneten mannigfache Kontakte auf Regierungs- und Beamtenebene die intensiven nachbarschaftlichen Beziehungen. Anfang Dezember folgte Bundespräsident von-Weizsäcker einer Einladung von Bundespräsident Kirchschräger zu einem Besuch nach Igls. Die beiden Bundeskanzler trafen sich im Sommer in St. Gilgen. Vizekanzler Dr. Steger besuchte die Hannover-Messe, Bundesminister Dipl. Ing. Haiden die „Grüne Woche“ in Berlin und die Landwirtschaftsausstellung in Frankfurt, Bundesminister Dr. Ofner nahm am Deutschen Juristentag in Hamburg teil. Staatssekretär Dr. Schmidt hielt eine Reihe von Vorträgen vor deutschen Industriellen und Bankiers.

Staatssekretär Löschnak traf mit Staatssekretär Prof. Schreckenberger zur Verhandlung und zur Durchführung des Briefwechsels über Vereinfachung bei der Grenzabfertigung im Personenstraßenverkehr zusammen.

Staatsminister Dr. Mertes, Auswärtiges Amt, führte im Oktober Besprechungen mit leitenden Beamten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Wien. Generaltruppeninspektor General Scharff besuchte im April 1984 den Generalinspekteur der Deutschen Bundeswehr. Schließlich seien noch Kontakte zwischen führenden Mitgliedern der in den Parlamenten vertretenen politischen Parteien erwähnt.

Eine wichtige Ergänzung all dieser Kontakte auf Bundesebene bilden die zahlreichen Treffen führender Funktionäre der österreichischen und deutschen Bundesländer insbesondere im Nachbarschaftsverhältnis.

Konsularische Fragen werden in der Regel ohne Schwierigkeiten bilateral geregelt. Verzögerungen ergeben sich fallweise vor allem durch die in beiden Ländern erforderliche Mitbefassung einer Vielzahl von Ressorts und Dienststellen des Bundes und der Länder.

Folgende Vereinbarungen traten 1984 in Kraft :

- In Ergänzung des Personenstandsvertrages 1980 die Vereinbarung über den Verzicht auf Beglaubigungen und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen (deutsches BGBl. vom 9. 10. 1984).
- Eine Zusatzvereinbarung betreffend die gemeinsamen Grenzdienststellen am Grenzübergang Autobahn Hörbranz/Lindau (deutsches BGBl. vom 24. 2. 1984).
- Errichtung gemeinsamer Grenzdienststellen am Grenzübergang Großmain/Bayerisch Gmain (deutsches BGBl. vom 6. 6. 1984).

Für folgende Übereinkommen ist mit Inkrafttreten 1985 zu rechnen :

- Die Ratifikationsurkunden zum Vertrag vom 27. 4. 1983 über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben, wurden am 27. 11. 1984 ausgetauscht. Der Vertrag tritt am 1. 2. 1985 in Kraft.
- Errichtung gemeinsamer Grenzdienststellen an den Grenzübergängen Oberreute/Sulzberg und eine Zusatzvereinbarung betreffend den Bahnhof Kufstein.
- Deutsches Ausführungsgesetz zum Vertrag vom 25. 5. 1979 auf dem Gebiet des Konkurs- und Ausgleichrechts.

Deutschland

Abschliessende Verhandlungen über Verträge in folgenden Sachgebieten sind vorgesehen :

- Kleiner Grenzverkehr und Ausflugsverkehr
- Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und Durchbeförderung von Häftlingen
- Durchgangsverkehr auf der Roßfeldstraße
- Abfertigung von Segelflugzeugen und Freiballons im grenzüberschreitenden Luftverkehr
- Rechts- und Amtshilfe in Verwaltungssachen

Mit weiteren Verhandlungen ist für folgende Sachgebiete zu rechnen :

- Schutz von Herkunftsangaben und anderen geographischen Bezeichnungen
- Ergänzung des Abkommens über soziale Sicherheit
- Wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsbereich der Donau
- Gegenseitigkeit in der Behandlung bestimmter Angelegenheiten des Berufsausbildungsrechtes (Gleichhaltung von Lehrabschlussprüfungen)

Im Bereich der Kultur und Wissenschaft kam es zu einem ebenso regen Austausch wie in der Politik und Wirtschaft. Im wissenschaftlichen Bereich hat das im Jahre 1983 in Kraft getretene Abkommen über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich bereits 1984 größere Mobilität ausgelöst.

Ein weiteres bilaterales Abkommen zwischen Österreich und der BRD über die Gleichstellung von Prüfungszeugnissen der beruflichen Bildung befand sich 1984 in Ausarbeitung.

Ein ständiger Austausch von Universitätsprofessoren sowie auch jüngeren Wissenschaftlern wirkte auf wissenschaftlichem Gebiet befruchtend. Der seit Jahren gut eingespielte Stipendienaustausch wurde fortgesetzt. Mehreren jungen österreichischen Historikern wurden Studien im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn vermittelt, während andererseits mehrere Wissenschaftlerinnen aus der Bundesrepublik im April 1984 an einem Historikertreffen in Wien teilnahmen.

Zwischen den Universitäten Freiburg im Breisgau und Innsbruck wurde ein Freundschaftsvertrag mit konkretem Arbeitsprogramm geschlossen und zwischen der Montanuniversität Leoben und der Technischen Universität Clausthal in der BRD kam es zu einer Partnerschaft. Einzelnen Universitäten konnten österreichische Buchspenden übermittelt werden.

Österreichische Wissenschaftler nahmen 1984 an mehreren Symposien in der BRD teil, deutsche Teilnehmer an wissenschaftlichen Symposien in Österreich wurden durch die Botschaft Bonn nachbetreut.

Auf kulturellem Gebiet sind zahlreiche österreichische Ausstellungen in der BRD anzuführen, u. a. eine Gregor Mendel-Ausstellung in Heidelberg, eine textile Kunstausstellung in Bonn, Wanderausstellungen der österreichischen „Jungen Wilden“ in mehreren bundesdeutschen Städten, weitere Wanderausstellungen über das Werk des Architekten A. Loos, über die 2. Wiener Schule der Musik – A. Berg, A. von Webern und A. Schönberg – ferner Ausstellungen von Peter Krawagna, Curt Stenvert, Albertina-Meisterzeichnungen, Adolf Frohner, Renate Kessler und Christof Seiz, Hermann Nitsch, Günter Brus, Oswald Oberhuber, Ione Fink, Arnold Rainer, André Verlon, Wiener Künstlerhausausstellung, Meisterklasse von Professor Hutter, sowie Ausstellungen von Paul Flora, Hermann Nitsch, Franz S. Beer, Ernst Fuchs, Klimt-Schiele-Kokoschka, Gustav Klimt, Helmut Schober, Arik Brauer usw.

Deutschland – Dominikanische Republik

Auf musikalischem Gebiet festigten Konzerttourneen der Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein, der Wiener Symphoniker unter Günther Sawallisch und Nikolaus Harnoncourt, des Salzburger Mozarteum-Orchesters und einer Reihe weiterer österreichischer Ensembles das traditionelle Bild Österreichs als Land der Musik, während auch die musikalische Avantgarde Österreichs bei einzelnen Veranstaltungen entsprechend in den Vordergrund gestellt werden konnte.

Österreichische Buchwochen in Frankfurt, Hamburg und Köln trugen zur Vertiefung des bestehenden großen Interesses an der österreichischen Literatur ebenso bei wie Autorenlesungen in allen Teilen der BRD, so u. a. von Ilse Aichinger, Dorothea Zeeman, Wolfgang Bauer, Martin Krusche, Jeannie Ebner, Jutta Schutting und György Sebestyén.

Gerhard Rühm wurde der BRD-Hörspielpreis für Kriegsblinde überreicht, Friedensreich Hundertwasser wurde mit einem Preis der Stadt Goslar ausgezeichnet, Walter Pichler mit dem Arnold-Bode-Preis 1984 für Plastiken, Ernst Jandl mit dem „Georg-Büchner-Preis“; seit Herbst 1984 hält Jandl eine Poetik-Vorlesung an der Universität Frankfurt. Professor Roland Rainer wurde in Hannover mit dem angesehenen Fritz-Schuhmacher-Architekturpreis ausgezeichnet. Hans Weigel diskutierte in einer ZDF-Sendung am 6. 12. 1984 in Mainz über das Spezifische der österreichischen Literatur im deutschsprachigen Raum.

An mehreren Theaterbühnen der BRD konnte 1984 ein Revival des österreichischen Dramatikers Jura Soyfer erzielt werden. Eine Aufführung der „Letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus war in Bonn wochenlang ausverkauft, während eine Marathon-Lesung des gesamten Textes der „Letzten Tage der Menschheit“ große Aufmerksamkeit auf die österreichische Literatur lenkte. Für Presseschlagzeilen und breite TV-Berichterstattung sorgte Thomas Bernhards Roman „Holzfällen“.

Bei den wichtigsten BRD-Filmfestivals wurden österreichische Filme präsentiert, so beim Max Ophüls-Festival Saarbrücken, bei den Kurzfilmtagen Oberhausen und den Filmfestspielen in West-Berlin. Anlässlich der 33. Filmwoche Mannheim errang Milan Dors Film „Malambo“ den Großen Preis. In Osnabrück wurde ein österreichischer Experimentalfilm-Workshop mit Peter Weibel und Herwig Kempfinger durchgeführt, in Bielefeld präsentierte Peter Kubelka den österreichischen Kunstfilm der Fünfziger-Jahre.

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Salvador Jorge Blanco	Dr. Salvador Jorge Blanco	Dr. José A. Vega Imbert

ÖB siehe Venezuela; HGK

Die politische Situation der Dominikanischen Republik hat sich 1984 insofern verschlechtert, als die sozialdemokratische Regierungspartei (Partido Revolucionario Dominicano), die der Sozialistischen Internationale angehört, die internen Spaltungstendenzen nicht meistern konnte. Die für die Bezieher niederer Einkommen besonders fühlbare Verschlechterung der Wirtschaftslage hat Anfang des Jahres zu schweren Unruhen geführt, wobei mehr als 50 Tote zu beklagen waren. Diese Ausschreitungen stellten die Tragfähigkeit der demokratischen Einrichtungen des Lan-

Dominikanische Republik – Dschibuti – Ekuador

des auf eine ernste Probe. Erfreulicherweise wurde diese Prüfung bestanden, sodass das Fortbestehen der demokratischen Ordnung gewährleistet zu sein scheint.

Die Wirtschaftslage hat sich 1984 weiter verschlechtert. Die Dominikanische Republik muss einen Grossteil der Exporterlöse für Energieimporte aufwenden und leidet in der Folge an chronischem Devisenmangel und hoher Auslandsverschuldung. Die Regierung Blanco ist um eine Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten und neue Kredite des IWF bemüht.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 31,232 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 25,620 Mio. öS getätigt werden – hauptsächlich Chemikalien, Pharmazeutika, Papier, Metalle – was einer Veränderung von –18% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 11,471 Mio. öS 1983 auf 29,684 Mio. öS (hauptsächlich Kaffee, Eisenlegierungen) 1984. Das entspricht einer Veränderung von plus 158,8%.

Die kulturelle Zusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik konnte im Jahre 1984 weiter intensiviert werden, wobei vor allem die sehr erfolgreich verlaufene österreichische Filmretrospektive hervorzuheben ist.

Dschibuti **(Republik Dschibuti), Dschibuti**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hassan Gouled Aptidon	Barkat Gourat Hamadou	Moumin Bahdon Farah

ÖB siehe Äthiopien

Dschibuti unterhält zu seinen Nachbarn Äthiopien und Somalia gute Beziehungen.

Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin schwierig. Eine von Österreich finanzierte Studie betreffend die Errichtung eines Zementwerkes wurde abgeschlossen. Der Handelsverkehr 1984 blieb auf dem Niveau des Vorjahres.

Zur Linderung der Not, die durch die Dschibuti betreffende Dürrekatastrophe entstanden ist, hat die Bundesregierung eine Katastrophenhilfe in der Höhe von öS 500.000,— beschlossen.

Ekuador **(Republik Ekuador), Quito**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ing. León Febres Cordero Ribadeneyra	Ing. León Febres Cordero Ribadeneyra	Dr. Edgar Terán Terán

ÖB Bogotá: Dr. Manfred Ortner, Carrera 11 Nr. 75–29; HGK Quito; HK Guayaquil; AHSt

Der neu gewählte Staatspräsident Febres Cordero trat am 10. August 1984 sein Amt an. Er verfügt im Parlament nicht über eine Mehrheit. Die sozialdemokratische Opposition beschneidet erheblich den innen- und aussenpolitischen Handlungsspielraum der neuen Regierung. Die aussenpolitischen Prioritäten beschränken sich derzeit auf eine Intensivierung der Beziehungen zu den USA und die Förderung bilateraler Kontakte im Interesse einer Besserung der Wirtschaftslage des Landes.

Ekcuador – Elfenbeinküste

Trotz der verstärkten liberalen Wirtschaftspolitik der neuen Regierung ist der Staatsinterventionismus im Wirtschaftsleben noch stark spürbar. Die Wirtschaft erholte sich in der zweiten Hälfte 1984 langsam, wovon u. a. österreichische Exportinteressen profitieren konnten. Österreichische Lieferungen vornehmlich traditioneller Produkte (Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie, Papier, Aluminium) konnten so eine beachtliche Steigerung erzielen. Die ekcuadorianischen Lieferungen nach Österreich (Bananen, Kakao, Kaffee) nahmen weiter ab.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 68,371 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 134,473 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von plus 96,7% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 45,225 Mio. öS 1983 auf 50,356 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von plus 11,3%.

Im Rahmen der allgemeinen Entwicklungshilfe-Stipendienaktion wurden für das Studienjahr 1984/85 zwei Jahresstipendien vergeben.

Elfenbeinküste (Republik Elfenbeinküste), Abidjan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
F. Houphouët-Boigny	F. Houphouët-Boigny	S.Ake

ÖB Abidjan : Dr. Tassilo F. Ogrinz, 70 bis, av. Jean Mermoz, Cocody, Abidjan, Tel. 440302 ; HK ; AHSt

Präsident Houphouët-Boigny, der seit 24 Jahren an der Spitze des Staates steht, blieb auch im Berichtsjahr die beherrschende politische Kraft der Elfenbeinküste.

Die Elfenbeinküste ist eines der wenigen westafrikanischen Länder mit zivilem Regime. Im aussenpolitischen Bereich konnte eine Öffnung der seit 1983 geschlossenen Grenzen zu Ghana erreicht werden.

Trotz grosser konjunktureller Schwierigkeiten und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer Fortsetzung der Austeritätspolitik konnte die Elfenbeinküste ihren Rang als stärkste Volkswirtschaft der Subregion beibehalten. Die zu Jahresbeginn wegen der grossen Trockenheit über Monate zusammengebrochene Stromversorgung hat sich im Verlauf des Jahres wieder normalisiert. Die Umschuldungsabkommen, an denen sich auch Österreich beteiligt hat, wurden im Rahmen des Klubs von Paris erfolgreich abgeschlossen.

Die österreichischen Ausfuhren in die Elfenbeinküste stagnierten auf niedrigem Niveau (1984 : 38,83 Mio. öS, 1983 : 37,1 Mio. öS) ; die Einfuhren stiegen hingegen um 30,1% auf 362,17 Mio. öS (1983 : 278,2 Mio. öS), womit sich der bestehende Überschuss zugunsten der Elfenbeinküste weiter erhöhte. Österreich bezog von der Elfenbeinküste vor allem Holz und Kakao.

In Abidjan und Bouaké, der zweitgrößten Stadt der Elfenbeinküste, wurde die Ausstellung „Österreich gestern und heute“ präsentiert.

An der Universität und Pädagogischen Akademie in Abidjan fanden zum zweiten Mal Blockseminare über österreichische Literatur nach 1945 statt.

Ein Physikprofessor der Universität Abidjan absolvierte im Berichtszeitraum den zweiten Teil eines Forschungsaufenthaltes in Österreich.

Elfenbeinküste – El Salvador – Finnland

Verschiedene kleinere Entwicklungshilfe-Projekte betreffend die Wasserversorgung, die Ausrüstung von Gesundheitszentren, die Notstromversorgung sowie die Errichtung einer Hühnerfarm wurden von österreichischen Organisationen finanziert.

El Salvador**(Republik El Salvador), San Salvador**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Napoleón Duarte	José Napoleón Duarte	Dr. J. E. Tenorio

ÖB siehe Mexiko ; HK

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände und die starke Polarisierung zwischen Armee und bewaffneter und organisierter Insurgenz dominierten weiterhin die innenpolitische Szene El Salvadors, wobei auch die Todesschwadronen ihre Tätigkeit, wenn auch eingeschränkt, fortsetzten. Versuchen, die Insurgenz zu einer Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu veranlassen, war kein Erfolg beschieden. Da beim ersten Wahlgang am 25. März 1984 keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erringen konnte, kam es am 6. Mai zu einer Stichwahl zwischen dem Christdemokraten Duarte und dem Vertreter der Ultrarechten, D'Aubuisson, aus welcher Duarte mit 54 Prozent der Stimmen als Sieger hervorging. Als Zeichen seiner politischen Anteilnahme und Präsenz hat Österreich anlässlich beider Wahlgänge und sodann auch zum feierlichen Amtsantritt Präsident Duartes seinen Geschäftsträger nach El Salvador entsandt.

Unter dem Eindruck der Stagnation des Contadora-Prozesses lud Präsident Duarte im Oktober die Insurgenz zu einem direkten Dialog ein, was sich in zwei Gesprächsrunden niederschlug. Allein der Umstand, dass es zwischen der Insurgenz und Vertretern der Regierung und des Militärs zu einer Aussprache kam, ist bereits positiv zu bewerten, doch ist mit einem länger dauernden, durch innere Widerstände behinderten Prozeß zu rechnen. Die Insurgenz legte einen Dreistufenplan vor, in dem sie die Forderungen nach einer breiten, möglichst alle Sektoren der Gesellschaft umfassenden provisorischen Regierung und nach einer Umstrukturierung der salvadorianischen Armee als Vorbedingung für ihre Teilnahme an Wahlen wiederholte. Diese Bedingungen waren allerdings in der Vergangenheit von der Regierung zurückgewiesen worden.

Trotz anhaltend schwieriger Wirtschaftslage stellen sich die österreichischen Exporte nach El Salvador nahezu unverändert dar. Die österreichischen Hauptexportgüter sind chemische Erzeugnisse, Papier sowie Arbeits- und Metallbearbeitungsmaschinen. Die Exporte stiegen um 6,6% auf 35,906 Mio. öS während die Importe, die praktisch ausschliesslich Kaffee umfassen, im gleichen Zeitraum um 18% auf 242,470 Mio. öS zurückgingen.

Finnland**(Republik Finnland), Helsinki**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Mauno Henrik Koivisto	Taisto Kalevi Sorsa	Paavo Väyrynen

Finnland

ÖB Helsinki: Dr. Johann Josef Dengler, E.Espladikatu 18, 00130 Helsinki 13, Tel. 634255; HK Helsinki, Tampere, Turku; AHSt; AUA-B

Die Mitte-links Regierungskoalition bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrumspar-
tei, Landwirtepartei und Schwedische Volkspartei hat sich weiterhin gut bewährt. Bei
den im Oktober des Berichtsjahres abgehaltenen Kommunalwahlen sind die Anteile
der etablierten Parteien landesweit im grossen und ganzen unverändert geblieben.
Die Überraschung waren dabei allerdings die Grünen, die in einigen Städten Süd-
finnlands an die 10% der Stimmen erzielen konnten. Der Trend der KP zu Stimmen-
verlusten hat weiter angehalten.

Aussenpolitisch wurde die traditionelle Linie der finnischen Neutralitätspolitik fortge-
setzt.

Die österreichisch-finnischen Beziehungen waren auch 1984 durch eine enge Koo-
peration im Rahmen der N+N-Gruppe bei der KVAE in Stockholm sowie bei der
EFTA geprägt. Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Neutralen
wurde bei dem am 23. Oktober des Berichtsjahres in Helsinki stattgefundenen Tref-
fen der vier Generalsekretäre der Aussenministerien der vier europäischen Neutra-
len vereinbart.

Der österreichische Bundesminister für Inneres, Karl Blecha, stattete Finnland im
Juni 1984 einen offiziellen Besuch ab. Im April 1984 besuchte der österreichische
Armeekommandant, General E. Bernadiner, die finnischen Streitkräfte. Aus Finnland
weilte der Staatssekretär im finnischen Aussenministerium, M. Touvinen, im Mai
1984 zu Gesprächen in Wien.

In erster Linie durch eine starke Zunahme der Exporte verlief 1984 die Konjunktur-
entwicklung in Finnland noch besser als erwartet. Vor allem die Ausfuhren in die EG-
und EFTA-Länder erfuhren einen deutlichen Aufschwung, während der Ostexport
(vor allem in die Sowjetunion) leicht rückläufig war. Der Aussenhandel verzeichnete
somit einen guten Exportüberschuss, die Beschäftigungslage in Finnland hat sich
verbessert, der Preisanstieg etwas verlangsamt. Diese günstige Wirtschaftslage hat
geholfen, die noch bis Anfang 1984 stagnierenden österreichischen Exporte nach
Finnland wieder etwas anzukurbeln. Insbesondere in den Bereichen „chemische
Erzeugnisse“ sowie „sonstige Fertigwaren“ zeichneten sich Exportsteigerungen ab.
Allerdings konnten sich auch die finnischen Exporte nach Österreich verbessern,
hier vor allem bei Maschinenlieferungen. Auf dem Gebiet der Auflösung von Gegen-
geschäften mit Entwicklungsländern ist die Zusammenarbeit zwischen finnischen
Firmen und entsprechenden österreichischen Partnern ausgebaut worden. Grossen
Erfolg hatte eine im September 1984 in über 250 finnischen Schuhgeschäften veran-
staltete „österreichische Schuhwoche“.

Neben dem laufenden Austausch im Rahmen des Kulturabkommens lag 1984 der
Schwerpunkt der Kulturarbeit auf der Betreuung von Universitäten und Sprachzen-
tren. Großen Anklang fanden die an der Universität Jyväskylä organisierten „österrei-
chischen Kulturtag“ mit einem breit gefächerten Programm, an denen über
100 Deutschlehrer und Germanisten aus ganz Finnland teilnahmen.

Die Photo-Gedenkausstellungen „Josef Haydn“ und „Franz Kafka“ gelangten mit
großem Erfolg zum Einsatz.

Die österreichische Kolonie setzt sich vorwiegend aus dem Mittelstand angehörigen
Personen zusammen, die sich meist in wirtschaftlich gesicherten Positionen befin-

Finnland – Frankreich

den, weiters aus mit Finnen verheirateten Frauen. Ältere Österreicher gibt es wenig, der Betreuung bedürftige überhaupt nicht.

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
François Mitterand	Laurent Fabius	Roland Dumas

ÖB Paris : Dr. Erik Nettel, 6, rue Fabert, F 75007 Paris, Tel. 5559566 ;GK Straßburg : Dr. Erich Kussbach, 20, Avenue de la Paix, 6700 Straßburg, Tel. 351394/AG; KI; HGK Lyon; HK Bordeaux, Lille, Lyon, Marseille, Nizza, Papeete, ; AHSt Paris, Lyon ; AUA-B Paris, Nizza

Die seit 1981 aus Sozialisten und Kommunisten bestehende Regierungskoalition ist im Juli 1984 nach dem Rücktritt von Premierminister Mauroy und der Betrauung Laurent Fabius' durch Ausscheiden der kommunistischen Regierungsmitglieder zerfallen. Im Parlament konnte die Regierung aber zeitweise weiterhin mit der Unterstützung der kommunistischen Abgeordneten rechnen.

In der Aussenpolitik Frankreichs ist dadurch keine Neuorientierung eingetreten ; die Regierung bemühte sich weiterhin um die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Ost und West, die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts und die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union.

Im ersten Halbjahr 1984 hatte Frankreich die EG-Präsidentschaft inne und war in dieser Funktion bestrebt, die innere und äußere Weiterentwicklung der Gemeinschaften voranzutreiben ; die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates in Fontainebleau (25. und 26. Juni) sind als Erfolg dieser Bemühungen zu werten.

Besonderes Interesse bringt Frankreich den Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt entgegen, wobei die Bewältigung des Schuldenproblems besondere Aufmerksamkeit genießt. In den Krisenregionen Mittelamerika, Naher und Mittlerer Osten war die Regierung bemüht, mässigend einzuwirken ; der Rückzug französischer Truppen aus dem Libanon und dem Tschad wird als eigener Beitrag hiezu angesehen.

Die bilateralen Beziehungen haben im Berichtsjahr durch einen engen Besuchsaustausch eine bemerkenswerte Intensivierung erfahren : Im Februar stattete Premierminister Mauroy in Begleitung des Ministers für Freizeit, Jugend und Sport Österreich einen offiziellen Besuch ab ; im März tagte in Paris nach fünfjähriger Unterbrechung die österreichisch-französische Gemischte Kommission und im Oktober fand als Höhepunkt ein Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Begleitung von Aussenminister Gratz statt. Diese Besuche, die durch Kontakte auf parlamentarischer und fachlicher Ebene ergänzt wurden, waren ein Ausdruck der Kontinuität und Qualität der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Sie boten darüber hinaus Gelegenheit, Fragen gemeinsamen Interesses auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erörtern und die österreichischen Anliegen gegenüber den EG auch bilateral zu erläutern.

Das Österreichisch-Französische Zentrum für Begegnungen aus europäischen Ländern mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen veranstaltete im Juni und November 1984 Seminare zu den Themen „Die Zukunft des Ost-West-Handels“ und „Moderne Methoden des Unternehmensmanagements in Ost und West“.

Frankreich

In wirtschaftspolitischer Hinsicht war das Jahr 1984 von einschneidenden strukturellen Massnahmen im Stahl-, Kohle-, Bergbau- und Schiffsbausektor gekennzeichnet, die die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit Frankreichs unter Inkaufnahme einer weiter wachsenden Zahl von Arbeitslosen bezwecken. Die Arbeitslosenrate nähert sich der 10%-Marke. Zur Eindämmung dieser Entwicklung wurden verschiedene Massnahmen, wie Umschulungsurlaube für entlassene Arbeitnehmer bzw. Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt. Dem gegenüber wurden zur Stimulierung des öffentlichen und privaten Sektors eine Steuer- und Abgabensenkung um 1% beschlossen und diverse Förderungsmassnahmen für Klein- und Mittelbetriebe, unter anderem vereinfachte Möglichkeiten für Betriebsgründung, getroffen. In der Inflationsbekämpfung konnte nach einer Inflationsrate von 9,3% im Jahre 1983 mit einer Prognose von 5,5% für 1984 ein Teilerfolg erzielt werden.

Das beträchtliche französische Aussenhandelsdefizit der letzten Jahre, welches 1982 noch FF 93,31 Mia betragen hatte und 1983 auf FF 42,45 Mia halbiert werden konnte, ist im Berichtszeitraum weiter gesunken.

Frankreich ist für Österreich weiterhin der fünftwichtigste Handelspartner und der wichtigste unter den westlichen Industriestaaten, die nicht an Österreich grenzen. Nach einem Rekordergebnis für Österreich im Jahr 1982 und einer weniger günstigen Entwicklung des bilateralen Handels im Jahr 1983 mit einem Rückgang der Exporte um 7,7%, dem ein Wachstum der Importe von 11% gegenüberstand, konnte im abgelaufenen Jahr wieder ein für Österreich positiver Trend beobachtet werden.

Die Exporte beliefen sich auf S 12,2 Mrd. (+17,3%), die Importe auf S 14,5 Mrd. (+1,8%), wodurch sich das Defizit im Frankreich-Handel von S 3,89 Mia. im Jahre 1983 auf S 2,3 Mrd. verringerte. Die Warenstruktur hat sich kaum verändert, wenn auch die Palette etwas breiter geworden ist. Nach wie vor sind Arbeitsmaschinen, Bekleidung, Eisen und Stahl, Nachrichtengeräte, Papier und Textilien wichtige österreichische Exportartikel. Österreichischerseits wurden auch im Berichtszeitraum die Bemühungen um eine Vertiefung der Kooperation im Bereich der verstaatlichten Industrie, auch in Form der Drittlandskooperation, fortgesetzt.

Die im Frühjahr 1983 eingeführten Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen, die nachteilige Folgen für den Fremdenverkehr in Österreich mit sich brachten, wurden mittlerweile stufenweise wieder aufgehoben.

Die Beziehungen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet basierten zum Teil auf dem im Juni 1983 unterzeichneten Protokoll der Tagung der Gemischten Kommission in Durchführung des 1947 abgeschlossenen Kulturabkommens bzw. auf vom Kulturinstitut organisierten Veranstaltungen, von denen die meisten in Zusammenarbeit mit französischen Partnern durchgeführt werden konnten. Das gilt insbesondere für eine Reihe von wichtigen Symposien, wie jenes über die französisch-österreichischen Beziehungen zwischen 1870 und 1970 an der Universität Rouen, über den Philosophen Ludwig Wittgenstein im Internationalen Kulturzentrum von Cerisy-la-Salle in der Normandie, über das Wien der Jahrhundertwende bis 1938 im Pariser Centre Georges Pompidou, über die verschiedenen „Wiener Schulen“, die das Thema der VI. Psychiatrischen Tagung des Hôpital Necker in Paris bildeten sowie über Heimito von Doderer an der Universität Metz. Auf literarischem Gebiet ist außerdem erwähnenswert, daß das Kulturinstitut bei einer dem deutschsprachigen Buch gewidmeten Ausstellung in Aix-en-Provence mit einer Reihe von Veranstaltungen

Frankreich

gen präsent war, für die Großausstellung „Le Siècle de Kafka“ im Centre Georges Pompidou Leihgaben vermitteln konnte und sich an mehreren Rahmenveranstaltungen beteiligt hat, die zu diesem Anlaß organisiert worden waren. Außerdem wurde anläßlich des Erscheinens einer Sondernummer der Zeitschrift „Documents“ über österreichische Gegenwartsliteratur ein österreichisch-französisches Autorentreffen organisiert, in dessen Rahmen sich mehrere österreichische Schriftsteller in Lesungen auch einem grösseren Publikum vorstellen konnten. Im Bereich des literarischen und musikalischen Theaters kann auf die Aufführung von Werken von Schnitzler, Kafka, Handke, Hofmannsthal und Johann Strauss hingewiesen werden. In zahlreichen Konzerten sind österreichische Musiker in Erscheinung getreten oder war österreichische, insbesondere auch zeitgenössische Musik zu Gehör gebracht worden. Der seit vielen Jahren im Kulturinstitut durchgeführte Lied-Perfektionskurs von Professor Schilhawsky hat auch im abgelaufenen Jahr viele Interessenten gefunden. Unter den österreichischen Künstlern gewidmeten Ausstellungen zogen vor allem jene über Arnulf Rainer, Pierre Weiss, Josef Mikl, Gottfried Salzman, Robert Hammerstiel, Hans Fronius, Leo Zogmayer und Michael Lechner die Aufmerksamkeit an sich. Klimt, Schiele und Kokoschka war eine bedeutende Präsentation im Pariser Rathaus gewidmet, über die in der einschlägigen Presse ausführlich berichtet wurde, wie überhaupt das Interesse für „Wien um 1900“ in Frankreich einen bisher unbekanntenen Höhepunkt erreicht hat, was auch in einer vermehrten Anzahl von Bucherscheinungen zu diesem Thema zum Ausdruck gekommen ist.

Im Schuljahr 1984/85 waren 23 österreichische Lektoren an französischen Universitäten und 68 Sprachassistenten im französischen allgemeinbildenden Schulwesen tätig. Die vom Kulturinstitut veranstalteten Deutschkurse fanden wie bisher großes Interesse. So hat sich die Teilnehmerzahl um knapp 20% gegenüber dem letzten Jahr erhöht. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich erstreckt sich vor allem auf die Gebiete Medizin, Metallurgie, Physik, Chemie, Biologie, Limnologie, Geologie, Weltraumforschung und Zoologie.

Besuche :

- 7. 2. Zusammentreffen von Bundesminister Dallinger mit dem französischen Minister für Soziale Verwaltung und Nationale Solidarität, Pierre Bérégovoy, in Paris.
- 22.–24. 2. Offizieller Besuch des französischen Premierministers, Pierre Mauroy, in Österreich.
- 29.–30. 3. Tagung der Grossen Gemischten Kommission unter Leitung der Generalsekretäre beider Aussenministerien.
- 19.–20. 4. Besuch der französischen Senatskommission für Terrorismusbekämpfung in Österreich.
- 7.–10. 5. Besuch des Generalstabschefs der französischen Streitkräfte, Armeegeneral Jeannou Lacaze, in Österreich.
- 24.–28. 9. Besuch einer französischen Parlamentarierdelegation in Wien.
- 9.–11. 10. Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Frankreich.
- 20. 11. Zusammentreffen von Bundesminister Moritz mit dem französischen Kulturminister Jack Lang in Paris.
- 18.–22. 12. Besuch von Frau Staatssekretär Dohnal in Frankreich auf Einladung des französischen Ministers für die Rechte der Frau, Frau Yvette Roudy.

Abkommen :

Frankreich – Gabun – Gambia

Das Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der französischen Republik über die steuerliche Behandlung von Strassenfahrzeugen im internationalen Verkehr ist am 1. Juni 1984 in Kraft getreten (BGBl.Nr. 221/1984).

Gabun
(Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
El Hadji Omar Bongo	Léon Mébiame	Martin Bongo

ÖB siehe Zaire

Das hervorragende aussenpolitische Ereignis im Jahr 1984 war ein offizieller Besuch Präsident Bongos in Paris.

Die angestrebte landwirtschaftliche Autarkie wurde trotz des Florierens der auf Erdöl und sonstigen Bodenschätzen basierenden Wirtschaft nicht erreicht.

Das Land ist mit seinem hohen Prokopfeinkommen ein verlässlicher Abnehmer des traditionellen österreichischen Warenangebots : Papier, Textilwaren, Maschinen.

Nach Österreich liefert Gabun Holz und fallweise Rohöl.

Gambia
(Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alhadji D. K. Jawara	Alhadji D. K. Jawara	Alhadji L. K. Jabang

ÖB siehe Senegal

Das blockfreie, pluralistisch-demokratische Gambia hat 1982 mit Senegal einen Konföderationsvertrag geschlossen, der eine Harmonisierung der Aussenpolitik, eine gemeinsame Verteidigung und eine Wirtschaftsunion vorsieht. Präsident Jawara wurde zum Vorsitzenden des Friedenskomitees der Islamischen Konferenz zur Beilegung des Konflikts Irak-Iran gewählt.

Die bilateralen Beziehungen haben sich durch den wachsenden österreichischen Touristenstrom verdichtet. Österreich leistet durch Gewährung von Stipendien an der Fremdenverkehrsschule Klessheim einen Beitrag zum Ausbau des Tourismus in Gambia. Ein gambischer Stipendiat hat am Spezialkurs für Zollbeamte teilgenommen. Die österreichische Bundesregierung leistete im Rahmen der Katastrophenhilfe einen Beitrag von öS 500.000,— für die Opfer der Dürre in Gambia. Im Rahmen des FAO-Düngemittelversorgungsplans stellte Österreich 750 t Mischdünger im Wert von 3,6 Mio. öS zur Verfügung. Der Warenverkehr zwischen Österreich und Gambia war in beiden Richtungen minimal.

*Ghana – Grenada***Ghana****(Republik Ghana), Accra**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yao Jerry J. Rawlings	Yao Jerry J. Rawlings	Dr. Obed Yao Asamoah

ÖB siehe Nigeria ; HK Accra

Die langjährige wirtschaftliche Stagnation scheint im abgelaufenen Jahr zum Teil überwunden worden zu sein. Überdurchschnittlich gute Ernten, stärkere Auslandshilfe, IWF/Weltbank-Kredite, mehrmalige Abwertung des Cedi und Exportsteigerungen haben zu ersten Erfolgen des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes der Regierung geführt.

Österreichs Exporte nach Ghana sind 1984 auf 31 Mio. öS (+ 11,1%) gestiegen. Die grössten Steigerungen wurden bei Papier und Pappe registriert. Die Lieferungen von Maschinen und Verkehrsmitteln konnten ebenfalls erhöht werden. In der gleichen Periode sind Österreichs Einfuhren aus Ghana auf 98,78 Mio. öS (+ 69,5%) gestiegen, wobei diese Steigerung zur Gänze auf einen Zuwachs bei Kakao-Lieferungen zurückzuführen ist, die bilaterale Handelsbilanz ist somit für Österreich passiv.

Grenada**(Grenada), Saint George's**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II, vertreten durch Generalgouverneur Sir Paul Scoon	Herbert A. Blaize	Ben Jones

ÖB siehe Venezuela

Von entscheidender politischer Bedeutung für Grenada waren die Wahlen vom 3. 12. 1984, die einwandfrei demokratisch verliefen und mit einem überwältigenden Sieg der gemässigten Neuen Nationalen Partei (NNP) unter Herbert Blaize endeten. Mit diesen Wahlen erhielt Grenada nach dem Staatsstreich marxistischer Armeeoffiziere vom Oktober 1983 und der darauf folgenden Besetzung des Inselstaates durch US-Truppen und Kontingente mehrerer karibischer Staaten wieder eine demokratische Regierung. Ein Abzug der inzwischen stark reduzierten Besatzungstruppen ist bis auf weiteres nicht vorgesehen, da die neue Regierung glaubt, auf diese nicht verzichten zu können, bis der Aufbau eigener Sicherheitskräfte abgeschlossen ist.

Mit Unterstützung der USA, Kanadas und der EG wurde 1984 der wirtschaftliche Aufbau des Landes gefördert. Die gedrückten Weltmarktpreise für Gewürze, dem wichtigsten Exportprodukt, brachten dem Land beträchtliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die auch durch ein erhöhtes Touristenaufkommen nur teilweise kompensiert werden konnten.

Griechenland

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
K. Karamanlis	A. Papandreou	L. Charalambopoulos

ÖB Athen : Dr. Herbert Amry, 26, Leoforos Alexandras, 10683 Athen 148, Tel. 8211036 ; HGK Thessaloniki ; HK Athen, Heraklion, Rhodos ; AHSt ; AUA-B

Die Klimaverbesserung zwischen den beiden Machtblöcken und die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan waren nach wie vor vorrangige Anliegen der griechischen Aussenpolitik.

Die schwierigen Beziehungen zur Türkei waren weiterhin das dominierende Problem. Zentraler Konfliktpunkt ist hierbei die Ägäis, die Frage der Abgrenzung der Territorialgewässer und des Kontinentalsockels. So kam es im März während türkischer Flottenmanöver im Nordosten der Ägäis zu einem Zwischenfall mit einem griechischen Zerstörer. Aus der Ägäis-Frage ergaben sich weiterhin Schwierigkeiten im Verhältnis zur NATO. Wegen der Weigerung der NATO, der griechischen Forderung entsprechend die Insel Lemnos, die gegen türkischen Protest militarisiert worden ist, in Manöver einzubeziehen, verweigerte Griechenland wiederum die Teilnahme an gemeinsamen Manövern des Bündnisses.

Ein zentrales Thema mit Relevanz auch für die griechisch-türkischen Beziehungen war die Zypern-Frage, die in Griechenland als nationales Anliegen betrachtet wird.

Die eigenständige Politik in der EG und in der NATO wurde weiter verfolgt.

Innenpolitisch war das Ergebnis der Wahlen zum europäischen Parlament vom 17. Juni von Bedeutung ; die regierende PASOK blieb die stärkste Partei des Landes, der Vorsprung gegenüber der grossen konservativen Oppositionspartei Nea Demokratia ging jedoch von 9% im Jahre 1981 auf 3% zurück. Die Führungskrise in der Nea Demokratia führte zum Rücktritt des Parteichefs Evangelos Averoff, zum Nachfolger wurde am 9. September Konstantinos Mitsotakis gewählt.

Vom 11. bis 14. September weilte Bundespräsident Dr. Kirchschräger zu einem offiziellen Besuch in Griechenland. Es war dies der erste Staatsbesuch eines österreichischen Staatsoberhauptes. Der Bundespräsident wurde von den Bundesministern Gratz und Sekanina begleitet. Zwischen Bundesminister Sekanina und dem griechischen Minister für öffentliche Arbeiten, Tsochatzopoulos, der schon im Juli zu einem offiziellen Besuch in Österreich gewesen war, wurden Möglichkeiten einer Kooperation auf den Gebieten Strassenbau, Tunnelbau und U-Bahn-Bau erörtert.

Im November war der griechische Minister für öffentliche Ordnung, Skoularikis, zu einem offiziellen Besuch in Österreich.

Nach mehreren Jahren ohne Wirtschaftswachstum hat die griechische Wirtschaft ein reales Wachstum von 8,4% aufgewiesen, das vor allem auf dem Agrarsektor und auf öffentliche Investitionen zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenrate stieg von 7,8% (1983) auf 8,4%, die Inflation nahm von 20,5% auf 18,5% ab.

Der Ausweitung der Rolle der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben zu einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten entspricht ein hohes Budgetdefizit (13% des BIP). Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz zeigen sich in einem anhaltend hohen Handelsbilanzdefizit (5,4 Mrd. US\$) und einem Rückgang der Überschüsse aus den

Griechenland – Großbritannien

Transferzahlungen (-5,2%). Die Einnahmen aus dem Tourismus brachten nach dem schlechten Ergebnis 1983 wieder eine leichte Zunahme.

Der negative Trend der österreichischen Exporte nach Griechenland hat sich im ersten Halbjahr noch verstärkt. Mit der Belebung der Weltwirtschaftslage und aufgrund einer positiven Entwicklung der griechischen Wirtschaft hat sich dieser Trend im zweiten Halbjahr etwas abgeschwächt. Die Importe aus Griechenland zeigen eine kontinuierliche Steigerung. Es war eine starke Beteiligung österreichischer Interessenten an griechischen Fachausstellungen feststellbar, darunter eine Gruppenausstellung an der Internationalen Messe in Saloniki. Griechenland nahm an der Wiener Herbstmesse ebenfalls mit einer Gruppenausstellung teil. Der Österrichtourismus nach Griechenland ist weiter angestiegen.

In kultureller Hinsicht zeigen sich die Tendenzen zu engerer Zusammenarbeit. Der griechische Minister für Kultur und Wissenschaften, Frau Melina Mercouri, dokumentierte durch die Eröffnung der ersten „Buchausstellung moderner griechischer Literatur in deutschen Übersetzungen“ Verbundenheit mit Österreich.

Die griechische Kulturverwaltung bot österreichischen Künstlern und Musikern kostengünstige Auftritte für 1985 in staatlichen Konzertsälen an. Im Athener Theater Alpha wurde erstmals ein Stück eines modernen österreichischen Autors in griechischer Sprache mit Erfolg uraufgeführt.

Auf wissenschaftlichem Gebiet konzentrierte sich die bilaterale Zusammenarbeit vor allem auf die Archäologie, wobei die Tätigkeit des österreichischen Archäologischen Institutes bedeutungsvoll ist. Eine Vortragsserie zu den Ereignissen des Jahres 1934 in Österreich zeigte darüber hinaus auch reges Interesse der griechischen Bevölkerung an zeitgeschichtlichen Inhalten. Im technologischen Bereich fanden besonders Themen wie Tunnelbaumethoden Beachtung, mit denen Österreich als Land moderner Technologie vorgestellt wurde.

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II	Margaret Thatcher	Sir Geoffrey Howe

ÖB London : Dr. Reginald Thomas, 18 Belgrave Mews West, London S. W. 1., Tel. (1) 2353731 ; HK ; AHSt ; KI

Die Innenpolitik wurde 1984 durch den seit über 40 Wochen andauernden und zu Jahresende noch anhaltenden Streik der Arbeiter in den Kohlengruben geprägt. Dieser längste Streik in der Geschichte Großbritanniens hat negative Auswirkungen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sie werden auch nach seiner Beendigung andauern.

Die Außenpolitik Großbritanniens wird durch die Zugehörigkeit zur NATO und EG, durch die Rolle im Commonwealth und in den Vereinten Nationen, sowie ein besonderes Verhältnis zu den USA bestimmt. Dem Ziel der Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit und des Friedens dienen die aktive Mitarbeit an der Atlantischen Allianz, einschließlich dem Festhalten am Doppelbeschluß, und die Bereitschaft zur Wahrung westlicher Sicherheitsinteressen.

Großbritannien

Großbritannien unterstützt die Wiederbelebung der WEU im Sinne einer Stärkung des europäischen Pfeilers der atlantischen Verbindung, mit der Absicht, die US-Sicherheitsgarantie für Europa bestmöglich zu ergänzen.

Die britische Regierung tritt für die Wiederaufnahme der Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Ost und West ein, hält aber daran fest, daß Maßnahmen auf diesem Gebiet ausgewogen und verifizierbar sein müssen.

Da man britischerseits davon ausgeht, daß die Ost-West-Beziehungen nicht nur im Lichte der Abrüstungsproblematik gesehen werden sollten, war das Berichtsjahr auch durch vermehrte Kontakte zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, sogar auf hoher politischer Ebene, gekennzeichnet. So fand der erste offizielle Besuch von Premierminister Thatcher in einem osteuropäischen Staat, nämlich in Ungarn, statt, Außenminister Howe reiste nach Moskau, der zuständige Staatsminister im Außenministerium nach Warschau und zum Jahresende besuchte das Mitglied des Politbüros der KPdSU M. S. Gorbachev Großbritannien an der Spitze einer Delegation des Obersten Sowjets.

Nachdem die EG in diesem Jahr die grundsätzlichen Fragen der Budgetkontrolle und des britischen Finanzbeitrages löste, konzentriert sich das Interesse der Londoner Regierung nunmehr auf den vollständigen Ausbau des Inneren Marktes, speziell auf dem Gebiet der Dienstleistungen. Großbritannien tritt für einen raschen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal ein. Besondere Aufmerksamkeit gilt auch der Lage im Nahen Osten, was ihren Ausdruck in einer regen Besuchsdiplomatie fand. Man wünscht den Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon und fordert gleichermaßen die Anerkennung des Existenzrechtes Israels sowie des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Im Konflikt Iran-Irak nimmt Großbritannien eine neutrale Haltung ein.

Die britisch-chinesischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs haben zu einer Vereinbarung geführt, wonach die Souveränität der Volksrepublik China über die Kronkolonie ab 1. 7. 1997 wiederhergestellt wird. Für die Dauer von 50 Jahren wurde diesem Gebiet aber eine weitgehende Autonomie eingeräumt und die Beibehaltung seines bisherigen Wirtschaftssystems zugestanden.

Verhandlungen zwischen Großbritannien und Spanien haben dazu geführt, daß Februar 1985 die Grenze zwischen Gibraltar und Spanien wieder geöffnet wurde und Gespräche über alle dieses Problem betreffenden Fragen, einschließlich jener der Souveränität, aufgenommen werden.

Durch die Vermittlung der Schweiz und Brasiliens zustande gekommene direkte Gespräche zwischen Argentinien und Großbritannien in Bern über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen fanden ein rasches Ende, da Auffassungsunterschiede darüber, ob die Souveränitätsfrage betreffend Falkland-Inseln erörtert werden sollte, nicht überbrückt werden konnten. Die UN-Generalversammlung verabschiedete auch 1984 eine Resolution, in der beide Parteien zu Verhandlungen über eine friedliche Lösung ihrer Differenzen, einschließlich des Souveränitätskonfliktes, aufgefordert werden. Österreich gab wie in den beiden vergangenen Jahren ein positives Votum ab.

Großbritannien als eine der Garantiemächte Zyperns unterstützt alle Anstrengungen des UN-Generalsekretärs und bemüht sich um eine Wiederherstellung der Einheit des Inselstaates.

Großbritannien

In den Beziehungen zu Österreich gibt es keine Probleme. Nachdem bereits im Juni eine hochrangige britische Beamtendelegation in Wien bilaterale Handelsgespräche geführt hatte, stattete der Minister für Handel im britischen Ministerium für Handel und Industrie, Paul Channon, Österreich im Juli einen offiziellen Besuch ab.

Der Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten hielt sich Mitte Oktober zu einem Meinungsaustausch mit dem Ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office in London auf.

Der für die britische Wirtschaft prognostizierte konjunkturelle Aufschwung blieb wegen des starken Rückgangs der Kohleproduktion in Folge des Bergarbeiterstreiks aus. Dadurch konnte der erwartete Anstieg des Bruttonationalproduktes um 3 bis 4% nur zu 50% erreicht werden. Bedeutende Erfolge wurden vor allem bei der Bekämpfung der Inflation, die auf einem Niveau von unter 5% gehalten werden konnte, verzeichnet. Die Produktivität der britischen Industriebetriebe konnte um weitere 4% gesteigert werden, was eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Exportmärkten bewirkte. Für die britischen Exportaktivitäten wirkte sich auch der gesunkene Pfund-Kurs positiv aus, durch den es möglich war, die Ausfuhren (insbesondere nach Nordamerika) überproportional zu steigern.

Der Außenhandel mit Österreich war durch ein starkes Ansteigen des bilateralen Handelsvolumens gekennzeichnet. Österreichs Ausfuhren stiegen insgesamt um 19,1% an. Die wichtigste österreichische Exportposition ist dabei nach wie vor die Gruppe der Textilien mit 1,1 Mrd. Schilling (+ 3,5%), gefolgt von den Papierlieferungen – 939 Mio. Schilling (+ 16,4%) und elektrischen Maschinen – 655 Mio. Schilling (+ 60%). Besonders erfreulich für die österreichische Wirtschaft ist der Umstand, daß der erzielte Exportzuwachs sich praktisch auf sämtliche Warengruppen bezieht. Die Einfuhren aus Großbritannien stiegen um 11,6% an, wobei insbesondere der Zuwachs bei den Maschinenlieferungen ins Gewicht fiel. Im Gegensatz zum Vorjahr bezog Österreich 1984 nur in geringem Umfang Erdöl, sodaß der erzielte Zuwachs praktisch ausschließlich auf eine Steigerung der Ausfuhren von Industrieprodukten zurückzuführen ist.

Das österreichische Handelsbilanzaktivum erhöhte sich auf 5 Mrd. Schilling, womit Großbritannien nicht nur einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs ist, sondern auch eines der wenigen großen Industrieländer, gegenüber denen Österreich einen Überschuß bei den Lieferungen von Industrieprodukten aufzuweisen hat. Die österreichischen Exportbetriebe haben im vergangenen Jahr ihre Bemühungen zur Bearbeitung des britischen Marktes wesentlich verstärkt, was durch die gestiegene Anzahl der Niederlassungen (ca. 75) und die Zunahme der Vertretungsverhältnisse auf ca. 750 dokumentiert wird.

Das Wiener Stadtgartenamt beteiligte sich an der Internationalen Gartenschau in Liverpool. Sein „Alt-Wiener Garten“ wurde mit einer Großen Goldenen Medaille ausgezeichnet.

Auf konsularischem Gebiet erscheint die Betreuung hilfsbedürftiger Österreicher von besonderer Bedeutung. Im September ist es mit Unterstützung der Botschaft gelungen, in London einen Österreicherverein zu gründen, der derzeit über rund 180 Mitglieder verfügt.

Auf Einladung der britischen Regierung statteten Landeshauptmann Dr. J. Krainer, der Wiener Stadtrat für Gesundheit und Soziales Dr. A. Stacher, Abgeordneter zum Nationalrat Dr. L. Steiner, der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Dan-

Großbritannien – Guatemala

zinger und der Generaldirektor der ÖIAG Dr. O. Grünwald Großbritannien Informationsbesuche ab. Der Wiener Erzbischof Kardinal Dr. Franz König hielt in London einen Vortrag über die Verhältnisse in Osteuropa und nahm dann an einer Konferenz über Fragen des Islams und des Christentums teil.

Das Kulturinstitut konnte die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen und schulischen Einrichtungen in Großbritannien ausbauen. Die Universitätslektoren – mit 25 die bisher höchste Anzahl – organisierten eine größere Zahl lokaler Veranstaltungen mit Österreichbezug.

Im Wissenschaftsbereich sind vor allem zwei internationale Symposien über Karl Kraus und über das Wiener Volkstheater sowie ein Symposium über Probleme des alpinen Straßenbaus und eine Seminarreihe über die Habsburger-Monarchie zu erwähnen.

Das Kulturinstitut organisierte mehrere Ausstellungen österreichischer Künstler, veranstaltete Autoren-Lesungen und Präsentationen sowie eine Reihe von Vorträgen und Konzerten bzw. war an deren Vorbereitung maßgeblich beteiligt. Besondere Beachtung fand die Ausstellung zum Gedenken an die Ereignisse in Österreich im Februar 1934, deren Eröffnung in Anwesenheit des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, Dr. H. Fischer, stattfand.

Auf dem Gebiet der Musik sind die sehr erfolgreichen Gastspiele der beiden großen österreichischen Orchester, der Wiener Philharmoniker und der Wiener Symphoniker, besonders erwähnenswert. Als außerordentliches Ereignis, das auch starken Niederschlag in der britischen Presse fand, ist das vom Kulturinstitut mit Unterstützung der BBC veranstaltete Franz Schmidt-Festival mit drei Konzerten (mit Rundfunkübertragung), einem Symposium und der Präsentation eines Buches über seine Symphonien zu werten.

In der Zeit vom 6. bis 8. Juni 1984 fand in London die 14. Tagung der Österreichisch-britischen Gemischten Kommission gemäß Kulturabkommen statt, in deren Protokoll ein Gesamtüberblick über die bestehenden kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen geboten und ein Programm für die nächsten drei Jahre beschlossen wurde.

Guatemala

(Republik Guatemala), Guatemala

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General O. H. Mejía Victores	General O. H. Mejía Victores	L. F. Andrade Díaz Durán

ÖB Guatemala: Dr. Heimo Kellner (residiert in Mexiko), 6 Avenida 20–25, Zona 10, Local 4–1, Guatemala Ciudad, Tel. 682324 ; AHSt

In Guatemala fanden am 1. Juli 1984 Wahlen zu einer Konstituente statt, in der nunmehr neun Parteien vertreten sind. Die Sozialdemokraten, die seit einigen Jahren nach der Ermordung von Führungspersonlichkeiten nur noch im Exil tätig sind, lehnten aus Sicherheitsgründen die Teilnahme an den Wahlen ab. Nach Abschluss der Arbeiten der Konstituente werden voraussichtlich bereits im Jahre 1985 Wahlen für eine Legislative stattfinden.

Guatemala – Guinea

Obwohl ein stärkeres Hervortreten des zivilen Elementes gegenüber dem militärischen zu registrieren war, kam es doch im Zuge innenpolitischer Auseinandersetzungen weiterhin zu Gewalttätigkeiten und Menschenrechtsverletzungen. Die – besonders in bestimmten Regionen – gespannte Lage führte zum Übertritt zahlreicher guatemaltekischer Flüchtlinge nach Mexiko.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 29,679 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 76,98 Mio. S getätigt werden (vor allem Spinnfasern, organische Chemikalien, Polymerisationserzeugnisse, Papier und Maschinen), was einer Veränderung von plus 159,4% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 121,170 Mio. S 1983 auf 176,64 Mio. S 1984. Das entspricht einer Zunahme von 45,8%. Die Hauptimportgüter waren Kaffee, Tabak und Südfrüchte.

Am Instituto Austriaco-Guatemalteco, der Österreichischen Schule in Guatemala, werden weiterhin ca. 1.000 Schüler – teils von einheimischen Lehrpersonal, teils von österreichischen Subventionslehrern – unterrichtet. Die Schule ist nach wie vor Mittelpunkt und Träger sämtlicher österreichischer kultureller Aktivitäten in Guatemala. 50 Prozent der Schüler dieser Schule kommen aus dem Mittelstand und 25 Prozent der Schüler aus ärmeren Schichten, von denen 40 Prozent durch Stipendien der Asociación Cultural Austriaco-Guatemalteco gefördert werden. Jährlich unternehmen etwa 30 bis 40 Schüler der Österreichischen Schule in Guatemala eine Reise nach Österreich.

Guinea

(Revolutionäre Volksrepublik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lansana Conté	Lansana Conté	Facine Touré

ÖB siehe Senegal

In Guinea übernahm nach dem Tod Sékou Touré's im März ein Militärkomitee unter Lansana Conté die Macht. Die Militärregierung setzte Prioritäten auf dem Gebiet der Menschenrechte, dem Wiederaufbau der Wirtschaft mit westlicher Hilfe und der Reorganisation des Erziehungssystems insbesondere mit französischer Unterstützung.

Guinea ist aufgrund seines Naturschätzevorrats eines der potentiell reichsten Länder Afrikas. Die Regierung strebt ein liberales Wirtschaftssystem an, wobei jedoch die unzureichende Infrastruktur und der Währungszersfall hemmend wirken. Die österreichischen Ausfuhren betragen 1984 11,49 Mio. öS (– 28,3%), die Einfuhren, vorwiegend Bauxit 52,85 Mio. öS (+ 17,8%). Die bilaterale Handelsbilanz ist somit für Österreich negativ.

Die österreichische Bundesregierung leistete im Rahmen der Katastrophenhilfe einen Beitrag von öS 500.000,— für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Guinea.

*Guinea-Bissau – Guyana***Guinea-Bissau
(Republik Guinea-Bissau), Bissau**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
J. B. Vieira	J. B. Vieira	J. Semedo

ÖB siehe Senegal

Guinea-Bissau war 1983 Vorsitzender der Konferenz der fünf portugiesisch sprechenden Staaten Afrikas. Das Land kämpfte mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und war weitgehend auf Nahrungsmittelspenden sowie Entwicklungshilfe angewiesen. Die bilateralen Handelsbeziehungen waren äußerst bescheiden. Im Rahmen der Entwicklungshilfe leiteten zwei Ärzte eine Krankenstation in Sao Domingos, die ein Einzugsgebiet von zirka 40.000 Einwohnern versorgt. Ein Entwicklungsexperte führte eine Erkundungsmission betreffend neue Ansätze in der Entwicklungshilfeszusammenarbeit durch.

**Guyana
(Kooperative Republik Guyana), Georgetown**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Cde. Linden Forbes S. Burnham	Cde. H. D. Hoyte	Cde. R. E. Jackson

ÖB siehe Venezuela

Das aussenpolitische Interesse Guyanas konzentrierte sich nach wie vor auf seinen Territorialstreit mit Venezuela, das die Provinz Esequibo, das sind ungefähr $\frac{3}{5}$ des Staatsgebietes von Guyana, für sich beansprucht. Guyana nimmt aktiv an der Bewegung der Blockfreien teil und hat bislang den Versuch Venezuelas, sich dieser Bewegung anzuschliessen, unter Hinweis auf die venezolanischen Gebietsforderungen verhindert. Seit dem Amtsantritt der Regierung Lusinchi in Venezuela zeichnete sich jedoch eine Verbesserung der Beziehungen zu Guyana ab.

Die katastrophale Wirtschaftslage des Landes hat sich 1984 weiter verschlechtert. Guyana verfügt nur über geringe Devisenreserven und kann selbst lebenswichtige Einfuhren nur in beschränktem Umfang durchführen. Das Land weist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller amerikanischen Staaten auf. Die gedrückten Preise für das Hauptexportprodukt Bauxit machen einen Ausbau bzw. eine Modernisierung der Wirtschaft des Landes ohne ausländische Hilfe nahezu unmöglich. Durch verstärkte Wirtschaftshilfeprojekte, vor allem von Staatshandelsländern, sowie Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank soll eine Aufrechterhaltung der Infrastruktur einigermaßen gewährleistet werden.

*Haiti – Heiliger Stuhl***Haiti****(Republik Haiti), Port-au-Prince**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jean-Claude Duvalier	Jean-Claude Duvalier	Jean Robert Estimé

ÖB siehe Kolumbien ; HGK

Die internationale Stellung und die Aussenpolitik Haitis sind seit Jahrzehnten praktisch unverändert. Nennenswerte aussenpolitische Kontakte bestehen nahezu ausschliesslich mit den USA, Frankreich, und sporadisch mit Entwicklungshilfe-Geberländern.

Kontakte mit Österreich, so auch der bilaterale Handelsaustausch, sind naturgemäss bescheiden ; ein haitianischer Kandidat erhielt ein österreichisches Entwicklungshilfe-Stipendium.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 10,390 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 26,95 Mio. öS getätigt werden, was einer Zunahme von 159,4% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 2,926 Mio. öS 1983 auf 12,73 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Zunahme von 335%.

Im Juli fand eine Ausstellung zum 300. Jahrestag der zweiten Türkenbelagerung Wiens, zusammengestellt vom Österreichischen Honorargeneralkonsul in Zusammenarbeit mit dem haitianischen Informationsministerium und dem haitianischen Institut „Icom“ sowie dem Museum für Völkerkunde und der Österreichischen Nationalbibliothek, statt.

Heiliger Stuhl**(Staat der Vatikanstadt), Vatikan**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Papst Johannes Paul II.	Kardinal-Staatssekretär A. Casaroli	Erzbischof E. Martinez Somalo (Substitut), Erzbischof A. Silvestrini

ÖB Heiliger Stuhl : Dr. Hans Pasch, Via Reno 9 – 00198 Rom, Tel. 865331

Papst Johannes Paul II. unternahm vier Pastoralreisen : vom 2. bis 12. Mai nach Südkorea, Neu-Guinea, die Salomon-Inseln und Thailand ; vom 12. bis 17. Juni in die Schweiz ; vom 9. bis 20. September nach Kanada und vom 10. bis 13. Oktober nach Saragossa, San Domingo und Puerto Rico.

Im April besetzte der Papst achtzehn Leitungspositionen der Römischen Kurie neu. Gleichzeitig übertrug er Kardinal-Stellvertreter Casaroli die zivile Regierungsgewalt über den Vatikanstaat.

Italien und der Heilige Stuhl unterzeichneten im Feber nach siebzehnjährigen Vorbereitungen ein neues Konkordat. Das Vertragswerk löst das Konkordat aus den Lateran-Verträgen ab.

Durch Vermittlung des Heiligen Stuhls konnte der Streit zwischen Argentinien und Chile über die Souveränitätsrechte an der Südspitze des Kontinents (Beagle-Kanal) beigelegt werden. Der Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern wurde am 29. November im Vatikan unterzeichnet.

Heiliger Stuhl – Honduras – Indien

Nach einer Unterbrechung von 117 Jahren haben mit Wirkung vom 10. Jänner die USA und der Heilige Stuhl wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen und Vertreter auf Botschafferebene ausgetauscht.

Auch im Berichtsjahr setzte der Heilige Stuhl seine Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der Kirche in den Oststaaten fort.

Am 25. Mai empfing Johannes Paul II. den Präsidenten der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer, Rudolf Sallinger, in Privataudienz.

Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Kardinal-Staatssekretär Casaroli gab der Stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates, Univ. Prof. Dr. Schambeck, eine umfangreiche Festschrift heraus, die am 7. Dezember in feierlicher Form sowohl dem Heiligen Vater als auch Kardinal Casaroli überreicht wurde.

Die Erzbruderschaft des Campo Santo Teutonico wurde wiederum durch Subventionen der Bundesregierung und einiger österreichischer Bundesländer unterstützt.

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Roberto Suazo Córdova	Dr. Roberto Suazo Córdova	Dr. Edgarto Paz Barnica

ÖB siehe Mexiko ; HK

Hohe Auslandsverschuldung, wachsende Arbeitslosigkeit und akute Devisenknappheit waren auch 1984 gravierende Probleme für die demokratisch gewählte honduranische Regierung, die sich zusätzlich mit der Belastung durch die zahlreichen salvadorianischen und nikaraguanischen Flüchtlinge konfrontiert sah. Ungeachtet der Bemühungen der Contadora-Gruppe hielten die Spannungen mit dem Nachbarstaat Nicaragua weiter an, worauf u. a. mit einem Ausbau der US-amerikanischen Militärpräsenz reagiert wurde.

Die österreichischen Ausfuhren, hauptsächlich Chemikalien, medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Eisen und Stahl und Spezialmaschinen, veränderten sich von 35,72 Mio. S im Vorjahr auf 35,66 Mio. S, was eine Abnahme von 0,2% bedeutete, während die österreichischen Importe, hauptsächlich Kaffee und Bananen, von 169,49 Mio. S auf 138,09 Mio. S zurückgingen (-18,5%).

Indien (Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
G. Za. Singh	Rajiv Gandhi	Rajiv Gandhi

ÖB New Delhi : Dr. Erich Maximilian Schmid, EP 13, Chandragupta Marg. Chanakya-puri, N.Delhi-110021, Tel. 601238 ; HGK Bombay ; HK Calcutta, Madras ; AHSt

Die indische Innenpolitik stand 1984 im Schatten der Auseinandersetzungen mit Extremisten der Sikh-Religionsgemeinschaft, die ihre Forderungen nach weitgehender Autonomie bzw. Schaffung eines selbständigen Staates mit Terrorakten zu erreichen suchten. Die Auseinandersetzungen kulminierten schliesslich in der Erstür-

Indien

mung des höchsten Heiligtums der Sikhs, des Goldenen Tempels von Amritsar, durch Regierungstruppen im Juni und der Ermordung von Premierminister Indira Gandhi im Oktober, die wiederum eine Welle von Gewalttaten nach sich zog.

Nachdem sich die regierende Kongresspartei auf den Sohn der Ermordeten, Rajiv Gandhi, als neuen Premierminister geeinigt hatte, wurden Ende Dezember Neuwahlen abgehalten, die der Kongresspartei einen durchschlagenden Erfolg brachten. Sie verfügt nun über eine gut abgesicherte Zweidrittelmehrheit im neuen Unterhaus.

Auch die indische Außenpolitik wurde durch den Konflikt mit den Sikhs beeinflusst. Vor allem belasteten Flugzeugentführungen und der Waffenschmuggel über die Grenze die Beziehungen zu Pakistan nachhaltig, sodaß der Dialog über den Abschluß eines Freundschafts- oder Nichtangriffspaktes im Sommer abgebrochen wurde. Indien war weiterhin bemüht, im Konflikt zwischen den Tamilen und der Mehrheitsbevölkerung in Sri Lanka zu vermitteln, ohne daß sich dabei entscheidende Erfolge abzeichnen. Während sich die Beziehungen mit China weiter auf niedrigem Niveau stabilisieren, ist das Verhältnis zu den USA nach wie vor durch die amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan und durch Interessensgegensätze im Raum des indischen Ozeans belastet. Die Beziehungen zur Sowjetunion sind unverändert freundschaftlich, und auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den west- und osteuropäischen Staaten wurden intensiviert. Der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten im Juli soll den Beziehungen neuen Auftrieb geben.

Bei dem Staatsbegräbnis für die ermordete Ministerpräsidentin war Österreich durch Vizekanzler Steger vertreten, der Gelegenheit zu einer Aussprache mit Ministerpräsident Rajiv Gandhi hatte.

Vom 24. bis zum 30. März verweilte der Bundeskanzler zu einem – sehr erfolgreichen – Staatsbesuch in Indien. Er führte ausführliche Gespräche mit Premierminister Indira Gandhi, in deren Verlauf nicht nur die österreichisch-indischen Beziehungen, sondern alle wichtigen Weltprobleme diskutiert wurden, wobei sich in vielen Punkten ähnliche Auffassungen ergaben.

Weiters wurde der Herr Bundeskanzler vom Staatspräsidenten und vom Vizepräsidenten empfangen und führte Gespräche mit einer Reihe von Fachministern, vor allem auf dem Wirtschaftssektor.

Staatssekretär Schmidt und eine umfangreiche Wirtschaftsdelegation begleiteten den Bundeskanzler und wickelten zahlreiche Einzelgespräche mit den indischen Ministern für Industrie, Handel, Bergbau, Finanzen, Energie sowie den führenden Beamten dieser Ressorts und einer Reihe von verstaatlichten und privaten Firmen ab.

Der Bundeskanzler übergab Mutter Theresa eine österreichische Medikamentenspende im Wert von öS 500.000,—.

Die indische Wirtschaft erreichte im wesentlichen die Planziele, vor allem die Nahrungsmittelversorgung hat sich wegen der guten Ernte weiter gebessert (Selbstversorgung). Während die Erdölproduktion weiter zunahm, stagnierte die Erzeugung von elektrischem Strom wegen technischer Mängel, was zu vereinzelt Produktionsengpässen führte. Die Stahlwerke kämpfen mit großen Verlusten. Besondere Chancen für österreichische Lieferungen bestehen vor allem bei Erdölausrüstungen, Bergbaueinrichtungen, Kraftwerksanlagen, sowie im Anlagenbau.

Indien – Indonesien

Nach Exporten im Jahre 1983 von 710,53 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 715,24 Mio. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 0,7% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 614,96 Mio. öS 1983 auf 746,98 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 21,5%.

Die kulturelle Tätigkeit hat sich bisher aus finanziellen Gründen auf die Zusammenarbeit mit Deutschinstituten indischer Universitäten, den Verleih von Filmen und die Teilnahme an kleineren Ausstellungen, Film- und Musikfestivals konzentriert. Im Berichtsjahr konnten dank der Subventionierung durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zusätzlich als Höhepunkte die Haydn-Fotogedenkausstellung, welche in den Metropolen Indiens z. T. im Rahmen österreichischer Kulturwochen präsentiert wurde, sowie die Konzerttournee von Prof. Paul Badura-Skoda in New Delhi und Bombay organisiert werden.

Indonesien

(Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General TNI Soeharto	General TNI Soeharto	Prof. Dr. Mochtar Kusumaatmadja

ÖB Jakarta: Dr. Ernst Illsinger, Jl.Diponegoro 44, P. O. B.2746, 10001 Jakarta, Tel. 345811; HK Bandung; AHSt

Das Bekenntnis zu ASEAN und die aktive Mitarbeit innerhalb dieser Organisation steht in der indonesischen Außenpolitik im Vordergrund. Dies kam auch in den Bemühungen Indonesiens in der Kambodscha-Frage zum Ausdruck. Daneben wurde die Aktivierung und Diversifizierung der außenpolitischen Beziehungen mit den anderen, vorwiegend westlich orientierten Staaten fortgeführt. In der Region und als prominentes Mitglied der Blockfreien spielt Indonesien weiterhin eine wichtige Rolle als moderierender Faktor. Mit Papua Neuguinea, mit welchem seit letztem Jahr im Zusammenhang mit Grenzzwischenfällen Spannungen bestehen, wurde ein neues Grenzabkommen abgeschlossen, das zu einer Beruhigung der Lage führen soll. Die Ost-Timor-Frage ist nach wie vor nicht befriedigend gelöst.

Innenpolitisch wurde die Parteienreorganisation vorangetrieben und die Propagierung der nationalen Staatsideologie PANCASILA – in klarer Absage an islamische fundamentalistische Strömungen – als einigendes Band der Nation fortgeführt und für alle Parteien und Massenorganisationen als allein verbindliche Leitlinie bestimmt.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Indonesien, erfuhren durch den Besuch von Vizekanzler Steger wertvolle Impulse.

Die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen entwickelten sich zufriedenstellend. Die österreichischen Exporte, vorwiegend Grundstoffe für die Pharma-Industrie, Papier, mineralische Stoffe und Maschinen erreichten nach 824,09 Mio. öS im Jahr 1983 einen Gesamtwert von 668,63 Mio. öS, das sind –18,9%. 1984 kamen keine Großaufträge zur Auslieferung; der Trend der Entwicklung der österreichischen Ausfuhren ist aber steigend. Die österreichischen Importe sind mit einem Gesamtwert von 469,52 Mio. öS gegenüber 314,69 Mio. öS 1983 um 49,2% angestiegen, wobei neben den traditionellen Gütern wie Kaffee, Nahrungsmitteln, Sperrholz, Kautschuk, vor allem bei Ölprodukten ein wesentlicher Zuwachs zu verzeichnen war. Die Firmen

Indonesien – Irak

Elin und VOEST erhielten den Zuschlag für ein Wasserkraftwerk mit einer Auftragshöhe von über 700 Mio. öS. Weitere Projekte für den staatlichen wie auch für den privaten Sektor sind im Verhandlungsstadium. Von indonesischer Seite wurde die Absicht zum Ausdruck gebracht, die bereits bisher auf dem Gegenkaufssektor erfolgreichen österreichischen Firmen und Banken bei der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den COMECON-Staaten einzuschalten.

Österreich ist einer breiten Öffentlichkeit in Indonesien vorwiegend als Musikland bekannt. Vor allem seitens der jüngeren Generation besteht ein reges Interesse an Informationen über alle Aspekte des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Darüber hinaus besteht eine relativ große Nachfrage an Stipendien für naturwissenschaftliche Fächer und Tourismus-Ausbildung. Während des Besuches von Vizekanzler Steger wurde die Zusage zu einer einjährigen Ausbildung von zwei indonesischen Wasserbautechnikern in Österreich gemacht. Dem Jakarta-Symphonieorchester wurde eine größere Notenspende zur Verfügung gestellt.

Bundeskammerpräsident Sallinger stattete auf Einladung der Indonesischen Handelskammer Jakarta einen Besuch ab. Der ehemalige österreichische Außenminister Dr. W. Pahr besuchte über Einladung von Außenminister Kusumaatmadja Indonesien in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der UN-Kambodscha-Konferenz. Letzterer nahm als Vortragender am Diplomatenseminar Klessheim teil.

Im Februar wurde die erste Verhandlungsrunde für ein österreichisch-indonesisches Luftfahrtsabkommen abgehalten. Während des Besuches von Kammerpräsident Sallinger wurde ein Kammerabkommen über eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen unterzeichnet.

Irak

(Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Saddam Hussein	Taha Yassin Ramadhan	Tareq Aziz

ÖB Bagdad: Dr. Georg Potyka, Aqaba Bin Nafi Square 27/7/35, Masbah/Bagdad, Tel. 7199033; AHSt

Der Irak ist in das 5. Jahr des Krieges mit dem Iran eingetreten. Seine Außen- und seine Innenpolitik sind weitgehend durch diesen Krieg bestimmt. Vor allem bemüht sich der Irak um gute Beziehungen zu den nicht den Gegner offen unterstützenden Staaten und begrüßt alle Bemühungen um eine Beendigung des Krieges.

Am 26. 11. 1984 hat der Irak die 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu den USA wieder aufgenommen.

Der Irak hat seine Wirtschaft weitgehend den Gegebenheiten des Krieges angepasst und führt sein Entwicklungsprogramm fort. Die österreichischen Exporte in den Irak weisen nach einer Phase der Stagnation wieder eine steigende Tendenz auf, sie betragen 1984 3,24 Mrd. öS, was eine Zunahme von 27,7% gegenüber 1983 darstellt.

Die Erdölkapazität des Irak beträgt derzeit ca. 1 Million Fass pro Tag. Eine Leitung durch Saudiarabien mit einer Kapazität von 500.000 Fass pro Tag ist im Bau (vorgesehene Fertigstellung Herbst 1985), eine gleich starke durch die Türkei ist in Pla-

Irak – Iran

nung. Somit wird der Irak voraussichtlich in zwei Jahren zwei Millionen Fass pro Tag exportieren können.

An der Internationalen Messe Bagdad (1.–15. November) beteiligten sich 1984 62 österreichische Aussteller mit Informationsständen oder Schaufenstern. Österreich erhielt für die Gestaltung seines Pavillions einen Sonderpreis.

Bei der vorjährigen 6. Tagung der Österreichisch-Irakischen Gemischten Kommission wurde eine Intensivierung der kulturellen Beziehungen geprüft.

Auch 1984 hat ein österreichisches Archäologenteam seine seit 1977 regelmäßigen Ausgrabungsarbeiten im Irak fortgesetzt. Als größter diesjähriger Erfolg ist dabei die Freilegung der Außenmauer des durch Nebukadnezar um 600 v. Chr. errichteten Stufenturmes in Borsippa zu verzeichnen. Die Leiterin des Archäologenteams, Frau Univ. Doz. Dr. Helga Trenkwalder, hat dieses Jahr erstmalig in einem Lichtbildervortrag ein breiteres Publikum mit ihren Arbeiten bekanntgemacht.

Ein österreichisches Filmteam weilte Anfang April zu Filmaufnahmen über den auch im Zweistromland tätig gewesenen österreichischen Kartographen und Topographen Alois Musil (1868–1944) im Irak.

Die sich im Irak aufhaltenden Österreicher sind größtenteils Mitarbeiter österreichischer Unternehmen, die im Irak Projekte ausführen. Konsularische Probleme ergeben sich vorwiegend als Folge von Verkehrsunfällen, gelegentlich in Zollangelegenheiten.

Iran

(Islamische Republik Iran), Teheran

Religiöser Führer

Ayatollah Ruhollah Khomeini

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Hojjatoleslam Seyed Ali
Khamenei

Ing. Mir Hossein Musavi

Dr. Ali Akbar Velayati

ÖB Teheran : Dr. Manfred Kiepach, B. P. 11365–3936, Africa Square 78, Tel. 620180 ; KI ; AHSt

Eine weitere Konsolidierung des Regimes ist feststellbar. Eine nennenswerte Opposition besteht nicht. Priorität unter allen Bereichen wird dem Krieg mit dem Irak eingeräumt.

Im April und Mai 1984 wurden allgemeine Parlamentswahlen abgehalten, allerdings mit einer bedeutend geringeren Wahlbeteiligung als vor vier Jahren. Der Islamisierung, vor allem im rechtlich-kulturellen Bereich, wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Iran wünscht mit allen Staaten Beziehungen, ausser mit Israel, Südafrika und den USA. Der aussenpolitischen Isolierung wurde im Berichtsjahr durch eine aktivere Aussenpolitik und eine intensivere Besuchsdiplomatie entgegengewirkt. An den Beziehungen zu den neutralen Staaten Europas, darunter auch Österreich, besteht besonderes Interesse. Bundesminister Lanc hat in Begleitung von Staatssekretär Schmidt dem Iran vom 27.–29. Mai 1984 einen offiziellen Besuch abgestattet.

Iran – Irland

Der stagnierende Ölmarkt und hohe Kriegskosten behindern die Wirtschaftsentwicklung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Sie veranlassen den Iran zu einer restriktiveren Aussenpolitik. Trotz eines Rückgangs der österreichischen Exporte in den Iran im Jahre 1984 ist der Iran bei einem österreichischen Exportvolumen von 3,96 Mrd. öS einer der wichtigsten Exportmärkte in Asien. Die österreichischen Exporte weisen eine breite Palette von Produkten (Holz, Spinnfasern, chemische Produkte, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, Maschinen) auf.

Österreich hat im Berichtsjahr an der 10. Internationalen Teheraner Messe vom 11.–22. September 1984 teilgenommen. Der Vizepräsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Kommerzialrat Rudolf Seidl, hielt sich aus diesem Anlass in Teheran auf. Im November 1984 hat eine 40-köpfige Wirtschaftsmission der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft den Iran besucht.

Unter Berücksichtigung der Gegebenheiten beschränkten sich die bilateralen Kulturbeziehungen auf die Sprachkurse des Kulturinstitutes in Teheran und die Entsendung iranischer Studenten nach Österreich. Zur Besprechung damit zusammenhängender Fragen hat im März eine offizielle iranische Delegation Österreich besucht. Am Kulturinstitut fand eine Reihe von Konzertveranstaltungen statt.

Die Botschaft Teheran gehört nach wie vor zu jenen ausländischen Vertretungsbehörden in Teheran, an denen besonders starker Andrang von iranischen Sichtvermerkswerbern besteht.

Irland

(Irische Republik), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. P. J. Hillery	Dr. G. Fitzgerald	P. Barry

ÖB Dublin : Dr. Gerhard Rainer, 91, Ailesbury Road, Dublin 4, Tel. 694577 ; AHSt

Die irische Koalitionsregierung FINE GAEL – LABOUR unter Ministerpräsident Dr. Fitzgerald konnte sich bisher trotz geringer Mehrheit im irischen Parlament halten. Vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode in zwei Jahren werden Neuwahlen nicht mehr erwartet.

Mit dem Drei-Jahres-Plan „Building on Reality“ vom Herbst 1984 versucht die irische Regierung, die wirtschaftlichen Probleme (Arbeitslosenrate rund 18%) zu bekämpfen. Dem irischen Parlament wurde eine Gesetzesvorlage über eine Strafrechtsreform vorgelegt. Eine Reform des Eherechtes, das derzeit zivile Ehescheidung nicht vorsieht, steht zur Diskussion.

Schwerpunkt der irischen Außenpolitik mit wesentlichen Auswirkungen auf die irische Innenpolitik war auch im Jahre 1984 das Nordirlandproblem. Im Mai 1984 wurde in Dublin nach fast einjähriger Vorbereitung der sogenannte Forumbericht für ein Neues Irland mit einer historischen Bestandsaufnahme und Lösungsvorschlägen aus irischer Sicht veröffentlicht. In der Folge fand im November 1984 in Chequers bei London ein Gipfeltreffen zwischen Premierminister Thatcher und Ministerpräsident Dr. Fitzgerald statt, anlässlich welchem laut Feststellung der irischen Seite Grundlagen für erfolgversprechende britisch-irische Verhandlungen über das Nordirlandproblem erarbeitet werden konnten.

Irland

In Meinungsumfragen haben sich im Jahre 1984 84% für die Neutralität Irlands ausgesprochen. Insgesamt zwei Drittel der Befragten haben den Verbleib Irlands in den Europäischen Gemeinschaften, deren Vorsitz die Regierung in Dublin im zweiten Halbjahr 1984 mit beachtlichem Erfolg innehatte, befürwortet. Die engen Beziehungen Irlands zu den Vereinigten Staaten fanden im Juni 1984 ihren Ausdruck in einem offiziellen Besuch Präsident Reagans, der, wie weitere 40 Millionen Amerikaner, von irischen Auswanderern abstammt.

Zwischen Österreich und Irland hat sich insbesondere in den Vereinten Nationen, im Europarat und im Rahmen der KSZE eine fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt. Irland hat sich auch im abgelaufenen Jahr wiederholt für eine europäische Zusammenarbeit über den Rahmen der Europäischen Gemeinschaften hinaus eingesetzt.

Die österreichisch-irischen Kontakte auf der Ebene der Politischen Direktoren der beiden Außenministerien wurden mit dem Besuch von Botschafter Dr. F. Bauer am 28. und 29. Juni 1984 in Dublin fortgesetzt. Im abgelaufenen Jahr fand erstmals ein bilateraler Gedankenaustausch mit Irland über den Stand und die Entwicklung der österreichischen Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften statt. Vom 6. bis 8. Juni 1984 hat sich der Bundesminister für Bauten und Technik, Karl Sekanina, anlässlich eines Kongresses der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft in der irischen Hauptstadt aufgehalten.

Der stellvertretende irische Ministerpräsident D. Spring besuchte im April 1984 im Zusammenhang mit Kooperationsverhandlungen die Vereinigten Metallwerke Ranshofen. Über Einladung des Amtes der Salzburger Landesregierung nahmen der irische Staatsminister für Kultur T. Nealon und der irische Kardinal T. O. Fiaich im September 1984 an einem Symposium über den aus Irland stammenden Salzburger Bischof Virgil teil. Ebenfalls über Einladung des Amtes der Salzburger Landesregierung hielt sich der stellvertretende irische Außenminister, Staatsminister O'Keefe, zu einem Urlaubsaufenthalt in Österreich auf.

Der Warenaustausch zwischen Irland und Österreich stieg im Jahr 1984 in beiden Richtungen auf öS 1,5 Mrd. an. Die österreichischen Exporte erreichten mit öS 631,8 Mill. einen neuen Rekord. Die Steigerungsrate gegenüber 1983 betrug 13,8%. Österreich liefert in erster Linie Textilien (rund ein Drittel der österreichischen Exporte), Kautschukwaren, Papier, Metallwaren, Maschinen, Schuhe und Kunststoffe. Umgekehrt kamen vor allem Fahrzeugreifen und Schläuche, Büro- und EDV-Maschinen, Elektromaschinen, Meß- und Prüfapparate, mineralische Rohstoffe, Bekleidung und medizinische Erzeugnisse aus Irland nach Österreich. Die Firma Semperit hat in Dublin eine moderne Produktionsniederlassung mit rund 600 Mitarbeitern und einem Tagesausstoß von rund 8000 Reifen.

Großes Interesse besteht in Irland an kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit Österreich. Zu Vorträgen und Symposien kamen eine Reihe von österreichischen Universitätsprofessoren und Dichter nach Irland. Ernst Kovacic (Violine), Martin Haselböck (Orgel), Walter Klien (Klavier), das Österreichische Barocktrio und das HAGEN-Streichquartett hielten sich im abgelaufenen Jahr zu Konzertveranstaltungen in Irland auf. Am St. Patrick's College Maynooth und an der Universität Galway sind österreichische Lektoren tätig. Seit Beginn des Schuljahres 1984/85 geben erstmals zwei österreichische Sprachassistenten Unterricht an irischen Mittelschulen.

*Island***Island
(Republik Island), Reykjavik**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vigdís Finnbogadóttir	Steingrímur Hermannsson	Geir Hallgrímsson

ÖB siehe Dänemark; HK; AHSt Oslo

Die aus den Wahlen im April 1983 hervorgegangene Regierung unter Premierminister S. Hermannsson, die auf einer Koalition der Fortschritts- und der Unabhängigkeitspartei (bäuerlich-liberal bzw. bürgerlich-konservativ) beruht, setzte ihr Regierungsprogramm fort, dessen Kernstück die Sanierung der Wirtschaftslage durch eine Austeritätspolitik ist.

Im aussenpolitischen Bereich handelte die isländische Regierung im Einklang mit dem von ihr bekräftigten Bekenntnis zu NATO-Mitgliedschaft und bilateralem Verteidigungsabkommen mit den USA. Die nordische Zusammenarbeit stellt daneben weiter einen Eckstein der Aussenpolitik dar. In den bilateralen Beziehungen zu Österreich bilden die kulturellen Beziehungen und die gemeinsame Zugehörigkeit zu EFTA und Europarat wesentliche Elemente der Verbindung.

Die im Mai 1983 beschlossenen Sanierungs- und Anti-Inflationsmassnahmen der bürgerlichen Mehrheitsregierung zeigten 1984 erste Erfolge. Die Inflationsentwicklung konnte unter Kontrolle gebracht werden. Die Inflationsrate war zu Beginn 1984 von rund 130% auf 30% gesunken und konnte bis zum Herbst 1984 auf rund 15% reduziert werden. Die erwähnten Massnahmen hatten aber auch spürbare Realeinkommensverluste breiter Bevölkerungskreise zur Folge, die auch dann im Herbst 1984 zu ausgedehnten Streiks führten, nachdem auch die Fischfangergebnisse unter den Erwartungen blieben. Neue Tarifverträge, deren Abschlüsse über der Inflationsrate lagen, waren die Folge.

Um einem sprunghaften Ansteigen teurer Importwaren und einer markanten Erhöhung des Handelsbilanzdefizits gegenzusteuern, erfolgte im November 1984 eine Abwertung der isländischen Krone um 12%. Die Regierung war somit Ende 1984 gezwungen, die wirtschaftspolitische Strategie wiederum eingehend zu prüfen, um vor allem die Inflationsrate und Handelsbilanzentwicklung unter Kontrolle zu halten, gleichzeitig aber auch die Kaufkraft vor allem der niedrigen Einkommensklassen zu sichern.

Im Handelsverkehr zwischen Österreich und Island gibt es weiterhin keine Probleme. Nach einem Rückgang der österreichischen Exporte im Jahre 1983 auf insgesamt 80,7 Mio. öS konnten in den Monaten Jänner bis Oktober 1984 die österreichischen Lieferungen um 12,6% auf 73,1 Mio. öS gegenüber derselben Vorjahresperiode 1983 gesteigert werden. Die isländischen Lieferungen nach Österreich erhöhten sich in dieser Zeit um 2,1% auf 26,1 Mio. öS. Bei den österreichischen Verkäufen überwogen 1984 wiederum Konsumgüter wie Schuhe, Bekleidung, Textilien und Sportartikel, doch machten sich auch die Verkäufe von Kork- und Holzwaren sowie Kunststoffartikel bemerkbar. Rückläufig waren u. a. die österreichischen Maschinenverkäufe. Bei den österreichischen Bezügen aus Island dominierten weiterhin Fischprodukte, mineralische Rohstoffe und chemische Erzeugnisse wie Kieselgur.

In Island ist ein großes Interesse am österreichischen Kulturgeschehen gegeben und das kulturelle Geschehen in Island ist bemerkenswert intensiv. Im abgelaufenen

Island – Israel

Jahr ist die erstmalige Entsendung eines österreichischen Referenten zu einer Fortbildungstagung isländischer Deutschlehrer in Reykjavik hervorzuheben.

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Günter Haiden, nahm an der FAO-Regionaltagung in Reykjavik in der Zeit vom 17.–21. September 1984 teil.

Israel**(Staat Israel), Jerusalem**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Chaim Herzog	Shimon Peres	Jitzak Schamir

ÖB Tel Aviv: Dr. Otto Pleinert, 11 Herman Cohen St., P. O. Box 11095, 61110 Tel Aviv, Tel. 246186; HK Tel Aviv, Jerusalem, Haifa; AHSt Tel Aviv; AUA-B

In der für Israel entscheidenden Frage einer Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten konnten keine Fortschritte erzielt werden. Israel und die USA betrachten die Abhaltung einer Konferenz unter den Auspizien der Vereinten Nationen, als nicht zielführend, während die arabischen Staaten die von Israel angebotenen bilateralen Friedensverhandlungen ablehnen. Israel ist weiterhin nicht bereit, die PLO als Gesprächspartner zu akzeptieren.

Der (nicht ratifizierte) israelisch-libanesischer Vertrag vom 17. Mai 1983 über die Beendigung des Kriegszustandes und den Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Südlibanon wurde libanesischerseits im März aufgegeben. Im November begannen unter den Auspizien der Vereinten Nationen neuerlich Verhandlungen, diesmal jedoch lediglich auf der Ebene von Militärdelegationen und zur alleinigen Festlegung der Modalitäten des israelischen Abzugs. Bis zum Jahresende zeichnete sich hiebei keine Einigung ab.

Das wichtigste innenpolitische Ereignis waren die Neuwahlen vom 23. Juli, die am 13. September zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit führten. Premierminister wurde zunächst der Vorsitzende der Arbeitspartei Peres; nach 25 Monaten soll er durch LIKUD-Führer Schamir abgelöst werden. Die neue Regierung hat sich vor allem eine Wirtschaftsreform und die Beendigung der Invasion im Libanon gegen entsprechende Sicherheitsgarantien vorgenommen.

Die neue innenpolitische Konstellation bedeutet, dass hinsichtlich der Westbank mit keinen grundsätzlichen Änderungen zu rechnen ist (weder Annexion noch Rückgabe). Ein besonderes Anliegen Premierminister Peres' ist die allmähliche Wiedererwärmung der Beziehungen zu Ägypten.

Im Verhältnis zu Österreich bestehen ausgeprägte Meinungsverschiedenheiten, weil sich Österreich für die Rechte des palästinensischen Volkes bzw. für die Anerkennung der PLO als Vertreterin der Palästinenser einsetzt und diese Haltung insbesondere vor den Vereinten Nationen zum Ausdruck bringt. Österreich hat jedoch auch klargemacht, dass am Prinzip der Universalität der Weltorganisation nicht gerüttelt werden soll (kein Ausschluß Israels).

Für die Hilfe, die Österreich im Zusammenhang mit dem Zustandekommen eines Gefangenenaustausches zwischen Israel und Syrien im Juni geleistet hat, ist israelischerseits Dank ausgesprochen worden.

Israel – Italien

Die Krise der israelischen Wirtschaft, die durch eine galoppierende Inflation (1984 445%), hohe In- und Auslandsverschuldung und Schwund der Devisenreserven gekennzeichnet ist, hat sich noch verschärft. Der Import verschiedener Konsumgüter wurde für sechs Monate gesperrt. Anfang November trat ein Lohn- und Preisstopp in Kraft.

Die österreichischen Exporte nach Israel sanken gegenüber dem Vorjahr um 12,5% auf 623,6 Mio. öS. Die österreichischen Importe stiegen hingegen um 10% auf 808,95 Mio. öS. Österreichs Stärke auf dem israelischen Markt liegt auf den Sektoren Maschinen und Zulieferungen für Industrie und Gewerbe. Die Bezüge aus Israel konzentrieren sich auf Lebensmittel (u. a. Truthahnfleisch) und Chemikalien. Der Tourismus hat in beiden Richtungen zugenommen.

Höhepunkt der kulturellen Tätigkeit im Jahr 1984 war die Vorführung neuer österreichischer Filme bei den Filmfestspielen in Jerusalem und im Rahmen der Woche des jüdischen Films im Diaspora-Museum in Tel Aviv, die auch in den Cinematheken in Tel Aviv und Haifa gezeigt wurden. Auf diese Weise wurde erstmals ein breites Publikum in Israel mit dem modernen österreichischen Filmschaffen bekanntgemacht.

Die Serie der Symposien über österreichbezogene Themen wurde im Jahr 1984 mit der österreichischen Teilnahme am 10. Israelischen Philosophischen Kongreß in Jerusalem über die Philosophie Hugo Bermanns und dessen Beziehungen zu Brechtano und zur Wiener Schule und mit einem Symposium über die Juden im Habsburgerreich, das gemeinsam von der österreichischen Botschaft Tel Aviv veranstaltet wurde, fortgesetzt.

Der israelische Minister für Industrie und Handel Patt stattete Österreich im April einen offiziellen Besuch ab. Im November nahm Minister ohne Portfeuille Dr. Burg im Rahmen eines privaten Besuches an der Wiedereröffnung des jüdischen Gymnasiums in Wien teil.

Nationalratspräsident Benya hielt sich im Februar in seiner Eigenschaft als ÖGB-Präsident in Israel auf. Im Oktober kam eine österreichische Fact-Finding-Mission zur Erkundung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf industriellem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet nach Israel. Im November folgten eine Delegation des Österreichischen Arbeiterkammertages unter der Leitung von Präsident Czettel sowie eine Abordnung der Vereinigung österreichischer Industrieller unter der Führung von Präsident Beurle.

Italien

(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alessandro Pertini	Bettino Craxi	Giulio Andreotti

ÖB Rom: Dr. Friedrich Frölichsthal, Via Pergolesi 3, 00198 Rom, Tel. 868241; Konsularabteilung Piazzale Clodio 56/4, 00195 Rom, Tel. 380442; GK Mailand: Dr. Michael Breisky, Via Tranquillo Cremona 27, 20145 Mailand, Tel. 482066; GK Triest: Dr. Peter Klein, Via Fabio Filzi 1, 34132 Triest, Tel. 61688; HK Bari, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Riccione, Taormina, Turin, Venedig; 3 AHSt; KI

Die Aussenpolitik war bemüht, durch verschiedene Initiativen zum Abbau der Spannungen im Ost-West-Verhältnis beizutragen und vermittelnd auch im Nahen Osten

Italien

tätig zu sein, wo Italien traditionell gute Beziehungen zu allen Streitparteien unterhält. Geöffnet hat sich die Aussenpolitik auch gegenüber den Entwicklungsländern, deren Anliegen sich Italien in internationalen Gremien in vermehrtem Maße zu eigen macht.

1984 war seit langem ein Jahr ohne Regierungskrise. Das vom Sozialisten Bettino Craxi geführte Koalitionskabinett, bestehend aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen, hat insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich beachtliche Stabilisierungserfolge erzielen können. Ermöglicht wurden diese u. a. durch eine Reform des – in der bisherigen Form sehr inflationsfördernden – Systems des Teuerungsausgleichs bei Löhnen und Gehältern („scala mobile“), dies gegen den erbitterten Widerstand der größten italienischen Gewerkschaft, der mehrheitlich kommunistischen CGIL.

Einen Schwerpunkt der Regierungstätigkeit stellte die Bekämpfung des organisierten Verbrechens (politischer Terrorismus, Mafia und Camorra) dar. Hier gelangen den Ordnungskräften entscheidende Erfolge.

Der offizielle Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi am 15. und 16. Feber war der erste offizielle Besuch eines italienischen Regierungschefs seit über hundert Jahren in Österreich. Er hat gezeigt, dass die vielfachen gemeinsamen Interessen und der Wunsch, die Freundschaft zwischen den beiden Nachbarländern zu vertiefen, die bilateralen Beziehungen prägen. Der italienische Ministerpräsident wurde von Aussenminister Andreotti begleitet, welcher mit Bundesminister Lanc bilaterale und Fragen der Weltpolitik erörterte. Naturgemäss bildete die Verwirklichung des Autonomiestatuts für Südtirol einen wichtigen Gesprächsgegenstand (siehe Allgemeiner Teil). Bundeskanzler Sinowatz erklärte, dass Österreich sich dafür einsetzen werde, dass Südtirol, für dessen Bewohner Österreich aufgrund des Pariser Vertrages eine legitime Schutzfunktion habe, eine Brücke für gute, von Vorurteilen und Ressentiments freie Nachbarschaftsbeziehungen werde. Der italienische Regierungschef unterstrich die Entschlossenheit seiner Regierung zu einer zügigen Lösung der noch offenen Paketpunkte und anerkannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das „natürliche Interesse“ Österreichs an der Südtirol-Frage.

Am 19. Mai trafen Bundesminister Lanc und Aussenminister Andreotti in Venedig erneut zu Arbeitsgesprächen zusammen. Auch Bundesminister Gratz kam zweimal mit seinem italienischen Amtskollegen zusammen: zuerst am Rande der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September in New York, sodann am 26. Oktober in Rom, wo er auch von Ministerpräsident Craxi zu einer Aussprache empfangen wurde.

Vom 5. bis 7. Juni fand in Rom die 7. Tagung der Österreichisch-Italienisch Gemischten Kommission statt. Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Botschafter DDr. Hinteregger und des Staatssekretärs im italienischen Aussenministerium Abg. Fioret behandelten die beiden Delegationen aktuelle Fragen der bilateralen Beziehungen und des Verhältnisses Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften, wobei der Handelsverkehr, die industrielle Kooperation, Angelegenheiten der Landwirtschaft und des Verkehrs unter besonderer Berücksichtigung des Transitverkehrs und des Plöckentunnelprojektes sowie Probleme betreffend den Transithafen Triest, den kleinen Grenzverkehr und die Grenzabfertigung besonders eingehend diskutiert wurden.

Italien

Im Sinne der von den Aussenministern Lenc und Andreotti am 19. Mai in Venedig getroffenen Vereinbarung wurde von der Kommission eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die mit dem Hafen von Triest verbundenen Fragen zu überprüfen. Angesichts der Bedeutung, die dieser Hafen für die Wirtschaft und den Aussenhandel Österreichs hat, sollen Vorschläge für seine vereinfachte und verstärkte Benützung ausgearbeitet werden. Die Arbeitsgruppe ist dreimal zusammengetreten, zuletzt vom 1. bis 3. Oktober in Rom. Auf Basis der hierbei erstellten Vorschläge werden im Jahre 1985 Regierungsverhandlungen aufgenommen werden.

Die italienische Wirtschaft hat sich weiter belebt. Das Bruttonationalprodukt verzeichnet ein Wachstum von 2,2%, die Industrieproduktion eine Zunahme von 3,1%, die Inflationsrate ist auf 10,6% gesunken. Ohne nennenswerte Folgen ist der Konjunkturaufschwung dagegen auf dem Arbeitsmarkt geblieben, wo die Arbeitslosenrate auf über 10% gestiegen ist.

Nach wie vor bleibt Italien der zweitwichtigste Handelspartner und Lieferant Österreichs nach der Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von rund 9% sowohl am österreichischen Import als auch am österreichischen Export.

Der österreichisch-italienische Warenverkehr hat insbesondere exportseitig stark zugenommen. Die österreichischen Ausfuhren erhöhten sich um 20%, während Österreichs Bezüge aus Italien um nur 12% stiegen. Die wichtigste Position unserer Ausfuhren nach Italien ist Holz mit einer wertmäßigen Zunahme von 17% und einem Anteil an unserem Italienexport von ca. 21%, aber auch chemische Erzeugnisse sowie Eisen und Stahl verzeichneten starke Steigerungen.

Die italienischen Lieferungen nach Österreich umfassten in erster Linie Bekleidung, Schuhe und Erdölzeugnisse.

Wirtschaftliche Fragen, insbesondere die mit dem Erdölumschlag in Triest verbundene Belastung für Österreich in Form von Mindestreservevorschriften und Transitgebühren, aber auch Fragen des Ausbaus und der Verbesserung der Verkehrsstrukturen bildeten die Kernpunkte von Gesprächen, die vom Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter DDr. Hinteregger, und dem Staatssekretär im italienischen Aussenministerium, Abg. Fioret, geführt wurden (26. Jänner, Rom, 7./8. März Wien, 17. April Rom, 5.–7. Juni Rom, 12. Oktober Wien).

Nachdem im Februar ein Streik italienischer Zollbeamter zu schweren Behinderungen der LKW-Abfertigung an den gemeinsamen Grenzübergängen geführt hatte, kamen Verkehrsminister Lausecker und sein italienischer Ressortkollege Signorile am 9. März in Venedig zusammen, um Maßnahmen gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu erörtern.

Aus Sorge über den immer dichteren Verkehr an den Grenzübergängen innerhalb Europas hat Bundeskanzler Sinowatz dem italienischen Ministerpräsidenten die Aufnahme von Gesprächen über mögliche Erleichterungen und Vereinfachungen im Grenzverkehr für Personen und allenfalls auch für den Gütertransport zwischen Österreich und Italien vorgeschlagen. Ein erster Meinungs austausch auf Expertenebene hat am 7. Dezember in Wien stattgefunden.

Über Probleme, die sich an der Grenze beim Export österreichischer Zucht- und Nutztierchen nach Italien ergeben haben, wurden nach einer vorübergehenden Einstellung der Abfertigung der österreichischen Rinderexporte durch die italienische Seite am Grenzübergang Pontebba am 20. und 21. 11. in Rom Gespräche zwischen öster-

Italien

reichischen und italienischen Experten geführt. Diese Gespräche führten zwar zu einer Klärung der Standpunkte, eine Vereinbarung über die zukünftigen Modalitäten der österreichischen Rinderexporte konnte aber nicht erzielt werden.

Das am 29. Juni 1981 in Wien unterzeichnete österreichisch-italienische Doppelbesteuerungsabkommen ist inzwischen von den Parlamenten beider Länder genehmigt worden und wird nach Austausch der Ratifikationsurkunden voraussichtlich im Jahr 1985 in Kraft treten.

Am 13. und 14. Juni wurde in Feldkirch die 35. Tagung der jährlich zusammentretenden Gemischten Kommission gemäß dem Abkommen über die Regelung des erleichterten Warenaustausches zwischen den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und der italienischen Region Trentino-Südtirol (sog. „Accordino“) abgehalten.

Regierungsverhandlungen betreffend ein Abkommen über die gegenseitige Amtshilfe in KFZ-Angelegenheiten konnten am 5. September in Rom mit der Paraphierung eines Abkommens abgeschlossen werden. Das Abkommen wird u. a. österreichischen Touristen, die nach Unfällen die Lenker italienischer Fahrzeuge festzustellen suchen, die Möglichkeit geben, diesbezügliche Ansuchen an österreichische Kraftfahrzeugbehörden zu richten.

Anlässlich der 86. Landwirtschaftsmesse von Verona am 11. 3. führte Staatssekretär Ing. Murer einen Gedankenaustausch mit dem italienischen Landwirtschaftsminister Pandolfi.

Am Rande der vom Europarat zwischen 6. und 8. 11. in Rom abgehaltenen Konferenz der für Gemeindefragen zuständigen Minister hatte der daran teilnehmende Innenminister Blecha Gelegenheit, Fragen von gegenseitigem Interesse mit seinem italienischen Ressortkollegen Scalfaro zu erörtern.

Mit der Großausstellung über die Wiener Secession „Le arti a Vienna dalla Secessione alla caduta dell'Impero Absburgico“, die von der Biennale in Venedig organisiert wurde und sämtliche Aspekte dieser Kunstströmung umfaßte, wurde 1984 in Italien ein weiterer Höhepunkt österreichischer kultureller Präsenz erreicht. Der große Publikumszustrom (145.000 Besucher) und die ausführlichen Presse- und Fernsehreaktionen zu diesem Ereignis stellten erneut unter Beweis, daß diese Hinwendung zum Wien der Jahrhundertwende und dem Begriff „Mitteleuropa“ aus dem italienischen Geistesleben nicht mehr wegzudenken ist.

Das erste Gastspiel der Wiener Volksoper in Rom mit einem Wiener Fest in der Villa Borghese und zwei Aufführungen der „Fledermaus“ im Sommer waren ebenfalls ein grosser Erfolg. Aufführungen von Werken von Thomas Bernhard, Arthur Schnitzler und Peter Handke zeigten das große Interesse am österreichischen Schauspiel.

Auch auf dem Gebiet des Films konnte in Rom eine erste österreichische Präsentation erfolgreich durchgeführt werden. Ein Teil der österreichischen zeitgenössischen Filme wurde im Anschluß daran in einem Filmklub in Rom und in der städtischen Cinethek in Bologna gezeigt.

Seminare über österreichische Literatur, Konzerte österreichischer Interpreten und Ensembles sowie Ausstellungen über österreichische Künstler der Jahrhundertwende und der Gegenwart rundeten die Kulturarbeit in Italien ab.

In der Zeit vom 6. bis 8. November fand in Rom die 10. Tagung der Gemischten Österreichisch-Italienischen Kommission gemäß Kulturübereinkommen (BGBl.

Italien – Jamaika

270/54) statt, bei welcher ein Kulturaustauschprogramm für die nächsten drei Jahre vereinbart wurde.

Am 3. März konnten in dem 1980 durch ein Erdbeben verwüsteten Gebiet Süditaliens zwei mit Spenden des österreichischen Gemeindebundes errichtete Medizinische Zentren feierlich ihrer Bestimmung übergeben werden.

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II. vertreten durch Generalgouverneur Sir Florizel A. Glasspole	Edward P. G. Seaga	Hugh L. Shearer

ÖB siehe Venezuela ; HGK

Die Regierung Premierministers Seagas hoffte, mit einer konsequent fortgesetzten liberalen Wirtschaftspolitik die schwierige Wirtschaftslage Jamaikas zu meistern.

In der jamaikanischen Aussenpolitik wurde der Aufrechterhaltung ausgezeichneter Beziehungen zu den USA Priorität eingeräumt. Premierminister Seaga, der Präsident Reagan ideologisch nahesteht, hat zu diesem überdies auch gute persönliche Beziehungen.

Die Regierung Jamaikas misst der Internationalen Seerechtskonferenz auch deshalb besonders grosse Bedeutung bei, da anzunehmen ist, dass die Internationale Meeresbodenbehörde ihren Sitz in Kingston nehmen wird.

Für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Jamaika, die sich bis 1983 auf ungefähr dem gleichen Niveau bewegt und bei österreichischen Exporten hauptsächlich Kunststoffe, Glaswaren, Pharmazeutika und Maschinen umfasst hatten, konnte im Jahre 1984 und den Folgejahren durch die Gewährung und Ausnutzung einer Kreditlinie von 100 Mio. S eine entsprechende Erhöhung erwartet werden.

Es war vorgesehen, im Rahmen dieser Kreditlinie feuerfestes Material und Lastkraftwagen sowie Autobusse nach Jamaika zu liefern. Auch aufgrund der Erholung der Wirtschaft Jamaikas bestanden gute Voraussetzungen für eine Ausweitung des gegenseitigen Warenaustausches. Nach Exporten im Jahre 1983 von 8,591 Mio. öS konnten im Berichtsjahr 1984 Exporte von 19 Mio. öS getätigt werden, was einer Zunahme von 121,2% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 5,718 Mio. öS 1983 auf 5,67 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Abnahme von 0,9%.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Jamaika zeigten eine Intensivierung des Austausches von Schülern und Studenten. Weiters wurde ein österreichischer Wissenschaftler als UNIDO-Experte nach Jamaika entsandt.

*Japan***Japan
(Japan), Tokio**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kaiser Hirohito	Yasuhiro Nakasone	Shintaro Abe

ÖB Tokio: Dr. Georg Hennig, 1-1-20, Moto-Azabu, Minato-ku, Tokio 106, Tel. 4518281 ; HK Osaka, Sapporo ; AHSt ; AUA-B

Nach den hohen Stimmverlusten bei den Parlamentswahlen Ende 1983 konnte 1984 die Regierung unter Premierminister Nakasone wieder an Boden gewinnen und einige ihrer politischen Reformvorhaben durchziehen. Trotz des Widerstandes einiger prominenter Spitzenfunktionäre der Partei wurde Nakasone als Parteivorsitzender und damit auch als Ministerpräsident im November 1984 für weitere zwei Jahre bestätigt. Die Kontinuität der von seinen Vorstellungen geprägten Politik ist daher für absehbare Zeit sichergestellt. Besonders auf aussenpolitischem Gebiet hat die Regierung Nakasone im Berichtsjahr ihre Bemühungen, Japan eine internationale Stellung einnehmen zu lassen, die der Wirtschaftsgrossmacht angemessen ist, initiativ fortgesetzt. Dies hat nicht zuletzt in der besonderen Aktivität in der Nachbarschaftspolitik seinen grossteils auch erfolgreichen Niederschlag gefunden. Im Vordergrund standen hier China und Korea.

Überragende Bedeutung kommt nach wie vor den bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu, wobei die Handelsfriktionen zwischen beiden Staaten eine zunehmend politische Dimension erhalten, da der Handelsbilanzüberschuss Japans gegenüber den Vereinigten Staaten auf über 30 Mrd. Dollar angewachsen ist.

Die Beziehungen zur Sowjetunion sind nach wie vor relativ gespannt.

Auf bilateralem Gebiet war 1984 zwar kein Treffen auf Regierungsebene, wohl aber eine Anzahl von Besuchen in beiden Richtungen zu verzeichnen.

So besuchten die Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König, Ing. Hans Hobl und Josef Hintermayer im Mai 1984 Japan und hatten neben Kontakten im japanischen Umweltschutzamt und des Amtes für die nationale Polizei, wo Fragen der Verkehrssicherheit, die Problematik der Luftverschmutzung durch Kraftfahrzeuge, die Erfahrungen Japans mit bleifreiem Benzin, etc. besprochen wurden, auch Kontakte mit der Japanisch-Österreichischen Freundschaftsgruppe im japanischen Parlament.

Die Teilnahme prominenter japanischer Persönlichkeiten, u. a. des stellvertretenden Aussenministers Nakajima und des stellvertretenden Handelsministers Sato, am Dialogkongress „Western Europe – USA – Japan“, der vom 7. bis 12. Juli 1984 in Alpbach abgehalten wurde, bot Gelegenheit zu nützlichen Kontakten.

Das Interesse an Österreich und seiner Kultur manifestierte sich auch in einem inoffiziellen Besuch des ältestens Sohnes des japanischen Kronprinzen, Prinz Hiro, der im August Österreich besuchte und auch von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger empfangen wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan war neuerlich gekennzeichnet durch eine weitere Erhöhung der Exporte um 14% und damit verbunden des Handelsbilanz- wie auch des Leistungsbilanzaktivums bei anhaltend geringer Inflationsrate und einer weiteren Stärkung des Yen besonders gegenüber europäischen Währungen.

Japan

Nach Exporten im Jahre 1983 von 2,83 Mrd. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 3,28 Mrd. öS getätigt werden, was einer Veränderung von 15,8% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 12,19 Mrd. öS 1983 auf 12,79 Mrd. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 4,9%.

Einen zweifellos wichtigen Markstein in den beiderseitigen Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen stellt die auf private Initiative zurückgehende Konstituierung der „Japanisch-Österreichischen Technologiegesellschaft“ am 5. September 1984 dar, wobei es das erklärte Ziel des Vereins ist, Ansatzpunkte für den Technologieaustausch zwischen Österreich und Japan zu setzen und in diesem Sinne zu fördern. Als erste Veranstaltung fand im Oktober in Wien ein Symposium mit hochqualifizierten Teilnehmern aus beiden Staaten statt.

Die Werbung um japanische Investoren für Österreich wurde durch die Mitarbeit der Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation im Berichtsjahr intensiv fortgesetzt.

In der Zeit vom 24. April 1984 bis 9. Mai 1984 fanden in Tokio „Wien-Wochen“ unter Teilnahme des Präsidenten der Handelskammer Wien, Abg. zum Nationalrat Ing. Karl Dittrich, als Vertreter des Wiener Bürgermeisters, statt. Einer der Höhepunkte der „Wien-Wochen“, die darauf abzielten, Wien als Fremdenverkehrsland zu präsentieren, war die Eröffnung des ersten „Wiener Kaffeehauses“ im Kaufhaus Mitsukoshi, welches sich seit seiner Eröffnung in Tokio grosser Beliebtheit erfreut.

Im Jahre 1984 wurden in Japan insgesamt 248 musikalische Veranstaltungen von 34 österreichischen Ensembles und Solisten bestritten. Vier österreichische Künstler präsentierten in fünf Ausstellungen ihre Werke und zehn Ausstellungen aus österreichischem Besitz wurden insgesamt 16mal gezeigt. Darunter fallen drei Photomontage-Wanderausstellungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mit zwölf Einsätzen. Außerordentlichen Erfolg hatte die in Tokio und in Kyoto gezeigte Ausstellung des Kunsthistorischen Museums in Wien mit 48 Meisterwerken, die mehr als 288.000 Besucher anzog und ein Presseecho von an die 80 Artikeln zeitigte. Ferner wurde eine Franz-Schubert-Ausstellung in Tokio präsentiert, die kostbare Exponate der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien enthielt und über 13.000 Besucher hatte.

Durch diese Ausstellungstätigkeit wurde die Akzentuierung der Österreichsicht als „reines Musikland“ fraglos etwas korrigiert. Besondere Aufmerksamkeit wird weiterhin einer intensiven Betreuung von Universitätslehrern gewidmet, die auf lange Sicht hin ein dauerhaftes Korrektiv in der Formung eines Österreichbildes erwarten lassen.

Die österreichischen Deutschlektorate haben sich im Jahre 1984 auf zwölf erweitert ; insgesamt unterrichten nunmehr 15 österreichische Professoren an japanischen Hochschulen.

Anlässlich von Wanderausstellungen konnten gemeinsam mit dem Japanischen Architektenverein ein Symposium über „Adolf Loss und die moderne Kunst“ und mit der Österreich-Sektion der Sophia-Universität in Tokio ein Symposium über Franz Kafka veranstaltet werden.

Das für 1984 gesteckte Ziel, eine Fernleihe für Austriaca in Japan zu errichten, wurde mit der Herausgabe einer rund 1.700 Titel umfassenden Leihliste der Österreich-Sektion der Sophia-Universität, die an rund 350 Professoren und Institutionen versandt wird, erreicht.

Jemen

Jemen (Arabische Republik Jemen), Sanaa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Aziz Abdul Ghani	Dr. Abdulkarim Al-Iryani

ÖB siehe Saudi Arabien

Die beiden Jemen sind weiterhin bemüht, ihr Verhältnis zu normalisieren. Eine zweite Sitzung des Gemeinsamen Jemenitischen Rates ist erfolgreich verlaufen.

Staatspräsident Ali Abdullah Saleh hat im November einige Ministerposten um- bzw. neubesetzt. Diese Massnahme, die auch den Außenminister betraf, wurde vorwiegend aus personellen Gründen getroffen. Eine Änderung der bisherigen Regierungspolitik war dadurch nicht bedingt.

Die Verringerung der Zahlungen erdölproduzierender arabischer Staaten und die Abnahme der Deviseneinnahmen durch Geldüberweisungen von im Ausland erwerbstätigen Jemeniten haben zu einer wirtschaftlichen Rezession geführt, die sich aber auf die österreichischen Exporte nicht nachteilig ausgewirkt hat, (301,98 Mio. öS, +14,4%). Da nach langen vergeblichen Prospektionen heuer in der Gegend von Marib erstmals Erdöl in wirtschaftlich verwertbaren Qualitäten gefunden wurde, erhofft man sich ab 1987 (Fertigstellung der für die Erschliessung des Ölvorkommens notwendigen technischen Einrichtungen) eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaftssituation.

Österreichs Hauptausfuhrprodukte in den Nordjemen sind Milchpulver, Holz und Verpackungsmaterial. Da ein österreichisches Unternehmen den Auftrag zur Lieferung einer Kesselanlage für das neue Dampfkraftwerk in Mokka erhielt, ist mit einem bedeutenden Anstieg des Exportvolumens zu rechnen.

Jemen (Demokratische Volksrepublik Jemen), Aden

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Nasser Mohammed	Ali Nasser Mohammed	Dr. Abdul Aziz Al-Dali

ÖB siehe Äthiopien

Die beiden Jemen sind weiterhin bemüht, ihr Verhältnis zu normalisieren. Eine zweite Sitzung des Gemeinsamen Jemenitischen Rates ist erfolgreich verlaufen. Auch das Verhältnis zu den Nachbarn Saudiarabien und Oman hat sich eher verbessert.

Die wirtschaftliche Lage ist den Umständen entsprechend als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Das Gesamtvolumen des Aussenhandels mit Österreich zeigt weiterhin eine steigende Tendenz.

Jordanien

Jordanien

(Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Hussein Bin Talal	Ahmad Obeidat	Taher Masri

ÖB Amman : Dr. Arnold Möbius, Hotel Jordan Intercontinental P. O. Box 815368, Tel. 44635 ; AHSt

Die politische Entwicklung in Jordanien war auch im Jahre 1984 wiederum durch die intensiven Bemühungen König Husseins um eine Regelung des Palästina-Problems gekennzeichnet. Die früher hauptsächlich auf amerikanische Unterstützung ausgerichtete Politik des Königs erfuhr eine Akzentverschiebung. Es werden nicht länger ausschliesslich bilaterale Lösungen proponiert, es wird nunmehr auch eine Internationale Nahost-Friedenskonferenz unter Beteiligung auch der Sowjetunion befürwortet.

Vor dem Palästinensischen Nationalkongress in Amman im November hat König Hussein zu einem gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Vorgehen auf der Grundlage „Frieden gegen Rückgabe der 1967 von Israel besetzten Gebiete“ aufgerufen. Der Aufruf hat innerhalb der in Amman tagenden und im wesentlichen Arafat nahestehenden PLO Diskussionen ausgelöst, welche immer noch im Gange sind. Die Syrien nahestehenden Gruppen der PLO zeigen sich gegenüber dem Vorschlag des Königs ablehnend.

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten am 25. 9. 1984 und dem darauf folgenden Staatsbesuch des ägyptischen Präsidenten Mubarak vom 9. bis 10. 10. 1984 hat Jordanien die von Präsident Mubarak angestrebte Überwindung der Kluft zwischen Ägypten und der übrigen Arabischen Welt honoriert. Auf innenpolitischem Gebiet ist die Auffassung des Nationalen Konsultativrats und die Wiedereinberufung des Parlaments im Jänner 1984 zu erwähnen. Allgemeine Wahlen fanden allerdings nicht statt.

Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager stattete Jordanien vom 13. bis 19. 8. einen Besuch ab.

Die österreichischen Exporte nach Jordanien im Jahre 1984 betragen 453,86 Mio. öS (1983: 358,7 Mio. öS), ihnen stehen Importe in Höhe von 146,71 Mio. öS (1983: 52,8 Mio. öS) gegenüber.

Auf dem Projektsektor ist eine zügige Fertigstellung des Amman-TV-Centres durch ein österreichisches Baufirmenkonsortium zu verzeichnen. Von einer österreichischen Firma wurden 1984 zwei Alu-Konduktorenlieferungen an die Jordan Electricity Authority durchgeführt. Österreichische Firmen erhielten Aufträge zur Lieferung von Bahnbaumaschinen an die Aqaba Railway Corporation, von Förderungsanlagen an die Jordan Phosphate Mines Co. und zur Lieferung einer Anlage für die Herstellung von Plastikbank-Websäcken.

Auf kulturellem Gebiet ist vor allem die Faksimile-Ausstellung der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt (März) und eine wegen des großen Erfolges prolongierte Österreich-Woche in Amman zu erwähnen.

Jugoslawien

Jugoslawien

(Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
V. Djuranovic	M. Planinc	R. Dizdarevic

ÖB Belgrad: Dr. Norbert Linhart, Kneza Sime Markovica 2, YU-11000 Belgrad, Tel. (11) 635955; ÖGK Agram: Dr. Peter Niesner, Jakubovac 39, 41000 Agram, Tel. 273392; ÖGK Laibach: Dr. Georg Weiss, Streljjeva 5, 61000 Laibach, Tel. 213436; AHSt Belgrad, Agram; AUA-B

Die jugoslawische Aussenpolitik orientierte sich auch weiterhin an den Prinzipien der Blockfreien sowie an den Beschlüssen des im März 1983 in New-Delhi abgehaltenen Gipfeltreffens der Blockfreien, welche als dauerhafte und bindende Richtschnur des von Belgrad verfolgten aussenpolitischen Kurses angesehen werden. Das Bestreben Jugoslawiens, mit möglichst allen Staaten, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung, ein ausgewogenes und vertrauensvolles Verhältnis zu entwickeln und zu festigen, kam in einer besonders aktiven Besuchsdiplomatie zum Ausdruck, die abgesehen von der Erörterung bilateraler Fragen insbesondere einem intensiven Meinungsaustausch über dringende Fragen der Weltwirtschaft sowie der internationalen Sicherheit und der Wahrung des Friedens gewidmet war. Die Entspannungsbemühungen der jugoslawischen Diplomatie standen ausserdem im Zeichen einer aktiven Nachbarschaftspolitik, welche im Berichtszeitraum konsequent fortgesetzt wurde.

Auf innenpolitischem Gebiet sind insbesondere die laut jugoslawischer Bundesverfassung fällige Erneuerung des Staatspräsidiums (Mai) sowie ein gleichzeitiges Revirement im Rahmen der Bundesregierung zu erwähnen, welches sich auf insgesamt neun Ressorts erstreckte. Die innenpolitische Szene war ansonsten vor allem durch eine breit angelegte, mitunter selbstkritisch geführte Diskussion über die Neudefinierung der Rolle der kommunistischen Partei (BKJ) als Avantgarde des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Jugoslawien sowie über Möglichkeiten zur Stärkung und effektiveren Gestaltung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems gekennzeichnet. Die Regierungspolitik verfolgte weiterhin das Ziel einer durchgreifenden wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes, wobei trotz Andauerns der Krise bereits Teilerfolge etwa durch Steigerung der industriellen Produktionsrate sowie der jugoslawischen Ausfuhren, vor allem in den Hartwährungsbereich, erzielt werden konnten.

Aus dem überaus intensiven österreichisch-jugoslawischen Besuchsverkehr sind auf politischer Ebene der Besuch von Bundeskanzler Sinowatz in Jugoslawien (24.–25. Jänner 1984) sowie des Staatspräsidium-Vorsitzenden M. Spiljak in Österreich (12.–15. März 1984) hervorzuheben. Noch in seiner Eigenschaft als Wiener Bürgermeister, doch bereits designierter Aussenminister ist Leopold Gratz im September in Belgrad mit dem jugoslawischen Aussenminister R. Dizdarevic zu einer Unterredung zusammengetroffen.

Das Zusammenwirken der österreichischen und jugoslawischen Delegation im Rahmen der N+N-Gruppe im KSZE-Bereich wurde fortgesetzt, wobei diesbezügliche bilaterale Konsultationsgespräche zuletzt am 14. November stattfanden.

Jugoslawien

Das Berichtsjahr stand weiters im Zeichen der Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit; vor allem zwischen dem Burgenland und Kroatien sowie zwischen der Steiermark, Kroatien und auch Bosnien-Herzegowina. Aus dem Burgenland waren 1984 sowohl Landeshauptmann Kery (9./10. Mai) als auch Landtagspräsident Pinter (17.–19. September) an der Spitze von offiziellen Delegationen in Zagreb. Aus Kroatien fand in diesem Jahr zwar kein offizieller Besuch in Eisenstadt auf höchster Ebene statt, jedoch nahmen Spitzenfunktionäre wie der Präsident des „Sabor“ und zahlreiche Kabinettsmitglieder immer wieder an Veranstaltungen der kroatischen Volksgruppe, wie etwa der Enthüllung des Kroatendenkmals in Grosswarasdorf/Veliki Boristof, teil. Landeshauptmann Dr. Krainer und eine Delegation der steiermärkischen Landesregierung erwiderten vom 19.–21. September einen im Jahr 1981 stattgefundenen Besuch des kroatischen Ministerpräsidenten. Die Kontakte zwischen der Steiermark und Bosnien-Herzegowina kamen nicht nur durch einen offiziellen Besuch von Ministerpräsident Maglajlija in Graz (3.–5. April) zum Ausdruck, sondern auch durch die Einladung an Landeshauptmann Dr. Krainer, als persönlicher Gast Maglajlijas an der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sarajevo teilzunehmen, sowie durch die Gründung einer Gesellschaft zur Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und Bosnien-Herzegowina auf kulturellem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet und anderen Bereichen. Die Gemischte steirisch-bosnisch-herzegowinische Wirtschaftskommission hielt vom 6.–8. September in Graz ihre zweite Sitzung ab. Weiters haben im Berichtsjahr Tagungen der Kärntner-Slowenischen, Steirisch-Slowenischen sowie Burgenländisch-Slowenischen Kontaktkommissionen stattgefunden.

Der Aussenhandel Österreichs mit Jugoslawien erfuhr 1984 erneut eine Ausweitung, nachdem im Vorjahr ein leichter Rückgang gegenüber 1982 zu verzeichnen gewesen war. Die österreichischen Ausfuhren nach Jugoslawien nahmen um 6,5% zu und erreichten einen Wert von 7,67 Mrd. S, während die österreichischen Einfuhren um 26,6% auf 4,41 Mrd. S stiegen. Das traditionelle österreichische Handelsbilanzaktivum mit Jugoslawien wurde sohin verringert, was den jugoslawischen Bestrebungen zur Sanierung der Aussenhandelsbilanz mit den westlichen Industriestaaten entgegenkam. Wichtigste Warengruppen im österreichischen Export waren bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse, Maschinen und Verkehrsmittel sowie Rohstoffe, im besonderen Holz und Papier. Die wichtigsten österreichischen Importpositionen stellten die Warengruppen Brennstoffe, bearbeitete Waren, sonstige Fertigwaren, Maschinen und Verkehrsmittel und chemische Erzeugnisse. Im Dezember stattete der jugoslawische Landwirtschaftsminister Stanojevic Österreich einen offiziellen Besuch ab. Von großer Bedeutung war aus wirtschaftlicher Sicht auch der Besuch einer österreichischen Wirtschaftsdelegation im Rahmen des Besuches von Bundeskanzler Dr. Sinowatz. Im Juni fand die 24. Tagung des Kammerkontaktkomitees in Zagreb statt. Zahlreiche österreichische Firmen nahmen auch dieses Jahr an der Internationalen Messe „Alpe Adria“ im April in Laibach und an der Internationalen Herbstmesse in Zagreb im September teil. Im Rahmen der Landwirtschaftsmesse in Novi Sad, einer der wichtigsten Spezialmessen Jugoslawiens, wurde unter wesentlicher österreichischer Beteiligung ein Seminar zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens mit den Mitgliedsländern der EFTA abgehalten. Als Ergebnis von bilateralen Verkehrsgesprächen in Belgrad wurden die gegenseitigen Kontingente für den gewerblichen Straßengüterverkehr erhöht. Nach der Gewährung eines Kredites der Europäischen Investitionsbank an Jugoslawien dürfte nunmehr mit einer baldigen Inangriffnahme der Bauarbeiten für den Karawankentunnel zu rechnen sein.

Jugoslawien

Wie schon im Vorjahr war auch 1984 die Abschaffung des jugoslawischen Reisedepots ein Anliegen, das bei zahlreichen Gelegenheiten an die jugoslawischen Stellen herangetragen wurde. Erfreulicherweise hat die jugoslawische Regierung im Dezember beschlossen, den Depotierlag für Reisen in das Ausland mit Wirkung vom 1. Jänner 1985 aufzuheben. Die 1983 eingeleiteten Bemühungen Jugoslawiens zur Konsolidierung seiner Finanzsituation wurden 1984 erfolgreich fortgesetzt. Aufgrund eines im Mai unterzeichneten internationalen Protokolls über die Konsolidierung der jugoslawischen Verbindlichkeiten für das Jahr 1984 schlossen Österreich und Jugoslawien im August ein diesbezügliches bilaterales Abkommen.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien entwickeln sich auf Grundlage des 1972 abgeschlossenen Abkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung sowie des Durchführungsübereinkommens aus dem Jahre 1980, welches im November auslief. Eine Einigung über ein neues Kulturübereinkommen konnte bis Jahresende nicht erreicht werden. Im Rahmen des alten Übereinkommens fand auch im Berichtsjahr ein reger Austausch von Professoren, Assistenten, Lektoren und Studenten statt. Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten sowie die Vorbereitungsarbeiten für die nächste Sitzung der Ständigen Gemischten Österreichisch-Jugoslawischen Expertenkommission für Fragen der Gleichwertigkeit im Universitätsbereich wurden fortgesetzt. Eine weitere Vertiefung erfuhren die kulturellen Beziehungen durch die Teilnahme österreichischer Kulturschaffender an Symposien, Seminaren und sonstigen wissenschaftlichen Veranstaltungen sowie an der VII. Internationalen Triennale „Bühnenbild und Kostüme“ in Novi Sad.

Als Höhepunkte der österreichischen kulturellen Präsenz in Belgrad können das Auftreten des Chefdirigenten des „Mozarteum“-Orchesters Hans Graf mit der Belgrader Philharmonie und die von der Stadt Wien veranstaltete Ausstellung „Wien grüßt Belgrad“, die von ca. 100.000 Belgradern besucht wurde, angesehen werden. Von den über 160 vom Österreichischen Kulturinstitut Agram organisierten Veranstaltungen wären die Gastspiele der „Nestroy Theater Company Vienna“ und des „Theatercafés Graz“, eine Joseph Haydn-Ausstellung sowie die österreichische Teilnahme an der „Jazzfair – Zagreb“ hervorzuheben. Hier wurden auch Tage des österreichischen Films abgehalten, ebenso wie in den Städten Novi Sad, Zrenjanin, Ljubljana und Sarajevo.

Die vielseitige Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der konsularischen Beziehungen ist im Berichtsjahr im wesentlichen problemfrei gewesen.

Die für das bilaterale Vertragssystem wichtigen rechtspolitischen Verträge (über die Auslieferung, über die Rechtshilfe in Strafsachen und über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen) sind am 1. Jänner 1984 in Kraft getreten und haben den direkten Behördenverkehr noch weiter intensiviert. Am 18. Juni wurde in Belgrad das Abkommen über den alpinen Touristenverkehr im Grenzgebiet unterzeichnet. Es regelt den Grenzübertritt für Touristen, die grenzüberschreitende Wanderwege benutzen, und richtet einen neuen Grenzübergang für Wanderer ein. Der Vertrag wird im Frühjahr 1985 in Kraft treten. Der bevorstehende neue Lehrplan und neue Lehrbücher für Kinder jugoslawischer Gastarbeiter waren Gegenstand der 13. Tagung der gemischten Expertenkommission (7.–11. Mai, Bad Hofgastein). Am 24. Mai wurde in Wien das Änderungsabkommen über den kleinen Grenzverkehr

Jugoslawien – Kamerun – Kampuchea

unterzeichnet. Durch die Einbeziehung von sieben Ortschaften wird der Geltungsbereich der Regelungen über den Kleinen Grenzverkehr auf jugoslawischer Seite erweitert. Das Verfahren zur Ratifikation des Abkommens ist eingeleitet. Die Vorsitzenden beider Delegationen für den Kleinen Grenzverkehr kamen zu einem Arbeitstreffen vom 16. bis 18. Oktober bei Leibnitz zusammen. Die ständige gemischte Kommission zur Vermarkung der Grenze hat im Berichtsjahr zwei Tagungen abgehalten (20. bis 24. Februar in Graz, 22. bis 24. August in Marburg).

Im Rahmen der Verhandlungen mit Jugoslawien über die Durchführung des Archivabkommens aus dem Jahre 1923 konnten bei den Bemühungen, in allen Teilbereichen nicht nur nach rechtlichen, sondern auch nach pragmatischen Lösungen zu suchen, bei Tagungen von Archivexperten in Wien und Belgrad weitere Fortschritte erzielt werden.

Kamerun

(Vereinigte Republik Kamerun), Jaounde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya		William Eteki Mboumoua

ÖB siehe Zaire ; HK Douala (derzeit geschlossen)

Im Gefolge eines Putschversuches am 6. April 1984 kam es zu Strafverfolgungen zahlreicher Personen, darunter auch des ehemaligen Präsidenten Ahidjo, der in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde. Die Ereignisse brachten auch Umstellungen in der Armee, in den Staatsbetrieben und der Führung der Einheitspartei mit sich. Im Juli bildete Präsident Biya die Regierung in bedeutendem Umfange um.

Private Investoren im Ausland und im Inland zeigten grössere Zurückhaltung, wirtschaftliche Impulse gingen stärker als bisher von bilateralen und multilateralen Entwicklungsprojekten aus.

Der bilaterale Warenverkehr entwickelte sich weiterhin stark rückläufig.

Kampuchea

Phnom Penh

a) Regierung der Volksrepublik Kampuchea

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
H. Samrin	Ch. Si (gestorben 31.12.1984)	H. Sen

b) Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
N. Sihanouk	S. Sann	K. Samphan

ÖB siehe China

Aufgrund der innenpolitischen Situation des Landes unterhält Österreich zu keiner der kampucheanischen Regierungen offizielle Beziehungen (siehe auch Kapitel Südostasien).

Kampuchea – Kanada

Bundesminister a. D. Botschafter Dr. Pahr hat seine Bemühungen als Vorsitzender der Internationalen Kampuchea-Konferenz der Vereinten Nationen um eine friedliche Lösung des Kampuchea-Konfliktes fortgesetzt. Um die diesbezüglichen Möglichkeiten zu sondieren, stattete er im September den ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia und Thailand Besuche ab und führte politische Konsultationen mit den Aussenministern dieser Länder.

Kanada

(Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II. vertreten durch Generalgouverneur Mme. Jeanne Sauvé	Martin Brian Mulroney	Joe Clark

ÖB Ottawa: Dr. Hedwig Wolfram, 445 Wilbrod Street Ottawa, Ont. K1N 6M7, Tel. 5631444; HGK Montreal, Toronto; HK Calgary, Halifax, Vancouver, Winnipeg; AHSt Toronto, Montreal, Vancouver

Im September 1984 wurde die liberale Partei, die mit einer nur kurzen Unterbrechung 21 Jahre am Ruder war, abgewählt; die Konservativen errangen einen Erdbebenrutsch und verfügen nun über 211 von 282 Sitzen im Parlament. Die neue Regierung bemüht sich in erster Linie um die weitere Ankurbelung der kanadischen Wirtschaft und die Beschaffung von Arbeitsplätzen (während die Inflationsrate auf 4% gesenkt werden konnte, liegt die Arbeitslosenrate immer noch über 11%). Vorgesehen sind in diesem Zusammenhang die Erleichterung ausländischer Investitionen zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung, die teilweise Reprivatisierung in öffentlicher Hand befindlicher Unternehmungen und budgetäre Sparmaßnahmen. Die Regierung hofft, daß durch diese politische Weichenstellung wieder der private Sektor die Rolle des Motors der Wirtschaftsentwicklung übernimmt. Die staatlichen Wohlfahrtsleistungen sollen unangetastet bleiben; eine Umstrukturierung wurde jedoch zur Diskussion gestellt.

Die Regierung hat auch erste Schritte zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Bund und den zehn Provinzen unternommen: sie ist insbesondere einer Befriedung der Provinz Québec verpflichtet, die bisher die kanadische Verfassung aus dem Jahr 1982 nicht anerkannt hat. Die an der Macht befindliche Quebecker Partei hat noch nicht entschieden, ob sie unter den geänderten Umständen die Frage der Unabhängigkeit der Provinz im Rahmen der nächsten Provinzwahlen neuerlich einem Votum unterwerfen wird oder nicht. Außenpolitisch strebt die Regierung Mulroney vor allem eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA an, wozu die Erleichterung ausländischer Investitionen in Kanada wesentlich beitragen wird. Darüber hinaus ist keine größere Änderung in der kanadischen Außenpolitik zu erwarten.

In den österreichisch-kanadischen Beziehungen ist eine weitere Ausweitung des bilateralen Handelsaustausches zu vermerken (siehe unten). Kanada steht der Übernahme osteuropäischer Flüchtlinge aus Österreich nach wie vor positiv gegenüber. Eine engere Zusammenarbeit ergab sich anlässlich der Konferenz der Minister für Umweltschutz, die im Frühjahr 1984 in Ottawa stattgefunden und an der auch Bundesminister Dr. Steyrer teilgenommen hat.

Kanada

Die kanadische Wirtschaft verzeichnet im Berichtsjahr ein reales Wirtschaftswachstum von 4,2%, das in erster Linie auf die Konjunktur in den USA zurückzuführen ist. Allein im Austauschverhältnis mit den USA (73% des gesamten kanadischen Außenhandels) beträgt der kanadische Handelsbilanzüberschuß 15 Mrd. US\$.

Der bilaterale Handel zwischen Österreich und Kanada zeigte weiterhin sehr erfreuliche Wachstumstendenzen. Die österreichischen Einfuhren aus Kanada stiegen im Jahr 1984 um 45,6% und erreichten insgesamt einen Wert von 1,6 Mrd. öS. Die österreichischen Exporte nach Kanada wuchsen im gleichen Zeitraum um 51,9% und betragen insgesamt 2,5 Mrd. öS. Zu den österreichischen Exporterfolgen trägt der starke Dollar-Kurs zwar wesentlich bei, sie sind jedoch auch ein Beweis für die österreichische Wettbewerbsfähigkeit und das zunehmende Interesse österreichischer Produzenten am nordamerikanischen Markt. Der bilaterale Handel ist weiterhin ausbaufähig. Österreich wird von kanadischer Seite auch in zunehmendem Maße als günstiger Standort kanadischer Unternehmen für die Bearbeitung der Märkte im RGW-Raum und in den arabischen Staaten betrachtet.

Die österreichischen Exporte umfassen ein breites Warenangebot, wobei bei fast allen Warenpositionen Zuwachs zu verzeichnen ist. Als Exportschwerpunkte sind zu nennen: Kraftmaschinen, (Sport-)Bekleidung, elektrische Maschinen, Stahl, Fruchtsaftkonzentrate und Weine. Nach einer 3-jährigen Stagnation des Weinexports ist dieser gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Schwierig ist weiterhin (wegen des restriktiven kanadischen Importregimes in diesem Bereich) die Behauptung des österreichischen Anteils am kanadischen Käsemarkt.

Die kulturelle Präsenz Österreichs in Kanada manifestiert sich im Berichtsjahr durch Aktivitäten verschiedener Art: drei Foto-Dokumentationsausstellungen (über Gustav Mahler, Arthur Schnitzler und „Österreichische Architektur 1860–1930“) wurden insgesamt sieben Mal und zwar an Universitäten in Ottawa, Montreal, Halifax und Winnipeg sowie an Kulturzentren in Charlottetown, Shawinigan und Drummondville gezeigt. Univ. Prof. Dr. Fritz Fellner und Prof. Kurt Klinger hielten insgesamt fünf Vorträge an den Universitäten in Winnipeg, Regina und Edmonton. Architekt Dietmar Steiner hielt in Montreal und Ottawa drei Vorträge über österreichische Architektur in den Jahren 1860–1930. Univ. Prof. Dr. Wolfdieter Bihl hielt im Anschluß an seine Teilnahme an einem historischen Symposium der University of Toronto Vorträge in Ottawa, Halifax und Edmonton. Der Schriftsteller Franz Innerhofer nahm am 4. Internationalen Harbourfront-Autorenfestival in Toronto teil und hielt anschließend Lesungen an sechs Universitäten. Mehreren Universitäten wurden auch im Berichtsjahr wieder Bücherspenden übergeben.

Mit Beginn des Studienjahres 1984/85 wurde zwischen Österreich und Kanada ein Stipendienaustausch im Ausmaß von 2 :2 aufgenommen.

In Kanada leben rund 60.000 aus Österreich stammende Personen, wovon etwa 10.000 österreichische Staatsangehörige sind. Die 23 Österreichervereine und österreichisch-kanadische Gesellschaften sind auch für Nichtösterreicher zugänglich und tragen durch ihre Veranstaltungen in allen Provinzen wesentlich zur Gestaltung des Österreichbildes in Kanada bei.

*Kap Verde – Katar***Kap Verde
(Republik Kap Verde), Praia**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aristides Pereira	Pedro Pires	Silvino da Luz

ÖB siehe Senegal

Kap Verde verfolgt eine ausgewogene Unabhängigkeitspolitik auf der Grundlage der Blockfreiheit und ist bestrebt, seine Beziehungen zu den neutralen Staaten Europas und insbesondere Österreich auszubauen. Aufgrund seiner guten Beziehungen zum lusophonen Afrika spielt es als Begegnungsort für Gespräche über das südliche Afrika eine bedeutende Rolle.

Der kapverdische Ministerpräsident hat im Oktober 1984 Österreich besucht.

Kap Verde zählt zu den Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungshilfe. Im Rahmen der regionalen Entwicklung der Region Santa Cruz leistete Österreich einen bedeutenden Beitrag (Kühlschlachthof, Biogasanlage, Lieferung von Maschinen und Materialien für eine Tischler- und Mechanikerwerkstätte, Errichtung einer Abwasserbeseitigungsanlage, Stromversorgung, Düngerprogramm, Verbesserung der Hygienesituation im landwirtschaftlichen Bereich). Das österreichische Engagement in St. Cruz wird ergänzt durch Arbeiten an einem Basis-Gesundheitsprogramm, Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft Leibnitz-Pedra Badejo und eine Beteiligung am Agrarreformprogramm. Die Beteiligung am Boden- und Wasserkonservierungsprojekt in Sao Vincente wurde fortgesetzt. Ein Berufsschulprogramm im Rahmen des Institus für Solidarität mit Kap Verde wurde durch die Entsendung von Lehrkräften und durch die Beistellung von Werkstätteneinrichtungen gefördert. 5.000 Tonnen Weizen wurden als Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt. Ein bilaterales Abkommen über technische und finanzielle Zusammenarbeit wurde paraphiert.

Der bilaterale Warenverkehr mit Kap Verde, das weiterhin an den Folgen der Dürrejahre trägt und mit einem Bruttosozialprodukt von 308 \$ zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählt, war minimal.

**Katar
(Staat Katar), Doha**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Khalifa Bin Hamad Al-Thani	Emir Scheich Khalifa Bin Hamad Al-Thani	Scheich Ahmed Bin Seif Al-Thani

ÖB siehe Kuwait ; AUA-B

Die engen bilateralen Beziehungen zu Katar wurden durch einen offiziellen Besuch von Außenminister Erwin Lanc im April unterstrichen.

Spannungen und Unsicherheiten im Golf sowie die allgemein gedämpfte Wirtschaftskonjunktur in der Region zeitigten auch negative Auswirkungen auf den Staat Katar. Geringere Erdöleinnahmen führten zu Einschränkungen der öffentlichen Investitionen. Die österreichischen Ausfuhren sanken dementsprechend (68,7 Mio. öS, d. s. -54,3%). Die österreichischen Importe aus Katar gingen ebenfalls zurück.

Katar – Kenia

Bemerkenswert war unter den gegebenen Umständen die weitere positive Entwicklung des Fremdenverkehrs, an der die erfolgreichen direkten Linienflüge der Austrian Airlines entsprechenden Anteil hatten.

Kenia
(Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Daniel arap Moi	Daniel arap Moi	Elijah Mwangale

ÖB Nairobi : Dr. Gregor Woschnagg, P. O. Box 30560, Nairobi, Tel. 28281 ; HK Mombasa ; AHSt

Kenia hat 1984 unter anderem durch Besuche von Präsident Moi seine Beziehungen zu allen ostafrikanischen Nachbarstaaten wesentlich verbessern und verstärken können. Beim Besuch von Präsident Moi in Somalia (23. bis 25. Juli 1984) konnte auch ein 20 Jahre alter Grenzkonflikt beigelegt werden. Die Innenpolitik war von einer weiteren Konsolidierung und einer Stärkung der Position von Präsident Moi gekennzeichnet.

Das neue UN-Zentrum Nairobi, das über 1.100 UN-Beamte beherbergt, wurde am 21. Mai 1984 im Rahmen der UNEP-Verwaltungsratstagung eröffnet und wird im Juli 1985 auch die UN-Weltfrauenkonferenz beherbergen.

Die Wirtschaft Kenias befindet sich in einer Phase der Konsolidierung und die Regierung konzentriert sich auf eine bessere Verwertung der vorhandenen Kapazitäten. Gleichzeitig bemühen sich Staats- und Zentralbank, die Kräfte der Marktwirtschaft stärker spielen zu lassen.

Das Wirtschaftsgeschehen ist durch einen dürrebedingten Ernteausfall stark beeinträchtigt. Durch Nahrungsmittelimporte wurde aber eine drohende Hungerkatastrophe verhindert.

Im österreichischen Export nach Kenia dominierten, wie schon im Vorjahr, die Positionen Papier und pharmazeutische Produkte, wobei erstmals bedeutende Lieferungen von Milchpulver, Meßgeräten und Aluminium aufschienen. Bei den österreichischen Bezügen aus Kenia dominierten wie bisher Kaffee mit mehr als $\frac{2}{3}$, gefolgt von Ananaskonserven und pflanzlichen Rohstoffen.

Insgesamt haben sich die österreichischen Exporte nach Kenia um 1,4% auf 136,35 Mio. öS gegenüber dem Vorjahr verringert, während die österreichischen Importe aus Kenia im gleichen Zeitraum von 75,75 Mio. öS im Jahr 1983 auf 96,6 Mio. öS anstiegen.

Die bilaterale Kulturarbeit konzentriert sich auf Begleitmaßnahmen zu schulischen Entwicklungshilfeprojekten. Auf dem wissenschaftlichen Gebiet wurde der Austausch von Lektoren und u. a. eine Vorlesungsreihe von Univ. Doz. Dr. Gerhard Kubik über afrikanische Kultur- und Musikgeschichte, sowie eine Ausbildung der kenianischen nationalen Tanzgruppe „Bomas of Kenya“ durch Entsendung des österreichischen Choreographen Alois Mitterhuber, unterstützt.

Die seit 1975 bestehende Unterstützung der kenianischen Wochenschau durch die Austria Wochenschau wurde auch 1984 fortgesetzt und, mit Unterstützung des Kamerateams der kenianischen Wochenschau, auch ein Fernsehfilm über die öster-

Kenia – Kolumbien

reichische Forscherin, Malerin und Autorin von Tierbüchern, Joy Adamson, produziert.

Die Journalistenschule Nairobi, die Journalisten für den ganzen ostafrikanischen Raum und darüber hinaus ausbildet, wurde durch Entsendung des österreichischen Lektors Horst Kimbacher unterstützt.

Im August konnten die österreichisch-kenianischen Luftverkehrsverhandlungen durch Paraphierung eines Abkommenstextes abgeschlossen werden. Mit dem Ausbau des AUA/AAT-Charterflugverkehrs von Wien bzw. Linz nach Mombasa stieg die Zahl der österreichischen Touristen, insbesondere in der Küstenregion, auf über 10.000 an.

Eine Reihe seit längerer Zeit laufender Projekte (Spitalstechnikerschule, Einsatz von Lehrkräften in mittleren technischen Schulen, Journalistenschule) wurde durch die mit österreichischen Entwicklungshilfemitteln finanzierte Entsendung von Entwicklungshelfern und Experten sowie die Bereitstellung von Sachleistungen weiter gefördert. Insgesamt waren 16 Entwicklungshelfer im Einsatz.

Kolumbien

(Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Belisario Betancur Cuartas	Dr. Belisario Betancur Cuartas	Dr. Augusto Ramírez Ocampo

ÖB Bogotá: Dr. Manfred Ortner, Carrera 11, No. 75–29, Bogota, Tel. 2356628 ; HGK Bogotá ; HK Barranquilla, Cali, Medellín ; AHSt

Die Regierung Betancur konnte ihr blockfreie Aussenpolitik durch Initiativen auf regionaler Ebene festigen. Ihre aktive Rolle im Contadora-Friedensprozess fand durch die Fertigstellung der „Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Zentralamerika“ eine sichtbare Bestätigung. Kolumbiens weiteres Bestreben gilt nun nicht nur der Unterzeichnung dieses Vertrages, sondern auch einer (vornehmlich wirtschaftlichen) Einbindung ausserregionaler Staaten (USA, Westeuropa) in den in der Akte vorgezeichneten Prozess.

Ein grosses aussenpolitisches Anliegen war wie in anderen lateinamerikanischen Ländern das Problem der Auslandsverschuldung. Nach der „Deklaration von Quito“ im Jänner 1984 berief Präsident Betancur im Juni eine Konferenz nach Cartagena ein, die mit dem „Konsens von Cartagena“ abschloss. Kolumbien sieht das Schuldenproblem vorrangig politisch und trachtete, es durch zahlreiche politische Kontakte auf hoher Ebene (z. B. durch Einladung des Interaktionsrates ehemaliger Staats- und Regierungschefs) einer Lösung auf politischer Ebene näher zu bringen. In internationalen Organisationen verstärkten sich gegenüber den Vorjahren die kolumbianischen Aktivitäten. So leistete Kolumbien auch zu dem Erfolg der österreichisch-französischen Initiative zur Änderung der ICAO-Satzung einen wertvollen Beitrag.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage und das Verschuldungsproblem des lateinamerikanischen Kontinents machte sich, wenngleich weniger drastisch als anderswo, 1984 auch in der sonst relativ gefestigten Wirtschaft Kolumbiens bemerkbar. Durch Devisenknappheit und weiter verschärfte Importrestriktionen wurden tra-

Kolumbien – Komoren

ditionelle österreichische Exportinteressen erheblich beeinträchtigt. Anlässlich des Kolumbien-Besuches von Staatssekretär Dr. Erich Schmidt im Juli 1984 warben kolumbianische Regierungsvertreter um Verständnis für die schwierige Wirtschaftslage und bemühten sich gemeinsam mit der österreichischen Delegation u. a. um die Beschreitung neuer Wege des bilateralen Handelsaustausches (Kompensations- und Dreiecksgeschäfte, Assembling, u. ä.). Die Schaffung einer Gemischten Österreichisch-Kolumbianischen Wirtschaftskommission wurde in Aussicht genommen. Ab dem zweiten Halbjahr 1984 gingen österreichische Lieferungen (Spezialmaschinen und Ausrüstungen für Infrastrukturprojekte, E-Wirtschaft, Bewässerungssysteme, Pharmazeutika) deutlich zurück, während die österreichischen Warenbezüge aus Kolumbien (Kaffee, Blumen, Lederwaren) eine leichte Steigerung erfuhren.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 197,671 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 154,80 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von $-21,7\%$ entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 480,434 Mio. öS 1983 auf 577,88 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Zunahme von $20,3\%$.

Private Entwicklungshilfeaktionen beschränkten Ausmasses konnten fortgesetzt werden.

Die Ausstellungen „Österreich Gestern – Heute“, „Franz Kafka“ und „Gregor Mendel“ mit ausgiebigen Begleitprogrammen hatten im Vergleich zum bescheidenen materiellen Aufwand einen unverhältnismäßig starken Zuspruch. Begeisterte Aufnahme fanden österreichische Künstler im Rahmen kommerzieller Veranstaltungen, wie das Concordia Trio, das Mozarteum-Quartett Salzburg, die Pianisten Rudolf Buchbinder, Alexander Jenner und Jörg Demus und das Alban-Berg-Quartett.

Der Stipendienaustausch funktionierte zufriedenstellend; an der Deutschen Schule Bogotá ist ein österreichischer Subventionslehrer tätig.

Komoren

(Islamische Föderative Republik der Komoren), Moroni

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ahmed Abdallah Abderrahman		Said Madi Kafe

ÖB siehe Kenia

Der bisherige Staatschef wurde am 30. September 1984 für eine Periode von sechs Jahren wiedergewählt. Die Komoren haben in ihrem wichtigsten außenpolitischen Anliegen, der Wiedereingliederung der unter französischer Herrschaft stehenden Insel Mayotte, keinen Fortschritt erzielen können.

Die Komoren gehören zum Amtsbereich der ÖB Nairobi, der Missionschef ist aber in Moroni nicht akkreditiert. Auch die Komoren haben keinen diplomatischen oder konsularischen Vertreter in Österreich ernannt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu den Komoren beschränken sich auf Einzelgeschäfte, wie im Jahr 1984 auf Lieferungen von Konzentraten für die Zubereitung alkoholfreier Getränke; auf der Bezugsseite stehen Lieferungen von Vanille.

*Konogo – Korea***Kongo
(Volksrepublik Kongo), Brazzaville**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Denis Sassou Nguesso	Ange-Edouard Pongui	Antoine Ndinga-Oba

ÖB siehe Zaire

Die „Kongolesische Partei der Arbeit“ (Einheitspartei) hat bei ihrem dritten Kongress im Juli ihre politische Linie fortgesetzt und die Stellung des wiedergewählten Staatspräsidenten verstärkt.

Die Wirtschaftspolitik war 1984 zu rigorosen Austeritätsmassnahmen gezwungen. Die starke Abhängigkeit vom Welt-Erdölmarkt wirkte sich nachteilig auf die Bestrebungen aus, die industrielle Basis des Landes zu verbreitern.

Der österreichische Außenhandel blieb exportseitig unbelebt, importseitig konnte auf niedrigem Niveau eine Steigerung verzeichnet werden.

**Korea
(Republik Korea), Seoul**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Chun Doo-Hwan	Chin Lee-Chong	Lee Won-Kyung

ÖB Seoul: Dr. Georg Hennig (residiert in Tokio), Kyobo Building Room 1710, 1-1, Chong-Ro, 1-Ka, Chongro-ku, Seoul, p. A. CPOBox 6417; HK; AHSt

Nach der vor allem durch das Attentat von Rangoon bedingten Krise im Verhältnis der beiden Korea im Herbst 1983 schlug die Volksrepublik Korea anfangs 1984 Dreiergespräche zwischen Seoul, Pjöngjang und Washington vor. Die Republik Korea insistierte jedoch weiterhin auf bilateralen Kontakten. Im Herbst kam es in der Folge der nordkoreanischen Hilfsleistungen für die Überschwemmungskatastrophe im Süden zur Wiederaufnahme der bilateralen Wirtschaftsgespräche und später auch der Rotkreuzkontakte. Ein Zwischenfall in Panmunjon an der Demarkationslinie führte zu einer Unterbrechung der Gespräche.

Im Verhältnis zu Japan kam es anlässlich des Staatsbesuches von Präsident Chun in Tokio im September zu einem entscheidenden politisch-psychologischen Durchbruch, als sich Kaiser Hirohito für die 40-jährige Besetzung Koreas durch Japan entschuldigte.

Was die Beziehungen mit China betrifft, so kann eine im Februar erfolgte Reise südkoreanischer Sportler nach China als Zeichen einer gewissen Lockerung gesehen werden. Die Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea konnten weiter intensiviert werden. Der offizielle Besuch von Aussenminister Lee Won-Kyung vom 24. bis 26. Juni 1984, der erste eines Aussenministers der Republik Korea in Österreich, bot Gelegenheit zu einem eingehenden Gedankenaustausch.

Vizekanzler Dr. Norbert Steger stattete in Begleitung einer grossen österreichischen Wirtschaftsdelegation der Republik Korea vom 23. bis 26. Oktober 1984 einen offiziellen Besuch ab, den ersten Besuch eines österreichischen Vizekanzlers in diesem Land, was die Zunahme der beiderseitigen Kontakte weiter unterstreicht.

Korea

Die direkter werdenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten manifestierten sich auch durch die Unterzeichnung des Vertrages betreffend die Errichtung eines Stahlwerkes in Kwangyang durch die VOEST-Alpine und ihren langjährigen koreanischen Vertragspartner POSCO, der umfangreiche Aufträge für das österreichische Unternehmen brachte.

Vom 14. bis 18. Mai 1984 veranstaltete die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in Seoul ein „Bauwirtschafts-Symposium“, an welchem insgesamt 16 österreichische Firmen teilnahmen. Im Rahmen dieses Symposiums wurden von Fachleuten 27 Vorträge gehalten, bei welchen insgesamt 5.000 koreanische Teilnehmer zu verzeichnen waren, ein beeindruckender Erfolg, welcher das grosse Interesse an österreichischer Bautechnologie in der Republik Korea erkennen lässt.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 333,61 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 514,57 Mio. öS getätigt werden, was einer Steigerung von 54,2% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 1,35 Mrd. öS 1983 auf 1,63 Mrd. öS 1984. Das entspricht einer Steigerung von 20%.

Das große Interesse an österreichischer Kultur in der Republik Korea zeigt sich weniger in der Anzahl der Veranstaltungen als in der Anzahl der Besucher. So nahmen beispielsweise an den vier Aufführungen des Wiener Staatsopernballetts ca. 11.000 Zuschauer teil; 64 Einsätze von 30 österreichischen Filmen brachten über 4.000 Zuschauer vor die Leinwand.

Wesentlich in der österreichischen kulturellen Tätigkeit in der Republik Korea im Jahre 1984 war der weitere Ausbau der „Austria Library“ an der Hankuk Universität in Seoul, die nunmehr über 4.000 Bände zählt und die Errichtung einer Österreich-Sektion an der Sookmyung Universität, ebenfalls in der Landeshauptstadt. Der Aufbau eines Leihsystems von Austriaca auf interuniversitärer Ebene (Hankuk Universität Seoul – National Universität Pusan und Keimyung Universität Taegu, wo bereits größere Bestände an Austriaca bestehen), wurde eingeleitet.

Korea

(Koreanische Demokratische Volksrepublik), Pyongyang

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kim Il Sung	Kang Song San	Kim Yong Nam

ÖB Pyongyang: Dr. Wolfgang Wolte (residiert in Peking), Munsundong, Daedong-gang-District, Pyongyang, Tel. 90233; AHSt

Auch im Berichtszeitraum blieb Präsident Kim Il Sung die beherrschende politische Kraft des Landes. Seit einigen Jahren ist Präsident Kim bemüht, die Nachfolge seines Sohnes Kim Jong Il sowohl innen- als auch aussenpolitisch abzusichern.

Im Aussenverhältnis betreibt die KDVR eine Politik der Äquidistanz zu den beiden grossen Nachbarn, Sowjetunion und China. Dies zeigte sich auch in der Besuchsdiplomatie. Kim Il Sung besuchte im Berichtszeitraum sowohl die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten als auch China. Der Generalsekretär der KP Chinas, Hu Yaobang, wurde im Mai mit grosser Aufmerksamkeit in Pyongyang empfangen.

In der Zeit vom 1.–4. Dezember fand, über Einladung des Aussenministers der KDVR, der Besuch einer offiziellen Delegation des Bundesministeriums für Auswärtige

Korea – Kostarika

tige Angelegenheiten, angeführt vom Leiter der Politischen Sektion, Botschafter Dr. Friedrich Bauer, statt. 1984 besuchten mehrere Freundschaftsdelegationen aus Österreich die KDVR, wobei der Besuch des Vorsitzenden der österreichisch-koreanischen Freundschaftsgesellschaft, Univ. Doz. Prof. Dr. Herbert Steiner, und einer Abgeordnetengruppe unter Leitung des Stellvertretenden Bundesratsvorsitzenden H. Schipani hervorzuheben sind. Darüber hinaus hielten sich mehrere österreichische Universitätsprofessoren und Journalisten kurzfristig in der KDVR auf.

Der bilaterale Außenhandel erfuhr eine kräftige Belebung. So konnten die österreichischen Exporte um 17,7% auf 115 Mio. S gesteigert werden, die koreanischen Lieferungen erhöhten sich um 862,4% auf 64,7 Mio. S. Positiv ist zu vermerken, dass die KDVR ihre überfälligen Verpflichtungen bezahlt und die im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Zahlungen pünktlich geleistet hat.

Kostarika

(Republik Kostarika), San José

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Luis Alberto Monge Alvarez Luis Alberto Monge Alvarez Lic. José Gutiérrez Gutiérrez

ÖB siehe Mexiko ; HK

Im Zuge eines Europabesuches stattete der kostarikanische Staatspräsident Luis Alberto Monge Alvarez Österreich am 24. und 25. Juni 1984 in Begleitung einer grösseren Delegation einen Besuch ab, der Gelegenheit bot, die Standpunkte der kostarikanischen Aussenpolitik und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet zu erörtern. Bei voller Betonung der zwischen der österreichischen und der kostarikanischen Neutralitätskonzeption bestehenden Unterschiede billigte Österreich die kostarikanische Neutralitätspolitik als eine der pazifistischen Tradition des Landes entsprechende und den geopolitischen Realitäten (Zentralamerika-Krise) angepasste Entspannungsmassnahme. Ein Antrag Präsident Monge Alvarez', die Neutralität auf eine verfassungsmässige Grundlage zu stellen, stand in der kostarikanischen Legislative in Behandlung und wird in der kostarikanischen Öffentlichkeit weiterhin diskutiert.

Die wirtschaftliche Situation war durch hohe Auslandsverschuldung und ungünstige Terms of Trade geprägt. Mitte 1984 wurde mit ausländischen Gläubigerbanken ein befristetes Stillhalteabkommen unterzeichnet, ein Stand by-Abkommen des Internationalen Währungsfonds zur Überwindung der Zahlungsschwierigkeiten ist noch in Verhandlung.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 53,985 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte – medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Werkzeugmaschinen – von 51,60 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von –4,4% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 316,706 Mio. öS 1983 auf 2,94 Mio. öS 1984 und umfassten hauptsächlich Bananen und Kaffee. Das entspricht einer Veränderung von +5,4%.

Die Radio-Alphabetisierungskampagne, welche von privater und seit 1984 auch von öffentlicher österreichischer Seite finanziell unterstützt wird, konnte erfolgreich fortgesetzt werden.

*Kuba – Kuwait***Kuba
(Republik Kuba), Havanna**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Fidel Castro Ruz	Dr. Fidel Castro Ruz	Dr. Isidoro Malmierca Peoli

ÖB Havanna : Dr. Elmar Gamper, Calle 4 No. 101 esq.1ra. Miramar, Havanna, Tel. 224394 ; AHSt

Am 14. Dezember 1984 haben Kuba und die USA ein Wanderungsübereinkommen geschlossen, das die Rücknahme von über zweitausend unerwünschten Kubanern aus den USA und eine jährliche Einwanderungsquote in die USA von zwanzigtausend Kubanern vorsieht. Damit konnte zwar eine dringende technische Frage des Nachbarschaftsverhältnisses gelöst werden, das bilaterale politische Verhältnis bleibt jedoch nach wie vor gespannt.

Ein Arbeitsbesuch des kubanischen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Héctor Rodríguez Llompart, im Oktober in Wien gab Anstöße zu einer verstärkten Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich. Im Dezember stattete eine Delegation der Sozialistischen Jugend Kuba einen formellen Besuch ab.

Die anhaltend niedrigen Zuckerpreise liessen keine Besserung der kubanischen Devisensituation zu und machten eine neuerliche Umschuldungsaktion der westlichen Industriestaaten erforderlich.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 153 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 248,99 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von + 62,4% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 47 1983 auf 36 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Zunahme von 29,6%.

Die bereits für 1983 geplante Faksimileausstellung der „Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz“ konnte im Mai 1984 in Havanna mit großem Erfolg gezeigt werden. Einige für Kuba interessante Faksimiles wurden der kubanischen Nationalbank als Geschenk überreicht.

**Kuwait
(Staat Kuwait), Kuwait**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Jaber Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Scheich Saad Al-Abdullah Al-Salem Al-Sabah	Scheich Saad Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah

ÖB Kuwait : Dr. Wolfgang Steininger, Daiyah, Area No. 3, Shawki Street, House No.10, P. O. Box 33259-Rawdah, Tel. 2552532 ; HK ; AHSt

Der nun schon das fünfte Jahr anhaltende Krieg zwischen Iran und Irak, die Bedrohung der Schifffahrtswege im Golf sowie Ungewissheit über künftige Entwicklungen in der Region hatten weiterhin negative Auswirkungen auf die Situation im Land. Positiver Höhepunkt des Jahres war der erfolgreiche Verlauf der Gipfelkonferenz der Staatsoberhäupter des Golf-Kooperationsrates (Saudi Arabien, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrain und Kuwait), die im November erstmals in Kuwait stattfand. Negativer hingegen die Entführung eines Airbus der Kuwait Airways nach Teheran im Dezember.

Kuweit – Laos – Lesotho

Die bereits in den letzten Jahren festzustellende Intensivierung der bilateralen Beziehungen hielt an und wurde durch den offiziellen Besuch von Aussenminister Erwin Lanc im April unterstrichen.

Kuwait konnte seine Position als Exporteur von Erdöl und Erdölprodukten behaupten. Der Wert der staatlichen Investitionen im Ausland stieg weiter auf über 75 Milliarden US-Dollar an. Trotz erschwelter Bedingungen aufgrund der allgemein gedämpften Konjunktur im Golf setzte sich die positive Entwicklung der österreichischen Exporte fort (insgesamt 674,1 Mio. öS, d. s. + 12,4%). Dies war umso bemerkenswerter als der Erfolg durch eine Vielzahl von Einzellieferungen kleineren und mittleren Umfangs zustande kam. Mit rund einem Drittel mehr Einreisen hielt auch beim Fremdenverkehr von Kuwait nach Österreich der erfreuliche Trend an. Wesentlicher Faktor war hiebei die Aufnahme einer direkten Flugverbindung durch Austrian Airlines.

Laos

(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Souphanouvong	Kaysone Phomvihane	Phoune Sipaseuth

ÖB siehe Thailand

Der „laotische Weg“ zum Sozialismus, der von einer rudimentären Agrarwirtschaft – bei Tolerierung marktwirtschaftlicher Faktoren zur Sicherung der Versorgungslage – direkt zu einer sozialistischen Gesellschaft führen soll, wird mit bescheidenen Fortschritten fortgesetzt, die vor allem der östlichen Wirtschaftshilfe (einschliesslich mehreren Tausend vietnamesischen und sowjetischen Beratern) zugeschrieben werden.

Die Außenpolitik war 1984 von einer weitestgehenden Solidarisierung mit Hanoi und Phnom Penh in der Kambodschafrage sowie einer stark emotionell geführten Auseinandersetzung mit Thailand um drei umstrittene Grenzdörfer geprägt.

In den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Laos ist keine Entwicklung eingetreten. Der Wirtschaftsaustausch ist weiterhin bedeutungslos.

Lesotho

(Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Moshoeshoe II	Dr. Leabua Jonathan	Vincent Montsi Makhele

ÖB siehe Simbabwe

Die aussenpolitische Lage Lesothos stand im Berichtsjahr ganz unter dem Eindruck einer merklichen Verschlechterung der Beziehungen zu seinem einzigen Nachbarn, der Republik Südafrika.

Die Handelsbeziehungen mit Lesotho sind nur gering entwickelt und statistisch nicht erfaßbar, weil der Hauptteil der Lieferungen im Rahmen der südafrikanischen Zollunion abgewickelt wird. Österreich exportiert Werkzeuge, Konsumartikel und

Lesotho – Libanon

Baubedarf. In Roma wurde von einer österreichischen Firma ein Schulmöbel-Assembling-Betrieb errichtet.

Im Zuge der Bemühungen der Bundesregierung, den sogenannten „least developed countries (LDC)“ eine verstärkte Hilfe angedeihen zu lassen, wurden verschiedene Projekte im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe in Angriff genommen, die sich jedoch in einem bescheidenen Rahmen bewegen.

Libanon (Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Amin Gemayel	Rachid Karame	Rachid Karame

ÖB Beirut : Dr. Georg Znidaric, Rue Sadat, Ras Beirut, Sadat Tower, Block No. 2342, Beirut, Tel. 801574 ; HK Saida ; AHSt ; AUA-B

Die Lage im Libanon war durch die Fortdauer der israelischen Besetzung und der syrischen Truppenpräsenz, durch Kämpfe zwischen arafatloyalen und syrienabhängigen Palästinensergruppen, welche mit dem Abzug der Fatahpalästinenser aus dem Libanon endeten, und schließlich durch eine Auseinandersetzung zwischen christlichen und drusischen Milizen und neue Flüchtlingsströme aus den Gebieten bewaffneter Auseinandersetzungen geprägt. Die gegen Jahresende über Vermittlung der Vereinten Nationen in Gang gekommenen Militärverhandlungen mit Israel über einen Abzug der Besatzungstruppen aus dem Südlibanon haben bislang zu keinen Ergebnissen geführt. Österreich hat weiterhin, insbesondere vor den Vereinten Nationen, auf die Tragödie des libanesischen Volkes hingewiesen und die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität des Libanon gefordert.

Diese nunmehr über zehn Jahre andauernden bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse haben auch im Jahre 1984 wirtschaftliche Auswirkungen gezeigt. Die im Jahre 1983 mit einer großen Delegation österreichischer Unternehmen entrierten Wirtschaftskontakte konnten infolge der wiederaufgeflamnten bewaffneten Auseinandersetzungen nicht realisiert werden. Der bilaterale Warenverkehr ging auf einen seit 1976 nicht mehr verzeichneten Tiefpunkt zurück.

Die von österreichischen Ärzten seit 1983 im Beiruter Flüchtlingslager Chatila geführte Tagesklinik samt Kindergarten bot bedürftigen Libanesen und Palästinensern kostenlose medizinische Betreuung und wurde von der Bevölkerung sehr geschätzt. Insgesamt hat die Bundesregierung im Jahre 1984 rund 1,800.000 öS für humanitäre Hilfe an den Libanon aufgewendet.

Die Zustände haben eine Fortführung der Anfang 1983 mit den „Friedenskonzerten“ der Wiener Symphoniker so erfolgreich wiederbelebten kulturellen Beziehungen nicht zugelassen. Erst gegen Jahresende 1984 konnte das Johann Strauß Orchester allerdings nur im christlichen Teil des Landes einen Erfolg erringen.

*Liberia – Libyen***Liberia****(Republik Liberia), Monrovia**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Samuel Kanyon Doe	Major-General Jlatoh Nicholas Podier, Jr.	Dr. T. Ernest Eastman

ÖB siehe Nigeria ; HK

Das wichtigste innenpolitische Ereignis war das Inkrafttreten einer neuen Verfassung (eine in diesem Zusammenhang abgehaltene Volksabstimmung erbrachte eine grosse Mehrheit an Pro-Stimmen), die den Übergang zu einem Zivilregime bis November 1985 vorsieht.

Österreichs Ausfuhren nach Liberia mussten 1984 Einbussen hinnehmen und sind auf 4,5 Mio. öS abgesunken. Im gleichen Zeitraum sanken die Einfuhren aus Liberia (Edelhölzer) von 7 Mio. öS auf 4,2 Mio. öS.

Im August stattete eine Delegation unter der Leitung von Aussenminister Eastman Österreich einen Besuch ab, der auch der Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen diente.

Libyen**(Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Jamahiriyah), Tripolis**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Oberst Muammar Al Khadafi	Dr. Muftah Usta Omar	Dr. Ali Abdusalam Treiki

ÖB Tripolis: Dr. Erwin Matsch, Shara Khalid Ben Walid/Shara Arismondi, Dahra Area, Garden City P. O. Box 3207, Tel. 43379 ; AHSt, AVA-B

Die seit Anfang des Jahres eingeleiteten französischen Bemühungen um einen Rückzug der französischen und libyschen Truppen im Tschad führten im September zu einem Abkommen, welches von Libyen innerhalb der vorgesehenen Frist allerdings nicht zur Gänze erfüllt worden ist.

Revolutionsführer Kadhafi und König Hassan II. unterzeichneten im August einen Vertrag über die Gründung der „Arabisch-Afrikanischen Union“ zwischen Marokko und Libyen, der am 1. September von Libyen ratifiziert worden ist.

Am 8. Mai unternahmen Aufständische einen Angriff auf die Residenz Kadhafis in Tripolis, der binnen kurzem niedergeschlagen wurde.

Österreich wird libyscherseits auch weiterhin als befreundetes Land klassifiziert und seine Einstellung zum Nahostkonflikt geschätzt.

Im Laufe des Jahres 1984 konnte trotz anhaltender Wirtschaftskrise und damit verbundenen Importrestriktionen in Libyen nach zwei Jahren die negative Entwicklung der österreichischen Exporte deutlich gebremst werden (1,921 Mrd. öS, -0,9% gegenüber 1983). Einen Hauptanteil an diesem Ergebnis bildeten Lieferungen für das Stahlwerksprojekt Misurata und betreffen vor allem Maschinen. Unter den traditionellen Exportwaren nach Libyen konnte vor allem wieder bei Schlachtvieh, Käse, Strassenfahrzeugen und Möbeln ein Zuwachs erzielt werden. Rückgänge ergaben sich auf den Gebieten Schnittholz, Pharmazeutika sowie Papier und Papierwaren.

Libyen – Liechtenstein – Luxemburg

Im Mai 1984 fand in Tripolis die 6. Tagung der Österreichisch-Libyschen Gemischten Kommission statt. Die österreichische Delegation wurde von Staatssekretär Schmidt geleitet.

In Libyen halten sich derzeit ca. 300 bis 400 Österreicher auf, welche für österreichische und deutsche Unternehmen arbeiten und durch die Botschaft betreut werden.

Am 13. Mai 1984 wurde ein österreichisch-libysches Luftverkehrsabkommen in Tripolis unterzeichnet.

Liechtenstein

(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fürst Franz Josef II	Hans Brunhart	Hans Brunhart

ÖB : Dr. Dietrich Bukowski, mit Sitz in 1014 Wien, Ballhausplatz 2, Tel. 6615-0 ; HK

Wichtigstes Ereignis in der liechtensteinischen Innenpolitik war die Übertragung der Regierungsgeschäfte des Fürsten Franz Josef II an seinen ältesten Sohn Hans Adam, wobei der Fürst Staatsoberhaupt bleibt.

Das positive Ergebnis der „Mannesvolksabstimmung“ über das Frauenstimmrecht kann als Erfolg für die Vaterländische Union, die Partei des Regierungschefs, gewertet werden, welche sich engagiert für das Frauenstimmrecht einsetzte.

Die Schwerpunkte der Aussenbeziehungen bilden die Festigung der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Schweiz und Österreich. Die aktive Mitarbeit Liechtensteins im Europarat und bei der KVAE im Rahmen der N + N-Gruppe wurde fortgesetzt.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich erfuhren durch den Staatsbesuch von Fürst Franz Josef II im Juli 1984 einen Höhepunkt.

Von insgesamt 9.361 in Liechtenstein gezählten Ausländern (sog. Niedergelassene und Jahresaufenthalter) waren per Ende 1982 knapp 21,8% Österreicher. Nach dem Schweizer Kontingent von ca. 4.200 Personen sind die Österreicher die zweitstärkste Ausländerkolonie in Liechtenstein. Die Österreicher in Liechtenstein haben sich in einem Österreicher-Verein zusammengeschlossen, der rege gesellschaftliche Tätigkeit entwickelt.

Liechtenstein gehört aufgrund eines Zollanschlussvertrages mit der Schweiz zum Schweizer Zollgebiet und zusammen mit der Schweiz zur EFTA. Die österreichische Aussenhandelsstatistik weist für Liechtenstein keine separaten Zahlen aus.

Der rege kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern wurde 1984 fortgesetzt.

Luxemburg

(Grossherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Grossherzog Jean von Luxemburg	J. Santer	J. F. Poos

Luxemburg – Madagaskar

ÖB Luxemburg: Dr. Gerhard Heible, 28, Boulevard Royal, 2449 – Luxemburg, Tel. 26957

Die luxemburgische Politik wird seit Sommer 1984 von einer Christlich-Sozial – Sozialistischen Koalition geleitet. Sie ist, trotz mancher wirtschaftlicher Krisenmerkmale, von innenpolitischer Stabilität und aussenpolitischer Kontinuität gekennzeichnet. Sie beruht auf dem Bekenntnis zu den Europäischen Gemeinschaften, zum Westlichen Bündnis und zur Partnerschaft mit Belgien in der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die neue Regierung will Schwerpunkte in den Bereichen der Entwicklungshilfe und der Menschenrechte setzen.

Die österreichischen Exporte nach Luxemburg waren im Jahre 1984 rückläufig, was unter anderem auf die Beendigung von Anlagenlieferungen zurückzuführen ist. Steigerungen konnten jedoch bei Chemieprodukten, Papier, Feuerfestmaterial, Fahrzeugen, Schrott und Fertigwaren erzielt werden. Die Handelsbilanz ist im Gegensatz zum Vorjahr für Österreich negativ. Das im März 1984 abgelaufene Finanzierungsabkommen zwischen dem luxemburgischen Stahlkonzern ARBED und der Österreichischen Kontrollbank wurde, diesmal mit einer Wiener Privatbank, neu abgeschlossen. Hieraus können starke Impulse für österreichische Zulieferungen an den genannten Stahlkonzern erwartet werden.

Die kulturellen Beziehungen sind durch das 1970 abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. 372/72) und darauf basierende Protokolle (zuletzt durch das am 20. April 1982 und bis 29. April 1985 gültige) geregelt; viele Veranstaltungen finden jedoch auch ausserhalb dieses Rahmens statt. Hervorzuheben wäre insbesondere die vierte Serie der schon traditionell gewordenen Veranstaltungsreihe über österreichische Kunst und Kultur, die im Jahre 1984 der Zeit 1900–1918 gewidmet war. Österreich ist nach wie vor ein beliebtes Studienland; ca. 400 Luxemburger studieren derzeit an österreichischen Universitäten.

Madagaskar

(Demokratische Republik Madagaskar), Antananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Didier Ratsiraka	Col. Desire Rakotoarijaona	Jean Bemananjara

ÖB siehe Äthiopien

Das Hauptproblem Madagaskars ist seine schwierige wirtschaftliche Situation. Durch eine Reihe einschneidender Massnahmen ist es gelungen, die landwirtschaftliche Produktion und damit den Versorgungsgrad der Bevölkerung zu steigern. Im Rahmen einer Reihe von Umschuldungsaktionen konnte der Druck auf die Wirtschaft des Landes verringert werden.

Nach einem Vorjahrshöchststand von 63,1 Mio. öS betragen die österreichischen Exporte lediglich 12,2 Mio. öS (der starke Rückgang gegenüber dem Vorjahr ergibt sich daraus, dass 1984 keinerlei Lieferung von Investitionsgütern erfolgte).

Die österreichischen Importe aus Madagaskar stiegen von 6,7 Mio. öS im Jahr 1983 auf 14,6 Mio. öS, was eine Steigerung von 115,6% bedeutet.

*Malawi – Malaysia***Malawi****(Republik Malawi), Lilongwe**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Kamuzu H. Banda	Dr. Kamuzu H. Banda	Dr. Kamuzu H. Banda

ÖB siehe Sambia

Die malawische Innen- und Aussenpolitik wurde weiterhin von der starken Persönlichkeit des Staatschefs bestimmt. In der Aussenpolitik befreite sich Malawi grosse Zurückhaltung.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht stetig aufwärts. Tabak und Tee machen zwei Drittel der Exporte aus. Schwierigkeiten entstehen dem malawischen Aussenhandel durch die wiederholte Unterbrechung der Eisenbahnverbindungen zu den mosambikanischen Häfen durch die dortige Rebellenbewegung Renamo.

Die österreichischen Exporte nach Malawi gingen zurück, die Importe aus Malawi stiegen hauptsächlich durch Tabakkäufe gegenüber 1983 um 315,8% an und erreichten 23,6 Mio. öS.

Malaysia**(Malaysia), Kuala Lumpur**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sultan Iskandar, Yang di-Pertuan Agong	Datuk Seri Dr. Mahathir Mohamed	Tengku Ahmad Rithauddeen bin Tengku Ismail

ÖB Kuala Lumpur: Dr. Franz Palla, 7th floor, Mui Plaza, Jalan P. Ramlee, P. O. B.10154, Kuala Lumpur, Tel. 484277 ; AHSt

Der Parteikongreß von UMNO, der größten Partei in der Regierungskoalition, brachte im Mai eine Bestätigung des Kurses von Premierminister und Parteivorsitzendem Dr. Mahathir. Die fünfjährige Funktionsperiode des Königs lief Ende April ab ; sein Nachfolger ist der Sultan von Johor. Malaysia hat im September 1984 für die Dauer eines Jahres den Vorsitz in ASEAN übernommen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Malaysia und Österreich haben sich in der Berichtsperiode weiter intensiviert. Der österreichische Armeekommandant, General Bernadiner, hat im Mai Malaysia einen offiziellen Besuch abgestattet. Der stellvertretende Premierminister und Innenminister Datuk Musa Hitam hat sich im August zu einem inoffiziellen Besuch in Österreich aufgehalten. Vizekanzler Dr. Norbert Steger absolvierte in Begleitung einer grossen Wirtschaftsdelegation auf Einladung des malaysischen stellvertretenden Premierministers Datuk Musa Hitam in der Zeit vom 28. bis 31. Oktober 1984 einen offiziellen Besuch in Kuala Lumpur. Im Verlauf des Besuches wurden auch Gegeneinladungen an den stellvertretenden Premierminister Datuk Musa Hitam und Handels- und Industrieminister Tengku Razaleigh Hamzah ausgesprochen.

Während sich die österreichischen Importe aus Malaysia gegenüber dem Vorjahr kräftig erhöht haben, waren die österreichischen Exporte nach Malaysia im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig. Dies ist hauptsächlich auf das Auslaufen eines

Malaysia – Malediven – Mali

Grossauftrages der Firma VOEST-Alpine in Ostmalaysia zurückzuführen. Da die Lieferungen für einen weiteren Grossauftrag (Beteiligung der VOEST-Alpine an der Errichtung eines Papier- und Zellulosekomplexes) in nächster Zeit anlaufen werden, kann für 1985 ein ähnlich gutes Ergebnis wie für 1983 erwartet werden.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 622,46 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 264,96 Mio. öS getätigt werden. Importseitig veränderten sich die Werte von 775,6 Mio. öS 1983 auf über 1 Mrd. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von +29,1%.

Die Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens zur Förderung und zum Schutz von Investitionen sind soweit fortgeschritten, dass nach der nächsten Verhandlungsrunde das Abkommen unterzeichnet werden dürfte.

Beachtung fand ferner ein im Rahmen der bilateralen Entwicklungshilfe von der Österreichischen Kontrollbank für das malaysische Exportkreditversicherungsinstitut erarbeitetes Gutachten.

Das Schwergewicht der kulturpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Malaysia liegt auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, wobei Malaysia an mehr österreichischen Studienplätzen, insbesondere auf praktisch technischem Niveau, interessiert ist.

Ein österreichischer Experte war bei der regionalen Konsumentenschutzvereinigung in Penang tätig.

Malediven

(Republik der Malediven), Malé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Maumoon Gayoom	Maumoon Gayoom	Fathulla Jameel

ÖB siehe Indien

Die Inselrepublik führt eine sehr zurückhaltende Aussenpolitik. Die Wirtschaft nimmt eine ruhige, wenn auch langsame Aufwärtsentwicklung, zu der der Tourismus einen wesentlichen Beitrag leistet. Auch die Zahl der österreichischen Touristen ist im Steigen.

Der bilaterale Handelsverkehr ist unbedeutend.

Mali

(Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General M. Traore	General M. Traore	A. B. Beye

ÖB siehe Senegal

Das blockfreie Mali ist eines der von der Dürrekatastrophe am meisten betroffenen Sahelländer.

Als Ausdruck seiner Solidarität hat Österreich 1600 Tonnen Reis Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt. Im Raum von Timbuktu wurde im Wege über den UN-Kapital-

Mali – Malta – Malteser Ritterorden

entwicklungsfonds ein Brunnenbauprogramm finanziert. Die Caritas setzte ihre Beteiligung am „Aqua-Via“-Programm zur Wasserversorgung ländlicher Gebiete fort. Die malische Zollverwaltung erhielt vom Bundesministerium für Finanzen im Rahmen des UNCTAD-Programms für am wenigsten entwickelte Binnen- und insulare Entwicklungsländer zolltechnisches Ausrüstungsmaterial. Der bilaterale Warenverkehr war minimal.

Malta

(Republik Malta), La Valetta

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Agatha Barbara	C. Mifsud Bonnici	Dr. A. Sceberras-Trigona

ÖB siehe Libyen ; HGK

Malta ist bestrebt, im Rahmen der KVAE seine spezifischen Interessen im Mittelmeerraum zur Geltung zu bringen. Die maltesische Innenpolitik steht weiterhin im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Hiezu hat sich ein Kampf der Regierung um die katholische Privatschulen gesellt, der im November vorläufig mit einem Kompromiss beigelegt werden konnte.

Der maltesische Aussenminister hielt sich am 14. Mai zu einem inoffiziellen Besuch in Wien auf.

Österreichische Exporte im Werte von 90 Mio. öS standen Importen von 40,1 Mio. öS gegenüber.

Die Austria-Tabak-Werke AG errichteten zusammen mit einer maltesischen Firma eine Zigarettenfabrik in Malta.

Malteser Ritterorden

(Souveräner Malteser Ritterorden)

Grossmeister	Grosskanzler	Außenminister
Fra'Angelo de Mojana di Cologna	Felice Catalano di Melilli	Giacomo Profili

ÖB siehe Heiliger Stuhl

Der Souveräne Malteser Ritterorden, ein Völkerrechtssubjekt ohne Gebietshoheit, unterhält mit über 45 Staaten volle diplomatische Beziehungen. Die Haupttätigkeit des Ordens liegt heute auf humanitärem Gebiet. Rund 9.600 Mitglieder arbeiten in mehr als achtzig Staaten in verschiedenen Hilfswerken.

1984 fanden keine Veränderungen an der Spitze des Ordens statt. Als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Philippe ernannte Papst Johannes Paul II. Kardinal Sebastiano Baggio zum „Cardinale Patronus“ (Kardinalspatron) des Souveränen Malteser Ritterordens.

Zwischen Österreich und dem Souveränen Malteser Ritterorden besteht aufgrund gemeinsamer Zielsetzung in humanitären Fragen auf bilateraler und internationaler Ebene seit langem eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Malteser Ritterorden – Marokko

Der Österreichische Gemeindebund hat gemeinsam mit dem Hospitaldienst des Großpriorats Österreich in den süditalienischen Gemeinden Calabritto und Valva je ein medizinisches Diagnose-Therapie-Zentrum errichtet. Die beiden Einrichtungen wurden im März 1984 in Anwesenheit des Geschäftsträgers der Österreichischen Botschaft ihrer Bestimmung übergeben.

Der Grossmeister des Souveränen Malteser Ritterordens, Fra'Angelo de Mojana di Cologna, hat Österreich vom 26. November bis 2. Dezember einen Privatbesuch abgestattet. Hierbei wurde er von Herrn Bundespräsidenten und von Bundesminister Gratz empfangen.

Marokko (Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Hassan II	Mohammed Karim-Lamrani	Abdelouahed Belkiz

ÖB Rabat: Dr. Emil Staffelmayr, 15, Ave. Marrakesch, B. P. 135, Tel. 64003; HGK Casablanca; AHSt

Bei der Verfolgung seines zentralen aussenpolitischen Anliegens, nämlich seine Ansprüche auf die ehemals spanische Westsahara international ausser Streit zu stellen, hatte Marokko 1984 in der OAU und in den Vereinten Nationen Rückschläge zu verzeichnen, die Marokko zum Austritt aus der OAU veranlassten.

Dennoch hat Marokko seine militärische Position durch den weiteren Ausbau seiner Verteidigungsanlagen in der Westsahara konsolidiert.

Eine neue politische Konstellation im Maghreb entstand durch die im August von König Hassan II. und Oberst Khadafi geschaffene und durch eine Volksabstimmung in Marokko wie in Libyen bekräftigte „Arabisch-afrikanische Union“ zwischen den beiden Staaten. Hoffnungen auf eine Entspannung im marokkanisch-algerischen Verhältnis haben sich trotz verschiedener Vermittlungsbemühungen arabischer Staaten und trotz bilateraler Kontakte nicht erfüllt. Die Spannungen zwischen den beiden Nachbarländern sind im Laufe des Jahres sogar noch gestiegen.

Die wirtschaftliche Lage Marokkos konnte sich 1984 nicht verbessern. Neben exogenen Faktoren wie der weltweiten Rezession, hohen Dollarkursen und der damit gegebenen hohen Erdölrechnung werden hierfür auch endogene Umstände wie anhaltende Trockenheit und die Preisstagnation bei Phosphaten, dem wichtigsten Exportgut Marokkos, verantwortlich gemacht.

Der bilaterale Wirtschafts- und Handelsaustausch mit Österreich konnte daher auch keine wesentliche Ausweitung erfahren. Die österreichischen Exporte wiesen zwar gegenüber dem Vorjahr mit 113,99 Mio. öS eine leichte Verbesserung auf, sind aber vergleichsweise noch immer unbefriedigend. Der Lehrgang für 19 marokkanische Lehrer für technische Schulen am Berufspädagogischen Institut Mödling (BPI), der aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe mitfinanziert wird, wurde fortgesetzt.

Im kulturellen Bereich ist eine Bücherspende für die germanistische Abteilung der Universität Fes erwähnenswert, welche – nach einer ersten Spende im Jahre 1981 – zur Abrundung des damit gebotenen Querschnittes durch das jüngere österreichi-

Marokko – Mauretanien – Mauritius

sche Literaturschaffende. An einigen Schulen wurden österreichische Firmen gezeigt.

Bei der Konsulararbeit der Botschaft stand weiterhin die Betreuung von in Not geratenen Einzeltouristen im Vordergrund.

Mauretanien**(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
M. O. Sid'Ahmed Taya	M. O. Sid'Ahmed Taya	Ahmed Ould Minnih

ÖB siehe Senegal

Mauretanien war nach wie vor politisch durch den ungelösten Westsahara-Konflikt und wirtschaftlich durch die Folgen der Dürrekatastrophe in der Sahelzone besonders betroffen. Als 27. afrikanischer Staat erkannte Mauretanien am 27. 2. 1984 die DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) an. Im Dezember 1984 wurde Präsident Haidallah vom Militärkomitee abgesetzt, der ehemalige Premierminister S. Taya wurde neues Staatsoberhaupt.

Der Einsatz einer österreichischen Ärztin als Leiterin der staatlichen Gesundheitsfürsorge in der Region Néma wurde fortgesetzt. Eine österreichische Erkundungsmission prüfte die Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit auf dem Gesundheitssektor.

Der bilaterale Warenaustausch war gering.

Die österreichische Bundesregierung leistete im Rahmen der Katastrophenhilfe einen Beitrag von öS 250.000,— zum Ankauf von Medikamenten für die Opfer der Dürre in Mauretanien.

Mauritius**(Mauritius), Port Louis**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sir Seewoosagur Ramgoolam	Anerood Jugnauth	Anil Gayan

ÖB siehe Äthiopien ; HK

Die innenpolitische Lage war durch Konflikte über die Schaffung einer Zuckerbehörde sowie über die Pressegesetzgebung charakterisiert, die beide einer gütlichen Lösung zugeführt werden konnten. Eine schwache Zuckerernte stellt die Wirtschaft Mauritius weiter vor grosse Probleme ; demgegenüber hat sich die Lage des Fremdenverkehrs verbessert.

Der Warenverkehr hält sich trotz steigender Tendenz weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Mexiko

Mexiko (Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexico City

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
M. De la Madrid Hurtado	M. De la Madrid Hurtado	B. Sepúlveda Amor

ÖB Mexiko : Dr. Heimo Kellner, Campos Eliseos 305, Colonia Polanco, Mexiko, Tel. 5403415 ; HK Acapulco, Guadalajara, Monterrey, Tijuana ; AHSt

Besonderer Schwerpunkt der betont nach Lateinamerika orientierten Aussenpolitik Mexikos waren die fortgesetzten Bemühungen im Rahmen der Contadora-Initiative, zusammen mit Venezuela, Kolumbien und Panama ein konsensfähiges Vertragswerk zur Befriedigung des zentralamerikanischen Raumes zu proponieren. Obwohl die Arbeiten daran sehr weit gediehen sind, kam es noch nicht zu einer Unterzeichnung eines solchen Instrumentes. Österreich hat den Contadora-Prozess von Anfang an und immer wieder unterstützt, was auch von den Contadora-Staaten mehrfach ausdrücklich anerkannt wurde. Als Sprecher der Gruppe der 77 bis Ende September 1984 hat sich Mexiko für die Anliegen der Entwicklungsländer in multilateralen Foren konstruktiv eingesetzt.

Bei Gesprächen in Wien des mexikanischen Unterstaatssekretärs für multilaterale Angelegenheiten Victor Flores Olea (Juni) und des Unterstaatssekretärs für Wirtschaftsangelegenheiten Jorge E. Navarrete López (Juli) konnte weitgehend Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit, den Nord-Süd-Dialog unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Gegebenheiten wiederzubeleben, festgestellt werden.

Bundesminister Gratz traf anlässlich der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York mit seinem mexikanischen Amtskollegen Bernardo Sepúlveda Amor zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Trotz einer grundsätzlich erzielten Einigung in den Umschuldungsverhandlungen und Erfolgen bei der Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position des Landes bleibt die Überwindung der Wirtschaftskrise der Schwerpunkt der mexikanischen Politik, wobei die Bekämpfung der Inflation, die Kürzung des Budgetdefizits, Arbeitsplatzbeschaffung und Investitionsförderung gleich vorrangig bleiben. Nach Schätzungen wuchs das BIP 1984 um ca. 1,5%. Nach den Absichten der mexikanischen Regierung wird der industrielle Bereich in den kommenden Jahren das Zentrum des Wirtschaftswachstums sein.

Nach dem Rückschlag für die österreichischen Ausfuhren nach Mexiko infolge der Wirtschaftskrise im Jahre 1982 zeigten sich im Berichtsjahr Tendenzen einer Erholung. Die österreichischen Lieferungen, insbesondere von Ersatzteilen an die mexikanische Eisen- und Stahlindustrie, die mexikanischen Eisenbahnen und an die mexikanischen Bergwerke, waren, einer Lockerung der Importlizenzpflicht zufolge, grösser als im Vorjahr. In Österreichs Einfuhren aus Mexiko dominierten weiterhin Erdöllieferungen, weiters lieferte Mexiko Kaffee, Baumwolle und Kraftfahrzeuge (VW-Käfer) nach Österreich.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 181,63 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 220,18 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von +21,2% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 2131,12 Mio. öS 1983 auf 1051,22 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von -50,7%.

Mexiko – Mongolei – Mosambik

Die aufgrund der wirtschaftlichen Probleme Mexikos eingeführte Austeritätspolitik im Jahre 1983 hat zu einem gewissen Rückgang der österreichischen kulturellen Tätigkeiten geführt, es konnte jedoch im Jahre 1984 wieder eine Reihe von Großveranstaltungen auf künstlerischem Gebiet durchgeführt werden. Im Rahmen des österreichisch-mexikanischen Kulturprotokolls wurden mehrere Ausstellungen (Meisterwerke europäischer Druckgraphik aus Beständen der Albertina, Gedenkausstellungen für Schönberg-Webern-Berg, Franz Kafka, Ödön von Horváth und Joseph Haydn), die Erstaufführung von „Die Bergbahn“ von Ödön von Horváth in Lateinamerika, mehrere Konzerte sowie eine Reihe von Symposien und Vorträgen veranstaltet. In Zusammenarbeit mit dem Museo de Arte Moderno fand in Mexiko City und Monterrey die Ausstellung „Alfred Hrdlicka-Zeichnungen und Druckgraphiken“ statt. Für die von Mexiko durchgeführte Ausstellung „Europäische Kunst“ wurden auf mexikanisches Ersuchen als österreichischer Beitrag drei Gemälde der österreichischen Galerie als Leihgabe bereitgestellt.

Derzeit sind zwei österreichische Lektoren in Mexiko und zwei mexikanische Lektoren in Österreich tätig, ein drittes österreichisches Lektorat wurde vorbereitet. Neben der Betonung der modernen österreichischen Kunst war der Ausbau der Kontakte auf dem wissenschaftlichen Sektor u. a. durch einen regen Austausch von Universitätsprofessoren ein weiterer Schwerpunkt der Kulturarbeit.

Mongolei

(Mongolische Volksrepublik), Ulan Bator

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S. Batmunch	D. Sodnom	M. Dügersüren

ÖB siehe Sowjetunion

Nach fast 40jähriger Herrschaft trat J. Zedenbal im August von seinen Funktionen des Parteivorsitzenden und des Staatsoberhauptes zurück, welche in der Folge der bisherige Regierungschef S. Batmunch übernahm. Nach seiner Bestellung hob Batmunch die Kontinuität der mongolischen Politik, insbesondere die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zur Sowjetunion, hervor.

Im Berichtsjahr kam es zu keinen bilateralen Kontakten auf Regierungsebene. Die österreichischen Exporte gingen um 29,1% auf 16,3 Mio. S zurück, die Importe um 7,7% auf 0,724 Mio. S.

Mosambik

(Volksrepublik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marschall Samora Moises Machel	Marschall Samora Moises Machel	Generalmajor Joaquim Alberto Chissano

ÖB siehe Simbabwe

Das Jahr 1984 stand in Mosambik im Zeichen des im März abgeschlossenen Abkommens über Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika. Dieses hat allerdings sowohl auf dem Gebiet der inneren Sicherheit als auch wirtschaftlich nicht den erhofften Erfolg gebracht.

Mosambik – Nepal

Österreich begrüsst alle Bemühungen Mosambiks, zu einer Politik der echten Blockfreiheit zu gelangen.

Zur Linderung der Not der nicht nur durch den Bürgerkrieg, sondern auch durch Naturkatastrophen (Dürre und Überschwemmungen) heimgesuchten Bevölkerung wurden im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe im laufenden Jahr 7.000 Tonnen Mais und 1.750 Tonnen Reis zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung aus dem Katastrophenfonds 1 Mio. öS zur Wiederinstandsetzung von 80 Bewässerungsanlagen flüssig gemacht. Schliesslich bestehen derzeit konkrete Pläne für zwei Industrieprojekte und zum verstärkten Einsatz österreichischer Entwicklungshelfer. SOS Kinderdorf International beschloss, in Mosambik ein Kinderdorf für die vom Bürgerkrieg schwer betroffenen Kinder zu errichten. Die grundsätzliche mosambikanische Zustimmung für dieses Projekt liegt bereits vor.

Durch einen Großauftrag auf dem Sektor Bahnbaumaschinen erfuhren die österreichischen Ausfuhren nach Mosambik eine erfreuliche Steigerung und betragen im Berichtsjahr 55,53 Mio. öS. Die Einfuhren aus Mosambik nahmen zwar zu, blieben aber nach wie vor bescheiden und beliefen sich auf 4,2 Mio. öS, wobei der Hauptanteil auf die Position „Nicht-Eisenerze“ entfällt.

Eine 80jährige Österreicherin, die seit Jahrzehnten in Mosambik lebte, konnte ausgeforscht und dank dem besonderen Entgegenkommen österreichischer Zentralstellen nach Österreich heimgesendet und in einem Altersheim untergebracht werden.

Nepal **(Königreich Nepal), Katmandu**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Maharajadhiraja Birendra Bir Bikram Shah Dev	L. B. Chand	P. B. Khatri

ÖB siehe Indien ; HK

Trotz der Bemühungen der Regierung gehört Nepal nach wie vor zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt, wozu auch die schwierigen geographischen Bedingungen beitragen. Die Nahrungsmittelversorgung konnte jedoch dank zweier guter Ernten ohne ausländische Hilfe gesichert werden.

Die aussenpolitischen Bemühungen waren weiterhin auf die Anerkennung Nepals als „Friedenszone“ konzentriert, wodurch die Unabhängigkeit des Landes gegenüber seinen beiden übermächtigen Nachbarn Indien und China abgesichert werden soll.

Österreich verfolgt diese nepalesischen Bemühungen mit Sympathie.

Der Tourismus ist weiterhin im Ansteigen begriffen und bringt dem Land wertvolle Devisen; auch Österreicher besuchen das Land in zunehmendem Maße, nicht nur wie früher im Rahmen von Himalaya Expeditionen.

Die wegen der hochalpinen Bedingungen schwierigen Arbeiten am österreichischen Entwicklungshilfeprojekt Kleinkraftwerk Namche Bazar wurden fortgesetzt. Einige nepalesische Kandidaten erhielten Stipendien zum Studium in Österreich.

*Neuseeland – Niederlande***Neuseeland
(Neuseeland), Wellington**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II, vertreten durch Generalgouverneur Sir David Beattie	David Lange	David Lange

ÖB siehe Australien ; HGK Wellington ; HK Auckland

Durch die Wahlen vom 14. Juli 1984 gelangte die Labour Party unter Führung von David Lange an die Regierung. Sie bekennt sich zum Verbleib von Neuseeland im ANZUS-Pakt, will aber Landungen nuklear angetriebener und nuklear bewaffneter Schiffe in neuseeländischen Häfen nicht zulassen, was zu Schwierigkeiten innerhalb des Bündnisses Anlass gibt. David Lange stattete noch als Oppositionsführer Österreich einen Besuch ab.

Das Wachstum der neuseeländischen Wirtschaft hat sich im Jahre 1984 fortgesetzt, das Auslaufen des Lohn- und Preisstopps des Jahres 1982 hat die Inflationsrate wieder merklich ansteigen lassen. Sogleich nach der Wahl kam es im Juli zu einer 20%igen Abwertung des Neuseeland-Dollars und im November folgte ein mit Belastungen verbundenes Budget. Angesichts der nicht leichten Finanz- und Wirtschaftslage ist die Regierung um Konsenspolitik vor allem im Lohnbereich bemüht.

Der österreichisch-neuseeländische Aussenhandel wird dadurch beeinträchtigt, dass die österreichischen Ausfuhren (vor allem Maschinen und bearbeitete Waren) von der für 20 Prozent der Importe geltenden Lizenzpflicht erfasst werden.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 191,23 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 222,4 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von + 16,3% entspricht. Importseitig (vornehmlich Kiwi-Früchte) veränderten sich die Werte von 278,71 Mio. öS 1983 auf 327,2 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von + 17,4%.

Die Bundeswirtschaftskammer und ihre für Neuseeland zuständige Aussenhandelsstelle Sydney versuchen, die österreichischen Exporteure verstärkt auf noch nicht ausgeschöpfte Geschäftsmöglichkeiten mit Neuseeland aufmerksam zu machen.

Österreichische Bücherspenden wurden besonders von neuseeländischen Germanistikinstituten dankbar angenommen. Zwei um die Verbreitung der österreichischen Literatur verdiente Professoren der Universität in Dunedin, Dr. Herd und Dr. Obermayer, erhielten Auszeichnungen.

**Niederlande
(Königreich der Niederlande), Den Haag**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix Wilhelmine Armgard	Dr. Ruud F. M. Lubbers	Mr. Hans van den Broek

ÖB Den Haag : Dr. Franz Weidinger, Van Alkemadelaan 342, 2597 AS Den Haag, Tel. 070/245470 ; HGK Amsterdam ; AHSt ; AUA-B Amsterdam

Niederlande

Zentrales politisches Thema war auch 1984 die Frage der Durchführung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses. Nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen gelang es der Regierung im Mai 1984, eine Zwischenlösung parlamentarisch durchzusetzen: Die Niederlande werden die Vorbereitung zur Stationierung zwar weiterführen, jedoch erst Ende 1985 bis Anfang 1986 eine endgültige Entscheidung über die Aufstellung der 48 Cruise Missiles treffen. Wenn bis 1. November 1985 keine Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion in Fragen der nuklearen Abrüstung zustande kommt und die Sowjetunion die Anzahl ihrer SS-20 Raketen gegenüber dem Stand vom 1. Juni 1984 erhöht hat, werden die Niederlande alle 48 Cruise Missiles aufstellen. Mit dieser Zwischenlösung wurde der NATO-Stationierungskalendar erstmals durchbrochen, da die Aufstellung der niederländischen Raketen damit in jedem Fall von 1986 auf 1988 verschoben wird.

Vom 5. bis 10. August 1984 stattete der niederländische Landwirtschaftsminister, G. J. M. Braks, Österreich einen Besuch ab. Neben Besprechungen mit Bundesminister Haiden stand eine Besichtigung der Klagenfurter Holzmesse auf dem Programm.

Über Einladung von Bundesminister Lacina besuchte der niederländische Verkehrsminister, Frau Dr. Smit-Kroes, am 20. Dezember 1984 Österreich. In Arbeitsgesprächen zwischen den beiden Verkehrsministern wurde niederländischerseits eine Unterstützung des österreichischen Antrages auf eine EG-Mitfinanzierung der Innkreis-Pyhrnautobahn im Verkehrsministerrat der EG in Aussicht gestellt. Österreich erklärte sich bereit, den Niederlanden auch im Jahre 1985 völlige Transitfreiheit für den Strassen-Güterverkehr zuzugestehen.

Der jährliche bilaterale Meinungsaustausch zwischen den politischen Direktoren der Aussenministerien beider Länder wird ausnahmsweise erst im Jänner 1985 mit einer Gesprächsrunde in Den Haag fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Austeritätspolitik wurde 1984 erfolgreich fortgesetzt. Starke Exportsteigerungen halfen, die wirtschaftliche Rezession zu überwinden, und brachten nach zweijähriger Stagnation wieder ein geringes Wirtschaftswachstum.

Der 1984 langsam einsetzende Wirtschaftsaufschwung in den Niederlanden führte zu stärkerer Investitionstätigkeit der niederländischen Unternehmen und Aufstokkung weitgehend abgebauter Lager von Halbfertigwaren. Dadurch ergaben sich vermehrte Absatzmöglichkeiten für die österreichische Exportwirtschaft und eine sehr positive Entwicklung des österreichisch-niederländischen Warenaustausches.

Die österreichischen Exporte stiegen um 13,5% auf 7,6 Mrd. öS und die Importe um 6,6% auf 10,2 Mrd. öS.

Bei der österreichischen Ausfuhr gab es erfreulicherweise Zuwächse bei chemischen Erzeugnissen (+ 64%) sowie bei den traditionellen Erzeugnissen Papier (+ 17%), Metallwaren und Arbeitsmaschinen (+ 27%), metallverarbeitende Maschinen (+ 48%) und Büro- und EDV-Maschinen (+ 65%). Exportrückgänge waren hauptsächlich bei Erdölzeugnissen, med. pharm. Produkten sowie Lederwaren und Bekleidung zu verzeichnen.

Im Fremdenverkehr konnten der Negativtrend der Jahre 1982 und 1983 umgekehrt und Marktanteile gewonnen werden. Das erste Halbjahr 1984 war dank des gestiegenen niederländischen Wintertourismus, der $\frac{2}{3}$ nach Österreich geht, besonders positiv und brachte 8,9% mehr Ankünfte und 7,3% mehr Übernachtungen. Insgesamt standen die Niederländer nach Touristen aus der BRD auch 1984 an zweiter Stelle.

Niederlande

Wie in den vergangenen Jahren waren Botschaft und Generalkonsulat Amsterdam mit der Betreuung und Heimsendung einer großen Zahl drogensüchtiger Österreicher befaßt, die in den Niederlanden von der Polizei aufgegriffen wurden oder sich mit der Bitte um Unterstützung an Botschaft und Konsulat gewendet hatten.

Angesichts der intensiven Kulturbeziehungen zwischen Österreich und den Niederlanden durch kommerzielle Veranstaltungen, bei welchen die traditionelle österreichische Kultur im Vordergrund steht, die jedoch im Bereich von Musik und bildender Kunst auch eine gute Übersicht über das österreichische Kulturschaffen des 20. Jahrhunderts bieten, wurde die Tätigkeit im Jahre 1984 auf eine Präsentation des bedeutenden zeitgenössischen literarischen Schaffens Österreichs konzentriert. Die Zusammenarbeit mit den niederländischen Germanistikinstituten, an welchen die heutige österreichische Literatur besonders gepflegt wird, wurde fortgesetzt und es gelang, mit dem Internationalen Peter Handke Festival in Den Haag im Juni 1984 eine Veranstaltung von internationalem Niveau mit landesweitem Presseecho durchzuführen. Neben Theateraufführungen durch Theatergruppen aus sechs Ländern vervollständigten ein Filmfestival und ein großes literarisches Symposium diese sehr erfolgreiche Veranstaltung.

Wichtig für die österreichische kulturelle Präsenz in den Niederlanden waren weiters die Aufführungen von Werken österreichischer Komponisten des 20. Jahrhunderts (insbesondere Webern, Schönberg, Ligeti), die vielbeachteten Theateraufführungen von Werken Horváths, Bernhards und Bauers sowie die Ausstellungen von Arnulf Rainer und Günther Brus in Eindhoven, Alfred Hrdlicka in Amsterdam und Sebastian Holzgruber in Den Haag.

Die Durchführung des Protokolls vom November 1982 über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Niederlanden brachte im Jahre 1984 einen weiteren erfreulichen Ausbau der Zusammenarbeit im Hochschulbereich.

Der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande vom 28. 3. 1929, BGBl.Nr. 299/1930, sieht in Artikel 1 Absatz 1 vor, dass Angehörige der beiden Vertragsstaaten auf dem Gebiet des anderen Teils hinsichtlich des Grundverkehrs mit Inländern gleichgestellt sind. Da seitens der Bundesländer der Wunsch geltend gemacht wurde, Ausnahmen von ihren Ausländergrunderwerbsbestimmungen zu beseitigen, wurde mit den Niederlanden Einvernehmen darüber hergestellt, diese Bestimmung entsprechend abzuändern. Durch einen Notenwechsel soll demnach festgelegt werden, daß physische und juristische Personen des einen Teils im Gebiet des anderen Teils hinsichtlich des Erwerbs unbeweglichen Eigentums dieselben Rechte nicht wie Inländer, sondern bloß wie Angehörige der meistbegünstigten Nation genießen. Der Notenwechsel, der von der Bundesregierung bereits gebilligt wurde, soll vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung spätestens am 1. 7. 1985 in Kraft treten.

*Niger – Nigeria***Niger
(Republik Niger), Niamey**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Seyni Kountché	Hamid Algabid	I. Oumarou

ÖB siehe Elfenbeinküste

Das innenpolitisch konsolidierte Niger verfolgt eine ausgewogene Politik der Blockfreiheit. Wichtige aussenpolitische Ereignisse waren der Besuch Staatspräsident Kountchés in der Volksrepublik China sowie in den USA. Die seit beinahe vier Jahren eingefrorenen Beziehungen zu Libyen wurden mit der Wiedereröffnung der libyschen Botschaft in Niamey normalisiert.

Die Beziehungen zu dem Nachbarland Nigeria sind durch die einseitig verfügte Schliessung der Grenzen überschattet.

Niger sah sich auch 1984 grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber und war gezwungen, seine Austeritätspolitik fortzusetzen. Die grosse Trockenheit hat zu Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung geführt; das Getreidedefizit erreichte 350.000 Tonnen, womit das Ziel der Selbstversorgung auf diesem Sektor wieder in weite Ferne gerückt ist. Verschiedene westliche Länder haben bereits Hilfsmassnahmen in die Wege geleitet.

Österreich hat im Wege der FAO Mischdünger im Wert von 11 Mio. öS gespendet, der drei afrikanischen Ländern, darunter auch Niger, zugute kam, und damit einen indirekten Beitrag zur Überwindung der Nahrungsmittelknappheit in diesem Sahelland geleistet.

Die österreichischen Ausfuhren nach Niger fielen im Berichtszeitraum auf 45,6 Mio. öS.

**Nigeria
(Föderative Republik Nigeria), Lagos**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Major General Muhammed Buhari	Major General Muhammed Buhari	Dr. Ibrahim Gambari

ÖB Lagos : Dr. Erich Kristen, Victoria Island Plot 1656 Lagos, Tel. 616081 ; AHSt

Innenpolitisch war das Berichtsjahr von den Bemühungen der Militärregierung gekennzeichnet, ihre am 31. 12. 1983 übernommene Staatsführung zu konsolidieren und gleichzeitig Maßnahmen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft einzuleiten. Hierzu zählten die Einführung einer Reihe von Sondergesetzen gegen Wirtschaftssabotage, Schmuggel, Devisenvergehen und Rauschgifthandel.

In der Außenpolitik sind nur wenige Unterschiede zum früheren Zivilregime festzustellen. Schwerpunkt der nigerianischen Außenpolitik bleibt Afrika. Besonders hervorzuheben für 1984 sind Nigerias Anerkennung der DARS am Vorabend des OAU-Gipfeltreffens, die organisatorische Mithilfe beim französisch-libyschen Truppenabzug aus dem Tschad und die Intensivierung der Beziehungen zu den CEAO-Ländern. Erwähnenswert ist der nigerianische Vorschlag, die OAU solle sich von der

Nigeria – Nikaragua

einseitigen Ausrichtung auf politische Streitfragen lösen und den dringenden Wirtschaftsproblemen Afrikas mehr Augenmerk schenken. Nigeria verurteilt ungeachtet der Abkommen Südafrikas mit Mozambique und Angola in unverändert scharfer Form das Apartheidregime.

Die Wirtschaftslage war durch einen strengen Austerity-Kurs, vor allem durch umfassende Import- und Devisenrestriktionen geprägt. Die Erdölproduktion konnte gegenüber 1983 beträchtlich erhöht werden. Die Militärregierung ordnete im vergangenen Jahr eine umfassende Überprüfung aller noch laufenden Großprojekte an.

In den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Nigeria sind hervorzuheben: Die erste Tagung der Gemischten Kommission im Rahmen des Abkommens über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit im September in Wien, die Besuche des nigerianischen Handelsministers Tukur und des nigerianischen Erdölministers David-West in Österreich und die neuerliche Teilnahme Österreichs an der Lagos Trade Fair mit einer eindrucksvollen Gruppenausstellung, wobei der österreichische Pavillon den ersten Preis für die Gestaltung gewann. Die Grundsteinlegung zur Bendel-Futtermittelfabrik erfolgte durch den nigerianischen Staatschef General Buhari. Bei diesem Werk handelt es sich um ein 80 Mio. US-Dollar Projekt der Firma Andritz in Zusammenarbeit mit Industriebau Nord Hamburg.

Die österreichischen Exporte nach Nigeria gingen wegen der starken Importrestriktionen 1984 um 13,5% zurück und erreichten insgesamt 880,9 Mio. öS (in erster Linie Maschinen und Verkehrsmitteln).

Das bedeutende Ansteigen der österreichischen Importe um 138,8% von 1,63 Mrd. öS auf 3,9 Mrd. öS beruht fast ausschliesslich auf Erdölkäufen. Die bilaterale Handelsbilanz ist somit für Österreich deutlich passiv.

Die Förderung wissenschaftlicher Kontakte bildet den Schwerpunkt der österreichischen Kulturarbeit in Nigeria; an der deutschen Schule Lagos unterrichtet bereits das 3. Schuljahr ein österreichischer Subventionslehrer.

Nikaragua **(Republik Nikaragua), Managua**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Junta des Nationalen Wiederaufbaus Koordinator Daniel Ortega Saavedra S. Ramirez Mercado Dr. R. Córdova Rivas	D. Ortega Saavedra	Pater M. D'Escoto Brockmann

ÖB siehe Mexiko; HK

Hervorstechendstes Ereignis waren die Wahlen vom 4. November 1984, die Präsidentschaftswahl und Wahl für eine Verfassungsgebende Versammlung waren kombiniert dem Kandidaten der Frente Sandinista und Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega Saavedra, den Sieg brachten. Einer gewissen Lockerung der Zensur und Liberalisierung während des Wahlkampfes standen die Fortdauer des Ausnahmezustandes, die Behinderung wahlwerbender oppositioneller Gruppen und die schliessliche Nichtteilnahme von Teilen der demokratischen Opposition an der Wahl gegenüber. Die Tatsache, dass diese Wahlen seitens der USA als nicht repräsentativ

Nikaragua

abgelehnt wurden, sowie das weiterhin belastete Verhältnis zu den USA blieben bestimmende Faktoren. Die Gespräche zwischen US-Sonderbotschafter Schlaudeman und dem nikaraguanischen Vizeausenminister Tinoco erbrachten in bisher insgesamt neun Runden keine konkreten Ergebnisse. Militärische Auseinandersetzungen mit der antisandinistischen Insurgenz, die das ganze Jahr mit wechselnder Intensität andauerten, stellten für das Land eine ausserordentliche Belastung dar. Zu Jahresende kam es zu einer Annäherung zwischen Brooklyn Rivera, dem Führer des gemässigten Teiles der Misquito-Indianer, und der Regierung in Managua. Der gewählten Konstituente, in der die Sandinisten mit 61 von 96 Sitzen vertreten sind, wird es nunmehr obliegen, die gesetzlichen Grundlagen für ein demokratisches und pluralistisches Nicaragua zu schaffen. Durch den Wahlvorgang ist die nikaraguanische Regierung in ein selbständigeres aber auch verantwortungsvolleres Stadium getreten. Österreich hat in konsequenter Fortsetzung seiner Mittelamerika-Politik und als Zeichen politischen Interesses und politischer Präsenz sowohl zu den Wahlen als auch zum Amtsantritt Präsident Ortega Saavedras seinen Botschafter nach Nicaragua entsandt.

Zur Verbesserung der Versorgungslage mit Grundbedarfsartikeln wurde der Kleinhandel partiell verstaatlicht. Die Notwendigkeit einer Kriegswirtschaft brachte überdies eine weitgehende Suspendierung von Subventionen für Grundnahrungsmittel mit sich.

Die österreichischen Ausfuhren, die von 113,94 Mio. S auf 134,28 Mio. öS anstiegen, nahmen um 17,9% zu. Ausgeprägter Zuwachs war sowohl bei Kunststoff- und Metallwarenexporten als auch bei Exporten landwirtschaftlicher Ausrüstung zu verzeichnen. Das Beregnungsprojekt Tipitapa-Malacatoya in der Nähe der Hauptstadt Managua wird mit österreichischer Unterstützung aufgebaut. Die österreichischen Einfuhren, Kaffee und Baumwolle, verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs von S 104,03 Mio. auf S 136,57 Mio., was einer Veränderung von +31,3% entspricht.

Anlässlich der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen traf Aussenminister Gratz mit seinem nikaraguanischen Amtskollegen D'Escoto Brockmann zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Im September hielt sich der nikaraguanische Aussenhandelsminister Martínez Cuenca und im November der Direktor der FIR, Pedro Antonio Blandón, in Österreich auf. ÖVP-Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock stattete Nicaragua in seiner Eigenschaft als Vorsitzender von EDU und IDU zu Beginn des Jahres im Rahmen einer Erkundungsreise, die ihn auch nach El Salvador und Kostarika führte, einen Informationsbesuch ab. Zu erwähnen wären auch die Österreich-Besuche des nikaraguanischen Unterrichtsministers Tünnermann Bernheim (März) und des Vorsitzenden des Obersten Wahlrates, Argüello (Juli).

Im Berichtszeitraum befanden sich rund 40 österreichische Entwicklungshelfer in Nicaragua im Einsatz. Österreich beteiligte sich auch an Entwicklungshilfe-Projekten auf dem Gebiet der Sozialmedizin, des Ausbildungs- und Unterrichtswesens sowie des gewerblich-industriellen Sektors und unterstützte Nicaragua wiederum mit einer Nahrungsmittellieferung (1,725 Tonnen Reis).

Zur Jahresmitte erteilte Nicaragua einem Honorargeneralkonsul Österreichs in Managua das Exequatur.

Norwegen

Norwegen (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Olav V.	K. Willoch	S. Stray

ÖB Oslo: Dr. Karl Wolf, Sophus Lies gt. 2, Oslo 2, Tel. 563384; HGK Oslo; HK Bergen; AHSt; AUA-B

Die bürgerliche Koalitionsregierung setzte ihre Politik der wirtschaftlichen Stärkung Norwegens fort. Eine drastische Senkung der Inflationsrate, ein deutliches Steigen der Exporte, Steuersenkungen, Budget- und Handelsbilanzüberschüsse sowie ein starkes Anwachsen der Währungsreserven waren, verbunden mit dem hohen Dollarkurs, dank eines neuen Förderrekordes von etwa 60 Millionen Tonnen Ölgleichwerte aus der Nordsee möglich.

Die Sicherheitspolitik blieb im Zeitraum der aussenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und oppositioneller Arbeiterpartei, wobei die Nachrüstungsfrage und besonders das Thema einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa diskutiert wurden. Der breite sicherheitspolitische Konsens zwischen den bürgerlichen Parteien und der Arbeiterpartei erscheint jedoch durch ein gemeinsames Papier über Sicherheitspolitik wiederum bekräftigt.

Erstmals kaufte die ÖMV norwegisches Erdöl in grösserer Menge, nämlich 200.000 t im Werte von ungefähr einer Milliarde öS, weshalb die Einfuhren aus Norwegen um 98,9% auf 2,7 Mrd. öS anstiegen. Dadurch wurde das traditionell hohe Aussenhandelsbilanzaktivum zugunsten Österreichs annähernd ausgeglichen. Die österreichischen Ausfuhren nach Norwegen, deren wichtigste Positionen Maschinen und Verkehrsmittel, Bekleidung sowie Schuhe darstellen, stiegen um 18,8% auf 2,8 Mrd. öS an. Besonders auffallend daran ist die qualitative Verbesserung der österreichischen Exportstruktur, wie sie u. a. in steigenden Aufträgen auf dem Ausrüstungs- und Investitionsgütersektor zum Ausdruck kommt.

Auf kulturellem Gebiet ist es erfreulich festzustellen, daß die jahrelangen Bemühungen, das österreichische zeitgenössische künstlerische Schaffen in Norwegen zu präsentieren, nicht nur auf ein gestiegenes Interesse stoßen, sondern auch zu einer stärkeren Berücksichtigung Österreichs im norwegischen Kulturleben geführt haben. Letzteres gilt beispielsweise für die Übersetzung von Handkes „Der Chinese des Schmerzes“, die Aufführung Kreislers „Heute Abend Lola Blau“, die Einrichtung einer Wittgenstein-Gedenktafel und die Wahl Schönbergs zum Hauptkomponisten der Bergenser Festspiele 1984, die wiederum 40.000 Menschen Gelegenheit boten, die Ausstellung „Webern, Berg, Schönberg“ als dokumentarischen Hintergrund zu sehen. Von den zahlreichen, auf österreichische Initiative zurückgehenden Begebenheiten seien die Fotoausstellung „Franz Kafka“ in Bergen und Trondheim, ein musikalischer Abend mit dem Titel „Lieben Sie Wien“ in Oslo und die österreichische Teilnahme an der 7. Internationalen Graphikbiennale in Frederikstad aufgezählt.

Ein besonders wichtig erscheinendes Anliegen ist eine eingehende Behandlung Österreichs im Schulunterricht, vor allem in den Deutschstunden. Diesem Ziel dienen Deutschlehrerseminare, die Tätigkeit einer österreichischen Gastprofessorin am germanistischen Institut der Universität Oslo, gezielte Bücherspenden und die Erarbeitung eines Zusatzheftes für den Deutschunterricht, das auf 70 Seiten Österreich darstellt.

Norwegen – Oman – Pakistan

Zwei Verträge über Rechtshilfe und über Vollstreckung in Zivilsachen wurden am 21. Mai 1984 unterzeichnet.

Oman
(Sultanat Oman), Muscat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten
Sultan Qaboos Bin Said	Sultan Qaboos Bin Said	Y. Al-Alawi Abdullah

ÖB siehe Saudi Arabien ; HK

Oman betreibt eine stabilitätsbetonte pro-westliche Politik und spielt eine aktive Rolle im Golfkooperationsrat sowie auch in verschiedenen arabischen und islamischen Gremien. Die Beziehungen zum Südjemen haben sich weiter verbessert.

Die bilateralen Beziehungen erfuhren durch den offiziellen Besuch von Aussenminister Lanc vom 16. bis 21. April 1984 eine Intensivierung.

Trotz geringerer Erdöleinnahmen war die Wirtschaft des Sultanats gefestigt. Das österreichische Exportvolumen stieg im Vergleich zu 1983 weiter (auf 184,3 Mio. öS), insbesondere auf dem Fahrzeugsektor, bei Maschinen, Ausrüstungen und Konsumgütern. Die Importe Österreichs stiegen von fast Null im Vorjahr auf 3,4 Mio. öS.

Das bilaterale Luftverkehrsabkommen vom 3. 11.1982 trat am 3. 9.1984 in Kraft.

Pakistan
(Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General M. Zia-UI-Haq	General M. Zia-UI-Haq	Sahabzada Yaqub Khan

ÖB Islamabad: Dr. Paul Hartig, 13, 1st Street, Shalimar, F 6/3, Islamabad, Tel. 820137 ; AHSt Karachi

Direkt konfrontiert mit dem eskalierenden militärischen Vorgehen der UdSSR in Afghanistan, als Asylland für rund drei Millionen afghanische Flüchtlinge – die grösste Flüchtlingskonzentration der Welt – und angesichts der Spannungen in den Beziehungen zu Indien sah sich Pakistan auch 1984 veranlasst, verstärkten Rückhalt in der politisch-militärischen Unterstützungsbereitschaft der USA und der Gemeinschaft der islamischen Staaten zu suchen.

Als nicht-ständiges Mitglied des UN-SR (1983/84) sowie als Mitglied der Blockfreien-Bewegung und der Organisation der Islamischen Konferenz verfolgte Pakistan eine auf Abbau der Spannungen und Friedenssicherung orientierte Außenpolitik im regionalen und globalen Bereich (indirekter Verhandlungsprozeß mit Kabul unter UN-Ägide, Vermittlungsbemühungen im Golfkrieg etc.).

In wichtigen Fragen der Weltpolitik besteht Übereinstimmung in der Haltung Pakistans und Österreichs, die sich insbesondere in der Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen manifestiert.

Pakistan – Panama

Der offizielle Besuch des pakistanischen Aussenministers Yaqub Khan in Wien, (26./27. Juni 1984) bot Gelegenheit zu einem wertvollen Meinungsaustausch über internationale und bilaterale Fragen.

Die Wirtschaft Pakistans war durch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums (+ 4,6%), durch eine Verschlechterung der terms of trade, Ernteeinbußen und Stagnation der Investitionstätigkeit im industriellen und gewerblichen Sektor gekennzeichnet.

Die bilateralen Handelsbeziehungen entwickelten sich jedoch weiterhin relativ zufriedenstellend: die österreichischen Exporte (insbesondere Papier, Maschinen) fielen um 0,5%, auf 225,7 Mio. öS, die Importe (insbesondere Teppiche, Bekleidung) zeigten eine Steigerung von 4,2%, auf 152,63 Mio. öS.

Österreichische Unternehmen sind durch rund 130 Vertretungen in Pakistan repräsentiert. Die VOEST-Alpine AG eröffnete Ende 1984 eine Aussenstelle in Karachi.

Österreich leistet über das „Austrian Relief Committee for Afghan Refugees“ (medizinische und sanitäre Betreuung, Berufsausbildung) einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems in Pakistan.

Das im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe unterstützte Pilotprojekt eines Sommer- und Wintererholungszentrums in Malam Jabba wurde durch Entsendung eines österreichischen Experten für Regionalplanung konzeptuell und hinsichtlich der Implementierung konkretisiert.

Mehrere pakistanische Bewerber erhielten Forschungs- bzw. Ausbildungsstipendien.

Im konsularischen Bereich nahmen Sichtvermerks-Agenden betreffend iranische und afghanische Flüchtlinge erheblich zu. In der Betreuung österreichischer Staatsbürger stand die Hilfeleistung an Bergsteiger- und Expeditionsgruppen im Vordergrund.

Panama

(Republik Panama), Panama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Nicolás Ardito Barletta	Dr. Nicolás Ardito Barletta	Lic. Fernando O. Cardoze Fábrega

ÖB siehe Kolumbien ; JGK

Der aus demokratischen Wahlen – den ersten seit 16 Jahren – hervorgegangene Staatspräsident Ardito Barletta trat am 11. Oktober 1984 sein Amt an. Seine Regierungsmacht kann sich auch auf das Militär und die Freundschaft zu den USA bzw. deren Interesse an dem Panama-Kanal stützen. Im Rahmen eines beschränkten ausserpolitischen Spielraumes bemühte sich die neue Regierung um Fortsetzung des Contadora-Friedensprozesses, um Profilierung und um internationales Vertrauen als Wirtschafts- und Finanzzentrum.

Die Wirtschaft Panamas lebt vornehmlich von ihrer Handels- und Dienstleistungsfunktion im Zusammenhang mit dem Kanal und der Freihandelszone Colón. Die lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich litten darunter jedoch weniger als die vergleichbarer Länder. Das Volumen des Handelsaustausches

Panama – Papua-Neuguinea – Paraguay

(Österreich exportierte vor allem optische Erzeugnisse, Damenunterkleidung, Desinfektionsmittel, Aluminium; panamaische Lieferungen umfassten Bananen und Kaffee) ist, gemessen an der Grösse Panamas, nicht bedeutend.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 37,478 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 44,001 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von +17,4% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 285,577 Mio. öS 1983 auf 256,555 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von -10,2%.

In Zusammenarbeit mit dem panamaischen Kulturinstitut und dem österreichischen Honorargeneralkonsulat fand die Präsentation der Ausstellung „Österreich gestern – heute“ in den Räumen des SOS-Kinderdorfes in Panama statt.

Papua-Neuguinea (Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II, vertreten durch Generalgouverneur Sir Kingsfort Dibela	Michael Somare	John Giheno

ÖB siehe Australien; HK

Der Übertritt von zahlreichen Flüchtlingen aus Westirien nach Papua-Neuguinea hat die Beziehungen zu Indonesien belastet. Bei gegenseitigen Besuchen der Aussenminister beider Länder bemühte man sich um einen Abbau der Spannungen und vereinbarte eine Revision des Grenzabkommens.

Für die österreichische Exportwirtschaft zeichnen sich konkrete Möglichkeiten ab, in Papua-Neuguinea bei international finanzierten Projekten des Bergbau- und Energiesektors Aufträge zu erhalten. Österreichische Unternehmen waren hier bereits in den Vorjahren erfolgreich.

Der rein kommerzielle Warenverkehr ist in beiden Richtungen gering.

Im Berichtsjahr konnten Exporte von 2,96 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von -83,8% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte auf 27,5 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung +128,8%.

Im Land sind nach wie vor etwa 40 österreichische Entwicklungshelfer tätig.

Paraguay (Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gen. Alfredo Stroessner	Gen. Alfredo Stroessner	Dr. Carlos Saldivar

ÖB siehe Argentinien; AHSt

Unter dem Eindruck der Redemokratisierung in den Nachbarländern ist auch in Paraguay eine gewisse Öffnung zur Demokratie zu verzeichnen. Es werden beschränkte Konzessionen an die zugelassenen Oppositionsparteien gemacht, ohne dass dadurch allerdings bedeutsamere politische Konsequenzen zu erwarten

Paraguay – Peru

waren. Der im Vorjahr im Amt bestätigte Staatspräsident, General Alfredo Stroessner, der seit dreissig Jahren an der Macht ist, hält nach wie vor die Schlüsselposition in der Hand. Die Zukunft des Landes wird davon abhängen, wie das Nachfolgeproblem in der Führungsspitze gelöst wird.

Die paraguayische Aussenpolitik ist traditionell vornehmlich auf die Nachbarländer ausgerichtet. Paraguay hatte infolge des konjunkturellen Aufschwungs in Westeuropa und den USA mehr Grund zu Optimismus als 1983. Für 1984 wird ein Zuwachs des Brutto-Inlandsproduktes von + 4,2% angenommen. Die Auslandsverschuldung betrug Mitte 1984 US-Dollar 1.560 Mio. Am 25. 10. 1984 wurde das Wasserkraftwerk Itaipú eingeweiht. In 10-jähriger Bauzeit flossen dadurch zwei Mia. Dollar nach Paraguay.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 11,33 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 17,85 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von 57,6% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 86,63 Mio. öS 1983 auf 64,64 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von -25,4%.

Dies bedeutet, dass Paraguay 6,3mal soviel nach Österreich exportierte als es aus Österreich bezog.

In Anwesenheit Prof. Dr. h. c. Hermann Gmeiners und des österreichischen Missionschefs wurde am 9. 4. 1984 das SOS-Kinderdorf Asunción eröffnet.

Peru (Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fernando Belaúnde Terry	Dr. Luis Percovich Roca	Dr. Luis Percovich Roca

ÖB Lima : Dr. Udo Ehrlich-Adám, Avenida Central 643, 5.Stock, San Isidro, Lima 27, Tel. 220467 ; HGK Lima ; HK Arequipa ; AHSt

Die innere Lage des Landes trägt weiterhin krisenhafte Züge. Sie ist durch fühlbare Aktivität der maoistischen Terrorbewegung „Leuchtender Pfad“ und einer neu aufgetretenen subversiven Bewegung „Tupac Amaru“ gekennzeichnet. Letztere ist für häufige Streiks (teilweise gefolgt von der Verhängung des Ausnahmezustandes) und Strassendemonstrationen verantwortlich. Hiezu kommt schliesslich eine die allgemeine Sicherheit ebenfalls stark beeinträchtigende hohe Kriminalitätsrate. Die geschilderte Lage führte innerhalb von acht Monaten zu drei Regierungsumbildungen.

In der zweiten Jahreshälfte liefen die Vorbereitungen für die für April 1985 festgesetzten Wahlen für die Präsidentschaft sowie für Senat und Abgeordnetenhaus an. Das neu zu wählende Staatsoberhaupt sowie die neuen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften sollten gemäß Verfassung ihre Ämter am 28. Juli 1985 antreten. Alle bisher durchgeführten Meinungsumfragen räumen unter den maßgeblichen politischen Richtungen den beiden Linksparteien – der sozialdemokratischen APRA und der „Vereinigten Linken“ – sowie deren Präsidentschaftskandidaten bessere Chancen als der derzeitigen Regierungspartei „Acción Popular“ und der mit dieser bis zum Frühjahr 1984 in Koalition gestandenen „Christlichen Volkspartei“ ein.

Peru – Philippinen

Im internationalen Rahmen werden die Beziehungen Perus zunehmend vom Problem der hohen Außenverschuldung (rund 13 Milliarden Dollar) überschattet. Trotz zweimaliger Umschuldung im Rahmen des Pariser Clubs und wiederholter Verhandlungen mit den internationalen Kommerzbanken hat Peru die Bedienung der Auslandsschulden suspendiert. Der Internationale Währungsfonds hat wegen Nichteinhaltung des vereinbarten Sanierungsprogramms durch Peru die Flüssigmachung des geplanten Stand-by-Kredits verweigert. Als Vertreter einer gemäßigten Linie plädierte Peru auf den 1984 in Cartagena und Mar del Plata abgehaltenen Konferenzen der lateinamerikanischen Schuldnerländer gegen die Bildung eines Kartells der Schuldnerländer.

Auch im Jahre 1984 litt die peruanische Wirtschaft unter starken inflationistischen Tendenzen (111,5%); die Landeswährung hat im Verhältnis zum US-Dollar um 151% an Wert verloren.

Im Warenverkehr mit Österreich hat sich der Trend zur Steigerung von Importen aus Peru verstärkt (Gesamtwert 139,232 Mio. Schilling; Zunahme um 130,5%). Peru lieferte hauptsächlich Fischmehl, Eisenerz, Baumwollgarne und Kupfer. Die österreichischen Exporte nach Peru erreichten einen Gesamtwert von 129,05 Mio. Schilling (das sind +5,3%) das niedrigste Niveau der letzten zwanzig Jahre. Exportiert wurden wie bisher in erster Linie Maschinen, Chemikalien, Papierwaren, Stahlprodukte und Metallwaren. Die Außenhandelsbilanz zeigt nunmehr einen positiven Saldo zugunsten Perus.

Zur verstärkten Förderung der österreichischen Exporte organisierte die Bundeswirtschaftskammer im Berichtsjahr in Lima zwei Interessentenmeetings mit den Themen „Bauwirtschaft“ sowie „Maschinen und Anlagen“. Den Teilnehmern gelang es, in kleinerem Umfang Verkaufsabschlüsse zu tätigen oder Geschäfte anzubahnen.

Im Jahresverlauf 1984 waren zwölf österreichische Entwicklungshelfer und Experten auf den Gebieten der Land-, Forst- und Viehwirtschaft sowie der Ausbildung und Erziehung in Peru tätig.

Das Mozarteum-Quartett Salzburg gastierte Ende Juni 1984 mit einem viel beachteten Auftritt in Lima.

Philippinen

(Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
F. E. Marcos	C. Virata	A. Tolentino

ÖB Manila: Dr. Friedrich Posch, 117 Rada Street, Legaspi Village Makati, Metro Manila, Tel. 8179191; HGK; AHSt

Die philippinische Aussenpolitik wird unverändert durch enge Beziehungen zu den USA und die Zugehörigkeit des Landes zur Gruppe der ASEAN geprägt.

Am 14. Mai fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die Oppositionsparteien etwa ein Drittel der zu vergebenden Sitze erlangten. Die im Gefolge der Wahlen neubestellte Regierung zeigte aber nur geringe Veränderungen. Der Bericht der vom Präsidenten eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommission zur Klärung des Mordes an Oppositionsführer Aquino enthielt schwere Anschuldigungen gegen die Militärs, die nunmehr von den Gerichten geprüft werden.

Philippinen – Polen

Die Wirtschaftslage stand im Zeichen wiederholter Abwertungen des Pesos, einer hohen Inflationsrate, drastischer Importrückgänge und Bemühungen zur Umschuldung der Auslandskredite. Direkte Auswirkungen dieser Situation auf den bilateralen Aussenhandel sind allerdings nicht feststellbar.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 481,09 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 491,63 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von +3,9% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 388,04 Mio. öS 1983 auf 386,95 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von -0,3%.

Die Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen sind noch nicht abgeschlossen.

Die bilateralen Kulturbeziehungen erhielten neue Impulse durch die Einladung der Präsidentin des CCP zu einem Wienbesuch als Gast des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst. Hervorzuheben sind die Präsentation von drei Wanderausstellungen (Haydn, Kafka, Zweite Wiener Schule) und die erstmalige Aufführung eines Kafka-Bühnenstückes durch einen philippinischen Schauspieler. Im musikalischen Bereich wurden von gastierenden österreichischen Künstlern erstmals Workshops für Instrumental- und Vokalsolisten abgehalten. Auch die Vortragstätigkeit konnte verstärkt werden, u. a. durch den Besuch des Präsidenten des Bundesdenkmalamtes. Erstmals unterrichtete ein österreichischer Gastprofessor an einer philippinischen Universität. Ferner konnte eine philippinische Jugendgruppe in Wien empfangen werden.

Ende August hielten sich eine Reihe von Abgeordneten des ÖVP-Parlamentsklubs zu einem Studienbesuch in Manila auf.

Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hielt sich am 12. und 13. Oktober 1984 auf der Durchreise nach Japan in Manila auf, wo er Gespräche mit führenden philippinischen Persönlichkeiten führte.

Polen

(Volksrepublik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. H. Jablonski	W. Jaruzelski	S. Olszowski

ÖB Warschau : Dr. Richard Wotava, ul. Gagarina 34, 00-748 Warschau, Tel. 410081 ; KI ; AHSt ; AUA-B

Das umfassende Amnestiegesetz vom 21. Juli, welches auch die politischen Gefangenen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erfasste, stellte einen viel beachteten Schritt dar, welcher zu der von der Regierung angestrebten nationalen Versöhnung beitragen sollte. Diese gesetzliche Massnahme wurde national und international (so auch in einer Erklärung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 24. Juli) begrüsst. Die Regierung war im Berichtszeitraum weiterhin bestrebt, durch verschiedene Massnahmen, wie Förderung der angeblich alle Interessensgruppierungen vertretenden Bewegung für die Nationale Erneuerung (PRON), Wahlen in Gremien von untergeordneter Bedeutung, Kampfansage gegen Korruption usw., eine Vertrauensbasis in der Bevölkerung zu gewinnen ; sie hob die in ihren Augen fortschreitende Normalisierung und Stabilisierung der innenpolitischen Lage wiederholt hervor. Der Regierungskurs erlitt im Oktober einen schweren

Polen

Rückschlag durch die Ermordung des Priesters Popieluszko durch Angehörige des Staatssicherheitsdienstes, wenn auch schwere Unruhen im Gefolge dieser Tat, insbesondere durch Appelle der katholischen Kirche und einiger Funktionäre der ehemaligen Solidarität-Gewerkschaft an die Bevölkerung, vermieden werden konnten. Allgemein wird in dem Mord an Popieluszko eine Provokation harter orthodoxer Parteelemente gegen die Regierung, die Beziehungen Staat-Kirche und die Öffnung gegenüber westlichen Staaten gesehen.

Das Amnestiegesetz erleichterte beträchtlich die Wiederaufnahme des seit der Periode des Kriegsrechtes (Dezember 1981 bis Juli 1983) von den westlichen Staaten im Verhältnis zu Polen ausgesetzten Besuchs-austausches. In diesem Zusammenhang kam dem Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in Warschau in der Zeit vom 16. bis 18. Oktober insofern eine über den rein bilateralen Rahmen hinausgehende Bedeutung zu, als dies der erste Besuch eines Aussenministers einer westlich-pluralistischen Demokratie in Polen nach dem oben erwähnten Zeitraum darstellte. Er wurde daher auch von polnischer Seite besonders hoch bewertet. Bundesminister Gratz wurde u. a. von Staatsratsvorsitzenden Jablonski und von Ministerpräsident Jaruzelski empfangen und führte eingehende Gespräche mit seinem Amtskollegen Olszowski, in deren Verlauf Bundesminister Gratz seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, dass eine dauerhafte Ost-West-Entspannung in Europa bei Aufrechterhaltung der Isolierung Polens nicht erzielbar sei.

Unmittelbar nach dem österreichischen Besuch erfolgten Besuche des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, des finnischen Aussenministers Vaeyrynen, des Staatsministers im britischen Aussenamt Rifkind sowie im Dezember der des italienischen Aussenministers Andreotti. Durch die Absage des Besuches des Aussenministers der Bundesrepublik Deutschland, Genscher, im November erfuhren die sich intensivierenden Westbeziehungen eine nur vorübergehende Abschwächung. Die Beziehungen Polens zu den USA und Frankreich haben angesichts der andauernden Sanktionspolitik keine sichtbare Verbesserung erfahren, doch haben die USA Mitte Dezember ihren Widerstand gegen die Aufnahme Polens in den IWF aufgegeben. Die Aussenpolitik Polens ist im übrigen weiterhin durch die starke Bindung des Landes an die Sowjetunion sowie die Zugehörigkeit zu Warschauer Pakt und RGW geprägt. Dies kam durch einen regen Besuchs-austausch mit den kommunistischen Staaten zum Ausdruck. Das Interesse am Ausbau der Beziehungen zu den Entwicklungsländern wird polnischerseits nach wie vor stark betont.

Die durch vielfältige historische und kulturelle Gemeinsamkeiten geprägten österreichisch-polnischen Beziehungen erfuhren im Berichtsjahr zusätzlich zum offiziellen Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten eine starke Belebung. Dies kam durch die Besuche des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Vizekanzler Dr. Norbert Steger, im Juni (Teilnahme an der Internationalen Messe in Poznan), des Staatssekretärs im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Erich Schmidt, im Februar und des Staatssekretärs im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Ing. Gerulf Murer, im Oktober zum Ausdruck. Ausserdem besuchten Delegationen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz im November und des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst im Dezember Polen. Anlässlich dieser Besuche wurden verschiedene Protokolle unterzeichnet. Von polnischer Seite statteten Vizepremierminister Malinowski, Gesundheitsminister Szlachowski, Landwirtschaftsminister Zieba, Forstminister Kozłowski und Regierungssprecher Minister Urban Österreich Besuche ab. Im Juni

Polen

erfolgte der offizielle Besuch einer Delegation des polnischen Parlaments (Sejm) unter der Leitung Marschall Gucwas in Österreich. Im November hielt sich aus Anlass der 90-Jahr-Feier des Verbandes der Polen in Österreich („Strzecha“) der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Mlynczak in Wien auf, der bei dieser Gelegenheit auch von Bundespräsident Kirchschräger empfangen wurde.

Die bereits im vorangegangenen Jahr begonnene Wiederbelebung des bilateralen Warenaustausches hat sich auch 1984 fortgesetzt. Vor allem hatten die polnischen Exporte nach Österreich eine überaus starke Zunahme von 41,4% auf 5,035 Mrd. S zu verzeichnen, was in erster Linie auf die erhöhten Lieferungen von Kohle und Strom sowie von Rohstoffen zurückzuführen ist. Aber auch bei chemischen Produkten, Eisen und Stahl, NE-Metallen sowie bei Maschinen und Ausrüstungen konnten beträchtliche Steigerungen verzeichnet werden. Die österreichischen Exporte haben sich ebenfalls – wenn auch nicht im gleichen Ausmass – positiv entwickelt und einen Zuwachs von 9,7% auf 3,4 Mrd. S erreicht. Die österreichischen Exportsteigerungen betrafen in erster Linie industrielle Rohstoffe, chemische Produkte, Werkzeug- und Ersatzteillieferungen sowie Halbfabrikate. Somit konnte Polen auch im Berichtszeitraum – wie bereits 1983 – gegenüber Österreich ein beachtliches Handelsbilanzaktivum erzielen. Mehrfach wurde von beiden Seiten der Wunsch nach Erhöhung des Warenoffers zum Ausdruck gebracht.

In der Zeit vom 24. bis 26. September wurde in Wien die 9. Tagung der Gemischten Kommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abgehalten. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Vizekanzler Dr. Steger, während die polnische Delegation vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Obodowski geleitet wurde. Anlässlich dieser Tagung wurden bilaterale Arbeitsgruppen für die Bereiche Bergbau und Energiewirtschaft sowie für Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie gegründet. Die Arbeitsgruppe zu Fragen der Elektrizitätswirtschaft hielt im August in Wien ihre zweite Tagung ab. Das Kammerkontaktkomitee trat im Mai in Graz zu seiner 13. Tagung zusammen.

Zahlreiche österreichische Firmen beteiligten sich an der Internationalen Messe in Poznan im Juni, an einer Internationalen Fachausstellung für medizinische Ausrüstung im April und an der Internationalen Buchmesse im Mai in Warschau.

Das von Polen mit den Kommerzbanken unterzeichnete langjährige Umschuldungsabkommen für die Periode 1984–1987 hat eine Entlastung der polnischen Auslandsverpflichtungen bewirkt. Gleichzeitig konnten die Umschuldungsgespräche mit den Mitgliedsländern des Pariser Clubs für die staatlich garantierten Kredite positiv weitergeführt werden.

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem in Österreich und in Polen in zahlreichen Veranstaltungen des 300. Jahrestages des Entsatzes von Wien gedacht worden war, brachte das Berichtsjahr kein ähnlich dominierendes Thema auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Polen mit sich. Sowohl im Rahmen des bilateralen Kulturübereinkommens als auch in direkten Kontakten zwischen österreichischen und polnischen Institutionen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens ergab sich jedoch ein sehr beachtliches Ausmass an kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen und Kooperationen.

Die bedeutendste Einzelveranstaltung des Kulturinstitutes Warschau war das in Zusammenarbeit mit der Universität Poznan (Abteilung für Österreichische Literatur

Polen – Portugal

und Kultur) abgehaltene Symposium zum Thema „Galizien, eine literarische Heimat“, das auch ein erhebliches Medienecho fand. Auch sonst stand das Arbeitsjahr des Kulturinstitutes in erster Linie im Zeichen wissenschaftlicher Veranstaltungen, wobei unter anderem auch der Frage der Österreicher im Deutschunterricht auf Universitäts- und Mittelschulebene besondere Bedeutung zugemessen wurde. Die deutschen Sprachkurse des Kulturinstitutes erfreuen sich weiterhin grösster Beliebtheit. An den Universitäten Krakow, Torún und Wroclaw bestehen österreichische Lektorate.

Im Oktober wurde in Wien zwischen dem ORF und dem polnischen Rundfunkkomitee ein Abkommen geschlossen, das den Weg für zahlreiche bilaterale Kooperationen öffnet.

Die teilweise Aussetzung der Anwendung des Abkommens über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht wurde durch beiderseitige Erklärung bis zum 30. Juni 1985 verlängert. Die Anzahl der an polnische Staatsangehörige erteilten Sichtvermerke ist im Berichtszeitraum gegenüber 1983 trotz Änderung der Sichtvermerksvorschriften weiter leicht angestiegen. Die Zahl der offenen Familienzusammenführungsfälle wurde – durch eine entgegenkommende Haltung der polnischen Behörden – stark reduziert.

Im Juni wurde in Wien eine Vereinbarung über die Abänderung des österreichisch-polnischen Luftverkehrsabkommens paraphiert.

Portugal

(Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
A. R. Eanes	M. Soares	J. Gama

ÖB Lissabon : Dr. Erich Hochleitner, Rua das Amoreiras 70, P 1200 Lissabon, Tel. (1) 654161 ; HK Portimao, Porto, Funchal, Ponta Delgada ; AHSt

Der aussenpolitische Standort Portugals ist durch die Mitgliedschaft zur Atlantischen Allianz bestimmt. Bündnistreue zur NATO, Beitritt zur EG und eine enge Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten portugiesischer Sprache sind die primären aussenpolitischen Ziele.

Durch eine aktive Diplomatie konnte Portugal vor allem im Verhältnis zu den EG und zum portugiesischsprechenden Afrika bedeutende Fortschritte bei der Verwirklichung seiner Anliegen erzielen.

Die österreichisch-portugiesischen Beziehungen konnten ebenfalls intensiviert werden. Vom 2. bis 5. April besuchte der Bundespräsident Portugal und erwiderte damit den Staatsbesuch von Präsident Eanes in Österreich im Jahre 1982. Der sehr erfolgreich verlaufene Staatsbesuch des Bundespräsidenten verlieh den bilateralen Beziehungen neue Impulse.

Ein Abkommen über die Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich wurde unterzeichnet und Verhandlungen über weitere Abkommen eingeleitet.

Die portugiesische Innenpolitik stand wiederum im Zeichen der schweren portugiesischen Wirtschaftskrise. Die PS-PSD-Koalitionsregierung führte in Zusammenarbeit mit dem IWF ein umfassendes und restriktives Sanierungsprogramm durch. Wäh-

Portugal – Rumänien

rend im Berichtsjahr das portugiesische Zahlungsbilanzdefizit auf ein finanzierbares Ausmass reduziert werden konnte, entwickelten sich Wirtschaftswachstum, Investitionen und Konsum negativ. Besorgniserregend blieben das grosse Defizit des Staatshaushaltes sowie die hohen Inflations- und Arbeitslosenraten. Die Regierung beschloss daher ein Programm zur Ankurbelung der portugiesischen Wirtschaft und ist um dessen Verwirklichung bemüht.

Die Schwäche des portugiesischen Marktes führte zu einer weiteren Stagnation der österreichischen Exporte (auf 773,6 Mio. öS; +4,2%).

Portugal konnte hingegen seine Exporte nach Österreich erheblich (+25,2% auf 1,43 Mrd. öS) ausweiten, sodass sich neuerlich ein substantielles österreichisches Passivum im Warenverkehr ergab.

Die österreichisch-portugiesischen kulturellen Beziehungen gestalteten sich sehr intensiv und es war möglich, in Portugal eine umfassende kulturelle Präsenz Österreichs sicherzustellen. Grösste Bereitschaft zur kulturellen Partnerschaft zeigte die internationale Calouste Gulbenkian-Stiftung mit Sitz in Lissabon, die seit Jahren namhaft zum Gelingen zahlreicher österreichischer Kulturinitiativen beiträgt.

Im Juli 1984 trat das österreichisch-portugiesische Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit in Kraft, das den kulturellen Austausch weiter fördern und die Grundlage für eine Verdichtung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten, wissenschaftlichen Institutionen, Museen, Bibliotheken usw. sein soll.

Auf dem Gebiet der Kunst wurden die Ausstellungen „Österreichische Holzschneider, heute“, „Faksimile der Meisterwerke der Albertina“ und „Franz Kafka“ in mehreren Städten gezeigt. Auf musikalischem Gebiet präsentierte die Gulbekian-Stiftung mit grossem Erfolg die in Form einer österreichisch-portugiesischen Koproduktion vom Clemencic-Consort inszenierte Vivaldi-Oper „L'Olimpiade“. Auch die „Wiener Kammermusiker“ und „Neuen Wiener Solisten“ konzertierten in Lissabon, Porto, Funchal und Braga. Auf bilateralem Gebiet erschien der von der Universität Coimbra herausgegebene 2. Band einer Anthologie moderner österreichischer Literatur. Damit existiert nunmehr in portugiesischer Sprache eine hervorragende zweibändige Sammlung wichtiger Werke der österreichischen Literatur von 1900 bis heute.

Österreich war wiederum erfolgreich bemüht, österreichische Kultur in den Provinzen sowie auf den Atlantischen Inseln (Madeira, Azoren) zu präsentieren.

Rumänien (Sozialistische Republik Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicolae Ceausescu	Constantin Dascalescu	Stefan Andrei

ÖB Bukarest: Andreas Berlakovich, Str. Dumbrava Rosie 7, Bukarest, Tel. 119377; AHSt; AUA-B

Rumänien hat 1984 seinen aussenpolitischen Kurs der relativen Unabhängigkeit innerhalb des östlichen Bündnisses fortgesetzt, doch hat sich der reale Spielraum wegen der weiterhin angespannten wirtschaftlichen Lage eher eingengt. Die wesentlichen Aktivitäten wurden im Rahmen der Besuchsdiplomatie sowie durch Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen mit Schwerpunkt Ost-West-Beziehungen und Abrüstung entfaltet.

Rumänien – Rwanda

Die innenpolitische Lage war stabil. Der XIII. Parteitag im November läßt eine stärkere ideologische und bürokratische Straffung sowie Zentralisierung des innenpolitischen Kurses erwarten.

Vom 2. bis 6. April besuchte eine österreichische Parlamentarierdelegation unter Führung von Präsident Benya Rumänien.

Der Wert der österreichischen Ausfuhren stieg um 9,3% auf 1,1 Mrd. S. Die Hauptpositionen waren chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl, Roheisen und Ferrolegerungen sowie Maschinen. Die Einfuhren aus Rumänien stiegen um 8,4% auf 1,7 Mrd. S. Zirka die Hälfte der rumänischen Lieferungen bestand aus Erdölprodukten. Darüber hinaus wurden vor allem Obst und Gemüse, Chemikalien, Textilien, Möbel sowie Eisen und Stahl importiert. Vom 20. bis 24. Februar trat die Gemischte Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit und technisch-industrielle Kooperation zusammen. Vom 30. Mai bis 4. Juni wurde die 8. Tagung des Kammerkontaktkomitees abgehalten. Im Oktober beteiligte sich Österreich im Rahmen einer Gruppenausstellung an der Internationalen Messe in Bukarest.

Die kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erfolgt auf Basis des Kulturabkommens und der von der Gemischten Kommission erarbeiteten Durchführungsprogramme. Die Schwerpunkte liegen weniger auf dem Austausch von Wissenschaftlern und Künstlern als auf dem Gebiet von Ausstellungen und musikalischen Darbietungen.

Die humanitären Fragen waren weiterhin ein wesentliches Anliegen in den bilateralen Beziehungen. Einige dieser Anliegen konnten positiv erledigt werden. Insgesamt war ein weiterer Rückgang der Zahl der ungelösten Fälle feststellbar.

Rwanda

(Rwandische Republik), Kigali

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Juvénal Habyarimana	Juvénal Habyarimana	François Ngarukiyintwali

ÖB siehe Zaire

Infolge Dürreschäden hat Rwanda einen allgemeinen Appell zur Gewährung von Nahrungsmittelhilfe veröffentlicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung Rwandas, vor allem auf dem Gebiet der Industrie, ist durch den hohen Wechselkurs der Währung erschwert. Die Importe werden durch die Pflicht zur Erlegung hoher Depots gehemmt. Dies spiegelt sich auch in den österreichischen Lieferungen wider, die gegenüber dem Vorjahr zurückgingen. Rwanda liefert traditionell Kaffee, Tee und Zinnerze nach Österreich; im Lieferumfang ist auf niedrigem Niveau eine kräftige Steigerung zu verzeichnen.

Im Gefolge des im Vorjahr unterzeichneten Kooperationsabkommens mit Österreich wurden Stipendien unter Einschluss eines sprachlichen Vorbereitungsstadiums gewährt und verschiedene Entwicklungshilfeprojete in Angriff genommen.

*Sambia – San Marino***Sambia
(Republik Sambia), Lusaka**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Kenneth David Kaunda	Nalumino Mundia	Prof. L.K.H. Goma

ÖB Lusaka : Dr. Horst Mezei, 30A Mutende Road, Woodlands, Lusaka, Tel. 254000

Sambia bleibt weiterhin sehr um die Herstellung eines dauerhaften Friedens im südlichen Afrika engagiert. Im Februar kam es in Lusaka zu einem Truppenentflechtungsabkommen zwischen Südafrika und Angola. Die von Präsident Kaunda veranstalteten Gespräche zwischen Südafrika und SWAPO über die Unabhängigkeit Namibias gingen jedoch ohne Resultat zu Ende. Präsident Kaunda hat nicht nur durch seine Vermittlungstätigkeit im südlichen Afrika, sondern vor allem durch sein stetes Bemühen um die OAU und die Blockfreien-Bewegung sein Image als einer der führenden Staatsmänner Afrikas festigen können.

Die Wirtschaft stagniert seit etwa fünf Jahren. Arbeitslosigkeit, fallendes Pro-Kopf-Einkommen, geringe Kapazitätsausnutzung, nicht kostendeckende Kupferpreise und eine hohe Auslandsverschuldung prägen das Bild. Ohne eine neuerliche Umschuldung hätte der Schuldendienst im Jahre 1984 die Exporterlöse überschritten.

Unter diesen Umständen kann sich der Außenhandel mit Sambia nur bei entsprechender Finanzierung entwickeln. Für das nächste Jahr wird ein Aufschwung der österreichischen Exporte erwartet, da eine österreichische Großbank einen Kredit für den Bezug österreichischer Waren zur Verfügung gestellt hat.

Mehrere Sambier erhielten kurzfristige Stipendien für eine Spezialausbildung in Österreich. Ausserdem erhielt Sambia 1984 eine österreichische Düngemittelspende im Wert von öS 3,7 Mio.

**San Marino
(Republik San Marino), San Marino**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marino Bollini II und Giuseppe Amici II	Marino Bollini II und Giuseppe Amici II	Giordano Bruno Reffi

ÖB siehe Italien ; GK (Sitz in Rom)

Die sanmarinesische Aussenpolitik ist um eine verstärkte internationale Präsenz bemüht. Diesem Ziel dient der Ausbau der diplomatischen bzw. konsularischen Beziehungen, eine intensivierete Mitarbeit in internationalen Organisationen sowie eine aktive Besuchsdiplomatie (u. a. offizielle Staatsbesuche des italienischen Staatspräsidenten Pertini, des Präsidenten der EG-Kommission Thorn; offizielle Visite der Kapitän-Regenten in Jugoslawien).

San Marino, das eine Politik der Neutralität verfolgt, ist naturgemäss an einer Festigung seiner Beziehungen zu den neutralen und blockfreien Staaten interessiert. Vielfach gleichgerichtete Interessen prägen die Beziehungen zwischen Österreich und San Marino. Laufende Kontakte ergeben sich im Rahmen der regelmässigen Konsultationen der N + N-Staatengruppe.

San Marino – Saudi Arabien

Landwirtschaft und Fremdenverkehr bilden die traditionelle Basis der sanmarinesischen Wirtschaft. Der bilaterale Warenverkehr Österreichs mit San Marino wird infolge der Zollunion mit Italien von der österreichischen Handelsstatistik nicht separat ausgewiesen. Sanmarinesischen Angaben zufolge gehört Österreich nach Italien zu seinen bedeutendsten Handelspartnern.

Der stellvertretende Vorsitzende des österreichischen Bundesrates, Univ. Prof. Dr. Herbert Schambeck, hat anlässlich der Amtseinführung der neuen Staatsoberhäupter von San Marino am 1. Oktober den offiziellen Festvortrag zum Thema: „Politik und Verantwortung in der demokratischen Republik“ gehalten.

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturinstitut Rom wurde in März in San Marino eine Dokumentationsausstellung über Gustav Mahler gezeigt. Aus diesem Anlass wurde der Film „Kindertotenlieder“ von Titus Leber vorgeführt und die Biographie Mahlers durch den Autor Prof. Quirino Principe präsentiert.

Saudi Arabien (Königreich Saudi Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Fahd Bin Abdul Aziz	König Fahd Bin Abdul Aziz	Prinz Saud Al-Faisal

ÖB Jeddah: Dr. Anton Prohaska, Al-Iman St. 26, Jeddah, P. O. B. 767 Jeddah, Tel. 6652548 ; AHSt ; AUA-B Jeddah, Dhahran

Die saudiarabische Staatsführung setzte die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter Bedachtnahme der Erhaltung und Förderung der islamischen Prägung seiner Gesellschaftsstruktur fort. Die Politik der Staatsführung war von Stabilitätsdenken gekennzeichnet. 1984 gab es lediglich einige wenige, personell bedingte Um- bzw. Neubesetzungen von Ministerposten. Alle Spitzen- bzw. Schlüsselpositionen blieben unverändert.

Ein wesentliches Ziel der saudiarabischen Aussenpolitik ist die Erhaltung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten und die Beseitigung von Konflikten innerhalb der arabischen und islamischen Staaten. Saudi Arabien bemüht sich daher besonders um die Eindämmung und Beilegung regionaler und lokaler Auseinandersetzungen durch Vermittlung – insbesondere in den immer wieder aufflammenden Kämpfen zwischen den Bürgerkriegsparteien im Libanon und im Krieg zwischen Iran und Irak – und unterstützt in dieser Richtung die Initiativen des Golfkooperationsrates und der OIC. Dem Ausbau des GCC als Vorstufe eines gemeinsamen Marktes mit Verteidigungsattributen wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Saudi Arabien fanden durch die offiziellen Besuche von Aussenminister Lanc vom 14. 4. bis 16. 4. 1984 (mit Vertretern bedeutender österreichischer Unternehmer in seiner Delegation) und Vizekanzler Dr. Steger von 28. 9. bis 1. 10. 1984 in Saudi Arabien eine weitere Intensivierung. Vizekanzler und Handelsminister Dr. Steger war von einer grossen österreichischen Wirtschaftsdelegation begleitet. Darüber hinaus war Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher auf Besuch in Saudi Arabien sowie ex-Generalsekretär Waldheim und Aussenminister a. D. Pahr (auf Einladung des Königs bzw. des Aussenministers).

Aufgrund der gefallenen Erdöleinnahmen hat sich die Konjunkturlage in Saudi Arabien etwas verschlechtert, insbesondere von staatlicher Seite kommt es nur

Saudi Arabien – Schweden

noch in weitaus geringerem Mass zur Vergabe von Grossprojekten, zumal infrastrukturelle Vorhaben weitgehend abgeschlossen sind.

Das Handelsvolumen zwischen Österreich und Saudi Arabien hat sich daher 1984 im Vergleich zum Vorjahr etwas verringert, doch war die Handelsbilanz 1984 wieder aktiv. Saudi Arabien war nach den USA der wichtigste Handelspartner Österreichs in Übersee; etwa 600 österreichische Firmen, darunter auch zahlreiche Mittel- und Kleinbetriebe, exportierten regelmässig nach Saudi Arabien. Die Exporte erreichten 4,42 Mrd. öS, was einen Rückgang von 13,2% gegenüber dem Vorjahr bedeutet; die Importe gingen um 38% auf 2,99 Mrd. öS zurück. Österreich war mit einer sehr breiten Produktpalette am saudiarabischen Markt vertreten, so wurden u. a. folgende Güter dorthin ausgeführt: Maschinen, Fahrzeuge, Papier, Metallwaren, Baustoffe, Textilien, Holz, Möbel, chemische Erzeugnisse und Lebensmittel. Trotz abnehmender Erdölbezüge zählte Saudi Arabien nach wie vor zu den wichtigsten Erdöllieferanten Österreichs.

Österreichische Firmen beteiligten sich sowohl an der Landwirtschaftsmesse in Riyadh im April 1984 als auch an der medizinischen Fachmesse „Saudi Medicare“, die im Oktober 1984 ebenfalls in Riyadh stattfand. Eine österreichische Wirtschaftsdelegation aus der Lebensmittelbranche besuchte im März 1985 Riyadh und Jeddah. Im Oktober 1984 stattete erstmals eine hochrangige saudiarabische Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Präsidenten der saudiarabischen Handels- und Industriekammern Österreich einen Besuch ab. Schliesslich verstärkte auch die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft durch Österreich-Präsentationen in Jeddah, Riyadh und Dammam ihre Werbetätigkeit und konnte in zunehmendem Masse Kunden in Saudi Arabien gewinnen. Die direkte Flugverbindung nach Österreich mit Austrian Airlines wirkt sich vorteilhaft aus. Saudi Arabien ist neben Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten Partner in der joint venture des österreichischen Konferenzzentrums.

Der Entwurf eines bilateralen Kulturabkommens ist nach längeren Verhandlungen unterschriftsreif. Er sieht insbesondere die Regelung der Ausbildung saudiarabischer Ärzte in Österreich und eine Intensivierung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen vor.

Österreichische Professoren der Medizin haben 1984 mehrfach an wissenschaftlichen Symposien in Saudi Arabien als Referenten teilgenommen. Ebenso haben Professoren und Assistenten österreichischer Universitäten im Rahmen einer von der Botschaft initiierten Kooperation mit der New Jeddah Clinic dort medizinische Vorlesungen abgehalten. Derzeit sind auch drei Österreicher als Professoren an saudiarabischen Universitäten und Hochschulen tätig.

Schweden

(Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Carl XVI.Gustaf	Olof Palme	Lennart Bodström

ÖB Stockholm : Dr. Ferdinand Stolberg, Kommendörsgatan 35/V, 11458 Stockholm, Tel. (08) 233490 ; HGK Stockholm, Göteborg ; HK Malmö ; AHSt ; 2 AUA-B

Schweden

Das allgemeine weltpolitische Klima, die fortdauernden U-Boot-Zwischenfälle der letzten Jahre und eine sowjetische Luftraumverletzung haben die Debatte über den Stellenwert der schwedischen Neutralitätspolitik wieder belebt. Ein Abgehen von der traditionellen Neutralitätspolitik kommt zwar nicht in Frage, aber ein Umdenken hinsichtlich der Bedeutung einer starken Landesverteidigung (die in Entspannungszeiten als weniger dringlich empfunden wurde) ist im Gange.

Die österreichisch-schwedischen Beziehungen sind aufgrund der Neutralitätspolitik der beiden Länder häufig durch gemeinsame Interessen und damit verbundenen oftmaligen Meinungsaustausch gekennzeichnet. Auf nahezu allen Sachgebieten bestehen enge und kontinuierliche Kontakte auf Staats-, Partei- und auch auf inoffizieller Ebene. Auf aussenpolitischem Gebiet sind infolge der Neutralitätspolitik beider Länder und der ähnlichen Beurteilung weltpolitischer Fragen die Beziehungen besonders intensiv. Hier ist vor allem die Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen und bei der in Stockholm tagenden Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa hervorzuheben, wo den Neutralen oftmals eine bedeutende Vermittlerrolle zufällt.

Bundesminister für Inneres Karl Blecha hat sich vom 1. bis 3. Juli in Schweden zu einem inoffiziellen Besuch aufgehalten und schwedische Zivilschutzeinrichtungen besichtigt. Vom 24. bis 27. Oktober 1984 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dipl. Ing. Günter Haiden, in Schweden einen Arbeitsbesuch absolviert und Gespräche auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft geführt. Das diesjährige routinemässige Treffen zwischen dem österreichischen Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, DDr. Gerald Hinteregger, und seinem schwedischen Amtskollegen, Kabinettssekretär Pierre Schori, hat am 10. April 1984 in Wien stattgefunden.

Die im Jahre 1982 durchgeführte 16%ige Abwertung hat auch 1984 die schwedischen Exporte noch weltweit bevorteilt. Diese Entwicklung und die zunehmende Investitionstätigkeit der Industrie im Zeichen eines Konjunkturhochs in Schweden haben den Bereich der Zulieferungen begünstigt, was sich nicht zuletzt auch im Ansteigen der österreichischen Exporte nach Schweden niederschlägt (+ 15,2% im Berichtsjahr 1984). Im Warensortiment dominieren Metalle und Metallwaren, elektrische Maschinen und Geräte, Polymerisationserzeugnisse und Bekleidung. Der schwedische Export nach Österreich hat in der Berichtsperiode um 17% zugenommen, wodurch sich das erstmals 1983 ergebende Aktivum Schwedens weiter erhöhte (österreichische Exporte: 5,9 Mrd. S, österreichische Importe: 7,1 Mrd. S). Österreich bezieht aus Schweden vor allem Fahrzeuge, Erze, Papier- und Papierwaren, Eisen und Stahl, Maschinen sowie medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse. Am 23. Mai 1984 hat in Visby (Insel Gotland) die 2. Tagung der EFTA-Staaten auf der Ebene der Regierungschefs stattgefunden. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz, als weiteres Regierungsmitglied gehörten ihr der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc an. Sie folgte unmittelbar einer am 22. Mai ebenfalls in Visby abgehaltenen routinemässigen Ministerratssitzung der EFTA, an der von österreichischer Seite Vizekanzler Dr. Norbert Steger teilnahm.

Im Jahre 1984 konnte in Schweden eine Reihe von Ausstellungen gezeigt werden, davon drei Wanderausstellungen: „Franz Kafka“ in Linköping, „Arthur Schnitzler“ und „Robert Musil“ in Linköping und Umea. Großen Erfolg hatte die Ausstellung der österreichischen Malerin Olga Milles (1874–1967) im Millesgarden auf Lidingö bei

Schweden – Schweiz

Stockholm. Weiters stellten der österreichische Maler Dolf Mayern in der Provinzstadt Köping, dessen Gattin Margaret Nordström-Mayern, ebenfalls Malerin, in Stockholm aus. Der österreichische Metallkünstler Georg Toth hatte zwei Ausstellungen in Stockholm und der österreichische Fotograf Othmar Thormann eine Ausstellung im Modernen Museum in Stockholm.

Auf dem Musiksektor wurden verschiedene österreichische Ensembles und Solisten, meist auf privater und kommerzieller Basis, präsentiert, u. a. gastierten die Wiener Sängerknaben, das Wiener Blockflötenensemble, der Dirigent Nikolaus Harnoncourt u. a. m. in Schweden. Sehr erfolgreich war wieder das Kammermusikfestival in Umea mit der Beteiligung einer Reihe hervorragender österreichischer Musiker. Für die Pflege der deutschen Sprache in Schweden ist der bilaterale Deutsch-Lehrer-Austausch und die Abhaltung eines Fortbildungsseminars für schwedische Deutschlehrer in Raach sehr wertvoll.

Die Österreichische Botschaft in Kabul gewährte auch in diesem Jahr den schwedischen Staatsbürgern in Afghanistan konsularischen Schutz und Unterstützung. Es konnten Vorkehrungen getroffen werden, dass im Falle einer akuten Krise in Zentralamerika die in Nikaragua lebenden österreichischen Staatsbürger von schwedischen Evakuierungsmassnahmen erfasst werden.

Unter den sonstigen zahlreichen Begegnungen und Kontakten wären im Berichtszeitraum folgende Besuche hervorzuheben: Vom 16. bis 23. Juni hat sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Franz Löschnak zur Untersuchung der periodischen Kontaktgespräche betreffend umfassende Landesverteidigung in Schweden aufgehalten und Göteborg, Karlstad und Stockholm besucht.

Der schwedische Verteidigungsminister Anders Thunborg hielt sich im Sommer 1984 zweimal zu Vortragszwecken in Salzburg auf. Die Volksanwälte Dr. Bauer und Dipl. Vw. Josseck haben an der internationalen Tagung der Volksanwälte Ende Juni in Stockholm teilgenommen. Vom 4. bis 9. März hat Generaltruppeninspektor Heinz Scharff Schweden einen offiziellen Besuch abgestattet.

Schweiz

(Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Leon Schlumpf	Bundesrat = siebenköpfiges Kollegialorgan, daher kein eigentlicher Regierungschef	Pierre Aubert

ÖB Bern: Dr. Werner Sautter, Kirchenfeldstrasse 28, CH – 3006 Bern, Tel. (031) 430111; GK Zürich: RR Franz Bauer, Minervastrasse 116, 8032 Zürich, Tel. 2527200; HGK Basel, Genf; HK Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen; AHSt Zürich; 2 AUA-B

Die innenpolitische Entwicklung verlief in der Schweiz im Berichtsjahr in den bewährten Bahnen, nachdem sich die Sozialdemokratische Partei zu Beginn des Jahres für einen Weiterverbleib im Bundesrat entschieden hatte. Zu einer historischen Wahl kam es im Herbst, als Bundesrat Friedrich (Justiz- und Polizeiwesen) aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegen musste: mit Elisabeth Kopp wurde erstmals eine Frau in die Schweizer Regierung berufen.

Schweiz

Im aussenpolitischen Bereich war eine Belebung der Besuchsdiplomatie mit Lateinamerika und den Ost-Staaten zu registrieren. Der National- und der Ständerat beschlossen den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen, die endgültige Entscheidung wird jedoch frühestens Ende 1985 in einer Volksabstimmung fallen.

Sowohl in der öffentlichen Diskussion in der Schweiz als auch in den Beziehungen zu Österreich und der BRD gewann die Bekämpfung von Umweltproblemen zunehmend an Bedeutung. Den Höhepunkt des dichten Besuchs austausches bildete der offizielle Besuch von Bundeskanzler Sinowatz im März, der erste Besuch eines österreichischen Regierungschefs in der Schweiz seit dreizehn Jahren. Auch auf Beamtenebene wurde bei zahlreichen Kontakten der intensive Meinungs- und Informationsaustausch fortgesetzt. Hervorzuheben sind die gemeinsamen Bemühungen im Rahmen der KVAE ebenso wie jene um den Europarat.

Im Zeichen einer anziehenden Konjunktur in der Schweiz gelang es der österreichischen Wirtschaft, die Lieferungen in die Schweiz beträchtlich zu steigern. Der Kampf um Marktanteile war allerdings unverändert hart, sodass die erzielten Zuwachsraten nicht ganz der Zunahme des gesamten schweizerischen Aussenhandels entsprachen. Die österreichischen Exporte beliefen sich auf 21,7 Milliarden Schilling (+14,9%), die Importe erreichten 17,4 Milliarden Schilling (+5,3%). In der österreichischen Ausfuhr dominierten weiterhin Spinnstoffe und Bekleidung, Metalle und Metallwaren, Maschinen, Papier und Papierwaren, Holz und Holzwaren sowie chemische Erzeugnisse und Kunststoffe. In der Einfuhr aus der Schweiz waren die wichtigsten Waren Maschinen, Textilien und Bekleidung, chemische Erzeugnisse, Metalle und Metallwaren, Papier und Papierwaren, Kunststoffe sowie Messgeräte und Instrumente.

Die periodischen Wirtschaftsgespräche auf Beamtenebene wurden im September mit einem Treffen in Gottlieben fortgesetzt.

Auch der Fremdenverkehr entwickelte sich wiederum positiv, es waren mehr Nächtigungen schweizerischer Touristen zu verzeichnen.

Aus den sehr intensiven Beziehungen im kulturellen Bereich können nur einige markante Veranstaltungen herausgegriffen werden: das Zürcher Schauspielhaus eröffnete das Berichtsjahr mit Herzmanovskij-Orlandos „Baby Wallenstein“, die Wiener Philharmoniker kehrten unter Herbert von Karajan zu den Musikfestwochen nach Luzern zurück und Gastspiele des Wiener Serapion-Theaters in Zürich und Genf erregten beträchtliches Interesse. Bemerkenswertes Echo fand eine Ausstellung in Laufenburg, die sich mit den Reformen Maria Theresias und Joseph II. im Fricktal beschäftigt. Im Rahmen der Kulturarbeit der Botschaft kam es zu einem Gastspiel von Elisabeth Epp mit Helmut Peschinas „Du wirst schon sehen“, in Bern. H. C. Artmann und Jeannie Ebner nahmen mit großem Erfolg an den Berner Poesietagen teil. In Zusammenarbeit mit der Universität Bern konnte ein Zyklus jüngerer österreichischer Autoren verwirklicht werden, in dessen Rahmen im Berichtsjahr Gert Jonke, Marie-Thérèse Kerschbaumer und Klaus Hoffer zu Wort kamen. Den Einführungsvortrag hielt Prof. Wendelin Schmidt-Dengler.

Außer dem bereits erwähnten offiziellen Besuch von Bundeskanzler Sinowatz sind noch folgende Besuchsreisen zu nennen:

Innenminister Blecha bei Bundesrat Friedrich im Jänner; Wissenschaftsminister Dr. Fischer bei Bundesrat Egli im März; Teilnahme von Bundesminister Dr. Steyrer an einem Treffen mit seinen Ressortkollegen aus der Schweiz und der BRD im

Schweiz – Senegal

August in Luzern; Bundesrat Egli bei Bundesminister Dr. Steyrer im Februar; Bundespräsident Schlumpf bei Bundesminister Lausecker im März;

Teilnahme von Bundesrat Furgler an einem Treffen mit den mit Wirtschaftsfragen befaßten Fachministern Österreichs und der BRD im Juli in Pörschach; Bundesrat Delamuraz bei Bundesminister Dr. Frischenschlager im Oktober; Vortrag und Arbeitsgespräche von Staatssekretär Dr. Schmidt im Mai; Teilnahme von Staatssekretär Lacina an Management-Gesprächen in St. Gallen im Mai; Besuch des scheidenden Staatssekretärs Probst und des neuen Staatssekretärs Brunner bei Generalsekretär DDr. Hinteregger im März bzw. Juni.

Der intensive Besuchs austausch auf Beamtenebene zwischen den beiden Außenministerien wurde ebenso fortgesetzt, wie der Kaderpersonalaustausch zwischen den österreichischen und den schweizerischen Streitkräften.

Am 8. Oktober 1984 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und dem schweizerischen Bundesrat betreffend die Aufhebung des Notenwechsels über die Erhebung eines Zollgrenzzuschlages im Bahnhof Buchs, St. Gallen, abgeschlossen.

Senegal**(Republik Senegal), Dakar**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
A. Diouf	A. Diouf	I. Fall

ÖB Dakar: Dr. Gerhard Pfanzelter, 24, boulevard Pinet Laprade, B. P. 3247, Tel. 223886

Die Innen- und Außenpolitik Senegals war durch Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet. Durch Ausbau der Konföderation mit Gambia, aktive Nachbarschaftspolitik, ausgleichende Rolle in der OAU, Einberufung der Konferenz zur Bekämpfung der Trockenheit und Desertifikation, Vorsitz im UN-Palästina- und Kambodscha-Komitee konnte Senegal seine internationale Stellung und Rolle als diplomatisches Zentrum festigen. Die engen Kontakte zwischen beiden UN-Delegationen wurden fortgesetzt.

Die anhaltende Dürre in der Sahelzone führte zu einer schweren Belastung der senegalesischen Wirtschaft. Die Regierung verfolgte mit Unterstützung der Weltbank und der Geberländer ein Austeritäts- und Wiederaufbauprogramm, das seinen Schwerpunkt in der Entwicklung der Landwirtschaft, der Fischerei und des Tourismus hat. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen wiesen die österreichischen Exporte mit 159,4 Mio. öS (Textilien, Maschinen, Metallwaren, Fruchtsäfte, Hartkäse und chemische Produkte) eine steigende Tendenz auf (+5,5%). Die österreichischen Importe (Fische und Gemüse) gingen um 23,1% auf 2,78 Mio. öS zurück. Österreich beteiligte sich mit einem Informationsstand an der 6. Internationalen Messe Dakar. Der automatische Telefon-Selbstwählverkehr zwischen Österreich und Senegal wurde am 1. 4. 1984 eingeführt.

Aus Entwicklungshilfemitteln und Spenden der Caritas wurden Projekte im Bereich der Landwirtschaft, der angepaßten Technologie und der handwerklichen Ausbildung finanziert. Fünf österreichische Entwicklungshelfer standen im Einsatz. Zwei senegalesische Stipendiaten studierten an der Fremdenverkehrsschule Klessheim. Die Zusammenarbeit mit ENDA (Environnement Développement Action dans le Tiers

Senegal – Seychellen – Sierra Leone

Monde) wurde ausgebaut. Das zweite SOS-Kinderdorf in Senegal wurde im März 1984 in Kaolack eröffnet.

Als kulturpolitisches Schlüsselland des frankophonen Afrika zeigt Senegal großes Interesse an einer Intensivierung der kulturellen Beziehungen mit Österreich. Das Blockseminar „Probleme der österreichischen Landwirtschaft nach 1945 und Reaktionen des literarischen Systems“ an der Universität Dakar, die Österreichfilme im senegalesischen Fernsehen, die Ausstellung „Österreich – gestern und heute“ und Bücherspenden an senegalesischen Universitäten und Schulen waren die Schwerpunkte der Kulturarbeit der Botschaft. Senegalesische Stipendiaten studieren an der Diplomatischen Akademie, an der Universität Graz und an der Fremdenverkehrsschule Klessheim. Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Dakar und Graz hat sich weiter intensiviert.

Ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen wurde am 25. 5. 1984 unterzeichnet und trat am 1. 8. 1984 in Kraft.

Seychellen

(Republik der Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
France Albert René	France Albert René	France Albert René

ÖB siehe Kenia

Präsident René wurde am 17. Juni wiederum für eine 5-Jahres-Periode zum Staatsoberhaupt wiedergewählt. Nach dem Rücktritt von Außenminister Ferrari hat Präsident René auch die Führung des Außenministeriums übernommen. Die nach mehreren Putschversuchen instabile politische Lage konsolidierte sich im Berichtsjahr, was sich auch positiv auf den Fremdenverkehr auswirkte.

Der österreichische Außenhandel mit den Seychellen war auch im Jahr 1984 geringfügig. Die Ausfuhr bestand vor allem aus Fahrzeugen und Papier; österreichischerseits wurden aus den Seychellen nur Fische in kleineren Mengen importiert. Aus Entwicklungshilfemitteln wurde die Ausstattung der Polytechnischen Schule in Anse Royale mit österreichischen Ausbildungsmaschinen finanziert.

Am 1. Oktober 1984 trat das Abkommen mit den Seychellen über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht in Kraft.

Sierra Leone

(Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Siaka P. Stevens	Dr. Siaka P. Stevens	Dr. Sheka N. Kanu

ÖB siehe Nigeria

Die aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Zustände im Land gespannte innenpolitische Situation, welche sich u. a. Anfang des Jahres in Studentenunruhen manifestierte, blieb bestehen.

Sierra Leone – Simbabwe

Sierra Leone hat 1984 aus Österreich Waren im Wert von 45,24 Mio. öS importiert, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 96,5.0% entspricht. Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf Exportsteigerungen bei bearbeiteten Waren und bei Maschinen und Verkehrsmitteln zurückzuführen. Österreichs Bezüge aus Sierra Leone sind im gleichen Zeitraum auf 167,8 Mio. öS (669,70%) gestiegen.

Simbabwe (Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. h. c. Canaan Sodindo Banana	Robert Mugabe	Dr. Witness Mangwende

ÖB Harare : Dr. Alexander Otto, 30 Samora Machel Avenue, New Shell House, Room 216, Harare, P. O. Box 4120, Harare, Tel. 702921 ; AHSt

Die Aussenpolitik Simbawwes ist gekennzeichnet durch betonte Blockfreiheit und durch das Bestreben einer Transformation des aus der Kolonialzeit übernommenen kapitalistischen Wirtschaftssystems in ein sozialistisches.

Durch die zeitweise fast bürgerkriegsähnliche Formen annehmende Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei ZANU und der Oppositionspartei ZAPU kam Simbabwe wegen der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen in der Weltöffentlichkeit in ein ungünstiges Licht.

In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Simbabwe war eine gewisse Stagnation zu verzeichnen. Österreich importierte aus Simbabwe hauptsächlich Baumwolle, Tabak und Ferrolegierungen und führte chemische Erzeugnisse, Maschinen und Verkehrsmittel sowie Waren aus mineralischen Stoffen und andere bearbeitete Waren aus. Die österreichischen Ausfuhren beliefen sich im Berichtszeitraum auf 115 Mio. öS, während die Einfuhren im gleichen Zeitraum 228,79 Mio. öS betragen.

Das vor zwei Jahren abgeschlossene Abkommen zwischen der VOEST-Alpine und dem simbabwischen Eisen- und Stahlwerk ZISCO zur technischen und administrativen Rehabilitierung dieses Werkes ist am 30. November 1984 abgelaufen. Es gelang dem österreichischen Managementteam in diesem kurzen Zeitraum, das Werk technisch in die Lage zu versetzen, seine Kapazität zu 80% auszunützen. Im Zusammenhang mit dieser beachtenswerten österreichischen Leistung hielt sich der neue simbabwische Industrieminister Kumbirai Kangai in Wien und Linz auf, um Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit zwischen der VOEST und der simbabwischen Eisen- und Stahlindustrie zu führen.

Im Berichtsjahr fanden zum ersten Mal sportliche Kontakte zwischen Österreich und Simbabwe statt (Springreiten und Praktisches Schießen).

Singapur (Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
C. V. Devan Nair	Lee Kuan Yew	S. Dhanabalan

ÖB siehe Thailand ; HGK ; AHSt

Singapur – Somalia

Mit grossem Selbstbewusstsein feierte der Stadtstaat Singapur 1984 das 25. Jubiläum seines Bestehens. Innerhalb dieses Zeitraums ist Singapur unter der starken Führung von Regierungschef Lee Kuan Yew von einer mittleren fernöstlichen Hafenstadt zu einem Zentrum des Weltverkehrs und der Weltfinanz aufgestiegen. Ein gewisses Übermass an obrigkeitlicher Reglementierung und eine radikale Verjüngung der Funktionärsgarde der regierenden (konservativ-liberalen) People's Action Party (PAP) haben allerdings den seit 1959 amtierenden Parteichef Lee Kuan Yew bei den Parlamentswahlen im Dezember erstmals um den totalen Wahlerfolg gebracht.

Aussenpolitisch ist Singapur den Leitlinien einer ideologischen Zugehörigkeit zum Westen, des Vorrangs der ASEAN-Mitgliedschaft und einer aktiven Rolle im Commonwealth und in der Blockfreienbewegung verpflichtet.

Durch eine geschickte Handhabung seines liberalen Wirtschaftsinstrumentariums wird Singapur seine Rolle als Verteilerzentrum und Industriestandort für neue Technologien weiter verstärken können. Singapur kann 1984 mit einem Wirtschaftswachstum um 8% bei einer Inflationsrate von 1,5% rechnen, was die bereits äußerst hohen Währungsreserven noch mehr ansteigen lassen wird.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Singapur sind weiterhin im Aufschwung. 1984 betrug die österreichische Ausfuhr nach Singapur 623,81 Mio. öS (+ 13,6%), die Einfuhr aus Singapur 453,76 Mio. öS (+ 20,6%).

Von grossem Nutzen erweist sich die starke Präsenz österreichischer Firmen mit eigenen Niederlassungen in Singapur (derzeit bereits 16), die auch für die Bearbeitung des gesamten südostasiatischen Wirtschaftsraumes von grosser Relevanz ist.

Im November fand bereits zum 5. Male eine Textilkollektionsausstellung statt. Kulinarische Österreichwochen und eine Präsentation der österreichischen Fremdenverkehrswerbung ergänzten das Veranstaltungsprogramm.

Somalia

(Somalische Demokratische Republik), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
M. S. Barre	M. S. Barre	Dr. A. J. Barre

ÖB siehe Ägypten

1984 brachte keine Lösung des Ogaden-Konflikts, dem weiterhin die Aufmerksamkeit der somalischen Aussenpolitik gilt. Somalia konnte aber seine Beziehungen zu Kenia verbessern. Teile des Landes sind von der Dürrekatastrophe betroffen.

Die Regierung bemüht sich um eine Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wobei sie von ausländischer Hilfe abhängig ist.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Somalia und Österreich sind nicht sehr intensiv.

Die österreichischen Exporte nach Somalia gingen zurück (1983: 57,9 Mio. öS; 1984: 46,76 Mio. öS), die somalischen Exporte nach Österreich konnten – auf niedrigem Niveau – gesteigert werden.

Sowjetunion

Sowjetunion

(Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
K. U. Tschernenko	N. A. Tichonow	A. A. Gromyko

ÖB Moskau: Dr. Helmut Liedermann, Starokonjuschennyi Per. 1, Moskau, Tel. 2017307; AHSt; AUA-B

Staats- und Parteichef Jurij Andropow starb am 9. Februar 1984 nach einer nur 15 Monate an der Spitze der KPdSU währenden Amtszeit. Bei seiner Bestellung zum Nachfolger bekannte sich Konstantin U. Tschernenko zu einer Fortführung der Politik seines Vorgängers sowohl nach innen als auch nach aussen. Die sowjetische Aussenpolitik war von den Fragen des Verhältnisses zu den USA sowie der (Wieder-) Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen dominiert. Die sowjetische Nichtteilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles reflektierte Moskaus Einschätzung des Standes der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Gromykos Treffen mit Reagan und Shultz noch vor den US-Wahlen sowie der im November veröffentlichte Beschluss, einen Neubeginn im Abrüstungsdialog mit den USA zu setzen, sorgte für eine etwas optimistischere Lageeinschätzung in Moskau gegen Jahresende. Äusseres Zeichen des Versuches einer schrittweisen Verbesserung des Verhältnisses auch zu China war die Reise des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Archipow, im Dezember nach Peking.

Der Schwerpunkt der sowjetischen Innenpolitik lag bereits in der Vorbereitung des 27. Parteitags. Ihm sollen eine Neufassung des Parteiprogramms und der 12. Fünfjahresplan zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Letzterer wird insbesondere auf dem 1984 verabschiedeten Energieprogramm sowie auf den Ergebnissen der unter Andropow initiierten Wirtschaftsexperimente (mehr Eigenverantwortung für Betriebe, namentlich bei der Plangestaltung) basieren. An der Spitze der sowjetischen Militärführung gab es durch den Tod Verteidigungsminister Ustinows (Nachfolger: Marschall Sokolow) im Dezember sowie durch die Absetzung von Generalstabchef Ogarkow (Nachfolger: Achromejew) im August innerhalb weniger Monate grosse Veränderungen.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz weilte vom 24. bis 27. November zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Der Bundeskanzler reiste in Begleitung der Bundesminister Gratz und Dkfm. Lacina und führte Gespräche mit Ministerpräsident Tichonow, an denen auch die stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow und Martschuk teilnahmen. Der Bundeskanzler wurde von Staats- und Parteichef Tschernenko zu einer Unterredung empfangen. Im Zuge dieses Besuches traf Bundesminister Gratz auch mit seinem Amtskollegen Gromyko und Bundesminister Dkfm. Lacina mit den Ministern für Zivilluftfahrt bzw. für Luftfahrtindustrie, Bugajew und Silajew, zusammen. Im Laufe der Gespräche wurde von beiden Seiten der Befriedigung über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen Ausdruck gegeben. Zur Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Staats- und Parteichef Andropow hatten sich vorher schon Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Bundesminister Lanc am 13. und 14. Februar in Moskau aufgehalten. Aufgrund einer Einladung des Präsidenten des Nationalrates, Anton Benya, stattete eine Parlamentarierdelegation unter Leitung des Vorsitzenden des Unionssowjets, Tolkunow, vom 16. bis 22. Oktober Österreich einen Besuch ab. Die sowjetischen Volksvertreter führten Gespräche im österreichi-

Sowjetunion

schen Parlament und wurden vom Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler empfangen. Vom 13. bis 20. Mai kam Bundesminister Dr. Zilk auf Einladung des Vorsitzenden des sowjetischen Komitees für Sportwesen und Körperkultur, Gramow, in die Sowjetunion und traf mit dem Minister für Erziehungswesen, Prokofjew, und dem Ersten Stellvertretenden Kulturminister, Sajzew, zusammen.

Einer Einladung des Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaft folgend, reiste eine österreichische Gewerkschaftsdelegation, die unter Leitung Präsident Benyas stand und der auch Vizepräsident Gassner angehörte, für die Zeit vom 1. bis 6. Oktober in die Sowjetunion. Die österreichischen Gewerkschafter wurden ebenso wie eine Gruppe österreichischer Parlamentarierinnen, der Abgeordnete aller drei Parlamentsparteien angehörten (Leitung: Dr. Offenbeck; Einladung des Komitees sowjetischer Frauen; 18.–25. September), vom Vorsitzenden des Unionsowjets, Tolkunow, empfangen. Im Rahmen der bestehenden regionalen Partnerschaftsvereinbarungen zwischen österreichischen Bundesländern und sowjetischen Republiken besuchten die Landeshauptleute Kery und Dr. Krainer die Moldauische (10. bis 15. Oktober) bzw. die Lettische Sowjetrepublik (15. bis 19. Oktober), während im September eine hochrangige lettische Delegation der Steiermark einen Besuch abstattete. Die Tage der Armenischen Republik in Österreich (8. bis 15. Mai) wurden in Anwesenheit einer unter der Leitung des Ministerpräsidenten der Armenischen SSR stehenden Delegation begangen, die auch von Bundespräsident Dr. Kirchschräger empfangen wurde. Zwischen Bundesminister Lanc und ZK-Sekretär Ryschkow fand am 16. Jänner in Wien eine Unterredung statt. Auf Einladung der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft hielt sich der stellvertretende Ministerpräsident der RSFSR, Frau Lydia Lykowa, zur feierlichen Begehung des 60. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion im Februar in Wien auf und wurde bei dieser Gelegenheit auch von Bundeskanzler Dr. Sinowatz empfangen.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen waren von einer beachtlichen Steigerung der österreichischen Exporte gekennzeichnet. Die Ausfuhren konnten um 30,5% auf 14,1 Mrd. S erhöht werden, während die Einfuhren um 32,1% auf 19,6 Mrd. S stiegen. Im Rahmen des Besuches des Bundeskanzlers wurde am 25. November das in Rekordzeit in Schlobin/Weissrussland von der VOEST-Alpine AG errichtete Kompaktstahlwerk feierlich eröffnet. Die Zufriedenheit der sowjetischen Auftraggeber fand in der Zusage für die Durchführung eines weiteren Grossprojektes ihren Ausdruck, welches die Liste sowjetischer Grossaufträge auf den verschiedensten Sektoren für österreichische Lieferungen erweitert. In der Zeit vom 2. bis 4. Oktober fand die 16. Tagung der Österreichisch-Sowjetischen Gemischten Kommission für wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Die österreichische Delegation stand unter Leitung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Vizekanzler Dr. Steger, die sowjetische Delegation wurde von Aussenhandelsminister Patolitschew geleitet. Im April wurde die 3. Tagung der Arbeitsgruppe für Energetik in Wien und im Mai die 17. Tagung der Arbeitsgruppe für Maschinen und Ausrüstung in Moskau abgehalten. Im Juli fand die 1. Tagung der Arbeitsgruppe für Landwirtschaft und Agroindustrie und im September die 1. Tagung der Arbeitsgruppe für Bauwesen und Baumaterialien in Moskau statt. Die 7. Tagung des Kammerkontaktkomitees wurde im April in Wien sowie in Linz abgehalten.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz war bei seinem erwähnten Besuch von einer grossen Wirtschaftsdelegation begleitet. Im Zuge des Besuches wurde auch die grundsätzli-

Sowjetunion

che Übereinstimmung erzielt, die Möglichkeit einer Verlängerung des Handels- und Zahlungsabkommens vom 30. 5. 1975, des Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit vom 1. 2. 1973 und des Langfristigen Programms über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit vom 19. 1. 1981 zu erwägen. Zur Eröffnung des von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft organisierten technisch-wissenschaftlichen Symposiums über „Rohstoffwiedergewinnung und -aufarbeitung– Recycling“ reiste Bundeskammerpräsident Ing. Sallinger im November nach Moskau. Im Juni und September besuchten Wirtschaftsdelegationen der Bundesländer Kärnten und Steiermark die Sowjetunion. Daneben hielten sich zahlreiche wichtige Persönlichkeiten des österreichischen Wirtschaftslebens in der UdSSR zu Kontakten auf. Anlässlich des 10. Jahrestages der Inbetriebnahme der Trans-Austria-Gasleitung (TAG) besuchten vom 30. Mai bis 2. Juni der Minister für Gasindustrie Dinkow sowie der stellvertretende Außenhandelsminister Osipow Österreich. Österreichische Firmen nahmen an den Messen für Metallbearbeitung, Landwirtschaftstechnik und Holzbearbeitung, die alle in Moskau veranstaltet wurden, teil.

In Erfüllung des bilateralen Kulturübereinkommens veranstalteten das Kunsthistorische Museum Wien und das Österreichische Museum für angewandte Kunst Wien in der Staatlichen Ermitage in Leningrad und danach im Staatlichen Kunstmuseum in Tiflis eine Ausstellung unter dem Titel „Europäische angewandte Kunst des Mittelalters und der Renaissance“.

Ein besonderer Erfolg war die erste österreichische Filmwoche in der Sowjetunion; rund 400.000 Personen sahen Franz Antels Streifen „Der Bockerer“, Wolfgang Glücks „Der Schüler Gerber“, Walter Bannerts „Die Erben“, Hannes Zells „Die Schieber“ und die österreichisch-französische Koproduktion „Bel Ami“ (1955) in drei Moskauer Grosskinos, in acht Kinos in Minsk und in vier Kinos in Charkow. Aufgrund dieses grossen Interesses vereinbarte das Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit dem Staatskomitee für Filmwesen der UdSSR, reziprok, und zwar jährlich alternierend, Filmpremieren und Filmwochen abzuhalten.

Eine andere Form zeitgenössischen österreichischen Kunstschaffens, die musikalische, war in der Sowjetunion ebenfalls erfolgreich. Kompositionen von Thomas Christian David, Helmut Eder, Fritz Leitermayer und Alfred Uhl wurden beim II. Internationalen Moskauer Musikfestival aufgeführt. Erwähnenswert erscheint die erste Aufführung der „Entführung aus dem Serail“ in russischer Sprache in einem Moskauer Musiktheater. Ins Russische übersetzt erschien in einer Auflage von 50.000 Exemplaren Musils „Der Mann ohne Eigenschaften“. Mitte Dezember flogen im Rahmen des sowjetischen Weltraumprojekts „Wega“ österreichische Geräte zur Messung von Magnetfeldern dem Halleyschen Kometen entgegen.

Vom 24. bis 27. Jänner 1984 wurde in Wien ein neues Kulturübereinkommen zwischen Österreich und der UdSSR verhandelt, welches mittlerweile in Kraft getreten und für drei Jahre gültig ist.

Der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft bzw. der Sowjetisch-Österreichischen Freundschaftsgesellschaft kommt auf dem Gebiet des Kulturaustausches weiterhin grosse Bedeutung zu.

Im humanitären Bereich verwendete sich die österreichische Botschaft regelmässig bei den sowjetischen Behörden für eine positive Erledigung der vorgebrachten

Sowjetunion – Spanien

Anliegen, insbesondere hinsichtlich von Familienzusammenführungen und Besuchsreisen. Aufgrund einer Gandenbitte Bundespräsident Dr. Kirchschrägers wurden vier in der Sowjetunion inhaftierte österreichische Staatsbürger anlässlich des Besuches des Bundeskanzlers begnadigt und aus der Haft entlassen.

Im Mai bzw. im Oktober reisten Delegationen des Obersten Gerichtshofes, unter Leitung von Präsident Dr. Wurzinger, sowie des Österreichischen Roten Kreuzes, geführt von Präsident Dr. Treichl, in die Sowjetunion. Im Rahmen des Militäraustausches hielt sich eine Abordnung der Landesverteidigungsakademie unter deren Leiter Korpskommandant Brosch-Fohraheim im Juli in Moskau auf.

Spanien (Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	Felipe González	Fernando Morán

ÖB Madrid: Dr. Gerhard Gmoser, Castellana 91, 28046 Madrid, Tel. (01) 4565315; HGK Barcelona; HK Bilbao, Gerona, Malagá, Sevilla, Valencia, Palma de Mallorca, Las Palmas de Gran Canaria, Santa Cruz de Tenerife; AHSt Madrid, Barcelona; AUA-B

Der EG-Beitritt ist weiterhin wichtigstes Anliegen der spanischen Aussenpolitik. Trotz des von beiden Seiten manifestierten politischen Willens für diesen Beitritt konnten die Verhandlungen zwischen Spanien und der EG betreffend die Bedingungen in einigen sensiblen Kapiteln nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bis zum Jahresende abgeschlossen werden.

Über den allfälligen Austritt Spaniens aus der NATO soll im Feber 1986 ein Referendum stattfinden. Ministerpräsident González hat sich öffentlich für den Verbleib Spaniens im Verteidigungsbündnis ausgesprochen. Ein negativer Ausgang des Referendums erscheint nach dem 30. Parteikongress der Regierungspartei PSOE unwahrscheinlich. Die Beziehungen zu Lateinamerika nehmen in der spanischen Aussenpolitik weiter einen bedeutenden Platz ein. Im Zentralamerikakonflikt unterstützt Spanien die Bemühungen der Contadora-Staaten. Besonderes Augenmerk gilt auch den Entwicklungen in der MAGHREB-Zone.

Die Regierung war auch bemüht, ihr 1983 begonnenes Reformprogramm weiter zu verfolgen.

Die Schaffung von autonomen Regionen wurde abgeschlossen, entsprechende Verwaltungsagenden wurden dezentralisiert. Ferner wurde ein Programm der strukturellen Bereinigung in der Industrie vorangetrieben. Die grössten innenpolitischen Probleme stellen die ständig steigende Arbeitslosigkeit (ca. 20%) und die Baskenfrage dar. In der Bekämpfung des ETA-Terrorismus wurden weiterhin keine Erfolge erzielt. Der Rücktritt des Präsidenten der Autonomen Region des Baskenlandes, Garaioechea, hat die innere Situation wesentlich verschärft.

Wichtigstes Ereignis in den bilateralen Beziehungen war der Besuch von Bundeskanzler Dr. Sinowatz in Spanien vom 2. – 4. Oktober. Neben der Erörterung des Ausbaues der bilateralen Zusammenarbeit wurde hiebei auch eine österreichisch-spanische Kooperation in Lateinamerika vereinbart. Der Besuch von Bundeskanzler Sinowatz stand im Zeichen eines äusserst freundlichen Echos der spanischen Presse.

Spanien

Die bundesstaatliche Struktur Österreichs und die Behördenorganisation sowie die österreichische Sozialpartnerschaft waren für die Durchführung des Reformprogrammes der spanischen Regierung weiterhin von grossem Interesse.

Im Warenverkehr zwischen Österreich und Spanien hielt die Expansion in beiden Richtungen an, gegenüber dem Vorjahr allerdings stark differenziert. Während sich die Zuwachsrate der österreichischen Bezüge kräftig um 36,6% erhöhte, schwächte sich die entsprechende Rate der österreichischen Lieferungen auf 3,5% ab. Österreichischen Ausfuhren nach Spanien im Werte von 4,74 Mrd. S standen Einfuhren aus Spanien im Werte von 2,4 Mrd. S gegenüber. Unter den Abnehmern österreichischer Waren ist Spanien um weitere zwei Plätze auf die 14. Stelle vorgerückt, als Lieferant steht es an 23. Stelle (1983 : 24. Stelle).

Im österreichischen Export nach Spanien entfallen 70% auf die Position Maschinen und Verkehrsmittel bzw. über 50% auf Motoren und Getriebe des österreichischen General Motors-Werkes an das spanische Montagewerk in Zaragoza. Die GM-Lieferungen haben zwar nur mehr mässig expandiert, waren aber doch eine wichtige Stütze des österreichischen Exportwachstums. Belebt haben sich auch die Ausfuhren von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, chemischen Erzeugnissen und Halbfertigwaren. Als Folge der anhaltenden Schwäche der Binnennachfrage verminderten sich dagegen die Fertigwarenlieferungen. Positiv zu vermerken ist auch, dass sich die österreichischen Exporte von Jahr zu Jahr über eine breitere Warenpalette erstrecken, u. a. auch Zeichen eines gestiegenen Interesses österreichischer Exporteure am spanischen Markt vor allem in Hinblick auf den für 1986 erwarteten Beitritt Spaniens zur EG.

Die Dynamik des spanischen Exports nach Österreich hat weiter zugenommen. Sie erstreckt sich fast über die ganze Breite der spanischen Exportgüter, was sich damit erklärt, dass die in der Periode 1982/83 abgewertete Peseta das Austauschverhältnis zum Schilling verbessert und damit den spanischen Exporteur in die Lage versetzt hat, die sich in Österreich aus dem Konjunkturaufschwung ergebenden Möglichkeiten besser zu nützen. Hervorzuheben sind die spanischen Lieferungen von Gemüse und Früchten, KFZ, Datenverarbeitungsanlagen, Leder und Kautschukwaren.

Die in den vergangenen Jahren festzustellende Tendenz des steigenden Interesses der spanischen Bevölkerung an der österreichischen Kultur hat sich neuerlich bestätigt.

Besondere Bedeutung kam dem audiovisuellen Sektor zu. So nahm Österreich an nicht weniger als acht internationalen Filmfestivals mit zum Teil ausgezeichnetem Erfolg teil. Ausserdem wurden mehreren nationalen Institutionen Filme zum ständigen Gebrauch überlassen. Ein weiterer Schwerpunkt der kulturellen Tätigkeit war die Präsentation einer Faksimile-Ausstellung der Werke von Klimt und Schiele im Museum für Zeitgenössische Kunst in Madrid sowie den Städten Granada, Salamanca und Valencia.

Das in der spanischen Öffentlichkeit jedoch am meisten beachtete Ereignis waren die beiden Konzerte der Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein in Madrid und Barcelona, die von einem triumphalen Presseecho begleitet waren. Ausserdem gastierten u. a. die Wiener Sängerknaben in Palma de Mallorca und das Clemencic-Consort in Madrid.

Spanien – Sri Lanka

Wissenschaftliche Symposien, die Beteiligung an diversen Veranstaltungen kultureller Art, der wechselseitige Austausch von Experten verschiedenster Fachrichtungen sowie ein Symposium des spanischen Deutschlehrerverbandes mit Schwerpunkt Österreich rundeten das kulturelle Erscheinungsbild ab.

Im Berichtszeitraum waren auch drei österreichische Lektoren an den Universitäten von Madrid, Salamanca und Valencia tätig.

Die Österreichisch-Spanische Gemischte Kulturkommission hielt vom 9. – 11. Mai in Madrid ihre 4. Tagung ab.

Vom 16. – 18. Feber fand der offizielle Besuch des spanischen Aussenministers Morán in Österreich, verbunden mit der 3. Tagung der Grossen Gemischten Österreichisch-Spanischen Kommission statt. Vom 6. – 9. Juni besuchte der spanische Industrieminister Solchaga Wien und Linz. Am 17. Feber wurde ein Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen unterzeichnet. Ein 1983 unterzeichnetes Rahmenabkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist am 1. August in Kraft getreten.

Sri Lanka (Demokratische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
J. R. Jayawardene	R. Premadasa	A. C. S. Hameed

ÖB siehe Indien ; HK

Während des Berichtsjahres hat sich die Krise im Zusammenhang mit den Autonomieforderungen der tamilischen Minderheit, deren radikale Vertreter sogar einen eigenen Staat anstreben, verschärft. Ein nach indischen Vermittlungsbemühungen von einer Allparteienkonferenz ausgearbeitetes verfassungsänderndes Autonomiestatut stiess jedoch sowohl auf die Ablehnung der Tamilen wie auch von Teilen der Singhalesen, weshalb Staatspräsident Jayawardene diese Vorschläge wieder zurückzog.

Sri Lanka beschuldigt Indien, die Ausbildung von Terroristen auf seinem Territorium zu dulden und hat die Meeresenge zwischen den beiden Staaten zum Sperrgebiet erklärt. Die Unruhen haben dem Fremdenverkehr, einer der wichtigsten Devisenquellen Sri Lankas, schweren Schaden zugefügt. Auch die früher hoffnungsvolle wirtschaftliche Entwicklung wurde jäh gebremst. Nach Exporten im Jahre 1983 von 70,93 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 52,49 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von –26% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 77,52 Mio. öS 1983 auf 110,82 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von +39,4%.

Durch die Ausbildung einer Polizeihundestaffel leistet Österreich im Rahmen der Entwicklungshilfe einen Beitrag zur Bekämpfung des Schmuggels von Suchtgiften in Sri Lanka.

Ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung bei Einkommen und Kapital steht in Verhandlung.

Südafrika

Südafrika (Republik Südafrika), Pretoria

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
P. W. Botha	P. W. Botha	R. F. Botha

ÖB Pretoria: Dr. Johann Plattner, Pretoria, 405, Church Street, Tel. 3233001; HGK Johannesburg; HK Durban; AHSt Johannesburg

Im Jahre 1984 wurden gemäß der neuen Verfassung die Wahlen zum Parlament für die farbige und indische Bevölkerungsgruppe durchgeführt und die feierliche Eröffnung des neuen 3-Kammern-Systems sowie die Angelobung des neuen Staatspräsidenten (Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person) vorgenommen. Durch die neue Verfassung wird der farbigen und indischen Bevölkerung Südafrikas begrenzte politische Mitbestimmung eingeräumt.

Die schwarze Bevölkerung des Landes (67 Prozent der Gesamtbevölkerung) bleibt in der neuen Verfassung unberücksichtigt.

Im März 1984 wurde ein Abkommen mit Mosambik über Sicherheit und Zusammenarbeit abgeschlossen (Vertrag von Nkomati). Die südafrikanische Regierung verbindet mit diesem Vertrag die Hoffnung auf eine neue Phase in den Beziehungen zu den schwarzen Nachbarstaaten.

Die zweite Jahreshälfte war durch tiefgreifende Unruhen in den schwarzen Townships gekennzeichnet, die sich teilweise gegen die neue Verfassung, insgesamt aber gegen die dem Apartheid-System inhärente Diskriminierung der nichtweißen Bevölkerung richtete.

In der Namibia-Frage wurden keine Fortschritte erzielt. Die südafrikanische Regierung verpflichtete sich zwar zum Rückzug ihrer Truppen aus Südafrika, jedoch wurde das südafrikanische „disengagement“ bis Ende 1984 nicht vollständig durchgeführt.

Auf die angolanischen Vorschläge für eine Namibia-Lösung reagierte die südafrikanische Regierung mit Gegenvorschlägen.

Österreich verurteilt das Apartheid-System als eine Verletzung der Menschenrechte. Eine Entwicklung der bilateralen Beziehungen ist ohne tiefgreifende Reformen, die eine Abschaffung des Apartheid-Systems zum Ziel haben, nicht möglich. Die Gespräche der österreichischen Bundesregierung mit dem südafrikanischen Premierminister, der sich im Rahmen einer Europa-Reise im Sommer 1984 auch privat in Österreich aufhielt, boten Gelegenheit, den österreichischen Standpunkt zur Apartheid darzulegen und eine Reihe von humanitären Fragen zur Sprache zu bringen.

Die österreichischen kulturellen Aktivitäten umfaßten Kontakte zu Universitäten und wissenschaftlichen Instituten sowie zu deutschsprachigen Schulen und Germanistiklehrstühlen.

In diesem Bereich ist vor allem die Betreuung der in Südafrika lebenden Österreicher (ca. 25.000) zu erwähnen. Die Zahl der südafrikanischen Touristen, die Österreich besuchen, hat 1984 stark zugenommen.

Die südafrikanische Wirtschaft durchlief auch 1984 – bedingt vor allem durch die langdauernde Dürre, den sinkenden Goldpreis und eine rückläufige Nachfrage nach

Südafrika – Sudan – Surinam

südafrikanischen Exportprodukten – eine schwierige Periode, so daß sich die südafrikanische Regierung zu Budgetkürzungen veranlaßt sah. Ein vorübergehender Nachfrageüberhang in der ersten Jahreshälfte führte zu einem Importboom, der sich auch auf die österreichische Exportwirtschaft auswirkte.

Nachdem die österreichischen Exporte 1983 im Vergleich zu 1982 etwa gleichgeblieben waren, kam es 1984 zu einer Vergrößerung des Handelsvolumens in beiden Richtungen bei – wie im Vorjahr – für Österreich aktiver Handelsbilanz. Die österreichischen Importe (Rohstoffe und Früchte) stiegen auf 1,3 Mrd. öS, die österreichischen Exporte (vor allem Spinnstoffe, chemische Erzeugnisse, Papierwaren, Baumaterial, Stabstahl und Aluminium) auf 1,54 Mrd. öS.

Sudan

(Demokratische Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jaafar Mohammed Nimeiri	Omar Mohammed El-Tayeb	Hashim Osman

ÖB Khartoum : Dr. Franz Bogen (residiert in Kairo), 5, Abiker Badri Str. Tel. 77170

Die innenpolitische Situation war durch die weitere Ausbreitung des islamischen Rechts (Sharia), die auch damit zusammenhängenden politischen und militärischen Auseinandersetzungen in den Südprowinzen und durch die schwierige Finanz- und Wirtschaftssituation des Landes gekennzeichnet.

Diese Wirtschafts- und Finanzkrise, in der sich der Sudan befindet, ist auch an den österreichisch-sudanesischen Wirtschaftsbeziehungen nicht spurlos vorübergegangen. Die Importverbote auf fast alle Nahrungs- und Genußmittel wirkten sich negativ aus. So musste 1984 ein Exportrückgang von 36,9% auf 180,72 Mio. öS hingenommen werden. Besonders stark waren die Einbussen bei Maschinen und Fahrzeugen. Erfreulich ist dagegen das Ansteigen der österreichischen Schnittholzexporte um rund 33% auf 100 Mio. öS. Die zum Grossteil Baumwolle umfassenden sudanesischen Lieferungen gingen 1984 um 17,6.% auf 17,2 Mio. öS zurück.

Mit Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe werden in Zusammenarbeit mit dem UNICEF ein Wasserversorgungsprojekt, ein Basis-Hygiene-Projekt in Melut (Süd-Sudan), ein Steyr-Workshop in Juba (Süd-Sudan) und eine Saatgutaufbereitungsanlage finanziert. Das erstgenannte Projekt konnte abgeschlossen werden, die beiden Projekte im Süd-Sudan wurden fortgeführt, hinsichtlich des letztgenannten Projektes kann mit einer Inbetriebnahme Anfang 1985 gerechnet werden.

Surinam

(Republik Surinam), Paramaribo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Frederik K. Ramdat Misier	Dr. Willem A. Udenhout	Dr. Willem A. Udenhout

ÖB siehe Venezuela

Eine Rückkehr zu einer echten Demokratie westlicher Prägung war in Surinam nicht festzustellen, doch unternahm das Regime des Oberst Bouterse vorsichtige Schritte

Surinam – Swaziland – Syrien

in Richtung auf eine Demokratisierung und interne Liberalisierung. Die Beziehungen zu den Niederlanden waren weiterhin unbefriedigend.

Die für die Wirtschaft Surinams entscheidende Entwicklungshilfe der Niederlande wurde nicht wieder aufgenommen, sodass sich die Wirtschaftslage des Landes bedeutend verschlechterte. Die Devisen sind fast zur Gänze erschöpft. Surinam erhielt vom Europäischen Entwicklungsfonds einen Kredit in Höhe von 3,4 Mio. US\$ zur Finanzierung verschiedener Projekte. Weiters planen multinationale Konzerne den Ausbau der Aluminiumindustrie. Der Aussenhandel mit Österreich konnte bedeutend ausgeweitet werden.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 3,9 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 6,2 Mio. öS getätigt werden. Importseitig veränderten sich die Werte von 10,3 (1983) auf 15,5 Mio. öS 1984. Hauptsächlichste Importgüter sind Tonerde und Kakao.

Swaziland (Königreich Swaziland), Mbabane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin-Regentin Ntombi	Prinz Bhekimpi Dlamini	M. M. P. Mnisi

ÖB siehe Simbabwe

Swaziland gehört zu den Ländern des südlichen Afrika, in denen wegen ihrer Abhängigkeit von der Republik Südafrika und der im Gegensatz zu anderen afrikanischen Ländern positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des engen Verhältnisses zwischen Mbabane und Pretoria eher geringe Voraussetzungen für eine verstärkte österreichische Präsenz gegeben sind. Der Warenverkehr zwischen Österreich und Swaziland, der zum Großteil über die Republik Südafrika abgewickelt wird, war daher äußerst bescheiden.

Durch die kürzliche Übernahme der größten Hotelkette in Swaziland seitens einer südafrikanischen Gesellschaft haben etwa 15 österreichische Fremdenverkehrsexperten, die bisher in Südafrika tätig waren, Positionen in der Fremdenverkehrsindustrie des Königreiches erhalten. Außerdem sind etwa ein Dutzend österreichische Staatsbürger als Gewerbetreibende in den beiden Städten Mbabane und Manzini tätig.

Syrien (Syrische Arabische Republik), Damaskus

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hafez Al-Assad	Abdel-Raouf Al-Kassem	Farouk Al-Shara'

ÖB Damaskus: Dr. Herbert Grubmayr, Rawda, Rue Chafik Mou'ayad, Immeuble Sabri Malki, Damaskus, BP 5634 Damaskus, Tel. 337528; HGK Damaskus; HK Aleppo; AHSt

Syrien hat seine außenpolitischen Aktivitäten auf die Regelung der innenpolitischen Schwierigkeiten im Libanon und auf die Herbeiführung eines israelischen Rückzuges aus dem Südlibanon konzentriert, wobei ein kontinuierlicher Kontakt der syrischen Führung mit den Exponenten der verschiedenen Fraktionen des Libanon besteht.

Syrien – Tansania

Weiters trat Präsident Assad für die Abhaltung einer internationalen Konferenz über das Nahostproblem nach Erreichung des strategischen Gleichgewichts seines Landes mit Israel ein. Zu den innerpalästinensischen Auseinandersetzungen hat die regierende Baath-Partei insofern Stellung bezogen, als sie die in Amman stattgefundene 17. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates als schismatisch verurteilte.

Die bilateralen Kontakte wurden durch einen offiziellen Besuch, den der syrische stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister, General Mustapha Tlass, im Juni 1984 in Österreich abstattete, fortgesetzt. Im Oktober d. J. weilte Altbundeskanzler Dr. Kreisky über Einladung des syrischen Staatspräsidenten in Damaskus, wobei es zu eingehenden Gesprächen über die internationale Lage und die Situation im Nahen Osten kam.

Im Laufe des Jahres fanden in Damaskus über Wunsch beider Seiten mehrmals Gespräche hinsichtlich der Frage eines palästinensisch-israelischen Gefangenenaustausches statt, in deren Verlauf es gelang, zu einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte beizutragen, mit den Gefangenen sowohl hier als auch in Israel persönlichen Kontakt aufzunehmen und Nachrichten an Verwandte und Freunde weiterzuleiten. Diese Bemühungen erfolgen im Rahmen des österreichischen Engagements auf humanitärem Gebiet und der Förderung der Menschenrechte.

Trotz der schwierigen Devisensituation Syriens haben sich die österreichischen Exporte nach Syrien im Jahre 1984 günstig entwickelt und erreichten einen Betrag von 941 Mio. öS. (Steigerung gegenüber 1983: 6,1%). Diesen hohen Ausfuhrziffern stehen Importe in Höhe von nur 58,6 Mio. öS gegenüber, woraus ein überaus hohes Handelsbilanzaktivum zugunsten Österreichs resultiert.

Die günstige Entwicklung der österreichischen Exporte nach Syrien ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass eine Reihe von Firmen imstande war, sich den schwierigen Marktbedingungen vor allem im Ausschreibungsgeschäft anzupassen und auf diese Weise ihre Geschäftsbeziehungen mit Syrien entsprechend auszuweiten.

Auch die Beteiligung von 25 Firmen an der Internationalen Messe Damaskus (17. – 30. 9. 1984) zeigte das grosse Interesse der österreichischen Wirtschaft am Aussenhandel mit Syrien.

Am 25. November 1984 wurde im Nationalmuseum von Damaskus die Ausstellung „Österreich – gestern und heute“ eröffnet, welche in der syrischen Öffentlichkeit und auch in den Medien freundliche Aufnahme gefunden hat.

Tansania

(Vereinigte Republik Tansania), Dar-es-Salaam

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Julius Nyerere	S. A. Salim	B. Mkapa

ÖB siehe Kenia ; HGK Dar-es-Salaam

Der Jahresbeginn war von einer Krise in der Kooperation zwischen Festland und Sansibar gekennzeichnet. Im Oktober 1984 wurde vom Parlament eine neue Verfassung angenommen, durch die die Befugnisse des Präsidenten etwas eingeschränkt und die politische Balance zwischen Festland und Sansibar neu geregelt wird. Präsi-

Tansania – Thailand

dent Nyerere, der seit der Unabhängigkeit Tansanias am 9. 12. 1962 die Funktion des Präsidenten ausübt, hat seinen Rücktritt per Ende 1985 bekanntgegeben.

Präsident Nyerere wurde am 12. November 1984 als Nachfolger des äthiopischen Staatschefs zum Vorsitzenden der 20. OAU-Gipfelkonferenz gewählt und setzte sich in dieser Funktion für eine Intensivierung der OAU-Aktivitäten auf wirtschaftlichem Gebiet und zugunsten des Problemkreises südliches Afrika ein.

Tansania, selbst ein Initiator, hat den Vertrag über die derzeit 14 Staaten umfassende Präferenzhandelszone – PTA – für das östliche und südliche Afrika bisher nicht unterzeichnet. Tansania ist jedoch ein aktives Mitglied der Southern African Development Coordination Conference – SADCC.

Die geringen Devisenbestände Tansanias und der Rückgang der multilateralen Entwicklungshilfe verursachten auch eine weitere Schrumpfung des Aussenhandels mit Österreich. Die wichtigsten Positionen 1984 waren Papier, Glaswaren und Strassenfahrzeuge. Die österreichischen Bezüge aus Tansania haben sich 1984 auf 22 Mio. öS (63,9%) erhöht, was auf erhöhte Lieferungen von Kaffee zurückzuführen ist.

Mit Entwicklungshilfemitteln wurde die Rehabilitierung einer Plastiksackfabrik in Angriff genommen. Außerdem wurde zur Verbesserung der Transportsituation, insbesondere in den ländlichen Regionen, eine größere Lieferung von Traktor- und Gerätereifen geschenksweise bereitgestellt. Die Reifenlieferung stellt ungefähr einen Jahresbedarf an Fabrikaten dar, die lokal nicht erzeugt werden. Tansania erhielt überdies eine Nahrungsmittelspende von 400 t Reis im Wert von 1 Mio. öS. In Tansania waren insgesamt 13 Entwicklungshelfer tätig. Im Rahmen der verschiedenen Stipendienaktionen wurden tansanische Kandidaten regelmäßig berücksichtigt.

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	General Prem Tinsulanonda	Air Chief Marshal Siddhi Savetsila

ÖB Bangkok: Dr. Rudolf Bogner, 14 Soi Nandha off Soi Attakarnprasit, Sathorn Tai Road, Bangkok 10120, Tel. 2863011 ; AHSt

Innenpolitisch gelang es dem Regierungschef General Prem Tinsulanonda, seine Politik der Festigung der parlamentarischen Demokratie weiter voranzutreiben.

Schwere Belastungen (Verluste an Menschenleben, Kosten durch den Zustrom von Flüchtlingen) erwuchsen Thailand wieder durch die Kämpfe im Grenzgebiet zwischen Khmerwiderstandskämpfern und den von Kambodscha aus operierenden Vietnamesen.

Der Besuchs Austausch zwischen Österreich und Thailand ist 1984 durch offizielle Besuche von Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer, (April) und des Staatssekretär Dr. Erich Schmidt (Februar) fortgesetzt worden. Über Einladung des thailändischen Aussenministers kam Bundesminister a. D. Dr. W. Pahr in seiner Eigenschaft als Präsident der IKK zu einem Gedankenaustausch über die Kambodschafrage nach Bangkok (September). Auf Einladung des österreichischen Armeekomman-

Thailand

danten stattete der Oberbefehlshaber der thailändischen Streitkräfte, Armeechef General Arthit Kamlang-ek, dem österreichischen Bundesheer einen offiziellen Besuch ab (Juni).

Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes setzte sich 1984, wenngleich verlangsamt, fort. Da Thailand nicht die erforderlichen Einkünfte besitzt, um sein Entwicklungsprogramm durchzuführen, nahm die Auslandsverschuldung zu; eine Abwertung der Landeswährung um 15% soll beitragen, die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Nach Exporten im Jahre 1983 von 336,71 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 285,85 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von -15,1% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 244,13 Mio. öS 1983 auf 318,2 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von +30,3%.

Ein neuer Vertrag für die Lieferung elektrischer Ausrüstungen und ein Consulting-Vertrag für den Ausbau einer Destillationsfabrik konnten abgeschlossen werden. Ein namhaftes österreichisches Unternehmen veranstaltete in Bangkok ein Symposium, drei Bangkok Hotels je eine Österreichwoche. Unter den zahlreichen Besuchern, die geschäftlich in Bangkok weilten, befanden sich auch die Generaldirektoren der CA-BV und der SGP.

Ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung bei Einkommen und Kapital konnte zur Unterschriftsreife gebracht werden, Verhandlungen über den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens sind fortgeschritten.

Die Reihe österreichischer kultureller Veranstaltungen in Thailand wurde auch 1984 auf dem Gebiet der Musik, Bildenden Kunst und Literatur fortgesetzt, wobei vor allem zeitgenössische Kunst präsentiert werden konnte.

Das Gastspiel des Wiener Staatsopernballetts (Oktober), die Konzerte des Austrian Art Ensembles (Graz) und des Vienna Art Orchestra (Jänner), die Ausstellung mit Werken von Prof. Ernst Degasperi (Juli) sowie die Filmvorführung „Der Bockerer“ und Kafka-Lesungen von Karl Merkatz (November) sind besonders hervorzuheben. Neben diesen kulturellen Sonderveranstaltungen wurde dem wissenschaftlichem Austausch, insbesondere dem Kontakt zu Professoren und Studenten, besonderes Augenmerk gewidmet, wobei der Schwerpunkt auf naturwissenschaftlichem Gebiet lag. Etwa 13 österreichische Wissenschaftler besuchten Thailand, sieben thailändische Wissenschaftler hielten sich zu Gastvorlesungen und Forschungsarbeiten in Österreich auf. Während des offiziellen Besuches von Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer im April wurde ein Briefwechsel über eine österreichisch-thailändische wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Infolge des anhaltenden österreichischen Touristenstromes nach Thailand hatte die Österreichische Botschaft in Bangkok auch 1984 eine umfangreiche konsularische Tätigkeit abzuwickeln. Dazu kam die regelmäßige Betreuung von inhaftierten Österreichern, von denen gegenwärtig drei wegen Rauschgiftdelikten langjährige Freiheitsstrafen abbüßen.

*Tongo – Trinidad und Tobago***Togo
(Togolesische Republik), Lomé**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
G. Eyadéma	G. Eyadéma	A. K. Amega

ÖB siehe Elfenbeinküste

Togo setzte seine vor allem auf Stärkung der regionalen Zusammenarbeit gerichtete Aussenpolitik fort und konnte erreichen, dass die seit dem Jahr 1982 geschlossene Grenze zum Nachbarland Ghana im Juni 1984 wieder geöffnet wurde. Wichtigstes aussenpolitisches Ereignis war die am 8. 12. 1984 in der togolesischen Hauptstadt erfolgte Unterzeichnung des Lomé-III-Abkommens zwischen 10 EG- und 65 AKP-Staaten.

Die togolesische Wirtschaft konnte trotz erhöhter Nachfrage nach dem Hauptexportprodukt Phosphate auch im Berichtszeitraum die seit mehreren Jahren anhaltende Krise nicht voll überwinden. Neuerliche Umschuldungsabkommen, an denen sich auch Österreich beteiligte, waren erforderlich. Nach einigen Jahren rückläufiger Tendenz der österreichischen Ausfuhren konnte 1984 wieder ein Zuwachs von 22,1% auf 27,4 Mio. öS erzielt werden. Die Einfuhren stiegen um 114,2% auf 139,3 Mio. öS.

Mit der Aufnahme eines Charterflugdienstes von Wien nach Lomé wird die Zahl der österreichischen Touristen deutlich zunehmen.

**Trinidad und Tobago
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ellis Emmanuel Clarke	George Chambers	Dr. Basil Ince

ÖB siehe Venezuela ; HK

Die Regierung Premierministers Chambers' sieht sich einer wachsenden internen Opposition gegenüber, der es gelang, bei Lokalwahlen auf Tobago elf der zwölf Sitze der Versammlung von Tobago zu erringen.

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums des mit Abstand wohlhabendsten Landes der Karibik konnte 1984 verlangsamt werden. Durch Inbetriebnahme einiger grosser Industrieanlagen, darunter eines von Österreich errichteten Zementwerkes, verbreiterte Trinidad und Tobago die industrielle Basis seiner in erster Linie vom Erdöl dominierten Wirtschaft.

Die österreichischen Einfuhren weisen infolge grosser Lieferungen von mineralischen Rohstoffen und Chemikalien eine Steigerung von 118,5% auf 28,2 Mio. öS auf, die österreichischen Ausfuhren konnten im gleichen Zeitraum, vor allem durch die Lieferung von Spezialfahrzeugen, um 5,0% auf 38,5 Mio. öS angehoben werden.

Auf kulturellem Gebiet konnte Österreich mit dem Film „Kanga Mussa“ von Goetz Hagmueller beim I. Internationalen Filmfestival von Trinidad und Tobago einen grossen Erfolg erzielen.

*Tschad – Tschechoslowakei***Tschad
(Republik Tschad), N'Djamena**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hissène Habré	Hissène Habré	Gouara Lassou

ÖB siehe Zaire

Eine politische Verständigung zwischen der Regierung Hissène Habré und den disidenten Fraktionen, insbesondere den im Norden des Landes operierenden Kräften des „GUNT“ unter Goukouni Oueddei, ist nicht in Sicht. Auch eine Vorkonferenz zur Versöhnung der internen Streitparteien im Oktober in Brazzaville führte zu keinem Erfolg. Im September einigten sich Frankreich und Libyen über den gleichzeitigen Rückzug ihrer Truppen. Während Frankreich diesen durchführte, kam es beim Rückzug der Libyer zu Verzögerungen.

Durch die herrschende instabile Lage war bei den Handelsbeziehungen keine Belegung zu verzeichnen. Allerdings bezog Österreich wieder direkt Baumwolle aus dem Tschad.

**Tschechoslowakei
(Tschechoslowakische Sozialistische Republik), Prag**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. G. Husak	Dr. L. Strougal	Ing. B. Chnoupek

ÖB Prag : Dr. Paul Ullmann, Prag 5, Viktora Huga 10, Tel. 546557 ; GK Pressburg : Mag. Otto Roch, Cervenova ul. 19, Tel. 311103 ; AHSt ; AUA-B

Die Grundlagen der tschechoslowakischen Aussenpolitik, nämlich Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und zum RGW sowie ein besonderes Naheverhältnis zur UdSSR, blieben im Berichtszeitraum unverändert, wie auch die Innenpolitik durch Kontinuität gekennzeichnet war.

Der am 29. und 30. März auf Einladung seines Amtskollegen Chnoupek stattgefundene offizielle Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Erwin Lanc (der auch von Staatspräsident Husak und Ministerpräsident Strougal empfangen wurde), und andere politische Kontakte auf Regierungsebene liessen bis Anfang November zunächst eine kontinuierliche, positive Weiterentwicklung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen erwarten. Auch die 4. Gemeinsame Tagung der Gemischten Kommission für den Warenverkehr und der Gemischten Kommission für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit in Wien sowie die Arbeitsgespräche der Bundesminister Haiden und Lausecker in der CSSR bestätigten vorerst den günstigen Trend in den bilateralen Beziehungen.

Auf die durch den Grenzzwischenfall vom 30. Oktober im November eingetretene schwere Belastung des bilateralen Verhältnisses wurde bereits im Abschnitt Nachbarschaftspolitik ausführlich eingegangen.

Der österreichisch-tschechoslowakische Warenaustausch zeigte 1984 eine Zunahme der österreichischen Importe auf 7,86 Mrd. S (+6,7%) sowie einen weiteren Rückgang der österreichischen Exporte auf 3,50 Mrd. S (-2,4%). Dieser Entwicklungstrend folgt damit im wesentlichen dem des gesamten tschechoslowaki-

Tschechoslowakei

schen Westhandels. Knapp 40% des Wertes der österreichischen Exporte entfielen auf Maschinen und Verkehrsmittel, etwa 30% auf chemische Erzeugnisse. Importseitig machten Erdölzeugnisse, Holz und Kohle zusammen etwa 60% des Gesamtwertes aus.

In der Zeit vom 18. bis 20. Juni fand die 4. Gemeinsame Tagung der Gemischten Kommission für den Warenverkehr und der Gemischten Kommission für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit in Wien statt, wobei die österreichische Delegation unter Leitung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Vizekanzler Dr. Steger, und die tschechoslowakische Delegation unter Leitung des tschechoslowakischen Aussenhandelsministers Urban stand. Im April wurde die 7. Tagung der Arbeitsgruppe für Chemie und im Mai die 6. Tagung der Arbeitsgruppe für allgemeinen Maschinenbau abgehalten. Vom 9. bis 11. Juli trafen einander eine österreichische und eine tschechoslowakische Delegation zur 25. Austauschsitzung gemäss dem Abkommen über die Grundsätze der geologischen Zusammenarbeit in Brünn, und am 12. und 13. Dezember tagte die Gemischte Kommission gemäss dem Abkommen über den Abbau gemeinsamer Erdgaslagerstätten in Wien.

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dipl. Ing. Haiden, weilte im Jänner auf Einladung des tschechischen Ministers für Forstwirtschaft, Kalina, und im März auf Einladung des tschechoslowakischen Ministers für Landwirtschaft und Ernährung, Dipl. Ing. Toman, in der CSSR. Minister Toman stattete Bundesminister Haiden im Oktober einen Gegenbesuch ab. Der Bundesminister für Verkehr, Lausecker, führte im Juli in Prag Gespräche mit den tschechoslowakischen Ministern für Verkehrswesen, Ing. Blazek, und für Postwesen, Ing. Chalupa. Österreichische Firmen beteiligten sich an der Internationalen Konsumgütermesse im April und an der Internationalen Maschinenmesse im September in Brünn sowie an der Internationalen Chemiemesse INCHEBA im Juni in Pressburg.

Die CSSR nahm um die Jahresmitte einen österreichischen Vorschlag zur Aufnahme von Verhandlungen über Fragen betreffend den gemeinsamen Donauabschnitt auf. Eine erste Besprechung fand am 2. November in Pressburg zwischen Bundesminister Dipl. Ing. Haiden und dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik, Dipl. Ing. Hanus, statt. (Im Dezember wurde ein Expertentreffen zur Behandlung dieser Fragen abgehalten.)

Die österreichisch-tschechoslowakischen Kulturbeziehungen sind durch ein seit 9. Dezember 1978 in Kraft stehendes Abkommen und darauf basierende Durchführungsprogramme (derzeit gültig für 1983 bis 1985) geregelt. Höhepunkte des Kulturprogrammes waren ein literarischer Abend mit Elfriede Ott und Hans Weigel, ferner die Vorträge von Dr. Pavel Eckstein über Anton von Webern und Franz Kafka und die neue österreichische Literatur. Weitere Vorträge wurden von Prof. Dr. Poche über Matthias Braun, Univ. Prof. Dr. Hermann Fillitz über die „Wiener Kunst zur Zeit Karls IV.“ und Hofrat Dr. Johann Christoph Allmayer-Beck über „Das Wiener Heeresgeschichtliche Museum“ gehalten. An Ausstellungen wurden von tschechoslowakischen Veranstaltern eine über „Adolf Loos und die technische Architektur“ sowie über „Otto Wagner und seine Schule in den tschechischen Ländern“ gezeigt. Im Berichtsjahr wurden eine Reihe weiterer österreichischer Wissenschaftler in die CSSR zu Vorträgen über Themen aus ihren Fachgebieten und ebenso tschechoslowakische Wissenschaftler im Rahmen des Professorenaustausches nach Österreich eingeladen. In Konopiste und in Cesky Krumlov (Böhm.Krumau) fanden Schloßkon-

Tschechoslowakei – Tunesien

zerte statt, die gemeinsam vom tschechoslowakischen Rundfunksender Vltava (Moldau) und dem ORF-Landesstudio Niederösterreich organisiert und direkt in beiden Ländern übertragen wurden.

Neben den bereits genannten Besuchen auf Regierungsebene sollten noch jene des Bürgermeisters von Prag, Stafa, in Wien (Mai) und einer tschechoslowakischen Gewerkschaftsdelegation unter dem Vorsitzenden Hoffmann in Österreich (September) erwähnt werden.

Zusätzlich zu den oben angeführten Kommissions-, Arbeitsgruppen- und Expertentagungen gab es noch folgende österreichisch-tschechoslowakische Kommissionstreffen: Zu einer Zwischenbilanz zwischen den ordentlichen Tagungen der Allgemeinen Gemischten Kommission trafen vom 20. bis 22. Februar die stellvertretenden Vorsitzenden in Prag zusammen. Die Kommission zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze hielt ihre 16. ordentliche Tagung vom 16. bis 18. Mai in Wien ab, die 18. Tagung der Ständigen Grenzkommission fand in Linz (28. Mai bis 7. Juni), die 19. Tagung in Prag (2. bis 11. Oktober) statt. Die Grenzgewässerkommission hielt ihre 15. Tagung gleichfalls in Prag (2. bis 13. April) ab.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der CSSR zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen ist am 1. Juni und das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der CSSR über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens am 1. November in Kraft getreten. Die seitens der CSSR noch erforderliche Ratifizierung der Abkommen vom 18. November 1982 über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen und über Auslieferung wurde noch nicht durchgeführt.

Im humanitären Bereich konnten nur zwei Fälle (eine Familienzusammenführung, eine Besuchsreise) einer positiven Lösung zugeführt werden.

Tunesien (Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
H. Bourguiba	M. Mzali	B. C. Essebsi

ÖB Tunis: Dr. Jörg Schubert, 16, rue Ibn Hamdiss, Tunis, BP 1109 RP Tunis, Tel. 238696; AHSt

Die Aussenpolitik Tunesiens war weiterhin durch Zurückhaltung sowie durch das Bemühen gekennzeichnet, zwischen den Ländern der Region ausgleichend zu wirken.

Innenpolitisch war das Berichtsjahr von den Jännerunruhen geprägt, die durch Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel ausgebrochen waren und nur durch den massiven Einsatz der Armee und schliesslich durch eine Rücknahme der Preiserhöhungen beendet werden konnten. In der Folge wurden auch Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage unternommen.

Die Wirtschaftslage Tunesiens konnte im Laufe des Jahres um den Preis weiterer Verschuldung einigermaßen gefestigt werden. Der erhoffte Aufschwung blieb jedoch aus. Die Einnahmen aus dem weiter expandierenden Fremdenverkehr blie-

Tunesien – Türkei

ben hinter den Erwartungen zurück. Der Rückgang der österreichischen Exporte in den letzten Jahren konnte einigermaßen aufgefangen werden (280 Mio. öS gegenüber 297,41 Mio. öS 1983).

Obwohl auch die Importe aus Tunesien rückläufig sind, besteht ein Handelsbilanzaktivum zugunsten Tunesiens, das hauptsächlich auf österreichische Käufe tunesischen Erdöls zurückzuführen ist.

Das Entwicklungshilfeprojekt Musterfarm Bouzid konnte im Dezember 1984 abgeschlossen und dem tunesischen Partner übergeben werden. Ein Folgeprojekt zur Betreuung kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe, in dem unter Umständen die bisher eingesetzten vier österreichischen Experte weiterbeschäftigt werden könnten, ist in Vorbereitung.

Am 1. Mai 1984 ist ein österreichisch-tunesisches Strassenverkehrsabkommen in Kraft getreten.

Bedingt durch die Sprachbarriere und den anhaltenden Prozess der kulturellen Selbstfindung Tunesiens sind die Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Tunesien beschränkt. Die Haupttätigkeit der Botschaft besteht daher in der Betreuung interessierter Einzelpersonen und Gruppen, insbesondere in der Erteilung von Auskünften und der Verteilung von kulturpolitischen Unterlagen.

Türkei

(Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kenan Evren	Turgut Özal	Vahit Halefoglu

ÖB Ankara : Dr. Klaus Ziegler, Atatürk Bulvari 189, Ankara, Tel. 342171 ; GK Istanbul : Dr. Wolfgang Donat, Silahane Caddesi 59/4, Ralli-Apt, Istanbul – Tesvikiye, Tel. 1405472 ; HK Izmir ; AHSt Ankara, Istanbul ; AUA-B Istanbul

Die Türkei hat ihr Bestreben, die Beziehungen zu den Staaten der Region auszubauen, verstärkt fortgesetzt. Das enge Verhältnis zu den USA wurde aufrechterhalten. Die Beziehungen zum Osten blieben korrekt, Höhepunkt war der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow im Dezember. Das Verhältnis zu den westeuropäischen Staaten hat sich gegenüber dem Vorjahr differenziert entwickelt. Unter der Ägide des Generalsekretärs der Vereinten Nationen fanden in New York gegen Jahresende Zyperngespräche statt. Die als Good-Will-Geste gedachte einseitige Aufhebung der Sichtvermerkpflcht durch die Türkei hat nicht zur beabsichtigten positiven Entwicklung in den türkisch-griechischen Beziehungen geführt, die weiterhin insbesondere durch das Ägäis-Problem belastet sind.

Wichtigstes innenpolitisches Ereignis waren die Regionalwahlen im März. Neben den im Parlament vertretenen Parteien haben auch die Sozialdemokratische Partei (SODEP) sowie die Partei des Rechten Weges teilgenommen. Das Ergebnis hat die Vormachtstellung der regierenden Heimatpartei bestätigt (41,5%), zweitstärkste Partei wurde die SODEP (23,4%), gefolgt von der Partei des Rechten Weges (13,7%), der Populistischen Partei (8,8%) und der Nationaldemokratischen Partei (7,1%).

Türkei

Die türkische Wirtschaft hat sich im allgemeinen günstig entwickelt. Die durch das Stabilisierungsprogramm 1980 eingeleitete Erholungsphase hielt weiter an. Die Aufwärtsentwicklung wird hauptsächlich vom Aussenhandel und der Tätigkeit der türkischen Kontraktoren im Ausland getragen. Das BIP dürfte ein reales Wachstum von 5,7% aufweisen. Weniger erfolgreich war dagegen der Kampf gegen Inflation (+ 50%) und Arbeitslosigkeit (+ 20%).

Das Bemühen der Türkei um ausländische Direktinvestitionen durch verstärkte Investitionsförderung brachte erste Erfolge im Fremdenverkehr, in der Industrie und im Bergbau.

Die internationale Kreditwürdigkeit der Türkei hat sich merkbar gebessert. Bis Ende September wurden insgesamt 2,5 Mrd. US\$ an Kapitalrückzahlungen und Zinsen geleistet. Auch hat das ausländische Interesse am türkischen Markt stark zugenommen und zu einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbs geführt.

Die österreichischen Exporte verzeichneten eine Zunahme von 34,8% auf 2,31 Mrd. öS, das bisher beste Ergebnis im österreichisch-türkischen Warenverkehr. Da die Bezüge aus der Türkei um 22% auf 1,26 Mill. öS zugenommen haben, blieb das Austauschverhältnis von rund 1 : 2 zugunsten Österreichs bestehen.

Bei einer Anzahl von Großprojekten der Türkei (Atatürk-Staudamm und 2.400-MW-Wasserkraftwerk, Kernkraftwerk Akkuyu etc.) waren österreichische Firmen als Kontraktoren, Subkontraktoren oder Anbieter wesentlich beteiligt. Auf dem Sektor des Technologietransfers und der Drittlandkooperation haben österreichische Firmen ihre Zusammenarbeit mit türkischen Unternehmen ausgebaut. Auch österreichische Baufirmen und Ingenieurbüros, die nicht zuletzt durch die neue österreichische Tunnelbauweise und mit Kraftwerksplanung und -bau bekannt geworden sind, haben sich erfolgreich um Aufträge bemüht.

Im Frühjahr wurde von der Österreichischen Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in Ankara, Izmir und Istanbul ein Interessentenmeeting veranstaltet. Dadurch konnten vor allem für österreichische Firmen, die bisher noch nicht am türkischen Markt tätig waren, neue Kontakte erschlossen werden.

Das österreichische Kulturinstitut in Istanbul hat auch 1984 durch seine vielfältige und aktuelle Programmgestaltung wesentlich zur Vermittlung eines zeitgemässen Bildes der Kultur und Wissenschaft Österreichs beigetragen.

Die kulturellen Beziehungen wurden ausgebaut. Auf wissenschaftlichem Gebiet sind insbesondere die Symposien über „Mensch, Kunst und Umwelt“ (Prof. Helmuth Gsöllpointner, Linz), „Neue Wege der Therapie von Leberkrankheiten“ (Prof. Dr. Wolfgang Horak, Wien; Doz. Walter Petek, Graz), „Fremdenverkehrserziehung“ (Rudolf Schaffer; Prof. Helmut Strondl), „Exportmarketing“ (Prof. Dr. Ernst Kulhavy, Linz), „Neue österreichische Tunnelbauweisen“ (Dipl. Ing. Franz Deix, Wien; Dipl. Ing. Georg Vavrovsky, Salzburg, Dipl. Ing. Bernd Strobl, Salzburg; Dipl. Ing. Nejat Ayaydin, Salzburg) und „Gestaltung von Computerprogrammen“ (Dr. W. Weisz) hervorzuheben. Am St. Georgs-Kolleg, das eines von den beiden österreichischen Schulen im Ausland ist, wurden ca. 1.400 Schüler unterrichtet und sind 44 vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport besoldete österreichische Lehrer tätig.

Eine Gelegenheit zur Präsentation der Arbeit des St. Georgs-Kollegs wurde durch den Vortrag von Prof. Ernst Raidl, ehemaliger Direktor des Kollegs, „Beiträge der

Türkei – Uganda – Ungarn

Schulen, die in Fremdsprachen unterrichten, zum türkischen Schulwesen“ im Rahmen eines Symposions der Hacettepe-Universität Ankara wahrgenommen.

Die Präsentation österreichischer Literatur wurde mit Lesungen von Prof. Wolfgang Kraus in Ankara, Franz Kolleritsch in Istanbul und Friedl Jary in Istanbul und Izmir fortgesetzt. Interessierte Aufnahme fand auch die Aufführung von Peter Handkes Stück „Wunschloses Unglück“ am österreichischen St. Georgs-Kolleg in Istanbul. Besonderen Anklanges erfreuten sich die Konzerte, Rezitate und Liederabende österreichischer Künstler, die Darbietungen einer Klagenfurter Volkstanzgruppe sowie des Jazzensembles „Neighbours“. Mit einer Vortragsreihe des Flötisten Prof. Gottfried Hechtl und des Gitarristen Prof. Leo Witoszynskij am Konservatorium Ankara über österreichische Spieltechniken auf beiden Instrumenten wurden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Musik eröffnet.

Von Mitte März bis Anfang Mai wurden an den Fußbodenmosaiken des großen byzantinischen Palastes in Istanbul Arbeiten zweier österreichischer Wissenschaftler durchgeführt.

Die von Österreich unterstützten Grabungen in Ephesus wurden weiter vorangetrieben.

Uganda (Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. A. Milton Obote	E. Otema-Alimadi	Dr. A. Milton Obote

ÖB siehe Kenia

Owohl das Land noch immer unter den Nachwirkungen der Herrschaft Idi Amins (1971 – 1979) leidet, haben sich die Sicherheitsverhältnisse im abgelaufenen Jahr geringfügig verbessert.

Ein Wiederaufbauplan, insbesondere mit Hilfe multilateraler Entwicklungshilfeorganisationen, hat zu einer verbesserten wirtschaftlichen Lage geführt und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelspenden soweit reduziert, daß Uganda erstmals 1984 als Nahrungsmittelexporteur nach Tansania auftreten konnte.

In Uganda werden derzeit keine karitativer Entwicklungshilfeprojekte durchgeführt; jedoch wird Uganda bei der EH-Stipendienaktion berücksichtigt. Beträchtliche Unterstützung erhält Uganda seitens kirchlicher und caritativer Institutionen.

Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu Uganda haben in beiden Richtungen zugenommen. Die 1984 exportierten Waren beliefen sich auf 20,68 Mio. öS, eine Zunahme von 96,5%. Die österreichischen Bezüge aus Uganda bestehen fast ausschließlich aus Kaffee und Tabak und beliefen sich 1984 auf 37,45 Mio. öS (+ 44,5%).

Ungarn (Ungarische Volksrepublik), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
P. Losonczi	G. Lázár	Dr. P. Várkonyi

ÖB Budapest: Dr. Arthur Agstner, Benczúr utca 16, 1068 Budapest, Tel. 229467; AHSt; KI; AUA-B

Ungarn

Innenpolitisch standen weiterhin die Fortentwicklung des Wirtschaftsmechanismus sowie die Vorbereitung des XIII. Parteitages der USAP im März 1985 im Vordergrund.

Das Parlament beschloss ein Gesetz zur Schaffung eines verfassungsrechtlichen Rates, das zwar keine Individualbeschwerden zulässt, jedoch mehr Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten soll.

Die Aussenpolitik Ungarns war von der Sorge um ein Zunehmen der Ost-West-Spannung und vom Bemühen erfüllt, einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Ost-West-Dialogs und der Entspannungselemente zu leisten. Es herrschte eine rege politische Tätigkeit und Besuchspolitik mit den Partnern des Warschauer Paktes; gegenüber Rumänien war das in etwas geringerer Masse der Fall. Ungarischerseits wurde bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Rolle und Bedeutung der Minderheiten in den zwischenstaatlichen Beziehungen hingewiesen. Aus Solidaritätsgründen verzichtete Ungarn letztlich auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles.

Bedeutende Ereignisse waren die offiziellen Besuche der Regierungschefs der NATO-Staaten Grossbritannien, Italien, Bundesrepublik Deutschland und Belgien in Ungarn sowie des Ersten Parteisekretärs Kádár in Paris. Der ZK-Sekretär für Internationale Angelegenheiten der USAP, Mátyás Szűrös, war offizieller Gast der britischen Regierung. Bei einem Besuch in Belgrad würdigte Kádár die Rolle Jugoslawiens als nichtpaktgebundener Staat. Mit der Volksrepublik China fand auf staatlicher Ebene ein zunehmender Besuchs Austausch statt. Offizielle Besuche des Vorsitzenden des Staatsrates Losonczy in Indonesien und anschliessend in den drei indochinesischen Staaten reflektierten eine ausgeglichene Besuchspolitik auch in dieser Region.

Weiterhin sehr intensiv gestalteten sich die Beziehungen zu Österreich. Das gute Einvernehmen hat sich in der gegebenen schwierigen weltpolitischen Lage nicht nur bewährt, sondern verstärkt. Der ungarische Aussenminister stattete vom 28. bis 30. Mai Österreich einen offiziellen Besuch ab. Starke Beachtung fand in Ungarn die Grenzbegegnung am 2. Oktober zwischen Bundespräsident Dr. Kirchschräger und dem Vorsitzenden des Staatsrates Losonczy.

Ausser diesen Begegnungen gab es eine Reihe von Besuchen österreichischer und ungarischer Regierungsmitglieder sowie der Präsidenten der Handelskammern. Ebenso fanden wiederum Begegnungen der Landeshauptmänner von Steiermark und Burgenland mit ihren ungarischen Partnern in den entsprechenden Grenzkomiteaten statt. Durch den Besuch des Landeshauptmannes von Niederösterreich im Komitat Zala wurde eine Zusammenarbeit auch zwischen diesen beiden Regionen in die Wege geleitet.

Das bilaterale Handelsvolumen nahm 1984 beträchtlich zu, wobei Ungarn seine Exporte nach Österreich um 36,8% auf 8,11 Mrd. S steigern konnte. Der österreichische Export nach Ungarn nahm nur um 13,9% auf 6,96 Mrd. S zu, sodass sich ein österreichisches Handelsbilanzdefizit ergab. Österreich exportierte vor allem bearbeitete Waren, Maschinen und Verkehrsmittel, chemische Erzeugnisse, sonstige Fertigwaren und Rohstoffe und bezog hauptsächlich Brenn- und Rohstoffe, Nahrungsmittel, insbesondere Obst, Gemüse und Fleisch, sowie bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse, Maschinen und sonstige Fertigwaren. Im Rahmen des 1978 von Österreich gewährten Kredites zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur

Ungarn

in Ungarn beteiligten sich eine Reihe österreichischer Firmen an mehreren Projekten, und zwar an der Errichtung der Passagierhalle am Budapester Flughafen, an der Errichtung eines Kongreßzentrums und an der Renovierung einiger älterer Hotels. 1984 wurde das ebenfalls im Rahmen dieses Kredites errichtete Kurhotel „Aqua“ in Bad Heviz, in dem ein zweites Kasinounternehmen in Ungarn in Zusammenarbeit mit der österreichischen Kasino-AG eingerichtet wurde, fertiggestellt; an der feierlichen Eröffnung im Juni nahm auch der Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina teil. Während der Touristenverkehr aus Österreich nach Ungarn auch 1984 eine steigende Tendenz aufwies, ging die Zahl der ungarischen Touristen nach Österreich zurück.

Am 7. und 8. November fand in Wien die 4. Tagung der Gemischten Kommission für den Warenverkehr und für die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit statt. Die österreichische Delegation wurde von Vizekanzler Dr. Steger, die ungarische von Aussenhandelsminister Veress geleitet. Im Juni wurde die 6. Tagung der Arbeitsgruppe für Land-, Forstwirtschaft und Lebensmittelindustrie in Szombathely abgehalten. Gleichfalls im Juni tagte in Budapest das Kammerkontakt-Komitee. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Ing. Haiden besuchte im Jänner Ungarn, der Bundesminister für Verkehr Lausecker im Juni. Auch Staatssekretär Dr. Schmidt und Bundeskammerpräsident Dipl. Ing. Sallinger hielten sich in Ungarn zu Gesprächen auf. Im Mai besuchte der Industrieminister Dr. Karpolyi und im April der Präsident der ungarischen Handelskammer Dr. Beck Österreich. Im Juni wurde in Budapest von der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft ein technisch-wissenschaftliches Symposium über Alternativenergien und Energieeinsparung abgehalten; ein weiteres technisch-wissenschaftliches Symposium fand im Oktober in Budapest und sieben größeren ungarischen Städten statt. Zahlreiche österreichische Firmen beteiligten sich im Mai an der Internationalen Frühjahrsmesse in Budapest.

Die kulturellen Beziehungen regelt das Abkommen aus 1976, jene auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet das Übereinkommen aus 1972. Das Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten trat am 1. September in Kraft, das Abkommen über die Gleichwertigkeit der Studien an den Universitäten und der akademischen Grade befindet sich im Ratifizierungsstadium. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Fischer, und dem ungarischen Minister für Bildung und Unterricht, Dr. Köpeczi, konstituierte sich in Linz eine Gemischte Historikerkommission zur Erforschung der Arbeitergeschichte.

Das österreichische Kulturinstitut veranstaltete ein Historikersymposium „50 Jahre Februar 1934“ sowie ein Symposium über die „Geistigen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn als Beitrag zur regionalen kulturellen Zusammenarbeit im Donauraum“. Zusammen mit der Universität Klagenfurt wurde ein dreitägiges Fortbildungsseminar für 80 ungarische Deutschlehrer abgehalten. Besondere Beachtung fanden zwei österreichische Architekturausstellungen, eine Buchausstellung des Salzburger Residenzverlages mit Lesungen der Autoren Frischmuth, Artmann, Brandstetter und Nowak sowie die österreichische Filmwoche und eine Schau österreichischer Krippen. Gemeinsam mit der Universität Klagenfurt nahm das Kulturinstitut erstmals die Erarbeitung eines spezifisch österreichischen Deutsch-Lehrmaterials in Angriff. Die Deutschkurse des Kulturinstitutes werden von 450 Teilnehmern besucht. Im September wurde erstmals ein als Kindergarten geführter Vorschulkurs für Drei- bis Sechsjährige eröffnet.

Ungarn – Uruguay

In konsularischen Angelegenheiten war die Zusammenarbeit unverändert gut und problemfrei. Humanitäre Fälle wurden von den ungarischen Behörden wiederum grossteils positiv erledigt. Besonders nach Verkehrsunfällen wirkte sich das 1975 abgeschlossene Abkommen über Rechtshilfe in Strafsachen günstig aus, da die ungarische Staatsanwaltschaft in einer Reihe von Fällen das Strafverfahren an die österreichischen Justizbehörden zur Weiterverfolgung abtrat. Die Verhandlungen über einen Vertrag über die wechselseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen stehen vor dem Abschluß. Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz unterzeichnete im Juni ein Abkommen über den Umweltschutz.

Die ursprünglich für 1. Juli 1984 vereinbarte Eröffnung eines neuen Straßengrenzüberganges bei Deutschkreuz/Kophaza wurde einvernehmlich auf 1. Juli 1985 verschoben.

Uruguay (Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Generallt. Gregorio Conrado Alvarez Armelino	Generallt. Gregorio Conrado Alvarez Armelino	Dr. Carlos Alberto Maeso

ÖB siehe Argentinien ; HGK ; AHSt

Das Jahr 1984 stand in Uruguay unter dem Zeichen der Wiedereinführung der Demokratie. Die von der Militärregierung in Aussicht gestellten freien Wahlen fanden mit geringen Einschränkungen tatsächlich Ende November 1984 statt und erbrachten den Sieg der traditionellen Colorado-Partei. Der designierte Präsident, Dr. J. M. Sanguinetti, – sein feierlicher Amtsantritt wurde für den 1. März 1985 vorgesehen – stellte die Bildung einer Konzentrationsregierung in Aussicht. Er beabsichtigt zur Versöhnung und Befriedigung des Landes eine Generalamnestie. Sämtliche politischen Gefangenen sollen noch vor Amtsübernahme der Zivilregierung entlassen werden.

Die neue demokratische Regierung wird die Administration eines volkswirtschaftlich darniederliegenden Landes zu übernehmen haben. Die Auslandsschuld beträgt US-Dollar 4,65 Mia. Der Schuldendienst verschlingt etwa 41% des Exporterlöses. Die bisherige krisenhafte Lohn- und Preispolitik bedarf einer Einigung auf breiter Basis, etwa in Form eines Sozialpaktes. Der öffentliche Sektor wird künftighin drastisch einzuschränken sein. 1984 war das 4. aufeinander folgende Jahr mit einem realen Rückgang des BIP (ca. 5,5 Mia. US-Dollar). Die mit dem IWF gestaltete Umschuldungsvereinbarung kann trotz aller Bemühungen der Wirtschaftsführung nur zum Teil realisiert werden. Österreich exportierte – abgesehen von der 1984 dominierenden Position Eisenbahnoberbaumaterial – vor allem Spinnfasern, Pharmazeutika, Papier und Maschinen aller Art, während von den Einfuhren aus Uruguay in erster Linie landwirtschaftliche Produkte, und zwar Fleisch, Früchte, Schafwolle sowie an Verarbeitungsprodukten Leder und Bekleidung hervorzuheben sind.

Die österreichischen Exporte nach Uruguay beliefen sich 1984 auf 129,3 Mio. öS, die österreichischen Importe betragen 223,1 Mio. öS.

Österreichisches Kulturgut, insbesondere Österreichisches Musikschaffen, konnte vor allem durch die Programmgestaltung verschiedener Rundfunksender verbreitet werden.

Uruguay – Venezuela

Die österreichische Kolonie in Uruguay besteht aus ca. 340 Personen, wovon mehr als zwanzig ältere Hilfsbedürftige durch den Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland betreut werden.

Österreichische Interventionen aus humanitären Gründen zugunsten politischer Häftlinge haben auch 1984 zu Enthaltungen geführt.

Venezuela (Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dr. Jaime Lusinchi	Dr. Jaime Lusinchi	Dr. Isidoro Morales Paul

ÖB Caracas : Dr. Alfred Missong, Ave. La Estancia, Edf. Torre Las Mercedes, Piso 4, Ofc. 408, Urb. Chuao, Caracas, Tel. 913888 ; HK ; AHSt

Am 2. 2. 1984 trat in Venezuela eine neue Regierung unter Präsident Dr. Jaime Lusinchi ihr Amt an. Diese Regierung wird von der aus den Wahlen vom 4. 12. 1983 siegreich hervorgegangenen sozialdemokratischen Partei „Acción Democrática“ gestellt, die Mitglieder der Sozialistischen Internationale ist. Die zuvor regierende christdemokratische Partei COPEI verlor durch den Wahlausgang ihre Parlamentsmehrheit und befindet sich nunmehr zusammen mit einigen kleineren Parteien in der Opposition.

Es ist für Venezuela charakteristisch, dass zwischen den beiden obenerwähnten grössten Parteien des Landes ein weitgehender aussenpolitischer Konsens besteht. Die neue venezolanische Regierung verfolgt daher im Grossen und Ganzen die gleiche aussenpolitische Linie wie die abgetretene Regierung Herrera Campins.

Das Hauptinteresse der venezolanischen Aussenpolitik lag weiterhin auf der Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu den USA, die politisch und wirtschaftlich von überragender Bedeutung für das Land sind. Im Hinblick auf die hohen Auslandsschulden Venezuelas, die grösstenteils gegenüber US-Banken bestehen, kommt diesen Beziehungen derzeit ganz besondere Bedeutung zu. Venezuela bringt der Situation in Mittelamerika weiterhin besonderes aussenpolitisches Interesse entgegen. Als Mitglied der Contadora-Gruppe verfolgt Venezuela eine friedensfördernde Politik, die, wie immer wieder in Stellungnahmen des österreichischen Aussenministers betont wird, die volle und nachhaltige Unterstützung Österreichs genießt.

Von Bedeutung für die Pflege der bilateralen Beziehungen sind die laufenden Besuche höchster venezolanischer Funktionäre in Österreich im Zusammenhang mit OPEC-Treffen. Das traditionell gute Image Österreichs in Venezuela hat sich weiter gefestigt.

Obwohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten 1984 andauerten, konnte Venezuela in seinen Umschuldungsbemühungen gewisse Fortschritte erzielen. Im September 1984 konnte ohne vorhergehende Vereinbarung mit dem IWF ein Rahmenabkommen mit dem Konsortium der Gläubigerbanken abgeschlossen werden, das die Refinanzierung von 20,75 Mrd. US\$ seiner sich auf ca. 26 Mrd. US\$ belaufenden öffentlichen Auslandsschuld umfasst. Ungelöst hingegen ist die Erfüllung der privaten Auslandsverbindlichkeiten infolge striktester Handhabung der Kriterien für die Zuerkennung von Präferenzdevisen durch die venezolanische Devisenkontrollbehörde. Die Fernhaltung des IWF und seiner Auflagen von der Umschuldungsvereinbarung war

Venezuela – Vereinigte Arabische Emirate

dadurch möglich, dass Venezuela autonom ein Spar- und Sanierungsprogramm durchführte, das den Vorstellungen des IWF weitgehend entspricht.

Ungeachtet der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme, die durch die gedrückten Erdölpreise verschärft werden, gilt Venezuela nach wie vor als das wirtschaftlich stabilste Land Lateinamerikas.

Die anhaltende Krise Venezuelas führte zu einer Schrumpfung der venezolanischen Wirtschaft und wirkte sich auch auf das Handelsvolumen mit Österreich aus. Nach Exporten im Jahre 1983 von 323,49 Mio. öS konnten im Berichtsjahr Exporte von 617,37 Mio. öS getätigt werden, was einer Veränderung von +90,8% entspricht. Importseitig veränderten sich die Werte von 100,27 Mio. öS 1983 auf 402,44 Mio. öS 1984. Das entspricht einer Veränderung von +301,3%.

Im Gegensatz zu früher weist der Handel Österreichs mit Venezuela nun einen positiven Saldo auf.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Venezuela konnten im Jahre 1984 auf einigen Gebieten weiter ausgebaut werden, wenn auch insgesamt die besondere Intensität des Jahres 1983 (Simón Bolívar-Gedenkfeiern) nicht erreicht werden konnte. Die schwierige Wirtschaftslage des Landes hat zu starken Kosteneinsparungen auch auf kulturellem Gebiet geführt.

Auf dem Gebiet der Musik fanden ein viel beachtetes Gastspiel des österreichischen Dirigenten Prof. Kurt Woess (Juni) sowie eine Konzerttournee des Mozarteumquartetts (Juni) statt. Weiters wurde eine deutliche Intensivierung des Austausches von Wissenschaftlern und Studierenden verzeichnet. Die Universidad Central de Venezuela und die Universidad Simón Bolívar erhielten Buchspenden des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Beim IV. Festival von Caracas war Österreich mit den Filmen „Ludwig van Beethoven“ und „Das Leben Anton Bruckners“ vertreten.

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Zayed Bin Sultan Al-Nahayan	Sheikh Rashid Al-Maktoum	Amt vakant

ÖB Abu Dhabi: Dr. Anton Prohaska (Agreement erteilt, residiert in Jeddah), Sultan Bin Yussuf Building, 5th floor, Sharia Hamdan, Abu Dhabi, P. O. B. 3095, Tel. 339541; AHSt

Aussenpolitisch betonen die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Stellung als islamischer und arabischer Staat und sind an einer Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen des Golfkooperationsrates interessiert. Die auf Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung gerichtete Regierungspolitik blieb unverändert. Durch die offiziellen Besuche von Bundeskanzler Dr. Sinowatz vom 31. 3. bis 1. 4. 1984 und Aussenminister Lanc von 21. bis 22. April 1984 haben die Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten eine besondere Intensivierung erfahren. Bundeskanzler Dr. Sinowatz war bei seinem Besuch in Abu Dhabi von Staatssekretär Dr. Schmidt und einer grösseren österreichischen Wirtschaftsdelegation begleitet. Bei den Gesprächen wurden Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Vereinigte Arabische Emirate – Vereinigte Staaten von Amerika

Die geringeren Erdöleinnahmen der Vereinigten Arabischen Emirate wirkten sich auch auf das Handelsvolumen mit Österreich aus, das um $-14,6\%$ auf 793 Mio. öS zurückgegangen ist. Insbesondere gab es nur wenige Grossprojekte. Österreichische Exporteure haben jedoch vor allem auf dem Konsumgüterbereich noch immer gute Chancen. Eine grosse Anzahl österreichischer Unternehmen hat sich an Fachmessen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (v. a. in Dubai und Sharjah) beteiligt.

Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ronald Reagan	Ronald Reagan	George Shultz

ÖB Washington : Dr. Thomas Klestil, 2343 Massachusetts Avenue, N.W. Washington, D.C.20008, Tel. (202) 4834474 ; GK Chicago : Dr. Georg Sabaditsch, Wrigley Building, Suite 672, North Michigan Avenue, Tel. 2221515 ; GK New York : Dr. Helga Winkler-Campagna, 31 East 69th Street, N.Y. 10021, Tel. 7376400 ; GK Los Angeles : Dr. Peter Moser, 3440 Witshire Boulevard, Suite 910, Tel. 3807550 ; HK Atlanta, Boston, Buffalo, Cleveland, Denver, Detroit, Honolulu, Houston, Miami, Newark, New Orleans, Philadelphia, Saint Paul, San Francisco, Seattle ; AHSt New York, Chicago, Los Angeles, Houston, Washington ; ÖID New York ; 2 AUA-B

Von dem Gefühl wiedererlangter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stärke getragen, haben die USA seit Anfang 1984 ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme eines umfassenden Dialoges mit der UdSSR signalisiert. Ende September 1984 hat der sowjetische Aussenminister Gromyko einer Einladung nach Washington Folge geleistet und damit zu erkennen gegeben, dass der Kreml an diesem Gesprächsangebot interessiert ist. Aus Äusserungen, die Präsident Reagan auch nach seinem überwältigenden Wahlsieg vom 6. November 1984 getan hat, kann geschlossen werden, dass er nun die in den vergangenen vier Jahren gewonnene Stärke der USA in seiner zweiten Amtsperiode in konkrete Fortschritte in den Beziehungen zur UdSSR umsetzen möchte.

Trotz hoffnungsvoller Töne erscheint jedoch die Zukunft der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen Ende 1984 noch ungewiss. Von entscheidender Bedeutung ist die Frage, ob es gelingen wird, die bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen wieder in Gang zu setzen. Dabei sind die USA primär an einem Abbau des sowjetischen Übergewichts bei landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM), also an Reduktionen im offensivstrategischen Bereich interessiert, während die UdSSR offensichtlich bestrebt ist, das US-Forschungsprogramm für die allfällige Entwicklung eines strategischen Defensivsystems zu stoppen. Inwieweit hier Möglichkeiten für Kompensationen und Kompromisse zwischen beiden Supermächten bestehen, bleibt abzuwarten.

Mit ihrer Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Dialoges mit der UdSSR haben die USA auch einem besonderen Anliegen der Westeuropäer Rechnung getragen. Die Kohärenz des NATO-Bündnisses erscheint durch die planmässige Durchführung des INF-Doppelbeschlusses bei gleichzeitiger Bekräftigung der Grundaussage des seinerzeitigen HARMEL-Berichtes („Militärische Stärke und Dialog mit dem Osten“) gefestigt. Allerdings wird im US-Kongress die Forderung nach einer Erhöhung des

Vereinigte Staaten von Amerika

Beitrag der westeuropäischen NATO-Staaten zu ihrer eigenen Verteidigung immer lauter (NUNN Amendment).

Die Beziehungen der USA zu Japan, Südkorea und den ASEAN-Staaten gewinnen zunehmend an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Japan scheint dem Wunsch der USA nach erhöhten Verteidigungsausgaben und einer Einbindung seiner Aussenpolitik in eine gemeinsame westliche Strategie in grösserem Masse als bisher zu entsprechen.

Von allen Konflikten in der Dritten Welt haben die USA auch 1984 jenen in Zentralamerika die grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Eine von Präsident Reagan eingesetzte überparteiliche Kommission unter Leitung von Henry Kissinger hat Anfang 1984 Vorschläge zur Befriedung Zentralamerikas durch Gewährung umfangreicher Wirtschafts- und Militärhilfe unterbreitet. Während die Wahl des gemässigten Politikers Duarte zum Präsidenten von El Salvador von der Reagan-Administration als Erfolg ihrer Zentralamerika-Politik betrachtet wird, haben sich die amerikanisch-nikaraguanischen Beziehungen seit den Wahlen in Nicaragua noch weiter verschlechtert. Die Reagan-Administration spricht von einer quantitativen und qualitativen Zunahme osteuropäischer Rüstungslieferungen an Nicaragua, die zu einer Störung des militärischen Gleichgewichts in Zentralamerika und damit zu einer Beeinträchtigung von US-Sicherheitsinteressen führen könnten.

Die Lage im Nahen Osten ist trotz der Friedensinitiative Präsident Reagans vom 1. Dezember 1982 weiterhin festgefahren. Im Libanon haben die USA eine eindeutige Niederlage erlitten. Die über Initiative der US-Regierung in den Libanon entsandte multinationale Friedensstreitmacht war nicht in der Lage, dem Libanon zu grösserer politischer Stabilität zu verhelfen. Unter dem Eindruck eines schweren Sprengstoffanschlages gegen die US-Marines in Beirut wurden diese von Präsident Reagan im Februar 1984 heimbeordert.

Im südlichen Afrika scheint die von der Reagan-Administration gegenüber Pretoria verfolgte Politik des „Constructive Engagement“ Früchte zu tragen. Der Anfang 1984 zwischen der Republik Südafrika und Mozambique geschlossene Nichtangriffspakt sowie die über US-Vermittlung zustande gekommenen Verhandlungen zwischen der Republik Südafrika und Angola könnten zu einem Abzug der südafrikanischen und allenfalls auch zu dem von den USA geforderten Abzug der kubanischen Truppen aus Angola führen.

Vom 28. Februar bis 6. März 1984 hat der österreichische Bundespräsident die USA besucht. Dies war der erste Besuch eines österreichischen Staatsoberhauptes in den USA. Der Bundespräsident wurde u. a. von den Bundesministern Lanc und Fischer, sowie Staatssekretär Lacina begleitet. Im Weissen Haus hat der Herr Bundespräsident betont, dass Österreich als neutraler Kleinstaat in Mitteleuropa mit einer westlich orientierten Demokratie in hohem Masse daran interessiert sei, im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beizutragen, internationale Spannungen zu vermindern und für die allgemeine Einhaltung des Völkerrechtes in den zwischenstaatlichen Beziehungen sowie für die Stärkung der internationalen Organisationen einzutreten. Von Präsident Reagan wurde die Rolle Österreichs bei der Wahrung des Friedens in Mitteleuropa, sein Einsatz für den Frieden in der Welt sowie seine aktive Neutralität gewürdigt.

Zu erwähnen wäre ferner der im April 1984 erfolgte Österreich-Besuch einer Delegation des USRepräsentantenhauses unter Leitung von Speaker Thomas O'Neill. Im

Vereinigte Staaten von Amerika

Oktober führte Bundesminister Leopold Gratz mit Aussenminister Shultz einen Meinungsaustausch in Washington. Kurz darauf fand in Wien das jährliche Zusammenreffen der Politischen Direktoren beider Länder statt.

Die amerikanische Wirtschaft hat 1984 expandiert. Das reale Wirtschaftswachstum lag weiter über den Erwartungen. Da es vor allem auf einem massiven Lagerabbau beruhte, dem eine nur geringfügige Zunahme der Industrieproduktion selbst gegenüberstand, konnte die Gefahr einer Überhitzung der Konjunktur mit Druck auf Inflation und Zinssätze verringert werden. Die Inflationsrate blieb bei 3,2% stabil, die Arbeitslosenrate sank im Juni 1984 auf 7,1%. Besonders bemerkenswert war die Investitionstätigkeit der amerikanischen Industrie, die im Berichtszeitraum durch Modernisierung und Ausweitung der Anlagen die größte Belebung seit 1966 verzeichnen konnte. Die Kapazitätsauslastung der amerikanischen Industrie erreichte den höchsten Stand seit 1981.

Im Warenverkehr mit den USA konnte 1984 eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz erreicht werden. Einer anhaltend positiven Entwicklung der österreichischen Exporte, die 1984 durch eine Steigerung um 57,3% einen Gesamtwert von 12,9 Mrd. ÖS erreichten, stand ein relativ geringes Ansteigen der österreichischen Importe aus den USA (Gesamtwert 13,7 Mrd. öS) gegenüber. Der österreichische Exportzuwachs verteilte sich ziemlich regelmässig auf alle relevanten Produktgruppen, Eisen- und Stahlwaren, Kolbenverbrennungsmotoren, Hoch- und Tiefbaumaschinen, Spezialmaschinen, Glaswaren, Nachrichtengeräte sind besonders hervorzuheben. Österreich bezog aus den USA im Berichtszeitraum verstärkt Büro- und EDV-Maschinen, mineralische Rohstoffe und anorganische Chemikalien.

Die Verbesserung der österreichisch-amerikanischen Handelsbilanz war von einer ca. 40%igen Zunahme der Besuche amerikanischer Touristen in Österreich begleitet.

Die Steigerung der österreichischen Stahlausfuhren, besonders bei Massestählen, führte allerdings im Dezember d. J. zu einem Antrag der amerikanischen Stahlindustrie auf Einleitung von Antidumping- und Ausgleichszollverfahren. Eine weitere protektionistische Maßnahme, die für Österreich mit Nachteilen verbunden ist, war der im Herbst 1984 veröffentlichte Entwurf für eine Änderung der Ursprungsregeln bei Textilimporten.

In Durchführung des USA-Konzepts ist im Jänner 1984 eine österreichische Beamtendelegation in die USA gereist, um die Voraussetzungen für eine verbesserte wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und österreichischen Institutionen zu prüfen. Ein diesbezüglicher Briefwechsel zwischen Bundesminister Dr. Fischer und dem hierfür zuständigen Wissenschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Dr. George Keyworth, wurde anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Kirchschräglger durchgeführt. Am selben Tag unterzeichnete Bundesminister Dr. Fischer namens des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung auch ein Kooperationsabkommen („Memorandum of Understanding“) mit der National Science Foundation, in dem beide Institutionen ihre Bereitschaft zur Ausarbeitung eines Programmes für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit bekräftigen. Der damalige Staatssekretär Dkfm. Lacina führte am Rande des Staatsbesuches Gespräche mit den zuständigen amerikanischen Stellen über Fragen des Technologietransfers. Mit der Besetzung des im Berichtsjahr neu geschaffenen Postens eines Wissenschafts- und Technologieattachés wur-

Vereinigte Staaten von Amerika

den in Verwirklichung eines weiteren Vorhabens des USA-Konzepts die institutionellen Voraussetzungen für intensivierete wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit geschaffen.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden und den Aussenhandelsstellen wurde fortgeführt, insbesondere bei der Veranstaltung „Austria Salutes Texas“ im September 1984, die in Gegenwart des Präsidenten der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Sallinger, eröffnet wurde.

Im Hochtechnologiebereich hat die Österreichische Botschaft in Washington auch im Berichtszeitraum laufend bei US-Regierungsstellen interveniert, um österreichischen Firmen bei der rechtzeitigen Beschaffung notwendiger Exportlizenzen für den (Re)Export von Waren zu unterstützen.

Im ersten Jahr der Durchführung des dreijährigen USA-Konzepts konnten auf dem kulturellen Sektor insgesamt 126 Veranstaltungen realisiert und dabei in fast allen Bundesstaaten neue Personen- und Zielgruppen erreicht werden. Ein Grossteil der 56 Konzerte war der modernen, zeitgenössischen österreichischen Musik, rund 50% aller Ausstellungen (insgesamt 20) der zeitgenössischen Malerei gewidmet. Auch Symposien sowie 33 Vorträge setzten sich mit politischen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und literarischen Aspekten des modernen Österreich auseinander.

Die kulturelle Präsenz Österreichs in den USA kam 1984 auch durch folgende Grossereignisse zum Ausdruck :

- Tournee der Wiener Philharmoniker (das Konzert im Washingtoner Kennedy Center wurde vom Herrn Bundespräsidenten und Vizepräsident Bush besucht)
- Gastspiel der Wiener Volksoper
- „Arts Dialogue“ zwischen österreichischen und amerikanischen Kulturmanagern in Washington
- Ausstellung „Alte Meisterzeichnungen“ der Albertina in der National Gallery of Art in Washington.

In den amerikanischen Medien war österreichische Kultur mit der Fernsehübertragung von Aufführungen der Salzburger Festspiele und der Wiener Staatsoper sowie mit einer sechsteiligen Radioserie zeitgenössischer österreichischer Musik, 16 grossen Artikeln in verschiedenen Fachzeitschriften und 50 kulturellen Meldungen stark präsent.

Im Berichtszeitraum konnte erstmals die Übertragung des Neujahrskonzertes der Wiener Philharmoniker am 1. Jänner 1985 durch Public Broadcast System erreicht werden. Ebenfalls in den Berichtszeitraum fällt die Gründung der American Austrian Foundation, die den kulturellen, akademischen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Österreich und den USA fördern soll. Weiters wurden 1984 fünf Austro-American Regional Councils gegründet, die bei der Durchführung von Österreichprogrammen und der Herstellung von lokalen Kontakten behilflich sein sollen.

Im Studienjahr 1983/84 nahmen 21 Akademiker und 42 Studenten am Fulbright/Hays-Austauschprogramm teil. Neun amerikanische Wissenschaftler und 24 amerikanische Studenten hielten sich im Rahmen des Fulbright/Hays-Programmes in Österreich auf.

Die seit längerer Zeit laufenden Kontakte mit den Vereinigten Staaten über den Abschluß eines bilateralen Konsularvertrages wurden 1984 fortgesetzt, wobei ein

Vereinigte Staaten von Amerika – Vietnam – Zaire

österreichischer Entwurf eines Zusatzabkommens zum Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen überreicht wurde. Der Entwurf enthält nützliche Präzisierungen gegenüber dem Wiener Übereinkommen für den bilateralen österreichisch-amerikanischen Bereich.

Vietnam**(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Truong Chinh	Pham Van Dong	Nguyen Co Thach

ÖB siehe Indonesien ; AHSt

Das vordringlichste außenpolitische Problem – die Kambodschafrage – ist weiterhin ungelöst geblieben, es zeichneten sich auch keine für alle Betroffenen akzeptablen Lösungen ab. In den Beziehungen zur VR China ist keine Besserung eingetreten, und das politische Klima zu den südostasiatischen Nachbarn ist weiterhin gespannt. Das Land ist von der westlichen Staatengemeinschaft weitgehend isoliert. Demgegenüber sind die Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen COMECON-Staaten besonders eng. Die Integration von Nord- und Süd-Vietnam wird von der Regierung vorangetrieben. Die Bemühungen zur Festlegung der kommunistischen Partei auf einen einheitlichen Kurs werden fortgeführt.

Aufgrund der erwähnten außenpolitischen Umstände sind die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam von nur geringer Intensität.

Vietnam unterhält Aussenhandelsbeziehungen in einem relevanten Volumen fast ausschliesslich mit den COMECON-Staaten. Aufgrund der anhaltenden Devisenknappheit ist eine Ausweitung des Handels mit den westlichen Industriestaaten nicht zu erwarten. Die österreichischen Exporte (vorwiegend Fertigwaren) sind mit einem Gesamtwert von 4,7 Mio. S leicht gestiegen; die österreichischen Importe sind von 11,3 auf 9,1 Mio. S gefallen.

Zaire**(Republik Zaire), Kinshasa**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendia Wa Za Banga	Kenog Wa Dondo	Kokolo Wa Mpombo

ÖB Kinshasa : Dr. Karl Weber, Galeries Présidentielles, 6 ème étage, B. P. 16.399, Kinshasa I, Tel. 22119 ; AHSt

Die innenpolitische Lage blieb unverändert. Im Juli wurde der seit 19 Jahren in Amt befindliche Präsident auf weitere sieben Jahren wiedergewählt. Die von ihm im Dezember neu ernannte Regierung wies gegenüber der vorigen nur geringfügige Änderungen auf, was ein Abgehen von der bisherigen Praxis bedeutet.

Anlässlich der Tagung der Organisation für Afrikanische Einheit suspendierte Zaire seine Mitarbeit in dieser Organisation wegen der Aufnahme der „Demokratischen Republik Sahara“. Mit Österreich wurde weiterhin über den Abschluß eines Handels- und Zahlungs- und eines Kooperationsabkommens verhandelt.

Zaire – Zentralafrikanische Republik – Zypern

Die Wirtschaftspolitik wird von der erfolgreichen Durchführung eines vom Internationalen Währungsfonds angeregten Sanierungsprogramms bestimmt. Die Inflationsrate wurde gesenkt, die öffentliche Auslandsschuld regelmässig bedient und ein marktgerechter Wechselkurs eingeführt. Von den internationalen Gläubigern erhofft sich Zaire Bereitschaft für eine neuerliche Umschuldung im Jahre 1985.

Die österreichischen Exporte nach Zaire stagnierten auf dem Niveau des Vorjahres. Der seit zwei Jahren bemerkbare Abwärtstrend konnte gestoppt werden. Dies geht auf die bessere Devisenversorgung der traditionellen Kunden auf dem Nahrungsmittelsektor, bei Papier- und Kartonabnehmern sowie auf dem Maschinen- und Pharmasektor zurück. Importseitig stiegen die Positionen Metallwaren, Kaffee und Holz.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe wurden vier Stipendien vergeben. Es konnten Filme an das zairische Fernsehen und an einige Schulen vermittelt werden.

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
André Johannot Kolingba	André Johannot Kolingba	Clément Marcel Nga Gnii Voué To

ÖB siehe Zaire

Die innenpolitische Lage hat sich weiter konsolidiert. Auch Zentralafrika leidet unter dem Einströmen von Flüchtlingen aus dem Tschad.

Die äusserst geringen Aussenhandelsbeziehungen veränderten sich auch 1984 kaum. Die österreichischen Lieferungen bestanden aus Trockenmilch und sonstigen Fertigwaren. Österreich bezieht aus der Zentralafrikanischen Republik Kaffee und Früchte.

Zypern (Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S. Kyprianou	S. Kyprianou	G. Iakovou

ÖB siehe Griechenland ; HK ; AHSt

Die Frage der faktischen Teilung der Insel stand weiterhin im Zentrum der Aussenpolitik. In getrennten Gesprächen mit Vertretern der griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen Volksgruppe am 6. und 7. August in Wien initiierte der Generalsekretär der Vereinten Nationen neue Gespräche zwischen den beiden Gemeinschaften. Ergebnis waren drei Runden indirekter Gespräche in New York, die im Dezember zu einer Annäherung der Standpunkte führten. Es wurde für Jänner 1985 ein direktes Gipfelgespräch zwischen Präsident Kyprianou und dem Führer der türkischen Volksgruppe Denktasch vereinbart (das dann scheiterte). In diesen Gesprächsrunden wurden Grundsätze der geplanten Föderation, Fragen der territorialen Aufteilung des Inselgebietes zwischen den Volksgruppen sowie verfassungsrechtliche Fragen behandelt.

Zypern

Zypern nahm aktiv an der KVAE und den anderen Treffen des KSZE-Folgeprogramms teil und arbeitete in diesem Rahmen als Mitglied der N+N-Gruppierung auch eng mit Österreich zusammen.

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich Österreich für eine Fortführung der Volksgruppengespräche ausgesprochen. Es hat daher die Bemühungen des Generalsekretär der Vereinten Nationen gefördert. Österreich unterstützt seit Jahren die relevanten Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, durch die zur Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Einheit und Blockfreiheit der Republik Zypern aufgerufen wird. Die „Türkische Republik Nordzypern“ wird von Österreich so wie von allen anderen Staaten (mit Ausnahme der Türkei) nicht anerkannt.

Durch die Bereitstellung eines Kontingentes zu den UNFICYP-Truppen trägt Österreich seit Jahren zu den Friedensbemühungen im Zypern-Konflikt bei. Der Kommandant der UNFICYP ist derzeit der Österreicher Generalmajor Greindl.

Die Wirtschaftslage hat sich gegenüber 1983 in fast allen Bereichen verbessert. Das Wirtschaftswachstum betrug 5% gegenüber 3% im Vorjahr, die Arbeitslosenrate blieb unverändert bei 3,3%, die Deviseneingänge aus Exporten und Tourismus stiegen um 30% bzw. 31%. Österreichischen Ausfuhren nach Zypern im Werte von 216 Mio. S (+ 15,6%) standen Einfuhren aus Zypern im Werte von 66,6 Mio. S gegenüber. Österreichs Aussenhandel mit Zypern stieg in beiden Richtungen.

Am 31. August wurde in Wien das erste wirtschaftliche Abkommen zwischen Österreich und Zypern unterzeichnet, und zwar über wirtschaftliche, technische und industrielle Zusammenarbeit.

Österreich und die Staatenwelt

Österreich und die Staatenwelt

Österreich unterhält derzeit zu 148 Staaten diplomatische Beziehungen (D). Mit 2 Staaten bestehen keine diplomatischen, aber konsularische Beziehungen (K), mit 18 Staaten auch keine konsularischen, aber sonstige zwischenstaatliche Beziehungen (S). 5 Staaten werden von Österreich nicht anerkannt (N).

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stellen
Afghanistan	19. 11. 1946	D	●		
Ägypten	24. 10. 1945	D	●	■	○
Albanien	14. 12. 1955	D		■	
Algerien	8. 10. 1962	D	●	■	○
Andorra	—	S			
Angola	1. 12. 1976	D			○
Antigua u. Barbuda	11. 11. 1981	S			
Äquatorialguinea	12. 11. 1968	D			
Argentinien	24. 10. 1945	D	●	■	○
Äthiopien	13. 11. 1945	D	●		
Australien	1. 11. 1945	D	●	■	○
Bahamas	18. 9. 1973	D			
Bahrein	21. 9. 1971	D			
Bangladesh	17. 9. 1974	D			
Barbados	9. 12. 1966	D			
Belgien	27. 12. 1945	D	●	■	○
Belize	25. 9. 1981	S			
Benin	20. 9. 1960	D			
Bhutan	21. 9. 1971	S			
Birma	19. 4. 1948	D			
Bolivien	14. 11. 1945	D			
Bophutatswana	—	N			
Botswana	17. 10. 1966	D			
Burkina Faso	20. 9. 1960	D			
Brasilien	24. 10. 1945	D	●	■	○
Brunei	21. 9. 1984	S			
Bulgarien	14. 12. 1955	D	●	■	○
Burundi	18. 9. 1962	D			
Chile	24. 10. 1945	D	●	■	○
China	24. 10. 1945	D	●	■	○
Ciskei	—	N			
Dänemark	24. 10. 1945	D	●	■	○
Deutsche Demokr. Rep.	18. 9. 1973	D	●	■	○
Deutschland, Bundesrep.	18. 9. 1973	D	●	■	○
Dominica	18. 12. 1978	S			
Dominikanische Rep.	24. 10. 1945	D			

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stellen
Dschibuti	20. 9. 1977	D			
Ekuador	21. 12. 1945	D		■	○
Elfenbeinküste	20. 9. 1960	D	●	■	○
El Salvador	24. 10. 1945	D			
Fidschi	13. 10. 1970	S			
Finnland	14. 12. 1955	D	●	■	○
Frankreich	24. 10. 1945	D	●	■	○
Gabun	20. 9. 1960	D			
Gambia	21. 9. 1965	D			
Ghana	8. 3. 1957	D			
Grenada	17. 9. 1974	D			
Griechenland	25. 10. 1945	D	●	■	○
Großbritannien u. Nord- irland, Vereinigtes Königreich v.	24. 10. 1945	D	●	■	○
Guatemala	21. 11. 1945	D		■	○
Guinea	12. 12. 1958	D			
Guinea-Bissau	17. 9. 1974	D			
Guyana	20. 9. 1966	D			
Haiti	24. 10. 1945	D			
Heiliger Stuhl	—	D	●	■	
Honduras	17. 12. 1945	D			
Hongkong	—	K			○
Indien	30. 10. 1945	D	●	■	○
Indonesien	28. 9. 1950	D	●	■	○
Irak	21. 12. 1945	D	●	■	○
Iran	24. 10. 1945	D	●	■	○
Irland	14. 12. 1955	D	●	■	○
Island	19. 11. 1946	D			
Israel	11. 5. 1949	D	●	■	○
Italien	14. 12. 1955	D	●	■	○
Jamaika	18. 9. 1962	D			
Japan	18. 9. 1956	D	●	■	○
Jemen, Arabische Rep.	30. 9. 1947	D			
Jemen, Dem. Voklsrep.	14. 12. 1967	D			
Jordanien	14. 12. 1955	D	●		○
Jugoslawien	24. 10. 1945	D	●	■	○
Kamerun	20. 9. 1960	D			○
Kampuchea	14. 12. 1955	D			
Kanada	9. 11. 1945	D	●	■	○

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stellen
Kap Verde	16. 9. 1975	D			
Katar	21. 9. 1971	D		■	
Kenia	16. 12. 1963	D	●		○
Kiribati	—	S			
Kolumbien	5. 11. 1945	D	●	■	○
Komoren	12. 11. 1975	D			
Kongo	20. 9. 1960	D			
Korea, Rep.	—	D		■	○
Korean. Dem. Volksrep.	—	D		■	○
Kostarika	2. 11. 1945	D		■	
Kuba	24. 10. 1945	D	●	■	○
Kuwait	14. 5. 1963	D	●		○
Laos	14. 12. 1955	D			
Lesotho	17. 10. 1966	D			
Libanon	24. 10. 1945	D	●	■	○
Liberia	2. 11. 1945	D			
Libyen	14. 12. 1955	D	●	■	○
Liechtenstein	—	D			
Luxemburg	24. 10. 1945	D	●	■	
Madagaskar	20. 9. 1960	D			
Malawi	1. 12. 1964	D			
Malaysia	17. 9. 1957	D	●	■	○
Malediven	21. 9. 1965	D			
Mali	28. 9. 1960	D			
Malta	1. 12. 1964	D			
Marokko	12. 11. 1956	D	●	■	○
Mauretanien	27. 10. 1961	D			
Mauritius	24. 4. 1968	D			
Mexiko	7. 11. 1945	D	●	■	○
Monaco	—	K			
Mongolei	27. 10. 1961	D			
Mosambik	16. 9. 1975	D			
Nauru	—	S			
Nepal	14. 12. 1955	D			
Neuseeland	24. 10. 1945	D		■	
Niederlande	10. 12. 1945	D	●	■	○
Niger	20. 9. 1960	D			
Nigeria	7. 10. 1960	D	●	■	○
Nikaragua	24. 10. 1945	D		■	
Norwegen	27. 11. 1945	D	●	■	○
Oman	7. 10. 1971	D		■	
Pakistan	30. 9. 1947	D	●	■	○
Panama	13. 11. 1945	D		■	

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stellen
Papua-Neuguinea	10. 10. 1975	D			
Paraguay	24. 10. 1945	D			
Peru	31. 10. 1945	D	●	■	○
Philippinen	24. 10. 1945	D	●	■	○
Polen	24. 10. 1945	D	●	■	○
Portugal	14. 12. 1955	D	●	■	○
Rumänien	14. 12. 1955	D	●	■	○
Rwanda	18. 9. 1962	D			
Salomon-Inseln	19. 9. 1978	S			
Sambia	1. 12. 1964	D	●		
Samoa	15. 12. 1976	S			
San Marino	—	K			
Sankt Christopher und Nevis	23. 9. 1983	S			
Sankt Lucia	18. 9. 1969	S			
Sankt Vincent u. d. Grenadinen	16. 9. 1980	S			
São Tomé u. Príncipe	16. 9. 1975	S			
Saudi Arabien	24. 10. 1945	D	●	■	○
Schweden	19. 11. 1946	D	●	■	○
Schweiz	—	D	●	■	○
Senegal	28. 9. 1960	D	●		
Seychellen	21. 9. 1976	D			
Sierra Leone	27. 9. 1961	D			
Simbabwe	25. 8. 1980	D	●		○
Singapur	21. 9. 1965	D			○
Somalia	20. 9. 1960	D			
Sowjetunion (Ukrainische SSR) (Weißrussische SSR)	24. 10. 1945 24. 10. 1945	D D	● ●	■ ■	○ ○
Spanien	14. 12. 1955	D	●	■	○
Sri Lanka	14. 12. 1955	D			
Südafrika	7. 11. 1945	D	●	■	○
Sudan	12. 11. 1956	D			○
Suriname	4. 12. 1975	D			
Swasiland	24. 9. 1968	D			
Syrien	24. 10. 1945	D	●		○
Taiwan	—	N			
Tansania	14. 12. 1961	D			
Thailand	16. 12. 1946	D	●	■	○
Togo	20. 9. 1960	D			
Tonga	—	S			
Transkei	—	N			
Trinidad u. Tobago	18. 9. 1962	D			
Tschad	20. 9. 1960	D			

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stellen
Tschechoslowakei	24. 10. 1945	D	●	■	○
Tunesien	12. 11. 1956	D	●	■	○
Türkei	24. 10. 1945	D	●	■	○
Tuvalu	—	S			
Uganda	25. 10. 1962	D			○
Ungarn	14. 12. 1955	D	●	■	○
Uruguay	18. 12. 1945	D		■	
Vanuatu	15. 9. 1981	S			
Venda	—	N			
Venezuela	15. 11. 1945	D	●	■	○
Vereinigte Arabische Emirate	9. 12. 1971	D		■	○
Vereinigte Staaten v. Amerika	24. 10. 1945	D	●	■	○
Vietnam	20. 9. 1977	D			
Zaire	20. 9. 1960	D	●	■	○
Zentralafrikanische Rep.	20. 9. 1960	D			
Zypern	20. 9. 1960	D			

Österreich in internationalen Organisationen

Österreich in internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft in wichtigen internationalen Organisationen im UN- und europäischen Bereich.

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Beitrag 1984 ¹⁾ in öS; Anteil am Gesamt- budget in %	Ressort
UNO , New York, Genf, Wien Perez de Cuellar (Peru)	1973/74	96,250.000,— 0,75%	BMAA
UNHCR , Genf Hartling (Dänemark)	2)	1,871.000,—	BMI
UNICEF , New York Grant (USA)	1981—1984	14,000.000,—	BMsV
UNCTAD , Genf McIntyre (Grenada); interimist. Leiter	3)	Teil des regulären UN-Budgets	BMAA
UNDP , New York Morse (USA)	1972—1987	135,625.000,— 0,9%	BMAA
UNEP , Nairobi Tolba (Ägypten)	1978—1980 1984—1986	5,300.000,— 1,00%	BMGU
UNFDAC , Wien di Gennaro (Italien)		1,500.000,—	BMGU
UNITAR , New York Doo Kingue (Kamerun)		500.000,—	BMAA
UNRWA , Wien Rydbeck (Schweden)		2,807.000,—	BKA/ BMAA
UNU , Tokio Soedjatmoko (Indonesien)		1,500.000,—	BMWF/ BMAA
FAO , Rom Saouma (Libanon)	1983—1986	34,700.000,— 0,91%	BMLF
GATT , Genf Dunkel (Schweiz)		5,000.000,—	BMHGI
IAEO , Wien Blix (Schweden)	1984/85	15,873.000,— 0,77%	BMAA
ICAO , Montreal Lambert (Frankreich)		2,600.000,— 0,60%	BMöWV
IFAD , Rom Al-Suedary (Saudi-Arabien)	1981—1983	Kapitalanteil 167,506.483,— 0,55%	BMF/ BMLF
ILO , Genf Blanchard (Frankreich)	1984—1987 (stellv. Mitglied)	17,500.000,— 0,74%	BMsV
IMO , London Srivastava (Indien)		100.000,— 0,12%	BMöWV
ITU , Genf Butler (Australien)		1,600.000,— 0,25%	BMöWV/ GDPT
UNESCO , Paris M'Bow (Senegal)	1972—1976	26,120.000,— 0,74%	BMAA

Österreich im internationalen Organisationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Beitrag 1984 ¹⁾ in öS; Anteil am Gesamt- budget in %	Ressort
UNIDO , Wien Khane (Algerien)	1967—1985	3,750.000,—	BMAA/ BKA
UPU , Bern Bolto (Brasilien)		900.000,— 0,47%	BMöWV/ GDPT
WHO , Genf Mahler (Dänemark)	1953—1956 1970—1973	30.000.000,— 0,74%	BMGU
WIPO , Genf Bogsch (USA)	1976—1982	3,000.000,—	BMHGI
WMO , Genf Obasi (Nigerien)		1,800.000,— 0,6%	BMWF
WTO , Madrid Lonati (Frankreich)		2,000.000,—	BMHGI
IMF , Washington de Larosière (Frankreich)	4)	Kapitalanteil 15.705,201.960,— 0,86%	BMF
IBRD , Washington Clausen (USA)	4)	Kapitalanteil 11.012,058.694,— 1,12%	BMF
IDA , Washington Clausen (USA)		Kapitalanteil 3.891,707.534,—	BMF
IFC , Washington Clausen (USA)		Kapitalanteil 99,289.710,—	BMF
OECD , Paris Paye (Frankreich)		31,038.000,—	BKA
EUROPARAT , Strassburg Oreja Aguirre (Spanien)		16,932.000,— 2,20%	BMAA
EFTA , Genf Kleppe (Norwegen)		14,500.000,— 16,29%	BMHGI
CERN , Genf Schopper (BRD)		148,900.000,— 2,37%	BMWF
DONAUKOMMISSION , Budapest Lalošević (Jugoslawien)		740.000,—	BMAA
Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen⁵⁾			
UNDOF , Damaskus Stahl, (Schweden)		4,900.000,—	BMLV/ BMAA
UNIFIL , Naqura Callaghan (Irland)		28,000.000,—	BMLV/ BMAA
UNFICYP , Nicosia Greindl (Österreich)		4,380.000,—	BMLV/ BMAA

1) Quelle: Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1984; II. Teil (Beilage P: Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Institutionen; unter Beitrag sind die Voranschlagsziffern für 1984 angeführt).

2) Ständiges Mitglied des Exekutivkomitees.

3) Der UNCTAD-Rat steht allen Mitgliedern der UNCTAD offen.

4) Im Gouverneursrat der Weltbank und des IMF sind alle Mitgliedstaaten vertreten.

5) Die österreichischen Beiträge zu den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen werden regelmäßig mit den Zahlungsrückständen der Vereinten Nationen gegenüber Österreich kompensiert, die sich aus der österreichischen Teilnahme an UNDOF und UNFICYP ergeben.

*Besuche in Österreich und im Ausland***Besuche im Ausland****Besuche des Herrn Bundespräsidenten im Jahre 1984**

26. 2.—6. 3. USA	11. 9.—14. 9. Griechenland
2. 4.—5. 4. Portugal	9. 10.—11. 10. Frankreich

Besuche des Herrn Bundeskanzlers im Jahre 1984

24. 1.—26. 1. Jugoslawien	27. 9.—29. 9. Bulgarien
8. 3.—10. 3. Schweiz	2. 10.—4. 10. Spanien
24. 3.—31. 3. Indien	5. 11.—6. 11. Deutsche Demokratische Republik
31. 3.—1. 4. Vereinigte Arabische Emirate	24. 11.—27. 11. Sowjetunion

Besuche des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1984

29. 3.—30. 3. Tschechoslowakei	22. 4.—23. 4. Kuwait
14. 4. Katar	12. 5.—15. 5. Ägypten
15. 4.—16. 4. Saudi-Arabien	26. 5. Iran
17. 4.—20. 4. Oman	16. 10.—18. 10. Polen
21. 4. Vereinigte Arabische Emirate	25. 10.—27. 10. Italien

*Besuche in Österreich und im Ausland***Besuche in Österreich****Besuche ausländischer Staatsoberhäupter im Jahre 1984**

13. 3.—15. 3.
Jugoslawien
Vorsitzender des Präsidiums
Mika ŠPILJAK

4. 7.—5. 7.
Liechtenstein
Regierender Fürst
FRANZ JOSEF II.

2. 10.
Ungarn
Vorsitzender des Präsidialrates
Pál LOSONCSI
(inoffizielles Treffen
mit dem Herrn Bundespräsidenten)

9. 12.—10. 12.
Bundesrepublik Deutschland
Präsident
Richard VON WEIZSÄCKER
(Privatbesuch)

Besuche ausländischer Regierungschefs und sonstiger leitender Persönlichkeiten im Jahre 1984

25. 1.—27. 1.
Liechtenstein
Regierungschef
Hans BRUNHART

15. 2.—16. 2.
Italien
Präsident des Ministerrates
Bettino CRAXI

22. 2.—24. 2.
Frankreich
Premierminister
Pierre MAUROY

2. 5.—4. 5.
Europäische Gemeinschaften
Vizepräsident der Kommission
Wilhelm HAFERKAMPF

8. 6.
Südafrika
Premierminister
Pieter Willem BOTHA
(Privatbesuch)

12. 6.—15. 6.
Indien
Vizepräsident
Mohammed HIDAYATULLAH
(inoffizieller Besuch)

24. 6.—25. 6.
Costa Rica
Präsident
Luis Alberto MONGE ALVAREZ
(inoffizieller Besuch)

17. 10.—19. 10.
Kapverdische Republik
Premierminister
Pedro PIRES
(Arbeitsbesuch)

22. 10.—24. 10.
Arabische Liga
Generalsekretär
Chedli KLIBI

19. 11.—21. 11.
Deutsche Demokratische Republik
Stellvertretender Ministerpräsident
Herbert WEIZ
(Arbeitsbesuch)

21. 11.
Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzler
Helmut KOHL

Besuche in Österreich und im Ausland

Besuche ausländischer Außenminister im Jahre 1984

16. 2.—18. 2.

Spanien

Fernando MORAN LOPEZ

2. 4.—4. 4.

China

WU Xueqian

12. 4.—13. 4.

Bundesrepublik Deutschland

Hans Dietrich GENSCHER

26. 4.—27. 4.

Deutsche Demokratische Republik

Oskar FISCHER

6. 5.—9. 5.

Argentinien

Dante CAPUTO

28. 5.—29. 5.

Ungarn

Peter VARKONYI

18. 6.—19. 6.

Bulgarien

Peter MLADENOV

24. 6.—26. 6.

Republik Korea

Won-Kyung LEE

26. 6.—27. 6.

Pakistan

Sahabzada YAQUB KHAN

*Chronik der in Wien Akkreditierten Botschafter***Chronik der in Wien akkreditierten ausländischen Botschafter**

(Stand vom 31.12.1984)

Überreichung des Beglaubigungsschreibens am

Der Apostolische Nuntius

Heiliger Stuhl	S. E. Erzbischof Msgr. Dr. Mario Cagna	9. 6. 1976
----------------	--	------------

Botschafter

Sowjetunion	S. E. Herr M. T. Efremow	2. 4. 1975
Tunesien	S. E. Herr Ahmed Ghezal	23. 3. 1977
Togo	S. E. Herr Assiongbon Agbenou	8. 2. 1978
Ungarn	S. E. Herr Dr. Jenö Rande	20. 2. 1978
Libanon	S. E. Herr Abbas Hamiyé	11. 9. 1978
Luxemburg	S. E. Herr Dr. Edouard Molitor	6. 10. 1978
Sierra Leone	S. E. Herr Birch M. Conte	28. 3. 1979
Jamaika	S. E. Herr Kenneth G. A. Hill	20. 4. 1979
Sambia	S. E. Herr Standwell Ch. I. Mapara	5. 9. 1979
Schweiz	S. E. Herr Dr. Jürg Andreas Iselin	5. 12. 1979
Philippinen	S. E. Herr Domingo L. Siazon	20. 5. 1980
Panama	S. E. Herr Ernesto Koref	20. 5. 1980
China	S. E. Herr Wang Shu	7. 7. 1980
Nikaragua	S. E. Herr Dr. Ivan Mejia Solis	17. 9. 1980
Burundi	S. E. Herr Terence N. Sanzé	17. 10. 1980
Zaire	S. E. Herr Bintou'a-Tshabola	24. 11. 1980
Irland	S. E. Herr Dr. Edward J. Brennan	9. 1. 1981
Spanien	S. E. Herr Juan Luis Pan de Soraluce y Olmos, Conde de San Roman	7. 3. 1981
Mexiko	S. E. Herr Roberto de Rosenzweig Diaz	14. 9. 1981
Venezuela	S. E. Herr Dr. Adolfo Raul Taylhardat	24. 9. 1981
Pakistan	S. E. Herr Syed Ahmad Pasha	2. 10. 1981
Schweden	S. E. Herr Dag Einar Jonas Malm	2. 10. 1981
Liberia	S. E. Herr Dr. C. E. Zamba Liberty	5. 10. 1981
Nigeria	S. E. Herr J. K. Umar	5. 10. 1981
Belgien	S. E. Herr André S. J. M. Ernemann	28. 10. 1981
Jugoslawien	S. E. Herr Milorad Pešić	28. 10. 1981
Großbritannien und Nordirland	S. E. Herr Michael O'Donel Bjarne Alexander	26. 1. 1982
Birma	S. E. Herr U Than Lwin	23. 2. 1982
Elfenbeinküste	S. E. Herr Adonit Manouan	3. 3. 1982
Irak	S. E. Herr Ibrahim Ahmed Al-Shawi	30. 3. 1982
Argentinien	S. E. Herr Juan C. Marcelino Beltramino	1. 4. 1982
Neuseeland	S. E. Herr Neville Sale Judd	27. 4. 1982
Uruguay	S. E. Herr Dr. Hector Nelson Di Biase Irigoin	19. 5. 1982
Kamerun	S. E. Herr Enock Kwayeb	24. 5. 1982
Burkina Faso	S. E. Herr Anatole Tiendrebeogo	24. 5. 1982
Marokko	S. E. Herr Abderrahmane Baddou	8. 6. 1982
Somalia	S. E. Herr Hassan Sheik Hussain	23. 6. 1982
Nepal	S. E. Herr Ram Hari Sharma	7. 7. 1982
Bundesrepublik Deutschland	S. E. Herr Hans Heinrich Noebel	20. 7. 1982

Chronik der in Wien Akkreditierten Botschafter

Ägypten	S. E. Herr El-Taher Shash	10. 9. 1982
Algerien	S. E. Herr Abdelaziz Benhassine	28. 9. 1982
Malaysia	S. E. Herr Ajit Singh	15. 10. 1982
Indien	S. E. Herr Shilendra Kumar Singh	15. 10. 1982
Republik Korea	S. E. Herr Hyung Kun Kim	3. 11. 1982
Kuwait	S. E. Herr Hassan Ali Al-Dabbagh	3. 11. 1982
Kolumbien	S. E. Herr Dr. Gustavo Rodriguez Vargas	5. 11. 1982
Thailand	S. E. Herr Suchati Chuthasmit	10. 11. 1982
Kanada	S. E. Herr Allan William Sullivan	4. 1. 1983
Demokratische Volksrepublik Jemen	S. E. Herr Mohammed Saleh-Al-Quaish	2. 2. 1983
Rwanda	S. E. Herr Juvenal Rezaho	2. 2. 1983
Albanien	S. E. Herr Idriz Bardhi	6. 4. 1983
Polen	S. E. Herr Marian Krzak	12. 4. 1983
Japan	S. E. Herr Yasushi Miyazawa	15. 4. 1983
Bangladesch	S. E. Herr Gen. Lt. Mir Shawkat Ali	15. 4. 1983
Italien	S. E. Herr Girolamo Nisio	9. 5. 1983
Malteser Ritterorden	S. E. Baron Gioacchino Malfatti	16. 5. 1983
Benin	S. E. Herr Issa Guy Ph. Boukary-Mory	16. 5. 1983
Deutsche Demokratische Republik	S. E. Herr Dr. Horst Grunert	30. 5. 1983
Liechtenstein	S. D. Prinz Heinrich von Liechtenstein	9. 6. 1983
Lesotho	S. E. Herr Reginald Mokheseng Tekateka	9. 6. 1983
Frankreich	S. E. Herr Jean Audibert	15. 6. 1983
Barbados	S. E. Herr Oliver H. Jackman	15. 6. 1983
Vereinigte Staaten von Amerika	I. E. Frau Helene von Damm	22. 6. 1983
Senegal	S. E. Herr Cheikh Leye	14. 7. 1983
Griechenland	S. E. Herr Georges Cladakis	19. 7. 1983
Israel	S. E. Herr Michael Elizur	29. 7. 1983
Tansania	S. E. Herr Ahmed Diria Hassan	29. 7. 1983
Mali	S. E. Herr Sekou Almany Koreissy	5. 10. 1983
Mauretanien	S. E. Herr Nalla Oumar Kane	5. 10. 1983
Türkei	S. E. Herr Erdem Erner	19. 10. 1983
Island	S. E. Herr Dr. Hannes Jonsson	28. 10. 1983
Saudi-Arabien	S. E. Herr Yusuf Muhammad Al-Mutabbakani	28. 10. 1983
Bulgarien	S. E. Herr Christo Panteleev Dortschev	4. 11. 1983
Guyana	S. E. Herr Harold Sahadeo	4. 11. 1983
Tschechoslowakei	S. E. Herr Marek Venuta	16. 11. 1983
Indonesien	I. E. Frau Artati Sudirdjo	28. 11. 1983
Finnland	S. E. Herr Kaarlo Yrjö-Koskinen	5. 12. 1983
Haiti	S. E. Herr Dr. Edouard Francisque	16. 12. 1983
Kap Verde	S. E. Herr António Rodrigues Pires	21. 12. 1983
Kuba	S. E. Herr Gustavo Mazorra Hernández	9. 1. 1984
Dominikanische Republik	S. E. Herr Alfredo Ricart Pellerano	3. 2. 1984
Sudan	S. E. Herr Mirghani Suleiman Khalil	3. 2. 1984
Malawi	S. E. Herr L. S. K. Msiska	21. 3. 1984
Honduras	S. E. Herr Alejandro Banegas	9. 5. 1984
Jordanien	S. E. Herr Hani Mustafa Khalifeh	9. 5. 1984
Niger	S. E. Herr Yacouba Sandi	16. 5. 1984

Chronik der in Wien Akkreditierten Botschafter

Australien	S. E. Herr John Robert Kelso	17. 5. 1984
Chile	S. E. Herr Rafael E. Ortiz Navarro	21. 5. 1984
Koreanische Demokratische Volksrepublik	S. E. Herr Tschö Gi Tschol	5. 6. 1984
Sri Lanka	S. E. Herr Alexander Tissa Jayakoddy	5. 6. 1984
Guatemala	S. E. Herr Héctor Mario Lopez Fuentes	14. 6. 1984
Kenia	S. E. Herr Maurice Peter Omwony	14. 6. 1984
Bahrain	S. E. Herr Karim Ebrahim Al-Shakar	14. 6. 1984
Gambia	S. E. Herr Samuel J. Okikiola Sarr	20. 6. 1984
Trinidad–Tobago	S. E. Herr Lyle Everette Williams	12. 7. 1984
Zypern	S. E. Herr Kostas Papademas	12. 7. 1984
Dänemark	S. E. Herr Jens Christensen	16. 7. 1984
Südafrika	S. E. Herr Naudé Steyn	17. 9. 1984
Katar	S. E. Herr Ali Abdarrahan Muftah	17. 9. 1984
Norwegen	S. E. Herr Knut Hedermann	17. 9. 1984
Niederlande	S. E. Herr Lodewijk Hendrik Johannes Baptist van Gorkom	18. 9. 1984
Portugal	S. E. Herr António Augusto de Medeiros Patrício	15. 10. 1984
Ghana	S. E. Herr Samuel Ernest Quarm	15. 10. 1984
Kongo	S. E. Herr Gérard–François Yandza	15. 10. 1984
Ekuador	S. E. Herr Dr. Iván Alfredo Penaherrera Delgado	22. 11. 1984

Österreich in Zahlen 1950 bis 1984

Gegenstand, Einheit	1950	1960	1970	1980	1984 ¹⁾
Bevölkerungsstand, in 1.000	6.935	7.048	7.467	7.549	7.552 ²⁾
darunter Ausländer, in 1.000	323 ³⁾	102 ⁴⁾	183	283	269 ²⁾
Geburten auf 1.000 Einwohner	15,6	17,9	15,0	12,0	11,7
Sterbefälle auf 1.000 Einwohner	12,4	12,7	13,2	12,2	11,6
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	61,9	65,4	66,5	69,0	69,9 ⁵⁾
weiblich	67,0	71,9	73,4	76,1	77,0 ⁵⁾
Eheschließungen auf 1.000 Einwohner	9,3	8,3	7,1	6,2	6,0
Erwerbsquote	48,3 ³⁾	47,6 ⁴⁾	41,8 ⁶⁾	45,2 ⁷⁾	44,4
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	1.941	2.273	2.387	2.789	2.745
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige	.	.	40,8	37,2	37,0
Arbeitslosenrate	6,0	3,7	2,4	1,9	4,5
Brutto-Inlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd. S	51,9	162,9	375,9	994,7	1.288,1 ⁸⁾
Offizielle Währungsreserven, in Mrd. S	.	19	47	111	119
Zentralbankgeldumlauf, in Mrd. S	.	25	53	131	160
Schilling-Geldkapitalbildung, in Mrd. S	.	51	201	838	1.180
Schilling-Kreditgewährung, in Mrd. S	.	63	200	890	1.251
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	80,8	115,0	211,4	260,0
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	69,3	131,1	313,5	395,1
Durchschnittsverdienste Industrie, Brutto-Monatsverdienst (mit Sonderzahlungen), in S	.	2.448	5.356	14.627	18.300
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100	19,2	39,7	68,3	101,1	105
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100	25,7	39,9	66,4	99,7	...
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	386,7	616,6	749,8	710,0 ⁸⁾
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha	16,5	23,5	28,5	41,9	46,0
PKW- und Kombi-Bestand, in 1.000	48	404	1.197	2.247	2.463
Fertiggestellte Wohnungen, in 1.000	.	39	44	78	...
Leistungsbilanzsaldo, in Mrd. S	.	.	-1,7	-21,4	-10,8

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt. — . = Keine Daten vorhanden. — ... = Ergebnisse liegen noch nicht vor. — 1) Daten aus 1984 sind meist vorläufig, geringfügige Änderungen sind noch zu erwarten. — 2) Jahresmitte. — 3) Volkszählung 1951. — 4) Volkszählung 1961. — 5) Prognose. — 6) Volkszählung 1971. — 7) Volkszählung 1981. — 8) Prognose WIFO. — 9) Daten nicht vergleichbar.

Wirtschafts- und Sozialstatistik — internationaler Vergleich

Länder	Brutto- Inlands- produkt (BIP) je Einwohner 1983 in US-\$ ¹)	Wirtschafts- wachstum ²)		Anteil des Leistungsbilanz- saldos am BIP		Einfuhr		Ausfuhr	
		1982	1983 in %	1982	1983	1982	1983 in Mio. US-\$ ¹)	1982	1983
Belgien	8.261	-0,1	0,3	-3,6	-0,7	58.239	55.269	52.364	51.929
BRD	10.708	-1,1	0,5	0,6	0,6	155.856	151.276	176.428	169.422
Dänemark	10.950	3,1	1,0	-4,1	-2,1	17.162	16.266	15.527	16.056
Frankreich	9.453	1,7	-0,5	-2,9	-0,9	115.645	105.424	92.629	91.231
Großbritannien	7.970	1,2	1,8	1,9	1,0	99.708	100.071	97.075	91.711
Italien	6.249	0,3	-0,5	-1,6	0,4	86.213	80.367	73.490	72.681
Niederlande	9.281	1,4	-0,3	2,7	2,7	62.583	60.743	66.322	64.816
Norwegen	13.317	0,6	0,3	1,4	4,1	15.479	13.501	17.595	18.002
Österreich	8.890	1,1	1,0	1,7	0,3	19.557	19.364	15.685	15.431
Schweden	10.995	-0,1	1,8	-3,6	-1,0	27.592	26.114	26.819	27.465
Schweiz	14.789	-2,0	-0,5	3,8	3,6	28.670	29.117	26.024	25.595
Kanada	13.125	-4,8	2,0	0,5	0,4	55.035	61.325	68.496	73.797
USA	13.994	1,7	3,0	-0,3	-1,3	254.884	269.878	212.275	200.538
Japan	9.702	3,0	3,3	0,7	1,8	131.932	146.992	138.911	146.676
OECD insgesamt	9.832	-0,2	2,0	-0,4	-0,3	1.221.492	.	1.155.888	.

1) Laufende Preise und Wechselkurse. — 2) Reale Veränderung des Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr. — 3) Waren und Dienstleistungen. — 4) Geänderte Berechnungsgrundlage.

Länder	Exportanteile ³⁾ am BIP			Anteil öffentl. Entwicklungshilfen am BIP			Anteil des Schulden- standes			Arbeitslosenrate			Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber Vorjahr		
							öffentl.- rechtl. Körper- schaften am BIP	des Zentral- staates am BIP							
	1970	1982	1983	1970	1982	1983	1982	1982	1983	1970	1983	1984	1970	1983	1984
Belgien	49,0	98,3	92,6	0,48	0,60	0,59	93	79	.	3,0	18,5	18,7	4,0	7,5	6,4
BRD	23,3	33,3	31,9	0,32	0,48	0,45	38	19	19	0,7	9,0	9,1	3,8	3,0	2,4
Dänemark	28,8	39,4	40,2	0,38	0,77	0,73	69	62	.	1,1	10,8	10,5	6,5	7,5	6,3
Frankreich	17,5	28,5	28,2	0,66	0,75	0,74	.	14	.	3,1	9,5	9,2	5,2	9,5	7,7
Großbritannien	25,5	30,6	31,1	0,37	0,37	0,35	50	43	42	2,7	12,3	12,7	6,4	5,0	5,0
Italien	18,8	28,5	27,4	0,16	0,24	0,24	70	62	66	.	10,0	10,4	4,9	16,0	10,7
Niederlande	45,8	63,9	63,1	0,63	1,08	0,91	51	39	44	1,1	15,0	17,6	4,4	2,5	3,3
Norwegen	42,8	48,5	48,7	0,32	0,99	1,06	38	30	28	0,8	2,2	3,9	10,6	9,0	6,3
Österreich	30,0	41,9	39,9	0,13	0,53⁴⁾	0,24	41	30	34	2,4	4,5	4,5	4,4	3,2	5,6
Schweden	24,8	35,4	38,8	0,36	1,02	0,85	70	62	75	1,5	3,5	3,1	7,1	8,5	8,0
Schweiz	37,9	46,9	44,8	0,14	0,25	0,32	37	12	12	.	1,0	1,1	3,5	4,0	2,9
Kanada	24,5	27,7	26,8	0,42	0,42	0,45	12,5	11,3	3,4	7,0	4,3
USA	6,6	11,9	10,2	0,31	0,27	0,24	51	39	43	.	10,3	7,5	5,9	3,5	4,3
Japan	11,3	16,8	15,8	0,23	0,29	0,33	48	40	45	.	2,8	2,7	7,7	2,0	2,6
OECD insgesamt	.	22,1	.	0,34	0,38	0,36	9,3	8,5	.	5,5	5,4

1) Laufende Preise und Wechselkurse. — 2) Reale Veränderung des Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr. — 3) Waren und Dienstleistungen. — 4) Geänderte Berechnungsgrundlage.

Länder	Effektive Arbeitszeit (Stunden/ Woche)		Erwerbs- quote		Lebenserwartung (in Jahren)				Säuglings sterblichkeit ⁵⁾		Geburten auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle auf 1.000 Einwohner	
	1982	1983	1970	1981	zwischen 1960 und 1970		zwischen 1977 und 1981		1977	1983	1982	1983	1982	1983
					männl.	weibl.	männl.	weibl.						
Belgien	.	.	39,7	42,2	67,7	73,5	69,5	76,2	13,5	11,3	12,2	11,9	11,4	11,3
BRD	40,7	40,5	44,2	44,4	67,6	73,6	69,9	76,7	15,4	10,3	10,1	9,7	11,6	11,7
Dänemark	.	.	48,3	52,2	70,6	75,4	71,1	77,2	8,7	8,0	10,3	9,9	10,8	11,2
Frankreich	39,5	39,0	42,2	43,0	68,0	75,5	70,1	78,2	11,4	9,0	14,7	13,7	10,1	10,2
Großbritannien	42,0	42,6	45,6	47,4	68,7	74,9	70,7	76,8	14,1	10,2	12,8	13,0	11,8	11,8
Italien	7,7 ⁶⁾	.	39,6	41,0	67,2	72,3	70,7	77,4	17,7	12,4	10,9	10,6	9,4	9,9
Niederlande	40,8	.	37,1	38,0	71,0	76,4	72,4	79,2	9,5	8,4	12,0	11,8	8,2	8,2
Norwegen	30,7	30,6	40,1	48,1	71,0	76,0	72,5	79,2	9,2	8,1	12,4	12,1	10,0	10,1
Österreich	37,2	37,0	42,0	45,2	66,6	73,3	69,3	76,4	16,8	11,9	12,5	11,9	12,0	12,3
Schweden	.	.	48,7	52,0	71,9	76,5	73,1	79,1	8,0	6,8	11,1	11,0	10,9	10,9
Schweiz	43,7	43,2	49,8	47,6	68,7	74,1	72,3	79,1	9,8	7,7	11,8	11,4	9,3	9,3
Kanada	37,6	.	39,8	48,9	68,8	75,2	70,8	78,6	12,4	9,1	15,1	.	7,1	.
USA	38,9	40,1	41,9	48,2	66,6	74,0	70,0	77,8	14,0	10,9	16,0	15,5	8,6	8,6
Japan	40,9	41,0	49,7	48,5	69,1	74,3	73,8	79,1	8,9	6,6	12,9	.	6,1	6,2
OECD insgesamt	.	.	43,1	45,4

Länder	PKW-Dichte ⁷⁾	TV-Dichte ⁷⁾	Radio-Dichte ⁷⁾	Telefon-Dichte ⁷⁾	Absoluter Niveauvergleich (BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten) (Österreich = 100)	
	1978	1980	1976	1981	1970	1980
Belgien	302	395	409	387	111	104
BRD	346	337	329	488	122	113
Dänemark	276	368	365	675	128	109
Frankreich	333	297	330	498	114	108
Großbritannien	258	331	706	507	108	91
Italien	291	234	232	364	95	86
Niederlande	295	296	290	539	.	.
Norwegen	282	292	320	485	.	.
Österreich	271	296	291	421	100	100
Schweden	345	381	390	828	.	.
Schweiz	324	314	332	751	.	.
Kanada	410	471	1.011	694	.	.
USA	525	624	1.882	789	159	136
Japan	184	250	530	502	101	101
OECD insgesamt	118	105

611 Quelle: UN, OECD, OeNB, Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Österreichisches Statistisches Zentralamt. —
5) Im 1. Lebensjahr Gestorbene/1000 Lebendgeborene. — 6) Stunden pro Tag. — 7) Pro 1.000 Einwohner.

Internationaler Reiseverkehr 1981 und 1982

Eingänge und Ausgänge

Länder	Eingänge		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Ausgänge		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1981	1982		1981	1982	
	in Mio. US \$			in Mio. US \$		
Belgien ¹⁾	1.607,5	1.577,7	- 1,9	2.813,9	2.190,5	-22,2
BRD	5.987,5	5.519,7	- 7,8	17.295,9	16.217,8	- 6,2
Dänemark	1.256,7	1.306,1	+ 3,9	1.286,9	1.331,1	+ 3,4
Frankreich	7.239,2	6.990,6	- 3,4	5.747,2	5.157,0	-10,3
Großbritannien	5.965,4	5.560,6	- 6,8	6.570,2	6.376,2	- 3,0
Italien	7.553,6	8.338,4	+10,4	1.664,7	1.736,6	+ 4,3
Niederlande	1.645,4	1.542,5	- 6,3	3.574,4	3.301,5	- 7,6
Norwegen	772,9	725,0	- 6,2	1.477,7	1.632,8	+10,5
Österreich	5.712,2	5.548,2	- 2,9	2.798,0	2.684,7	- 4,1
Schweden	958,5	1.011,6	+ 5,5	2.194,2	1.896,2	-13,6
Schweiz	3.028,8	3.014,7	- 0,5	2.117,1	2.215,7	+ 4,7
Kanada	2.552,3	2.448,5	- 4,1	3.200,4	3.202,5	+ 0,1
USA	12.121,0	11.392,0	- 6,0	11.396,0	12.347,0	+ 8,3
Japan	740,4	758,9	+ 2,5	4.635,6	4.113,0	-11,3
OECD insgesamt ²⁾	69.506,8	67.668,1	- 2,6	71.453,5	69.056,5	- 3,4

Quelle: OECD

1) Inklusive Luxemburg

2) Ohne Irland

*Abkürzungsverzeichnis***Abkürzungsverzeichnis**

ACAST	Advisory Committee on the Application of Science and Technology for Development (Beratendes Komitee für die Nutzung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung)
ADB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
AKP	Afrikanisch-Karibisch-Pazifische Länder (Assoz. an die EG; engl. Abk. : ACP)
ANC	African National Congress (Afrikanischer Nationalkongreß)
ANZUS	Pazifikpakt zwischen Australien, Neuseeland, USA
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiat. Nationen)
ASSA	Austrian Solar and Space Agency (Österr. Gesellschaft für Sonnenenergie und Weltraumfragen GesmbH)
BIE	Bureau International d'Expositions (Internationales Ausstellungsbüro)
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements/BIS)
CCC	Conseil de la Coopération Culturelle (Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarates)
CD	Committee on Disarmament (Abrüstungskomitee der Vereinten Nationen) [ab 1. Jänner 1984 Conference on Disarmament (Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen)]
CEAO	Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ; engl. Abk. : ECOWAS)
CEEAC	Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale (Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft)
CEPT	Conférence Européenne d'Administrations des Postes et des Télécommunications (Europäische Konferenz der Post- und Telegraphenverwaltungen)
CERD	Committee on Elimination of Racial Discrimination (Rassendiskriminierungskomitee der UNO)
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (Europ. Rat für Kernforschung)
CFP	Communauté Francaise du Pacifique (Französische Pazifik-Gemeinschaft)
CIJ	siehe IGH
CILSS	Comité permanent inter-états de lutte contre la sécheresse dans le Sahel (Zwischenstaatl. Komitee für die Bekämpfung d. Dürre im Sahel)
COMECON	siehe RGW
COST	Cooperation européenne dans le domaine de la Recherche Scientifique et Technique (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung)
CSDHA	Center for Social Development and Humanitarian Affairs (Zentrum für soziale Entwicklung u. humanitäre Angelegenheiten)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungshilfekomitee d. OECD)
DND	Division of Narcotic Drugs (Suchtgiftabteilung der Vereinten Nationen)

Abkürzungsverzeichnis

DTA	Demokratische Turnhalle Allianz
ECA	Economic Commission for Africa (UNO-Wirtschaftskommission für Afrika)
ECE	Economic Commission for Europe (UNO-Wirtschaftskommission für Europa)
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat d. UNO)
ECU	European Currency Unit (Europ. Währungseinheit, EWE des EWS)
ECWA	Economic Commission for Western Asia (UNO-Wirtschaftskommission für Westasien)
EDU	Europäische Demokratische Union
EEC	siehe EWG und EG
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation ; frz.Abk. : AELE)
EG	Europäische Gemeinschaft – EGKS, EURATOM, EWG (European Community/EC, Communauté Européenne/CE)
EGKS	Europäische Gemeinschaft f. Kohle und Stahl, Montanunion (franz.Abk. : CECA) (siehe EG)
EMBC	Europäische Konferenz für Molekularbiologie (European Molecular Biology Conference)
EMBL	Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (European Molecular Biology Laboratory)
EMS	siehe EWS
EP	Europäisches Parlament der EG (European Parliament/EP – Parlement Européen/PE)
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europarat (Council of Europe/CE ; Conseil de l'Europe/CE)
ESA	European Space Agency (Europäische Weltraumorganisation)
ESCAP	Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (UNO-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien u. den Pazifik)
ESPRIT	European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft (siehe EG)
EUROCONTROL	Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (European Organization for the Safety of Air Navigation)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (siehe EG)
EWS	EEuropäisches Währungssystem (European Monetary System/EMS ; Système Monétaire Européen/SME)
FAO	Food and Agricultural Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen)
GDPT	Generaldirektion f.d. Post- u. Telegraphenverwaltung
GSP	Generalized System of Preferences (Allgemeines Präferenzabkommen)
HABITAT	UN-Konferenz über menschliche Siedlungen (UN Conference on Human Settlements)
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic

Abkürzungsverzeichnis

	Energy Agency/IAEA ; franz.Abk. : A.I.E.A.)
IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Internat. Bank f. Wiederaufbau u. Entwicklung ; Weltbank)
ICAO	International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrt-Organisation)
ICM	Intergovernmental Committee for Migration (Zwischenstaatl. Komitee für Auswanderung)
ICOM	International Council of Museums (Internationaler Rat der Museen)
ICSU	International Council of Scientific Unions (Internationaler Rat der wissenschaftlichen Vereinigungen)
IDA	Internationale Development Association (Internationale Entwicklungsgesellschaft)
IDB	Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
IDS	International Development Strategy (Internationale Entwicklungsstrategie)
IEA	International Energy Agency (Internat. Energie-Agentur der OECD)
IFAD	International Fund for Agricultural Development (Internat. Fonds für Landwirtschaftl. Entwicklung ; franz.Abk. : FIDA)
IFC	International Finance Corporation (Internat. Finanzgesellschaft)
IGH	Internationaler Gerichtshof (International Court of Justice/ICJ, Cour Internationale de Justice/CIJ)
IIASA	International Institute for Applied System Analysis (Internationales Institut für Angewandte System-Analyse)
IKK	Internationale Kambodscha Konferenz
IKPA	Innkreis-Pyhrn-Autobahn
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (engl.Abk. : ICRC ; franz. Abk. : CICR)
ILC	International Law Commission (Völkerrechtskommission der UNO)
ILO	International Labour Organization (Internat. Arbeitsorganisation, IAO ; frz. Abk. : O.I.T.)
IMO	International Maritime Organization (Internationale Seeschifffahrtsorganisation)
IMF	International Monetary Fund (Intern. Währungsfonds/IWF)
INCB	International Narcotics Control Board (Internationaler Suchtgiftkontrollrat der Vereinten Nationen)
INF	Intermediate-range Nuclear Forces (Nuklearwaffen mittlerer Reichweite)
INTELSAT	International Telecommunication Satellite Organization (Internationale Fernmelde-Satelliten-Organisation)
INPADOC	International Patent Documentation (Internationale Patentdokumentation)
IPDC	International Program for the Development of Communication (Internationales Programm für die Entwicklung der Kommunikation)
IPU	Interparlamentarische Union
ISW	Internationale Schule Wien
ITC	International Trade Center (Internationales Handelszentrum)

Abkürzungsverzeichnis

ITU	International Telecommunication Union (Internationale Fernmeldeunion)
IWF	siehe IMF
IZW	Internationales Zentrum Wien (Vienna International Center/VIC)
KSZE	Konferenz f. Sicherheit u. Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
LDC	Least developed country (UNO-Klassifikation für am wenigsten entwickelte Länder)
LI	Liberale Internationale
MATCOM	Material und Techniques for Cooperative Management Training (Projektteam der ILO ; Material u. Techniker für die Ausbildung v. Genossenschaftsverwaltern)
MD	Minister-Delegierte (Europarat)
MFA	Multifibre Agreement (Multifaserabkommen)
MK	Ministerkomitee (Europarat)
MURFAAMCE	Mutual Reduction of Forces and Armaments and Associated Measures in Central Europe (Verhandlungen über eine gegenseitige Verminderung von Streikkräften und Rüstungen in Mitteleuropa und damit verbundene Maßnahmen, Abrüstungskonferenz in Wien ; Kurzformel MRFM, früher MBFR)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)
NGO	Non-governmental organization (nichtstaatl.internat. Organisation)
N.I.C.	Newly Industrializing Country
N + N	Neutral and non-aligned countries (Gruppe der Neutralen u. Blockfreien, KSZE)
NPT	Non Proliferation Treaty (Atomsperrvertrag)
NWICO	New World Information and Communication Order (Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung)
OAS	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
OAU	Organization of African Unity (Organisation für Afrikanische Einheit, Organisation de l'Unité Africaine/OUA)
OCAM	Organisation Commune Africaine et Mauricienne (Afrikanisch-mauritische Gemeinschaft)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Leistungen an Entwicklungsländer)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation de coopération et de développement économiques/OCDE, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ÖFZ	Österreichisch-französisches Zentrum für Begegnungen aus europäischen Ländern und verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen
ÖGAP	Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen
ÖIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politik
OFID	OPEC Fund for International Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation der Erdöl exportierenden Länder ; frz. Abk. : OPEP)

Abkürzungsverzeichnis

PLO	Palestine Liberation Organization (Organisation zur Befreiung Palästinas)
PV	Parlamentarische Versammlung (Europarat)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Council of Mutual Economic Assistance/COMECON, auch CMEA)
SADCC	Southern African Development Coordination Conference (Entwicklungs-Koordinationskonferenz von neun Ländern im südlichen Afrika)
SALT	Strategie Arms Limitation Talks (Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen)
SDR	siehe SZR
SELA	Sistema Económico Latinoamericano (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem)
SI	Sozialistische Internationale
SPC	South Pacific Commission (Südpazifische Kommission)
SPEC	South Pacific Bureau for Economic Co-operation (Südpazifisches Büro für wirtschaftliche Zusammenarbeit)
START	Strategic Arms Reduction Talks (Gespräche über die Verminderung strategischer Waffen)
SWAPO	South West Africa People's Organisation (Südwestafrikanische Befreiungsbewegung)
SZR	Sonderziehungsrechte des IMF (Special Drawing Rights/SDR)
TNF	Theatre Nuclear Forces (schauplatzgebundene Kernwaffen, eurostrategische Waffen)
UN	United Nations (Vereinte Nationen/VN)
UNCDF	United Nations Capital Development Fund (Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
UNCPICPUNE	United Nations Conference for the Promotion of International Cooperation in the peaceful uses of Nuclear Energy (Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der Internationalen Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie)
UNCSTD	United Nations Conference on Science and Technology for Development (Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz d. Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung; franz. Abk.: CNUCED)
UNCURK	United Nations Commission for the Unification and Rehabilitation of Korea (Kommission der Vereinten Nationen zur Vereinigung und Wiederherstellung Koreas)
UNDOF	UN Disengagement Observer Force (UNO-Friedenstruppe auf den Golan-Höhen)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramme d. Vereinten Nationen; frz. Abk.: PNUD)
UNDRO	United Nations Disaster Coordinator (Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe)
UNEF	UN Emergency Force (UNO-Friedenstruppe im Nahen Osten)
UNEP	UN Environment Programme (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)

Abkürzungsverzeichnis

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNFDAC	United Nations Fund for Drug Abuse Control (Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung d. Drogenmißbrauchs)
UNFICYP	UN Force in Cyprus (UNO-Friedenstruppe in Zypern)
UNFPA	UN Fund for Population Activities (UNO-Fonds für Bevölkerungsfragen)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (UNO-Hochkommissär für Flüchtlinge)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung ; franz.Abk. : ONUDI)
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon (UNO-Friedenstruppe im Libanon)
UNITAR	UN Institute for Training and Research (Institut d. Vereinten Nationen f. Ausbildung u. Forschung)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen/VN, Organisation der Nations Unies/ONU)
UNOV	United Nations Office in Vienna (Büro der Vereinten Nationen in Wien)
UNPA	United Nations Postal Administration (Postverwaltung der Vereinten Nationen)
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (Palästinahilfswerk d. VN)
UNSCEAR	United Nations Scientific Committee on Effects of Atomic Radiation (Wissenschaftliches Komitee der Vereinten Nationen über die Auswirkungen der Atomstrahlung)
UNTAG	UN Transitional Assistance Group (f. Namibia)
UNTSO	UN Truce Supervision Organization in Palestine (UNO-Waffenstillstandsüberwachungskommission in Palästina bzw. im Nahen Osten)
UNU	United Nations University (UN-Universität)
UNV	United Nations Volunteers (UNO-Freiwillige)
UPU	Universal Postal Union (Weltpostverein)
VIC	siehe IZW
VN	siehe UN bzw. UNO
Weltbank	siehe IBRD
WFC	World Food Council (UNO-Welternährungsrat)
WFP	World Food Programme (Welt-Ernährungsprogramm d. FAO)
WFUNA	World Federation of United Nations Organizations (Weltföderation d. UN-Organisationen)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation ; franz.Abk. : O.M.S.)
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum ; frz.Abk. : OMPI)
WMO	World Meteorological Organization (Internat. meteorologische Organisation)
WP	Warschauer Pakt (Warsaw Treaty Organization ; Organisation du Traité de Varsovie)
WTO	World Tourism Organization (Weltfremdenverkehrsorganisation)

Sachregister

- Abkommen (siehe auch Vertragsübersicht) 467f
- ADR 312
 - Amtshilfeabkommen 502
 - Amtssitzabkommen 106, 309
 - Anerkennung von Zeugnissen 467, 471
 - Archivübereinkommen 511
 - Bilaterale 306ff
 - Doppelbesteuerungsabkommen 333, 459, 502
 - Exportautorisationssystem 311
 - Freihandelsabkommen 353
 - Gesundheitswesen 312
 - Gleichwertigkeitsabkommen 270, 311
 - Grenzabfertigung 117, 307, 311
 - Kammerabkommen 493
 - Kleiner Grenzverkehr 15f, 23
 - Konsolidierungsabkommen 510
 - Kulturabkommen 270, 306, 309f, 458
 - Luftverkehrsabkommen 227, 309, 516
 - Multilaterale Abkommen 312ff
 - Nahrungsmittel 308
 - Personenverkehr 310f
 - Rechtshilfe 309f
 - Rohstoffabkommen 98ff
 - Rohstoffübereinkommen 98ff
 - Sichtvermerksabkommen (siehe auch Sichtvermerke) 309f
 - Soziale Sicherheit 308
 - Steuerabkommen 480
 - Technische und Finanzielle Kooperation 307, 514
 - Textilabkommen 308, 310
 - Umschuldung 75ff
 - Umweltschutz 166, 168
 - Ursprungszeugnisse 307
 - Verkehrsabkommen 306ff, 311
 - Vermögensfragen 248
 - Vollziehung in Strafsachen 309
 - Wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit 125, 306, 308, 310
 - Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 270
 - Zivilsachen 310
 - Zollangelegenheiten 307, 311f
- ABM-Vertrag 7, 12
- Abrüstung 6ff, 65, 314, 317, 319f, 325, 363ff
- Afghanistan 3, 44f, 52, 238, 329, 358, 379, 440
- African National Congress — siehe ANC
- Afrika 46ff, 76, 94, 110, 337, 349f, 381
- Deklaration der UN 64, 368
 - Flüchtlingskonferenz 240
 - Östliches 94
 - Südlich der Sahara 87
- Afrikanische Entwicklungsbank 193
- Agrarhandel 88, 91, 132
- Agrarpolitik 33, 83, 88f
- Ägypten 40, 46, 93, 270, 306, 357, 441f, 459, 498, 507
- Akademie der Wissenschaften 463
- Albanien 28, 50 442f
- Algerien 106, 359, 443f
- Alphabetisierung 520
- Ältere Menschen (Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen) 373
- Amerika — siehe Vereinigte Staaten
- Amerikakonzert — siehe USA-Konzert
- Amtswohnungen 301
- ANC 46
- Angola 47, 243, 360, 377, 444
- Anthologie österreichischer Gegenwartsliteratur 406
- Antarktis-Vertrag 12, 362
- Antibalistische Systeme 7
- Antisatellitenwaffen (siehe ASAT)
- APA-Nachrichtenblock 279
- ANZUS.Pakt 53, 448
- Apartheid 47, 359f, 371, 377
- Äquatorial-Guinea 444
- Arabische Demokratische Republik — siehe DARS
- Arabische Liga 45, 365
- Arabische Staaten 39ff, 111
- Arbeitslosigkeit 31, 67, 88f, 156f, 392
- Arbeitslosenrate 67, 157
- Arbeitslosen Anpassung 85
- Archäologische Forschung 442, 458, 494
- Archivübereinkommen 511
- Argentinien 60, 111, 362, 445f, 484
- ASAT 8
- ASEAN 49ff, 80, 331, 360, 492, 510
- Asiatische Entwicklungsbank (AsDB) 194
- Asien 69, 76
- Asylansuchen, -werber 236, 238, 242
- Asylpolitik 231ff
- Äthiopien 238, 243, 272, 447
- Atlantische Partnerschaft 32f
- Atomsperrvertrag (NPT) 12, 111f
- Atomteststopvertrag 12, 364
- Atomwaffen — siehe Nuklearwaffen
- Atomwaffenfreie Zonen 53
- ATTALI-Gruppe 89
- Audiovisuelle Mittel 258ff
- Ausbildung 299

- Ausfuhrförderung — siehe Exportförderung
 Ausländische Außenminister — siehe Besuchsdiplomatie
 Besuchsdiplomatie
 Ausländische Regierungschefs — siehe Besuchsdiplomatie
 Ausländische Staatsoberhäupter — siehe Besuchsdiplomatie
 Auslandskulturpolitik 252ff, 294
 Auslandskulturtagung 254
 Auslandsösterreicher 248f
 Auslandsösterreichertreffen, -werk, -zeitschrift 249ff
 Auslandsschulen 268, 487
 Ausreiseerleichterungen 24
 Außenhandel 88ff
 Außenhandelsstellen 302
 Außenwirtschaftsförderung 146ff
 — Abkommen 150
 — Gemeinsame Kommission 150f
 — Finanzierungen 152
 — Investitionsförderungen 152f
 — Technologietransfer 153f
 Außenwirtschaftsfragen 67ff
 Außenwirtschaftsinteressen 136ff
 Ausstellungen 253f, 312, 400ff
 Austausch (Professoren, Studenten, Assistenten, Experten, Wissenschaftler) und -programm 262ff, 267
 Australien 53f, 67, 80, 83, 238, 448f
 Austriaca-Fernleihe 505, 519
 Auswärtiger Dienst 294ff
 — Dienstrecht 297f
 Autonomie (Südtirol) 26ff, 338
 — Durchführungsbestimmungen 27
 Autorenlesungen 255, 406, 479, 486, 513
- Bahamas 449
 Bahrain 449
 Ballistic Missile Defense — siehe BMD
 Bangladesh 450
 Bantustans 47
 Barbados 450
 Beagle-Kanal 60, 445, 461, 489
 Behinderten-Dekade 374
 Belgien 30, 95f, 267, 270, 274, 306, 450ff
 Belize 58
 Benin 453
 Beschäftigungspolitik 156f
 Besuchsdiplomatie 441ff
 Bildende Kunst 254, 400ff
 Bildung 85, 265ff
 Biotechnologieprojekte 89, 133
 Birma 453f
- Blockfreie 43, 62, 176, 318, 320, 344, 455, 508
 BMD 7
 Bolivien 61, 454f, 461
 Botschaften 301
 Botschafterkonferenz 294
 Botswana 455
 Brasilien 59, 61, 69, 93, 456f, 484
 BRD — siehe Deutschland Bundesrepublik
 Brunei 457
 Bruno Kreisky-Stiftung 461
 Bruttonationalprodukt 340
 Bücheraktionen, -spenden 253, 261f,
 Budgetkapitel „Äußeres“ 297
 Bulgarien 28, 236, 264, 270, 306, 457ff
 Bundesjugendring, österreichischer 268
 Bundeswirtschaftskammer (BWK) 14, 147f, 278, 519
 Bundeskanzleramt 82, 94, 278, 519
 Bundesland (Zehntes) 250, 253f
 Bundespräsident 333
 Bundespressediens 258f
 Burkina 459f
 Burundi 307
- CD (Committee on Disarmement) 14, 20, 319f, 365f
 CEAO (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) 453
 CEN 119, 130
 CENELEC 119, 131
 CDCC — siehe Europarat
 CERN (Europäischer Rat für Kernforschung) 273f
 Chemische Waffen (siehe auch Waffen) 14, 365
 Chile 59f, 371, 379, 445, 460f
 China, Volksrepublik 5, 50ff, 55, 88, 93f, 269, 271, 307, 360, 462ff, 504, 518f
 COMECON 80, 105, 145
 Contadora-Akte 516
 CONTADORA-Gruppe 3, 55f, 322, 331, 337, 361, 371, 388, 490
 COST 55, 61, 134f, 354, 361
 CSDHA (siehe auch Vereinte Nationen) 65, 218ff, 373
 CSSR — siehe Tschechoslowakei
 Cruise Missiles 6, 29
- DAC 83, 86f, 200
 Dänemark 110, 266, 274, 464f
 DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) 47, 359
 Datenschutz 398f

- Datenverarbeitung — siehe EDV
 Dekolonisierung 46, 48, 363
 Denkmalpflege, -schutz 262, 396
 Détente — siehe Entspannung
 Deutsche Demokratische Republik 28ff, 111, 167, 236, 264, 270f, 308, 466ff
 Deutschland, Bundesrepublik 25, 29, 31, 36, 74, 89, 95, 112, 129, 167, 270, 307, 388, 468ff
 Deutschkurse 265f
 Deutschlehreraustausch 266, 268
 Dienstleistungssektor 93, 183
 Diplomatenseminar Klessheim 289f
 Diplomatie (Stille) 321
 Diplomatische Akademie 300f
 Diplomatisches Corps 207ff, 314f
 Dokumente (im Außenpolitischen Bericht) 290
 Dominikanische Republik 472f
 Dritte Welt 62, 192, 197, 348, 354
 Drogenmißbrauch — siehe Suchtgifte
 Drogenschmuggel 459
 Dschibuti 238, 447, 473
- ECE 112ff, 122, 161f, 209, 384
 ECOSOC 190, 322, 337, 348ff, 355, 378, 384
 ECU 124, 133
 EDV 290ff
 EFTA 35, 80, 89f, 116ff, 130f, 332, 353f, 476
 — Komitees 118
 — Protokoll 3, 130
 EG 32ff, 37, 56, 80, 91f, 115ff, 122, 308, 332, 345, 353, 386, 464, 481f, 496
 — EFTA-Gipfel 2, 35
 — Einheitsdokument 130
 — Grenzerleichterungen 128
 — Österreich 126ff
 — Süderweiterung 118, 123
 — Umweltschutz 164
 — Verkehrsangelegenheiten 173f
 EG-Europarat 589
 Ekuador 106, 111, 473f
 Elfenbeinküste 111, 273, 474f
 El Salvador 56ff, 361, 371, 379, 475
 EMBC 275
 EMBL 275
 EMEP 161f
 ENEA - siehe Kernenergieagentur
 Energie 16, 100ff
 — Atomenergie 107ff
 — Diversifikation 101, 105
 — Einsparung 107
 — Importe 101, 107
 — Internationale Energiepolitik 100ff
 — neue und erneuerbare Energiequellen 109, 178
 — Energieverbrauch 101
 — Energieversorgung 101
 Entspannung 29f, 44, 317f, 324, 326
 Entwicklungsbanken 190, 193f, 199
 Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen 182
 Entwicklungshilfe 57, 63, 83, 86, 106, 177, 191, 198, 280, 349f, 354, 368, 442, 474, 488, 514ff, 523
 — Österreichische 198f
 — Beiträge 204
 Entwicklungsländer 68ff, 75ff, 87ff, 94ff, 100ff, 126, 156, 169, 181f, 185, 190, 192, 253, 273, 280, 349f, 354
 — die am wenigsten entwickelten Länder (LCD) 83, 87, 177, 196, 198, 200
 — Nichtöl-Entwicklungsländer 176
 — Zusammenarbeit 176
 Entwicklungsplanung, -programme 190
 Entwicklungspolitik 323
 Entwicklungsstrategie — siehe IDS
 Entwicklungszusammenarbeit 198
 EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) 34, 36
 Erdgas 101, 105, 108
 Erdöl 100ff
 — erdölexportierende Länder 100ff
 — Erdölförderländer 100, 106
 — Erdölchock 108
 Erstschlagsfähigkeit 7, 9f, 364
 ESA 274
 ESPRIT 72, 117, 133
 Europa 30ff, 55, 76, 81, 84f
 — Europapolitik 32ff
 Europäische Freihandelsassoziation — siehe EFTA
 Europäische Gemeinschaften — siehe EG
 Europäische Integration 2, 32ff, 115ff
 Europäische Menschenrechtskommission 389, 391
 Europäische Menschenrechtskonvention 233f, 391
 — Zusatzprotokoll 233, 390f
 Europäische Patentorganisation 135
 Europäische Union 33, 37, 125
 Europäische Weltraumorganisation — siehe ESA
 Europäische Zusammenarbeit 34f, 38f
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 233, 346, 391f
 Europäischer Rat 33
 Europäischer Reisepaß 129

- Europäisches Arzneibuch 396
 Europäisches Jahr der Musik 393
 Europäisches Jugendwerk 395
 Europäisches Jugendzentrum 395
 Europäisches Parlament 33, 124, 127, 345
 Europäisches Patentamt 135
 Europäisches Übereinkommen gegen Folter 391
 — zum Schutz wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tiere 313
 Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt 221
 Europarat 2, 35ff, 162f, 232f, 287, 321, 336, 344ff, 386ff, 496
 — Expertenkomitee für Naturschutz 163
 — Umweltminister 38, 163, 387
 — Generalsekretär 37f, 386
 — Leitungskomitee 391
 — Kommission Eminenten Europäischer Persönlichkeiten 37, 389
 — Konferenz für Hochschulfragen 395
 — Kunst und Kultur 393
 — MD-Komitee 386ff
 — Ministerkomitee 36, 38, 232, 287, 386ff
 — Mission de Reflexion 387
 — Ministerkonferenz über Menschenrechte 36, 232, 388, 391
 — Österreichisch-schweizerische Initiative 387f
 — Parlamentarische Versammlung 37, 158, 287, 346, 386ff
 — Politische Direktoren 36, 386, 388, 390
 — Rechtsfragen 398
 — Resolution 38, 163f, 386
 — Sekretariat 38
 Eurosklerose 72
 Eurostrategische Waffen 6, 29, 466
 Eutelsat 289
 Expertenaustausch 109, 503
 Expertenbüro 205f
 Exportakademie der BWK 147
 Exporte 69ff
 Exportkredite 83, 86f
 Exportfinanzierungskomitee 199, 295
 Exportförderung 295
 Exportinteressen 55
 Exportstruktur 136ff
- Falkland-Inseln/Malvinas 60, 362, 445, 484
 Familienzusammenführung 236
 FAO 97, 162, 196, 205, 224f
 Film 238ff, 420
- Finanzfragen 95ff
 Finnland 110, 266, 270, 475ff
 Fiskalpolitik 67, 83
 Flüchtlinge 45, 329, 372, 387, 397, 399
 — Aufnahmeländer 238, 512
 — Politik 231, 238
 Folgetreffen — siehe KSZE
 Folter — siehe Konventionen
 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland 250
 Forschungsk Kooperation 109, 133f, 394, 474
 Forschungspolitik 109, 132, 463
 Frankreich 46, 74, 89, 95, 109f, 129, 266f, 270, 274, 308, 388, 477ff, 489
 Frauenfragen 399
 Freihandel 80, 86, 89ff
 Fremdenverkehr 82
 Friedensbewegung 9
 Friedenserhaltende Operationen — siehe VN
 Friedenspolitik 316ff, 343
 Friedenssicherung 316f, 323, 328ff
 Friedliche Streitbeilegung 15, 17
- Gabun 106, 480
 Gambia 238, 480
 Gastarbeiter 392ff
 Gastspiele der Bundestheater 256, 257
 GATT 3, 80ff, 89ff, 97, 116f, 183f, 312, 349, 354
 Gefangenenaustausch 43, 489
 Gemeinde und Regionalangelegenheiten (ER) 397f
 Gemeindeforum 397f
 Generalinspektorat 303
 Gemischte Kommissionen 26
 Genfer Abrüstungskonferenz — siehe CD
 Genfer Rot Kreuz Konvention 243
 Gesundheitswesen 396
 Gewaltverbot 19, 358, 362
 Gewaltverzicht 19f
 Gewerkschaftsfreiheit 28
 Ghana 474, 481
 Gibraltar 484
 Gleichgesinnte Länder 181
 Globale Verhandlungsrunde (Global Round) 176, 370
 Golan 3
 Golfkooperationsrat 45, 521
 Grenada 58, 481
 Grenzformalitäten 116, 129, 469, 501
 Grenzkommision 24
 Griechenland 69, 110f, 274, 311, 482f
 Großbritannien 33, 52, 60, 74, 89, 95, 267, 270f, 274, 311, 362, 483f

- „Gruppe der 77“ 95, 182, 184, 368
 GSP (Allgemeines Präferenzsystem) 183
 GSTP (Allgemeines System von Handelspräferenzen) 184
 Guatemala 56, 58, 268, 371, 379, 486f
 Guinea 238, 487
 Guinea Bissau 488
 Guayana 488
- HABITAT 169, 205
 Häftlinge 245f
 Hainburg 163
 Haiti 489
 Handel 113, 440ff
 Handelsbeschränkungen 81, 89ff
 Handelsbilanz 91, 452, 455
 Handelshemmnisse 113, 116, 119
 Handelspolitische Fragen 183f
 Handelssystem, internationales 183
 Heiliger Stuhl 489f
 Heimsendungen 246
 Helsinki Schlußakte — siehe KSZE
 Hilfsaktionen 447, 491, 493, 503
 Hochzinspolitik 1, 31, 67, 76, 78f, 81
 Hochtechnologie 31f, 67, 72, 89, 131
 Honduras 56, 58, 490
 Hongkong 52, 55, 69, 93, 308, 462, 484
 Honorarkonsulate 296
 Humanitäre Angelegenheiten (siehe auch CSDHA) 370f
 Humanitäre Außenpolitik 231ff
 Humanitäre Härtefälle 236f
 Humanitäre Hilfe 523
- IAEA (IAEO) 65, 109ff
 Iberische Halbinsel 253
 IBRD — siehe Weltbank
 ICAO 227f, 516
 ICARA 240f
 ICD (Industrieansiedlungsgesellschaft) 333
 ICM 241
 IDA 80, 95, 192, 199, 204, 349
 IDC 153
 IDS 176f, 369, 379
 IDU 37
 IEA 80, 100f, 107ff
 IEFR (Internationale Nahrungsmittelnotstandsreserve) 196
 IFAD 194, 349
 IFC 80, 95, 192, 199
 IGH — siehe Internationaler Gerichtshof
 IIASA 221ff
 IKK (Internationale Kambodscha-konferenz) 51, 360, 512
 IKPA — siehe Innkreis-Pyhrn-Autobahn
- IKRK (Internationales Komitee vom Roten kreuz) 44, 243
 ILO 28f, 158, 205, 225f
 IMF (IWF, Internationaler Währungsfonds) 29, 53, 59, 75ff, 80, 95ff, 100, 179, 193, 354
 Importe 69ff
 INCB (Internationaler Suchtgiftkontrollrat) 218
 Indien 49f, 93, 240, 382, 490ff
 Indonesien 55, 69, 106f, 111, 270, 492f
 Industrialisierung 179
 Industriestaaten 67ff, 72ff, 80ff, 95ff, 100f
 INF (Mittelstreckenraketen-gespräche) 6, 12, 29, 364
 Information 109, 367
 Informationsfreiheit 368
 Innkreis-Phyrrn-Autobahn 126, 173f
 INST-Verfahren 119
 Integriertes Rohstoffprogramm 97ff
 Internationale Beamtenkommission 374
 Internationale Bevölkerungskonferenz 379
 Internationale Entwicklungsstrategie — siehe IDS
 Internationale Meeresbodenbehörde 382
 Internationale Nahost-Friedenskonferenz 40ff
 Internationale Organisationen in Wien 207ff, 212ff, 222
 Internationale Rohstoffkonferenz 356
 Internationale Schule in Wien 222f
 Internationale Wirtschaftslage 67ff
 Internationaler Gerichtshof (IGH) 381f
 Internationaler Währungsfonds — siehe IMF
 Internationales Handelsrecht 66
 Internationales Jahr des Waldes 1985 162
 Internationales Jugendjahr 374
 Internationales Komitee vom Roten Kreuz — siehe IKRK
 Internationales Patentdokumentationszentrum (IMPADOC) 135
 Internationales Zentrum Wien (IZW) 375
 Irak 43, 105, 110f, 357, 493f, 494
 Irak-Iran-Konflikt 3, 43f, 45, 357
 Iran 43, 105, 377, 379, 494f
 Irland 267, 274, 388, 495f
 Islamische Konferenz 40, 45, 441
 Island 266, 497f
 Israel 39ff, 110f, 338, 356f, 359, 363, 369, 377, 498f
 Italien 17, 25ff, 89, 95, 129, 267, 270, 274, 309, 338, 489, 499ff

- ITC (Internationales Handelszentrum) 94
 Jamaica 503
 Japan 31f, 53, 67f, 72ff, 80, 89, 91, 95, 130, 132, 265f, 504f, 518
 Jemen, Arabische republik 506
 Jemen, Demokratische Volksrepublik 506
 Joint Ventures 150
 Jordanien 40ff, 69, 111, 441, 507
 Jugendaustausch 268f
 Jugendfragen (siehe auch Kinder und Jugend) 268f, 395
 Jugoslawien 17, 23f, 28, 69, 112, 121, 129, 167, 266f, 270, 309, 508ff
 — Ausreisepotential 24, 510
- Kabelfernsehen 289
 Kambodscha — siehe Kampuchea
 Kambodscha-Konferenz — siehe IKK
 Kamerun 511
 Kampuchea 3, 49f, 52, 329, 360f, 448, 492, 511f
 Kanada 67f, 80, 83, 89, 95, 112, 238, 265, 382, 481, 512f
 Kap Verde 514
 Karawankentunnel 509
 Karibik 55ff
 Katar 106, 514f
 Katastrophenhilfe 238f, 242f, 369, 379, 381, 473, 480, 487, 531, 534
 Kenia 447, 515f
 Kernanlagen, grenznahe 112, 311
 Kernenergieagentur (ENEA) 84
 Kernwaffenteststop 14
 Khmer Rouges 50
 Kinder und Jugend 268f
 Kodex über Verbrechen gegen den Frieden 367
 Kohle 101, 105, 107ff
 Kollektive Sicherheit 63
 Kolumbien 61, 69, 516f
 Komoren 517
 Kommunikation 307f
 Kompensationsgeschäfte 113
 Konferenzen und Kongresse 65, 110f, 207ff, 219, 229, 465, 499
 Kongo 518
 Konjunkturfragen 67f, 85
 Konkordat 489
 Konsular- und Rechtsfragen 245ff
 Konsularische Vertretungen (ausländische) 207, 217f
 Konsumentenschutz 88, 368, 379
 Kontaktkomitee 253f
 Konvention gegen Diskriminierung der Frau 235, 373
 Konvention gegen Folter 233f, 64, 370
 Konvention über Erhaltung europäischer Pflanzen und Tiere 163
 Konvention über grenzüberschreitende Luftverschmutzung 161f
 Konvention über Recht der Verträge zwischen Staaten 376
 Korea 52, 504
 — Koreanische Demokratische Republik 52, 519f
 — Republik Korea 52f, 93, 266, 518f
 Kostarika 56, 58, 520
 Kriegsrecht 29
 Krisengebiete 248
 KSZE 15ff, 208, 318, 321, 325ff, 335, 344, 390, 496, 593
 — Schlußakte von Helsinki 286, 319, 326, 351
 — Folgetreffen Madrid 18, 112, 314, 319
 Kuba 58f, 521
 Kulturabkommen — siehe Abkommen
 Kulturelle Veranstaltungen 400ff, 492
 Kulturinstitute 252, 254, 258, 265, 296, 478f, 486, 495, 510, 549
 Kulturräte 252, 254
 Kulturübereinkommen 270, 458, 510
 Kunst 254ff, 400ff
 Kurilen 53
 Kuwait 105, 521f
 KVAE 11, 13, 15ff, 25, 287, 314, 319, 327, 386, 390, 451, 476, 525, 529, 556, 593
- Länderinformationen 440ff
 Landesverteidigung 20, 280, 282, 316
 Landwirtschaft 83, 87ff, 109, 132, 194
 Landwirtschaftspolitik — siehe Agrarpolitik
 Laos 51, 522
 Lateinamerika-Institut 36, 38, 55ff, 68, 76ff, 110
 Lehrkräfte, österreichische 487, 496, 498, 514, 517
 Lektoren 263
 Lesetourneen österreichischer Schriftsteller 255, 406ff, 467, 479
 Lesotho 522ff
 Libanon 40ff, 46, 240, 377, 477, 498, 523, 588
 Liberia 524
 Libyen 46, 106, 377, 443, 524f, 530, 576
 Liechtenstein 25, 270, 525
 Literatur 255f, 406ff, 452
 Lome-Konvention 126
 Luftraumüberwachung 21
 Luftverschmutzung 161f

- Luxemburg 96, 270, 525f
Luxemburger Erklärung 129, 131
- Macao 93
Madagaskar 526
Madri der Folgekonferenz — siehe KSZE
Maghreb 566
Malawi 527
Malaysia 69, 111, 362, 527f
Malediven 528
Mali 529
Malta 17f, 529
Malteser Ritterorden 529f
Malvinas — siehe Falkland
Markenschutz 312
Marokko 48, 69, 111, 359, 530f
marschflugkörper — siehe Cruise
Missiles
Marshall-Plan 332
Massenmedien 399
Mauretanien 238, 531
Mauritius 531
Menschenrechte 16, 36, 38, 63, 66, 231ff, 321f, 326, 335f, 346, 370ff, 379f, 389ff, 445, 461, 487
— Allgemeine Erklärung 232
— Menschenrechtsbeschwerden 391
— Konferenz — siehe Konferenz
— Menschenrechtspakte 234, 370
— österreichische Stellungnahme 286
Mexiko 59, 69, 78, 270, 487, 532f
Militärausgaben 13
Militärberater 56
Militärstützpunkte 56
Minderheiten 397f
Minderheitenschutzkommission 235
Mittelamerika 3, 34ff, 60, 336f, 361, 386
Mitteleuropa 28ff
Mittelstreckenraketen 6, 29, 319
Mittlerer Osten 36, 39ff, 356
Mongolische Volksrepublik 533
Mosambik 3, 46, 238, 533f
Multifaserabkommen 93
Multilaterale Wirtschaftspolitik 80ff
MURFAAMCE — siehe Truppenabbauverhandlungen
Museumsausstellungen 254, 400
Musik, Veranstaltungen, 256f, 409f
- Nachbarschaftspolitik 2, 22ff, 35, 243
Nachbarstaaten 22ff, 317, 343
Naher Osten 39ff, 76, 100, 322, 357, 386, 484
Nahostkonflikt 3, 34, 39ff, 572
Nahrungsmittelhilfe 514
Nahrungsmittelhilfeübereinkommen (FAC) 195f
Namibia 3, 46f, 360, 363, 569
NATO 6, 18, 29, 330, 451, 464, 482f, 497, 566, 587f
NATO-Doppelbeschluß 4, 6, 30, 483, 536
NECs (Neue Exportländer) 69
Nepal 534
Neue Internationale Wirtschaftsordnung 235, 323, 381
Neue Weltinformationsordnung 367ff
Neujahrsansprache des Bundespräsidenten 314
Neukaledonien 54
Neuseeland 53, 80, 535
Neutrale Staaten 280, 318, 320, 344
Neutralität 21f, 25, 34, 58, 316, 324, 328, 342
Neutralitätspolitik 20ff, 58, 317f, 324f
Neutronenwaffen 364
Nichtersteinsatz 363f
Niederlande 30, 95, 274, 535ff
NICs— siehe Schwellenländer
Niger 238, 538
Nigeria 106f, 453, 538f
Nikaragua 55ff, 61, 361, 377, 382, 539f
N+N-Staaten 16ff, 62, 476, 508, 593
Nord-Süd-Dialog 1, 38, 63, 87, 106, 176ff, 318, 323, 350, 354
Norwegen 110f, 267, 270, 541f
Nuklearer Winter 366
Nuklearrüstung 111, 365
Nuklearwaffenfreie Zonen — siehe Atomwaffenfreie Zonen
- OAS 60f, 456
OAU 46ff, 359, 365, 530, 538, 573
Obervolta — siehe Burkina
ODA 201ff
OECD 67ff, 80ff, 105, 107, 120, 156, 194, 201, 204, 354
OECD Ministerkonferenzen 84f
OECD Umweltkomitee 162
ÖDROK (Österr-Deutsche Raumordnungskommission) 168
Öffentlichkeitsarbeit 277ff
Offizielle Besuche — siehe Besuchsdiplomatie
OFID — siehe OPEC-Fonds
Oman 309, 542
OPEC 80, 100, 105ff, 194, 541
OPEC-Fonds 106, 197, 309
Organisationsplan des Außenministeriums 296f
ORF 550

- Orwell-Kolloquium 390
 Ostasien 31, 51ff
 Ost-West-Beziehungen 3ff, 32, 34, 38, 44, 63, 112, 315, 317f, 319f, 330f, 386, 563f, 582, 587
 Ost-West-Handel 113
 Österreichwochen 446, 472, 476, 505, 507
 Österreichische Liga der Vereinten Nationen 340
 Österreichisches Archäologisches Institut 442, 483
 Österreichisches Hilfskomitee für Afghanistan 45
 Österreichisches Rotes Kreuz 460
 Osteuropa 28ff, 88, 112, 253, 332

 Pakistan 44, 49, 358, 491, 542f
 Palästinenser, Palästinafrage 39ff, 322, 337, 356, 502
 — Flüchtlingsproblem — siehe UNRWA
 — Palästinensischer Nationalkongreß 40f, 357
 Panama 58, 543f
 Papua-Neuguinea 492, 544
 Paraguay 544f
 Parlament, Information des 286ff
 — Beziehungen zum Europäischen Parlament 127
 Parlamentarische Delegation beim Europarat — siehe Europarat
 Parlamentarische Versammlung — siehe Europarat
 Pazifischer Raum 32, 51ff
 Persischer Golf — siehe Golfstaaten
 Personal 297
 Peru 69, 111, 545
 Philippinen 35, 69, 93, 310, 546f
 PLO 40ff, 331, 338, 498, 507
 Polen 28, 30, 34, 236, 267, 270, 309, 379, 547ff
 Polisario 48
 Politische Direktoren, Treffen — siehe Europarat
 Portugal 33, 56, 69, 128, 132, 266, 269ff, 388, 484, 550
 Pressefreiheit 367f
 Protektionismus 69, 81, 86, 88ff, 589
 Protokolle 270, 537
 Publikationen 406

 Rassismusfragen 371
 Rat für Auswärtige Angelegenheiten 386f
 Raumordnung 396f
 Reagan Plan 337
 Rechtsschutz 245ff

 Regierungserklärung 204
 Reiseverkehr 467, 478
 Renamo 47
 RGW — siehe COMECON
 Rohstoffe 97ff, 368
 — Internationale Rohstoffpolitik 97ff, 182f
 Rohstofffonds, gemeinsamer 97f
 Rotes Kreuz — siehe IKRK und Österr.
 Rotes kreuz
 Rumänien 18, 28, 236, 264, 270, 310, 551f
 Rüstung 1, 10, 317f, 363
 Rüstungskontrolle 4, 6ff, 61
 Rwanda 552

 Sahelzone 46, 349, 559
 Saint Kitts and Nevis 60
 SALT, SALT-II 11f
 Sambia 238, 553
 San Marino 553f
 Sankt Georgs Kolleg 268
 Saurer Regen 125
 Satelliten 288f
 Satelliten-Fernsehen 288f, 399
 Saudi-Arabien 105, 554f
 Schadstoffemissionen 164f, 168
 Schifffahrtsfragen 185
 Schlußakte von Helsinki — siehe KSZE
 Schuldenkrise 31, 59, 61, 179f, 368
 Schuldenkartell 59, 78
 Schutzklauselübereinkommen 92
 Schutzmachtfunktion 247
 Schweden 72, 95, 110, 268, 274, 310, 555ff
 Schweiz 25, 60, 72, 95, 129, 267, 274, 484, 557ff
 Schwellenländer (NICs) 68ff
 Schwerpunktprogramm, kulturelles 253
 SDI 4, 7, 30
 Seerechtskonferenz 3, 312
 Seerechtsübereinkommen 382, 384
 Selbstbestimmungsrecht 44, 48
 Senegal 310, 480, 559f
 Seychellen 310, 560
 Sicherheitspolitik 20ff, 30, 32, 65, 295, 316
 Sicherheitsfragen und -maßnahmen 30, 304f
 Sicherung der Energieversorgung 105, 107ff
 Sichtvermerke 247
 Siedlungspolitik 169
 Sierra Leone 560f
 Signatarstaaten 317
 Simbabwe 46, 561
 Singapur 69, 93, 561f

- Skandinavische Länder 253
 Somalia 447, 515, 562
 Sonderabfälle 88
 SOS-Kinderdorf 534, 545
 Sowjetunion 6, 8, 18, 28ff, 40, 44, 50f, 53, 236, 267, 270, 310, 324ff, 358, 367, 382, 504, 519, 556, 563ff
 Sozialpartnerschaft 83, 85, 88
 SPAAK-II-Ausschuß 33, 37
 Spanien 33, 56, 69, 110, 121, 131f, 267, 269f, 274, 310, 388, 484, 566ff
 Spezialorganisationen der UNO — siehe Vereinte Nationen
 Sport 269, 395
 Sprachassistenten 267
 Sprachkurse 265f, 479, 495
 Sri Lanka 49, 69, 491, 568
 Staatshandelsländer 100
 Staatsvertrag, österreichischer 324f, 342
 Städtepartnerschaft 514
 Stahlsektor (Stahlbriefwechsel) 87, 91, 105, 128
 START-Verhandlungen 6, 12, 29, 364
 Stipendien 264
 Strafrecht 399
 Strategic Defense Initiative — siehe SDI
 Struktur Anpassung 84, 90
 Suchtgifte (siehe auch Vereinte Nationen — Suchtgiftabteilung) 65, 372, 380, 396
 Südafrika 3, 34, 46f, 110, 359f, 363, 372, 377, 533, 569f, 588
 Sudan 447, 570
 Südasien 49ff
 Südliches Afrika 46f, 94, 573
 Südostasien 49ff
 Südosteuropa 28ff
 Südtirol 26ff, 338, 500
 Surinam 311, 570ff
 Swasiland 571
 Symposien, Seminare, Workshops 253, 255, 261, 421ff
 Syrien 41f, 507, 571f

 Taiwan 52, 69
 Tansania 572f
 Technische Hilfe (Grants) 63, 201ff, 460
 Technologietransfer 4, 153f, 184, 287
 Telekommunikationswesen 302f
 TEM 114
 Terrorismus 34, 38, 388, 398, 500
 Territorialasyl 399
 Thailand 69, 93, 573f
 Theater 255f, 406ff
 Tindemans-Bericht 451
 Tips für Auslandsreisende 277
 Todesstrafe 234, 371

 Togo 575
 Tokio-Runde 81, 90ff
 Tonbänder 258f
 Tourismus 480
 Transitverkehr 170f
 Treuhandschaft — siehe Vereinte Nationen
 Trinidad und Tobago 575
 Truppenabbauverhandlungen (MURFAAMCE, MBFR) 13, 20, 211
 Tschad 46, 477, 524, 576
 Tschechoslowakei 24, 28f, 112, 236, 267, 311, 576ff
 Tunesien 69, 311, 578f
 Türkei 38, 96f, 389, 579ff

 U-Boot-Zwischenfall 556
 Überschuldung — siehe Schuldenkrise
 Übersetzung österreichischer Literatur 406, 458, 442
 UdSSR — Sowjetunion
 Uganda 235, 581
 Umfassende Landesverteidigung 185
 Umschuldung 53, 59, 75ff, 146
 Umweltschutz 16, 85, 88f, 105, 112, 160ff, 168, 258, 351, 379, 387, 396f
 — Multilateral 160ff
 — Bilateral 160ff
 UN — siehe Vereinte Nationen
 UNCDF 191
 UNCITRAL 65, 383
 UNCSTD 178
 UNCTAD 3, 80, 89f, 94f, 97ff, 177, 181f, 385, 529
 UNDOF (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 65, 375, 377
 UNDP 177, 187, 189, 385
 UNDRO 242f, 350
 UNEP 160, 168, 384, 515
 UNESCO 3, 64, 205, 271ff, 367
 UNFDAC 215ff
 UNFICYP (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 65, 375, 377, 593
 UNFPA 191
 Ungarn 24, 28, 96, 112, 166, 264, 267, 269f, 311, 484, 581ff
 UNHCR 240f, 361, 372, 384
 UNICEF 196f
 UNIDIR 365
 UNIDF 187
 UNIDO 65, 87, 179, 186f, 205, 287, 350, 369, 385
 — Investitionsförderungsbüro 189
 UNIFIL (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 42, 367, 375, 377
 UNISPACE 209

- UNITA 444
 Universelle Zusammenarbeit 62ff
 Universitäten 253, 255, 262f
 Universitätsprofessoren (-dozenten, -assistenten) 262f
 UNRWA 65, 220, 357
 Unterstützungsdarlehen 246
 UNTSO (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 65
 UNU 273, 369
 Ursprungsregeln 116
 Uruguay 60, 69, 584
 USA — siehe Vereinigte Staaten von Amerika
 USA-Konzept 253, 257, 278, 332
- Venezuela 78, 105, 107, 585f
 Verbrechenverhütung 372f, 380
 Vereinigte Arabische Emirate 106f, 586f
 Vereinigte Staaten von Amerika 3, 8, 30ff, 39ff, 47, 49, 51ff, 56, 58f, 61, 64, 67f, 72ff, 80f, 84, 89ff, 95, 110, 112, 130, 132, 253, 257, 265, 268, 270f, 328, 357, 359f, 363, 366f, 377, 382, 473, 481, 483, 489, 490, 493, 497f, 503f, 512, 521, 587ff
 Vereintes Königreich — siehe Großbritannien
 Vereinte Nationen (siehe auch UN) 62ff, 105, 176, 206, 232, 322, 327, 335ff, 341ff, 348ff, 355ff, 455, 496, 498
 — Amtssitze 322, 330
 — Beitritt der Schweiz 558
 — Budget 374
 — Charta — siehe Satzung
 — Dekade der Frau 113, 373
 — Dekolonisierungsresolution 356, 363
 — Flüchtlingshochkommissär — siehe UNHCR
 — Frauenfonds 373
 — Friedenserhaltende Operationen 39, 64f, 322, 336
 — Fridenstruppen 63, 375
 — Generalsekretär 63ff, 355ff, 389
 — Generalversammlungen 27, 62ff, 234, 320, 335, 355ff, 383
 — Global Round — siehe Globale Verhandlungsrunde
 — Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen — siehe Energie
 — Konferenz für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (Wiener Aktionsprogramm) — siehe UNCSTD
 — Menschenrechtskommission 234, 358, 371, 380, 384
 — Menschenrechtspakte 234
- Mitgliedschaft Österreichs in den Organen der Vereinten Nationen 383ff
 — Organisationen und Sekretariatseinheiten 355f
 — Rassismusedekade 271, 380
 — Satzung 63, 318, 329, 377
 — Sicherheitsrat 63, 355, 360, 377f
 — Sonderausschuß 377
 — Sondergeneralversammlungen 366
 — Spezialorganisationen 62ff
 — Suchtgiftabteilung 215
 — Treuhandschaftsrat 378
 — 40-Jahr-Feier 356
 — Völkerrechtskommission 367
 — Wirtschafts- und Sozialrat — siehe ECOSOC
 — Zentrum für Soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten — siehe CSDHA
- Verhaltenskodex für Transnationale Unternehmen 370f, 379
 Verkehrs- und Transitprobleme 114, 170ff
 Vermögenssicherung 247f
 Verteidigungspolitik 20
 Vertragliche Beziehungen und Vereinbarungen 269ff, 537
 Vertragsübersicht 306ff
 Vertrauensbildende Maßnahmen 19
 Vertretungsbehörden 294ff
 — ausländische Vertretungen in Österreich 209ff
 — Unterbringung 301
 Vietnam 50f, 55, 360f, 591
 VÖST-Alpine 450, 452, 466, 493, 519, 528, 543, 561, 564
 Völkerrecht 66, 243, 367
 Volksanwaltschaft 288
 Vorträge 253, 426ff
- Währung, Währungspolitik 68, 79, 83, 91, 95ff
 Waffen 320, 365
 Wanderausstellungen 254f, 405
 Warschauer Pakt 28, 320, 330, 457
 Wasserwirtschaft 165
 Weltbank (World Bank, IBRD) 48, 79f, 87, 95, 179, 191, 199, 354
 Weltbund der Österreicher im Ausland 250
 Welternährung 88
 Welternährungsprogramm 196
 Weltfrauenkonferenz 113, 209, 219, 373, 380, 515
 Welthandel 55, 67f, 72f, 89 97ff, 332

Welthandelskonferenz — siehe UNCTAD
Weltinformationsordnung — siehe Neue
Weltinformationsordnung
Weltorganisation für geistiges Eigentum
— siehe WIPO
Weltraum 66, 274f, 320, 366f
Weltraumkommission 64, 366f
Weltraumrüstung 7f, 364, 366
Weltraumvertrag 12, 367
Weltschuldenkrise 95ff, 81, 89f
Weltwirtschaftsgipfel 31
Westeuropa 30ff, 67f, 72ff, 100, 112f
Westjordanland 40
Westsahara 47f, 359, 363, 430f
West-West-Beziehungen 30ff
WEU 4, 31, 33, 484
WHO 185, 226f
Wien International 223
Wiener Folgetreffen — siehe KSZE
WIPO 228f
Wirtschaftsbeziehungen Österreichs 127,
331
Wirtschaftsinteressen Österreichs 144ff
Wirtschafts- und Entwicklungsfragen 178,
368
Wissenschaft 261ff, 394, 471
Wissenschaftlich-technische Zusammen-
arbeit 15f, 264f, 270, 479, 496
WMO 227
Zahlungsbilanz 90, 95f
Zaire 591f
Zentralafrikanische Republik 592
Zentralamerika — siehe Mittelamerika
Zollpräferenzen 92f
Zweitschlagfähigkeit 7
Zypern 3, 38f, 69, 311, 375, 377, 389,
484, 592

